Landkreis Hildesheim

Entwurf Haushaltsplan 2026

Inhaltsverzeichnis

I. Haushaltssatzung, Vorbericht, Übersichten

Haushaltssatzung	Seite	1 - 2
Vorbericht	Seite	3 - 8
Dezernatsverteilungsplan	Seite	9 - 10
Erläuterung Positionen Ergebnishaushalt	Seite	11 - 12
Produktstruktur	Seite	13 - 17
Übersicht wesentliche Produkte aller Fachdienste und Organisationseinheiten	Seite	18
Gesamtergebnishaushalt	Seite	19
Übersicht Produkte aller Teilhaushalte	Seite	20 - 23
Ergebnishaushalt nach Produktbereichen	Seite	24
Ergebnishaushalt nach Ertrags- und Aufwandsarten	Seite	25
Gesamtergebnishaushalt nach Teilhaushalten	Seite	26
Wesentliche Haushaltspositionen	Seite	27 - 29
Von der Politik beantragte Mittel (Antrag 750/XIX Punkt 7 und 8)	Seite	30 - 38
Übersicht Budget 50 (Antrag 750/XIX Punkt 9)	Seite	39 - 41
Finanzplanung	Seite	42

II. Investitionen Seite 43

Gesamtübersicht Investitionstätigkeit	Seite	44 - 47
Erwerb von beweglichem Anlagevermögen (ohne Schulen)	Seite	48
Beschaffungen für Schulen	Seite	48
Zuweisungen und Zuschüsse für gemeindliche Aufgaben	Seite	48

III. Teilhaushalte

Teilhaushalt I Landrat, Politik und Organisationseinheiten Seite 49 - 106

- Erläuterungen
- Übersicht Investitionstätigkeit
- Teilergebnisplan
- Übersicht Produkte
- Produktbeschreibungen
- Teilergebnisplan Produkte

Teilhaushalt II Erste Kreisrätin Seite 107 - 200

- Erläuterungen
- Teilergebnisplan
- Übersicht Produkte
- Produktbeschreibungen
- Teilergebnisplan Produkte

Teilhaushalt Dezernat 1 Seite 201 - 265

- Erläuterungen
- Übersicht Investitionstätigkeit
- Teilergebnisplan
- Übersicht Produkte
- Produktbeschreibungen
- Teilergebnisplan Produkte

Teilhaushalt Dezernat 3 Seite 266 - 318
- Erläuterungen
- Teilergebnisplan
- Übersicht Produkte
- Produktbeschreibungen
- Teilergebnisplan Produkte

Teilhaushalt Dezernat 4 Seite 319 - 461
- Erläuterungen
- Teilergebnisplan
- Übersicht Produkte
- Produktbeschreibungen
- Teilergebnisplan Produkte

Teilhaushalt Dezernat 5 Seite 462 - 540
- Erläuterungen
- Teilergebnisplan
- Übersicht Produkte
- Produktbeschreibungen
- Teilergebnisplan Produkte

Teilhaushalt Zentralhaushalt Seite 541 - 576
- Erläuterungen
- Übersicht Investitionstätigkeit
- Teilergebnisplan
- Übersicht Produkte
- Produktbeschreibungen
- Teilergebnisplan Produkte

IV. Bilanz Seite 577 - 581

V. Haushaltssicherungskonzept Seite 582 - 628

VI. Beteiligungsbericht Seite 629 - 762

VII. Haushalts- und Wirtschaftspläne und neueste Jahresabschlüsse (§1 Abs. 2 Nr. 9 KomHKVO) Seite 763 - 1420

E n t w u r f

Haushaltssatzung
des Landkreises Hildesheim für das Haushaltsjahr 2026

Aufgrund des § 112 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) hat der Kreistag in seiner Sitzung am 11.12.2025 folgende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2026 beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2026 wird

1. **im Ergebnishaushalt**
   mit dem jeweiligen Gesamtbetrag

1.1 der ordentlichen Erträge auf	715.549.800	Euro
1.2 der ordentlichen Aufwendungen auf	809.870.600	Euro
1.3 der außerordentlichen Erträge auf	0	Euro
1.4 der außerordentlichen Aufwendungen auf	0	Euro

2. **im Finanzhaushalt**
   mit dem jeweiligen Gesamtbetrag

2.1 der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	707.269.100	Euro
2.2 der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	783.158.800	Euro
2.3 der Einzahlungen für Investitionstätigkeit auf	5.494.700	Euro
2.4 der Auszahlungen für Investitionstätigkeit auf	87.529.500	Euro
2.5 der Einzahlungen für Finanzierungstätigkeit auf	82.228.800	Euro
2.6 der Auszahlungen für Finanzierungstätigkeit auf	13.200.000	Euro

Nachrichtlich: Gesamtbetrag

- der Einzahlungendes Finanzhaushaltes	794.992.600	Euro
- der Auszahlungendes Finanzhaushaltes	883.888.300	Euro

festgesetzt.

§ 2

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird auf 82.228.800 Euro festgesetzt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird auf 15.845.100 Euro festgesetzt.

§ 4

Der Höchstbetrag, bis zu dem im Haushaltsjahr 2026 Liquiditätskredite zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 270.000.000 Euro festgesetzt.

§ 5

Der Hebesatz für die Kreisumlage wird für das Haushaltsjahr 2026 auf 76,30 v.H. der Umlagegrundlagen nach dem Niedersächsischen Finanzausgleichsgesetz (NFAG) festgesetzt.

Für Kommunen, welche die Vereinbarung zur Wahrnehmung der Aufgaben der Kindertagesbetreuung abgeschlossen haben, wird der Hebesatz
- auf die Steuerkraftmesszahl auf 49,60 v.H. der Umlagegrundlagen nach dem NFAG und
- auf die Schlüsselzuweisungen auf 42,55 v.H. der Umlagegrundlagen nach dem NFAG festgesetzt.

Hildesheim,

Landkreis Hildesheim

Lynack
Landrat

Vorbericht
zum Entwurf des Haushaltsplans 2026

Für das Haushaltsjahr 2026 wird, wie auch in den Vorjahren, im Rahmen des Entwurfes des Ergebnishaushaltes ein negatives Ergebnis erwartet.

Die ursprünglichen Mittelanmeldungen der Ämter des Landkreises Hildesheim für den Haushalt 2026 ergaben insgesamt einen Fehlbedarf von rd. 110,29 Mio. Euro.
Dieser Fehlbedarf wurde in der Haushaltsklausur der Verwaltungsführung für die Haushaltsplanung 2026 durch Anwendung von in der Praxis langjährig bewährten Prozessen um rd. 10,96 Mio. Euro reduziert. Diese Prozesse sind nicht rein innerhalb der Einflussmöglichkeiten des Landkreises Hildesheim liegend und hausinterne Vorgaben der Verwaltungsführung.

Zu diesem reduzierten Fehlbedarf auf rd. 99,33 Mio. Euro wurde zudem in dieser Haushaltsklausur - über die üblichen Veränderungen im Haushaltsaufstellungsverfahren (u.a. Prüfung Plausibilität und Einhaltung haushaltsrechtlicher Vorgaben) hinaus - eine weitergehende kritische Betrachtung der Haushaltsansätze besprochen, mit dem Ziel, das Plandefizit weiter zu reduzieren.

Bezüglich der Haushaltssicherung wurde entschieden, dass die Dezernate, Ämter und Organisationseinheiten durch zusätzliche Konsolidierungsmaßnahmen Reduzierungen der Aufwendungen um rd. 7,29 Mio. Euro (Budget 10 um 3 %) vorzunehmen haben.

Dies führte zu einer weiteren Reduzierung des Fehlbedarfes auf rd. 92,04 Mio. Euro.

Durch Veränderungen im Haushaltsansatz der Verwaltung musste der vorgenannte Fehlbedarf um 2,28 Mio. Euro erhöht werden.

Der Haushaltsentwurf 2026 weist nunmehr einen Fehlbedarf von rd. 94,32 Mio. Euro aus.

Im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung (inkl. Nachtrag) des Jahres 2025 wurde für das Jahr 2026 mit einem Fehlbetrag in Höhe von rund 70,09 Mio. Euro gerechnet.

Zum Ende des Haushaltsjahres 2026 wird der Kreishaushalt auf Basis der Planzahlen aus 2025 und 2026 aufsummierte Fehlbeträge in Höhe von 213,89 Mio. Euro ausweisen.

Neben der Inflation und den damit verbundenen allgemeinen Kostensteigerungen belasten insbesondere die Sicherstellung der Kindertagesbetreuung (407), der Personalaufwand und die Fallzahlsteigerungen im Jugend- und Sozialbereich den Haushalt extrem stark.

Die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung des Haushaltsplanentwurfes 2026 bestätigt die Prognose der Finanzplanung 2025. Es ist weiterhin mit einem deutlichen Anstieg der Fehlbeträge zu rechnen, eine positive Entwicklung ist nicht absehbar. Die finanzielle Handlungsfähigkeit des Landkreises Hildesheim ist damit weiterhin nicht gegeben.
Der dauernden Leistungsfähigkeit kommt gerade in Bezug auf die Genehmigungsfähigkeit beantragter Kredite für Investitionen eine hohe Bedeutung zu. Die Maßnahmen zur Haushaltssicherung sind daher weiter auszubauen.

Im Rahmen des Haushaltsaufstellungsverfahrens 2026 wird der Landkreis ein Haushaltssicherungskonzept aufstellen. Dem Haushaltssicherungskonzept 2026 liegen die Hinweise zur Aufstellung und inhaltlichen Ausgestaltung von Haushaltssicherungskonzepten und -berichten (RdErl. d. MI v. 17.09.2019) und das Haushaltssicherungskonzept 2025 zu Grunde.

Im Entwurf des Haushaltsplanes 2026 sind zunächst nur Hinweise zur Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes für das Haushaltsjahr 2026 und der Haushaltssicherungsbericht für das Haushaltsjahr 2025 enthalten.
Das überarbeitete Haushaltssicherungskonzept wird rechtzeitig zur Beratung und Beschlussfassung über den Haushalt in die Gremien gegeben.

Selbst wenn der Landkreis sämtliche freiwilligen Leistungen (Budget 20: 13,56 Mio. Euro) streichen sollte, könnte der Haushaltsausgleich nicht erreicht werden. Auch im Rahmen der noch laufenden Aufgabenkritik bzw. Prozessoptimierung wird in absehbarer Zeit keine Einsparung in dieser Größenordnung erwartet.
Das Problem der nicht auskömmlichen Finanzierung der Kommunen ist jedoch sowohl niedersachsenweit als auch bundesweit vorhanden. Laut dem Kommunalen Finanzreport 2025 der Bertelsmann Stiftung verzeichneten bundesweit die Kommunen im Jahr 2024 mit rund 25 Milliarden Euro das größte Finanzierungsdefizit der Geschichte. Niedersachsenweit betrug der Fehlbetrag rund 3,7 Milliarden Euro.

Trotz der drohenden bilanziellen Überschuldung beim Landkreis wird die angespannte Finanzsituation bei den kreisangehörigen Kommunen berücksichtigt, indem der **Kreisumlagehebesatz für 2026 unverändert geplant** wird: **Der Basishebesatz wird unverändert mit 56,65 % kalkuliert.**
Von diesem Basishebesatz werden die Veränderungen des Kita-Vertrages für die Vertragskommunen herabgerechnet, so dass hier für die Vertragskommunen ein Hebesatz von 49,60 % auf Steuerkraft und von 42,55 % auf Schlüsselzuweisungen geplant wird.
Für die Nichtvertragskommunen werden ausgehend vom Basishebesatz die geplanten Mehrkosten für die Kindertagesbetreuung in den entsprechenden Kommunen umgelegt. Dadurch errechnet sich der geplante Hebesatz für die Nichtvertragskommunen auf 76,30 %. Die Veränderung im Vergleich zum Hebesatz aus der 1. Nachtragshaushaltssatzung 2025 (64,85 %) ergibt sich ausschließlich daraus, dass in 2025 lediglich 5 von 12 Monaten (August bis Dezember) berücksichtigt wurden, in 2026 jedoch 12 von 12 Monaten Berücksichtigung finden.

Bezogen auf die Teilhaushalte ergeben sich zudem folgende wesentliche Gesichtspunkte:

Zentralhaushalt
Überschuss rd. 303,60 Mio. Euro
Verbesserung zum Vorjahr rd. 14,08 Mio. Euro

Die größte Einnahmeposition des Kreishaushaltes stellt die **Kreisumlage** dar. Nach Berechnungen auf Grundlage der derzeitigen Orientierungsdaten des Landesamtes für Statistik Niedersachsen und einer individuellen Betrachtung der Kommunen werden Erträge in Höhe von rund 224,4 Mio. Euro erwartet. Der Kreisumlagehebesatz wird auf 76,30 % der Umlagegrundlagen nach dem Niedersächsischen Gesetz über den Finanzausgleich (NFAG) festgesetzt.
Für diejenigen kreisangehörigen Städten, Gemeinden und Samtgemeinden, welche die Vereinbarung zur Wahrnehmung der Aufgaben der Kindertagesbetreuung (Kita-Vertrag) abgeschlossen haben, wird der Kreisumlagehebesatz auf 49,60 % auf die Steuerkraft und 42,55 % auf die Schlüsselzuweisungen festgesetzt. Derzeit sind zwölf kreisangehörigen Kommunen dem Kita-Vertrag beigetreten.

Die **Finanzausgleichszuweisungen** nach dem NFAG wurden ebenfalls auf Grundlage der Orientierungsdaten des Landes ermittelt. Für das Jahr 2026 werden demnach Schlüsselzuweisungen vom Land in Höhe von rund 104,5 Mio. Euro erwartet. Gegenüber dem Vorjahr (95,5 Mio. Euro) bedeutet das einen Mehrertrag von rund 9 Mio. Euro.
Der Ansatz für die Zuweisungen für Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises bewegt sich mit 9,02 Mio. Euro leicht über dem Vorjahresniveau (8,5 Mio. Euro; Veränderung: + 0,52 Mio. Euro).

Die vergangenen Jahre haben allerdings gezeigt, dass die tatsächliche Höhe der Erträge aus der Kreisumlage und aus den Schlüsselzuweisungen bei der endgültigen Festsetzung der Grundbeträge im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs stark von den Beträgen der aktuellen Orientierungsdaten des Landes abweichen kann. Der Festsetzungsbescheid des Landesamtes für Statistik Niedersachsen wird im April 2026 erwartet.

Bei dem Produkt 547-002 **Regionalverkehr Hildesheim** verringern sich die Aufwendungen aufgrund der Zahlungsverpflichtung aus dem seit 01.01.2024 geltenden öffentlichen Dienstleistungsauftrag (ÖDA) um 1,36 Mio. Euro auf 14,84 Mio. Euro. Die Verringerung der Aufwendungen beruht auf einem genaueren Qualitätsspektrum, welches konkretere finanzielle Planungen ermöglicht.

Teilhaushalt I
Landrat, Politik, Ämter 101, 902, 904, 906, 907 (PersRat), 910
Zuschussbedarf rd. 17,71 Euro
Verschlechterung zum Vorjahr rd. 5,40 Mio. Euro

Die kostenintensivsten Aufgaben des Teilhaushaltes I sind zum einen die Produkte des **Personal- und Organisationsamtes** (101) (mit Aufwendungen von 16,63 Mio. Euro und einem Zuschussbedarf von 11,95 Mio. Euro, was einen Anstieg des Zuschussbedarfes um etwa 4,48 Mio. Euro bedeutet. Diese Verschlechterung resultiert insbesondere aus den geringeren Erträgen bei den Pensionsrückstellungen und dem höheren Dienstaufwand für Arbeitnehmer*innen.
Zum anderen ist hier das Produkt des **Rechnungsprüfungsamtes** (906) (Aufwendungen von 1,45 Mio. Euro / Zuschussbedarf von 1,34 Mio. Euro / Anstieg ggü. Vorjahr um 0,21 Mio. Euro) zu nennen.

Die **Personalaufwendungen** steigen gegenüber dem Vorjahresansatz (88,91 Mio. Euro) um rund 11,61 Mio. Euro auf knapp 100,52 Mio. Euro.
Maßgebliche Grundlage der Kalkulation bildeten der Personal-IST-Bestand sowie die Personalaufwendungen des Abrechnungsmonats Mai 2025, der Sollstellenplan (Stand: Januar 2025), Erfahrungswerte der Vorjahre sowie alle zum Zeitpunkt der Kalkulation bekannten personellen Entwicklungen bzw. Veränderungen. Die gemäß Stellenplan 2025 zusätzlich eingerichteten Stellen wurden für 2026 nur dann mitkalkuliert, wenn diese bereits besetzt und im Personal-IST-Bestand enthalten sind.
Der Tarifvertrag der tariflich Beschäftigten - vereinbart in der Tarifrunde 2025 - endet zum 31.03.2027. Auf Grundlage der Tarifeinigung mit einer Tarifsteigerung zum 01.04.2025 um 3 %, mindestens aber 100,00 Euro, erfolgte die Kalkulation 2026 mit einer weiteren, vereinbarten Steigerung ab dem 01.05.2026 mit einem Plus von 2,8 %.
Bei der Kalkulation der in 2026 für die Beamt*innen entstehenden Personalaufwendungen wurde angenommen, dass der Tarifabschluss aus der Tarifrunde 2025, ähnlich wie in den letzten Jahren, übernommen wird.

Teilhaushalt II
Umwelt, Klimaschutz, Verkehr und Verbraucherschutz
Zuschussbedarf rd. 15,74 Mio. Euro
Verschlechterung zum Vorjahr rd. 2,66 Mio. Euro

Im Produkt 122-002 **Ordnungswidrigkeiten** des **Ordnungsamtes** (204) werden auch in 2026 Überschüsse erwartet, und zwar i.H.v. 1,02 Mio. Euro. Seit 2024 kommt eine dritte semimobile Anlage zur Geschwindigkeitsüberwachung zum Einsatz.

Kostenintensivste Aufgabe des Teilhaushaltes II ist weiterhin das Produkt 127-001 **Rettungsdienst** im **Amt für Bevölkerungsschutz** (205) mit einem Aufwand von rund 22,45 Mio. Euro; hier werden jedoch Erträge von rund 21,00 Mio. Euro erwartet.

Weitere aufwandsintensive Aufgabenbereiche des Teilhaushaltes II sind die Produkte 547-001 **Nahverkehrsplanung** im **Amt für Kreisentwicklung und Infrastruktur** (909) (Aufwendungen: 5,36 Mio. Euro, Erträge: 5,17 Mio. Euro), 122-004 **Veterinärwesen und Verbraucherschutz** im **Amt für Veterinärwesen und Verbraucherschutz** (203) (Aufwendungen: 3,78 Mio. Euro, Erträge: 0,14 Mio. Euro), 126-004 **Feuerwehrtechnische Zentrale** im **Amt für Bevölkerungsschutz** (205) (Aufwendungen: 3,40 Mio. Euro, Erträge: 2,04 Mio. Euro) sowie 122-005 **Kfz-Zulassungen** im **Straßenverkehrsamt** (206) (Aufwendungen: 2,36 Mio. Euro, Erträge: 2,20 Mio. Euro).

Teilhaushalt 1
Finanzen, Digitalisierung und Innere Dienste
Zuschussbedarf rd. 50,0 Mio. Euro
Verbesserung zum Vorjahr rd. 23,2 Mio. Euro

Durch die Auflösung des Rechtsamtes und die Verschiebung des Bereiches **SGB II** in das Dezernat 4 verringert sich der Zuschussbedarf gegenüber dem Vorjahr um rd. 28,8 Mio. Euro

Bei den Produkten des **Amtes für Hoch- und Tiefbau und Gebäudemanagement** (304) ergeben sich die größten Veränderungen im Bereich der **Schulen** (Produkte 212-002, 215-002, 216-002, 217-002, 218-002, 221-002 und 231-002; Steigerung des Zuschussbedarfes insgesamt um 3,27 Mio. Euro) und dem Bereich der **Kreisstraßen und Radwege** (Produkt 542-001; Steigerung des Zuschussbedarfes um 1,63 Mio. Euro).

Teilhaushalt 3
Bildung, Kultur und Bau
Zuschussbedarf rd. 46,77 Mio. Euro
Verschlechterung zum Vorjahr rd. 2,1 Mio. Euro

Im **Amt für Schule und Kultur** (301) verringern sich die Aufwendungen im Produkt 241-001 **Schülerbeförderung** in der Summe um 0,3 Mio. Euro. Dem Wegfall des Projektes für die Bezuschussung von Fahrkarten für Schüler*innen im Sekundarbereich II (siehe Vorlage 773/XIX) (-1,0 Mio. Euro) stehen höhere Aufwendungen aufgrund der allgemeinen Preissteigerung und des zu erwartenden Ausschreibungsergebnisses gegenüber.

Die Aufwendungen für das Produkt 231-001 **Schulverwaltung berufliche Schulen,** ebenfalls im **Amt für Schule und Kultur** (301), erhöhen sich gegenüber dem Vorjahresansatz um 1,06 Mio. Euro auf nun 3,51 Mio. Euro. Grund dafür ist hauptsächlich die Übernahme der EDV-Kosten für die Verwaltungsarbeitsplätze durch das Amt 301.

Teilhaushalt 4
Jugend, Soziales und Integration
Zuschussbedarf rd. 114,9 Mio. Euro
Verschlechterung zum Vorjahr rd. 37,2 Mio. Euro

Der Bereich des **SGB II** ist der mit dem höchsten Zuschussbedarf (rd. 28,22 Mio. Euro). Allein bei dem Produkt 312-101 **Leistungen für Unterkunft und Heizung** ergibt sich ein Zuschussbedarf in Höhe von

rund 22,47 Mio. Euro. Den Aufwendungen von 58,46 Mio. Euro stehen Erträge von 35,99 Mio. Euro gegenüber.

Im **Amt für Teilhabe und Rehabilitation** (402) kommt es zu einem Anstieg des Zuschussbedarfes gegenüber dem Vorjahr um 10,99 Mio. Euro auf 53,93 Mio. Euro. Grund hierfür sind insbesondere Aufwandssteigerungen (von 147,41 Mio. in 2025 auf 169,33 Mio. in 2026) bei der Produktgruppe 314 **Eingliederungshilfe nach dem SGB IX**. Dem stehen erhöhte Erträge gegenüber, insbesondere beim Produkt Zahlungen Abrechnung nach dem SGB IX (von 105,88 Mio. in 2025 auf 117,06 Mio. in 2026).

Im **Amt für Soziales und Senior*innen** (403) kommt es zu einer Erhöhung des Zuschussbedarfes um 0,90 Mio. Euro auf 11,29 Mio. Euro. Bei der Produktgruppe 311 **Grundversorgung und Hilfen nach dem SGB XII** kommt es zu Aufwandssteigerungen aufgrund von Kostensteigerungen (von 83,11 Mio. in 2025 auf 87,94 Mio. in 2026). Dem stehen erhöhte Erträge gegenüber (von 73,40 Mio. in 2025 auf 77,29 Mio. in 2026).

Eine weitere kostenintensive Aufgabe stellt das **Amt für Migration, Integration und Demographie**, insbesondere mit seinem Produkt **Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz** mit einem Gesamtaufwand von rund 40,59 Mio. Euro dar. Erträge werden i.H.v. ca. 28,50 Mio. Euro erwartet. Die Verringerung des Aufwandes um rd. 8,58 Mio. Euro gegenüber dem Vorjahr ist auf die fallende Zahl von Zuweisungen und die damit verbundene Abmietung von Großobjekten zurückzuführen

Teilhaushalt 5
Jugend, Soziales und Integration
Zuschussbedarf rd. 152,8 Mio. Euro
Verschlechterung zum Vorjahr rd. 15,1 Mio. Euro

Im **Jugendamt -Erziehungshilfe-** (406) verringert der Zuschussbedarf um 2,53 Mio. Euro auf 84,56 Mio. Euro. Bei den Produkten 363-002 **Förderung der Erziehung in der Familie** und 363-003 **Hilfen zur Erziehung** verringern sich die Aufwendungen gegenüber dem Vorjahr um rd. 4,95 Mio. Euro, weil durch die Einführung von Maßnahmen die Fallumfänge sinken sowie Fallzahlen durch ein verstärktes Eingangsmanagement und eine optimierte Fallsachbearbeitung reduziert werden sollen.
Bei dem Produkt 363-005 **Eingliederungshilfe nach § 35 a SGB VIII** steigt der Zuschussbedarf um 2,01 Mio. Euro aufgrund eines erhöhten Betreuungsbedarfes.

Im **Amt für Familie** (407) steigt der Zuschussbedarf um 16,91 Mio. Euro auf 66,11 Mio. Euro. Dabei kommt es bei dem Produkt 365-001 **Sicherstellung der Kindertagesbetreuung** zu einer Steigerung des Zuschussbedarfes um 16,50 Mio. Euro auf 55,89 Mio. Euro. Grund hierfür sind die Aufwendungen aufgrund des Kita-Vertrages sowie Kosten der Ganztagsbetreuung.

Für die **Betriebskrippe** (Produkt 111-031) ist ein Zuschussbedarf von rd. 0,74 Mio. Euro veranschlagt.

Finanzhaushalt (Investitionen und Finanzierungstätigkeit)

Im **investiven Bereich sind Auszahlungen von insgesamt rund 87,53 Mio. Euro** geplant.

Ein großer Anteil des Investitionsvolumens 2026 entfällt dabei auf Fortsetzungsmaßnahmen sowie die Erfüllung gesetzlicher und vertraglicher Verpflichtungen.
Wesentliche Punkte sind hier:

- Umgestaltung der BBSen (20,51 Mio. Euro)

- Michelsenschule (16,0 Mio. Euro)
- Investive Zuschüsse für gemeindliche Aufgaben, insbesondere Baukostenzuschüsse für Kitas (10,13 Mio. Euro)
- an das Land jährlich abzuführende Krankenhausumlage (6,2 Mio. Euro)
- Kreisstraßen- und Radwegebau (5,34 Mio. Euro)
- Hochwasserschutzmaßnahmen (4,42 Mio. Euro)
- OBS Ottbergen (4,2 Mio. Euro)
- Feuerschutz/Rettungsdienst/Katastrophenschutz (4,01 Mio. Euro)
- Digitalisierung Schulen (2,0 Mio. Euro)
- Investitionszuschüsse an die Stadt Hildesheim für weiterführende Schulen (2,0 Mio. Euro)

Dem stehen geplante **investive Einzahlungen von rund 5,5 Mio. Euro** gegenüber, wobei es sich bei 4,15 Mio. Euro um Mittel des Landes für Hochwasserschutzmaßnahmen handelt.
Die verbleibende Finanzierung des Investitionssaldos (unter Berücksichtigung der tilgungsbezogenen Einzahlungen) erfolgt in Höhe von **rund 82,23 Mio. Euro über Kredite** (- 9,86 Mio. Euro gegenüber dem Vorjahresansatz).

Für **Tilgungsleistungen** werden rund **13,20 Mio. Euro** veranschlagt (+ 1,5 Mio. Euro gegenüber dem Vorjahr).

Die **Verschuldung** steigt damit **um gut 69,03 Mio. Euro** (Nettoneuverschuldung).
Bereits zum 31.12.2024 lag die Verschuldung des Landkreises Hildesheim bei rd. 255,5 Mio. Euro. Die Pro-Kopf-Verschuldung betrug zu diesem Zeitpunkt im Landkreis Hildesheim 954 Euro und lag damit deutlich unter dem Landesdurchschnitt von 1352 Euro.
Unter der Voraussetzung der Genehmigung der für das Jahr 2026 beantragten Kreditsumme sowie bei Inanspruchnahme sämtlicher Kreditermächtigungen könnte die investive Verschuldung zum Ende des Haushaltsjahres 2026 um 232,34 Mio. Euro auf etwa 427,84 Mio. Euro ansteigen (ohne das haushaltsneutrale Gewährträgerdarlehen an die Krankenhaus Alfeld GmbH und abzüglich der geplanten Tilgungsleistungen).

Bei der Ermittlung der **Zinsbelastung aus Krediten** wurde weiterhin die seit einigen Jahren deutlich spätere Inanspruchnahme von Krediten aufgrund der verzögerten Fertigstellung von Investitionsprojekten berücksichtigt. Der Ansatz für die **Zinsaufwendungen (9,7 Mio. Euro)** wurde gegenüber dem Vorjahresansatz um 2,1 Mio. Euro angehoben.

Die **Zinsbelastung für Liquiditätskredite (5,1 Mio. Euro)** steigt um 4,9 Mio. Euro aufgrund der Entwicklung des Fehlbedarfes.

Der **Höchstbetrag der Liquiditätskredite** in der Haushaltssatzung wird um 123 Mio. Euro auf 270 Mio. Euro erhöht. Grundlage für die Bemessung sind der kumulierte Fehlbetrag zu Jahresbeginn, der erwartete Jahresfehlbetrag sowie der prognostizierte Liquiditätsbedarf zur Zwischenfinanzierung, bis erwartete Einnahmen fließen. Weiterhin wurde berücksichtigt, dass die Kreditermächtigung über das Haushaltsjahr hinaus bis zum Inkrafttreten einer neuen Haushaltssatzung gilt.

Zu den konkreten Haushaltsansätzen 2026 wird auf die Erläuterungen für die jeweiligen Teilhaushalte verwiesen.

Landkreis Hildesheim

— DER LANDRAT —

bearbeitende Dienststelle
101 – Personal- und Organisationsamt
Diensträume Hildesheim
Marie-Wagenknecht-Straße 3
Ansprechpartner/in **Raum**
Frau Wedekind 234
Kontakt
Telefon: 05121 309-2341
Fax: 05121 309 95-2341

Postanschrift Landkreis Hildesheim, 31132 Hildesheim

An alle
Mitarbeiter*innen

Datum und Zeichen Ihres Schreibens	Mein Zeichen / Mein Schreiben	Datum
	(101) 10 40 10	**27.05.2025**

Neuorganisation der Kreisverwaltung zum 01.06.2025

Mit Wirkung zum 01.06.2025 wird die bisherige Struktur der Kreisverwaltung wie folgt geändert:

Umbenennung Dezernat 4 – Soziales und Integration und Zuordnung Gesundheitsamt (409)
Das Dezernat 4 wird umbenannt in Soziales, Integration und Gesundheit.
Das Gesundheitsamt (409) wird dem Dezernat 4 – Soziales, Integration und Gesundheit organisatorisch zugeordnet. Die bisherige Organisationskennziffer des Amtes ändert sich nicht.

Auflösung Rechtsamt (908) und Umbenennung der Kommunalaufsicht (910)
Das Rechtsamt (908) wird aufgelöst. Der Bereich Rechtsangelegenheiten wird der Kommunalaufsicht (910) zugeordnet. Die Amtsbezeichnung ändert sich in Kommunalaufsicht und Rechtsangelegenheiten (910).
Der Bereich SGB II wird dem Dezernatskopf 4 zugeordnet.

Ich bitte die betroffenen Leitungen und Mitarbeiter*innen einen reibungslosen Aufgabenübergang sicherzustellen. Alle intern notwendigen Änderungen sowie ggf. die Information anderer Beteiligter bitte ich zu veranlassen.

Der entsprechend aktualisierte Dezernatsverteilungsplan ist beigefügt.

Lynack

Dezernatsverteilungsplan der Kreisverwaltung Hildesheim

Stand: 01.06.2025

I Landrat
Herr Lynack

902	Gleichstellungsstelle, *Leitung: Frau Bruns*
907	Personalrat, *Vorsitzender: Herr Feind*
906	Rechnungsprüfungsamt, *Leitung: Herr Sündermann*

Datenschutzkoordination: *Herr Weiß*

- 904 - Landrätebüro, *Leitung: Herr Otto*
- 101 - Personal- und Organisationsamt, *Leitung: Herr Baule*
- 910 - Kommunalaufsicht und Rechtsangelegenheiten, Leitung: *Herr Voß*

Dezernat 1
Finanzen, Digitalisierung und Innere Dienste
Frau Grella

102	**Informations- und Kommunikationstechnik**	*Leitung: Herr Gollnick*
103	**Hauptamt**	*Leitung: Frau Rennemann*
106	**Kreiskasse**	*Leitung: Herr Rottenau*
107	**Kämmerei**	*Leitung: N.N.*
304	**Amt für Hoch- und Tiefbau und Gebäudemanagement**	*Komm. Leitung: Herr v. Lienen*

Dezernat II
Umwelt, Klimaschutz, Verkehr und Verbraucherschutz
Erste Kreisrätin Frau Wißmann

203	**Amt für Veterinärwesen und Verbraucherschutz**	*Leitung: Frau Dr. Evers*
204	**Ordnungsamt**	*Leitung: Frau Hartzel*
205	**Amt für Bevölkerungsschutz**	*Leitung: Herr Köhler*
206	**Straßenverkehrsamt**	*Leitung: Frau Geweke*
208	**Umweltamt**	*Leitung: Herr Bälkner*
909	**Kreisentwicklung und Infrastruktur**	*Leitung: Herr Flory*

Dezernat 3
Bildung, Kultur und Bau
Kreisrat Herr Hansen

301	**Amt für Schule und Kultur**	*Leitung: Herr Waldeck*
302	**Bauordnungsamt**	*Komm. Leitung: Herr Christen*

Dezernat 4
Soziales, Integration und Gesundheit
Herr Minnrich

402	**Amt für Teilhabe und Rehabilitation**	*Leitung: Herr Hoffmann*
403	**Amt für Soziales und Senior*innen**	*Leitung: Herr Stender*
409	**Gesundheitsamt**	*Leitung: Frau Kirschner*
913	**Amt für Migration, Integration und Demographie**	*Leitung: Herr König*

Dezernat 5
Kinder, Jugend und Familie
Herr Schwenke

406	**Jugendamt - Erziehungshilfe -**	*Leitung: Herr Menkhaus*
407	**Amt für Familie**	*Leitung: Herr Deister*

Erläuterungen zu Positionen des Ergebnishaushaltes

In den Übersichten und bei den Produkten werden die Erträge und Aufwendungen in Ergebnisgliederungscodes zusammengefasst ausgewiesen. Diese werden zur besseren Nachvollziehbarkeit im Folgenden mit ihren wesentlichen Inhalten dargestellt:

Ordentliche Erträge

Nr.	Bezeichnung	Erläuterung
01.01	Steuern und ähnliche Abgaben	Jagdsteuer; Ausgleichsleistungen des Landes aus der Umsetzung der Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II)
01.02	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	Schlüsselzuweisungen des Landes; Kreisumlage; Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke aus verschiedenen Bereichen; Ausgleichsleistungen des Bundes aus der Umsetzung der Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II)
01.03	Auflösungserträge aus Sonderposten	Empfangene Investitionszuweisungen für abnutzbare Vermögensgegenstände werden als Sonderposten ausgewiesen und über die jeweilige Nutzungsdauer des Vermögensgegenstandes aufgelöst
01.04	sonstige Transfererträge	Kostenersätze (inkl. Kostenbeitrag, Aufwendungsersatz, Ersatzleistung), die in den Sozialleistungsgesetzen vorgesehen sind, soweit sie den vollen oder teilweisen Ersatz einer sozialen Leistung darstellen und von privaten Personen oder Sozialleistungsträgern stammen; Rückzahlung gewährter Hilfen
01.05	öffentlich-rechtliche Entgelte	Verwaltungs- und Benutzungsgebühren, z.B. Kfz-Zulassung und Baugenehmigungen, Entgelte für die Sporthallenbenutzung
01.06	privatrechtliche Entgelte	Erträge aus Mieten, Pachten; Erträge aus nicht investiven Verkäufen
01.07	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	Ersatz für Aufwendungen der laufenden Verwaltungstätigkeit, die eine Stelle für eine andere erbracht hat, z.B. Erstattungen der Bundesagentur für Arbeit und des Landes Niedersachsen für z.B. für Wohngeld, Asylbewerberinnen/-bewerber und Förderung der Pflegeeinrichtungen; Erstattungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden,
01.08	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	Zinserträge sowie Erträge aus Gewinnanteilen aus verbundenen Unternehmen und Beteiligungen
01.11	Sonstige ordentliche Erträge	Bußgelder; Säumniszuschläge; Erträge aus der Herabsetzung von Rückstellungen

Ordentliche Aufwendungen

Nr.	Bezeichnung	Erläuterung
02.01	Personalaufwendungen	Dienstaufwendungen für Beamte und Angestellte, Beiträge zu Versorgungskassen, zur gesetzlichen Sozialversicherung sowie Zuführung zu Personalrückstellungen
02.02	Versorgungsaufwendungen	Ruhegelder, Beilhilfe und Rückstellungen für Versorgungsempfänger

02.03	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen; Unterhaltung des beweglichen Vermögens; Mieten und Pachten; Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen; Haltung von Fahrzeugen, Aufwendungen für Dienstleistungen von Dritten
02.04	Abschreibungen	Wertmäßige Erfassung der Abnutzung von immateriellem Vermögen (geleistete Investitionszuwendungen, DV-Software), Infrastrukturvermögen (Straßen, Brücken, etc.), Maschinen und technischen Anlagen, Fahrzeugen, Betriebs- und Geschäftsausstattung
02.05	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	Zinsen für Investitions- und Liquiditätskredite
02.06	Transferaufwendungen	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke an Gemeinden (z.B. für Kindertagesstätten), Vereine und Verbände; Aufwendungen für Sozial- und Jugendhilfeleistungen
02.07	sonstige ordentliche Aufwendungen	Schülerbeförderung, Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Sozial- und Jugendhilfeaufwendungen (z.B. Finanzvertrag Stadt Hildesheim), Leistungsbeteiligung für die Umsetzung der Grundsicherung für Arbeitssuchende (z.B. Leistungen für Unterkunft und Heizung); Versicherungen, Geschäftsaufwendungen, Sachverständigen- und Gerichtskosten

Außerordentliche Erträge und Aufwendungen

Nr.	Bezeichnung	Erläuterung
04.01 04.02	außerordentliche Erträge außerordentliche Aufwendungen	Aufwendungen und Erträge, die auf unvorhersehbaren, seltenen oder ungewöhnlichen Vorgängen beruhen (z.B. Hochwasser, Feuer); Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen, Erträge (Gewinne) und Aufwendungen (Verluste) aus Vermögensveräußerungen

Interne Leistungsbeziehungen

Nr.	Bezeichnung	Erläuterung
08.01 08.02	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	Interne Abrechnung der EDV-Leistungen des Amtes 102 mit den Ämtern

Produktstruktur Landkreis Hildesheim

Produktgruppenübersicht

	Prod-Nr.	Bezeichnung	organisatorisch	
	Produktgruppe 111 Verwaltungssteuerung und -service			
	111-001	Projekte im Dezernat 1	1-02	Dez1
x	111-002	Zentrale Personaldienstleistungen	1-01	LR
	111-003	Zentrale Dienste und Betriebl. Gesundheitsmanagement	1-03	Dez1
	111-004	uchungsposten Personalkosten	1-01	LR
x	111-005	IuK	1-02	Dez1
	111-006	Kassenwesen	1-06	Dez1
	111-007	Finanzen	1-07	Dez1
	111-009	Gebäudewirtschaft Verwaltungsgebäude und sonstige	3-04	Dez1
	111-015	Kreistag und seine Ausschüsse	8-00	Pol
	111-016	Fraktionen	8-00	Pol
	111-017	Verwaltungsführung LR	9-00	R
	111-018	Gleichstellung von Mann und Frau	9-02	LR
	111-019	Informations- und Öffentlichkeitsarbeit	9-04	LR
	111-020	Prüfung und Beratung	9-06	LR
	111-021	Personalvertretung	9-07	LR
	111-022	Recht	9-10	LR
	111-023	Kommunalaufsicht	9-10	LR
	111-024	Kreistagsangelegenheiten	9-04	LR
	111-025	Organisatio	1-01	LR
	111-026	Bürgerschaftliches Engagement -freiwillig-	4-03	Dez4
	111-027	Integration und Demokratie -freiwillig-	9-13	Dez4
	111-028	Verwaltungsführung EKR	9-20	DezII
	111-030	Steuerung der Digitalisierung	1-01	LR
	111-031	Betriebskrippe -freiwillig-	4-07	Dez5
	111-032	Sozialplanung -freiwillig-	4-00	Dez4
	111-033	Kommunalförderung	1-00	Dez1
	111-034	Kommunalförderung -freiwillig-	1-00	THH 1
	111-035	Kommunalaufsicht - frewillig	9-10	LR
	111-037	Fraktionen -freiwillig-	8-00	LR
	111-038	Verwaltungsführung LR -freiwillig-	9-00	LR
	111-039	Gleichstellung von Mann und Frau -freiwillig-	9-02	LR
	111-040	Informations- und Öffentlichkeitsarbeit -freiwillig-	9-04	LR
	111-041	Kreistagsangelegenheiten -freiwillig-	9-04	LR
	111-042	Zentrale Personaldienstleistungen -freiwillig-	1-01	LR
	111-043	Informationssicherheit	1-00	THH 1
	Produktgruppe 121 Statistik und Wahlen			
	121-001	Wahlen und Einwohnerbeteiligung	9-04	LR
	Produktgruppe 122 Ordnungsangelegenheiten			
	122-001	Allgemeine Ordnungsangelegenheiten	2-04	DezII
	122-002	Ordnungswidrigkeiten	2-04	DezII
	122-003	Ausländerangelegenheiten, Standesamtsaufsicht	9-13	Dez4
x	122-004	Veterinärwesen und Verbraucherschutz	2-03	DezII
	122-005	KFZ-Zulassungen	2-06	DezII
	122-006	Verkehrssicherung- und Lenkung	2-06	DezII
	122-007	Fahrerlaubnisse und Fahrgastbeförderung	2-06	DezII
	122-008	Schutzmaßnahmen nach dem NPsychKG	4-09	Dez4
	122-009	Wasserwirtschaft	2-08	DezII
	122-011	Veterinärwesen und Verbraucherschutz -freiwillig-	THH II	2-03
	122-012	Verkehrssicherung und -lenkung -freiwillig-	THH II	2-06
	122-013	Wasserwirtschaft -freiwillig-	THH II	2-08
	Produktgruppe 126 Brandschutz			
	126-002	Gebäudewirtschaft FTZ	3-04	Dez1

Produktstruktur Landkreis Hildesheim

Produktgruppenübersicht

x	126-003	Brandschutz (Amt 205)	2-05	DezII
	126-004	Feuerwehrtechnische Zentrale	2-05	DezII
	126-005	Brandschutz (Amt 302)	3-02	Dez3
	126-006	Brandschutz (Amt 205) -freiwillig-	2-05	DezII
	Produktgruppe 127 Rettungsdienst			
x	127-001	Rettungsdienst	2-05	DezII
	127-002	Gebäudewirtschaft Rettungsdienst	3-04	Dez1
	Produktgruppe 128 Katastrophenschutz			
	128-001	Katastrophenschutz	2-05	DezII
	128-002	Katastrophenschutz -freiwillig-	2-05	DezII
	Produktgruppe 212 Hauptschulen			
x	212-001	Schulverwaltung Hauptschulen	3-01	Dez3
	212-002	Gebäudewirtschaft Hauptschulen	3-04	Dez1
	Produktgruppe 215 Realschulen			
x	215-001	Schulverwaltung Realschulen	3-01	Dez3
	215-002	Gebäudewirtschaft Realschulen	3-04	Dez1
	Produktgruppe 216 Kombinierte Haupt- und Realschulen			
x	216-001	Schulverwaltung Kombinierte Haupt- und Realschulen	3-01	Dez3
	216-002	Gebäudewirtschaft Kombinierte Haupt- und Realschulen	3-04	Dez1
	Produktgruppe 217 Gymnasien, Kollegs			
x	217-001	Schulverwaltung Gymnasien	3-01	Dez3
	217-002	Gebäudewirtschaft Gymnasien	3-04	Dez1
	Produktgruppe 218 Gesamtschulen			
x	218-001	Schulverwaltung Gesamtschulen	3-01	Dez3
	218-002	Gebäudewirtschaft Gesamtschulen	3-04	Dez1
	Produktgruppe 221 Förderschulen			
x	221-001	Schulverwaltung Förderschulen	3-01	Dez3
	221-002	Gebäudewirtschaft Förderschulen	3-04	Dez1
	Produktgruppe 231 Berufliche Schulen			
x	231-001	Schulverwaltung berufliche Schulen	3-01	Dez3
	231-002	Gebäudewirtschaft berufliche Schulen	3-04	Dez1
	Produktgruppe 241 Schülerbeförderung			
x	241-001	Schülerbeförderung	3-01	Dez3
	Produktgruppe 242 Fördermaßnahmen für Schüler			
	242-001	Ausbildungsförderung	3-01	Dez3
	Produktgruppe 243 Sonstige schulische Aufgaben			
	243-001	Sonstige schulische Aufgaben	3-01	Dez3
	243-003	Sonstige schulische Aufgaben -freiwillig-	3-01	Dez3
	Produktgruppe 251 Wissenschaft und Forschung			
	251-001	Kreisarchiv	3-01	Dez3
	Produktgruppe 261 Theater			
	261-001	Theater -freiwillig-	ZHH	ZHH
	Produktgruppe 271 Volkshochschulen			
	271-001	Volkshochschule -freiwillig-	ZHH	ZHH
	Produktgruppe 281 Heimat- und sonstige Kulturpflege			
	281-001	Kulturbüro -freiwillig-	3-01	Dez3
	Produktgruppe 311 Grundversorgung und Hilfen nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII)			
	311-010	Zahlungen Abrechnung nach dem SGB XII	4-03	Dez4
	311-101	Hilfe zum Lebensunterhalt (Amt 403)	4-03	Dez4
	311-102	Hilfe zum Lebensunterhalt (Amt 402)	4-02	Dez4
	311-103	Hilfe zum Lebensunterhalt (Amt 407)	4-07	Dez5
	311-203	Leistungen des Sofortzuschlages nach § 145 SGB XII	4-03	Dez4
	311-401	Hilfen zur Gesundheit (Amt 403)	4-03	Dez4
	311-501	Hilfen in anderen Lebenslagen/besonderen sozialen Schwierigkeiten	4-03	Dez4

Produktstruktur Landkreis Hildesheim

Produktgruppenübersicht

	311-601	Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	4-03	Dez4
x	311-801	Hilfe zur Pflege (7. Kapitel SGB XII)	4-03	Dez4
	311-901	Verwaltung der Sozialhilfe (Amt 403)	4-03	Dez4
	311-902	Verwaltung der Sozialhilfe (Amt 402)	4-02	Dez4
	311-903	Verwaltung der Sozialhilfe (Amt 407)	4-07	Dez5
	311-904	Verwaltung der Sozialhilfe (Amt 403) -freiwillig-	4-03	Dez4
	Produktgruppe 312 Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II)			
x	312-101	Leistungen für Unterkunft und Heizung (Amt 908)	9-10	LR
	312-201	Eingliederungsleistungen	9-10	LR
	312-301	Einmalige Leistungen	9-10	LR
	312-601	Leistungen für Bildung und Teilhabe nach § 28 SGB II	4-07	Dez5
	312-901	Verwaltung der Grundsicherung für Arbeitsuchende (Amt 908)	9-10	LR
	312-902	Verwaltung der Grundsicherung für Arbeitsuchende (Amt 407)	4-07	Dez5
	312-903	Verwaltung der Grundsicherung für Arbeitsuchende (Jobcenter)	1-01	LR
	Produktgruppe 313 Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz			
	313-001	Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz	9-13	Dez4
x	**Produktgruppe 314 Eingliederungshilfe nach dem Neunten Buch Sozialgesetzbuch (SGB IX)**			
	314-010	Zahlungen Abrechnung nach dem SGB IX	4-02	Dez4
	314-101	Leistungen zur medizinischen Rehabilitation § 109 SGB IX	4-02	Dez4
	314-201	Leistungen zur Beschäftigung § 111 SGB IX	4-02	Dez4
	314-301	Leistungen zur Teilhabe an Bildung § 112 SGB IX	4-02	Dez4
	314-401	Leistungen für Wohnraum § 113 Abs. 2 Nr. 1 i.V.m. § 77 SGB IX	4-02	Dez4
	314-501	Assistenzleistungen § 113 Abs. 2 Nr. 2 i.V.m. § 78 SGB IX	4-02	Dez4
	314-601	Heilpädagogische Leistungen § 113 Abs. 2 Nr. 3 i.V.m. § 79 SGB IX	4-02	Dez4
	314-701	Kenntnisse und Fähigkeiten / Förderung Verständigung / Mobilität	4-02	Dez4
	314-801	Sonstige/Weitere Leistungen zur Sozialen Teilhabe	4-02	Dez4
	314-901	Verwaltung der Eingliederungshilfe	4-02	Dez4
	314-902	Verwaltung der Eingliederungshilfe -freiwillig-	4-02	Dez4
	Produktgruppe 315 Soziale Einrichtungen			
	315-201	Soziale Einrichtungen für pflegebedürftige Menschen -freiwillig-	4-03	Dez4
	315-302	Förderzentrum im Bockfeld	ZHH	ZHH
	315-501	Gebäudewirtschaft Unterkünfte für Asylbewerber	3-04	Dez1
	315-502	Unterkünfte für Flüchtlinge -freiwillig-	9-13	Dez4
	315-601	Andere Soziale Einrichtungen -freiwillig-	4-03	Dez4
	Produktgruppe 321 Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz			
	321-001	Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz	4-02	Dez4
	Produktgruppe 341 Unterhaltsvorschussleistungen			
	341-001	Unterhaltsvorschuss	4-07	Dez5
	Produktgruppe 343 Betreuungsleistungen			
	343-001	Aufgaben nach dem Betreuungsrecht -freiwillig-	4-02	Dez4
	Produktgruppe 344 Hilfen für Heimkehrer und politische Häftlinge			
	344-001	Hilfen für Heimkehrer und politische Häftlinge	4-02	Dez4
	Produktgruppe 345 Landesblindengeld			
	345-001	Landesblindengeld	4-03	Dez4
	Produktgruppe 346 Wohngeld			
	346-001	Wohngeld	4-07	Dez5
	Produktgruppe 347 Bildung und Teilhabe nach § 6b Bundeskindergeldgesetz			
	347-001	Bildung und Teilhabe nach § 6b Bundeskindergeldgesetz	4-07	Dez5
	Produktgruppe 351 Sonstige soziale Hilfen und Leistungen			
	351-001	Versicherungsangelegenheiten (Amt 403)	4-03	Dez4
	351-005	Lastenausgleich (Amt 402)	4-02	Dez4
	Produktgruppe 361 Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege (SGB VIII)			
	361-001	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege	4-07	Dez5
	361-003	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege -freiwillig-	4-07	Dez5

Produktstruktur Landkreis Hildesheim

Produktgruppenübersicht

	Produktgruppe 362 Jugendarbeit (SGB VIII)			
	362-001	Jugendarbeit -freiwillig-	4-07	Dez5
	Produktgruppe 363 Sonstige Leistungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe (SGB VIII)			
	363-001	Jugendsozialarbeit, Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz	4-07	Dez5
	363-002	Förderung der Erziehung in der Familie	4-06	Dez5
x	363-003	Hilfen zur Erziehung	4-06	Dez5
	363-004	Präventionsmaßnahme PIAF® (Amt 406)	4-06	Dez5
x	363-005	Eingliederungshilfe nach § 35 a SGB VIII	4-06	Dez5
	363-006	Verfahren nach dem Jugendgerichtsgesetz	4-06	Dez5
	363-007	Beistandschaft, Amtspflegschaft und -vormundschaft	4-07	Dez5
	363-008	Elterngeld	4-07	Dez5
	363-013	Jugendsozialarbeit, Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz -freiwillig-	4-07	Dez5
	363-014	Förderung der Erziehung in der Familie -freiwillig-	4-06	Dez5
	363-015	Hilfen zur Erziehung -freiwillig-	4-06	Dez5
	363-016	Verfahren nach dem Jugendgerichtsgesetz -freiwillig-	4-06	Dez5
	363-017	Beistandschaft, Amtspflegschaft und -vormundschaft -freiwillig-	4-07	Dez5
	Produktgruppe 365 Tageseinrichtungen für Kinder			
x	365-001	Sicherstellung der Kindertagesbetreuung	4-07	Dez5
	365-003	Sicherstellung der Kindertagesbetreuung -freiwillig-	4-07	Dez5
	Produktgruppe 366 Einrichtungen der Jugendarbeit			
	366-001	Kreiseigene Jugendeinrichtungen -freiwillig-	4-07	Dez5
	366-002	Gebäudewirtschaft Jugendeinrichtungen	3-04	Dez1
	Produktgruppe 367 Sonstige Einrichtungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe			
	367-001	Erziehungsberatung	4-07	Dez5
	Produktgruppe 411 Krankenhäuser			
	411-001	Krankenhäuser	ZHH	ZHH
	Produktgruppe 412 Gesundheitseinrichtungen			
	412-001	Sozialpsychiatrischer Dienst	4-09	Dez4
	412-002	Sozialpsychiatrischer Dienst -freiwillig-	4-09	Dez4
	Produktgruppe 414 Maßnahmen der Gesundheitspflege			
	414-001	Schlachttier- u. Fleischuntersuchungen	2-03	DezII
	414-002	Infektions- und Strahlenschutz	4-09	Dez4
	414-003	Kinder- und Jugendgesundheit	4-09	Dez4
	414-004	Ärztliche/zahnärztliche Untersuchungen und Beratungen	4-09	Dez4
	414-005	Weitere Maßnahmen der Gesundheitspflege	4-09	Dez4
	414-006	Präventionsmaßnahme PIAF® (Amt 409)	4-09	Dez4
	414-008	Weitere Maßnahmen der Gesundheitspflege -freiwillig-	4-09	Dez4
	Produktgruppe 418 Kur- und Badeeinrichtungen			
	418-001	Kurbetrieb Bad Salzdetfurth -freiwillig-	ZHH	ZHH
	Produktgruppe 421 Förderung des Sports			
	421-001	Sportförderung -freiwillig-	4-07	Dez5
	Produktgruppe 511 Räumliche Planungs- und Entwicklungsmaßnahmen			
	511-001	Bauleitplanung	3-02	Dez3
	511-002	Raumplanung	9-09	DezII
	511-003	Regionale Entwicklung/Neuer Zusammenhalt -freiwillig-	9-09	DezII
	511-004	Aufgabenwahrnehmung NKlimaG	ZHH	ZHH
	511-005	Radverkehr -freiwillig-	9-09	DezII
	Produktgruppe 521 Bau- und Grundstücksordnung			
x	521-001	Bauliche Anlagen	3-02	Dez3
	Produktgruppe 522 Wohnbauförderung			
	522-101	Wohnraumförderung	3-02	Dez3
	Produktgruppe 523 Denkmalschutz und -pflege			
	523-001	Denkmalschutz und -pflege	3-02	Dez3
	523-002	Denkmalschutz und -pflege -freiwillig-	3-02	Dez3

Produktstruktur Landkreis Hildesheim

Produktgruppenübersicht

	Produktgruppe 536 Versorgung mit technischer Informations- und Telekommunikationsinfrastruktur			
	536-001	Versorgung mit technischer Informations- und Telekommunikationsinfrastruktur	9-09	DezII
	Produktgruppe 537 Abfallwirtschaft			
	537-101	Tierkörperbeseitigung	2-03	DezII
	537-201	Abfallwirtschaft	2-08	DezII
	Produktgruppe 538 Abwasserbeseitigung			
	538-201	Abwasser	2-08	DezII
	Produktgruppe 542 Kreisstraßen			
x	542-001	Kreisstraßen und Radwege	3-04	Dez1
	Produktgruppe 547 ÖPNV			
	547-001	Nahverkehrsplanung	9-09	DezII
	547-002	Regionalverkehr Hildesheim	ZHH	ZHH
	547-003	Mobilitätszentrale -freiwillig-	9-09	DezII
	Produktgruppe 554 Naturschutz und Landschaftspflege			
x	554-001	Naturschutz und Landschaftspflege	2-08	DezII
	554-002	Naturschutz und Landschaftspflege -freiwillig-	2-08	DezII
	Produktgruppe 555 Land- und Forstwirtschaft			
	555-001	Landwirtschaftsangelegenheiten	2-08	DezII
	Produktgruppe 561 Umweltschutzmaßnahmen			
	561-001	Bodenschutz	2-08	DezII
x	561-002	Umweltschutz	2-08	DezII
x	561-003	Klimaschutz	2-08	DezII
	561-004	Bodenschutz -freiwillig-	2-08	DezII
	561-005	Umweltschutz -freiwillig-	2-08	DezII
	561-006	Klimaschutz -freiwillig-	2-08	DezII
	Produktgruppe 571 Wirtschaftsförderung			
	571-001	Wirtschaftsförderung	ZHH	ZHH
	Produktgruppe 573 Allgemeine Einrichtungen und Unternehmen			
	573-001	Sparkasse, kwg, GKHi -freiwillig-	ZHH	ZHH
x	573-002	Klimaschutzagentur -freiwillig-	ZHH	ZHH
	Produktgruppe 575 Tourismus			
	575-001	Kulturtourismus -freiwillig-	3-01	Dez3
	575-001	Tourismus -freiwillig-	9-09	DezII
	Produktgruppe 611 Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen			
	611-001	Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen	ZHH	ZHH
	611-002	Mehrbelastungsausgleich §5 Nds. AG SGB II	4-00	Dez4
	Produktgruppe 612 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft			
	612-001	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	ZHH	ZHH

x = wesentliche Produkte

192 Produkte, davon

24 wesentliche Produkte

1 wesentliche Produktgruppe

Haushaltsplan 2026
Übersicht - Wesentliche Produkte aller Ämter und Organisationseinheiten

Der Produkthaushalt des Landkreises Hildesheim umfasst 195 Produkte, von denen 24 als wesentliche Produkte und 1 wesentliche Produktgruppe gemäß § 4 Abs.7 KomHKVO festgelegt wurden.

Produkt-Nr.	Bezeichnung	Amt
Dezernat I		
1 wesentliches Produkt		
111-002	Zentrale Personaldienstleistungen	Amt 101
Dezernat II		
6 wesentliche Produkte		
122-004	Veterinärwesen und Verbraucherschutz	Amt 203
126-003	Brandschutz	Amt 205
127-001	Rettungsdienst	Amt 205
554-001	Naturschutz und Landschaftspflege	Amt 208
561-002	Umweltschutz	Amt 208
561-003	Klimaschutz	Amt 208
Dezernat 1		
3 wesentliche Produkte		
111-005	IuK	Amt 102
542-001	Kreisstraßen und Radwege	Amt 304
Dezernat 3		
9 wesentliche Produkte		
212-001	Schulverwaltung Hauptschulen	Amt 301
215-001	Schulverwaltung Realschulen	Amt 301
216-001	Schulverwaltung Kombinierte Haupt- und Realschulen	Amt 301
217-001	Schulverwaltung Gymnasien	Amt 301
218-001	Schulverwaltung Gesamtschulen	Amt 301
221-001	Schulverwaltung Förderschulen	Amt 301
231-001	Schulverwaltung berufliche Schulen	Amt 301
241-001	Schülerbeförderung	Amt 301
521-001	Bauliche Anlagen	Amt 302
Dezernat 4		
1 wesentliches Produkt, 1 wesentliche Produktgruppe		
311-801	Hilfe zur Pflege (PSG II)	Amt 403
312-101	Leistungen für Unterkunft und Heizung	Dez 4
314	Eingliederungshilfe nach dem SGB IX	Amt 402
Dezernat 5		
3 wesentliche Produkte		
363-003	Hilfen zur Erziehung	Amt 406
363-005	Eingliederungshilfe nach § 35 a SGB VIII	Amt 406
365-001	Sicherstellung der Kindertagesbetreuung	Amt 407
Zentralhaushalt		
1 wesentliches Produkt		
573-002	Klimaschutzagentur -freiwillig-	ZHH

Gesamtergebnishaushalt

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.01	Steuern und ähnliche Abgaben	3.631.018,19	145.000,00	145.000,00			
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	405.503.230,13	373.800.200,00	391.776.200,00			
01.03	+ Auflösungserträge aus Sonderposten	8.021.787,27	7.687.900,00	7.544.200,00			
01.04	+ sonstige Transfererträge	11.796.418,05	10.272.300,00	9.868.700,00			
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte	20.382.037,62	18.616.000,00	28.351.000,00			
01.06	+ privatrechtliche Entgelte	1.575.635,85	1.085.800,00	1.558.600,00			
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	220.354.537,75	253.311.700,00	266.736.900,00			
01.08	+ Zinsen und ähnliche Finanzerträge	564.843,94	545.200,00	536.800,00			
01.11	+ sonstige ordentliche Erträge	10.178.963,55	9.796.900,00	9.032.400,00			
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**682.008.472,35**	**675.261.000,00**	**715.549.800,00**			
02.01	- Personalaufwendungen	87.327.974,20	88.121.000,00	99.270.300,00			
02.02	- Versorgungsaufwendungen	779.150,62		452.900,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	55.130.871,19	56.108.900,00	70.952.300,00			
02.04	- Abschreibungen	18.577.869,50	18.593.300,00	20.186.700,00			
02.05	- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3.863.555,62	7.795.000,00	14.788.800,00			
02.06	- Transferaufwendungen	341.149.950,19	324.945.900,00	320.437.500,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	234.363.125,96	248.873.300,00	283.782.100,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**741.192.497,28**	**744.437.400,00**	**809.870.600,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-59.184.024,93**	**-69.176.400,00**	**-94.320.800,00**			
04.01	+ außerordentliche Erträge	18.536,18					
04.02	- außerordentliche Aufwendungen	100.251,96					
04.03	**= Außerordentliches Ergebnis**	**-81.715,78**					
05.	**= Jahresergebnis**	**-59.265.740,71**	**-69.176.400,00**	**-94.320.800,00**			
08.01	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	3.719.100,00	4.025.900,00	4.583.600,00			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	3.719.100,00	4.025.900,00	4.583.600,00			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-59.265.740,71**	**-69.176.400,00**	**-94.320.800,00**			

Haushaltsplan 2026
Übersicht Produkte aller Teilhaushalte

Amt/OE	Produktnr.	Bezeichnung	Plan 2026 Erträge €	Plan 2026 Aufwendungen €	Zuschuss (-) Überschuss €
Teilhaushalt I					
Landrat, Politik und Organisationseinheiten					
9-00	111-017	Verwaltungsführung LR	4.600	547.000	-542.400
9-00	111-038	Verwaltungsführung LR -freiwillig-	0	15.700	-15.700
9-04	111-019	Informations- und Öffentlichkeitsarbeit	0	484.700	-484.700
9-04	111-040	Informations- und Öffentlichkeitsarbeit -freiwillig-	0	4.600	-4.600
9-04	111-024	Kreistagsangelegenheiten	0	201.100	-201.100
9-04	111-041	Kreistagsangelegenheiten -freiwillig-	0	3.600	-3.600
9-04	121-001	Wahlen und Einwohnerbeteiligung	150.000	391.600	-241.600
Politik					
8-00	111-015	Kreistag und seine Ausschüsse	0	457.800	-457.800
8-00	111-016	Fraktionen	0	56.200	-56.200
8-00	111-037	Fraktionen -freiwillig-	0	831.300	-831.300
Amt / OE					
1-01	111-002	Zentrale Personaldienstleistungen	96.900	3.656.600	-3.559.700
1-01	111-042	Zentrale Personaldienstleistungen -freiwillig-	0	5.400	-5.400
1-01	111-004	Buchungsposten Personalkosten	330.000	6.050.900	-5.720.900
1-01	111-025	Organisation	0	1.583.700	-1.583.700
1-01	111-030	Steuerung der Digitalisierung	0	141.200	-141.200
1-01	312-903	Verwaltung der Grundsicherung für Arbeitsuchende (Jobcenter)	4.250.000	5.191.700	-941.700
9-02	111-018	Gleichstellung von Mann und Frau	14.400	269.600	-255.200
9-02	111-039	Gleichstellung von Mann und Frau -freiwillig-	0	29.500	-29.500
9-06	111-020	Prüfung und Beratung	104.000	1.445.900	-1.341.900
9-07	111-021	Personalvertretung	0	477.200	-477.200
9-10	111-022	Recht	500	24.800	-24.300
9-10	111-023	Kommunalaufsicht	1.500	782.200	-780.700
9-10	111-035	Kommunalaufsicht -freiwillig-	7.000	19.300	-12.300
Ergebnis Teilhaushalt I			**4.958.900**	**22.671.600**	**-17.712.700**

Teilhaushalt Dezernat II

Dezernat II - Umwelt, Klimaschutz, Verkehr und Verbraucherschutz					
Amt	**Produktnr.**	**Bezeichnung**	**Plan 2026 Erträge €**	**Plan 2026 Aufwendungen €**	**Zuschuss (-) Überschuss €**
2-03	122-004	Veterinärwesen und Verbraucherschutz	142.300	3.777.000	-3.634.700
2-03	122-011	Veterinärwesen und Verbraucherschutz -freiwillig-	0	2.900	-2.900
2-03	414-001	Schlachttier- u. Fleischuntersuchungen	138.200	239.700	-101.500
2-03	537-101	Tierkörperbeseitigung	0	110.000	-110.000
2-04	122-001	Allgemeine Ordnungsangelegenheiten	433.400	1.580.000	-1.146.600
2-04	122-002	Ordnungswidrigkeiten	5.026.200	2.932.500	2.093.700
2-05	126-003	Brandschutz (Amt 205)	723.200	1.792.500	-1.069.300
2-05	126-006	Brandschutz (Amt 205) -freiwillig-	0	63.700	-63.700
2-05	126-004	Feuerwehrtechnische Zentrale	2.035.200	3.404.200	-1.369.000
2-05	127-001	Rettungsdienst	21.005.000	22.452.600	-1.447.600
2-05	128-001	Katastrophenschutz	64.400	1.654.900	-1.590.500
2-05	128-003	Katastrophenschutz -freiwillig-	0	204.800	-204.800
2-06	122-005	KFZ-Zulassungen	2.197.600	2.364.700	-167.100
2-06	122-006	Verkehrssicherung und -lenkung	651.700	745.100	-93.400
2-06	122-012	Verkehrssicherung und -lenkung -freiwillig-	0	1.800	-1.800
2-06	122-007	Fahrerlaubnisse und Fahrgastbeförderung	800.400	1.570.900	-770.500
2-08	122-009	Wasserwirtschaft	252.400	1.521.300	-1.268.900
2-08	122-013	Wasserwirtschaft -freiwillig-	250.000	1.072.700	-822.700
2-08	537-201	Abfallwirtschaft	5.800	354.500	-348.700
2-08	538-201	Abwasser	35.000	329.900	-294.900
2-08	554-001	Naturschutz und Landschaftspflege	659.300	1.831.800	-1.172.500
2-08	554-002	Naturschutz und Landschaftspflege -freiwillig-	353.500	548.700	-195.200
2-08	555-001	Landwirtschaftsangelegenheiten	0	141.100	-141.100
2-08	561-001	Bodenschutz	489.500	766.600	-277.100
2-08	561-004	Bodenschutz -freiwillig-	0	1.300	-1.300
2-08	561-002	Umweltschutz	93.100	228.600	-135.500
2-08	561-005	Umweltschutz -freiwillig-	1.000	0	1.000
2-08	561-006	Klimaschutz -freiwillig-	0	1.200	-1.200
9-09	511-002	Raumplanung	79.100	274.400	-195.300
9-09	511-005	Raumplanung -freiwillig-	0	123.400	-123.400

Haushaltsplan 2026
Übersicht Produkte aller Teilhaushalte

9-09	511-003	Regionale Entwicklung/Neuer Zusammenhalt -freiwillig-	0	250.700	-250.700
9-09	536-001	Versorgung mit technischer Informations- und Telekommunikationsinfrastruktu	857.100	1.134.800	-277.700
9-09	547-001	Nahverkehrsplanung	5.165.200	5.360.300	-195.100
9-09	547-003	Mobilitätszentrale -freiwillig-	955.000	980.800	-25.800
9-09	575-002	Tourismus -freiwillig-	0	142.200	-142.200
9-20	111-028	Verwaltungsführung EKR	0	194.500	-194.500
Ergebnis Teilhaushalt II			**42.413.600**	**58.156.100**	**-15.742.500**

Teilhaushalt Dezernat 1

Dezernat 1 - Finanzen, Digitalisierung und Innere Dienste

Amt	Produktnr.	Bezeichnung	Plan 2026 Erträge €	Plan 2026 Aufwendungen €	Zuschuss (-) Überschuss €
1-00	111-034	Kommunalförderung -freiwillig-	0	23.600	-23.600
1-00	111-043	Informationssicherheit	0	35.700	-35.700
1-02	111-005	IuK	4.837.400	4.670.000	167.400
1-03	111-003	Zentrale Dienste und Betriebl. Gesundheitsmanagement	123.800	2.352.200	-2.228.400
1-06	111-006	Kassenwesen	300.100	2.023.200	-1.723.100
1-07	111-007	Finanzen	0	865.000	-865.000
1-1PRO	111-001	Projekte im Dezernat 1	0	1.313.200	-1.313.200
3-04	111-009	Gebäudewirtschaft Verwaltungsgebäude und Sonstige	580.200	5.882.500	-5.302.300
3-04	126-002	Gebäudewirtschaft FTZ	233.800	613.100	-379.300
3-04	127-002	Gebäudewirtschaft Rettungsdienst	0	600	-600
3-04	212-002	Gebäudewirtschaft Hauptschulen	20.400	792.000	-771.600
3-04	215-002	Gebäudewirtschaft Realschulen	500	656.200	-655.700
3-04	216-002	Gebäudewirtschaft Kombinierte Haupt- und Realschulen	419.000	7.361.900	-6.942.900
3-04	217-002	Gebäudewirtschaft Gymnasien	421.200	7.909.500	-7.488.300
3-04	218-002	Gebäudewirtschaft Gesamtschulen	371.200	3.824.100	-3.452.900
3-04	221-002	Gebäudewirtschaft Förderschulen	12.400	1.635.300	-1.622.900
3-04	231-002	Gebäudewirtschaft berufliche Schulen	297.000	8.919.100	-8.622.100
3-04	315-501	Gebäudewirtschaft Unterkünfte für Asylbewerber	900	71.500	-70.600
3-04	366-002	Gebäudewirtschaft Jugendeinrichtungen	0	900	-900
3-04	542-001	Kreisstraßen und Radwege	1.197.300	9.912.500	-8.715.200
Ergebnis Teilhaushalt 1			**8.815.200**	**58.862.100**	**-50.046.900**

Teilhaushalt Dezernat 3

Dezernat 3 - Bildung, Kultur und Bau

Amt	Produktnr.	Bezeichnung	Plan 2026 Erträge €	Plan 2026 Aufwendungen €	Zuschuss (-) Überschuss €
3-01	212-001	Schulverwaltung Hauptschulen	19.200	266.100	-246.900
3-01	215-001	Schulverwaltung Realschulen	28.400	295.100	-266.700
3-01	216-001	Schulverwaltung Kombinierte Haupt- und Realschulen	213.700	2.417.800	-2.204.100
3-01	217-001	Schulverwaltung Gymnasien	190.800	1.702.600	-1.511.800
3-01	218-001	Schulverwaltung Gesamtschulen	72.300	1.293.100	-1.220.800
3-01	221-001	Schulverwaltung Förderschulen	24.500	738.600	-714.100
3-01	231-001	Schulverwaltung berufliche Schulen	826.300	4.389.100	-3.562.800
3-01	241-001	Schülerbeförderung	111.700	20.435.200	-20.323.500
3-01	242-001	Ausbildungsförderung	0	54.400	-54.400
3-01	243-001	Sonstige schulische Aufgaben	635.100	14.058.800	-13.423.700
3-01	243-003	Sonstige schulische Aufgaben -freiwillig-	0	71.200	-71.200
3-01	251-001	Kreisarchiv	500	169.600	-169.100
3-01	263-001	Musikschulen -freiwillig-	0	175.000	-175.000
3-01	281-001	Kulturbüro -freiwillig-	0	450.400	-450.400
3-01	575-001	Kulturtourismus -freiwillig-	0	35.000	-35.000
3-02	511-001	Bauleitplanung	69.200	532.800	-463.600
3-02	521-001	Bauliche Anlagen	2.262.000	3.848.000	-1.586.000
3-02	522-101	Wohnraumförderung	126.000	162.000	-36.000
3-02	523-001	Denkmalschutz und -pflege	11.000	250.300	-239.300
3-02	523-002	Denkmalschutz und -pflege -freiwillig-	0	15.000	-15.000
Ergebnis Teilhaushalt 3			**4.590.700**	**51.360.100**	**-46.769.400**

Haushaltsplan 2026
Übersicht Produkte aller Teilhaushalte

Teilhaushalt Dezernat 4

Dezernat 4 - Soziales und Integration					
Amt	**Produktnr.**	**Bezeichnung**	**Plan 2026**		**Zuschuss (-) Überschuss**
			Erträge €	**Aufwendungen €**	**€**
4-00	111-032	Sozialplanung -freiwillig-	0	38.100	-38.100
9-08	312-101	Leistungen für Unterkunft und Heizung	35.994.200	58.464.000	-22.469.800
9-08	312-201	Eingliederungsleistungen	10.000	100.000	-90.000
9-08	312-301	Einmalige Leistungen	10.000	1.200.000	-1.190.000
9-08	312-901	Verwaltung der Grundsicherung für Arbeitsuchende (908)	35.000	4.507.700	-4.472.700
4-02	311-102	Hilfe zum Lebensunterhalt (Amt 402)	144.100	383.000	-238.900
4-02	314-010	Zahlungen Abrechnung nach dem SGB IX § 22 Nds. AG SGB IX/XII	113.779.300	74.067.900	39.711.400
4-02	314-101	Leistungen zur medizinischen Rehabilitation § 109 SGB IX	0	2.000	-2.000
4-02	314-201	Leistungen zur Beschäftigung § 111 SGB IX	15.000	16.181.600	-16.166.600
4-02	314-301	Leistungen zur Teilhabe an Bildung § 112 SGB IX	210.000	15.368.200	-15.158.200
4-02	314-401	Leistungen für Wohnraum § 113 II Nr. 1 i.V.m. § 77 SGB IX	0	35.000	-35.000
4-02	314-501	Assistenzleistungen § 113 II Nr. 2 i.V.m. § 78 SGB IX	1.433.000	32.442.700	-31.009.700
4-02	314-601	Heilpädagogische Leistungen § 113 II Nr. 3 i.V.m. § 79 SGB IX	151.200	13.939.000	-13.787.800
4-02	314-701	Kenntnisse und Fähigkeiten / Förderung Verständigung / Mobilität	0	9.641.600	-9.641.600
4-02	314-801	Sonstige/Weitere Leistungen zur Sozialen Teilhabe	163.800	963.000	-799.200
4-02	314-901	Verwaltung der Eingliederungshilfe	1.302.700	6.823.200	-5.520.500
4-02	314-902	Verwaltung der Eingliederungshilfe -freiwillig-	0	8.000	-8.000
4-02	321-001	Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz	788.300	815.500	-27.200
4-02	343-001	Aufgaben nach dem Betreuungsrecht	3.000	1.365.000	-1.362.000
4-02	343-002	Aufgaben nach dem Betreuungsrecht -freiwillig-	0	28.800	-28.800
4-02	344-001	Hilfen für Heimkehrer und politische Häftlinge	106.900	155.900	-49.000
4-02	351-005	Lastenausgleich (Amt 402)	1.500	7.100	-5.600
4-03	111-026	Bürgerschaftliches Engagement -freiwillig-	0	257.000	-257.000
4-03	311-010	Zahlungen Abrechnung nach dem SGB XII	28.394.500	17.587.000	10.807.500
4-03	311-101	Hilfe zum Lebensunterhalt (Amt 403)	12.500	2.220.000	-2.207.500
4-03	311-203	Leistungen des Sofortzuschlages nach § 145 SGB XII	0	11.900	-11.900
4-03	311-401	Hilfen zur Gesundheit (Amt 403)	0	1.500.100	-1.500.100
4-03	311-501	Hilfen in anderen Lebenslagen/besonderen sozialen Schwierigkeiten	0	367.800	-367.800
4-03	311-601	Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	48.821.800	48.571.000	250.800
4-03	311-801	Hilfe zur Pflege (PSG II)	42.600	10.685.900	-10.643.300
4-03	311-901	Verwaltung der Sozialhilfe (Amt 403)	19.000	6.919.700	-6.900.700
4-03	311-904	Verwaltung der Sozialhilfe (Amt 403) -freiwillig-	0	271.200	-271.200
4-03	315-201	Soziale Einrichtungen für pflegebedürftige Menschen	3.685.800	3.896.100	-210.300
4-03	315-202	Soziale Einrichtungen für pflegebedürftige Menschen -freiwillig-	30.000	47.300	-17.300
4-03	315-601	Andere Soziale Einrichtungen -freiwillig-	0	87.300	-87.300
4-03	345-001	Landesblindengeld	568.000	598.800	-30.800
4-03	351-001	Versicherungsangelegenheiten (Amt 403)	32.300	93.300	-61.000
4-09	122-008	Schutzmaßnahmen nach dem NPsychKG	0	118.700	-118.700
4-09	412-001	Sozialpsychiatrischer Dienst	0	1.083.200	-1.083.200
4-09	412-002	Sozialpsychiatrischer Dienst -freiwillig-	0	396.900	-396.900
4-09	414-002	Infektions- und Strahlenschutz	1.739.100	1.640.900	98.200
4-09	414-003	Kinder- und Jugendgesundheit	167.100	818.100	-651.000
4-09	414-004	Ärztliche/zahnärztliche Untersuchungen und Beratungen	40.000	1.151.000	-1.111.000
4-09	414-009	Ärztliche/zahnärztliche Untersuchungen und Beratungen -freiwillig-	0	37.200	-37.200
4-09	414-005	Weitere Maßnahmen der Gesundheitspflege	22.100	294.000	-271.900
4-09	414-008	Weitere Maßnahmen der Gesundheitspflege -freiwillig-	0	69.200	-69.200
4-09	414-006	Präventionsmaßnahme PIAF® (Amt 409)	0	825.100	-825.100
9-13	111-027	Integration und Demokratie -freiwillig-	35.000	4.241.600	-4.206.600
9-13	122-003	Ausländerangelegenheiten, Standesamtsaufsicht	205.400	2.558.000	-2.352.600
9-13	313-001	Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz	28.501.500	40.645.900	-12.144.400
9-13	315-502	Unterkünfte für Flüchtlinge -freiwillig-	2.400.000	192.000	2.208.000
Ergebnis Teilhaushalt 4			**268.864.700**	**383.723.500**	**-114.858.800**

Teilhaushalt Dezernat 5

Dezernat 5 - Kinder, Jugend und Familie					
Amt	**Produktnr.**	**Bezeichnung**	**Plan 2026**		**Zuschuss (-) Überschuss**
			Erträge €	**Aufwendungen €**	**€**
4-06	363-002	Förderung der Erziehung in der Familie	2.497.000	10.158.100	-7.661.100
4-06	363-014	Förderung der Erziehung in der Familie -freiwillig-	121.000	196.000	-75.000
4-06	363-003	Hilfen zur Erziehung	8.851.200	65.010.600	-56.159.400
4-06	363-015	Hilfen zur Erziehung -freiwillig-	0	209.900	-209.900
4-06	363-004	Präventionsmaßnahme PIAF® (Amt 406)	0	588.600	-588.600
4-06	363-005	Eingliederungshilfe nach § 35 a SGB VIII	289.800	19.030.600	-18.740.800

Haushaltsplan 2026
Übersicht Produkte aller Teilhaushalte

4-06	363-006	Verfahren nach dem Jugendgerichtsgesetz	0	1.633.000	-1.633.000
4-06	363-016	Verfahren nach dem Jugendgerichtsgesetz -freiwillig-	0	121.900	-121.900
4-07	111-031	Betriebskrippe -freiwillig-	72.000	810.200	-738.200
4-07	311-103	Hilfe zum Lebensunterhalt (Amt 407)	0	12.000	-12.000
4-07	311-903	Verwaltung der Sozialhilfe (Amt 407)	0	25.600	-25.600
4-07	312-601	Leistungen für Bildung und Teilhabe nach § 28 SGB II	2.517.500	3.600.000	-1.082.500
4-07	312-902	Verwaltung der Grundsicherung für Arbeitsuchende (Amt 407)	400.000	908.500	-508.500
4-07	341-001	Unterhaltsvorschuss	15.477.200	17.233.800	-1.756.600
4-07	346-001	Wohngeld	9.232.500	9.805.400	-572.900
4-07	347-001	Bildung und Teilhabe nach § 6b Bundeskindergeldgesetz	1.980.000	2.683.900	-703.900
4-07	361-001	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege	170.400	1.207.500	-1.037.100
4-07	361-003	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege -freiwillig-	80.000	254.200	-174.200
4-07	362-001	Jugendarbeit	23.600	80.100	-56.500
4-07	362-002	Jugendarbeit -freiwillig-	0	265.900	-265.900
4-07	363-001	Jugendsozialarbeit, Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz	63.500	484.300	-420.800
4-07	363-013	Jugendsozialarbeit, Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz -freiwillig-	0	83.400	-83.400
4-07	363-007	Beistandschaft, Amtspflegschaft und -vormundschaft	0	1.508.000	-1.508.000
4-07	363-017	Beistandschaft, Amtspflegschaft und -vormundschaft -freiwillig-	0	57.700	-57.700
4-07	363-008	Elterngeld	297.700	913.000	-615.300
4-07	365-001	Sicherstellung der Kindertagesbetreuung (407)	3.732.100	59.624.900	-55.892.800
4-07	365-003	Sicherstellung der Kindertagesbetreuung (407) -freiwillig-	22.000	192.200	-170.200
4-07	366-001	Kreiseigene Jugendeinrichtungen -freiwillig-	0	555.200	-555.200
4-07	367-001	Erziehungsberatung	0	1.115.600	-1.115.600
4-07	367-002	Erziehungsberatung -freiwillig-	0	5.500	-5.500
4-07	421-001	Sportförderung -freiwillig-	7.700	251.900	-244.200
Ergebnis Teilhaushalt 5			**45.835.200**	**198.627.500**	**-152.792.300**

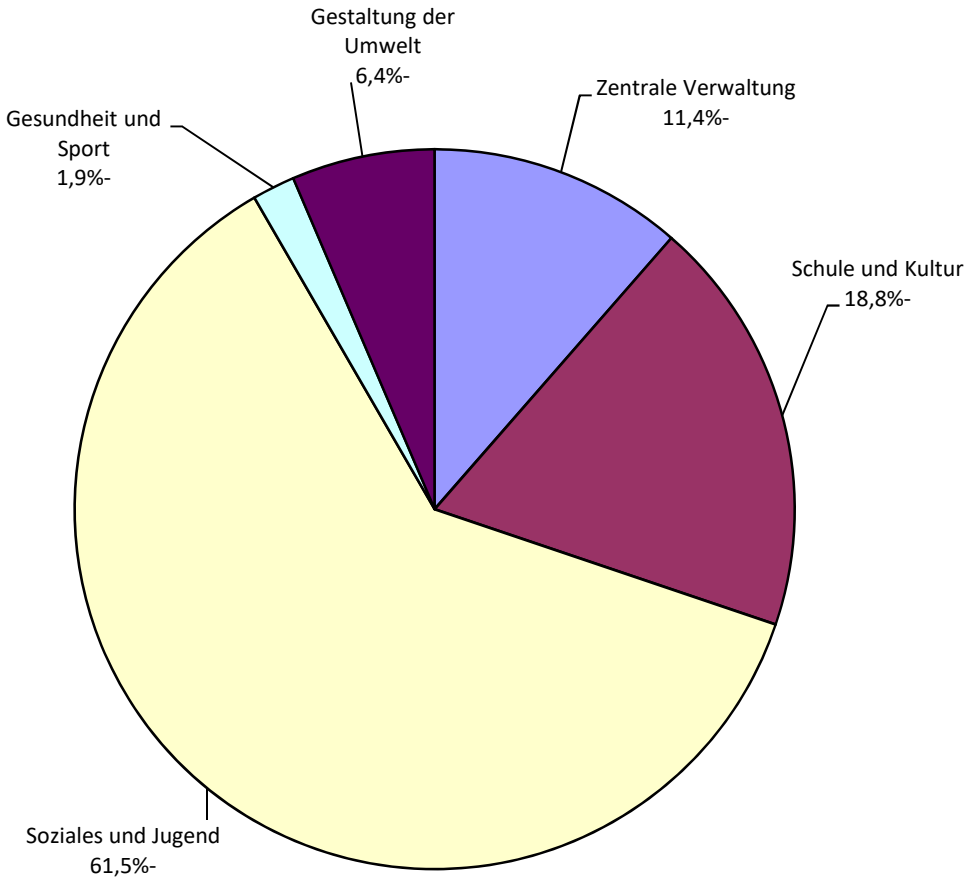
Teilhaushalt Zentralhaushalt

Zentralhaushalt

Amt	Produktnr.	Bezeichnung	Plan 2026 Erträge €	Plan 2026 Aufwendungen €	Zuschuss (-) Überschuss €
	261-001	Theater -freiwillig-	0	4.527.400	-4.527.400
	271-001	Volkshochschule -freiwillig-	0	300.000	-300.000
	315-302	Förderzentrum im Bockfeld	0	1.613.000	-1.613.000
	411-001	Krankenhäuser	110.400	2.085.900	-1.975.500
	418-001	Kurbetrieb Bad Salzdetfurth -freiwillig-	0	1.409.700	-1.409.700
	511-004	Aufgabenwahrnehmung NKlimaG	203.100	60.000	143.100
	547-002	Regionalverkehr Hildesheim	3.000.000	14.840.000	-11.840.000
	571-001	Wirtschaftsförderung	0	443.500	-443.500
	573-001	Sparkasse, kwg, GKHi -freiwillig-	413.400	6.000	407.400
	573-002	Klimaschutzagentur -freiwillig-	0	259.000	-259.000
	611-001	Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen	340.208.700	609.000	339.599.700
	612-001	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	719.500	14.899.800	-14.180.300
Ergebnis Teilhaushalt Zentralhaushalt			**344.655.100**	**41.053.300**	**303.601.800**

Ergebnis Gesamthaushalt	**720.133.400**	**814.454.200**	**-94.320.800**

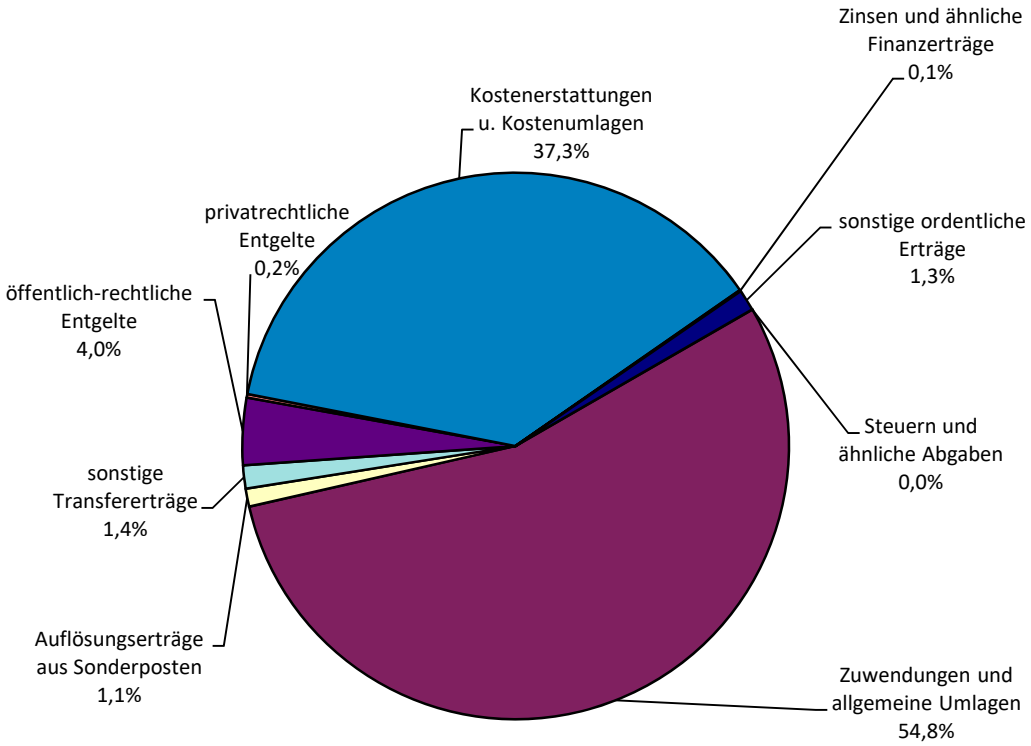
Ergebnishaushalt nach Produktbereichen



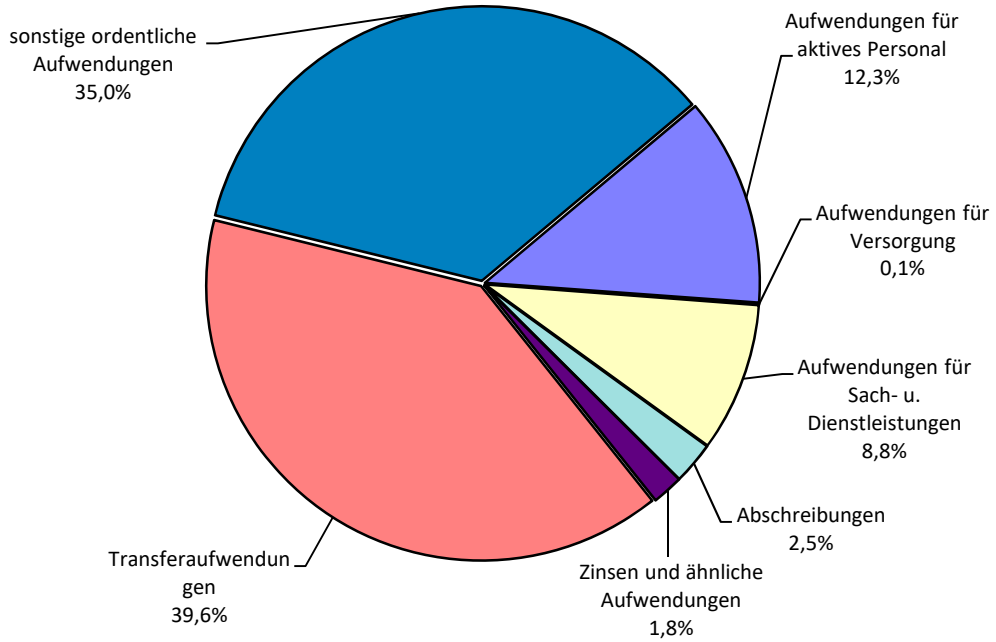
Zentrale Verwaltung	-47.940.300 €
Schule und Kultur	-78.778.300 €
Soziales und Jugend	-257.974.600 €
Gesundheit und Sport	-8.078.200 €
Gestaltung der Umwelt	-26.968.800 €
Summe (entspricht 100%)	-419.740.200 €
Zentrale Finanzleistungen	+325.419.400 €
Jahresergebnis (+ Überschuss / - Zuschuss)	-94.320.800 €

Ergebnishaushalt nach Ertrags- und Aufwandsarten

Erträge



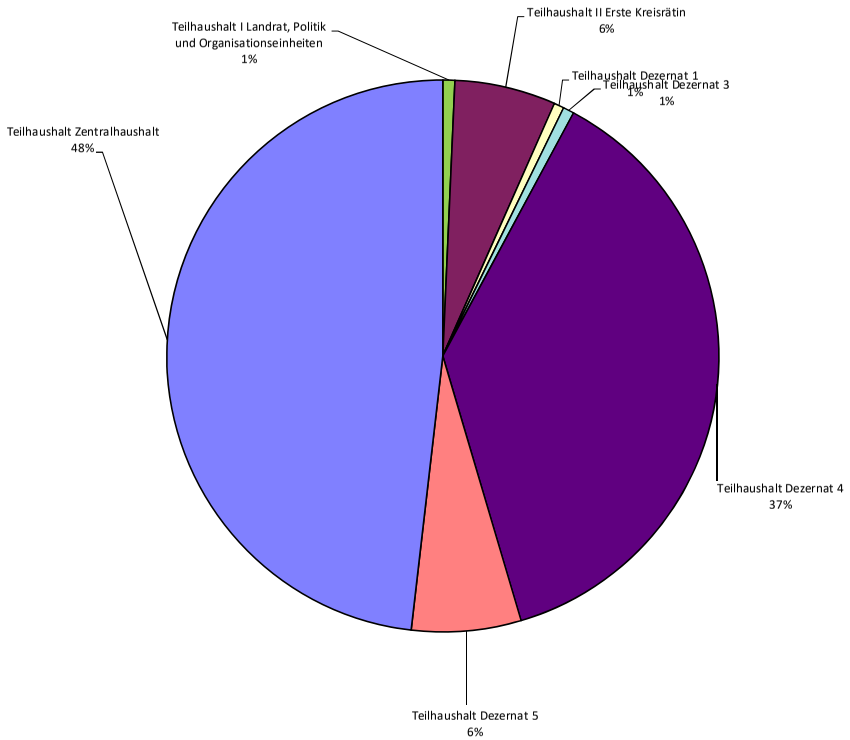
Aufwendungen



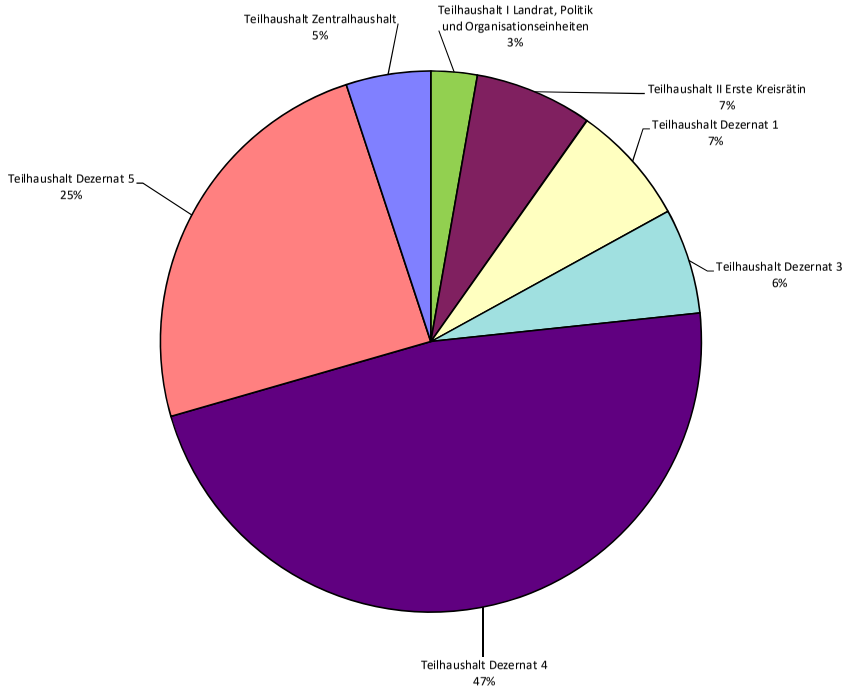
Gesamtergebnishaushalt nach Teilhaushalten

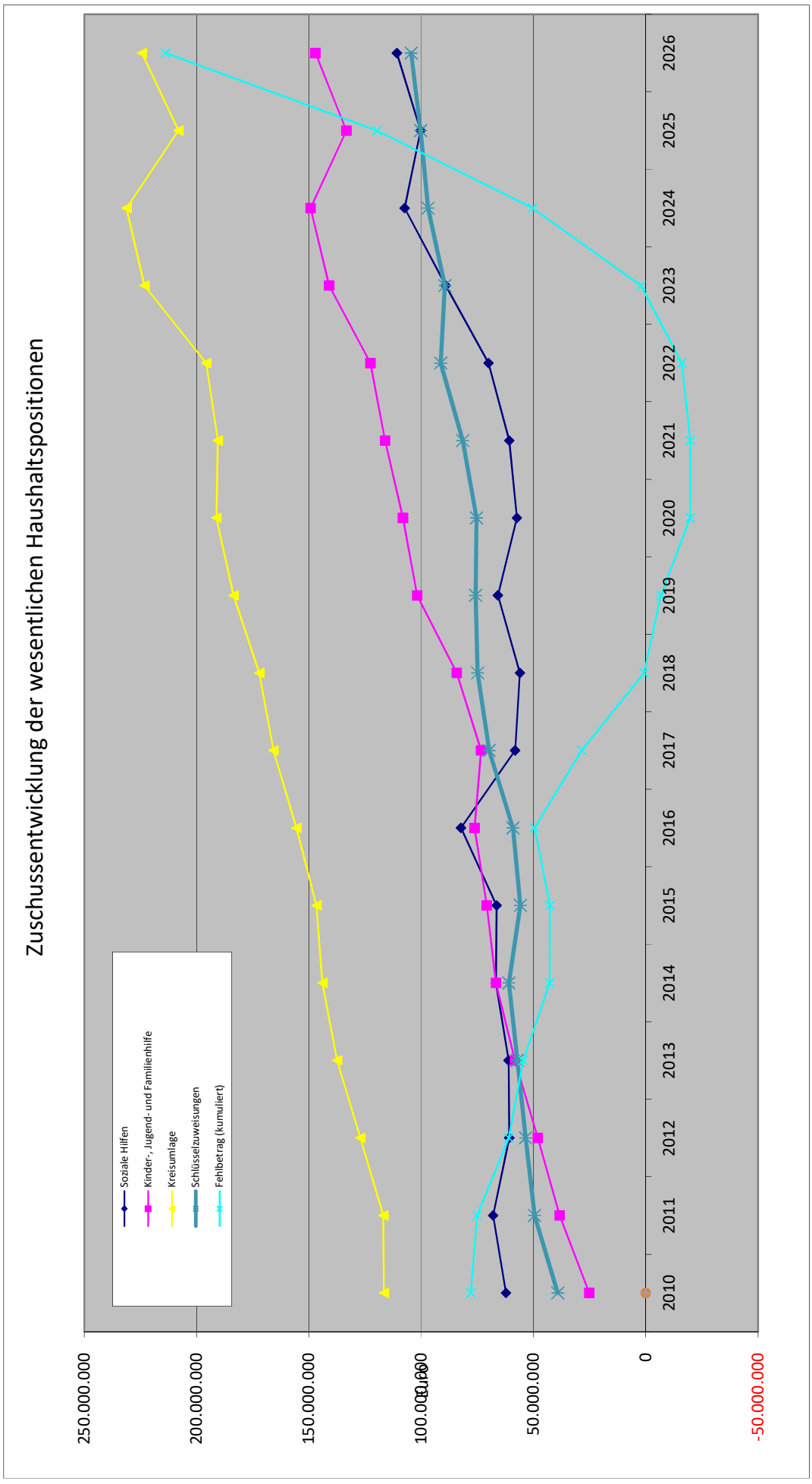
Ergebnishaushalt	Ordentliche Erträge €	Ordentliche Aufwendungen €	Ordentliches Ergebnis €	Außerord. Erträge €	Außerord. Aufwendungen €	Außerord. Ergebnis €	Erträge interne Leistungsbez. €	Aufwend. interne Leistungsbez. €	Saldo interne Leistungsbez. €	Jahres-ergebnis €
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Teilhaushalt I Landrat, Politik und Organisationseinheiten	4.958.900	22.262.600	-17.303.700	0	0	0	0	409.000	-409.000	-17.712.700
Teilhaushalt II Erste Kreisrätin	42.413.600	57.033.000	-14.619.400	0	0	0	0	1.123.100	-1.123.100	-15.742.500
Teilhaushalt Dezernat 1	4.231.600	58.412.400	-54.180.800	0	0	0	4.583.600	449.700	4.133.900	-50.046.900
Teilhaushalt Dezernat 3	4.590.700	51.051.600	-46.460.900	0	0	0	0	308.500	-308.500	-46.769.400
Teilhaushalt Dezernat 4	268.864.700	382.595.900	-113.731.200	0	0	0	0	1.157.800	-1.157.800	-114.889.000
Teilhaushalt Dezernat 5	45.835.200	197.461.800	-151.626.600	0	0	0	0	1.135.500	-1.135.500	-152.762.100
Teilhaushalt Zentralhaushalt	344.655.100	41.053.300	303.601.800	0	0	0	0	0	0	303.601.800
Summe	715.549.800	809.870.600	-94.320.800	0	0	0	4.583.600	4.583.600	0	-94.320.800

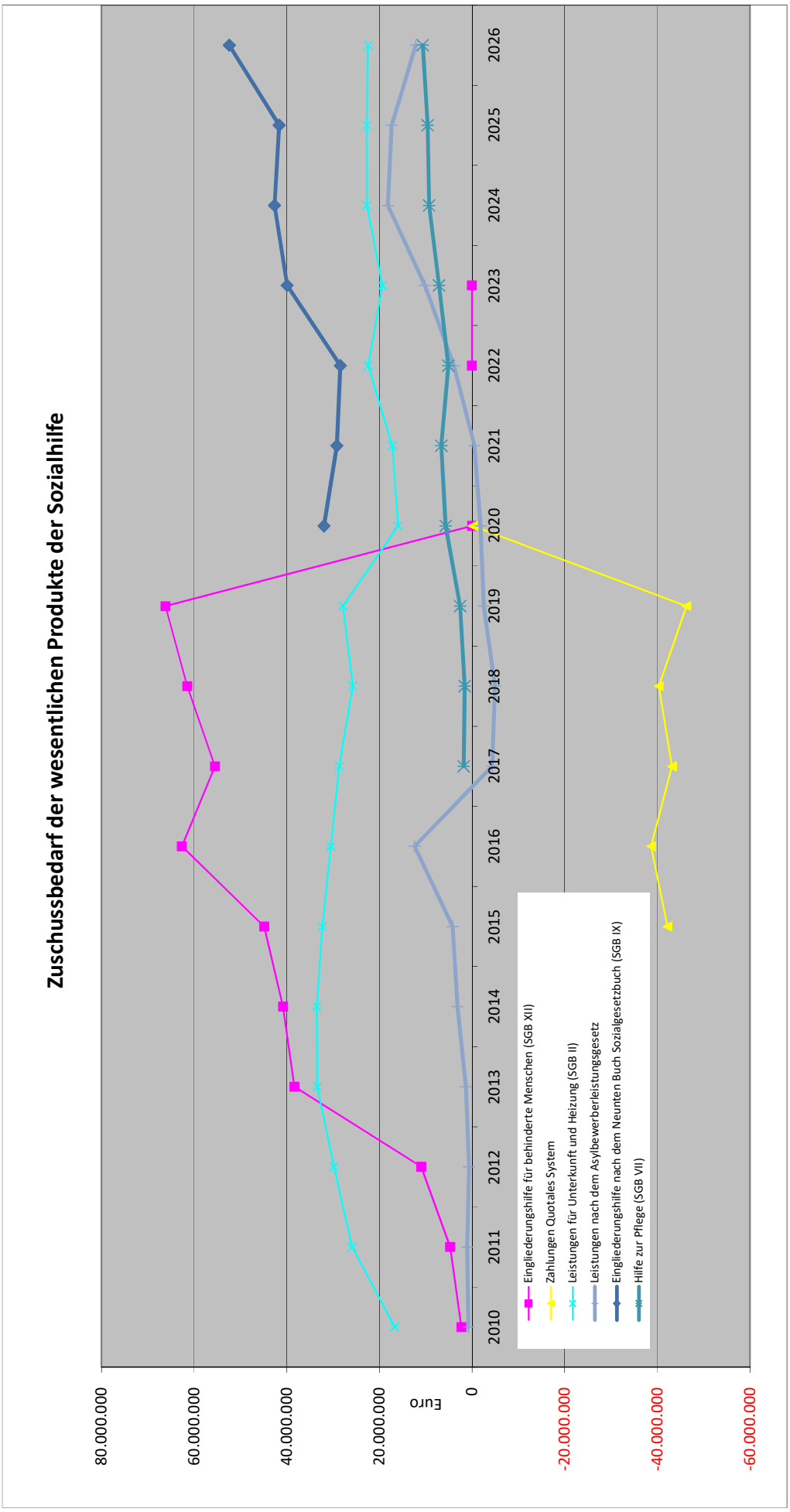
Ordentliche Erträge

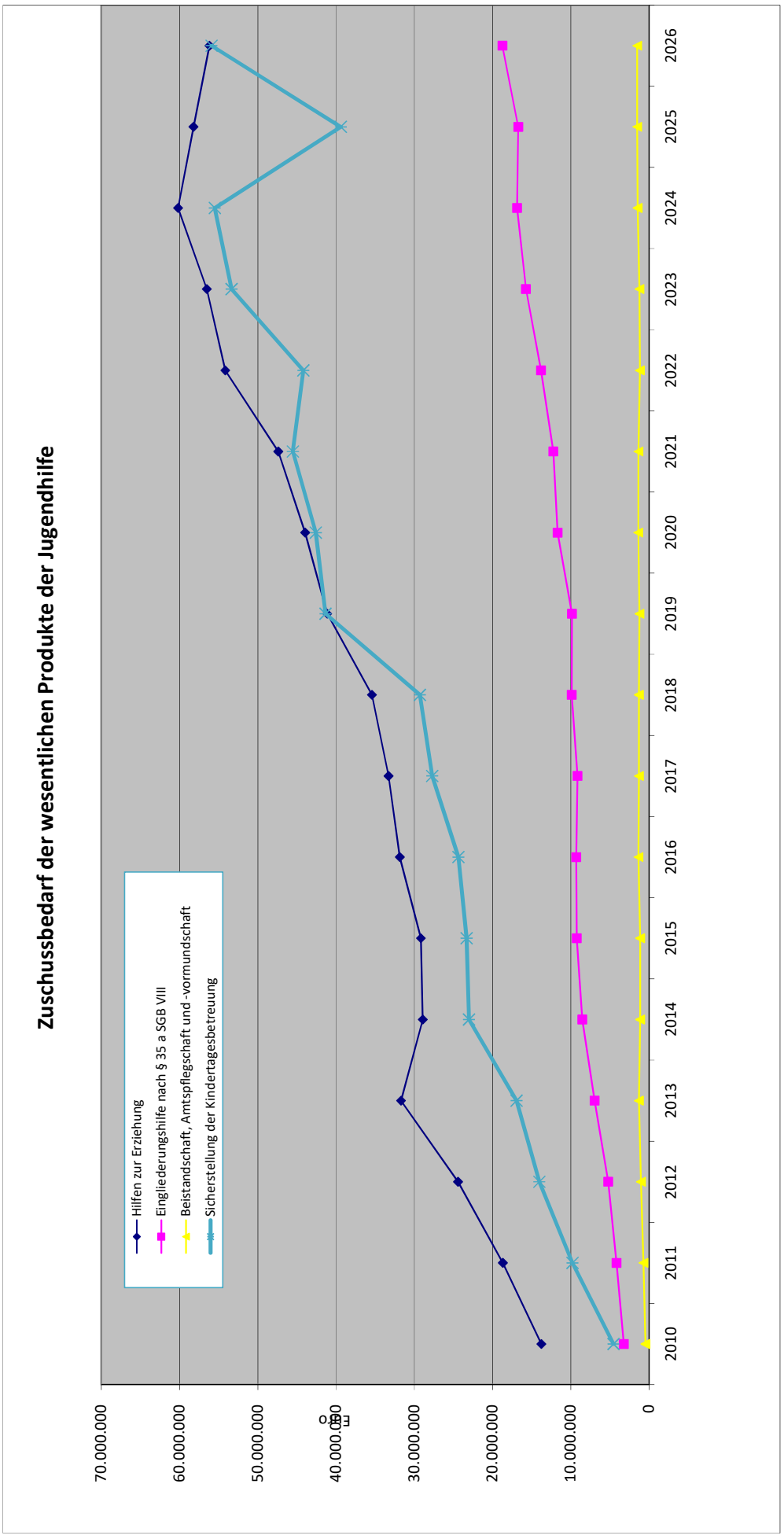


Ordentliche Aufwendungen




Zuschussentwicklung der wesentlichen Haushaltspositionen
Soziale Hilfen
Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Kreisumlage
Schlüsselzuweisungen
Fehlbetrag (kumuliert)
250.000.000
200.000.000
150.000.000
100.000.000
50.000.000
0
-50.000.000
2010
2011
2012
2013
2014
2015
2016
2017
2018
2019
2020
2021
2022
2023
2024
2025
2026


Zuschussbedarf der wesentlichen Produkte der Sozialhilfe
80.000.000
60.000.000
40.000.000
20.000.000
0
-20.000.000
-40.000.000
-60.000.000
Euro
2010
2011
2012
2013
2014
2015
2016
2017
2018
2019
2020
2021
2022
2023
2024
2025
2026
Eingliederungshilfe für behinderte Menschen (SGB XII)
Zahlungen Quotales System
Leistungen für Unterkunft und Heizung (SGB II)
Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz
Eingliederungshilfe nach dem Neunten Buch Sozialgesetzbuch (SGB IX)
Hilfe zur Pflege (SGB VII)


Zuschussbedarf der wesentlichen Produkte der Jugendhilfe
Hilfen zur Erziehung
Eingliederungshilfe nach § 35 a SGB VIII
Beistandschaft, Amtspflegschaft und -vormundschaft
Sicherstellung der Kindertagesbetreuung
70.000.000
60.000.000
50.000.000
40.000.000
30.000.000
20.000.000
10.000.000
0
EUR
2010
2011
2012
2013
2014
2015
2016
2017
2018
2019
2020
2021
2022
2023
2024
2025
2026

Haushalt 2026
Antrag 750/XIX Ziffer 7 und 8 "von der Politik beantragte Haushaltsmittel"

24.09.2025

THH	Kosten-stelle	Konto	Kostenträger	Haushalt	Budget	von der Politik beantragte Haushaltsmittel				Antrag Nr.	vom	Antragsteller	Thema	Antrag zum Haushalts-plan	Kontotyp	einmalig / dauerhaft
						RE 2024 €	Ansatz 2025 €	aktuelles RE 2025 incl. gebundener Mittel (nur Budget 20)	Ansatz 2026 €							
3	3-02	4318-0000 Zuschüsse an übrige Bereiche	523-001 Denkmalschutz und -pflege neu ab 2026: 523-002 Denkmalschutz und -pflege - freiwillig-	ErgebnisHH	20	4.765,95	15.000	2.459,11	15.000	230/XIX	17.01.2023	SPD / BÜNDNIS 90-DIE GRÜNEN / GUT für Sarstedt / Die PARTEI / DIE LINKE	Baukulturdienst Weser-Leine	2024	Aufwand	dauerhaft
II	2-03	0048-0100 Zugang geleistete Investitionszuweisungen u.-zuschüsse übrige Bereiche	122-004-0003 Tierschutz	InvestitionsHH	---	0,00	200.000	---	---	410/XIX	01.11.2023	SPD / BÜNDNIS 90-DIE GRÜNEN / GUT für Sarstedt / Die PARTEI / DIE LINKE	Investitionskostenzuschuss Tierschutz Hildesheim und Umgebung e.V.	2024	Auszahlung	2024, 2025
II	2-05	4318-0000 Zuschüsse an übrige Bereiche	128-001-0001 Katastrophenschutz und Vorsorgeplanung	ErgebnisHH	20	200.000,00	---	---	---	411/XIX	01.11.2023	SPD / BÜNDNIS 90-DIE GRÜNEN / GUT für Sarstedt / Die PARTEI / DIE LINKE	Zuschuss Katastrophenschutz	2024	Aufwand	einmalig
II	2-03	4431-0016 Aufw. f. Tierseuchenbekämpf.	122-004-0001 Tierseuchenbekämpfung	ErgebnisHH	60	7.875,77	---	3.735,06	---	416/XIX	01.11.2023	SPD / BÜNDNIS 90-DIE GRÜNEN / GUT für Sarstedt / Die PARTEI / DIE LINKE	Trichinen-Untersuchungen im Landkreis Hildesheim	2024	Aufwand	einmalig
3	3-01	4318-0000 Zuschüsse an übrige Bereiche	281-001-0002 Kulturförderung	ErgebnisHH	20	20.000,00	---	---	---	421/XIX	10.11.2023	SPD / BÜNDNIS 90-DIE GRÜNEN / GUT für Sarstedt / Die PARTEI / DIE LINKE	Einmaliger Zuschuss für den Radiosender „Radio Tonkuhle	2024	Aufwand	einmalig
3	3-01	4312-0010 Zuweisungen an Gemeinden u. Gemverb. (Budget 20)	243-001 Sonstige schulische Aufgaben	ErgebnisHH	20	0,00	---	---	---	422/XIX	10.11.2023	SPD / BÜNDNIS 90-DIE GRÜNEN / GUT für Sarstedt / Die PARTEI / DIE LINKE	Fachkräftemanagement	2024	Aufwand	einmalig
1	3-04 (1-01)	4012-0000 Dienstaufw. Arbeitnehmer	216-002 Gebäudewirtschaft Kombinierte Haupt- und Realschulen 218-002 Gebäudewirtschaft Gesamtschulen	ErgebnisHH	40	40.600,00	43.000	---	43.000	423/XIX	10.11.2023	SPD / BÜNDNIS 90-DIE GRÜNEN / GUT für Sarstedt / Die PARTEI / DIE LINKE	Rekommunalisierung des Reinigungsdienstes	2024	Aufwand	dauerhaft

THH	Kosten-stelle	Konto	Kostenträger	Haushalt	Budget	von der Politik beantragte Haushaltsmittel				Antrag Nr.	vom	Antragsteller	Thema	Antrag zum Haushalts-plan	Kontotyp	einmalig / dauerhaft
						RE 2024 €	Ansatz 2025 €	aktuelles RE 2025 incl. gebundener Mittel (nur Budget 20)	Ansatz 2026 €							
5	4-06	4318-0000 Zuschüsse an übrige Bereiche	363-003 Hilfen zur Erziehung neu ab 2026: 363-015 Hilfen zur Erziehung - freiwillig-	ErgebnisHH	20	103.445,54	78.000	65.835,51	78.000	426/XIX	13.11.2023	SPD / BÜNDNIS 90-DIE GRÜNEN / GUT für Sarstedt / Die PARTEI / DIE LINKE	Ombudsstelle	2024	Aufwand	2024 - 2026
5	4-07	4318-0000 Zuschüsse an übrige Bereiche	363-001-0001 Jugendsozialarbeit	ErgebnisHH	20	19.100,00	4.900	4.900,00	---	427/XIX	13.11.2023	SPD / BÜNDNIS 90-DIE GRÜNEN / GUT für Sarstedt / Die PARTEI / DIE LINKE	Jugendwerkstätten Alfeld	2024	Aufwand	2024, 2025
5	4-07	4318-0000 Zuschüsse an übrige Bereiche	361-001 Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege	ErgebnisHH	20	10.000,00	10.000	10.000,00	---	429/XIX	13.11.2023	SPD / BÜNDNIS 90-DIE GRÜNEN / GUT für Sarstedt / Die PARTEI / DIE LINKE	Familienzentrum	2024	Aufwand	2024, 2025
5	4-07	4318-0000 Zuschüsse an übrige Bereiche	311-903 Verwaltung der Sozialhilfe (Amt 407)	ErgebnisHH	20	25.000,00	---	---	---	430/XIX	13.11.2023	SPD / BÜNDNIS 90-DIE GRÜNEN / GUT für Sarstedt / Die PARTEI / DIE LINKE	Schulstarterpaket	2024	Aufwand	einmalig
4	4-00	4318-0000 Zuschüsse an übrige Bereiche	311-901 Verwaltung der Sozialhilfe (Amt 403)	ErgebnisHH	20	0,00	---	0,00	---	431/XIX	13.11.2023	SPD / BÜNDNIS 90-DIE GRÜNEN / GUT für Sarstedt / Die PARTEI / DIE LINKE	Runder Tisch Kinderarmut	2024	Aufwand	einmalig
II	9-09	4312-0010 Zuweisungen an Gemeinden u. Gemverb. (Budget 20)	511-003 Regionale Entwicklung/Neuer Zusammenhalt-frewillig-	ErgebnisHH	20	0,00	150.000	135.743,51	---	432/XIX	13.11.2023	SPD / BÜNDNIS 90-DIE GRÜNEN / GUT für Sarstedt / Die PARTEI / DIE LINKE	Kofinanzierung für Anträge zur Leader-Region	2024	Aufwand	2024, 2025
4	4-09	4318-0027 Sachkostenzuschuss Aids-Hilfe	414-005-0005 Prävention und Gesundheitsförderung (sofern nicht in anderen Produkten)	ErgebnisHH	20	4.344,14	---	4.135	---	441/XIX	16.11.2023	SPD / BÜNDNIS 90-DIE GRÜNEN / GUT für Sarstedt / Die PARTEI / DIE LINKE	Aids-Hilfe	2024	Aufwand	einmalig
4	4-03	0047-0100 Zugang geleistete Investitionszuweisungen u.-zuschüsse priv. Untern.	315-601-0002 Hospiz	InvestitionsHH	---	---	50.000	---	---	442/XIX	16.11.2023	SPD / BÜNDNIS 90-DIE GRÜNEN / GUT für Sarstedt / Die PARTEI / DIE LINKE	Michaelis-Hospiz	2024	Auszahlung	2024 - 2025

THH	Kosten-stelle	Konto	Kostenträger	Haushalt	Budget	von der Politik beantragte Haushaltsmittel				Antrag Nr.	vom	Antragsteller	Thema	Antrag zum Haushalts-plan	Kontotyp	einmalig / dauerhaft	
						RE 2024 €	Ansatz 2025 €	aktuelles RE 2025 incl. gebundener Mittel (nur Budget 20)	Ansatz 2026 €								
4	4-03	4318-0013 Zuschüsse Frauen- u. Kinderschutzhaus	315-601-0001 Frauen- und Kinderschutzhaus	ErgebnisHH	20	---	---	---	---	443/XIX	16.11.2023	SPD / BÜNDNIS 90-DIE GRÜNEN / GUT für Sarstedt / Die PARTEI / DIE LINKE	Frauenhaus Hildesheim	2024	Aufwand	einmalig	
4	4-03	4318-0000 Zuschüsse an übrige Bereiche	311-901 Verwaltung der Sozialhilfe (Amt 403)	ErgebnisHH	20	2.500,00	---	---	---	444/XIX	16.11.2023	SPD / BÜNDNIS 90-DIE GRÜNEN / GUT für Sarstedt / Die PARTEI / DIE LINKE	Komm e.V.	2024	Aufwand	einmalig	
4	4-09	4431-0049 Planungs- und Beratungsaufwand (Budget 20)	414-006 Präventionsmaßnahme PIAF® (Amt 409)	ErgebnisHH	20	11.781,00	---	27.489	---	445/XIX	16.11.2023	SPD / BÜNDNIS 90-DIE GRÜNEN / GUT für Sarstedt / Die PARTEI / DIE LINKE	Evaluation PiAF, Übertragung Haushaltsrest aus 2023	2024	Aufwand	einmalig	
4	4-03	4318-0000 Zuschüsse an übrige Bereiche	311-901 Verwaltung der Sozialhilfe (Amt 403)	ErgebnisHH	20	25.000,00	---	---	---	446/XIX	16.11.2023	SPD / BÜNDNIS 90-DIE GRÜNEN / GUT für Sarstedt / Die PARTEI / DIE LINKE	Sozialfonds	2024	Aufwand	einmalig	*) es wurde eine Rückstellung i.H.v. 30.000,00 € gebildet
3	3-01	4318-0009 Zuschuss für Biol. Schulgärten	243-001-0004 Schülerbez.Leist/Kr.elternschülerrat(EW)	ErgebnisHH	20	20.000,00	---	---	---	447/XIX	17.11.2023	SPD / BÜNDNIS 90-DIE GRÜNEN / GUT für Sarstedt / Die PARTEI / DIE LINKE	Umweltbildung im Schulbiologiezentrum	2024	Aufwand	einmalig	
3	3-01	4271-0071 Aufw. für Projekte (Budget 20)	243-001 Sonstige schulische Aufgaben-	ErgebnisHH	20	0,00	---	---	---	448/XIX	17.11.2023	SPD / BÜNDNIS 90-DIE GRÜNEN / GUT für Sarstedt / Die PARTEI / DIE LINKE	Pilotprojekt: Prävention gegen Mobbing in Schulen	2024	Aufwand	einmalig	
3	3-01	4318-0000 Zuschüsse an übrige Bereiche	281-001-0001 Management von kultureller Infrastruktur - freiwillig-	ErgebnisHH	20	40.000,00	40.000	20.000,00	40.000	449/XIX	17.11.2023	SPD / BÜNDNIS 90-DIE GRÜNEN / GUT für Sarstedt / Die PARTEI / DIE LINKE	Fortführung Musikmobil	2024	Aufwand	2024 - 2026	* Bildung Rückstellung
3	3-01	4271-0071 Aufw. für Projekte (Budget 20)	243-001 Sonstige schulische Aufgaben neu ab 2026: 243-003 Sonstige schulische Aufgaben - freiwillig-	ErgebnisHH	20	0,00	2.000	2.000,00	2.000	450/XIX	17.11.2023	SPD / BÜNDNIS 90-DIE GRÜNEN / GUT für Sarstedt / Die PARTEI / DIE LINKE	Hygieneartikel in allen weiterführenden Schulen	2024	Aufwand	2024 - 2026	

THH	Kosten-stelle	Konto	Kostenträger	Haushalt	Budget	von der Politik beantragte Haushaltsmittel				Antrag Nr.	vom	Antragsteller	Thema	Antrag zum Haushalts-plan	Kontotyp	einmalig / dauerhaft
						RE 2024 €	Ansatz 2025 €	aktuelles RE 2025 incl. gebundener Mittel (nur Budget 20)	Ansatz 2026 €							
4	4-00	4431-0045 Geschäftsaufwendungen (Budget 20)	111-032 Sozialplanung	ErgebnisHH	20	66,00	---	0,00	---	451/XIX	20.11.2023	SPD / BÜNDNIS 90-DIE GRÜNEN / GUT für Sarstedt / Die PARTEI / DIE LINKE	Gesundheitsregion Hildesheim	2024	Aufwand	einmalig
ZHH	ZHH	4318-0000 Zuschüsse an übrige Bereiche	573-002 Klimaschutzagentur	ErgebnisHH	20	65.000,00	67.000	67.000,00	69.000	455/XIX	21.11.2023	SPD / BÜNDNIS 90-DIE GRÜNEN / GUT für Sarstedt / Die PARTEI / DIE LINKE	Umweltbildung Klimaschutzagentur	2024	Aufwand	2024 - 2026
II	2-08	4431-0049 Planungs- und Beratungsaufwand (Budget 20)	561-001 Bodenschutz	ErgebnisHH	20	0,00	75.000	75.000,00	---	456/XIX	21.11.2023	SPD / BÜNDNIS 90-DIE GRÜNEN / GUT für Sarstedt / Die PARTEI / DIE LINKE	Bodenschutzkonzept	2024	Aufwand	2024, 2025
1	Einrichtung eines neuen Budgets: B1-1Proj-001	0025-0100 Zugang DV-Software und 0720-0100 Zugang Betriebs- und Geschäftsausstattung (je 50%)	111-001-0012 Projekt Modernisierung der IT-Infrastruktur	InvestitionsHH	---	0,00	---	---	---	458/XIX	22.11.2023	SPD / BÜNDNIS 90-DIE GRÜNEN / GUT für Sarstedt / Die PARTEI / DIE LINKE	Digitalisierung	2024	Auszahlung	einmalig
I	1-01	4431-0004 Externe Beratungsaufw.	111-025 Organisation	ErgebnisHH	60	0 *)	40.000	---	---	460/XIX	22.11.2023	SPD / BÜNDNIS 90-DIE GRÜNEN / GUT für Sarstedt / Die PARTEI / DIE LINKE	Hilfen zur Erziehung	2024	Aufwand	2024, 2025
II	9-09	4312-0010 Zuweisungen an Gemeinden u. Gemverb. (Budget 20)	511-003 Regionale Entwicklung/Neuer Zusammenhalt	ErgebnisHH	20	70.000,00	---	---	---	461/XIX	22.11.2023	SPD / BÜNDNIS 90-DIE GRÜNEN / GUT für Sarstedt / Die PARTEI / DIE LINKE	Neuer Zusammenhalt	2024	Aufwand	einmalig
4	9-13	4318-0000 Zuschüsse an übrige Bereiche	111-027 Integration und Demokratie	ErgebnisHH	20	249.394,45	---	---	---	463/XIX	23.11.2023	SPD / BÜNDNIS 90-DIE GRÜNEN / GUT für Sarstedt / Die PARTEI / DIE LINKE	Flüchtlingssozialarbeit	2024	Aufwand	einmalig
4	9-13	4312-0010 Zuweisungen an Gemeinden u. Gemverb. (Budget 20)	111-027 Integration und Demokratie	ErgebnisHH	20	100.000,00	---	---	---	464/XIX	23.11.2023	SPD / BÜNDNIS 90-DIE GRÜNEN / GUT für Sarstedt / Die PARTEI / DIE LINKE	Flüchtlingssozialarbeit	2024	Aufwand	einmalig

THH	Kosten-stelle	Konto	Kostenträger	Haushalt	Budget	von der Politik beantragte Haushaltsmittel				Antrag Nr.	vom	Antragsteller	Thema	Antrag zum Haushalts-plan	Kontotyp	einmalig / dauerhaft
						RE 2024 €	Ansatz 2025 €	aktuelles RE 2025 incl. gebundener Mittel (nur Budget 20)	Ansatz 2026 €							
4	9-13	4312-0010 Zuweisungen an Gemeinden u. Gemverb. (Budget 20)	111-027 Integration und Demokratie	ErgebnisHH	20	49.008,71	---	---	---	465/XIX	23.11.20023	SPD / BÜNDNIS 90-DIE GRÜNEN / GUT für Sarstedt / Die PARTEI / DIE LINKE	Stadtteileltern	2024	Aufwand	einmalig
4	9-13	4318-0000 Zuschüsse an übrige Bereiche	111-027 Integration und Demokratie	ErgebnisHH	20	10.000,00	---	---	---	466/XIX	23.11.2023	SPD / BÜNDNIS 90-DIE GRÜNEN / GUT für Sarstedt / Die PARTEI / DIE LINKE	Sprachkurse für Geflüchtete	2024	Aufwand	einmalig
5	4-07	4318-0029 Zuschüsse an übrige Bereiche (Budget 10)	363-001-0001 Jugendsozialarbeit	ErgebnisHH	10	594.601,61	582.000	---	102.000	474/XIX	30.11.2023	SPD / BÜNDNIS 90-DIE GRÜNEN / GUT für Sarstedt / Die PARTEI / DIE LINKE	Fortführung PACE, JobKlub	2024	Aufwand	2024 - 2026
3	3-02	4318-0000 Zuschüsse an übrige Bereiche	522-101 Wohnraumförderung	ErgebnisHH	20	750.000,00	---	---	---	490/XIX	04.12.2023	SPD / BÜNDNIS 90-DIE GRÜNEN / GUT für Sarstedt / Die PARTEI / DIE LINKE CDU-Fraktion	Wohnraumaktivierung	2024	Aufwand	einmalig
4	4-03	4318-0000 Zuschüsse an übrige Bereiche	311-901 Verwaltung der Sozialhilfe (Amt 403)	ErgebnisHH	20	---	25.000	25.000,00	---	644/XIX	07.11.2024	SPD / BÜNDNIS 90-DIE GRÜNEN / GUT für Sarstedt / Die PARTEI / Fabian Walla /Georgios Konstantopoulos	Sozialfonds	2025	Aufwand	einmalig
4	4-00	4431-0045 Geschäftsaufwendungen (Budget 20)	111-032 Sozialplanung - freiwillig-	ErgebnisHH	20	0,00	15.000	963,60	15.000	647/XIX	07.11.2024	SPD / BÜNDNIS 90-DIE GRÜNEN / GUT für Sarstedt / Die PARTEI / Fabian Walla /Georgios Konstantopoulos	Gesundheitsregion	2025	Aufwand	dauerhaft
5	4-07	4318-0000 Zuschüsse an übrige Bereiche	361-001-0003 Sprachförderung neu ab 2026: 361-003-0001 Sprachförderung - freiwillig-	ErgebnisHH	20	---	150.000	150.000,00	150.000	650/XIX	11.11.2024	SPD / BÜNDNIS 90-DIE GRÜNEN / GUT für Sarstedt / Die PARTEI / Fabian Walla /Georgios Konstantopoulos	Elternzentrierte Sprachförderung	2025	Aufwand	dauerhaft

THH	Kosten-stelle	Konto	Kostenträger	Haushalt	Budget	von der Politik beantragte Haushaltsmittel				Antrag Nr.	vom	Antragsteller	Thema	Antrag zum Haushalts-plan	Kontotyp	einmalig / dauerhaft
						RE 2024 €	Ansatz 2025 €	aktuelles RE 2025 incl. gebundener Mittel (nur Budget 20)	Ansatz 2026 €							
4	4-00	4318-0000 Zuschüsse an übrige Bereiche	311-901 Verwaltung der Sozialhilfe (Amt 403) neu ab 2026: 311-904 Verwaltung der Sozialhilfe (Amt 403) -freiwillig-	ErgebnisHH	20	0,00	10.000	0,00	10.000	651/XIX	11.11.2024	SPD / BÜNDNIS 90-DIE GRÜNEN / GUT für Sarstedt / Die PARTEI / Fabian Walla /Georgios Konstantopoulos	Förderprogramm Regionales Präventionskonzept gegen Kinderarmut	2025	Aufwand	2025, 2026
5	4-07	4318-0000 Zuschüsse an übrige Bereiche	363-001-0003 Jugendberufsagentur neu ab 2026: 363-013-0002 Jugendberufsagentur -freiwillig-	ErgebnisHH	20	---	25.000	10.200,91	25.000	652/XIX	11.11.2024	SPD / BÜNDNIS 90-DIE GRÜNEN / GUT für Sarstedt / Die PARTEI / Fabian Walla /Georgios Konstantopoulos	Weiterentwicklung der Jugendberufsagentur {JBA) in Hildesheim	2025	Aufwand	2025 - 2027
5	4-07	4318-0029 Zuschüsse an übrige Bereiche (Budget 10)	363-001-0001 Jugendsozialarbeit	ErgebnisHH	10	---	44.000	---	46.000	653/XIX	11.11.2024	SPD / BÜNDNIS 90-DIE GRÜNEN / GUT für Sarstedt / Die PARTEI / Fabian Walla /Georgios Konstantopoulos	JobKlub	2025	Aufwand	2025, 2026
5	4-07	4318-0000 Zuschüsse an übrige Bereiche	311-903 Verwaltung der Sozialhilfe (Amt 407)	ErgebnisHH	20	---	25.000	25.000,00	---	654/XIX	11.11.2024	SPD / BÜNDNIS 90-DIE GRÜNEN / GUT für Sarstedt / Die PARTEI / Fabian Walla /Georgios Konstantopoulos	Schulstarterpaket	2025	Aufwand	einmalig
5	4-07	4318-0000 Zuschüsse an übrige Bereiche	363-001-0001 Jugendarbeit neu ab 2026: 363-013 Jugendsozialarbeit, Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz - freiwillig-	ErgebnisHH	20	---	14.133	14.133,00	19.270	655/XIX	11.11.2024	SPD / BÜNDNIS 90-DIE GRÜNEN / GUT für Sarstedt / Die PARTEI / Fabian Walla /Georgios Konstantopoulos	Jugendwerkstatt Alfeld	2025	Aufwand	2025 - 2027

THH	Kosten-stelle	Konto	Kostenträger	Haushalt	Budget	von der Politik beantragte Haushaltsmittel				Antrag Nr.	vom	Antragsteller	Thema	Antrag zum Haushalts-plan	Kontotyp	einmalig / dauerhaft
						RE 2024 €	Ansatz 2025 €	aktuelles RE 2025 incl. gebundener Mittel (nur Budget 20)	Ansatz 2026 €							
4	4-00	4318-0000 Zuschüsse an übrige Bereiche	311-901 Verwaltung der Sozialhilfe (Amt 403)	ErgebnisHH	20	0,00	20.000	0,00	---	656/XIX	11.11.2024	SPD / BÜNDNIS 90-DIE GRÜNEN / GUT für Sarstedt / Die PARTEI / Fabian Walla /Georgios Konstantopoulos	Runder Tisch Kinderarmut	2025	Aufwand	einmalig
I	1-01	4431-0004 Externe Beratungsaufw.	111-025 Organisation	ErgebnisHH	60	---	25.000	---	---	658/XIX	11.11.2024	SPD / BÜNDNIS 90-DIE GRÜNEN / GUT für Sarstedt / Die PARTEI / Fabian Walla /Georgios Konstantopoulos	Assistenzleistungen	2025	Aufwand	einmalig
4	4-03	4318-0013 Zuschüsse Frauen- u. Kinderschutzhaus	315-601-0001 Frauen- und Kinderschutzhaus	ErgebnisHH	20	---	20.000	20.000,00	---	662XIX	12.11.2024	SPD / BÜNDNIS 90-DIE GRÜNEN / GUT für Sarstedt / Die PARTEI / Fabian Walla /Georgios Konstantopoulos	Frauenhaus	2025	Aufwand	einmalig
3	3-01	4271-0071 Aufw. für Projekte (Budget 20)	243-001 Sonstige schulische Aufgaben	ErgebnisHH	20	---	10.000	10.000,00	---	663XIX	12.11.2024	SPD / BÜNDNIS 90-DIE GRÜNEN / GUT für Sarstedt / Die PARTEI / Fabian Walla /Georgios Konstantopoulos	Mobbing-Präventionsrat	2025	Aufwand	einmalig
II	2-08	4429-0011 Mitgliedsbeiträge (Budget20)	561-003 Klimaschutz neu ab 2026: 561-006 Klimaschutz - freiwillig-	ErgebnisHH	20	---	1.176	1.176,00	1.176	664/XIX	12.11.2024	SPD / BÜNDNIS 90-DIE GRÜNEN / GUT für Sarstedt / Die PARTEI / Fabian Walla /Georgios Konstantopoulos	Klima-Bündnis	2025	Aufwand	dauerhaft
ZHH	ZHH	4318-0000 Zuschüsse an übrige Bereiche	573-002 Klimaschutzagentur	ErgebnisHH	20	---	60.000	60.000,00	40.000	665/XIX	12.11.2024	SPD / BÜNDNIS 90-DIE GRÜNEN / GUT für Sarstedt / Die PARTEI / Fabian Walla /Georgios Konstantopoulos	Monitoring Maßnahmen Klimaschutzkonzept	2025	Aufwand	2025 - 2027

THH	Kosten-stelle	Konto	Kostenträger	Haushalt	Budget	von der Politik beantragte Haushaltsmittel				Antrag Nr.	vom	Antragsteller	Thema	Antrag zum Haushalts-plan	Kontotyp	einmalig / dauerhaft
						RE 2024 €	Ansatz 2025 €	aktuelles RE 2025 incl. gebundener Mittel (nur Budget 20)	Ansatz 2026 €							
II	2-08	4271-0032 Förderung Naturschutz - freiw.-	554-001-0005 Förderung des Naturschutzes (freiw. z.B. Stiftung, Gartenregion, Förderprogr.)	ErgebnisHH	20	---	---	48.593,63	---	666/XIX	12.11.2024	SPD / BÜNDNIS 90-DIE GRÜNEN / GUT für Sarstedt / Die PARTEI / Fabian Walla /Georgios Konstantopoulos	Richtlinie biologische Vielfalt, Übertragung Haushaltsreste aus 2024	2025	Aufwand	einmalig
3	3-01	4312-0010 Zuweisungen an Gemeinden u. Gemverb. (Budget 20)	243-001 Sonstige schulische Aufgaben	ErgebnisHH	20	---	50.000	50.000,00	---	667/XIX	12.11.2024	SPD / BÜNDNIS 90-DIE GRÜNEN / GUT für Sarstedt / Die PARTEI / Fabian Walla /Georgios Konstantopoulos	Fachkräftesicherung und -management	2025	Aufwand	einmalig
1	3-04	4431-0052 Aufw. für Unters. u.Gutachten (Budget 20)	542-001-0001 Unterhaltung der Kreisstraßen	ErgebnisHH	20	---	25.000	0,00	---	668/XIX	12.11.2024	SPD / BÜNDNIS 90-DIE GRÜNEN / GUT für Sarstedt / Die PARTEI / Fabian Walla /Georgios Konstantopoulos	Straßen- und Alleebaumkataster	2025	Aufwand	einmalig
3	3-01	4271-0071 Aufw. für Projekte (Budget 20)	281-001-0002 Kulturförderung	ErgebnisHH	20	---	0	0,00	0	670/XIX	12.11.2024	SPD / BÜNDNIS 90-DIE GRÜNEN / GUT für Sarstedt / Die PARTEI / Fabian Walla /Georgios Konstantopoulos	Kunst- und Kulturpreis	2025	Aufwand	dauerhaft
II	2-05	4318-0000 Zuschüsse an übrige Bereiche	128-001-0001 Katastrophenschutz und Vorsorgeplanung neu ab 2026: 128-003 Katastrophenschutz -freiwillig-	ErgebnisHH	20	---	100.000	0,00	100.000	671/XIX	12.11.2024	SPD / BÜNDNIS 90-DIE GRÜNEN / GUT für Sarstedt / Die PARTEI / Fabian Walla /Georgios Konstantopoulos	Katastrophenschutz	2025	Aufwand	dauerhaft
II	2-03	0048-0100 Zugang geleistete Investitionszuweisungen u.-zuschüsse übrige Bereiche	122-004-0003 Tierschutz	InvestitionsHH	---	0,00	---	---	250.000	672/XIX	12.11.2024	SPD / BÜNDNIS 90-DIE GRÜNEN / GUT für Sarstedt / Die PARTEI / Fabian Walla /Georgios Konstantopoulos	Investitionskostenzuschuss Tierheim, Übertragung Haushaltsreste aus 2024	2025	Auszahlung	2026

THH	Kosten-stelle	Konto	Kostenträger	Haushalt	Budget	von der Politik beantragte Haushaltsmittel				Antrag Nr.	vom	Antragsteller	Thema	Antrag zum Haushalts-plan	Kontotyp	einmalig / dauerhaft
						RE 2024 €	Ansatz 2025 €	aktuelles RE 2025 incl. gebundener Mittel (nur Budget 20)	Ansatz 2026 €							
3	3-01	4318-0000 Zuschüsse an übrige Bereiche	263-001 Musikschulen - freiwillig-	ErgebnisHH	20	---	155.000	100.000,00	155.000	673/XIX	12.11.2024	SPD / BÜNDNIS 90-DIE GRÜNEN / GUT für Sarstedt / Die PARTEI / Fabian Walla /Georgios Konstantopoulos	Musikschule Hildesheim	2025	Aufwand	2025 - 2027
II	2-05	0048-0100 Zugang geleistete Investitionszuweisungen u.-zuschüsse übrige Bereiche	128-001 Katastrophenschutz	InvestitionsHH	---	---	25.000	---	---	675/XIX	13.11.2024	SPD / BÜNDNIS 90-DIE GRÜNEN / GUT für Sarstedt / Die PARTEI / Fabian Walla /Georgios Konstantopoulos	DLRG - Trockentauchanzüge	2025	Auszahlung	einmalig
II	9-09	4312-0010 Zuweisungen an Gemeinden u. Gemverb. (Budget 20)	511-003 Regionale Entwicklung/Neuer Zusammenhalt - freiwillig-	ErgebnisHH	20	---	200.000	0,00	200.000	678/XIX	13.11.2024	SPD / BÜNDNIS 90-DIE GRÜNEN / GUT für Sarstedt / Die PARTEI / Fabian Walla /Georgios Konstantopoulos	Regionale Entwicklung/Neuer Zusammenhalt, Ko-Finanzierung Leaderregion	2025	Aufwand	dauerhaft
3	3-01	4318-0000 Zuschüsse an übrige Bereiche	263-001 Musikschulen - freiwillig-	ErgebnisHH	20	---	25.000	0,00	25.000	679/XIX	15.11.2024	SPD / BÜNDNIS 90-DIE GRÜNEN / GUT für Sarstedt / Die PARTEI / Fabian Walla /Georgios Konstantopoulos	Musikschulen Alfeld und Elze	2025	Aufwand	2025 - 2027
4	9-13	4318-0000 Zuschüsse an übrige Bereiche	111-027 Integration und Demokratie - freiwillig-	ErgebnisHH	20	---	350.000	350.000,00	350.000	683/XIX	19.11.2024	SPD / BÜNDNIS 90-DIE GRÜNEN / GUT für Sarstedt / Die PARTEI / Fabian Walla /Georgios Konstantopoulos	Flüchtlingssozialarbeit	2025	Aufwand	2025 - 2027
3	3-02	4318-0000 Zuschüsse an übrige Bereiche	522-101 Wohnraumförderung	ErgebnisHH	20	---	---	0,00	---	737/XIX	06.12.2024	SPD / BÜNDNIS 90-DIE GRÜNEN / GUT für Sarstedt / Die PARTEI / Fabian Walla /Georgios Konstantopoulos/ CDU-Fraktion	Wohnraumaktivierungskonzept, Übertragung Haushaltsreste aus 2024 und 2025	2025	Aufwand	2025, 2026
				Summe		**2.422.483**	**2.731.209**	**1.283.364**	**1.735.446**							

Die Erträge und Aufwendungen, die nach Art und Umfang vom Landkreis Hildesheim beeinflussbar sind, sind beim Landkreis Hildesheim dem Budget 60 zugeordnet.

Hierzu gehören u.a. folgende Erträge und Aufwendungen:

Erträge
Verwaltungsgebühren
Ersatz von besonderen Auslagen
Mieten und Pachten
Erlöse aus Fz-Plaketten, Zul.-Besch. Teil II
Erstattung von Beförderungskosten
Erst. von Gemeinden u. Gemeindeverb. (Budget 60)
Erstattungen von Zweckverbänden und dergl.
Andere sonstige ordentliche Erträge (Budget 60)

Aufwendungen
Prüfpflichtige Maschinen und Geräte Schulen
Leasing (Budget 60)
Versicherungen und Abgaben
Aufw. für Fremdreinigung
Aufw. für Fremdleistungen Hausmeisterdienst
Ausbildung
Fortbildung Bedienstete -allg.-
Aufw. für Kartenführerscheine
Aufw. für Fahrzeugdokumente, Fz-Plaketten
Kartierungsmaßnahmen, LRPund Managementpläne
Ersatzvornahmen
Aufwendungen elektronischer Aufenthaltstitel
Betriebsaufwendungen Digitalfunk
Managementplanung FFH
Aufw. für Prüfung stat. Berechnungen
Aufw. Betriebsarzt u. Sicherh.fachkraft
Sicherheitsdienst
Digitalisierung Schulen
Zuweisungen an Zweckverbände und dergl.
Verbandsumlage Zweckverband FZB
Ausgleichsleistung ÖPNV
Zuweisung an Wirtschaftsförderungsgesellschaft
Mittagsverpflegung Ganztagsschulen
Mitgliedsbeiträge
Schülerbeförderung
Berufsorientierungsfahrten
Gerichts- und ähnliche Kosten
Externe Beratungsaufw.
Aufw. für Projektarbeit
Aufw. für Unters. u.Gutachten (Budget 60)
Gutachten/Maßnahmen Hochwasserschutz/Gewässerentw
Aufw. für Ausschreibungen
Digitalisierung Schulen - Externe Beeratungskosten
Umlage an Schadenausgl.kassen und Versicherungen
Erstattungen an übrige Bereiche
Erstattung für IuK-Leistungen

Im Entwurf des Haushaltsplanes 2026 sind folgende Haushaltsansätze in den Produkten veranschlagt:

Produkt	Produkt-Name	Ertrag	Aufwand	Gesamtergebnis
111-001	Projekte im Dezernat 1		299.400	299.400
111-002	Zentrale Personaldienstleistungen	4.000	1.011.600	1.007.600
111-003	Zentrale Dienste und betriebl. Gesundheitsmanagement		978.700	978.700
111-005	IuK		15.600	15.600
111-006	Kassenwesen		194.100	194.100
111-007	Finanzen		39.700	39.700
111-009	Gebäudewirtschaft Verwaltungsgebäude und Sonstige	514.600	939.600	425.000
111-016	Fraktionen		41.800	41.800

Produkt	Produkt-Name	Ertrag	Aufwand	Gesamtergebnis
111-017	Verwaltungsführung LR		17.100	17.100
111-018	Gleichstellung von Mann und Frau		7.600	7.600
111-019	Informations- und Öffentlichkeitsarbeit		30.500	30.500
111-020	Prüfung und Beratung		74.400	74.400
111-021	Personalvertretung		30.000	30.000
111-022	Recht		13.700	13.700
111-023	Kommunalaufsicht		16.700	16.700
111-025	Organisation		114.100	114.100
111-026	Bürgerschaftliches Engagement -freiwillig-		11.500	11.500
111-027	Integration und Demokratie -freiwillig-		12.900	12.900
111-028	Verwaltungsführung EKR		15.200	15.200
111-030	Steuerung der Digitalisierung		30.000	30.000
111-031	Betriebskrippe -freiwillig-		500	500
111-032	Sozialplanung -freiwillig-		18.200	18.200
111-043	Informationssicherheit		22.000	22.000
121-001	Wahlen und Einwohnerbeteiligung		46.900	46.900
122-001	Allgemeine Ordnungsangelegenheiten	20.000	148.500	128.500
122-002	Ordnungswidrigkeiten		210.600	210.600
122-003	Ausländerangelegenheiten, Standesamtsaufsicht		270.000	270.000
122-004	Veterinärwesen und Verbraucherschutz	4.000	286.400	282.400
122-005	KFZ-Zulassungen	90.000	274.300	184.300
122-006	Verkehrssicherung und -lenkung		55.200	55.200
122-007	Fahrerlaubnisse und Fahrgastbeförderung		300.700	300.700
122-008	Schutzmaßnahmen nach dem NPsychKG		6.300	6.300
122-009	Wasserwirtschaft	35.900	324.400	288.500
126-002	Gebäudewirtschaft FTZ	25.000	44.400	19.400
126-003	Brandschutz (Amt 205)	20.400	234.900	214.500
126-004	Feuerwehrtechnische Zentrale	1.606.700	1.733.600	126.900
127-001	Rettungsdienst		485.600	485.600
127-002	Gebäudewirtschaft Rettungsdienst		600	600
128-001	Katastrophenschutz		249.900	249.900
212-001	Schulverwaltung Hauptschulen		16.600	16.600
212-002	Gebäudewirtschaft Hauptschulen	5.700	114.600	108.900
215-001	Schulverwaltung Realschulen		26.100	26.100
215-002	Gebäudewirtschaft Realschulen		98.600	98.600
216-001	Schulverwaltung Kombinierte Haupt- und Realschulen	1.000	264.100	263.100
216-002	Gebäudewirtschaft Kombinierte Haupt- und Realschulen	2.100	1.169.000	1.166.900
217-001	Schulverwaltung Gymnasien		178.700	178.700
217-002	Gebäudewirtschaft Gymnasien	14.800	902.700	887.900
218-001	Schulverwaltung Gesamtschulen		80.700	80.700
218-002	Gebäudewirtschaft Gesamtschulen	3.300	416.100	412.800
221-001	Schulverwaltung Förderschulen		398.100	398.100
221-002	Gebäudewirtschaft Förderschulen	1.000	146.500	145.500
231-001	Schulverwaltung berufliche Schulen		315.500	315.500
231-002	Gebäudewirtschaft berufliche Schulen	15.500	1.300.700	1.285.200
241-001	Schülerbeförderung	110.000	20.200.200	20.090.200
242-001	Ausbildungsförderung		1.000	1.000
243-001	Sonstige schulische Aufgaben		1.058.600	1.058.600
281-001	Kulturbüro -freiwillig-		1.000	1.000
311-901	Verwaltung der Sozialhilfe (Amt 403)		211.400	211.400
311-903	Verwaltung der Sozialhilfe (Amt 407)		12.800	12.800
312-901	Verwaltung der Grundsicherung für Arbeitsuchende (Amt 908)		15.600	15.600
312-902	Verwaltung der Grundsicherung für Arbeitsuchende (Amt 407)		16.600	16.600
312-903	Verwaltung der Grundsicherung für Arbeitsuchende (Jobcenter)		5.000	5.000
313-001	Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz		93.700	93.700
314-901	Verwaltung der Eingliederungshilfe		224.100	224.100
315-201	Soziale Einrichtungen für pflegebedürftige Menschen		18.300	18.300
315-302	Förderzentrum im Bockfeld		1.613.000	1.613.000
321-001	Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz		3.000	3.000
341-001	Unterhaltsvorschuss		63.100	63.100
343-001	Aufgaben nach dem Betreuungsrecht		69.500	69.500
344-001	Hilfen für Heimkehrer und politische Häftlinge		1.800	1.800
345-001	Landesblindengeld		1.400	1.400
346-001	Wohngeld	12.500	30.000	17.500
347-001	Bildung und Teilhabe nach § 6b Bundeskindergeldgesetz		23.200	23.200
351-001	Versicherungsangelegenheiten (Amt 403)		3.800	3.800
351-005	Lastenausgleich (Amt 402)		300	300

Produkt	Produkt-Name	Ertrag	Aufwand	Gesamtergebnis
361-001	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege		45.100	45.100
362-001	Jugendarbeit		22.400	22.400
363-001	Jugendsozialarbeit, Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz	3.500	20.200	16.700
363-002	Förderung der Erziehung in der Familie	8.700	95.200	86.500
363-003	Hilfen zur Erziehung		368.900	368.900
363-004	Präventionsmaßnahme PIAF ® (Amt 406)		27.200	27.200
363-005	Eingliederungshilfe nach § 35 a SGB VIII		167.800	167.800
363-006	Verfahren nach dem Jugendgerichtsgesetz		48.200	48.200
363-007	Beistandschaft, Amtspflegschaft und -vormundschaft		90.700	90.700
363-008	Elterngeld		29.300	29.300
365-001	Sicherstellung der Kindertagesbetreuung (407)		65.800	65.800
367-001	Erziehungsberatung		56.100	56.100
412-001	Sozialpsychiatrischer Dienst		60.700	60.700
414-001	Schlachttier- u. Fleischuntersuchungen		1.600	1.600
414-002	Infektions- und Strahlenschutz		89.900	89.900
414-003	Kinder- und Jugendgesundheit		44.700	44.700
414-004	Ärztliche/zahnärztliche Untersuchungen und Beratungen		86.900	86.900
414-005	Weitere Maßnahmen der Gesundheitspflege		25.800	25.800
414-006	Präventionsmaßnahme PIAF® (Amt 409)		51.100	51.100
421-001	Sportförderung -freiwillig-		12.800	12.800
511-001	Bauleitplanung		800	800
511-002	Raumplanung		67.600	67.600
521-001	Bauliche Anlagen	2.162.000	1.323.500	-838.500
537-101	Tierkörperbeseitigung		110.000	110.000
537-201	Abfallwirtschaft		24.000	24.000
538-201	Abwasser		16.000	16.000
542-001	Kreisstraßen und Radwege		41.800	41.800
547-001	Nahverkehrsplanung		11.400	11.400
547-002	Regionalverkehr Hildesheim	3.000.000	14.840.000	11.840.000
554-001	Naturschutz und Landschaftspflege	10.100	499.000	488.900
555-001	Landwirtschaftsangelegenheiten		6.000	6.000
561-001	Bodenschutz	287.500	109.000	-178.500
561-002	Umweltschutz	2.600	56.000	53.400
571-001	Wirtschaftsförderung		439.300	439.300
575-002	Tourismus -freiwillig-			
Gesamtergebnis		**7.960.900**	**56.657.400**	**48.696.500**

Mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung 2025-2029 auf Grundlage des Gesamtergebnisplanes

Stand: 16.09.2025

- Entwurf HH 2026 -

		Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Prognose 2027	Prognose 2028	Prognose 2029
01.	**Ordentliche Erträge**						
01.01	+ Steuern und ähnliche Abgaben	3.631.018,19	145.000,00	145.000,00	145.000,00	145.000,00	145.000,00
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	405.503.230,13	373.800.200,00	391.776.200,00	408.357.000,00	422.636.400,00	436.425.400,00
01.03	+ Auflösungserträge aus Sonderposten	8.021.787,27	7.687.900,00	7.544.200,00	7.770.500,00	7.848.100,00	7.926.700,00
01.04	+ sonstige Transfererträge	11.796.418,05	10.272.300,00	9.868.700,00	10.026.600,00	10.392.100,00	10.713.000,00
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte	20.382.037,62	18.616.000,00	28.351.000,00	28.320.200,00	29.344.600,00	30.140.700,00
01.06	+ privatrechtliche Entgelte	1.575.635,85	1.085.800,00	1.558.600,00	1.608.500,00	1.660.600,00	1.710.100,00
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	220.354.537,75	253.311.700,00	266.736.900,00	281.497.400,00	293.028.300,00	304.700.600,00
01.08	+ Zinsen und ähnliche Finanzerträge	564.843,94	545.200,00	536.800,00	529.200,00	521.200,00	512.900,00
01.11	+ sonstige ordentliche Erträge	10.178.963,55	9.796.900,00	9.032.400,00	9.030.500,00	9.097.000,00	9.148.800,00
01.12	**= Ordentliche Erträge**	**682.008.472,35**	**675.261.000,00**	**715.549.800,00**	**747.284.900,00**	**774.673.300,00**	**801.423.200,00**
02.	**Ordentliche Aufwendungen**						
02.01	- Aufwendungen für aktives Personal	87.327.974,20	88.121.000,00	99.270.300,00	102.303.900,00	105.454.000,00	108.694.400,00
02.02	- Versorgungsaufwendungen	779.150,62	0,00	452.900,00	452.900,00	452.900,00	452.900,00
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	55.130.871,19	56.108.900,00	70.952.300,00	70.946.600,00	72.882.200,00	74.524.800,00
02.04	- Abschreibungen	18.577.869,50	18.593.300,00	20.186.700,00	20.842.100,00	21.473.600,00	22.162.200,00
02.05	- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3.863.555,62	7.795.000,00	14.788.800,00	21.079.400,00	26.499.100,00	31.908.800,00
02.06	- Transferaufwendungen	341.149.950,19	324.945.900,00	320.437.500,00	334.833.700,00	350.532.600,00	365.946.300,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	234.363.125,96	248.873.300,00	283.782.100,00	297.831.100,00	313.630.300,00	329.733.200,00
02.08	**= Ordentliche Aufwendungen**	**741.192.497,28**	**744.437.400,00**	**809.870.600,00**	**848.289.700,00**	**890.924.700,00**	**933.422.600,00**
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-59.184.024,93**	**-69.176.400,00**	**-94.320.800,00**	**-101.004.800,00**	**-116.251.400,00**	**-131.999.400,00**
04.	**Außerordentliches Ergebnis**						
04.01	+ Außerordentliche Erträge	-18.536,18	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
04.02	- Außerordentliche Aufwendungen	100.251,96	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
04.03	**= Außerordentl. Aufwend. u. Überschuss**	**81.715,78**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
05.	**= Jahresergebnis**	**-59.265.740,71**	**-69.176.400,00**	**-94.320.800,00**	**-101.004.800,00**	**-116.251.400,00**	**-131.999.400,00**

Investitionen

Investitionstätigkeit:

Die Struktur sowie die Höhe der Auszahlungen bzw. der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit sind aus der nachfolgenden Aufs

	Haushaltsplan		IP / Finanzplanung			Bew.-Stelle
	HA 2026	VE 2026	2027	2028	2029	
	€	€	T€	T€	T€	
Auszahlungen						
1. Fortsetzungsmaßnahmen						
Brandschutz						
Tetra-Technik für Leitstelle	10.000		10	10	10	205
Ersatzbeschaffung LKW mit Ladebordwand für den Schlauchverband	350.000					205
Aufbau/Ausbau des digitalen Alarmierungssystems	15.000					205
Digitalfunk für Tetra-Endgeräte	5.000		5	5	5	205
Ersatzbeschaffung Rüstwagen 2 der FTZ	750.000					205
Ausstattung Kreisausbildung (bewegliche Geräte)	40.000					205
Feuerwehrtechnische Zentrale						
Sonderprogramm Atemschutzverbund	80.000		80	80	80	205
Zusätzlicher Waschschrank für CSA-Anzüge (ATW)	170.000					205
Ersatzb. Schlauchwechselwagen in Kombination mit Atemschutz	350.000					205
Ersatzb. AB Sonderlöschmittel FTZ statt TLF 24/50	500.000					205
Umrüstsatz für GW-L Unimog inkl. Material - Vegetationsbrandbek.	120.000					205
Einsatzleitwagen (ELW) 2 - Ersatzbeschaffung	950.000					205
GW-L 2 als Ersatz GW-Öl FTZ		240.000	240			205
Rettungsdienst						
Telenotfallmedizin	5.000		5	5	5	205
Medizinische Datenverarbeitung - MedDV Pads	15.000		15	15	15	205
Katastrophenschutz						
Zuweisung für Sirenenertüchtigung an Gemeinden		750.000	750			205
Umweltschutz						
Sanierung der Deponien (Altlasten) (haushaltsneutral)	20.000		20	20	20	208
Wasserwirtschaft						
Zuweisungen an Dritte für Hochwasserschutzmaßnahmen	270.000		270	270	270	208
Hochwasserschutzmaßnahmen (haushaltsneutral)	3.550.000		11.900	9.450	7.500	208
Schulamt						
Inklusive Schulen - Ausstattung	10.000		10	10	10	301
Ausstattung NTW-Fachräume	360.000		360	360	360	301
Schulmensen - Ausstattung	15.000		15	15	15	301
Digitalisierung Schulen - Ausstattung	2.000.000	2.000.000	2.000			301
Erstausstattung Schulcontainer/Schulräume	20.000		20	20	20	301
Gebäudewirtschaft						
Erstausstattung und Neubesch. Besprechungs- und Fraktionsräume	20.000					304
Alf, Kreishaus, Barrierefreiheit, Modernisierung, Energ. Sanierung	0		1.600	1.600	1.600	304
Bad Salzdetfurth, FTZ Neubau Fahrzeughalle	150.000					304
Alfeld, RS Erweiterung	1.000.000		250			304
Photovoltaikanlagen	250.000		250	250	250	304
Maßnahmenübergreifende Planungsmittel	150.000		150	150	150	304
Harsum OBS -Neubau Mensa-				600	1.200	304
Nordstemmen OBS - Umsetz.Brandschutzk. -	1.500.000		1.000	400		304
Ottbergen, OBS Gebäudesanierung und Abdeckung Raumbedarf	4.200.000		4.200	2.196		304
Hildesheim Michelsenschule - Erweiterung	16.000.000					304
Hildesheim GYM Himmelsthür -Maßn. Vorbeug. Brandschutz-	1.250.000		1.250	250		304
Bad Salzdetfurth IGS - Außenanlagen	600.000					304
Alfeld BBS Umsetz.Brandschutzk.3.-7.BA	1.300.000		900	1.000	1.000	304
Hildesheim, BBS Herman-Nohl, Neubau Gebäude 1 Stadtfeld	17.354.000		16.501	60		304
Hildesheim BBS Steuerwald Sanierung und Erweiterung	3.153.000		4.557	22.488	14.435	304

	Haushaltsplan		IP / Finanzplanung			Bew.-
	HA 2026	VE 2026	2027	2028	2029	Stelle
	€	€	T€	T€	T€	
GVFG - Maßnahmen (55 % Zuweisung)						
GVFG - K 522 Kanalbrücke Lühnde - Wätzum (Stichkanal)	25.000		2.530	600		304
Radwegebauprogramm	500.000		800	3.700	5.350	304
Kreisstraßen						
Deckenprogramm (Eigenmittel)	1.855.000		1.910	1.970	2.029	304
Um- und Ausbau (Eigenmittel)	2.250.000		2.320	2.390	2.462	304
Planungskosten (Eigenmittel)	680.000		680	680	680	304
Grunderwerb (Eigenmittel)	20.000		20	20	20	304
Radwege						
Planungskosten (Eigenmittel)	300.000		300	300	300	304
Sonstige Maßnahmen						
Komdruck IDP (Ink-Dokument-Printer)	4.000		2	2	2	913
KDO-Lizenzen	3.400					406
DMS Standard Schnittstelle	20.000					406
Spezialprogramme - Ordnungsangelegenheiten	45.000					204
Module Spezialprogramme - OWI	10.000					204
Investitionskostenzuschuss Tierschutz Hildesheim und Umgebung e.V.	250.000					203
Spezialdrucker Führerscheinstelle	8.000		8	8	8	206
Gesamtsumme der Fortsetzungsmaßnahmen:	**62.502.400**	**2.990.000**	**54.928**	**48.924**	**37.796**	
2. Gesetzliche und vertragl. Verpflichtungen, neutrale Auszahlungen						
Versorgungsrücklage						
Zuführung (Zinsen) Versorgungsrücklage f. aktive Beamte	5.500		5	4	3	101
Zuführung (Zinsen) Versorgungsrücklage f. passive Beamte	7.500		6	6	5	101
Finanzvertrag Stadt Hildesheim						
Investitionszuschuss an Stadt Hildesheim für weiterführende Schulen	2.000.000		2.000	2.000	2.000	304
Feuerschutz						
Zuweisungen aus Feuerschutzsteuer (haushaltsneutral)	300.000		300	300	300	205
Erwerb Gerätewagen Gefahrgut (haushaltsneutral)	5.000		5	5	5	205
Zuweisung an Stadt Hildesheim für gemeinsame Leitstelle	5.000		5	5	5	205
TfN						
Investitionszuweisung	51.200		51	51	51	ZHH
Krankenhäuser						
Umlage nach KHG	6.200.000		6.200	6.343	6.483	ZHH
Gesamtsumme gesetzliche/vertragl. Verpfl., neutrale Auszahl.	**8.574.200**	**0**	**8.572**	**8.714**	**8.852**	
3. Erwerb von beweglichem Vermögen						
Summe Aufstellung Erwerb von bewegl. Anlagevermögen (Amt 205)	175.000	0	175	175	175	205
Summe Aufstellung Erwerb von bewegl. Anlagevermögen (Amt 304)	48.000	0	48	48	48	304
Summe Aufstellung Erwerb von bewegl. Anlagevermögen (Amt 102)	757.500	1.230.000	610	610	610	102
Summe Aufstellung Beschaffungen für Schulen	603.200	0	603	603	603	301
Gesamtsumme Erwerb bewegliches Vermögen	**1.583.700**	**1.230.000**	**1.436**	**1.436**	**1.436**	
4. Zuweisungen für gemeindliche Aufgaben						
Aufstellung Zuweisungen u. Zuschüsse f. gemeindliche Aufgaben	10.132.000	8.425.100	10.132	10.132	10.132	407
Gesamtsumme Zuweisungen für gemeindliche Aufgaben	**10.132.000**	**8.425.100**	**10.132**	**10.132**	**10.132**	
5. Grunderwerb, soweit nicht bei Maßnahmen						
Allgemeines Grundvermögen	0	0	0	0	0	304
Gesamtsumme Grunderwerb, soweit nicht bei Maßnahmen	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	

	Haushaltsplan		IP / Finanzplanung			Bew.-Stelle
	HA 2026	VE 2026	2027	2028	2029	
	€	€	T€	T€	T€	
6. Neue Maßnahmen						
Amt für Veterinärwesen und Verbraucherschutz						
Erwerb eines Anhängers für die Tierseuchenschleuse	30.000					203
Brandschutz						
Aufbau eines neuen digitalen Alarmierungssystems		1.000.000	1.000			205
Feuerwehrtechnische Zentrale						
Standardlöschgruppenfahrzeug der KFB		450.000	450			205
Gerätew. Logistik Größe 2 (geländefähig, 12 t. Anhängerbetrieb)		350.000	350			205
Zusätzliche Meldekrad (2 Stück)	80.000					205
Sanitär- bzw. Toilettenanhänger	100.000					205
Wechselladerfahrzeug als 8x8 in geländefähiger Ausführung		420.000	420			205
AB Tank 10.000l/1.000l Schaumm. (Pumpe, Schaum-/Wasserwerfer)		420.000	420			205
Ausrüstung MLF - Neubeschaffung zusätzlicher Beladung	50.000					205
Anschaffung Drägerware 9000	41.000					205
Ersatzbeschaffung VW Bus FTZ	100.000					205
Containermulden (2 Stück)	50.000					205
AB Logistik/Hochvolt (multifunktional)		50.000	50			205
Ersatzbeschaffung Ford Transit (ATV)		150.000	150			205
Ersatzbeschaffung Kombi FTZ		80.000	80			205
Rettungsdienst						
Gerätewagen Sanität/MANV		280.000	280			205
Katastrophenschutz						
Beschaffung von zwei Anhänger mobile Tankanlagen	50.000					205
Umweltamt						
Erwerb Controller Toughbook für die Naturschutzbehörde	4.000					208
Bauliche Maßnahme zur ökolog. Verbesserung des Bruchgrabens	600.000		600	600		208
Verwendung von Ersatzgeldern	100.000		100	100		208
Schulamt						
BBS Alfeld Metallwerkstatt II - Fräsmaschinen, Drehmaschinen	885.000		0	0	0	301
BBS Werner-von-Siemens - Einrichtung eines innovativen KI-Labors	60.000		0	0	0	301
HS Alfeld Maßnahmen (Investitionsprogram Startchancen)	180.000		150	120	180	301
BBS Walter-Gropius (Investitionsprogram Startchancen)	220.000		200	200	200	301
BBS Walter-Gropius Erneuerung Restaurantküche	250.000		0	0	0	301
Gebäudewirtschaft						
Nordstemmen OBS Erweiterung Raumbedarf				500	1.750	304
Alfeld, BBS Sporthalle, Brandschutz, Barrierefreiheit			750	750		304
Hildesheim FS Holztechnik, Einbau Schärfraum	370.000					304
Hildesheim FS Holztechnik, Rettungsweg, Sanierung DG, Brandschutz	1.400.000					304
GVFG - Maßnahmen (55 % Zuweisung)						
GVFG - weitere neue Maßnahmen Straßenbau - Finanzplanung			4.130	6.550	8.155	304
Sonstige Maßnahmen						
PROSOZ ProBRANDSCHUTZ (2 Lizenzen)	13.000					302
PROSOZ ProDENKMAL (3 Lizenzen)	13.900					302
PROSOZ ProPLANUNG (6 Lizenzen)	18.500					302
PROSOZ Baulasten - Online	1.600					302
4 Tablets (über die IT)	7.200					302
2 Lizenzen Fachprogramm Lämmkomm LISSA	8.000					402
3 Lizenzen Fachprogramm LISSA + Erweiterung der Schnittstelle LISSA -	20.000					403
Erweiterung des Wohngeldes auf Wohngeld-Digital	15.000					407
OZG -Erweiterung der Angebotspalette	10.000					913
Einzahlung in die Kapitalrücklage- Krankenhaus Alfeld GmbH	60.000					ZHH
Gesamtsumme Neue Maßnahmen	**4.737.200**	**3.200.000**	**9.130**	**8.820**	**10.285**	

	Haushaltsplan		IP / Finanzplanung			Bew.-Stelle
	HA 2026 €	VE 2026 €	2027 T€	2028 T€	2029 T€	
7. Zusammenstellung der Auszahlungen						
Gesamtsumme 1 (Fortsetzungsmaßnahmen)	62.502.400	2.990.000	54.928	48.924	37.796	
Gesamtsumme 2 (Gesetzl. / vertragl. Verpflicht., neutrale Auszahl.)	8.574.200	0	8.572	8.714	8.852	
Gesamtsumme 3 (Erwerb von beweglichem Vermögen)	1.583.700	1.230.000	1.436	1.436	1.436	
Gesamtsumme 4 (Zuweisungen für gemeindliche Aufgaben)	10.132.000	8.425.100	10.132	10.132	10.132	
Gesamtsumme 5 (Grunderwerb, soweit nicht bei Maßnahmen)	0	0	0	0	0	
Gesamtsumme 6 (Neue Maßnahmen)	4.737.200	3.200.000	9.130	8.820	10.285	
Summe der Auszahlungen:	**87.529.500**	**15.845.100**	**84.198**	**78.026**	**68.501**	
Einzahlungen						
Darlehensrückflüsse						
Rückfluss Wohnungsbaudarlehen	10.000		10	10		302
Gesellschafterdarlehen an Krankenhaus Alfeld GmbH	194.000		202	210	218	ZHH
Auflösung Versorgungsrücklage						
Auflösung Versorgungsrücklage NVK f. aktive Beamte	61.000		61	61	61	101
Auflösung Versorgungsrücklage NVK f. passive Beamte	86.000		86	86	86	101
Brandschutz						
Feuerschutzsteuer (haushaltsneutral)	300.000		300	300	300	205
Zuweisung für Erwerb Gerätewagen Gefahrgut (haushaltsneutral)	5.000		5	5	5	205
Umweltamt						
Zuweisung vom Land für Hochwasserschutzmaßnahme	2.485.000		8.330	6.615	5.250	208
Zuweisung von Dritten für Hochwasserschutzmaßnahme	1.065.000		3.570	2.835	2.250	208
Zuweisung vom ZAH aus der Altlastenrücklage	20.000		20	20	20	208
Zuweisung vom Land für Ökologische Gewässerverbesserung	570.000		570	570		208
Zuweisung von Dritten für ökologische Gewässerverbesserung	30.000		30	30		208
Erstattung von Ersatzgeldern	100.000		100	100		208
Schulamt						
HS Alfeld Maßnahmen (Investitionsprogram Startchancen)	126.000		105	84	126	301
BBS Walter-Gropius Maßnahmen(Investitionsprogram Startchancen)	154.000		140	140	140	301
GVFG - Zuweisungen						
GVFG - K 522 Kanalbrücke Lühnde - Wätzum (Stichkanal)	13.700		1.391	330		304
GVFG - Radwegebauprogramm	275.000		440	2.035	2.942	304
GVFG - weitere neue Maßnahmen Straßenbau - Finanzplanung			2.271	3.602	4.485	304
Summe der Einzahlungen:	**5.494.700**	**0**	**17.631**	**17.033**	**15.883**	

Saldo aus Investitionstätigkeit:	**-82.034.800**	**-15.845.100**	**-66.567**	**-60.993**	**-52.618**	
Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit:	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
Finanzmittelfehlbetrag:	**82.034.800**		**66.567**	**60.993**	**52.618**	
Tilgungsbezogene Einzahlungen (Tilgung Gesellschafterdarlehen Krankenhaus Alfeld GmbH)	194.000		202	210	218	
Bereinigter Finanzmittelfehlbetrag:	**82.228.800**		**66.769**	**61.203**	**52.836**	
Finanzierungstätigkeit:						
Kreditaufnahme	**82.228.800**		**66.769**	**61.203**	**52.836**	
Tilgung von Krediten	13.200.000		15.600	17.400	19.200	
Saldo aus Finanzierungstätigkeit:	**69.028.800**		**51.169**	**43.803**	**33.636**	
Voraussichtl. Bestand an Zahlungsmitteln Ende des Haushaltsjahres	**-13.006.000**		**-15.398**	**-17.190**	**-18.982**	

Erwerb von beweglichem Anlagevermögen (ohne Schulen)

Einrichtung	HA 2026 gemäß HSK	Haushaltsplan		IP / Finanzplanung			Bew.-stelle
		HA 2026	VE 2026	2027	2028	2029	
	€	€	€	T€	T€	T€	
Ausstattung Brandschutz		58.000	0	58	58	58	205
Ausstattung Feuerwehrtechnische Zentrale	175.800	58.000	0	58	58	58	205
Ausstattung Katastrophenschutz		59.000	0	59	59	59	205
Zwischensumme Amt 205:	**175.800**	**175.000**	**0**	**175**	**175**	**175**	
Technische Ausstattung Hausmeister	48.300	33.000	0	33	33	33	304
Ausstattung Gebäudereinigung		15.000	0	15	15	15	304
Zwischensumme Amt 304:	**48.300**	**48.000**	**0**	**48**	**48**	**48**	
IuK (Haushaltskons.) (Die Beschaffungen führen zu entsprechenden Einsparungen und sind insofern durch das Haushaltssicherungskonzept gedeckt.)		757.500	1.230.000	610	610	610	102
Zwischensumme Amt 102:		**757.500**	**1.230.000**	**610**	**610**	**610**	
Gesamtsumme:		**980.500**	**1.230.000**	**833**	**833**	**833**	

Beschaffungen für Schulen

Einrichtung	HA 2026 gemäß HSK	Haushaltsplan		IP / Finanzplanung			Bew.-stelle
		HA 2026	VE 2026	2027	2028	2029	
	€	€	€	T€	T€	T€	
Hauptschulen		5.000	0	5	5	5	301
Realschulen		8.600	0	9	9	9	301
Oberschulen		50.100	0	49	49	49	301
Gymnasien		66.100	0	66	66	66	301
Förderschulen		12.100	0	12	12	12	301
Gesamtschulen		32.400	0	33	33	33	301
Zwischensumme Allgemeinbildendes Schulwesen		**174.300**	**0**	**174**	**174**	**174**	
Berufsschulen		410.500	0	411	411	411	301
Kreismedienzentrum		18.400	0	18	18	18	301
Zwischensumme Berufsschulen und KMZ		**428.900**	**0**	**429**	**429**	**429**	
Gesamtsumme:	**603.200** *	**603.200**	**0**	**603**	**603**	**603**	

* Durch Anhebung der Wertgrenze auf 1.000 € (plus Mwst.) für die Beschaffungen im Finanzhaushalt wird der max. Ansatz lt. HSK von 618.200 € auf 603.200 € reduziert. Die Mittel in Höhe von 15.000 € werden ab 2019 im Ergebnishaushalt eingeplant.

Zuweisungen und Zuschüsse für gemeindliche Aufgaben

Bezeichnung	HA 2026 gemäß HSK	Haushaltsplan		IP / Finanzplanung			Bew.-stelle
		HA 2026	VE 2026	2027	2028	2029	
	€	€	€	T€	T€	T€	
Zuweisungen für Jugendheime an Gemeinden		51.000	0	51	51	51	407
Zuschüsse f. Jugendarbeit u. -heime an freie Träger		9.000	0	9	9	9	407
Zwischensumme Jugendarbeit / Jugendheime	**60.000**	**60.000**	**0**	**60**	**60**	**60**	
Zuweisungen für Kindertagesstätten an Gemeinden		7.745.000	6.525.100	7.745	7.745	7.745	407
Zuschüsse für Kindertagesstätten an freie Träger		2.255.000	1.900.000	2.255	2.255	2.255	407
Zwischensumme KITA		**10.000.000**	**8.425.100**	**10.000**	**10.000**	**10.000**	
Zuweisungen für Sportförderung an Gemeinden		60.000	0	60	60	60	407
Zuschüsse für Sportförderung an freie Träger		12.000	0	12	12	12	407
Zwischensumme Sportförderung	**72.300**	**72.000**	**0**	**72**	**72**	**72**	
Gesamtsumme:		**10.132.000**	**8.425.100**	**10.132**	**10.132**	**10.132**	

Teilhaushalt
I

Landrat,
Politik und Organisationseinheiten

Erläuterungen zum Teilhaushalt I - Landrat, Politik, OE`s für das Haushaltsjahr 2026

Aus der folgenden Übersicht ist die Entwicklung bzw. Veränderung des Zuschussbedarfes der Produkte der Organisationseinheiten des THH I für das Haushaltsjahr 2026 ersichtlich.

Amt	Produkt	Produkt-Name	Zuschuss (-)/ Überschuss 2025 in €	Zuschuss (-)/ Überschuss 2026 in €	Differenz	Erl.
1-01	**111-002**	Zentrale Personaldienstleistungen	-3.329.700	-3.559.700	-230.000	**x**
	111-004	Buchungsposten Personalkosten	-2.265.200	-5.720.900	-3.455.700	**x**
	111-025	Organisation	-1.323.200	-1.583.700	-260.500	**x**
	111-030	Steuerung und Digitalisierung	-30.900	-141.200	-110.300	**x**
	111-042	Zentrale Personaldienstleistungen -freiwillig-	0	-5.400	-5.400	
	312-903	Verwaltung der Grundsicherung für Arbeitsuchende (Jobcenter)	-517.200	-941.700	-424.500	**x**
8-00	**111-015**	Kreistag und seine Ausschüsse	-452.600	-457.800	-5.200	
	111-016	Fraktionen	-787.800	56.200	731.600	**x**
	111-037	Fraktionen -freiwillig-	0	-831.300	-831.300	**x**
9-00	**111-017**	Verwaltungsführung LR	-514.700	-542.400	-27.700	
	111-038	Verwaltungsführung -freiwillig-	0	-15.700	-15.700	
9-02	**111-018**	Gleichstellung von Mann und Frau	-265.600	-255.200	10.400	
	111-039	Gleichstellung von Mann und Frau -freiwillig-	0	-29.500	-29.500	
9-04	**111-019**	Informations- und Öffentlichkeitsarbeit	-411.900	-484.700	-72.800	
	111-024	Kreistagsangelegenheiten	-171.000	-201.100	-30.100	
	111-040	Informations- und Öffentlichkeitsarbeit -freiwillig-	0	-4.600	-4.600	
	111-041	Kreistagsangelegenheiten -freiwillig-	0	-3.600	-3.600	
	121-001	Wahlen und Einwohnerbeteiligung	-204.300	241.600	-37.300	
9-06	**111-020**	Prüfung und Beratung	-1.135.200	-1.341.900	-206.700	**x**
9-07	**111-021**	Personalvertretung	-387.500	-477.200	-89.700	
9-10	**111-022**	Recht	-342.600	-24.300	318.300	**x**
	111-023	Kommunalaufsicht	-517.300	-753.900	-259.600	**x**
	111-035	Kommunalaufsicht -freiwillig-	0	-19.300	-19.300	

Die wesentlichen Veränderungen sind in der Spalte Erläuterungen mit einem „x“ gekennzeichnet und werden nachstehend wie folgt erläutert:

<u>Amt 101 - Personal- und Organisationsamt</u>

111-002 Zentrale Personaldienstleistungen
Veränderung des Zuschussbedarfs: -230.000 €

Ein erhöhter Zuschussbedarf ergibt sich bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (02.03). Für die Ausweitung der Digitalisierung im Bereich der zentralen Personaldienstleistungen wird der Ansatz dauerhaft um 112.200 € auf 138.000 € erhöht.

111-004 Buchungsposten Personalkosten
Veränderung des Zuschussbedarfs: -3.455.700 €

Im Produkt Buchungsposten Personalkosten werden bestimmte Sonderbereiche, wie z.B.
- Jugendeinrichtungen
- Beschäftigte der Volkshochschule
- Personalnebenkosten, die keinem Amt zugeordnet werden können
- Beschäftigte in Elternzeit oder in der Beurlaubung sowie in der Passivphase der Altersteilzeit und Nachwuchskräfte geführt.

Der erhöhte Zuschussbedarf ist insbesondere auf eine Erhöhung der Pensionsrückstellungen zurückzuführen. Aufgrund der voraussichtlichen Besoldungserhöhung von 3% in 2026 erhöhen sich entsprechend auch die Pensionsrückstellungen. Daher kommt es auch bei den Versorgungsempfängern zu keiner Auflösung, sondern zu einer Zuführung.

Das Produkt „Buchungsposten Personalkosten“ ist im Zusammenhang mit den gesamten Personalaufwendungen des Landkreises zu sehen.

Produkt 111-025 Organisation
Veränderung des Zuschussbedarfs: - 260.500 €

Der erhöhte Zuschussbedarf ergibt sich durch eine Steigerung der Personalaufwendungen (02.01). Die Personalaufwendungen steigen im Vergleich zum Vorjahr um 305.000 Euro. Ein einmaliger Ansatz für das Haushaltsjahr 2025 für externe Beratungsaufwendungen i.H.v 65.000 € findet im Ansatz für das Haushaltsjahr 2026 keine Berücksichtigung mehr.

Produkt 111-030 Steuerung der Digitalisierung
Veränderung des Zuschussbedarfs: - 111.300 €

Der erhöhte Zuschussbedarf ergibt sich durch eine Steigerung der Personalaufwendungen (02.01). Die Ansätze für die Digitalisierung der Verwaltung finden sich im Produkt 111-001 -Projekte im Dezernat 1- wieder.

Produkt 312-903 Verwaltung der Grundsicherung für Arbeitsuchende (Jobcenter)
Veränderung des Zuschussbedarfs: - 424.500 €

Seit dem 2. Halbjahr 2024 konnten im Jobcenter wieder mehr Stellen durch LK-Mitarbeiter besetzt werden. Daher werden mehr Erträge aus Personalkostenerstattungen prognostiziert. Gleichzeitig steigt der Aufwand für die Personalaufwendungen (02.01) um 773.00 € auf 5.186.700 €.

Der Personalaufwand wird zentral vom Amt 101 bewirtschaftet und findet sich in den einzelnen Produkten der Teilhaushalte wieder. Der Personalaufwand entwickelt sich wie folgt:

Bezeichnung		**Haushaltsansatz 2025**	**Haushaltsansatz 2026**	**Differenz**	**Erl**
Gesamthaushalt	Personalaufwand	88.910.500 €	100.516.900 €	11.606.400 €	**X**

<u>Erläuterungen zur Kalkulation des Personalkostenaufwandes des Haushaltsjahres 2026:</u>

Basis Beamte:
Die Niedersächsische Landesregierung hat am 25.09.2024 mit dem Niedersächsischen Gesetz über die Anpassung der Besoldung und der Versorgungsbezüge in den Jahren 2024 und 2025 u.a. die Erhöhung der Besoldung ab dem 01.02.2025 um 5,5 % beschlossen.

Für 2026 wird angenommen, dass der Tarifabschluss aus der Tarifrunde 2025 für die BeamtInnen übernommen wird –ähnlich wie in den letzten Jahren-.

Das bedeutet: Auf Grundlage der Besoldungserhöhung 2025 der BeamtInnen wurde für 2026 mit einem Plus von 3 % kalkuliert.

Seit 2022 wird für die aktiven BeamtInnen der Besoldungsgruppen bis A8 im Monat Dezember eine Sonderzahlung i.H. von 1.200 € gezahlt. Für die übrigen Besoldungsgruppen beträgt die Höhe der Sonderzahlung 500 € und für die AnwärterInnen 250 €. Die Sonderzahlung wird bei einer Teilzeitbeschäftigung entsprechend des Stundenbruchteiles gekürzt. Mit diesen Werten wurde auch für 2026 kalkuliert.

Unabhängig von der Besoldungsgruppe erfolgt im Monat Dezember für jedes Kind, für das in Bezug auf den Monat Dezember ein Familienzuschlag gewährt wird, eine jährliche Sonderzahlung. Diese beträgt für das erste und zweite Kind jeweils 250 € und für das dritte und jedes weitere Kind je 500 €.

Ab 01.01.2023 hat sich weiterhin der kinderbezogene Familienzuschlag um 100 € erhöht.

Für den Bereich der Beamtenversorgung (Umlage und Beihilfe) wurde die Kalkulation unter Berücksichtigung der für das Jahr 2025 von der NVK erhobenen Abschlagszahlungen durchgeführt.

Die NVK stellt für die Berechnungen der Pensions- und Beihilferückstellungen entsprechende Tabellen (ermittelte Barwerte nach § 45 Abs.1 Nr. 1 und Abs. 3 KomHKVO) zum Stichtag des Vorjahres zur Verfügung und legt den Hebesatz für die Beihilferückstellungen mit einem 3-jährigen Durchschnittswert fest. Diese Werte wurden unter Berücksichtigung verschiedener Parameter hochgerechnet.

Der Hebesatz für die Beihilferückstellungen per 31.12.25 beträgt 17,40 %. Die durchschnittliche jährliche Erhöhung der Vorjahre betrug 0,3 %, sodass im Jahr 2026 von einem Hebesatz von 17,70 % ausgegangen wird.

Basis für die Tariflich Beschäftigten:

Der Tarifvertrag der Tariflich Beschäftigten – vereinbart in der Tarifrunde 2025 – wurde mit einer Laufzeit von 27 Monaten für die Zeit vom 01.01.2025 – 31.03.2027 vereinbart.

Auf Grundlage der Tarifeinigung mit einer Tarifsteigerung zum 01.04.2025 um 3 %, mindestens aber 100,00 €, erfolgte die Kalkulation 2026 mit einer weiteren vereinbarten Steigerung ab dem 01.05.2026 mit einem Plus von 2,8 %.

Für die Auszubildenden und Praktikanten wurde eine Erhöhung der monatlichen Entgelte zum 01.04.2025 und zum 01.05.2026 jeweils um 75,00 € monatlich vereinbart. Dieses wurde ebenfalls in der Kalkulation 2026 entsprechend berücksichtigt.

Unabhängig davon gab es im Mai 2022 eine Tarifeinigung im kommunalen Sozial- und Erziehungsdienst. Ab dem Jahr 2022 erhalten alle Beschäftigten zwei Regenerationstage sowie ab 01.07.2022 eine monatliche SuE-Zulage in Höhe von 130 € (S2 – 11a) bzw. 180 € (S11b – 12, S14 und S15). Diese Zulage kann auf Wunsch der Beschäftigten zum Teil in Freizeit umgewandelt werden.
Für die Kalkulation 2025 wurde die Auszahlung der kompletten Zulage einkalkuliert.

Für den Monat November 2026 wurde eine Jahressonderzahlung in Abhängigkeit von der jeweiligen Entgeltgruppe kalkuliert. In der Tarifrunde 2025 (Laufzeit bis 31.03.2027) wurde eine Jahressonderzahlungen von 85 % in allen Entgeltgruppen vereinbart. Die prognostizierte Tariferhöhung wurde hierbei berücksichtigt. Die Jahressonderzahlung für die Auszubildenden und Praktikanten wurde in Höhe von 90% des November-Entgeltes entsprechend dem Tarifvertrag kalkuliert.

Darüber hinaus ist für den Monat Dezember ein tariflich vorgeschriebener Betrag für eine 2,0%ige leistungsorientierte Bezahlung berücksichtigt.

Im Bereich der Sozialversicherung werden folgende Werte zugrunde gelegt; VBL 5,49 %, Rentenversicherung 18,6 %, Arbeitslosenversicherung 2,6 %, Krankenversicherung 14,6 %, Krankenversicherungszusatzbeitrag 2,5 % (durchschnittlich) und Pflegeversicherung 3,6 % - bei Kinderlosen 4,2 %.

Maßgebliche Grundlage der Kalkulation bilden die Personal-IST-Bestände und die Personalaufwendungen des Abrechnungsmonats Mai 2025, Erfahrungswerte der Vorjahre sowie alle zum Zeitpunkt der Kalkulation bekannten personellen Entwicklungen bzw. Veränderungen.

Die gemäß Stellenplan 2025 zusätzlich eingerichteten Stellen wurden für 2026 mitkalkuliert, sofern diese bereits besetzt und im Personal-Ist-Bestand enthalten sind.

Allgemeine Regeln:
Die zu erwartenden Personalgemeinkosten (Beiträge zur Gemeindeunfallversicherung, Feuerwehrunfallkasse, Niedersächsischen Versorgungskasse; Umlage und Beihilfe) wurden anhand der Vorjahreszahlungen sowie den derzeit gezahlten Abschlägen prognostiziert. Dies trifft auch auf alle Personalgemeinkosten für nicht mehr aktives Personal zu. Anschließend wurden diese prognostizierten Personalgemeinkosten nach realistischen Maßstäben, entweder pro Kopf oder prozentual nach Besoldungs-/Entgeltgruppe verteilt und zu den bereits ermittelten Personaleinzelkosten addiert.
Die an die Gemeinsame Einrichtung (ehem.ARGE), VHS gGmbH, Jugendeinrichtungen abgeordneten Beschäftigten, alle Nachwuchskräfte, die in Elternzeit befindlichen Beamtinnen und Beamten und das stellenplanmäßig nicht zugeordnete Personal sind separaten Pseudokostenstellen (PK1-01BXXX) zugeordnet.

Neben den oben genannten Parametern der Kalkulation sind weitere Besonderheiten zu nennen:

- ganzjährige Auswirkungen von Beamten, die unterjährig nach einer Abordnung zum Landkreis Hildesheim versetzt worden sind
- Einstellungen aufgrund Aufgabenzuwächse
- Einstellungen im Rahmen einer Personalentwicklungsmaßnahme inklusive Absolvierung des Angestelltenlehrganges I und II

<u>Kostenstelle 8-00 Fraktionen</u>

Produkt 111-016 Fraktionen
Veränderung des Zuschussbedarfs: 731.600
Produkt 111-037 Fraktionen -freiwillig-
Veränderung des Zuschussbedarfs: -831.300

Die Kalkulation der Fraktionsmittel wurde unter Berücksichtigung der Sitzverteilung im Kreistag ab 01.11.2021 sowie Änderungen zum 31.12.23 und 15.06.24 und unter Berücksichtigung der "Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen an die Fraktionen des Kreistages des Landkreises Hildesheim" in der Fassung vom 01.04.2025 durchgeführt. Die Erhöhung der Mittel ergibt sich aus der v.g. vom Kreistag beschlossenen Richtlinie und den Tariferhöhungen von 3% ab 01.04.2025 sowie 2,8% ab 01.05.2026. Die Ausweitung beträgt insgesamt 82.900 €.

<u>Amt 906 - Rechnungsprüfungsamt</u>

Produkt 111-020 Prüfung und Beratung
Veränderung des Zuschussbedarfs: -206.700

Der erhöhte Zuschussbedarf ergibt sich durch eine Steigerung der Personalaufwendungen (02.01). Außerdem reduzieren sich die Erträge aus öffentlich-rechtlichen Entgelten um 75.000 €.

Amt 910 Kommunalaufsicht und Rechtsangelegenheiten

Produkt 111-022 Recht
Veränderung des Zuschussbedarfs: 318.300
Produkt 111-023 Kommunalaufsicht
Veränderung des Zuschussbedarfs: -259.600

Das Rechtsamt wurde im Jahr 2025 aufgelöst. Seit dem 01.06.2025 ist das Produkt 111-022 der Kommunalaufsicht zugeordnet. Das gesamte Produkt 111-022 geht somit in der Kommunalaufsicht auf.

Investitionstätigkeit

Die Investitionen für den THH I ergeben sich aus der beigefügten „Übersicht Investitionen Teilhaushalt I“.

Investitionstätigkeit:

Die Struktur sowie die Höhe der Auszahlungen bzw. der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit sind aus der nachfolgenden Aufs

	Haushaltsplan		IP / Finanzplanung			Bew.-Stelle
	HA 2026	VE 2026	2027	2028	2029	
	€	€	T€	T€	T€	
Auszahlungen						
1. Fortsetzungsmaßnahmen						
2. Gesetzliche und vertragl. Verpflichtungen, neutrale Auszahlungen						
Versorgungsrücklage						
Zuführung (Zinsen) Versorgungsrücklage f. aktive Beamte	5.500		5	4	3	101
Zuführung (Zinsen) Versorgungsrücklage f. passive Beamte	7.500		6	6	5	101
Gesamtsumme gesetzliche/vertragl. Verpfl., neutrale Auszahl.	**13.000**	**0**	**11**	**10**	**8**	
3. Erwerb von beweglichem Vermögen						
4. Zuweisungen für gemeindliche Aufgaben						
5. Grunderwerb, soweit nicht bei Maßnahmen						
6. Neue Maßnahmen						
Summe der Auszahlungen:	**13.000**	**0**	**11**	**10**	**8**	
Einzahlungen						
Auflösung Versorgungsrücklage NVK f. aktive Beamte	61.000		61	61	61	101
Auflösung Versorgungsrücklage NVK f. passive Beamte	86.000		86	86	86	101
Summe der Einzahlungen:	**147.000**	**0**	**147**	**147**	**147**	
Saldo aus Investitionstätigkeit:	**134.000**	**0**	**136**	**137**	**139**	

Haushaltsplan 2026
Übersicht Produkte aller Teilhaushalte

Amt/OE	Produktnr.	Bezeichnung	Plan 2026		Zuschuss (-) Überschuss
			Erträge €	Aufwendungen €	€
Teilhaushalt I					
Landrat, Politik und Organisationseinheiten					
9-00	111-017	Verwaltungsführung LR	4.600	547.000	-542.400
9-00	111-038	Verwaltungsführung LR -freiwillig-	0	15.700	-15.700
9-04	111-019	Informations- und Öffentlichkeitsarbeit	0	484.700	-484.700
9-04	111-040	Informations- und Öffentlichkeitsarbeit -freiwillig-	0	4.600	-4.600
9-04	111-024	Kreistagsangelegenheiten	0	201.100	-201.100
9-04	111-041	Kreistagsangelegenheiten -freiwillig-	0	3.600	-3.600
9-04	121-001	Wahlen und Einwohnerbeteiligung	150.000	391.600	-241.600
Politik					
8-00	111-015	Kreistag und seine Ausschüsse	0	457.800	-457.800
8-00	111-016	Fraktionen	0	56.200	-56.200
8-00	111-037	Fraktionen -freiwillig-	0	831.300	-831.300
Amt / OE					
1-01	111-002	Zentrale Personaldienstleistungen	96.900	3.656.600	-3.559.700
1-01	111-042	Zentrale Personaldienstleistungen -freiwillig-	0	5.400	-5.400
1-01	111-004	Buchungsposten Personalkosten	330.000	6.050.900	-5.720.900
1-01	111-025	Organisation	0	1.583.700	-1.583.700
1-01	111-030	Steuerung der Digitalisierung	0	141.200	-141.200
1-01	312-903	Verwaltung der Grundsicherung für Arbeitsuchende (Jobcenter)	4.250.000	5.191.700	-941.700
9-02	111-018	Gleichstellung von Mann und Frau	14.400	269.600	-255.200
9-02	111-039	Gleichstellung von Mann und Frau -freiwillig-	0	29.500	-29.500
9-06	111-020	Prüfung und Beratung	104.000	1.445.900	-1.341.900
9-07	111-021	Personalvertretung	0	477.200	-477.200
9-10	111-022	Recht	500	24.800	-24.300
9-10	111-023	Kommunalaufsicht	1.500	782.200	-780.700
9-10	111-035	Kommunalaufsicht -freiwillig-	7.000	19.300	-12.300
Ergebnis Teilhaushalt I			**4.958.900**	**22.671.600**	**-17.712.700**

Teilergebnishaushalt Teilhaushalt Landrat,Politik,Oe`s

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	1.883.724,12	1.577.400,00	5.400,00			
01.03	+ Auflösungserträge aus Sonderposten	66,66	100,00	100,00			
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte	356.949,76	326.500,00	106.000,00			
01.06	+ privatrechtliche Entgelte	125.865,08	94.900,00	144.600,00			
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	4.700.473,79	4.345.800,00	4.674.800,00			
01.08	+ Zinsen und ähnliche Finanzerträge	14.831,56	12.000,00	11.000,00			
01.11	+ sonstige ordentliche Erträge	268.545,96	1.660.000,00	17.000,00			
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**7.350.456,93**	**8.016.700,00**	**4.958.900,00**			
02.01	- Personalaufwendungen	19.385.024,44	19.668.200,00	18.466.000,00			
02.02	- Versorgungsaufwendungen	779.150,62		452.900,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	1.564.232,39	1.298.500,00	1.274.800,00			
02.04	- Abschreibungen	17.875,60	20.900,00	11.100,00			
02.06	- Transferaufwendungen	634.187,97	662.900,00	104.500,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	1.868.644,41	2.003.900,00	1.953.300,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**24.249.115,43**	**23.654.400,00**	**22.262.600,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-16.898.658,50**	**-15.637.700,00**	**-17.303.700,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-16.898.658,50**	**-15.637.700,00**	**-17.303.700,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	504.000,00	565.400,00	409.000,00			
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-504.000,00**	**-565.400,00**	**-409.000,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-17.402.658,50**	**-16.203.100,00**	**-17.712.700,00**			

Produkt 111-002 Zentrale Personaldienstleistungen

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	11	Innere Verwaltung
Produktgruppe	111	Verwaltungssteuerung und -service
Produkt	111-002	Zentrale Personaldienstleistungen

Wesentl. Produkt	
Teilhaushalt	I - Landrat, Politik, OE´s
Verantwortlich	Amt 101 - Thomas Baule
Kurzbeschreibung	Bereitstellung von geeignetem Personal für die Dezernate, alle vertrags- und dienstrechtlichen Angelegenheiten; Ausbildung und Weiterqualifizierung und Förderung; Zahlung der Entgelte und Besoldung; sonstige finanzielle Leistungen, auf die ein vertraglicher oder gesetzlicher Anspruch besteht; Unterstützung der Dezernate bei der externen Besetzung von Stellen; interne Stellenvermittlung. Dem Produkt sind 28,0 Stellenanteile zugeordnet.
Zielgruppe	intern: Verwaltungsführung, Dezernate, Beschäftigte extern: externe Bewerberinnen und Bewerber
Kategorie	Funktionsaufgabe
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis
Auftragsgrundlage	Auftrag der Verwaltungsführung sowie allgemeine und spezielle Dienstanweisungen, bestehende Tarifverträge, TVöD, BMT-G, NBG, NKomVG, BBesG, NBesG, Arbeitsschutzgesetz sowie die verschiedensten anderen Gesetze und VO
Sachziele	- Chancengleichheit und Sicherung der Leistungsfähigkeit der Verwaltung - individuelle Förderung der Beschäftigten (adäquater Einsatz, Nutzung vorhandener Potentiale) - Gesetz- und tarifgerechte Zahlung von Entgelten und Besoldung - Vakante Stellen sollen zeitnah mit geeignetem Personal besetzt werden Teilnahme an Kennzahlenvergleichen und Anpassung der Dienstleistungen des Landkreises an die Ergebnisse der Vergleiche
Qualitätsziele	Z-111-002-001: Intensive Teilnahme an den Kennzahlenvergleichen sowie Analyse der Daten und Erfahrungsaustausch zur kontinuierlichen Verbesserung des wirtschaftlichen Handelns und der eigenen Leistungen. Z-111-002-002: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt. Z-111-002-003: Kundenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "3" erreichen. Z-111-002-004: Einhaltung der vereinbarten Servicelevels.
Maßnahmen	ZM-111-002-102: Intensiver Erfahrungsaustausch mit den Landkreisen des Vergleichsringes z.Z. KgSt-Vergleich ZM-111-002-201: Durchführung einer Mitarbeiterbefragung zur Ermittlung der aktuellen Mitarbeiterzufriedenheit, Erhebungsturnus alle 3-4 Jahre, Erhebungsjahr 2018 bzw. 2019 - soweit keine ähnlich gelagerte Befragung in einem Zeitraum von mindestens 2 Jahren zuvor erfolgt ist. ZM-111-002-202: Zur Sicherstellung der Mitarbeiterzufriedenheit werden Einzel- sowie Gruppengespräche geführt, um so Verbesserungspotential herauszuarbeiten. ZM-111-002-301: Durchführung einer Kundenbefragung zur Ermittlung der aktuellen Kundenzufriedenheit, Erhebungsturnus alle 3-4 Jahre, Erhebungsjahr 2018 bzw. 2019 - soweit keine ähnlich gelagerte Befragung in einem Zeitraum von mindestens 2 Jahren zuvor erfolgt ist. ZM-111-002-302:

Produkt 111-002 Zentrale Personaldienstleistungen

Landkreis Hildesheim

Zur Sicherstellung der KundenInnenzufriedenheit wird eine intensive Personalbedarfsplanung incl. Nachwuchs- und Ausbildungsplanung, Karriereplanung, Umgang mit Minderleistung (AL-Besprechnungen, Informaterial, Gesprächsangebote) durchgeführt. Weiterhin werden zentrale Fortbildungen für Verwaltungsfremde und Sozialarbeiter angeboten. Darüber hinaus wird kontinuierlich an der Sicherung und Steigerung der Attraktivität der Landkreisverwaltung als Arbeitgeber gearbeitet. Der Fachkräftemangel im Verwaltungsbereich sowie in weiteren Bereichen der Verwaltung (Bsp. Bauamt, Gesundheitsamt, Veterinäramt) erfordert neben verstärkten Bemühungen im Bereich der Nachwuchskräfte eine weitere konzeptionelle Entwicklung von Strategien und Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und pers.Lebenssituationen, Personalgewinnung und Personalbindung sowie eine Imageverbesserung und Marketing.
ZM-111-002-401:
Fortlaufende Prozessoptimierung

Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
G-111-002-001 Zu betreuende Beschäftigte - (Anzahl)	0,00	1.270,00	0,00
G-111-002-002 Abrechnungsfälle - (Anzahl)	0,00	17.930,00	0,00
ZK-111-002-201 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	0,00
ZK-111-002-301 Kundenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	3,00	0,00
ZK-111-002-401 Eingehaltene Servicelevels - (%)	0,00	100,00	0,00
ZK-111-002-101 Teilnahme am KZV "Personal" - (%)	0,00	100,00	0,00

Leistungen		
	111-002	Zentrale Personaldienstleistungen
	111-002-0002	Beschäftigungsverhältnisse für tariflich Beschäftigte
	111-002-0003	Beamtenverhältnisse
	111-002-0004	Nachwuchsgewinnung, Ausbildung, Zentrale Fortbildung
	111-002-0005	Personalkostenmanagement
	111-002-0006	Grundsatzangelegenheiten, Berichte und Konzepte
	111-002-0007	Besoldung, Entgelte

Teilergebnishaushalt Produkt 111-002 Zentrale Personaldienstleistungen

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.03	+ Auflösungserträge aus Sonderposten	66,66	100,00	100,00			
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte	770,00	1.800,00	1.800,00			
01.06	+ privatrechtliche Entgelte	20,40					
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	86.067,49	79.000,00	84.000,00			
01.08	+ Zinsen und ähnliche Finanzerträge	14.831,56	12.000,00	11.000,00			
01.11	+ sonstige ordentliche Erträge	2.340,00					
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**104.096,11**	**92.900,00**	**96.900,00**			
02.01	- Personalaufwendungen	1.834.236,72	2.274.500,00	2.354.000,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	679.955,80	880.500,00	1.007.200,00			
02.04	- Abschreibungen	3.311,85	6.300,00	5.200,00			
02.06	- Transferaufwendungen	74.877,21	75.000,00	75.000,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	71.973,64	94.800,00	86.700,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**2.664.355,22**	**3.331.100,00**	**3.528.100,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-2.560.259,11**	**-3.238.200,00**	**-3.431.200,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-2.560.259,11**	**-3.238.200,00**	**-3.431.200,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	80.602,87	94.500,00	128.500,00			
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-80.602,87**	**-94.500,00**	**-128.500,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-2.640.861,98**	**-3.332.700,00**	**-3.559.700,00**			

Produkt 111-004 Buchungsposten Personalkosten

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	11	Innere Verwaltung
Produktgruppe	111	Verwaltungssteuerung und -service
Produkt	111-004	Buchungsposten Personalkosten

Teilhaushalt I - Landrat, Politik, OE´s

Verantwortlich Amt 101 - Thomas Baule

Kategorie Funktionsaufgabe

Aufgabenzuordnung eigener Wirkungskreis

Sachziele

Qualitätsziele

Leistungen	111-004	Buchungsposten Personalkosten
	111-004-0001	Altersteilzeit
	111-004-0002	Nicht zugeordnetes Personal
	111-004-0003	Ausbildung
	111-004-0004	Beurlaubungen etc.
	111-004-0005	VHS gGmbH
	111-004-0007	Betriebsgesellschaft Jugendeinrichtungen
	111-004-0009	Ländliche Erwachsenenbildung
	111-004-0010	Klimaschutzagentur

Teilergebnishaushalt Produkt 111-004 Buchungsposten Personalkosten

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.06	+ privatrechtliche Entgelte	51.960,00	90.000,00	140.000,00			
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	182.657,98	202.000,00	173.000,00			
01.11	+ sonstige ordentliche Erträge	250.705,96	1.640.000,00	17.000,00			
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**485.323,94**	**1.932.000,00**	**330.000,00**			
02.01	- Personalaufwendungen	3.605.854,34	3.937.100,00	5.337.900,00			
02.02	- Versorgungsaufwendungen	779.150,62		452.900,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	136.684,15	260.100,00	260.100,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**4.521.689,11**	**4.197.200,00**	**6.050.900,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-4.036.365,17**	**-2.265.200,00**	**-5.720.900,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-4.036.365,17**	**-2.265.200,00**	**-5.720.900,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-4.036.365,17**	**-2.265.200,00**	**-5.720.900,00**			

Produkt 111-015 Kreistag und seine Ausschüsse

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	11	Innere Verwaltung
Produktgruppe	111	Verwaltungssteuerung und -service
Produkt	111-015	Kreistag und seine Ausschüsse

Teilhaushalt	I - Landrat, Politik, OE´s
Kurzbeschreibung	Entscheidungen entsprechend den gesetzlichen Zuständigkeiten, Treffen von strategischen Entscheidungen und Setzen von Rahmenbedingungen, Budgetvorgaben, Kontrakte mit der Verwaltungsführung, Überwachung der Durchführung der Entscheidungen. Dem Produkt ist 1,0 Stellenanteile zugeordnet.
Zielgruppe	intern: Verwaltungsführung extern: Einwohnerschaft, Städte, Samtgemeinden und Gemeinden, Verbände und Vereine, Gesellschaften und Beteiligungen
Kategorie	Funktionsaufgabe
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis
Auftragsgrundlage	NKomVG, Sonstige Rechtsvorschriften
Sachziele	Erfüllung der Kreisaufgaben im Sinne des NKomVG
Qualitätsziele	

Leistungen	111-015	Kreistag und seine Ausschüsse

Teilergebnishaushalt Produkt 111-015 Kreistag und seine Ausschüsse

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	7.732,68	7.600,00	7.800,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	391.988,00	445.000,00	450.000,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**399.720,68**	**452.600,00**	**457.800,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-399.720,68**	**-452.600,00**	**-457.800,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-399.720,68**	**-452.600,00**	**-457.800,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-399.720,68**	**-452.600,00**	**-457.800,00**			

Produkt 111-016 Fraktionen

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	11	Innere Verwaltung
Produktgruppe	111	Verwaltungssteuerung und -service
Produkt	111-016	Fraktionen

Teilhaushalt	I - Landrat, Politik, OE´s
Kurzbeschreibung	- Geschäftsführung der Fraktionen: Handlungskonzepte, Initiativen, Umsetzung und Kontrolle von Fraktionsbeschlüssen, Sellungnahmen zu Verwaltungsvorlagen und Rechtsvorschriften, Organisation und Koordination der Fraktionsarbeit in den Fachausschüssen, - Beschaffung und Auswertung von Informationen - Öffentlichkeitsarbeit - Anlaufstelle für Anregungen, Anfragen, Beschwerden etc. aus der Bevölkerung, von Firmen, von Vereinen und Verbänden, Initiativen etc.
Zielgruppe	intern: Kreistagsabgeordnete, Verwaltungsführung extern: Einwohnerschaft, Firmen, Vereine und Verbände, Initiativen etc.
Kategorie	Funktionsaufgabe
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis
Auftragsgrundlage	NKomVG, Parteiengesetz, Hauptsatzung und Geschäftsordnung des Kreistages
Sachziele	- Sach- und zeitgerechte Vorbereitung und Koordination der Beratungs- und Entscheidungsfindungsprozesse - Wirtschaftlichkeit der Fraktionsarbeit - Zeitnahe Aufbereitung und Zusammenführung von Informationen - Allgemeinverständliche und positive Öffentlichkeitsarbeit
Qualitätsziele	

Leistungen	111-016	Fraktionen
	111-016-0002	Politische Arbeit/Fraktionsgeschäftsstelle SPD
	111-016-0004	Politische Arbeit/Fraktionsgeschäftsstelle CDU
	111-016-0006	Politische Arbeit/Fraktionsgeschäftsstelle Bündnis90/DIE GRÜNEN
	111-016-0008	Politische Arbeit/Fraktionsgeschäftsstelle FDP
	111-016-0009	Politische Arbeit Bündnis!
	111-016-0010	Fraktionsgeschäftsstelle Bündnis!
	111-016-0012	Politische Arbeit/Fraktionsgeschäftsstelle Die Unabhängigen
	111-016-0014	Politische Arbeit/Fraktionsgeschäftsstelle DIE LINKE
	111-016-0015	Politische Arbeit/Fraktionsgeschäftsstelle AfD
	111-016-0016	Politische Arbeit/Fraktionsgeschäftsstelle Vernunft und Gerechtigkeit

Teilergebnishaushalt Produkt 111-016 Fraktionen

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.06	+ privatrechtliche Entgelte	69.079,47					
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**69.079,47**					
02.01	- Personalaufwendungen	39,29					
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	11.437,76	12.000,00	12.200,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	688.650,22	746.100,00	2.200,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**700.127,27**	**758.100,00**	**14.400,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-631.047,80**	**-758.100,00**	**-14.400,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-631.047,80**	**-758.100,00**	**-14.400,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	25.500,00	29.700,00	41.800,00			
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-25.500,00**	**-29.700,00**	**-41.800,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-656.547,80**	**-787.800,00**	**-56.200,00**			

Produkt 111-017 Verwaltungsführung LR

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	11	Innere Verwaltung
Produktgruppe	111	Verwaltungssteuerung und -service
Produkt	111-017	Verwaltungsführung LR

Teilhaushalt	I - Landrat, Politik, OE´s
Kurzbeschreibung	Strategische und operative Steuerung der Verwaltung, grundsätzliche und/oder fachbereichsübergreifende Entscheidungen, Außenvertretung in Rechts- und Verwaltungsgeschäften sowie in gerichtlichen Verfahren, soweit vorbehalten Dem Produkt sind 2,0 Stellenanteile zugeordnet.
Zielgruppe	Einwohnerschaft, Kreistag und seine Ausschüsse, Dezernate, Vereine und Verbände, Gesellschaften und Beteiligungen
Kategorie	Funktionsaufgabe
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis
Auftragsgrundlage	NKomVG und sonstige Rechtsvorschriften
Sachziele	Erfüllung der Kreisaufgaben i. S. der NKomVG
Qualitätsziele	Z-111-017-001: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen.

Kennzahlen	**Ergebnis Vorvorjahr**	**Ansatz Vorjahr**	**Ansatz lfd. Jahr**
ZK-111-017-101 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote) Durchschn.Sons	0,00	2,00	0,00

Leistungen 111-017 Verwaltungsführung LR

Teilergebnishaushalt Produkt 111-017 Verwaltungsführung LR

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.06	+ privatrechtliche Entgelte	4.742,00	4.600,00	4.600,00			
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**4.742,00**	**4.600,00**	**4.600,00**			
02.01	- Personalaufwendungen	486.163,17	462.300,00	500.900,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	39.177,26	28.500,00	18.700,00			
02.04	- Abschreibungen	214,99	200,00	200,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	21.045,69	22.400,00	19.600,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**546.601,11**	**513.400,00**	**539.400,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-541.859,11**	**-508.800,00**	**-534.800,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-541.859,11**	**-508.800,00**	**-534.800,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	5.700,00	5.900,00	7.600,00			
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-5.700,00**	**-5.900,00**	**-7.600,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-547.559,11**	**-514.700,00**	**-542.400,00**			

Produkt 111-018 Gleichstellung von Mann und Frau

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	11	Innere Verwaltung
Produktgruppe	111	Verwaltungssteuerung und -service
Produkt	111-018	Gleichstellung von Mann und Frau

Teilhaushalt
I - Landrat, Politik, OE´s

Verantwortlich
OE 902 - Katina Bruns

Kurzbeschreibung
- Förderung der Gleichstellung von Mann und Frau im Aufgabenbereich des Landkreises Hildesheim
- Förderung der Gleichstellung von Frau und Mann innerhalb der Kreisverwaltung, z.B. durch Mitwirkung an den Personalauswahlverfahren und am Gleichstellungsplan
- Unterstützung der Verwaltungsführung bei der Umsetzung des gesetzlichen Auftrages, z.B. Frauen und Männern in der Landkreisverwaltung eine gleichberechtigte Stellung zu verschaffen

Dem Produkt sind 1,75 Stellenanteile zugeordnet.

Zielgruppe
intern: Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landkreises Hildesheim
extern: Einwohnerinnen und Einwohner im Landkreis Hildesheim; Verwaltungsführung und Kreistag
Verbände, Parteien, Institutionen im Landkreis Hildesheim

Kategorie
Pflichtaufgabe

Aufgabenzuordnung
eigener Wirkungskreis

Auftragsgrundlage
GG, Richtlinien für die Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten nach NKomVG, AGG, NGG

Sachziele
Ziele der Gleichstellungsarbeit sind:
- Die Gleichstellung von Frau und Mann weiter voranzutreiben und an der Umsetzung des gesetzlichen Auftrags mitzuwirken, dass sie entsprechend ihrem Bevölkerungsanteil in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft vertreten sind.
- Förderung und Unterstützung der beruflichen Gleichstellung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Qualitätsziele
Z-111-018-001:
Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen.
Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.
Z-111-018-002:
Vernetzung von Institutionen, Beratungsstellen und Projekten mit dem Ziel der Förderung der Chancengleichheit von Mann und Frau.
Z-111-018-003:
Jährlich finden mindestens 4 Arbeitstreffen (Tagungen und Konferenzen) mit den kommunalen Gleichstellungsbeauftragten des Landkreises Hildesheim statt.
Z-111-018-004:
Vertretung des Landkreises Hildesheim auf den jährlich stattfindenden Regional-, Landes-, und Bundeskonferenzen, mindestens 2 mal.
Z-111-018-005:
Schaffung und Begleitung von Informationsangeboten, Netzwerken und Aktionsbündnissen
Z-111-018-006:
Öffentlichkeitsarbeit zur Verbesserung der Zusammenarbeit von Institutionen mit dem Ziel der Verbesserung von geschlechtsspezifischen Benachteiligungen.

Maßnahmen
Gleichstellungsplan, Teilnahme an VGén, Ausrichtung Frauentag, Aktionstag gegen Gewalt an Frauen, Mitwirkung bei allen gleichst.relevanten Maßnahmen
Ferienbetreuungsplattform (Vereinbarkeit von Familie und Beruf), Kooperationspartnerin Catcalling und Equal Pay Day

Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
ZK-111-018-101 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote) Durchschn.OEs	0,00	2,00	0,00

Produkt 111-018 Gleichstellung von Mann und Frau

Landkreis Hildesheim

ZK-111-018-102 Anzahl der Netzwerktreffen - (Anzahl)	0,00	41,00	0,00
ZK-111-018-103 Anzahl der Arbeitstreffen m.d. kommunalen Gleichstellungsstellen	0,00	4,00	0,00
ZK-111-018-104 Anzahl der Teilnahme an Regional-, Landes-, u. Bundeskonferenzen	0,00	5,00	0,00

Leistungen	111-018	Gleichstellung von Mann und Frau
	111-018-0001	Gleichstellung im Aufgabenbereich d. LK
	111-018-0002	Gleichstellung in der Kreisverwaltung

Teilergebnishaushalt Produkt 111-018 Gleichstellung von Mann und Frau

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	6.146,09	5.400,00	5.400,00			
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	6.000,00	6.000,00	9.000,00			
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**12.146,09**	**11.400,00**	**14.400,00**			
02.01	- Personalaufwendungen	224.811,67	220.100,00	239.700,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	14.082,86	19.500,00	19.600,00			
02.06	- Transferaufwendungen	27.000,00	29.500,00				
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	3.885,21	2.000,00	2.700,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**269.779,74**	**271.100,00**	**262.000,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-257.633,65**	**-259.700,00**	**-247.600,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-257.633,65**	**-259.700,00**	**-247.600,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	5.700,00	5.900,00	7.600,00			
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-5.700,00**	**-5.900,00**	**-7.600,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-263.333,65**	**-265.600,00**	**-255.200,00**			

Produkt 111-019 Informations- und Öffentlichkeitsarbeit

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	11	Innere Verwaltung
Produktgruppe	111	Verwaltungssteuerung und -service
Produkt	111-019	Informations- und Öffentlichkeitsarbeit

Teilhaushalt	I - Landrat, Politik, OE´s
Verantwortlich	Amt 904 - Martin Otto
Kurzbeschreibung	Externe und interne (Mitarbeiterinformation) Informations- und Öffentlichkeitsarbeit sowie direkte Zuarbeit für die Verwaltungsführung Dem Produkt sind 4,18 Stellenanteile zugeordnet.
Zielgruppe	intern: Verwaltungsführung, Mitarbeiter/innen extern: Kreisbevölkerung sowie die Öffentlichkeit allgemein Redaktionen der elektronischen Medien (Rundfunk, Fernsehen, Internet) und der Printmedien Besucher/innen, Neubürger/innen
Kategorie	Funktionsaufgabe
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis
Auftragsgrundlage	- Informationsanspruch aus Art. 5 Abs. 1 GG (Pressefreiheit, Freiheit der Berichterstattung) - Pressegesetz Niedersachsen (§ 3 öffentliche Aufgaben der Presse und § 4 Abs. 1 Informationsrecht der Presse / Informationspflichten der Behörden) - Personalentwicklungskonzept (Mitarbeiterinformation)
Sachziele	Externe Öffentlichkeitsarbeit: - Sicherstellung eines optimalen Informormationsflusses zu den Medien - Befriedigung des Informationsbedürfnisses der Redaktionen und der interessierten Öffentlichkeit - Information der Öffentlichkeit über Dienstleistungsangebote mit eigenen (Print- u. Internet-) Medien - Konzeption, Vorbereitung und Gestaltung von öffentlichen Veranstaltungen (Pressekonferenzen, -gesprächen etc.) - Fotoberichterstattung Interne Öffentlichkeitsarbeit: - Frühzeitige, offene und umfassende Information für Mitarbeiter/innen > Aktualisierung Informationsserver, Intranet u. Internet - Entlastung/Beratung der Verwaltungsführung bei der Öffentlichkeitsarbeit
Qualitätsziele	Z-111-019-001: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.

Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
ZK-111-019-101 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote) Durchschn.OEs	0,00	2,00	0,00

Leistungen	111-019	Informations- und Öffentlichkeitsarbeit
	111-019-0001	Verfassen von Texten
	111-019-0004	interne Kommunikation
	111-019-0005	Persönliche Beratung/Entlastung Vorstand
	111-019-0007	Betreuung der Presse in polit. Sitzungen
	111-019-0008	Pressemitteilungen, Presseanfragen
	111-019-0009	Social Media

Produkt 111-019 Informations- und Öffentlichkeitsarbeit

Landkreis Hildesheim

	111-019-0010	Website (Internet und Intranet)
	111-019-0011	Broschüren
	111-019-0012	Corporate Design/Image
	111-019-0013	Staatliche Auszeichnungen
	111-019-0014	Geschäftsführung NLT-HVB-Konferenz
	111-019-0015	Metropolregion

Teilergebnishaushalt Produkt 111-019 Informations- und Öffentlichkeitsarbeit

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	10.178,67					
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**10.178,67**					
02.01	- Personalaufwendungen	364.655,00	361.700,00	423.500,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	19.876,48	20.500,00	16.100,00			
02.04	- Abschreibungen	849,50	600,00	1.200,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	27.770,62	16.500,00	22.900,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**413.151,60**	**399.300,00**	**463.700,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-402.972,93**	**-399.300,00**	**-463.700,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-402.972,93**	**-399.300,00**	**-463.700,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	12.612,12	12.600,00	21.000,00			
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-12.612,12**	**-12.600,00**	**-21.000,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-415.585,05**	**-411.900,00**	**-484.700,00**			

Produkt 111-020 Prüfung und Beratung

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	11	Innere Verwaltung
Produktgruppe	111	Verwaltungssteuerung und -service
Produkt	111-020	Prüfung und Beratung

Teilhaushalt	I - Landrat, Politik, OE´s
Verantwortlich	Amt 906 - Stephan Sündermann
Kurzbeschreibung	Örtl. Prüfung des Landkreises (einschl. Sonderbereiche); Örtliche Prüfung der kreisangehörigen Städte, Gemeinden und Samtgemeinden; Prüfung des Verwaltungshandelns auf Recht- und Ordnungsmäßigkeit; Dem Produkt sind 12,5 Stellenanteile zugeordnet.
Zielgruppe	intern: die geprüften Bereiche, Kreistag mit Ausschüssen, Öffentlichkeit extern: Kommunen, Einrichtigungen, Gemeinderäte mit Ausschüssen, Aufsichtsräte, Öffentlichkeit
Kategorie	Funktionsaufgabe
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis
Auftragsgrundlage	§§ 153 ff NKomVG
Sachziele	- Sicherung des ordnungsgemäßen Handelns in der gesamten Verwaltung - fortlaufender Schutz vor Vermögensverlusten - Vermeidung von Missbrauch und Korruption - Mitwirkung bei der Aufrechterhaltung der finanziellen Leistungsfähigkeit - sorgfältige, zeitnahe und qualitativ hochwertige Prüfung - Vermeidung prüfungsfreier Räume - zügige Bearbeitung nach Vorlage, ggf. vorgreifende Prüfung von digitalen Unterlagen - kompetente und präventive Beratung (soweit gewünscht)
Qualitätsziele	Z-111-020-001: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.
Maßnahmen	gute Qualifikation der Mitarbeiter Angebot der Beratung fortlaufende Prüfung des Verwaltungshandelns Nachschau von Prüfungen

Kennzahlen	**Ergebnis Vorvorjahr**	**Ansatz Vorjahr**	**Ansatz lfd. Jahr**
ZK-111-020-101 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote) Durchschn.OEs	0,00	2,00	0,00

Leistungen	111-020	Prüfung und Beratung
	111-020-0001	Örtliche Prüfung Landkreis
	111-020-0002	Örtl. Prüfung kreisang. Städte/Gem. , SG
	111-020-0003	Prüfung sonstiger Institutionen
	111-020-0004	Datenschutz
	111-020-0005	Hinweisgeberschutzgesetz

Teilergebnishaushalt Produkt 111-020 Prüfung und Beratung

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte	175.528,50	179.000,00	104.000,00			
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**175.528,50**	**179.000,00**	**104.000,00**			
02.01	- Personalaufwendungen	1.290.489,27	1.218.800,00	1.335.600,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	49.551,11	43.000,00	44.200,00			
02.04	- Abschreibungen	222,78	200,00	200,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	9.077,92	13.600,00	16.500,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**1.349.341,08**	**1.275.600,00**	**1.396.500,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-1.173.812,58**	**-1.096.600,00**	**-1.292.500,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-1.173.812,58**	**-1.096.600,00**	**-1.292.500,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	36.900,00	38.600,00	49.400,00			
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-36.900,00**	**-38.600,00**	**-49.400,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-1.210.712,58**	**-1.135.200,00**	**-1.341.900,00**			

Produkt 111-021 Personalvertretung

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	11	Innere Verwaltung
Produktgruppe	111	Verwaltungssteuerung und -service
Produkt	111-021	Personalvertretung

Teilhaushalt	I - Landrat, Politik, OE´s
Verantwortlich	OE 907 - Andre Feind
Kurzbeschreibung	Mitbestimmung, Benehmensherstellung, Stellungnahmen und Initiativen in personellen, organisatorischen, sozialen und sonstigen innerdienstlichen Angelegenheiten, Abschluss von Dienstvereinbarungen. Dem Produkt sind 3,54 Stellen zugeordnet.
Zielgruppe	intern: Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreisverwaltung, Verwaltungsführung extern: ---
Kategorie	Funktionsaufgabe
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis
Auftragsgrundlage	Nds. PersVG
Sachziele	Vertretung der Interessen und Belange aller Beschäftigten der Kreisverwaltung in allen vom Personalvertretungsgesetz eingeräumten Angelegenheiten, vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Dienststelle
Qualitätsziele	Z-111-021-001: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.

Kennzahlen	**Ergebnis Vorvorjahr**	**Ansatz Vorjahr**	**Ansatz lfd. Jahr**
ZK-111-021-101 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote) Durchschn.OEs	0,00	2,00	0,00

Leistungen 111-021 Personalvertretung

Teilergebnishaushalt Produkt 111-021 Personalvertretung

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
02.01	- Personalaufwendungen	495.399,91	348.600,00	441.600,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	8.066,93	18.200,00	18.400,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	5.271,99	5.800,00	5.800,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**508.738,83**	**372.600,00**	**465.800,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-508.738,83**	**-372.600,00**	**-465.800,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-508.738,83**	**-372.600,00**	**-465.800,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	14.200,00	14.900,00	11.400,00			
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-14.200,00**	**-14.900,00**	**-11.400,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-522.938,83**	**-387.500,00**	**-477.200,00**			

Produkt 111-022 Recht

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	11	Innere Verwaltung
Produktgruppe	111	Verwaltungssteuerung und -service
Produkt	111-022	Recht

Teilhaushalt	I - Landrat, Politik, OE´s
Verantwortlich	Amt 910 - Ulrich Voß
Kurzbeschreibung	- Beratung in rechtlich schwierigen Angelegenheiten - Vorbereitung rechtlich abgesicherter Entscheidungen - Führung von Klageverfahren für den Landkreis - rechtliche Unterstützung und Beratung der Verwaltungsführung Dem Produkt sind 2,6 Stellenanteile zugeordnet.
Zielgruppe	intern: Produktverantwortliche im Haus extern: Gerichte, Verbände, Bürger usw.
Kategorie	Funktionsaufgabe
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis
Auftragsgrundlage	Anfragen anderer Produktverantwortlicher, der Verwaltungsführung sowie externer Stellen
Sachziele	- Sicherung eines rechtlich einwandfreien, praxisorientierten und einheitlichen Verfahrens - Gewährleistung eines rechtmäßigen Verwaltungshandelns
Qualitätsziele	Z-111-022-001: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen.

Kennzahlen	**Ergebnis Vorvorjahr**	**Ansatz Vorjahr**	**Ansatz lfd. Jahr**
G-111-022-001 Fallzahl angefertigte Gutachten - (Anzahl)	0,00	20,00	0,00
G-111-022-002 Fallzahl Neueingänge gerichtl. Verf. - (Anzahl)	0,00	200,00	0,00
ZK-111-022-101 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote) Durchschn.OEs	0,00	2,00	0,00

Leistungen	111-022	Recht
	111-022-0001	Rechtsberatung
	111-022-0002	Vertretung in Rechtssachen
	111-022-0003	Verwaltungsbücherei

Teilergebnishaushalt Produkt 111-022 Recht

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	863,52	500,00	500,00			
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**863,52**	**500,00**	**500,00**			
02.01	- Personalaufwendungen	331.124,70	316.200,00				
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	8.448,81	7.900,00	7.200,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	1.832,99	4.100,00	3.900,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**341.406,50**	**328.200,00**	**11.100,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-340.542,98**	**-327.700,00**	**-10.600,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-340.542,98**	**-327.700,00**	**-10.600,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	11.136,00	14.900,00	13.700,00			
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-11.136,00**	**-14.900,00**	**-13.700,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-351.678,98**	**-342.600,00**	**-24.300,00**			

Produkt 111-023 Kommunalaufsicht

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	11	Innere Verwaltung
Produktgruppe	111	Verwaltungssteuerung und -service
Produkt	111-023	Kommunalaufsicht

Teilhaushalt	I - Landrat, Politik, OE´s
Verantwortlich	Amt 910 - Ulrich Voß
Kurzbeschreibung	Beratung der Kommunen, Verbände und Bürger Überwachung und Prüfung der Rechtmäßigkeit des Handelns von Kommunen und Verbänden, einschl. der Anwendung kommunalaufsichtlicher Mittel Dem Produkt sind 3,92 Stellenanteile zugeordnet.
Zielgruppe	intern: --- extern: Städte, Gemeinden, Samtgemeinde, Realverbände u. ä., Einwohnerinnen und Einwohner
Kategorie	Pflichtaufgabe
Aufgabenzuordnung	übertragener Wirkungskreis
Auftragsgrundlage	NKomVG, KomHKVO, NKAG, BauGB, RealverbandsG, NKomZG, Aufträge der Verwaltungsführung, UVgO, VOB, VgV
Sachziele	- Schutz der Zielgruppe in ihren Rechten - Sicherstellung der Rechtmäßigkeit des Handelns von Kommunen und Verbänden
Qualitätsziele	Z-111-023-001: Rechtmäßigkeit mindestens 98 % Z-111-023-002: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.

Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
G-111-023-001 Rechtmäßige Fälle - (Anzahl)	0,00	750,00	0,00
G-111-023-002 Fallzahl - (Anzahl)	0,00	750,00	0,00
ZK-111-023-101 Rechtmäßigkeit - (%)	0,00	100,00	0,00
ZK-111-023-201 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote) Durchschn.OEs	0,00	2,00	0,00

Leistungen	111-023	Kommunalaufsicht
	111-023-0001	Finanzielle/Personelle Kommunalaufsicht
	111-023-0002	Allgemeine Kommunalaufsicht
	111-023-0003	Prüfung von Ausschreibungsverfahren
	111-023-0004	Verbandsaufsicht
	111-023-0005	Tagungen und Empfänge (EW)
	111-023-0006	Genehmigung von Flächennutzungsplänen

Teilergebnishaushalt Produkt 111-023 Kommunalaufsicht

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte	350,00	200,00	200,00			
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	10.812,76	8.300,00	1.300,00			
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**11.162,76**	**8.500,00**	**1.500,00**			
02.01	- Personalaufwendungen	510.979,73	494.300,00	753.900,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	3.398,21	6.800,00	6.900,00			
02.04	- Abschreibungen	469,97	500,00	500,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	4.022,82	9.300,00	4.200,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**518.870,73**	**510.900,00**	**765.500,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-507.707,97**	**-502.400,00**	**-764.000,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-507.707,97**	**-502.400,00**	**-764.000,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	11.300,00	14.900,00	16.700,00			
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-11.300,00**	**-14.900,00**	**-16.700,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-519.007,97**	**-517.300,00**	**-780.700,00**			

Produkt 111-024 Kreistagsangelegenheiten

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	11	Innere Verwaltung
Produktgruppe	111	Verwaltungssteuerung und -service
Produkt	111-024	Kreistagsangelegenheiten

Teilhaushalt	I - Landrat, Politik, OE´s
Verantwortlich	Amt 904 - Martin Otto
Kurzbeschreibung	Erstellung, Aktualisierung, Auslegung und Anwendung der für den Kreistag maßgeblichen Rechtsbestimmungen; Klärung kommunalverfassungsrechtlicher Fragen zu Bildung, Zusammensetzung, Zuständigkeiten und Verfahrensabläufen für Kreistag, Kreisausschuss und Ausschüsse des Kreistages; Sitzungsdienst für Kreistag und Kreisausschuss, Verwaltung persönlicher Daten der Kreistagsabgeordneten, Entschädigungszahlungen, Ehrungen Dem Produkt sind 4,0 Stellenanteile zugeordnet.
Zielgruppe	intern: Mandatsträger und hinzugewählte Personen, Verwaltungsführung und Dezernate extern: Einwohnerinnen und Einwohner, Presse
Kategorie	Funktionsaufgabe
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis
Auftragsgrundlage	NKomVG, Hauptsatzung, Entschädigungssatzungen, Geschäftsordnung des Kreistages, Gerichtsgesetze, Auftrag der Verwaltungsführung
Sachziele	- Gewährleistung des rechtlichen Rahmens für die Arbeit der Gremien - Sicherstellung geordneter Beratungs- und Entscheidungsabläufe - Protokollierung der Sitzungen und Aufbereitung der Beschlüsse - Transparente Entscheidungsabläufe durch Information der Öffentlichkeit
Qualitätsziele	Z-111-024-001: Mindestens 90 % der Prokolle des KA sollen bis zur nächsten KA-Sitzung, die des KT innerhalb der von der Geschäftsordnung vorgegebenen Frist übersandt werden Z-111-024-002: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.

Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
G-111-024-001 KT-Protokolle - (Anzahl)	0,00	4,00	0,00
G-111-024-002 KA-Protokolle - (Anzahl)	0,00	10,00	0,00
ZK-111-024-101 Fristgerechte Protokollversendung - (%)	0,00	80,00	0,00
ZK-111-024-201 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote) Durchschn.OEs	0,00	2,00	0,00

Leistungen	111-024	Kreistagsangelegenheiten
	111-024-0001	Kreistagsbüro
	111-024-0002	Sitzungsdienst

Teilergebnishaushalt Produkt 111-024 Kreistagsangelegenheiten

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
02.01	- Personalaufwendungen	160.406,19	158.600,00	186.200,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	12.643,37	10.400,00	12.900,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	15.386,63	2.000,00	2.000,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**188.436,19**	**171.000,00**	**201.100,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-188.436,19**	**-171.000,00**	**-201.100,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-188.436,19**	**-171.000,00**	**-201.100,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	5.547,88					
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-5.547,88**					
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-193.984,07**	**-171.000,00**	**-201.100,00**			

Produkt 111-025 Organisation

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	11	Innere Verwaltung
Produktgruppe	111	Verwaltungssteuerung und -service
Produkt	111-025	Organisation

Teilhaushalt	I - Landrat, Politik, OE´s
Verantwortlich	Amt 101 - Thomas Baule
Kurzbeschreibung	Unterstützung der Dezernate und Organisationseinheiten bei allen anfallenden organisatorischen Problemen; Entscheidungshilfen für die Verwaltungsführung Dem Produkt sind 14,0 Stellenanteile zugeordnet.
Zielgruppe	intern: Verwaltungsführung extern: ---
Kategorie	Funktionsaufgabe
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis
Auftragsgrundlage	Auftrag durch Verwaltungsführung
Sachziele	- Erfülllung der im Auftrag vereinbarten Zielsetzung - Bereitstellung von Planungshilfen/Stellenbemessung - Optimierung von Arbeitsabläufen - sachgerechte Bewertung von Stellen
Qualitätsziele	Z-111-025-002: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt. Z-111-025-005 Zum Stichtag 31.12. sollen mindestens 90% der eingerichteten Stellen im Bereich der Kernverwaltung bewertet sein.

Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
ZK-111-025-201 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote) Durchschn.OEs	0,00	2,00	0,00
G-111-025-001 Zu bewertende Stellen Kernverwaltung - (Anzahl)	0,00	970,00	0,00
G-111-025-002 Bewertete Stellen Kernverwaltung - (Anzahl)	0,00	893,00	0,00
ZK-111-025-501 Bewertete Stellen Kernverwaltung - (%)	0,00	90,00	0,00

Leistungen	111-025	Organisation
	111-025-0001	Aufgabenkritik, Organisationsuntersuchungen, Handlungs- u. Qualitätsempfehlungen
	111-025-0002	Konzepte/Strategien
	111-025-0003	Stellenplan
	111-025-0004	Qualitätsmanagement (F)
	111-025-0005	Stellenbewertung

Teilergebnishaushalt Produkt 111-025 Organisation

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
02.01	- Personalaufwendungen	1.074.412,81	1.115.500,00	1.420.500,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	38.146,42	40.400,00	42.200,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	42.468,42	122.600,00	57.100,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**1.155.027,65**	**1.278.500,00**	**1.519.800,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-1.155.027,65**	**-1.278.500,00**	**-1.519.800,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-1.155.027,65**	**-1.278.500,00**	**-1.519.800,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	38.476,98	44.700,00	63.900,00			
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-38.476,98**	**-44.700,00**	**-63.900,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-1.193.504,63**	**-1.323.200,00**	**-1.583.700,00**			

Produkt 111-030 Steuerung der Digitalisierung

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	11	Innere Verwaltung
Produktgruppe	111	Verwaltungssteuerung und -service
Produkt	111-030	Steuerung der Digitalisierung

Teilhaushalt	I - Landrat, Politik, OE´s
Verantwortlich	Amt 101 - Thomas Baule
Kurzbeschreibung	Planung, Koordination und Steuerung der Digitalisierungsprozesse beim Landkreis Hildesheim. Dem Produkt sind 1,0 Stellenanteile zugeordnet.
Zielgruppe	Intern: Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreisverwaltung Extern: Kommunen und andere Behörden
Kategorie	Funktionsaufgabe
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis
Sachziele	Entwicklung einer Digtaliserungsstrategie für die Kreisverwaltung. Interkomunale und überregionale Zusammenarbeit durchführen.
Qualitätsziele	Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote 2 erreichen.

Leistungen	111-030	Steuerung der Digitalisierung

Teilergebnishaushalt Produkt 111-030 Steuerung der Digitalisierung

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
02.01	- Personalaufwendungen	6.530,23		110.300,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	19,69	900,00	900,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	6.150,11	30.000,00	30.000,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**12.700,03**	**30.900,00**	**141.200,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-12.700,03**	**-30.900,00**	**-141.200,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-12.700,03**	**-30.900,00**	**-141.200,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	142,00					
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-142,00**					
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-12.842,03**	**-30.900,00**	**-141.200,00**			

Produkt 111-035 Kommunalaufsicht -freiwillig-

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	11	Innere Verwaltung
Produktgruppe	111	Verwaltungssteuerung und -service
Produkt	111-035	Kommunalaufsicht -freiwillig-

Teilhaushalt	I - Landrat, Politik, OE´s
Verantwortlich	Amt 910 - Ulrich Voß
Kurzbeschreibung	Beratung der Verbände für Alfeld Überwachung und Prüfung der Rechtsmäßigkeit des Handelns von und Verbänden, einschl. der Anwendung kommunalaufsichtlicher Mittel Dem Produkt sind 0,08 Stellenanteile zugeordnet.
Zielgruppe	intern: --- extern: Realverbände
Kategorie	freiwillige Aufgabe
Aufgabenzuordnung	übertragener Wirkungskreis
Auftragsgrundlage	RealverbandsG
Sachziele	Schutz der Zielgruppe in ihren Rechten Sicherstellung der Rechmäßigkeit des Handelns von Kommunen und Verbänden

Leistungen	111-035	Kommunalaufsicht -freiwillig-
	111-035-0001	Verbandsaufsicht (freiwillig)

Teilergebnishaushalt Produkt 111-035 Kommunalaufsicht -freiwillig-

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen			7.000,00			
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**			**7.000,00**			
02.01	- Personalaufwendungen			19.300,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**			**19.300,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**			**-12.300,00**			
05.	**= Jahresergebnis**			**-12.300,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**			**-12.300,00**			

Produkt 111-037 Fraktionen -freiwllig-

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	11	Innere Verwaltung
Produktgruppe	111	Verwaltungssteuerung und -service
Produkt	111-037	Fraktionen -freiwllig-

Teilhaushalt I - Landrat, Politik, OE´s

Kurzbeschreibung

- Geschäftsführung der Fraktionen: Handlungskonzepte, Initiativen, Umsetzung und Kontrolle von Fraktionsbeschlüssen, Sellungnahmen zu Verwaltungsvorlagen und Rechtsvorschriften, Organisation und Koordination der Fraktionsarbeit in den Fachausschüssen,
- Beschaffung und Auswertung von Informationen
- Öffentlichkeitsarbeit
- Anlaufstelle für Anregungen, Anfragen, Beschwerden etc. aus der Bevölkerung, von Firmen, von Vereinen und Verbänden, Initiativen etc.

Zielgruppe

intern: Kreistagsabgeordnete, Verwaltungsführung
extern: Einwohnerschaft, Firmen, Vereine und Verbände, Initiativen etc.

Kategorie freiwillige Aufgabe

Aufgabenzuordnung eigener Wirkungskreis

Auftragsgrundlage NKomVG, Parteiengesetz, Hauptsatzung und Geschäftsordnung des Kreistages

Sachziele

- Sach- und zeitgerechte Vorbereitung und Koordination der Beratungs- und Entscheidungsfindungsprozesse
- Wirtschaftlichkeit der Fraktionsarbeit
- Zeitnahe Aufbereitung und Zusammenführung von Informationen
- Allgemeinverständliche und positive Öffentlichkeitsarbeit

Leistungen

111-037	Fraktionen -freiwillig-
111-037-0002	Politische Arbeit/Fraktionsgeschäftsstelle SPD -freiwillig-
111-037-0004	Politische Arbeit/Fraktionsgeschäftsstelle CDU -freiwillig-
111-037-0006	Politische Arbeit/Fraktionsgeschäftsstelle Bündnis90/DIE GRÜNEN -freiwillig-
111-037-0008	Politische Arbeit/Fraktionsgeschäftsstelle FDP -freiwillig-
111-037-0012	Politische Arbeit/Fraktionsgeschäftsstelle Die Unabhängigen -freiwillig-
111-037-0014	Politische Arbeit/Fraktionsgeschäftsstelle DIE LINKE -freiwillig-
111-037-0015	Politische Arbeit/Fraktionsgeschäftsstelle AfD -freiwillig-
111-037-0016	Politische Arbeit/Fraktionsgeschäftsstelle Vernunft und Gerechtigkeit -freiwilli

Teilergebnishaushalt Produkt 111-037 Fraktionen -freiwllig-

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen			831.300,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**			**831.300,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**			**-831.300,00**			
05.	**= Jahresergebnis**			**-831.300,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**			**-831.300,00**			

Produkt 111-038 Verwaltungsführung LR -freiwllig-

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	11	Innere Verwaltung
Produktgruppe	111	Verwaltungssteuerung und -service
Produkt	111-038	Verwaltungsführung LR -freiwllig-

Teilhaushalt	I - Landrat, Politik, OE´s
Kurzbeschreibung	Strategische und operative Steuerung der Verwaltung, grundsätzliche und/oder fachbereichsübergreifende Entscheidungen, Außenvertretung in Rechts- und Verwaltungsgeschäften sowie in gerichtlichen Verfahren, soweit vorbehalten
Zielgruppe	Einwohnerschaft, Kreistag und seine Ausschüsse, Dezernate, Vereine und Verbände, Gesellschaften und Beteiligungen
Kategorie	freiwillige Aufgabe
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis
Auftragsgrundlage	NKomVG und sonstige Rechtsvorschriften
Sachziele	Erfüllung der Kreisaufgaben i. S. der NKomVG

Leistungen	111-038	Verwaltungsführung LR -freiwillig-

Teilergebnishaushalt Produkt 111-038 Verwaltungsführung LR -freiwllig-

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen			10.000,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen			5.700,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**			**15.700,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**			**-15.700,00**			
05.	**= Jahresergebnis**			**-15.700,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**			**-15.700,00**			

Produkt 111-039 Gleichstellung von Mann und Frau -freiwllig-

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	11	Innere Verwaltung
Produktgruppe	111	Verwaltungssteuerung und -service
Produkt	111-039	Gleichstellung von Mann und Frau -freiwllig-

Teilhaushalt	I - Landrat, Politik, OE´s
Verantwortlich	OE 902 - Katina Bruns
Kurzbeschreibung	Gefördertes Projekt aus EU- und Landesmitteln (70%) und Kofinanzierung (30%) durch Stadt, Landkreis und VHS Hildesheim. Koordinierungsstellen Frauen und Wirtschaft sind aus dem europäischen Sozialfond geförderte Projekte zur Förderung der Beschäftigung in Bezug auf Chancengleichheit von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt. Sie sind eine Querschnittsaufgabe der Arbeitsmarktförderung. Es besteht ein überbetriebl. Verbund mit dem Netzwerk Familie und Wirtschaft.
Zielgruppe	intern: Beschäftigte, die die kostenlosen Angebote zur Vereinbarkeit von Erwerbs-und Familienarbeit durch das Netzwerk Familie und Wirtschaft nutzen können. extern: Ausschließlich Frauen, - Die aktuell nicht erwerbstätig sind - Die von Arbeitslosigkeit bedroht sind oder sich in prekären Arbeitssituationen befinden - Die in der beruflichen Neuorientierung sind nach Auszeiten wie Erziehungs- oder Pflegezeiten - Die in Stadt und Landkreis Hildesheim wohnen
Kategorie	freiwillige Aufgabe
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis
Auftragsgrundlage	KA Beschluss v. 12.08.2024

Leistungen	111-039	Gleichstellung von Mann und Frau -freiwillig-

Teilergebnishaushalt Produkt 111-039 Gleichstellung von Mann und Frau -freiwllig-

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
02.06	- Transferaufwendungen			29.500,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**			**29.500,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**			**-29.500,00**			
05.	**= Jahresergebnis**			**-29.500,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**			**-29.500,00**			

Produkt 111-040 Informations- und Öffentlichkeitsarbeit -freiwillig-

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	11	Innere Verwaltung
Produktgruppe	111	Verwaltungssteuerung und -service
Produkt	111-040	Informations- und Öffentlichkeitsarbeit -freiwillig-

Teilhaushalt	I - Landrat, Politik, OE´s
Verantwortlich	Amt 904 - Martin Otto
Kurzbeschreibung	Externe und interne (Mitarbeiterinformation) Informations- und Öffentlichkeitsarbeit sowie direkte Zuarbeit für die Verwaltungsführung Dem Produkt sind 1,0 Stellenanteile zugeordnet.
Zielgruppe	intern: Verwaltungsführung, Mitarbeiter/innen extern: Kreisbevölkerung sowie die Öffentlichkeit allgemein Redaktionen der elektronischen Medien (Rundfunk, Fernsehen, Internet) und der Printmedien Besucher/innen, Neubürger/innen
Kategorie	freiwillige Aufgabe
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis
Auftragsgrundlage	- Informationsanspruch aus Art. 5 Abs. 1 GG (Pressefreiheit, Freiheit der Berichterstattung) - Pressegesetz Niedersachsen (§ 3 öffentliche Aufgaben der Presse und § 4 Abs. 1 Informationsrecht der Presse / Informationspflichten der Behörden) - Personalentwicklungskonzept (Mitarbeiterinformation)

Leistungen	111-040	Informations- und Öffentlichkeitsarbeit -freiwillig-

Teilergebnishaushalt Produkt 111-040 Informations- und Öffentlichkeitsarbeit -freiwillig-

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen			4.600,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**			**4.600,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**			**-4.600,00**			
05.	**= Jahresergebnis**			**-4.600,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**			**-4.600,00**			

Produkt 111-041 Kreistagsangelegenheiten -freiwillig-

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	11	Innere Verwaltung
Produktgruppe	111	Verwaltungssteuerung und -service
Produkt	111-041	Kreistagsangelegenheiten -freiwillig-

Leistungen	111-041	Kreistagsangelegenheiten -freiwillig-
	111-041-0002	Sitzungsdienst -freiwillig-

Teilergebnishaushalt Produkt 111-041 Kreistagsangelegenheiten -freiwillig-

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen			3.600,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**			**3.600,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**			**-3.600,00**			
05.	**= Jahresergebnis**			**-3.600,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**			**-3.600,00**			

Produkt 111-042 Zentrale Personaldienstleistungen -freiwllig-

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	11	Innere Verwaltung
Produktgruppe	111	Verwaltungssteuerung und -service
Produkt	111-042	Zentrale Personaldienstleistungen -freiwllig-

Teilhaushalt	I - Landrat, Politik, OE´s
Verantwortlich	Amt 101 - Thomas Baule
Kurzbeschreibung	Ehrungen von Beschäftigten im Zusammenhang mit deren Dienstjubiläen sowie bei Verabschiedungen Dem Produkt sind 0,05 Stellenanteile zugeordnet.
Zielgruppe	intern: Beschäftigte extern:
Kategorie	freiwillige Aufgabe
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis

Leistungen	111-042	Zentrale Personaldienstleistungen -freiwillig-

Teilergebnishaushalt Produkt 111-042 Zentrale Personaldienstleistungen -freiwllig-

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
02.01	- Personalaufwendungen			3.600,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen			1.800,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**			**5.400,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**			**-5.400,00**			
05.	**= Jahresergebnis**			**-5.400,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**			**-5.400,00**			

Produkt 121-001 Wahlen und Einwohnerbeteiligung

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	12	Sicherheit und Ordnung
Produktgruppe	121	Statistik und Wahlen
Produkt	121-001	Wahlen und Einwohnerbeteiligung

Teilhaushalt	I - Landrat, Politik, OE´s
Verantwortlich	Amt 904 - Martin Otto
Kurzbeschreibung	Planung, Organisation und Durchführung von Wahlen (einschl. Wahlstatistik) und Einwohnerbeteiligungen Dem Produkt sind 3,0 Stellenanteile zugeordnet.
Zielgruppe	intern: Beschäftigte (Personalratswahl) extern: Aktiv und passiv Wahlberechtigte, Wahlbehörden, Parteien, Presse, Einwohnerinnen und Einwohner
Kategorie	Pflichtaufgabe
Aufgabenzuordnung	übertragener Wirkungskreis
Auftragsgrundlage	EuWG, EuWO, BWG, BWO, LWG, LWO, NKWG, NKWO, NKomVG, NVAbstG, NPersVG
Sachziele	Beteiligung der Einwohnerinnen und Einwohner am politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess
Qualitätsziele	Z-121-001-001: Die Durchführung von Wahlen soll rechtmäßig erfolgen Z-121-001-002: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.

Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
G-121-001-001 Wahlen - (Anzahl)	0,00	1,00	0,00
ZK-121-001-101 Rechtmäßige Wahlen - (%)	0,00	100,00	0,00
ZK-121-001-201 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote) Durchschn.OEs	0,00	2,00	0,00

Leistungen	121-001	Wahlen und Einwohnerbeteiligung
	121-001-0001	Kreiswahlen/Landratswahlen (EW)
	121-001-0002	Europa-, Bundestags-, Landtagswahlen
	121-001-0003	Einwohnerbeteiligung (EW)
	121-001-0004	Personalratswahlen

Teilergebnishaushalt Produkt 121-001 Wahlen und Einwohnerbeteiligung

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	201.451,05	150.000,00	150.000,00			
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**201.451,05**	**150.000,00**	**150.000,00**			
02.01	- Personalaufwendungen	131.265,46	129.800,00	152.300,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	28.662,73	40.500,00	40.500,00			
02.04	- Abschreibungen	3.779,76	3.800,00	3.800,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	266.456,56	152.600,00	152.600,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**430.164,51**	**326.700,00**	**349.200,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-228.713,46**	**-176.700,00**	**-199.200,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-228.713,46**	**-176.700,00**	**-199.200,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	14.340,00	27.600,00	42.400,00			
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-14.340,00**	**-27.600,00**	**-42.400,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-243.053,46**	**-204.300,00**	**-241.600,00**			

Produkt 312-903 Verwaltung der Grundsicherung für Arbeitsuchende (Jobcenter)

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	31	Soziale Hilfen
Produktgruppe	312	Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II
Produkt	312-903	Verwaltung der Grundsicherung für Arbeitsuchende (Jobcenter)

Teilhaushalt	I - Landrat, Politik, OE´s
Verantwortlich	Amt 101 - Thomas Baule
Kurzbeschreibung	Abwicklung Personal- und Sachkosten für das Jobcenter Dem Produkt sind 1,0 Stellenanteile zugeordnet.
Kategorie	Pflichtaufgabe
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis

Leistungen	312-903	Verwaltung der Grundsicherung für Arbeitsuchende (Jobcenter)

Teilergebnishaushalt Produkt 312-903 Verwaltung der Grundsicherung für Arbeitsuchende (Jobcenter)

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	4.166.077,53	3.900.000,00	4.250.000,00			
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**4.166.077,53**	**3.900.000,00**	**4.250.000,00**			
02.01	- Personalaufwendungen	4.444.088,98	4.413.700,00	5.186.700,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	210,15					
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	215,31					
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**4.444.514,44**	**4.413.700,00**	**5.186.700,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-278.436,91**	**-513.700,00**	**-936.700,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-278.436,91**	**-513.700,00**	**-936.700,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	3.720,15	3.500,00	5.000,00			
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-3.720,15**	**-3.500,00**	**-5.000,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-282.157,06**	**-517.200,00**	**-941.700,00**			

Teilhaushalt
Dezernat II

Umwelt, Klimaschutz, Verkehr und Verbraucherschutz

Erläuterungen zum Teilhaushalt II – Erste Kreisrätin
für das Haushaltsjahr 2026

Ergebnishaushalt

Kostenstelle 2-03

Produkt 122-004 - Veterinärwesen und Verbraucherschutz

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
02.03	**Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen** darunter:	156.148,78	71.800	133.000
	Tierschutzmaßnahmen	130.898,65	40.000	100.000

Aufgrund stark angestiegener Fallzahlen und personeller Aufstockung im amtstierärztlichen Bereich steigen auch die dadurch verursachten Kosten, z.B. Kosten der Unterbringung von Tieren. Die Kosten wurden über den Schnitt der letzten Jahre erhöht.

Kostenstelle 2-04

Produkt 122-001 - Allgemeine Ordnungsangelegenheiten

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
01.05	**öffentlich-rechtliche Entgelte** darunter:	342.299,12	368.500	418.500
	Verwaltungsgebühren, Jagd- und Fischdereiangelegenheiten	74.291,68	100.000	150.000

Ansatzerhöhung aufgrund Änderung der allgemeinen Gebührenordnung (Gebührenerhöhungen) im gesamten Produkt. Zunahme der Erteilung/Verlängerung von Jagdscheinen.

Produkt 122-002 - Ordnungswidrigkeiten

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
01.11	**sonstige ordentliche Erträge** darunter:	4.745.283,86	4.786.000	4.926.000
	Bußgelder fließender Verkehr	672.109,36	780.000	600.000
	Bußgelder fließender Verkehr - Heyersum u. Betheln	357.481,44	400.000	200.000
	Bußgelder Messanlage BAB 7	31.798,05	150.000	200.000
	Bußgelder fließender Verkehr B3/Wülfingen	52.462,80	70.000	30.000
	Bußgelder Semimobile Anlage III	0	0	500.000

Die Ansatzplanung erfolgte unter Berücksichtigung der voraussichtlichen Einnahmen im HHJahr 2025, da eine Einflusnahme auf die Einnahmenhöhe nur bedingt möglich ist: Einnahmen sind abhängig von der Anzeigetätigkeit der Polizei, Außerbetriebnahme nicht mehr zulässiger Messanlage (Betheln), Kompensation

durch Inbetriebnahme einer weiteren Semimobilen Messanlage. Die Standorte der stationären Messanlagen sind bekannt - Fahrzeugführer passen ihr Fahrverhalten an.

Produkt 122-002 -Ordnungswidrigkeiten

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
02.07	**sonstige ordentliche Aufwendungen** darunter:	876.655,64	865.400	932.800
	Verkehrsordnungswidrigkeiten Geschäftsaufwendungen	141.007,68	170.300	204.000
	Verkehrsordnungswidrigkeiten Erstattung an Stadt Hildesheim	687.005,00	647.500	680.000

Gem. Einsparvorgabe für den HH 2025 waren die Mittelansätze für die Geschäftsaufwendungen (Budget 50) um 10 % zu kürzen. Für den HH 2026 stehen die Mittel im Budget 50 wieder in voller Höhe zur Verfügung.

Der Erstattungsbetrag ist abhängig von der Anzeigentätigkeit im Rahmen der Parkraumüberwachung der Stadt Hildesheim. Die Berechnung wurde festgelegt in der „Zweckvereinbarung über die Wahrnehmung von Aufgaben gem. §56 OWiG zwischen Stadt Hi und dem LK Hi“.

Kostenstelle 2-05

Produkt 127-001 -Rettungsdienst-

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
01.05	**öffentlich-rechtliche Entgelte** darunter:	11.046.600,00	10.698.000	20.520.000
	Krankentransport für Notfallrettung, Benutzungsgebührenu.ä. Entgelte	10.086.600,00	10.148.000	19.970.000

Aufgrund der erforderlichen Interimsvergabe der Rettungsdienstleistungen für die Zeit vom 01.01.-30.06.2026 ist eine Kostensteigerung von rd. 98,8 % im Vergleich zu den bisherigen Kosten zu verzeichnen. Der für die Zeit vom 01.07. - 31.12.2026 geplante Aufwand wurde ebenfalls auf Basis dieser Kosten kalkuliert. Die Benutzungsgebühren wurden analog der geplanten Aufwendungen berechnet.

Produkt 126-004 -Feuerwehrtechnische Zentrale-

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
01.07	**Kostenerstattungen u. Kostenumlagen** darunter:	341.034,76	453.000	1.662.000
	Atemschutzwerkstatt, Erst. von Gemeindenund Gemeindeverbänden	341.034,76	335.000	1.544.000

Erstattung der angefallenen Kosten für den altersbedingten Austausch der Druckminderer und Lungenautomaten an den ca. 1.300 Atemschutzgeräten. Pro Gerät fallen etwa 1.000,00 € Kosten an. Die Kosten werden im Rahmen der jährlichen Abrechnung des Atemschutzverbundes an die Kommunen weiterberechnet.

Produkt 126-004 -Feuerwehrtechnische Zentrale-

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
02.03	**Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen** darunter:	692.869,18	562.800	1.879.800
	Ersatzteile, Reparaturmaterial u.ä.	72.736,25	51.500	1.351.500

Altersbedingt müssen im Jahr 2026 an 1.300 Atemschutzgeräten die Druckminderer und Lungenautomaten getauscht werden. Pro Gerät fallen etwa 1.000,00 € Kosten an. Die Kosten werden im Rahmen der jährlichen Abrechnung des Atemschutzverbundes an die Kommunen weiterberechnet. Der Kostenanteil des Landkreises beträgt ca. 7 % (= 91.000 €).

Produkt 127-001 -Rettungsdienst-

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
02.03	**Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen** darunter:	10.733.871,81	10.884.300	21.208.400
	Krankentransport f. Notfallrettung, Aufw. Für Durchführung Rettungsdienst	10.566.600,00	10.698.000	21.000.000

Aufgrund der erforderlichen Interimsvergabe der Rettungsdienstleistungen für die Zeit vom 01.01.-30.06.2026 ist eine Kostensteigerung von rd. 98,8 % im Vergleich zu den bisherigen Kosten zu verzeichnen. Der für die Zeit vom 01.07. - 31.12.2026 geplante Aufwand wurde ebenfalls auf Basis dieser Kosten kalkuliert. Eine Kostenerstattung erfolgt großteils über die Kostenträger und die Anhebung der entsprechend angehobenen Benutzungsgebühren.

Produkt 128-001 -Katastrophenschutz-

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
02.06	**Transferaufwendungen** darunter:	200.000	200.000	0
	Katastrophenschutz; Zuweisungen an ASB, THW, DRK	200.000	200.000	0

Gem. KT-Beschluss vom 20.03.2025 zu Antrag 750/XIX wurde ein neues Produkt eingerichtet.

Produkt 128-003 -Katastrophenschutz (freiwillig)-

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
02.06	**Transferaufwendungen** darunter:	0	0	200.000
	Katastrophenschutz; Zuweisungen an ASB, THW, DRK	0	0	200.000

Gem. KT-Beschluss vom 20.03.2025 zu Antrag 750/XIX wurde ein neues Produkt eingerichtet.

Produkt 126-003 -Brandschutz (Amt 205)-

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
02.07	**Sonstige ordentliche Aufwendungen** darunter:	226.282,69	265.400	345.000
	Planungs- und Beratungsaufwand (Budget 20)	0	0	70.000

Kosten für die Erstellung eines Feuerwehrbedarfsplans durch einen externen Dienstleister.

Produkt 127-001 -Rettungsdienst-

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
02.07	**sonstige ordentliche Aufwendungen** darunter:	642.488,85	792.900	888.300
	Gerichts- u.ä. Kosten, Beratungsaufwand	0	25.000	100.000

Aufgrund Kreistagsbeschluss zur Rekommunalisierung des Rettungsdienstes (KT am 15.05.2025) wird ein externer Berater hinzugezogen.

Kostenstelle 2-06

Produkt 122-005 -KFZ-Zulassungen-

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
02.03	**Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen** darunter:	202.932,98	225.100	298.000
	Aufwand f. Spezial-IuK, Hosting- und Supportkosten	38.564,66	32.300	101.900

Einführung eines neuen Fachverfahrens (VOIS-KFZ); KA-Beschluss vom 16.06.2025

Produkt 122-007 -Fahrerlaubnisse und Fahrgastbeförderung-

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
02.03	**Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen** darunter:	187.941,05	251.500	339.800
	Aufwand f. Spezial-IuK, Hosting- und Supportkosten	13.719,15	7.800	88.900

Einführung eines neuen Fachverfahrens (VOIS-FSW); KA-Beschluss vom 16.06.2025

Kostenstelle 2-08

Produkt 122-009 - Wasserwirtschaft -

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
01.02	**Zuwendungen und allgemeine Umlagen** darunter:	0	1.250.500	500
	Zuweisungen vom Land (Budget 20)	0	1.125.000	0
	Zuweisungen f. lfd. Zwecke von Zweckverbänden (Budget 20)	0	125.000	0

Die Maßnahmen zur Renatuierung des Bruchgrabens werden ab 2026 im Investitionshaushalt abgebildet.

Produkt 122-013 -Wasserwirtschaft -freiwillig-

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
01.02	**Zuwendungen und allgemeine Umlagen** darunter:	0	0	250.000
	Zuweisungen vom Land (Budget 20)	0	0	237.500
	Zuweisungen f. lfd. Zwecke von Zweckverbänden	0	0	12.500

Gem. KT-Beschluss vom 20.03.2025 zu Antrag 750/XIX wurde das Produkt neu eingerichtet.

Produkt 554-002 -Naturschutz und Landschaftspflege -freiwillig-

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
01.02	**Zuwendungen und allgemeine Umlagen** darunter:	0	0	350.000
	Zuweisungen für lfd. Zwecke vom Bund (Budget 20)	0	0	280.000
	Zuschüsse für lfd. Zwecke privat. Unternehmen (20)	0	0	70.000

Gem. KT-Beschluss vom 20.03.2025 zu Antrag 750/XIX wurde das Produkt neu eingerichtet.
(Siehe auch Erläuterung zu Produkt 554-001.)

Produkt 122-009 -Wasserwirtschaft-

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
02.03	**Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen** darunter:	139.152,94	1.345.600	95.700
	Aufwendungen f.d. ökologische Gewässerverbesserung	33.173,31	1.250.000	0

Die Maßnahmen zur Renatuierung des Bruchgrabens werden ab 2026 im Investitionshaushalt abgebildet.

Produkt 122-013 -Wasserwirtschaft -freiwillig

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
02.03	**Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen** darunter:	0	0	250.000
	Aufwendungen f.d. ökologische Gewäserverbesserung	0	0	250.000

Gem. KT-Beschluss vom 20.03.2025 zu Antrag 750/XIX wurde das Produkt neu eingerichtet.

Produkt 554-001 -Naturschutz und Landschaftspflege-

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
02.03	**Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen** darunter:	430.542,82	1.038.200	915.800
	Aufwand Ersatzgeld; besonders geschützte Landschaftsteile	0	5.000	400.000
	Förderung des Naturschutzes -freiwillig-	67.364,51	167.000	0
	Managementplanung FFH	84.563,15	170.000	70.000
	Aufwendungen f. Projekte; Förderung des Naturschutzes	0	350.000	0

Die Ansatzänderung beim Aufwand für Ersatzgelder erfolgt auf unmittelbare Weisung des Nds MI. Ersatzgelder im Naturschutz sind Gelder, die von Verursachern für unvermeidbare Eingriffe in Natur und Landschaft gezahlt werden, wenn eine direkte Kompensation (Ausgleichsmaßnahme) nicht möglich ist.
Für die Förderung des Naturschutzes wurde ein neues Produkt (554-002 Naturschutz und Landschaftspflege -freiwillig) eingerichtet (KT-Beschluss zu Antrag 750/XIX vom 20.03.2025).

Produkt 554-002 -Naturschutz und Landschaftspflege -freiwillig-

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
02.03	**Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen** darunter:	2.030,15	500	417.000
	Förderung Naturschutz und Landschaftpflege -freiweillig	0	0	67.000
	Aufwendungen für Projekte, Naturchutz und Landchaftspflege -freiwillig	0	0	350.000

Gem. KT-Beschluss vom 20.03.2025 zu Antrag 750/XIX wurde ein neues Produkt eingerichtet.
(Siehe auch Erläuterung zu Produkt 554-001.)

Produkt 122-009 -Wasserwirtschaft -

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
02.07	**sonstige ordentliche Aufwendungen** darunter:	717.756,99	687.200	274.600
	Mitgliedsbeitrag Hochwasserchutzverband Innerste	555.859,80	420.400	0

Gem. KT-Beschluss vom 20.03.2025 zu Antrag 750/XIX wurde ein neues Produkt eingerichtet.
(Siehe auch Erläuterung zu Produkt 122-013.)

Produkt 122-013 -Wasserwirtschaft -freiwillig-

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
02.07	**sonstige ordentliche Aufwendungen** darunter:	555.859,20	420.400	625.900
	Mitgliedsbeitrag Hochwasserchutzverband Innerste	555.859,80	420.400	625.900

Anpassung des Mitgliedsbeitrages auf Grundlage der mittelfristigen Finanzplanung des Hochwasserschutzverbandes Innerste.

Produkt 561-001 -Bodenschutz-

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
02.07	**sonstige ordentliche Aufwendungen** darunter:	25.915,97	127.500	52.500
	Planungs- und Beratungsaufwand	0	75.000	0

Das Projekt „Bodenschutzkonzept“ (gem. Antrag 456/XIX) wurde im Jahr 2025 abgewickelt.

Kostenstelle 9-09

Produkt 547-001 -Nahverkehrsplanung

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
01.02	**Zuwendungen und allgemeine Umlagen** darunter:	10.962.166,20	5.543.500	5.523.600
	Zuweisungen für lfd. Zwecke vom Land f.d. Nahverkehrsplanung	7.175.133,96	1.230.500	1.047.000

Geringere Einnahmen von ÖPNV-Planungsmitteln aufgrund sinkender Bevölkerungszahlen.
Da ein höherer Ausgleichsbedarf für die Mobilitätszentrale besteht, wurde ein entsprechend höherer Anteil in das Budget 20, SK 3141-0008 verschoben.

Produkt 547-003 -Mobilitätszentrale -freiwillig-

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
01.02	**Zuwendungen und allgemeine Umlagen** darunter:	619.999,97	735.400	899.000
	Zuweisungen vom Land f.d. Mobilitätszentrale	619.999,97	735.400	899.000

Mehreinahmen durch Verschiebung von Einnahmen aus dem Produkt 547-001 (Nahverkehrsplanung).

Produkt 547-001 -Nahverkehrsplanung-

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
02.03	**Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen** darunter:	4.758.818,08	1.096.700	916.200
	Förderung des ÖPNV n.d. NNVG, Nahverkehrsplanung	4.756.832,81	1.095.500	914.900

Verringerung der Aufwendungen im Produkt 547-001 (Nahverkehrsplanung) aufgrund höherer Aufwendungen im Produkt 547-003 (Mobilitätszentrale -freiwillig).

Produkt 547-003 -Mobilitätszentrale-

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
02.06	**Transferaufwendungen** darunter:	676.000	791.400	955.000
	Zuschüsse verbundener Unternehmen, Sondervermögen, Beteiligungen: Mobilitätszentrale	676.000	791.400	955.00

Höherer Ausgleichsbetrag für Mobilitätszentrale, gedeckt durch entsprechende Mehreinnahmen.

Die **Personalkosten** wurden von Amt 101 – Personal- und Organisationsamt kalkuliert. Die Entwicklung der Personalkosten ist den Erläuterungen zur Kalkulation des Personalaufwandes im THH I zu entnehmen.

Investitionstätigkeit

Die Investitionen des Teilhaushaltes II ergeben sich aus der Übersicht „Investitionen Teilhaushalt II“

THH II Investitionstätigkeit:

Die Struktur sowie die Höhe der Auszahlungen bzw. der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit sind aus der nachfolgenden Aufstellung ersichtlich:

	Haushaltsplan		IP / Finanzplanung			Bew.-Stelle
	HA 2026	VE 2026	2027	2028	2029	
	€	€	T€	T€	T€	
Auszahlungen						
1. Fortsetzungsmaßnahmen						
Brandschutz						
Tetra-Technik für Leitstelle	10.000		10	10	10	205
Ersatzbeschaffung LKW mit Ladebordwand für den Schlauchverband	350.000					205
Aufbau/Ausbau des digitalen Alarmierungssystems	15.000					205
Digitalfunk für Tetra-Endgeräte	5.000		5	5	5	205
Ersatzbeschaffung Rüstwagen 2 der FTZ	750.000					205
Ausstattung Kreisausbildung (bewegliche Geräte)	40.000					205
Feuerwehrtechnische Zentrale						
Sonderprogramm Atemschutzverbund	80.000		80	80	80	205
Zusätzlicher Waschschrank für CSA-Anzüge (ATW)	170.000					205
Ersatzbeschaffung Schlauchwechselwagen in Kombination mit Atemschutz	350.000					205
Ersatzbeschaffung AB Sonderlöschmittel FTZ statt TLF 24/50	500.000					205
Umrüstsatz für GW-L Unimog inkl. Material - Vegetationsbrandbekämpfung	120.000					205
Einsatzleitwagen (ELW) 2 - Ersatzbeschaffung	950.000					205
GW-L 2 als Ersatz GW-Öl FTZ		240.000	240			205
Rettungsdienst						
Telenotfallmedizin	5.000		5	5	5	205
Medizinische Datenverarbeitung - MedDV Pads	15.000		15	15	15	205
Katastrophenschutz						
Zuweisung für Sirenenertüchtigung an Gemeinden		750.000	750			205
Umweltschutz						
Sanierung der Deponien (Altlasten) (haushaltsneutral)	20.000		20	20	20	208
Wasserwirtschaft						
Zuweisungen an Dritte für Hochwasserschutzmaßnahmen	270.000		270	270	270	208
Hochwasserschutzmaßnahmen (haushaltsneutral)	3.550.000		11.900	9.450	7.500	208
Sonstige Maßnahmen						
Spezialprogramme - Ordnungsangelegenheiten	45.000					204
Module Spezialprogramme - OWI	10.000					204
Investitionskostenzuschuss Tierschutz Hildesheim und Umgebung e.V.	250.000					203
Spezialdrucker Führerscheinstelle	8.000		8	8	8	206
Gesamtsumme der Fortsetzungsmaßnahmen:	**7.513.000**	**990.000**	**13.303**	**9.863**	**7.913**	
2. Gesetzliche und vertragl. Verpflichtungen, neutrale Auszahlungen						
Feuerschutz						
Zuweisungen aus Feuerschutzsteuer (haushaltsneutral)	300.000		300	300	300	205
Erwerb Gerätewagen Gefahrgut (haushaltsneutral)	5.000		5	5	5	205
Zuweisung an Stadt Hildesheim für gemeinsame Leitstelle	5.000		5	5	5	205
Gesamtsumme gesetzliche/vertragl. Verpfl., neutrale Auszahl.	**310.000**	**0**	**310**	**310**	**310**	
3. Erwerb von beweglichem Vermögen						
Summe Aufstellung Erwerb von bewegl. Anlagevermögen (Amt 205)	175.000	0	175	175	175	205
Gesamtsumme Erwerb bewegliches Vermögen	**175.000**	**0**	**175**	**175**	**175**	
4. Zuweisungen für gemeindliche Aufgaben						
Gesamtsumme Zuweisungen für gemeindliche Aufgaben	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
5. Grunderwerb, soweit nicht bei Maßnahmen						
Gesamtsumme Grunderwerb, soweit nicht bei Maßnahmen	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	

	Haushaltsplan		IP / Finanzplanung			Bew.-
	HA 2026	VE 2026	2027	2028	2029	Stelle
	€	€	T€	T€	T€	
6. Neue Maßnahmen						
Amt für Veterinärwesen und Verbraucherschutz						
Erwerb eines Anhängers für die Tierseuchenschleuse	30.000					203
Brandschutz						
Aufbau eines neuen digitalen Alarmierungssystems		1.000.000	1.000			205
Feuerwehrtechnische Zentrale						
Standardlöschgruppenfahrzeug der KFB		450.000	450			205
Beschaffung Gerätewagen Logistik Größe 2 in geländefähiger Ausführung mit 12 t. Anhängerbetrieb		350.000	350			205
Beschaffung von zusätzlichen Meldekrad (2 Stück)	80.000					205
Beschaffung Sanitär- bzw. Toilettenanhänger	100.000					205
Beschaffung Wechselladerfahrzeug als 8x8 in geländefähiger Ausführung		420.000	420			205
Beschaffung Abrollbehälter Tank 10.000 Liter / 1.000 Liter Schaummittel mit eigener Pumpe und Schaum-/Wasserwerfer		420.000	420			205
Ausrüstung MLF - Neubeschaffung zusätzlicher Beladung	50.000					205
Anschaffung Drägerware 9000	41.000					205
Ersatzbeschaffung VW Bus FTZ	100.000					205
Containermulden (2 Stück)	50.000					205
AB Logistik/Hochvolt (multifunktional)		50.000	50			205
Ersatzbeschaffung Ford Transit (ATV)		150.000	150			205
Ersatzbeschaffung Kombi FTZ		80.000	80			205
Rettungsdienst						
Gerätewagen Sanität/MANV		280.000	280			205
Katastrophenschutz						
Beschaffung von zwei Anhänger mobile Tankanlagen	50.000					205
Umweltamt						
Erwerb Controller Toughbook für die Naturschutzbehörde	4.000					208
Bauliche Maßnahme zur ökologischen Verbesserung des Bruchgrabens	600.000		600	600		208
Verwendung von Ersatzgeldern	100.000		100	100		208
Gesamtsumme Neue Maßnahmen	**1.205.000**	**3.200.000**	**3.900**	**700**	**0**	
7. Zusammenstellung der Auszahlungen						
Gesamtsumme 1 (Fortsetzungsmaßnahmen)	7.513.000	990.000	13.303	9.863	7.913	
Gesamtsumme 2 (Gesetzl. / vertragl. Verpflicht., neutrale Auszahl.)	310.000	0	310	310	310	
Gesamtsumme 3 (Erwerb von beweglichem Vermögen)	175.000	0	175	175	175	
Gesamtsumme 4 (Zuweisungen für gemeindliche Aufgaben)	0	0	0	0	0	
Gesamtsumme 5 (Grunderwerb, soweit nicht bei Maßnahmen)	0	0	0	0	0	
Gesamtsumme 6 (Neue Maßnahmen)	1.205.000	3.200.000	3.900	700	0	
Summe der Auszahlungen:	**9.203.000**	**4.190.000**	**17.688**	**11.048**	**8.398**	
Einzahlungen						
Brandschutz						
Feuerschutzsteuer (haushaltsneutral)	300.000		300	300	300	205
Zuweisung für Erwerb Gerätewagen Gefahrgut (haushaltsneutral)	5.000		5	5	5	205
Umweltamt						
Zuweisung vom Land für Hochwasserschutzmaßnahme	2.485.000		8.330	6.615	5.250	208
Zuweisung von Dritten für Hochwasserschutzmaßnahme	1.065.000		3.570	2.835	2.250	208
Zuweisung vom ZAH aus der Altlastenrücklage	20.000		20	20	20	208
Zuweisung vom Land für Ökologische Gewässerverbesserung	570.000		570	570		208
Zuweisung von Dritten für ökologische Gewässerverbesserung	30.000		30	30		208
Erstattung von Ersatzgeldern	100.000		100	100		208
Summe der Einzahlungen:	**4.575.000**	**0**	**12.925**	**10.475**	**7.825**	
Saldo aus Investitionstätigkeit:	**-4.628.000**	**-4.190.000**	**-4.763**	**-573**	**-573**	

Haushaltsplan 2026
Übersicht Produkte aller Teilhaushalte

Teilhaushalt Dezernat II

Dezernat II - Umwelt, Klimaschutz, Verkehr und Verbraucherschutz					
Amt	**Produktnr.**	**Bezeichnung**	**Plan 2026**		**Zuschuss (-) Überschuss**
			Erträge €	**Aufwendungen €**	**€**
2-03	122-004	Veterinärwesen und Verbraucherschutz	142.300	3.777.000	-3.634.700
2-03	122-011	Veterinärwesen und Verbraucherschutz -freiwillig-	0	2.900	-2.900
2-03	414-001	Schlachttier- u. Fleischuntersuchungen	138.200	239.700	-101.500
2-03	537-101	Tierkörperbeseitigung	0	110.000	-110.000
2-04	122-001	Allgemeine Ordnungsangelegenheiten	433.400	1.580.000	-1.146.600
2-04	122-002	Ordnungswidrigkeiten	5.026.200	2.932.500	2.093.700
2-05	126-003	Brandschutz (Amt 205)	723.200	1.792.500	-1.069.300
2-05	126-006	Brandschutz (Amt 205) -freiwillig-	0	63.700	-63.700
2-05	126-004	Feuerwehrtechnische Zentrale	2.035.200	3.404.200	-1.369.000
2-05	127-001	Rettungsdienst	21.005.000	22.452.600	-1.447.600
2-05	128-001	Katastrophenschutz	64.400	1.654.900	-1.590.500
2-05	128-003	Katastrophenschutz -freiwillig-	0	204.800	-204.800
2-06	122-005	KFZ-Zulassungen	2.197.600	2.364.700	-167.100
2-06	122-006	Verkehrssicherung und -lenkung	651.700	745.100	-93.400
2-06	122-012	Verkehrssicherung und -lenkung -freiwillig-	0	1.800	-1.800
2-06	122-007	Fahrerlaubnisse und Fahrgastbeförderung	800.400	1.570.900	-770.500
2-08	122-009	Wasserwirtschaft	252.400	1.521.300	-1.268.900
2-08	122-013	Wasserwirtschaft -freiwillig-	250.000	1.072.700	-822.700
2-08	537-201	Abfallwirtschaft	5.800	354.500	-348.700
2-08	538-201	Abwasser	35.000	329.900	-294.900
2-08	554-001	Naturschutz und Landschaftspflege	659.300	1.831.800	-1.172.500
2-08	554-002	Naturschutz und Landschaftspflege -freiwillig-	353.500	548.700	-195.200
2-08	555-001	Landwirtschaftsangelegenheiten	0	141.100	-141.100
2-08	561-001	Bodenschutz	489.500	766.600	-277.100
2-08	561-004	Bodenschutz -freiwillig-	0	1.300	-1.300
2-08	561-002	Umweltschutz	93.100	228.600	-135.500
2-08	561-005	Umweltschutz -freiwillig-	1.000	0	1.000
2-08	561-006	Klimaschutz -freiwillig-	0	1.200	-1.200
9-09	511-002	Raumplanung	79.100	274.400	-195.300
9-09	511-005	Raumplanung -freiwillig-	0	123.400	-123.400
9-09	511-003	Regionale Entwicklung/Neuer Zusammenhalt -freiwillig-	0	250.700	-250.700
9-09	536-001	Versorgung mit technischer Informations- und Telekommunikationsinfrastruktu	857.100	1.134.800	-277.700
9-09	547-001	Nahverkehrsplanung	5.165.200	5.360.300	-195.100
9-09	547-003	Mobilitätszentrale -freiwillig-	955.000	980.800	-25.800
9-09	575-002	Tourismus -freiwillig-	0	142.200	-142.200
9-20	111-028	Verwaltungsführung EKR	0	194.500	-194.500
Ergebnis Teilhaushalt II			**42.413.600**	**58.156.100**	**-15.742.500**

Teilergebnishaushalt Teilhaushalt EKR

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	11.627.987,14	7.562.100,00	6.937.200,00			
01.03	+ Auflösungserträge aus Sonderposten	1.154.853,48	1.312.200,00	1.923.100,00			
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte	16.296.698,10	15.464.600,00	25.338.700,00			
01.06	+ privatrechtliche Entgelte	187.814,98	111.700,00	96.300,00			
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	1.298.568,07	1.973.100,00	3.182.400,00			
01.11	+ sonstige ordentliche Erträge	4.757.822,67	4.796.900,00	4.935.900,00			
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**35.323.744,44**	**31.220.600,00**	**42.413.600,00**			
02.01	- Personalaufwendungen	15.262.017,94	15.395.000,00	16.566.600,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	18.522.586,94	16.865.200,00	27.864.900,00			
02.04	- Abschreibungen	1.937.902,60	2.083.100,00	3.006.600,00			
02.06	- Transferaufwendungen	5.103.622,64	5.259.500,00	5.432.200,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	5.808.261,40	3.792.300,00	4.162.700,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**46.634.391,52**	**43.395.100,00**	**57.033.000,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-11.310.647,08**	**-12.174.500,00**	**-14.619.400,00**			
04.01	+ außerordentliche Erträge	15.185,00					
04.02	- außerordentliche Aufwendungen	100.251,96					
04.03	**= Außerordentliches Ergebnis**	**-85.066,96**					
05.	**= Jahresergebnis**	**-11.395.714,04**	**-12.174.500,00**	**-14.619.400,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	832.300,00	904.500,00	1.123.100,00			
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-832.300,00**	**-904.500,00**	**-1.123.100,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-12.228.014,04**	**-13.079.000,00**	**-15.742.500,00**			

Produkt 111-028 Verwaltungsführung EKR

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	11	Innere Verwaltung
Produktgruppe	111	Verwaltungssteuerung und -service
Produkt	111-028	Verwaltungsführung EKR

Teilhaushalt	Dezernat II - Umwelt, Klimaschutz, Verkehr und Verbraucherschutz
Verantwortlich	Erste Kreisrätin Evelin Wißmann
Kurzbeschreibung	Strategische und operative Steuerung der Verwaltung, grundsätzliche und/oder fachbereichsübergreifende Entscheidungen, Außenvertretung in Rechts- und Verwaltungsgeschäften sowie in gerichtlichen Verfahren, soweit vorbehalten. Dem Produkt sind 4 Stellen zugeordnet.
Zielgruppe	intern: Dezernate extern: Einwohnerschaft, Kreistag und seine Ausschüsse, Vereine und Verbände, Gesellschaften und Beteiligungen
Kategorie	Funktionsaufgabe
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis
Auftragsgrundlage	NKomVG und sonstige Rechtsvorschriften
Sachziele	Erfüllung der Kreisaufgaben i.S. der NKomVG
Qualitätsziele	Z-111-028-001: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen.

Kennzahlen	**Ergebnis Vorvorjahr**	**Ansatz Vorjahr**	**Ansatz lfd. Jahr**

Leistungen	111-028	Verwaltungsführung EKR

Teilergebnishaushalt Produkt 111-028 Verwaltungsführung EKR

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
02.01	- Personalaufwendungen	155.089,50	153.900,00	166.300,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	10.332,53	10.400,00	11.500,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	3.567,62	1.500,00	1.500,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**168.989,65**	**165.800,00**	**179.300,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-168.989,65**	**-165.800,00**	**-179.300,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-168.989,65**	**-165.800,00**	**-179.300,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	3.390,00	11.900,00	15.200,00			
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-3.390,00**	**-11.900,00**	**-15.200,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-172.379,65**	**-177.700,00**	**-194.500,00**			

Produkt 122-001 Allgemeine Ordnungsangelegenheiten

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	12	Sicherheit und Ordnung
Produktgruppe	122	Ordnungsangelegenheiten
Produkt	122-001	Allgemeine Ordnungsangelegenheiten

Teilhaushalt

Dezernat II - Umwelt, Klimaschutz, Verkehr und Verbraucherschutz

Verantwortlich

Amt 204 - Petra Hartzel

Kurzbeschreibung

Maßnahmen zur Gefahrenabwehr (Erlaubnisse, Genehmigungen, Verfügungen, Zwangsmaßnahmen)
Berufsausübungsaufsicht und Aufsichtsmaßnahmen gegen Bezirksschornsteinfegermeister/ Vergabe der Kehrbezirke
Aufgaben nach dem NHundG und GefTVO-Feststellung Gefährlichkeit, Ausnahme- und Haltungsgenehmigungen
Jugendschutz
Erlaubnisse/Versagungen nach Waffen- und Sprengstoffrecht
Kontrolle der Aufbewahrung von Waffen, Sprengstoff
Regelüberprüfungen von Waffenerlaubnisinhabern
Ausstellung/Versagungen jagdlicher Befähigungsscheine und Ausweise
Verwaltung/Beaufsichtigung der Jagd- und Fischereibezirke und Genossenschaften
Überwachung von Gewerbebetrieben, Erteilung/Widerruf von Erlaubnissen, Untersagungen, Ausstellen von Bescheinigungen
Marktfestsetzungen, Versammlungen
Beratung der Kommunen/ Ausübung der Fachaufsicht
Wiederrruf von Erlaubnissen, Versagung von Anträgen, Festsetzungen von Zwangsgeld
Erstellung diverser belastender Verwaltungsakte
Dem Produkt sind 13,5 Stellenanteile zugeordnet.

Zielgruppe

intern: ---
extern: Von den jeweiligen Rechtsvorschriften betroffene Einwohnerinnen und Einwohner

Kategorie

Pflichtaufgabe

Aufgabenzuordnung

übertragener Wirkungskreis

Auftragsgrundlage

Nds. SOG, WaffG, SprengG, JagdG, FischereiG, Gewerbeordnung, SchornsteinfegerG, JuSchG, NHundG, NVersammlungsG, GefahrTierVO, ProstSchG einschließlich spezialgesetzlicher Regelungen

Sachziele

Aufrechterhaltung und Schutz der öffentlichen Sicherheit
Abwehr und Vermeidung von Gefahren
Kontrolle und Reglementierung des Waffen- und Sprengstoffbesitzes
Kontrolle und Reglementierung der Jagdausübung
Schutz und Entwicklung des Wildbestandes
Schutz vor unlauteren und ungeeigneten Gewerbetreibenden
Schutz vor gefährlichen Hunden und weiteren Tieren
Kontrolle und Reglementierung des Prostitutionsgewerbes

Qualitätsziele

Z-122-001-001:
Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen.
Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.

Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
G-122-001-101 Fallzahl - (Anzahl)	0,00	9.000,00	0,00
ZK-122-001-201 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	0,00

Leistungen

122-001	Allgemeine Ordnungsangelegenheiten
122-001-0001	Gefahrenabwehr

Produkt 122-001 Allgemeine Ordnungsangelegenheiten

Landkreis Hildesheim

	122-001-0002	Waffen- und Sprengstoffangelegenheiten
	122-001-0003	Jagd- und Fischereiangelegenheiten
	122-001-0004	Gewerbeangelegenheiten

Teilergebnishaushalt Produkt 122-001 Allgemeine Ordnungsangelegenheiten

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	90,00					
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte	342.299,12	368.500,00	418.500,00			
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	18.423,66	14.200,00	12.900,00			
01.11	+ sonstige ordentliche Erträge	-13.403,89	2.000,00	2.000,00			
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**347.408,89**	**384.700,00**	**433.400,00**			
02.01	- Personalaufwendungen	1.008.421,89	1.094.900,00	1.253.300,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	41.183,92	33.400,00	33.400,00			
02.04	- Abschreibungen	5.001,06	5.300,00	7.600,00			
02.06	- Transferaufwendungen		900,00				
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	161.826,42	184.500,00	200.800,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**1.216.433,29**	**1.319.000,00**	**1.495.100,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-869.024,40**	**-934.300,00**	**-1.061.700,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-869.024,40**	**-934.300,00**	**-1.061.700,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	63.484,39	57.800,00	84.900,00			
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-63.484,39**	**-57.800,00**	**-84.900,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-932.508,79**	**-992.100,00**	**-1.146.600,00**			

Produkt 122-002 Ordnungswidrigkeiten

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	12	Sicherheit und Ordnung
Produktgruppe	122	Ordnungsangelegenheiten
Produkt	122-002	Ordnungswidrigkeiten

Teilhaushalt	Dezernat II - Umwelt, Klimaschutz, Verkehr und Verbraucherschutz
Verantwortlich	Amt 204 - Petra Hartzel
Kurzbeschreibung	Verfolgung von Verkehrsordnungswidrigkeiten, einschl. Rotlicht- und Geschwindigkeitsüberwachung Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten nach anderen Rechtsvorschriften Erlass von Bußgeldbescheiden, Erteilen von Verwanungen und Kostenbescheiden, Verfahrenseinstellungen, Durchführung von Rechtsmittelverfahren Dem Produkt sind 19,5 Stellenanteile zugeordnet.
Zielgruppe	intern: --- extern: Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer, Verursacherinnen und Verursacher von Rechtsverstößen
Kategorie	Pflichtaufgabe
Aufgabenzuordnung	übertragener Wirkungskreis
Auftragsgrundlage	OWiG, StPO, StVG, StVO, verkehrsrechtliche Erlasse, BaföG, UVG, WoGG, BNatG, GewO, HwO, SchwarzarbG, JuSchG, KrWG, NSchG, SGB, WaffG, Lebensmittel-/Tierschutzrecht, sowie Rechtsgrundlagen aus weiteren Rechtsgebieten
Sachziele	Allgemeine Verbesserung der Sicherheit im Straßenverkehr, präventive Wirkung an besonderen Gefährdungspunkten. Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften aus Gründen des Gemeinwohls Verkehrsordnungswidrigkeiten: Teilnahme an Kennzahlenvergleichen und Anpassung der Dienstleistungen des Landkreises an die Ergebnisse der Vergleiche, entsprechend den erlassenen Rahmenregeln, z.Zt. NLT-Vergleich "Verkehrsordnungswidrigkeiten"
Qualitätsziele	Z-122-002-001: Abwicklung innerhalb der Verjährungsfrist (Verjährungsrate höchstens 2 %) Z-122-002-002: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.

Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
G-122-002-001 Fallzahl - (Anzahl)	0,00	145.000,00	0,00
G-122-002-101 Verjährte Fälle - (Anzahl)	0,00	2.900,00	0,00
ZK-122-002-101 Verjährungsrate - (%)	0,00	2,00	0,00
ZK-122-002-301 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	0,00

Leistungen	122-002	Ordnungswidrigkeiten
	122-002-0001	Verkehrsordnungswidrigkeiten
	122-002-0002	Andere Ordnungswidrigkeiten

Teilergebnishaushalt Produkt 122-002 Ordnungswidrigkeiten

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte	23.082,23	20.100,00	20.200,00			
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	44.692,31	70.000,00	80.000,00			
01.11	+ sonstige ordentliche Erträge	4.745.283,86	4.786.000,00	4.926.000,00			
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**4.813.058,40**	**4.876.100,00**	**5.026.200,00**			
02.01	- Personalaufwendungen	1.347.089,00	1.296.800,00	1.490.700,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	206.370,08	183.600,00	187.000,00			
02.04	- Abschreibungen	172.234,47	187.000,00	192.900,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	876.655,64	865.400,00	932.800,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**2.602.349,19**	**2.532.800,00**	**2.803.400,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**2.210.709,21**	**2.343.300,00**	**2.222.800,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**2.210.709,21**	**2.343.300,00**	**2.222.800,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	109.850,71	118.300,00	129.100,00			
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-109.850,71**	**-118.300,00**	**-129.100,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**2.100.858,50**	**2.225.000,00**	**2.093.700,00**			

Produkt 122-004 Veterinärwesen und Verbraucherschutz

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	12	Sicherheit und Ordnung
Produktgruppe	122	Ordnungsangelegenheiten
Produkt	122-004	Veterinärwesen und Verbraucherschutz

Wesentl. Produkt

Teilhaushalt Dezernat II - Umwelt, Klimaschutz, Verkehr und Verbraucherschutz

Verantwortlich Amt 203 - Dr. Wiebke Evers

Kurzbeschreibung

Vorbeugende und spezielle Bekämpfung anzeige- und meldepflichtiger Tierkrankheiten.
Überwachung von gewerblichen und privaten Tierhaltungen sowie Tierhandlungen.
Durchführung der amtlichen Lebensmittel- und Bedarfsgegenständeüberwachung-
Dem Produkt sind 27,90 Stellenanteile zugeordnet.

Folgende Anträge:
Antrag auf Ausstellung eines Vorlaufattestes
Antrag auf Ausnahme gem. §11 Nr. 5 SchwHaltHygV
Antrag auf Gesundheitsbescheinigung für Waren und Tiere
Antrag Sachkundebescheinigung Tiertransport
Sachkundenachweis Art. 7 VO(EG) 1099/2009
Antrag auf Ausnahmegenehmigung VO (EG) 2073/2005
Registriernummernantrag § 11 TierSchGVorlaufattest Rinder
Antrag auf Zulassung gem. §§ 12-14 ViehVerkV
Antrag auf Ausstellung BHV1-Attest

Zielgruppe

intern: ---
extern: Allgemeinheit; Private und gewerbliche Tierhalterinnen und Tierhalter; Tierhändlerinnen und Tierhändler; Verbraucherinnen und Verbraucher; Gewerbetreibende; Tierärztinnen und Tierärzte

Kategorie Pflichtaufgabe

Aufgabenzuordnung übertragener Wirkungskreis

Auftragsgrundlage Lebensmittel-/Tierschutzrecht/Tierseuchenrecht einschließlich Tierarzneimittelrecht

Sachziele

- Aufrechterhaltung gesunder Tierbestände, Schutz vor wirtschaftlichen Schäden
- Schutz vor und Bekämpfung von Tierseuchen
- Gewährleistung einer tierschutzgerechten Tierhaltung, von Tiertransporten und -versuchen
- Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher vor gesundheitsschädigenden Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen sowie vor Irreführung und Täuschung.

Qualitätsziele

Z-122-004-001:
Gesetzlich vorgeschriebene Kontrolle der Betriebe, die der Lebensmittel- und Bedarfsgegenständeüberwachung unterliegen (nach ständig aktualisierter Risikobewertung)
Z-122-004-002:
Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen.
Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.

Maßnahmen

ZM-122-004-101:
Anzahl der Kontrollen jährlich mindestens 1400
ZM-122-004-102:
Lfd. Erfassung der Betriebe, die der Lebensmittel- und Bedarfsgegenständeüberwachung unterliegen, sowie deren ständige Risikobewertung

Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr

Produkt 122-004 Veterinärwesen und Verbraucherschutz

Landkreis Hildesheim

ZK-122-004-103 Durchgeführte Kontrollen - (Anzahl)	0,00	1.400,00	0,00
ZK-122-004-201 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	0,00

Leistungen	122-004	Veterinärwesen und Verbraucherschutz
	122-004-0001	Tierseuchenbekämpfung
	122-004-0003	Tierschutz
	122-004-0004	Verbraucherschutz

Teilergebnishaushalt Produkt 122-004 Veterinärwesen und Verbraucherschutz

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte	193.474,36	130.000,00	137.000,00			
01.06	+ privatrechtliche Entgelte	82.269,27	4.000,00	4.000,00			
01.11	+ sonstige ordentliche Erträge	3.338,90	2.300,00	1.300,00			
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**279.082,53**	**136.300,00**	**142.300,00**			
02.01	- Personalaufwendungen	3.118.141,00	3.005.900,00	3.412.900,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	156.148,78	71.800,00	133.000,00			
02.04	- Abschreibungen	2.535,84	8.800,00	13.600,00			
02.06	- Transferaufwendungen	1.071,00	1.100,00				
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	72.791,46	91.200,00	97.100,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**3.350.688,08**	**3.178.800,00**	**3.656.600,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-3.071.605,55**	**-3.042.500,00**	**-3.514.300,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-3.071.605,55**	**-3.042.500,00**	**-3.514.300,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	82.810,77	88.800,00	120.400,00			
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-82.810,77**	**-88.800,00**	**-120.400,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-3.154.416,32**	**-3.131.300,00**	**-3.634.700,00**			

Produkt 122-005 KFZ-Zulassungen

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	12	Sicherheit und Ordnung
Produktgruppe	122	Ordnungsangelegenheiten
Produkt	122-005	KFZ-Zulassungen

Teilhaushalt
Dezernat II - Umwelt, Klimaschutz, Verkehr und Verbraucherschutz

Verantwortlich
Amt 206 - Angela Geweke

Kurzbeschreibung
Zulassung und Abmeldung von Fahrzeugen sowie Änderung von Halter- und Fahrzeugdaten;
Erlass von Verfügungen zur Stillegung von Kfz, insbesondere bei
Versicherungsanzeigen, Steuerverzug, Adressanzeigen, Mängelanzeigen,
verkehrsunsicheren Fahrzeugen, allg. Mängeln am Fahrzeug, unerlaubten techn. Änderungen
Dem Produkt sind 27,45 Stellenanteile zugeordnet.

Folgende Anträge:
Abmeldung von Fahrzeugen: Ø 5 Minuten
Zulassung von Fahrzeugen, Änderung von Halter- und Fahrzeugdaten: Ø 15 Minuten

Zielgruppe
intern: ---
extern: Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer; Fahrzeughalterinnen und Fahrzeughalter

Kategorie
Pflichtaufgabe

Aufgabenzuordnung
übertragener Wirkungskreis

Auftragsgrundlage
Kfz-Steuergesetz; StVZO; Pflichtversicherungsgesetz;
FRV; FZV; andere straßenverkehrsrechtliche Vorschriften

Sachziele
Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit im Straßenverkehr
Teilnahme an Kennzahlenvergleichen und Anpassung der Dienstleistungen des Landkreises an die Ergebnisse der Vergleiche, entsprechend den erlassenen Rahmenregeln, z.Zt. NLT-Vergleich "KFZ-Zulassungen"

Qualitätsziele
Z-122-005-001:
Beschäftigtenzufriedenheit: das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote „ 2 " erreichen.
Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.

Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
G-122-005-101 Fallzahl - (Anzahl)	0,00	146.000,00	0,00
ZK-122-005-201 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	0,00

Leistungen

122-005	KFZ-Zulassungen
122-005-0001	Ordnungsmaßnahmen gegen Halter
122-005-0002	Zulassung, Abmeldung, Änderung

Teilergebnishaushalt Produkt 122-005 KFZ-Zulassungen

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte	2.423.943,62	2.100.000,00	2.100.000,00			
01.06	+ privatrechtliche Entgelte	93.617,53	106.200,00	91.300,00			
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	6.417,00	3.400,00	6.300,00			
01.11	+ sonstige ordentliche Erträge	18.410,52					
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**2.542.388,67**	**2.209.600,00**	**2.197.600,00**			
02.01	- Personalaufwendungen	1.865.712,05	1.812.400,00	1.839.700,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	202.932,98	225.100,00	298.000,00			
02.04	- Abschreibungen	44.099,35	14.700,00	25.800,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	39.571,61	47.900,00	49.200,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**2.152.315,99**	**2.100.100,00**	**2.212.700,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**390.072,68**	**109.500,00**	**-15.100,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**390.072,68**	**109.500,00**	**-15.100,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	115.069,74	126.700,00	152.000,00			
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-115.069,74**	**-126.700,00**	**-152.000,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**275.002,94**	**-17.200,00**	**-167.100,00**			

Produkt 122-006 Verkehrssicherung und -lenkung

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	12	Sicherheit und Ordnung
Produktgruppe	122	Ordnungsangelegenheiten
Produkt	122-006	Verkehrssicherung und -lenkung

Teilhaushalt Dezernat II - Umwelt, Klimaschutz, Verkehr und Verbraucherschutz

Verantwortlich Amt 206 - Angela Geweke

Kurzbeschreibung

Erlaubnisse und Genehmigungen wie z.B. Erlaubnisse zur Durchführung von Großraum- und Schwerverkehr, Ausnahmegenehmigungen zum/zur: Befahren von gesperrten Wegen, Halten und Parken, u.a.
Anerkennung von Betrieben, die Sicherheitsprüfungen durchführen.
Entscheidungen über Anbringung oder Entfernung von Verkehrszeichen und Verkehrseinrichtungen zum Schutz von Kindern, Fußgängerinnen und Fußgängern, Radfahrerinnen und Radfahrern und sonstigen Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmern sowie der Wohnbevölkerung. Entscheidung über Widersprüche/ Aufsichtsangelegenheiten (Städte Alfeld und Sarstedt), Angelegenheiten privater Anschlussbahnen, sonstige Leistungen für andere Fachdienste
Dem Produkt sind 8,59 Stellenanteile zugeordnet.

Folgende Anträge:
Anträge auf Erteilung von Einzel- und Dauererlaubnissen und Ausnahmegenehmigungen für Großraum- und Schwertransporte - Ø ca. 20 Min
Anträge auf Sperrung des Straßenraumes für Bauarbeiten - Ø ca. 3,5 Std.
Anträge auf Ausnahmegenehmigungen über die Straßennutzung - Ø ca.1 Std.
Anträge auf Erteilung von Erlaubnissen bei Veranstaltungen - Ø ca. 2 Std.
Anträge auf Genehmigungen nach dem PBefG - Ø ca. 3 Std
Anträge auf Genehmigungen nach dem GüKG - Ø ca. 3 Std.
Anträge auf Anbringen oder Entfernen von Verkehrseinrichtungen oder Verkehrszeichen - Ø ca. 4 Std.
Anträge auf Ausstellung eines Schwerbehindertenparkausweises - Ø ca. 20 Min

Zielgruppe

intern: Ämter des LK im Rahmen der Beteiligung
extern: private Personen; Vereine; Transport- und Baufirmen; Kfz-Werkstätten; sonstige Unternehmen, alle Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer

Kategorie Pflichtaufgabe

Aufgabenzuordnung übertragener Wirkungskreis

Auftragsgrundlage

StVO; StVG; StVZO; Anlage VIII zu § 29 StVO
StVO (§ 45 Abs. 1 - 1d, 3); GEB (Gesetz über Eisen- und Bergbahnen)

Sachziele

Sicherung des Straßenverkehrs und des öffentlichen Verkehrsraums bei Abweichungen von den Regelungen der StVO und StVZO. Gewährleistung der Verkehrssicherheit nach den Regelungen der StVO/GEB

Qualitätsziele

Z-122-006-001:
Beschäftigtenzufriedenheit: das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote „ 2 " erreichen.
Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt

Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
G-122-006-001 Fallzahl - (Anzahl)	0,00	25.000,00	0,00

Produkt 122-006 Verkehrssicherung und -lenkung

Landkreis Hildesheim

ZK-122-006-201 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	0,00

Leistungen	122-006	Verkehrssicherung und -lenkung
	122-006-0001	Erlaubnisse und Ausnahmegenehmigungen
	122-006-0002	Verkehrsbehördliche Anordnungen
	122-006-0003	Verkehrsaufsicht

Teilergebnishaushalt Produkt 122-006 Verkehrssicherung und -lenkung

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	1.132,00					
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte	796.248,05	645.000,00	645.000,00			
01.06	+ privatrechtliche Entgelte		100,00	100,00			
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	6.550,00	6.600,00	6.600,00			
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**803.930,05**	**651.700,00**	**651.700,00**			
02.01	- Personalaufwendungen	669.862,13	716.300,00	661.000,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	6.774,71	8.200,00	9.100,00			
02.04	- Abschreibungen	0,60					
02.06	- Transferaufwendungen		1.500,00				
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	16.529,08	10.900,00	17.000,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**693.166,52**	**736.900,00**	**687.100,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**110.763,53**	**-85.200,00**	**-35.400,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**110.763,53**	**-85.200,00**	**-35.400,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	35.009,86	43.000,00	58.000,00			
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-35.009,86**	**-43.000,00**	**-58.000,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**75.753,67**	**-128.200,00**	**-93.400,00**			

Produkt 122-007 Fahrerlaubnisse und Fahrgastbeförderung

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	12	Sicherheit und Ordnung
Produktgruppe	122	Ordnungsangelegenheiten
Produkt	122-007	Fahrerlaubnisse und Fahrgastbeförderung

Teilhaushalt
Dezernat II - Umwelt, Klimaschutz, Verkehr und Verbraucherschutz

Verantwortlich
Amt 206 - Angela Geweke

Kurzbeschreibung
Erteilung, Entziehung und Versagung von Fahrerlaubnissen bzw. Fahrerlaubnissen zur Fahrgastbeförderung,
Überprüfung der Kraftfahreignung, Maßnahmen nach dem Fahreignungsbewewrtungssystem und zur Fahrerlaubnis auf Probe,
Festsetzung Fahrtenbuchauflagen, Fahrschul- und Fahrlehrerangelegenheiten, Serviceleistungen
Dem Produkt sind 14,45 Stellenanteile zugeordnet.

Folgende Anträge:
Erteilung/ Erweiterung/ Verlängerung einer Fahrerlaubnis – Ø ca. 1 Std.
Ersatzausstellung/ Umstellung/ Umtausch eines Führerscheines/ Ausstellen eines int. Führerscheines – Ø ca. 20 min.
Erteilung/ Neuerteilung/ Verlängerung einer Fahrerlaubnis bzw. Fahrerlaubnis zur Fahrgastbeförderung mit Eignungsüberprüfung – Ø ca. 3,5 Std.
Ablehnung (Versagung von Anträgen) – Ø ca. 2 Std.
Entziehung/ Aberkennung/ Rücknahme der Fahrerlaubnis inkl. Eignungsüberprüfung – Ø ca. 4 Std.
Maßnahmen nach dem Fahreignungsbewertungssystem/ Maßnahmen zur Fahrerlaubnis auf Probe – Ø ca. 30 min.
Fahrschul-/ Fahrlehrerangelegenheiten, Anerkennungen nach BKrFQG – Ø von 1 bis 4 Std.
Fahrtenbuchauflagen – Ø ca. 1,5 Std.

Zielgruppe
intern: ---
extern: Fahrerlaubnisbewerberinnen und -bewerber; Fahrerlaubnisinhaberinnen und -inhaber;

Kategorie
Pflichtaufgabe

Aufgabenzuordnung
übertragener Wirkungskreis

Auftragsgrundlage
StVG; StVZ; IntVO; StVO; FeV; BKrFQG; FahrlG; BtmG; NPOG

Sachziele
Zulassung von geeigneten und Ausschluss von ungeeigneten Teilnehmerinnen und Teilnehmern am öffentlichen Straßenverkehr

Teilnahme an Kennzahlenvergleichen und Anpassung der Dienstleistungen des Landkreises an die Ergebnisse der Vergleiche, entsprechend den erlassenen Rahmenregeln, z.Zt. NLT-Vergleich "Führerscheine"

Qualitätsziele
Z-122-007-001:
Bechäftigtenzufriedenheit: das Ergebnis von regelmäßigen BEgragungen soll mindestens die Schulnote „ 2 " erreichen.
Hinweis: die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.

Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
G-122-007-001 Fallzahl - (Anzahl)	0,00	25.000,00	0,00
ZK-122-007-201 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	0,00

Leistungen

122-007	Fahrerlaubnisse und Fahrgastbeförderung
122-007-0001	Erteilung von Fahrerlaubnissen
122-007-0002	Ordnungsmaßnahmen gegen Fahrerlaubnisinhaber
122-007-0003	Fahrlehrer- und Fahrschulangelegenheiten

Teilergebnishaushalt Produkt 122-007 Fahrerlaubnisse und Fahrgastbeförderung

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte	846.867,46	800.200,00	800.200,00			
01.06	+ privatrechtliche Entgelte		100,00	100,00			
01.11	+ sonstige ordentliche Erträge	4.693,28	100,00	100,00			
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**851.560,74**	**800.400,00**	**800.400,00**			
02.01	- Personalaufwendungen	1.114.817,59	1.112.400,00	1.100.000,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	187.941,05	251.500,00	339.800,00			
02.04	- Abschreibungen	5.232,92	3.800,00	12.400,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	19.310,48	22.500,00	26.700,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**1.327.302,04**	**1.390.200,00**	**1.478.900,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-475.741,30**	**-589.800,00**	**-678.500,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-475.741,30**	**-589.800,00**	**-678.500,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	65.639,08	74.800,00	92.000,00			
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-65.639,08**	**-74.800,00**	**-92.000,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-541.380,38**	**-664.600,00**	**-770.500,00**			

Produkt 122-009 Wasserwirtschaft

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	12	Sicherheit und Ordnung
Produktgruppe	122	Ordnungsangelegenheiten
Produkt	122-009	Wasserwirtschaft

Teilhaushalt Dezernat II - Umwelt, Klimaschutz, Verkehr und Verbraucherschutz

Verantwortlich Amt 208 - Gerald Baelkner

Kurzbeschreibung

-Genehmigungsverfahren von Maßnahmen, welche Einwirkungen auf Oberflächengewässer oder das Grundwasser zur Folge haben können,
-Verhinderung und Beseitigung von Umweltschäden durch wassergefährdende Stoffe,
-Fachaufsicht über Wasser- und Bodenverbände, Gewässeraufsicht
- Schutz von Gewässern vor Verunreinigungen und sonstigen nachteiligen Veränderungen
- Erhaltung und Verbesserung der Gewässergüte
- Ökologisch vertretbare und sparsame Gewässerbewirtschaftung
- Wiederherstellung der ökologischen Durchgängigkeit der Gewässer
- Verhinderung, Reduzierung und Beseitigung von Boden- und Gewässerverunreinigungen
- Gewährleistung des Wasser- u. Hochwasserabflusses
- Sicherstellung der ordnungsgem.Trinkwasserversorgung
- Nachhaltige Nutzung von Bodenschätzen

Dem Produkt sind 12,5 Stellenanteile zugeordnet.

Folgende Anträge:
Erlaubnisse für Gewässerbenutzungen
Genehmigung von Anlagen an Gewässern
Gewässeraubauten
Vorhaben in ÜSG
Bodenabau und Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen

Zielgruppe

intern: ---
extern: Gewässerbenutzer und Träger von Maßnahmen, welche Einwirkungen auf Gewässer zur Folge haben können, Privatpersonen und juristische Personen, Gewerbebetriebe, Wasser- und Bodenverbände, abwasserbeseitigungspflichtige Körperschaften

Kategorie Pflichtaufgabe

Aufgabenzuordnung übertragener Wirkungskreis

Auftragsgrundlage WHG, NWG, AWSV

Sachziele

Teilnahme an Kennzahlenvergleichen und Anpassung der Dienstleistungen des Landkreises an die Ergebnisse der Vergleiche, entsprechend den erlassenen Rahmenregeln, z.Zt. NLT-Vergleich "Gewässerschutz"

Qualitätsziele

Z-122-009-001:
Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen.
Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.

Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
ZK-122-009-101 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	0,00

Leistungen

122-009	Wasserwirtschaft
122-009-0001	Trinkwasser
122-009-0003	Bodenabbauten

Produkt 122-009 Wasserwirtschaft

Landkreis Hildesheim

	122-009-0004	Gewässerbewirtschaftung
	122-009-0005	Wassergefährdende Stoffe

Teilergebnishaushalt Produkt 122-009 Wasserwirtschaft

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen		1.250.500,00	500,00			
01.03	+ Auflösungserträge aus Sonderposten	104.416,25	39.600,00	39.600,00			
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte	55.198,69	100.000,00	100.000,00			
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	83.188,46	111.300,00	111.300,00			
01.11	+ sonstige ordentliche Erträge		1.000,00	1.000,00			
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**242.803,40**	**1.502.400,00**	**252.400,00**			
02.01	- Personalaufwendungen	1.122.944,35	1.158.600,00	1.057.100,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	139.152,94	1.345.600,00	95.700,00			
02.04	- Abschreibungen	261.859,98	1.200,00	40.300,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	717.756,99	687.200,00	274.600,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**2.241.714,26**	**3.192.600,00**	**1.467.700,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-1.998.910,86**	**-1.690.200,00**	**-1.215.300,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-1.998.910,86**	**-1.690.200,00**	**-1.215.300,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	43.263,19	46.200,00	53.600,00			
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-43.263,19**	**-46.200,00**	**-53.600,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-2.042.174,05**	**-1.736.400,00**	**-1.268.900,00**			

Produkt 122-011 Veterinärwesen und Verbraucherschutz -freiwillig-

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	12	Sicherheit und Ordnung
Produktgruppe	122	Ordnungsangelegenheiten
Produkt	122-011	Veterinärwesen und Verbraucherschutz -freiwillig-

Teilhaushalt	Dezernat II - Umwelt, Klimaschutz, Verkehr und Verbraucherschutz
Verantwortlich	Amt 203 - Dr. Wiebke Evers
Kurzbeschreibung	Mitgliedsbeiträge und Spenden an Tierschutzvereine Hildesheim und Alfeld sowie Neubau Tierheim Hildesheim Dem Produkt sind 0,21 Stellenanteile zugeordnet. Folgende Anträge: Antrag auf Auszahlung finanzieller Mittel
Zielgruppe	intern: extern: Tierschutzvereine, Tierheim Hildesheim
Kategorie	freiwillige Aufgabe
Aufgabenzuordnung	übertragener Wirkungskreis
Auftragsgrundlage	Beschluss des Kreistages

Leistungen	122-011	Veterinärwesen und Verbraucherschutz -freiwillig-

Teilergebnishaushalt Produkt 122-011 Veterinärwesen und Verbraucherschutz -freiwillig-

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
02.01	- Personalaufwendungen			1.800,00			
02.06	- Transferaufwendungen			1.100,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**			**2.900,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**			**-2.900,00**			
05.	**= Jahresergebnis**			**-2.900,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**			**-2.900,00**			

Produkt 122-012 Verkehrssicherung und -lenkung -freiwillig-

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	12	Sicherheit und Ordnung
Produktgruppe	122	Ordnungsangelegenheiten
Produkt	122-012	Verkehrssicherung und -lenkung -freiwillig-

Teilhaushalt	Dezernat II - Umwelt, Klimaschutz, Verkehr und Verbraucherschutz
Verantwortlich	Amt 206 - Angela Geweke
Kurzbeschreibung	Unterstützung der Verkehrswachten im Landkreis Hildesheim durch Zahlung eines Zuschusses Dem Produkt sind 0,01 Stellenanteile zugeordnet.
Zielgruppe	intern: extern: Verkehrswachten Hildesheim, Alfeld, Bad Salzdetfurth, Bockenem, Sarstedt
Kategorie	freiwillige Aufgabe
Aufgabenzuordnung	übertragener Wirkungskreis

Leistungen	122-012	Verkehrssicherung und -lenkung -freiwillig-

Teilergebnishaushalt Produkt 122-012 Verkehrssicherung und -lenkung -freiwillig-

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
02.01	- Personalaufwendungen			300,00			
02.06	- Transferaufwendungen			1.500,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**			**1.800,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**			**-1.800,00**			
05.	**= Jahresergebnis**			**-1.800,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**			**-1.800,00**			

Produkt 122-013 Wasserwirtschaft -freiwillig-

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	12	Sicherheit und Ordnung
Produktgruppe	122	Ordnungsangelegenheiten
Produkt	122-013	Wasserwirtschaft -freiwillig-

Teilhaushalt	Dezernat II - Umwelt, Klimaschutz, Verkehr und Verbraucherschutz
Verantwortlich	Amt 208 - Gerald Baelkner
Kurzbeschreibung	Planung und Umsetzung von Hochwasserschutz- und Gewässerentwicklungsmaßnahmen für kreisangehörige Städte und Gemeinden bzw. sonstige Dritte Dem Produkt sind 2,0 Stellenanteile zugeordnet.
Zielgruppe	intern: extern: Städte und Gemeinden, Unterhaltungs- und sonstige Wasser- und Bodenverbände
Kategorie	freiwillige Aufgabe
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis
Auftragsgrundlage	WHG, NWG
Sachziele	Hochwasserfreiheit im Landkreis Hildesheim Guter ökologischer Gewässerzustand

Leistungen	122-013	Wasserwirtschaft -freiwillig-

Teilergebnishaushalt Produkt 122-013 Wasserwirtschaft -freiwillig-

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen			250.000,00			
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**			**250.000,00**			
02.01	- Personalaufwendungen			196.800,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen			250.000,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen			625.900,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**			**1.072.700,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**			**-822.700,00**			
05.	**= Jahresergebnis**			**-822.700,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**			**-822.700,00**			

Produkt 126-003 Brandschutz (Amt 205)

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	12	Sicherheit und Ordnung
Produktgruppe	126	Brandschutz
Produkt	126-003	Brandschutz (Amt 205)

Wesentl. Produkt

Teilhaushalt Dezernat II - Umwelt, Klimaschutz, Verkehr und Verbraucherschutz

Verantwortlich Amt 205 - Torsten Köhler

Kurzbeschreibung

- Durchführen von technischen und nichttechnischen Aus- und Fortbildungslehrgängen auf Gemeindeebene
- Fachaufsicht über gemeindliche Feuerwehren
- Ehrungen von Feuerwehrmitgliedern
- Personalsachbearbeitung für Ehrenbeamte und ehrenamtlich Tätige; Feuerwehrentwicklungsplanung
- Zusammenarbeit mit der Kreisfeuerwehr; Unfallversicherung der Feuerwehren; Förderung der Städte und Gemeinden aus Feuerschutzsteuermitteln
- Errichten und Unterhalten einer ständig besetzten Feuerwehr-Einsatz-Leitstelle, einschließlich Serviceleistungen der FEL für die Verwaltung
- Überörtliche Alarm- und Einsatzplanung; Vorbeugender Brandschutz (ohne den vorbeugenden baulichen Brandschutz)
- Aufstellung der Kreisfeuerwehr einschließlich überörtlicher Einsatz der Kreisfeuerwehr (ABC-Zug, Vers.-Zug und Kreisfeuerwehrbereitschaften) unterhalb der KatS-Schwelle

Dem Produkt sind 2,0 Stellenanteile zugeordnet.

Folgende Anträge:
Antrag auf Verleihung des nds. Ehrenzeichens für langjährige Verdienste im Feuerlöschwesen (15 Minuten)

Zielgruppe
intern: Erreichbarkeit der Verwaltung auch außerhalb der Geschäftszeiten
extern: Bevölkerung des Kreises; Gemeindliche Feuerwehren, Kreisfeuerwehr, Werkfeuerwehren

Kategorie Pflichtaufgabe

Aufgabenzuordnung eigener Wirkungskreis

Auftragsgrundlage
Nds. BrandschutzG (§ 3); Vereinbarungen mit der Stadt Hildesheim über den Betrieb einer gemeinsamen Integrierten Leitstelle für den Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz

Sachziele

- Sicherstellen der übergemeindlichen Aufgaben des abwehrenden Brandschutzes und der Hilfeleistung
- Sicherstellung von ständig einsatzbereiten Fahrzeugen und Ausrüstungsgegenständen
- Sicherstellung eines ausreichenden Lehrgangsangebotes entsprechend der Nachfrage der Feuerwehren
- Vorbereiten von Maßnahmen zur konkreten Gefahrenabwehr
- Überprüfen der Feuerwehren auf ihre Leistungsfähigkeit und Einsatzbereitschaft
- Beraten der Gemeinden in allen Angelegenheiten des Brandschutzes und der Hilfeleistung
- Förderung der Ausrüstung der Feuerwehren

Qualitätsziele
Z-126-003-002:
Sicherheit der Bevölkerung (Angebotene Lehrgänge mehr als 4 im Jahr)
Z-126-003-004:
Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen.
Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.

Maßnahmen
ZM-126-003-101:
Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
ZM-126-003-102:
Vorplanung der Lehrgänge

Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr

Produkt 126-003 Brandschutz (Amt 205)

Landkreis Hildesheim

ZK-126-003-102 Sicherheit der Bevölkerung (Angebotene Lehrgänge >4/Jahr)	0,00	4,00	0,00
ZK-126-003-401 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	0,00

Leistungen	126-003	Brandschutz (Amt 205)
	126-003-0001	Brandschutz und Hilfeleistung
	126-003-0002	Feuerwehreinsatzleitstelle
	126-003-0003	Netzwerk psychosoziale Unterstützung (Budget 20)

Teilergebnishaushalt Produkt 126-003 Brandschutz (Amt 205)

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	612.789,30	350.400,00	350.400,00			
01.03	+ Auflösungserträge aus Sonderposten	390.237,30	327.600,00	339.000,00			
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte	95.880,78	31.800,00	31.800,00			
01.06	+ privatrechtliche Entgelte	10.865,35					
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	15.531,75	2.000,00	2.000,00			
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**1.125.304,48**	**711.800,00**	**723.200,00**			
02.01	- Personalaufwendungen	361.444,79	418.900,00	390.100,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	294.522,16	252.100,00	256.100,00			
02.04	- Abschreibungen	480.407,23	450.000,00	463.700,00			
02.06	- Transferaufwendungen	614.789,30	302.000,00	300.000,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	226.282,69	265.400,00	345.300,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**1.977.446,17**	**1.688.400,00**	**1.755.200,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-852.141,69**	**-976.600,00**	**-1.032.000,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-852.141,69**	**-976.600,00**	**-1.032.000,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	26.956,11	29.300,00	37.300,00			
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-26.956,11**	**-29.300,00**	**-37.300,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-879.097,80**	**-1.005.900,00**	**-1.069.300,00**			

Produkt 126-004 Feuerwehrtechnische Zentrale

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	12	Sicherheit und Ordnung
Produktgruppe	126	Brandschutz
Produkt	126-004	Feuerwehrtechnische Zentrale

Teilhaushalt
Dezernat II - Umwelt, Klimaschutz, Verkehr und Verbraucherschutz

Verantwortlich
Amt 205 - Torsten Köhler

Kurzbeschreibung
- Pflicht- und Serviceleistungen für die örtlichen Feuerwehren, den Katastrophenschutz sowie den Rettungsdienst durch Vorhalten einer Funkwerkstatt, Atemschutzwerkstatt, Schlauchpflegerei, KFZ- und Gerätewerkstatt
- Überörtlicher Einsatz der FTZ unterhalb der KatS-Schwelle
- Serviceleistungen der FTZ für die Verwaltung und Dritte

Dem Produkt sind 15 Stellenanteile zugeordnet.

Zielgruppe
intern: eigene Verwaltung
extern: Bevölkerung des Kreises; Gemeindliche Feuerwehren, Kreisfeuerwehr, Werkfeuerwehren, Katastrophenschutzorganisationen, Rettungsdienstorganisationen

Kategorie
Pflichtaufgabe

Aufgabenzuordnung
eigener Wirkungskreis

Auftragsgrundlage
Nds. Brandschutzgesetz, Verwaltungsvereinbarungen über den Schlauchverband, Zweckvereinbarung zur Beschaffung, Wartung, Pflege, Überprüfung und Reparatur der Atemschutzgeräte im Landkreis Hildesheim v. 19.03.2015, Allgemeine Geschäftsbedingungen vom 01.05.1989 i. V. m. der jeweils gültigen Entgeltfestsetzung

Sachziele
- Wirtschaftlichkeit auf Kreis- und örtlicher Ebene durch zentrale Beschaffung, Pflege und Wartung
- Sicherstellung von ständig einsatzbereiten Fahrzeugen und Ausrüstungsgegenständen
- Sicherstellung eines ausreichenden Lehrgangsangebotes entsprechend der Nachfrage der Feuerwehren
- Vorbereiten von Maßnahmen zur konkreten Gefahrenabwehr
- Beraten der Gemeinden in allen Angelegenheiten des Brandschutzes und der Hilfeleistung

Qualitätsziele
Z-126-004-001:
Kundenzufriedenheit (Berechtigte Beanstandungen/Reklamationen <= 2 %)
Z-126-004-002:
Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen.
Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.
Z-126-004-003:
Sicherheit der Bevölkerung (Angebotene Lehrgänge mehr als 16 im Jahr)

Maßnahmen
ZM-126-004-101:
Optimierung Ablaufzeiten in den Werkstätten
ZM-126-004-102:
Fortbildung der Mitarbeiter
ZM-126-004-103:
Vorplanung der Lehrgänge

Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
ZK-126-004-101 Berechtigte Beanstandungen/Reklamationen - (%)	0,00	2,00	0,00
ZK-126-004-102 Sicherheit der Bevölkerung (Angebotene Lehrgänge > 16/Jahr)	0,00	16,00	0,00
ZK-126-004-401 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	0,00

Leistungen 126-004 Feuerwehrtechnische Zentrale

Produkt 126-004 Feuerwehrtechnische Zentrale

Landkreis Hildesheim

	126-004-0002	Atemschutzwerkstatt
	126-004-0007	Überörtliche Einsätze FTZ (bis 2016)
	126-004-0009	Feuerwehrtechnische Zentrale (ohne Atemschutzwerkstatt)

Teilergebnishaushalt Produkt 126-004 Feuerwehrtechnische Zentrale

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen		62.700,00	62.700,00			
01.03	+ Auflösungserträge aus Sonderposten	6.449,72	3.000,00	3.300,00			
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte	233.383,04	306.700,00	306.700,00			
01.06	+ privatrechtliche Entgelte	208,42	500,00	500,00			
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	341.034,76	453.000,00	1.662.000,00			
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**581.075,94**	**825.900,00**	**2.035.200,00**			
02.01	- Personalaufwendungen	1.057.990,24	1.069.800,00	1.203.100,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	692.869,18	562.800,00	1.879.800,00			
02.04	- Abschreibungen	77.028,36	81.500,00	176.200,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	30.982,93	34.000,00	34.000,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**1.858.870,71**	**1.748.100,00**	**3.293.100,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-1.277.794,77**	**-922.200,00**	**-1.257.900,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-1.277.794,77**	**-922.200,00**	**-1.257.900,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	133.188,67	86.700,00	111.100,00			
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-133.188,67**	**-86.700,00**	**-111.100,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-1.410.983,44**	**-1.008.900,00**	**-1.369.000,00**			

Produkt 126-006 Brandschutz (Amt 205) -freiwillig-

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	12	Sicherheit und Ordnung
Produktgruppe	126	Brandschutz
Produkt	126-006	Brandschutz (Amt 205) -freiwillig-

Teilhaushalt	Dezernat II - Umwelt, Klimaschutz, Verkehr und Verbraucherschutz
Verantwortlich	Amt 205 - Torsten Köhler
Kurzbeschreibung	- Zusammenarbeit mit der Kreisfeuerwehr, Kreisjugendfeuerwehr - Aufstellung eines Netzwerkes für psychosoziale Unterstützung PSNV-E (Budget 20) - Aufstellung eines Feuerwehrbedarfsplanes -Unterstützung mittels Zuwendungen an die Kreisfeuerwehr, Kreisjugendfeuerwehr Dem Produkt sind 2,0 Stellenanteile zugeordnet.
Zielgruppe	intern: Verwaltung, ehrenamtliche Führungskräfte der KFW extern: Bevölkerung des Kreises, Gemeindliche Feuerwehren, Kreisfeuerwehr, Werkfeuerwehren
Kategorie	freiwillige Aufgabe
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis
Auftragsgrundlage	Nds. Brandschutzgesetz, FWVO, politischer Beschluss zur Erstellung und Fortschreibung eines Feuerwehrbedarfsplan

Leistungen	126-006	Brandschutz (Amt 205) -freiwillig-

Teilergebnishaushalt Produkt 126-006 Brandschutz (Amt 205) -freiwillig-

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
02.01	- Personalaufwendungen			61.700,00			
02.06	- Transferaufwendungen			2.000,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**			**63.700,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**			**-63.700,00**			
05.	**= Jahresergebnis**			**-63.700,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**			**-63.700,00**			

Produkt 127-001 Rettungsdienst

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	12	Sicherheit und Ordnung
Produktgruppe	127	Rettungsdienst
Produkt	127-001	Rettungsdienst

Wesentl. Produkt

Teilhaushalt Dezernat II - Umwelt, Klimaschutz, Verkehr und Verbraucherschutz

Verantwortlich Amt 205 - Torsten Köhler

Kurzbeschreibung
- Errichten und Unterhalten von Alarmierungs- und Nachrichtenvermittlungsanlagen sowie einer ständig besetzten Rettungsleitstelle;
- Organisieren der Notfallrettung, des Notfalltransportes, des Intensivtransportes und des qualifizierten Krankentransportes im Rettungsdienst
- Zulassung Dritter zum qualifizierten Krankentransport außerhalb des Rettungsdienstes;

Dem Produkt sind 2,8 Stellenanteile zugeordnet.

Zielgruppe
intern: ---
extern: Lebensbedrohlich verletzte oder erkrankte Personen; Personen bei denen eine lebensbedrohliche Erkrankung zu erwarten ist ; Hilfsbedürftige Personen; Unternehmer außerhalb des Rettungsdienstes

Kategorie Pflichtaufgabe

Aufgabenzuordnung übertragener Wirkungskreis

Auftragsgrundlage NRettDG, Vorgaben des Landesausschusses Rettungsdienst, BedarfsVO-RettD

Sachziele Dauerhaftes Sicherstellen einer flächendeckenden und bedarfsgerechten Versorgung der Bevölkerung mit Leistungen der Notfallrettung und des qualifizierten Krankentransports

Qualitätsziele
Z-127-001-001:
Einhaltung der Hilfsfrist von 15 Minuten in 95 % aller Einsätze (Notfallrettung und notärztliche Versorgung)
Z-127-001-002:
Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen.
Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.

Maßnahmen
ZM-127-001-101:
Fortschreibung des Rettungsdienstbedarfsplanes

Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
ZK-127-001-101 Eingehaltene Hilfsfrist - (%)	0,00	95,00	0,00
ZK-127-001-201 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	0,00

Leistungen

127-001	Rettungsdienst
127-001-0001	Rettungsleitstelle
127-001-0002	Krankentransport für Notfallrettung

Teilergebnishaushalt Produkt 127-001 Rettungsdienst

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	9.877,39					
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte	11.046.600,00	10.698.000,00	20.520.000,00			
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen		480.000,00	480.000,00			
01.11	+ sonstige ordentliche Erträge	-500,00	5.000,00	5.000,00			
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**11.055.977,39**	**11.183.000,00**	**21.005.000,00**			
02.01	- Personalaufwendungen	249.338,09	328.900,00	292.700,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	10.733.871,81	10.884.300,00	21.208.400,00			
02.04	- Abschreibungen	28.731,85	44.100,00	34.900,00			
02.06	- Transferaufwendungen	9.877,39					
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	642.490,38	792.900,00	888.300,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**11.664.309,52**	**12.050.200,00**	**22.424.300,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-608.332,13**	**-867.200,00**	**-1.419.300,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-608.332,13**	**-867.200,00**	**-1.419.300,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	19.149,18	22.500,00	28.300,00			
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-19.149,18**	**-22.500,00**	**-28.300,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-627.481,31**	**-889.700,00**	**-1.447.600,00**			

Produkt 128-001 Katastrophenschutz

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	12	Sicherheit und Ordnung
Produktgruppe	128	Katastrophenschutz
Produkt	128-001	Katastrophenschutz

Teilhaushalt	Dezernat II - Umwelt, Klimaschutz, Verkehr und Verbraucherschutz
Verantwortlich	Amt 205 - Torsten Köhler
Kurzbeschreibung	Vorbereitung der Bevölkerung und die Bekämpfung von Katastrophen und außergewöhnlichen Ereignissen. Schutz der Bevölkerung und der kritischen Infrastruktur vor den besonderen Gefahren und Schäden im Verteidigungsfall. Zivilmilitärische Zusammenarbeit Allgemeine Krisen- und Katastrophenprävention Ausstattung der Regieeinheiten (ABC- und Versorgungszug) Dem Produkt sind 2,8 Stellenanteile zugeordnet.
Zielgruppe	intern: eigene Verwaltung extern: Bevölkerung im Landkreis, Hilfsorganisationen und Helfer*inen im Katastrophenschutz, Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS), Bundeswehr, Kritische Infrastruktur, Nachbarlandkreise
Kategorie	Pflichtaufgabe
Aufgabenzuordnung	übertragener Wirkungskreis
Auftragsgrundlage	Sämtliche Vorschriften im Katastrophen- und zivilschutz des Bundes und des Landes Niedersachen, z.B. Katastrophenschutz gem. Art. 70 i.V.m. Art. 30 GG ZivS gem. Art. 73 Abs. 1 Nr. 1 GG i.V.m. § 11 ZS KG und 115a ff GG, NKatSG, ESVG, ENV, StrahlSchG, ZAPRL sowie Kreisrecht und verwaltungsinterne Regelungen, Verschlusssachenanweisung
Sachziele	- Feststellung, Überarbeitung und laufende Fortschreibung des Katastrophenschutzplanes - Wahrnehmung der sich aus § 36 NKatSG ergebenden Aufgabenstellungen sowie Umsetzung der Richtlinie zur zivilen Alarmplanung - Aufrechterhaltung der Verwaltungsfunktion im Spannungs- und Verteidigungsfall - Ausführung der Vorgaben der Sicherstellungsgesetze und Planung Ihrer Ausführung im Anwendungsfall - Erstellung einer Evakuierungs- (für den eigenen Bereich) und Aufnahmeplanung - Umsetzung des Landesrahmenkonzeptes "Jodblockade" - Erstellung von diversen Sonderplänen, z.B. Extremwetterereignisse, Stromausfall, Waldbrand, Hochwasseralarmplan, Energiemangellagen - Angelegenheiten der im Katastrophenschutz des Landkreis Hildesheim mitwirkenden Einheiten - Bearbeitung von VS-Angelegenheiten - Betreuung Stab HVB, Fernmeldezentrale und TEL - Durchführung von Stabsrahmenübungen und Katastrophenschutzübungen - Durchführungen von Beschaffungen - Betreuung bundes-, landes- und kreiseigener Fahrzeuge und Geräte - Erstellung und Fortschreibung der Kreisbeschreibung für Zwecke des Katastrophen- und Zivilschutzes - Warnung der Bevölkerung - Identifizierung, Einstufung, Erfassung, Überprüfung und Fortschreibung der schutzbedürftigen zivilen Objekte - Extreme Notfallpläne für Betriebe nach § 10a NKatSG - Selbstschutz der Bevölkerung im Zivilschutz - Erstellung einer Risikoanalyse, aufbauend aus der Kreisbeschreibung - Erfassung und Beschreibung der kritischen Infrastruktur - Stationierungs- und Objektschutzplanung
Qualitätsziele	Z-128-001-001: Sicherheitsaspekt = Arbeitszeit der hauptamtlichen Mitarbeiter pro 1000 Einwohner >= 20 Stunden/Jahr (Einwohnerzahl des 30.06. des Vorjahres) Z-128-001-002: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.

Produkt 128-001 Katastrophenschutz

Landkreis Hildesheim

Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
ZK-128-001-101 Arbeitsstunden pro 1000 Einw. LK - (Anzahl)	0,00	20,00	0,00
ZK-128-001-201 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	0,00

Leistungen	128-001	Katastrophenschutz
	128-001-0001	Katastrophenschutz und Vorsorgeplanung
	128-001-0004	Leitstelle für KatS

Teilergebnishaushalt Produkt 128-001 Katastrophenschutz

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.03	+ Auflösungserträge aus Sonderposten	1.918,12	1.800,00	64.400,00			
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte	26.550,10	5.000,00				
01.06	+ privatrechtliche Entgelte	364,41	500,00				
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	31.221,58	11.300,00				
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**60.054,21**	**18.600,00**	**64.400,00**			
02.01	- Personalaufwendungen	511.752,39	493.300,00	597.200,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	284.229,65	317.500,00	332.400,00			
02.04	- Abschreibungen	129.463,23	212.100,00	298.200,00			
02.06	- Transferaufwendungen	200.000,00	200.000,00				
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	297.934,64	309.900,00	309.900,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**1.423.379,91**	**1.532.800,00**	**1.537.700,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-1.363.325,70**	**-1.514.200,00**	**-1.473.300,00**			
04.01	+ außerordentliche Erträge	15.185,00					
04.02	- außerordentliche Aufwendungen	100.251,96					
04.03	**= Außerordentliches Ergebnis**	**-85.066,96**					
05.	**= Jahresergebnis**	**-1.448.392,66**	**-1.514.200,00**	**-1.473.300,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	43.160,95	102.800,00	117.200,00			
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-43.160,95**	**-102.800,00**	**-117.200,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-1.491.553,61**	**-1.617.000,00**	**-1.590.500,00**			

Produkt 128-003 Katastrophenschutz -freiwillig-

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	12	Sicherheit und Ordnung
Produktgruppe	128	Katastrophenschutz
Produkt	128-003	Katastrophenschutz -freiwillig-

Teilhaushalt	Dezernat II - Umwelt, Klimaschutz, Verkehr und Verbraucherschutz
Verantwortlich	Amt 205 - Torsten Köhler
Kurzbeschreibung	Finanzielle Untertützung der Hilfsorganisationen im Katastrophenschutz Dem Produkt sind 0,2 Stellenanteile zugeordnet.
Kategorie	freiwillige Aufgabe
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis
Auftragsgrundlage	Politischer Beschluss zur Bereitstellung eines jährliches Zuschusses i.H.v. 200.000 €

Leistungen	128-003	Katastrophenschutz -freiwillig-

Teilergebnishaushalt Produkt 128-003 Katastrophenschutz -freiwillig-

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
02.01	- Personalaufwendungen			4.800,00			
02.06	- Transferaufwendungen			200.000,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**			**204.800,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**			**-204.800,00**			
05.	**= Jahresergebnis**			**-204.800,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**			**-204.800,00**			

Produkt 414-001 Schlachttier- u. Fleischuntersuchungen

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	41	Gesundheitsdienste
Produktgruppe	414	Maßnahmen der Gesundheitspflege
Produkt	414-001	Schlachttier- u. Fleischuntersuchungen

Teilhaushalt	Dezernat II - Umwelt, Klimaschutz, Verkehr und Verbraucherschutz
Verantwortlich	Amt 203 - Dr. Wiebke Evers
Kurzbeschreibung	Überwachung der Erzeugung, Gewinnung und Behandlung von Lebensmitteln tierischer Herkunft unter Mitwirkung angestellter Tierärzte und amtlicher Fachassistenten Fach- und Dienstaufsicht über die angestellten Tierärzte und amtliche Fachassistenten (Beschaupersonal) Dem Produkt sind 0,3 Stellenanteile zugeordnet. Folgende Anträge: Antrag Probenentnahme - Trichinen durch Jagdausübungsberechtigte
Zielgruppe	intern: --- extern: Verbraucher; Gewerbetreibende
Kategorie	Pflichtaufgabe
Aufgabenzuordnung	übertragener Wirkungskreis
Auftragsgrundlage	EU-Verordnungen 2019/624, 2019/627, 2019/759, 2073/2005, 1099/2009 Tier-LMHV, Tier-LMÜV
Sachziele	Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher vor gesundheitsschädigenden Einflüssen sowie vor Irreführung und Täuschung, Gewinnung und Handel von gesundheitlich unbedenklichen Lebensmitteln tierischer Herkunft Tierschutz bei der Schlachtung
Qualitätsziele	Z-414-001-001: Kostendeckungsgrad: 100 % Z-414-001-002: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.

Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
G-414-001-001 Fallzahl - (Anzahl)	0,00	15.500,00	0,00
ZK-414-001-101 Kostendeckungsgrad - (%)	0,00	100,00	0,00
ZK-414-001-201 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	0,00

Leistungen 414-001 Schlachttier- u. Fleischuntersuchungen

Teilergebnishaushalt Produkt 414-001 Schlachttier- u. Fleischuntersuchungen

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte	112.604,40	138.200,00	138.200,00			
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	3.884,93					
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**116.489,33**	**138.200,00**	**138.200,00**			
02.01	- Personalaufwendungen	193.681,99	217.100,00	232.200,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	9.373,51	7.500,00	7.500,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	0,15					
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**203.055,65**	**224.600,00**	**239.700,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-86.566,32**	**-86.400,00**	**-101.500,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-86.566,32**	**-86.400,00**	**-101.500,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	724,33					
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-724,33**					
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-87.290,65**	**-86.400,00**	**-101.500,00**			

Produkt 511-002 Raumplanung

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	51	Räumliche Planung und Entwicklung
Produktgruppe	511	Räumliche Planungs- und Entwicklungsmaßnahmen
Produkt	511-002	Raumplanung

Teilhaushalt	Dezernat II - Umwelt, Klimaschutz, Verkehr und Verbraucherschutz
Verantwortlich	Amt 909 - Jürgen Flory
Kurzbeschreibung	Abstimmung raumbedeutsamer Planungen und Maßnahmen (Vorhaben) von überörtlicher Bedeutung untereinander und mit den Erfordernissen der Raumordnung und Landesplanung. Festlegung regionaler Ziele rur räumlichen und strukturellen Entwicklung des LK Hildesheim. Dem Produkt sind 0,85 Stellenanteile zugeordnet.
Zielgruppe	intern: --- extern: - Personen des öffentlichen und privaten Rechts - Planungs- und Vorhabenträger - Fachbehörden
Kategorie	Pflichtaufgabe
Aufgabenzuordnung	übertragener Wirkungskreis
Auftragsgrundlage	§§ 7, 8, 17 ff. Nieders. Gesetz über Raumordnung und Landesplanung.
Sachziele	Abstimmung und Vermeidung v. Nutzungs-/Interessenkonflikten Nachhaltige Raumentwicklung Optimierung von Nutzungs- und Standortanforderungen Schutz, Pflege und Entwicklung der natürlichen Lebensgrundlagen
Qualitätsziele	Z-511-002-001: Fortschreibung des regionalen Raumordnungsprogramms im 10-Jahres-Rhythmus Z-511-002-002: Durchführung eines Raumordnungsverfahrens innerhalb von 6 Monaten nach Einleitung Z-511-002-003: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.

Kennzahlen	**Ergebnis Vorvorjahr**	**Ansatz Vorjahr**	**Ansatz lfd. Jahr**
G-511-002-001 Fortschreibung Fachplanung - (Anzahl)	0,00	0,00	0,00
ZK-511-002-301 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	0,00

Leistungen	511-002	Raumplanung
	511-002-0001	Raumordnung
	511-002-0002	Landesplanung
	511-002-0004	Regionale Entwicklung

Teilergebnishaushalt Produkt 511-002 Raumplanung

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.03	+ Auflösungserträge aus Sonderposten	79.074,01	79.100,00	79.100,00			
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte	187,52					
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	1.430,35					
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**80.691,88**	**79.100,00**	**79.100,00**			
02.01	- Personalaufwendungen	181.732,81	190.900,00	107.000,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	14.782,48	37.900,00	2.900,00			
02.04	- Abschreibungen	101.541,59	96.000,00	94.700,00			
02.06	- Transferaufwendungen	148.879,81					
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	206.119,56	143.100,00	58.400,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**653.056,25**	**467.900,00**	**263.000,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-572.364,37**	**-388.800,00**	**-183.900,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-572.364,37**	**-388.800,00**	**-183.900,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	5.226,51	8.900,00	11.400,00			
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-5.226,51**	**-8.900,00**	**-11.400,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-577.590,88**	**-397.700,00**	**-195.300,00**			

Produkt 511-003 Regionale Entwicklung/Neuer Zusammenhalt -freiwillig-

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	51	Räumliche Planung und Entwicklung
Produktgruppe	511	Räumliche Planungs- und Entwicklungsmaßnahmen
Produkt	511-003	Regionale Entwicklung/Neuer Zusammenhalt -freiwillig-

Teilhaushalt	Dezernat II - Umwelt, Klimaschutz, Verkehr und Verbraucherschutz
Verantwortlich	Amt 909 - Jürgen Flory
Kurzbeschreibung	Umsetzung der Maßnahmen, die im Regionalen Entwicklungskonzept für den Landkreis Hildesheim entwickelt wurden. Dem Produkt sind 0,25 Stellenanteile zugeordnet.
Kategorie	freiwillige Aufgabe
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis
Auftragsgrundlage	Kreistagsbeschluss vom 10.12.2020
Sachziele	Harmonisierung von nebeneinander stehenden Fachplanungen
Qualitätsziele	Angleichung der Lebensverhältnisse innerhalb des LK Hildesheim (im Sinne der Solidargemeinschaft) Förderung sowohl der schwächeren als auch der stärkeren Gemeinden (diese dann im Umfang aber möglicherweise geringer als die schwächeren)
Maßnahmen	Ein Katalog, bestehend aus 66 Maßnahmen, ist elememtarer Bestandteil des Entwicklungskonzeptes. Jede Maßnahme ist detailliert beschrieben und mit zu erwartenden Kosten sowie einem verantwortlichen Träger versehen. Zusätzlich existiert ein sogen. Maßnahmenpool, in dem weitere Maßnahmen stichwortartig beschrieben sind. Alle Maßnahmen sollen die regionale Entwicklung fördern. Dabei gilt diese Entwicklungsförderung immer in mehreren Gemeinden bzw. Teilräumen, im besten Fall sind die Maßnahmen auf den gesamten Landkreis ausgelegt.

Leistungen	511-003	Regionale Entwicklung/Neuer Zusammenhalt -freiwillig-
	511-003-0001	Umsetzung Maßnahmenkatalog REK
	511-003-0002	Monitoring/Fortschreibung REK

Teilergebnishaushalt Produkt 511-003 Regionale Entwicklung/Neuer Zusammenhalt -freiwillig-

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	204,35					
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**204,35**					
02.01	- Personalaufwendungen	25.888,06	28.300,00	50.700,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	1,40					
02.06	- Transferaufwendungen	151.008,56	200.000,00	200.000,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	33,95					
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**176.931,97**	**228.300,00**	**250.700,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-176.727,62**	**-228.300,00**	**-250.700,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-176.727,62**	**-228.300,00**	**-250.700,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	745,03					
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-745,03**					
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-177.472,65**	**-228.300,00**	**-250.700,00**			

Produkt 511-005 Raumplanung -freiwillig-

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	51	Räumliche Planung und Entwicklung
Produktgruppe	511	Räumliche Planungs- und Entwicklungsmaßnahmen
Produkt	511-005	Raumplanung -freiwillig-

Teilhaushalt	Dezernat II - Umwelt, Klimaschutz, Verkehr und Verbraucherschutz
Verantwortlich	Amt 909 - Jürgen Flory
Kurzbeschreibung	Umsetzung des Regionalen Radverkehrskonzeptes, Verbesserung der Infrastruktur für den Radverkehr, Erhöhung der Verkehrssicherheit, Förderung des Umstiegs vom Kfz auf das Fahrrad Dem Produkt sind 0,3 Stellenanteile zugeordnet.
Zielgruppe	intern: extern: alle Verkehrsteilnehmer im Landkreis
Kategorie	freiwillige Aufgabe
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis
Auftragsgrundlage	"Kreistagsbeschluss zur Mitgliedschaft in der Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundlicher Kommunen vom 20.07.2025 Kreistagsbeschluss zum Regionalen Radverkehrskonzept 23.06.2022 " Kreistagsbeschluss zum Radverkehrskonzept vom 03.05.2022
Sachziele	Bereitstellung einer attraktiven Infrastruktur für Radfahrer (Wege, Abstellanlagen) Ausbau der Kommunikation für den Radverkehr
Qualitätsziele	Umsetzung von Maßnahmen aus dem regionalen Radverkehrskonzept; ggf. Fortschreibung des Konzeptes Erhöhung des Fahrradanteils beim Modal Split Erhöhung der Verkehrssicherheit
Maßnahmen	Fortführung von Fördermaßnahmen Kampagnen zur Öffentlichkeitsarbeit "Durchführung von Informations- und Netzwerkveranstaltungen für die beteiligten Akteure"

Leistungen	511-005	Radverkehr-freiwillig-

Teilergebnishaushalt Produkt 511-005 Raumplanung -freiwillig-

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
02.01	- Personalaufwendungen			48.300,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen			35.000,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen			40.100,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**			**123.400,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**			**-123.400,00**			
05.	**= Jahresergebnis**			**-123.400,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**			**-123.400,00**			

Produkt 536-001 Versorgung mit technischer Informations- und Telekommunikatiosstruktur

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	53	Ver- und Entsorgung
Produktgruppe	536	Versorgung mit technischer Informations- und Telekommunikationsinfrastruktur
Produkt	536-001	Versorgung mit technischer Informations- und Telekommunikatiosstruktur

Teilhaushalt	Dezernat II - Umwelt, Klimaschutz, Verkehr und Verbraucherschutz
Verantwortlich	Amt 909 - Jürgen Flory
Kurzbeschreibung	Verbesserung Breitbandversorgung im LK Hildesheim für unterversorgte Hauhalte/Gebäudeadressen. Inanspruchnahme von Förderprogrammen. Dem Produkt sind 0,25 Stellenanteile zugeordnet.
Kategorie	Pflichtaufgabe
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis
Auftragsgrundlage	Kreistagsbeschluss vom 27.06.2019
Sachziele	Versorgung der beantragten 876 Haushalte/Gebäudeadressen mit 1 Gbit/s. Ggf. auch weiterer unterversorgter Adressen.
Qualitätsziele	Reduktion Anzahl unterversorgter Haushalte/Gebäudeadressen gemäß Zuwendungsantrag
Maßnahmen	Beantragen von Zuwendungen und deren Umsetzung

Leistungen	536-001	Versorgung mit technischer Informations- und Telekommunikationsinfrastruktur
	536-001-0001	Breitbandversorgung

Teilergebnishaushalt Produkt 536-001 Versorgung mit technischer Informations- und Telekommunikatiosstruktur

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.03	+ Auflösungserträge aus Sonderposten		342.900,00	857.100,00			
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	204,33					
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**204,33**	**342.900,00**	**857.100,00**			
02.01	- Personalaufwendungen	25.939,48	28.300,00	25.800,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	1,40					
02.04	- Abschreibungen	51.955,46	462.900,00	1.109.000,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	27,90					
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**77.924,24**	**491.200,00**	**1.134.800,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-77.719,91**	**-148.300,00**	**-277.700,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-77.719,91**	**-148.300,00**	**-277.700,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	746,16					
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-746,16**					
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-78.466,07**	**-148.300,00**	**-277.700,00**			

Produkt 537-101 Tierkörperbeseitigung

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	53	Ver- und Entsorgung
Produktgruppe	537	Abfallwirtschaft
Produkt	537-101	Tierkörperbeseitigung

Teilhaushalt	Dezernat II - Umwelt, Klimaschutz, Verkehr und Verbraucherschutz
Verantwortlich	Amt 203 - Dr. Wiebke Evers
Kurzbeschreibung	Beseitigung gefallener Nutztiere sowie Hobby- und Heimtiere durch die Beauftragung der Firma Rendac. Dem Produkt sind 0,06 Stellenanteile zugeordnet.
Zielgruppe	intern: --- extern: Tierhalterinnen und Tierhalter, Nutztierhalterinnen und Nutztierhalter und Viehhändlerinnen und Viehhändler
Kategorie	Pflichtaufgabe
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis
Auftragsgrundlage	Verordnung (EU) 1069/2009 i.V.m. § 3 Tierische Nebenprodukte Beseitigungsgesetz (TierNebG), Niedersächsisches Ausführungsgesetz zum Tierische Nebenprodukt-Beseitigungsgesetz (Nds. AG TierNebG)
Sachziele	Fachgerechte Tierkörperbeseitigung bzw. -verwertung z.B. zur Vermeidung gesundheitlicher Beeinträchtigungen für die Allgemeinheit. Beseitigung von Schlachtabfällen der Kat. 1 und 2, sowie Beseitigung getöteter Nutz- und Heimtiere und seuchenanfälliger Wildtiere.
Qualitätsziele	Z-537-001-001: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.

Kennzahlen	**Ergebnis Vorvorjahr**	**Ansatz Vorjahr**	**Ansatz lfd. Jahr**
ZK-537-101-101 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	0,00

Leistungen 537-101 Tierkörperbeseitigung

Teilergebnishaushalt Produkt 537-101 Tierkörperbeseitigung

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.06	+ privatrechtliche Entgelte	40,00					
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**40,00**					
02.06	- Transferaufwendungen	-30.000,00	100.000,00	110.000,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**-30.000,00**	**100.000,00**	**110.000,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**30.040,00**	**-100.000,00**	**-110.000,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**30.040,00**	**-100.000,00**	**-110.000,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**30.040,00**	**-100.000,00**	**-110.000,00**			

Produkt 537-201 Abfallwirtschaft

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	53	Ver- und Entsorgung
Produktgruppe	537	Abfallwirtschaft
Produkt	537-201	Abfallwirtschaft

Teilhaushalt Dezernat II - Umwelt, Klimaschutz, Verkehr und Verbraucherschutz

Verantwortlich Amt 208 - Gerald Baelkner

Kurzbeschreibung
Überwachung von Abfallentsorgungs- und behandlungsanlagen und Zwischenlagern,
Überwachung von Abfallerzeugern, Beseitigung wilder Müllablagerungen,
Überwachung der ordnungsgemäßen Abfallentsorgung, Entsorgungssichehreit
Dem Produkt sind 2,0 Stellenanteile zugeordnet.

Folgende Anträge:
Ausnahmen und Freistellung von Regelungen der verschiendenen AusführungsVO zum Abfallrecht
Fachliche Stellungnahme zu Bauanträgen und Bauleitplanungen

Zielgruppe extern: Einwohnerinnen und Einwohner, Anlagenbetreiberinnen und -betreiber, Verursacherinnen und Verursacher

Kategorie Pflichtaufgabe

Aufgabenzuordnung übertragener Wirkungskreis

Auftragsgrundlage KrWG; NAbfG

Qualitätsziele
Z-537-201-001:
Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen.
Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.

Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
ZK-537-201-001 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	0,00

Leistungen 537-201 Abfallwirtschaft

Teilergebnishaushalt Produkt 537-201 Abfallwirtschaft

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte	2.891,27	5.000,00	5.000,00			
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	191.315,27	800,00	800,00			
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**194.206,54**	**5.800,00**	**5.800,00**			
02.01	- Personalaufwendungen	392.479,21	392.300,00	330.500,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	190.988,75	5.000,00	5.000,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	946,47					
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**584.414,43**	**397.300,00**	**335.500,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-390.207,89**	**-391.500,00**	**-329.700,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-390.207,89**	**-391.500,00**	**-329.700,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	14.666,06	15.700,00	19.000,00			
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-14.666,06**	**-15.700,00**	**-19.000,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-404.873,95**	**-407.200,00**	**-348.700,00**			

Produkt 538-201 Abwasser

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	53	Ver- und Entsorgung
Produktgruppe	538	Abwasserbeseitigung
Produkt	538-201	Abwasser

Teilhaushalt

Dezernat II - Umwelt, Klimaschutz, Verkehr und Verbraucherschutz

Verantwortlich

Amt 208 - Gerald Baelkner

Kurzbeschreibung

• Erlaubnis- und Genehmigungsverfahren von Maßnahmen, welche Einwirkungen auf die Oberflächengewässer oder das Grundwasser sowie die kommunalen Abwasseranlagen haben können.
• Genehmigung und Überwachung der Errichtung und des Betriebes von Abwasserbehandlungsanlagen
• Erhaltung und Verbesserung der Gewässergüte
• Abwasservermeidung
• Optimierung der Abwasserbehandlung
• Festsetzung und Erhebung der Abwasserabgabe
Dem Produkt sind 4,0 Stellenanteile zugeordnet.

Folgende Anträge:
Einleitung gereinigter Abwässer
Indirekteinleitung von Abwässern
Fachliche Stellungnahme zu Bauanträgen und Bauleitplanungen

Zielgruppe

intern: ---
extern: Gewässerbenutzerinnen und -benutzer und Trägerinnen und Träger von Maßnahmen, welche Einwirkungen auf Gewässer zur Folge haben können, Privatpersonen und juristische Personen, Gewerbebetriebe, abwasserbeseitigungspflichtige Körperschaften

Kategorie

Pflichtaufgabe

Aufgabenzuordnung

übertragener Wirkungskreis

Auftragsgrundlage

WHG, NWG

Qualitätsziele

Z-538-201-001:
Beschäftigungszufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote 2 erreichen.
Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.

Leistungen 538-201 Abwasser

Teilergebnishaushalt Produkt 538-201 Abwasser

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte	32.598,22	20.000,00	20.000,00			
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	15.000,00	15.000,00	15.000,00			
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**47.598,22**	**35.000,00**	**35.000,00**			
02.01	- Personalaufwendungen	335.315,99	335.500,00	297.800,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	5.770,58	12.500,00	12.600,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	6.284,94	3.500,00	3.500,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**347.371,51**	**351.500,00**	**313.900,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-299.773,29**	**-316.500,00**	**-278.900,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-299.773,29**	**-316.500,00**	**-278.900,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	12.530,05	13.400,00	16.000,00			
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-12.530,05**	**-13.400,00**	**-16.000,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-312.303,34**	**-329.900,00**	**-294.900,00**			

Produkt 547-001 Nahverkehrsplanung

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	54	Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV
Produktgruppe	547	ÖPNV
Produkt	547-001	Nahverkehrsplanung

Teilhaushalt	Dezernat II - Umwelt, Klimaschutz, Verkehr und Verbraucherschutz
Verantwortlich	Amt 909 - Jürgen Flory
Kurzbeschreibung	Planung zur Fortentwicklung der grundlegenden ÖPNV-Strukturen; Aufstellen des Nahverkehrsplans für den Landkreis Hildesheim; Förderung von Maßnahmen zur Verbesserung im ÖPNV. Dem Produkt sind 1,6 Stellenanteile zugeordnet.
Zielgruppe	intern: --- extern: Gesamte Bevölkerung, Verkehrsunternehmen, kreisangehörige Kommunen.
Kategorie	Pflichtaufgabe
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis
Auftragsgrundlage	§§ 2, 4, 6 Nieders. Nahverkehrsgesetz.
Sachziele	- Sicherstellung einer ausreichenden Bedienung mit Verkehrsleistungen im ÖPNV - "Daseinsvorsorge" - Kreisübergreifende Abstimung von Verkehrsplanungen - Förderung Verbesserungsmaßnahmen im ÖPNV
Qualitätsziele	Z-547-001-001: Fortschreibung des Nahverkehrsplanes im 5-Jahres-Rhythmus Z-547-001-002: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.

Kennzahlen	**Ergebnis Vorvorjahr**	**Ansatz Vorjahr**	**Ansatz lfd. Jahr**
G-547-001-001 Fortschreibung Fachplanung - (Anzahl)	0,00	1,00	0,00
ZK-547-001-201 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	0,00

Leistungen	547-001	Nahverkehrsplanung
	547-001-0001	Nahverkehrsplanung
	547-001-0002	Förderung

Teilergebnishaushalt Produkt 547-001 Nahverkehrsplanung

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	10.342.166,23	4.808.100,00	4.624.600,00			
01.03	+ Auflösungserträge aus Sonderposten	572.758,08	518.200,00	540.600,00			
01.06	+ privatrechtliche Entgelte	100,00					
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	155.637,68					
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**11.070.661,99**	**5.326.300,00**	**5.165.200,00**			
02.01	- Personalaufwendungen	207.465,37	190.400,00	181.400,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	4.758.818,08	1.096.700,00	916.100,00			
02.04	- Abschreibungen	573.389,22	515.500,00	537.100,00			
02.06	- Transferaufwendungen	3.205.235,26	3.577.600,00	3.577.600,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	2.418.704,34	136.500,00	136.700,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**11.163.612,27**	**5.516.700,00**	**5.348.900,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-92.950,28**	**-190.400,00**	**-183.700,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-92.950,28**	**-190.400,00**	**-183.700,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	5.968,15	8.900,00	11.400,00			
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-5.968,15**	**-8.900,00**	**-11.400,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-98.918,43**	**-199.300,00**	**-195.100,00**			

Produkt 547-003 Mobilitätszentrale -freiwillig-

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	54	Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV
Produktgruppe	547	ÖPNV
Produkt	547-003	Mobilitätszentrale -freiwillig-

Teilhaushalt	Dezernat II - Umwelt, Klimaschutz, Verkehr und Verbraucherschutz
Verantwortlich	Amt 909 - Jürgen Flory
Kurzbeschreibung	Einrichtung und Betrieb einer kreisweiten Mobilitätszentrale durch die RVHI GmbH mit einer Hauptstelle im HBF Hildesheim und einer Nebenstelle in Alfeld. Dem Produkt sind 0,1 Stellenanteile zugeordnet.
Zielgruppe	intern: - extern: Bürgerinnen und Bürger sowie Besucherinnen und Besucher des Landkreises Hildesheim
Kategorie	freiwillige Aufgabe
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis
Auftragsgrundlage	Beschluss des Kreisauschusses vom 20.06.2022
Sachziele	Beratung in allen Fragen rund um die Mobilität
Qualitätsziele	Stärkung der umweltfreundlichen Verkehrsmittel im Rahmen der Verkehrswende; Erhöhung der Lebensqualität durch Änderung der Verkehrsmittelwahl
Maßnahmen	Beratung in allen Mobilitätsfragen, Verkauf von Bus- und Bahnfahrkarten Vermittlung von Mietwagen und -rädern, weitere Mobilitätsangebote

Leistungen	547-003	Mobilitätszentrale -freiwillig-

Teilergebnishaushalt Produkt 547-003 Mobilitätszentrale -freiwillig-

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	619.999,97	735.400,00	899.000,00			
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	55.999,92	56.000,00	56.000,00			
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**675.999,89**	**791.400,00**	**955.000,00**			
02.01	- Personalaufwendungen	-0,07	28.300,00	25.800,00			
02.04	- Abschreibungen	0,04					
02.06	- Transferaufwendungen	676.000,00	791.400,00	955.000,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**675.999,97**	**819.700,00**	**980.800,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-0,08**	**-28.300,00**	**-25.800,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-0,08**	**-28.300,00**	**-25.800,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-0,08**	**-28.300,00**	**-25.800,00**			

Produkt 554-001 Naturschutz und Landschaftspflege

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	55	Natur- und Landschaftspflege
Produktgruppe	554	Naturschutz und Landschaftspflege
Produkt	554-001	Naturschutz und Landschaftspflege

Wesentl. Produkt

Teilhaushalt Dezernat II - Umwelt, Klimaschutz, Verkehr und Verbraucherschutz

Verantwortlich Amt 208 - Gerald Baelkner

Kurzbeschreibung

Pflege, Entwicklung und Schutz, wildlebender Tier- und Pflanzenarten in ihren natürlichen Lebensräumen, Überwachung des Handels mit besonders geschützten Arten bzw. mit Produkten dieser Arten. Regelung der Haltung wildlebender Tiere in Gefangenschaft. Landschaftsplanung Sicherung und Entwicklung von Natur und Landschaft durch Schutzgebiete und -objekte, gutachtliche Bewertung von Eingriffen in Natur und Landschaft sowie die Überwachung der erforderlichen Kompensationsmaßnahmen, Erteilung von Aufforstungsgenehmigungen und Regelung des Bodenabbaues, Erhalt und Entwicklung von Naturschutzpotentialen und Kulturlandschaften - Verminderung des Rückganges von Tier- und Pflanzenarten,
Artgerechte Unterbringung von Tieren wildlebender Arten in Gehegen
Dem Produkt sind 8,0 Stellenanteile zugeordnet.

Folgende Anträge:
Genehmigung von Eingriffen in Natur und Landschaft
Freistellungen von Regelungen der SchutzgebietVOen sowie Genehmigung von Waldumwandlungen
Negativbescheinigungen für naturschutzrechtliches Vorkaufsrecht

Zielgruppe

intern: ---
extern: Landschaftsnutzerinnen und -nutzer, Halterinnen und Halter wildlebender Tierarten,
Händlerinnen und Händler von besonders geschützten Tier- und Pflanzenarten bzw. Produkten dieser Arten
Bürger, Naturschutzverbände, Planungsbüros, Gewerbebetriebe, andere Behörden bzw. Verfahrensträger

Kategorie Pflichtaufgabe

Aufgabenzuordnung übertragener Wirkungskreis

Auftragsgrundlage NNatG, BNatSchG, Washingtoner Artenschutzübereinkommen, EU-Vorschriften, BArtSchVO, Landeswaldgesetz,

Sachziele

Erhalt, Sicherung und Kontrolle der bestehenden Schutzgebiete.
Hierzu erfolgen jährliche Sachstandsberichte.

Qualitätsziele

Z-554-001-001:
Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen.
Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.

Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
ZK-554-001-101 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	0,00

Leistungen

554-001	Naturschutz und Landschaftspflege
554-001-0001	Arten- und Biotopschutz
554-001-0002	Besonders geschützte Landschaftsteile
554-001-0003	Eingriffsregelung
554-001-0004	Landschaftsrahmenplan
554-001-0005	Förderung des Naturschutzes (freiw. z.B. Stiftung, Gartenregion, Förderprogr.)

Teilergebnishaushalt Produkt 554-001 Naturschutz und Landschaftspflege

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	41.932,25	355.000,00	400.000,00			
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte	8.323,96	2.100,00	2.100,00			
01.06	+ privatrechtliche Entgelte	350,00	300,00				
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	255.423,27	260.400,00	257.200,00			
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**306.029,48**	**617.800,00**	**659.300,00**			
02.01	- Personalaufwendungen	869.108,40	867.100,00	860.200,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	430.542,82	1.038.200,00	915.800,00			
02.04	- Abschreibungen	238,25	200,00	200,00			
02.06	- Transferaufwendungen	34.785,54	25.000,00				
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	15.144,90	13.000,00	13.000,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**1.349.819,91**	**1.943.500,00**	**1.789.200,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-1.043.790,43**	**-1.325.700,00**	**-1.129.900,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-1.043.790,43**	**-1.325.700,00**	**-1.129.900,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	32.663,20	33.700,00	42.600,00			
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-32.663,20**	**-33.700,00**	**-42.600,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-1.076.453,63**	**-1.359.400,00**	**-1.172.500,00**			

Produkt 554-002 Naturschutz und Landschaftspflege -freiwillig-

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	55	Natur- und Landschaftspflege
Produktgruppe	554	Naturschutz und Landschaftspflege
Produkt	554-002	Naturschutz und Landschaftspflege -freiwillig-

Teilhaushalt	Dezernat II - Umwelt, Klimaschutz, Verkehr und Verbraucherschutz
Verantwortlich	Amt 208 - Gerald Baelkner
Kurzbeschreibung	Förderung der Planung und Umsetzung von Maßnahmen, die dem Erhalt und der Verbessserung des Zustands von Natur und Landschaft dienen, für die keine gesetzlicheVerpflichtung besteht Dem Produkt ist 1,0 Stellenanteile zugeordnet. Folgende Anträge: Anträge auf Förderung von Naturschutzmaßnahmen
Zielgruppe	intern: extern: Naturschutzverbände sowie sonstige im Bereich des Naturschutzes ehrenamtlich Tätige
Kategorie	freiwillige Aufgabe
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis
Auftragsgrundlage	Kreistagsbeschlüsse

Leistungen	554-002	Naturschutz und Landschaftspflege -freiwillig-

Teilergebnishaushalt Produkt 554-002 Naturschutz und Landschaftspflege -freiwillig-

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen			350.000,00			
01.06	+ privatrechtliche Entgelte			300,00			
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen			3.200,00			
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**			**353.500,00**			
02.01	- Personalaufwendungen			106.200,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen			417.500,00			
02.06	- Transferaufwendungen			25.000,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**			**548.700,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**			**-195.200,00**			
05.	**= Jahresergebnis**			**-195.200,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**			**-195.200,00**			

Produkt 555-001 Landwirtschaftsangelegenheiten

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	55	Natur- und Landschaftspflege
Produktgruppe	555	Land- und Forstwirtschaft
Produkt	555-001	Landwirtschaftsangelegenheiten

Teilhaushalt Dezernat II - Umwelt, Klimaschutz, Verkehr und Verbraucherschutz

Verantwortlich Amt 208 - Gerald Baelkner

Kurzbeschreibung

Überprüfung der Kauf- und Pachtverträge für land- und forstwirtschaftliche sowie gärtnerisch genutzte Flächen
von sowie Stellungnahmen für das Landwirtschaftsgericht zu Hofübergabeverträgen, Überprüfung und Weitergabe Förderanträgen,
Verhinderung der Spekulation mit landwirtschaftlichen Flächen,
Verhinderung überhöhter Pachtpreise,
Verbesserung der Agrarstruktur,
Sicherstellung der Wirtschaftsfähigkeit landwirtschaftlicher Betriebe,
Koordination von Förderantragsverfahren mit Beratung von Interessenten
Dem Produkt sind 0,5 Stellenanteile zugeordnet.

Folgende Anträge:
Erteilung von Grundstücksverkehrsgenehmigungen und Negativbescheinigungen

Zielgruppe

intern: ---
extern: Jeder, der land- und forstwirtschaftlich genutzte Flächen veräußern, erwerben, verpachten oder pachten will, Interessentinnen und Interessenten von Förderantragsverfahren

Kategorie Pflichtaufgabe

Aufgabenzuordnung übertragener Wirkungskreis

Auftragsgrundlage Landwirtschaftskammergesetz, Grundstücksverkehrsgesetz, Landpachtverkehrsgesetz, Höfeordnung, Europarecht

Sachziele

Qualitätsziele

Z-551-001-001:
Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen.
Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.

Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
ZK-555-001-101 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	0,00

Leistungen

555-001	Landwirtschaftsangelegenheiten
555-001-0001	Landwirtschaftsangelegenheiten

Teilergebnishaushalt Produkt 555-001 Landwirtschaftsangelegenheiten

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte	581,76					
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**581,76**					
02.01	- Personalaufwendungen	96.279,82	97.200,00	131.600,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	813,68	2.500,00	2.500,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	281,31	1.000,00	1.000,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**97.374,81**	**100.700,00**	**135.100,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-96.793,05**	**-100.700,00**	**-135.100,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-96.793,05**	**-100.700,00**	**-135.100,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	3.597,85	3.800,00	6.000,00			
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-3.597,85**	**-3.800,00**	**-6.000,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-100.390,90**	**-104.500,00**	**-141.100,00**			

Produkt 561-001 Bodenschutz

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	56	Umweltschutz
Produktgruppe	561	Umweltschutzmaßnahmen
Produkt	561-001	Bodenschutz

Teilhaushalt Dezernat II - Umwelt, Klimaschutz, Verkehr und Verbraucherschutz

Verantwortlich Amt 208 - Gerald Baelkner

Kurzbeschreibung

Systematische Erfassung, Gefährdungsabschätzungen, Sicherung und Sanierung (einschl. Nachsorge) von altlastenverdächtigen Flächen
- Nachhaltige Gewährleistung der Schutzgüter Boden, Wasser und Luft
- Schutz der Bevölkerung vor Gesundheitsgefährdungen und Vermögensrisiken
- Verhindern und beseitigen von Umweltgefahren
- Kenntnis der Altlastverdachtsflächen
- Erfassung der über diese Flächen verfügbaren Informationen in einem Kataster
- Erreichen einer Planungssicherheit für den Bereich der Bauleitplanung
- Zukunftsorientierte Nutzung von Flächen und Vermeidung von Fehleinschätzungen bei der Nutzung von Grundstücken
- Konsensorientierte, kostengünstige Abwicklung sinnvoller Maßnahmen mit breiter Öffentlichkeitsinformation
- Weitergabe der ermittelten Daten an beteiligte Stellen und Personen

Dem Produkt sind 2,5 Stellenanteile zugeordnet.

Folgende Anträge:
Auskünfte aus dem Altlastenkatatster
Genehmigung von Sanierungsplänen
Fachliche Stellungnahme zu Bauanträgen und Bauleitplanungen

Zielgruppe

intern: Verwaltung
extern: Bürgerinnen und Bürger, Grundstückseigentümerinnen und -eigentümer, Verursacherinnen und Verursacher

Kategorie Pflichtaufgabe

Aufgabenzuordnung übertragener Wirkungskreis

Auftragsgrundlage Bundes-Bodenschutzgesetz und Nds. Bodenschutzgesetz

Sachziele

Qualitätsziele

Z-561-001-001:
Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen.
Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.

Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
ZK-561-001-101 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	0,00

Leistungen

561-001	Bodenschutz
561-001-0001	Altablagerungen
561-001-0002	Altstandorte

Teilergebnishaushalt Produkt 561-001 Bodenschutz

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte	11.662,74	2.000,00	2.000,00			
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	71.795,45	487.500,00	487.500,00			
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**83.458,19**	**489.500,00**	**489.500,00**			
02.01	- Personalaufwendungen	192.861,98	193.600,00	198.300,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	144.204,95	504.300,00	504.400,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	27.175,97	128.800,00	52.500,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**364.242,90**	**826.700,00**	**755.200,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-280.784,71**	**-337.200,00**	**-265.700,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-280.784,71**	**-337.200,00**	**-265.700,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	8.507,05	8.100,00	11.400,00			
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-8.507,05**	**-8.100,00**	**-11.400,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-289.291,76**	**-345.300,00**	**-277.100,00**			

Produkt 561-002 Umweltschutz

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	56	Umweltschutz
Produktgruppe	561	Umweltschutzmaßnahmen
Produkt	561-002	Umweltschutz

Wesentl. Produkt

Teilhaushalt Dezernat II - Umwelt, Klimaschutz, Verkehr und Verbraucherschutz

Verantwortlich Amt 208 - Gerald Baelkner

Kurzbeschreibung

Maßnahmen zum Schutz vor Luftverunreinigungen, Geräuschen und Erschütterungen, Öffentlichkeitsarbeit, Beschwerdemanagement im Umweltbereich, Information der Bevölkerung über Umweltschutz und Umweltplanung
Dem Produkt sind 3,5 Stellenanteile zugeordnet.

Folgende Anträge:
Zulassung von nach dem BImSchG genehmigungsbedürftigen Vorhaben
Fachliche Stellungnahme zu Bauanträgen und Bauleitplanungen

Zielgruppe

intern: ---
extern: Einwohnerinnen und Einwohner, Anlagenbetreiberinnen und Anlagenbetreiber, Verursacherinnen und Verursacher

Kategorie Pflichtaufgabe

Aufgabenzuordnung übertragener Wirkungskreis

Auftragsgrundlage BImSchG, Kreistagsbeschlüsse

Qualitätsziele

Z-561-002-001:
Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen.
Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.

Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
ZK-561-002-101 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	0,00

Leistungen

561-002	Umweltschutz
561-002-0002	Immissionsschutz
561-002-0003	Sonstige Umweltangelegenheiten
561-002-0004	Umweltschutzprojekte und Programme (freiwillig z.B. Agenda 21)

Teilergebnishaushalt Produkt 561-002 Umweltschutz

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte	44.320,78	92.000,00	92.000,00			
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen		1.600,00	600,00			
01.11	+ sonstige ordentliche Erträge		500,00	500,00			
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**44.320,78**	**94.100,00**	**93.100,00**			
02.01	- Personalaufwendungen	80.703,87	81.900,00	164.100,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	7.877,85	9.300,00	6.400,00			
02.04	- Abschreibungen	4.183,15					
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	24.695,51	51.900,00	51.900,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**117.460,38**	**143.100,00**	**222.400,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-73.139,60**	**-49.000,00**	**-129.300,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-73.139,60**	**-49.000,00**	**-129.300,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	3.715,61	3.200,00	6.200,00			
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-3.715,61**	**-3.200,00**	**-6.200,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-76.855,21**	**-52.200,00**	**-135.500,00**			

Produkt 561-003 Klimaschutz

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	56	Umweltschutz
Produktgruppe	561	Umweltschutzmaßnahmen
Produkt	561-003	Klimaschutz

Wesentl. Produkt

Teilhaushalt Dezernat II - Umwelt, Klimaschutz, Verkehr und Verbraucherschutz

Verantwortlich Amt 208 - Gerald Baelkner

Kurzbeschreibung Klimaschutzrahmenprogramm für die Region Hildesheim:
Grundlage für weitere geförderte Klimaschutzmaßnahmen einschl. energetischer Sanierung gemeindlicher und kreiseigener Liegenschaften

Zielgruppe intern: Amt 302 Bauordnung und Planung; Amt 304 Gebäudewirtschaft
extern: Städte und Gemeinden; Wirtschaft/Geldinstitute/Wohnungswirtschaft/Bauwirtschaft;
Bevölkerung/Hauseigentümerinnen und -eigentümer

Kategorie Pflichtaufgabe

Aufgabenzuordnung übertragener Wirkungskreis

Auftragsgrundlage Art. 20a GG; Energieeinsparungsgesetz/Energieeinsparverordnung; KT-Beschluss vom 03.04.2008

Sachziele Erstellung eines Klimaschutzprogramms für den gesamten Landkreis unter Abstimmung mit den Städten und Gemeinden und sonstigen Institutionen im Jahr 2011.
Erarbeitung einer Umsetzungsstrategie für die Klimaschutzziele.

Qualitätsziele Z-561-003-001:
Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen.
Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.
Z-561-003-002:
Aufstellung einer hochwertigen Handlungsanweisung für das Erreichen des gesetzten Klimaschutzzieles.

Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
ZK-561-003-101 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	0,00

Leistungen

561-003	Klimaschutz
561-003-0001	Phosphorrückgewinnung, Karbonisierung

Teilergebnishaushalt Produkt 561-003 Klimaschutz

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
02.01	- Personalaufwendungen	-0,01					
02.06	- Transferaufwendungen	30.592,41					
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	29,75	1.200,00				
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**30.622,15**	**1.200,00**				
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-30.622,15**	**-1.200,00**				
05.	**= Jahresergebnis**	**-30.622,15**	**-1.200,00**				
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-30.622,15**	**-1.200,00**				

Produkt 561-004 Bodenschutz -freiwillig-

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	56	Umweltschutz
Produktgruppe	561	Umweltschutzmaßnahmen
Produkt	561-004	Bodenschutz -freiwillig-

Teilhaushalt	Dezernat II - Umwelt, Klimaschutz, Verkehr und Verbraucherschutz
Verantwortlich	Amt 208 - Gerald Baelkner
Kategorie	freiwillige Aufgabe
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis

Leistungen	561-004	Bodenschutz -freiwillig-

Teilergebnishaushalt Produkt 561-004 Bodenschutz -freiwillig-

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen			1.300,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**			**1.300,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**			**-1.300,00**			
05.	**= Jahresergebnis**			**-1.300,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**			**-1.300,00**			

Produkt 561-005 Umweltschutz -freiwillig-

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	56	Umweltschutz
Produktgruppe	561	Umweltschutzmaßnahmen
Produkt	561-005	Umweltschutz -freiwillig-

Teilhaushalt	Dezernat II - Umwelt, Klimaschutz, Verkehr und Verbraucherschutz
Verantwortlich	Amt 208 - Gerald Baelkner
Kategorie	freiwillige Aufgabe
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis

Leistungen	561-005	Umweltschutz -freiwillig-

Teilergebnishaushalt Produkt 561-005 Umweltschutz -freiwillig-

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen			1.000,00			
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**			**1.000,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**			**1.000,00**			
05.	**= Jahresergebnis**			**1.000,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**			**1.000,00**			

Produkt 561-006 Klimaschutz -freiwillig-

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	56	Umweltschutz
Produktgruppe	561	Umweltschutzmaßnahmen
Produkt	561-006	Klimaschutz -freiwillig-

Leistungen	561-006	Klimaschutz -freiwillig-

Teilergebnishaushalt Produkt 561-006 Klimaschutz -freiwillig-

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen			1.200,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**			**1.200,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**			**-1.200,00**			
05.	**= Jahresergebnis**			**-1.200,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**			**-1.200,00**			

Produkt 575-002 Tourismus -freiwillig-

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	57	Wirtschaft und Tourismus
Produktgruppe	575	Tourismus
Produkt	575-002	Tourismus -freiwillig-

Teilhaushalt	Dezernat II - Umwelt, Klimaschutz, Verkehr und Verbraucherschutz
Verantwortlich	Amt 909 - Jürgen Flory
Kurzbeschreibung	Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen, die dazu führen, das landschaftliche und kulturtouristische Potenzial im Landkreis Hildesheim nachhaltig besser zu nutzen und dadurch das überdurchschnittliche Nachfragewachstum (Übernachtungen) zu verstetigen. Dem Produkt sind 1,1 Stellenanteile zugeordnet.
Zielgruppe	intern: - extern: Bewohnerinnen und Bewohner und Besucherinnen und Besucher des Landkreises
Kategorie	freiwillige Aufgabe
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis
Auftragsgrundlage	Kreistagsbeschluss vom 10.12.2020
Sachziele	- Infrastrukturentwicklung (Entwicklung der Ortsbilder; Sicherung und Entwicklung der Touristinformationen; Sicherung und Entwicklung des Angebotes in den Welterbestätten; Sicherung und Entwicklung des Kur-/Gesundheitsstandortes Bad Salzdetfurth; Sicherung und Entwicklung des Angebotes am Freizeitpark Sottrum; Sicherung und Entwicklung der Freizeitinfrastruktur; Sicherung und Entwicklung der Beherbergungsbetriebe; Sicherung und Entwicklung der Freizeitwege) - Angebots- & Produktentwicklung (im Bereich Kultur, Radfahren, Wandern, Wassertourismus, Landurlaub, Naturerlebnisse, Kulinarik, Gruppenangebute, Gesundheitstourismus, Tagungen/MICE, Pauschalen) - Organisation, Netzwerk & Kooperation (Verlängerung/Erweiterung des Rahmenvertrages mit Hildesheim Marketing für den gesamten Landkreis; Prüfung der Einordnung und Abgrenzung bei TMN; Prüfung eines newsrooms als Netzwerk) - Kommunikation & Vertrieb (Erstellung einer Mediaplanung zur zeitgemäßen, angemessenen und wirksamen Kommunikation der Angebote entlang der Customer Journey (online+Print)
Qualitätsziele	- Nachhaltigkeit und Klimaschutz (nachhaltige Tourismusentwicklung; umweltschonende Mobilität; nachhaltige Produktbausteine; Schärfung des Konsumbewusstseins; Information und Sensibilisierung der Gäste; klimafreundliche Unterkünfte; moderne Inszenierung vorhandener Standorte regenerativer Energieerzeugung) - Barrierefreiheit (barrierefreie Ausstattung wichtiger Angebote; Information über barrierefreies Angebot; Darstellung barrierefreier Quartiere; Prüfung der Beteiligung an der Initiative der TMN "Reisen für Alle" - Digitalisierung (Entwicklung einer Digitalstrategie, u.a. Schnittstelle zu den Angeboten auf Landesebene; Schaffung einer zeitgemäßen Internetseite - Qualitätssicherung (Verbesserung des digitalen Informationsangebotes; Prüfung der Steigerung von bett & bike Betrieben; Prüfung der Beteiligung des Familienpark Sottrum an der Initiative "Familien-FerienLand Niedersachsen"; Förderung von Produktinnovationen im Landkreis
Maßnahmen	Aufbau Netzwerk: Richtung Land bzw. themenbezogen (Gastgewerbe, Dehoga, Wandervereine) Marktanalyse, insbesondere im Hinblick auf die Nachbarlandkreise Erstellung und Umsetzung einer Media-/Veranstaltungs- und Projektplanung Prüfung/Einführung von Zertifizierungen (Reisen für Alle; Kinderferienland; kulinarische Botschafter 2024) erste Angebotsentwicklung im Bereich Wandern, Bleisue, Pauschalen/Bausteine Prüfung der Realisierung einer Erlebniskarte Prüfung der Realisierung eines einheitlichen Veranstaltungskalenders/ Schnittstellen zu kommunalen websites oder Abruf etc. Prüfung einer zusätzlichen Infrastruktur an Radwegen

Leistungen	575-002	Tourismus -freiwillig-

Teilergebnishaushalt Produkt 575-002 Tourismus -freiwillig-

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	613,00					
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**613,00**					
02.01	- Personalaufwendungen	77.767,15	82.000,00	77.200,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	3.548,37	5.000,00	5.000,00			
02.06	- Transferaufwendungen	61.383,37	60.000,00	60.000,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	3.398,74					
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**146.097,63**	**147.000,00**	**142.200,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-145.484,63**	**-147.000,00**	**-142.200,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-145.484,63**	**-147.000,00**	**-142.200,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	2.237,35					
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-2.237,35**					
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-147.721,98**	**-147.000,00**	**-142.200,00**			

Teilhaushalt
Dezernat 1

Finanzen, Digitalisierung und Innere Dienste

Erläuterungen zum Teilhaushalt 1 - Finanzen, Digitalisierung und Innere Dienste für das Haushaltsjahr 2026

Aus der folgenden Übersicht ist die Entwicklung bzw. Veränderung des Zuschussbedarfes der Produkte der Ämter des THH 1 für das Haushaltsjahr 2026 ersichtlich.

Amt	Produkt-Nr.	Bezeichnung	Zuschuss (-)/ Überschuss 2025 in €	Zuschuss (-)/ Überschuss 2026 in €	Differenz	Erl.
Dez. 1	**111-033**	Kommunalförderung	-30.300	0	30.300	
	111-034	Kommunalförderung -freiwillig-	0	-23.600	-23.600	
	111-043	Informationssicherheit	0	-35.700	-35.700	**x**
102	**111-001**	Projekte im Dezernat 1	-1.210.700	-1.313.200	-102.500	**x**
	111-005	IuK	181.600	167.400	-14.200	
103	**111-003**	Zentrale Dienste und betriebl. Gesundheitsmanagement	-2.101.000	-2.228.400	-127.400	**x**
106	**111-006**	Kassenwesen	-1.592.100	-1.723.100	-131.000	**x**
107	**111-007**	Finanzen	-653.500	-865.000	-211.500	**x**
304	**111-009**	Gebäudewirtschaft Verwaltungsgebäude und Sonstige	-5.209.800	-5.302.300	-92.500	**x**
	126-002	Gebäudewirtschaft FTZ	-356.400	-379.300	-22.900	**x**
	127-002	Gebäudewirtschaft Rettungsdienst	-600	-600	0	**x**
	212-002	Gebäudewirtschaft Hauptschulen	-675.300	-771.600	-96.300	**x**
	215-002	Gebäudewirtschaft Realschulen	-562.500	-655.700	-93.200	**x**
	216-002	Gebäudewirtschaft Kombinierte Haupt- und Realschulen	-6.551.200	-6.942.900	-391.700	**x**
	217-002	Gebäudewirtschaft Gymnasien	-6.077.700	-7.488.300	-1.410.600	**x**
	218-002	Gebäudewirtschaft Gesamtschulen	-2.988.500	-3.452.900	-464.400	**x**
	221-002	Gebäudewirtschaft Förderschulen	-1.518.000	1.622.900	-104.900	**x**
	231-002	Gebäudewirtschaft berufliche Schulen	-7.894.800	-8.622.100	-727.300	**x**
	315-501	Gebäudewirtschaft Unterkünfte für Asylbewerber	-69.200	-70.600	-1.400	**x**
	366-002	Gebäudewirtschaft Jugendeinrichtungen	-900	-900	0	**x**
	542-001	Kreisstraßen und Radwege	-7.060.800	-8.715.200	-1.654.400	**x**

Die wesentlichen Veränderungen sind in der Spalte Erläuterungen mit einem „x“ gekennzeichnet und werden nachstehend wie folgt erläutert:

Die Personalkosten (02.01 Aufwendungen für aktives Personal und 02.02 Aufwendungen für Versorgung) wurden vom Amt 101 – Personal- und Organisationsamt kalkuliert.

Die Entwicklung der Personalkosten ist den Erläuterungen zur Kalkulation des Personalaufwandes im THH I zu entnehmen.

Dezernat 1

Produkt 111-043 Informationssicherheit
Veränderung des Zuschussbedarfs: -35.700 €

Der/die Informationssicherheitsbeauftragte (ISB) trägt die Verantwortung für die Sicherheit von Informationen und Systemen in der Verwaltung. Er/sie berät die Verwaltungsleitung, die Gesamtverwaltung und die IT und ist verantwortlich für das Informationssicherheitsmanagement (ISMS). Für das Produkt ergibt sich Zuschussbedarf i.H.v. 35.700 €. Darin enthalten sind Personalaufwendungen (02.01) und sonstige ordentliche Aufwendungen (02.07) für diverse Anwendungen und Schulungsinhalte.

Amt 102 Informations- und Kommunikationstechnik

Produkt 111-001 Projekte im Dezernat 1
Veränderung des Zuschussbedarfs: -102.500 €

Ein erhöhter Zuschussbedarf ergibt sich in erster Linie durch die Fortsetzung des Projekts "Modernisierung der IT-Infrastruktur“. Dabei stehen diverse Projekte im Haushaltsjahr 2026 auf der Agenda. Zu nennen sind eine Externe Begleitung bei der Erstellung einer Digitalisierungsstrategie für die Kreisverwaltung, div. Anschubfinanzierung von Projekten, Einführung einer hauseinheitlichen Terminverwaltung, Unterstützungsleistungen (z.B. Fachverfahrensertüchtigung, Erwerb von Lizenzen, etc.) für die Einführung von OZG Leistungen, die Einführung und/ oder Verbesserung des DMS Systems in den Ämtern (ASV) und Anschubfinanzierungen für kleinere Projekte, welche die Digitalisierung voran bringen, sowie Verbesserung des OpenRathaus inkl. einer evtl. Unterstützung der angeschlossenen Gemeinden.

Amt 103 Hauptamt

Produkt 111-003 Zentrale Dienste und betriebl. Gesundheitsmanagement
Veränderung des Zuschussbedarfs: -127.400 €

Ein erhöhter Zuschussbedarf ergibt sich insbesondere bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen (02.07). Sowohl bei Mitgliedsbeiträgen und auch den Umlagen an Schadensausgleichskassen und Versicherungen, ergeben sich Steigerungen von ca. 10%. Bei den Personalaufwendungen (02.01) steigt der Zuschussbedarf um 67.900 €.

Amt 106 Kreiskasse

Produkt 111-006 Kassenwesen
Veränderung des Zuschussbedarfs: -131.000

Der erhöhte Zuschussbedarf ist vorrangig auf die gestiegenen Personalaufwendungen (02.01) zurückzuführen. Der Zuschussbedarf im Bereich der Personalaufwendungen steigt um 95.900 € auf 1.707.800 €.

Amt 107 Kämmerei

Produkt 111-007 Finanzen
Veränderung des Zuschussbedarfs: -211.500

Bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (02.03) ergibt sich ein erhöhter Zuschussbedarf i.H.v. 21.500 €. Dabei handelt es sich um die laufenden jährlichen Kosten für das Programm "IKVS", welches auf Initiative der Politik (Antrag 750/XIX) angeschafft werden soll. Des Weiteren erhöht sich der Zuschussbedarf bei den Personalaufwendungen (02.01) um 176.600 €.

Amt 304 Amt für Hoch- und Tiefbau und Gebäudemanagement

Sachkonto 4211-0000 - Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen
Gemäß Kreistagsbeschluss ist für die Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen 1,2% des Wiederbeschaffungswertes zur Verfügung zu stellen. Für 2026 stehen aufgrund des leicht gestiegenen Baupreisindexes Mittel von 11.857.800 Euro zur Verfügung. Dies entspricht lediglich einer Steigerung von 1,87% zum Vorjahresansatz und liegt damit unter der allgemeinen Inflationsrate in Deutschland.

Sachkonto 4211-0009 - Rückbau-/Abrisskosten
Für den Abriss des alten Gymnasiums Sarstedt mussten für das Haushaltsjahr 2026 einmalig 1.907.000 Euro eingestellt werden, die bereits vertraglich gebunden sind.

Produkt 542-001 - Kreisstraßen und Radwege
Das Budget für die Unterhaltung der Kreisstraßen und Radwege (Sachkonto 4212-0000) ist in letzten Jahren deutlich unterfinanziert gewesen. Um den gesetzlichen Pflichtaufgaben und der Verkehrssicherungspflicht im Rahmen der Unterhaltung der Kreisstraßen und Radwege nachkommen zu können, ist das Budget um 1.500.000 Euro auf nunmehr auf 2.854.000 Euro erhöht worden.

Investitionstätigkeit

Die Investitionen ergeben sich aus der Übersicht „Investitionen Teilhaushalt 1“. Das Dezernat 1 hat auf Basis des Konsolidierungsprogramms unter Berücksichtigung aktueller Entwicklungen seinen Auszahlungsbedarf angemeldet.

Investitionstätigkeit:

Die Struktur sowie die Höhe der Auszahlungen bzw. der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit sind aus der nachfolgenden Aufstellung ersichtlich

	Haushaltsplan		IP / Finanzplanung			Bew.-Stelle
	HA 2026	VE 2026	2027	2028	2029	
	€	€	T€	T€	T€	
Auszahlungen						
1. Fortsetzungsmaßnahmen						
Gebäudewirtschaft						
Erstausstattung und Neubesch. Besprechungs- und Fraktionsräume	20.000					304
Alf, Kreishaus, Barrierefreiheit, Modernisierung, Energetische Sanierung	0		1.600	1.600	1.600	304
Bad Salzdetfurth, FTZ Neubau Fahrzeughalle	150.000					304
Alfeld, RS Erweiterung	1.000.000		250			304
Photovoltaikanlagen	250.000		250	250	250	304
Maßnahmenübergreifende Planungsmittel	150.000		150	150	150	304
Harsum OBS -Neubau Mensa-				600	1.200	304
Nordstemmen OBS - Umsetz.Brandschutzk. -	1.500.000		1.000	400		304
Ottbergen, OBS Gebäudesanierung und Abdeckung Raumbedarf	4.200.000		4.200	2.196		304
Hildesheim Michelsenschule - Erweiterung	16.000.000					304
Hildesheim GYM Himmelsthür -Maßn. Vorbeug. Brandschutz-	1.250.000		1.250	250		304
Bad Salzdetfurth IGS - Außenanlagen	600.000					304
Alfeld BBS Umsetz.Brandschutzk.3.-7.BA	1.300.000		900	1.000	1.000	304
Hildesheim, BBS Herman-Nohl, Neubau Gebäude 1 Stadtfeld	17.354.000		16.501	60		304
Hildesheim BBS Steuerwald Sanierung und Erweiterung	3.153.000		4.557	22.488	14.435	304
GVFG - Maßnahmen (55 % Zuweisung)						
GVFG - K 522 Kanalbrücke Lühnde - Wätzum (Stichkanal)	25.000		2.530	600		304
Radwegebauprogramm	500.000		800	3.700	5.350	304
Kreisstraßen						
Deckenprogramm (Eigenmittel)	1.855.000		1.910	1.970	2.029	304
Um- und Ausbau (Eigenmittel)	2.250.000		2.320	2.390	2.462	304
Planungskosten (Eigenmittel)	680.000		680	680	680	304
Grunderwerb (Eigenmittel)	20.000		20	20	20	304
Radwege						
Planungskosten (Eigenmittel)	300.000		300	300	300	304
Gesamtsumme der Fortsetzungsmaßnahmen:	**52.557.000**	**0**	**39.218**	**38.654**	**29.476**	
2. Gesetzliche und vertragl. Verpflichtungen, neutrale Auszahlungen						
Investitionszuschuss an Stadt Hildesheim für weiterführende Schulen	2.000.000		2.000	2.000	2.000	304
Gesamtsumme gesetzliche/vertragl. Verpfl., neutrale Auszahl.	**2.000.000**	**0**	**2.000**	**2.000**	**2.000**	
3. Erwerb von beweglichem Vermögen						
Summe Aufstellung Erwerb von bewegl. Anlagevermögen (Amt 304)	48.000	0	48	48	48	304
Summe Aufstellung Erwerb von bewegl. Anlagevermögen (Amt 102)	757.500	1.230.000	610	610	610	102
Gesamtsumme Erwerb bewegliches Vermögen	**805.500**	**1.230.000**	**658**	**658**	**658**	
4. Zuweisungen für gemeindliche Aufgaben						
Gesamtsumme Zuweisungen für gemeindliche Aufgaben	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
5. Grunderwerb, soweit nicht bei Maßnahmen						
Allgemeines Grundvermögen	0	0	0	0	0	304
Gesamtsumme Grunderwerb, soweit nicht bei Maßnahmen	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
6. Neue Maßnahmen						
Gebäudewirtschaft						
Nordstemmen OBS Erweiterung Raumbedarf				500	1.750	304
Alfeld, BBS Sporthalle, Brandschutz, Barrierefreiheit			750	750		304
Hildesheim FS Holztechnik, Einbau Schärfraum	370.000					304
Hildesheim FS Holztechnik, Rettungsweg, Sanierung DG, Brandschutz	1.400.000					304
GVFG - Maßnahmen (55 % Zuweisung)						
GVFG - weitere neue Maßnahmen Straßenbau - Finanzplanung			4.130	6.550	8.155	304
Gesamtsumme Neue Maßnahmen	**1.770.000**	**0**	**4.880**	**7.800**	**9.905**	
7. Zusammenstellung der Auszahlungen						
Gesamtsumme 1 (Fortsetzungsmaßnahmen)	52.557.000	0	39.218	38.654	29.476	
Gesamtsumme 2 (Gesetzl. / vertragl. Verpflicht., neutrale Auszahl.)	2.000.000	0	2.000	2.000	2.000	
Gesamtsumme 3 (Erwerb von beweglichem Vermögen)	805.500	1.230.000	658	658	658	
Gesamtsumme 4 (Zuweisungen für gemeindliche Aufgaben)	0	0	0	0	0	
Gesamtsumme 5 (Grunderwerb, soweit nicht bei Maßnahmen)	0	0	0	0	0	
Gesamtsumme 6 (Neue Maßnahmen)	1.770.000	0	4.880	7.800	9.905	
Summe der Auszahlungen:	**57.132.500**	**1.230.000**	**46.756**	**49.112**	**42.039**	

	Haushaltsplan		IP / Finanzplanung			Bew.-Stelle
	HA 2026	VE 2026	2027	2028	2029	
	€	€	T€	T€	T€	
Einzahlungen						
GVFG - Zuweisungen						
GVFG - K 522 Kanalbrücke Lühnde - Wätzum (Stichkanal)	13.700		1.391	330		304
GVFG - Radwegebauprogramm	275.000		440	2.035	2.942	304
GVFG - weitere neue Maßnahmen Straßenbau - Finanzplanung			2.271	3.602	4.485	304
Summe der Einzahlungen:	**288.700**	**0**	**4.102**	**5.967**	**7.427**	
Saldo aus Investitionstätigkeit:	**-56.843.800**	**-1.230.000**	**-42.654**	**-43.145**	**-34.612**	

Erwerb von beweglichem Anlagevermögen (ohne Schulen)

Einrichtung	HA 2026 gemäß HSK	Haushaltsplan		IP / Finanzplanung			Bew.-stelle
		HA 2026	VE 2026	2027	2028	2029	
	€	€	€	T€	T€	T€	
Technische Ausstattung Hausmeister	48.300	33.000	0	33	33	33	304
Ausstattung Gebäudereinigung		15.000	0	15	15	15	304
Zwischensumme Amt 304:	**48.300**	**48.000**	**0**	**48**	**48**	**48**	
IuK (Haushaltskons.) (Die Beschaffungen führen zu entsprechenden Einsparungen und sind insofern durch das Haushaltssicherungskonzept gedeckt.)		757.500	1.230.000	610	610	610	102
Zwischensumme Amt 102:		**757.500**	**1.230.000**	**610**	**610**	**610**	
Gesamtsumme:		**805.500**	**1.230.000**	**658**	**658**	**658**	

Haushaltsplan 2026
Übersicht Produkte aller Teilhaushalte

Teilhaushalt Dezernat 1

Dezernat 1 - Finanzen, Digitalisierung und innere Dienste					
Amt	**Produktnr.**	**Bezeichnung**	**Plan 2026**		**Zuschuss (-) Überschuss**
			Erträge €	**Aufwendungen €**	**€**
1-00	111-034	Kommunalförderung -freiwillig-	0	23.600	-23.600
1-00	111-043	Informationssicherheit	0	35.700	-35.700
1-02	111-005	IuK	4.837.400	4.670.000	167.400
1-03	111-003	Zentrale Dienste und Betriebl. Gesundheitsmanagement	123.800	2.352.200	-2.228.400
1-06	111-006	Kassenwesen	300.100	2.023.200	-1.723.100
1-07	111-007	Finanzen	0	865.000	-865.000
1-1PRO	111-001	Projekte im Dezernat 1	0	1.313.200	-1.313.200
3-04	111-009	Gebäudewirtschaft Verwaltungsgebäude und Sonstige	580.200	5.882.500	-5.302.300
3-04	126-002	Gebäudewirtschaft FTZ	233.800	613.100	-379.300
3-04	127-002	Gebäudewirtschaft Rettungsdienst	0	600	-600
3-04	212-002	Gebäudewirtschaft Hauptschulen	20.400	792.000	-771.600
3-04	215-002	Gebäudewirtschaft Realschulen	500	656.200	-655.700
3-04	216-002	Gebäudewirtschaft Kombinierte Haupt- und Realschulen	419.000	7.361.900	-6.942.900
3-04	217-002	Gebäudewirtschaft Gymnasien	421.200	7.909.500	-7.488.300
3-04	218-002	Gebäudewirtschaft Gesamtschulen	371.200	3.824.100	-3.452.900
3-04	221-002	Gebäudewirtschaft Förderschulen	12.400	1.635.300	-1.622.900
3-04	231-002	Gebäudewirtschaft berufliche Schulen	297.000	8.919.100	-8.622.100
3-04	315-501	Gebäudewirtschaft Unterkünfte für Asylbewerber	900	71.500	-70.600
3-04	366-002	Gebäudewirtschaft Jugendeinrichtungen	0	900	-900
3-04	542-001	Kreisstraßen und Radwege	1.197.300	9.912.500	-8.715.200
Ergebnis Teilhaushalt 1			**8.815.200**	**58.862.100**	**-50.046.900**

Teilergebnishaushalt Teilhaushalt 1

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.01	Steuern und ähnliche Abgaben	3.481.373,09					
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	37.314.534,56	35.359.800,00	54.000,00			
01.03	+ Auflösungserträge aus Sonderposten	2.940.494,39	2.665.000,00	2.610.200,00			
01.04	+ sonstige Transfererträge	788.576,73	646.000,00				
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte	8.975,09	95.500,00	18.800,00			
01.06	+ privatrechtliche Entgelte	1.022.137,98	830.200,00	903.400,00			
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	393.784,71	406.800,00	345.200,00			
01.08	+ Zinsen und ähnliche Finanzerträge	10.425,41					
01.11	+ sonstige ordentliche Erträge	450.762,37	300.000,00	300.000,00			
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**46.411.064,33**	**40.303.300,00**	**4.231.600,00**			
02.01	- Personalaufwendungen	12.144.598,14	12.199.800,00	12.642.300,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	24.384.536,17	28.085.600,00	32.723.400,00			
02.04	- Abschreibungen	11.162.249,91	10.511.100,00	10.864.100,00			
02.06	- Transferaufwendungen	58.758,15	125.000,00	25.000,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	68.223.668,80	66.279.700,00	2.157.600,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**115.973.811,17**	**117.201.200,00**	**58.412.400,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-69.562.746,84**	**-76.897.900,00**	**-54.180.800,00**			
04.01	+ außerordentliche Erträge	346,31					
04.03	**= Außerordentliches Ergebnis**	**346,31**					
05.	**= Jahresergebnis**	**-69.562.400,53**	**-76.897.900,00**	**-54.180.800,00**			
08.01	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	3.719.100,00	4.025.900,00	4.583.600,00			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	351.400,00	373.200,00	449.700,00			
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**3.367.700,00**	**3.652.700,00**	**4.133.900,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-66.194.700,53**	**-73.245.200,00**	**-50.046.900,00**			

Produkt 111-001 Projekte im Dezernat 1

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	11	Innere Verwaltung
Produktgruppe	111	Verwaltungssteuerung und -service
Produkt	111-001	Projekte im Dezernat 1

Teilhaushalt	Dezernat 1 - Finanzen, Digitalisierung und Innere Dienste
Verantwortlich	Amt 102 - Rainer Gollnick
Kurzbeschreibung	Projektleitung bzw. -begleitung bei dezernatsübergreifenden Projekten von zentraler Bedeutung. Dem Produkt sind 10,1 Stellenanteile zugeordnet.
Zielgruppe	intern: Verwaltungsvorstand, Dezernate extern: ---
Kategorie	Funktionsaufgabe
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis
Auftragsgrundlage	Auftrag der Verwaltungsführung
Sachziele	
Qualitätsziele	Z-111-001-101: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.

Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
G-111-001-001 Projekte - (Anzahl)	0,00	8,00	0,00
ZK-111-001-101 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote) Durchschn.Sons	0,00	2,00	0,00

Leistungen	111-001	Projekte im Dezernat 1
	111-001-0001	Projekt HKR
	111-001-0002	Projekt Doppik
	111-001-0003	Projekt DMS
	111-001-0004	Projekt GIS
	111-001-0005	Projekt IKZ-IuK
	111-001-0006	Projekte
	111-001-0007	Informationssicherheit
	111-001-0008	INSPIRE
	111-001-0009	e-Vergabe
	111-001-0010	Digitale Schule
	111-001-0011	Telearbeit
	111-001-0012	Projekt Modernisierung der IT-Infrastruktur
	111-001-0013	Online-Zugangs-Gesetz (OZG)

Teilergebnishaushalt Produkt 111-001 Projekte im Dezernat 1

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
02.01	- Personalaufwendungen	739.669,60	837.500,00	983.900,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	1.390,11	200,00	200,00			
02.04	- Abschreibungen			28.300,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	890.476,67	372.100,00	299.500,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**1.631.536,38**	**1.209.800,00**	**1.311.900,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-1.631.536,38**	**-1.209.800,00**	**-1.311.900,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-1.631.536,38**	**-1.209.800,00**	**-1.311.900,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	568,00	900,00	1.300,00			
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-568,00**	**-900,00**	**-1.300,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-1.632.104,38**	**-1.210.700,00**	**-1.313.200,00**			

Produkt 111-003 Zentrale Dienste und betriebl. Gesundheitsmanagement

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	11	Innere Verwaltung
Produktgruppe	111	Verwaltungssteuerung und -service
Produkt	111-003	Zentrale Dienste und betriebl. Gesundheitsmanagement

Teilhaushalt

Dezernat 1 - Finanzen, Digitalisierung und Innere Dienste

Verantwortlich

Amt 103 - Marion Rennemann

Kurzbeschreibung

Telefonzentrale, Informationsschalter im Kreishaus, Druckerei, Poststelle, Verwaltung des zentralen Fuhrparks, Versicherungen, Graphisches Gestaltungswesen, Administration des Verfahren zur elektronischen Zeiterfassung;

Medizinische und soziale Beratung und Betreuung aller Bediensteten im Rahmen des Betriebliches Gesundheitsmanagement:
Arbeitsschutz und Arbeitssicherheit, Betriebliches Eingliederungsmanagement, Betriebliche Gesundheitsförderung, Unfallanzeigen,
Geschäftsführung des Arbeitsschutzausschusses

Zentrale Durchführung aller Vergabeverfahren des Landkreis Hildesheim mit einem geschätzten Nettoauftragswert von mindestens 25.000 Euro entsprechend der vergaberechtlicher Vorschriften;

Durchführung der Vergabeverfahren der teilnehmenden kreisangehörigen Kommunen mit einem geschätzten Nettoauftragswert von mindestens 25.000 Euro im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit;

Wahrnehmung der Aufgaben nach den Vorschriften der Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderung in Deutschland (Neuntes Buch Sozialgesetzbuch - SGB IX);

Erstellung und Veröffentlichung des Amtsblattes für den Landkreis Hildesheim (amtliches Verkündungsblatt der Kreisverwaltung und der kreisangehörigen Gemeinden);

Ordensangelegenheiten; Repräsentationsaufgaben wie z.B. Bearbeitung von Ehejubiläen, Geburtstagen und Vereinjubiläen, Partnerschaften und Mitgliedschaften in
zentralen Vereinen und Verbänden; Übertragung besonderer Befugnisse und Verwendung von Hoheitszeichen (Dienstsiegel)

Dem Produkt sind 14,6 Stellenanteile zugeordnet.

Zielgruppe

intern: Verwaltungsführung, Dezernate und Ämter, Führungskräfte, Beschäftigte
extern: Kreisangehörige Gemeinden, Bürgerinnen und Bürger

Kategorie

Funktionsaufgabe

Aufgabenzuordnung

übertragener Wirkungskreis

Auftragsgrundlage

Auftrag durch Kreistagsbeschluss, durch die Verwaltungsführung und die Ämter der gesamten Verwaltung;
Allgemeine und spezielle Dienstanweisungen des Landkreises Hildesheim;
Vorschriften der Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderung in Deutschland (SGB IX)
Nds. Behindertengeichstellungsgesetz (NBGG)
Niedersächsisches Tariftreue- und Vergabegesetz (NTVergG); Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB)
Unterschwellenvergabeordnung (UVgO);
Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB); Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (VgV)
Vergaberechtsänderungsgesetz (VgRÄG); Verfahrensordnung für die Vergabe öffentlicher Liefer- und Dienstleistungsaufträge
unterhalb der EU-Schwellenwerte (Unterschwellenvergabeordnung-UVgO); Konzessionsvergabeordnung (KonzVgV);
Sektorenverordnung (SektVO); Mindestlohngesetz (MiLoG); Arbeitnehmerentsendungsgestz (AEntG);
Vergabestatistikverordnung (VergStatVO); Niedersächsisches Datenschutzgesetz (NDSG); Bürgerliches Gesetzbuch (BGB); Straßenverkehrsgesetz (STVG); Straßenverkehrsordnung (STVO) Gesetz über Ordnungswidrigkeiten (OWiG)
Verleihungsrichtlinien des Bundes und des Landes Niedersachsen
Bundesreisekostengesetz (BRKG); Reisekostenrecht;
Niedersächsisches Beamtengesetz (NBG); Bundesbesoldungsgesetz (BBesG); bestehende Tarifverträge; SGB IX;
Dienstanweisung über die Arbeitszeit beim Landkreis Hildesheim;
Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG); Kommunalhaushalts- und kassenverordnung (KomHKVO)
interne Verfügungen zur Haushaltsführung; interne Verfügungen zum Berichtswesen; Rahmenvorgaben zur Durchführung
der Kosten-/Leistungsrechnung sowie der Produktbeschreibungen;
Arbeitssicherheitsgesetz (ASiG); Arbeitsschutzgesetz (ArbSchG); Verordnung zur arbeitsmedizinischen Vorsorge;

Produkt 111-003 Zentrale Dienste und betriebl. Gesundheitsmanagement

Landkreis Hildesheim

	Unfallverhütungsvorschriften "Betriebsärzte und Fachkräfte für Arbeitssicherheit" (DGVU Vorschrift 2); Arbeitsmedizinische Regeln; Brandschutz nach DIN 14096; Verordnung über Arbeitsstätten (Arbeitsstättenverordnung ArbStättV), Verordnung über Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Bereitstellung von Arbeitsmitteln (Betriebssicherheitsverordnung BetrSichV), SGB VII, Verordnung zum Schutz vor gefährlichen Stoffen (Gefahrstoffverordnung GefStoffV), Verordnung über Sicherheit und Gesundheitsschutz bei Tätigkeiten mit Biologischen Arbeitsstoffen (BioStoffV), Verordnung zum Schutz der Beschäftigten vor Gefährdung durch Lärm und Vibrationen (Lärm-u. Vibrations-ArbeitsschutzVO), Bildschirmarbeitsverordnung (BildscharbVO), Verordnung über Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der benutzung persönlicher Schutzausrüstungen bei der Arbeit (PSA-BV), Gefahrgutverordnung (Gefahrgut-VO), Verordnung über Sicherheit und gesundheitsschutz bei der manuellen Handhabung von Lasten bei der Arbeit (LastenhandhabV), Regelwerk der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (DGUV), Regelwerk der Gartenbau-Berufsgenossenschaft (GartenBau-BG), ausgewählte anerkannte Regeln der Technik, Dienstanweisungen
Sachziele	Gewährleistung des Verwaltungsablaufes unter Inanspruchnahme zentraler Serviceeinrichtungen und zentraler Dienste. Schutz der Beschäftigten vor gesundheitlichen Gefahren am Arbeitsplatz Wiedereingliederung Beschäftigter nach längerer Erkrankung in das Arbeitsleben Teilnahme an Kennzahlenvergleichen und Anpassung der Dienstleistungen des Landkreises an die Ergebnisse der Vergleiche, entsprechend den erlassenen Rahmenregeln, z.Zt. NLT-Vergleich "Zentrale Dienste"
Qualitätsziele	Z-111-003-001: Teilnahme am NLT-Kennzahlenvergleich "Zentrale Dienste". Z-111-003-002: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt. Z-111-003-003: Kundenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Z-111-003-004: Einhaltung der vereinbarten Servicelevels.

Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
G-111-003-001 Ausgehende Poststücke - (Anzahl)	0,00	407.000,00	0,00
G-111-003-002 Bedruckte Seiten gesamt - (Anzahl)	0,00	6.200.000,00	0,00
G-111-003-003 km Fuhrpark gesamt - (Anzahl)	0,00	95.000,00	0,00
G-111-003-004 Bedruckte Seiten Druckerei - (Anzahl)	0,00	1.200.000,00	0,00
G-111-003-005 Bedruckte Seiten Etagendrucker - (Anzahl)	0,00	1.900.000,00	0,00
G-111-003-006 Bedruckte Seiten Zimmerdrucker - (Anzahl)	0,00	3.100.000,00	0,00
ZK-111-003-201 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	0,00
ZK-111-003-301 Kundenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	0,00
ZK-111-003-401 Eingehaltene Servicelevels - (%)	0,00	100,00	0,00

Leistungen	111-003	Zentrale Dienste und Betriebl. Gesundheitsmanagement
	111-003-0001	Vervielfältigung/Graphische Gestaltung
	111-003-0002	Allgemeiner Fuhrpark
	111-003-0003	Post- und Botendienst
	111-003-0004	Telefondienst/Information
	111-003-0005	Zentrale Dienstleistungen
	111-003-0006	Ordensangelegenheiten (P, ÜW)
	111-003-0007	Versicherungen, Abwicklung SE-Ansprüche
	111-003-0008	Zentrale Vergabestelle
	111-003-0009	Grundsatzangelegenheiten, Berichte und Konzepte
	111-003-0010	Gesundheits-, Sozial- und Sicherheitsmanagement

Teilergebnishaushalt Produkt 111-003 Zentrale Dienste und betriebl. Gesundheitsmanagement

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	51.249,00	54.000,00	54.000,00			
01.06	+ privatrechtliche Entgelte		19.800,00	19.800,00			
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	68.680,00	35.000,00	50.000,00			
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**119.929,00**	**108.800,00**	**123.800,00**			
02.01	- Personalaufwendungen	1.049.367,72	1.085.500,00	1.153.400,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	514.005,90	557.400,00	565.500,00			
02.04	- Abschreibungen	17.076,96	17.100,00	15.100,00			
02.06	- Transferaufwendungen	23.125,00	25.000,00	25.000,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	431.471,73	475.700,00	530.100,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**2.035.047,31**	**2.160.700,00**	**2.289.100,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-1.915.118,31**	**-2.051.900,00**	**-2.165.300,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-1.915.118,31**	**-2.051.900,00**	**-2.165.300,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	43.878,00	49.100,00	63.100,00			
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-43.878,00**	**-49.100,00**	**-63.100,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-1.958.996,31**	**-2.101.000,00**	**-2.228.400,00**			

Produkt 111-005 IuK

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	11	Innere Verwaltung
Produktgruppe	111	Verwaltungssteuerung und -service
Produkt	111-005	IuK

Wesentl. Produkt

Teilhaushalt Dezernat 1 - Finanzen, Digitalisierung und Innere Dienste

Verantwortlich Amt 102 - Rainer Gollnick

Kurzbeschreibung Bereitstellung von Informations- und Kommunikationstechnik im Bereich der Standard- und Spezial-IuK, Anwenderbetreuung
Dem Produkt sind 25,41 Stellenanteile zugeordnet.

Zielgruppe intern: Gesamtverwaltung
extern: ---

Kategorie Funktionsaufgabe

Aufgabenzuordnung eigener Wirkungskreis

Auftragsgrundlage Auftrag durch Dezernate, Verwaltungsführung und/oder Steuerungsunterstützung

Sachziele
- Erfüllung der im Auftrag vereinbarten Zielsetzung
- Datensicherheit und Datenschutz
- hohe Systemverfügbarkeit
- Teilnahme an Kennzahlenvergleichen und Anpassung der Dienstleistungen des Landkreises an die Ergebnisse der Vergleiche, entsprechend den erlassenen Rahmenregeln, z.Zt. NLT-Vergleich "Informationstechnik"

Qualitätsziele
Z-111-005-001:
Die Kosten je Stunde sollen bei maximal 65 Euro und die des EDV-Standard-Arbeitsplatzes bei max. 2.500 Euro liegen.
Z-111-005-002:
Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen.
Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.
Z-111-005-003:
Kundenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen.
Z-111-005-004:
Einhaltung der vereinbarten Servicelevels.

Maßnahmen
ZM-111-005-101:
Wirtschaftlicher Einsatz der Mittel
ZM-111-005-201:
Durchführung einer Mitarbeiterbefragung zur Ermittlung der aktuellen Mitarbeiterzufriedenheit
ZM-111-005-301:
Durchführung einer Kundenbefragung zur Ermittlung der aktuellen Kundenzufriedenheit
ZM-111-005-401:
Prozessoptimierung im Bereich des Servicemanagements

Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
G-111-005-001 Arbeitsplätze mit IT - (Anzahl)	0,00	1.311,00	0,00
G-111-005-002 Ausstattungsgrad - (%)	0,00	100,00	0,00
G-111-005-003 Fachverfahren - (Anzahl)	0,00	80,00	0,00
G-111-005-004 Vereinbarter Betreuungsaufwand - (Stunden)	0,00	4.512,00	0,00
ZK-111-005-101 Kosten je IT-Arbeitsplatz - (EUR)	0,00	3.000,00	0,00

Produkt 111-005 IuK

Landkreis Hildesheim

ZK-111-005-102 Kosten je Stunde - (EUR)	0,00	70,00	0,00
ZK-111-005-201 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	0,00
ZK-111-005-301 Kundenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	0,00
ZK-111-005-401 Eingehaltene Servicelevels - (%)	0,00	100,00	0,00

Leistungen	111-005	IuK
	111-005-0001	Standard IUK
	111-005-0003	Konzepte/Strategien
	111-005-0004	Telearbeit
	111-005-0010	LK Hi. Holding Vereinbarung (SFirm) - Spezial-IuK
	111-005-0011	301 Archivdatenbank (Augias) - Spezial-IuK
	111-005-0012	908 juristische Online-Recherche (LexisNexis) - Spezial-IuK
	111-005-0013	904 Wahlauswertung - Spezial-IuK
	111-005-0014	101 Geschäftsprozeßoptimierung (Prometheus) - Spezial-IuK
	111-005-0015	101 Pers.informationssystem (KOMBOSS) - Spezial-IuK (alt 911)
	111-005-0016	101 Allgemein - Spezial-IuK
	111-005-0017	101 Pers.Informationssystem (KOMBOSS) - Spezial-IuK
	111-005-0018	104 Allgemein - Spezial-IuK
	111-005-0019	106 Allgemein - Spezial-IuK
	111-005-0020	913 Ausländerwesen (ALW) - Spezial-IuK
	111-005-0021	913 Einbürgerung (EBV) - Spezial-IuK
	111-005-0022	203 Allgemein - Spezial-IuK
	111-005-0023	203 Verbraucherschutzinfosystem Nds. (GeVIN) - Spezial-IuK
	111-005-0024	203 Lebensmittelüberwachung (HAMLET) - Spezial-IuK
	111-005-0025	203 Meldesystem Lebendviehtransport (TRACES) - Spezial-IuK
	111-005-0026	203 Tierseuchenmeldesystem (TSN) - Spezial-IuK
	111-005-0027	203 Tierseuchenüberwachung (DAVID) - Spezial-IuK
	111-005-0028	204 DMS-OWIG - Spezial-IuK
	111-005-0029	204 Filmausw. Rotlicht (Traffi-Desk) - Spezial-IuK
	111-005-0030	204 Geschwindigkeitsüberwachung (Traffi-Phot) - Spezial-IuK
	111-005-0031	204 VerkehrsOWIG (public marius) - Spezial-IuK
	111-005-0032	204 Waffen-/Jagdverwaltung (Condition) - Spezial-IuK
	111-005-0033	205/FTZ Abwicklung Kfz-Werkstatt (Mekos) - Spezial-IuK
	111-005-0034	205/FTZ Pumpensoftware (Florix) - Spezial-IuK
	111-005-0035	206 DMS-Kfz - Spezial-IuK
	111-005-0036	206 Kfz-Zulassungswesen (eKOL-KFZ) - Spezial-IuK
	111-005-0037	206 Kfz-Zulassungswesen (iKOL-KFZ) - Spezial-IuK
	111-005-0038	206 Allgemein - Spezial-IuK
	111-005-0039	206 Führerscheinwesen (Prokommunal-FE) - Spezial-IuK
	111-005-0040	301 Allgemein - Spezial-IuK
	111-005-0041	301 Bafög-Abrechnung - Spezial-IuK
	111-005-0042	301 Schülerbeförderung - Spezial-IuK
	111-005-0043	301 Fernwartung.f.Schulen (VNC) - Spezial-IuK
	111-005-0044	301 Lernmittelverwaltung (CONFORM) - Spezial-IuK
	111-005-0045	301 Schnittstelle Schülerbeförderung - Spezial-IuK
	111-005-0046	301 Schülerstatistik (Statist-Access) - Spezial-IuK
	111-005-0047	301 Schülerverw. Gymnasien (SIPROG) - Spezial-IuK
	111-005-0048	301 Schülerverw./Statistik (SIBANK) - Spezial-IuK
	111-005-0049	301 Schulstatistik (IZN-STABIL) - Spezial-IuK

Produkt 111-005 IuK

Landkreis Hildesheim

111-005-0050	301 Verw.software f. BBS (Winschool) - Spezial-IuK
111-005-0051	301 Medienverleih (Antares) - Spezial-IuK
111-005-0052	407 Allgemein - Spezial-IuK
111-005-0053	406 Allgemein - Spezial-IuK
111-005-0054	406 Wirtschaftl. Jugendhilfe (KDO-Jug.) - Spezial-IuK
111-005-0055	407 Bundeserziehungsgeld (merzWin) - Spezial-IuK
111-005-0056	407 Elterngeld (elina) - Spezial-IuK
111-005-0057	407 Beistandschaften (KDO-Jug.) - Spezial-IuK
111-005-0058	407 Unterhaltsvorschuß (KDO-Jug.) - Spezial-IuK
111-005-0059	407 Abrechnungssystem Jugendamt (KDO-Jug.) - Spezial-IuK
111-005-0061	400 Allgemein - Spezial-IuK
111-005-0062	913 Asyl (Lämmerzahl) - Spezial-IuK
111-005-0063	403 SGB XII (Lämmerzahl) - Spezial-IuK
111-005-0064	407 Wohngeld (pmWoG/IKOL-WG) - Spezial-IuK
111-005-0065	402 Behindertenhilfe (Lämmerzahl) - Spezial-IuK
111-005-0066	403 Allgemein - Spezial-IuK
111-005-0067	403 Altenhilfe (Lämmerzahl) - Spezial-IuK
111-005-0068	403 Grundsicherung (Lämmerzahl) - Spezial-IuK
111-005-0069	403 Rentenregister (RegUrl) - Spezial-IuK
111-005-0070	409 amtsärztl.Dienst (Patientendatei) - Spezial-IuK
111-005-0071	409 Äskulab - Spezial-IuK
111-005-0072	409 AIDS-Betreuungsdatei - Spezial-IuK
111-005-0073	402 Betreuerdatenbank (CABS) - Spezial-IuK
111-005-0074	300 Geoinformationssystem (ARC-GIS) - Spezial-IuK
111-005-0075	302 Baugenehmigung (ProbauG) - Spezial-IuK
111-005-0076	302 komm. Darlehensverwaltung (MZINS) - Spezial-IuK
111-005-0077	208 Allgemein - Spezial-IuK
111-005-0078	208 Naturschutzdatenbank (Biotop) - Spezial-IuK
111-005-0079	208 Branchenkatalog LA UmweltschutzBW (BKat) - Spezial-IuK
111-005-0080	208 Altstandorte u. -ablagerungen (EVA 1, EVA2) - Spezial-IuK
111-005-0081	208 techn.Anl.wassergef.Stoffe (Wasserdatenbank) - Spezial-IuK
111-005-0082	208 Einleiterüberwachung (EU II) - Spezial-IuK
111-005-0083	208 geol. u. hydrogeol. Datenbestände (GeODin) - Spezial-IuK
111-005-0084	304 Allgemein - Spezial-IuK
111-005-0085	304 Ausschreibungssoftware (SIDOUN) - Spezial-IuK
111-005-0086	304 CAD-Software - Spezial-IuK
111-005-0087	304 Facility Management (Speedikon) - Spezial-IuK
111-005-0088	304 Pers.informationssystem (KOMBOSS) - Spezial-IuK
111-005-0089	HI-REG Allgemein - Spezial-IuK
111-005-0090	HI-REG Existenzgründerberatung - Spezial-IuK
111-005-0091	Standard-Überschreitung - Spezial-IuK
111-005-0093	908 SGB II (Lämmerzahl) - Spezial-IuK
111-005-0094	403 Antrag online - Spezial-IuK
111-005-0095	208 Stellungnahmen - Spezial-IuK
111-005-0096	204 Verkehrsüberwachung mobil/stationär (Rotlicht/Geschwindigkeit) - Spezial-IuK
111-005-0097	406 Sozialer Dienst (KDO-Jug.) - Spezial-IuK
111-005-0098	913 Allgemein - Spezial-IuK
111-005-0099	402 Sozialdienst (Lämmerzahl) - Spezial-IuK
111-005-0100	208 Grundstücksverkehrsausschuss - Spezial-IuK

Produkt 111-005 IuK

Landkreis Hildesheim

111-005-0101	205 KatS TecBos.Command - Spezial-IuK
111-005-0102	302 dig. Bauakte (ITeBau) - Spezial-IuK
111-005-0103	407 DMS-Elterngeld - Spezial-IuK
111-005-0104	407 DMS-Wohngeld - Spezial-IuK
111-005-0105	204 DMS-Jagd-/Waffenverw. - Spezial-IuK
111-005-0106	206 DMS-FE - Spezial-IuK
111-005-0107	402 DMS-CABS - Spezial-IuK
111-005-0108	Zensus/Projekt Zensus 2022 - Spezial-IuK
111-005-0109	403 Pflegestützpunkte (Lämmerzahl) - Spezial-IuK
111-005-0110	409 DMS-Äskulab - Spezial-IuK
111-005-0111	407 BUT (Lämmerzahl) - Spezial-IuK
111-005-0112	402 KOF (Lämmerzahl) - Spezial-IuK
111-005-0113	I/PR - iKiss (Erfassung) - Spezial-IuK
111-005-0114	906 DMS-Scanner ASV - Spezial-IuK
111-005-0115	101 DMS-Personalakte - Spezial-IuK
111-005-0116	106 Insolvenz-Auskunft (KommInso) - Spezial-IuK
111-005-0117	301 Individualbeförderung - Spezial-IuK
111-005-0118	Klimaschutzagentur Allgemein - Spezial-IuK
111-005-0119	409 SurvNet3 - Spezial-IuK
111-005-0120	205/FTZ Atemschutzverbund - Spezial-IUK
111-005-0121	204 XGewerbe - Spezial-IuK
111-005-0122	913 DMS-Ausländerwesen - Spezial-IuK
111-005-0123	103 eVergabe - Spezial-IuK
111-005-0124	204 Online-Anhörung - Spezial-IuK
111-005-0125	205 Allgemein - Spezial-IuK
111-005-0126	101 Digitales Bewerbungsmanagement - Spezial-IuK
111-005-0127	204 Allgemein - Spezial-IuK
111-005-0128	913 DMS-Einbürgerung - Spezial-IuK
111-005-0129	101 DMS-eAU-Workflow - Spezial-IuK
111-005-0130	403 DMS-Lämmkom/Lissa - Spezial-IuK
111-005-0131	402 DMS-Lämmkom/Lissa - Spezial-IuK
111-005-0132	913 DMS-Lämmkom/Lissa - Spezial-IuK
111-005-0133	406 DMS-KDO Jugendwesen - Spezial-IuK
111-005-0134	407 DMS-KDO Jugendwesen - Spezial-IuK
111-005-0135	302 DMS-Baugehmigung - Spezial-IuK
111-005-0136	913 OZG-Einbürgerung - Spezial-IuK
111-005-0137	204 OZG-Waffen-/Jagdverwaltung - Spezial-IuK
111-005-0138	302 OZG-Baugenehmigung - Spezial-IuK
111-005-0139	407 OZG-Elterngeld - Spezial-IuK
111-005-0140	407 OZG-Wohngeld - Spezial-IuK
111-005-0141	913 OZG-Ausländerwesen - Spezial-IuK

Teilergebnishaushalt Produkt 111-005 IuK

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.06	+ privatrechtliche Entgelte	187.793,62	192.900,00	253.800,00			
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**187.793,62**	**192.900,00**	**253.800,00**			
02.01	- Personalaufwendungen	1.833.936,86	1.939.500,00	2.307.600,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	1.004.923,44	1.264.800,00	1.483.000,00			
02.04	- Abschreibungen	506.405,75	444.700,00	504.300,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	306.020,73	385.700,00	371.200,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**3.651.286,78**	**4.034.700,00**	**4.666.100,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-3.463.493,16**	**-3.841.800,00**	**-4.412.300,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-3.463.493,16**	**-3.841.800,00**	**-4.412.300,00**			
08.01	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	3.719.100,00	4.025.900,00	4.583.600,00			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	2.130,00	2.500,00	3.900,00			
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**3.716.970,00**	**4.023.400,00**	**4.579.700,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**253.476,84**	**181.600,00**	**167.400,00**			

Produkt 111-006 Kassenwesen

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	11	Innere Verwaltung
Produktgruppe	111	Verwaltungssteuerung und -service
Produkt	111-006	Kassenwesen

Teilhaushalt	Dezernat 1 - Finanzen, Digitalisierung und Innere Dienste
Verantwortlich	Amt 106 - Marvin Rottenau
Kurzbeschreibung	Erledigung aller Kassengeschäfte des Landkreises sowie zwangsweise Beitreibung der verschiedenen öffentl.-rechtl. und privatrechtlichen Forderungen; Zwangsstillegung von Fahrzeugen Dem Produkt sind 21,5 Stellenanteile zugeordnet.
Zielgruppe	intern: Mitarbeiter/innen der Verwaltung, Rechnungsprüfungsamt extern: Alle gegenüber der Kreisverwaltung zahlungspflichtigen Personen,
Kategorie	Funktionsaufgabe
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis
Auftragsgrundlage	NKomVG, KomHKVO, NVwVG, Dienstanweisung für die Kreiskasse
Sachziele	- Rechtzeitige Abwicklung des Zahlungsverkehrs/ePayment - Termingerechte Ausführung von Anordnungen zur Erfüllung von Zahlunsgverpflichtungen - Einnahmebeschaffung (Durchführung Mahn-, Vollstreckungsverfahren) - Rechtmäßige und wirtschaftliche Aufgabenerfüllung
Qualitätsziele	Z-111-006-002: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt. Z-111-006-003: Kundenzufriedenheit: Die Zahl der bekanntgewordenen Beschwerden von Seiten der Auftraggeber soll pro Jahr den Wert von 20 nicht überschreiten. Z-111-006-004: Einhaltung der vereinbarten Servicelevels.

Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
G-111-006-001 Buchungen - (Anzahl)	0,00	310.000,00	0,00
G-111-006-002 Vollstreckungsneuaufträge - (Anzahl)	0,00	16.000,00	0,00
G-111-006-003 Beigetriebene Forderungen - (EUR)	0,00	2.000.000,00	0,00
ZK-111-006-201 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	0,00
ZK-111-006-301 Beschwerden - (Anzahl)	0,00	20,00	0,00
ZK-111-006-401 Eingehaltene Servicelevels - (%)	0,00	100,00	0,00

Leistungen	111-006	Kassenwesen
	111-006-0001	Zahlungsverkehr und Buchführung
	111-006-0002	Vollstreckung

Teilergebnishaushalt Produkt 111-006 Kassenwesen

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.06	+ privatrechtliche Entgelte	762,46	100,00	100,00			
01.08	+ Zinsen und ähnliche Finanzerträge	10.425,41					
01.11	+ sonstige ordentliche Erträge	447.424,03	300.000,00	300.000,00			
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**458.611,90**	**300.100,00**	**300.100,00**			
02.01	- Personalaufwendungen	1.515.134,09	1.504.500,00	1.598.800,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	68.132,68	78.300,00	78.600,00			
02.04	- Abschreibungen	2.467,91	3.200,00	4.700,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	205.295,98	232.700,00	240.300,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**1.791.030,66**	**1.818.700,00**	**1.922.400,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-1.332.418,76**	**-1.518.600,00**	**-1.622.300,00**			
04.01	+ außerordentliche Erträge	9,00					
04.03	**= Außerordentliches Ergebnis**	**9,00**					
05.	**= Jahresergebnis**	**-1.332.409,76**	**-1.518.600,00**	**-1.622.300,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	68.846,00	73.500,00	100.800,00			
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-68.846,00**	**-73.500,00**	**-100.800,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-1.401.255,76**	**-1.592.100,00**	**-1.723.100,00**			

Produkt 111-007 Finanzen

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	11	Innere Verwaltung
Produktgruppe	111	Verwaltungssteuerung und -service
Produkt	111-007	Finanzen

Teilhaushalt	Dezernat 1 - Finanzen, Digitalisierung und Innere Dienste
Verantwortlich	Amt 107 - N.N.
Kurzbeschreibung	- Planung und Führung der Haushaltswirtschaft unter Berücksichtigung von gesetzlichen und strategischen Vorgaben - Entwicklung und Umsetzung strategischer Ziele und anderer Vorgaben - Unterstützung der Verwaltungsführung - Finanz- und betriebswirtschaftliche Dienstleistungen Dem Produkt sind 6,24 Stellen zugeordnet.
Zielgruppe	intern: Kreistag, Verwaltungsführung, Dezernate, Ämter und Beschäftigte extern: Aufsichtsbehörde, Städte und Gemeinden, Kreditgeber
Kategorie	Funktionsaufgabe
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis
Auftragsgrundlage	§§ 110 ff NKomVG in Verbindung mit KomHKVO; Vorgaben von Kreistag und Verwaltungsführung
Sachziele	- Rechtmäßige und wirtschaftliche Aufgabenerfüllung - Steuerung der Verwaltung unter finanz- und betriebswirtschaftlichen Aspekten in einem System dezentraler Ressourcenverantwortung
Qualitätsziele	Z-111-007-003: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.

Kennzahlen	**Ergebnis Vorvorjahr**	**Ansatz Vorjahr**	**Ansatz lfd. Jahr**
ZK-111-007-301 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	0,00

Leistungen	111-007	Finanzen
	111-007-0002	Haushalt

Teilergebnishaushalt Produkt 111-007 Finanzen

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
02.01	- Personalaufwendungen	704.920,94	609.300,00	785.900,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	11.127,35	12.000,00	33.500,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	213.687,50	11.000,00	12.200,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**929.735,79**	**632.300,00**	**831.600,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-929.735,79**	**-632.300,00**	**-831.600,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-929.735,79**	**-632.300,00**	**-831.600,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	14.768,00	21.200,00	33.400,00			
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-14.768,00**	**-21.200,00**	**-33.400,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-944.503,79**	**-653.500,00**	**-865.000,00**			

Produkt 111-009 Gebäudewirtschaft Verwaltungsgebäude und Sonstige

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	11	Innere Verwaltung
Produktgruppe	111	Verwaltungssteuerung und -service
Produkt	111-009	Gebäudewirtschaft Verwaltungsgebäude und Sonstige

Teilhaushalt Dezernat 1 - Finanzen, Digitalisierung und Innere Dienste

Verantwortlich Amt 304 - N.N.

Kurzbeschreibung

- Bereitstellung von Grundstücken: Erwerb und Veräußerung von Grundvermögen, Abschluss von Miet- und Pachtverträgen.
- Bewirtschaftung von Grundstücken: Abwicklung von Vermietungs- und Verpachtungsvorgängen, Versicherungen, Steuern und Abgaben, Nebenkostenabrechnungen, Energie- und Energiekostencontrolling, Organisation und Bereitstellung der Hausmeisterdienste, Abwicklung von Schadensfällen.
- Gebäudereinigung: Organisation und Durchführung der Gebäudereinigung (Eigen- und Fremdreinigung)
- Neu-, Um- und Erweiterungsbau: Planung, Bauvorbereitung, Bauausführung und -überwachung bei Neu-, Um- und Erweiterungsbauten des Landkreises.
- Bauunterhaltung: Feststellen der notwendigen bautechnischen Unterhaltungsmaßnahmen, Verhütung und Behebung von Bauschäden, Planung und Durchführung von Maßnahmen zur Energieeinsparung.

Dem Produkt sind 20,24 Stellenanteile zugeordnet.

Zielgruppe intern/extern: Gebäudenutzer

Kategorie Funktionsaufgabe

Aufgabenzuordnung eigener Wirkungskreis

Auftragsgrundlage NKomVG, Kreistagsbeschlüsse

Sachziele Teilnahme an Kennzahlenvergleichen und Anpassung der Dienstleistungen des Landkreises an die Ergebnisse der Vergleiche, entsprechend den erlassenen Rahmenregeln, z.Zt. NLT-Vergleich "Kreishaus und Außenstellen"

Qualitätsziele

Z-111-009-001:
Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen.
Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.
Z-111-009-003:
Werden körperlich behinderte Schülerinnen und Schüler an einer Schule angemeldet und wird dies der Gebäudewirtschaft rechtzeitig mitgeteilt, wird das Gebäude bis zum Schulbeginn soweit barrierefrei hergerichtet, dass diese ohne fremde Hilfe am regulären Unterricht und -soweit dies baulich möglich ist- am schulischen Gemeinschaftsleben teilnehmen können.

Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
ZK-111-009-101 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	0,00

Leistungen

111-009	Gebäudewirtschaft Verwaltungsgebäude und Sonstige
111-009-0101	Alfeld, Ständehausstr. 1, Verw.gebäude, Gebäudereinigung
111-009-0102	Alfeld, Ständehausstr. 1, Verw.gebäude, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
111-009-0103	Alfeld, Ständehausstr. 1, Verw.gebäude, Techn. Gebäudemanagement
111-009-0201	Hildesheim, M.-W.-Str. 3, Verw.gebäude, Gebäudereinigung
111-009-0202	Hildesheim, M.-W.-Str. 3, Verw.gebäude, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
111-009-0203	Hildesheim, M.-W.-Str. 3, Verw.gebäude, Techn. Gebäudemanagement
111-009-0301	Hildesheim, Ludol.-Str. 2, Verw.gebäude, Gebäudereinigung
111-009-0302	Hildesheim, Ludol.-Str. 2, Verw.gebäude, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung

Produkt 111-009 Gebäudewirtschaft Verwaltungsgebäude und Sonstige

Landkreis Hildesheim

111-009-0303	Hildesheim, Ludol.-Str. 2, Verw.gebäude, Techn. Gebäudemanagement
111-009-0401	Hildesheim, Kaiserstr. 15, Verw.gebäude, Gebäudereinigung
111-009-0402	Hildesheim, Kaiserstr. 15, Verw.gebäude, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
111-009-0403	Hildesheim, Kaiserstr. 15, Verw.gebäude, Techn. Gebäudemanagement
111-009-0501	Hildesheim, Kaiserstr. 19, Verw.gebäude, Gebäudereinigung
111-009-0502	Hildesheim, Kaiserstr. 19, Verw.gebäude, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
111-009-0503	Hildesheim, Kaiserstr. 19, Verw.gebäude, Techn. Gebäudemanagement
111-009-0601	Hildesheim, Kaiserstr. 21, Verw.gebäude, Gebäudereinigung
111-009-0602	Hildesheim, Kaiserstr. 21, Verw.gebäude, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
111-009-0603	Hildesheim, Kaiserstr. 21, Verw.gebäude, Techn. Gebäudemanagement
111-009-0702	Alfeld Antonianger 6, Allg. Grundvermögen, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
111-009-0703	Alfeld Antonianger 6, Allg. Grundvermögen, Techn. Gebäudemanagement
111-009-0801	Hildesheim, Hoher Weg 9 u. 10, Verw.gebäude, Gebäudereinigung
111-009-0802	Hildesheim, Hoher Weg 9 u. 10, Verw.gebäude, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
111-009-0803	Hildesheim, Hoher Weg 9 u. 10, Verw.gebäude, Techn. Gebäudemanagement
111-009-0901	Hildesheim, Schützenallee 35-37, Verw.gebäude, Gebäudereinigung
111-009-0902	Hildesheim, Schützenallee 35-37, Verw.gebäude, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
111-009-0903	Hildesheim, Schützenallee 35-37, Verw.gebäude,Techn. Gebäudemanagement
111-009-1001	Hildesheim, Butterborn 19-20, Verw.gebäude, Gebäudereinigung
111-009-1002	Hildesheim, Butterborn 19-20, Verw.gebäude, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
111-009-1003	Hildesheim, Butterborn 19-20, Verw.gebäude, Techn. Gebäudemanagement
111-009-2402	Gronau, Leintor 17, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
111-009-2403	Gronau, Leintor 17, Techn. Gebäudemanagement
111-009-3402	Lamspringe, Kallenberg 20, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
111-009-3403	Lamspringe, Kallenberg 20, Techn. Gebäudemanagement
111-009-3601	Nordstemmen, Jahnstr. 1, Gebäudereinigung
111-009-3602	Nordstemmen, Jahnstr. 1, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
111-009-3603	Nordstemmen, Jahnstr. 1, Techn. Gebäudemanagement
111-009-4401	Elze, Brandstr. 4, Jugendhilfestation West, Gebäudereinigung
111-009-4402	Elze, Brandstr. 4, Jugendhilfestation West, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
111-009-4403	Elze, Brandstr. 4, Jugendhilfestation West, Techn. Gebäudemanagement
111-009-5301	Hildesheim, Hindenburgplatz 18/20, Verw.gebäude, Gebäudereinigung
111-009-5302	Hildesheim, Hindenburgplatz 18/20, Verw.gebäude, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
111-009-5303	Hildesheim, Hindenburgplatz 18/20, Verw.gebäude, Techn. Gebäudemanagement
111-009-5401	Hildesheim, Carl-Zeiss-Str. 17, Gebäudereinigung
111-009-5402	Hildesheim, Carl-Zeiss-Str. 17, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
111-009-5403	Hildesheim, Carl-Zeiss-Str. 17, Techn. Gebäudemanagement
111-009-5501	Hindenburgplatz 16a, Verw.gebäude, Gebäudereinigung
111-009-5502	Hindenburgplatz 16a, Verw.gebäude, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
111-009-5503	Hindenburgplatz 16a, Verw.gebäude, Techn. Gebäudemanagement
111-009-5601	Hildesheim, Bavenstedter Str. 50, Verw.gebäude, Gebäudereinigung
111-009-5602	Hildesheim, Bavenstedter Str. 50, Verw.gebäude, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
111-009-5603	Hildesheim, Bavenstedter Str. 50, Verw.gebäude, Techn. Gebäudemanagement
111-009-5701	Elze, Hauptstr. 72, Verw.gebäude, Gebäudereinigung
111-009-5702	Elze, Hauptstr. 72, Verw.gebäude, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
111-009-5703	Elze, Hauptstr. 72, Verw.gebäude, Techn. Gebäudemanagement
111-009-5802	Hildesheim, Angoulemeplatz (Kulturbüro), Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
111-009-6001	Hildesheim, Bördestr. 8, Verw.gebäude, Techn. Gebäudereinigung
111-009-6002	Hildesheim, Bördestr. 8, Verw.gebäude, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung

Produkt 111-009 Gebäudewirtschaft Verwaltungsgebäude und Sonstige

Landkreis Hildesheim

	111-009-6003	Hildesheim, Bördestr. 8, Verw.gebäude, Techn. Gebäudemanagement
	111-009-6101	Hildesheim, Eduard-Ahlborn-Str. 7, Verw.gebäude, Gebäudereinigung
	111-009-6102	Hildesheim, Eduard-Ahlborn-Str. 7, Verw.gebäude, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
	111-009-6103	Hildesheim, Eduard-Ahlborn-Str. 7, Verw.gebäude, Techn. Gebäudemanagement
	111-009-6402	Diekholzen, Kreiskrankenhaus, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
	111-009-7002	Banteln, Altenheim, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
	111-009-7102	Gronau, Altenheim, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
	111-009-7902	Sonstige bebaute Flächen, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
	111-009-8102	Naturschutzflächen, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
	111-009-8902	Sonstige unbebaute Flächen, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung

Teilergebnishaushalt Produkt 111-009 Gebäudewirtschaft Verwaltungsgebäude und Sonstige

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.03	+ Auflösungserträge aus Sonderposten	25.160,21	25.100,00	25.100,00			
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte	1.220,00	400,00	400,00			
01.06	+ privatrechtliche Entgelte	562.446,43	501.600,00	510.600,00			
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	24.426,00	44.100,00	44.100,00			
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**613.252,64**	**571.200,00**	**580.200,00**			
02.01	- Personalaufwendungen	585.642,37	580.600,00	622.900,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	4.592.997,90	4.723.700,00	4.756.900,00			
02.04	- Abschreibungen	432.806,34	425.600,00	434.100,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	36.584,78	25.500,00	35.500,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**5.648.031,39**	**5.755.400,00**	**5.849.400,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-5.034.778,75**	**-5.184.200,00**	**-5.269.200,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-5.034.778,75**	**-5.184.200,00**	**-5.269.200,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	29.646,60	25.600,00	33.100,00			
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-29.646,60**	**-25.600,00**	**-33.100,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-5.064.425,35**	**-5.209.800,00**	**-5.302.300,00**			

Produkt 111-033 Kommunalförderung

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	11	Innere Verwaltung
Produktgruppe	111	Verwaltungssteuerung und -service
Produkt	111-033	Kommunalförderung

Teilhaushalt	Dezernat 1 - Finanzen, Digitalisierung und Innere Dienste
Verantwortlich	Dez. 1 - Christina Grella
Kurzbeschreibung	Das Produkt unterstützt den Landkreis und die zugehörigen Kommunen in allen Belangen des Fördermanagement. Es eruiert Fördergelder für Projekte und führt die Kommunikation mit den Fördergebern.
Zielgruppe	intern: Ämter und Dezernate des Landkreis extern: Kommunen des Landkreis, andere Behörden, private Unternehmen
Kategorie	Funktionsaufgabe
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis
Auftragsgrundlage	Haushaltsbegleitbeschluss 588/XVIII
Sachziele	Konzeption und Aufbau des Fördermittelmanagement innerhalb des Landkreises Darstellung von Fördermöglichkeiten für Projekte innerhalb des Landkreises Individuelle Begleitung der Ämter und Kommunen des Landkreisesbei der Fördermittelbeschaffung
Qualitätsziele	Die Beratungs- und Unterstützungsleistungsoll mindestens "Gut" also die Schulnote 2 erreichen.

Leistungen	111-033	Kommunalförderung

Teilergebnishaushalt Produkt 111-033 Kommunalförderung

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
02.01	- Personalaufwendungen	6.530,11	6.700,00				
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	19,66					
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	21.911,89	23.600,00				
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**28.461,66**	**30.300,00**				
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-28.461,66**	**-30.300,00**				
05.	**= Jahresergebnis**	**-28.461,66**	**-30.300,00**				
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	142,00					
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-142,00**					
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-28.603,66**	**-30.300,00**				

Produkt 111-034 Kommunalförderung -freiwillig-

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	11	Innere Verwaltung
Produktgruppe	111	Verwaltungssteuerung und -service
Produkt	111-034	Kommunalförderung -freiwillig-

Teilhaushalt	Dezernat 1 - Finanzen, Digitalisierung und Innere Dienste
Verantwortlich	Dez. 1 - Christina Grella
Kurzbeschreibung	Das Produkt unterstützt den Landkreis und die zugehörigen Kommunen in allen Belangen des Fördermanagement. Es eruiert Fördergelder für Projekte und führt die Kommunikation mit den Fördergebern.
Zielgruppe	intern: Ämter und Dezernate des Landkreis extern: Kommunen des Landkreis, andere Behörden, private Unternehmen
Kategorie	freiwillige Aufgabe
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis
Auftragsgrundlage	Haushaltsbegleitbeschluss 588/XVII
Sachziele	Konzeption und Aufbau des Fördermittelmanagement innerhalb des Landkreises Individuelle Begleitung der Ämter und Kommunen des Landkreises bei Fördermittelbeschaffung Darstellung von Fördermöglichkeiten für Projekte innerhalb des Landkreises
Qualitätsziele	Die Beratungs- und Unterstützungsleistung soll mindestens "Gut" also die Schulnote 2 erreichen.

Leistungen	111-034	Kommunalförderung -freiwillig-

Teilergebnishaushalt Produkt 111-034 Kommunalförderung -freiwillig-

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen			23.600,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**			**23.600,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**			**-23.600,00**			
05.	**= Jahresergebnis**			**-23.600,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**			**-23.600,00**			

Produkt 111-043 Informationssicherheit

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	11	Innere Verwaltung
Produktgruppe	111	Verwaltungssteuerung und -service
Produkt	111-043	Informationssicherheit

Teilhaushalt	Dezernat 1 - Finanzen, digitalisierung und Innere Dienste
Verantwortlich	Dez. 1 - Christina Grella
Kurzbeschreibung	Der/die Informationssicherheitsbeauftragte (ISB) trägt die Verantwortung für die Sicherheit von Informationen und Systemen in der Verwaltung. Er/sie berät die Verwaltungsleitung, die Gesamtverwaltung und die IT und ist verantwortlich für das Informationssicherheitsmanagement (ISMS) Dem Produkt sind 1,0 Stellenanteile zugeordnet.
Zielgruppe	intern: Verwaltungsleitung, Gesamte Verwaltung, IT extern:
Kategorie	Funktionsaufgabe
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis
Auftragsgrundlage	BSI Grundschutz, ISO 27001

Leistungen	111-043	Informationssicherheit

Teilergebnishaushalt Produkt 111-043 Informationssicherheit

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
02.01	- Personalaufwendungen			13.700,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen			22.000,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**			**35.700,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**			**-35.700,00**			
05.	**= Jahresergebnis**			**-35.700,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**			**-35.700,00**			

Produkt 126-002 Gebäudewirtschaft FTZ

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	12	Sicherheit und Ordnung
Produktgruppe	126	Brandschutz
Produkt	126-002	Gebäudewirtschaft FTZ

Teilhaushalt Dezernat 1 - Finanzen, Digitalisierung und Innere Dienste

Verantwortlich Amt 304 - N.N.

Kurzbeschreibung

- Bereitstellung von Grundstücken: Erwerb und Veräußerung von Grundvermögen, Abschluss von Miet- und Pachtverträgen
- Bewirtschaftung von Grundstücken: Abwicklung von Vermietungs- und Verpachtungsvorgängen, Versicherungen, Steuern und Abgaben, Nebenkostenabrechnungen, Energie- und Energiekostencontrolling, Organisation und Bereitstellung der Hausmeisterdienste, Abwicklung von Schadensfällen.
- Gebäudereinigung: Organisation und Durchführung der Gebäudereinigung (Eigen- und Fremdreinigung).
- Neu-, Um- und Erweiterungsbau: Planung, Bauvorbereitung, Bauausführung und -überwachung bei Neu-, Um- und Erweiterungsbauten des Landkreises.
- Bauunterhaltung: Feststellen der notwendigen bautechnischen Unterhaltungsmaßnahmen, Verhütung und Behebung von Bauschäden, Planung und Durchführung von Maßnahmen zur Energieeinsparung.

Dem Produkt sind 1,97 Stellen zugeordnet.

Zielgruppe Gebäudenutzerinnen und Gebäudenutzer

Kategorie Funktionsaufgabe

Aufgabenzuordnung eigener Wirkungskreis

Auftragsgrundlage NKomVG, Kreistagsbeschlüsse

Sachziele

Qualitätsziele Z-126-002-001:
Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen.
Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.

Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
ZK-126-002-101 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	0,00

Leistungen

126-002	Gebäudewirtschaft FTZ
126-002-6501	FTZ, Gebäudereinigung
126-002-6502	FTZ, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
126-002-6503	FTZ, Techn. Gebäudemanagement

Teilergebnishaushalt Produkt 126-002 Gebäudewirtschaft FTZ

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.06	+ privatrechtliche Entgelte	33.506,94	10.000,00	25.000,00			
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	208.800,00	208.800,00	208.800,00			
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**242.306,94**	**218.800,00**	**233.800,00**			
02.01	- Personalaufwendungen	60.392,94	60.800,00	64.300,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	257.350,54	410.800,00	430.800,00			
02.04	- Abschreibungen	101.108,60	101.100,00	115.100,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	907,13	500,00	500,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**419.759,21**	**573.200,00**	**610.700,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-177.452,27**	**-354.400,00**	**-376.900,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-177.452,27**	**-354.400,00**	**-376.900,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	2.960,50	2.000,00	2.400,00			
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-2.960,50**	**-2.000,00**	**-2.400,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-180.412,77**	**-356.400,00**	**-379.300,00**			

Produkt 127-002 Gebäudewirtschaft Rettungsdienst

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	12	Sicherheit und Ordnung
Produktgruppe	127	Rettungsdienst
Produkt	127-002	Gebäudewirtschaft Rettungsdienst

Teilhaushalt	Dezernat 1 - Finanzen, Digitalisierung und Innere Dienste
Verantwortlich	Amt 304 - N.N.
Kurzbeschreibung	· Bereitstellung von Grundstücken: Erwerb und Veräußerung von Grundvermögen, Abschluss von Miet- und Pachtverträgen. · Bewirtschaftung von Grundstücken: Abwicklung von Vermietungs- und Verpachtungsvorgängen, Versicherungen, Steuern und Abgaben, Nebenkostenabrechnungen, Energie- und Energiekostencontrolling, Organisation und Bereitstellung der Hausmeisterdienste, Abwicklung von Schadensfällen. · Gebäudereinigung: Organisation und Durchführung der Gebäudereinigung (Eigen- und Fremdreinigung) · Neu-, Um- und Erweiterungsbau: Planung, Bauvorbereitung, Bauausführung und -überwachung bei Neu-, Um- und Erweiterungsbauten des Landkreises. · Bauunterhaltung: Feststellen der notwendigen bautechnischen Unterhaltungsmaßnahmen, Verhütung und Behebung von Bauschäden, Planung und Durchführung von Maßnahmen zur Energieeinsparung.
Zielgruppe	Gebäudenutzerinnen und Gebäudenutzer
Kategorie	Funktionsaufgabe
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis
Auftragsgrundlage	NKomVG, Kreistagsbeschlüsse
Qualitätsziele	Z-127-002-001: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.

Leistungen	127-002	Gebäudewirtschaft Rettungsdienst
	127-002-1003	Sarstedt, Weichsstr. 19, Rettungswache, Techn. Gebäudemanagement
	127-002-6602	Sarstedt, Breslauer Str., Rettungswache, Techn. Gebäudemanagement

Teilergebnishaushalt Produkt 127-002 Gebäudewirtschaft Rettungsdienst

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	236,30	600,00	600,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	12.014,37					
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**12.250,67**	**600,00**	**600,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-12.250,67**	**-600,00**	**-600,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-12.250,67**	**-600,00**	**-600,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-12.250,67**	**-600,00**	**-600,00**			

Produkt 212-002 Gebäudewirtschaft Hauptschulen

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	21	Schulträgeraufgaben
Produktgruppe	212	Hauptschulen
Produkt	212-002	Gebäudewirtschaft Hauptschulen

Teilhaushalt Dezernat 1 - Finanzen, Digitalisierung und Innere Dienste

Verantwortlich Amt 304 - N.N.

Kurzbeschreibung

· Bereitstellung von Grundstücken: Erwerb und Veräußerung von Grundvermögen, Abschluss von Miet- und Pachtverträgen
· Bewirtschaftung von Grundstücken: Abwicklung von Vermietungs- und Verpachtungsvorgängen, Versicherungen, Steuern und Abgaben, Nebenkostenabrechnungen, Energie- und Energiekostencontrolling, Organisation und Bereitstellung der Hausmeisterdienste, Abwicklung von Schadensfällen.
· Gebäudereinigung: Organisation und Durchführung der Gebäudereinigung (Eigen- und Fremdreinigung)
· Neu-, Um- und Erweiterungsbau: Planung, Bauvorbereitung, Bauausführung und -überwachung bei Neu-, Um- und Erweiterungsbauten des Landkreises.
· Bauunterhaltung: Feststellen der notwendigen bautechnischen Unterhaltungsmaßnahmen, Verhütung und Behebung von Bauschäden, Planung und Durchführung von Maßnahmen zur Energieeinsparung.

Dem Produkt sind 1,97 Stellen zugeordnet.

Zielgruppe Gebäudenutzerinnen und Gebäudenutzer

Kategorie Funktionsaufgabe

Aufgabenzuordnung eigener Wirkungskreis

Auftragsgrundlage NKomVG, Kreistagsbeschlüsse

Sachziele

Qualitätsziele

Z-212-002-001:
Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen.
Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.
Z-212-002-003:
Werden körperlich behinderte Schülerinnen und Schüler an einer Schule angemeldet und wird dies der Gebäudewirtschaft rechtzeitig mitgeteilt, wird das Gebäude bis zum Schulbeginn soweit barrierefrei hergerichtet, dass diese ohne fremde Hilfe am regulären Unterricht und -soweit dies baulich möglich ist- am schulischen Gemeinschaftsleben teilnehmen können.

Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
ZK-212-002-101 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	0,00

Leistungen

212-002	Gebäudewirtschaft Hauptschulen
212-002-1001	Alfeld, Kalandstr. 7, HS, Gebäudereinigung
212-002-1002	Alfeld, Kalandstr. 7, HS, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
212-002-1003	Alfeld, Kalandstr. 7, HS, Techn. Gebäudemanagement
212-002-1101	Alfeld, Kalandstr. 17, HS, Gebäudereinigung
212-002-1102	Alfeld, Kalandstr. 17, HS, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
212-002-1103	Alfeld, Kalandstr. 17, HS, Techn. Gebäudemanagement
212-002-1111	Alfeld, Kalandstr. 17, Sporthalle, HS, Gebäudereinigung
212-002-1112	Alfeld, Kalandstr. 17, Sporthalle, HS, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung

Produkt 212-002 Gebäudewirtschaft Hauptschulen

Landkreis Hildesheim

	212-002-1113	Alfeld, Kalandstr. 17, Sporthalle, HS, Techn. Gebäudemanagement
	212-002-1191	Alfeld, Kalandstr. 19, Hausmeisterhaus, HS, Gebäudereinigung
	212-002-1192	Alfeld, Kalandstr. 19, Hausmeisterhaus, HS, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
	212-002-1193	Alfeld, Kalandstr. 19, Hausmeisterhaus, HS, Techn. Gebäudemanagement

Teilergebnishaushalt Produkt 212-002 Gebäudewirtschaft Hauptschulen

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.03	+ Auflösungserträge aus Sonderposten	22.769,72	16.100,00	14.600,00			
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte		4.400,00	100,00			
01.06	+ privatrechtliche Entgelte	6.172,46	5.200,00	5.700,00			
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**28.942,18**	**25.700,00**	**20.400,00**			
02.01	- Personalaufwendungen	60.393,16	60.800,00	64.300,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	463.072,99	536.000,00	580.300,00			
02.04	- Abschreibungen	143.821,80	104.200,00	147.400,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	906,94					
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**668.194,89**	**701.000,00**	**792.000,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-639.252,71**	**-675.300,00**	**-771.600,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-639.252,71**	**-675.300,00**	**-771.600,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	2.960,50					
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-2.960,50**					
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-642.213,21**	**-675.300,00**	**-771.600,00**			

Produkt 215-002 Gebäudewirtschaft Realschulen

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	21	Schulträgeraufgaben
Produktgruppe	215	Realschulen
Produkt	215-002	Gebäudewirtschaft Realschulen

Teilhaushalt Dezernat 1 - Finanzen, Digitalisierung und Innere Dienste

Verantwortlich Amt 304 - N.N.

Kurzbeschreibung

· Bereitstellung von Grundstücken: Erwerb und Veräußerung von Grundvermögen, Abschluss von Miet- und Pachtverträgen.
· Bewirtschaftung von Grundstücken: Abwicklung von Vermietungs- und Verpachtungsvorgängen, Versicherungen, Steuern und Abgaben, Nebenkostenabrechnungen, Energie- und Energiekostencontrolling, Organisation und Bereitstellung der Hausmeisterdienste, Abwicklung von Schadensfällen.
· Gebäudereinigung: Organisation und Durchführung der Gebäudereinigung (Eigen- und Fremdreinigung)
· Neu-, Um- und Erweiterungsbau: Planung, Bauvorbereitung, Bauausführung und -überwachung bei Neu-, Um- und Erweiterungsbauten des Landkreises.
· Bauunterhaltung: Feststellen der notwendigen bautechnischen Unterhaltungsmaßnahmen, Verhütung und Behebung von Bauschäden, Planung und Durchführung von Maßnahmen zur Energieeinsparung.

Dem Produkt sind 1,97 Stellen zugeordnet.

Zielgruppe Gebäudenutzerinnen und Gebäudenutzer

Kategorie Funktionsaufgabe

Aufgabenzuordnung eigener Wirkungskreis

Auftragsgrundlage NKomVG, Kreistagsbeschlüsse

Sachziele

Qualitätsziele

Z-215-002-001:
Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen.
Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.
Z-215-002-003:
Werden körperlich behinderte Schülerinnen und Schüler an einer Schule angemeldet und wird dies der Gebäudewirtschaft rechtzeitig mitgeteilt, wird das Gebäude bis zum Schulbeginn soweit barrierefrei hergerichtet, dass diese ohne fremde Hilfe am regulären Unterricht und -soweit dies baulich möglich ist- am schulischen Gemeinschaftsleben teilnehmen können.

Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
ZK-215-002-101 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	0,00

Leistungen

215-002	Gebäudewirtschaft Realschulen
215-002-1201	Alfeld, Bismarckstr. 23, RS, Gebäudereinigung
215-002-1202	Alfeld, Bismarckstr. 23, RS, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
215-002-1203	Alfeld, Bismarckstr. 23, RS, Techn. Gebäudemanagement
215-002-1211	Alfeld, Bismarckstr. 23, Sporthalle, RS, Gebäudereinigung
215-002-1212	Alfeld, Bismarckstr. 23, Sporthalle, RS, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
215-002-1213	Alfeld, Bismarckstr. 23, Sporthalle, RS, Techn. Gebäudemanagement

Teilergebnishaushalt Produkt 215-002 Gebäudewirtschaft Realschulen

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.03	+ Auflösungserträge aus Sonderposten	457,84	500,00	500,00			
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte		1.700,00				
01.06	+ privatrechtliche Entgelte	2,96					
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**460,80**	**2.200,00**	**500,00**			
02.01	- Personalaufwendungen	60.392,95	60.800,00	64.300,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	660.579,41	403.200,00	437.400,00			
02.04	- Abschreibungen	118.602,85	100.700,00	154.500,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	1.197,42					
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**840.772,63**	**564.700,00**	**656.200,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-840.311,83**	**-562.500,00**	**-655.700,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-840.311,83**	**-562.500,00**	**-655.700,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	2.960,50					
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-2.960,50**					
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-843.272,33**	**-562.500,00**	**-655.700,00**			

Produkt 216-002 Gebäudewirtschaft Kombinierte Haupt- und Realschulen

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	21	Schulträgeraufgaben
Produktgruppe	216	Kombinierte Haupt- und Realschulen
Produkt	216-002	Gebäudewirtschaft Kombinierte Haupt- und Realschulen

Teilhaushalt Dezernat 1 - Finanzen, Digitalisierung und Innere Dienste

Verantwortlich Amt 304 - N.N.

Kurzbeschreibung

· Bereitstellung von Grundstücken: Erwerb und Veräußerung von Grundvermögen, Abschluss von Miet- und Pachtverträgen.
· Bewirtschaftung von Grundstücken: Abwicklung von Vermietungs- und Verpachtungsvorgängen, Versicherungen, Steuern und Abgaben, Nebenkostenabrechnungen, Energie- und Energiekostencontrolling, Organisation und Bereitstellung der Hausmeisterdienste, Abwicklung von Schadensfällen.
· Gebäudereinigung: Organisation und Durchführung der Gebäudereinigung (Eigen- und Fremdreinigung)
· Neu-, Um- und Erweiterungsbau: Planung, Bauvorbereitung, Bauausführung und -überwachung bei Neu-, Um- und Erweiterungsbauten des Landkreises.
· Bauunterhaltung: Feststellen der notwendigen bautechnischen Unterhaltungsmaßnahmen, Verhütung und Behebung von Bauschäden, Planung und Durchführung von Maßnahmen zur Energieeinsparung.

Dem Produkt sind 20,24 Stellen zugeordnet.

Zielgruppe Gebäudenutzerinnen und Gebäudenutzer

Kategorie Funktionsaufgabe

Aufgabenzuordnung eigener Wirkungskreis

Auftragsgrundlage NKomVG, Kreistagsbeschlüsse

Sachziele

Qualitätsziele

Z-216-002-001:
Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen.
Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.
Z-216-002-003:
Werden körperlich behinderte Schülerinnen und Schüler an einer Schule angemeldet und wird dies der Gebäudewirtschaft rechtzeitig mitgeteilt, wird das Gebäude bis zum Schulbeginn soweit barrierefrei hergerichtet, dass diese ohne fremde Hilfe am regulären Unterricht und -soweit dies baulich möglich ist- am schulischen Gemeinschaftsleben teilnehmen können.

Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
ZK-216-002-101 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	0,00

Leistungen

216-002	Gebäudewirtschaft Kombinierte Haupt- und Realschulen
216-002-1801	Bockenem, Mahlumer Str. 20, OBS, Gebäudereinigung
216-002-1802	Bockenem, Mahlumer Str. 20, OBS, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
216-002-1803	Bockenem, Mahlumer Str. 20, OBS, Techn. Gebäudemanagement
216-002-1811	Bockenem, Mahlumer Str. 20, Sporthalle, OBS, Gebäudereinigung
216-002-1812	Bockenem, Mahlumer Str. 20, Sporthalle, OBS, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
216-002-1813	Bockenem, Mahlumer Str. 20, Sporthalle, OBS, Techn. Gebäudemanagement
216-002-1892	Bockenem, Mahlumer Str. 20, HM-Haus, OBS, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
216-002-1893	Bockenem, Mahlumer Str. 20, HM-Haus, OBS, Techn. Gebäudemanagement

Produkt 216-002 Gebäudewirtschaft Kombinierte Haupt- und Realschulen

Landkreis Hildesheim

216-002-2001	Duingen, Lübecker Str. 1a, OBS, Gebäudereinigung
216-002-2002	Duingen, Lübecker Str. 1a, OBS, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
216-002-2003	Duingen, Lübecker Str. 1a, OBS, Techn. Gebäudemanagement
216-002-2011	Duingen, Lübecker Str. 1a, Sporthalle, OBS, Gebäudereinigung
216-002-2012	Duingen, Lübecker Str. 1a, Sporthalle, OBS, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
216-002-2013	Duingen, Lübecker Str. 1a, Sporthalle, OBS, Techn. Gebäudemanagement
216-002-2101	Elze, Heilswannenweg 32, OBS, Gebäudereinigung
216-002-2102	Elze, Heilswannenweg 32, OBS, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
216-002-2103	Elze, Heilswannenweg 32, OBS, Techn. Gebäudemanagement
216-002-2111	Elze, Heilswannenweg 32, Sporthalle, OBS, Gebäudereinigung
216-002-2112	Elze, Heilswannenweg 32, Sporthalle, OBS, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
216-002-2113	Elze, Heilswannenweg 32, Sporthalle, OBS, Techn. Gebäudemanagement
216-002-2192	Elze, Heilswannenweg 32, Hausmeisterhaus, OBS, Grdst.- u. Gebäudeverwaltun
216-002-2193	Elze, Heilswannenweg 32, Hausmeisterhaus, OBS, Techn. Gebäudemanagement
216-002-2501	Harsum, Haseder Weg 2, OBS, Gebäudereinigung
216-002-2502	Harsum, Haseder Weg 2, OBS, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
216-002-2503	Harsum, Haseder Weg 2, OBS, Techn. Gebäudemanagement
216-002-2511	Harsum, Haseder Weg 2, Sporthalle, OBS, Gebäudereinigung
216-002-2512	Harsum, Haseder Weg 2, Sporthalle, OBS, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
216-002-2513	Harsum, Haseder Weg 2, Sporthalle, OBS, Techn. Gebäudemanagement
216-002-2523	Harsum, Haseder Weg 2, Fahrradwerkstatt, OBS, Techn. Gebäudemanagement
216-002-2531	Harsum, Haseder Weg 2, Schulcontainer, Gebäudereinigung
216-002-2532	Harsum, Haseder Weg 2, Schulcontainer, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
216-002-2533	Harsum, Haseder Weg 2, Schulcontainer, Techn. Gebäudemanagement
216-002-2541	Harsum, Haseder Weg 2, Mensa, Gebäudereinigung
216-002-2542	Harsum, Haseder Weg 2, Mensa, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
216-002-2543	Harsum, Haseder Weg 2, Mensa, Techn. Gebäudemanagement
216-002-3301	Lamspringe, Kantstr. 13, OBS, Gebäudereinigung
216-002-3302	Lamspringe, Kantstr. 13, OBS, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
216-002-3303	Lamspringe, Kantstr. 13, OBS, Techn. Gebäudemanagement
216-002-3311	Lamspringe, Kantstr. 13, Sporthalle, OBS, Gebäudereinigung
216-002-3312	Lamspringe, Kantstr. 13, Sporthalle, OBS, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
216-002-3313	Lamspringe, Kantstr. 13, Sporthalle, OBS, Techn. Gebäudemanagement
216-002-3501	Nordstemmen, Schlingweg 21, OBS, Gebäudereinigung
216-002-3502	Nordstemmen, Schlingweg 21, OBS, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
216-002-3503	Nordstemmen, Schlingweg 21, OBS, Techn. Gebäudemanagement
216-002-3611	Nordstemmen, Jahnstr. 1, Sporthalle, OBS, Gebäudereinigung
216-002-3612	Nordstemmen, Jahnstr. 1, Sporthalle, OBS, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
216-002-3613	Nordstemmen, Jahnstr. 1, Sporthalle, OBS, Techn. Gebäudemanagement
216-002-3701	Sarstedt, Auf d. Kassebeerenworth 17, OBS, Gebäudereinigung
216-002-3702	Sarstedt, Auf d. Kassebeerenworth 17, OBS, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
216-002-3703	Sarstedt, Auf d. Kassebeerenworth 17, OBS, Techn. Gebäudemanagement
216-002-3711	Sarstedt, Auf d. Kassebeerenworth 17, Sporthalle, OBS, Gebäudereinigung
216-002-3712	Sarstedt, Auf d. Kassebeerenworth 17, Sporthalle, OBS, Grdst.- u. Gebäudeverw.
216-002-3713	Sarstedt, Auf d. Kassebeerenworth 17, Sporthalle, OBS, Techn. Gebäudeman.
216-002-3801	Sarstedt, Wellweg 41, OBS, Gebäudereinigung
216-002-3802	Sarstedt, Wellweg 41, OBS, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
216-002-3803	Sarstedt, Wellweg 41, OBS, Techn. Gebäudemanagement
216-002-3811	Sarstedt, Wellweg 41, Sporthalle, OBS, Gebäudereinigung

Produkt 216-002 Gebäudewirtschaft Kombinierte Haupt- und Realschulen

Landkreis Hildesheim

	216-002-3812	Sarstedt, Wellweg 41, Sporthalle, OBS, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
	216-002-3813	Sarstedt, Wellweg 41, Sporthalle, OBS, Techn. Gebäudemanagement
	216-002-3821	Sarstedt, Wellweg 41, Mensa, OBS, Gebäudereinigung
	216-002-3822	Sarstedt, Wellweg 41, Mensa, OBS, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
	216-002-3823	Sarstedt, Wellweg 41, Mensa, OBS, Techn. Gebäudemanagement
	216-002-4101	Schellerten/Ottbergen, Waldstr. 16, OBS, Gebäudereinigung
	216-002-4102	Schellerten/Ottbergen, Waldstr. 16, OBS, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
	216-002-4103	Schellerten/Ottbergen, Waldstr. 16, OBS, Techn. Gebäudemanagement
	216-002-4111	Schellerten/Ottbergen, Waldstr. 16, Sporthalle, OBS, Gebäudereinigung
	216-002-4112	Schellerten/Ottbergen, Waldstr. 16, Sporthalle, OBS, Grdst.- u. Gebäudeverw
	216-002-4113	Schellerten/Ottbergen, Waldstr. 16, Sporthalle, OBS, Techn. Gebäudemanageme
	216-002-4201	Söhlde, Hinterm Knick 10, OBS, Gebäudereinigung
	216-002-4202	Söhlde, Hinterm Knick 10, OBS, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
	216-002-4203	Söhlde, Hinterm Knick 10, OBS, Techn. Gebäudemanagement
	216-002-4211	Söhlde, Hinterm Knick 10, Sporthalle, OBS, Gebäudereinigung
	216-002-4212	Söhlde, Hinterm Knick 10, Sporthalle, OBS, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
	216-002-4213	Söhlde, Hinterm Knick 10, Sporthalle, OBS, Techn. Gebäudemanagement

Teilergebnishaushalt Produkt 216-002 Gebäudewirtschaft Kombinierte Haupt- und Realschulen

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.03	+ Auflösungserträge aus Sonderposten	451.383,48	397.500,00	411.600,00			
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte		37.900,00	5.300,00			
01.06	+ privatrechtliche Entgelte	21.057,38	8.200,00	2.100,00			
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**472.440,86**	**443.600,00**	**419.000,00**			
02.01	- Personalaufwendungen	585.642,47	580.600,00	622.900,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	3.861.304,18	4.953.500,00	5.266.700,00			
02.04	- Abschreibungen	1.448.140,12	1.408.700,00	1.408.100,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	34.175,76	10.800,00	10.800,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**5.929.262,53**	**6.953.600,00**	**7.308.500,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-5.456.821,67**	**-6.510.000,00**	**-6.889.500,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-5.456.821,67**	**-6.510.000,00**	**-6.889.500,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	29.646,60	41.200,00	53.400,00			
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-29.646,60**	**-41.200,00**	**-53.400,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-5.486.468,27**	**-6.551.200,00**	**-6.942.900,00**			

Produkt 217-002 Gebäudewirtschaft Gymnasien

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	21	Schulträgeraufgaben
Produktgruppe	217	Gymnasien, Kollegs
Produkt	217-002	Gebäudewirtschaft Gymnasien

Teilhaushalt Dezernat 1 - Finanzen, Digitalisierung und Innere Dienste

Verantwortlich Amt 304 - N.N.

Kurzbeschreibung

· Bereitstellung von Grundstücken: Erwerb und Veräußerung von Grundvermögen, Abschluss von Miet- und Pachtverträgen.
· Bewirtschaftung von Grundstücken: Abwicklung von Vermietungs- und Verpachtungsvorgängen, Versicherungen, Steuern und Abgaben, Nebenkostenabrechnungen, Energie- und Energiekostencontrolling, Organisation und Bereitstellung der Hausmeisterdienste, Abwicklung von Schadensfällen.
· Gebäudereinigung: Organisation und Durchführung der Gebäudereinigung (Eigen- und Fremdreinigung)
· Neu-, Um- und Erweiterungsbau: Planung, Bauvorbereitung, Bauausführung und -überwachung bei Neu-, Um- und Erweiterungsbauten des Landkreises.
· Bauunterhaltung: Feststellen der notwendigen bautechnischen Unterhaltungsmaßnahmen, Verhütung und Behebung von Bauschäden, Planung und Durchführung von Maßnahmen zur Energieeinsparung.

Dem Produkt sind 15,25 Stellen zugeordnet.

Zielgruppe Gebäudenutzerinnen und Gebäudenutzer

Kategorie Funktionsaufgabe

Aufgabenzuordnung eigener Wirkungskreis

Auftragsgrundlage NKomVG, Kreistagsbeschlüsse

Sachziele

Qualitätsziele

Z-217-002-001:
Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen.
Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.
Z-217-002-003:
Werden körperlich behinderte Schülerinnen und Schüler an einer Schule angemeldet und wird dies der Gebäudewirtschaft rechtzeitig mitgeteilt, wird das Gebäude bis zum Schulbeginn soweit barrierefrei hergerichtet, dass diese ohne fremde Hilfe am regulären Unterricht und -soweit dies baulich möglich ist- am schulischen Gemeinschaftsleben teilnehmen können.

Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
ZK-217-002-101 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	0,00

Leistungen

217-002	Gebäudewirtschaft Gymnasien
217-002-1301	Alfeld, Antonianger 22c, Gym, Gebäudereinigung
217-002-1302	Alfeld, Antonianger 22c, Gym, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
217-002-1303	Alfeld, Antonianger 22c, Gym, Techn. Gebäudemanagement
217-002-1311	Alfeld, Antonianger 22c, Sporthalle, Gym, Gebäudereinigung
217-002-1312	Alfeld, Antonianger 22c, Sporthalle, Gym, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
217-002-1313	Alfeld, Antonianger 22c, Sporthalle, Gym, Techn. Gebäudemanagement
217-002-3101	Hildesheim, Schützenwiese 21, Gym, Michelsenschule, Gebäudereinigung
217-002-3102	Hildesheim, Schützenwiese 21, Gym, Michelsenschule, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung

Produkt 217-002 Gebäudewirtschaft Gymnasien

Landkreis Hildesheim

217-002-3103	Hildesheim, Schützenwiese 21, Gym, Michelsenschule, Techn. Gebäudemanagement
217-002-3111	Hildesheim, Schützenwiese 21, Container, Gym, Michelsenschule, Gebäudereinigung
217-002-3112	Hildesheim, Schützenwiese 21, Container, Gym, Michelsenschule, Grdst.- u. Gebäud
217-002-3113	Hildesheim, Schützenwiese 21, Container, Gym, Michelsenschule, Techn. Gebäudeman
217-002-3201	Hildesheim, An d.Fohlenkoppel 3, Gym Himmelsthür, Gebäudereinigung
217-002-3202	Hildesheim, An d.Fohlenkoppel 3, Gym Himmelsthür, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
217-002-3203	Hildesheim, An d.Fohlenkoppel 3, Gym Himmelsthür, Techn. Gebäudemanagement
217-002-3211	Hildesheim, An d.Fohlenkoppel 3, alte Sporthalle, Gym Himmelsthür, Gebäudereinig
217-002-3212	Hildesheim, An d.Fohlenkoppel 3, alte Sporthalle, Gym Himmelsthür, Grdst.- u. Ge
217-002-3213	Hildesheim, An d.Fohlenkoppel 3, alte Sporthalle, Gym Himmelsthür, Techn. Gebäud
217-002-3221	Hildesheim, An d.Fohlenkoppel 3, neue Sporthalle, Gym Himmelsthür, Gebäudereinig
217-002-3222	Hildesheim, An d.Fohlenkoppel 3, neue Sporthalle, Gym Himmelsthür, Grdst.- u. Ge
217-002-3223	Hildesheim, An d.Fohlenkoppel 3, neu Sporthalle, Gym Himmelsthür, Techn. Gebäude
217-002-3231	Hildesheim, An d.Fohlenkoppel 3, Mensa, Gym Himmelsthür, Gebäudereinigung
217-002-3232	Hildesheim, An d.Fohlenkoppel 3, Mensa, Gym Himmelsthür, Grdst.- u.Gebäudeverwalt
217-002-3233	Hildesheim, An d.Fohlenkoppel 3, Mensa, Gym Himmelsthür, Techn.Gebäudemanagement
217-002-3243	Hildesheim, An d.Fohlenkoppel 3, neue Sporthalle (II), Gym Himmelsthür, Techn. G
217-002-3901	Sarstedt, Wellweg 43, Gym, Gebäudereinigung
217-002-3902	Sarstedt, Wellweg 43, Gym, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
217-002-3903	Sarstedt, Wellweg 43, Gym, Techn. Gebäudemanagement
217-002-3911	Sarstedt, Wellweg 43, Sporthalle, Gym, Gebäudereinigung
217-002-3912	Sarstedt, Wellweg 43, Sporthalle, Gym, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
217-002-3913	Sarstedt, Wellweg 43, Sporthalle, Gym, Techn. Gebäudemanagement
217-002-3921	Sarstedt, Breslauer Str. 40, GYM Sarstedt Neubau, Gebäudereinigung
217-002-3922	Sarstedt, Breslauer Str. 40, GYM Sarstedt Neubau, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
217-002-3923	Sarstedt, Breslauer Str. 40, GYM Sarstedt Neubau, Techn. Gebäudemanagement
217-002-3933	Sarstedt Wellweg 43, Schulbushalte, Techn. Gebäudemanagement
217-002-5101	Hildesheim, Brauhausstr. 6, Gym, Michelsenschule, Gebäudereinigung
217-002-5102	Hildesheim, Brauhausstr. 6, Gym, Michelsenschule, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
217-002-5103	Hildesheim, Brauhausstr. 6, Gym, Michelsenschule, Techn. Gebäudemanagement

Teilergebnishaushalt Produkt 217-002 Gebäudewirtschaft Gymnasien

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.03	+ Auflösungserträge aus Sonderposten	710.165,82	537.000,00	405.400,00			
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte		16.500,00	1.000,00			
01.06	+ privatrechtliche Entgelte	17.934,61	14.500,00	14.800,00			
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**728.100,43**	**568.000,00**	**421.200,00**			
02.01	- Personalaufwendungen	442.659,81	439.300,00	470.800,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	3.173.059,13	4.177.500,00	6.079.300,00			
02.04	- Abschreibungen	2.149.356,64	1.987.700,00	1.309.900,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	7.754,08	10.500,00	10.500,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**5.772.829,66**	**6.615.000,00**	**7.870.500,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-5.044.729,23**	**-6.047.000,00**	**-7.449.300,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-5.044.729,23**	**-6.047.000,00**	**-7.449.300,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	22.364,40	30.700,00	39.000,00			
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-22.364,40**	**-30.700,00**	**-39.000,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-5.067.093,63**	**-6.077.700,00**	**-7.488.300,00**			

Produkt 218-002 Gebäudewirtschaft Gesamtschulen

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	21	Schulträgeraufgaben
Produktgruppe	218	Gesamtschulen
Produkt	218-002	Gebäudewirtschaft Gesamtschulen

Teilhaushalt Dezernat 1 - Finanzen, Digitalisierung und Innere Dienste

Verantwortlich Amt 304 - N.N.

Kurzbeschreibung

- Bereitstellung von Grundstücken: Erwerb und Veräußerung von Grundvermögen, Abschluss von Miet- und Pachtverträgen.
- Bewirtschaftung von Grundstücken: Abwicklung von Vermietungs- und Verpachtungsvorgängen, Versicherungen, Steuern und Abgaben, Nebenkostenabrechnungen, Energie- und Energiekostencontrolling, Organisation und Bereitstellung der Hausmeisterdienste, Abwicklung von Schadensfällen.
- Gebäudereinigung: Organisation und Durchführung der Gebäudereinigung (Eigen- und Fremdreinigung)
- Neu-, Um- und Erweiterungsbau: Planung, Bauvorbereitung, Bauausführung und -überwachung bei Neu-, Um- und Erweiterungsbauten des Landkreises.
- Bauunterhaltung: Feststellen der notwendigen bautechnischen Unterhaltungsmaßnahmen, Verhütung und Behebung von Bauschäden, Planung und Durchführung von Maßnahmen zur Energieeinsparung.

Dem Produkt sind 9,21 Stellen zugeordnet.

Zielgruppe Gebäudenutzerinnen und Gebäudenutzer

Kategorie Funktionsaufgabe

Aufgabenzuordnung eigener Wirkungskreis

Auftragsgrundlage NKomVG, Kreistagsbeschlüsse

Sachziele

Qualitätsziele

Z-218-002-001:
Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen.
Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.
Z-218-002-003:
Werden körperlich behinderte Schülerinnen und Schüler an einer Schule angemeldet und wird dies der Gebäudewirtschaft rechtzeitig mitgeteilt, wird das Gebäude bis zum Schulbeginn soweit barrierefrei hergerichtet, dass diese ohne fremde Hilfe am regulären Unterricht und -soweit dies baulich möglich ist- am schulischen Gemeinschaftsleben teilnehmen können.

Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
ZK-218-002-101 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	0,00

Leistungen

218-002	Gebäudewirtschaft Gesamtschulen
218-002-1601	Bad Salzdetfurth, Birkenweg 38, IGS, Gebäudereinigung
218-002-1602	Bad Salzdetfurth, Birkenweg 38, IGS, Grdst.- u- Gebäudeverwaltung
218-002-1603	Bad Salzdetfurth, Birkenweg 38, IGS, Techn. Gebäudemanagement
218-002-1611	Bad Salzdetfurth, Birkenweg 38, alte Sporthalle, IGS, Gebäudereinigung
218-002-1612	Bad Salzdetfurth, Birkenweg 38, alte Sporthalle, IGS, Grdst.- u. Gebäudeverw.
218-002-1613	Bad Salzdetfurth, Birkenweg 38, alte Sporthalle, IGS, Techn. Gebäudemanagement
218-002-1621	Bad Salzdetfurth, Birkenweg 38, neue Sporthalle, IGS, Gebäudereinigung
218-002-1622	Bad Salzdetfurth, Birkenweg 38, neue Sporthalle, IGS, Grdst.- u. Gebäudeverw.

Produkt 218-002 Gebäudewirtschaft Gesamtschulen

Landkreis Hildesheim

	218-002-1623	Bad Salzdetfurth, Birkenweg 38, neue Sporthalle, IGS, Techn. Gebäudemanagement
	218-002-2301	Gronau, Am Bahnhof 2 a, KGS, Gebäudereinigung
	218-002-2302	Gronau, Am Bahnhof 2 a, KGS, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
	218-002-2303	Gronau, Am Bahnhof 2 a, KGS, Techn. Gebäudemanagement
	218-002-2311	Gronau, Lindenallee 1, Sporthalle, KGS, Gebäudereinigung
	218-002-2312	Gronau, Lindenallee 1, Sporthalle, KGS, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
	218-002-2313	Gronau, Lindenallee 1, Sporthalle, KGS, Techn. Gebäudemanagement
	218-002-2321	Gronau, Am Bahnhof 2 a, Mensa, KGS, Gebäudereinigung
	218-002-2322	Gronau, Am Bahnhof 2 a, Mensa, KGS, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
	218-002-2323	Gronau, Am Bahnhof 2 a, Mensa, KGS, Techn. Gebäudemanagement
	218-002-2331	Gronau, Lindenallee, neue Sporthalle, KGS, Gebäudereinigung
	218-002-2332	Gronau, Lindenallee, neue Sporthalle, KGS, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
	218-002-2333	Gronau, Lindenallee, neue Sporthalle, KGS, Techn. Gebäudemanagement
	218-002-2342	Gronau, Am Bahnhof 2 a, Verkehrsanlage, KGS, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
	218-002-2343	Gronau, Am Bahnhof 2 a, Verkehrsanlage, KGS, Techn. Gebäudemanagement
	218-002-2411	Gronau, Leintor 17, Anteil Sporthalle, KGS, Gebäudereinigung
	218-002-2412	Gronau, Leintor 17, Anteil Sporthalle, KGS, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
	218-002-2413	Gronau, Leintor 17, Anteil Sporthalle, KGS, Techn. Gebäudemanagement

Teilergebnishaushalt Produkt 218-002 Gebäudewirtschaft Gesamtschulen

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.03	+ Auflösungserträge aus Sonderposten	321.144,81	321.100,00	351.800,00			
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte		4.500,00	100,00			
01.06	+ privatrechtliche Entgelte	34.720,08	3.700,00	3.300,00			
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen		16.000,00	16.000,00			
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**355.864,89**	**345.300,00**	**371.200,00**			
02.01	- Personalaufwendungen	264.420,01	263.000,00	281.100,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	1.930.057,33	2.120.700,00	2.132.100,00			
02.04	- Abschreibungen	1.160.314,95	934.000,00	1.391.400,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	10.118,57	3.500,00	3.500,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**3.364.910,86**	**3.321.200,00**	**3.808.100,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-3.009.045,97**	**-2.975.900,00**	**-3.436.900,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-3.009.045,97**	**-2.975.900,00**	**-3.436.900,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	13.437,00	12.600,00	16.000,00			
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-13.437,00**	**-12.600,00**	**-16.000,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-3.022.482,97**	**-2.988.500,00**	**-3.452.900,00**			

Produkt 221-002 Gebäudewirtschaft Förderschulen

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	21	Schulträgeraufgaben
Produktgruppe	221	Förderschulen
Produkt	221-002	Gebäudewirtschaft Förderschulen

Teilhaushalt Dezernat 1 - Finanzen, Digitalisierung und Innere Dienste

Verantwortlich Amt 304 - N.N.

Kurzbeschreibung

· Bereitstellung von Grundstücken: Erwerb und Veräußerung von Grundvermögen, Abschluss von Miet- und Pachtverträgen.
· Bewirtschaftung von Grundstücken: Abwicklung von Vermietungs- und Verpachtungsvorgängen, Versicherungen,Steuern und Abgaben, Nebenkostenabrechnungen, Energie- und Energiekostencontrolling, Organisation und Bereitstellung der Hausmeisterdienste, Abwicklung von Schadensfällen.
· Gebäudereinigung: Organisation und Durchführung der Gebäudereinigung (Eigen- und Fremdreinigung)
· Neu-, Um- und Erweiterungsbau: Planung, Bauvorbereitung, Bauausführung und -überwachung bei Neu-, Um- und Erweiterungsbauten des Landkreises.
· Bauunterhaltung: Feststellen der notwendigen bautechnischen Unterhaltungsmaßnahmen, Verhütung und Behebung von Bauschäden, Planung und Durchführung von Maßnahmen zur Energieeinsparung.

Dem Produkt sind 6,05 Stellen zugeordnet.

Zielgruppe Gebäudenutzerinnen und Gebäudenutzer

Kategorie Funktionsaufgabe

Aufgabenzuordnung eigener Wirkungskreis

Auftragsgrundlage NKomVG, Kreistagsbeschlüsse

Sachziele

Qualitätsziele

Z-221-002-001:
Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen.
Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.
Z-221-002-003:
Werden körperlich behinderte Schülerinnen und Schüler an einer Schule angemeldet und wird dies der Gebäudewirtschaft rechtzeitig mitgeteilt, wird das Gebäude bis zum Schulbeginn soweit barrierefrei hergerichtet, dass diese ohne fremde Hilfe am regulären Unterricht und -soweit dies baulich möglich ist- am schulischen Gemeinschaftsleben teilnehmen können.

Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
ZK-221-002-101 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	0,00

Leistungen

221-002	Gebäudewirtschaft Förderschulen
221-002-1401	Alfeld, Bismarck. 11, FöS, Gebäudereinigung
221-002-1402	Alfeld, Bismarck. 11, FöS, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
221-002-1403	Alfeld, Bismarck. 11, FöS, Techn. Gebäudemanagement
221-002-1701	Bad Salzdetfurth, Am Mühlenbusch 28, FöS, Gebäudereinigung
221-002-1702	Bad Salzdetfurth, Am Mühlenbusch 28, FöS, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
221-002-1703	Bad Salzdetfurth, Am Mühlenbusch 28, FöS, Techn. Gebäudemanagement
221-002-1711	Bad Salzdetfurth, Am Mühlenbusch 28, Sporthalle, FöS, Gebäudereinigung
221-002-1712	Bad Salzdetfurth, Am Mühlenbusch 28, Sporthalle, FöS, Grdst.- u. Gebäudeverwaltu

Produkt 221-002 Gebäudewirtschaft Förderschulen

Landkreis Hildesheim

	221-002-1713	Bad Salzdetfurth, Am Mühlenbusch 28, Sporthalle, FöS, Techn. Gebäudemanagement
	221-002-1792	Bad Salzdetfurth, Am Mühlenbusch 28, Hausmeisterhaus, FöS, Grdst.- u. Gebäudeve
	221-002-1793	Bad Salzdetfurth, Am Mühlenbusch 28, Hausmeisterhaus, FöS, Techn. Gebäudemanage
	221-002-2201	Elze, Heilswannenweg 22, FöS, Gebäudereinigung
	221-002-2202	Elze, Heilswannenweg 22, FöS, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
	221-002-2203	Elze, Heilswannenweg 22, FöS, Techn. Gebäudemanagement
	221-002-4001	Sarstedt, Wellweg 39, FöS, Gebäudereinigung
	221-002-4002	Sarstedt, Wellweg 39, FöS, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
	221-002-4003	Sarstedt, Wellweg 39, FöS, Techn. Gebäudemanagement
	221-002-4011	Sarstedt, Wellweg 39, Sporthalle, FöS, Gebäudereinigung
	221-002-4012	Sarstedt, Wellweg 39, Sporthalle, FöS, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
	221-002-4013	Sarstedt, Wellweg 39, Sporthalle, FöS, Techn. Gebäudemanagement
	221-002-5603	Hildesheim, OT Sorsum, Luise-Scheppler-Schule, Techn. Gebäudemanagement

Teilergebnishaushalt Produkt 221-002 Gebäudewirtschaft Förderschulen

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.03	+ Auflösungserträge aus Sonderposten	27.523,15	12.900,00	11.300,00			
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte		4.000,00	100,00			
01.06	+ privatrechtliche Entgelte	358,12	1.000,00	1.000,00			
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**27.881,27**	**17.900,00**	**12.400,00**			
02.01	- Personalaufwendungen	178.239,76	177.400,00	189.400,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	714.199,32	866.300,00	898.400,00			
02.04	- Abschreibungen	523.842,46	485.700,00	539.700,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	2.759,42	1.500,00	1.500,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**1.419.040,96**	**1.530.900,00**	**1.629.000,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-1.391.159,69**	**-1.513.000,00**	**-1.616.600,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-1.391.159,69**	**-1.513.000,00**	**-1.616.600,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	8.927,40	5.000,00	6.300,00			
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-8.927,40**	**-5.000,00**	**-6.300,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-1.400.087,09**	**-1.518.000,00**	**-1.622.900,00**			

Produkt 231-002 Gebäudewirtschaft berufliche Schulen

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	21	Schulträgeraufgaben
Produktgruppe	231	Berufliche Schulen
Produkt	231-002	Gebäudewirtschaft berufliche Schulen

Teilhaushalt Dezernat 1 - Finanzen, Digitalisierung und Innere Dienste

Verantwortlich Amt 304 - N.N.

Kurzbeschreibung

· Bereitstellung von Grundstücken: Erwerb und Veräußerung von Grundvermögen, Abschluss von Miet- und Pachtverträgen.
· Bewirtschaftung von Grundstücken: Abwicklung von Vermietungs- und Verpachtungsvorgängen, Versicherungen, Steuern und Abgaben, Nebenkostenabrechnungen, Energie- und Energiekostencontrolling, Organisation und Bereitstellung der Hausmeisterdienste, Abwicklung von Schadensfällen.
· Gebäudereinigung: Organisation und Durchführung der Gebäudereinigung (Eigen- und Fremdreinigung)
· Neu-, Um- und Erweiterungsbau: Planung, Bauvorbereitung, Bauausführung und -überwachung bei Neu-, Um- und Erweiterungsbauten des Landkreises.
· Bauunterhaltung: Feststellen der notwendigen bautechnischen Unterhaltungsmaßnahmen, Verhütung und Behebung von Bauschäden, Planung und Durchführung von Maßnahmen zur Energieeinsparung.

dem Produkt sind 24,31 Stellen zugeordnet.

Zielgruppe Gebäudenutzerinnen und Gebäudenutzer

Kategorie Funktionsaufgabe

Aufgabenzuordnung eigener Wirkungskreis

Auftragsgrundlage NKomVG, Kreistagsbeschlüsse

Sachziele

Qualitätsziele

Z-231-002-001:
Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen.
Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.
Z-231-002-003:
Werden körperlich behinderte Schülerinnen und Schüler an einer Schule angemeldet und wird dies der Gebäudewirtschaft rechtzeitig mitgeteilt, wird das Gebäude bis zum Schulbeginn soweit barrierefrei hergerichtet, dass diese ohne fremde Hilfe am regulären Unterricht und -soweit dies baulich möglich ist- am schulischen Gemeinschaftsleben teilnehmen können.

Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
ZK-231-002-101 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	0,00

Leistungen

231-002	Gebäudewirtschaft berufliche Schulen
231-002-1501	Alfeld, Hildesheimer Str. 55, BSZ, Gebäudereinigung
231-002-1502	Alfeld, Hildesheimer Str. 55, BSZ, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
231-002-1503	Alfeld, Hildesheimer Str. 55, BSZ, Techn. Gebäudemanagement
231-002-1511	Alfeld, Hildesheimer Str. 55, Sporthalle, BSZ, Gebäudereinigung
231-002-1512	Alfeld, Hildesheimer Str. 55, Sporthalle, BSZ, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
231-002-1513	Alfeld, Hildesheimer Str. 55, Sporthalle, BSZ, Techn. Gebäudemanagement
231-002-2601	Hildesheim, Rathausstr. 9, BBS Metall, Gebäudereinigung
231-002-2602	Hildesheim, Rathausstr. 9, BBS Metall, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung

Produkt 231-002 Gebäudewirtschaft berufliche Schulen

Landkreis Hildesheim

231-002-2603	Hildesheim, Rathausstr. 9, BBS Metall, Techn. Gebäudemanagement
231-002-2701	Hildesheim, Von-Thünen-Str. 24, BBS Metall, Gebäudereinigung
231-002-2702	Hildesheim, Von-Thünen-Str. 24, BBS Metall, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
231-002-2703	Hildesheim, Von-Thünen-Str. 24, BBS Metall, Techn. Gebäudemanagement
231-002-2711	Hildesheim, Von-Thünen-Str. 24, Werkstätten KFZ, BBS Metall, Gebäudereinigung
231-002-2712	Hildesheim, Von-Thünen-Str. 24, Werkstätten KFZ, BBS Metall, Grdst.- u. Gebäudev
231-002-2713	Hildesheim, Von-Thünen-Str. 24, Werkstätten KFZ, BBS Metall, Techn. Gebäudemanag
231-002-2721	Hildesheim, Von-Thünen-Str. 24, BBS Herman-Nohl Erweiterungsbau, Gebäudereinigun
231-002-2722	Hildesheim, Von-Thünen-Str. 24, BBS Herman-Nohl Erweiterungsbau, Grdst.- u. Gebä
231-002-2723	Hildesheim, Von-Thünen-Str. 24, BBS Herman-Nohl Erweiterungsbau, Techn. Gebäudem
231-002-2792	Hildesheim, Von-Thünen-Str. 24, Hausmeisterhaus, BBS Metall, Grdst.- u. Gebäudev
231-002-2793	Hildesheim, Von-Thünen-Str. 24, Hausmeisterhaus, BBS Metall, Techn. Gebäudemanag
231-002-2801	Hildesheim, Steuerwalder Str. 158-164, BBS, Gebäudereinigung
231-002-2802	Hildesheim, Steuerwalder Str. 158-164, BBS, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
231-002-2803	Hildesheim, Steuerwalder Str. 158-164, BBS, Techn. Gebäudemanagement
231-002-2811	Hildesheim, Steuerwalder Str. 158-164, Sporthalle, BBS, Gebäudereinigung
231-002-2812	Hildesheim, Steuerwalder Str. 158-164, Sporthalle, BBS, Grdst.- u. Gebäudeverwal
231-002-2813	Hildesheim, Steuerwalder Str. 158-164, Sporthalle, BBS, Techn. Gebäudemanagement
231-002-2901	Hildesheim, Wollenweberstr. 66-68, BBS, Gebäudereinigung
231-002-2902	Hildesheim, Wollenweberstr. 66-68, BBS, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
231-002-2903	Hildesheim, Wollenweberstr. 66-68, BBS, Techn. Gebäudemanagement
231-002-2911	Hildesheim, Wollenweberstr. 66-68, Sporthalle, BBS, Gebäudereinigung
231-002-2912	Hildesheim, Wollenweberstr. 66-68, Sporthalle, BBS, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
231-002-2913	Hildesheim, Wollenweberstr. 66-68, Sporthalle, BBS, Techn. Gebäudemanagement
231-002-3001	Hildesheim, Dammtor 1, FS Holztechnik und Gestaltung, Gebäudereinigung
231-002-3002	Hildesheim, Dammtor 1, FS Holztechnik und Gestaltung, Grdst.- u. Gebäudeverwaltu
231-002-3003	Hildesheim, Dammtor 1, FS Holztechnik und Gestaltung, Techn. Gebäudemanagement
231-002-5002	Hildesheim, Bischofskamp 25 D, BBS, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
231-002-5201	Hildesheim, Münchewiese 14, BBS, Gebäudereinigung
231-002-5202	Hildesheim, Münchewiese 14, BBS, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
231-002-5203	Hildesheim, Münchewiese 14, BBS, Techn. Gebäudemanagement

Teilergebnishaushalt Produkt 231-002 Gebäudewirtschaft berufliche Schulen

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.03	+ Auflösungserträge aus Sonderposten	359.706,93	284.800,00	279.600,00			
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte		16.200,00	1.900,00			
01.06	+ privatrechtliche Entgelte	20.064,90	21.500,00	15.500,00			
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**379.771,83**	**322.500,00**	**297.000,00**			
02.01	- Personalaufwendungen	703.489,01	697.600,00	748.500,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	4.078.153,40	6.309.900,00	6.827.200,00			
02.04	- Abschreibungen	1.387.885,99	1.150.400,00	1.271.600,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	12.233,54	15.100,00	15.100,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**6.181.761,94**	**8.173.000,00**	**8.862.400,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-5.801.990,11**	**-7.850.500,00**	**-8.565.400,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-5.801.990,11**	**-7.850.500,00**	**-8.565.400,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	35.613,50	44.300,00	56.700,00			
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-35.613,50**	**-44.300,00**	**-56.700,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-5.837.603,61**	**-7.894.800,00**	**-8.622.100,00**			

Produkt 315-501 Gebäudewirtschaft Unterkünfte für Asylbewerber

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	31	Soziale Hilfen
Produktgruppe	315	Soziale Einrichtungen (ohne Einrichtungen der Jugendarbeit)
Produkt	315-501	Gebäudewirtschaft Unterkünfte für Asylbewerber

Teilhaushalt Dezernat 1 - Finanzen, Digitalisierung und Innere Dienste

Verantwortlich Amt 304 - N.N.

Kurzbeschreibung

· Bereitstellung von Grundstücken: Erwerb und Veräußerung von Grundvermögen, Abschluss von Miet- und Pachtverträgen.
· Bewirtschaftung von Grundstücken: Abwicklung von Vermietungs- und Verpachtungsvorgängen, Versicherungen, Steuern und Abgaben, Nebenkostenabrechnungen, Energie- und Energiekostencontrolling, Organisation und Bereitstellung der Hausmeisterdienste, Abwicklung von Schadensfällen.
· Gebäudereinigung: Organisation und Durchführung der Gebäudereinigung (Eigen- und Fremdreinigung)
· Neu-, Um- und Erweiterungsbau: Planung, Bauvorbereitung, Bauausführung und -überwachung bei Neu-, Um- und Erweiterungsbauten des Landkreises.
· Bauunterhaltung: Feststellen der notwendigen bautechnischen Unterhaltungsmaßnahmen, Verhütung und Behebung von Bauschäden, Planung und Durchführung von Maßnahmen zur Energieeinsparung.

dem Produkt sind 0,1 Stellen zugeordnet.

Zielgruppe Gebäudenutzerinnen und Gebäudenutzer

Kategorie Funktionsaufgabe

Aufgabenzuordnung eigener Wirkungskreis

Auftragsgrundlage NKomVG, Kreistagsbeschlüsse

Leistungen

315-501	Gebäudewirtschaft Unterkünfte für Asylbewerber
315-501-1511	Alfeld, Hildesheimer Str. 55, Sporthalle, BSZ, Gebäudereinigung
315-501-1512	Alfeld, Hildesheimer Str. 55, Sporthalle, BSZ, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
315-501-1513	Alfeld, Hildesheimer Str. 55, Sporthalle, BSZ, Techn. Gebäudemanagement
315-501-3402	Lamspringe, Kallenberg 20, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
315-501-3403	Lamspringe, Kallenberg 20, Techn. Gebäudemanagement
315-501-3911	Sarstedt, Wellweg 43, Sporthalle, Gym, Gebäudereinigung
315-501-3912	Sarstedt, Wellweg 43, Sporthalle, Gym, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
315-501-3913	Sarstedt, Wellweg 43, Sporthalle, Gym, Techn. Gebäudemanagement
315-501-5903	Gronau, Burgstr. 27, NUK, Techn. Gebäudemanagement
315-501-6203	Alfeld, Glogauer Str. Containeranlage Asylsuchende

Teilergebnishaushalt Produkt 315-501 Gebäudewirtschaft Unterkünfte für Asylbewerber

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.03	+ Auflösungserträge aus Sonderposten	904,34	900,00	900,00			
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**904,34**	**900,00**	**900,00**			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	161.007,96	45.200,00	46.600,00			
02.04	- Abschreibungen	24.899,64	24.900,00	24.900,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**185.907,60**	**70.100,00**	**71.500,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-185.003,26**	**-69.200,00**	**-70.600,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-185.003,26**	**-69.200,00**	**-70.600,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-185.003,26**	**-69.200,00**	**-70.600,00**			

Produkt 366-002 Gebäudewirtschaft Jugendeinrichtungen

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	36	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	366	Einrichtungen der Jugendarbeit
Produkt	366-002	Gebäudewirtschaft Jugendeinrichtungen

Teilhaushalt Dezernat 1 - Finanzen, Digitalisierung und Innere Dienste

Verantwortlich Amt 304 - N.N.

Kurzbeschreibung

· Bereitstellung von Grundstücken: Erwerb und Veräußerung von Grundvermögen, Abschluss von Miet- und Pachtverträgen.
· Bewirtschaftung von Grundstücken: Abwicklung von Vermietungs- und Verpachtungsvorgängen, Versicherungen, Steuern und Abgaben, Nebenkostenabrechnungen, Energie- und Energiekostencontrolling, Organisation und Bereitstellung der Hausmeisterdienste, Abwicklung von Schadensfällen.
· Gebäudereinigung: Organisation und Durchführung der Gebäudereinigung (Eigen- und Fremdreinigung)
· Neu- / Um- und Erweiterungsbau: Planung, Bauvorbereitung, Bauausführung und -überwachung bei Neu-, Um- und Erweiterungsbauten des Landkreises.
· Bauunterhaltung: Feststellen der notwendigen bautechnischen Unterhaltungsmaßnahmen, Verhütung und Behebung von Bauschäden, Planung und Durchführung von Maßnahmen zur Energieeinsparung.

Zielgruppe Gebäudenutzer

Kategorie Funktionsaufgabe

Aufgabenzuordnung eigener Wirkungskreis

Auftragsgrundlage NKomVG, Kreistagsbeschlüsse

Sachziele

Qualitätsziele

Z-366-002-001:
Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen.
Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.
Z-366-002-003:
Werden körperlich behinderte Schülerinnen und Schüler an einer Schule angemeldet und wird dies der Gebäudewirtschaft rechtzeitig mitgeteilt, wird das Gebäude bis zum Schulbeginn soweit barrierefrei hergerichtet, dass diese ohne fremde Hilfe am regulären Unterricht und -soweit dies baulich möglich ist- am schulischen Gemeinschaftsleben teilnehmen können.

Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
ZK-366-002-101 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	0,00
ZK-366-002-201 Ant.d.LK-Gebäude, die 2019 Heizenergie-Vergleichsw.einhalten-(%)	0,00	0,00	0,00
ZK-366-002-202 Ant.d.LK-Gebäude, die 2019 Stromverbr.-Vergleichsw.einhalten-(%)	0,00	0,00	0,00

Leistungen

366-002	Gebäudewirtschaft Jugendeinrichtungen
366-002-6303	Schönberg, Linauweg 2, Jugendhof, Techn. Gebäudemanagement

Teilergebnishaushalt Produkt 366-002 Gebäudewirtschaft Jugendeinrichtungen

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
02.04	- Abschreibungen	861,95	900,00	900,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**861,95**	**900,00**	**900,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-861,95**	**-900,00**	**-900,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-861,95**	**-900,00**	**-900,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-861,95**	**-900,00**	**-900,00**			

Produkt 542-001 Kreisstraßen und Radwege

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	54	Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV
Produktgruppe	542	Kreisstraßen
Produkt	542-001	Kreisstraßen und Radwege

Wesentl. Produkt

Teilhaushalt Dezernat 1 - Finanzen, Digitalisierung und Innere Dienste

Verantwortlich Amt 304 - N.N.

Kurzbeschreibung Bau und Unterhaltung von Kreisstraßen, dazu gehören Straßen, Radwege, Brücken, Begleitgrün, Entwässerungsanlagen, Verkehrszeichen, Markierungen, Signalanlagen etc.
Dem Produkt sind 34,5 Stellenanteile zugeordnet.

Zielgruppe intern: ---
extern: Nutzerinnen und Nutzer von Kreisstraßen

Kategorie Pflichtaufgabe

Aufgabenzuordnung eigener Wirkungskreis

Auftragsgrundlage § 9 Niedersächsisches Straßengesetz

Sachziele Verkehrssicherstellung sowie Substanzerhaltung und Substanzmehrung

Teilnahme an Kennzahlenvergleichen und Anpassung der Dienstleistungen des Landkreises an die Ergebnisse der Vergleiche, entsprechend den erlassenen Rahmenregeln, z.Zt. NLT-Vergleich "Kreisstraßen"

Qualitätsziele
Z-542-001-001:
Erhaltung und Verbesserung des Kreisstraßennetzes in einem durchschnittliche Zustandswert von 3,3
Fortschreibung des Straßenbauprogrammes
Z-542-001-002:
Förderung des ländlichen Radverkehrs
Z-542-001-003:
Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen.
Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.

Maßnahmen
ZM-542-001-101:
Fortschreibung Straßenbauprogramm
ZM-542-001-102:
Umsetzung Radwegebauprogramm
ZM-542-001-103:
Fortbildung der Mitarbeiter/innen

Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
ZK-542-001-101 Durchschnittlicher Zustandswert KStr. - (Mittelwert)	0,00	2,00	0,00
ZK-542-001-102 Mitteleinsatz gem. Straßenbauprogramm - (€)	0,00	5.920.000,00	0,00
ZK-542-001-103 Mitteleinsatz gem.Radwegebauprogramm - (€)	0,00	620.000,00	0,00
ZK-542-001-401 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	0,00

Leistungen

542-001	Kreisstraßen und Radwege
542-001-0001	Unterhaltung der Kreisstraßen

Produkt 542-001 Kreisstraßen und Radwege

Landkreis Hildesheim

	542-001-0002	Bau von Kreisstraßen GVFG
	542-001-0003	Unterhaltung von Radwegen (Eigenmittel)
	542-001-0004	Bau von Radwegen GVFG
	542-001-0005	Planfeststellungsverfahren bei Bundes-, Landes- und Kreisstraßen
	542-001-0006	Bau von Kreisstraßen Eigenmittelmaßnahmen
	542-001-0007	GVFG Brückenbau
	542-001-0008	Eigenmittel Brückenbau

Teilergebnishaushalt Produkt 542-001 Kreisstraßen und Radwege

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.03	+ Auflösungserträge aus Sonderposten	1.021.278,09	1.069.100,00	1.109.400,00			
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte	7.755,09	9.900,00	9.900,00			
01.06	+ privatrechtliche Entgelte	137.318,02	51.700,00	51.700,00			
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	13.601,36	26.300,00	26.300,00			
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**1.179.952,56**	**1.157.000,00**	**1.197.300,00**			
02.01	- Personalaufwendungen	2.559.967,88	2.546.100,00	2.670.500,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	2.872.842,17	1.606.300,00	3.106.300,00			
02.04	- Abschreibungen	3.144.657,92	3.322.200,00	3.514.100,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	624.004,51	710.900,00	581.300,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**9.201.472,48**	**8.185.500,00**	**9.872.200,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-8.021.519,92**	**-7.028.500,00**	**-8.674.900,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-8.021.519,92**	**-7.028.500,00**	**-8.674.900,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	45.915,00	32.300,00	40.300,00			
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-45.915,00**	**-32.300,00**	**-40.300,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-8.067.434,92**	**-7.060.800,00**	**-8.715.200,00**			

Teilhaushalt
Dezernat 3

Bildung, Kultur und Bau

Erläuterungen zum Teilhaushalt Dezernat 3 für das Haushaltsjahr 2026

Produkt 231-001 Schulverwaltung berufliche Schulen

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
02.03	Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	916.701,36	1.104.600	1.611.100

Die Ansatzerhöhung ist darin begründet, dass ab 2026 die Kosten für die Verwaltungsarbeitsplätze im Bereich der Systembetreuung durch das Amt 301 direkt getragen werden und die Abrechnung nicht mehr über eine ILV erfolgt.

Produkt 241-001 Schülerbeförderung

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
02.03	Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	569.462,81	1.008.500	10.000

Die Ansatzminderung ist darauf zurückzuführen, dass das Projekt zur Bezuschussung von Fahrkarten für Schüler/-innen im Sekundarbereich II eingestellt wurde.

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
02.07	Sonstige ordentliche Aufwendungen	16.857.484,79	19.583.700	20.218.000

Der Ansatzveränderung beruht auf die zu erwartenden Preissteigerungen im Bereich der Treibstoff- und Personalkosten. Darüber hinaus steigen die Kosten im Rahmen der neu erteilten Aufträge für die Schülerbeförderung. Ferner ist mit der Einführung der Ganztagsbetreuung in den Grundschulen ein zusätzlicher Bedarf an Schülerbeförderung zu erwarten.

Produkt 243-001 Sonstige schulische Aufgaben

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
02.06	Transferaufwendungen	375.617,40	446.800	327.600

Im Haushaltsjahr 2025 wurde eine einmalige Zahlung gemäß Antrag 667/XIX für die Fortsetzung und den weiteren Ausbau der erfolgreichen Zusammenarbeit mit den bestehenden Akteuren, wie "HiZukunft" und der Wirtschaftsförderungsgesellschaft HildesheimRegion (HI-REG) mbH in Höhe von 50.000 € vereinbart.

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026

02.07	**Sonstige ordentliche Aufwendungen**	**13.533.933,66**	**11.605.700**	**12.294.000**

Im Zuge des Finanzvertrages erstattet der Landkreis als geborener Schulträger 80 Prozent der Kosten für den Schulbetrieb und der Unterhaltung / Bewirtschaftung der Schulgebäude im Stadtgebiet Hildesheim. In dem Zusammenhang ist aufgrund der allgemeinen Preissteigerung von einem erhöhten Finanzbedarf zur Finanzierung der städtischen Schulen auszugehen.

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
08.02	**Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen**	**545.100**	**574.000**	**129.600**

Die Ansatzminderung ist darin begründet, dass ab 2026 die Kosten für die Verwaltungsarbeitsplätze im Bereich der Systembetreuung durch das Amt 301 direkt getragen werden und die Abrechnung nicht mehr über eine ILV erfolgt.

Produkt 263-001 Musikschulen -freiwillig-

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
02.06	**Transferaufwendungen**	**0,00**	**280.000,**	**175.000**

Es handelt sich um von der Politik beantragte Mittel gemäß Antrag 673/XIX und 679/XIX.

Produkt 281-001 Kulturbüro -freiwillig-

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
01.02	**Zuwendungen und allgemeine Umlagen**	**-35.000**	**-211.100**	**0,00**

Aufgrund der fehlenden Projektbewilligung „Allerland“ entfallen die Zuweisungen vom Land entsprechend.

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
02.03	**Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen**	**168.143,30**	**272.400**	**31.900**

Aufgrund der fehlenden Projektbewilligung „Allerland“ wurden keine Haushaltsmittel für dieses Vorhaben bereitgestellt.

Produkt 521-001 Bauliche Anlagen

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
02.01	Personalaufwendungen	2.108.143,15	2.052.500	2.280.800

Gesteigerte Personalkosten aufgrund der Tarifabschlüsse.

Investitionstätigkeit

Die Investitionen ergeben sich aus der Gesamtübersicht Investitionstätigkeit.

Haushaltsplan 2026
Übersicht Produkte aller Teilhaushalte

Teilhaushalt Dezernat 3

Dezernat 3 - Bildung, Kultur und Bau					
Amt	**Produktnr.**	**Bezeichnung**	**Plan 2026**		**Zuschuss (-) Überschuss**
			Erträge €	**Aufwendungen €**	**€**
3-01	212-001	Schulverwaltung Hauptschulen	19.200	266.100	-246.900
3-01	215-001	Schulverwaltung Realschulen	28.400	295.100	-266.700
3-01	216-001	Schulverwaltung Kombinierte Haupt- und Realschulen	213.700	2.417.800	-2.204.100
3-01	217-001	Schulverwaltung Gymnasien	190.800	1.702.600	-1.511.800
3-01	218-001	Schulverwaltung Gesamtschulen	72.300	1.293.100	-1.220.800
3-01	221-001	Schulverwaltung Förderschulen	24.500	738.600	-714.100
3-01	231-001	Schulverwaltung berufliche Schulen	826.300	4.389.100	-3.562.800
3-01	241-001	Schülerbeförderung	111.700	20.435.200	-20.323.500
3-01	242-001	Ausbildungsförderung	0	54.400	-54.400
3-01	243-001	Sonstige schulische Aufgaben	635.100	14.058.800	-13.423.700
3-01	243-003	Sonstige schulische Aufgaben -freiwillig-	0	71.200	-71.200
3-01	251-001	Kreisarchiv	500	169.600	-169.100
3-01	263-001	Musikschulen -freiwillig-	0	175.000	-175.000
3-01	281-001	Kulturbüro -freiwillig-	0	450.400	-450.400
3-01	575-001	Kulturtourismus -freiwillig-	0	35.000	-35.000
3-02	511-001	Bauleitplanung	69.200	532.800	-463.600
3-02	521-001	Bauliche Anlagen	2.262.000	3.848.000	-1.586.000
3-02	522-101	Wohnraumförderung	126.000	162.000	-36.000
3-02	523-001	Denkmalschutz und -pflege	11.000	250.300	-239.300
3-02	523-002	Denkmalschutz und -pflege -freiwillig-	0	15.000	-15.000
Ergebnis Teilhaushalt 3			**4.590.700**	**51.360.100**	**-46.769.400**

Teilergebnishaushalt Teilhaushalt 3

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	1.286.643,11	1.088.800,00	647.700,00			
01.03	+ Auflösungserträge aus Sonderposten	1.216.494,57	1.108.800,00	767.200,00			
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte	3.401.094,64	2.556.500,00	2.506.500,00			
01.06	+ privatrechtliche Entgelte	210.150,86	45.300,00	45.300,00			
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	589.111,89	586.500,00	582.000,00			
01.08	+ Zinsen und ähnliche Finanzerträge	1.478,77	2.000,00	2.000,00			
01.11	+ sonstige ordentliche Erträge	799.228,75	40.000,00	40.000,00			
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**7.504.202,59**	**5.427.900,00**	**4.590.700,00**			
02.01	- Personalaufwendungen	9.095.942,16	9.014.600,00	10.176.900,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	4.846.415,62	5.221.600,00	4.564.800,00			
02.04	- Abschreibungen	1.672.311,40	2.204.900,00	2.344.100,00			
02.06	- Transferaufwendungen	1.379.609,20	1.034.800,00	794.800,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	31.285.746,83	31.889.000,00	33.171.000,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**48.280.025,21**	**49.364.900,00**	**51.051.600,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-40.775.822,62**	**-43.937.000,00**	**-46.460.900,00**			
04.01	+ außerordentliche Erträge	3.000,00					
04.03	**= Außerordentliches Ergebnis**	**3.000,00**					
05.	**= Jahresergebnis**	**-40.772.822,62**	**-43.937.000,00**	**-46.460.900,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	691.500,00	727.300,00	308.500,00			
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-691.500,00**	**-727.300,00**	**-308.500,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-41.464.322,62**	**-44.664.300,00**	**-46.769.400,00**			

Produkt 126-005 Brandschutz (Amt 302)

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	12	Sicherheit und Ordnung
Produktgruppe	126	Brandschutz
Produkt	126-005	Brandschutz (Amt 302)

Teilhaushalt	Dezernat 3 – Bildung, Kultur und Bau
Verantwortlich	Amt 302 - Sandra-Vanessa Enge
Kurzbeschreibung	Vereinnahmung der Feuerschutzsteuermittel für Brandverhütungsschau
Kategorie	Pflichtaufgabe
Aufgabenzuordnung	übertragener Wirkungskreis

Leistungen	126-005	Brandschutz (Amt 302)

Teilergebnishaushalt Produkt 126-005 Brandschutz (Amt 302)

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	216.954,44	230.000,00				
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**216.954,44**	**230.000,00**				
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**216.954,44**	**230.000,00**				
05.	**= Jahresergebnis**	**216.954,44**	**230.000,00**				
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**216.954,44**	**230.000,00**				

Produkt 212-001 Schulverwaltung Hauptschulen

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	21	Schulträgeraufgaben
Produktgruppe	212	Hauptschulen
Produkt	212-001	Schulverwaltung Hauptschulen

Wesentl. Produkt

Teilhaushalt Dezernat 3 – Bildung, Kultur und Bau

Verantwortlich Amt 301 - Hans-Heinrich Waldeck

Kurzbeschreibung
Der Landkreis Hildesheim ist Schulträger von 24 allgemein bildenden Schulen. Als Schulträger hat er die notwendigen Gebäude, die Unterrichts- und Sachmittel und das nichtpädagogische Schulpersonal vorzuhalten. Diese Aufgabe obliegt mit Ausnahme bestimmter gebäudewirtschaftlicher Angelegenheiten dem Amt 301. Dem Produkt sind 1,1 Stellenanteile zugeordnet.

Zielgruppe
intern: ---
extern: Schülerinnen und Schüler und deren Erziehungsberechtigte, Schulleitungen sowie Lehrerinnen und Lehrer. Bei Überlassung von schulischen Einrichtungen auch Vereine, Institutionen, Einzelpersonen u.v.m., insbesondere aus dem Bereich der Weiterbildung, der Kultur und des Sports

Kategorie Pflichtaufgabe

Aufgabenzuordnung eigener Wirkungskreis

Auftragsgrundlage
Nds. Schulgesetz, NKomVG, KomHKVO NI, UVgO; NWertVO;BGB; Kündigungs-SchutzG; Nds. GleichstellungsG; Nds. Pers.VertretungsG; TVöD

Sachziele
Teilnahme an Kennzahlenvergleichen und Anpassung der Dienstleistungen des Landkreises an die Ergebnisse der Vergleiche, entsprechend den erlassenen Rahmenregeln, z.Zt. NLT-Vergleich "Schulverwaltung"

Qualitätsziele
Z-212-001-001:
Angemessene Ausstattung der Schulen. Dabei ist der wirtschaftliche Betrieb der Schulen durch Übertragung weiterer Eigen- und Budgetverantwortung zu fördern.
Den Schulen soll mind. ein Betrag von 85,00 € Sachkosten pro Schülerin und Schüler zur Verfügung gestellt werden.
Z-212-001-002:
Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen.
Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.

Maßnahmen
ZM-212-001-101:
Bereitstellung von Haushaltsmitteln in entsprechender Höhe

Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
G-212-001-001 Schülerzahl - (Anzahl)	0,00	224,00	0,00
ZK-212-001-101 Sachkosten Schulen pro Schüler/in - (EUR)	0,00	85,00	0,00
ZK-212-001-201 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	0,00

Leistungen

212-001	Schulverwaltung Hauptschulen
212-001-0001	HS Alfeld Schulrat-Habermalz-Schule

Teilergebnishaushalt Produkt 212-001 Schulverwaltung Hauptschulen

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	4.213,67	4.200,00	4.200,00			
01.03	+ Auflösungserträge aus Sonderposten	12.021,24	5.400,00	5.000,00			
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte		10.000,00	10.000,00			
01.06	+ privatrechtliche Entgelte	23.136,17					
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**39.371,08**	**19.600,00**	**19.200,00**			
02.01	- Personalaufwendungen	185.658,25	185.800,00	199.600,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	87.822,11	41.300,00	42.100,00			
02.04	- Abschreibungen	21.367,66	16.100,00	21.800,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	10.097,52	2.600,00	2.600,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**304.945,54**	**245.800,00**	**266.100,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-265.574,46**	**-226.200,00**	**-246.900,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-265.574,46**	**-226.200,00**	**-246.900,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	150,29					
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-150,29**					
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-265.724,75**	**-226.200,00**	**-246.900,00**			

Produkt 215-001 Schulverwaltung Realschulen

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	21	Schulträgeraufgaben
Produktgruppe	215	Realschulen
Produkt	215-001	Schulverwaltung Realschulen

Wesentl. Produkt

Teilhaushalt Dezernat 3 – Bildung, Kultur und Bau

Verantwortlich Amt 301 - Hans-Heinrich Waldeck

Kurzbeschreibung
Der Landkreis Hildesheim ist Schulträger von 24 allgemein bildenden Schulen. Als Schulträger hat er die notwendigen Gebäude, die Unterrichts- und Sachmittel und das nichtpädagogische Schulpersonal vorzuhalten. Diese Aufgabe obliegt mit Ausnahme bestimmter gebäudewirtschaftlicher Angelegenheiten dem Amt 301.
Dem Produkt sind 1,3 Stellenanteile zugeordnet.

Zielgruppe
intern: ---
extern: Schülerinnen und Schüler und deren Erziehungsberechtigte, Schulleitungen sowie Lehrerinnen und Lehrer.
Bei Überlassung von schulischen Einrichtungen auch Vereine, Institutionen, Einzelpersonen u.v.m., insbesondere aus dem Bereich der Weiterbildung, der Kultur und des Sports

Kategorie Pflichtaufgabe

Aufgabenzuordnung eigener Wirkungskreis

Auftragsgrundlage
Nds. Schulgesetz, NKomVG, KomHKVO NI, UVgO; NWertVO;BGB; Kündigungs-SchutzG;
Nds. GleichstellungsG; Nds. Pers.VertretungsG; TVöD

Sachziele
Teilnahme an Kennzahlenvergleichen und Anpassung der Dienstleistungen des Landkreises an die Ergebnisse der Vergleiche, entsprechend den erlassenen Rahmenregeln, z.Zt. NLT-Vergleich "Schulverwaltung"

Qualitätsziele
Z-215-001-001:
Angemessene Ausstattung der Schulen. Dabei ist der wirtschaftliche Betrieb der Schulen durch Übertragung weiterer Eigen- und Budgetverantwortung zu fördern.
Den Schulen soll mind. ein Betrag von 85,00 € Sachkosten pro Schülerin und Schüler zur Verfügung gestellt werden.
Z-215-001-002:
Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen.
Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.

Maßnahmen
ZM-215-001-101:
Bereitstellung von Haushaltsmitteln in entsprechender Höhe

Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
G-215-001-001 Schülerzahl - (Anzahl)	0,00	548,00	0,00
ZK-215-001-101 Sachkosten Schulen pro Schüler/in - (EUR)	0,00	85,00	0,00
ZK-215-001-201 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	0,00

Leistungen		
	215-001	Schulverwaltung Realschulen
	215-001-0001	RS Alfeld Carl-Benscheidt-Schule

Teilergebnishaushalt Produkt 215-001 Schulverwaltung Realschulen

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	9.213,67	9.200,00	9.200,00			
01.03	+ Auflösungserträge aus Sonderposten	16.692,48	8.200,00	12.200,00			
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte	6.829,66	7.000,00	7.000,00			
01.06	+ privatrechtliche Entgelte	5.260,00					
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**37.995,81**	**24.400,00**	**28.400,00**			
02.01	- Personalaufwendungen	171.019,73	169.300,00	183.400,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	97.164,51	70.500,00	71.600,00			
02.04	- Abschreibungen	29.720,10	27.600,00	36.400,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	7.466,04	3.700,00	3.700,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**305.370,38**	**271.100,00**	**295.100,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-267.374,57**	**-246.700,00**	**-266.700,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-267.374,57**	**-246.700,00**	**-266.700,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	150,29					
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-150,29**					
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-267.524,86**	**-246.700,00**	**-266.700,00**			

Produkt 216-001 Schulverwaltung Kombinierte Haupt- und Realschulen

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	21	Schulträgeraufgaben
Produktgruppe	216	Kombinierte Haupt- und Realschulen
Produkt	216-001	Schulverwaltung Kombinierte Haupt- und Realschulen

Wesentl. Produkt

Teilhaushalt Dezernat 3 – Bildung, Kultur und Bau

Verantwortlich Amt 301 - Hans-Heinrich Waldeck

Kurzbeschreibung
Der Landkreis Hildesheim ist Schulträger von 24 allgemein bildenden Schulen. Als Schulträger hat er die notwendigen Gebäude, die Unterrichts- und Sachmittel und das nichtpädagogische Schulpersonal vorzuhalten. Diese Aufgabe obliegt mit Ausnahme bestimmter gebäudewirtschaftlicher Angelegenheiten dem Amt 301.
Dem Produkt sind 9,32 Stellenanteile zugeordnet.

Zielgruppe
intern: ---
extern: Schülerinnen und Schüler und deren Erziehungsberechtigte, Schulleitungen sowie Lehrerinnen und Lehrer.
Bei Überlassung von schulischen Einrichtungen auch Vereine, Institutionen, Einzelpersonen u.v.m., insbesondere aus dem Bereich der Weiterbildung, der Kultur und des Sports

Kategorie Pflichtaufgabe

Aufgabenzuordnung eigener Wirkungskreis

Auftragsgrundlage
Nds. Schulgesetz, NKomVG, KomHKVO NI, UVgO; NWertVO;BGB; Kündigungs-SchutzG;
Nds. GleichstellungsG; Nds. Pers.VertretungsG; TVöD

Sachziele
Teilnahme an Kennzahlenvergleichen und Anpassung der Dienstleistungen des Landkreises an die Ergebnisse der Vergleiche, entsprechend den erlassenen Rahmenregeln, z.Zt. NLT-Vergleich "Schulverwaltung"

Qualitätsziele
Z-216-001-001:
Angemessene Ausstattung der Schulen. Dabei ist der wirtschaftliche Betrieb der Schulen durch Übertragung weiterer Eigen- und Budgetverantwortung zu fördern.
Den Schulen soll mind. ein Betrag von 85,00 € Sachkosten pro Schülerin und Schüler zur Verfügung gestellt werden.
Z-216-001-002:
Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen.
Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.

Maßnahmen
ZM-216-001-101:
Bereitstellung von Haushaltsmitteln in entsprechender Höhe

Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
G-216-001-001 Schülerzahl - (Anzahl)	0,00	2.650,00	0,00
ZK-216-001-101 Sachkosten Schulen pro Schüler/in - (EUR)	0,00	85,00	0,00
ZK-216-001-201 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	0,00

Leistungen

216-001	Schulverwaltung Kombinierte Haupt- und Realschulen
216-001-0002	Oberschule Elze Krüger-Adorno-Schule
216-001-0003	Oberschule Harsum Molitorisschule
216-001-0004	Oberschule Nordstemmen Marienbergschule

Produkt 216-001 Schulverwaltung Kombinierte Haupt- und Realschulen

Landkreis Hildesheim

	216-001-0005	Oberschule Schellerten/Ottbergen Richard-von-Weizsäcker-Schule
	216-001-0006	Oberschule Söhlde
	216-001-0007	Oberschule Delligsen Außenstelle Duingen
	216-001-0008	Oberschule Lamspringe
	216-001-0009	Oberschule Sarstedt Schiller-Oberschule
	216-001-0010	Oberschule Bockenem

Teilergebnishaushalt Produkt 216-001 Schulverwaltung Kombinierte Haupt- und Realschulen

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	428.540,34	41.700,00	41.700,00			
01.03	+ Auflösungserträge aus Sonderposten	227.118,35	71.700,00	84.600,00			
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte	98.112,72	86.400,00	86.400,00			
01.06	+ privatrechtliche Entgelte	28.506,03					
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	3.963,96	1.000,00	1.000,00			
01.11	+ sonstige ordentliche Erträge	51.700,00					
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**837.941,40**	**200.800,00**	**213.700,00**			
02.01	- Personalaufwendungen	1.345.444,54	1.313.600,00	1.563.500,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	857.710,63	455.100,00	504.000,00			
02.04	- Abschreibungen	231.555,79	206.400,00	267.600,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	101.308,74	79.200,00	80.900,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**2.536.019,70**	**2.054.300,00**	**2.416.000,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-1.698.078,30**	**-1.853.500,00**	**-2.202.300,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-1.698.078,30**	**-1.853.500,00**	**-2.202.300,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	6.723,20	5.700,00	1.800,00			
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-6.723,20**	**-5.700,00**	**-1.800,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-1.704.801,50**	**-1.859.200,00**	**-2.204.100,00**			

Produkt 217-001 Schulverwaltung Gymnasien

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	21	Schulträgeraufgaben
Produktgruppe	217	Gymnasien, Kollegs
Produkt	217-001	Schulverwaltung Gymnasien

Wesentl. Produkt

Teilhaushalt Dezernat 3 – Bildung, Kultur und Bau

Verantwortlich Amt 301 - Hans-Heinrich Waldeck

Kurzbeschreibung
Der Landkreis Hildesheim ist Schulträger von 24 allgemein bildenden Schulen. Als Schulträger hat er die notwendigen Gebäude, die Unterrichts- und Sachmittel und das nichtpädagogische Schulpersonal vorzuhalten. Diese Aufgabe obliegt mit Ausnahme bestimmter gebäudewirtschaftlicher Angelegenheiten dem Amt 301.
Dem Produkt sind 8,97 Stellenanteile zugeordnet.

Zielgruppe
intern: ---
extern: Schülerinnen und Schüler und deren Erziehungsberechtigte, Schulleitungen sowie Lehrerinnen und Lehrer.
Bei Überlassung von schulischen Einrichtungen auch Vereine, Institutionen, Einzelpersonen u.v.m., insbesondere aus dem Bereich der Weiterbildung, der Kultur und des Sports

Kategorie Pflichtaufgabe

Aufgabenzuordnung eigener Wirkungskreis

Auftragsgrundlage
Nds. Schulgesetz, NKomVG, KomHKVO NI, UVgO; NWertVO;BGB; Kündigungs-SchutzG;
Nds. GleichstellungsG; Nds. Pers.VertretungsG; TVöD

Sachziele
Teilnahme an Kennzahlenvergleichen und Anpassung der Dienstleistungen des Landkreises an die Ergebnisse der Vergleiche, entsprechend den erlassenen Rahmenregeln, z.Zt. NLT-Vergleich "Schulverwaltung"

Qualitätsziele
Z-217-001-001:
Angemessene Ausstattung der Schulen. Dabei ist der wirtschaftliche Betrieb der Schulen durch Übertragung weiterer Eigen- und Budgetverantwortung zu fördern.
Den Schulen soll mind. ein Betrag von 85,00 € Sachkosten pro Schülerin und Schüler zur Verfügung gestellt werden.
Z-217-001-002:
Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen.
Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.

Maßnahmen
ZM-217-001-101:
Bereitstellung von Haushaltsmitteln in entsprechender Höhe

Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
G-217-001-001 Schülerzahl - (Anzahl)	0,00	3.699,00	0,00
ZK-217-001-101 Sachkosten Schulen pro Schüler/in - (EUR)	0,00	85,00	0,00
ZK-217-001-201 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	0,00

Leistungen

217-001	Schulverwaltung Gymnasien
217-001-0001	Gymnasium Alfeld
217-001-0002	Gymnasium Himmelsthür
217-001-0003	Gymnasium Michelsenschule

Produkt 217-001 Schulverwaltung Gymnasien

Landkreis Hildesheim

217-001-0004	Gymnasium Sarstedt

Teilergebnishaushalt Produkt 217-001 Schulverwaltung Gymnasien

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	58.113,67	58.100,00	58.100,00			
01.03	+ Auflösungserträge aus Sonderposten	89.369,94	31.500,00	34.300,00			
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte	78.911,74	48.400,00	48.400,00			
01.06	+ privatrechtliche Entgelte	33.115,28					
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	62.282,00	50.000,00	50.000,00			
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**321.792,63**	**188.000,00**	**190.800,00**			
02.01	- Personalaufwendungen	975.831,48	970.800,00	969.400,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	405.154,06	488.500,00	497.000,00			
02.04	- Abschreibungen	145.325,80	138.200,00	215.800,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	52.203,63	19.900,00	20.400,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**1.578.514,97**	**1.617.400,00**	**1.702.600,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-1.256.722,34**	**-1.429.400,00**	**-1.511.800,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-1.256.722,34**	**-1.429.400,00**	**-1.511.800,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	723,20					
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-723,20**					
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-1.257.445,54**	**-1.429.400,00**	**-1.511.800,00**			

Produkt 218-001 Schulverwaltung Gesamtschulen

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	21	Schulträgeraufgaben
Produktgruppe	218	Gesamtschulen
Produkt	218-001	Schulverwaltung Gesamtschulen

Wesentl. Produkt

Teilhaushalt Dezernat 3 – Bildung, Kultur und Bau

Verantwortlich Amt 301 - Hans-Heinrich Waldeck

Kurzbeschreibung
Der Landkreis Hildesheim ist Schulträger von 24 allgemein bildenden Schulen. Als Schulträger hat er die notwendigen Gebäude, die Unterrichts- und Sachmittel und das nichtpädagogische Schulpersonal vorzuhalten. Diese Aufgabe obliegt mit Ausnahme bestimmter gebäudewirtschaftlicher Angelegenheiten dem Amt 301.
Dem Produkt sind 4,6 Stellenanteile zugeordnet.

Zielgruppe
intern: ---
extern: Schülerinnen und Schüler und deren Erziehungsberechtigte, Schulleitungen sowie Lehrerinnen und Lehrer.
Bei Überlassung von schulischen Einrichtungen auch Vereine, Institutionen, Einzelpersonen u.v.m., insbesondere aus dem Bereich der Weiterbildung, der Kultur und des Sports

Kategorie Pflichtaufgabe

Aufgabenzuordnung eigener Wirkungskreis

Auftragsgrundlage
Nds. Schulgesetz, NKomVG, KomHKVO NI, UVgO; NWertVO;BGB; Kündigungs-SchutzG;
Nds. GleichstellungsG; Nds. Pers.VertretungsG; TVöD

Sachziele
Teilnahme an Kennzahlenvergleichen und Anpassung der Dienstleistungen des Landkreises an die Ergebnisse der Vergleiche, entsprechend den erlassenen Rahmenregeln, z.Zt. NLT-Vergleich "Schulverwaltung"

Qualitätsziele
Z-218-001-001:
Angemessene Ausstattung der Schulen. Dabei ist der wirtschaftliche Betrieb der Schulen durch Übertragung weiterer Eigen- und Budgetverantwortung zu fördern.
Den Schulen soll mind. ein Betrag von 85,00 € Sachkosten pro Schülerin und Schüler zur Verfügung gestellt werden.
Z-218-001-002:
Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen.
Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.

Maßnahmen
ZM-218-001-101:
Bereitstellung von Haushaltsmitteln in entsprechender Höhe

Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
G-218-001-001 Schülerzahl - (Anzahl)	0,00	1.859,00	0,00
ZK-218-001-101 Sachkosten Schulen pro Schüler/in - (EUR)	0,00	85,00	0,00
ZK-218-001-201 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	0,00

Leistungen

218-001	Schulverwaltung Gesamtschulen
218-001-0001	IGS Bad Salzdetfurth
218-001-0002	KGS Gronau

Teilergebnishaushalt Produkt 218-001 Schulverwaltung Gesamtschulen

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	29.513,67	29.500,00	29.500,00			
01.03	+ Auflösungserträge aus Sonderposten	91.969,41	32.900,00	28.800,00			
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte	19.212,19	14.000,00	14.000,00			
01.06	+ privatrechtliche Entgelte	22.234,00					
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**162.929,27**	**76.400,00**	**72.300,00**			
02.01	- Personalaufwendungen	617.551,78	633.800,00	803.700,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	238.491,25	219.300,00	223.200,00			
02.04	- Abschreibungen	235.477,91	228.000,00	256.000,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	33.920,60	10.000,00	10.200,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**1.125.441,54**	**1.091.100,00**	**1.293.100,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-962.512,27**	**-1.014.700,00**	**-1.220.800,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-962.512,27**	**-1.014.700,00**	**-1.220.800,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	298,32					
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-298,32**					
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-962.810,59**	**-1.014.700,00**	**-1.220.800,00**			

Produkt 221-001 Schulverwaltung Förderschulen

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	21	Schulträgeraufgaben
Produktgruppe	221	Förderschulen
Produkt	221-001	Schulverwaltung Förderschulen

Wesentl. Produkt

Teilhaushalt Dezernat 3 – Bildung, Kultur und Bau

Verantwortlich Amt 301 - Hans-Heinrich Waldeck

Kurzbeschreibung
Der Landkreis Hildesheim ist Schulträger von 24 allgemein bildenden Schulen. Als Schulträger hat er die notwendigen Gebäude, die Unterrichts- und Sachmittel und das nichtpädagogische Schulpersonal vorzuhalten. Diese Aufgabe obliegt mit Ausnahme bestimmter gebäudewirtschaftlicher Angelegenheiten dem Amt 301.
Dem Produkt sind 2,3 Stellenateile zugeordnet.

Zielgruppe
intern: ---
extern: Schülerinnen und Schüler und deren Erziehungsberechtigte, Schulleitungen sowie Lehrerinnen und Lehrer.
Bei Überlassung von schulischen Einrichtungen auch Vereine, Institutionen, Einzelpersonen u.v.m., insbesondere aus dem Bereich der Weiterbildung, der Kultur und des Sports

Kategorie Pflichtaufgabe

Aufgabenzuordnung eigener Wirkungskreis

Auftragsgrundlage
Nds. Schulgesetz, NKomVG, KomHKVO NI, UVgO; NWertVO;BGB; Kündigungs-SchutzG;
Nds. GleichstellungsG; Nds. Pers.VertretungsG; TVöD

Sachziele
Teilnahme an Kennzahlenvergleichen und Anpassung der Dienstleistungen des Landkreises an die Ergebnisse der Vergleiche, entsprechend den erlassenen Rahmenregeln, z.Zt. NLT-Vergleich "Schulverwaltung"

Qualitätsziele
Z-221-001-001:
Angemessene Ausstattung der Schulen. Dabei ist der wirtschaftliche Betrieb der Schulen durch Übertragung weiterer Eigen- und Budgetverantwortung zu fördern.
Den Schulen soll mind. ein Betrag von 85,00 € Sachkosten pro Schüler/in zur Verfügung gestellt werden.
Z-221-001-002:
Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen.
Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.

Maßnahmen
ZM-221-001-101:
Bereitstellung von Haushaltsmitteln in entsprechender Höhe

Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
G-221-001-001 Schülerzahl - (Anzahl)	0,00	275,00	0,00
ZK-221-001-101 Sachkosten Schulen pro Schüler/in - (EUR)	0,00	85,00	0,00
ZK-221-001-201 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	0,00

Leistungen

221-001	Schulverwaltung Förderschulen
221-001-0001	FöS Alfeld Erich-Kästner-Schule
221-001-0002	FöS Bad Salzdetfurth Sothenbergschule
221-001-0004	FöS Sarstedt Albert-Schweitzer-Schule
221-001-0005	FöS Alfeld Gudrun-Pausewang-Schule

Teilergebnishaushalt Produkt 221-001 Schulverwaltung Förderschulen

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	5.113,65	5.100,00	5.100,00			
01.03	+ Auflösungserträge aus Sonderposten	14.706,82	4.900,00	10.100,00			
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte	15.036,52	9.300,00	9.300,00			
01.06	+ privatrechtliche Entgelte	1.384,39					
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**36.241,38**	**19.300,00**	**24.500,00**			
02.01	- Personalaufwendungen	274.596,55	278.600,00	247.300,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	96.179,04	80.900,00	82.100,00			
02.04	- Abschreibungen	35.402,26	32.000,00	43.000,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	389.751,23	366.000,00	366.200,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**795.929,08**	**757.500,00**	**738.600,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-759.687,70**	**-738.200,00**	**-714.100,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-759.687,70**	**-738.200,00**	**-714.100,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	298,32					
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-298,32**					
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-759.986,02**	**-738.200,00**	**-714.100,00**			

Produkt 231-001 Schulverwaltung berufliche Schulen

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	21	Schulträgeraufgaben
Produktgruppe	231	Berufliche Schulen
Produkt	231-001	Schulverwaltung berufliche Schulen

Wesentl. Produkt

Teilhaushalt Dezernat 3 – Bildung, Kultur und Bau

Verantwortlich Amt 301 - Hans-Heinrich Waldeck

Kurzbeschreibung
Der Landkreis Hildesheim ist Schulträger von 6 berufsbildenden Schulen. Als Schulträger hat er die notwendigen Gebäude, die Unterrichts- und Sachmittel und das nichtpädagogische Schulpersonal vorzuhalten. Diese Aufgabe obliegt mit Ausnahme bestimmter gebäudewirtschaftlicher Angelegenheiten dem Amt 301.
Dem Produkt sind 14,61 Stellenanteile zugeordnet.

Zielgruppe
intern: ---
extern: Schülerinnen und Schüler und deren Erziehungsberechtigte, Schulleitungen sowie Lehrerinnen und Lehrer.
Bei Überlassung von schulischen Einrichtungen auch Vereine, Institutionen, Einzelpersonen u.v.m., insbesondere aus dem Bereich der Weiterbildung, der Kultur und des Sports

Kategorie Pflichtaufgabe

Aufgabenzuordnung eigener Wirkungskreis

Auftragsgrundlage
Nds. Schulgesetz, NKomVG, KomHKVO NI, UVgO; NWertVO;BGB; Kündigungs-SchutzG;
Nds. GleichstellungsG; Nds. Pers.VertretungsG; TVöD

Sachziele
Teilnahme an Kennzahlenvergleichen und Anpassung der Dienstleistungen des Landkreises an die Ergebnisse der Vergleiche, entsprechend den erlassenen Rahmenregeln, z.Zt. NLT-Vergleich "Schulverwaltung"

Qualitätsziele
Z-231-001-001:
Angemessene Ausstattung der Schulen. Dabei ist der wirtschaftliche Betrieb der Schulen durch Übertragung weiterer Eigen- und Budgetverantwortung zu fördern.
Den Schulen soll mind. ein Betrag von 100,00 € Sachkosten pro Schüler/in zur Verfügung gestellt werden.
Z-231-001-002:
Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen.
Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.

Maßnahmen
ZM-231-001-101:
Bereitstellung von Haushaltsmitteln in entsprechender Höhe

Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
G-231-001-001 Schülerzahl - (Anzahl)	0,00	4.354,00	0,00
ZK-231-001-101 Sachkosten Schulen pro Schüler/in - (EUR)	0,00	100,00	0,00
ZK-231-001-201 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	0,00

Leistungen

231-001	Schulverwaltung berufliche Schulen
231-001-0001	BBS Alfeld
231-001-0002	BBS Hildesheim Werner-von-Siemens-Schule
231-001-0003	BBS Hildesheim Walter-Gropius-Schule
231-001-0004	BBS Hildesheim Friedrich-List-Schule

Produkt 231-001 Schulverwaltung berufliche Schulen

Landkreis Hildesheim

	231-001-0005	BBS Hildesheim Herman-Nohl-Schule
	231-001-0006	BBS Hildesheim Fachschule Holztechnik und Gestaltung

Teilergebnishaushalt Produkt 231-001 Schulverwaltung berufliche Schulen

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	145.907,00	145.900,00	145.900,00			
01.03	+ Auflösungserträge aus Sonderposten	461.708,29	332.700,00	331.800,00			
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte	76.320,20	98.100,00	98.100,00			
01.06	+ privatrechtliche Entgelte	96.514,99					
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	308.482,63	250.500,00	250.500,00			
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**1.088.933,11**	**827.200,00**	**826.300,00**			
02.01	- Personalaufwendungen	1.537.133,02	1.582.400,00	1.919.400,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	917.716,63	1.106.200,00	1.612.700,00			
02.04	- Abschreibungen	657.587,07	594.900,00	806.600,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	182.167,25	39.300,00	42.800,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**3.294.603,97**	**3.322.800,00**	**4.381.500,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-2.205.670,86**	**-2.495.600,00**	**-3.555.200,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-2.205.670,86**	**-2.495.600,00**	**-3.555.200,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	3.175,20	3.200,00	7.600,00			
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-3.175,20**	**-3.200,00**	**-7.600,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-2.208.846,06**	**-2.498.800,00**	**-3.562.800,00**			

Produkt 241-001 Schülerbeförderung

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	21	Schulträgeraufgaben
Produktgruppe	241	Schülerbeförderung
Produkt	241-001	Schülerbeförderung

Wesentl. Produkt

Teilhaushalt Dezernat 3 – Bildung, Kultur und Bau

Verantwortlich Amt 301 - Hans-Heinrich Waldeck

Kurzbeschreibung
Gewährleistung der Schülerbeförderung im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften. Anspruchsprüfung, Organisation der Beförderung, Ausstellung einer Fahrtberechtigung,
Ausstellung einer Fahrtberechtigung, Erstattung von Beförderungskosten, Stellungnahmen im Klageverfahren. Die grundsätzlichen
Anspruchsvoraussetzungen ergeben sich aus § 114 Abs. 1 NSchG.
Dem Produkt sind 7 Stellenanteile zugeordnet.

Folgende Anträge:
Anträge auf Fahrtkostenerstattung (15 Tage)

Zielgruppe
intern: ---
extern: Schülerinnen und Schüler nach §114 NSchulG

Kategorie Pflichtaufgabe

Aufgabenzuordnung eigener Wirkungskreis

Auftragsgrundlage §114 NSchulG

Sachziele
Teilnahme an Kennzahlenvergleichen und Anpassung der Dienstleistungen des Landkreises an die Ergebnisse der Vergleiche, entsprechend den erlassenen Rahmenregeln, z.Zt. NLT-Vergleich "Schülerbeförderung"

Zur Nachvollziehbarkeit der Kostenentwicklung werden dem zuständigen Fachausschuss jährlich nachvollziehbare Kostenaufstellungen zu den einzelnen Beförderungsstrecken vorgelegt. Dabei sind die auf den einzelnen Strecken zu befördernden Schülerinnen- und Schülerzahlen auszuweisen.

Qualitätsziele
Z-241-001-101:
Bearbeitung der Anträge auf Fahrkostenerstattung in durchschnittlich 15 Tagen (241-001-0001)
Z-241-001-201:
Es soll ein Auslastungsgrad der eingesetzten Fahrzeuge von mindestens 80 % erreicht werden (241-001-0002)
Z-241-001-401:
Die durchschnittliche Besetzung der eingesetzten Fahrzeuge soll mindestens 60 Personen betragen (241-001-0004)
Z-241-001-501:
Die durchschnittliche Besetzung der eingesetzten Fahrzeuge soll mindestens 2 Personen betragen (241-001-0005)
Z-241-001-601:
Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen.
Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.

Maßnahmen
ZM-241-001-101:
Bearbeitungsdauer wird dokumentiert (241-001-0001)
ZM-241-001-201:
Weitgehende Vermeidung von Einzeltouren (241-001-0002)
ZM-241-001-401:
Abfrage beim Verkehrsträger und eigene Beobachtungen (241-001-0004)

Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
G-241-001-001 Schülerzahl LV - (Anzahl)	0,00	8.600,00	0,00

Produkt 241-001 Schülerbeförderung

Landkreis Hildesheim

G-241-001-101 Fallzahl Anträge - (Anzahl)	0,00	1.750,00	0,00
G-241-001-201 Schülerzahl Behindertenbeförderung - (Anzahl)	0,00	580,00	0,00
G-241-001-202 Kapazität der Fahrzeuge Behindertenbef. - (Anzahl)	0,00	600,00	0,00
G-241-001-301 Schülerzahl FV - (Anzahl)	0,00	2.750,00	0,00
G-241-001-302 Anzahl der Fahrzeuge FV - (Anzahl)	0,00	42,00	0,00
G-241-001-401 Schülerzahl SE - (Anzahl)	0,00	270,00	0,00
G-241-001-402 Anzahl der Fahrzeuge SE - (Anzahl)	0,00	115,00	0,00
ZK-241-001-102 Durchschnittliche Bearbeitungsdauer pro Fall - (Tage)	0,00	15,00	0,00
ZK-241-001-201 Auslastung der Fahrzeuge bei Behind.beförderung - (%)	0,00	80,00	0,00
ZK-241-001-301 Schülerzahl pro Fahrzeug FV - (Anzahl)	0,00	70,00	0,00
ZK-241-001-401 Schülerzahl pro Fahrzeug SE - (Anzahl)	0,00	2,00	0,00
ZK-241-001-601 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	0,00

Leistungen	241-001	Schülerbeförderung
	241-001-0001	Erstattungsanträge
	241-001-0002	Behindertenbeförderung
	241-001-0003	Beförderung im Linienverkehr
	241-001-0004	Beförderung im Freistellungsverkehr
	241-001-0005	Sonder/Einzelbeförderungen

Teilergebnishaushalt Produkt 241-001 Schülerbeförderung

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte	53.378,72	1.700,00	1.700,00			
01.06	+ privatrechtliche Entgelte		30.000,00	30.000,00			
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen		80.000,00	80.000,00			
01.11	+ sonstige ordentliche Erträge	719.000,00					
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**772.378,72**	**111.700,00**	**111.700,00**			
02.01	- Personalaufwendungen	192.347,38	177.300,00	203.900,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	569.614,89	1.008.500,00	10.000,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	16.857.597,41	19.583.700,00	20.218.000,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**17.619.559,68**	**20.769.500,00**	**20.431.900,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-16.847.180,96**	**-20.657.800,00**	**-20.320.200,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-16.847.180,96**	**-20.657.800,00**	**-20.320.200,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	2.958,22	1.200,00	3.300,00			
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-2.958,22**	**-1.200,00**	**-3.300,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-16.850.139,18**	**-20.659.000,00**	**-20.323.500,00**			

Produkt 242-001 Ausbildungsförderung

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	21	Schulträgeraufgaben
Produktgruppe	242	Fördermaßnahmen für Schüler
Produkt	242-001	Ausbildungsförderung

Teilhaushalt Dezernat 3 – Bildung, Kultur und Bau

Verantwortlich Amt 301 - Hans-Heinrich Waldeck

Kurzbeschreibung
Gewährung von Ausbildungsförderung durch laufende Leistungen an Einzelpersonen bzw. Versagung bei fehlenden Anspruchsvoraussetzungen auf Grundlage des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG)
Dem Produkt sind 2,5 Stellenanteile zugeordnet.

Folgende Anträge:
Anträge auf BAföG (25 Tage)

Zielgruppe
intern: ---
extern: Schüler/innen und Auszubildende

Kategorie Pflichtaufgabe

Aufgabenzuordnung übertragener Wirkungskreis

Auftragsgrundlage Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)

Sachziele
Teilnahme an Kennzahlenvergleichen und Anpassung der Dienstleistungen des Landkreises an die Ergebnisse Vergleiche, entsprechend den erlassenen Rahmenregeln, z.Zt. NLT-Vergleich "Ausbildungsförderung"

Qualitätsziele
Z-242-001-001:
Der durchschnittliche Bearbeitungszeitraum soll nicht länger als 25 Tage sein.
Z-242-001-002:
Erhöhung der Fallzahl auf 870 Fälle pro MA.
Z-242-001-003:
Reduzierung der Kosten pro Fall auf 70,00 EUR.
Z-242-001-004:
Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen.
Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.

Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
G-242-001-001 Fallzahl - (Anzahl)	0,00	1.000,00	0,00
ZK-242-001-101 Durchschnittlicher Bearbeitungszeitraum - (Tage)	0,00	25,00	0,00
ZK-242-001-201 Fallzahl pro MA - (Anzahl)	0,00	335,00	0,00
ZK-242-001-301 Kosten pro Fall - (EUR)	0,00	70,00	0,00
ZK-242-001-401 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	0,00

Leistungen 242-001 Ausbildungsförderung

Teilergebnishaushalt Produkt 242-001 Ausbildungsförderung

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
02.01	- Personalaufwendungen	44.347,74	42.300,00	47.000,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	6.242,11	1.900,00	4.900,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	270,55	1.100,00	1.100,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**50.860,40**	**45.300,00**	**53.000,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-50.860,40**	**-45.300,00**	**-53.000,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-50.860,40**	**-45.300,00**	**-53.000,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	998,32	700,00	1.400,00			
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-998,32**	**-700,00**	**-1.400,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-51.858,72**	**-46.000,00**	**-54.400,00**			

Produkt 243-001 Sonstige schulische Aufgaben

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	21	Schulträgeraufgaben
Produktgruppe	243	Sonstige schulische Aufgaben
Produkt	243-001	Sonstige schulische Aufgaben

Teilhaushalt Dezernat 3 – Bildung, Kultur und Bau

Verantwortlich Amt 301 - Hans-Heinrich Waldeck

Kurzbeschreibung

Schaffen und Sicherstellen der organisatorischen, personellen und sächlichen Voraussetzungen als Schulträger für den Betrieb der Schulen. Gewährung bzw. Versagung von Zuschüssen und einzelnen bzw. laufenden Leistungen an Einzelpersonen oder Personengruppen. Versorgung aller Schulen mit audiovisuellen Medien.
Dem Produkt sind 2,875 Stellenanteile zugeordnet.

Folgende Anträge:
Anträge auf Schulbegegnungen (5 Tage)

Zielgruppe

intern: andere Ämter
extern: Schülerinnen und Schüler, Eltern, Schulleitung, Schulpersonal, Einzelpersonen, Betreuer, Vereine, Organisationen als Fremdnutzer, Schulen einschl. Stadt Hildesheim und Grundschulen der Kommunen

Kategorie Pflichtaufgabe

Aufgabenzuordnung eigener Wirkungskreis

Auftragsgrundlage NSchG, NKomVG, KomHKVO, UVgO, ANBestGK

Sachziele

Qualitätsziele

Z-243-001-001:
Der Bearbeitungszeitraum soll durchschnittlich 5 Tage dauern (243-001-0004) (Anträge Schülerbegegnungen)
Z-243-001-002:
Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen.
Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.

Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
G-243-001-001 Fallzahl - (Anzahl)	0,00	10,00	0,00
ZK-243-001-101 Durchsch. Bearb.zeitraum Anträge Schülerbegegnungen - (Tage)	0,00	2,00	0,00
ZK-243-001-201 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	0,00

Leistungen

243-001	Sonstige schulische Aufgaben
243-001-0001	Gastschulgeld allg.bildende Schulen
243-001-0002	Gastschulgeld berufliche Schulen
243-001-0003	Kreismedienzentrum
243-001-0004	Schülerbez.Leist/Kr.elternschülerrat(EW)
243-001-0005	Schulentwicklungsplanung
243-001-0006	Einsatz des Schulpersonals/ABM-Kräfte
243-001-0007	Zentraler Einkauf, Serviceleistungen
243-001-0008	Service f.andere Kreiseinrichtungen EW+F
243-001-0009	Schulpflichtverletzung

Teilergebnishaushalt Produkt 243-001 Sonstige schulische Aufgaben

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	354.073,00	354.000,00	354.000,00			
01.03	+ Auflösungserträge aus Sonderposten	302.908,04	621.500,00	260.400,00			
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte	19.911,22	5.400,00	5.400,00			
01.06	+ privatrechtliche Entgelte		15.300,00	15.300,00			
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**676.892,26**	**996.200,00**	**635.100,00**			
02.01	- Personalaufwendungen	427.133,07	401.200,00	450.900,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	172.332,80	155.400,00	161.300,00			
02.04	- Abschreibungen	312.498,78	958.800,00	694.600,00			
02.06	- Transferaufwendungen	375.617,40	446.800,00	327.600,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	13.534.079,33	11.605.700,00	12.294.000,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**14.821.661,38**	**13.567.900,00**	**13.928.400,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-14.144.769,12**	**-12.571.700,00**	**-13.293.300,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-14.144.769,12**	**-12.571.700,00**	**-13.293.300,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	545.823,20	574.800,00	130.400,00			
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-545.823,20**	**-574.800,00**	**-130.400,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-14.690.592,32**	**-13.146.500,00**	**-13.423.700,00**			

Produkt 243-003 Sonstige schulische Aufgaben -freiwillig-

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	21	Schulträgeraufgaben
Produktgruppe	243	Sonstige schulische Aufgaben
Produkt	243-003	Sonstige schulische Aufgaben -freiwillig-

Leistungen	243-003	Sonstige schulische Aufgaben -freiwillig-
	243-003-0004	Schülerbez.Leist/Kr.elternschülerrat(EW) -freiwillig-

Teilergebnishaushalt Produkt 243-003 Sonstige schulische Aufgaben -freiwillig-

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen			2.000,00			
02.06	- Transferaufwendungen			69.200,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**			**71.200,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**			**-71.200,00**			
05.	**= Jahresergebnis**			**-71.200,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**			**-71.200,00**			

Produkt 251-001 Kreisarchiv

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	25	Kultur und Wissenschaft
Produktgruppe	251	Wissenschaft und Forschung
Produkt	251-001	Kreisarchiv

Teilhaushalt Dezernat 3 - Bildung, Kultur und Bau

Verantwortlich Amt 301 - Hans-Heinrich Waldeck

Kurzbeschreibung

- Archivische Bestandsbildung (Beschaffung, Auswahl, Übernnahme, Inventarisierung und formale Erfassung) sowie konservatorische Erhaltung, inhaltliche Erschließung und sachgerechte Verwahrung von Dokumenten und Datensammlungen aller Art
- Tätigkeiten im Rahmen der Kreisgeschichtsförderung
- Fachliche Beratung, Bearbeitung und Beantwortung von wissenschaftlichen oder heimatkundlichen Anfragen
- Übernahme, Sortierung, inhaltliche Erschließung und Archivierung von Urkunden und zugehörigen Akten von Standesämtern sowie von Meldekarteien und sonstigen Meldeunterlagen von Einwohnermeldeämtern der Kommunen des Kreises.

Recherche und Beantwortung von Anfragen dazu.
Dem Produkt sind 2 Stellenanteile zugeordnet.

Zielgruppe

intern: Dezernate und Ämter im Landkreis Hildesheim
extern: Bürgerinnen und Bürger, Amtsgerichte, Notare, Rechtsanwälte, Botschaften, Genealogen, Erbenermittler, private Familienforscher, Heimatpflege, Städte und Gemeinden Bildungseinrichtungen: Uni, FH, Schulen, Vereine, und Organisationen, kulturelle Einrichtungen und andere Archive sowie juristische Personen des öffentlichen Rechts

Kategorie Pflichtaufgabe

Aufgabenzuordnung eigener Wirkungskreis

Auftragsgrundlage Niedersächsisches Archivgesetz (NArchG)

Sachziele Sicherung, Wiederauffindbar- und Zugänglichmachung aller Archivalien (Informationsaufträgen) für die interne und externe Benutzung

Qualitätsziele

Z-251-001-001:
Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen.
Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.

Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
ZK-251-001-101 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote) Durchschn.OEs	0,00	2,00	0,00

Leistungen 251-001 Kreisarchiv

Teilergebnishaushalt Produkt 251-001 Kreisarchiv

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte	2.773,00	500,00	500,00			
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**2.773,00**	**500,00**	**500,00**			
02.01	- Personalaufwendungen	150.691,24	138.600,00	159.500,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	3.514,26	4.900,00	4.900,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	3.763,33	4.900,00	4.800,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**157.968,83**	**148.400,00**	**169.200,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-155.195,83**	**-147.900,00**	**-168.700,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-155.195,83**	**-147.900,00**	**-168.700,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	1.073,46	800,00	400,00			
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-1.073,46**	**-800,00**	**-400,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-156.269,29**	**-148.700,00**	**-169.100,00**			

Produkt 263-001 Musikschulen -freiwillig-

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	25	Kultur und Wissenschaft
Produktgruppe	263	Musikschulen
Produkt	263-001	Musikschulen -freiwillig-

Verantwortlich	Amt 301 - Hans-Heinrich Waldeck
Kurzbeschreibung	Abwicklung des freiwilligen Zuschusses an die Musikschulen im Kreisgebiet Hildesheim Dem Produkt sind keine Stellenanteile zugeordnet.
Kategorie	freiwillige Aufgabe
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis

Leistungen	263-001	Musikschulen -freiwillig-

Teilergebnishaushalt Produkt 263-001 Musikschulen -freiwillig-

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
02.06	- Transferaufwendungen		280.000,00	175.000,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**		**280.000,00**	**175.000,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**		**-280.000,00**	**-175.000,00**			
05.	**= Jahresergebnis**		**-280.000,00**	**-175.000,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**		**-280.000,00**	**-175.000,00**			

Produkt 281-001 Kulturbüro -freiwillig-

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	25	Kultur und Wissenschaft
Produktgruppe	281	Heimat- und sonstige Kulturpflege
Produkt	281-001	Kulturbüro -freiwillig-

Teilhaushalt	Dezernat 3 - Bildung, Kultur und Bau
Verantwortlich	Amt 301 - Hans-Heinrich Waldeck
Kurzbeschreibung	Planung, Koordinierung, Moderation und Betreuung (Support) von kulturellen (inkl. heimatpflegerischen Aktivitäten von überörtlicher Bedeutung; Finanzielle Förderung kultureller Organisationen und Projekte; Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements; Dem Produkt sind 2 Stellenanteile zugeordnet.
Zielgruppe	intern: --- extern: - Anbieterinnen und Anbieter und Adressatinnen und Adressaten kultureller Dienstleistungen - alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer und Gestalterinnen und Gestalter am/des kulturellen Leben(s)
Kategorie	freiwillige Aufgabe
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis
Auftragsgrundlage	Art. 6 der Nds. Verfassung; Verordnungen und Richtlinien des Landes sowie Beschlüsse des Kreistages
Sachziele	- Weiterentwicklung der kulturellen Szenerie - Entwicklung überörtlicher Vernetzungsstrukturen - Aufbau und Pflege eines Kulturinformationssystems - Entwicklung von (Marketing-) Konzepten für Kultur und Tourismus
Qualitätsziele	Z-281-001-002: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.

Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
ZK-281-001-201 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote) Durchschn.OEs	0,00	2,00	0,00

Leistungen	281-001	Kulturbüro -freiwillig-
	281-001-0001	Management von kultureller Infrastruktur -freiwillig-
	281-001-0002	Kulturförderung -freiwillig-
	281-001-0003	Heimatpflege -freiwillig-
	281-001-0004	Internationale Beziehungen -freiwillig-

Teilergebnishaushalt Produkt 281-001 Kulturbüro -freiwillig-

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	35.000,00	211.100,00				
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**35.000,00**	**211.100,00**				
02.01	- Personalaufwendungen	217.059,18	239.300,00	229.500,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	168.250,77	272.500,00	32.000,00			
02.06	- Transferaufwendungen	214.225,85	258.000,00	173.000,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	13.468,31	15.900,00	15.900,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**613.004,11**	**785.700,00**	**450.400,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-578.004,11**	**-574.600,00**	**-450.400,00**			
04.01	+ außerordentliche Erträge	3.000,00					
04.03	**= Außerordentliches Ergebnis**	**3.000,00**					
05.	**= Jahresergebnis**	**-575.004,11**	**-574.600,00**	**-450.400,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	394,37					
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-394,37**					
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-575.398,48**	**-574.600,00**	**-450.400,00**			

Produkt 511-001 Bauleitplanung

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	51	Räumliche Planung und Entwicklung
Produktgruppe	511	Räumliche Planungs- und Entwicklungsmaßnahmen
Produkt	511-001	Bauleitplanung

Teilhaushalt
Dezernat 3 – Bildung, Kultur und Bau

Verantwortlich
Amt 302 - Sandra-Vanessa Enge

Kurzbeschreibung
- Beratung der Gemeinden und federführende Stellungnahmen zu sämtlichen vom Landkreis zu vertretenden öffentlichen Belangen bei der Aufstellung, Änderung und Aufhebung von Bauleitplänen und sonstigenSatzungen nach dem BauGB
- Einbringung fachbehördlicher Anregungen, Bedenken und Hinweise in die kommunale Bauleitplanung
- Wahrung und Sicherstellung der ordnungsgemäßen kommunalen Bauleitplanung
- Geordnete raumstrukturelle und städtebauliche Entwicklung

Zielgruppe
intern: ---
extern: Kreisangehörige Kommunen (Städte, Gemeinden, Samtgemeinden)

Kategorie
Pflichtaufgabe

Aufgabenzuordnung
übertragener Wirkungskreis

Auftragsgrundlage
- Baugesetzbuch (BauGB)
- Baunutzungsverordnung (BauNVO)
- Rd. Erl. des ML v. 01.06.1977

Sachziele

Qualitätsziele
Z-511-001-001:
Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen.
Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.

Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
ZK-511-001-101 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	0,00

Leistungen

511-001	Bauleitplanung
511-001-0001	Bauleitplanung

Teilergebnishaushalt Produkt 511-001 Bauleitplanung

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	72.069,37	70.600,00	69.200,00			
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**72.069,37**	**70.600,00**	**69.200,00**			
02.01	- Personalaufwendungen	478.239,27	466.600,00	517.600,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	16.701,73	11.900,00	11.900,00			
02.04	- Abschreibungen	88,75	100,00	100,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	4.432,13	2.400,00	2.400,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**499.461,88**	**481.000,00**	**532.000,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-427.392,51**	**-410.400,00**	**-462.800,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-427.392,51**	**-410.400,00**	**-462.800,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	18.293,25	800,00	800,00			
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-18.293,25**	**-800,00**	**-800,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-445.685,76**	**-411.200,00**	**-463.600,00**			

Produkt 521-001 Bauliche Anlagen

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	52	Bauen und Wohnen
Produktgruppe	521	Bau- und Grundstücksordnung
Produkt	521-001	Bauliche Anlagen

Wesentl. Produkt

Teilhaushalt Dezernat 3 – Bildung, Kultur und Bau

Verantwortlich Amt 302 - Sandra-Vanessa Enge

Kurzbeschreibung Sicherung des formellen und materiellen Baurechts.

Zielgruppe
intern: ---
extern: Entwurfsverfasserinnen und -verfasser,
potentielle Antragstellerinnen und Antragsteller (Bauherrinnen und Bauherren,Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer), Antragstellerinnen und Antragsteller (wie vor), Nachbarn,Anwältinnen und Anwälte, Betreiberinnen und Betreiber, Nutzerinnen und Nutzer, Eigentümerinnen undEigentümer der jeweiligen baulichen Anlage, Genehmigungsbehörden nach landes- und bundesrechtlichen Vorschriften, Verantwortliche gem. §§ 57 ff NBauO, Bevollmächtigte

Kategorie Pflichtaufgabe

Aufgabenzuordnung übertragener Wirkungskreis

Auftragsgrundlage NBauO, BauGB, BauNVO, VwVfG, VwGO, GG, NBrandSchG, u.a.

Sachziele

Qualitätsziele
Durchschnittliche Durchlaufzeiten bei der Erteilung von Baugenehmigungen:
Z-521-001-001:
30/45 Kalendertage für Garagen, Carports, Stellplätze und Werbeanlagen
Z-521-001-002:
45/60 Kalendertage für Wohnhäuser
Z-521-001-003:
90/105 Kalendertage für gewerbliche Anlagen
Z-521-001-004:
Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen.
Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.

Maßnahmen
ZM-521-001-001:
Inkraftsetzen der Prozessbeschreibungen für das Produkt Bauliche Anlagen
ZM-521-001-002:
Überwachung der Prozesse bzw. Abläufe durch regelmäßige Kontrollen sowie Dienstbesprechungen (Kontinuierlicher Verbesserungsprozess KVP)

Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
ZK-521-001-101 Durchschnittliche Bearbeitungszeit Z1 - nur interne Beteiligung	0,00	30,00	0,00
ZK-521-001-102 Durchschnittliche Bearbeitungszeit Z1 - mit externer Beteiligung	0,00	45,00	0,00
ZK-521-001-201 Durchschnittliche Bearbeitungszeit Z2 - nur interne Beteiligung	0,00	45,00	0,00
ZK-521-001-202 Durchschnittliche Bearbeitungszeit Z2 - mit externer Beteiligung	0,00	60,00	0,00
ZK-521-001-301 Durchschnittliche Bearbeitungszeit Z3 - nur interne Beteiligung	0,00	90,00	0,00

Produkt 521-001 Bauliche Anlagen

Landkreis Hildesheim

ZK-521-001-302 Durchschnittliche Bearbeitungszeit Z3 - mit externer Beteiligung	0,00	105,00	0,00
ZK-521-001-401 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	0,00

Leistungen	521-001	Bauliche Anlagen
	521-001-0001	Technische Bauaufsicht (u. a. Baugenehmigung)
	521-001-0002	Verwaltungsverfahren
	521-001-0003	Brandschutz (EW)
	521-001-0004	Abgeschlossenheitsbescheinigungen

Teilergebnishaushalt Produkt 521-001 Bauliche Anlagen

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte	3.028.875,67	2.272.000,00	2.222.000,00			
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	6.711,13					
01.11	+ sonstige ordentliche Erträge	28.492,75	40.000,00	40.000,00			
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**3.064.079,55**	**2.312.000,00**	**2.262.000,00**			
02.01	- Personalaufwendungen	2.108.143,15	2.052.500,00	2.280.800,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	1.204.190,17	1.295.700,00	1.296.100,00			
02.04	- Abschreibungen	3.269,00	2.800,00	2.200,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	62.456,20	152.700,00	106.100,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**3.378.058,52**	**3.503.700,00**	**3.685.200,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-313.978,97**	**-1.191.700,00**	**-1.423.200,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-313.978,97**	**-1.191.700,00**	**-1.423.200,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	96.135,95	140.100,00	162.800,00			
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-96.135,95**	**-140.100,00**	**-162.800,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-410.114,92**	**-1.331.800,00**	**-1.586.000,00**			

Produkt 522-101 Wohnraumförderung

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	52	Bauen und Wohnen
Produktgruppe	522	Wohnbauförderung
Produkt	522-101	Wohnraumförderung

Teilhaushalt	Dezernat 3 – Bildung, Kultur und Bau
Verantwortlich	Amt 302 - Sandra-Vanessa Enge
Kurzbeschreibung	Prüfung von Vor- u. Hauptanträgen für die Förderung des Neu-, Aus- u. Umbaus; Härteausgleich; Wohnberechtigungsbescheinigungen/ Freistellungen/ Ausnahmen; Bestands- u. Besetzungskontrolle für geförderte Wohnungen; Verwaltung von Kreisdarlehen zur Förderung des Wohnungsbaues Schaffung von angemessenem Wohnraum für einkommensschwächere Personen
Zielgruppe	intern: --- extern: Bauherrinnen und Bauherren, Investorinnen und Investoren im Bereich des Mietwohnungsbaues, Mieterinnen und Mieter geförderter Wohnungen, Mietinteressentinnen und -interessenten, Vermieterinnen und Vermieter, KT, KA, DezA, Bevollmächtigte, Grundstückseigentümerinnen und -eigentümer, Kaufinteressentinnen und -interessenten
Kategorie	Pflichtaufgabe
Aufgabenzuordnung	übertragener Wirkungskreis
Auftragsgrundlage	II.WoBauG, II. BV, Rd.Erl.MS, Rundschreiben der N_Bank, jeweiliges Wohnungsbauprogramm, WBF, WoBindG, MHG, Einzelbeschlüsse des KA, WEG, NBauO
Sachziele	
Qualitätsziele	Z-522-001-001: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.

Kennzahlen	**Ergebnis Vorvorjahr**	**Ansatz Vorjahr**	**Ansatz lfd. Jahr**
ZK-522-101-101 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	0,00

Leistungen	522-101	Wohnraumförderung
	522-101-0002	Wohnraumförderung
	522-101-0003	Darlehensangelegenheiten (EW)

Teilergebnishaushalt Produkt 522-101 Wohnraumförderung

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte	1.033,00	2.200,00	2.200,00			
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	125.165,62	124.700,00	121.800,00			
01.08	+ Zinsen und ähnliche Finanzerträge	1.478,77	2.000,00	2.000,00			
01.11	+ sonstige ordentliche Erträge	36,00					
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**127.713,39**	**128.900,00**	**126.000,00**			
02.01	- Personalaufwendungen	145.807,62	142.900,00	157.900,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	2.529,41	3.700,00	3.700,00			
02.04	- Abschreibungen	18,28					
02.06	- Transferaufwendungen	750.000,00					
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	29.279,00	400,00	400,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**927.634,31**	**147.000,00**	**162.000,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-799.920,92**	**-18.100,00**	**-36.000,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-799.920,92**	**-18.100,00**	**-36.000,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	5.602,44					
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-5.602,44**					
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-805.523,36**	**-18.100,00**	**-36.000,00**			

Produkt 523-001 Denkmalschutz und -pflege

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	52	Bauen und Wohnen
Produktgruppe	523	Denkmalschutz und -pflege
Produkt	523-001	Denkmalschutz und -pflege

Teilhaushalt	Dezernat 3 – Bildung, Kultur und Bau
Verantwortlich	Amt 302 - Sandra-Vanessa Enge
Kurzbeschreibung	Maßnahmen sowie Förderungen zum Erhalt von Bau- und Bodendenkmälern als Aufgabe der Unteren Denkmalschutzbehörde, Sicherung der Erhaltung und Nutzung von Bau- und Bodendenkmalen
Zielgruppe	intern: --- extern: Eigentümerinnen und Eigentümer, Nutzungsberechtigte von Bau- und Bodendenkmalen, Entwurfsverfasserinnen und -verfasser
Kategorie	Pflichtaufgabe
Aufgabenzuordnung	übertragener Wirkungskreis
Auftragsgrundlage	NDSchG, Steuergesetze des Bundes und des Landes (z.B. EStG, EStDV)
Sachziele	
Qualitätsziele	Z-523-001-001: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt. Z-523-001-002: Im zuständigen Fachausschuss erfolgt alle zwei Jahre ein Sachstandsbericht zum Zustand der Bodendenkmäler.

Kennzahlen	**Ergebnis Vorvorjahr**	**Ansatz Vorjahr**	**Ansatz lfd. Jahr**
ZK-523-001-101 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	0,00

Leistungen	523-001	Denkmalschutz und -pflege
	523-001-0001	Denkmalschutz und -pflege

Teilergebnishaushalt Produkt 523-001 Denkmalschutz und -pflege

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte	700,00	1.500,00	1.500,00			
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	10.437,18	9.700,00	9.500,00			
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**11.137,18**	**11.200,00**	**11.000,00**			
02.01	- Personalaufwendungen	224.938,16	219.600,00	243.500,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	2.801,25	5.300,00	5.300,00			
02.06	- Transferaufwendungen	4.765,95	15.000,00				
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	3.485,56	1.500,00	1.500,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**235.990,92**	**241.400,00**	**250.300,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-224.853,74**	**-230.200,00**	**-239.300,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-224.853,74**	**-230.200,00**	**-239.300,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	8.701,97					
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-8.701,97**					
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-233.555,71**	**-230.200,00**	**-239.300,00**			

Produkt 523-002 Denkmalschutz und -pflege -freiwillig-

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	52	Bauen und Wohnen
Produktgruppe	523	Denkmalschutz und -pflege
Produkt	523-002	Denkmalschutz und -pflege -freiwillig-

Leistungen	523-002	Denkmalschutz und -pflege -freiwillig-

Teilergebnishaushalt Produkt 523-002 Denkmalschutz und -pflege -freiwillig-

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
02.06	- Transferaufwendungen			15.000,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**			**15.000,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**			**-15.000,00**			
05.	**= Jahresergebnis**			**-15.000,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**			**-15.000,00**			

Produkt 575-001 Kulturtourismus -freiwillig-

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	57	Wirtschaft und Tourismus
Produktgruppe	575	Tourismus
Produkt	575-001	Kulturtourismus -freiwillig-

Teilhaushalt	Dezernat 3 - Bildung, Kultur und Bau
Verantwortlich	Amt 301 - Hans-Heinrich Waldeck
Kurzbeschreibung	Konzeptionelle Vertiefung und zu intensivierende Netzwerk- und Marketingarbeit im Bereich Tourismus Dem Produkt sind keine Stellenanteile zugeordnet.
Kategorie	freiwillige Aufgabe
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis
Auftragsgrundlage	Kreistagsbeschluss

Leistungen	575-001	Kulturtourismus -freiwillig-

Teilergebnishaushalt Produkt 575-001 Kulturtourismus -freiwillig-

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
02.06	- Transferaufwendungen	35.000,00	35.000,00	35.000,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**35.000,00**	**35.000,00**	**35.000,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-35.000,00**	**-35.000,00**	**-35.000,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-35.000,00**	**-35.000,00**	**-35.000,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-35.000,00**	**-35.000,00**	**-35.000,00**			

Teilhaushalt
Dezernat 4

Soziales und Integration und Gesundheit

Dezernat 4 – Soziales und Integration für das Haushaltsjahr 2026

Der Anteil des Teilhaushaltes 4 am Ergebnishaushalt des Landkreises Hildesheim beträgt bei den ordentlichen Erträgen ca. 37 % (Vorjahr: ca. 31 %) und bei den ordentlichen Aufwendungen ca. 47% (Vorjahr: 39 %). Die prozentualen Abweichungen zum Vorjahr ergeben sich durch die Neugliederung der Verwaltung, durch welche das Amt 409 sowie das Team SGB II dem Dezernat 4 und somit auch dem Teilhaushalt 4 neu zugeordnet wurde.

Die Erläuterungen der Ämter des Dezernates 4 beziehen sich auf einzelne Produkte. Für den Teilhaushalt 4 werden die wesentlichen Veränderungen (Haushaltsansatz 2025 – Haushaltsansatz 2026 – Veränderung zum Vorjahr) erläutert.

SGB II

Bedingt durch die Auflösung des Rechtsamtes laut Organisationsverfügung des Landrates vom 28.05.2025 werden hier unter Zuschuss (-)/Überschuss 2025 in € die entsprechenden Werte der früheren Kostenstelle 9-08 dargestellt.

Produkt 312-101 Leistungen für Unterkunft und Heizung (Amt 908)

Ansatz 2025	Ansatz 2026	Ansatz 2026 - Ansatz 2025
22.710.100 €	22.469.800 €	- 240.300 €

Dieser Aufwand berücksichtigt die erwartete Veränderung bei den Bedarfsgemeinschaften (zwar geringerer Zuzug von Migranten, allerdings Anstieg durch sich abzeichnende wirtschaftliche Entwicklung und hierdurch verstärkter Rechtskreiswechsel aus dem SGB III), die erwartete Steigerung bei den Heizkosten (insbesondere Gas durch erhöhte Gasnetzgebühren und CO2-Bepreisung) sowie Aufnahme der WoGG-Klimakomponente bei den Richtwerten zu den angemessenen KdU nach § 22 Abs. 2 SGB II. Die dennoch sinkenden Ausgaben in 2026 begründen sich wiederum aufgrund der bei Haushaltsplanung angenommenen sinkenden Anzahl der Bedarfsgemeinschaften.

Da Basis für die Höhe des Bundeszuschusses die Aufwendungen der laufenden Leistungen für Unterkunft und Heizung bilden, führen die dortigen geringeren Aufwendungen hier zeitgleich zu einem geringeren Ertrag.

Produkt 312-301 Einmalige Leistungen

Ansatz 2025	Ansatz 2026	Ansatz 2026 - Ansatz 2025
1.693.000 €	1.190.000 €	- 503.000 €

Die sonstigen ordentlichen Aufwendungen (02.07) verringern sich im Vergleich zum Vorjahr um 503.000 Euro. Insbesondere Migranten, die bislang in Großunterkünften untergebracht waren oder sogleich eigenen Wohnraum anmieten können, bedürfen einmaliger Beihilfen, hauptsächlich für Hausrat. Es wird davon ausgegangen, dass die Fallzahl zu den Migranten aus anderen Herkunftsstaaten hierzu sinkt und Neu-Ukrainer nicht mehr SGB II-leistungsberechtigt sein werden.

Produkt 312-901 Verwaltung der Grundsicherung für Arbeitssuchende

Ansatz 2025	Ansatz 2026	Ansatz 2026 - Ansatz 2025
3.565.000 €	3.765.000 €	200.000 €

Durch die absehbare Steigerung bei den Personalkosten und Aufwendungen für Dienstleistungen ist von einer Kostensteigerung von 200.000 Euro auszugehen.

Amt 402 - Amt für Teilhabe und Rehabilitation

Produkt 314-501 – Assistenzleistung

Ansatz 2025	Ansatz 2026	Ansatz 2026 - Ansatz 2025
28.686.800 €	31.125.600 €	2.438.800 €

Es wird eine Fallzahlsteigerung erwartet. Weiterhin steigen die Vergütungsvereinbarungen vor allem im überörtlichen Bereich (Fälle über 18 Jahren).

Produkt 314-010 - Zahlungen Abrechnungen SGB IX

Ansatz 2025	Ansatz 2026	Ansatz 2026 - Ansatz 2025
61.045.100 €	74.067.900 €	13.022.800 €

Das Produkt Eingliederungshilfe wurde im Rahmen der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes zum 01.01.2020 aus der Produktgruppe 311 „Sozialhilfe“ herausgelöst. Die einzelnen Leistungen wurden aufgrund verbindlicher Vorgaben auf Produktebene dargestellt, so dass die Produktgruppe 314 Eingliederungshilfe gebildet wurde. Gleichzeitig wurde das bisherige Quotale System der Landeserstattung für die Leistungen der Eingliederungs- und Sozialhilfe durch eine Spitzabrechnung mit gegenseitiger Beteiligung abgelöst.
Die Anpassung der gegenseitigen prozentualen Beteiligung der Träger der Eingliederungs- und Sozialhilfe wirken sich dabei auch nächstjährig wieder auf die Ansatzplanung aus.
Das Land Niedersachsen beteiligt sich 2026 als überörtlicher Träger der Eingliederungs- und Sozialhilfe (zuständig für Fälle über 18 Jahren) nach aktuellem Stand voraussichtlich mit 31,0 % an den Nettoauszahlungen des Landkreises als örtlichem Träger (zuständig für Fälle unter 18 – Jahren) der Eingliederungs- und Sozialhilfe.
Der örtliche Träger beteiligt sich im Gegenzug an den Nettoauszahlungen des überörtlichen Trägers nur noch mit 10 %. Die entsprechenden Erstattungsleistungen sind im Produkt 314-010 bzw. 311-010 ausgewiesen.

Amt 403 - Amt für Soziales und Senior*innen

Produkt 311-010 - Zahlungen Abrechnungen SGB XII

Ansatz 2025	Ansatz 2026	Ansatz 2026 - Ansatz 2025
15.314.200 €	17.587.000 €	2.272.800 €

Zunächst wird auf die Begründung des Amtes 402 verwiesen. Weiterhin beinhaltet dieses Produkt die Weiterleitung der Landesmittel an die Stadt Hildesheim. Hierbei werden die Haushaltsansätze der Stadt Hildesheim übernommen. Die Planung der Stadt zeigt eine Anpassung der Aufwandsansätze, die zu einem höheren Aufwand führen.

Produkt 311-801 - Hilfe zu Pflege (PSG II)

Ansatz 2025	Ansatz 2026	Ansatz 2026 - Ansatz 2025
9.620.000 €	10.685.900 €	1.065.900 €

Die Novelle der Pflegereform 2023 ist inzwischen durch die gestiegenen Heimkosten (bedingt hauptsächlich durch gestiegene Lohnkosten der Mitarbeitenden) neutralisiert worden. Im Jahr 2026 wird erneut von einem Anstieg der Fallzahlen ausgegangen. Zusätzlich steigen die Kosten pro Fall durch stetig steigende Heimkosten.

Amt 409 - Gesundheitsamt

Produkt 412-001 Sozialpsychiatrischer Dienst - Pflichtaufgaben

Ansatz 2025	Ansatz 2026	Ansatz 2026 – Ansatz 2025
1.442.000 €	1.081.300 €	-360.700 €

Im Rahmen des Antrages 750/XIX hat der Kreistag in seiner Sitzung am 20.03.2025 u.a. beschlossen, die bestehenden Produkte nach Pflicht- und freiwilligen Aufgaben zu trennen. Daher wurden aus dem Produkt 412-001 die freiwilligen Aufgaben dem neuen Produkt 412-002 zugeordnet. Daher verringern sich die Aufwendungen bei den Pflichtaufgaben. Zudem ergibt sich eine Verbesserung des Zuschussbedarfs insbesondere bei den Personalaufwendungen (02.01) und den Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen (08.02).

Produkt 412-002 Sozialpsychiatrischer Dienst – Freiwillige Aufgaben

Ansatz 2025	Ansatz 2026	Ansatz 2026 – Ansatz 2025
0 €	396.900 €	396.900 €

Aufgrund der vorgenannten Erläuterung im Hinblick auf den Antrag 750/XIX ergibt sich zunächst für das Haushaltsjahr 2026 der Mehrbetrag im Bereich der Personalaufwendungen (02.01) sowie der Transferaufwendungen (02.06) und bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen (02.07).

Produkt 414-002 Infektions- und Strahlenschutz

Ansatz 2025	Ansatz 2026	Ansatz 2026 – Ansatz 2025
-302.200 €	-99.400 €	202.800 €

Ein geringerer Zuschussbedarf ergibt sich durch höhere Zuwendungen und allgemeine Umlagen (01.02).

Produkt 414-004 Ärztliche/zahnärztliche Untersuchungen und Beratungen - Pflichtaufgaben

Ansatz 2025	Ansatz 2026	Ansatz 2026 – Ansatz 2025
980.300 €	1.098.800 €	118.500 €

Im Rahmen des Antrages 750/XIX hat der Kreistag in seiner Sitzung am 20.03.2025 u.a. beschlossen, die bestehenden Produkte nach Pflicht- und freiwilligen Aufgaben zu trennen. Daher wurden aus dem Produkt 414-004 die freiwilligen Aufgaben dem neuen Produkt 414-009 zugeordnet. Dennoch ergeben sich Mehraufwendungen durch einen höheren Ansatz im Bereich der Personalaufwendungen (02.01) und im Bereich der sonstigen ordentlichen Aufwendungen (02.07).

Produkt 414-009 Ärztliche/zahnärztliche Untersuchungen und Beratungen - Freiwillige Aufgaben

Ansatz 2025	Ansatz 2026	Ansatz 2026 – Ansatz 2025
0 €	37.200 €	37.200 €

Aufgrund der vorgenannten Erläuterung im Hinblick auf den Antrag 750/XIX ergibt sich zunächst für das Haushaltsjahr 2026 der Mehrbetrag von Aufwendungen.

Produkt 414-008 Weitere Maßnahmen der Gesundheitspflege - freiwillig

Ansatz 2025	Ansatz 2026	Ansatz 2026 – Ansatz 2025
0 €	69.200 €	69.200 €

Es wird auf die bevorstehenden Erläuterungen zum Antrag 750/XIX verwiesen. Bezüglich der freiwilligen weiteren Maßnahmen der Gesundheitspflege wurde das neue Produkt 414-008 geschaffen. Daher ergibt sich zunächst ein Mehrbetrag im Bereich der Personalaufwendungen (02.01).

Amt 913 - Amt für Migration, Integration und Demographie

Produkt 111-027 – Integration und Demokratie - Zuschussbedarf

Nachtrags-Ansatz 2025	Ansatz 2026	Ansatz 2026 – N-Ansatz 2025
4.455.600 €	4.196.800 €	- 258.800 €

Im Haushalt 2026 wurden – wie in den Vorjahren - erneut Mittel zur Förderung der Migrationsberatung bereitgestellt. Der Minderbetrag von Ausgaben ergibt sich aus der Einschätzung verringerter Sicherheits- und Betreuungsleistungen durch abgemietete Großunterkünfte im Haushaltsjahr 2026. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass die Unterbringung von Flüchtlingen im dezentralen Wohnraum wesentlich sparsamer ist, als die Unterbringungen in Großunterkünften. Die unter diesem Produkt verbuchten Aufwendungen für Sicherheits- und Betreuungsleistungen fallen im dezentralen Wohnraum nicht an.

Produkt 313-001 – Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz - Zuschussbedarf

Nachtrags-Ansatz 2025	Ansatz 2026	Ansatz 2026 – N-Ansatz 2025
17.324.300 €	12.092.400 €	- 5.231.900 €

Die Zuweisungszahlen des Landes Niedersachsen haben in der Vergangenheit erhebliche Aufwendungen notwendig gemacht, um die Unterbringung der Flüchtlinge sicherzustellen.
Die bloße Unterbringung in Wohnungen, wie sie in der Vergangenheit praktiziert wurde, reichte angesichts der innerhalb kurzer Zeit stark gestiegenen Zahl an Flüchtlingen nicht aus. Vielmehr mussten Flüchtlinge in Groß- und Notunterkünften sowie in Hotels untergebracht werden. Dies hatte eine erhebliche Aufwandssteigerung auf diesem Produkt zur Folge. Seit 2025 wird versucht, dieser Entwicklung durch Maßnahmen des Wohnraummanagements bei leichtfallenden Zuweisungszahlen entgegen zu wirken und viele Großunterkünfte abzumieten. Die bereits in diesem Haushaltsjahr erreichten Einsparungen lassen erwarten, dass die Aufwendungen im kommenden Haushaltsjahr noch umfangreicher gesenkt werden können.

Produkt 315-502 – Unterkünfte für Flüchtlinge - Zuschussbedarf

Nachtrags-Ansatz 2025	Ansatz 2026	Ansatz 2026 – N-Ansatz 2025
- 4.176.000 €	- 2.208.000 €	1.968.000 €

Es handelt sich bei dem Produkt um die Unterbringungskosten für Flüchtlinge aus der Ukraine. Trotz des Rechtskreiswechsels hat der Landkreis die Unterbringung dieser Personen im aktuellen Haushaltsjahr sichergestellt. Dennoch ist dieser Personenkreis aufgefordert, sich eigene Wohnungen zu suchen. Da dies inzwischen bei einer Vielzahl von Personen geschehen ist, konnten hier Aufwendungen eingespart werden. Durch noch laufende Vertragsverhandlungen zwischen Landkreis und Gemeinden, ist nicht absehbar, ob und in welcher Höhe Erstattungen der Gemeinden und Gemeindeverbände zu erwarten sind. Eine Gesetzesänderung, welche den Wechsel der Trägerschaft der Leistung bei den zugewiesenen Ukrainer*innen zur Folge hat, beeinflusst diese Erstattung ebenfalls. In der Folge wurden die noch in 2025 angesetzten 2.000.000 € Ertrag aus Erstattung der Gemeinden und Gemeindeverbände vorerst ersatzlos gestrichen. Folglich steigen die Nettoaufwendung in diesem Produkt erheblich.

Investitionstätigkeit

Die Investitionen ergeben sich aus der Gesamtübersicht Investitionstätigkeit.

Haushaltsplan 2026
Übersicht Produkte aller Teilhaushalte

Teilhaushalt Dezernat 4

Dezernat 4 - Soziales und integration					
Amt	**Produktnr.**	**Bezeichnung**	**Plan 2026**		**Zuschuss (-) Überschuss**
			Erträge €	**Aufwendungen €**	**€**
4-00	111-032	Sozialplanung -freiwillig-	0	38.100	-38.100
9-08	312-101	Leistungen für Unterkunft und Heizung	35.994.200	58.464.000	-22.469.800
9-08	312-201	Eingliederungsleistungen	10.000	100.000	-90.000
9-08	312-301	Einmalige Leistungen	10.000	1.200.000	-1.190.000
9-08	312-901	Verwaltung der Grundsicherung für Arbeitsuchende (908)	35.000	4.507.700	-4.472.700
4-02	311-102	Hilfe zum Lebensunterhalt (Amt 402)	144.100	383.000	-238.900
4-02	314-010	Zahlungen Abrechnung nach dem SGB IX § 22 Nds. AG SGB IX/XII	113.779.300	74.067.900	39.711.400
4-02	314-101	Leistungen zur medizinischen Rehabilitation § 109 SGB IX	0	2.000	-2.000
4-02	314-201	Leistungen zur Beschäftigung § 111 SGB IX	15.000	16.181.600	-16.166.600
4-02	314-301	Leistungen zur Teilhabe an Bildung § 112 SGB IX	210.000	15.368.200	-15.158.200
4-02	314-401	Leistungen für Wohnraum § 113 II Nr. 1 i.V.m. § 77 SGB IX	0	35.000	-35.000
4-02	314-501	Assistenzleistungen § 113 II Nr. 2 i.V.m. § 78 SGB IX	1.433.000	32.442.700	-31.009.700
4-02	314-601	Heilpädagogische Leistungen § 113 II Nr. 3 i.V.m. § 79 SGB IX	151.200	13.939.000	-13.787.800
4-02	314-701	Kenntnisse und Fähigkeiten / Förderung Verständigung / Mobilität	0	9.641.600	-9.641.600
4-02	314-801	Sonstige/Weitere Leistungen zur Sozialen Teilhabe	163.800	963.000	-799.200
4-02	314-901	Verwaltung der Eingliederungshilfe	1.302.700	6.823.200	-5.520.500
4-02	314-902	Verwaltung der Eingliederungshilfe -freiwillig-	0	8.000	-8.000
4-02	321-001	Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz	788.300	815.500	-27.200
4-02	343-001	Aufgaben nach dem Betreuungsrecht	3.000	1.365.000	-1.362.000
4-02	343-002	Aufgaben nach dem Betreuungsrecht -freiwillig-	0	28.800	-28.800
4-02	344-001	Hilfen für Heimkehrer und politische Häftlinge	106.900	155.900	-49.000
4-02	351-005	Lastenausgleich (Amt 402)	1.500	7.100	-5.600
4-03	111-026	Bürgerschaftliches Engagement -freiwillig-	0	257.000	-257.000
4-03	311-010	Zahlungen Abrechnung nach dem SGB XII	28.394.500	17.587.000	10.807.500
4-03	311-101	Hilfe zum Lebensunterhalt (Amt 403)	12.500	2.220.000	-2.207.500
4-03	311-203	Leistungen des Sofortzuschlages nach § 145 SGB XII	0	11.900	-11.900
4-03	311-401	Hilfen zur Gesundheit (Amt 403)	0	1.500.100	-1.500.100
4-03	311-501	Hilfen in anderen Lebenslagen/besonderen sozialen Schwierigkeiten	0	367.800	-367.800
4-03	311-601	Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	48.821.800	48.571.000	250.800
4-03	311-801	Hilfe zur Pflege (PSG II)	42.600	10.685.900	-10.643.300
4-03	311-901	Verwaltung der Sozialhilfe (Amt 403)	19.000	6.919.700	-6.900.700
4-03	311-904	Verwaltung der Sozialhilfe (Amt 403) -freiwillig-	0	271.200	-271.200
4-03	315-201	Soziale Einrichtungen für pflegebedürftige Menschen	3.685.800	3.896.100	-210.300
4-03	315-202	Soziale Einrichtungen für pflegebedürftige Menschen -freiwillig-	30.000	47.300	-17.300
4-03	315-601	Andere Soziale Einrichtungen -freiwillig-	0	87.300	-87.300
4-03	345-001	Landesblindengeld	568.000	598.800	-30.800
4-03	351-001	Versicherungsangelegenheiten (Amt 403)	32.300	93.300	-61.000
4-09	122-008	Schutzmaßnahmen nach dem NPsychKG	0	118.700	-118.700
4-09	412-001	Sozialpsychiatrischer Dienst	0	1.083.200	-1.083.200
4-09	412-002	Sozialpsychiatrischer Dienst -freiwillig-	0	396.900	-396.900
4-09	414-002	Infektions- und Strahlenschutz	1.739.100	1.640.900	98.200
4-09	414-003	Kinder- und Jugendgesundheit	167.100	818.100	-651.000
4-09	414-004	Ärztliche/zahnärztliche Untersuchungen und Beratungen	40.000	1.151.000	-1.111.000
4-09	414-009	Ärztliche/zahnärztliche Untersuchungen und Beratungen -freiwillig-	0	37.200	-37.200
4-09	414-005	Weitere Maßnahmen der Gesundheitspflege	22.100	294.000	-271.900
4-09	414-008	Weitere Maßnahmen der Gesundheitspflege -freiwillig-	0	69.200	-69.200
4-09	414-006	Präventionsmaßnahme PIAF® (Amt 409)	0	825.100	-825.100
9-13	111-027	Integration und Demokratie -freiwillig-	35.000	4.241.600	-4.206.600
9-13	122-003	Ausländerangelegenheiten, Standesamtsaufsicht	205.400	2.558.000	-2.352.600
9-13	313-001	Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz	28.501.500	40.645.900	-12.144.400
9-13	315-502	Unterkünfte für Flüchtlinge -freiwillig-	2.400.000	192.000	2.208.000
Ergebnis Teilhaushalt 4			**268.864.700**	**383.723.500**	**-114.858.800**

Teilergebnishaushalt Teilhaushalt 4

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	15.911.394,62	3.792.800,00	40.798.900,00			
01.03	+ Auflösungserträge aus Sonderposten	796,05	800,00	800,00			
01.04	+ sonstige Transfererträge	11.008.419,32	3.838.600,00	4.589.900,00			
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte	318.320,03	160.900,00	359.000,00			
01.06	+ privatrechtliche Entgelte	29.666,95	200,00	500,00			
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	213.189.848,29	213.451.200,00	223.095.600,00			
01.11	+ sonstige ordentliche Erträge	114.008,34		20.000,00			
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**240.572.453,60**	**221.244.500,00**	**268.864.700,00**			
02.01	- Personalaufwendungen	27.395.385,91	12.383.400,00	19.717.400,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	5.662.032,37	3.865.500,00	3.767.700,00			
02.04	- Abschreibungen	152.291,73	41.100,00	48.100,00			
02.06	- Transferaufwendungen	296.893.393,12	152.846.000,00	154.577.300,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	122.154.556,69	125.356.000,00	204.485.400,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**452.257.659,82**	**294.492.000,00**	**382.595.900,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-211.685.206,22**	**-73.247.500,00**	**-113.731.200,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-211.685.206,22**	**-73.247.500,00**	**-113.731.200,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	1.339.900,00	574.100,00	1.157.800,00			
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-1.339.900,00**	**-574.100,00**	**-1.157.800,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-213.025.106,22**	**-73.821.600,00**	**-114.889.000,00**			

Produkt 111-026 Bürgerschaftliches Engagement -freiwillig-

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	11	Innere Verwaltung
Produktgruppe	111	Verwaltungssteuerung und -service
Produkt	111-026	Bürgerschaftliches Engagement -freiwillig-

Teilhaushalt Dezernat 4 - Soziales, Integration und Gesundheit

Verantwortlich Amt 403 - Manuel Stender

Kurzbeschreibung
Zielgerichtete, planvolle, wirkungsorientierte und nachhaltige Erschließung und Aktivierung der noch nicht genutzten Ressourcen des "Bürgerschaftlichen Engagements" für kommunale Aufgaben im Bereich Soziales, Jugend und Gesundheit.
Koordination fachdienstübergreifender Aktivitäten.
Dem Produkt sind 0,75 Stellenanteile zugeordnet.

Zielgruppe
intern: Querschnittssachbearbeiter (Mitarbeiter/-innen der verschiedenen Fachdienste, die für Öffentlichkeitsarbeit, Gewinnung, Beratung etc. von Ehrenamtlichen zuständig sind)
extern: Bevölkerung und spezifische Bevölkerungsgruppen/-teile; mit Soziales, Jugend und Gesundheit befasste Institutionen/Stellen

Kategorie freiwillige Aufgabe

Aufgabenzuordnung eigener Wirkungskreis

Auftragsgrundlage
Niedersächsisches Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst (NGöGD);
Präventionsziele des Sozialrechts, z. B. § 11 SGB XII)

Sachziele
Für die Bürgerinnen und Bürger soll ein nach dem Sozial- und Gesundheitsrecht in Quantität und Qualität angemessenes und bedarfsgerechtes, also auch gemeindenahes und personenorientiertes, Hilfe- und Versorgungsangebot unter Nutzung von vorhandenen und noch nicht erschlossenen Ressourcen des bürgerschaftlichen Engagements sichergestellt werden.

Qualitätsziele
Z-111-026-001:
Durch themen- und fachdienstübergreifende Aktionen zielgerichtet und planvoll Bürgerinnen und Bürger, insbesondere für die Aufgabenbereiche Jugend, Familie, Senioren, Eingliederungshilfe, rechtliche Vertretung und Gesundheit, gewinnen.
Z-111-026-002:
Für die engagierten Bürgerinnen und Bürger passende Qualifizierungs- und Unterstützungsangebote sicherstellen sowie deren Leistungen anerkennen.
Z-111-026-003:
Kooperationen und Netzwerke erhalten, ggf. initiieren.
Z-111-026-004:
Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen.
Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.

Maßnahmen
ZM-111-026-101:
Bildung und Koordination einer themen- und fachdienstübergreifenden Arbeitsgruppe
ZM-111-026-102:
Abgestimmte Aktivitäten zur Gewinnung und Begleitung engagierter Bürgerinnen und Bürger

Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
ZK-111-026-201 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	0,00

Leistungen 111-026 Bürgerschaftliches Engagement -freiwillig-

Produkt 111-026 Bürgerschaftliches Engagement -freiwillig-

Landkreis Hildesheim

	111-026-0001	Koordination v. dezernatsübergreifenden Aufgaben zum bürgerschaftl. Engegement
	111-026-0002	Beratung der u. Zusammenarbeit mit den Städten, Samtgem. u. Gemeinden im LK HI

Teilergebnishaushalt Produkt 111-026 Bürgerschaftliches Engagement -freiwillig-

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	13,72					
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**13,72**					
02.01	- Personalaufwendungen	194.615,55	196.400,00	223.600,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	2.752,00	4.900,00	5.000,00			
02.06	- Transferaufwendungen	9.277,97	18.000,00	14.800,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	1.563,08	2.100,00	2.100,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**208.208,60**	**221.400,00**	**245.500,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-208.194,88**	**-221.400,00**	**-245.500,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-208.194,88**	**-221.400,00**	**-245.500,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	8.985,60	8.300,00	11.500,00			
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-8.985,60**	**-8.300,00**	**-11.500,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-217.180,48**	**-229.700,00**	**-257.000,00**			

Produkt 111-027 Integration und Demokratie -freiwillig-

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	11	Innere Verwaltung
Produktgruppe	111	Verwaltungssteuerung und -service
Produkt	111-027	Integration und Demokratie -freiwillig-

Teilhaushalt	Dezernat 4 - Soziales, Integration und Gesundheit
Verantwortlich	Amt 913 - Heiko König
Kurzbeschreibung	Aufbau, Konzeption, Steuerung und Koordination der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in allen kommunalen und gesellschaftlichen Bereichen; Erstellung und Umsetzung des Integrations- und Teilhabekonzeptes für den Landkreis Hildesheim einschl. Beteiligungsprozess, Entwicklung und Umsetzung eines Förderprogramms einschl. der erforderlichen Förderrichtlinien Dem Produkt sind 2,5 Stellenanteile zugeordnet.
Zielgruppe	intern: Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landkreises Hildesheim, Verwaltungsführung und politische Gremien, Ämter mit Zielgruppe Menschen mit Migrationshintergrund extern: Menschen mit Migrationshintergrund, Behörden, Unternehmen, Verbände, Organisationen und Vereine, Ehrenamtliche in der Flüchtlingshilfe
Kategorie	freiwillige Aufgabe
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis
Auftragsgrundlage	Kreistagsbeschlüsse insbes. Integrations- und Teilhabekonzept und Förderrichtlinien
Sachziele	Förderung der Integration

Leistungen	111-027	Integration und Demokratie -freiwillig-

Teilergebnishaushalt Produkt 111-027 Integration und Demokratie -freiwillig-

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	34.999,99	35.000,00	35.000,00			
01.06	+ privatrechtliche Entgelte	60,41					
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	914,56					
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**35.974,96**	**35.000,00**	**35.000,00**			
02.01	- Personalaufwendungen	276.659,60	228.500,00	281.300,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	2.111.802,99	3.207.600,00	2.903.600,00			
02.06	- Transferaufwendungen	1.129.465,04	1.050.800,00	1.040.800,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	3.043,65	2.900,00	2.900,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**3.520.971,28**	**4.489.800,00**	**4.228.600,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-3.484.996,32**	**-4.454.800,00**	**-4.193.600,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-3.484.996,32**	**-4.454.800,00**	**-4.193.600,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	11.010,27	8.900,00	13.000,00			
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-11.010,27**	**-8.900,00**	**-13.000,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-3.496.006,59**	**-4.463.700,00**	**-4.206.600,00**			

Produkt 111-032 Sozialplanung -freiwillig-

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	11	Innere Verwaltung
Produktgruppe	111	Verwaltungssteuerung und -service
Produkt	111-032	Sozialplanung -freiwillig-

Teilhaushalt	Dezernat 4 - Jugend, Soziales und Integration
Verantwortlich	Dez. 4 - Thomas Minnrich
Kurzbeschreibung	Die Sozialplanung hat die Planungsaufgabe, Sozialleistungen so zu gestalten, dass sie zur Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit und Sicherheit beiträgt.
Zielgruppe	intern: Ämter des Landkreises Hildesheim extern: alle Menschen im Landkreis Hildesheim
Kategorie	freiwillige Aufgabe
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis
Auftragsgrundlage	§ 1 SGB (1)
Sachziele	Sozialleistungen so zu gestalten, dass sie zur Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit und Sicherheit beitragen und möglichst effizient und aufeinander abgestimmt sind.
Qualitätsziele	Sozialplanung hat das ziel, die Lebensverhältnisse vor Ort zu verbessern und die Chancengerechtigkeit zu erhöhen. Sie zielt auf soziale Gerechtigkeit und den Abbau regionaler Ungleichheit.

Leistungen	111-032	Sozialplanung -freiwillig-

Teilergebnishaushalt Produkt 111-032 Sozialplanung -freiwillig-

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	13.000,00					
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	8,05					
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**13.008,05**					
02.01	- Personalaufwendungen	3.733,26	4.500,00	4.900,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	15,26					
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	15.248,66	33.200,00	33.200,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**18.997,18**	**37.700,00**	**38.100,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-5.989,13**	**-37.700,00**	**-38.100,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-5.989,13**	**-37.700,00**	**-38.100,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	93,07					
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-93,07**					
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-6.082,20**	**-37.700,00**	**-38.100,00**			

Produkt 122-003 Ausländerangelegenheiten, Standesamtsaufsicht

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	12	Sicherheit und Ordnung
Produktgruppe	122	Ordnungsangelegenheiten
Produkt	122-003	Ausländerangelegenheiten, Standesamtsaufsicht

Teilhaushalt	Dezernat 4 - Soziales, Integration und Gesundheit
Verantwortlich	Amt 913 - Heiko König
Kurzbeschreibung	Regelung des Aufenthaltes von Ausländerinnen und Ausländern sowie Unionsbürgerinnen und Unionsbürgern und ihrer Familienangehörigen, Standesamtaufsicht, Klärung von Namensführung und Änderung bestehender namensrechtl. Gegebenheiten, Klärung bzw. Mitwirkung und Änderung bestehender Staatsangehörigkeitsverhältnisse, Fachaufsicht im Pass-, Ausweis- und Melderecht Dem Produkt sind 28,75 Stellenanteile zugeordnet.
Zielgruppe	intern: --- extern: Ausländerinnen und Ausländer, Unionsbürgerinnen und Unionsbürger und sonstige Einwohner mit Migrationshintergrund, Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, Bekannte und Verwandte, beteiligte Behörden (Botschaften, ARGE, Arbeitsagenturen, BAMF); Integrationskursträger Spätaussiedler; Antragstellerinnen und Antragsteller in staatsangeh. rechtl. u. namensrechtl. Fragen; Standesbeamte u. andere Ratsuchende; Kreisangeh. Städte, Samtgem. u. Gemeinden als Pass-, Ausweis-, Meldebehörden (ohne Stadt Hi.); Einwohnerinnen und Einwohner in Fachaufsichtsbeschwerdeangelegenheiten
Kategorie	Pflichtaufgabe
Aufgabenzuordnung	übertragener Wirkungskreis
Auftragsgrundlage	AufenthG mit Durchf.Voen; FreizügigkeitsG/EU; AsylVfG; AZRG mit DurchfVO, bi- und multilaterale Abkommen; Erlasse NamÄndG; 1. DV NamÄndG; StAG;StARegG, StAGebVO; PStG, PStV,PStG-VerV; BGB, EGBGB, LPartG; NKomVG (§ 170 ff); ZustVO-NOA (§ 3), Nds. AVO PStG (§ 2)
Sachziele	- Rechtmäßiger Aufenthalt - Beendigung unerlaubter Aufenthalte - Sicherstellung rechtl. korrekter Arbeitsweisen und Entscheidungen durch Standesämter und Gemeinden - Sicherstellen der Personenstandsbücher für den Fall des Verlustes - Interesse bzw. positive Weiterentwicklung der Antragstellerinnen und Antragsteller bei NamÄndV. - rechtl. Klärung der Staatsangehörigkeitsverhältnisse
Qualitätsziele	Z-122-003-201: Prüfungsrhythmus 4 Gemeinden pro Jahr Z-122-003-301: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.

Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
G-122-003-106 Aufenthaltsrechtl. Erlaubnisse/Duldungen (Anzahl)	0,00	8.000,00	0,00
G-122-003-107 Begründung der Ausreisepflicht (Anzahl)	0,00	160,00	0,00
G-122-003-108 Durchsetzung der Ausreisepflicht (Anzahl)	0,00	40,00	0,00
G-122-003-109 Anzahl Entsch.über Asyl-und sonst.begl.Maßn. (Anzahl)	0,00	6.000,00	0,00
G-122-003-110 Standesamt.u.Fachaufs.über Pass/Meldebehörden (Anzahl)	0,00	170,00	0,00

Produkt 122-003 Ausländerangelegenheiten, Standesamtsaufsicht

Landkreis Hildesheim

G-122-003-111 Namensänderungen und sonstige Namensgebung (Anzahl)	0,00	50,00	0,00
G-122-003-112 Staatsangehörigkeitsang. Einbürgerungen sonstiges (Anzahl)	0,00	2.400,00	0,00
ZK-122-003-201 Überprüfte Gemeinden p.a. - (Anzahl)	0,00	4,00	0,00
ZK-122-003-301 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	0,00

Leistungen	122-003	Ausländerangelegenheiten, Standesamtsaufsicht
	122-003-0001	Aufenthaltsrechtl. Erlaubnisse/Duldungen
	122-003-0002	Begründung der Ausreisepflicht
	122-003-0003	Durchsetzung der Ausreisepflicht
	122-003-0004	Entsch. über asyl- u. sonst. begl. Maßn.
	122-003-0005	Standesamt- u. Fachaufsicht über die Pass- u. Meldebehörden
	122-003-0006	Namensänderungen u. sonstige Namensgebungen
	122-003-0007	Staatsangehörigkeitsangelegenheiten, Einbürgerungen, sonstiges
	122-003-0008	Förderung der Integration (bis 2014)

Teilergebnishaushalt Produkt 122-003 Ausländerangelegenheiten, Standesamtsaufsicht

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte	232.628,03	148.800,00	201.400,00			
01.06	+ privatrechtliche Entgelte	141,15					
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	11.095,32	4.100,00	4.000,00			
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**243.864,50**	**152.900,00**	**205.400,00**			
02.01	- Personalaufwendungen	2.126.321,08	2.281.100,00	2.162.200,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	181.950,76	202.400,00	202.700,00			
02.04	- Abschreibungen	12.908,02	15.700,00	14.100,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	26.346,84	27.900,00	14.600,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**2.347.526,70**	**2.527.100,00**	**2.393.600,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-2.103.662,20**	**-2.374.200,00**	**-2.188.200,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-2.103.662,20**	**-2.374.200,00**	**-2.188.200,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	102.072,34	109.400,00	164.400,00			
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-102.072,34**	**-109.400,00**	**-164.400,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-2.205.734,54**	**-2.483.600,00**	**-2.352.600,00**			

Produkt 122-008 Schutzmaßnahmen nach dem NPsychKG

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	12	Sicherheit und Ordnung
Produktgruppe	122	Ordnungsangelegenheiten
Produkt	122-008	Schutzmaßnahmen nach dem NPsychKG

Teilhaushalt	Dezernat 4 - Soziales, Integration und Gesundheit
Verantwortlich	Amt 409 - Bärbel Kirschner
Kurzbeschreibung	Personenbezogene Maßnahmen im Sinne von §§ 17, 18 NPsychKG, die darauf gerichtet sind, Menschen gegen ihren Willen oder im Zustand der Willenlosigkeit in den abgeschlossenen Teil eines Krankenhauses (§ 15 NPsychKG) einzuweisen, wenn von ihnen infolge ihrer Krankheit oder Behinderung im Sinne des § 1 Nr. 1 NPsychKG eine gegenwärtige erhebliche Gefahr für sich oder andere ausgeht und diese Gefahr auf andere Weise nicht abgewendet werden kann. Dem Produkt sind 0,9 Stellenanteile zugeordnet.
Zielgruppe	intern: --- extern: Personen von denen infolge ihrer Krankheit oder Behinderung im Sinne des § 1 Nr.1 NPsychKG eine gegenwärtige erhebliche Gefahr (§ 2 Nr. 1 Buchst. b und c des Nds. SOG) für sich oder andere ausgeht und diese Gefahr auf andere Weise als durch eine stationäre Einweisung nicht abgewendet werden kann.
Kategorie	Pflichtaufgabe
Aufgabenzuordnung	übertragener Wirkungskreis
Auftragsgrundlage	- Niedersächsisches Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen für psychisch Kranke (NPsychKG) - Niedersächsisches Polizei- und Ordnungsbehördengesetz (NPOG)
Sachziele	- Abwägung und Entscheidung zwischen bzw. über Patientenwohl und dem Schutzbedürfnis der Allgemeinheit - Rechtmäßigkeit der beim Amtsgericht beantragten Unterbringungen
Qualitätsziele	Z-122-008-002: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.
Maßnahmen	ZM-122-008-101: Qualifizierung der am Vollzug beteiligten Personen/Institutionen durch regelmäßige Dienstbesprechungen und Information

Kennzahlen	**Ergebnis Vorvorjahr**	**Ansatz Vorjahr**	**Ansatz lfd. Jahr**
G-122-008-001 Schutzmaßnahmen im Jahr (Anzahl)	0,00	1.100,00	0,00
ZK-122-008-201 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	0,00
ZK-122-008-301 Unterbringunsbeschlüsse Amtsgericht/Anträge LkHi - (%)	0,00	0,00	0,00

Leistungen	122-008	Schutzmaßnahmen nach dem NPsychKG

Teilergebnishaushalt Produkt 122-008 Schutzmaßnahmen nach dem NPsychKG

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	691,37					
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**691,37**					
02.01	- Personalaufwendungen	95.244,61	91.200,00	106.500,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	4.499,06	2.800,00	2.900,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	8.389,82	2.500,00	3.000,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**108.133,49**	**96.500,00**	**112.400,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-107.442,12**	**-96.500,00**	**-112.400,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-107.442,12**	**-96.500,00**	**-112.400,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	4.766,00	5.200,00	6.300,00			
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-4.766,00**	**-5.200,00**	**-6.300,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-112.208,12**	**-101.700,00**	**-118.700,00**			

Produkt 311-010 Zahlungen Abrechnung nach dem SGB XII

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	31	Soziale Hilfen
Produktgruppe	311	Grundversorgung und Hilfen in besonderen Lebenslagen nach SGB XII
Produkt	311-010	Zahlungen Abrechnung nach dem SGB XII

Teilhaushalt	Dezernat 4 - Soziales, Integration und Gesundheit
Verantwortlich	Amt 403 - Manuel Stender
Kurzbeschreibung	Der überörtliche Träger der Sozialhilfe (das Land Niedersachsen) erstattet den örtlichen Trägern der Sozialhilfe (Landkreis Hildesheim) die durch die Heranziehung nach § 4 II Nds. AG SGB IX/XII entstandenen Aufwendungen. Dabei beteiligt sich das Land Niedersachsen zu 31 % (2024) an den Aufwendungen des örtlichen Trägers der Sozialhilfe. die Beteiligung der örtlichen Trägers an den Aufwendungen des Landes liegt im Jahr 2024 bei 10%. Dem Produkt sind 1,0 Stellenanteile zugeordnet.
Zielgruppe	intern: --- extern: Land Niedersachsen als übergeordneter Träger Stadt Hildesheim als herangezogene Kommune für die Aufgabenerledigung
Kategorie	Pflichtaufgabe
Aufgabenzuordnung	übertragener Wirkungskreis
Auftragsgrundlage	- SGB XII - Nds. AG SGB IX/XII - DVO Nds. AG SGB IX/XII

Leistungen	311-010	Zahlungen Abrechnung nach dem SGB XII

Teilergebnishaushalt Produkt 311-010 Zahlungen Abrechnung nach dem SGB XII

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	17.891.051,17	25.236.300,00	28.394.500,00			
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**17.891.051,17**	**25.236.300,00**	**28.394.500,00**			
02.06	- Transferaufwendungen	9.996,00					
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	13.280.469,18	15.314.200,00	17.587.000,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**13.290.465,18**	**15.314.200,00**	**17.587.000,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**4.600.585,99**	**9.922.100,00**	**10.807.500,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**4.600.585,99**	**9.922.100,00**	**10.807.500,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**4.600.585,99**	**9.922.100,00**	**10.807.500,00**			

Produkt 311-101 Hilfe zum Lebensunterhalt (Amt 403)

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	31	Soziale Hilfen
Produktgruppe	311	Grundversorgung und Hilfen in besonderen Lebenslagen nach SGB XII
Produkt	311-101	Hilfe zum Lebensunterhalt (Amt 403)

Teilhaushalt Dezernat 4 - Soziales, Integration und Gesundheit

Verantwortlich Amt 403 - Manuel Stender

Kurzbeschreibung
Die Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU) wird nach dem 3. Kapitel Sozialgesetzbuch - Zwölftes Buch - gewährt und umfasst insbesondere für Ernährung, Unterkunft, Kleidung, Körperpflege, Hausrat, Heizung und persönliche Bedürfnisse des täglichen Lebens. Die Leistungsberechtigten, die nicht in einer Einrichtung wohnen, erhalten die Sozialhilfeleistung in Form von
mtl. Regelsätzen und einmaligen Leistungen; Leistungen für Unterkunft und Heizung werden in Höhe der tatsächlichen, angemessenen Aufwendungen erbracht. Im stationären Bereich wird im Rahmen der Hilde zum Lebensunterhalt ein Barbeitrag
zur persönlichen Verfügung gewährt, dessen Auszahlung i.d.R. mit weiteren Sozialhilfeleistungen erfolgt.
Dem Produkt sind 1,47 Stellenanteile zugeordnet.

Folgende Anträge:
Erstantrag (4 Monate)
Folgeantrag (2 Monate)

Zielgruppe
intern: ---
extern: Personen, die ihren notwendigen Lebensunterhalt nicht oder nicht ausreichend aus eigenen Mitteln sicherstellen können und die keine vorrangige Leistungen, wie z.B. Grundsicherungsleistungen nach dem SGB II oder XII oder Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten.

Kategorie Pflichtaufgabe

Aufgabenzuordnung übertragener Wirkungskreis

Auftragsgrundlage §§ 27 - 40 SGB XII

Sachziele
Die Bearbeitung erfolgt in zeitgemäßer Weise, frei von Barrieren, umfassend und zügig (§ 17 Abs. 1 SGB I). Zur Prüfung der Zielerreichung werden die Bearbeitungs- und Durchlaufzeiten regelmäßig erfasst; hierüber wird regelmäßig berichtet.

Qualitätsziele
Z-311-101-101:
Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen.
Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.

Maßnahmen
- enge Zusammenarbeit mit anderen Sozialhilfeträgern
- unbürokratische Beratung und Bearbeitung

Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
ZK-311-101-101 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	0,00
G-311-101-001 Hilfeempfänger/innen lfd. Leistungen - (Anzahl)	0,00	230,00	0,00
G-311-101-002 Fallzahl einmal.Leistungen an Empf. lfd. Leistungen - (Anzahl)	0,00	30,00	0,00
G-311-101-003 Fallzahl einmal.Leistungen an Empf. sonst. Leistungen - (Anzahl)	0,00	3,00	0,00
G-311-101-004 Finanzleistungen -Sozialhilfe in Einrichtungen - (EUR)	0,00	600.000,00	0,00
G-311-101-005 Finanzleistungen -Sozialhilfe außerhalb von Einrichtungen - (EUR)	0,00	1.260.000,00	0,00

Produkt 311-101 Hilfe zum Lebensunterhalt (Amt 403)

Landkreis Hildesheim

Leistungen	311-101	Hilfe zum Lebensunterhalt (Amt 403)
	311-101-0001	Amt 403-Laufende Leistungen
	311-101-0001-01	Amt 403-Laufende Leistungen -innerhalb der Hilfe zur Pflege-
	311-101-0001-02	Amt 403-Laufende Leistungen -innerhalb der Eingliederungshilfe-
	311-101-0001-03	Amt 403-Laufende Leistungen -innerh. besond. Wohnf.-
	311-101-0002	Amt 403-Einmalige Leistungen an Empfänger laufender Leistungen
	311-101-0002-01	Amt 403-Einmalige Leistungen -innerhalb der Hilfe zur Pflege-
	311-101-0002-03	Amt 403-Einmalige Leistungen -innerh. besond. Wohnf.-
	311-101-0003	Amt 403-Einmalige Leistungen an sonstige Leistungsberechtigte

Teilergebnishaushalt Produkt 311-101 Hilfe zum Lebensunterhalt (Amt 403)

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.04	+ sonstige Transfererträge	64.334,93	12.500,00	12.500,00			
01.11	+ sonstige ordentliche Erträge	5,99					
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**64.340,92**	**12.500,00**	**12.500,00**			
02.04	- Abschreibungen	11.398,07					
02.06	- Transferaufwendungen	1.470.937,40	1.885.400,00	2.220.000,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**1.482.335,47**	**1.885.400,00**	**2.220.000,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-1.417.994,55**	**-1.872.900,00**	**-2.207.500,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-1.417.994,55**	**-1.872.900,00**	**-2.207.500,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-1.417.994,55**	**-1.872.900,00**	**-2.207.500,00**			

Produkt 311-102 Hilfe zum Lebensunterhalt (Amt 402)

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	31	Soziale Hilfen
Produktgruppe	311	Grundversorgung und Hilfen in besonderen Lebenslagen nach SGB XII
Produkt	311-102	Hilfe zum Lebensunterhalt (Amt 402)

Teilhaushalt	Dezernat 4 - Soziales, Integration und Gesundheit
Verantwortlich	Amt 402 - Maik Hoffmann
Kurzbeschreibung	Bei anspruchsberechtigten Kindern und Jugendlichen in ganztägig stationären Einrichtungen wird der gesamte Lebensbedarf durch den Einrichtungsträger sichergestellt ("Versorgung über Tag und Nacht") und als Gesamtpaket erbracht (sogenannte Komplexleistung). Das Paket setzt sich neben Leistungen der Pflegeversicherung und Eingliederungshilfe auch aus den in diesem Produkt aufgeführten Hilfen zum Lebensunterhalt für z.B. Ernährung, Unterkunft, Taschengeld oder Kleidung zusammen, die insgesamt der Sicherung des Existenzminimums dienen. Für die Stellenanteile, siehe Produktgruppe 314.
Zielgruppe	intern: --- extern: Personen, die aufgrund ihrer wirtschaftlichen Situation nicht in der Lage sind, ihren notwendigen Lebensunterhalt selbst sicherzustellen
Kategorie	Pflichtaufgabe
Aufgabenzuordnung	übertragener Wirkungskreis
Auftragsgrundlage	§§ 27 - 40 SGB XII
Sachziele	Die Bearbeitung erfolgt in zeitgemäßer Weise, frei von Barrieren, umfassend und zügig (§ 17Abs. 1 SGB I). Zur Prüfung der Zielerreichung werden die Bearbeitungs- und Durchlaufzeiten regelmäßig erfasst; hierüber wird regelmäßig berichtet.
Qualitätsziele	Z-311-102-101: Beschäftigungszufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.

Leistungen	311-102	Hilfe zum Lebensunterhalt (Amt 402)
	311-102-0001	Amt 402-Laufende Leistungen
	311-102-0001-01	Amt 402-Laufende leistungen -innerhalb der Hilfe zur Pflege-
	311-102-0001-02	Amt 402-Laufende Leistungen -innerhalb der Eingliederungshilfe-
	311-102-0002	Amt 402-Einmalige Leistungen an Empfänger laufender Leistungen
	311-102-0003	Amt 402-Einmalige Leistungen an sonstige Leistungsberechtigte

Teilergebnishaushalt Produkt 311-102 Hilfe zum Lebensunterhalt (Amt 402)

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.04	+ sonstige Transfererträge	146.723,05	185.000,00	144.100,00			
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**146.723,05**	**185.000,00**	**144.100,00**			
02.04	- Abschreibungen	366,04					
02.06	- Transferaufwendungen	237.997,61	406.400,00	383.000,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**238.363,65**	**406.400,00**	**383.000,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-91.640,60**	**-221.400,00**	**-238.900,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-91.640,60**	**-221.400,00**	**-238.900,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-91.640,60**	**-221.400,00**	**-238.900,00**			

Produkt 311-203 Leistungen des Sofortzuschlages nach § 145 SGB XII

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	31	Soziale Hilfen
Produktgruppe	311	Grundversorgung und Hilfen in besonderen Lebenslagen nach SGB XII
Produkt	311-203	Leistungen des Sofortzuschlages nach § 145 SGB XII

Teilhaushalt	Dezernat 4 - Soziales, Integration und Gesundheit
Verantwortlich	Amt 403 - Manuel Stender
Kurzbeschreibung	Minderjährige Leistungsberechtigte, die einen Anspruch auf Leistungen des Dritten Kapitel SGB XII haben, erhalten monatlich einen Betrag in Höhe von 20 Euro. Dem Produkt sind 0,01 Stellenanteile zugeordnet.
Zielgruppe	intern: --- extern: Minderjährige Leistungsberechtigte, die einen Anspruch auf Leistungen nach dem Dritten Kapitel des SGB XII haben
Kategorie	Pflichtaufgabe
Aufgabenzuordnung	übertragener Wirkungskreis
Auftragsgrundlage	§ 145 SGB XII

Leistungen	311-203	Leistungen des Sofortzuschlages nach § 145 SGB XII

Teilergebnishaushalt Produkt 311-203 Leistungen des Sofortzuschlages nach § 145 SGB XII

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.04	+ sonstige Transfererträge	200,00					
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**200,00**					
02.06	- Transferaufwendungen	9.417,33	11.900,00	11.900,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**9.417,33**	**11.900,00**	**11.900,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-9.217,33**	**-11.900,00**	**-11.900,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-9.217,33**	**-11.900,00**	**-11.900,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-9.217,33**	**-11.900,00**	**-11.900,00**			

Produkt 311-401 Hilfen zur Gesundheit (Amt 403)

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	31	Soziale Hilfen
Produktgruppe	311	Grundversorgung und Hilfen in besonderen Lebenslagen nach SGB XII
Produkt	311-401	Hilfen zur Gesundheit (Amt 403)

Teilhaushalt	Dezernat 4 - Soziales, Integration und Gesundheit
Verantwortlich	Amt 403 - Manuel Stender
Kurzbeschreibung	Gewährung von medizinischer Versorgung im Umfang des Leistungskataloges der gesetzlichen Krankenkassen für nicht- bzw. unzureichend Krankenversicherte. Dem Produkt sind 0,64 Stellenanteile zugeordnet.
Zielgruppe	intern: --- extern: Personen, die nicht Mitglied einer gesetzlichen oder privaten Krankenversicherung sind und die aufgrund ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse nur unzureichende medizinische Versorgung erhalten.
Kategorie	Pflichtaufgabe
Aufgabenzuordnung	übertragener Wirkungskreis
Auftragsgrundlage	§§ 47 - 52 SGB XII
Sachziele	- Sicherstellung der notwendigen Krankenversorgung - unbürokratische Hilfestellung - Die Bearbeitung der Sozialhilfeleistungen erfolgt in zeitgemäßer Weise, frei von Barrieren, umfassend und zügig (§ 17 Abs. 1 SGB I). Zur Prüfung der Zielerreichung werden die Bearbeitungs- und Durchlaufzeiten regelmäßig erfasst; hierüber wird regelmäßig berichtet.
Qualitätsziele	Z-311-401-101: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.
Maßnahmen	- enge Zusammenarbeit mit Krankenkassen, Apothekenabrechnungsstellen, Arztpraxen sowie sonstigen Dienstleistern

Kennzahlen	**Ergebnis Vorvorjahr**	**Ansatz Vorjahr**	**Ansatz lfd. Jahr**
G-311-401-001 Hilfeempf., Übernahme Krankenbehandlung § 264 SGB V - (Anzahl)	0,00	220,00	0,00
G-311-401-002 Finanzleistungen -Sozialhilfe - (EUR)	0,00	1.500.000,00	0,00
ZK-311-401-101 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	0,00

Leistungen	311-401	Hilfen zur Gesundheit (Amt 403)
	311-401-0001	Vorbeugende Gesundheitshilfe (Amt 403)
	311-401-0002	Hilfe bei Krankheit -außerhalb § 264 Abs. 7 SGB V- (Amt 403)
	311-401-0003	Hilfe zur Familienplanung (Amt 403)
	311-401-0004	Hilfe bei Schwangerschaft und Mutterschaft (Amt 403)
	311-401-0005	Hilfe bei Sterilisation (Amt 403)
	311-401-0006	Übernahme der Krankenbehandlung gem. § 264 Abs. 7 SGB V (Amt 403)

Teilergebnishaushalt Produkt 311-401 Hilfen zur Gesundheit (Amt 403)

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
02.06	- Transferaufwendungen		100,00	100,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	1.550.459,45	1.500.000,00	1.500.000,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**1.550.459,45**	**1.500.100,00**	**1.500.100,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-1.550.459,45**	**-1.500.100,00**	**-1.500.100,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-1.550.459,45**	**-1.500.100,00**	**-1.500.100,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-1.550.459,45**	**-1.500.100,00**	**-1.500.100,00**			

Produkt 311-501 Hilfen in anderen Lebenslagen/besonderen sozialen Schwierigkeiten

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	31	Soziale Hilfen
Produktgruppe	311	Grundversorgung und Hilfen in besonderen Lebenslagen nach SGB XII
Produkt	311-501	Hilfen in anderen Lebenslagen/besonderen sozialen Schwierigkeiten

Teilhaushalt
Dezernat 4 - Soziales, Integration und Gesundheit

Verantwortlich
Amt 403 - Manuel Stender

Kurzbeschreibung
Zu den Hilfen in anderen Lebenslagen nach dem Neunten Kapitel SGB XII gehören die Hilfe zur Weiterführung des Haushalts, die Altenhilfe, Blindenhilfe, die Hilfe in sonstigen Lebenslagen und Bestattungskosten. Hilfen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten sind zu erbringen, wenn bei Personen besondere Lebensverhältnisse mit sozialen Schwierigkeiten verbunden sind und sie aus eigener Kraft nicht in der Lage sind, diese Schwierigkeiten zu überwinden (§ 67 SGB XII). Die Aufgaben bestehen aus der Gewährung der Einzelfallhilfen sowie der Planungs- und Querschnittsarbeit. Dazu gehören: Schaffung und Gestaltung von strukturellen Rahmenbedingungen zur Unterstützung von Personen, bei denen:
- besondere Lebensverhältnisse mit sozialen Schwierigkeiten verbunden sind (z.B. Nichtsesshafte),
- Hilfen in anderen Lebenslagen erforderlich sind (z. B. im Rahmen der Altenhilfe).

Dem Produkt sind 0,09 Stellenanteile zugeordnet.

Folgende Anträge:
Erstantrag (2 Monate)
Folgeanträge (1 Monate)

Zielgruppe
intern: ---
extern: Personen, bei denen
- besondere Lebensverhältnisse mit sozialen Schwierigkeiten verbunden sind (z.B. Nichtsesshaft),
- Hilfen, in deren Lebenslagen erforderlich sind (z.B. Blindenhilfe und Altenhilfe).

Kategorie
Pflichtaufgabe

Aufgabenzuordnung
übertragener Wirkungskreis

Auftragsgrundlage
- §§ 67 - 74 SGB XII

Sachziele
- Unterstützung von Personen in besonderen Lebenslagen
- angemessene Bearbeitungsdauer

Die Bearbeitung erfolgt in zeitgemäßer Weise, frei von Barrieren, umfassend und zügig (§ 17 Abs. 1 SGB I). Zur Prüfung der Zielerreichung werden Bearbeitungs- und Durchlaufzeiten regelmäßig erfasst; hierüber wird regelmäßig berichtet.

Qualitätsziele
Z-311-501-101:
Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen.
Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.

Maßnahmen
- unbürokratische Hilfestellungen und einvernehmliche Beilegung von Streitverfahren
- fachlich korrekte, an den finanziellen Ressourcen ausgerichtete Umsetzung der geltenden Rechtsnormen

Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
ZK-311-501-101 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	0,00

Leistungen

311-501	Hilfen in anderen Lebenslagen/besonderen sozialen Schwierigkeiten
311-501-0001	Hilfen zur Überwindung bes. soz. Schwierigkeiten
311-501-0002	Blindenhilfe
311-501-0003	Hilfe zur Weiterführung des Haushalts

Produkt 311-501 Hilfen in anderen Lebenslagen/besonderen sozialen Schwierigkeiten

Landkreis Hildesheim

	311-501-0004	Altenhilfe
	311-501-0005	Bestattungskosten
	311-501-0006	Hilfe in sonstigen Lebenslagen

Teilergebnishaushalt Produkt 311-501 Hilfen in anderen Lebenslagen/besonderen sozialen Schwierigkeiten

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
02.06	- Transferaufwendungen	266.031,07	352.800,00	367.800,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**266.031,07**	**352.800,00**	**367.800,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-266.031,07**	**-352.800,00**	**-367.800,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-266.031,07**	**-352.800,00**	**-367.800,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-266.031,07**	**-352.800,00**	**-367.800,00**			

Produkt 311-601 Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	31	Soziale Hilfen
Produktgruppe	311	Grundversorgung und Hilfen in besonderen Lebenslagen nach SGB XII
Produkt	311-601	Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Teilhaushalt
Dezernat 4 - Soziales, Integration und Gesundheit

Verantwortlich
Amt 403 - Manuel Stender

Kurzbeschreibung
Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung beinhaltet die Leistungsgewährung an ältere und dauerhaft voll erwerbsgeminderte Personen mit gewöhnlichem Aufenthalt im Inland, die ihren notwendigen Lebensunterhalt nicht aus Einkommen und Vermögen bestreiten können. Dazu gehören: Gewährung der Einzelfallhilfen.
Die ausgewiesenen Aufwendungen werden quartalsweise mit dem Land Niedersachsen abgerechnet und zu 100% aus Bundesmitteln gedeckt. Ebenfalls enthalten ist die im Finanzvertrag festgelegte Weiterleitung des Anteiles der Stadt Hildesheim.
Dem Produkt sind 13,27 Stellenanteile zugeordnet.

Folgende Anträge:
Erstantrag (4 Monate)
Folgeantrag (2 Monate)

Zielgruppe
intern: ---
extern: Personen, die die Regelaltersgrenze erreicht oder dauerhaft voll erwerbsgemindert sind und ihren Lebensunterhalt nicht aus ihrem Einkommen und Vermögen beschaffen können.

Kategorie
Pflichtaufgabe

Aufgabenzuordnung
übertragener Wirkungskreis

Auftragsgrundlage
- §§ 41 - 46 SGB XII

Sachziele
Sicherung eines menschenwürdigen Lebens durch Bereitstellung von Leistungen im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten. Die Bearbeitung der Sozialhilfeleistungen erfolgt in zeitgemäßer Weise, frei von Barrieren, umfassend und zügig (§ 17 Abs. 1 SGB I).
Zur Prüfung der Zielerreichung werden die Bearbeitungs- und Durchlaufzeiten regelmäßig erfasst; hierüber wird regelmäßig berichtet.

Qualitätsziele
Z-311-601-101:
Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen.
Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.

Maßnahmen
Zusammenarbeit mit anderen Sozialhilfeträgern
unbürokratische Hilfestellung
einvernehmliche Beteiligung von Streitverfahren
fachlich korrekte und praktikable, an den finanziellen Ressourcen ausgerichtete Umsetzung der geltenden Rechtsnormen

Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
G-311-601-001 Hilfeempf., lfd. Leistungen Grundsicherung im Alter (Anz.)	0,00	950,00	0,00
G-311-601-002 Hilfeempf., 1x Leistungen Grundsicherung im Alter	0,00	40,00	0,00
G-311-601-003 Hilfeempf., lfd. Leistungen Grundsicherung bei Erwerbsminderung	0,00	1.250,00	0,00
G-311-601-004 Hilfeempf., 1x Leistungen Grundsicherung bei Erwerbsminderung	0,00	50,00	0,00

Produkt 311-601 Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Landkreis Hildesheim

G-311-601-005 Finanzleistungen -Sozialhilfe in Einrichtungen - (EUR)	0,00	133.860,00	0,00
G-311-601-006 Finanzleistungen -Sozialhilfe außerhalb von Einrichtungen - (EUR)	0,00	19.600.200,00	0,00
G-311-601-007 Erstattung Bundesleistung - (EUR)	0,00	478.335.800,00	0,00
G-311-601-008 Anteil Stadt Hildesheim - (EUR)	0,00	26.897.000,00	0,00
ZK-311-601-101 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	0,00

Leistungen	311-601	Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung
	311-601-0001	Leistungen der Grundsicherung im Alter
	311-601-0001-01	Leistungen der Grundsicherung im Alter -innerhalb der Hilfe zur Pflege-
	311-601-0001-02	Leistungen der Grundsicherung im Alter -innerhalb der Eingliederungshilfe-
	311-601-0001-03	Leistungen der Grundsicherung im Alter -innerh. besond. Wohnf.-
	311-601-0002	einmalige Leistungen der Grundsicherung im Alter
	311-601-0002-03	einmalige Leistungen der Grundsicherung im Alter -innerh. besond. Wohnf.-
	311-601-0003	Leistungen der Grundsicherung bei Erwerbsminderung
	311-601-0003-01	Leistungen der Grundsicherung bei Erwerbsminderung -innerha. d. Hilfe z. Pflege-
	311-601-0003-02	Leistungen der Grundsicherung bei Erwerbsminderung -inner. d. Eingliederungshi.-
	311-601-0003-03	Leistungen der Grundsicherung bei Erwerbsm. - innerh. besond. Wohnf.-
	311-601-0004	einmalige Leistungen der Grundsicherung bei Erwerbsminderung
	311-601-0004-03	einmalige Leistungen der Grundsicherung bei Erwerbsm. - innerh. besond. Wohnf.-
	311-601-0005	Amt 403-Kosten der abgeschlossenen Gutachten

Teilergebnishaushalt Produkt 311-601 Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.04	+ sonstige Transfererträge	215.583,21	250.800,00	250.800,00			
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	42.882.191,20	47.835.800,00	48.571.000,00			
01.11	+ sonstige ordentliche Erträge	1,32					
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**43.097.775,73**	**48.086.600,00**	**48.821.800,00**			
02.04	- Abschreibungen	2.443,06					
02.06	- Transferaufwendungen	18.347.025,51	20.938.800,00	21.364.000,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	24.574.949,17	26.621.200,00	27.207.000,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**42.924.417,74**	**47.560.000,00**	**48.571.000,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**173.357,99**	**526.600,00**	**250.800,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**173.357,99**	**526.600,00**	**250.800,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**173.357,99**	**526.600,00**	**250.800,00**			

Produkt 311-801 Hilfe zur Pflege (PSG II)

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	31	Soziale Hilfen
Produktgruppe	311	Grundversorgung und Hilfen in besonderen Lebenslagen nach SGB XII
Produkt	311-801	Hilfe zur Pflege (PSG II)

Wesentl. Produkt

Teilhaushalt Dezernat 4 - Soziales, Integration und Gesundheit

Verantwortlich Amt 403 - Manuel Stender

Kurzbeschreibung

Hilfe zur Pflege beinhaltet die Gewährung von Leistungen an Personen, die wegen einer körperlichen, geistigen oder seelischen Krankheit oder Behinderung für die gewöhnlichen und regelmäßig wiederkehrenden Verrichtungen im Ablauf des täglichen Lebens auf Dauer, voraussichtlich mindestens sechs Monate, in erheblichem oder höherem Maße der Hilfe bedürfen (§ 61SGB XII).
Gewährung der Einzelfallhilfen. Darüber hinaus Planungs- und Querschnittsarbeit:
Schaffung und Gestaltung von strukturellen Rahmenbedingungen, die Pflegebedürftigen dabei helfen, trotz ihres Hilfebedarfs ein möglichst selbstständiges Leben zu führen und dazu beitragen, nach Möglichkeit die Pflegebedürftigkeit zu verringern bzw. zu überwinden.
Dienstleitungen gewähren, die dazu beitragen, dass altersbedingte Schwierigkeiten verhütet, gemildert oder überwunden werden können (Schwerpunkt Wohnraumberatung).
Planung und Initiierung der zukünftigen Versorgungsstruktur für alte Menschen.
Abrechnung der Gesamtaufwendungen mit dem Land Niedersachsen im Rahmen des Quotalen Systems.
Umsetzung der Heranziehung der Stadt Hildesheim zu den Aufgaben des SGB XII.
Einbeziehung der Gesamtaufwendungen in das Controlling zum Finanzvertrag,
Abrechnung mit der Stadt Hildesheim.
Dem Produkt sind 8,28 Stellenanteile zugeordnet.

Folgende Anträge:
Erstantrag (9 Monate)

Zielgruppe

intern: ---
extern: Personen, die wegen Pflegebedürftigkeit in erheblichem Maße der Pflege bedürfen; Pflegeeinrichtungen (ambulant, teilstationär, Kurzzeitpflege und vollstationär); Pflegepersonen; Seniorinnen und Senioren, deren Angehörige und rechtliche Betreuerinnen und Betreuer; Institutionen im Altenbereich; ehrenamtlich Tätige; alte Menschen in altersbedingten Problemsituationen; Stadt Hildesheim; Land Niedersachsen.

Kategorie Pflichtaufgabe

Aufgabenzuordnung übertragener Wirkungskreis

Auftragsgrundlage

- SGB XI - Sozialgesetzbuch Soziale Pflegeversicherung, Pflegestärkungsgesetz II, III (PSG II, III)
- SGB XII - Sozialgesetzbuch Sozialhilfe
- Niedersächsisches Gesetz zur Ausführung des Neunten und des Zwölften Buchs des Sozialgesetz

Sachziele

1. Die sozialhilferechtlichen Leistungen entsprechend der Ziele und Grundsätze des SGB XI und SGB XII bedarfsgerecht, angemessen, effektiv und effizient erbringen.
   Prüfung der Besonderheiten des Einzelfalles
2. Die Bearbeitung der Sozialhilfeleistungen erfolgt in zeitgemäßer Weise, frei von Barrieren, umfassend und zügig (§ 17 Abs. 1 SGB I). Zur Prüfung der Zielerreichung werden die Bearbeitungs- und Durchlaufzeiten regelmäßig erfasst; hierüber wird regelmäßig berichtet.

Qualitätsziele

Z-311-801-001:
Weiterentwicklung und Steuerung der pflegerischen Versorgungs-/ Infrastruktur auf Grundlage von Kennziffern im ambulanten, teilstationären
und stationären Bereich. Hierbei sollen bis zum Jahr 2029 folgende Zielgrößen erreicht werden:
- ambulant: 45 ambulante Pflegedienste und 2.300 betreute Pflegebedürftige
- teilstationär: 25 Tagespflegeeinrichtungen mit 500 bertreuten Pflegebedürftigen
- stationär: 45 Pflegeeinrichtungen mit insgesamt 3.500 Plätzen

Z-311-801-002:
Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen.

Produkt 311-801 Hilfe zur Pflege (PSG II)

Landkreis Hildesheim

Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.

Maßnahmen

ZM-311-801-104:
Fortschreibung und Umsetzung von Handlungskonzepten zur Optimierung der Versorgungsstruktur im Landkreis Hildesheim.
ZM-311-801-105:
Durchführung von und Beteiligung an Veranstaltungen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit.
ZM-311-801-106:
Fortführung und Weiterentwicklung der Arbeit in den Wohnraumberatungsstellen im Landkreis Hildesheim.
ZM-311-801-107:
Kooperation mit Institutionen und Anbietern, Bildung schwerpunktmäßiger Arbeitsgruppen
Folgende Grundsätze werden für die Maßnahmen berücksichtigt:

1. Die Hilfebedarfsermittlung und Hilfeplanung erfolgt grundsätzlich bei allen Neuanträgen auf ambulante und stationäre Leistungen.
   Es kommen fachlich qualifizierte und standardisierte Verfahren, wie sie u. a. vom Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge empfohlen werden, zum Einsatz.
2. Die Ermittlung und Erbringung der Leistungen erfolgt unter konsequenter Beachtung aller sozialrechtlich vorgegebenen Ziele und Rechtsgrundsätze.
3. Im Rahmen der Verhandlungen nach §§ 75 ff SGB XII soll gegenüber den Einrichtungen darauf hingewirkt werden, dass sie bei den Investitionskosten nicht unterschiedlich hohe Entgelte von Leistungsberechtigten und Nichtleistungsberechtigten verlangen.
4. Pflegebedürftige sind bei zugelassenen Einrichtungen (§ 72 SGB XI), mit denen zusätzliche Vereinbarungen (§§ 85 ff SGB XI, §§ 75 ff SGB XII) abgeschlossen sind, in der Wahl der Pflegeeinrichtung (innerhalb und außerhalb des Landkreises Hildesheim)und der Art des Zimmers oder Wohnform (Einzel- oder Doppelzimmer) grundsätzlich frei. Von unverhältnismäßigen Mehrkosten ist bei diesen Einrichtungen grundsätzlich nicht auszugehen. Eine Orientierungshilfe ist dabei das Urteil des LSG Berlin-Brandenburg vom 28.09.2016 (L 15 SO 141/12). Es ist darauf hinzuwirken, dass diese Grundsätze von allen der Fachaufsicht des Landkreises unterstehenden Stellen angewandt werden. Wenn nach Auffassung der Kreisverwaltung bei einer Einrichtung im Gebiet des Landkreises Hildesheim einschließlich der Stad Hildesheim unverhältnismäßige Mehrkosten im o.a. Sinne anfallen, ist dies dem Hauptausschuss umgehend zu berichten. Von einem solchen Fall ist bis zur ersten Berichterstattung nicht auszugehen.
5. Pflegebedürftige der Pflegegrade 2 bis 5, die nach § 43 Abs. 1 SGB XI bzw. § 65 SGB XII Anspruch auf Pflege in stationären Einrichtungen haben, können zwischen ambulanter, teilstationärer und stationärer Pflege in einer Einrichtung nach Nr. 4 wählen. Bei diesen Pflegebedürftigen sind vom Landkreis keine weiteren Untersuchungen hinsichtlich ambulanter, teilstationärer und stationärer Pflege vorzunehmen oder in Auftrag zu geben, soweit dieses im begründeten Einzelfall nicht doch geboten ist.
   Über diese Fälle ist der Fachausschuss zeitnah zu informieren.
   Wenn nach Auffassung der Kreisverwaltung bei einer Einrichtung im Gebiet des Landkreises Hildesheim einschließlich der Stad Hildesheim unverhältnismäßige Mehrkosten im o.a. Sinne anfallen, ist dies dem Hauptausschuss umgehend zu berichten. Von einem solchen Fall ist bis zur ersten Berichterstattung nicht auszugehen.

ZM-311-801-108:
Ständige Analyse der Fallzahlen und Personenzahlen im Leistungsbezug (sh. dazu Grundkennzahlen).
ZM-311-801-109:
Ständige Analyse der Beratungszahlen durch die Pflegestützpunkte und den Einsatz des Machmits-Mobils.

Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
G-311-801-007 Pflegeplätze im LK Hildesheim - (Anzahl)	0,00	3.278,00	0,00
G-311-801-008 Stationäre Pflegeeinrichtungen - (Anzahl)	0,00	43,00	0,00
G-311-801-009 Ambulant betreute Wohnformen - (Anzahl)	0,00	5,00	0,00
G-311-801-011 Finanzleistungen - Sozialhilfe in Einrichtungen - (EUR)	0,00	7.897.700,00	0,00
G-311-801-012 Finanzleistungen - Sozialhilfe außerhalb von Einrichtungen - (EUR)	0,00	1.722.300,00	0,00
G-311-801-013 Tagespflegeeinrichtungen (Anzahl)	0,00	22,00	0,00
G-311-801-014 Betreute Personen in Tagespflegeeinrichtungen (Anzahl)	0,00	420,00	0,00
G-311-801-015 Ambulante Pflegedienste (Anzahl)	0,00	52,00	0,00
G-311-801-016 Betreute Personen durch ambulante Pflegedienste (Anzahl)	0,00	3.800,00	0,00

Produkt 311-801 Hilfe zur Pflege (PSG II)

Landkreis Hildesheim

ZK-311-801-111 Beratung durch Pflegestützpunkte zu stat. Leistungen (Anz.)	0,00	160,00	0,00
ZK-311-801-112 Beratung durch Pflegestützpunkte zu ambul. Pflegeleist. (Anz.)	0,00	1.000,00	0,00
ZK-311-801-113 Beratung durch Pflegestützpunkte zu teilstat. Pflegeleist. (Anz.)	0,00	20,00	0,00
ZK-311-801-114 Beratung durch Pflegestützpunkte zu and. Betreuungsformen (Anz.)	0,00	550,00	0,00
ZK-311-801-115 Beratung durch Pflegestützpunkte zu Wohnraumgestaltungen (Anz.)	0,00	200,00	0,00
ZK-311-801-116 Beratung durch Machmits-Mobil zu Themen Pflege/Senioren (Anz.)	0,00	60,00	0,00
ZK-311-801-117 Beratung durch Machmits-Mobil zu Wohnraumgestaltung (Anz.)	0,00	25,00	0,00
ZK-311-801-118 Veranstaltungen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit (Anz.)	0,00	30,00	0,00
ZK-311-801-006 Beschäftigenzufriedenheit (Schulnote)	0,00	2,00	0,00

Leistungen	311-801	Hilfe zur Pflege (7. Kapitel SGB XII)
	311-801-0000	Pflegegeld (§ 64a SGB XII)
	311-801-0000-01	Pflegegeld - Pflegegrad 1 (§ 64a SGB XII)
	311-801-0000-02	Pflegegeld - Pflegegrad 2 (§ 64a SGB XII)
	311-801-0000-03	Pflegegeld - Pflegegrad 3 (§ 64a SGB XII)
	311-801-0000-04	Pflegegeld - Pflegegrad 4 (§ 64a SGB XII)
	311-801-0000-05	Pflegegeld - Pflegegrad 5 (§ 64a SGB XII)
	311-801-0001	Häusliche Pflegehilfe (§ 64b SGB XII)
	311-801-0001-01	Häusl. Pflegehilfe - Pflegegrad 1 (§ 64b SGB XII)
	311-801-0001-02	Häusl. Pflegehilfe - Pflegegrad 2 (§ 64b SGB XII)
	311-801-0001-03	Häusl. Pflegehilfe - Pflegegrad 3 (§ 64b SGB XII)
	311-801-0001-04	Häusl. Pflegehilfe - Pflegegrad 4 (§ 64b SGB XII)
	311-801-0001-05	Häusl. Pflegehilfe - Pflegegrad 5 (§ 64b SGB XII)
	311-801-0002	Verhinderungspflege (§ 64c SGB XII)
	311-801-0003	Pflegehilfsmittel (§ 64d SGB XII)
	311-801-0004	Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfeldes (§ 64e SGB XII)
	311-801-0005	Andere Leistungen (§ 64f SGB XII)
	311-801-0005-01	Beiträge Pflegeperson / bes. Pflegekraft f. Alterssicherung (§ 64f Abs. 1)
	311-801-0005-02	Beratungskosten für die Pflegeperson (§ 64f Abs. 2 SGB XII)
	311-801-0005-03	Kostenübernahme für das Arbeitgebermodell (§ 64f Abs. 3 SGB XII)
	311-801-0006	Entlastungsbetrag (§§ 66 und 64i SGB XII)
	311-801-0006-01	Entlastungsbetrag - Pflegegrad 1 (§ 66 SGB XII)
	311-801-0006-02	Entlastungsbetrag - Pflegegrad 2 (§ 64i SGB XII)
	311-801-0006-03	Entlastungsbetrag - Pflegegrad 3 (§ 64i SGB XII)
	311-801-0006-04	Entlastungsbetrag - Pflegegrad 4 (§ 64i SGB XII)
	311-801-0006-05	Entlastungsbetrag - Pflegegrad 5 (§ 64i SGB XII)
	311-801-0007	Teilstationäre Pflege (Tages- oder Nachtpflege) (§ 64g SGB XII)
	311-801-0008	Kurzzeitpflege (§ 64h SGB XII)
	311-801-0009	Stationäre Pflege (§ 65 SGB XII)
	311-801-0009-01	Stationäre Pflege - Pflegegrad 1 (§ 65 SGB XII)
	311-801-0009-02	Stationäre Pflege - Pflegegrad 2 (§ 65 SGB XII)
	311-801-0009-03	Stationäre Pflege - Pflegegrad 3 (§ 65 SGB XII)
	311-801-0009-04	Stationäre Pflege - Pflegegrad 4 (§ 65 SGB XII)
	311-801-0009-05	Stationäre Pflege - Pflegegrad 5 (§ 65 SGB XII)

Teilergebnishaushalt Produkt 311-801 Hilfe zur Pflege (PSG II)

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.04	+ sonstige Transfererträge	198.252,63	42.600,00	42.600,00			
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**198.252,63**	**42.600,00**	**42.600,00**			
02.04	- Abschreibungen	0,90					
02.06	- Transferaufwendungen	9.464.347,99	9.620.000,00	10.685.900,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**9.464.348,89**	**9.620.000,00**	**10.685.900,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-9.266.096,26**	**-9.577.400,00**	**-10.643.300,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-9.266.096,26**	**-9.577.400,00**	**-10.643.300,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-9.266.096,26**	**-9.577.400,00**	**-10.643.300,00**			

Produkt 311-901 Verwaltung der Sozialhilfe (Amt 403)

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	31	Soziale Hilfen
Produktgruppe	311	Grundversorgung und Hilfen in besonderen Lebenslagen nach SGB XII
Produkt	311-901	Verwaltung der Sozialhilfe (Amt 403)

Teilhaushalt
Dezernat 4 - Soziales, Integration und Gesundheit

Verantwortlich
Amt 403 - Manuel Stender

Kurzbeschreibung
Das Produkt "Verwaltung der Sozialhilfe" umfasst die internen Verwaltungsangelegenheiten des Amtes für Soziales uund Senior*innen.
Es enthält verschiedene Verwaltungsaufgaben ohne externen Leistungsbezug, wie beispielsweise:
Das Verhandeln von Vereinbarungen mit ambulanten, teilstationären und stationären Pflegeeinrichtungen
über die Höhe der Vergütungssätze und Investitionskosten oder die Kontrolle und Überwachung von Pflegeeinrichtungen
durch die Heimaufsicht.
Des Weiteren werden in diesem Produkt Aus- und Fortbildungen, allgemeine Büroaufwendungen, die Widerspruchssachbearbeitung
sowie Gerichts- und Sachverständigenkosten ausgewiesen.
Dem Produkt sind 4,2 Stellenanteile zugeordnet.

Zielgruppe
intern: Dezernat 4 und Dezernat 1
extern: Pflegeeinrichtungen (ambulant, teilstationär und stationär); Pflegepersonen; (zukünftige) Heimbewohnerinnen und -bewohner und
deren Angehörige und Betreuerinnen und Betreuer; Heimbeiräte und andere Bewohnervertretungen;
Heimträgerinnen und -träger und in den Einrichtungen beschäftigtes Personal

Kategorie
Pflichtaufgabe

Aufgabenzuordnung
übertragener Wirkungskreis

Auftragsgrundlage
- SGB I, IV, V, IX, X, XI, XII
- HeimG
- NPflegeG
- NuWG

Sachziele
- Profilierung als effiziente Dienstleistungsbehörde
- unbürokratische Aufgabenerledigung
- Bürger- und Mitarbeiterorientierung
- Berücksichtigung des Grundsatzes der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit

Qualitätsziele
Z-311-901-101:
Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen.
Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.

Maßnahmen
- kontinuirliche Fort- und Weiterbildungen der Mitarbeiter*innen
- Aufbau eines umfassenden Berichtswesens

Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
G-311-901-001 abgeschl.Vergütungsvereinb.m.amb., teilstat.und stat. Pflegeeinric	0,00	87,00	0,00
G-311-901-002 Festsetzg.d.Investitionskosten nach NPflegeG für teilstat.Einricht	0,00	27,00	0,00
G-311-901-003 Überwachungen durch die Heimaufsicht - (Anzahl)	0,00	65,00	0,00
G-311-903-001 Antragszahlen - (Anzahl)	0,00	0,00	0,00
ZK-311-901-101 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	0,00

Produkt 311-901 Verwaltung der Sozialhilfe (Amt 403)

Landkreis Hildesheim

Leistungen	311-901	Verwaltung der Sozialhilfe (Amt 403)
	311-901-0001	Pflegekonferenzen

Teilergebnishaushalt Produkt 311-901 Verwaltung der Sozialhilfe (Amt 403)

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.03	+ Auflösungserträge aus Sonderposten	796,05	800,00	800,00			
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte	85.292,00	10.100,00	10.100,00			
01.06	+ privatrechtliche Entgelte		100,00	100,00			
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	1.660.701,89	8.200,00	8.000,00			
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**1.746.789,94**	**19.200,00**	**19.000,00**			
02.01	- Personalaufwendungen	3.095.079,77	3.271.100,00	3.556.400,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	71.573,68	66.900,00	67.400,00			
02.04	- Abschreibungen	5.093,89	5.100,00	5.100,00			
02.06	- Transferaufwendungen	265.345,57	324.200,00				
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	2.659.508,19	3.189.500,00	3.080.500,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**6.096.601,10**	**6.856.800,00**	**6.709.400,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-4.349.811,16**	**-6.837.600,00**	**-6.690.400,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-4.349.811,16**	**-6.837.600,00**	**-6.690.400,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	127.613,53	151.700,00	210.300,00			
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-127.613,53**	**-151.700,00**	**-210.300,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-4.477.424,69**	**-6.989.300,00**	**-6.900.700,00**			

Produkt 311-902 Verwaltung der Sozialhilfe (Amt 402)

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	31	Soziale Hilfen
Produktgruppe	311	Grundversorgung und Hilfen in besonderen Lebenslagen nach SGB XII
Produkt	311-902	Verwaltung der Sozialhilfe (Amt 402)

Teilhaushalt Dezernat 4 - Soziales und Integration

Verantwortlich Amt 402 - Maik Hoffmann

Kurzbeschreibung

Das Produkt "Verwaltung der Sozialhilfe" ist nach dem Produktrahmenplan des Landes Niedersachsen zu bilden. Es enthält verschiedene Verwaltungsaufgaben ohne Leistungsbezug. Dabei Aufgaben des FD 404: Verhandlungen führen und Vereinbarungen treffen mit ambulanten, teilstationären und stationären Einrichtungen der Pflege und der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen über die Höhe der Vergütungssätze und Investitionskosten. Berechnung und Festsetzung der Höhe der Investitionskosten für teilstationäre Pflegeeinrichtungen. Sicherstellung einer den gesetzlichen Vorschriften entsprechenden Versorgung der Bewohnerinnen und Bewohner von teilstationären und stationären Pflegeeinrichtungen durch Überwachungen der Heimaufsicht. Zusammenarbeit mit und Zuwendungsgewährung an freigemeinnützige Träger.

Zielgruppe

intern: ---

extern: Pflegeeinrichtungen und Einrichtungen der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen (ambulant, teilstationär, stationär); Pflegepersonen; (zukünftige) Heimbewohnerinnen und -bewohner und deren Angehörige und Betreuerinnen und Betreuer; Heimbeiräte und andere Bewohnervertretungen; Heimträgerinnen und -träger und in den Einrichtungen beschäftigtes Personal; Investorinnen und Investore und Architektinnen und Architekten; Zuwendungsantragstellerinnen und -antragsteller bzw. Zuwendungsempfängerinnen und -empfänger.

Kategorie Pflichtaufgabe

Aufgabenzuordnung übertragener Wirkungskreis

Auftragsgrundlage

- SGB XII - Sozialgesetzbuch Sozialhilfe
- SGB XI - Sozialgesetzbuch Soziale Pflegeversicherung
- Gesetz zur Planung und Förderung von Pflegeeinrichtungen nach dem Elften Buch Sozialgesetzbuch (Niedersächsisches Pflegegesetz - NPflegeG -)
- Heimgesetz (HeimG)

Sachziele

Qualitätsziele

Z-311-902-001:
Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen.
Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.

Leistungen 311-902 Verwaltung der Sozialhilfe (Amt 402)

Teilergebnishaushalt Produkt 311-902 Verwaltung der Sozialhilfe (Amt 402)

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	403,45					
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**403,45**					
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-403,45**					
05.	**= Jahresergebnis**	**-403,45**					
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-403,45**					

Produkt 311-904 Verwaltung der Sozialhilfe (Amt 403) -freiwillig-

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	31	Soziale Hilfen
Produktgruppe	311	Grundversorgung und Hilfen in besonderen Lebenslagen nach SGB XII
Produkt	311-904	Verwaltung der Sozialhilfe (Amt 403) -freiwillig-

Teilhaushalt	Dezernat 5 -Kinder, Jugend und Familie
Verantwortlich	Amt 407 - Florian Deister
Kurzbeschreibung	Förderung des Projektes "Schulstarterpaket" - Auszahlung von pauschalen Fördermitteln an den Sozialfonds Hildesheim zur weiteren Verwendung Dem Produkt sind 0,01 Stellenanteile zugeordnet.
Zielgruppe	intern: extern: Sozialfonds Hildesheim und mittelbar Kinder im schulfähigen Alter und deren erziehungsberechtigte Personen
Kategorie	freiwillige Aufgabe
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis
Auftragsgrundlage	Für das Haushaltsjahr 2025 Beschluss des Kreistages zum Antrag 654/XIX in der Sitzung vom 12.12.2024, muss jedes Jahr neu beantragt werden, um Haushaltsmittel zur Verfügung zu stellen

Leistungen	311-904	Verwaltung der Sozialhilfe (Amt 403) -freiwillig-
	311-904-0001	Pflegekonferenzen -freiwillig-

Teilergebnishaushalt Produkt 311-904 Verwaltung der Sozialhilfe (Amt 403) -freiwillig-

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
02.01	- Personalaufwendungen			1.100,00			
02.06	- Transferaufwendungen			259.300,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen			10.800,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**			**271.200,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**			**-271.200,00**			
05.	**= Jahresergebnis**			**-271.200,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**			**-271.200,00**			

Produkt 312-101 Leistungen für Unterkunft und Heizung (Amt 908)

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	31	Soziale Hilfen
Produktgruppe	312	Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II
Produkt	312-101	Leistungen für Unterkunft und Heizung (Amt 908)

Wesentl. Produkt

Teilhaushalt Dezernat 4 - Soziales, Integration und Gesundheit

Verantwortlich Dez. 4 - Thomas Minnrich

Kurzbeschreibung

Kosten der Unterkunft und Heizung zu den Leistungsberechtigten nach dem SGB II. Aufbereitung von grundsätzlichen Angelegenheiten, Erteilung von Geschäftsanweisungen zur Sicherstellung der rechtmäßigen Erbringung dieser Leistungen
durch die gemeinsame Einrichtung (Jobcenter Hildesheim) sowie Durchführung fachaufsichtlicher Prüfungen hierzu.
Dem Produkt sind 1,95 Stellenanteile zugeordnet.

Die Antragsbearbeitung erfolgt im Jobcenter Hildesheim. Dort beträgt die durchschnittliche Bearbeitungsdauer zu entscheidungsreifen Anträgen 6,6 Tage (Wert aus April 2025). Eine Unterscheidung je Leistungsart erfolgt hierbei nicht.

Zielgruppe

intern: Gemeinsame Einrichtung (Jobcenter Hildesheim), Verwaltung, Politik
extern: leistungsberechtigte Personen nach dem SGB II - Bürgergeld, Grundsicherung für Arbeitssuchende, Bürgerinnen und Bürger, Land, Bund

Kategorie Pflichtaufgabe

Aufgabenzuordnung eigener Wirkungskreis

Auftragsgrundlage Sozialgesetzbuch Zweites Buch (SGB II) - Bürgergeld, Grundsicherung für Arbeitsuchende

Sachziele

Qualitätsziele

Z-312-101-001
Bei den Leistungen für Unterkunft und Heizung ist eine Einsparung um 5% im Vergleich zum Mittelansatz 2026 zu erreichen.
Z-312-101-003:
Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen.

Maßnahmen

ZM-312-101-101:
Abschluss einer Zielvereinbarung mit dem Jobcenter für den Bereich der kommunalen Aufgaben nach § 6 SGB II
ZM-312-101-105:
Einflussnahme auf die Ausrichtung des Arbeitsmarktprogramms auf stärkere, nachhaltige Maßnahmen zur Beseitigung der Hilfebedürftigkeit
ZM-312-101-108:
Regelmäßige Anpassung der Geschäftsanweisung des kommunalen Trägers zu den Bedarfen für Unterkunft und Heizung nach § 22 SGB II in ein einfacher lesbares Format, inklusive Überprüfung und ggf. Anpassung der Angemessenheitswerte für Unterkunft und Heizung. Darüber hinaus werden die vorhandenen Arbeitshilfen und Dokumentvorlagen zur effektiven Aufgabenerledigung im Jobcenter ergänzt und angepasst, sowie weitere erarbeitet. Hierzu erfolgen sogenannte "Feedback-Gespräche" mit Mitarbeitenden des Jobcenters Hildesheim.
ZM-312-101-110:
Durchführung von Prüfungen im Jobcenter Hildesheim im Bereich der kommunalen Leistungen

Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
G-312-101-001 Bedarfsgemeinschaften - (Anzahl)	0,00	22.108,00	0,00
G-312-101-002 Regelleistungsberechtigte - (Anzahl)	0,00	41.194,00	0,00
G-312-101-003 Ausgaben je Einwohner - (EUR)	0,00	425,00	0,00
G-312-101-010 Regelleistungsberechtigte Kontext Flucht/Asyl ab Okt. 2015 (Anz.)	0,00	11.104,00	0,00

Produkt 312-101 Leistungen für Unterkunft und Heizung (Amt 908)

Landkreis Hildesheim

ZK-312-101-301 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote) Durchschn.OEs	0,00	4,00	0,00

Leistungen	312-101	Leistungen für Unterkunft und Heizung
	312-101-0001	Lfd. Leistungen für Unterkunft und Heizung
	312-101-0002	Wohnungsbeschaffungskosten, Mietkaution und Umzugskosten
	312-101-0003	Darlehensweise Übernahme Mietschulden/Energieschulden für Heizung

Teilergebnishaushalt Produkt 312-101 Leistungen für Unterkunft und Heizung (Amt 908)

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	37.263.285,56	35.305.800,00	35.204.100,00			
01.04	+ sonstige Transfererträge	776.145,09	640.000,00	780.000,00			
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen		10.100,00	10.100,00			
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**38.039.430,65**	**35.955.900,00**	**35.994.200,00**			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	60.737.430,39	58.666.000,00	58.464.000,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**60.737.430,39**	**58.666.000,00**	**58.464.000,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-22.697.999,74**	**-22.710.100,00**	**-22.469.800,00**			
04.01	+ außerordentliche Erträge	337,31					
04.03	**= Außerordentliches Ergebnis**	**337,31**					
05.	**= Jahresergebnis**	**-22.697.662,43**	**-22.710.100,00**	**-22.469.800,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-22.697.662,43**	**-22.710.100,00**	**-22.469.800,00**			

Produkt 312-201 Eingliederungsleistungen

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	31	Soziale Hilfen
Produktgruppe	312	Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II
Produkt	312-201	Eingliederungsleistungen

Teilhaushalt Dezernat 4 - Soziales, Integration und Gesundheit

Verantwortlich Dez. 4 - Thomas Minnrich

Kurzbeschreibung

Die Produktleistung umfasst hier:
- Abrechnung der psychosozialen Betreuungsleistungen zu den Leistungsberechtigten nach dem SGB II, welche im Frauenhaus Hildesheim e.V. untergebracht sind,
- Durchführung von Kostenerstattungsverfahren nach § 36a SGB II
- Mitarbeit bei der Leistungs-, Vergütungs- und Prüfungsvereinbarung gemäß § 17 Abs. 2 SGB II, § 75 SGB XII und §§ 2, 6 AsylbLG
und Zuwendungsvereinbarung zwischen dem Frauenhaus Hildesheim e.V. und dem Landkreis Hildesheim
- Optimierung des Prozessablaufes im Zusammenhang mit der SGB II-Leistungsgewährung und anschl. Kostenerstattungsverfahren
- Erstellung und weitere Abwicklung zu der Vereinbarung „Abrechnung der übertragenen Aufgaben und für die Übernahme und finanzielle
Abwicklung von kommunalen Dienstleistungen zwischen dem Landkreis Hildesheim und dem Jobcenter Hildesheim“ – hier in Bezug
auf die Aufgaben „Durchführung von Kostenerstattungsverfahren nach § 36a SGB II“, Vergabe und Steuerung
der kommunalen Eingliederungsleistungen nach § 16a SGB II Schuldnerberatung, psychosoziale Betreuung und Suchtberatung
Dem Produkt sind 0,3 Stellenanteile zugeordnet.

Die Antragsbearbeitung erfolgt im Jobcenter Hildesheim. Dort beträgt die durchschnittliche Bearbeitungsdauer zu entscheidungsreifen Anträgen 6,6 Tage (Wert aus April 2025). Eine Unterscheidung je Leistungsart erfolgt hierbei nicht.

Zielgruppe

intern: Gemeinsame Einrichtung (Jobcenter Hildesheim), Verwaltung, Politik
extern: leistungsberechtigte Personen nach dem SGB II - Grundsicherung für Arbeitssuchende
Bürgerinnen und Bürger, Land, Bund

Kategorie Pflichtaufgabe

Aufgabenzuordnung eigener Wirkungskreis

Auftragsgrundlage § 16a Sozialgesetzbuch Zweites Buch (SGB II) - Bürgergeld, Grundsicherung für Arbeitsuchende

Sachziele

Qualitätsziele

Z-312-201-001:
Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen.

Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
ZK-312-201-101 Mitarbeiterzufriedenheit - (Schulnote) Durchschn.OEs	0,00	2,00	0,00

Leistungen 312-201 Eingliederungsleistungen

Teilergebnishaushalt Produkt 312-201 Eingliederungsleistungen

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	39.134,20	30.000,00	10.000,00			
01.11	+ sonstige ordentliche Erträge	3.338,34					
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**42.472,54**	**30.000,00**	**10.000,00**			
02.04	- Abschreibungen	0,03					
02.06	- Transferaufwendungen	35.633,15	100.000,00	100.000,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**35.633,18**	**100.000,00**	**100.000,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**6.839,36**	**-70.000,00**	**-90.000,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**6.839,36**	**-70.000,00**	**-90.000,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**6.839,36**	**-70.000,00**	**-90.000,00**			

Produkt 312-301 Einmalige Leistungen

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	31	Soziale Hilfen
Produktgruppe	312	Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II
Produkt	312-301	Einmalige Leistungen

Teilhaushalt	Dezernat 4 - Soziales, Integration und Gesundheit
Verantwortlich	Dez. 4 - Thomas Minnrich
Kurzbeschreibung	Leistungen für die nicht vom Regelbedarf nach § 20 SGB II umfassten Bedarfe nach § 24 Abs. 3 Nr. 1 und 2 SGB II (Erstausstattung für die Wohnung, Bekleidung und anlässlich Schwangerschaft und Geburt) an die Leistungsberechtigten nach dem SGB II. Aufbereitung von grundsätzlichen Angelegenheiten, Erteilung von Geschäftsanweisungen zur Sicherstellung der rechtmäßigen Erbringung dieser Leistungen durch die gemeinsame Einrichtung (Jobcenter Hildesheim) sowie Durchführung fachaufsichtlicher Prüfungen hierzu. Dem Produkt sind 0,45 Stellenanteile zugeordnet. Die Antragsbearbeitung erfolgt im Jobcenter Hildesheim. Dort beträgt die durchschnittliche Bearbeitungsdauer zu entscheidungsreifen Anträgen 6,6 Tage (Wert aus April 2025). Eine Unterscheidung je Leistungsart erfolgt hierbei nicht.
Zielgruppe	intern: Gemeinsame Einrichtung (Jobcenter Hildesheim), Verwaltung, Politik extern: leistungsberechtigte Personen nach dem SGB II - Bürgergeld, Grundsicherung für Arbeitssuchende Bürgerinnen und Bürger, Land, Bund
Kategorie	Pflichtaufgabe
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis
Auftragsgrundlage	Sozialgesetzbuch Zweites Buch (SGB II) - Bürgergeld, Grundsicherung für Arbeitsuchende
Sachziele	
Qualitätsziele	Z-312-301-001: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen.

Kennzahlen	**Ergebnis Vorvorjahr**	**Ansatz Vorjahr**	**Ansatz lfd. Jahr**
ZK-312-301-101 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote) Durchschn.OEs	0,00	2,00	0,00

Leistungen 312-301 Einmalige Leistungen

Teilergebnishaushalt Produkt 312-301 Einmalige Leistungen

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.04	+ sonstige Transfererträge	12.431,64	6.000,00	9.000,00			
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen		1.000,00	1.000,00			
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**12.431,64**	**7.000,00**	**10.000,00**			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	1.408.984,80	1.700.000,00	1.200.000,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**1.408.984,80**	**1.700.000,00**	**1.200.000,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-1.396.553,16**	**-1.693.000,00**	**-1.190.000,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-1.396.553,16**	**-1.693.000,00**	**-1.190.000,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-1.396.553,16**	**-1.693.000,00**	**-1.190.000,00**			

Produkt 312-901 Verwaltung der Grundsicherung für Arbeitsuchende (Amt 908)

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	31	Soziale Hilfen
Produktgruppe	312	Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II
Produkt	312-901	Verwaltung der Grundsicherung für Arbeitsuchende (Amt 908)

Teilhaushalt	Dezernat 4 - Soziales, Integration und Gesundheit
Verantwortlich	Dez. 4 - Thomas Minnrich
Kurzbeschreibung	Verwaltungsaufgaben nach dem SGB II; Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit Hildesheim, der gemeinsamen Einrichtung (Jobcenter Hildesheim) und Dritten Dem Produkt sind 1,3 Stellenanteile zugeordnet.
Zielgruppe	intern: Gemeinsame Einrichtung (Jobcenter Hildesheim), Verwaltung, Politik extern: leistungsberechtigte Personen nach dem SGB II - Bürgergeld, Grundsicherung für Arbeitssuchende, Bürgerinnen und Bürger, Land , Bund
Kategorie	Pflichtaufgabe
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis
Auftragsgrundlage	Sozialgesetzbuch Zweites Buch (SGB II) - Bürgergeld, Grundsicherung für Arbeitsuchende
Sachziele	
Qualitätsziele	Z-312-901-001: Mitarbeiterzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen.

Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
ZK-312-901-101 Mitarbeiterzufriedenheit - (Schulnote) Durchschn.OEs	0,00	2,00	0,00

Leistungen 312-901 Verwaltung der Grundsicherung für Arbeitsuchende (908)

Teilergebnishaushalt Produkt 312-901 Verwaltung der Grundsicherung für Arbeitsuchende (Amt 908)

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	38.279,63	35.000,00	35.000,00			
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**38.279,63**	**35.000,00**	**35.000,00**			
02.01	- Personalaufwendungen	456.334,40	433.600,00	684.900,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	11.607,90	11.300,00	19.700,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	3.257.937,91	3.630.500,00	3.803.100,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**3.725.880,21**	**4.075.400,00**	**4.507.700,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-3.687.600,58**	**-4.040.400,00**	**-4.472.700,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-3.687.600,58**	**-4.040.400,00**	**-4.472.700,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	15.358,00	17.400,00				
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-15.358,00**	**-17.400,00**				
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-3.702.958,58**	**-4.057.800,00**	**-4.472.700,00**			

Produkt 313-001 Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	31	Soziale Hilfen
Produktgruppe	313	Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz
Produkt	313-001	Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz

Teilhaushalt Dezernat 4 - Soziales, Integration und Gesundheit

Verantwortlich Amt 913 - Heiko König

Kurzbeschreibung Überprüfung und Entscheidung über Leistungen nach dem AsylbLG, sowie persönliche und telefonische Beratung der Leistungsberechtigten. Widerspruchs- und Kostenerstattungs- sowie Erstattungsverfahren
Dem Produkt sind 17 Stellenanteile zugeordnet.

Zielgruppe intern: ---
extern: Leistungsberechtigte nach dem AsylbLG; Anbieterinnen und Anbieter im Bildungs- und Teilhabebereich

Kategorie Pflichtaufgabe

Aufgabenzuordnung übertragener Wirkungskreis

Auftragsgrundlage
- Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG)
- Gesetz zur Aufnahme von ausländischen Flüchtlingen und zur Durchführung des Asylbewerberleistungsgesetzes (Aufnahmegesetz - AufnG)
- SGB XII - Sozialgesetzbuch Sozialhilfe

Sachziele

Qualitätsziele Z-313-001-101:
Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen.
Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.

Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
G-313-001-013 Fallzahl Bedarfsgemeinschaften - (Anzahl)	0,00	1.150,00	0,00
G-313-001-016 Fallzahl Personen - (Anzahl)	0,00	1.980,00	0,00
G-313-001-020 Widersprüche - (Anzahl)	0,00	25,00	0,00
ZK-313-001-101 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	0,00

Leistungen

313-001	Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz
313-001-0001	Leistungen für den Personenkreis nach § 2 AsylbLG
313-001-0001-01	§ 2 AsylbLG - Hilfe zum Lebensunterhalt
313-001-0001-02	§ 2 AsylbLG - Hilfe in besonderen Lebenslagen
313-001-0001-03	§ 2 AsylbLG - Bildung und Teilhabe
313-001-0002	Leistungen für den Personenkreis nach § 3 AsylbLG
313-001-0002-01	§ 3-Grundleistungen, Sachleistungen
313-001-0002-02	§ 3-Grundleistungen, Wertgutscheine
313-001-0002-03	§ 3-Grundleistungen, Geldleistungen für persönliche Bedürfnisse
313-001-0002-04	§ 3-Grundleistungen, Geldleistungen für den Lebensunterhalt
313-001-0002-05	§ 3-Grundleistungen, Bildung und Teilhabe
313-001-0003	§ 4-Leistungen bei Krankheit, Schwangerschaft und Geburt

Produkt 313-001 Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz

Landkreis Hildesheim

	313-001-0004	§ 5-Arbeitsgelegenheiten
	313-001-0005	§ 6-Sonstige Leistungen
	313-001-0005-01	§ 6-Sonstige Leistungen, Sachleistungen
	313-001-0005-02	§ 6-Sonstige Leistungen, Geldleistungen

Teilergebnishaushalt Produkt 313-001 Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.04	+ sonstige Transfererträge	3.335.995,37	1.572.500,00	1.501.500,00			
01.06	+ privatrechtliche Entgelte	671,94					
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	24.633.306,45	30.272.800,00	27.000.000,00			
01.11	+ sonstige ordentliche Erträge	499,81					
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**27.970.473,57**	**31.845.300,00**	**28.501.500,00**			
02.01	- Personalaufwendungen	1.580.540,70	1.401.800,00	1.606.500,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	49.081,09	33.500,00	43.300,00			
02.04	- Abschreibungen	9.375,81	2.100,00	3.700,00			
02.06	- Transferaufwendungen	30.004.399,80	32.545.500,00	24.106.600,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	14.432.092,70	15.158.800,00	14.788.000,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**46.075.490,10**	**49.141.700,00**	**40.548.100,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-18.105.016,53**	**-17.296.400,00**	**-12.046.600,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-18.105.016,53**	**-17.296.400,00**	**-12.046.600,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	66.593,84	67.600,00	97.800,00			
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-66.593,84**	**-67.600,00**	**-97.800,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-18.171.610,37**	**-17.364.000,00**	**-12.144.400,00**			

Produktgruppe 314 Eingliederungshilfe

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	31-35	Soziale Hilfen
Produktgruppe	314	Eingliederungshilfe

Teilhaushalt	Dezernat 4 – Soziales, Integration und Integration
Verantwortlich	Amt 402 – Maik Hoffmann
Kurzbeschreibung	Eingliederungshilfe für behinderte Menschen beinhaltet die Gewährung von Leistungen für Menschen, die körperliche, seelische, geistige oder Sinnesbeeinträchtigungen haben, die sie in Wechselwirkung mit einstellungs- oder umweltbedingten Barrieren an der gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft mit hoher Wahrscheinlichkeit länger als sechs Monate hindern können (sh. § 2 Abs. 1 SGB IX). Anmerkung: Eingliederungshilfe für Kinder und Jugendliche mit einer seelischen Behinderung werden im Produkt 363-005 des Amtes 406 abgebildet. Der Produktgruppe sind 40,59 Stellenanteile zugeordnet. Folgende Anträge: Grundantrag der Eingliederungshilfe für Erwachsene (mit Zusatzblatt Einkommen und Vermögen), sowie der vereinfachte Grundantrag für Kinder (114 Tage)
Zielgruppe	intern: Ämter 403 und 409 extern: Personen, die durch eine Behinderung wesentlich in ihrer Fähigkeit, an der Gesellschaft teilzuhaben, eingeschränkt oder von einer solchen wesentlichen Behinderung bedroht sind. Träger von Einrichtungen der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen (ambulant, teilstationär und stationär). Darüber hinaus gehören hierzu auch Institutionen und weitere Verbände, die im Bereich der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen tätig sind.
Kategorie	Pflichtaufgabe
Aufgabenzuordnung	Eigener/übertragener Wirkungskreis
Auftragsgrundlage	SGB IX, Nds. AG SGB IX/XII, SGB XII

Sachziele	1. Die sozialhilferechtlichen Leistungen sind entsprechend der Ziele und Grundsätze des SGB IX bedarfsgerecht, angemessen, effektiv und effizient zu erbringen. Hierbei soll durch den Wechsel von einer überwiegend einrichtungsorientierten zu einer konsequent personenzentrierten Leistungserbringung den Anforderungen und Zielen des neuen SGB IX entsprochen werden. Insbesondere durch regelmäßige und standardisierte Teilhabe- und Gesamtplanungen (B.E.Ni-Verfahren) wird sichergestellt und gesteuert, dass ... - die Hilfebedarfe der behinderten Menschen so differenziert wie möglich erfasst und beschrieben werden. - die Selbsthilfemöglichkeiten und die Ressourcen der Familien- und Nachbarschaftshilfe sowie des Bürgerschaftlichen Engagements erfasst, aktiviert und in die zielorientierte Leistungserbringung integriert werden. - passgenaue Hilfen und Leistungen initiiert und organisiert werden. - die Wirksamkeit der gewährten Hilfen und Leistungen durch regelmäßige Überprüfungen der Zielerreichung kontrolliert ggf. steuernd Einfluss genommen wird. 2. Insbesondere durch Planung und strukturelle Maßnahmen für den Bereich des örtlichen Trägers der Eingliederungshilfe wird sichergestellt und gesteuert, dass ... - die Ziele nach Ziffer 1. erreicht werden und eine Steuerung der EGH für die behinderten Kinder und Jugendlichen erfolgt. - eine in Quantität und Qualität ausreichende sowie nach den Bedarfen differenzierte sowie ortsnahe Versorgungsstruktur geschaffen wird. - durch aktive Öffentlichkeitsarbeit neue Hilfe- und Betreuungsangebote vorgestellt und Transparenz über die bestehende Versorgungsstrukturen geschaffen wird. - die Vernetzung der im Bereich der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen tätigen Institutionen und Anbieter gefördert wird. 3. Die Bearbeitung der Sozialhilfeleistungen erfolgt in zeitgemäßer Weise, soweit wie möglich frei von Barrieren, umfassend und zeitnah (§ 17 Abs. 1 SGB I). Zur Prüfung der Zielerreichung werden die Bearbeitungs- und Durchlaufzeiten regelmäßig erfasst und entsprechend darüber berichtet.
Qualitätsziele	Z-314-000-001: Die sozialrechtlichen Leistungen sind entsprechend der Ziele und Grundsätze des SGB IX bedarfsgerecht, angemessen, effektiv und effizient zu erbringen. Z-314-000-002: Teilhabeeinschränkungen behinderter Menschen sollen durch Gesamt- bzw. Teilhabeplanverfahren und darauf basierende Hilfeleistungen möglichst entfallen, verringert oder vor Verschlimmerung bewahrt werden. Ziele und Maßnahmen im Einzelfall sind an den Verlauf der Hilfegewährung anzupassen. Z-314-000-003: Konzepterstellung und Umsetzung sowie Weiterentwicklung der Konzeption zur Umsetzung der Inklusion / der UN-BRK im Landkreis Hildesheim. Z-314-000-004 Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.
Maßnahmen zur Zielerreichung	ZM-314-000-001: Durchführung von standardisierten Teilhabe- und Gesamtplanverfahren. ZM-314-000-002: Fortschreibung und Umsetzung von Handlungskonzepten zur Optimierung der Versorgungsstruktur im Landkreis Hildesheim, Analyse der Versorgungssituation im Landkreis Hildesheim zur Identifitzierung quantiativer oder qualitativer Versorgungslücken sowie Absprache mit dem überörtlichen Träger der Sozialhilfe. ZM-314-000-003: Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit Durchführung von eigenen und Beteiligung an externen Veranstaltungen. ZM-314-000-004: Kooperation mit Institutionen und Leistungsanbietern. ZM-314-000-005: Ständige Analyse der Personenzahlen im Leistungsbezug.

Kennzahlen	**Ergebnis Vorvorjahr**	**Ansatz Vorjahr**	**Ansatz laufendes Jahr**
G-314-000-001 Personen im Leistungsbezug - örtl. Tr. ohne Stadt Hildesheim (Anzahl)		1.020	1.000

G-314-000-002 Personen im Leistungsbezug - überörtl. Tr. ohne Stadt Hildesheim (Anzahl)		1.600	1.650
G-314-000-003 Kinder in I-Gruppen von Kindergärten und Krippen sowie Kinder in Sprachheil- und Sonderkindergärten		350	350
G-314-000-004 Kinder/Jugendliche mit Schulassistenzen in Regel-/ Förderschulen (Anzahl)		135	160
G-314-000-005 Leistungen für Schulassistenzen in Regel- und Förderschulen (Euro)		3.400.000	5.000.000
G-314-000-006 Beschäftigte in einer Werkstatt (WfbM) und bei einem Anbieter nach § 60 SGB IX (Anzahl)		650	620
G-314-000-007 Assistenzleistungen ü18 / überörtl. Träger (Anzahl)		1.100	1.100
G-314-000-008 Abschluss von Vergütungsvereinbarungen des örtl. Trägers (Anzahl)		25	45
G-314-000-009 Aufträge an den Sozialdienst der EGH (Anzahl)		2.080	2.200
G-314-000-010 Sachlich richtige Entscheidung: Klageverfahren (Anzahl)		6	7
ZK-314-000-100 Gesamtplanverfahren für den örtl./überörtl. Träger der EGH (Anzahl)		1.800	2.000
ZK-314-000-101 B.E.Ni-Bedarfsfeststellungen bei Neuanträgen für Erwachsene ü18 (in %)		140	140
ZK-314-000-102 Einstufung aller Neuanträge innerhalb von 90 (Wochen-) Tagen in die entsprechende Hilfebedarfsgruppe (in %)		95	95
ZK-314-000-103 Angebote an heilpädagogischen Kindergärten (Anzahl)		3	3
ZK-314-000-104 Teilnahme am Nds. Kennzahlenvergleich der EGH (Anzahl)		1	1
ZK-314-000-105 Sachlich richtige Entscheidung: Anteil erfolgreicher Gerichtsverfahren (in %)		80	85
ZK-314-000-106 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)		2	2

Produkt 314-010 Zahlungen Abrechnung nach dem SGB IX

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	31	Soziale Hilfen
Produktgruppe	314	Eingliederungshilfe nach dem SGB IX
Produkt	314-010	Zahlungen Abrechnung nach dem SGB IX

Teilhaushalt	Dezernat 4 - Soziales, Integration und Gesundheit
Verantwortlich	Amt 402 - Maik Hoffmann
Kurzbeschreibung	In diesem Produkt werden die Zahlungen, die zwischen dem Landkreis Hildesheim (örtlicher Träger der Eingliederungshilfe) und dem Land Niedersachsen (überörtlicher Träger der Eingliederungshilfe) zum Ausgleich der Aufwendungen für die Gewährung von Leistungen sowie Erstattung von Personal- und Sachkosten im Rahmen des Konnexitätsprinzips dargestellt. Darüber hinaus enthält das Produkt die Ausgleichzahlungen zwischen dem Landkreis Hildesheim und der Stadt Hildesheim für die dortige Aufgabenwahrnehmung. Für die Stellenanteile des Produktes siehe Produktgruppe 314.
Zielgruppe	intern: --- extern: Land Niedersachsen als überörtlicher Träger der Eingliederungshilfe Stadt Hildesheim als herangezogene Kommune für die Aufgabenerledigung
Kategorie	Pflichtaufgabe
Aufgabenzuordnung	übertragener Wirkungskreis
Auftragsgrundlage	§§ 4-8 sowie §§ 22 ff. Nds. AG SGB IX/XII

Leistungen	314-010	Zahlungen Abrechnung nach dem SGB IX § 22 Nds. AG SGB IX/XII

Teilergebnishaushalt Produkt 314-010 Zahlungen Abrechnung nach dem SGB IX

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	79.847.144,42	102.664.600,00	113.779.300,00			
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**79.847.144,42**	**102.664.600,00**	**113.779.300,00**			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	51.341.082,82	61.045.100,00	74.067.900,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**51.341.082,82**	**61.045.100,00**	**74.067.900,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**28.506.061,60**	**41.619.500,00**	**39.711.400,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**28.506.061,60**	**41.619.500,00**	**39.711.400,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**28.506.061,60**	**41.619.500,00**	**39.711.400,00**			

Produkt 314-101 Leistungen zur medizinischen Rehabilitation § 109 SGB IX

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	31	Soziale Hilfen
Produktgruppe	314	Eingliederungshilfe nach dem SGB IX
Produkt	314-101	Leistungen zur medizinischen Rehabilitation § 109 SGB IX

Teilhaushalt	Dezernat 4 - Soziales, Integration und Gesundheit
Verantwortlich	Amt 402 - Maik Hoffmann
Kurzbeschreibung	Leistungen zur medizinischen Rehabilitation von Menschen mit Behinderungen werden erbracht, um Behinderungen einschließlich chronischer Erkrankungen abzuwenden, zu beseitigen, zu mindern, auszugleichen eine Verschlimmerung zu verhüten oder Einschränkungen der Erwerbsfähigkeit und Pflegebedürftigkeit zu vermeiden, zu überwinden, zu mindern, eine Verschlimmerung zu verhindern oder laufende Sozialleistungen zu mindern. Die Leistungen zur medizinischen Rehabilitation durch den Träger der Eingliederungshilfe entsprechen denen der gesetzlichen Krankenversicherung; sie werden entsprechend nur für Personen erbracht, die die erforderlichen Leistungen nicht von anderen erhalten. Für die Stellenanteile, siehe Produktgruppe 314. Folgende Anträge: Grundantrag Eingliederungshilfe für Erwachsene, vereinfachter Grundantrag für Kinder (114 Tage)
Zielgruppe	intern: --- extern: Personen, die durch eine Behinderung im Sinne von § 2 Abs. 1 Satz 1 des Neunten Sozialgesetzbuches wesentlich in ihrer Fähigkeit, an der Gesellschaft teilzuhaben, eingeschränkt oder von einer solchen wesentlichen Behinderung bedroht sind, erhalten Leistungen der Eingliederungshilfe. Personen mit einer anderen körperlichen, geistigen oder seelischen Behinderung können Leistungen der Eingliederungshilfe erhalten.
Kategorie	Pflichtaufgabe
Aufgabenzuordnung	übertragener Wirkungskreis
Auftragsgrundlage	§ 99 i.V.m. §§ 109 und 110 SGB IX

Leistungen	314-101	Leistungen zur medizinischen Rehabilitation § 109 SGB IX

Teilergebnishaushalt Produkt 314-101 Leistungen zur medizinischen Rehabilitation § 109 SGB IX

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
02.06	- Transferaufwendungen	206,67	2.000,00	2.000,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**206,67**	**2.000,00**	**2.000,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-206,67**	**-2.000,00**	**-2.000,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-206,67**	**-2.000,00**	**-2.000,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-206,67**	**-2.000,00**	**-2.000,00**			

Produkt 314-201 Leistungen zur Beschäftigung § 111 SGB IX

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	31	Soziale Hilfen
Produktgruppe	314	Eingliederungshilfe nach dem SGB IX
Produkt	314-201	Leistungen zur Beschäftigung § 111 SGB IX

Teilhaushalt Dezernat 4 - Soziales, Integration und Gesundheit

Verantwortlich Amt 402 - Maik Hoffmann

Kurzbeschreibung

Leistungen zur Beschäftigung ermöglichen Menschen mit Behinderungen, die wegen Art oder Schwere der Behinderung nicht, noch nicht oder noch nicht wieder auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt beschäftigt werden können,
1. eine angemessene berufliche Bildung und eine Beschäftigung zu einem ihrer Leistung angemessenen Arbeitsentgelt und
2. ihre Leistungsfähigkeit zu erhalten, zu entwickeln, zu erhöhen oder wiederzugewinnen und dabei ihre Persönlichkeit weiterzuentwickeln.
Für die Stellenanteile, siehe Produktgruppe 314.

Grundantrag Eingliederungshilfe für Erwachsene (114 Tage)

Zielgruppe

intern: ---
extern: Personen, die durch eine Behinderung im Sinne von § 2 Abs.1 Satz1 des Neunten Sozialgesetzbuches wesentlich in ihrer Fähigkeit, an der Gesellschaft teilzuhaben, eingeschränkt oder von einer solchen wesentlichen Behinderung bedroht sind, erhalten Leistungen der Eingliederungshilfe. Personen mit einer anderen körperlichen, geistigen oder seelischen Behinderung können Leistungen der Eingliederungshilfe erhalten.

Kategorie Pflichtaufgabe

Aufgabenzuordnung übertragener Wirkungskreis

Auftragsgrundlage § 99 i.V.m. § 111 SGB IX

Leistungen

314-201	Leistungen zur Beschäftigung § 111 SGB IX
314-201-0001	L. im Arbeitsbereich einer anerk. WfbM § 111 I Nr. 1 i.V.m. §§ 58, 62 SGB IX
314-201-0001-01	L. innerhalb einer anerkannten WfbM -kB-
314-201-0001-01-01	L. innerhalb einer anerkannten WfbM -kB- HBG 1
314-201-0001-01-02	L. innerhalb einer anerkannten WfbM -kB- HBG 2
314-201-0001-01-03	L. innerhalb einer anerkannten WfbM -kB- HBG 3
314-201-0001-01-04	L. innerhalb einer anerkannten WfbM -kB- HBG 4
314-201-0001-01-05	L. innerhalb einer anerkannten WfbM -kB- HBG 5
314-201-0001-02	L. innerhalb einer anerkannten WfbM -gB-
314-201-0001-02-01	L. innerhalb einer anerkannten WfbM -gB- HBG 1
314-201-0001-02-02	L. innerhalb einer anerkannten WfbM -gB- HBG 2
314-201-0001-02-03	L. innerhalb einer anerkannten WfbM -gB- HBG 3
314-201-0001-02-04	L. innerhalb einer anerkannten WfbM -gB- HBG 4
314-201-0001-02-05	L. innerhalb einer anerkannten WfbM -gB- HBG 5
314-201-0001-03	L. innerhalb einer anerkannten WfbM -sB-
314-201-0001-03-01	L. innerhalb einer anerkannten WfbM -sB- HBG 1

Produkt 314-201 Leistungen zur Beschäftigung § 111 SGB IX

Landkreis Hildesheim

314-201-0001-03-02	L. innerhalb einer anerkannten WfbM -sB- HBG 2
314-201-0001-03-03	L. innerhalb einer anerkannten WfbM -sB- HBG 3
314-201-0001-03-04	L. innerhalb einer anerkannten WfbM -sB- HBG 4
314-201-0001-03-05	L. innerhalb einer anerkannten WfbM -sB- HBG 5
314-201-0001-04	L. f. WfbM -befristet ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 1 SGB IX -kB-
314-201-0001-04-01	L. f. WfbM -befristet ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 1 SGB IX -kB- HBG 1
314-201-0001-04-02	L. f. WfbM -befristet ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 1 SGB IX -kB- HBG 2
314-201-0001-04-03	L. f. WfbM -befristet ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 1 SGB IX -kB- HBG 2
314-201-0001-04-04	L. f. WfbM -befristet ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 1 SGB IX -kB- HBG 4
314-201-0001-04-05	L. f. WfbM -befristet ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 1 SGB IX -kB- HBG 5
314-201-0001-05	L. f. WfbM -befristet ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 1 SGB IX -gB-
314-201-0001-05-01	L. f. WfbM -befristet ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 1 SGB IX -gB- HBG 1
314-201-0001-05-02	L. f. WfbM -befristet ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 1 SGB IX -gB- HBG 2
314-201-0001-05-03	L. f. WfbM -befristet ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 1 SGB IX -gB- HBG 3
314-201-0001-05-04	L. f. WfbM -befristet ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 1 SGB IX -gB- HBG 4
314-201-0001-05-05	L. f. WfbM -befristet ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 1 SGB IX -gB- HBG 5
314-201-0001-06	L. f. WfbM -befristet ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 1 SGB IX -sB-
314-201-0001-06-01	L. f. WfbM -befristet ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 1 SGB IX -sB- HBG 1
314-201-0001-06-02	L. f. WfbM -befristet ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 1 SGB IX -sB- HBG 2
314-201-0001-06-03	L. f. WfbM -befristet ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 1 SGB IX -sB- HBG 3
314-201-0001-06-04	L. f. WfbM -befristet ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 1 SGB IX -sB- HBG 4
314-201-0001-06-05	L. f. WfbM -befristet ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 1 SGB IX -sB- HBG 5
314-201-0001-07	L. f. WfbM -dauerhaft ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 2 SGB IX -kB-
314-201-0001-07-01	L. f. WfbM -dauerhaft ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 2 SGB IX -kB- HBG 1
314-201-0001-07-02	L. f. WfbM -dauerhaft ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 2 SGB IX -kB- HBG 2
314-201-0001-07-03	L. f. WfbM -dauerhaft ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 2 SGB IX -kB- HBG 3
314-201-0001-07-04	L. f. WfbM -dauerhaft ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 2 SGB IX -kB- HBG 4
314-201-0001-07-05	L. f. WfbM -dauerhaft ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 2 SGB IX -kB- HBG 5
314-201-0001-08	L. f. WfbM -dauerhaft ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 2 SGB IX -gB-
314-201-0001-08-01	L. f. WfbM -dauerhaft ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 2 SGB IX -gB- HBG 1
314-201-0001-08-02	L. f. WfbM -dauerhaft ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 2 SGB IX -gB- HBG 2
314-201-0001-08-03	L. f. WfbM -dauerhaft ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 2 SGB IX -gB- HBG 3
314-201-0001-08-04	L. f. WfbM -dauerhaft ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 2 SGB IX -gB- HBG 4
314-201-0001-08-05	L. f. WfbM -dauerhaft ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 2 SGB IX -gB- HBG 5
314-201-0001-09	L. f. WfbM -dauerhaft ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 2 SGB IX -sB-
314-201-0001-09-01	L. f. WfbM -dauerhaft ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 2 SGB IX -sB- HBG 1
314-201-0001-09-02	L. f. WfbM -dauerhaft ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 2 SGB IX -sB- HBG 2
314-201-0001-09-03	L. f. WfbM -dauerhaft ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 2 SGB IX -sB- HBG 3
314-201-0001-09-04	L. f. WfbM -dauerhaft ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 2 SGB IX -sB- HBG 4
314-201-0001-09-05	L. f. WfbM -dauerhaft ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 2 SGB IX -sB- HBG 5
314-201-0001-10	L. f. WfbM -Außenarbeitsgruppen- § 219 I 4-6 SGB IX -kB-
314-201-0001-10-01	L. f. WfbM -Außenarbeitsgruppen- § 219 I 4-6 SGB IX -kB- HBG 1
314-201-0001-10-02	L. f. WfbM -Außenarbeitsgruppen- § 219 I 4-6 SGB IX -kB- HBG 2
314-201-0001-10-03	L. f. WfbM -Außenarbeitsgruppen- § 219 I 4-6 SGB IX -kB- HBG 3
314-201-0001-10-04	L. f. WfbM -Außenarbeitsgruppen- § 219 I 4-6 SGB IX -kB- HBG 4
314-201-0001-10-05	L. f. WfbM -Außenarbeitsgruppen- § 219 I 4-6 SGB IX -kB- HBG 5
314-201-0001-11	L. f. WfbM -Außenarbeitsgruppen- § 219 I 4-6 SGB IX -gB-
314-201-0001-11-01	L. f. WfbM -Außenarbeitsgruppen- § 219 I 4-6 SGB IX -gB- HBG 1
314-201-0001-11-02	L. f. WfbM -Außenarbeitsgruppen- § 219 I 4-6 SGB IX -gB- HBG 2
314-201-0001-11-03	L. f. WfbM -Außenarbeitsgruppen- § 219 I 4-6 SGB IX -gB- HBG 3

Produkt 314-201 Leistungen zur Beschäftigung § 111 SGB IX

Landkreis Hildesheim

314-201-0001-11-04	L. f. WfbM -Außenarbeitsgruppen- § 219 I 4-6 SGB IX -gB- HBG 4
314-201-0001-11-05	L. f. WfbM -Außenarbeitsgruppen- § 219 I 4-6 SGB IX -gB- HBG 5
314-201-0001-12	L. f. WfbM -Außenarbeitsgruppen- § 219 I 4-6 SGB IX -sB-
314-201-0001-12-01	L. f. WfbM -Außenarbeitsgruppen- § 219 I 4-6 SGB IX -sB- HBG 1
314-201-0001-12-02	L. f. WfbM -Außenarbeitsgruppen- § 219 I 4-6 SGB IX -sB- HBG 2
314-201-0001-12-03	L. f. WfbM -Außenarbeitsgruppen- § 219 I 4-6 SGB IX -sB- HBG 3
314-201-0001-12-04	L. f. WfbM -Außenarbeitsgruppen- § 219 I 4-6 SGB IX -sB- HBG 4
314-201-0001-12-05	L. f. WfbM -Außenarbeitsgruppen- § 219 I 4-6 SGB IX -sB- HBG 5
314-201-0002	L. bei aLa § 111 I Nr. 2 i.V.m. §§ 60, 62 SGB IX
314-201-0002-01	L. bei aLA § 111 I Nr. 2 i.V.m. §§ 60, 62 SGB IX -kB-
314-201-0002-01-01	L. bei aLA § 111 I Nr. 2 i.V.m. §§ 60, 62 SGB IX -kB- HBG 1
314-201-0002-01-02	L. bei aLA § 111 I Nr. 2 i.V.m. §§ 60, 62 SGB IX -kB- HBG 2
314-201-0002-01-03	L. bei aLA § 111 I Nr. 2 i.V.m. §§ 60, 62 SGB IX -kB- HBG 3
314-201-0002-01-04	L. bei aLA § 111 I Nr. 2 i.V.m. §§ 60, 62 SGB IX -kB- HBG 4
314-201-0002-01-05	L. bei aLA § 111 I Nr. 2 i.V.m. §§ 60, 62 SGB IX -kB- HBG 5
314-201-0002-02	L. bei aLA § 111 I Nr. 2 i.V.m. §§ 60, 62 SGB IX -gB-
314-201-0002-02-01	L. bei aLA § 111 I Nr. 2 i.V.m. §§ 60, 62 SGB IX -gB- HBG 1
314-201-0002-02-02	L. bei aLA § 111 I Nr. 2 i.V.m. §§ 60, 62 SGB IX -gB- HBG 2
314-201-0002-02-03	L. bei aLA § 111 I Nr. 2 i.V.m. §§ 60, 62 SGB IX -gB- HBG 3
314-201-0002-02-04	L. bei aLA § 111 I Nr. 2 i.V.m. §§ 60, 62 SGB IX -gB- HBG 4
314-201-0002-02-05	L. bei aLA § 111 I Nr. 2 i.V.m. §§ 60, 62 SGB IX -gB- HBG 5
314-201-0002-03	L. bei aLA § 111 I Nr. 2 i.V.m. §§ 60, 62 SGB IX -sB-
314-201-0002-03-01	L. bei aLA § 111 I Nr. 2 i.V.m. §§ 60, 62 SGB IX -sB- HBG 1
314-201-0002-03-02	L. bei aLA § 111 I Nr. 2 i.V.m. §§ 60, 62 SGB IX -sB- HBG 2
314-201-0002-03-03	L. bei aLA § 111 I Nr. 2 i.V.m. §§ 60, 62 SGB IX -sB- HBG 3
314-201-0002-03-04	L. bei aLA § 111 I Nr. 2 i.V.m. §§ 60, 62 SGB IX -sB- HBG 4
314-201-0002-03-05	L. bei aLA § 111 I Nr. 2 i.V.m. §§ 60, 62 SGB IX -sB- HBG 5
314-201-0002-04	L. f. aLA -befristet ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 1 SGB IX -kB-
314-201-0002-04-01	L. f. aLA -befristet ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 1 SGB IX -kB- HBG 1
314-201-0002-04-02	L. f. aLA -befristet ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 1 SGB IX -kB- HBG 2
314-201-0002-04-03	L. f. aLA -befristet ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 1 SGB IX -kB- HBG 3
314-201-0002-04-04	L. f. aLA -befristet ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 1 SGB IX -kB- HBG 4
314-201-0002-04-05	L. f. aLA -befristet ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 1 SGB IX -kB- HBG 5
314-201-0002-05	L. f. aLA -befristet ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 1 SGB IX -gB-
314-201-0002-05-01	L. f. aLA -befristet ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 1 SGB IX -gB- HBG 1
314-201-0002-05-02	L. f. aLA -befristet ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 1 SGB IX -gB- HBG 2
314-201-0002-05-03	L. f. aLA -befristet ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 1 SGB IX -gB- HBG 3
314-201-0002-05-04	L. f. aLA -befristet ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 1 SGB IX -gB- HBG 4
314-201-0002-05-05	L. f. aLA -befristet ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 1 SGB IX -gB- HBG 5
314-201-0002-06	L. f. aLA -befristet ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 1 SGB IX -sB-
314-201-0002-06-01	L. f. aLA -befristet ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 1 SGB IX -sB- HBG 1
314-201-0002-06-02	L. f. aLA -befristet ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 1 SGB IX -sB- HBG 2
314-201-0002-06-03	L. f. aLA -befristet ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 1 SGB IX -sB- HBG 3
314-201-0002-06-04	L. f. aLA -befristet ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 1 SGB IX -sB- HBG 4
314-201-0002-06-05	L. f. aLA -befristet ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 1 SGB IX -sB- HBG 5
314-201-0002-07	L. f. aLA -dauerhaft ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 2 SGB IX -kB-
314-201-0002-07-01	L. f. aLA -dauerhaft ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 2 SGB IX -kB- HBG 1
314-201-0002-07-02	L. f. aLA -dauerhaft ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 2 SGB IX -kB- HBG 2
314-201-0002-07-03	L. f. aLA -dauerhaft ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 2 SGB IX -kB- HBG 3
314-201-0002-07-04	L. f. aLA -dauerhaft ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 2 SGB IX -kB- HBG 4

Produkt 314-201 Leistungen zur Beschäftigung § 111 SGB IX

Landkreis Hildesheim

	314-201-0002-07-05	L. f. aLA -dauerhaft ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 2 SGB IX -kB- HBG 5
	314-201-0002-08	L. f. aLA -dauerhaft ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 2 SGB IX -gB-
	314-201-0002-08-01	L. f. aLA -dauerhaft ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 2 SGB IX -gB- HBG 1
	314-201-0002-08-02	L. f. aLA -dauerhaft ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 2 SGB IX -gB- HBG 2
	314-201-0002-08-03	L. f. aLA -dauerhaft ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 2 SGB IX -gB- HBG 3
	314-201-0002-08-04	L. f. aLA -dauerhaft ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 2 SGB IX -gB- HBG 4
	314-201-0002-08-05	L. f. aLA -dauerhaft ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 2 SGB IX -gB- HBG 5
	314-201-0002-09	L. f. aLA -dauerhaft ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 2 SGB IX -sB-
	314-201-0002-09-01	L. f. aLA -dauerhaft ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 2 SGB IX -sB- HBG 1
	314-201-0002-09-02	L. f. aLA -dauerhaft ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 2 SGB IX -sB- HBG 2
	314-201-0002-09-03	L. f. aLA -dauerhaft ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 2 SGB IX -sB- HBG 3
	314-201-0002-09-04	L. f. aLA -dauerhaft ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 2 SGB IX -sB- HBG 4
	314-201-0002-09-05	L. f. aLA -dauerhaft ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 2 SGB IX -sB- HBG 5
	314-201-0002-10	L. f. aLa -Außenarbeitsgruppen- § 219 I 4-6 SGB IX -kB-
	314-201-0002-10-01	L. f. aLa -Außenarbeitsgruppen- § 219 I 4-6 SGB IX -kB- HBG 1
	314-201-0002-10-02	L. f. aLa -Außenarbeitsgruppen- § 219 I 4-6 SGB IX -kB- HBG 2
	314-201-0002-10-03	L. f. aLa -Außenarbeitsgruppen- § 219 I 4-6 SGB IX -kB- HBG 3
	314-201-0002-10-04	L. f. aLa -Außenarbeitsgruppen- § 219 I 4-6 SGB IX -kB- HBG 4
	314-201-0002-10-05	L. f. aLa -Außenarbeitsgruppen- § 219 I 4-6 SGB IX -kB- HBG 5
	314-201-0002-11	L. f. aLa -Außenarbeitsgruppen- § 219 I 4-6 SGB IX -gB-
	314-201-0002-11-01	L. f. aLa -Außenarbeitsgruppen- § 219 I 4-6 SGB IX -gB- HBG 1
	314-201-0002-11-02	L. f. aLa -Außenarbeitsgruppen- § 219 I 4-6 SGB IX -gB- HBG 2
	314-201-0002-11-03	L. f. aLa -Außenarbeitsgruppen- § 219 I 4-6 SGB IX -gB- HBG 3
	314-201-0002-11-04	L. f. aLa -Außenarbeitsgruppen- § 219 I 4-6 SGB IX -gB- HBG 4
	314-201-0002-11-05	L. f. aLa -Außenarbeitsgruppen- § 219 I 4-6 SGB IX -gB- HBG 5
	314-201-0002-12	L. f. aLa -Außenarbeitsgruppen- § 219 I 4-6 SGB IX -sB-
	314-201-0002-12-01	L. f. aLa -Außenarbeitsgruppen- § 219 I 4-6 SGB IX -sB- HBG 1
	314-201-0002-12-02	L. f. aLa -Außenarbeitsgruppen- § 219 I 4-6 SGB IX -sB- HBG 2
	314-201-0002-12-03	L. f. aLa -Außenarbeitsgruppen- § 219 I 4-6 SGB IX -sB- HBG 3
	314-201-0002-12-04	L. f. aLa -Außenarbeitsgruppen- § 219 I 4-6 SGB IX -sB- HBG 4
	314-201-0002-12-05	L. f. aLa -Außenarbeitsgruppen- § 219 I 4-6 SGB IX -sB- HBG 5
	314-201-0003	L. f. Budget für Arbeit § 111 I Nr. 3 i.V.m. § 61 SGB IX
	314-201-0004	L. f. Budget für Ausbildung § 111 I Nr. 4 i.V.m. § 61a SGB IX

Teilergebnishaushalt Produkt 314-201 Leistungen zur Beschäftigung § 111 SGB IX

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.04	+ sonstige Transfererträge	28.473,16	15.000,00	15.000,00			
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**28.473,16**	**15.000,00**	**15.000,00**			
02.06	- Transferaufwendungen	13.809.293,45	15.146.200,00	16.181.600,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**13.809.293,45**	**15.146.200,00**	**16.181.600,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-13.780.820,29**	**-15.131.200,00**	**-16.166.600,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-13.780.820,29**	**-15.131.200,00**	**-16.166.600,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-13.780.820,29**	**-15.131.200,00**	**-16.166.600,00**			

Produkt 314-301 Leistungen zur Teilhabe an Bildung § 112 SGB IX

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	31	Soziale Hilfen
Produktgruppe	314	Eingliederungshilfe nach dem SGB IX
Produkt	314-301	Leistungen zur Teilhabe an Bildung § 112 SGB IX

Teilhaushalt Dezernat 4 - Soziales und Integration

Verantwortlich Amt 402 - Maik Hoffmann

Kurzbeschreibung

Aufgabe der Teilhabe an Bildung ist es, Leistungsberechtigten eine ihren Fähigkeiten und Leistungen entsprechende Schulbildung und schulische und hochschulische Aus- und Weiterbildung für einen Beruf zur Förderung ihrer Teilhabe am Leben in der Gesellschaft zu ermöglichen.
Für die Stellenanteile, siehe Produktgruppe 314.

Folgende Anträge:
Vereinfachter Grundantrag für Kinder, bei Leistungen für ein Studium der Grundantrag Eingliederungshilfe für Erwachsene
mit dem Zusatzblatz Einkommen/Vermögen (114 Tage)

Zielgruppe

intern: ---
extern: Personen, die durch eine Behinderung im Sinne von § 2 Abs.1 Satz1 des Neunten Sozialgesetzbuches wesentlich in ihrer Fähigkeit, an der Gesellschaft teilzuhaben, eingeschränkt oder von einer solchen wesentlichen Behinderung bedroht sind, erhalten Leistungen der Eingliederungshilfe. Personen mit einer anderen körperlichen, geistigen oder seelischen Behinderung können Leistungen der Eingliederungshilfe erhalten. Leistungen zur Teilhabe an Bildung werden an jene Personen aus dieser Gruppe erbracht, die im Rahmen der allgemeinen Schulbildung, Hochschulbildung, schulischen Ausbildung oder Weiterbildung Einschränkungen in ihrer Teilhabe erfahren.

Kategorie Pflichtaufgabe

Aufgabenzuordnung übertragener Wirkungskreis

Auftragsgrundlage § 99 i.V.m. § 112 SGB IX

Leistungen

314-301	Leistungen zur Teilhabe an Bildung § 112 SGB IX
314-301-0001	L. zur Teilhabe an Bildung § 112 I Nr. 1 SGB IX
314-301-0001-01	Hilfen an Schulen in staatlicher Trägerschaft
314-301-0001-01-01	Schulassistenz in Regelschulen - staatlicher Träger
314-301-0001-01-02	Schulassistenz in Regelschulen - staatlicher Träger (Arbeitgebermodell)
314-301-0001-01-03	Schulassistenz in Förderschulen - staatlicher Träger
314-301-0001-01-04	Schulassistenz in Förderschulen - staatlicher Träger (Arbeitgebermodell)
314-301-0001-02	Hilfen an Schulen in freier Trägerschaft
314-301-0001-02-01	L. (inkl. Schulassistenz) an Schulen - freier Träger
314-301-0001-02-02	L. (inkl. Schulassistenz) an Schulen - freier Träger (Arbeitgebermodell)
314-301-0001-02-03	L. (inkl. Schulassistenz) an Förderschulen - freier Träger
314-301-0001-02-04	L. (inkl. Schulassistenz) an Förderschulen - freier Träger (Arbeitgebermodell)
314-301-0001-03	Hilfen in Tagesbildungsstätten
314-301-0001-03-01	Hilfen in Tagesbildungsstätten - HBG 1 (Regelfall)

Produkt 314-301 Leistungen zur Teilhabe an Bildung § 112 SGB IX

Landkreis Hildesheim

	314-301-0001-03-02	Hilfen in Tagesbildungsstätten - HBG 2 (frühkindlicher Autismus)
	314-301-0001-04	Sonstige Hilfen zur Teilhabe an Bildung
	314-301-0001-04-01	Sonstige Hilfen zur Teilhabe an Bildung an minderjährige LB
	314-301-0001-04-02	Sonstige Hilfen zur Teilhabe an Bildung an volljährige LB
	314-301-0001-04-03	Sonstige Hilfen zur TaB an minderjährige LB mit KVI § 134 III SGB IX
	314-301-0001-04-04	Sonstige Hilfen zur TaB an volljährige LB mit KVI § 134 IV SGB IX
	314-301-0002	L. zur hoch-/schulischen Berufsbild. § 112 I Nr. 2 SGB IX
	314-301-0002-01	L. zur hoch-/schulischen Berufsbild. § 112 I Nr. 2 SGB IX
	314-301-0002-02	L. zur hoch-/schulischen Berufsbild. an LB mit KVI § 134 IV SGB IX

Teilergebnishaushalt Produkt 314-301 Leistungen zur Teilhabe an Bildung § 112 SGB IX

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.04	+ sonstige Transfererträge	323.964,86	192.000,00	210.000,00			
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**323.964,86**	**192.000,00**	**210.000,00**			
02.06	- Transferaufwendungen	12.646.367,28	12.362.100,00	15.368.200,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**12.646.367,28**	**12.362.100,00**	**15.368.200,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-12.322.402,42**	**-12.170.100,00**	**-15.158.200,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-12.322.402,42**	**-12.170.100,00**	**-15.158.200,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-12.322.402,42**	**-12.170.100,00**	**-15.158.200,00**			

Produkt 314-401 Leistungen für Wohnraum § 113 Abs. 2 Nr. 1 i.V.m. § 77 SGB IX

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	31	Soziale Hilfen
Produktgruppe	314	Eingliederungshilfe nach dem SGB IX
Produkt	314-401	Leistungen für Wohnraum § 113 Abs. 2 Nr. 1 i.V.m. § 77 SGB IX

Teilhaushalt	Dezernat 4 - Soziales, Integration und Gesundheit
Verantwortlich	Amt 402 - Maik Hoffmann
Kurzbeschreibung	Leistungen für Wohnraum werden erbracht, um Leistungsberechtigten zu Wohnraum zu verhelfen, der zur Führung eines möglichst selbstbestimmten, eigenverantwortlichen Lebens geeignet ist. Die Leistungen umfassen Leistungen für die Beschaffung, den Umbau, die Ausstattung und die Erhaltung von Wohnraum, der den besonderen Bedürfnissen von Menschen mit Behinderungen entspricht. Für die Stellenanteile, siehe Produktgruppe 314. Folgende Anträge: Grundantrag Eingliederungshilfe für Erwachsene mit Zusatzblatt Einkommen/Vermögen sowie der vereinfachte Grundantrag für Kinder (114 Tage)
Zielgruppe	intern: --- extern: Personen, die durch eine Behinderung im Sinne von § 2 Abs.1 Satz1 des Neunten Sozialgesetzbuches wesentlich in ihrer Fähigkeit, an der Gesellschaft teilzuhaben, eingeschränkt oder von einer solchen wesentlichen Behinderung bedroht sind, erhalten Leistungen der Eingliederungshilfe. Personen mit einer anderen körperlichen, geistigen oder seelischen Behinderung können Leistungen der Eingliederungshilfe erhalten.
Kategorie	Pflichtaufgabe
Aufgabenzuordnung	übertragener Wirkungskreis
Auftragsgrundlage	§ 99 i.V.m. § 113 SGB IX

Leistungen	314-401	Leistungen für Wohnraum § 113 II Nr. 1 i.V.m. § 77 SGB IX
	314-401-0001	Leistungen für Wohnraum § 77 I SGB IX
	314-401-0001-01	L. für Wohnraum § 77 I SGB IX - eigene Wohnung
	314-401-0001-02	L. für Wohnraum § 77 I SGB IX - besondere Wohnform
	314-401-0001-03	L. für Wohnraum § 77 I SGB IX - Wohngemeinschaft
	314-401-0002	L. oberhalb der Angemessenheitsgrenze § 77 II SGB IX
	314-401-0002-01	L. oberhalb der Angemessenheitsgrenze § 77 II SGB IX - eigene Wohnung
	314-401-0002-02	L. oberhalb der Angemessenheitsgrenze § 77 II SGB IX - besondere Wohnform
	314-401-0002-03	L. oberhalb der Angemessenheitsgrenze § 77 II SGB IX - Wohngemeinschaft

Teilergebnishaushalt Produkt 314-401 Leistungen für Wohnraum § 113 Abs. 2 Nr. 1 i.V.m. § 77 SGB IX

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
02.06	- Transferaufwendungen		35.000,00	35.000,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**		**35.000,00**	**35.000,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**		**-35.000,00**	**-35.000,00**			
05.	**= Jahresergebnis**		**-35.000,00**	**-35.000,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**		**-35.000,00**	**-35.000,00**			

Produkt 314-501 Assistenzleistungen § 113 Abs. 2 Nr. 2 i.V.m. § 78 SGB IX

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	31	Soziale Hilfen
Produktgruppe	314	Eingliederungshilfe nach dem SGB IX
Produkt	314-501	Assistenzleistungen § 113 Abs. 2 Nr. 2 i.V.m. § 78 SGB IX

Teilhaushalt Dezernat 4 - Soziales, Integration und Gesundheit

Verantwortlich Amt 402 - Maik Hoffmann

Kurzbeschreibung

Zur selbstbestimmten und eigenständigen Bewältigung des Alltages einschließlich der Tagesstrukturierung werden Leistungen für Assistenz erbracht. Sie umfassen insbesondere Leistungen für die allgemeinen Erledigungen des Alltags wie die Haushaltsführung, die Gestaltung sozialer Beziehungen, die persönliche Lebensplanung, die Teilhabe am gemeinschaftlichen und kulturellen Leben, die Freizeitgestaltung einschließlich sportlicher Aktivitäten sowie die Sicherstellung der Wirksamkeit der ärztlichen und ärztlich verordneten Leistungen. Sie beinhalten die Verständigung mit der Umwelt in diesen Bereichen.
Für die Stellenanteile, siehe Produktgruppe 314.

Folgende Anträge:
Grundantrag Eingliederungshilfe für Erwachsene mit Zusatzblatt Einkommen/Vermögen sowie der vereinfachte Grundantrag für Kinder(114 Tage)

Zielgruppe

intern: ---
extern: Personen, die durch eine Behinderung im Sinne von § 2 Abs.1 Satz1 des Neunten Sozialgesetzbuches wesentlich in ihrer Fähigkeit, an der Gesellschaft teilzuhaben, eingeschränkt oder von einer solchen wesentlichen Behinderung bedroht sind, erhalten Leistungen der Eingliederungshilfe. Personen mit einer anderen körperlichen, geistigen oder seelischen Behinderung können Leistungen der Eingliederungshilfe erhalten.

Kategorie Pflichtaufgabe

Aufgabenzuordnung übertragener Wirkungskreis

Auftragsgrundlage § 99 i.V.m. § 113 SGB IX

Leistungen

314-501	Assistenzleistungen § 113 II Nr. 2 i.V.m. § 78 SGB IX
314-501-0001	E-AL § 113 II Nr. 2 i.V.m. § 78 II Nr. 1 SGB IX
314-501-0001-01	E-AL § 113 II Nr. 2 i.V.m. § 78 II Nr. 1 SGB IX -kB-
314-501-0001-01-01	E-AL § 113 II Nr. 2 i.V.m. § 78 II Nr. 1 SGB IX -kB- HBG 1
314-501-0001-01-02	E-AL § 113 II Nr. 2 i.V.m. § 78 II Nr. 1 SGB IX -kB- HBG 2
314-501-0001-01-03	E-AL § 113 II Nr. 2 i.V.m. § 78 II Nr. 1 SGB IX -kB- HBG 3
314-501-0001-01-04	E-AL § 113 II Nr. 2 i.V.m. § 78 II Nr. 1 SGB IX -kB- HBG 4
314-501-0001-01-05	E-AL § 113 II Nr. 2 i.V.m. § 78 II Nr. 1 SGB IX -kB- HBG 5
314-501-0001-01-06	E-AL § 113 II Nr. 2 i.V.m. § 78 II Nr. 1 SGB IX -kB- ehem. amb. oder o. HBG
314-501-0001-02	E-AL § 113 II Nr. 2 i.V.m. § 78 II Nr. 1 SGB IX -gB-
314-501-0001-02-01	E-AL § 113 II Nr. 2 i.V.m. § 78 II Nr. 1 SGB IX -gB- HBG 1
314-501-0001-02-02	E-AL § 113 II Nr. 2 i.V.m. § 78 II Nr. 1 SGB IX -gB- HBG 2
314-501-0001-02-03	E-AL § 113 II Nr. 2 i.V.m. § 78 II Nr. 1 SGB IX -gB- HBG 3
314-501-0001-02-04	E-AL § 113 II Nr. 2 i.V.m. § 78 II Nr. 1 SGB IX -gB- HBG 4
314-501-0001-02-05	E-AL § 113 II Nr. 2 i.V.m. § 78 II Nr. 1 SGB IX -gB- HBG 5

Produkt 314-501 Assistenzleistungen § 113 Abs. 2 Nr. 2 i.V.m. § 78 SGB IX

Landkreis Hildesheim

314-501-0001-02-06	E-AL § 113 II Nr. 2 i.V.m. § 78 II Nr. 1 SGB IX -gB- ehem. amb. oder o. HBG
314-501-0001-03	E-AL § 113 II Nr. 2 i.V.m. § 78 II Nr. 1 SGB IX -sB-
314-501-0001-03-01	E-AL § 113 II Nr. 2 i.V.m. § 78 II Nr. 1 SGB IX -sB- HBG 1
314-501-0001-03-02	E-AL § 113 II Nr. 2 i.V.m. § 78 II Nr. 1 SGB IX -sB- HBG 2
314-501-0001-03-03	E-AL § 113 II Nr. 2 i.V.m. § 78 II Nr. 1 SGB IX -sB- HBG 3
314-501-0001-03-06	E-AL § 113 II Nr. 2 i.V.m. § 78 II Nr. 1 SGB IX -sB- ehem. amb. oder o. HBG
314-501-0001-04	E-AL § 113 II Nr. 2 i.V.m. § 78 II Nr. 1 SGB IX -suchtgB-
314-501-0001-05	E-AL an minderjährige LB mit KVI § 134 III SGB IX -kB-
314-501-0001-05-01	E-AL an minderjährige LB mit KVI § 134 III SGB IX -kB- HBG 1
314-501-0001-05-02	E-AL an minderjährige LB mit KVI § 134 III SGB IX -kB- HBG 2
314-501-0001-05-03	E-AL an minderjährige LB mit KVI § 134 III SGB IX -kB- HBG 3
314-501-0001-05-04	E-AL an minderjährige LB mit KVI § 134 III SGB IX -kB- HBG 4
314-501-0001-05-05	E-AL an minderjährige LB mit KVI § 134 III SGB IX -kB- HBG 5
314-501-0001-05-06	E-AL an minderjährige LB mit KVI § 134 III SGB IX -kB- o. HBG
314-501-0001-06	E-AL an minderjährige LB mit KVI § 134 III SGB IX -gB-
314-501-0001-06-01	E-AL an minderjährige LB mit KVI § 134 III SGB IX -gB- HBG 1
314-501-0001-06-02	E-AL an minderjährige LB mit KVI § 134 III SGB IX -gB- HBG 2
314-501-0001-06-03	E-AL an minderjährige LB mit KVI § 134 III SGB IX -gB- HBG 3
314-501-0001-06-04	E-AL an minderjährige LB mit KVI § 134 III SGB IX -gB- HBG 4
314-501-0001-06-05	E-AL an minderjährige LB mit KVI § 134 III SGB IX -gB- HBG 5
314-501-0001-06-06	E-AL an minderjährige LB mit KVI § 134 III SGB IX -gB- o. HBG
314-501-0002	Q-AL § 113 II Nr. 2 i.V.m. § 78 II Nr. 2 SGB IX
314-501-0002-01	Q-AL § 113 II Nr. 2 i.V.m. § 78 II Nr. 2 SGB IX -kB-
314-501-0002-01-01	Q-AL § 113 II Nr. 2 i.V.m. § 78 II Nr. 2 SGB IX -kB- HBG 1
314-501-0002-01-02	Q-AL § 113 II Nr. 2 i.V.m. § 78 II Nr. 2 SGB IX -kB- HBG 2
314-501-0002-01-03	Q-AL § 113 II Nr. 2 i.V.m. § 78 II Nr. 2 SGB IX -kB- HBG 3
314-501-0002-01-04	Q-AL § 113 II Nr. 2 i.V.m. § 78 II Nr. 2 SGB IX -kB- HBG 4
314-501-0002-01-05	Q-AL § 113 II Nr. 2 i.V.m. § 78 II Nr. 2 SGB IX -kB- HBG 5
314-501-0002-01-06	Q-AL § 113 II Nr. 2 i.V.m. § 78 II Nr. 2 SGB IX -kB- ehem. amb. oder o. HBG
314-501-0002-02	Q-AL § 113 II Nr. 2 i.V.m. § 78 II Nr. 2 SGB IX -gB-
314-501-0002-02-01	Q-AL § 113 II Nr. 2 i.V.m. § 78 II Nr. 2 SGB IX -gB- HBG 1
314-501-0002-02-02	Q-AL § 113 II Nr. 2 i.V.m. § 78 II Nr. 2 SGB IX -gB- HBG 2
314-501-0002-02-03	Q-AL § 113 II Nr. 2 i.V.m. § 78 II Nr. 2 SGB IX -gB- HBG 3
314-501-0002-02-04	Q-AL § 113 II Nr. 2 i.V.m. § 78 II Nr. 2 SGB IX -gB- HBG 4
314-501-0002-02-05	Q-AL § 113 II Nr. 2 i.V.m. § 78 II Nr. 2 SGB IX -gB- HBG 5
314-501-0002-02-06	Q-AL § 113 II Nr. 2 i.V.m. § 78 II Nr. 2 SGB IX -gB- ehem. amb. oder o. HBG
314-501-0002-02-07	Q-AL § 113 II Nr. 2 i.V.m. § 78 II Nr. 2 SGB IX -gB- ehem. 2.2.2.2
314-501-0002-03	Q-AL § 113 II Nr. 2 i.V.m. § 78 II Nr. 2 SGB IX -sB-
314-501-0002-03-01	Q-AL § 113 II Nr. 2 i.V.m. § 78 II Nr. 2 SGB IX -sB- HBG 1
314-501-0002-03-02	Q-AL § 113 II Nr. 2 i.V.m. § 78 II Nr. 2 SGB IX -sB- HBG 1
314-501-0002-03-03	Q-AL § 113 II Nr. 2 i.V.m. § 78 II Nr. 2 SGB IX -sB- HBG 1
314-501-0002-03-06	Q-AL § 113 II Nr. 2 i.V.m. § 78 II Nr. 2 SGB IX -sB- ehem. amb. oder o. HBG
314-501-0002-04	Q-AL § 113 II Nr. 2 i.V.m. § 78 II Nr. 2 SGB IX -suchtgB-
314-501-0002-05	Q-AL an minderjährige LB mit KVI § 134 III SGB IX -kB-
314-501-0002-05-01	Q-AL an minderjährige LB mit KVI § 134 III SGB IX -kB- HBG 1
314-501-0002-05-02	Q-AL an minderjährige LB mit KVI § 134 III SGB IX -kB- HBG 2
314-501-0002-05-03	Q-AL an minderjährige LB mit KVI § 134 III SGB IX -kB- HBG 3
314-501-0002-05-04	Q-AL an minderjährige LB mit KVI § 134 III SGB IX -kB- HBG 4
314-501-0002-05-05	Q-AL an minderjährige LB mit KVI § 134 III SGB IX -kB- HBG 5
314-501-0002-05-06	Q-AL an minderjährige LB mit KVI § 134 III SGB IX -kB- o. HBG

Produkt 314-501 Assistenzleistungen § 113 Abs. 2 Nr. 2 i.V.m. § 78 SGB IX

Landkreis Hildesheim

	314-501-0002-06	Q-AL an minderjährige LB mit KVI § 134 III SGB IX -gB-
	314-501-0002-06-01	Q-AL an minderjährige LB mit KVI § 134 III SGB IX -gB- HBG 1
	314-501-0002-06-02	Q-AL an minderjährige LB mit KVI § 134 III SGB IX -gB- HBG 2
	314-501-0002-06-03	Q-AL an minderjährige LB mit KVI § 134 III SGB IX -gB- HBG 3
	314-501-0002-06-04	Q-AL an minderjährige LB mit KVI § 134 III SGB IX -gB- HBG 4
	314-501-0002-06-05	Q-AL an minderjährige LB mit KVI § 134 III SGB IX -gB- HBG 5
	314-501-0002-06-06	Q-AL an minderjährige LB mit KVI § 134 III SGB IX -gB- o. HBG
	314-501-0002-06-07	Q-AL an minderjährige LB mit KVI § 134 III SGB IX -gB- ehem. 2.2.2.2
	314-501-0003	AL § 113 II Nr. 2 i.V.m. § 78 III SGB IX - Mütter und Väter mit Behinderung
	314-501-0003-01	E-AL § 113 II Nr. 2 i.V.m. § 78 III SGB IX - Mütter und Väter mit Behinderung
	314-501-0003-02	Q-AL § 113 II Nr. 2 i.V.m. § 78 III SGB IX - Mütter und Väter mit Behinderung
	314-501-0004	Fahrkosten u.a. § 113 II Nr. 2 i.V.m. § 78 IV SGB IX
	314-501-0005	Ehrenamt § 113 II Nr. 2 i.V.m. § 78 V SGB IX
	314-501-0006	Leistungen zur Erreichbarkeit § 113 II Nr. 2 i.V.m. § 78 VI SGB IX

Teilergebnishaushalt Produkt 314-501 Assistenzleistungen § 113 Abs. 2 Nr. 2 i.V.m. § 78 SGB IX

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.04	+ sonstige Transfererträge	1.360.564,33	1.403.000,00	1.433.000,00			
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**1.360.564,33**	**1.403.000,00**	**1.433.000,00**			
02.04	- Abschreibungen	0,99					
02.06	- Transferaufwendungen	28.788.523,28	29.406.800,00	32.442.700,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**28.788.524,27**	**29.406.800,00**	**32.442.700,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-27.427.959,94**	**-28.003.800,00**	**-31.009.700,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-27.427.959,94**	**-28.003.800,00**	**-31.009.700,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-27.427.959,94**	**-28.003.800,00**	**-31.009.700,00**			

Produkt 314-601 Heilpädagogische Leistungen § 113 Abs. 2 Nr. 3 i.V.m. § 79 SGB IX

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	31	Soziale Hilfen
Produktgruppe	314	Eingliederungshilfe nach dem SGB IX
Produkt	314-601	Heilpädagogische Leistungen § 113 Abs. 2 Nr. 3 i.V.m. § 79 SGB IX

Teilhaushalt Dezernat 4 - Soziales, Integration und Gesundheit

Verantwortlich Amt 402 - Maik Hoffmann

Kurzbeschreibung

Heilpädagogische Leistungen werden an noch nicht eingeschulte Kinder erbracht, wenn nach fachlicher Erkenntnis zu erwarten ist, dass hierdurch ...
1. eine drohende Behinderung abgewendet oder der fortschreitende Verlauf einer Behinderung verlangsamt wird oder
2. die Folgen einer Behinderung beseitigt oder gemildert werden können.
Heilpädagogische Leistungen werden immer an schwerstbehinderte und schwerstmehrfachbehinderte Kinder, die noch nicht eingeschult sind, erbracht. Sie umfassen alle Maßnahmen, die zur Entwicklung des Kindes und zur Entfaltung seiner Persönlichkeit beitragen, einschließlich der jeweils erforderlichen nichtärztlichen therapeutischen, psychologischen, sonderpädagogischen, psychosozialen Leistungen und der Beratung der Erziehungsberechtigten, soweit die Leistungen nicht von § 46 Absatz 1 SGB IX erfasst sind.
Für die Stellenanteile, siehe Produktgruppe 314.

Folgende Anträge:
Vereinfachter Grundantrag für Kinder

Zielgruppe

intern: ---
extern: Personen, die durch eine Behinderung im Sinne von § 2 Abs.1 Satz1 des Neunten Sozialgesetzbuches wesentlich in ihrer Fähigkeit, an der Gesellschaft teilzuhaben, eingeschränkt oder von einer solchen wesentlichen Behinderung bedroht sind, erhalten Leistungen der Eingliederungshilfe. Personen mit einer anderen körperlichen, geistigen oder seelischen Behinderung können Leistungen der Eingliederungshilfe erhalten.

Kategorie Pflichtaufgabe

Aufgabenzuordnung eigener Wirkungskreis

Auftragsgrundlage § 99 i.V.m. § 113 SGB IX

Leistungen	314-601	Heilpädagogische Leistungen § 113 II Nr. 3 i.V.m. § 79 SGB IX
	314-601-0001	Frühförderung
	314-601-0002	Leistungen in Krippen
	314-601-0003	Sonderkindergärten
	314-601-0003-01	L. in Sonderkindergärten für sprach- und hörgeschädigte Kinder
	314-601-0003-02	L. in Sonderkindergärten für körperbehinderte Kinder
	314-601-0003-03	L. in Sonderkindergärten für sehbehinderte Kinder
	314-601-0003-04	L. in anderen Sonderkindergärten -gB- HBG 1 (Regelfall)
	314-601-0003-05	L. in anderen Sonderkindergärten -gB- HBG 2 (frühkindlicher Autismus)
	314-601-0004	Regelkindergärten
	314-601-0004-01	L. in Regelkindergärten -integrativen Gruppen- Personalkostenanteil
	314-601-0004-02	L. in Regelkindergärten -integrativen Gruppen- Sachkostenpauschale
	314-601-0004-03	L. in Regelkindergärten -Einzelintegration-

Produkt 314-601 Heilpädagogische Leistungen § 113 Abs. 2 Nr. 3 i.V.m. § 79 SGB IX

Landkreis Hildesheim

	314-601-0005	Sonstige heilpädagogische Leistungen
	314-601-0005-01	sonstige heilpädagogische Leistungen
	314-601-0005-02	sonstige heilpädagogische L. an minderjährige LB mit KIV § 134 III SGB IX

Teilergebnishaushalt Produkt 314-601 Heilpädagogische Leistungen § 113 Abs. 2 Nr. 3 i.V.m. § 79 SGB IX

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.04	+ sonstige Transfererträge	301.735,27	125.000,00	151.200,00			
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**301.735,27**	**125.000,00**	**151.200,00**			
02.04	- Abschreibungen	4,46					
02.06	- Transferaufwendungen	11.505.106,63	12.742.900,00	13.939.000,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**11.505.111,09**	**12.742.900,00**	**13.939.000,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-11.203.375,82**	**-12.617.900,00**	**-13.787.800,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-11.203.375,82**	**-12.617.900,00**	**-13.787.800,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-11.203.375,82**	**-12.617.900,00**	**-13.787.800,00**			

Produkt 314-701 Kenntnisse und Fähigkeiten / Förderung Verständigung / Mobilität

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	31	Soziale Hilfen
Produktgruppe	314	Eingliederungshilfe nach dem SGB IX
Produkt	314-701	Kenntnisse und Fähigkeiten / Förderung Verständigung / Mobilität

Teilhaushalt	Dezernat 4 - Soziales, Integration und Gesundheit
Verantwortlich	Amt 402 - Maik Hoffmann
Kurzbeschreibung	Leistungen zum Erwerb und Erhalt praktischer Kenntnisse und Fähigkeiten etc. werden erbracht, um Leistungsberechtigten die für sie erreichbare Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft zu ermöglichen. Die Leistungen sind insbesondere darauf gerichtet, die Leistungsberechtigten in Fördergruppen und Schulungen oder ähnlichen Maßnahmen zur Vornahme lebenspraktischer Handlungen einschließlich hauswirtschaftlicher Tätigkeiten zu befähigen, sie auf die Teilhabe am Arbeitsleben vorzubereiten, ihre Sprache und Kommunikation zu verbessern und sie zu befähigen, sich ohne fremde Hilfe sicher im Verkehr zu bewegen. Die Leistungen umfassen auch die blindentechnische Grundausbildung. Leistungen zur Förderung der Verständigung werden erbracht, um Leistungsberechtigten mit Hör- und Sprachbehinderungen die Verständigung mit der Umwelt aus besonderem Anlass zu ermöglichen oder zu erleichtern. Die Leistungen umfassen insbesondere Hilfen durch Gebärdensprachdolmetscher und andere geeignete Kommunikationshilfen. Leistungen zur Mobilität umfassen 1. Leistungen zur Beförderung, insbesondere durch einen Beförderungsdienst und 2. Leistungen für ein Kraftfahrzeug Für die Stellenanteile, siehe Produktgruppe 314. Folgende Anträge: Grundantrag Eingliederungshilfe für Erwachsene mit Zusatzblatt Einkommen/Vermögen sowie der vereinfachte Grundantrag für Kinder (114 Tage)
Zielgruppe	intern: --- extern: Personen, die durch eine Behinderung im Sinne von § 2 Abs.1 Satz1 des Neunten Sozialgesetzbuches wesentlich in ihrer Fähigkeit, an der Gesellschaft teilzuhaben, eingeschränkt oder von einer solchen wesentlichen Behinderung bedroht sind, erhalten Leistungen der Eingliederungshilfe. Personen mit einer anderen körperlichen, geistigen oder seelischen Behinderung können Leistungen der Eingliederungshilfe erhalten.
Kategorie	Pflichtaufgabe
Aufgabenzuordnung	übertragener Wirkungskreis
Auftragsgrundlage	§ 99 i.V.m. § 113 SGB IX

Leistungen	314-701	Kenntnisse und Fähigkeiten / Förderung Verständigung / Mobilität
	314-701-0001	L. z. Erw. u. Erh. prak. KuF § 113 II Nr. 5 i.V.m. § 81 SGB IX
	314-701-0001-01	L. z. Erw. u. Erh. prak. KuF § 113 II Nr. 5 i.V.m. § 81 SGB IX -kB-
	314-701-0001-01-01	L. z. Erw. u. Erh. prak. KuF § 113 II Nr. 5 i.V.m. § 81 SGB IX -kB- HBG 1
	314-701-0001-01-02	L. z. Erw. u. Erh. prak. KuF § 113 II Nr. 5 i.V.m. § 81 SGB IX -kB- HBG 2
	314-701-0001-01-03	L. z. Erw. u. Erh. prak. KuF § 113 II Nr. 5 i.V.m. § 81 SGB IX -kB- HBG 3
	314-701-0001-01-04	L. z. Erw. u. Erh. prak. KuF § 113 II Nr. 5 i.V.m. § 81 SGB IX -kB- HBG 4
	314-701-0001-01-05	L. z. Erw. u. Erh. prak. KuF § 113 II Nr. 5 i.V.m. § 81 SGB IX -kB- HBG 5
	314-701-0001-01-06	L. z. Erw. u. Erh. prak. KuF § 113 II Nr. 5 i.V.m. § 81 SGB IX -kB- o. HBG
	314-701-0001-02	L. z. Erw. u. Erh. prak. KuF § 113 II Nr. 5 i.V.m. § 81 SGB IX -gB-

Produkt 314-701 Kenntnisse und Fähigkeiten / Förderung Verständigung / Mobilität

Landkreis Hildesheim

	314-701-0001-02-01	L. z. Erw. u. Erh. prak. KuF § 113 II Nr. 5 i.V.m. § 81 SGB IX -gB- HBG 1
	314-701-0001-02-02	L. z. Erw. u. Erh. prak. KuF § 113 II Nr. 5 i.V.m. § 81 SGB IX -gB- HBG 2
	314-701-0001-02-03	L. z. Erw. u. Erh. prak. KuF § 113 II Nr. 5 i.V.m. § 81 SGB IX -gB- HBG 3
	314-701-0001-02-04	L. z. Erw. u. Erh. prak. KuF § 113 II Nr. 5 i.V.m. § 81 SGB IX -gB- HBG 4
	314-701-0001-02-05	L. z. Erw. u. Erh. prak. KuF § 113 II Nr. 5 i.V.m. § 81 SGB IX -gB- HBG 5
	314-701-0001-02-06	L. z. Erw. u. Erh. prak. KuF § 113 II Nr. 5 i.V.m. § 81 SGB IX -gB- o. HBG
	314-701-0001-03	L. z. Erw. u. Erh. prak. KuF § 113 II Nr. 5 i.V.m. § 81 SGB IX -sB-
	314-701-0001-03-01	L. z. Erw. u. Erh. prak. KuF § 113 II Nr. 5 i.V.m. § 81 SGB IX -sB- HBG 1
	314-701-0001-03-02	L. z. Erw. u. Erh. prak. KuF § 113 II Nr. 5 i.V.m. § 81 SGB IX -sB- HBG 2
	314-701-0001-03-03	L. z. Erw. u. Erh. prak. KuF § 113 II Nr. 5 i.V.m. § 81 SGB IX -sB- HBG 3
	314-701-0001-03-04	L. z. Erw. u. Erh. prak. KuF § 113 II Nr. 5 i.V.m. § 81 SGB IX -sB- HBG 4
	314-701-0001-03-05	L. z. Erw. u. Erh. prak. KuF § 113 II Nr. 5 i.V.m. § 81 SGB IX -sB- HBG 5
	314-701-0001-03-06	L. z. Erw. u. Erh. prak. KuF § 113 II Nr. 5 i.V.m. § 81 SGB IX -sB- o. HBG
	314-701-0001-04	L. z. Erw. u. Erh. prak. KuF § 113 II Nr. 5 i.V.m. § 81 SGB IX -suchtgB-
	314-701-0002	L. zur Förderung der Verständigung § 113 II Nr. 6 i.V.m. § 82 SGB IX
	314-701-0003	L. zur Mobilität § 113 II Nr. 7 i.V.m. § 114 SGB IX
	314-701-0003-01	L. zur Mobilität § 113 II Nr. 7 i.V.m. § 114 SGB IX - KfZ
	314-701-0003-02	L. zur Mobilität § 113 II Nr. 7 i.V.m. § 114 SGB IX - ohne Kfz

Teilergebnishaushalt Produkt 314-701 Kenntnisse und Fähigkeiten / Förderung Verständigung / Mobilität

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.04	+ sonstige Transfererträge	-958,72					
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**-958,72**					
02.06	- Transferaufwendungen	9.016.722,06	9.667.100,00	9.641.600,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**9.016.722,06**	**9.667.100,00**	**9.641.600,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-9.017.680,78**	**-9.667.100,00**	**-9.641.600,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-9.017.680,78**	**-9.667.100,00**	**-9.641.600,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-9.017.680,78**	**-9.667.100,00**	**-9.641.600,00**			

Produkt 314-801 Sonstige/Weitere Leistungen zur Sozialen Teilhabe

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	31	Soziale Hilfen
Produktgruppe	314	Eingliederungshilfe nach dem SGB IX
Produkt	314-801	Sonstige/Weitere Leistungen zur Sozialen Teilhabe

Teilhaushalt Dezernat 4 - Soziales, Integration und Gesundheit

Verantwortlich Amt 402 - Maik Hoffmann

Kurzbeschreibung

Es handelt sich um dabei Leistungen zur Sozialen Teilhabe. Diese werden erbracht, um eine gleichberechtigte Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft zu ermöglichen oder zu erleichtern. Hierzu gehört, Leistungsberechtigte zu einer möglichst selbstbestimmten und eigenverantwortlichen Lebensführung im eigenen Wohnraum sowie in ihrem Sozialraum zu befähigen oder sie hierbei zu unterstützen. In diesem Produkt werden folgende Leistungen zusammengefasst:
- Leistungen zur Betreuung in einer Pflegefamilie § 113 Abs. 2 Nr. 4 i.V.m. § 80 SGB IX
- Leistungen zur Betreuung in einer Pflegefamilie § 113 Abs. 2 Nr. 4 i.V.m. § 80 SGB IX
- Hilfsmittel (Soziale Teilhabe) § 113 Abs. 2 Nr. 8 i.V.m. § 84 SGB IX
- Besuchsbeihilfen § 113 Abs. 2 Nr. 9 i.V.m. § 115 SGB IX
- Sonstige/andere Leistungen der sozialen Teilhabe § 113 Abs. 1 SGB IX
- Leistungen in besonderen Wohnformen § 113 Abs. 5 SGB IX

Für die Stellenanteile, siehe Produktgruppe 314.

Folgende Anträge:
Grundantrag Eingliederungshilfe für Erwachsene mit Zusatzblatt Einkommen/Vermögen sowie der vereinfachte Grundantrag für Kinder (114 Tage)

Zielgruppe

intern: ---
extern: Personen, die durch eine Behinderung im Sinne von § 2 Abs.1 Satz1 des Neunten Sozialgesetzbuches wesentlich in ihrer Fähigkeit, an der Gesellschaft teilzuhaben, eingeschränkt oder von einer solchen wesentlichen Behinderung bedroht sind, erhalten Leistungen der Eingliederungshilfe. Personen mit einer anderen körperlichen, geistigen oder seelischen Behinderung können Leistungen der Eingliederungshilfe erhalten.

Kategorie Pflichtaufgabe

Aufgabenzuordnung übertragener Wirkungskreis

Auftragsgrundlage § 99 i.V.m. §§ 113 und 115 SGB IX

Leistungen		
	314-801	Sonstige/Weitere Leistungen zur Sozialen Teilhabe
	314-801-0001	L. zur Betreuung in einer Pflegefamilie § 113 II Nr. 4 i.V.m. § 80 SGB IX
	314-801-0002	Hilfsmittel (Soziale Teilhabe) § 113 II Nr. 8 i.V.m. § 84 SGB IX
	314-801-0003	Besuchsbeihilfen § 113 II Nr. 9 i.V.m. § 115 SGB IX
	314-801-0004	Sonstige/andere Leistungen der sozialen Teilhabe § 113 I SGB IX
	314-801-0005	Aufwendungen für Wohnraum oberhalb der Angemessenheitsgrenze § 113 V SGB IX
	314-801-0006	Inklusionspauschale
	314-801-0007	Assistenzleistungen bei stationären Krankenhausbehandlungen § 113 Abs. 6 SGB IX
	314-801-0009	Hilfe zur Pflege als Teilhabeleistung nach § 103 SGB IX

Teilergebnishaushalt Produkt 314-801 Sonstige/Weitere Leistungen zur Sozialen Teilhabe

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	162.018,00	163.800,00	163.800,00			
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**162.018,00**	**163.800,00**	**163.800,00**			
02.06	- Transferaufwendungen	1.014.232,35	989.000,00	903.000,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	57.996,00	60.000,00	60.000,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**1.072.228,35**	**1.049.000,00**	**963.000,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-910.210,35**	**-885.200,00**	**-799.200,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-910.210,35**	**-885.200,00**	**-799.200,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-910.210,35**	**-885.200,00**	**-799.200,00**			

Produkt 314-901 Verwaltung der Eingliederungshilfe

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	31	Soziale Hilfen
Produktgruppe	314	Eingliederungshilfe nach dem SGB IX
Produkt	314-901	Verwaltung der Eingliederungshilfe

Teilhaushalt	Dezernat 4 - Soziales, Integration und Gesundheit
Verantwortlich	Amt 402 - Maik Hoffmann
Kurzbeschreibung	Zur Verwaltung der Eingliederungshilfe gehören Personal- und Sachkosten für die Aufgaben des überörtlichen Trägers und örtlichen Trägers im Einzelfall (Antragsbearbeitung einschließlich Teilhabe- und Gesamtplanverfahren, Leistungssachbearbeitung, Widerspruchs- und Klageverfahren) sowie für einzelfallübergreifende Aufgaben (Abschluss von Vereinbarungen mit Leistungsanbietern, Fachplanung, Fachcontrolling, Grundsatzsachbearbeitung, Rechts- und Fachaufsicht, Haushaltsplanung und -überwachung und allg. Leitungsaufgaben). Für die Stellenanteile, siehe Produktgruppe 314.
Zielgruppe	intern: Leistungs- und Fachteams der Eingliederungshilfe extern: - Leistungserbringer / Träger von Einrichtungen - Widerspruchs- und Klageführende - Öffentlichkeit i.w.S.
Kategorie	Pflichtaufgabe
Aufgabenzuordnung	übertragener Wirkungskreis
Auftragsgrundlage	Sozialgesetzbuch - IX. Buch / Für Vereinbarungen die §§ 123 ff. SGB IX

Leistungen	314-901	Verwaltung der Eingliederungshilfe

Teilergebnishaushalt Produkt 314-901 Verwaltung der Eingliederungshilfe

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.06	+ privatrechtliche Entgelte		100,00	100,00			
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	9.101.286,58	1.318.500,00	1.302.600,00			
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**9.101.286,58**	**1.318.600,00**	**1.302.700,00**			
02.01	- Personalaufwendungen	3.302.223,61	3.419.100,00	4.023.000,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	95.432,43	87.600,00	83.700,00			
02.04	- Abschreibungen	6.207,87	14.100,00	14.100,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	2.033.910,81	2.386.800,00	2.479.300,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**5.437.774,72**	**5.907.600,00**	**6.600.100,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**3.663.511,86**	**-4.589.000,00**	**-5.297.400,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**3.663.511,86**	**-4.589.000,00**	**-5.297.400,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	142.660,01	155.400,00	223.100,00			
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-142.660,01**	**-155.400,00**	**-223.100,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**3.520.851,85**	**-4.744.400,00**	**-5.520.500,00**			

Produkt 314-902 Verwaltung der Eingliederungshilfe -freiwillig-

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	31	Soziale Hilfen
Produktgruppe	314	Eingliederungshilfe nach dem SGB IX
Produkt	314-902	Verwaltung der Eingliederungshilfe -freiwillig-

Leistungen	314-902	Verwaltung der Eingliederungshilfe -freiwillig-

Teilergebnishaushalt Produkt 314-902 Verwaltung der Eingliederungshilfe -freiwillig-

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen			8.000,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**			**8.000,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**			**-8.000,00**			
05.	**= Jahresergebnis**			**-8.000,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**			**-8.000,00**			

Produkt 315-001 Förderung von sozialen Einrichtungen

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	31	Soziale Hilfen
Produktgruppe	315	Soziale Einrichtungen (ohne Einrichtungen der Jugendarbeit)
Produkt	315-001	Förderung von sozialen Einrichtungen

Teilhaushalt	Dezernat 4 - Soziales und Integration
Verantwortlich	Amt 403 - Manuel Stender
Kurzbeschreibung	Entscheidung über die Höhe und Auszahlung der Förderbeträge für Investitionskosten ambulanter Pflegedienste, teilstationärer Einrichtungen und Einrichtungen der Kurzzeitpflege. Betrieb und Unterhaltung der Senioren- und Pflegestützpunkte gem. § 92 c SGB XI.
Zielgruppe	intern: --- extern: ambulante Pflegedienste, Tagespflegeeinrichtungen, vollstationäre Pflegeeinrichtungen, die Kurzzeitpflege ermöglichen. Pflegestützpunkte gem. § 92 c SGB XI.
Kategorie	Pflichtaufgabe
Aufgabenzuordnung	übertragener Wirkungskreis
Auftragsgrundlage	- Gesetz zur Planung und Förderung von Pflegeeinrichtungen nach dem Elften Buch Sozialgesetzbuch (Niedersächsisches Pflegegesetz - NPflegeG -) - SGB XI - Sozialgesetzbuch Soziale Pflegeversicherung
Sachziele	
Qualitätsziele	Z-315-001-101: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.

Leistungen	315-001	Förderung von sozialen Einrichtungen
	315-001-0001	Betrieb u. Unterhaltung der Senioren- und Pflegestützpunkte
	315-001-0003	Abrechnung der Investitionskosten nach NPflegeG

Teilergebnishaushalt Produkt 315-001 Förderung von sozialen Einrichtungen

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
02.06	- Transferaufwendungen	5.087,61					
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	1.203,23					
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**6.290,84**					
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-6.290,84**					
05.	**= Jahresergebnis**	**-6.290,84**					
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-6.290,84**					

Produkt 315-201 Soziale Einrichtungen für pflegebedürftige Menschen

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	31	Soziale Hilfen
Produktgruppe	315	Soziale Einrichtungen (ohne Einrichtungen der Jugendarbeit)
Produkt	315-201	Soziale Einrichtungen für pflegebedürftige Menschen

Teilhaushalt Dezernat 4 - Soziales, Integration und Gesundheit

Verantwortlich Amt 403 - Manuel Stender

Kurzbeschreibung

In diesem Produkt wird die Förderung von Pflege- und sozialen Einrichtungen ausgewiesen.
Pflegeeinrichtungen werden gefördert, wenn sie nach den Vorschriften des SGB XI zugelassen sind, über einen Versorgungsvertrag mit den Pflegekassen verfügen und eine Pflegesatz- oder Vergütungsvereinbarung abgeschlossen oder das Schiedsverfahren eingeleitet haben.
Die Förderung erfolgt für die Investitionskosten auf den Pflegeplätzen, die von Personen in Anspruch genommen werden, die pflegebedürftig sind.
Eine Förderung wird nur gewährt für Folgeaufwendungen aus betriebsnotwendigen Investitionen für die Herstellung, Anschaffung, Wiederbeschaffung oder Ergänzung von Gebäuden und sonstigen abschreibungsfähigen Anlagegütern.
Dem Produkt sind 1,4 Stellenanteile zugeordnet.

Folgende Anträge:
Aufforderung Pflegesatzverhandlung (vollstationär) (3 Monate)
Festsetzung Förderbeträge (ambulant) (2 Wochen)
Festsetzung Förderbeträge (teilstationär) (1 Monat)
Aufforderung Pflegesatzverhandlung (teilstationär) (2 Monate)

Zielgruppe

extern: ambulante Pflegedienste, Tagespflegeeinrichtungen, vollstationäre Pflegeeinrichtungen, die Kurzzeitpflege ermöglichen
Senioren- und Pflegestützpunkte, freie Wohlfahrtsverbände, Vereine usw.

Kategorie Pflichtaufgabe

Aufgabenzuordnung übertragener Wirkungskreis

Auftragsgrundlage

- SGB XI, XII
- Vertragliche Vereinbarungen und Förderichtlinien des Landkreises Hildesheim
- NPflegeG

Sachziele

Ziel ist es, eine leistungsfähige, wirtschaftliche und räumlich gegliederte pflegerische Versorgungsstruktur zu gewährleisten,
die mit einer ausreichenden Zahl von Pflegeeinrichtungen eine ortsnahe, aufeinander abgestimmt, dem allgemein anerkannten medizinisch-pflegerischen Erkenntnisstand entsprechende teilstationäre und vollstationäre Versorgung der Pflegebedürftigen sicherstellt (notwendige pflegerische Versorgungsstruktur). Hierzu wirken das Land, die kommunalen Körperschaften, die Träger der Pflegeeinrichtungen und die Pflegekassen unter Beteiligung des Medizinischen Dienstes der
Krankenversicherung eng zusammen. Durch Präventionsarbeiten der Fördereinrichtungen wird ein Leistungsbezug von Hilfeempfänger zum Teil vermieden oder zumindest reduziert.

Maßnahmen

Enge Zusammenarbeit mit dem Land, den kommunalen Körperschaften, den Trägern der Pflegeeinrichtungen und den Pflegekassen unter Beteiligung des medizinischen Dienstes der Krankenversicherung.

Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr

Leistungen

315-201	Soziale Einrichtungen für pflegebedürftige Menschen
315-201-0001	Betrieb u. Unterhaltung der Senioren- und Pflegestützpunkte
315-201-0003	Abrechnung der Investitionskosten nach NPflegeG

Teilergebnishaushalt Produkt 315-201 Soziale Einrichtungen für pflegebedürftige Menschen

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	3.322.570,12	3.594.000,00	3.564.000,00			
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	112.222,81	11.200,00	121.800,00			
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**3.434.792,93**	**3.605.200,00**	**3.685.800,00**			
02.01	- Personalaufwendungen	302.859,28	303.900,00	348.000,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	10.903,59	45.000,00	2.700,00			
02.04	- Abschreibungen	296,21	300,00	300,00			
02.06	- Transferaufwendungen	2.920.115,95	3.524.000,00	3.524.000,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	7.788,69	7.100,00	2.100,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**3.241.963,72**	**3.880.300,00**	**3.877.100,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**192.829,21**	**-275.100,00**	**-191.300,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**192.829,21**	**-275.100,00**	**-191.300,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	13.103,75	13.700,00	19.000,00			
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-13.103,75**	**-13.700,00**	**-19.000,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**179.725,46**	**-288.800,00**	**-210.300,00**			

Produkt 315-202 Soziale Einrichtungen für pflegebedürftige Menschen -freiwillig-

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	31	Soziale Hilfen
Produktgruppe	315	Soziale Einrichtungen (ohne Einrichtungen der Jugendarbeit)
Produkt	315-202	Soziale Einrichtungen für pflegebedürftige Menschen -freiwillig-

Leistungen	315-202	Soziale Einrichtungen für pflegebedürftige Menschen -freiwillig-
	315-202-0001	Betrieb u. Unterhaltung der Senioren- und Pflegestützpunkte -freiwillig-

Teilergebnishaushalt Produkt 315-202 Soziale Einrichtungen für pflegebedürftige Menschen -freiwillig-

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen			30.000,00			
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**			**30.000,00**			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen			42.300,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen			5.000,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**			**47.300,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**			**-17.300,00**			
05.	**= Jahresergebnis**			**-17.300,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**			**-17.300,00**			

Produkt 315-502 Unterkünfte für Flüchtlinge -freiwillig-

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	31	Soziale Hilfen
Produktgruppe	315	Soziale Einrichtungen (ohne Einrichtungen der Jugendarbeit)
Produkt	315-502	Unterkünfte für Flüchtlinge -freiwillig-

Teilhaushalt	Dezernat 4 - Soziales, Integration und Gesundheit
Verantwortlich	Amt 913 - Heiko König
Kurzbeschreibung	Dem Produkt sind 5 Stellenanteile zugeordnet.
Kategorie	freiwillige Aufgabe
Aufgabenzuordnung	übertragener Wirkungskreis

Leistungen	315-502	Unterkünfte für Flüchtlinge -freiwillig-
	315-502-0001	Groß- und Notunterkünfte
	315-502-0002	Dezentraler Wohnraum

Teilergebnishaushalt Produkt 315-502 Unterkünfte für Flüchtlinge -freiwillig-

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	2.168.189,65	4.400.000,00	2.400.000,00			
01.11	+ sonstige ordentliche Erträge	47.837,07					
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**2.216.026,72**	**4.400.000,00**	**2.400.000,00**			
02.01	- Personalaufwendungen		32.000,00				
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	2.601.251,79	192.000,00	192.000,00			
02.04	- Abschreibungen	0,26					
02.06	- Transferaufwendungen	89,07					
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	399.573,59					
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**3.000.914,71**	**224.000,00**	**192.000,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-784.887,99**	**4.176.000,00**	**2.208.000,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-784.887,99**	**4.176.000,00**	**2.208.000,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-784.887,99**	**4.176.000,00**	**2.208.000,00**			

Produkt 315-601 Andere soziale Einrichtungen -freiwillig-

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	31	Soziale Hilfen
Produktgruppe	315	Soziale Einrichtungen (ohne Einrichtungen der Jugendarbeit)
Produkt	315-601	Andere soziale Einrichtungen -freiwillig-

Teilhaushalt	Dezernat 4 - Soziales und Integration
Verantwortlich	Amt 403 - Manuel Stender
Kurzbeschreibung	Zufluchtsstätte für volljährige Frauen mit ihren minderjährigen Kindern, wenn sie von physischer und/oder psychischer Gewalt betroffen oder bedroht sind.
Zielgruppe	extern: bedrohte Frauen und ihre Kinder
Kategorie	freiwillige Aufgabe
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis
Auftragsgrundlage	Beschluss über den Abschluss von Zuwendungsvereinbarungen
Sachziele	Das Frauenhaus bietet als Zufluchtsstätte Frauen mit ihren minderjährigen Kindern Schutz vor Gewalt durch angebote zur Unterbringung und Betreuung. Ebenso werden psychosoziale Beratungsleistungen erbracht, in denen auch die zukünftige Lebensplanung der betroffenen Frauen und Kinder einbezogen wird.
Qualitätsziele	Schaffung eines ausreichenden Angebots der psychosozialen Beratung für Frauen und Kinder, insbesondere auch für Schutzsuchende mit Migrationshintergrund

Leistungen	315-601	Andere Soziale Einrichtungen -freiwillig-
	315-601-0001	Frauen- und Kinderschutzhaus
	315-601-0002	Hospiz

Teilergebnishaushalt Produkt 315-601 Andere soziale Einrichtungen -freiwillig-

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
02.04	- Abschreibungen	320,51	3.800,00	3.800,00			
02.06	- Transferaufwendungen	162.099,80	100.900,00	83.500,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**162.420,31**	**104.700,00**	**87.300,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-162.420,31**	**-104.700,00**	**-87.300,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-162.420,31**	**-104.700,00**	**-87.300,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-162.420,31**	**-104.700,00**	**-87.300,00**			

Produkt 321-001 Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	31	Soziale Hilfen
Produktgruppe	321	Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz
Produkt	321-001	Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz

Teilhaushalt Dezernat 4 - Soziales, Integration und Gesundheit

Verantwortlich Amt 402 - Maik Hoffmann

Kurzbeschreibung

Leistungen werden gewährt, wenn Beschädigte infolge der Schädigung oder Hinterbliebene infolge des Verlustes des Ehegatten oder Lebenspartners, Elternteils, Kindes oder Enkelkindes nicht in der Lage sind ihren Bedarf aus dem Einkommen und Vermögen zu decken. Die Leistungen der Kriegsopferfürsorge sind Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben, Krankenhilfe, Hilfe zur Pflege, Hilfe zur Weiterführung des Haushalts, Altenhilfe, Erziehungsbeihilfe,ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt, Erholungshilfe, Wohnungshilfe und Hilfe in besonderen Lebenslagen. Die Hilfen nach dem Bundesversorgungsgesetz entsprechen damit weitestgehend den Hilfen der Sozialhilfe. Neben persönlicher Hilfe kommen Sachleistungen, einmalige und laufende Beihilfen sowie Darlehen in Betracht.
Dem Produkt sind 0,25 Stellenanteile zugeordnet.

Folgende Anträge:
Grundantrag für Kriegsopferfürsorge (123 Tage)

Zielgruppe

intern: ---
Extern: ---

Kategorie Pflichtaufgabe

Aufgabenzuordnung übertragener Wirkungskreis

Auftragsgrundlage

- Gesetz über die Versorgung der Opfer des Krieges (Bundesversorgungsgesetz - BVG)
- Gesetz über die Versorgung für die ehemaligen Soldaten der Bundeswehr und ihre Hinterbliebenen (Soldatenversorgungsgesetz - SVG)
- Gesetz über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten (Opferentschädigungsgesetz - OEG)
- Gesetz über den Zivildienst der Kriegsdienstverweigerer (Zivildienstgesetz - ZDG)
- Gesetz über Hilfsmaßnahmen für Personen, die aus politischen Gründen außerhalb der Bundesrepublik Deutschland in Gewahrsam genommen wurden (Häftlingshilfegesetz - HHG)

Sozialgesetzbuch - IX. Buch / Für Vereinbarungen die §§ 123 ff. SGB IX

Sachziele

Qualitätsziele

Z-321-001-101:
Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen.
Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.

Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
ZK-321-001-101 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	0,00

Leistungen		
	321-001	Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz
	321-001-0001	Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben
	321-001-0001-01	Beihilfe an Beschädigte und Witwen
	321-001-0001-02	Beihilfen wegen Kfz
	321-001-0001-03	Übergangsgeld/Unterhaltsbeiträge an Beschädigte
	321-001-0001-04	Leistungen an Arbeitgeber
	321-001-0001-05	Darlehen wegen Kfz

Produkt 321-001 Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz

Landkreis Hildesheim

	321-001-0001-06	Darlehen wegen Gründung oder Erhalt einer selbstständigen Existenz
	321-001-0001-07	Andere Hilfen zur beruflichen Rehabilitation
	321-001-0002	Krankenhilfe
	321-001-0002-01	Leistungen an Beschädigte
	321-001-0002-02	Leistungen an Hinterbliebene
	321-001-0002-03	Darlehen
	321-001-0003	Hilfe zur Pflege
	321-001-0003-01	Leistungen an Beschädigte ambulant
	321-001-0003-02	Leistungen an Beschädigte stationär
	321-001-0003-03	Leistungen an Hinterbliebene ambulant
	321-001-0003-04	Leistungen an Hinterbliebene stationär
	321-001-0003-05	Beihilfen an Hinterbliebene für häusl. Pflege
	321-001-0003-06	Beihilfen an Hinterbliebene für sonstige Hilfe zur Pflege
	321-001-0003-07	Darlehen
	321-001-0004	Hilfe zur Weiterführung des Haushalts
	321-001-0004-01	Leistungen an Beschädigte
	321-001-0004-02	Leistungen an Hinterbliebene
	321-001-0004-03	Darlehen
	321-001-0005	Altenhilfe
	321-001-0005-01	Leistungen an Beschädigte
	321-001-0005-02	Leistungen an Hinterbliebene
	321-001-0005-03	Darlehen
	321-001-0006	Erziehungsbeihilfe
	321-001-0006-01	Beihilfen an Beschädigte
	321-001-0006-02	Darlehen
	321-001-0007	ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt
	321-001-0007-01	Leistungen an Beschädigte
	321-001-0007-02	Leistungen an Hinterbliebene
	321-001-0007-03	Darlehen
	321-001-0008	Erholungshilfe
	321-001-0008-01	Leistungen an Beschädigte
	321-001-0008-02	Leistungen an Hinterbliebene
	321-001-0009	Wohnungshilfe
	321-001-0009-01	Beihilfen
	321-001-0009-02	Darlehen
	321-001-0010	Hilfen in besonderen Lebenslagen
	321-001-0010-01	Leistungen an Beschädigte ambulant
	321-001-0010-02	Leistungen an Beschädigte stationär
	321-001-0010-03	Leistungen an Hinterbliebene ambulant
	321-001-0010-04	Leistungen an Hinterbliebene stationär
	321-001-0010-05	sonstige Hilfen in besonderen Lebenslagen
	321-001-0011	Leistungen nach dem OEG
	321-001-0011-01	Geldleistung
	321-001-0011-02	Sachleistung

Teilergebnishaushalt Produkt 321-001 Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.04	+ sonstige Transfererträge	26.890,76	40.200,00	40.200,00			
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	696.063,28	987.000,00	748.100,00			
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**722.954,04**	**1.027.200,00**	**788.300,00**			
02.01	- Personalaufwendungen	27.749,73	29.500,00	33.800,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	1.127,04	1.400,00	1.400,00			
02.06	- Transferaufwendungen	788.314,80	1.015.500,00	776.600,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	141,82	400,00	400,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**817.333,39**	**1.046.800,00**	**812.200,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-94.379,35**	**-19.600,00**	**-23.900,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-94.379,35**	**-19.600,00**	**-23.900,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	1.448,51	2.100,00	3.300,00			
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-1.448,51**	**-2.100,00**	**-3.300,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-95.827,86**	**-21.700,00**	**-27.200,00**			

Produkt 343-001 Aufgaben nach dem Betreuungsrecht

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	31	Soziale Hilfen
Produktgruppe	343	Betreuungsleistungen
Produkt	343-001	Aufgaben nach dem Betreuungsrecht

Teilhaushalt Dezernat 4 - Soziales, Integration und Gesundheit

Verantwortlich Amt 402 - Maik Hoffmann

Kurzbeschreibung

Wahrnehmung der Aufgaben nach dem Betreuungsrecht, insbesondere nach dem Betreuungsbehördengesetz (BtBG): Führung von Betreuungen durch die Betreuungsstelle, Betreuungsgerichtshilfen (Sachverhalte klären, Vorschlagen von Betreuerninnen und Betreuer), Beratung, Unterstützung etc. der Betreuerinnen und Betreuer und anderer mit Betreuung befasster Institutionen/Personen.
Fortsetzung der kooperativen und strukturellen Betreuungsarbeit (planvolle Gewinnung und Fortbildung geeigneter Betreuerinnen und Betreuer, Öffentlichkeitsarbeit, Beschreibung der lokalen Situation und Planung von Maßnahmen zur Verbesserung etc.)
Dem Produkt sind 13,6 Stellen zugeordnet.

Zielgruppe

intern: ---
extern: rechtlich betreute Menschen, Menschen für die eine Betreuung angeregt wurde, Betreuerinnen und Betreuer, Personen aus der Umgebung von Betreuten, alle mit Betreuung befasste Institutionen im Landkreis Hildesheim (Amtsgerichte Hildesheim, Alfeld, Elze; Betreuungsverein...); Öffentlichkeit/ Bevölkerung

Kategorie Pflichtaufgabe

Aufgabenzuordnung übertragener Wirkungskreis

Auftragsgrundlage

- Betreuungsbehördengesetz (BtBG)
- Bürgerliches Gesetzbuch (BGB)
- Gesetz über das Verfahren in Familienangelegenheiten und in den Angelegenheiten der freiwillige Gerichtsbarkeit (FamFG)
- Gesetz über die Vergütung von Vormündern und Betreuern (VBVG)
- Nds. Ausführungsgesetz zum Betreuungsgesetz (Nds. AG-BtG)
- Betreuungsorganisationsgesetz

Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
G-343-001-001 Vormundschaftgerichtshilfen - (Anzahl)	0,00	2.750,00	0,00
G-343-001-002 Beratungsgespräche - (Anzahl)	0,00	600,00	0,00
ZK-343-001-001 Durchschnittliche Durchlaufzeit - (Tage)	0,00	28,00	0,00
ZK-343-001-002 Unterstützungsangebote - (Anzahl)	0,00	0,00	0,00
ZK-343-001-003 Ehrenamtl. Betreuungen / Betreuungen, gesamt - (%)	0,00	60,00	0,00
ZK-343-001-004 Vorsorgevollmachten anstatt rechtliche Betreuung - (Anzahl)	0,00	120,00	0,00
ZK-343-001-601 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	0,00

Leistungen

343-001	Aufgaben nach dem Betreuungsrecht
343-001-0001	Behördliche Betreuung
343-001-0002	Vormundschaftsgerichtshilfen
343-001-0003	Individualberatung

Produkt 343-001 Aufgaben nach dem Betreuungsrecht

Landkreis Hildesheim

343-001-0004	Betreuungsrechtliche Querschnittsarbeit

Teilergebnishaushalt Produkt 343-001 Aufgaben nach dem Betreuungsrecht

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte	400,00	2.000,00	2.000,00			
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	2.362,66	1.000,00	1.000,00			
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**2.762,66**	**3.000,00**	**3.000,00**			
02.01	- Personalaufwendungen	1.036.142,49	1.075.400,00	1.262.400,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	19.418,78	22.100,00	22.300,00			
02.06	- Transferaufwendungen	26.346,77	27.600,00				
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	10.411,24	5.600,00	5.600,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**1.092.319,28**	**1.130.700,00**	**1.290.300,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-1.089.556,62**	**-1.127.700,00**	**-1.287.300,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-1.089.556,62**	**-1.127.700,00**	**-1.287.300,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	46.203,32	51.100,00	74.700,00			
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-46.203,32**	**-51.100,00**	**-74.700,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-1.135.759,94**	**-1.178.800,00**	**-1.362.000,00**			

Produkt 343-002 Aufgaben nach dem Betreuungsrecht -freiwillig-

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	31	Soziale Hilfen
Produktgruppe	343	Betreuungsleistungen
Produkt	343-002	Aufgaben nach dem Betreuungsrecht -freiwillig-

Leistungen	343-002	Aufgaben nach dem Betreuungsrecht -freiwillig-

Teilergebnishaushalt Produkt 343-002 Aufgaben nach dem Betreuungsrecht -freiwillig-

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
02.06	- Transferaufwendungen			28.800,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**			**28.800,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**			**-28.800,00**			
05.	**= Jahresergebnis**			**-28.800,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**			**-28.800,00**			

Produkt 344-001 Hilfen für Heimkehrer und politische Häftlinge

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	31	Soziale Hilfen
Produktgruppe	344	Hilfen für Heimkehrer und politische Häftlinge
Produkt	344-001	Hilfen für Heimkehrer und politische Häftlinge

Teilhaushalt
Dezernat 4 - Soziales, Integration und Gesundheit

Verantwortlich
Amt 402 - Maik Hoffmann

Kurzbeschreibung
Entschädigungen an Personen, die aufgrund rechtsstaatswidriger strafrechtlicher Entscheidungen oder Verwaltungsentscheidungen im sogenannten Beitrittsgebiet gesundheitliche Schäden, Eingriffe in Vermögenswerte oder berufliche Nachteile erlitten haben.
Dem Produkt sind 0,25 Stellenanteile zugeordnet.

Folgende Anträge:
Grundantrag für die Rehabilitierung und Entschädigung von Opfern rechtsstaatswidriger Strafverfolgungsmaßnahmen im Beitrittsgebiet (123 Tage)

Zielgruppe
intern: ---
extern: ---

Kategorie
Pflichtaufgabe

Aufgabenzuordnung
übertragener Wirkungskreis

Auftragsgrundlage
- Gesetz zur Rehabilitierung und Entschädigung von Opfern rechtsstaatswidriger Strafverfolgungsmaßnahmen im Beitrittsgebiet (Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz - StrRehaG)
- Gesetz über die Aufhebung rechtsstaatswidriger Verwaltungsentscheidungen im Beitrittsgebiet und die daran anknüpfenden Folgeansprüche (Verwaltungsrechtliches Rehabilitierungsgesetz - VwRehaG)
- Gesetz über den Ausgleich beruflicher Benachteiligungen für Opfer politischer Verfolgung im Beitrittsgebiet (Berufliches Rehabilitierungsgesetz - BerRehaG)

Sachziele

Qualitätsziele
Z-344-001-101:
Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen.
Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.

Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
ZK-344-001-101 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	0,00

Leistungen 344-001 Hilfen für Heimkehrer und politische Häftlinge

Teilergebnishaushalt Produkt 344-001 Hilfen für Heimkehrer und politische Häftlinge

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	104.349,28	109.900,00	106.900,00			
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**104.349,28**	**109.900,00**	**106.900,00**			
02.01	- Personalaufwendungen	27.749,70	29.500,00	33.800,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	84,39	200,00	200,00			
02.06	- Transferaufwendungen	104.616,00	105.000,00	120.000,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	141,86	100,00	100,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**132.591,95**	**134.800,00**	**154.100,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-28.242,67**	**-24.900,00**	**-47.200,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-28.242,67**	**-24.900,00**	**-47.200,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	1.148,51	1.300,00	1.800,00			
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-1.148,51**	**-1.300,00**	**-1.800,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-29.391,18**	**-26.200,00**	**-49.000,00**			

Produkt 345-001 Landesblindengeld

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	31	Soziale Hilfen
Produktgruppe	345	Landesblindengeld
Produkt	345-001	Landesblindengeld

Teilhaushalt	Dezernat 4 - Soziales, Integration und Gesundheit
Verantwortlich	Amt 403 - Manuel Stender
Kurzbeschreibung	Blinde Menschen erhalten - vermögens- und einkommensunabhängig - Landesblindengeld zum Ausgleich der durch die Blindheit bedingten Mehraufwendungen. Der Erstantrag wird beim Landessozialamt mit der Beantragung des Merkzeichens Bl gestellt. Bis das Merkzeichen genehmigt oder abgelehnt wird, vergehen meist 6- 9 Monate. Ist das Merkzeichen dann zuerkannt, wird von hier ein spezielles Antragsformular versandt. Bis dann die Unterlagen vorliegen, dauert es bis zur Bescheiderteilung 1 Monat. Dem Produkt sind 0,2 Stellenanteile zugeordnet. Folgende Anträge: Erstantrag (1 Monat) Folgeantrag (3 Wochen)
Zielgruppe	intern: --- extern: blinde Menschen (Zivil-Blinde)
Kategorie	Pflichtaufgabe
Aufgabenzuordnung	übertragener Wirkungskreis
Auftragsgrundlage	- Gesetz über das Landesblindengeld für Zivilblinde (LBlGG)
Sachziele	
Qualitätsziele	Z-345-001-101: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.

Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
ZK-345-001-101 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	0,00

Leistungen 345-001 Landesblindengeld

Teilergebnishaushalt Produkt 345-001 Landesblindengeld

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	443.288,62	568.000,00	568.000,00			
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**443.288,62**	**568.000,00**	**568.000,00**			
02.01	- Personalaufwendungen	24.751,74	25.900,00	28.700,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	51,47	300,00	300,00			
02.06	- Transferaufwendungen	475.650,00	568.000,00	568.000,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	129,06	400,00	400,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**500.582,27**	**594.600,00**	**597.400,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-57.293,65**	**-26.600,00**	**-29.400,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-57.293,65**	**-26.600,00**	**-29.400,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	2.912,16	1.000,00	1.400,00			
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-2.912,16**	**-1.000,00**	**-1.400,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-60.205,81**	**-27.600,00**	**-30.800,00**			

Produkt 351-001 Versicherungsangelegenheiten (Amt 403)

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	31	Soziale Hilfen
Produktgruppe	351	Sonstige soziale Hilfen und Leistungen
Produkt	351-001	Versicherungsangelegenheiten (Amt 403)

Teilhaushalt	Dezernat 4 - Soziales und Integration
Verantwortlich	Amt 403 - Manuel Stender
Kurzbeschreibung	Versicherungsangelegenheiten
Zielgruppe	intern: --- extern: natürliche und juristische Personen
Kategorie	Pflichtaufgabe
Aufgabenzuordnung	übertragener Wirkungskreis
Auftragsgrundlage	- SGB I Sozialgesetzbuch - Allgemeiner Teil - SGB V Sozialgesetzbuch - Gesetzliche Krankenversicherung - SGB X Sozialgesetzbuch - Verwaltungsverfahren
Sachziele	
Qualitätsziele	Z-351-001-101: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.

Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
G-351-001-001 Beratungen durch das Versicherungsamt - (Anzahl)	0,00	4.200,00	0,00
ZK-351-001-101 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	0,00

Leistungen	351-001	Versicherungsangelegenheiten (Amt 403)
	351-001-0003	Versicherungsangelegenheiten
	351-001-0004	Verwaltung der Sonstigen sozialen Hilfen und Leistungen

Teilergebnishaushalt Produkt 351-001 Versicherungsangelegenheiten (Amt 403)

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	33.253,49	32.300,00	32.300,00			
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**33.253,49**	**32.300,00**	**32.300,00**			
02.01	- Personalaufwendungen	75.695,15	78.200,00	87.200,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	1.806,40	1.400,00	1.400,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	577,97	500,00	500,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**78.079,52**	**80.100,00**	**89.100,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-44.826,03**	**-47.800,00**	**-56.800,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-44.826,03**	**-47.800,00**	**-56.800,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	3.263,56	3.400,00	4.200,00			
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-3.263,56**	**-3.400,00**	**-4.200,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-48.089,59**	**-51.200,00**	**-61.000,00**			

Produkt 351-005 Lastenausgleich (Amt 402)

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	31	Soziale Hilfen
Produktgruppe	351	Sonstige soziale Hilfen und Leistungen
Produkt	351-005	Lastenausgleich (Amt 402)

Teilhaushalt	Dezernat 4 - Soziales und Integration
Verantwortlich	Amt 402 - Maik Hoffmann
Kurzbeschreibung	Nicht krankenversicherte Empfänger von Unterhaltshilfe nach dem Lastenausgleichsgesetz (LAG) erhalten als zusätzliche Leistung eine Krankenversicherung, deren Art, Form und Maß der Krankenhilfe des SGB XII entpsricht. Aufgrund der stark rückläufigen Anzahl der Leistungsberechtigten erfolgt die Abrechnung bundesweit durch die AOK Sachsen-Anhalt, an die monetär erstattet wird.
Zielgruppe	intern: --- extern: natürliche und juristische Personen
Kategorie	Pflichtaufgabe
Aufgabenzuordnung	übertragener Wirkungskreis
Auftragsgrundlage	Gesetz über den Lastenausgleich (Lastenausgleichsgesetz - LAG)

Leistungen	351-005	Lastenausgleich (Amt 402)
	351-005-0001	Krankenversorgung nach LAG
	351-005-0002	Krankenversorgung nach LAG für Deutsche im Ausland

Teilergebnishaushalt Produkt 351-005 Lastenausgleich (Amt 402)

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	1.597,49	1.500,00	1.500,00			
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**1.597,49**	**1.500,00**	**1.500,00**			
02.01	- Personalaufwendungen	4.988,52	6.500,00	6.400,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	15,76	200,00	200,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	38,90	200,00	200,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**5.043,18**	**6.900,00**	**6.800,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-3.445,69**	**-5.400,00**	**-5.300,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-3.445,69**	**-5.400,00**	**-5.300,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	196,86	200,00	300,00			
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-196,86**	**-200,00**	**-300,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-3.642,55**	**-5.600,00**	**-5.600,00**			

Produkt 412-001 Sozialpsychiatrischer Dienst

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	41	Gesundheitsdienste
Produktgruppe	412	Gesundheitseinrichtungen
Produkt	412-001	Sozialpsychiatrischer Dienst

Teilhaushalt	I - Landrat, Politik, OE's
Verantwortlich	Amt 409 - Bärbel Kirschner
Kurzbeschreibung	Frühzeitige und umfassende Hilfestellung durch psychosoziale Beratung und Betreuung sowie medizinische und psychotherapeutische Beratung und Behandlung im Sinne des § 6 NPsychKG, die darauf ausgerichtet ist, Menschen mit psychischen Störungen im Sinne des § 1 NPsychKG in die Gemeinschaft zu integrieren, ihnen ein weitestgehend selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen und stationäre Unterbringungen zu vermeiden, ihr Umfeld zu unterstützen und dort Verständnis für ihre Lage zu wecken. Desweiteren sollen nahestehende Personen in ihrer Fürsorge entlastet und unterstützt werden, so dass die betroffenen Personen möglichst wohnortnah und ambulant in ihrem gewohnten Lebensumfeld betreut werden können. Planung und Initiierung der zukünftigen Versorgungsstruktur für seelisch behinderte Menschen und Menschen mit psychischen Störungen im Sinne des § 1 NPsychKG einschließlich der Erstellung und Fortschreibung eines Sozialpsychiatrischen Planes nach § 9 NPsychKG. Geschäftsführung des Sozialpsychiatrischen Verbundes einschließlich der Förderung und Organisation der Zusammenarbeit aller Anbieter in Stadt und Landkreis Hildesheim nach § 8 NPsychKG. Förderung von Leistungsanbietern nach dem NPsychKG.
Zielgruppe	intern: --- extern: Personen in Stadt und Landkreis Hildesheim mit einer psychiatrischen, gerontopsychiatrischen Störung oder einer Suchterkrankung, sowie deren Umfeld und Angehörige
Kategorie	Pflichtaufgabe
Aufgabenzuordnung	übertragener Wirkungskreis
Auftragsgrundlage	- Niedersächsisches Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen für psychisch Kranke (NPsychKG) - Gesetz zur Reform des Vormundschafts- und Betreuungsrechts (Betreuungsgesetz - BtG) - SGB II - Sozialgesetzbuch Bürgergeld, Grundsicherung für Arbeitssuchende - SGB V - Sozialgesetzbuch Gesetzliche Krankenversicherung - SGB VI - Sozialgesetzbuch Gesetzliche Rentenversicherung - SGB IX - Sozialgesetzbuch Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderung - SGB XII - Sozialgesetzbuch Sozialhilfe
Sachziele	Regelmäßige Fortschreibung des Sozialpsychiatrischen Planes
Qualitätsziele	Z-412-001-001: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt. Z-412-001-002: Krisenintervention innerhalb von 24 Stunden nach Bekanntwerden Z-412-001-003: Beratungstermin innerhalb von 14 Tagen (= 2 Wochen) nach Anfrage Z-412-001-005: Stabilisierung der Patienten Z-412-001-006: Vermittlung der Patienten in die Regelversorgung
Maßnahmen	ZM - 412-001-001: Regionalisierung sozialarbeiterischer Tätigkeit ZM - 412-001-002: Intensivierte Kooperation mit Anbietern von Versorgung und Hilfen für psychisch Kranke

Produkt 412-001 Sozialpsychiatrischer Dienst

Landkreis Hildesheim

Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
ZK-412-001-101 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	0,00
ZK-412-001-102 Krisenintervention: Durchschn.Zeitraum nach Bekanntwerden - (Std)	0,00	24,00	0,00
ZK-412-001-103 Durchschn. Dauer von Anfrage bis Beratungstermin - (Tage)	0,00	14,00	0,00

Leistungen		
	412-001	Sozialpsychiatrischer Dienst
	412-001-0001	Sozialpsychiatrische Interventionen
	412-001-0002	Hilfeplanung
	412-001-0003	Sozialpsychiatrische Versorgungsstruktur

Teilergebnishaushalt Produkt 412-001 Sozialpsychiatrischer Dienst

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	6.568,01					
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**6.568,01**					
02.01	- Personalaufwendungen	904.822,18	861.100,00	986.800,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	25.908,61	23.100,00	23.500,00			
02.06	- Transferaufwendungen	472.622,00	496.500,00				
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	22.939,78	9.400,00	9.400,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**1.426.292,57**	**1.390.100,00**	**1.019.700,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-1.419.724,56**	**-1.390.100,00**	**-1.019.700,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-1.419.724,56**	**-1.390.100,00**	**-1.019.700,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	39.871,40	51.900,00	63.500,00			
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-39.871,40**	**-51.900,00**	**-63.500,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-1.459.595,96**	**-1.442.000,00**	**-1.083.200,00**			

Produkt 412-002 Sozialpsychiatrischer Dienst -freiwillig-

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	41	Gesundheitsdienste
Produktgruppe	412	Gesundheitseinrichtungen
Produkt	412-002	Sozialpsychiatrischer Dienst -freiwillig-

Teilhaushalt	Dezernat 4 - Soziales, Integration und Gesundheit
Verantwortlich	Amt 409 - Bärbel Kirschner
Kurzbeschreibung	Frühzeitige und umfassende Hilfestellung durch psychosoziale Beratung und Betreuung sowie medizinische und psychotherapeutische Beratung und Behandlung im Sinne des § 6 NPsychKG, die darauf ausgerichtet ist, Menschen mit psychischen Störungen im Sinne des § 1 NPsychKG in die Gemeinschaft zu integrieren, ihnen ein weitestgehend selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen und stationäre Unterbringungen zu verweiden, ihr Umfeld zu unterstützen und dort Verständnis für ihre Lage zu wecken. Desweiteren sollen nahestehende Personen in ihrer Fürsorge entlastet und unterstützt werden, so dass die die betroffenen Personen möglichst wohnortnah und ambulant in ihrem gewohnten Lebensumfeld betreut werden können. Planung und Initiierung der zukünftigen Versorgungsstruktur für seelisch behinderte Menschen und Menschen mit psychischen Störungen im Sinne des § 1 NPsychKG einschließlich der Erstellung und Fortschreibung eines Sozialpsychiatrischen Planes nach § 9 NPsychKG. Geschäftsführung des Sozialpsychiatrischen Verbundes einschließlich der Förderung und Organisation der Zusammenarbeit aller Anbieter in Stadt und Landkreis Hildesheim nach § 8 NPsychKG. Förderung von Leistungsanbietern nach dem NPsychKG. Dem Produkt sind 12,5 Stellen zugeordnet.
Zielgruppe	intern: extern: Menschen in Stadt und Landkreis Hildesheim mit einer psychiatrischen gerontopsychiatrischen Störung oder einer Suchterkrankung, sowie deren Umfeld und Angehörige
Kategorie	freiwillige Aufgabe
Aufgabenzuordnung	übertragener Wirkungskreis
Auftragsgrundlage	Niedersächsisches Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen für psychisch Kranke (NPsychKG) Gesetz zur Reform Vormundschafts- und Betreuungsrechts (Betreuungsgesetz - BtG) -SGB II - Sozialgesetzbuch Bürgergeld, Grundsicherung für Arbeitssuchende -SGB V - Sozialgesetzbuch Gesetzliche Krankenversicherung -SGB VI - Sozialgesetzbuch Gesetzliche Rentenversicherung -SGB IX - Sozialgesetzbuch Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderung -SGB XII- Sozialgesetzbuch Sozialhilfe

Leistungen	412-002	Sozialpsychiatrischer Dienst -freiwillig-
	412-002-0003	Sozialpsychiatrische Versorgungsstruktur -freiwillig-

Teilergebnishaushalt Produkt 412-002 Sozialpsychiatrischer Dienst -freiwillig-

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
02.01	- Personalaufwendungen			31.800,00			
02.06	- Transferaufwendungen			345.100,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen			20.000,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**			**396.900,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**			**-396.900,00**			
05.	**= Jahresergebnis**			**-396.900,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**			**-396.900,00**			

Produkt 414-002 Infektions- und Strahlenschutz

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	41	Gesundheitsdienste
Produktgruppe	414	Maßnahmen der Gesundheitspflege
Produkt	414-002	Infektions- und Strahlenschutz

Teilhaushalt I - Landrat, Politik, OE's

Verantwortlich Amt 409 - Bärbel Kirschner

Kurzbeschreibung

Überwachung meldepflichtiger Infektionskrankheiten
Aids- und Sexualberatung
Impfprävention
Infektionshygienische Überwachung von Einrichtungen
Überwachung der Trinkwasserqualität
Überwachung der Badegewässerqualität
Belehrungen zum gewerblichen Umgang mit Lebensmitteln
Überwachung des Betriebs von Anlagen zur Anwendung nichtionisierender Strahlung außerhalb der Medizin
Gesundheitliche Beratung von Prostituierten
Dem Produkt sind 21,4 Stellenanteile zugeordnet.

Zielgruppe

intern: ---
extern: Personen mit meldepflichtigen Infektionskrankheiten und deren Kontaktpersonen, Betreiberinnen und Betreiber und Nutzerinnen und Nutzer von infektionshygienisch überwachungspflichtigen Anlagen und Einrichtungen, Betreiberinnen und Betreiber von gewerblich oder im Rahmen wirtschaftlicher Unternehmen genutzten Anlagen zur Anwendung nichtionisierender Strahlung außerhalb der Medizin, Bevölkerung des Landkreises Hildesheim, als Prostituierte tätige Personen

Kategorie Pflichtaufgabe

Aufgabenzuordnung übertragener Wirkungskreis

Auftragsgrundlage

- Niedersächsisches Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst (NGöGD)
- Infektionsschutzgesetz (IfSG)
- Gesetz zum Schutz vor nichtionisierender Strahlung bei der Anwendung am Menschen (NiSG)
- Trinkwasserverordnung (TrinkwV)
- Verordnung zur Verhütung übertragbarer Krankheiten (Hygiene VO)
- Niedersächsische Verordnung über Hygiene und Infektionsprävention in medizinischen Einrichtungen (NMedHygVO)
- Verordnung zum Schutz vor schädlichen Wirkungen künstlicher ultravioletter Strahlung (UVSV)
- Prostituiertenschutzgesetz (ProstSchG)

Sachziele

Qualitätsziele

Z-414-002-001:
Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen.
Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.

Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
G-414-002-001 Gemeldete Infektionskrankheiten - (Anzahl)	0,00	6.500,00	0,00
G-414-002-002 Durchgeführte Besichtigungen - (Anzahl)	0,00	100,00	0,00
G-414-002-003 AIDS: HIV-Testung - (Anzahl)	0,00	100,00	0,00
G-414-002-004 AIDS: Individuelle Beratungen - (Anzahl)	0,00	200,00	0,00

Produkt 414-002 Infektions- und Strahlenschutz

Landkreis Hildesheim

G-414-002-005 AIDS: Veranstaltungen, Aktionen - (Anzahl)	0,00	25,00	0,00
ZK-414-002-101 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	0,00

Leistungen	414-002	Infektions- und Strahlenschutz
	414-002-0001	Prävention und Bekämpfung von Infektionskrankheiten (individuell und spezifisch)
	414-002-0002	Allgemeine Infektionshygiene und Überwachung von Einrichtungen
	414-002-0003	Gesundheitliche Beratung von Prostituierten

Teilergebnishaushalt Produkt 414-002 Infektions- und Strahlenschutz

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	1.779.350,68	1.450.000,00	1.680.000,00			
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte	45.116,46	39.000,00	39.000,00			
01.06	+ privatrechtliche Entgelte		100,00	100,00			
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	9.679,18					
01.11	+ sonstige ordentliche Erträge	15.500,00	20.000,00	20.000,00			
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**1.849.646,32**	**1.509.100,00**	**1.739.100,00**			
02.01	- Personalaufwendungen	1.333.422,27	1.087.500,00	1.486.700,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	527.620,57	33.900,00	34.100,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	28.675,15	20.600,00	41.000,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**1.889.717,99**	**1.142.000,00**	**1.561.800,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-40.071,67**	**367.100,00**	**177.300,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-40.071,67**	**367.100,00**	**177.300,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	43.684,20	64.900,00	79.100,00			
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-43.684,20**	**-64.900,00**	**-79.100,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-83.755,87**	**302.200,00**	**98.200,00**			

Produkt 414-003 Kinder- und Jugendgesundheit

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	41	Gesundheitsdienste
Produktgruppe	414	Maßnahmen der Gesundheitspflege
Produkt	414-003	Kinder- und Jugendgesundheit

Teilhaushalt	I - Landrat, Politik, OE's
Verantwortlich	Amt 409 - Bärbel Kirschner
Kurzbeschreibung	(Kinder-)ärztliche und zahnärztliche Regeluntersuchungen und Beratungen in Schulen und vorschulischen Einrichtungen sowie Maßnahmen zu zielgruppen- und lebensraumbezogenem Schutz und Förderung der Kinder- und Jugendgesundheit Dem Produkt sind 14,8 Stellenanteile zugeordnet.
Zielgruppe	intern: --- extern: Kinder und Jugendliche in Schulen und vorschulischen Einrichtungen sowie deren Familien und alle mit der gesunden kindlichen Entwicklung befassten Fachkräfte und Institutionen
Kategorie	Pflichtaufgabe
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis
Auftragsgrundlage	- Niedersächsisches Gesetz über den Öffentlichen Gesundheitsdienst (NGöGD) - Niedersächsisches Schulgesetz (NSchG) - Infektionsschutzgesetz (IfSG) - Vereinbarung AG "Zahngesundheit" im Landkreis Hildesheim i.V.m. § 21 SGB V
Sachziele	
Qualitätsziele	Z-414-003-001: Gesundheitsschutz für Kinder und Jugendliche im Landkreis Hildesheim durch vorsorgende und aufklärende Maßnahmen, einschl. Beratung von Gruppen und Institutionen (wie Bildungs- und Fördereinrichtungen, medizinische Einrichtungen, Gremien in Politik und Verwaltung, Medien, Öffentlichkeit) sowie individuelle sozialmedizinische Maßnahmen (Untersuchungen, Beratungen, Kariesprophylaxe). Z-414-003-003: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.
Maßnahmen	ZM-414-003-101: (Kinder)ärztliche Untersuchung und Beratung für Kinder in vorschulischen und schulischen Einrichtungen ZM-414-003-102: Zahnärztliche Untersuchung und Beratung aller Kinder in vorschulischen Einrichtungen und und Grundschulklassen (1 - 4) sowie den 5. und 6. Klassen ZM-414-003-103: Gruppenprophylaxe in allen vorschulischen Einrichtungen und 1. und 2. Klassen der Grundschulen ZM-414-003-104: (Kinder)ärztliche Untersuchung und Beratung für alle Schulanfänger/-innen (Schuleingangsuntersuchung) ZM-414-003-105: (Kinder)ärztliche Beratung zu Impffragen in allen 7. Klassen und Impfkooperation mit Kassenärzten/-ärztinnen in ausgewählten Schulen ZM-414-003-106: Qualitätssicherung durch überregionale Kooperation im SOPHIA-Verbund (Untersuchung nach gemeinsamen Richtlinien, Standardisierung der Befunddokumentation, gemeinsame Datenanalyse, Monitoring der Ergebnisse im überregionalen Vergleich)

Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
G-414-003-001 Schulanfängeruntersuchungen - (Anzahl)	0,00	2.900,00	0,00
G-414-003-002 Impfberatungen in 7. Klassen - (Anzahl)	0,00	2.800,00	0,00

Produkt 414-003 Kinder- und Jugendgesundheit

Landkreis Hildesheim

G-414-003-003 Zahnärztl. Unter./Beratung - (Anzahl)	0,00	8.000,00	0,00
G-414-003-004 Durchgeführte Gruppenprophylaxen - (Anzahl)	0,00	650,00	0,00
ZK-414-003-301 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	0,00

Leistungen	414-003	Kinder- und Jugendgesundheit
	414-003-0001	Pädiatrische Maßnahmen
	414-003-0002	Jugendzahnärztliche Maßnahmen

Teilergebnishaushalt Produkt 414-003 Kinder- und Jugendgesundheit

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	98.227,35	122.000,00	122.000,00			
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte	51.073,53	45.000,00	45.000,00			
01.06	+ privatrechtliche Entgelte		100,00	100,00			
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	4.493,89					
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**153.794,77**	**167.100,00**	**167.100,00**			
02.01	- Personalaufwendungen	619.088,73	634.700,00	693.300,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	68.349,57	63.300,00	63.900,00			
02.04	- Abschreibungen	1.103,77	1.600,00	1.000,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	11.287,89	12.400,00	12.400,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**699.829,96**	**712.000,00**	**770.600,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-546.035,19**	**-544.900,00**	**-603.500,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-546.035,19**	**-544.900,00**	**-603.500,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	41.539,50	39.000,00	47.500,00			
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-41.539,50**	**-39.000,00**	**-47.500,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-587.574,69**	**-583.900,00**	**-651.000,00**			

Produkt 414-004 Ärztliche/zahnärztliche Untersuchungen und Beratungen

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	41	Gesundheitsdienste
Produktgruppe	414	Maßnahmen der Gesundheitspflege
Produkt	414-004	Ärztliche/zahnärztliche Untersuchungen und Beratungen

Teilhaushalt Dezernat 4 - Soziales, Integration und Gesundheit

Verantwortlich Amt 409 - Bärbel Kirschner

Kurzbeschreibung
Ärztliche und zahnärztliche Gutachten, Zeugnisse und Bescheinigungen
Gutachterliche Feststellungen zur Unterstützung von Verwaltungsentscheidungen
(Sozial-)Medizinische Beratung der zu begutachtenden Person
Dem Produkt sind 5,0 Stellenanteile zugeordnet.

Zielgruppe
intern: Zu begutachtende Personen und Auftraggeberinnen und Auftraggeber der Gutachten
extern: Zu begutachtende Personen und Auftraggeberinnen und Auftraggeber der Gutachten

Kategorie Pflichtaufgabe

Aufgabenzuordnung übertragener Wirkungskreis

Auftragsgrundlage
- § 7 Niedersächsisches Gesetz über den Öffentlichen Gesundheitsdienst (NGöGD) i.V.m. speziellen Gesetzen und Verordnungen, die eine amtsärztliche Untersuchung verlangen (Beamtenrecht, u.a.)
- hausinterne Regelungen zur Übernahme sonstiger Begutachtungen
- Vereinbarungen mit Stadt Hildesheim

Sachziele

Qualitätsziele
Z-414-004-001:
Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen.
Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.

Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
G-414-004-001 Abgeschlossene Gutachten - (Anzahl)	0,00	2.400,00	0,00
G-414-004-002 davon: a) Pflichtgutachten Amtsärztl. Dienst gebührenpfl. (Anzahl)	0,00	50,00	0,00
G-414-004-003 davon: b) Pflichtgutachten Amtsärztl. Dienst gebührenfrei (Anzahl)	0,00	500,00	0,00
G-414-004-004 davon: c) freiwill. Gutacht. Amtsärztl. Dienst gebührenpfl. (Anz.)	0,00	300,00	0,00
G-414-004-005 davon: d) freiwill. Gutacht. Amtsärztl. Dienst gebührenfrei (Anz.)	0,00	250,00	0,00
G-414-004-007 davon: f) freiwillige Gutachten andere ärztliche Dienste (Anzahl)	0,00	1.300,00	0,00
ZK-414-004-101 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	0,00

Leistungen 414-004 Ärztliche/zahnärztliche Untersuchungen und Beratungen

Teilergebnishaushalt Produkt 414-004 Ärztliche/zahnärztliche Untersuchungen und Beratungen

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte	61.591,84	40.000,00	40.000,00			
01.06	+ privatrechtliche Entgelte	63,21					
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	6.568,01					
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**68.223,06**	**40.000,00**	**40.000,00**			
02.01	- Personalaufwendungen	904.822,24	906.500,00	986.300,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	17.347,52	26.100,00	26.400,00			
02.04	- Abschreibungen	6.000,02	6.000,00	4.400,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	47.458,60	27.200,00	67.200,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**975.628,38**	**965.800,00**	**1.084.300,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-907.405,32**	**-925.800,00**	**-1.044.300,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-907.405,32**	**-925.800,00**	**-1.044.300,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	59.888,60	54.500,00	66.700,00			
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-59.888,60**	**-54.500,00**	**-66.700,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-967.293,92**	**-980.300,00**	**-1.111.000,00**			

Produkt 414-005 Weitere Maßnahmen der Gesundheitspflege

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	41	Gesundheitsdienste
Produktgruppe	414	Maßnahmen der Gesundheitspflege
Produkt	414-005	Weitere Maßnahmen der Gesundheitspflege

Teilhaushalt
Dezernat 4 - Soziales, Integration und Gesundheit

Verantwortlich
Amt 409 - Bärbel Kirschner

Kurzbeschreibung
Prävention und Gesundheitsförderung (sofern nicht in anderen Produkten), umweltbezogener Gesundheitsschutz, Gesundheitsberichterstattung (§§ 4,6,8 NGöGD)
Überwachung von Umgang und Handel mit Arzneimitteln, Erteilung von Erlaubnissen
Überwachungsaufgaben für den Bereich der Hebammen und Entbindungspfleger
Aufgaben nach Bestattungsgesetz
Aufgaben nach Heilpraktikergesetz

Dem Produkt sind 1,6 Stellenanteile zugeordnet.

Zielgruppe
intern: ---
extern: - Betreiberinnen und Betreiber, Trägerinnen und Träger von überwachungspflichtigen Dienstleistungs- und Einzelhandelsbetrieben
- Angehörige der o.g. Berufsgruppen
- Bevölkerung des Landkreises Hildesheim

Kategorie
Pflichtaufgabe

Aufgabenzuordnung
übertragener Wirkungskreis

Auftragsgrundlage
- Niedersächsisches Gesetz über den Öffentlichen Gesundheitsdienst (NGöGD)
- Gesetz über den Verkehr mit Arzneimitteln (Arzneimittelgesetz - AMG)
- Gesetz über das Leichen-, Bestattungs- und Friedhofswesen (Nds. Bestattungsgesetz - BestattG)
- Gesetz über den Beruf der Hebamme und des Entbindungspflegers (Hebammengesetz - HebG)
- Gesetz über die berufsmäßige Ausübung der Heilkunde ohne Bestallung (Heilpraktikergesetz)
- Infektionsschutzgesetz (IfSG)

Sachziele

Qualitätsziele
Z-414-005-001:
Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen.
Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.

Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
G-414-005-001 Stellungnahmen bei Planungsvorhaben - (Anzahl)	0,00	120,00	0,00
G-414-005-002 Besichtigte Einrichtungen n. Arzneimittelgesetz - (Anzahl)	0,00	5,00	0,00
G-414-005-003 Todesbescheinigungen L03 - (Anzahl)	0,00	4.400,00	0,00
ZK-414-005-101 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	0,00

Leistungen

414-005	Weitere Maßnahmen der Gesundheitspflege
414-005-0001	Umweltbezogener Gesundheitsschutz
414-005-0002	Aufgaben nach Arzneimittelrecht
414-005-0003	Aufgaben nach Bestattungsgesetz

Produkt 414-005 Weitere Maßnahmen der Gesundheitspflege

Landkreis Hildesheim

	414-005-0004	Medizinalberufe
	414-005-0005	Prävention und Gesundheitsförderung (sofern nicht in anderen Produkten)

Teilergebnishaushalt Produkt 414-005 Weitere Maßnahmen der Gesundheitspflege

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte	22.519,43	21.500,00	21.500,00			
01.06	+ privatrechtliche Entgelte		100,00	100,00			
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	4.388,28	500,00	500,00			
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**26.907,71**	**22.100,00**	**22.100,00**			
02.01	- Personalaufwendungen	238.110,99	227.000,00	262.100,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	3.944,71	4.100,00	4.200,00			
02.06	- Transferaufwendungen	59.688,76	61.900,00				
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	9.531,88	3.000,00	11.700,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**311.276,34**	**296.000,00**	**278.000,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-284.368,63**	**-273.900,00**	**-255.900,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-284.368,63**	**-273.900,00**	**-255.900,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	15.966,10	12.900,00	16.000,00			
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-15.966,10**	**-12.900,00**	**-16.000,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-300.334,73**	**-286.800,00**	**-271.900,00**			

Produkt 414-006 Präventionsmaßnahme PIAF® (Amt 409)

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	41	Gesundheitsdienste
Produktgruppe	414	Maßnahmen der Gesundheitspflege
Produkt	414-006	Präventionsmaßnahme PIAF® (Amt 409)

Teilhaushalt	I - Landrat, Politik, OE's
Verantwortlich	Amt 409 - Bärbel Kirschner
Kurzbeschreibung	Interdisziplinäre Intervention im Kindergarten zur Früherkennung und Frühförderung im Landkreis Hildesheim: Prävention in aller Frühe (PIAF®) Anteil des FD 409: Planung und Durchführung der sozialpädiatrischen Untersuchungen und Beratungen Einleitung von Fördermaßnahmen und Hilfen nach SGB XII, fachliche Präsentation Dem Produkt sind 11,7 Stellenanteile zugeordnet.
Zielgruppe	intern: --- extern: Kinder in vorschulischen Einrichtungen sowie deren Eltern/Familien und alle mit der gesunden Entwicklung befassten Fachkräfte und Institutionen
Kategorie	freiwillige Aufgabe
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis
Auftragsgrundlage	Kreistagsbeschluss vom 27.09.2010
Sachziele	Frühzeitige Erkennung eines Förderungsbedarfs bei Kindern und Unterstützung der Eltern/Familien und anderen Beteiligten bei der Entwicklung von Förderkonzepten, um die Rate der bis zur Schuleingangsuntersuchung unbekannten, gravierenden Befunde in schulrelevanten Entwicklungsbereichen zu reduzieren und Therapiebedarf zu mindern.
Qualitätsziele	Z-414-006-001: Alle Kindertagesstätten, denen es angeboten wird, beteiligen sich an PIAF®. Z-414-006-002 Landkreisweite Untersuchung aller Kinder, die zwei Jahre später schulpflichtig werden und Beratung von deren Eltern/Familien, Erzieherinnen/Erzieher und anderen Beteiligten. Z-414-006-003: Frühzeitige Erkennung von Entwicklungsauffälligkeiten und schulrelevanten Entwicklungsschwierigkeiten (Sprache, Grob- und Feinmotorik, Sinnes- und Wahrnehmungsfunktionen) bei den untersuchten Kindern. Z-414-006-004: Frühzeitige Initiierung, Vermittlung und Vernetzung der jeweils individuell-passgenauen medizinischen und pädagogischen Fördermaßnahmen bei den untersuchten Kindern. Z-414-006-005: Reduktion der Rate der bis zur Schuleingangsuntersuchung unbekannten, gravierenden Befunde in schulrelevanten Teilbereichen. Z-414-006-006: Minderung des Therapiebedarfs in kindlichen schulrelevanten Entwicklungsbereichen. Z-414-006-007: Verbesserung des Impfschutzes. Z-414-006-008: Erhöhung der Teilnahmerate an der Vorsorgeuntersuchung U9. Z-414-006-009: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt. Details zur Zielerreichung und zur Wirkungsmessung werden separat vom Haushalt jeweils im Controllingbericht dargestellt, der nach dem Kreistagsbeschluss vom 23.06.2011 jährlich zu erstellen ist.

Kennzahlen	Ergebnis	Ansatz	Ansatz

Produkt 414-006 Präventionsmaßnahme PIAF® (Amt 409)

Landkreis Hildesheim

	Vorvorjahr	Vorjahr	lfd. Jahr
ZK-414-006-001 Beteiligung der Kindertagesstätten (%)	0,00	100,00	0,00
ZK-414-006-002 Untersuchte Kinder (%)	0,00	100,00	0,00
ZK-414-006-901 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	0,00

Leistungen	414-006	Präventionsmaßnahme PIAF® (Amt 409)

Teilergebnishaushalt Produkt 414-006 Präventionsmaßnahme PIAF® (Amt 409)

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	4.839,57					
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**4.839,57**					
02.01	- Personalaufwendungen	666.710,88	725.200,00	747.700,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	3.620,59	16.400,00	16.500,00			
02.04	- Abschreibungen	1.922,96	1.700,00	1.000,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	55.275,69	6.000,00	6.000,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**727.530,12**	**749.300,00**	**771.200,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-722.690,55**	**-749.300,00**	**-771.200,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-722.690,55**	**-749.300,00**	**-771.200,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	43.684,20	44.200,00	53.900,00			
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-43.684,20**	**-44.200,00**	**-53.900,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-766.374,75**	**-793.500,00**	**-825.100,00**			

Produkt 414-008 Weitere Maßnahmen der Gesundheitspflege -freiwillig-

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	41	Gesundheitsdienste
Produktgruppe	414	Maßnahmen der Gesundheitspflege
Produkt	414-008	Weitere Maßnahmen der Gesundheitspflege -freiwillig-

Leistungen	414-008	Weitere Maßnahmen der Gesundheitspflege -freiwillig-
	414-008-0003	Aufgaben nach Bestattungsgesetz -freiwillig-
	414-008-0005	Prävention und Gesundheitsförderung (sofern nicht in anderen Prod) -freiwillig-

Teilergebnishaushalt Produkt 414-008 Weitere Maßnahmen der Gesundheitspflege -freiwillig-

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
02.01	- Personalaufwendungen			5.200,00			
02.06	- Transferaufwendungen			64.000,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**			**69.200,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**			**-69.200,00**			
05.	**= Jahresergebnis**			**-69.200,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**			**-69.200,00**			

Produkt 414-009 Ärztliche/zahnärztliche Untersuchungen und Beratungen -freiwillig-

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	41	Gesundheitsdienste
Produktgruppe	414	Maßnahmen der Gesundheitspflege
Produkt	414-009	Ärztliche/zahnärztliche Untersuchungen und Beratungen -freiwillig-

Teilhaushalt	Dezernat 4 - Soziales, Integration und Gesundheit
Verantwortlich	Amt 409 - Bärbel Kirschner
Kurzbeschreibung	Ärztliche und zahnärztliche Gutachten, Zeugnisse und Bescheinigungen - Fachgerechte gutachterliche Feststellungen zur Unterstützung von Verwaltungsentscheidungen - (Sozial-)Medizinische Beratung der zu begutachtenden Person Dem Produkt sind 0,5 Stellenanteile zugeordnet.
Zielgruppe	intern: Zu begutachtende Personen und Auftraggeber/-innen der Gutachten extern: Zu begutachtende Personen und Auftraggeber/-innen der Gutachten
Kategorie	freiwillige Aufgabe
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis
Auftragsgrundlage	§ 7 Niedersächsisches Gesetz über den Öffentlichen Gesundheitsdienst (NGöGD) hausinterne Regelungen zur Übernahme sonstiger Begutachtungen Vereinbarungen mit Jobcenter Hildesheim

Leistungen	414-009	Ärztliche/zahnärztliche Untersuchungen und Beratungen -freiwillig-

Teilergebnishaushalt Produkt 414-009 Ärztliche/zahnärztliche Untersuchungen und Beratungen -freiwillig-

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
02.01	- Personalaufwendungen			37.200,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**			**37.200,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**			**-37.200,00**			
05.	**= Jahresergebnis**			**-37.200,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**			**-37.200,00**			

Produkt 611-002 Mehrbelastungsausgleich Nds. AG SGB II

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	61	Allgemeine Finanzwirtschaft
Produktgruppe	611	Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen
Produkt	611-002	Mehrbelastungsausgleich Nds. AG SGB II

Teilhaushalt	Dezernat 4 - Soziales, Integration und Gesundheit
Verantwortlich	Dez. 4 - Thomas Minnrich
Kurzbeschreibung	Vereinnahmung des Landeszuschusses für die Kosten der Kommunalen Träger für die Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende
Kategorie	Funktionsaufgabe
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis
Auftragsgrundlage	Nds. Gesetz zur Ausführung des SBG II (Nds. AG SGB II)
Sachziele	

Leistungen	611-002	Mehrbelastungsausgleich Nds. AG SGB II

Teilergebnishaushalt Produkt 611-002 Mehrbelastungsausgleich Nds. AG SGB II

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.01	Steuern und ähnliche Abgaben	3.481.373,09					
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**3.481.373,09**					
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**3.481.373,09**					
05.	**= Jahresergebnis**	**3.481.373,09**					
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**3.481.373,09**					

Teilhaushalt
Dezernat 5

Kinder, Jugend und Familie

Erläuterungen zum Teilhaushalt 5

Dezernat 5 – Kinder, Jugend und Familie für das Haushaltsjahr 2026

Amt 406 - Jugendamt - Erziehungshilfe

Produkt 363-002 - Förderung der Erziehung in der Familie

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
01.07	Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	2.105.874	2.854.100	2.382.200

Aufgrund der Anpassung der Flüchtlingspolitik (Einreisebestimmungen) wird von weniger Zuweisungen für Flüchtlinge ausgegangen und damit einhergehend von weniger *Erstattungen vom Land* für die Maßnahmen (Inobhutnahme) des Landkreises im Bereich der unbegleiteten minderjährigen Ausländer (UMA).

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
02.06	Transferaufwendungen	10.047.110	12.052.600	8.552.900

Bei den *Sozialen Leistungen an natürliche Personen in Einrichtungen* wird wegen der Flüchtlingspolitik von weniger Zuweisungen (Inobhutnahmen) von UMA ausgegangen. Im Weiteren werden u. a. durch die Optimierung des Kinderschutzverfahrens die Eltern in ihre (Schutz-)Verantwortung gebracht, um intensive (stationäre) Maßnahmen durch die Anwendung von milderen Mitteln zu vermeiden. Im Bereich der Gemeinsamen Wohnformen wird ein Fallrückgang aufgrund neuer ambulanter Angebote für eine passgenaue, ambulante Hilfe zum Verbleib im häuslichen Umfeld erwartet.

Produkt 363-003 - Hilfen zur Erziehung

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
01.04	Sonstige Transfererträge	1.701.561	1.144.700	882.000

Der *Kostenbeitrag* in der Jugendhilfe ist die finanzielle Beteiligung der Eltern oder des jungen Volljährigen an den Kosten für eine Jugendhilfemaßnahme, die sich nach dem Einkommen richtet. Hier ist anzumerken, dass seit 2023 die Kostenheranziehung junger Menschen, die selbst eine Leistung erhalten, abgeschafft wurde.

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
01.07	Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	11.649.025	6.318.400	7.969.000

Die *Erstattungen vom Land* sind abhängig von den laufenden Maßnahmen (ambulante oder stationäre Betreuung) des Landkreises für UMA.

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
02.06	Transferaufwendungen	61.479.666	55.932.200	54.709.900

Bei den *Sozialen Leistungen an natürliche Personen in und außerhalb von Einrichtungen* wird von weniger Aufwendungen als im Vorjahr ausgegangen, weil durch die Einführung von Maßnahmen die Fallumfänge sinken sowie Fallzahlen durch ein verstärktes Eingangsmanagement und eine optimierte Fallsachbearbeitung reduziert werden sollen. Unabhängig davon spiegeln sich hier die Kosten für sog. System(e)herausforderer wieder; junge Menschen, für die eine individuelle stationäre Angebotsform mit kostenintensiver 1:1-Betreuung die einzig geeignete und notwendige Hilfe ist.

Produkt 363-005 - Eingliederungshilfe nach § 35 a SGB VIII

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
02.06	Transferaufwendungen	13.921.416	13.910.800	15.373.200

Hier wird bei den *Sozialen Leistungen an natürliche Personen in und außerhalb von Einrichtungen* weiterhin von einem erhöhten Betreuungsbedarf ausgegangen, da die Komplexität einzelner Fälle eine Zusatzbetreuung beansprucht.

Amt 407 – Amt für Familie

Produkt 365-001 - Sicherstellung der Kindertagesbetreuung (407)

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
02.06	Transferaufwendungen	55.055.020	30.546.200	28.061.800
02.07	Sonstige ordentliche Aufwendungen	6.233.394	11.211.300	28.762.500

Das Produkt 365-001 besteht zum größten Teil aus Aufwendungen, welche sich in den Ergebnisgliederungscodes 02.06 "Transferaufwendungen“ und 02.07 „Sonstige ordentliche Aufwendungen“ widerspiegeln.
Bis zum Haushaltsjahr 2024 wurden über diese beiden Ergebnisgliederungscodes die Zahlungen nach dem alten Kita-Vertrag im gesamten Kreisgebiet vorgenommen.
Im Jahr 2025 wurde der alte Kita-Vertrag noch für sieben Monate für die sechs Gemeinden abgerechnet, welche nicht mehr im Kita-Vertrag sind. Ab dem 01.08.2025 erfolgt eine Vollkostenerstattung.
12 der 18 kreisangehörigen Gemeinden werden nach dem neuen Kita-Vertrag abgerechnet. Entsprechend sind die Aufwendungen gesunken.
Eine Verrechnung erfolgt mit der Kreisumlage.
Für das Haushaltsjahr 2026 sind Ansätze für die Aufgabe der Ganztagsbetreuung für Grundschüler ab dem 01.08.2026 beim Code 02.06 eingeplant.

Investitionstätigkeit
Die Investitionen ergeben sich aus der Gesamtübersicht Investitionstätigkeit.

Haushaltsplan 2026
Übersicht Produkte aller Teilhaushalte

Teilhaushalt Dezernat 5

Dezernat 5 - Kinder, Jugend und Familie					
Amt	**Produktnr.**	**Bezeichnung**	**Plan 2026**		**Zuschuss (-) Überschuss**
			Erträge €	**Aufwendungen €**	**€**
4-06	363-002	Förderung der Erziehung in der Familie	2.497.000	10.158.100	-7.661.100
4-06	363-014	Förderung der Erziehung in der Familie -freiwillig-	121.000	196.000	-75.000
4-06	363-003	Hilfen zur Erziehung	8.851.200	65.010.600	-56.159.400
4-06	363-015	Hilfen zur Erziehung -freiwillig-	0	209.900	-209.900
4-06	363-004	Präventionsmaßnahme PIAF® (Amt 406)	0	588.600	-588.600
4-06	363-005	Eingliederungshilfe nach § 35 a SGB VIII	289.800	19.030.600	-18.740.800
4-06	363-006	Verfahren nach dem Jugendgerichtsgesetz	0	1.633.000	-1.633.000
4-06	363-016	Verfahren nach dem Jugendgerichtsgesetz -freiwillig-	0	121.900	-121.900
4-07	111-031	Betriebskrippe -freiwillig-	72.000	810.200	-738.200
4-07	311-103	Hilfe zum Lebensunterhalt (Amt 407)	0	12.000	-12.000
4-07	311-903	Verwaltung der Sozialhilfe (Amt 407)	0	25.600	-25.600
4-07	312-601	Leistungen für Bildung und Teilhabe nach § 28 SGB II	2.517.500	3.600.000	-1.082.500
4-07	312-902	Verwaltung der Grundsicherung für Arbeitsuchende (Amt 407)	400.000	908.500	-508.500
4-07	341-001	Unterhaltsvorschuss	15.477.200	17.233.800	-1.756.600
4-07	346-001	Wohngeld	9.232.500	9.805.400	-572.900
4-07	347-001	Bildung und Teilhabe nach § 6b Bundeskindergeldgesetz	1.980.000	2.683.900	-703.900
4-07	361-001	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege	170.400	1.207.500	-1.037.100
4-07	361-003	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege -freiwillig-	80.000	254.200	-174.200
4-07	362-001	Jugendarbeit	23.600	80.100	-56.500
4-07	362-002	Jugendarbeit -freiwillig-	0	265.900	-265.900
4-07	363-001	Jugendsozialarbeit, Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz	63.500	484.300	-420.800
4-07	363-013	Jugendsozialarbeit, Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz -freiwillig-	0	83.400	-83.400
4-07	363-007	Beistandschaft, Amtspflegschaft und -vormundschaft	0	1.508.000	-1.508.000
4-07	363-017	Beistandschaft, Amtspflegschaft und -vormundschaft -freiwillig-	0	57.700	-57.700
4-07	363-008	Elterngeld	297.700	913.000	-615.300
4-07	365-001	Sicherstellung der Kindertagesbetreuung (407)	3.732.100	59.624.900	-55.892.800
4-07	365-003	Sicherstellung der Kindertagesbetreuung (407) -freiwillig-	22.000	192.200	-170.200
4-07	366-001	Kreiseigene Jugendeinrichtungen -freiwillig-	0	555.200	-555.200
4-07	367-001	Erziehungsberatung	0	1.115.600	-1.115.600
4-07	367-002	Erziehungsberatung -freiwillig-	0	5.500	-5.500
4-07	421-001	Sportförderung -freiwillig-	7.700	251.900	-244.200
Ergebnis Teilhaushalt 5			**45.835.200**	**198.627.500**	**-152.792.300**

Teilergebnishaushalt Teilhaushalt 5

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	88.531,58	6.841.500,00	5.231.000,00			
01.03	+ Auflösungserträge aus Sonderposten	98.765,18	93.000,00	78.000,00			
01.04	+ sonstige Transfererträge	-578,00	5.787.700,00	5.278.800,00			
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte		12.000,00	22.000,00			
01.06	+ privatrechtliche Entgelte		3.500,00	368.500,00			
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	-3.300,00	32.533.300,00	34.856.900,00			
01.11	+ sonstige ordentliche Erträge	2.832,00					
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**186.250,76**	**45.271.000,00**	**45.835.200,00**			
02.01	- Personalaufwendungen	4.045.005,61	19.460.000,00	21.701.100,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	151.067,70	772.500,00	756.700,00			
02.04	- Abschreibungen	1.865.674,54	1.709.700,00	1.865.200,00			
02.06	- Transferaufwendungen	9.943.328,68	140.870.600,00	135.403.700,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	4.903.176,08	19.263.800,00	37.735.100,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**20.908.252,61**	**182.076.600,00**	**197.461.800,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-20.722.001,85**	**-136.805.600,00**	**-151.626.600,00**			
04.01	+ außerordentliche Erträge	4,87					
04.03	**= Außerordentliches Ergebnis**	**4,87**					
05.	**= Jahresergebnis**	**-20.721.996,98**	**-136.805.600,00**	**-151.626.600,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen		881.400,00	1.135.500,00			
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**		**-881.400,00**	**-1.135.500,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-20.721.996,98**	**-137.687.000,00**	**-152.762.100,00**			

Produkt 111-031 Betriebskrippe -freiwillig-

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	11	Innere Verwaltung
Produktgruppe	111	Verwaltungssteuerung und -service
Produkt	111-031	Betriebskrippe -freiwillig-

Teilhaushalt	Dezernat 5 - Kinder, Jugend und Familie
Verantwortlich	Amt 407 - Florian Deister
Kurzbeschreibung	Einrichtung und Unterhaltung einer kreiseigenen betrieblichen Kindertagesbetreuung in Form von zwei Krippengruppen. Betriebskostensabrechnung mit dem freien Träger. Dem Produkt sind 0,1 Stellenanteile zugeordnet.
Zielgruppe	intern: Mitarbeiter*innen des Landkreises Hildesheim extern: Kinder und Familien aus dem Kreisgebiet Hildesheim
Kategorie	freiwillige Aufgabe
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis
Auftragsgrundlage	Beschluss des Kreistages zur Vorlage 377/XIX vom 16.03.2023; Beschluss des Kreistages zur Vorlage 771/XIX vom 28.11.2024
Sachziele	Die Betriebskrippe soll als wesentliches Element der Mitarbeiterbindung und anwerbung genutzt werden. Durch die Implementierung vor Ort sollen Mitarbeiter*innen dauerhaft an den Landkreis Hildesheim als Arbeitgeber gebunden werden und die Zufriedenheit mit dem Arbeitgeber Landkreis Hildesheim gesteigert werden. Weiterhin soll im Wettbewerb um Arbeitskräfte ein Standortvorteil geschaffen werden.
Qualitätsziele	Bereitstellung einer verlässlichen Betreuung für die Mitarbeiter*innen. Bereitstellung einer qualitativ hochwertigen pädagogischen Arbeit am Kind durch einen geeigneten freien Träger.
Maßnahmen	Regelmäßiger Austausch durch die Fachberatung 407 mit dem freien Träger

Leistungen	111-031	Betriebskrippe -freiwillig-

Teilergebnishaushalt Produkt 111-031 Betriebskrippe -freiwillig-

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	34,89	15.000,00	72.000,00			
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**34,89**	**15.000,00**	**72.000,00**			
02.01	- Personalaufwendungen	14.522,48	350.500,00	475.400,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	33,34	22.100,00	11.200,00			
02.04	- Abschreibungen		200,00				
02.06	- Transferaufwendungen		90.000,00	323.100,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	35,53	800,00	500,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**14.591,35**	**463.600,00**	**810.200,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-14.556,46**	**-448.600,00**	**-738.200,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-14.556,46**	**-448.600,00**	**-738.200,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	600,16					
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-600,16**					
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-15.156,62**	**-448.600,00**	**-738.200,00**			

Produkt 311-103 Hilfe zum Lebensunterhalt (Amt 407)

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	31	Soziale Hilfen
Produktgruppe	311	Grundversorgung und Hilfen in besonderen Lebenslagen nach SGB XII
Produkt	311-103	Hilfe zum Lebensunterhalt (Amt 407)

Teilhaushalt Dezernat 5 - Kinder, Jugend und Familie

Verantwortlich Amt 407 - Florian Deister

Kurzbeschreibung

Erbringung von Sach- und Geldleistungen für Bildung und Teilhabe (§ 34 SGB XII) an Personen, die diese Bedarfe nicht aus eigenen Kräften und Mitteln vollständig decken können.

Das Bildungs- und Teilhabepaket beinhaltet somit derzeit die folgenden Leistungen:
-Kosten für Ausflüge der Schule / Kindertageseinrichtung
-Kosten für mehrtägige Klassenfahrten
-Kosten für Schulbedarf (Schulbedarfspaket)
-Schülerbeförderungskosten
-Kosten für eine ergänzende angemessene Lernförderung
-Kosten für ein gemeinschaftliches Mittagessen für Schüler*innen - unter der Voraussetzung, dass die Mittagsverpflegung
in schulischer Verantwortung angeboten wird oder durch einen Kooperationsvertrag zwischen Schule und Tageseinrichtung
vereinbart ist - und für Kinder, die eine Tageseinrichtung besuchen oder für die Kindertagespflege geleistet wird sowie
-Kosten zur Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben (Aktivitäten im Verein, Musikunterricht, Freizeiten)

Berechtigt sind Kinder und Jugendliche aus Familien, die
- Arbeitslosengeld II bzw. Sozialgeld nach dem Sozialgesetzbuch - Zweites Buch (SGB II),
- Sozialhilfe nach dem Sozialgesetzbuch - Zwölftes Buch (SGB XII),
- Kinderzuschlag nach dem Bundeskindergeldgesetz (BKGG) oder
- Wohngeld
- oder Leistungen nach §§ 2 oder 3 AsylbLG beziehen.

Das Bildungspaket gilt für Kinder und Jugendliche bis 25 Jahre. Ausnahme sind die Leistungen zum Mitmachen in Kultur, Sport und Freizeit – hier liegt die Altersobergrenze bei 18 Jahren.

Dem Produkt sind 0,25 Stellenanteile zugeordnet.

Folgende Anträge:
Antrag auf Kostenübernahme für Ausflüge und mehrtägige Klassenfahrten (8-12Wochen)
Antrag auf Kitaausflüge und mehrtägige Fahrten (8-12 Wochen)
Antrag auf Schülerbeförderung (8-12 Wochen)
Antrag auf Lernförderung (8-12 Wochen)
Antrag auf Kostenübernahme der Mittagsverpflegung in Schule oder Kita (8-12 Wochen)
Antrag auf Kostenübernahme der Teilhabe soz. und kult. Leben (8-12 Wochen)
Antrag auf das Schulbedarfspaket (8-12 Wochen)

Zielgruppe

intern: ---
extern: Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene bzw. deren Eltern und -teile
und Sorgeberechtigten sowie Leistungsanbietende im Bildungs- und Teilhabebereich

Kategorie Pflichtaufgabe

Aufgabenzuordnung übertragener Wirkungskreis

Auftragsgrundlage SGB XII - Sozialgesetzbuch Sozialhilfe

Sachziele

Qualitätsziele

Z-311-103-001:
Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen.
Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.

Produkt 311-103 Hilfe zum Lebensunterhalt (Amt 407)

Landkreis Hildesheim

Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
G-311-103-001 Fallzahl - Ausflüge und mehrtägige Klassenfahrten - (Anzahl)	0,00	20,00	0,00
G-311-103-002 Finanzleistungen - Ausflüge und mehrtägige Klassenfahrten - (EUR)	0,00	2.500,00	0,00
G-311-103-003 Fallzahl - Persönlicher Schulbedarf - (Anzahl)	0,00	60,00	0,00
G-311-103-004 Finanzleistungen - Persönlicher Schulbedarf - (EUR)	0,00	5.600,00	0,00
G-311-103-007 Fallzahl - Lernförderung - (Anzahl)	0,00	10,00	0,00
G-311-103-008 Finanzleistungen - Lernförderung - (EUR)	0,00	1.800,00	0,00
G-311-103-009 Fallzahl - Mittagsverpflegung - (Anzahl)	0,00	70,00	0,00
G-311-103-010 Finanzleistungen - Mittagsverpflegung - (EUR)	0,00	7.000,00	0,00
G-311-103-011 Fallzahl - Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben - (Anzahl)	0,00	15,00	0,00
G-311-103-012 Finanzleist. - Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben - (EUR)	0,00	1.500,00	0,00
ZK-311-103-101 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	0,00

Leistungen 311-103 Hilfe zum Lebensunterhalt (Amt 407)

Teilergebnishaushalt Produkt 311-103 Hilfe zum Lebensunterhalt (Amt 407)

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
02.01	- Personalaufwendungen		8.000,00				
02.06	- Transferaufwendungen	12.611,10	12.000,00	12.000,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**12.611,10**	**20.000,00**	**12.000,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-12.611,10**	**-20.000,00**	**-12.000,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-12.611,10**	**-20.000,00**	**-12.000,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-12.611,10**	**-20.000,00**	**-12.000,00**			

Produkt 311-903 Verwaltung der Sozialhilfe (Amt 407)

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	31	Soziale Hilfen
Produktgruppe	311	Grundversorgung und Hilfen in besonderen Lebenslagen nach SGB XII
Produkt	311-903	Verwaltung der Sozialhilfe (Amt 407)

Teilhaushalt Dezernat 5 - Kinder, Jugend und Familie

Verantwortlich Amt 407 - Florian Deister

Kurzbeschreibung
Verwaltungskosten im Zusammenhang mit der Erbringung von Sach- und Geldleistungen für Bildung und Teilhabe(§ 34 SGB XII) an Personen, die diese Bedarfe nicht aus eigenen Kräften und Mitteln vollständig decken können.
Dem Produkt sind 0,05 Stellenanteile zugeordnet.

Zielgruppe
intern: ---
extern: Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene bzw. deren Eltern und -teile und Sorgeberechtigten sowie Leistungsanbietende im Bildungs- und Teilhabebereich

Kategorie Pflichtaufgabe

Aufgabenzuordnung übertragener Wirkungskreis

Auftragsgrundlage SGB XII - Sozialgesetzbuch Sozialhilfe

Sachziele

Qualitätsziele
Z-311-903-001:
Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen.
Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.

Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
ZK-311-903-101 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	0,00

Leistungen

311-903	Verwaltung der Sozialhilfe (Amt 407)
311-903-0001	Bildung und Teilhabe

Teilergebnishaushalt Produkt 311-903 Verwaltung der Sozialhilfe (Amt 407)

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	45,35					
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**45,35**					
02.01	- Personalaufwendungen	18.938,74	9.200,00	12.700,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	44,26					
02.04	- Abschreibungen	100,29	100,00	100,00			
02.06	- Transferaufwendungen	25.000,00	25.000,00				
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	57,88					
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**44.141,17**	**34.300,00**	**12.800,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-44.095,82**	**-34.300,00**	**-12.800,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-44.095,82**	**-34.300,00**	**-12.800,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	775,19	4.900,00	12.800,00			
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-775,19**	**-4.900,00**	**-12.800,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-44.871,01**	**-39.200,00**	**-25.600,00**			

Produkt 312-601 Leistungen für Bildung und Teilhabe nach § 28 SGB II

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	31	Soziale Hilfen
Produktgruppe	312	Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II
Produkt	312-601	Leistungen für Bildung und Teilhabe nach § 28 SGB II

Teilhaushalt	Dezernat 5 - Kinder, Jugend und Familie
Verantwortlich	Amt 407 - Florian Deister
Kurzbeschreibung	Abwicklung des Bundeszuschusses für Bildung und Teilhabe (Transferleistungen) nach § 28 SGB II einschließlich der Personal- und Sachkosten für die finanzielle und inhaltliche Abwicklung beim Landkreis Hildesheim Dem Produkt sind 0,1 Stellenanteile zugeordnet.
Zielgruppe	intern: --- extern: Gemeinsame Einrichtung (Jobcenter)
Kategorie	Pflichtaufgabe
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis
Auftragsgrundlage	SGB II - Grundsicherung für Arbeitsuchende
Sachziele	
Qualitätsziele	Z-312-601-001: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.

Kennzahlen	**Ergebnis Vorvorjahr**	**Ansatz Vorjahr**	**Ansatz lfd. Jahr**
ZK-312-601-101 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	0,00

Leistungen	312-601	Leistungen für Bildung und Teilhabe nach § 28 SGB II

Teilergebnishaushalt Produkt 312-601 Leistungen für Bildung und Teilhabe nach § 28 SGB II

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	4.121.432,03	2.100.000,00	2.500.000,00			
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	17.222,16	17.500,00	17.500,00			
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**4.138.654,19**	**2.117.500,00**	**2.517.500,00**			
02.01	- Personalaufwendungen		73.400,00				
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	4.232.277,12	3.300.000,00	3.600.000,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**4.232.277,12**	**3.373.400,00**	**3.600.000,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-93.622,93**	**-1.255.900,00**	**-1.082.500,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-93.622,93**	**-1.255.900,00**	**-1.082.500,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-93.622,93**	**-1.255.900,00**	**-1.082.500,00**			

Produkt 312-902 Verwaltung der Grundsicherung für Arbeitsuchende (Amt 407)

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	31	Soziale Hilfen
Produktgruppe	312	Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II
Produkt	312-902	Verwaltung der Grundsicherung für Arbeitsuchende (Amt 407)

Teilhaushalt	Dezernat 5 - Kinder, Jugend und Familie
Verantwortlich	Amt 407 - Florian Deister
Kurzbeschreibung	Verwaltungsaufgaben nach dem SGB II. Zusammenarbeit mit der Gemeinsamen Einrichtung (Jobcenter Hildesheim). Erstattung der Verwaltungskosten an die Gemeinsame Einrichtung (Jobcenter). Dem Produkt sind 0,25 Stellenanteile zugeordnet.
Zielgruppe	intern: --- extern: - Gemeinsame Einrichtung (Jobcenter Hildesheim)
Kategorie	Pflichtaufgabe
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis
Auftragsgrundlage	SGB II - Grundsicherung für Arbeitsuchende
Sachziele	
Qualitätsziele	Z-312-902-001: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.

Kennzahlen	**Ergebnis Vorvorjahr**	**Ansatz Vorjahr**	**Ansatz lfd. Jahr**
ZK-312-902-101 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	0,00

Leistungen 312-902 Verwaltung der Grundsicherung für Arbeitsuchende (Amt 407)

Teilergebnishaushalt Produkt 312-902 Verwaltung der Grundsicherung für Arbeitsuchende (Amt 407)

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	485.753,50	400.000,00	400.000,00			
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	205,31					
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**485.958,81**	**400.000,00**	**400.000,00**			
02.01	- Personalaufwendungen	85.724,08	11.800,00	91.900,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	201,37					
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	671.375,12	650.000,00	800.000,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**757.300,57**	**661.800,00**	**891.900,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-271.341,76**	**-261.800,00**	**-491.900,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-271.341,76**	**-261.800,00**	**-491.900,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	3.500,84	8.700,00	16.600,00			
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-3.500,84**	**-8.700,00**	**-16.600,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-274.842,60**	**-270.500,00**	**-508.500,00**			

Produkt 341-001 Unterhaltsvorschuss

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	31	Soziale Hilfen
Produktgruppe	341	Unterhaltsvorschussleistungen
Produkt	341-001	Unterhaltsvorschuss

Teilhaushalt Dezernat 5 - Kinder, Jugend und Familie

Verantwortlich Amt 407 - Florian Deister

Kurzbeschreibung

Gewährung von Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (UVG) auf Antrag des alleinerziehenden Elternteils zur Sicherstellung des Lebensunterhaltes minderjähriger Kinder, bei fehlenden Unterhaltszahlungen des unterhaltspflichtigen
Elternteiles auf der Ausgabenseite und Heranziehung der unterhaltspflichtgen Elternteile zur Erstattung der gewährten Leistung auf der Einnahmeseite, Erstattung von Leistungen anderer Unterhaltsvorschusskassen und Sozialleistungsträgern einschließlich der Personal- und Sachkosten für die vom Land Niedersachsen auf den Landkreis übertragene Aufgabe
Dem Produkt sint 19,0 Stellenanteile zugeordnet.

Antrag auf Leistungen nach dem UVG: ca. 15 bis 60 Tage je nach Einreichung der notwendigen Antragsunterlagen, in schwierigen Fällen oder Unterbesetzung kann sich die Bearbeitungszeit in Ausnahmefällen erhöhen

Zielgruppe

intern: ---
extern: minderjährige Kinder, die die Anspruchsvoraussetzungen erfüllen und deren antragstellende Elternteile, erstattungspflichtige Elternteile, u. U. mit Beteiligung von Familien- und Vollstreckungsgerichte

Kategorie Pflichtaufgabe

Aufgabenzuordnung übertragener Wirkungskreis

Auftragsgrundlage

UVG incl der umfangreichen Richtlinien zur Durchführung des Gesetzes, für den Rückgriff wesentliche Rechtsgrundlagen BGB, ZPO, FamFG und die Leitlinien des OLG Celle

Sachziele

Teilnahme an Kennzahlenvergleichen und Anpassung der Dienstleistungen des Landkreises an die Ergebnisse der Vergleiche, entsprechend den erlassenen Rahmenregeln, z.Zt. NLT-Vergleich "Unterhaltsvorschuss" sowie die Umsetzung der
Vorschläge des Rückgriffpaktes.

Qualitätsziele

Z-341-001-001:
Pro Sachbearbeiter/in soll eine Anzahl von 840 Rückgriffsfällen erreicht werden.
Z-341-001-002:
Durchschnittliche Durchlaufzeit für Bewilligungen < 30 Tage
Z-341-001-003:
Die durchschnittliche Rückholquote soll mindestens dem Landesdurchschnitt entsprechen.
Hinweis: Der Zielwert wird nicht erreicht, es wird ein Wert von 15% angestrebt.
Z-341-001-004:
Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen.
Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.

Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
ZK-341-001-001 Rückgriffsfälle pro Sachbearbeiter/-in (Anzahl)	0,00	510,00	0,00
ZK-341-001-002 Fälle UVG (gesamt) - (Anzahl)	0,00	7.300,00	0,00
ZK-341-001-003 Durchlaufzeit Bewilligungen - (Tage)	0,00	50,00	0,00
ZK-341-001-004 Zahlfälle - (Anzahl)	0,00	3.400,00	0,00
ZK-341-001-006 Rückgriffsfälle - (Anzahl)	0,00	6.900,00	0,00
ZK-341-001-007 Rückholquote Landkreis - (%)	0,00	17,00	0,00

Produkt 341-001 Unterhaltsvorschuss

Landkreis Hildesheim

ZK-341-001-008 Rückholquote Landesdurchschnitt - (%)	0,00	17,00	0,00
ZK-341-001-401 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	0,00

Leistungen	341-001	Unterhaltsvorschuss
	341-001-0001	Unterhaltsleistungen
	341-001-0002	Rückgriff lfd. und nach Einstellung des Unterhalts

Teilergebnishaushalt Produkt 341-001 Unterhaltsvorschuss

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.04	+ sonstige Transfererträge	2.709.145,27	4.156.000,00	4.017.000,00			
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	8.947.255,86	10.735.200,00	11.460.200,00			
01.11	+ sonstige ordentliche Erträge	57.317,43					
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**11.713.718,56**	**14.891.200,00**	**15.477.200,00**			
02.01	- Personalaufwendungen	1.591.654,43	1.515.100,00	1.669.900,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	47.995,76	45.900,00	47.200,00			
02.04	- Abschreibungen	83.399,73	1.800,00	2.200,00			
02.06	- Transferaufwendungen	11.996.136,33	14.643.200,00	15.439.600,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	18.002,85	8.000,00	8.000,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**13.737.189,10**	**16.214.000,00**	**17.166.900,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-2.023.470,54**	**-1.322.800,00**	**-1.689.700,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-2.023.470,54**	**-1.322.800,00**	**-1.689.700,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	68.906,52	57.000,00	66.900,00			
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-68.906,52**	**-57.000,00**	**-66.900,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-2.092.377,06**	**-1.379.800,00**	**-1.756.600,00**			

Produkt 346-001 Wohngeld

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	31	Soziale Hilfen
Produktgruppe	346	Wohngeld
Produkt	346-001	Wohngeld

Teilhaushalt	Dezernat 5 - Kinder, Jugend und Familie
Verantwortlich	Amt 407 - Florian Deister
Kurzbeschreibung	Das Wohngeld dient der wirtschaftlichen Sicherung angemessenen und familiengerechten Wohnens. Es wird als Zuschuss zur Miete (Mietzuschuss) oder zur Belastung (Lastenzuschuss für Eigenheim, Eigentumswohnung) geleistet. Die Höhe des Wohngeldes richtet sich nach der Anzahl der zu berücksichtigenden Haushaltsmitglieder, der zu berücksichtigenden Miete oder Belastung sowie dem Gesamteinkommen. Wohngeld wird nur auf Antrag gewährt. Gezahlt wird ab dem 1. des Monats, in dem der Antrag gestellt worden ist. Ausgeschlossen von der Wohngeldzahlung sind u.a. Bezieher von Leistungen nach den Sozialgesetzbüchern (SGB) II und XII, wenn bei deren Berechnung bereits Unterkunftskosten berücksichtigt worden sind. Dem Produkt sind 8,1 Stellenanteile zugeordnet. Folgende Anträge: Antrag auf Wohngeld als Lastenzuschuss oder Mietzuschuss (ca. 12,5 Tage)
Zielgruppe	intern: --- extern: Mieterinnen und Mieter, Nutzungsberechtigte oder Wohnungseigentümerinnen und -eigentümer
Kategorie	Pflichtaufgabe
Aufgabenzuordnung	übertragener Wirkungskreis
Auftragsgrundlage	- Wohngeldgesetz (WoGG)
Sachziele	Teilnahme an Kennzahlenvergleichen und Anpassung der Dienstleistungen des Landkreises an die Ergebnisse der Vergleiche, entsprechend den erlassenen Rahmenregeln, z.Zt. NLT-Vergleich "Wohngeld"
Qualitätsziele	Z-346-001-001: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt. Z-346-001-002: Der durchschnittliche Bearbeitungszeitraum soll nicht länger als 20 Tage sein.
Maßnahmen	ZM-346-001-002: Durchschnittlicher Berarbeitungszeitraum Wohngeld - (Tage)

Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
G-346-001-001 Hilfeempfänger/innen - (Anzahl)	0,00	2.000,00	0,00
G-346-001-002 Ausgaben WoGG - (EUR)	0,00	8.500.000,00	0,00
G-346-001-003 Ausgaben je Einwohner - (EUR)	0,00	12,05	0,00
ZK-346-001-002 Durchschnittliche Bearbeitungszeit - (Tage)	0,00	25,00	0,00
ZK-346-001-101 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	0,00

Leistungen	346-001	Wohngeld
	346-001-0001	Mietzuschüsse
	346-001-0002	Lastenzuschüsse
	346-001-0004	Heizkostenzuschuss 2022

Teilergebnishaushalt Produkt 346-001 Wohngeld

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.04	+ sonstige Transfererträge	190.153,17	146.000,00	145.000,00			
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	7.501.015,33	9.070.000,00	9.087.500,00			
01.11	+ sonstige ordentliche Erträge	2.986,34					
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**7.694.154,84**	**9.216.000,00**	**9.232.500,00**			
02.01	- Personalaufwendungen	629.021,84	566.600,00	686.800,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	21.388,11	22.000,00	35.700,00			
02.04	- Abschreibungen	20.082,21	7.600,00	7.600,00			
02.06	- Transferaufwendungen	7.553.428,49	9.000.000,00	9.000.000,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	25.807,17	151.200,00	30.400,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**8.249.727,82**	**9.747.400,00**	**9.760.500,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-555.572,98**	**-531.400,00**	**-528.000,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-555.572,98**	**-531.400,00**	**-528.000,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	42.133,80	32.800,00	44.900,00			
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-42.133,80**	**-32.800,00**	**-44.900,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-597.706,78**	**-564.200,00**	**-572.900,00**			

Produkt 347-001 Bildung und Teilhabe nach § 6b Bundeskindergeldgesetz

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	34	Soziale Hilfen
Produktgruppe	347	Bildung und Teilhabe nach § 6b Bundeskindergeldgesetz
Produkt	347-001	Bildung und Teilhabe nach § 6b Bundeskindergeldgesetz

Teilhaushalt Dezernat 5 - Kinder, Jugend und Familie

Verantwortlich Amt 407 - Florian Deister

Kurzbeschreibung

Erbringung von Sach- und Geldleistungen für Bildung und Teilhabe (§6b BKGG), Bearbeitung von Grundsatzfragen im Bereich Bildung und Teilhabe, Zusammenarbeit/Koordination mit der Stadt Hildesheim, Abwicklung des Bundeszuschusses für Bildung und Teilhabe bei der Stadt Hildesheim, Erarbeitung von Dienstanweisungen, Widerspruchssachbearbeitung

Das Bildungs- und Teilhabepaket beinhaltet somit derzeit die folgenden Leistungen:
- Kosten für Ausflüge der Schule / Kindertageseinrichtung
- Kosten für mehrtägige Klassenfahrten
- Kosten für Schulbedarf (Schulbedarfspaket)
- Schülerbeförderungskosten
- Kosten für eine ergänzende angemessene Lernförderung
- Kosten für ein gemeinschaftliches Mittagessen für Schüler*innen - unter der Voraussetzung, dass die Mittagsverpflegung in schulischer Verantwortung angeboten wird oder durch einen Kooperationsvertrag zwischen Schule und Tageseinrichtung vereinbart ist - und für Kinder, die eine Tageseinrichtung besuchen oder für die Kindertagespflege geleistet wird sowie
- Kosten zur Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben (Aktivitäten im Verein, Musikunterricht, Freizeiten)

Berechtigt sind Kinder und Jugendliche aus Familien, die
-Arbeitslosengeld II bzw. Sozialgeld nach dem Sozialgesetzbuch - Zweites Buch (SGB II),
- Sozialhilfe nach dem Sozialgesetzbuch - Zwölftes Buch (SGB XII),
- Kinderzuschlag nach dem Bundeskindergeldgesetz (BKGG) oder
- Wohngeld
- oder Leistungen nach §§ 2 oder 3 AsylbLG beziehen.
Das Bildungspaket gilt für Kinder und Jugendliche bis 25 Jahre. Ausnahme sind die Leistungen zum Mitmachen in Kultur, Sport und Freizeit – hier liegt die Altersobergrenze bei 18 Jahren.

Dem Produkt sind 1,5 Stellenanteile zugeordnet.

Folgende Anträge:
Antrag auf Kostenübernahme für Ausflüge und mehrtägige Klassenfahrten (8-12 Wochen)
Antrag auf Kitaausflüge und mehrtägige Fahrten (8-12 Wochen)
Antrag auf Schülerbeförderung (8-12 Wochen)
Antrag auf Lernförderung (8-12 Wochen)
Antrag auf Kostenübernahme der Mittagsverpflegung in Schule oder Kita (8-12 Wochen)
Antrag auf Kostenübernahme der Teilhabe soz. und kult. Leben (8-12 Wochen)
Antrag auf das Schulbedarfspaket (8-12 Wochen)

Zielgruppe

intern: ---
extern: - Stadt Hildesheim
- Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene bis Vollendung 25. Lebensjahr bzw. deren Eltern/-teile oder Sorgeberechtigte,
- Anbieter/-innen im Bildungs- und Teilhabebereich

Kategorie Pflichtaufgabe

Aufgabenzuordnung übertragener Wirkungskreis

Auftragsgrundlage
- Bundeskindergeldgesetz (BKGG)
- SGB II Grundsicherung für Arbeitsuchende

Sachziele

Qualitätsziele Z-347-001-001:

Produkt 347-001 Bildung und Teilhabe nach § 6b Bundeskindergeldgesetz

Landkreis Hildesheim

Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen.
Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.

Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
G-347-001-001 Fallzahl - Ausflüge und mehrtägige Klassenfahrten - (Anzahl)	0,00	950,00	0,00
G-347-001-002 Finanzleistungen - Ausflüge und mehrtägige Klassenfahrten - (EUR)	0,00	145.000,00	0,00
G-347-001-003 Fallzahl - Persönlicher Schulbedarf - (Anzahl)	0,00	2.085,00	0,00
G-347-001-004 Finanzleistungen - Persönlicher Schulbedarf - (EUR)	0,00	200.000,00	0,00
G-347-001-005 Fallzahl - Schülerbeförderung - (Anzahl)	0,00	340,00	0,00
G-347-001-006 Finanzleistungen - Schülerbeförderung - (EUR)	0,00	25.000,00	0,00
G-347-001-007 Fallzahl - Lernförderung - (Anzahl)	0,00	350,00	0,00
G-347-001-008 Finanzleistungen - Lernförderung - (EUR)	0,00	140.000,00	0,00
G-347-001-009 Fallzahl - Mittagsverpflegung - (Anzahl)	0,00	3.200,00	0,00
G-347-001-010 Finanzleistungen - Mittagsverpflegung - (EUR)	0,00	320.000,00	0,00
G-347-001-011 Fallzahl - Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben - (Anzahl)	0,00	960,00	0,00
G-347-001-012 Finanzleist. - Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben - (EUR)	0,00	48.000,00	0,00
ZK-347-001-101 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	0,00

Leistungen 347-001 Bildung und Teilhabe nach § 6b Bundeskindergeldgesetz

Teilergebnishaushalt Produkt 347-001 Bildung und Teilhabe nach § 6b Bundeskindergeldgesetz

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	1.974.508,11	1.880.000,00	1.980.000,00			
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	215,18					
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**1.974.723,29**	**1.880.000,00**	**1.980.000,00**			
02.01	- Personalaufwendungen	89.866,88	89.000,00	101.100,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	9.093,85	10.200,00	11.000,00			
02.06	- Transferaufwendungen	755.342,16	714.000,00	800.000,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	992.059,36	1.239.000,00	1.755.200,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**1.846.362,25**	**2.052.200,00**	**2.667.300,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**128.361,04**	**-172.200,00**	**-687.300,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**128.361,04**	**-172.200,00**	**-687.300,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	4.269,06	8.700,00	16.600,00			
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-4.269,06**	**-8.700,00**	**-16.600,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**124.091,98**	**-180.900,00**	**-703.900,00**			

Produkt 361-001 Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	36	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	361	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege
Produkt	361-001	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege

Teilhaushalt	Dezernat 5 - Kinder, Jugend und Familie
Verantwortlich	Amt 407 - Florian Deister
Kurzbeschreibung	Vorhalten und Ausbau familienberatender Angebote und Infrastrukturen. Fachberatung für Kindertagespflegepersonen und Kindertageseinrichtungen sowie Gemeinden und freie Träger im Kreisgebiet, pädagogische und rechtliche Beratung Prüfung von Kindertagespflegepersonen und Erteilung von Erlaubnissen, die ermächtigen in dem Berufsfeld tätig werden zu dürfen Außerdem wird für eine angemessene Sprachförderung in Kindertageseinrichtungen gesorgt, indem in Kooperation mit der Uni Hildesheim ein Projekt zur Sprachförderung durchgeführt wird, das unter anderem aus finanziellen Mitteln des Landes für Sprachförderung gefördert wird. Dem Produkt sind 7,0 Stellenanteile zugeordnet. Antrag auf Erlaubnis zur Arbeit als Kindertagespflegeperson: der Prozess bis zur Erlaubniserteilung dauert i.d.R 3 Monate, sofern die AnwärterInnen ErzieherInnen sind. Fachfremde Personen müssen erst einen Qualifizierungskurs absolvieren von 12 Monaten.
Zielgruppe	intern: --- extern: Kinder und ihre Familien; Tagespflegepersonen, Leiterinnen und Leiter und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in (kommunalen) Kindertagestätten und Spielkreisen; Städte, Gemeinden und Samtgemeinde (als mit der Wahrnehmung der Aufgabe betraute Stellen)
Kategorie	Pflichtaufgabe
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis
Auftragsgrundlage	Sozialgesetzbuch VIII - Sozialgesetzbuch Kinder- und Jugendhilfe; Niedersächsisches Gesetz zur Ausführung des SGB VIII (Nds. AG-KJHG), Niedersächsisches Kindertagesstättengesetz (NKiTaG), Richtlinie zur Förderung von Kindern in Kindertagespflege im Landkreis Hildesheim vom 27.05.2024,
Sachziele	Vorhalten kommunaler Beratungsstellen (Familien- und Kinderservicebüros) in allen Städten, Gemeinden und Samtgemeinden
Qualitätsziele	Z-361-001-003: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt. Z-361-001-004: Hoher Informationsgrad der kommunalen Familien- und Kinderservicebüros durch regelmäßige Beratung und Unterstützung Z-361-001-005: Gute Fachberatung der (kommunalen) Kindertagesstätten, Spielkreise und Tagespflegepersonen durch regelmäßige Arbeitskreissitzungen. Z-361-001-006: Guter Ausbildungsstand durch Grund- und Weiterqualifizierung sowie regelmäßige Prüfung der Geeignetheit von Tagespflepersonen
Maßnahmen	ZM-361-001-103: Regelmäßige Information der FKSB´s über aktuelle Entwicklungen und Urteile ZM-361-001-104: Durchführung von Dienstbesprechungen und Fortbildungen für die Mitarbeiter/innen der FKSB´s ZM-361-001-105: Durchführung von regelmäßigen Arbeitskreissitzungen und Fortbildungen ZM-361-001-106: Durchführung von Qualifizierungskursen sowie weiterer Fortbildungsangebote für

Produkt 361-001 Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege

Landkreis Hildesheim

Tagespflegepersonen

Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
ZK-361-001-103 schriftl. Informationen FKSB (Anzahl)	0,00	6,00	0,00
ZK-361-001-104 Dienstbesprechungen / Fortbildungen FKSB (Anzahl)	0,00	4,00	0,00
ZK-361-001-105 Arbeitskreissitzungen / Fortbildungen TPP (Anzahl)	0,00	12,00	0,00
ZK-361-001-106 Qualifizierungskurse für TPP (Anzahl)	0,00	1,00	0,00
ZK-361-001-108 Arbeitskreissitzungen / Fortbildungen KiTa-Leitungen (Anzahl)	0,00	8,00	0,00
ZK-361-001-301 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	0,00

Leistungen	361-001	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege
	361-001-0001	Kommunale Familien- und Kinderservicebüros
	361-001-0002	Fachberatung Kindertagesstätten und Kindertagespflege
	361-001-0003	Sprachförderung
	361-001-0005	Erteilung/ Widerruf von Erlaubnissen zur Kindertagespflege gem. § 43 SGB VIII
	361-001-0006	Optimale offene Ganztagsschule
	361-001-0007	Sprachkitas

Teilergebnishaushalt Produkt 361-001 Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	60.150,00					
01.06	+ privatrechtliche Entgelte	24.893,45					
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	80.900,78	170.200,00	170.400,00			
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**165.944,23**	**170.200,00**	**170.400,00**			
02.01	- Personalaufwendungen	811.488,02	681.300,00	705.600,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	8.443,82	9.100,00	10.000,00			
02.04	- Abschreibungen	4,58					
02.06	- Transferaufwendungen	729.241,08	635.300,00	440.300,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	10.239,31	19.500,00	9.500,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**1.559.416,81**	**1.345.200,00**	**1.165.400,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-1.393.472,58**	**-1.175.000,00**	**-995.000,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-1.393.472,58**	**-1.175.000,00**	**-995.000,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	33.153,44	32.900,00	42.100,00			
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-33.153,44**	**-32.900,00**	**-42.100,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-1.426.626,02**	**-1.207.900,00**	**-1.037.100,00**			

Produkt 361-003 Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege -freiwillig-

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	36	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	361	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege
Produkt	361-003	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege -freiwillig-

Teilhaushalt	Dezernat 5 - Kinder, Jugend und Familie
Verantwortlich	Amt 407 - Florian Deister
Kurzbeschreibung	Förderung von Projekten, die der Sprachförderung und/oder der Erhaltung bzw. der Schaffung von familienfreundlichen Strukturen dienen Beantragung und Weiterleitung von Fördermitteln aus der Richtlinie Familienförderung des Landes, Antragsstellung erfolgt von Trägern (freie und kommunale) beim Landkreis, welcher wiederum die Anträge an das Land stellt Dem Produkt sind 0,8 Stellenanteile zugeordnet. Antrag auf Fördermittel aus der RL Familienförderung des Landes: bei Vorliegen aller Unterlagen eine Woche, anschließende Bearbeitung durch das Land deutlich länger
Zielgruppe	intern: extern: Kinder und Familien
Kategorie	freiwillige Aufgabe
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis
Auftragsgrundlage	Beschluss des Kreistages vom 12.12.2024 mit Antrag 650/XIX zur Förderung des Projektes Elternzentrierte Sprachförderung; Richtlinie Familienförderung des Landes

Leistungen	361-003	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege -freiwillig-
	361-003-0001	Sprachförderung -freiwillig-
	361-003-0002	Fördermittel Richtlinie Familienförderung -freiwillig-

Teilergebnishaushalt Produkt 361-003 Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege -freiwillig-

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen			80.000,00			
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**			**80.000,00**			
02.01	- Personalaufwendungen			14.200,00			
02.06	- Transferaufwendungen			230.000,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen			10.000,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**			**254.200,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**			**-174.200,00**			
05.	**= Jahresergebnis**			**-174.200,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**			**-174.200,00**			

Produkt 362-001 Jugendarbeit

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	36	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	362	Jugendarbeit
Produkt	362-001	Jugendarbeit

Teilhaushalt Dezernat 5 - Kinder, Jugend und Familie

Verantwortlich Amt 407 - Florian Deister

Kurzbeschreibung

Förderung zur Schaffung und Erhaltung von geeigneten Angeboten und Einrichtungen zur außerschulischen Bildung und Freizeitgestaltung junger Menschen durch verschiedene Träger der Jugendarbeit; Vermittlung von Angeboten der Familienerholung
Genehmigung von Jugendleitercards und Auszahlung einer einmaligen Entschädigung in Form eines Gutscheins als Dank für das Engagement
Wahrnehmung der Kreisjugendpflege: die fachliche Beratung der kommunalen Jugendpflegen im Landkreis Hildesheim sowie des erzieherischen Jugendschutzes. Die Initiierung von Fachtagen und Konferenzen zu aktuellen Themen aus diesem Themenfeld.
Dem Produkt sind 0,3 Stellenanteile zugeordnet.
Antrag auf Jugendleitercard: wird meist über einen Träger gestellt und vom Landkreis nur noch genehmigt, sodass die Antragsbearbeitung innerhalb von 1-5 Tagen erfolgt

Zielgruppe

intern: ---
extern: Familien, Kinder, junge Menschen bis 27 Jahre, haupt- und nebenamtliche Jugendarbeiter/-innen, Eltern/Erziehungsberechtigte

Kategorie Pflichtaufgabe

Aufgabenzuordnung eigener Wirkungskreis

Auftragsgrundlage § 11 SGB VIII - Sozialgesetzbuch Kinder- und Jugendhilfegesetz und dessen Ausführungsgesetz

Sachziele

-Förderung zur Schaffung und Erhaltung von geeigneten Angeboten und Einrichtungen zur außerschulischen Bildung und Freizeitgestaltung junger Menschen durch verschiedene Träger der Jugendarbeit
-Entlastung von belastenden sozialen Situationen durch die Vermittlung von Angeboten der Familienerholung

Qualitätsziele

Z-362-001-003:
Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen.
Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.

Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
ZK-362-001-301 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	0,00

Leistungen

362-001	Jugendarbeit
362-001-0001	Förderung der Jugendarbeit
362-001-0002	Familienbildung/Familienerholung
362-001-0003	Aktionsprogramm "Startklar in die Zukunft"
362-001-0004	Jugendparlament

Teilergebnishaushalt Produkt 362-001 Jugendarbeit

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	4.346,09					
01.03	+ Auflösungserträge aus Sonderposten	20.801,89	24.200,00	23.600,00			
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	144,24					
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**25.292,22**	**24.200,00**	**23.600,00**			
02.01	- Personalaufwendungen	60.343,71	59.100,00	16.300,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	39.895,12	23.600,00	1.300,00			
02.04	- Abschreibungen	30.352,23	37.600,00	36.600,00			
02.06	- Transferaufwendungen	105.417,01	211.800,00	7.000,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	251,96	3.500,00	3.500,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**236.260,03**	**335.600,00**	**64.700,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-210.967,81**	**-311.400,00**	**-41.100,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-210.967,81**	**-311.400,00**	**-41.100,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	2.446,00	7.500,00	15.400,00			
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-2.446,00**	**-7.500,00**	**-15.400,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-213.413,81**	**-318.900,00**	**-56.500,00**			

Produkt 362-002 Jugendarbeit -freiwillig-

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	36	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	362	Jugendarbeit
Produkt	362-002	Jugendarbeit -freiwillig-

Teilhaushalt	Dezernat 5 - Kinder, Jugend und Familie
Verantwortlich	Amt 407 - Florian Deister
Kurzbeschreibung	Förderung zur Schaffung und Erhaltung von geeigneten Angeboten und Einrichtungen zur außerschulischen Bildung und Freizeitgestaltung junger Menschen durch verschiedene Träger der Jugendarbeit; Vermittlung von Angeboten der Familienerholung Förderung von Lehrgängen zur Grundausbildung und Fortbildung von Jugendleiterinnen- und Jugendleitern, Bildungsveranstaltungen, Internationalen Jugendbegegnungen im In- und Ausland, Ferienfreizeiten, Jugendlager und -fahrten Auszahlung von Zuschüssen für die Jugendarbeit an anerkannte Jugendgruppen und -verbände und von Zuschüssen für Neu- und Umbauten von Jugendheimen und -räumen Gewährung eines Zuschusses an den Kreisjugendring Hildesheim Alle genannten Zuschüsse und Förderungen werden auf Basis der Richtlinie über Zuwendungen des Landkreises Hildesheim für Aufgaben der Jugendarbeit ab 01.01.2018 gewährt. Die Antragsvoraussetzungen und Fördersätze sind dabei detailliert in der Richtlinie dargelegt. Betrieb eines Jugendparlamentes zur politischen Bildung junger Menschen (Partizipation) Dem Produkt sind 1,2 Stellenanteile zugeordnet. Folgende Anträge: Antrag auf Förderung von Lehrgängen zur Grundausbildung und Fortbildung von Jugendleiterinnen- und Jugendleitern, Bildungsveranstaltungen (1-3 Wochen) Antrag auf Förderung von Internationalen Jugendbegegnungen im In- und Ausland (1-3 Wochen) Antrag auf Zuschüsse zu Ferienfreizeiten, Jugendlager und -fahrten (1-3 Wochen) Antrag auf Zuschüsse für die Jugendarbeit an anerkannte Jugendgruppen und -verbände: (Antragsbearbeitung abhängig von Gremienlauf und entsprechender Beschlussfassung) Antrag auf Zuschüsse für Neu- und Umbauten von Jugendheimen und -räumen: (Antragsbearbeitung abhängig von Gremienlauf und entsprechender Beschlussfassung)
Zielgruppe	intern: extern: Familien, Kinder, junge Menschen bis 27 Jahre, haupt- und nebenamtliche Jugendarbeiter/-innen, Eltern/Erziehungsberechtigte
Kategorie	freiwillige Aufgabe
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis
Auftragsgrundlage	§ 11 SGB VIII - Sozialgesetzbuch Kinder- und Jugendhilfegesetz und dessen Ausführungsgesetz, Richtlinie über Zuwendungen des Landkreises Hildesheim für Aufgaben der Jugendarbeit ab 01.01.2018

Leistungen	362-002	Jugendarbeit -freiwillig-
	362-002-0001	Förderung der Jugendarbeit -freiwillig-
	362-002-0002	Jugendparlament -freiwillig-

Teilergebnishaushalt Produkt 362-002 Jugendarbeit -freiwillig-

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
02.01	- Personalaufwendungen			57.800,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen			22.300,00			
02.06	- Transferaufwendungen			185.800,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**			**265.900,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**			**-265.900,00**			
05.	**= Jahresergebnis**			**-265.900,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**			**-265.900,00**			

Produkt 363-001 Jugendsozialarbeit, Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	36	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	363	Sonstige Leistungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produkt	363-001	Jugendsozialarbeit, Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz

Teilhaushalt
Dezernat 5 - Kinder, Jugend und Familie

Verantwortlich
Amt 407 - Florian Deister

Kurzbeschreibung
Ausgleich sozialer Benachteiligungen und Überwindung individueller Beeinträchtigungen junger Menschen;
Vorbeugung von Gefährdungen bei Kindern und Jugendlichen, insbesondere in den Bereichen Suchtgefahr, Medien, Rechtsextremismus und Gewalt
Sicherstellung des Kinderschutzes in Kindertageseinrichtungen und bei Kindertagespflegepersonen
Unterstützung junger Menschen beim Einstieg in das Berufsleben und Förderung eben dieser bei der Suche nach einer Ausbildung o.ä.
Dem Produkt sind 4,25 Stellenanteile zugeordnet.

Der Landkreis stellt einen Antrag auf Fördermittel für das Projekt PACE bei der Nbank: Bearbeitungsdauer beim Landkreis circa 3 Wochen, bei der Nbank dann circa 5 Wochen; Fördermittel werden aufgrund eines Gremienbeschlusses des Kreistages beantragt

Zielgruppe
intern: ---
extern: Eltern und Erziehungsberechtigte, Kinder, Jugendliche, junge Menschen bis 27 Jahre, Lehrkräfte, Erzieherinnen und Erzieher

Kategorie
Pflichtaufgabe

Aufgabenzuordnung
eigener Wirkungskreis

Auftragsgrundlage
- §§ 13, 14 SGB VIII - Sozialgesetzbuch Kinder- und Jugendhilfe
- Konzept des Projektes PACe-ProAktivCenter

Sachziele
- Sozialpädagogische Hilfen für junge Menschen, die zum Ausgleich sozialer Benachteiligungen oder zur Überwindung individueller Beeinträchtigungen in erhöhtem Maße auf Untersützung angewiesen sind
- Förderung ihrer schulischen und beruflichen Ausbildung, ihrer Eingliederung in die Arbeitswelt und ihrer sozialen Integration.
- Überwindung von Problemen mit Arbeitslosigkeit, Arbeitssuche oder Ausbildung, Hilfen bei schwierigen persönlichen Situationen, Unterstützung und Vermittlung in Arbeitsstellen, Angebote zur Qualifizierung
- Angebot von Alternativen zu problematischem oder gefährlichem Verhalten junger Menschen

Qualitätsziele
Z-363-001-003:
Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen.
Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.

Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
ZK-363-001-301 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	0,00

Leistungen

363-001	Jugendsozialarbeit, Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz
363-001-0001	Jugendsozialarbeit
363-001-0002	Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz
363-001-0003	Jugendberufsagentur

Teilergebnishaushalt Produkt 363-001 Jugendsozialarbeit, Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	420.059,49	360.000,00	60.000,00			
01.06	+ privatrechtliche Entgelte		3.500,00	3.500,00			
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	2.458,57					
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**422.518,06**	**363.500,00**	**63.500,00**			
02.01	- Personalaufwendungen	179.141,91	259.500,00	266.500,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	9.161,14	3.700,00	3.800,00			
02.06	- Transferaufwendungen	665.717,30	805.200,00	192.600,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	1.762,58	1.200,00	1.200,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**855.782,93**	**1.069.600,00**	**464.100,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-433.264,87**	**-706.100,00**	**-400.600,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-433.264,87**	**-706.100,00**	**-400.600,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	7.301,72	11.700,00	20.200,00			
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-7.301,72**	**-11.700,00**	**-20.200,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-440.566,59**	**-717.800,00**	**-420.800,00**			

Produkt 363-002 Förderung der Erziehung in der Familie

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	36	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	363	Sonstige Leistungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produkt	363-002	Förderung der Erziehung in der Familie

Teilhaushalt	Dezernat 5 - Kinder, Jugend und Familie
Verantwortlich	Amt 406 - Björn Menkhaus
Kurzbeschreibung	Mütter, Väter, andere Erziehungsberechtigte und junge Menschen haben Anspruch auf Leistungen der allgemeinen Förderung der Erziehung in der Familie(§ 16 Abs. 1 SGB VIII). Diese Leistungen (§ 16 Abs. 2 SGB VIII) sollen Erziehungsberechtigte bei der Wahrnehmung ihrer Erziehungsverantwortung unterstützen und dazu beitragen, dass Familien sich die für ihre jeweiligen Erziehungs- und Familiensituation erforderlichen Kenntnisse und Fähigkeiten insbesondere in Fragen von Erziehung, Beziehung und Konfliktbewältigung, von Gesundheit, Bildung, Medienkompetenz, Hauswirtschaft sowie der Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit aneignen können und in ihren Fähigkeiten zur aktiven Teilhabe und Partizipation gestärkt werden. Sie sollen so in die Lage versetzt werden, ihr "natürliches Recht und die ihnen zuvörderst obliegende Pflicht" (Art. 6 GG) zur Pflege und Erziehung ihrer Kinder besser wahrnehmen zu können. Dies geschieht u.a. durch die Beratung in Fragen der Partnerschaft, Trennung und Scheidung, die Beratung und Unterstützung bei der Ausübung der Personensorge und des Umgangsrechts sowie die Betreuung in gemeinsamen Wohnformen für Mütter/Väter und Kinder. Mit Zustimmung des betreuten Elternteils soll auch der andere Elternteil oder eine Person, die für das Kind tatsächlich sorgt, in die Leistung der gemeinsamen Wohnformen für Mütter/Väter und Kinder einbezogen werden, wenn und soweit dies dem Leistungszweck dient. Die Inobhutnahme eines Kindes oder eines Jugendlichen ist die temporäre Unterbringung bei einer geeigneten Person, in einer Einrichtung oder einer sonstigen betreuten Wohnform. Nach § 42 Abs. 1 SGB VIII ist das Jugendamt u. a. zur Inobhutnahme verpflichtet, wenn - das Kind oder der Jugendliche um Obhut bittet oder - eine dringende Gefahr für das Wohl des Kindes oder Jugendlichen besteht. Dem Produkt sind 13,1 Stellenanteile zugeordnet. Jugendhilfeantrag - Die Zeit vom Erstgespräch bzw. vom Zeitpunkt des Hilfenantrages durch den/die Antragsteller*in bis zu Gewährung der Hilfe kann sehr unterschiedlich ausfallen. Dies ist von diversen Umständen und Sachverhalten abhängig. Hierzu gehört die Bedarfsklärung, die Qualität und die Vollständigkeit der Antragsunterlagen, Abstimmungsprozesse zu den Hilfeleistungen, die Erstellung der Kostenverfügung sowie die Erstellung des Bescheides. Dies kann im besten Fall innerhalb von vier bis sechs Wochen erfolgen, aber sich auch bis zu einem halben Jahr ausdehnen. Das hängt unter anderem von der Schwierigkeit des Einzelfalles, der Anzahl der beteiligten Personen und Institutionen ab.
Zielgruppe	intern: --- extern: Kinder, Jugendliche, junge Erwachsene und ihre Familien, Familiengerichte, Adoptiveltern
Kategorie	Pflichtaufgabe
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis
Auftragsgrundlage	SGB VIII - Sozialgesetzbuch Kinder- und Jugendhilfe, Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG), Adoptionsvermittlungsgesetz (AdVermiG)
Sachziele	- Erziehungsberechtigte sollen durch die allgemeine Unterstützung u. a. ihre Erziehungsverantwortung besser wahrnehmen können. Sie versteht sich als eine vorbeugende und kompetenzerweiternde Beratung und Förderung der Familie, die immer vorrangig vor stärker eingreifenden Hilfen zu nutzen ist. Zum Schutz vor oder zur Abwendung einer Gefährdung eines Minderjährigen kann das Amt 406 - auch gegen den Willen der Personensorgeberechtigten - diesen in Obhut nehmen. Das Jugendamt hat unverzüglich das Kind oder den Jugendlichen sowie den Personensorge- oder Erziehungsberechtigten umfassend und in einer verständlichen,

Produkt 363-002 Förderung der Erziehung in der Familie

Landkreis Hildesheim

nachvollziehbaren und wahrnehmbaren Form über diese Maßnahme aufzuklären. So findet der Schutzauftrag gemäß § 8a SGB VIII als integralem Bestandteil jeder Hilfegewährung als Sicherung des Kindeswohls immer Anwendung.
- Der niederschwellige und allgemeine Beratungsprozess ist u.a. deshalb zielorientiert und klar zu strukturieren, damit er nicht als "weiche Leistung" in einer sehr angespannten ASD-Situation vernachlässigt wird.
- Vorhalten eines Beratungsangebotes nach §§ 16, 17 und 18 SGB VIII zur entsprechenden Unterstützung der Zielgruppe.
- Durch die Beteiligung der Fachstelle Kinderschutz an der Lenkungsgruppe "Frühe Hilfen" sind nachhaltige Vernetzung- und Kooperationspartner in die Beratungsarbeit mit einzubeziehen.
- Mitwirkung nach dem Gesetz zur Kooperation und Information im Kinderschutz (KKG) durch die Fachstelle Kinderschutz des Amtes 406 in der Lenkungsgruppe "Frühe Hilfen", die Sicherstellung der anonymen Beratung von Geheimnisträgern (§ 4 KKG) bei Kindeswohlgefährdung und die Koordination des niederschwelligen Einsatzes der Familienhebammen und der Familienkinderkrankenschwestern in Familien.

Qualitätsziele

Z-363-002-002:
Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen.

Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
ZK-363-002-101 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	0,00

Leistungen

363-002	Förderung der Erziehung in der Familie
363-002-0001	Beratung in Fragen der Erziehung (§ 16)
363-002-0005	Jugendschutzkontrollen
363-002-0006	Gemeinsame Wohnformen für Mütter/Väter und Kinder (§ 19)
363-002-0007	Betreuung/Versorgung des Kindes in Notsituationen (§ 20)
363-002-0008	Hilfen für missbrauchte Kinder/Jugendliche und deren Bezugspersonen
363-002-0009	Unterbringung zur Erfüllung der Schulpflicht (§ 21)
363-002-0010	Begleiteter Umgang
363-002-0011	Inobhutnahmen von Kindern/Jugendlichen (§ 42)
363-002-0012	Vorl. Inobhutnah. v. auslän. Kindern/Jugendlichen nach unbegl. Einreise (§ 42 a)
363-002-0015	Adoptionsvermittlung
363-002-0016	KKG (Frühe Hilfen)
363-002-0017	Betreuung durch Familienhebammen bzw. Familienkinderkrankenschwestern (§ 16)
363-002-0018	Kindeswohlgefährdung
363-002-0019	sozialpädagogisch begleitete Wohnform

Teilergebnishaushalt Produkt 363-002 Förderung der Erziehung in der Familie

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	135.814,92	121.000,00				
01.04	+ sonstige Transfererträge	162.660,75	163.200,00	114.800,00			
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	2.105.928,40	2.854.100,00	2.382.200,00			
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**2.404.404,07**	**3.138.300,00**	**2.497.000,00**			
02.01	- Personalaufwendungen	879.689,60	1.243.100,00	1.218.500,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	57.715,66	124.700,00	42.400,00			
02.04	- Abschreibungen	1.887,08	600,00	600,00			
02.06	- Transferaufwendungen	10.313.873,95	12.242.600,00	8.795.400,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	28.508,94	36.800,00	40.100,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**11.281.675,23**	**13.647.800,00**	**10.097.000,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-8.877.271,16**	**-10.509.500,00**	**-7.600.000,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-8.877.271,16**	**-10.509.500,00**	**-7.600.000,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	34.942,60	54.200,00	61.100,00			
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-34.942,60**	**-54.200,00**	**-61.100,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-8.912.213,76**	**-10.563.700,00**	**-7.661.100,00**			

Produkt 363-003 Hilfen zur Erziehung

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	36	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	363	Sonstige Leistungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produkt	363-003	Hilfen zur Erziehung

Wesentl. Produkt

Teilhaushalt Dezernat 5 - Kinder, Jugend und Familie

Verantwortlich Amt 406 - Björn Menkhaus

Kurzbeschreibung

Personensorgeberechtigte haben bei der Erziehung eines Kindes oder eines Jugendlichen Anspruch auf Hilfe zur Erziehung,
wenn eine dem Wohl des Kindes oder Jugendlichen entsprechende Erziehung nicht gewährleistet ist und die Hilfe für seine Entwicklung geeignet und notwendig ist(§ 27 Abs. 1 SGB VIII). Die Hilfe zur Erziehung wird durch ambulante, teilstationäre und
stationäre Maßnahmen - nach dem erzieherischen Bedarf im Einzelfall und nach einer durchgeführten Hilfeplanung - gewährt.
Mögliche Hilfen sind Sonstige Hilfen gemäß § 27 Abs. 2 SGB VIII, Soziale Gruppenarbeit, Erziehungsbeistandschaft, Sozialpädagogische Familienhilfe, Erziehung in einer Tagesgruppe, Vollzeitpflege, Heimerziehung oder Hilfe in einer sonstigen
betreuten Wohnform.

Dem Produkt sind 81,16 Stellenanteile zugeordnet.

Jugendhilfeantrag - Die Zeit vom Erstgespräch bzw. vom Zeitpunkt des Hilfenantrages durch den/die Antragsteller*in bis zu
Gewährung der Hilfe kann sehr unterschiedlich ausfallen. Dies ist von diversen Umständen und Sachverhalten abhängig. Hierzu gehört die Bedarfsklärung, die Qualität und die Vollständigkeit der Antragsunterlagen, Abstimmungsprozesse zu den
Hilfeleistungen, die Erstellung der Kostenverfügung sowie die Erstellung des Bescheides. Dies kann im besten Fall innerhalb
von vier bis sechs Wochen erfolgen, aber sich auch bis zu einem halben Jahr ausdehnen. Das hängt unter anderem von der
Schwierigkeit des Einzelfalles, der Anzahl der beteiligten Personen und Institutionen ab.

Zielgruppe

intern: ---
extern: Kinder, Jugendliche, junge Erwachsene und ihre Familien, Pflegefamilien

Kategorie Pflichtaufgabe

Aufgabenzuordnung eigener Wirkungskreis

Auftragsgrundlage - SGB VIII - Sozialgesetzbuch Kinder- und Jugendhilfe

Sachziele

- Die Hilfe zur Erziehung hat vorrangig die Perspektive, den Personensorgeberechtigten zur eigenständigen Wahrnehmung ihrer Erziehungsverantwortung zu befähigen. Mit den Personensorgeberechtigten in der Herkunftsfamilie ist so weiter zu arbeiten, dass eine Rückkehr des Kindes oder Jugendlichen möglich ist.
- Es sind stets Hilfen für die Persönlichkeitsentwicklung sowie zu einer selbstbestimmten, eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Lebensführung zu gewähren.

Dabei verfolgen die einzelnen Hilfearten teilweise unterschiedliche Ziele:

- ambulante Hilfe: Überwindung von Entwicklungsschwierigkeiten und Verhaltensproblemen, Entwicklung durch soziales Lernen in der Gruppe; Verselbstständigung und Erhaltung des Lebensbezugs zur Familie; Stabilisierung der Familien in ihren Erziehungsaufgaben, bei Alltagsproblemen, Konflikten und Krisen durch Selbsthilfe, Unterstützung zum Ausgleich seelischer Behinderungen
- teilstationäre Hilfe: Verbleib des Minderjährigen in seiner Familie sichern
- stationäre Hilfe: Verbesserung der Erziehungsbedingungen und Rückkehr in die Herkunftsfamilie, sofern es dem Kindeswohl dient; Erziehung in einer anderen Familie durch dauerhafte Fremdunterbringung; Vorbereitung auf ein selbständiges Leben mit eigenverantwortlicher Lebensführung und sozialer Integration
- Junge Volljährige erhalten geeignete und notwendige Hilfe gemäß § 41 SGB VIII, wenn und solange ihre Persönlichkeitsentwicklung eine selbstbestimmte, eigenverantwortliche und selbständige Lebensführung nicht gewährleistet. Sie werden auch innerhalb eines angemessenen Zeitraums nach Beendigung der Hilfe bei der Verselbständigung im notwendigen Umfang und in einer für sie verständlichen, nachvollziehbaren und wahrnehmbaren Form beraten und unterstützt (§ 41a SGB VIII).
- Steuerung und Qualitätsentwicklung im Bereich der Hilfen zur Erziehung durch ein qualifiziertes

Produkt 363-003 Hilfen zur Erziehung

Landkreis Hildesheim

Fach- und Finanzcontrolling der ambulanten, teilstationären und stationären Maßnahmen.

Qualitätsziele

Z-363-003-001:
Zur Erfüllung des individuellen Rechtsanspruches der Personensorgeberechtigten auf Hilfe zur Erziehung eines Kindes oder Jugendlichen erfolgt eine regelmäßige stattfindende und standardisierte Hilfeplanung gem. § 36 SGB VIII für die Dauer des gesamten Hilfeverlaufes. Die Hilfeplanung erfolgt in maximal sechsmonatigen Abständen. Das Verhältnis von Hilfeplangesprächen zu Hilfen beträgt somit mindestens 2:1.
(siehe ZK-363-003-007, G-363-003-008, G-363-003-009)
Z-363-003-003:
Kundenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Kundenbefragungen im Rahmen der integrierten Berichterstattung Niedersachsen soll im Durchschnitt mindestens 75 % "trifft überwiegend zu/trifft voll zu" erreichen.
(siehe ZK-363-003-010)
Z-363-003-004:
Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen.
(siehe ZK-363-003-401)

Maßnahmen

ZM-363-003-101:
Hilfeplangespräche erfolgen mit einem maximal sechsmonatigen Zyklus. Jedes weitere Hilfeplangespräch flexibel, spätestens nach sechs Monaten.
ZM-363-003-103
Ein verstetigter Qualitätsentwicklungskreislauf von Auswertung der Kundenzufriedenheitsbefragung in den Qualitätsdialogen über Optimierung von Arbeitsabläufen und amtsinternen Organisationsstrukturen zur erneuten Befragung führt zu einer jährlich steigenden Kundenzufriedenheit.
ZM-363-003-104:
Sicherstellung eines angemessenen Informationsflusses (z. B. Teambesprechungen, Newsletter) zwischen den verschiedenen Ebenen (Dezernatsleitung, Amtsleitung, Teamleitung, Mitarbeiter) sowie vorausschauende Personalbedarfsplanung erhöhen die Beschäftigtenzufriedenheit.
ZM-363-003-105:
Durch Öffentlichkeitsarbeit zur Akquise von potentiellen Vollzeitpflegefamilien durch den Pflegekinderdienst beitragen.

Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
G-363-003-008 Hilfen gesamt - (Anzahl)	0,00	2.805,00	0,00
G-363-003-009 Hilfeplangespräche gesamt - (Anzahl)	0,00	5.610,00	0,00
ZK-363-003-007 Min. Hilfeplangespräche pro Hilfe - (Anzahl)	0,00	2,00	0,00
G-363-003-014 Ambulante Hilfen - (Anzahl)	0,00	1.800,00	0,00
G-363-003-015 Stationäre Hilfen - (Anzahl)	0,00	890,00	0,00
ZK-363-003-010 Kundenzufriedenheit - (%)	0,00	75,00	0,00
G-363-003-012 Hilfen nach § 33 - (Anzahl)	0,00	270,00	0,00
G-363-003-013 Hilfen nach § 34 - (Anzahl)	0,00	620,00	0,00
G-363-003-006 Teilstationäre Hilfen - Anzahl	0,00	115,00	0,00
ZK-363-003-401 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	0,00

Leistungen

363-003	Hilfen zur Erziehung
363-003-0001	Präventive niedrigschwellige Hilfsangebote (§ 27 SGB VIII)
363-003-0001-01	Projekte in den Jugendhilfestationen (§ 27 SGB VIII)
363-003-0001-02	Hilfen nach § 27 Abs. 2 SGB VIII (VHT, Famak, Famman, Clearing, etc)
363-003-0001-03	Betreuung durch Familienhebammen/Familienkinderkrankenschwestern (§ 27 SGB VIII)
363-003-0001-04	Ersatzmaßnahmen für Bildung u. Beschäftigung (§ 27 Abs. 3 SGB VIII)
363-003-0002	Institutionelle Beratung (§ 28 SGB VIII)
363-003-0003	Soziale Gruppenarbeit (§ 29 SGB VIII)
363-003-0004	Erziehungsbeistandschaft (§ 30 SGB VIII)
363-003-0004-01	Erziehungsbeistandschaft für Minderjährige (§ 30 SGB VIII)
363-003-0004-02	Erziehungsbeistandschaft für Volljährige (§§ 41, 30 SGB VIII)
363-003-0005	Sozialpädagogische Familienhilfe (§ 31 SGB VIII)

Produkt 363-003 Hilfen zur Erziehung

Landkreis Hildesheim

	363-003-0005-01	Sozialpädagogische Familienhilfe (§ 31 SGB VIII)
	363-003-0006	Erziehung in einer Tagesgruppe (§ 32 SGB VIII)
	363-003-0007	Vollzeitpflege (§ 33 SGB VIII)
	363-003-0007-01	Vollzeitpflege für Minderjährige (§ 33 SGB VIII)
	363-003-0007-02	Bereitschaftspflege (§ 33 SGB VIII)
	363-003-0007-03	Verwandtenpflege für Minderjährige (§ 33 SGB VIII)
	363-003-0007-04	Vollzeitpflege für Volljährige (§§ 41,33 SGB VIII)
	363-003-0008	Heimpflege (§ 34 SGB VIII)
	363-003-0008-01	Heimpflege für Minderjährige (§ 34 SGB VIII)
	363-003-0008-02	Betreutes Wohnen für Minderjährige (§ 34 SGB VIII)
	363-003-0008-03	Erziehungsstellen für Minderjährige (§ 34 SGB VIII)
	363-003-0008-04	Heimpflege für Volljährige in stationärer Form (§§ 41,34 SGB VIII)
	363-003-0008-05	Betreutes Wohnen für Volljährige (§§ 41,34 SGB VIII)
	363-003-0008-06	Erziehungsstellen für Volljährige (§§ 41,34 SGB VIII)
	363-003-0008-07	Jugendsozialarbeit (§ 13 SGB VIII)
	363-003-0009	Intensive soz.päd.Einzelbetreuung ISE (§ 35 SGB VIII)
	363-003-0011	Jugendberufsagentur
	363-003-0012	Jugend-Wohnen-Arbeit

Teilergebnishaushalt Produkt 363-003 Hilfen zur Erziehung

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	5.082,71	7.500,00				
01.04	+ sonstige Transfererträge	1.701.560,64	1.144.700,00	882.200,00			
01.06	+ privatrechtliche Entgelte	3.900,00					
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	11.646.314,55	6.318.400,00	7.969.000,00			
01.11	+ sonstige ordentliche Erträge	2.692,38					
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**13.359.550,28**	**7.470.600,00**	**8.851.200,00**			
02.01	- Personalaufwendungen	7.414.348,10	6.944.500,00	7.420.000,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	175.700,78	201.400,00	206.200,00			
02.04	- Abschreibungen	14.150,08	3.900,00	3.500,00			
02.06	- Transferaufwendungen	61.479.666,00	55.932.200,00	54.709.900,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	4.164.459,13	2.290.400,00	2.304.500,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**73.248.324,09**	**65.372.400,00**	**64.644.100,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-59.888.773,81**	**-57.901.800,00**	**-55.792.900,00**			
04.01	+ außerordentliche Erträge	4,87					
04.03	**= Außerordentliches Ergebnis**	**4,87**					
05.	**= Jahresergebnis**	**-59.888.768,94**	**-57.901.800,00**	**-55.792.900,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	294.511,66	306.200,00	366.500,00			
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-294.511,66**	**-306.200,00**	**-366.500,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-60.183.280,60**	**-58.208.000,00**	**-56.159.400,00**			

Produkt 363-004 Präventionsmaßnahme PIAF ® (Amt 406)

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	36	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	363	Sonstige Leistungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produkt	363-004	Präventionsmaßnahme PIAF ® (Amt 406)

Teilhaushalt	Dezernat 5 - Kinder, Jugend und Familie
Verantwortlich	Amt 406 - Björn Menkhaus
Kurzbeschreibung	PIAF® (Prävention in aller Frühe) ist ein interdisziplinäres Interventionsprogramm im Kindergarten. Es dient zur Früherkennung von gesundheitlichen und pädagogischen Auffälligkeiten bei Kindern im Alter von drei bis sechs Jahren. Die PIAF®-Untersuchung setzt sich u. a. aus einem Hörtest, einem Sehtest, mehreren motorischen, einer gesundheitlichen Untersuchung und einer sozialpädagogischen Begutachtung zusammen. Aufgabe des Amtes 406 am Gesamtprodukt (Hauptverantwortung liegt bei Amt 409 - Produkt 414-006) ist die sozialarbeiterische Beteiligung bei den Untersuchungen, die Beratung der Eltern/Familien und anderen Beteiligten sowie die Einleitung von Hilfen nach dem SGB VIII. Dem Produkt sind 5,25 Stellenanteile zugeordnet.
Zielgruppe	intern: --- extern: Kinder in vorschulischen Einrichtungen sowie deren Eltern/Familien und alle mit der gesunden Entwicklung befassten Fachkräfte und Institutionen
Kategorie	freiwillige Aufgabe
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis
Auftragsgrundlage	Kreistagsbeschluss vom 27.09.2010
Sachziele	Frühzeitige Erkennung eines Förderungsbedarfs bei Kindern und Unterstützung der Eltern/Familien und anderen Beteiligten bei der Entwicklung von Förderkonzepten, um die Rate der bis zur Schuleingangsuntersuchung unbekannten, gravierenden Befunde in schulrelevanten Entwicklungsbereichen zu reduzieren und Therapiebedarf zu mindern.
Qualitätsziele	Auf die in der Produktbeschreibung des Produkts 414-006 aufgeführten fachlich-inhaltlichen Qualitätsziele (Z-414-006-001 bis Z-414-006-008) sowie die Kennzahlen zur Zielerreichung wird hingewiesen. Details zur Zielerreichung und zur Wirkungsmessung werden separat vom Haushalt jeweils im Controllingbericht entsprechend des Kreistagsbeschlusses vom 23.06.2011 dargestellt. Z-363-004-001: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen.

Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
ZK-363-004-001 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	0,00

Leistungen 363-004 Präventionsmaßnahme PIAF® (Amt 406)

Teilergebnishaushalt Produkt 363-004 Präventionsmaßnahme PIAF ® (Amt 406)

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	61,10	15.000,00				
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	91.916,34					
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**91.977,44**	**15.000,00**				
02.01	- Personalaufwendungen	502.680,12	502.500,00	540.400,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	28.918,55	15.200,00	15.700,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	5.242,66	3.200,00	4.900,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**536.841,33**	**520.900,00**	**561.000,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-444.863,89**	**-505.900,00**	**-561.000,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-444.863,89**	**-505.900,00**	**-561.000,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	19.967,20	21.800,00	27.600,00			
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-19.967,20**	**-21.800,00**	**-27.600,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-464.831,09**	**-527.700,00**	**-588.600,00**			

Produkt 363-005 Eingliederungshilfe nach § 35 a SGB VIII

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	36	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	363	Sonstige Leistungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produkt	363-005	Eingliederungshilfe nach § 35 a SGB VIII

Wesentl. Produkt

Teilhaushalt Dezernat 5 - Kinder, Jugend und Familie

Verantwortlich Amt 406 - Björn Menkhaus

Kurzbeschreibung

Kinder und Jugendliche, die seelisch behindert oder von seelischer Behinderung bedroht sind,
haben einen Rechtsanspruch auf Eingliederungshilfe nach § 35a SGB VIII.
Im Rahmen eines zweistufigen Verfahrens ist:
1. die Abweichung der seelischen Gesundheit vom alterstypischen Zustand zu prüfen und
2. ob in Folge dieser Abweichung die Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft beeinträchtigt ist oder
eine solche droht.
Diese zweigliedrige Prüfung wird einerseits durch die Fachärzte, andererseits durch die Bezirkssozialarbeit flächendeckend durchgeführt.
Die Eingliederungshilfe wird durch ambulante, teilstationäre und stationäre Maßnahmen nach dem Bedarf im Einzelfall und nach einer
durchgeführten Hilfeplanung gewährt.
Dem Produkt sind 36,19 Stellenanteile zugeordnet.

Jugendhilfeantrag - Die Zeit vom Erstgespräch bzw. vom Zeitpunkt des Hilfenantrages durch den/die Antragsteller*in bis zu
Gewährung der Hilfe kann sehr unterschiedlich ausfallen. Dies ist von diversen Umständen und Sachverhalten abhängig.
Hierzu gehört die Bedarfsklärung, die Qualität und die Vollständigkeit der Antragsunterlagen, Abstimmungsprozesse zu den
Hilfeleistungen, die Erstellung der Kostenverfügung sowie die Erstellung des Bescheides. Dies kann im besten Fall innerhalb
von vier bis sechs Wochen erfolgen, aber sich auch bis zu einem halben Jahr ausdehnen. Das hängt unter anderem von der
Schwierigkeit des Einzelfalles, der Anzahl der beteiligten Personen und Institutionen ab.

Zielgruppe

intern: ---
extern: Kinder, Jugendliche, junge Erwachsene und ihre Familien

Kategorie Pflichtaufgabe

Aufgabenzuordnung eigener Wirkungskreis

Auftragsgrundlage - SGB VIII - Sozialgesetzbuch Kinder- und Jugendhilfe

Sachziele

- Vorbeugend soll die Eingliederungshilfe bereits vor Eintritt einer seelischen Behinderung ansetzen, schon wenn diese droht
einzusetzen, so dass der Prozess des Entstehens einer seelischen Behinderung mit daraus resultierenden Schwierigkeiten
bei der Teilhabe am Leben in der Gesellschaft möglichst unterbrochen wird.
- Bei bereits eingetretener Behinderung soll die Hilfe die Beeinträchtigung beseitigen oder mildern, um die Integration des behinderten jungen Menschen in die Gesellschaft zu leisten.
- Steuerung und Wirksamkeitsüberprüfung der Eingliederungshilfe durch ein qualifiziertes Fach- und Finanzcontrolling der ambulanten, teilstationären und stationären Maßnahmen.
- Die Bearbeitung der Sozialleistungen erfolgt in zeitgemäßer Weise, frei von Barrieren, umfassend und zügig (§ 17 Abs. 1 SGB I).

Qualitätsziele

Z-363-005-001:
Erfüllung des individuellen Rechtsanspruches auf ambulante, teilstationäre und
stationäre Eingliederungshilfen in bedarfsgerechter und angemessener Form.
(siehe G-363-005-001, G-363-005-002, G-363-005-003)
Z-363-005-004:
Schulassistenz: Begleitung und Beratung der Schulen auf dem Weg zur inklusiven Beschulung durch Schulassistenzberatung
(Schulassistenzberatung, Poolbildung etc.), Optimierung der organisatorischen Abläufe durch die Einhaltung von WISE (Projekt Wirkung

Produkt 363-005 Eingliederungshilfe nach § 35 a SGB VIII

Landkreis Hildesheim

durch Steuerung) und intensivere Prüfung durch die Bezirkssozialarbeit (Positiver Einfluss auf die Fallkosten). Ziel ist es, die Bedarfe
im Einzelfall zunehmend durch Poolbildung zu decken (geringe Aufwendungen bei Schulbegleitung/Fall).
(siehe G-363-005-008, G-363-005-009, G-363-005-004, G-363-005-005)
Z-363-005-003:
Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen.
(siehe ZK-363-005-301)

Maßnahmen

ZM-363-005-101:
Zur Erfüllung des individuellen Rechtsanspruchs der Kinder und Jugendlichen sowie jungen Volljährigen sind folgende Maßnahmen erforderlich:
- ausführliche und gründliche Beratung beim Falleingang,
- gesicherte, standardisierte, formale Überprüfung der fachärztlichen Stellungnahme,
- gründliche vor Ort Prüfung der Teilhabebeeinträchtigung,
- Kausalitätsprüfung und
- in jedem Fall Durchführung einer standardisierten Hilfeplanung.

ZM-363-005-103:
Sicherstellung eines angemessenen Informationsflusses (z. B. Teambesprechungen, Newsletter) zwischen den verschiedenen Ebenen (Dezernatsleitung, Amtsleitung, Teamleitung, Mitarbeiter) sowie vorausschauende Personalbedarfsplanung erhöhen die Beschäftigtenzufriedenheit.

ZM-363-005-104:
Initiierung und Planung von Kooperationsprojekten mit angrenzenden Rechtsgebieten und Institutionen zur Abstimmung von Konzepten für die Schaffung bedarfsgerechter struktureller Angebote.

ZM-363-005-105:
Planung und Durchführung von Präventionsprojekten, insbesondere mit den Schulen; gemeinsame Fortbildungsveranstaltungen.

Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
G-363-005-001 Gewährte ambulante Hilfen - (Anzahl)	0,00	1.100,00	0,00
G-363-005-002 Gewährte teilstationäre Hilfen - (Anzahl)	0,00	15,00	0,00
G-363-005-003 Gewährte stationäre Hilfen - (Anzahl)	0,00	70,00	0,00
G-363-005-004 Gesamtaufwand für Schulbegleitung - (EUR)	0,00	6.958.500,00	0,00
G-363-005-005 Fallzahl Schulbegleitung - (Anzahl)	0,00	240,00	0,00
G-363-005-008 Schulbegleitungsaufwendungen/Fall aus Vor-Vorjahr - (EUR)	0,00	27.888,00	0,00
G-363-005-009 Schulbegleitungsaufwendungen/Fall aktuelles Jahr - (EUR)	0,00	28.994,00	0,00
ZK-363-005-301 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	0,00

Leistungen

363-005	Eingliederungshilfe nach § 35 a SGB VIII
363-005-0001	Ambulante Eingliederungshilfe
363-005-0001-01	Ambulante Eingliederungshilfe in Form der Legasthenie-, Dyskalkulietherapie
363-005-0001-02	Ambulante Eingliederungshilfe in der Schulbegleitung
363-005-0001-03	Ambulante Eingliederungshilfe in Form der ambulanten Betreuung
363-005-0001-04	Ambulante Eingliederungshilfe für Volljährige (§§ 41,35 a SGB VIII)
363-005-0001-06	Schulassistenzberatung (SAB)
363-005-0002	Teilstationäre Eingliederungshilfe
363-005-0002-01	Teilstationäre Eingliederungshilfe für Minderjährige
363-005-0002-02	Teilstationäre Eingliederungshilfe für Volljährige (§§ 41,35 a SGB VIII)
363-005-0003	Stationäre Eingliederungshilfe
363-005-0003-01	Stationäre Eingliederungshilfe für Minderjährige
363-005-0003-02	Stationäre Eingliederungshilfe für Volljährige (§ 41,35 a SGB VIII)

Teilergebnishaushalt Produkt 363-005 Eingliederungshilfe nach § 35 a SGB VIII

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	162.399,86	170.000,00	170.000,00			
01.04	+ sonstige Transfererträge	242.562,64	177.800,00	119.800,00			
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	65.258,47	76.600,00				
01.11	+ sonstige ordentliche Erträge	500,00					
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**470.720,97**	**424.400,00**	**289.800,00**			
02.01	- Personalaufwendungen	3.141.658,98	3.011.600,00	3.375.300,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	74.396,87	80.100,00	83.000,00			
02.04	- Abschreibungen	977,10					
02.06	- Transferaufwendungen	13.921.415,87	13.910.800,00	15.373.200,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	93.116,38	21.500,00	32.000,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**17.231.565,20**	**17.024.000,00**	**18.863.500,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-16.760.844,23**	**-16.599.600,00**	**-18.573.700,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-16.760.844,23**	**-16.599.600,00**	**-18.573.700,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	124.792,73	129.400,00	167.100,00			
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-124.792,73**	**-129.400,00**	**-167.100,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-16.885.636,96**	**-16.729.000,00**	**-18.740.800,00**			

Produkt 363-006 Verfahren nach dem Jugendgerichtsgesetz

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	36	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	363	Sonstige Leistungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produkt	363-006	Verfahren nach dem Jugendgerichtsgesetz

Teilhaushalt Dezernat 5 - Kinder, Jugend und Familie

Verantwortlich Amt 406 - Björn Menkhaus

Kurzbeschreibung

Die Kinder- und Jugendhilfe hat nach Maßgabe des JGG und § 52 SGB VIII am Strafverfahren von Jugendlichen mitzuwirken
und in dem gesamten Verfahren sowie in der Hauptverhandlung die erzieherischen, sozialen und fürsorgerischen Gesichtspunkte zur Geltung zu bringen. Sie überwacht die vom Jugendgericht auferlegten Weisungen und Auflagen. Das Jugendgerichtsgesetz (JGG) sieht vor, dass Jugendliche und Heranwachsende durch richterliche Weisungen zur Teilnahme an pädagogischen Maßnahmen verpflichtet werden. Die Umsetzung der sozialen Trainingskurse, Betreuungsweisungen, Täter-Opfer-Ausgleiche, Deeskalationstrainings und die Vermittlung/Überwachung von Arbeitsauflagen erfolgt durch die Träger der freien Jugendhilfe im Auftrag der Jugendhilfe im Strafverfahren (JuHiS). Mit dem Vorrang des Erziehungsgedankens im Jugendstrafverfahren nimmt die Bedeutung der Kinder- und Jugendhilfe stetig zu.

Dem Produkt sind 9,75 Stellenanteile zugeordnet.

Zielgruppe

intern: ---
extern: Jugendliche, Heranwachsende und ihre Familien, Familiengerichte, Jugendgerichte, Staatsanwaltschaft

Kategorie Pflichtaufgabe

Aufgabenzuordnung eigener Wirkungskreis

Auftragsgrundlage

- SGB VIII - Sozialgesetzbuch Kinder- und Jugendhilfe
- Jugendgerichtsgesetz (JGG)

Sachziele

- Die Mitwirkung im jugendgerichtlichen Verfahren (Beratung, Begleitung, Betreuung) soll dazu beitragen, das Recht der jungen Menschen auf Förderung ihrer Entwicklung und Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit zu verwirklichen.
- Aus der Straffälligkeit und deren möglichen Folgen erwachsende Risiken sollen für die weitere Entwicklung des jungen Menschen vermieden und eine mögliche künftige Straffälligkeit der jungen Menschen verhindert werden.
- Begleitende und betreuende Hilfen könnten hier u. a. sein: situations- u. problemadäquates Reagieren auf delinquentes Verhalten junger Menschen durch Jugendhilfeangebote oder erzieherisch wirkende richterliche Maßnahmen nach dem JGG, um Kriminalisierung, Stigmatisierung sowie Entwicklungsstörungen zu verhindern und die Wiedereingliederung in die Gesellschaft für straffällige junge Menschen zu fördern.

Qualitätsziele

Z-363-006-001:
Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen.

Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
ZK-363-006-101 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	0,00

Leistungen 363-006 Verfahren nach dem Jugendgerichtsgesetz

Teilergebnishaushalt Produkt 363-006 Verfahren nach dem Jugendgerichtsgesetz

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	76,37					
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	2.908,54					
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**2.984,91**					
02.01	- Personalaufwendungen	628.350,11	627.600,00	936.900,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	15.001,26	19.700,00	21.400,00			
02.06	- Transferaufwendungen	806.515,04	949.800,00	618.300,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	7.267,39	5.100,00	8.500,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**1.457.133,80**	**1.602.200,00**	**1.585.100,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-1.454.148,89**	**-1.602.200,00**	**-1.585.100,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-1.454.148,89**	**-1.602.200,00**	**-1.585.100,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	24.959,00	27.500,00	47.900,00			
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-24.959,00**	**-27.500,00**	**-47.900,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-1.479.107,89**	**-1.629.700,00**	**-1.633.000,00**			

Produkt 363-007 Beistandschaft, Amtspflegschaft und -vormundschaft

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	36	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	363	Sonstige Leistungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produkt	363-007	Beistandschaft, Amtspflegschaft und -vormundschaft

Teilhaushalt Dezernat 5 - Kinder, Jugend und Familie

Verantwortlich Amt 407 - Florian Deister

Kurzbeschreibung

Beratung und Unterstützung bei Vaterschaftsfeststellung und Geltendmachung von Kindesunterhaltsansprüchen sowie eigener Ansprüche, Führung von Amtsvormundschaften, Amtspflegschaften und Beistandschaften,
Beratung und Unterstützung von privaten Vormündern und Pflegern.
Beurkundungen gem. § 59 Abs. 1 SGB VIII, Führung des Sorgeregisters.
Bescheinigungen über die Nichtabgabe von Sorgeerklärungen.
Beratung und Unterstützung, insbesondere bei der Feststellung der Vaterschaft durch Anerkennung oder gerichtliche Verfahren und bei der Erlangung von Unterhaltstiteln und regelmäßigen Unterhaltszahlungen.
Vertretung in allen Angelegenheiten der Personen- und Vermögenssorge.
Dem Produkt sind 15,0 Stellenanteile zugeordnet.

Folgende Anträge:
Antrag auf Beistandschaft (2-3 Tage)
Antrag auf Unterhaltsberatung (4-6 Wochen)
Beurkundungen (Dauer der Beurkundung 20-30 Minuten)
Antrag auf Volljährigenberatung (2-4 Wochen)
Anträge von Unterhaltsvorschusskassen oder Jobcentern auf Titelumschreibung (3-4 Wochen)

Zielgruppe

intern: ---
extern: sorgeberechtigte Personen (insbes. Elternteile), minderjährige Kinder, junge Volljährige, Unterhaltspflichtige, private Vormünder und Pfleger

Kategorie Pflichtaufgabe

Aufgabenzuordnung eigener Wirkungskreis

Auftragsgrundlage SGB VIII - Sozialgesetzbuch Kinder- und Jugendhilfe, BGB

Sachziele

Teilnahme an Kennzahlenvergleichen und Anpassung der Dienstleistungen des Landkreises an die Ergebnisse der Vergleiche, entsprechend den erlassenen Rahmenregeln, Kennzahlenvergleich ruht derzeit

Qualitätsziele

Z-363-007-002:
Gewinnung von mindestens 10 ehrenamtlichen Vormündern pro Jahr
Z-363-007-003:
Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen.
Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.

Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
G-363-007-002 Erstattung UV-Kasse - (EUR)	0,00	450.000,00	0,00
G-363-007-003 Erstattung SHTr./JHTr. (ohne UV) - (EUR)	0,00	60.000,00	0,00
G-363-007-004 Amtsvormundschaften - (Anzahl)	0,00	120,00	0,00
G-363-007-005 Amtspflegschaften - (Anzahl)	0,00	50,00	0,00
G-363-007-006 Beistandsschaften - (Anzahl)	0,00	2.000,00	0,00
G-363-007-007 Beratungen - (Anzahl)	0,00	1.200,00	0,00
G-363-007-008 Beurkundunden - (Anzahl)	0,00	1.400,00	0,00

Produkt 363-007 Beistandschaft, Amtspflegschaft und -vormundschaft

Landkreis Hildesheim

ZK-363-007-003 Ehrenamtliche Privatvormünder, neu im Jahr	0,00	10,00	0,00
ZK-363-007-301 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	0,00

Leistungen	363-007	Beistandschaft, Amtspflegschaft und -vormundschaft
	363-007-0001	Beratung/Unterstützung Vaterschaftsfest.,Unterhalt
	363-007-0002	Amtsvormundschaften
	363-007-0003	Amtspflegschaften
	363-007-0004	Beistandschaften
	363-007-0005	Sorgerechtsregister

Teilergebnishaushalt Produkt 363-007 Beistandschaft, Amtspflegschaft und -vormundschaft

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	3.123,10					
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**3.123,10**					
02.01	- Personalaufwendungen	1.303.775,07	1.315.300,00	1.338.500,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	46.740,72	40.600,00	41.600,00			
02.04	- Abschreibungen	2.338,83	3.000,00	800,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	40.920,54	64.200,00	31.300,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**1.393.775,16**	**1.423.100,00**	**1.412.200,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-1.390.652,06**	**-1.423.100,00**	**-1.412.200,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-1.390.652,06**	**-1.423.100,00**	**-1.412.200,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	57.194,72	84.800,00	95.800,00			
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-57.194,72**	**-84.800,00**	**-95.800,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-1.447.846,78**	**-1.507.900,00**	**-1.508.000,00**			

Produkt 363-008 Elterngeld

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	36	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	363	Sonstige Leistungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produkt	363-008	Elterngeld

Teilhaushalt Dezernat 5 - Kinder, Jugend und Familie

Verantwortlich Amt 407 - Florian Deister

Kurzbeschreibung

Elterngeld ist eine Leistung für Eltern von Säuglingen und Kleinkindern. Es soll den Eltern ermöglichen, sich die Zeit zu nehmen, ihr Kind zu erziehen und zu betreuen.
Elterngeld schafft einen Ausgleich, falls die Eltern weniger Einkommen haben, weil sie nach der Geburt zeitweise weniger der gar nicht mehr arbeiten. Dadurch hilft das Elterngeld, die finanzielle Lebensgrundlage der Familien zu sichern.
Elterngeld gibt es auch für Eltern, die vor der Geburt gar kein Einkommen hatten.
Für Geburten ab dem 01.07.2015 gibt es drei Varianten von Elterngeld:
- Basiselterngeld
- ElterngeldPlus und
- Partnerschaftsbonus.

Diese Varianten können miteinander kombiniert werden.
Die Zuständigkeit der Elterngeldstelle des Landkreises besteht für Eltern, die im Landkreis Hildesheim, nicht jedoch in der Stadt Hildesheim, wohnen. Die Stadt Hildesheim hat, auf eigenen Antrag, die Erlaubnis erhalten, die Aufgabe selbst wahrzunehmen.

Im Amt für Familie werden die Anträge auf Elterngeld bearbeitet und das Geld dafür ausgezahlt. Außerdem finden Beratungen zum Thema Elterngeld und Elternzeit statt.

Dem Produkt sind 6,25 Stellenanteile zugeordnet.

Folgende Anträge:
Antrag auf Elterngeld (43 Tage)

Zielgruppe

intern: ---
extern: Elternteile, die mit einem Kind in einem Haushalt leben und dieses Kind selbst betreuen und erziehen.
Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die Fragen zur Elternzeit haben.

Kategorie Pflichtaufgabe

Aufgabenzuordnung übertragener Wirkungskreis

Auftragsgrundlage Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz (BEEG)

Sachziele

Teilnahme an Kennzahlenvergleichen und Anpassung der Dienstleistung des Landkreises an die Ergebnisse der Vergleiche, entsprechend den erlassenen Rahmenregeln; NLT-Vergleich "Elterngeld" ruht derzeit

Qualitätsziele

Z-363-008-001:
Der durchschnittliche Bearbeitungszeitraum soll nicht länger als 20 Tage sein.
Z-363-008-002:
Pro Vollzeitstelle soll eine Anzahl von 600 Fällen erreicht werden.
Z-363-008-003:
Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen.
Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.

Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
G-363-008-001 Fallzahl Elterngeld - (Anzahl)	0,00	2.050,00	0,00
G-363-008-002 Beratungen Elternzeit - (Anzahl)	0,00	850,00	0,00

Produkt 363-008 Elterngeld

Landkreis Hildesheim

ZK-363-008-001 Durchschnittlicher Bearbeitungszeitraum Elterngeld - (Tage)	0,00	25,00	0,00
ZK-363-008-002 Fälle pro Vollzeitstelle Elterngeld - (Anzahl)	0,00	0,00	0,00
ZK-363-008-301 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	0,00

Leistungen 363-008 Elterngeld

Teilergebnishaushalt Produkt 363-008 Elterngeld

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	305.473,97	304.100,00	297.700,00			
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**305.473,97**	**304.100,00**	**297.700,00**			
02.01	- Personalaufwendungen	583.975,64	523.800,00	580.300,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	14.313,73	31.000,00	44.700,00			
02.04	- Abschreibungen		4.300,00	5.500,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	113.146,31	238.000,00	236.200,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**711.435,68**	**797.100,00**	**866.700,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-405.961,71**	**-493.000,00**	**-569.000,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-405.961,71**	**-493.000,00**	**-569.000,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	34.912,45	31.400,00	46.300,00			
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-34.912,45**	**-31.400,00**	**-46.300,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-440.874,16**	**-524.400,00**	**-615.300,00**			

Produkt 363-013 Jugendsozialarbeit, Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz -freiwillig-

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	36	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	363	Sonstige Leistungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produkt	363-013	Jugendsozialarbeit, Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz -freiwillig-

Teilhaushalt	Dezernat 5 - Kinder, Jugend und Familie
Verantwortlich	Amt 407 - Florian Deister
Kurzbeschreibung	Förderung von verschiedenen Projekten zum Ausgleich sozialer Benachteiligungen und Überwindung individueller Beeinträchtigungen junger Menschen und zur Vorbeugung von Gefährdungen bei Kindern und Jugendlichen, insbesondere in den Bereichen Suchtgefahr, Medien, Rechtsextremismus und Gewalt Dem Produkt sind 0,3 Stellenanteile zugeordnet.
Zielgruppe	intern: extern: Eltern und Erziehungsberechtigte, Kinder, Jugendliche, junge Menschen bis 27 Jahre, Lehrkräfte, Erzieherinnen und Erzieher
Kategorie	freiwillige Aufgabe
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis
Auftragsgrundlage	§§ 13, 14 Sozialgesetzbuch VIII - Sozialgesetzbuch Kinder- und Jugendhilfe, außerdem diverse Beschlüsse des Kreistages zur Bereitstellung entsprechender Haushaltsmittel zur Förderung der unterschiedlichen Projekte

Leistungen	363-013	Jugendsozialarbeit, Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz -freiwillig-
	363-013-0001	Jugendsozialarbeit -freiwillig-
	363-013-0002	Jugendberufsagentur -freiwillig-

Teilergebnishaushalt Produkt 363-013 Jugendsozialarbeit, Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz -freiwillig-

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
02.01	- Personalaufwendungen			19.100,00			
02.06	- Transferaufwendungen			64.300,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**			**83.400,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**			**-83.400,00**			
05.	**= Jahresergebnis**			**-83.400,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**			**-83.400,00**			

Produkt 363-014 Förderung der Erziehung in der Familie -freiwillig-

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	36	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	363	Sonstige Leistungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produkt	363-014	Förderung der Erziehung in der Familie -freiwillig-

Teilhaushalt	Dezernat 5 - Kinder, Jugend und Familie
Verantwortlich	Amt 406 - Björn Menkhaus
Kurzbeschreibung	Soziale Dienstleister wie z. B. das Diakonische Werk, Sorgentelefon, DKSB, Wildrose verpflichten sich, im Landkreis Hildesheim durch Beratung von Familien oder einzelnen Familienmitgliedern Hilfe in vielfältigen Fragestellungen zu unterschiedlichen Problem- und Lebenslagen zu leisten. Darunter können u. a. Fragen zu Familiencoaching, Trennung, Scheidung und Patchwork-Familien sowie sexualisierte Gewalt fallen. Diese sozialen Dienstleister sind in der niedrigschwelligen, geschützten und anonymen Beratung sowie der umfänglichen Präventionsarbeit, auch durch Informationen und Fortbildungen, ein verlässlicher und kompetenter Kooperationspartner. Dem Produkt sind 0,33 Stellenanteile zugeordnet.
Zielgruppe	intern: extern: Kinder, Jugendliche, junge Erwachsene und ihre Familien
Kategorie	freiwillige Aufgabe
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis
Auftragsgrundlage	SGB VIII - Sozialgesetzbuch Kinder- und Jugendhilfe; Beschlüsse des JHA
Sachziele	Entwicklung von individuellen und familienbezogenen Lösungsansätzen, um über eine Aktivierung und Stärkung der Ressourcen einer Familie, eine selbstständige Lösung der familiären Probleme zu erreichen. Kinder und Jugendliche in ihrer Entwicklung zu stützen, Hilfestellung zu leisten und Eltern in ihrer Erziehungsfähigkeit zu stärken. Vorhalten eines Beratungsangebotes nach §§ 16, 17 und 18 SGB VIII zur entsprechenden Unterstützung der Zielgruppe. Erweiterung und Ergänzung der vorhandenen, vielfältigen und guten Angebote im Bereich der präventiven Leistungen

Leistungen	363-014	Förderung der Erziehung in der Familie -freiwillig-
	363-014-0001	KKG (Frühe Hilfen) -freiwillig-

Teilergebnishaushalt Produkt 363-014 Förderung der Erziehung in der Familie -freiwillig-

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen			121.000,00			
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**			**121.000,00**			
02.01	- Personalaufwendungen			1.400,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen			85.000,00			
02.06	- Transferaufwendungen			109.600,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**			**196.000,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**			**-75.000,00**			
05.	**= Jahresergebnis**			**-75.000,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**			**-75.000,00**			

Produkt 363-015 Hilfen zur Erziehung -freiwillig-

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	36	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	363	Sonstige Leistungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produkt	363-015	Hilfen zur Erziehung -freiwillig-

Teilhaushalt	Dezernat 5 - Kinder, Jugend und Familie
Verantwortlich	Amt 406 - Björn Menkhaus
Kurzbeschreibung	Soziale Dienstleister wie z. B. die unabhängige Ombudsstelle Kinder- und Jugendhilfe in Stadt und Landkreis Hildesheim e. V. verpflichten sich, im Landkreis Hildesheim durch Beratung, Vermittlung und Klärung im Zusammenhang mit den Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe gemäß § 2 SGB VIII, sowohl den jungen Menschen als auch ihren Familienmitgliedern Hilfe in vielfältigen Fragestellungen zu unterschiedlichen Problem- und Lebenslagen zu leisten. Dies kann u.a. Fragen zur Formulierung von Hilfeansprüchen, Geltendmachung und Durchsetzung von Hilfeansprüchen sowie Fragen zur Beantragung und Durchführung von Jugendhilfeleistungen betreffen. Dem Produkt sind 0,33 Stellenanteile zugeordnet.
Zielgruppe	intern: extern: Kinder, Jugendliche, junge Erwachsene und ihre Familien
Kategorie	freiwillige Aufgabe
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis
Auftragsgrundlage	SGB VIII - Sozialgesetzbuch Kinder- und Jugendhilfe; Kreistagsbeschluss vom 07.12.2023
Sachziele	Jungen Menschen sollen bei der Wahrnehmung ihrer Rechte gemäß § 8 SGB VIII unterstützt werden.

Leistungen	363-015	Hilfen zur Erziehung -freiwillig-

Teilergebnishaushalt Produkt 363-015 Hilfen zur Erziehung -freiwillig-

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
02.01	- Personalaufwendungen			8.200,00			
02.06	- Transferaufwendungen			198.000,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen			3.700,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**			**209.900,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**			**-209.900,00**			
05.	**= Jahresergebnis**			**-209.900,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**			**-209.900,00**			

Produkt 363-016 Verfahren nach dem Jugendgerichtsgesetz -freiwillig-

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	36	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	363	Sonstige Leistungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produkt	363-016	Verfahren nach dem Jugendgerichtsgesetz -freiwillig-

Teilhaushalt	Dezernat 5 - Kinder, Jugend und Familie
Verantwortlich	Amt 406 - Björn Menkhaus
Kurzbeschreibung	Möglichkeit der Schulpflichterfüllung durch eine Schulersatzleistung: Konzeptionell handelt es sich bei der "Produktionsschule" um ein täglich stattfindendes Angebot für Schulverweigerer*innen, welches Anteile an sozialpädagogischer Einzelfallhilfe, Praxiseinsätzen mit Schwerpunkt im Bereich Garten- und Landschaftsbau und im abgestimmten Einzelfall in der Jugend-werkstatt, Fahrradwerkstatt oder anderen Werkstätten, Gruppenarbeit und Allgemeinbildung enthält. Die "Produktionsschule" besuchen Schüler*innen, die dem Jugendamt aus Leistungen nach §§ 8a, 16, 18 und 50 SGB VIII sowie im Kontext der Gewährung von ambulanten Hilfen zur Erziehung bekannt sind. Dem Produkt sind 0,33 Stellenanteile zugeordnet.
Zielgruppe	intern: extern: Schulverweiger*innen
Kategorie	freiwillige Aufgabe
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis
Auftragsgrundlage	SGB VIII - Sozialgesetzbuch Kinder- und Jugendhilfe, Jugendgerichtsgesetz (JGG)
Sachziele	Junge Menschen sollen individuell und sozial stabilisiert und in ihrer Eigenverantwortlichkeit gestärkt werden. Ebenfalls soll die Erarbeitung von schulischen und/oder beruflichen Zukunftsperspektiven im Vordergrund stehen.

Leistungen	363-016	Verfahren nach dem Jugendgerichtsgesetz -freiwillig-

Teilergebnishaushalt Produkt 363-016 Verfahren nach dem Jugendgerichtsgesetz -freiwillig-

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
02.01	- Personalaufwendungen			1.900,00			
02.06	- Transferaufwendungen			120.000,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**			**121.900,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**			**-121.900,00**			
05.	**= Jahresergebnis**			**-121.900,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**			**-121.900,00**			

Produkt 363-017 Beistandschaft, Amtspflegschaft und -vormundschaft -freiwillig-

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	36	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	363	Sonstige Leistungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produkt	363-017	Beistandschaft, Amtspflegschaft und -vormundschaft -freiwillig-

Teilhaushalt	Dezernat 5 - Kinder, Jugend und Familie
Verantwortlich	Amt 407 - Florian Deister
Kurzbeschreibung	Kooperation mit Vormundschaftsvereinen einschließlich Beratung und Unterstützung Dem Produkt sind 0,25 Stellenanteile zugeordnet.
Zielgruppe	intern: extern: Vormundschaftsvereine
Kategorie	freiwillige Aufgabe
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis
Auftragsgrundlage	Beschluss des Kreistages zur Vorlage 856/XIX in der Sitzung vom 20.03.2025, SGB VIII - Sozialgesetzbuch Kinder- und Jugendhilfe, BGB

Leistungen	363-017	Beistandschaft, Amtspflegschaft und -vormundschaft -freiwillig-

Teilergebnishaushalt Produkt 363-017 Beistandschaft, Amtspflegschaft und -vormundschaft -freiwillig-

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
02.01	- Personalaufwendungen			2.700,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen			55.000,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**			**57.700,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**			**-57.700,00**			
05.	**= Jahresergebnis**			**-57.700,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**			**-57.700,00**			

Produkt 365-001 Sicherstellung der Kindertagesbetreuung (407)

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	36	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	365	Tageseinrichtungen für Kinder
Produkt	365-001	Sicherstellung der Kindertagesbetreuung (407)

Wesentl. Produkt

Teilhaushalt Dezernat 5 - Kinder, Jugend und Familie

Verantwortlich Amt 407 - Florian Deister

Kurzbeschreibung
Sicherstellung der Ansprüche von Kindern auf Förderung in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege u.a. in Umsetzung durch den Kita-Vertrag (Vereinbarung zur Wahrnehmung der Aufgaben der Kindertagesbetreuung) zwischen Landkreis und kreisangehörigen Kommunen
Dem Produkt sind 13,5 Stellenanteile zugeordnet.

Zielgruppe
intern: ---
extern: Familien und Kinder; Städte, Gemeinden und Samtgemeinden (als mit der Aufgabenwahrnehmung betraute Stellen)

Kategorie Pflichtaufgabe

Aufgabenzuordnung eigener Wirkungskreis

Auftragsgrundlage
Sozialgesetzbuch VIII - Sozialgesetzbuch Kinder- und Jugendhilfe,
Niedersächsisches Gesetz zur Ausführung des SGB VIII (Nds. AG-KJHG),
Niedersächsiches Kindertagesstättengesetz (NKiTaG)

Sachziele
Die Tageseinrichtungen für Kinder und in der Kindertagespflege sollen
- die Entwicklung des Kindes zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit fördern
- die Erziehung und Bildung in der Familie unterstützen und ergänzen
- den Eltern dabei helfen, Erwerbstätigkeit und Kindererziehung besser miteinander vereinbaren zu können
- Der Förderauftrag umfasst Erziehung, Bildung und Betreuung des Kindes und bezieht sich auf die soziale, emotionale, körperliche und geistige Entwicklung des Kindes. Er schließt die Vermittlung orientierender Werte und Regeln ein. Die Förderung soll sich am Alter und Entwicklungsstand, den sprachlichen und sonstigen Fähigkeiten, der Lebenssituation sowie den Interessen und Bedürfnissen des einzelnen Kindes orientieren und seine ethnische Herkunft berücksichtigen.

Qualitätsziele
Z-365-001-001:
Sicherstellung des Rechtsanspruchs auf Förderung in einer Tageseinrichtung für Kinder ab Vollendung des 3. Lebensjahres bis zum Schuleintritt incl. eines bedarfsgerechten Angebots an Ganztagsplätzen (auf Basis der Anmeldungen); siehe ZK-365-001-001
Z-365-001-004:
Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen.
Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.
Z-365-001-005:
Sicherstellung eines bedarfsgerechten Angebots an frühkindlicher Förderung in einer Kindertageseinrichtung oder in Kindertagespflege für Kinder bis zum vollendeten 1 Lebensjahr; siehe ZK-365-001-006
Z-365-001-006:
Sicherstellung des Anspruchs auf frühkindliche Förderung in einer Kindertageseinrichtung oder in Kindertagespflege für Kinder vom vollendeten 1. Lebensjahr bis zur Vollendung des 3. Lebensjahres; siehe ZK-365-001-007
Z-365-001-007:
Sicherstellung eines bedarfsgerechten Angebots in Tageseinrichtungen für Kinder im schulpflichtigen Alter (bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres); siehe ZK-365-001-005

Maßnahmen
ZM-365-001-101:
Im Rahmen der mit den Städten, Gemeinden und Samtgemeinden geschlossenen Vereinbarungen über die

Produkt 365-001 Sicherstellung der Kindertagesbetreuung (407)

Landkreis Hildesheim

Wahrnehmung der Aufgaben der Kindertagesbetreuung wird auf das Erreichen der Ziele hingewirkt.

Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
ZK-365-001-001 Versorgungsgrad Kinder 3 - 6 - (%)	0,00	100,00	0,00
ZK-365-001-005 Versorgungsgrad Schulkinder - (%)	0,00	50,00	0,00
ZK-365-001-006 Versorgungsgrad Kinder u1 - (%)	0,00	1,00	0,00
ZK-365-001-007 Versorgungsgrad Kinder 1 - u3 (%)	0,00	46,00	0,00
ZK-365-001-401 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	0,00

Leistungen		
	365-001	Sicherstellung der Kindertagesbetreuung (407)
	365-001-0001	Förderg.v. Betreuungsangeboten für Kinder von 3 Jahren bis zum Schuleintritt
	365-001-0003	Förderg.v. Betreuungsangeboten für schulpflichtige Kinder u14
	365-001-0004	Förderung v. Betreuungsangeboten für Kinder u1
	365-001-0005	Förderung v. Betreuungsangeboten für Kinder von 1 bis u3
	365-001-0006	Richtlinie Verbesserung Qualität in KiTa (Quik)
	365-001-0007	Besondere Finanzhilfen n.d. KiTaG
	365-001-0008	Richtlinie Investitionen Tagesbetreuung (RIT)
	365-001-0009	Richtlinie IKiGA
	365-001-0010	Notfallbetreuung

Teilergebnishaushalt Produkt 365-001 Sicherstellung der Kindertagesbetreuung (407)

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	5.097.653,91	1.788.000,00				
01.03	+ Auflösungserträge aus Sonderposten	77.963,29	68.800,00	54.400,00			
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte		12.000,00				
01.06	+ privatrechtliche Entgelte			365.000,00			
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	2.818.325,58	2.964.500,00	3.312.700,00			
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**7.993.942,78**	**4.833.300,00**	**3.732.100,00**			
02.01	- Personalaufwendungen	333.040,03	764.900,00	1.010.100,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	82.106,58	86.300,00	11.900,00			
02.04	- Abschreibungen	1.773.226,14	1.603.900,00	1.759.800,00			
02.06	- Transferaufwendungen	55.055.020,62	30.546.200,00	28.061.800,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	6.233.719,36	11.211.300,00	28.762.500,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**63.477.112,73**	**44.212.600,00**	**59.606.100,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-55.483.169,95**	**-39.379.300,00**	**-55.874.000,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-55.483.169,95**	**-39.379.300,00**	**-55.874.000,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	13.573,65	10.900,00	18.800,00			
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-13.573,65**	**-10.900,00**	**-18.800,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-55.496.743,60**	**-39.390.200,00**	**-55.892.800,00**			

Produkt 365-003 Sicherstellung der Kindertagesbetreuung (407) -freiwillig-

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	36	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	365	Tageseinrichtungen für Kinder
Produkt	365-003	Sicherstellung der Kindertagesbetreuung (407) -freiwillig-

Teilhaushalt	Dezernat 5 - Kinder, Jugend und Familie
Verantwortlich	Amt 407 - Florian Deister
Kurzbeschreibung	Förderung von Projekten, die der Sicherstellung von Kinderbetreuung dienen und Abwicklung dieser Projekte - derzeit handelt es sich ausschließlich um das Projekt Kindernotfallbetreuung, das die Übernahme der Kinderbetreuung für Knder bis zum 3. Lebensjahr in wirklichen Betreuungsnotfällen kurzfristig sicherstellt. Dies dient einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf Weiterleitung von Fördermitteln des Landes, die der Qualitätssicherung der Arbeit in Kindertagesbetreuung dienen - derzeit handelt es sich um Fördermittel aus der Richtlinie Qualität in Kitas des Landes. Die Fördermittel werden durch die Kita-Träger, die die Mittel in Anspruch nehmen möchten, beim Landkreis beantragt. Dieser stellt einen gesammelten Antrag beim Land und verteilt auch die Fördermittel entsprechend an die Träger Dem Produkt sind 2,2 Stellenanteile zugeordnet. Antrag auf Fördermittel nach der RL Qualität in Kitas: ca. 3 Tage, die Anträge werden von den Kita-Trägern aus dem Kreisgebiet beim Landkreis Hildesheim gestellt, dieser gibt diese gesammelt an das RLSB weiter, da die Fördermittel einer Landesrichtlinie entstammen und die endgültige Genehmigung durch das Landesamt erfolgt
Zielgruppe	intern: extern: Familien und Kinder, Träger von Kindertagesstätten im Kreisgebiet
Kategorie	freiwillige Aufgabe
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis
Auftragsgrundlage	Beschluss des Kreistages zur Vorlage 433/XIX vom 29.06.2023 (Projekt Kindernotfallbetreuung), Richtlinie Qualität in Kitas des Landes

Leistungen	365-003	Sicherstellung der Kindertagesbetreuung (407) -freiwillig-
	365-003-0002	Notfallbetreuung -freiwillig-

Teilergebnishaushalt Produkt 365-003 Sicherstellung der Kindertagesbetreuung (407) -freiwillig-

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte			22.000,00			
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**			**22.000,00**			
02.01	- Personalaufwendungen			149.200,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen			25.000,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen			18.000,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**			**192.200,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**			**-170.200,00**			
05.	**= Jahresergebnis**			**-170.200,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**			**-170.200,00**			

Produkt 366-001 Kreiseigene Jugendeinrichtungen -freiwillig-

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	36	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	366	Einrichtungen der Jugendarbeit
Produkt	366-001	Kreiseigene Jugendeinrichtungen -freiwillig-

Teilhaushalt Dezernat 5 - Kinder, Jugend und Familie

Verantwortlich Amt 407 - Florian Deister

Kurzbeschreibung
Finanzielle Unterstützung der Betriebsgesellschaft Jugendeinrichtungen gGmbH zur Bereitstellung von Jugendeinrichtungen für Schulen, Vereine, Verbände und Jugendgruppen aus dem Landkreis Hildesheim
Dem Produkt sind 0,1 Stellenanteile zugeordnet.

Zielgruppe
intern: ---
extern: Jugendgruppen, Schulklassen, Vereine, Verbände und Kindertagesstätten

Kategorie freiwillige Aufgabe

Aufgabenzuordnung eigener Wirkungskreis

Auftragsgrundlage Sozialgesetzbuch VIII - Sozialgesetzbuch Kinder- und Jugendhilfe, außerdem regelmäßige Beschlüsse des Kreistages zur Bereitstellung entsprechender Haushaltsmittel

Sachziele

Qualitätsziele
Z-366-001-001:
Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen.
Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.

Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
ZK-366-001-101 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	0,00

Leistungen

366-001	Kreiseigene Jugendeinrichtungen -freiwillig-
366-001-0001	Windmühle Marienrode
366-001-0002	Haus Berlin/Hohegeiß
366-001-0003	Jugendhof Schönberg

Teilergebnishaushalt Produkt 366-001 Kreiseigene Jugendeinrichtungen -freiwillig-

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	35,88					
01.11	+ sonstige ordentliche Erträge	3.000,00					
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**3.035,88**					
02.01	- Personalaufwendungen	14.977,80	13.900,00	4.900,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	122,10	100,00	100,00			
02.06	- Transferaufwendungen	419.500,00	675.000,00	550.000,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	48,33	200,00	200,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**434.648,23**	**689.200,00**	**555.200,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-431.612,35**	**-689.200,00**	**-555.200,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-431.612,35**	**-689.200,00**	**-555.200,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	611,51					
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-611,51**					
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-432.223,86**	**-689.200,00**	**-555.200,00**			

Produkt 367-001 Erziehungsberatung

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	36	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	367	Sonstige Einrichtungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produkt	367-001	Erziehungsberatung

Teilhaushalt	Dezernat 5 - Kinder, Jugend und Familie
Verantwortlich	Amt 407 - Florian Deister
Kurzbeschreibung	§ 28 SGB VIII: Kinder, Jugendliche, Eltern und andere Erziehungsberechtigte bei der Klärung und Bewältigung individueller und familienbezogener Probleme und der zugrunde liegenden Faktoren, bei der Lösung von Erziehungsfragen sowie bei Trennung und Scheidung unterstützen. Dem Produkt sind 10,75 Stellenanteile zugeordnet. Die Leistungen der Erziehungsberatungsstelle können niederschwellig ohne Antrag wahrgenommen werden. Einen Termin erhalten die Hilfesuchenden nach circa 2-4 Wochen.
Zielgruppe	intern: Jugendamt, PKD, KJD extern: Kinder/Jugendliche, junge Volljährige sowie deren Familien/Teilfamilien in besonderen Problemlagen, Bürgerinnen und Bürger aus Stadt und Lankreis Hildesheim
Kategorie	Pflichtaufgabe
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis
Auftragsgrundlage	§ 28 Sozialgesetzbuch VIII - Sozialgesetzbuch Kinder- und Jugendhilfe
Sachziele	Angebote sollen Erziehende und deren Kinder bereits in den frühen Lebensphasen erreichen. Durch den Ausbau der Angebote in der frühen Beratung wird Bindungsstörungen, mit ihren gravierenden negativen Folgen auf die psychosoziale Gesundheit, entgegengewirkt.
Qualitätsziele	Z-367-001-002: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.

Kennzahlen	**Ergebnis Vorvorjahr**	**Ansatz Vorjahr**	**Ansatz lfd. Jahr**
ZK-367-001-201 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	0,00

Leistungen	367-001	Erziehungsberatung
	367-001-0001	Diagn.,Ber.,Therap.Kinder,Jugendliche und Familien
	367-001-0002	Einzelfallb.Ber.v.Erzieh.,Lehrern u. a.
	367-001-0003	Einzelfallb.Stellungnahmen an Personen,Institutionen
	367-001-0004	Präventive fallübergreifende Angebote

Teilergebnishaushalt Produkt 367-001 Erziehungsberatung

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	2.544,58					
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**2.544,58**					
02.01	- Personalaufwendungen	1.062.446,02	874.600,00	1.006.400,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	27.835,85	25.900,00	26.300,00			
02.06	- Transferaufwendungen	305.521,60	319.700,00	15.000,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	16.034,53	11.800,00	11.800,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**1.411.838,00**	**1.232.000,00**	**1.059.500,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-1.409.293,42**	**-1.232.000,00**	**-1.059.500,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-1.409.293,42**	**-1.232.000,00**	**-1.059.500,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	43.403,63	46.100,00	56.100,00			
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-43.403,63**	**-46.100,00**	**-56.100,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-1.452.697,05**	**-1.278.100,00**	**-1.115.600,00**			

Produkt 367-002 Erziehungsberatung -freiwllig-

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	36	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	367	Sonstige Einrichtungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produkt	367-002	Erziehungsberatung -freiwllig-

Teilhaushalt	dezernat 5 - Kinder, Jugend und Familie
Verantwortlich	Amt 407 - Florian Deister
Kurzbeschreibung	Förderung einer Erziehungsberatungsstelle eines freien Trägers, der als alternative Anlaufstelle zur landkreiseigenen Einrichtung zur Verfügung steht. Dem Produkt sind 0,2 Stellenanteile zugeordnet.
Zielgruppe	intern: extern: Kinder/Jugendliche, junge Volljährige sowie deren Familien/Teilfamilien in besonderen Problemlagen, vorliegenden/bestehenden Erziehungs-/Beziehungsschwierigkeiten, Entwicklungsstörungen, Verhaltensauffälligkeiten, psychischen/psychosozialen/psychosomatischen Störungen
Kategorie	freiwillige Aufgabe
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis
Auftragsgrundlage	ozialgesetzbuch VIII - Sozialgesetzbuch Kinder- und Jugendhilfe, die Förderung im Zeitraum 01.01.23-31.12.25 wurde durch den Kreistag mit Vorlage 300/XIX am 08.12.2022 beschlossen

Leistungen	367-002	Erziehungsberatung -freiwillig-

Teilergebnishaushalt Produkt 367-002 Erziehungsberatung -freiwllig-

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
02.01	- Personalaufwendungen			5.500,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**			**5.500,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**			**-5.500,00**			
05.	**= Jahresergebnis**			**-5.500,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**			**-5.500,00**			

Produkt 421-001 Sportförderung -freiwillig-

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	42	Sportförderung
Produktgruppe	421	Förderung des Sports
Produkt	421-001	Sportförderung -freiwillig-

Teilhaushalt Dezernat 5 - Kinder, Jugend und Familie

Verantwortlich Amt 407 - Florian Deister

Kurzbeschreibung

Unterstützung des Sports im Landkreis Hildesheim durch Auszahlung von Fördermitteln
Nach der Sportförderrichtlinie werden zum einen Investitionsmaßnahmen gefördert, die der Erhaltung, Barrierefreiheit, Modernisierung, Sanierung oder dem Umbau von bestehenden Sport- oder Gemeinschaftsanlagen dienen. Die Antragsvorraussetzungen und die Fördersätze finden sich ebenfalls in der Richtlinie. Ein Antrag kann hierbei formlos gestellt werden.
Ebenfalls nach der Richtlinie wird ein jährlichen Zuschuss an den Kreissportbund in Höhe von 70.500 € gewährt, der als Zuschuss für die Aufwendungen für die lizenzierten nebenberuflichen Übungsleiter*innen zur Weitergabe an die Sportvereine mit Sitz im Landkreis Hildesheim gedacht ist.
Es können außerdem auf Antrag die Teilnahme an Meisterschaften und die Ausrichtung verschiedener Schulsportveranstaltungen finanziell gefördert werden.
Der Landkreis Hildesheim versichert außerdem alle Mitglieder der Sportvereine im Landkreis Hildesheim im Alter von 0 bis 18 Jahren beim Kommunalen Schadensausgleich Hannover. Eingehende Schadensmeldungen werden dabei an den KSA weitergeleitet.
Grundschulen bekommen außerdem die Urkunden für die Bundesjugendspiele beim Amt für Familie, wenn sie diese formlos
per Mail bestellen.
Dem Produkt sind 0,2 Stellenanteile zugeordnet.

Folgende Anträge:
Antrag auf Investitionsförderungsmittel (Antragsbearbeitung abhängig von Gremienlauf und entsprechender Beschlussfassung)
Antrag auf Förderung von Meisterschaftsteilnahmen (3-4 Tage)
Antrag auf Förderung von Schulsportveranstaltungen (3-4 Tage)

Zielgruppe

intern: ---
extern: alle sportlich interessierten Bürgerinnen und Bürger im Landkreis Hildesheim insbesondere Mitglieder in Sportvereinen sowie Schülerinnen und Schüler

Kategorie freiwillige Aufgabe

Aufgabenzuordnung eigener Wirkungskreis

Auftragsgrundlage

- Beschlüsse des Kreisausschusses und Kreistages
Richtlinien über die Sportförderung des Landkreises Hildesheim ab 01.01.2023
- Erlass des Bundesministeriums des Innern zu den "Bundesjugendspielen"

Sachziele

- Förderung von Investitionsmaßnahmen zur Erhaltung, Umbau , Modernisierung und Sanierung von bestehenden Sport- und Gemeinschaftsanlagen und in nachvollziehbaren und erforderlichen Fällen auch für Neubauten von Sportstätten in Kommunen, Vereinen und Sportfachverbänden
- Gewährung eines Zuschusses an den Kreissportbund für die nebenamtlichen lizensierten Übungsleiter/innen
- Gewährung von Zuschüsses für die Teilnahme an Meisterschaften
- Sach- und Dienstleitungen für den außerunterrichtlichen Schulsport
- Unfallversicherung aller Mitglieder in Sportvereinen unter 18 Jahren über den Kommunalen Schadenausgleich (KSA)

Qualitätsziele

Z-421-001-004:
Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen.
Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.

Produkt 421-001 Sportförderung -freiwillig-

Landkreis Hildesheim

Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
ZK-421-001-401 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	0,00

Leistungen	421-001	Sportförderung -freiwillig-
	421-001-0001	Bezuschussung von Sportanlagen/Bädereinrichtungen -freiwillig-
	421-001-0002	Bezuschussung von haupt-/nebenamtlichen Übungsleitern -freiwillig-
	421-001-0003	Förderung des Schul-und Vereinssports -freiwillig-

Teilergebnishaushalt Produkt 421-001 Sportförderung -freiwillig-

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	6.180,57	7.700,00	7.700,00			
01.11	+ sonstige ordentliche Erträge	2.000,00					
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**8.180,57**	**7.700,00**	**7.700,00**			
02.01	- Personalaufwendungen	15.637,78	14.700,00	13.200,00			
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	6.257,05	10.900,00	10.900,00			
02.04	- Abschreibungen	43.031,91	46.700,00	49.100,00			
02.06	- Transferaufwendungen	215.302,24	157.800,00	157.800,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	6.037,93	8.100,00	8.100,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**286.266,91**	**238.200,00**	**239.100,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-278.086,34**	**-230.500,00**	**-231.400,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-278.086,34**	**-230.500,00**	**-231.400,00**			
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	638,79	4.900,00	12.800,00			
08.03	**= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen**	**-638,79**	**-4.900,00**	**-12.800,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-278.725,13**	**-235.400,00**	**-244.200,00**			

Teilhaushalt
Zentralhaushalt

Erläuterungen zum Teilhaushalt des Zentralhaushaltes für das Haushaltsjahr 2026

Produkt 261-001 Theater -freiwillig-

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
02.06	**Transferaufwendungen**	**4.329.918,08**	**4.277.100**	**4.500.000**
	darunter:			
	Zuschuss an Theater für Niedersachsen	4.329.918,08	4.277.100	4.500.000

Erwarteter Anteil des Landkreises Hildesheim zur Finanzierung des TFN. Zahlungsverpflichtung aufgrund des Gesellschaftsvertrages. Ansatzerhöhung aufgrund von Personal- und Betriebskostensteigerungen.

Produkt 271-001 Volkshochschule -freiwillig-

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
02.06	**Transferaufwendungen**	**0,00**	**300.000**	**300.000**
	darunter:			
	Zuschuss Volkshochschule	0,00	300.000	300.000

Zuschusszahlung an die Volkshochschule Hildesheim gem. KT Beschluss vom 12.12.2024, Vorlage 576/XIX -1

Produkt 315-302 -Förderzentrum im Bockfeld-

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
02.06	**Transferaufwendungen**	**810.000**	**809.000**	**1.613.000**
	darunter:			
	Verbandsumlage Zweckverband FZB	810.000	809.000	1.613.000

Der Haushaltsansatz beinhaltet die Verbandsumlage einschl. Kostensteigerungen gem. der vom Verbandsausschuss beschlossenen Budgetgrundsätze. Die Erhöhung des Ansatzes erfolgt aufgrund der Erweiterung der Schule auf eine Ganztagsschule sowie die Aufwandserstattung für die Stadt Hildesheim Luise-Scheppler-Schule gem. Nutzungsvertrag..

Produkt 411-001 -Krankenhäuser-

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
01.08	**Zinsen und ähnliche Finanzerträge**	**124.962,53**	**117.800**	**110.400**
	darunter:			
	Erstattung Zinsleistung Krankenhaus Alfeld GmbH	124.962,53	117.800	110.400

Erträge eines Gesellschafterdarlehens an die Krankenhaus Alfeld GmbH lt. Zins- und Tilgungsplan.

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026

02.06	**Transferaufwendungen** darunter:	**45.608,00**	**46.000**	**70.000**
	Umlage nach dem Krankenhausfin.Ges.	45.608,00	46.000	70.000

Die Umlage nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz wurde aufgrund der vorläufigen Orientierungsdaten des Landes berechnet.

Produkt 418-001 Kurbetrieb Bad Salzdetfurth -freiwillig-

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
02.06	**Transferaufwendungen** darunter:	**1.272.750,00**	**1.142.400**	**1.409.700**
	Verlustabdeckung	1.272.750,00	1.142.400	1.409.700

Erwarteter Anteil des Landkreises Hildesheim an der Verlustabdeckung. Zahlungsverpflichtung aufgrund des Gesellschaftsvertrages. Steigerung wegen erhöhter Personal- und Betriebskosten.

Produkt 511-004 – Aufgabenwahrnehmung NKlimaG

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
01.02	**Zuwendungen und allgemeine Umlagen** darunter:	**0,00**	**201.800**	**203.100**
	Zuweisungen für lfd. Zwecke vom Land	0,00	201.800	203.100

Erwartete Zuweisungen vom Land Niedersachsen für Aufgaben nach dem NKlimaG.

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
02.06	**Transferaufwendungen** darunter:	**0,00**	**60.000**	**60.000**
	Ausgleichsleistung	0,00	60.000	60.000

Zuweisung an die Klimaschutzagentur gGmbH für die Aufgabenwahrnehmung nach dem Niedersächsischen Gesetz zur Förderung des Klimaschutzes und zur Minderung der Folgen des Klimawandels (Niedersächsisches Klimagesetz – NKlimaG).

Produkt 547-002 –Regionalverkehr Hildesheim-

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
01.11	**Sonstige ordentliche Erträge** darunter:	**4.111.855,00**	**3.000.000**	**3.000.000**
	Ausgleichsleistung	4.111.855,50	3.000.000	3.000.000

Aufgrund von strukturellen Änderungen in dem seit 01.01.2024 geltenden ÖDA Vertrag erhält die RVHI Fördergelder nicht mehr direkt. Diese fließen an den Landkreis Hildesheim, der dafür mit seinen

Zuschusszahlungen auf Basis des ÖDA-Vertrages in Vorleistung geht und dafür jetzt die Fördergelder anstatt der RVHI erhält.

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
02.06	**Transferaufwendungen**	**19.304.241,81**	**16.200.000**	**14.840.000**
	darunter:			
	Ausgleichsleistung	19.304.241,81	16.200.000	14.840.000

Zahlungsverpflichtung aufgrund des neuen ÖDA-Vertrages (Vorlage 429/XIX). Dieser legt ein genaueres Qualitätsspektrum fest, welches konkretere finanzielle Planungen ermöglicht.

Produkt 571-001 -Wirtschaftsförderung-

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
02.06	**Transferaufwendungen**	**422.148,54**	**430.600**	**439.300**
	darunter:			
	Zuweisung an Wirtschaftsförderungsgesellschaft	422.184,54	430.600	439.300

Zahlungsverpflichtung aufgrund der geltenden vertraglichen Verpflichtung.

Produkt 573-001 -Sparkasse, Kreiswohnbaugesellschaft, GKHi- -freiwillig-

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
01.08	**Zinsen und ähnliche Finanzerträge**	**413.106,11**	**413.400**	**413.400**
	darunter:			
	Gewinnanteil Sparkasse Hildesheim	281.590,63	281.600	281.600
	Dividende Kreiswohnbau Hildesheim	131.515,48	131.800	131.800

Es handelt sich um erwartete Dividendenzahlungen der Sparkasse Hildesheim und der Kreiswohnbau Hildesheim.

Produkt 573-002 Klimaschutzagentur -freiwillig-

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
02.06	**Transferaufwendungen**	**365.000**	**277.000**	**259.000**
	darunter:			
	Zuschüsse an übrige Bereiche	365.000	277.000	259.000

Es handelt sich um die Bezuschussung der Klimaschutzagentur gem. Anträge 455/XIX und 665/XIX.

Produkt 611-001 -Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen-

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
01.02	**Zuwendungen und allgemeine Umlagen** darunter:	**337.188.519,00**	**317.376.000**	**337.898.900**
	Schlüsselzuweisungen vom Land	96.923.776,00	100.245.000	104.465.000
	Zuw. für Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises	9.041.496,00	9.041.000	9.019.000
	Kreisumlage	231.223.247,00	208.090.000	224.414.900

Auf Grundlage der vorläufigen Orientierungsdaten des Landes werden Mindererträge von 1.280.000 € bei den Schlüsselzuweisungen des Landes nach der Einwohnerzahl kalkuliert. Mindererträge von 22.000 € werden als Zuweisungen für Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises gegenüber dem Vorjahr erwartet.

Für die Ermittlung der Kreisumlage wurden die vorläufigen Orientierungsdaten des Landes berücksichtigt und eine individuelle Betrachtung der kreisangehörigen Kommunen durchgeführt.

Als Hebesatz für die Kreisumlage wurde ein Wert von 76,30 v.H. zu Grunde gelegt.

Für Kommunen, welche die Vereinbarung zur Wahrnehmung der Aufgaben der Kindertagesbetreuung abgeschlossen haben, wurde der bisherige folgende Hebesatz von 56,65 v.H. der Umlagegrundlagen nach den NFAG auf die Steuerkraftmesszahl um 7,05 v.H. vermindert und mit 49,60 v.H. berücksichtigt. Auf die Schlüsselzuweisungen wurde der Hebesatz um 14,10 v.H. vermindert und mit 42,55 v.H. berücksichtigt.

Gegenüberüber dem Vorjahr ergeben sich hieraus Mehrerträge von 16.324.900 €.

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
02.06	**Transferaufwendungen** darunter:	**587.384,40**	**605.000**	**609.000**
	Umlagezahlung in den Entschuldungsfonds	587.384,40	605.000	609.000

Zur Finanzierung der „Zukunftsverträge“ wurde beim Land ein Entschuldungsfonds eingerichtet. Der Anteil des Landkreises Hildesheim ist aus den NFAG-Zuweisungen zu finanzieren. Die Berechnung des Ansatzes erfolgte aufgrund der vorläufigen Orientierungsdaten des Landes.

Produkt 612-001 -Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft-

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
02.05	**Zinsen und ähnliche Aufwendungen** darunter:	**3.863.555,62**	**7.795.000**	**14.788.800**
	Zinsaufwendungen an Kreditinstitute	3.739.653,13	7.600.000	9.700.000
	Zinsaufwendungen für Liquiditätskredite	123.902,49	195.000	5.088.800

Die Zinsaufwendungen an Kreditinstitute erhöhen sich aufgrund erhöhter Investitionskreditaufnahme und steigender Zinsen. Die Liquiditätskredite erhöhen sich aufgrund der Entwicklung des Fehlbedarfes.

Investitionstätigkeit

Die Investitionen des Zentralhaushaltes ergeben sich aus der Übersicht „Investitionen Teilhaushalt Zentralhaushalt“.

Investitionstätigkeit:

Die Struktur sowie die Höhe der Auszahlungen bzw. der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit sind aus der nachfolgenden Aufs

	Haushaltsplan		IP / Finanzplanung			Bew.-Stelle
	HA 2026	VE 2026	2027	2028	2029	
	€	€	T€	T€	T€	
Auszahlungen						
1. Fortsetzungsmaßnahmen						
Gesamtsumme der Fortsetzungsmaßnahmen:	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
2. Gesetzliche und vertragl. Verpflichtungen, neutrale Auszahlungen						
TfN						
Investitionszuweisung	51.200		51	51	51	ZHH
Krankenhäuser						
Umlage nach KHG	6.200.000		6.200	6.343	6.483	ZHH
Gesamtsumme gesetzliche/vertragl. Verpfl., neutrale Auszahl.	**6.251.200**	**0**	**6.251**	**6.394**	**6.534**	
3. Erwerb von beweglichem Vermögen						
Gesamtsumme Erwerb bewegliches Vermögen	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
4. Zuweisungen für gemeindliche Aufgaben						
Gesamtsumme Zuweisungen für gemeindliche Aufgaben	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
5. Grunderwerb, soweit nicht bei Maßnahmen						
Gesamtsumme Grunderwerb, soweit nicht bei Maßnahmen	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	

	Haushaltsplan		IP / Finanzplanung			Bew.-Stelle
	HA 2026	VE 2026	2027	2028	2029	
	€	€	T€	T€	T€	
6. Neue Maßnahmen						
Einzahlung in die Kapitalrücklage- Krankenhaus Alfeld GmbH	60.000					ZHH
Gesamtsumme Neue Maßnahmen	**60.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	

	Haushaltsplan		IP / Finanzplanung			Bew.-Stelle
	HA 2026	VE 2026	2027	2028	2029	
	€	€	T€	T€	T€	
7. Zusammenstellung der Auszahlungen						
Gesamtsumme 1 (Fortsetzungsmaßnahmen)	0	0	0	0	0	
Gesamtsumme 2 (Gesetzl. / vertragl. Verpflicht., neutrale Auszahl.)	6.251.200	0	6.251	6.394	6.534	
Gesamtsumme 3 (Erwerb von beweglichem Vermögen)	0	0	0	0	0	
Gesamtsumme 4 (Zuweisungen für gemeindliche Aufgaben)	0	0	0	0	0	
Gesamtsumme 5 (Grunderwerb, soweit nicht bei Maßnahmen)	0	0	0	0	0	
Gesamtsumme 6 (Neue Maßnahmen)	60.000	0	0	0	0	
Summe der Auszahlungen:	**6.311.200**	**0**	**6.251**	**6.394**	**6.534**	
Einzahlungen						
Darlehensrückflüsse						
Gesellschafterdarlehen an Krankenhaus Alfeld GmbH	194.000		202	210	218	ZHH
Summe der Einzahlungen:	**194.000**	**0**	**202**	**210**	**218**	
Saldo aus Investitionstätigkeit:	**-6.117.200**	**0**	**-6.049**	**-6.184**	**-6.316**	

Haushaltsplan 2026
Übersicht Produkte aller Teilhaushalte

Teilhaushalt Zentralhaushalt

Zentralhaushalt					
Amt	**Produktnr.**	**Bezeichnung**	**Plan 2026**		**Zuschuss (-) Überschuss**
			Erträge €	**Aufwendungen €**	**€**
	261-001	Theater -freiwillig-	0	4.527.400	-4.527.400
	271-001	Volkshochschule -freiwillig-	0	300.000	-300.000
	315-302	Förderzentrum im Bockfeld	0	1.613.000	-1.613.000
	411-001	Krankenhäuser	110.400	2.085.900	-1.975.500
	418-001	Kurbetrieb Bad Salzdetfurth -freiwillig-	0	1.409.700	-1.409.700
	511-004	Aufgabenwahrnehmung NKlimaG	203.100	60.000	143.100
	547-002	Regionalverkehr Hildesheim	3.000.000	14.840.000	-11.840.000
	571-001	Wirtschaftsförderung	0	443.500	-443.500
	573-001	Sparkasse, kwg, GKHi -freiwillig-	413.400	6.000	407.400
	573-002	Klimaschutzagentur -freiwillig-	0	259.000	-259.000
	611-001	Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen	340.208.700	609.000	339.599.700
	612-001	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	719.500	14.899.800	-14.180.300
Ergebnis Teilhaushalt Zentralhaushalt			**344.655.100**	**41.053.300**	**303.601.800**

Teilergebnishaushalt Teilhaushalt Zentralhaushalt

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.01	Steuern und ähnliche Abgaben	149.645,10	145.000,00	145.000,00			
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	337.390.415,00	317.577.800,00	338.102.000,00			
01.03	+ Auflösungserträge aus Sonderposten	2.610.316,94	2.508.000,00	2.164.800,00			
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	186.051,00	15.000,00				
01.08	+ Zinsen und ähnliche Finanzerträge	538.108,20	531.200,00	523.800,00			
01.11	+ sonstige ordentliche Erträge	3.785.763,46	3.000.000,00	3.719.500,00			
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**344.660.299,70**	**323.777.000,00**	**344.655.100,00**			
02.04	- Abschreibungen	1.769.563,72	2.022.500,00	2.047.500,00			
02.05	- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3.863.555,62	7.795.000,00	14.788.800,00			
02.06	- Transferaufwendungen	27.137.050,43	24.147.100,00	24.100.000,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	119.071,75	288.600,00	117.000,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**32.889.241,52**	**34.253.200,00**	**41.053.300,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**311.771.058,18**	**289.523.800,00**	**303.601.800,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**311.771.058,18**	**289.523.800,00**	**303.601.800,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**311.771.058,18**	**289.523.800,00**	**303.601.800,00**			

Produkt 261-001 Theater -freiwillig-

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	25	Kultur und Wissenschaft
Produktgruppe	261	Theater
Produkt	261-001	Theater -freiwillig-

Teilhaushalt	Zentralhaushalt
Verantwortlich	Dez. 1 - Christina Grella
Kurzbeschreibung	Zuweisung an das Theater für Niedersachsen (TfN)
Kategorie	freiwillige Aufgabe
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis
Auftragsgrundlage	Kreistagsbeschluss
Sachziele	
Qualitätsziele	

Leistungen	261-001	Theater -freiwillig-

Teilergebnishaushalt Produkt 261-001 Theater -freiwillig-

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
02.04	- Abschreibungen	25.280,44	26.400,00	27.400,00			
02.06	- Transferaufwendungen	4.329.918,08	4.277.100,00	4.500.000,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**4.355.198,52**	**4.303.500,00**	**4.527.400,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-4.355.198,52**	**-4.303.500,00**	**-4.527.400,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-4.355.198,52**	**-4.303.500,00**	**-4.527.400,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-4.355.198,52**	**-4.303.500,00**	**-4.527.400,00**			

Produkt 271-001 Volkshochschule -freiwillig-

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	25	Kultur und Wissenschaft
Produktgruppe	271	Volkshochschulen
Produkt	271-001	Volkshochschule -freiwillig-

Teilhaushalt	Zentralhaushalt
Verantwortlich	Dez. 1 - Christina Grella
Kurzbeschreibung	Zuweisungen an die Volkshochschule Hildesheim gGmbH
Kategorie	freiwillige Aufgabe
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis
Auftragsgrundlage	Kreistagsbeschluss

Leistungen	271-001	Volkshochschule -freiwillig-

Teilergebnishaushalt Produkt 271-001 Volkshochschule -freiwillig-

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
02.06	- Transferaufwendungen		300.000,00	300.000,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**		**300.000,00**	**300.000,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**		**-300.000,00**	**-300.000,00**			
05.	**= Jahresergebnis**		**-300.000,00**	**-300.000,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**		**-300.000,00**	**-300.000,00**			

Produkt 315-302 Förderzentrum im Bockfeld

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	31	Soziale Hilfen
Produktgruppe	315	Soziale Einrichtungen (ohne Einrichtungen der Jugendarbeit)
Produkt	315-302	Förderzentrum im Bockfeld

Teilhaushalt	Zentralhaushalt
Verantwortlich	Dez. 1 - Christina Grella
Kategorie	Pflichtaufgabe
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis

Leistungen	315-302	Förderzentrum im Bockfeld

Teilergebnishaushalt Produkt 315-302 Förderzentrum im Bockfeld

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
02.06	- Transferaufwendungen	810.000,00	809.000,00	1.613.000,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**810.000,00**	**809.000,00**	**1.613.000,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-810.000,00**	**-809.000,00**	**-1.613.000,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-810.000,00**	**-809.000,00**	**-1.613.000,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-810.000,00**	**-809.000,00**	**-1.613.000,00**			

Produkt 411-001 Krankenhäuser

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	41	Gesundheitsdienste
Produktgruppe	411	Krankenhäuser
Produkt	411-001	Krankenhäuser

Teilhaushalt Zentralhaushalt

Verantwortlich Dez. 1 - Christina Grella

Kurzbeschreibung
Abwicklung der Umlage nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz
Abwicklung eines Gesellschafterdarlehens

Kategorie Pflichtaufgabe

Aufgabenzuordnung eigener Wirkungskreis

Sachziele

Leistungen	411-001	Krankenhäuser

Teilergebnishaushalt Produkt 411-001 Krankenhäuser

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.08	+ Zinsen und ähnliche Finanzerträge	124.962,53	117.800,00	110.400,00			
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**124.962,53**	**117.800,00**	**110.400,00**			
02.04	- Abschreibungen	1.740.107,37	1.890.900,00	2.015.900,00			
02.06	- Transferaufwendungen	45.608,00	46.000,00	70.000,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**1.785.715,37**	**1.936.900,00**	**2.085.900,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-1.660.752,84**	**-1.819.100,00**	**-1.975.500,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-1.660.752,84**	**-1.819.100,00**	**-1.975.500,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-1.660.752,84**	**-1.819.100,00**	**-1.975.500,00**			

Produkt 411-002 Krankenhäuser -freiwillig-

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	41	Gesundheitsdienste
Produktgruppe	411	Krankenhäuser
Produkt	411-002	Krankenhäuser -freiwillig-

Leistungen	411-002	Krankenhäuser -freiwillig-

Produkt 418-001 Kurbetrieb Bad Salzdetfurth -freiwillig-

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	41	Gesundheitsdienste
Produktgruppe	418	Kur- und Badeeinrichtungen
Produkt	418-001	Kurbetrieb Bad Salzdetfurth -freiwillig-

Teilhaushalt	Zentralhaushalt
Verantwortlich	Dez. 1 - Christina Grella
Kurzbeschreibung	Abrechnung der Verlustabdeckung Kurbetrieb
Kategorie	freiwillige Aufgabe
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis
Auftragsgrundlage	Kreistagsbeschluss
Sachziele	
Qualitätsziele	Z-418-001-001: Keine Erhöhung der bestehenden Quote der Verlustabdeckung. Z-418-001-002: Reduktion der Beteiligungsquote des Landkreises Hildesheim an der Verlustabdeckung sobald die Haushaltssituation der Stadt Bad Salzdetfurth dies zulässt.

Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
ZK-418-001-001 Beteiligungs-/Verlustabdeckungsquote (%)	0,00	51,06	0,00

Leistungen 418-001 Kurbetrieb Bad Salzdetfurth -freiwillig-

Teilergebnishaushalt Produkt 418-001 Kurbetrieb Bad Salzdetfurth -freiwillig-

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
02.06	- Transferaufwendungen	1.272.750,00	1.142.400,00	1.409.700,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**1.272.750,00**	**1.142.400,00**	**1.409.700,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-1.272.750,00**	**-1.142.400,00**	**-1.409.700,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-1.272.750,00**	**-1.142.400,00**	**-1.409.700,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-1.272.750,00**	**-1.142.400,00**	**-1.409.700,00**			

Produkt 511-004 Aufgabenwahrnehmung NKlimaG

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	51	Räumliche Planung und Entwicklung
Produktgruppe	511	Räumliche Planungs- und Entwicklungsmaßnahmen
Produkt	511-004	Aufgabenwahrnehmung NKlimaG

Leistungen	511-004	Aufgabenwahrnehmung NKlimaG

Teilergebnishaushalt Produkt 511-004 Aufgabenwahrnehmung NKlimaG

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen		201.800,00	203.100,00			
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**		**201.800,00**	**203.100,00**			
02.06	- Transferaufwendungen		60.000,00	60.000,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**		**60.000,00**	**60.000,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**		**141.800,00**	**143.100,00**			
05.	**= Jahresergebnis**		**141.800,00**	**143.100,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**		**141.800,00**	**143.100,00**			

Produkt 547-002 Regionalverkehr Hildesheim

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	54	Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV
Produktgruppe	547	ÖPNV
Produkt	547-002	Regionalverkehr Hildesheim

Teilhaushalt	Zentralhaushalt
Verantwortlich	Dez. 1 - Christina Grella
Kurzbeschreibung	Abwicklung der Ausgleichsleistungen RVHi
Kategorie	Pflichtaufgabe
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis
Sachziele	

Leistungen	547-002	Regionalverkehr Hildesheim

Teilergebnishaushalt Produkt 547-002 Regionalverkehr Hildesheim

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	186.051,00	15.000,00				
01.11	+ sonstige ordentliche Erträge	4.111.855,50	3.000.000,00	3.000.000,00			
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**4.297.906,50**	**3.015.000,00**	**3.000.000,00**			
02.06	- Transferaufwendungen	19.304.241,81	16.200.000,00	14.840.000,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**19.304.241,81**	**16.200.000,00**	**14.840.000,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-15.006.335,31**	**-13.185.000,00**	**-11.840.000,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-15.006.335,31**	**-13.185.000,00**	**-11.840.000,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-15.006.335,31**	**-13.185.000,00**	**-11.840.000,00**			

Produkt 571-001 Wirtschaftsförderung

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	57	Wirtschaft und Tourismus
Produktgruppe	571	Wirtschaftsförderung
Produkt	571-001	Wirtschaftsförderung

Teilhaushalt	Zentralhaushalt
Verantwortlich	Dez. 1 - Christina Grella
Kurzbeschreibung	Zuweisung an die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Haushaltsmäßige Abbildung der regionalisierten Teilbudgets
Kategorie	freiwillige Aufgabe
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis
Auftragsgrundlage	Kreistagsbeschluss
Sachziele	
Qualitätsziele	

Leistungen	571-001	Wirtschaftsförderung

Teilergebnishaushalt Produkt 571-001 Wirtschaftsförderung

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
02.04	- Abschreibungen	4.175,51	4.200,00	4.200,00			
02.06	- Transferaufwendungen	422.148,54	430.600,00	439.300,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**426.324,05**	**434.800,00**	**443.500,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-426.324,05**	**-434.800,00**	**-443.500,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-426.324,05**	**-434.800,00**	**-443.500,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-426.324,05**	**-434.800,00**	**-443.500,00**			

Produkt 573-001 Sparkasse, kwg, GKHi -freiwillig-

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	57	Wirtschaft und Tourismus
Produktgruppe	573	Allgemeine Einrichtungen und Unternehmen
Produkt	573-001	Sparkasse, kwg, GKHi -freiwillig-

Teilhaushalt	Zentraulhaushalt
Verantwortlich	Dez. 1 - Christina Grella
Kurzbeschreibung	Vereinnahmung der Dividenden der Kreiswohnbaugesellschaft und der Gewinnbeteiligung der Sparkasse
Kategorie	freiwillige Aufgabe
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis

Leistungen	573-001	Sparkasse, kwg, GKHi -freiwillig-

Teilergebnishaushalt Produkt 573-001 Sparkasse, kwg, GKHi -freiwillig-

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.08	+ Zinsen und ähnliche Finanzerträge	413.106,11	413.400,00	413.400,00			
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**413.106,11**	**413.400,00**	**413.400,00**			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	4.071,75	5.500,00	6.000,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**4.071,75**	**5.500,00**	**6.000,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**409.034,36**	**407.900,00**	**407.400,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**409.034,36**	**407.900,00**	**407.400,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**409.034,36**	**407.900,00**	**407.400,00**			

Produkt 573-002 Klimaschutzagentur -freiwillig-

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	57	Wirtschaft und Tourismus
Produktgruppe	573	Allgemeine Einrichtungen und Unternehmen
Produkt	573-002	Klimaschutzagentur -freiwillig-

Wesentl. Produkt

Verantwortlich Dez. 1 - Christina Grella

Kurzbeschreibung

Die Klimaschutzagentur Landkreis Hildesheim gGmbH ist eine gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung.
Der Unternehmensgegenstand verfolgt unmittelbar einen gemeinwohlorientierten und selbstlosen Zweck.
Eine Gewinnerzielungsabsicht liegt nicht vor.

Das Hauptgeschäftsfeld bilden Projektinitiierung und Umsetzung, Informations- und Beratungsangebote sowie Netzwerk- und Öffentlichkeitsarbeit
und Öffentlichkeitsarbeit im Bereich Klimaschutz.

Kategorie freiwillige Aufgabe

Aufgabenzuordnung eigener Wirkungskreis

Leistungen	573-002	Klimaschutzagentur -freiwillig-

Teilergebnishaushalt Produkt 573-002 Klimaschutzagentur -freiwillig-

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	201.896,00					
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**201.896,00**					
02.06	- Transferaufwendungen	365.000,00	277.000,00	259.000,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**365.000,00**	**277.000,00**	**259.000,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-163.104,00**	**-277.000,00**	**-259.000,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-163.104,00**	**-277.000,00**	**-259.000,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-163.104,00**	**-277.000,00**	**-259.000,00**			

Produkt 611-001 Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	61	Allgemeine Finanzwirtschaft
Produktgruppe	611	Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen
Produkt	611-001	Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen

Teilhaushalt	Zentralhaushalt
Verantwortlich	Dez. 1 - Christina Grella
Kurzbeschreibung	- Erhebung der Kreisumlage - Abwicklung der Schlüsselzuweisungen und Zuweisungen für Aufgaben des Übertragenen Wirkungskreises (ÜW) mit dem Land Nds. und den kreisangehörigen Gemeinden einschl. der Stadt Hildesheim (Kommunaler Finanzausgleich) - Erhebung der Jagdsteuer -Abwicklung der Umlage in den Entschuldungsfonds mit dem Land Nds.
Kategorie	Funktionsaufgabe
Aufgabenzuordnung	übertragener Wirkungskreis
Auftragsgrundlage	§§ 110 ff NKomVG i.V.m. KomHKVO; NFAG; NFVG; KHG; Jagdsteuersatzung
Sachziele	

Leistungen	611-001	Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen

Teilergebnishaushalt Produkt 611-001 Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.01	Steuern und ähnliche Abgaben	149.645,10	145.000,00	145.000,00			
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	337.188.519,00	317.376.000,00	337.898.900,00			
01.03	+ Auflösungserträge aus Sonderposten	2.610.316,94	2.508.000,00	2.164.800,00			
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**339.948.481,04**	**320.029.000,00**	**340.208.700,00**			
02.04	- Abschreibungen	0,40					
02.06	- Transferaufwendungen	587.384,00	605.000,00	609.000,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**587.384,40**	**605.000,00**	**609.000,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**339.361.096,64**	**319.424.000,00**	**339.599.700,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**339.361.096,64**	**319.424.000,00**	**339.599.700,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**339.361.096,64**	**319.424.000,00**	**339.599.700,00**			

Produkt 612-001 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	61	Allgemeine Finanzwirtschaft
Produktgruppe	612	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft
Produkt	612-001	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft

Teilhaushalt	Zentralhaushalt
Verantwortlich	Dez. 1 - Christina Grella
Kurzbeschreibung	Abwicklung der Zinsen für investive und Liquiditätskredite
Kategorie	Funktionsaufgabe
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis
Auftragsgrundlage	§§ 110 NKomVG i.V.m. KomHKVO
Sachziele	

Leistungen	612-001	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft

Teilergebnishaushalt Produkt 612-001 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
01.08	+ Zinsen und ähnliche Finanzerträge	39,56					
01.11	+ sonstige ordentliche Erträge	-326.092,04		719.500,00			
01.12	**= Summe ordentliche Erträge**	**-326.052,48**		**719.500,00**			
02.04	- Abschreibungen		101.000,00				
02.05	- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3.863.555,62	7.795.000,00	14.788.800,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	115.000,00	283.100,00	111.000,00			
02.08	**= Summe ordentliche Aufwendungen**	**3.978.555,62**	**8.179.100,00**	**14.899.800,00**			
03.	**= Ordentliches Ergebnis**	**-4.304.608,10**	**-8.179.100,00**	**-14.180.300,00**			
05.	**= Jahresergebnis**	**-4.304.608,10**	**-8.179.100,00**	**-14.180.300,00**			
09.	**= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)**	**-4.304.608,10**	**-8.179.100,00**	**-14.180.300,00**			

Bilanz

Kommunale Bilanz

Landkreis Hildesheim

		Betrag 2019	Betrag 2018				Betrag 2019	Betrag 2018	
A.0	**AKTIVA**				**P.0**	**PASSIVA**			
A.1	1. Immaterielles Vermögen	40.603.111,19	37.161.479,71	3.441.631,48	P.1	1. Nettoposition	107.667.574,90	102.523.407,93	5.144.166,97
A.1.1	1.1 Konzessionen				P.1.1	1.1 Basis Reinvermögen	-50.357.101,20	-41.227.400,80	-9.129.700,40
A.1.2	1.2 Lizenzen	755.145,09	545.538,64	209.606,45	P.1.1.1	1.1.1 Reinvermögen	-7.668.946,60	1.460.753,80	-9.129.700,40
A.1.3	1.3 Ähnliche Rechte				P.1.1.2	1.1.2 Sollfehlbetrag aus kameralem Abschl. (Minusbetrag)	-42.688.154,60	-42.688.154,60	
A.1.4	1.4 Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	39.847.966,10	36.615.941,07	3.232.025,03	P.1.2	1.2 Rücklagen	12.133.776,16	10.144.850,59	1.988.925,57
A.1.5	1.5 Aktivierter Umstellungsaufwand				P.1.2.1	1.2.1 Rücklagen a. Überschüssen des ordentlichen Ergebn.			
A.1.6	1.6 Sonstiges immaterielles Vermögen				P.1.2.2	1.2.2 Rücklagen a. Überschüssen d. außerordentl. Ergebn.			
					P.1.2.4	1.2.4 Zweckgebundene Rücklagen	12.133.776,16	10.144.850,59	1.988.925,57
A.2	2. Sachvermögen	301.351.421,91	296.708.002,19	4.643.419,72	P.1.2.5	1.2.5 Sonstige Rücklagen			
A.2.1	2.1 Unbebaute Grundstücke u. grundstücksgleiche Rechte	2.756.199,09	2.756.199,09		P.1.3	1.3 Jahresergebnis	49.403.802,13	41.991.260,25	7.412.541,88
A.2.2	2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	188.519.775,67	197.333.595,90	-8.813.820,23	P.1.3.1	1.3.1 Fehlbeträge aus Vorjahren	-6.871.743,61	-6.871.743,61	
A.2.3	2.3 Infrastrukturvermögen	64.673.954,26	59.881.651,28	4.792.302,98	P.1.3.2	1.3.2 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	56.275.545,74	48.863.003,86	7.412.541,88
A.2.4	2.4 Bauten auf fremden Grundstücken				P.1.4	1.4 Sonderposten	96.487.097,81	91.614.697,89	4.872.399,92
A.2.5	2.5 Kunstegegenstände, Kulturdenkmäler				P.1.4.1	1.4.1 Investitionszuweisungen und -zuschüsse	90.698.391,54	90.109.549,06	588.842,48
A.2.6	2.6 Maschinen und technische Anlagen; Fahrzeuge	3.151.641,76	2.935.806,22	215.835,54	P.1.4.2	1.4.2 Beiträge und ähnliche Entgelte			
A.2.7	2.7 Betriebs- u. Geschäftsausstat., Pflanzen und Tiere	5.712.377,94	5.315.834,91	396.543,03	P.1.4.3	1.4.3 Gebührenausgleich			

Kommunale Bilanz

Landkreis Hildesheim

		Betrag 2019	Betrag 2018				Betrag 2019	Betrag 2018	
A.2.8	2.8 Vorräte				P.1.4.4	1.4.4 Bewertungsausgleich			
A.2.9	2.9 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	36.537.473,19	28.484.914,79	8.052.558,40	P.1.4.5	1.4.5 erhaltene Anzahlungen auf Sonderposten	5.788.706,27	1.505.148,83	4.283.557,44
					P.1.4.6	1.4.6 Sonstige Sonderposten			
A.3	3. Finanzvermögen	35.344.246,08	39.826.009,71	-4.481.763,63					
A.3.1	3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	15.708.548,46	15.708.548,46		P.2	2. Schulden	157.713.553,74	169.943.873,77	-12.230.320,03
A.3.2	3.2 Beteiligungen	56.290,48	78.991,59	-22.701,11	P.2.1	2.1 Geldschulden	139.703.403,49	150.309.538,79	-10.606.135,30
A.3.3	3.3 Sondervermögen mit Sonderrechnung				P.2.1.1	2.1.1 Anleihen			
A.3.4	3.4 Ausleihungen	4.509.814,79	4.683.881,45	-174.066,66	P.2.1.2	2.1.2 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	139.703.403,49	150.309.538,79	-10.606.135,30
A.3.5	3.5 Wertpapiere				P.2.1.3	2.1.3 Liquiditätskredite			
A.3.6	3.6 Öffentlich-rechtliche Forderungen	6.028.636,66	4.535.904,41	1.492.732,25	P.2.1.4	2.1.4 Sonstige Geldschulden			
A.3.7	3.7 Forderungen aus Transferleistungen	4.843.769,47	7.368.530,32	-2.524.760,85	P.2.2	2.2 Verbindlichkeiten aus kreditähnl. Rechtsgeschäften			
A.3.8	3.8 Sonstige privatrechtliche Forderungen	2.185.821,69	5.467.119,80	-3.137.748,41	P.2.3	2.3 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	6.260.805,30	8.223.865,66	-1.963.060,36
A.3.9	3.9 Sonstige Vermögensgegenstände	2.011.364,53	1.983.033,68	-115.218,85	P.2.4	2.4 Transferverbindlichkeiten	5.809.574,00	10.522.881,74	-4.713.307,74
					P.2.4.1	2.4.1 Finanzausgleichsverbindlichkeiten			
A.4	4. Liquide Mittel	17.691.168,04	23.188.480,63	-5.497.312,59	P.2.4.2	2.4.2 Verb. a. Zuweisungen u. Zuschüssen f. lfd. Zwecke			
					P.2.4.3	2.4.3 Verbindlichkeiten aus Schuldendiensthilfen			
A.5	5. Aktive Rechnungsabgrenzung	12.071.316,55	2.035.876,67	10.035.439,88	P.2.4.4	2.4.4 Soziale Leistungsverbindlichkeiten			
					P.2.4.5	2.4.5 Verbind. a. Zuweisungen u. Zuschüssen f. Investit.			

Kommunale Bilanz

Landkreis Hildesheim

		Betrag 2019	Betrag 2018				Betrag 2019	Betrag 2018	
					P.2.4.6	2.4.6 Steuerverbindlichkeiten			
					P.2.4.7	2.4.7 Andere Transferverbindlichkeiten	5.809.574,00	10.522.881,74	-4.713.307,74
					P.2.5	2.5 Sonstige Verbindlichkeiten	5.939.770,95	887.587,58	5.052.183,37
					P.2.5.1	2.5.1 Durchlaufende Posten	5.939.770,95	887.587,58	5.052.183,37
					P.2.5.1.1	2.5.1.1 Verrechnete Mehrwertsteuer			
					P.2.5.1.2	2.5.1.2 Abzuführende Lohn- und Kirchensteuer	37.697,40	39.697,47	-2.000,07
					P.2.5.1.3	2.5.1.3 Sonstige durchlaufende Posten	5.902.073,55	847.890,11	5.054.183,44
					P.2.5.2	2.5.2 Abzuführende Gewerbesteuer			
					P.2.5.3	2.5.3 Empfangene Auszahlungen			
					P.2.5.4	2.5.4 Andere sonstige Verbindlichkeiten			
					P.3	3. Rückstellungen	141.272.120,49	126.044.807,87	15.227.312,62
					P.3.1	3.1 Pensionsrückstellungen u. ähnliche Verpflichtungen	114.516.224,11	110.056.557,32	4.459.666,79
					P.3.2	3.2 Rückstellungen für Altersteilzeit und ähnl. Maßn.	2.645.936,53	2.958.143,48	-312.206,95
					P.3.3	3.3 Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung			
					P.3.4	3.4 Rückst. f. d. Rekultiv. u. Nachs. geschl. Abfalld.			
					P.3.5	3.5 Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten			
					P.3.6	3.6 Rückst. i. R. d. Finanzausgl. u. v. Steuerschuldv.			
					P.3.7	3.7 Rückst. f. dr. Verpfl. a. Bürgs., Gewähr. u. ähnl.			

Kommunale Bilanz

Landkreis Hildesheim

		Betrag 2019	Betrag 2018				Betrag 2019	Betrag 2018	
					P.3.8	3.8 Andere Rückstellungen	24.109.959,85	13.030.107,07	11.079.852,78
					P.4	Passive Rechnungsabgrenzung	408.014,64	407.759,34	255,30
A.9	Bilanzsumme	407.061.263,77	398.919.848,91	8.141.414,86	P.9	Bilanzsumme	407.061.263,77	398.919.848,91	8.141.414,86

Hinweise zur Fortschreibung
des Haushaltssicherungskonzeptes für das Haushaltsjahr 2026
- Entwurf HH 2026 -

Die ursprünglichen Mittelanmeldungen der Ämter des Landkreises Hildesheim für den Haushalt 2026 ergaben insgesamt einen Fehlbedarf von rd. 110,29 Mio. €.
Dieser Fehlbedarf wurde in der Haushaltsklausur der Verwaltungsführung für die Haushaltsplanung 2026 durch Anwendung von in der Praxis langjährig bewährten Prozessen um rd. 10,96 Mio. € reduziert. Diese Prozesse sind nicht rein innerhalb der Einflussmöglichkeiten des Landkreises Hildesheim liegend und hausinterne Vorgaben der Verwaltungsführung.

Zu diesem reduzierten Fehlbedarf auf rd. 99,33 Mio. € wurde zudem in dieser Haushaltsklausur - über die üblichen Veränderungen im Haushaltsaufstellungsverfahren (u.a. Prüfung Plausibilität und Einhaltung haushaltsrechtlicher Vorgaben) hinaus - eine weitergehende kritische Betrachtung der Haushaltsansätze besprochen, mit dem Ziel, das Plandefizit weiter zu reduzieren.

Bezüglich der Haushaltssicherung wurde entschieden, dass die Dezernate, Ämter und Organisationseinheiten durch zusätzliche Konsolidierungsmaßnahmen Reduzierungen der Aufwendungen um rd. 7,29 Mio. € (Budget 10 um 3 %) vorzunehmen haben.

Dies führte zu einer weiteren Reduzierung des Fehlbedarfes auf rd. 92,04 Mio. €.

Durch Veränderungen im Haushaltsansatz der Verwaltung musste der vorgenannte Fehlbedarf um 2,28 Mio. € erhöht werden.

Der Haushaltsentwurf 2026 weist nunmehr einen Fehlbedarf von rd. 94,32 Mio. € aus.

Für den Jahresabschluss 2025 wird derzeit ein um etwa 20 Mio. € höheres Defizit erwartet als der veranschlagte Fehlbedarf von 69.176.400 €.
Grund hierfür sind insbesondere Mehraufwendungen im des Personalaufwandes sowie Mindererträge im Bereich Unterhaltsvorschuss, Asylbewerberleistungsgesetz und der Finanzausgleichsleistungen.

Der Haushaltsentwurf 2026 wird im Wesentlichen weiterhin durch externe Faktoren belastet, auf welche der Landkreis keine direkten Einflussmöglichkeiten hat.

Im Rahmen der Finanzplanung werden für die nächsten Jahre ebenfalls Fehlbeträge in Höhe von jeweils mindestens 100 Mio. € erwartet.

Zum Haushalt 2026 ist eine Überarbeitung des Haushaltssicherungskonzeptes geplant.
Vorgesehen ist eine zentrale Einsparvorgabe von 3% auf alle Ansätze im Budget 10 und die erneute Überprüfung aller Ansätze im Budget 20.
Auch soll es mehr konkrete und verbindlich beschriebene sowie bezifferte Einsparungen geben.
Dennoch wird es sowohl mit den bereits bestehenden als auch mit neuen Maßnahmen zur Haushaltssicherung nicht möglich sein, einen Haushaltsausgleich im laufenden Jahr zu erreichen. Ebenso wenig kann eine Aussage dazu getroffen werden, wann ein Haushaltsausgleich möglich sein wird, noch kann gesagt werden, wann eventuell bestehende Fehlbeträge vollständig abgebaut sind.
Eine Kompensation eines solchen Defizites mit Haushaltssicherungsmaßnahmen ist gerade unter den aktuellen wirtschaftlichen Bedingungen und den damit verbundenen finanziellen und wirtschaftlichen Auswirkungen sowie den äußerst unsichereren Plandaten für die Zukunft schlichtweg nicht möglich.

Im Rahmen des Haushaltsaufstellungsverfahrens 2026 wird der Landkreis ein Haushaltssicherungskonzept aufstellen. Dem Haushaltssicherungskonzept 2026 liegen die Hinweise

zur Aufstellung und inhaltlichen Ausgestaltung von Haushaltssicherungskonzepten und -berichten (RdErl. d. MI v. 17.09.2019) und das Haushaltssicherungskonzept 2025 zu Grunde.

Aufgrund der aktuellen Wirtschaftslage und angesichts der hohen Unsicherheiten bzgl. zukünftiger finanzwirtschaftlicher Entwicklungen ist es ratsam, sämtliche Erträge/Einzahlungen bzw. Aufwendungen/Auszahlungen zu überprüfen und mit Blick auf nachfolgende Generationen ein besonderes Augenmerk auf die Sparsamkeit zu legen.
Des Weiteren soll der Landkreis im Rahmen der Aufgabenkritik und Geschäftsprozessoptimierung verbunden mit den Möglichkeiten der Digitalisierung an die Herausforderungen der nächsten Jahre angepasst und handlungsfähig für die Zukunft aufgestellt werden.

Ab dem Haushaltsjahr 2026 sind folgende Regelungen beabsichtigt:

- Die Festsetzungen des Haushaltssicherungskonzeptes 2025 werden auch für das Jahr 2026 festgeschrieben.

- Eine Einsparvorgabe von 3% auf die Ansätze im Budget 10 (bereits im Verwaltungsentwurf mit eingearbeitet).

- Eine erneute Überprüfung aller Ansätze im Budget 20.

- Die fortlaufende regelmäßige Überprüfung der Gebühren zur Ertragsverbesserung wird festgeschrieben und es erfolgt jährlich eine Aufforderung zur Kontrolle der Entgelte / Gebühren / Verwaltungskosten etc.

- Das Kreditmanagement überprüft regelmäßig, dass entweder die Renditen des realisierbaren Anlagevermögens den Beteiligungs-/Vermögenswert angemessen verzinsen oder anderenfalls das Vermögen veräußert und zur Ablösung von Liquiditätskrediten bzw. Krediten genutzt wird.

- Von den Ämtern erkanntes Einsparpotential im Aufgabenspektrum des Landkreises, in seiner Verwaltungsorganisation, den Geschäftsprozessen, der Geschäftsausstattung, im Anlagevermögen und im Personalbestand wird in geeigneten Fällen im Rahmen der von Politik und Verwaltungsleitung festgelegten zentralen Vorgaben realisiert.

- Ein über die bereits erzielten umfangreichen Personalkosteneinsparungen hinausgehender hausweiter Stellenabbau ist aufgrund des Kreistagsbeschlusses vom 17.12.2009 nicht vorgesehen. Im Rahmen der kontinuierlichen Aufgabenkritik erkanntes Einsparpotential im personellen Bereich wird im Einzelfall nach erfolgter Organisationsüberprüfung dem Kreistag vorgelegt.

Übersicht Haushaltssicherungsbericht

A. Zusammenfassende Darstellung der Konsolidierungsbeträge aus den Haushaltssicherungskonzepten

Haushaltsjahr	Gesamtkonsolidierungsbetrag laut Haushaltssicherungskonzept - EUR -	Gesamtkonsolidierungsbetrag im Haushaltssicherungsbericht - EUR -	Abweichung (+/-) - EUR -	nachrichtlich: Jahresergebnis der Gesamtergebnisrechnung*) - EUR -
1	2	3	4	5
2021	5.000.000	5.000.000	0	vorläufig: 20.001,81
2022	6.000.000	5.570.000	430.000	vorläufig: -1.580.401,64
2023	14.075.800	13.575.800	500.000	vorläufig: -9.660.615,81
2024	22.914.199	18.180.599	4.733.600	Ansatz: -48.210.500,00

*) Gegebenenfalls vorläufige Rechnungsergebnisse angeben.

B. Stand der Umsetzung der Maßnahmen aus den Haushaltssicherungskonzepten der Haushaltsjahre 2021 bis 2024.

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	Buchungsstelle (Produkt/Konto)	Vorgesehener Umsetzungszeitpunkt	Umsetzung	Konsolidierungsbeitrag laut Haushaltssicherungskonzept[1)] - EUR -	Erreichter Konsolidierungsbeitrag[2)] - EUR -	Gründe (stichpunktartig), warum die Maßnahme nicht durchgeführt wurde oder sich die finanziellen Auswirkungen verändert haben
1	2	3	4	5		6	7
I.	Erträge/ Einzahlungen						

Haushalt 2022							
1	Einsparvorgabe Verwaltungsführung	611-001 Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen / 3182-1000 Kreisumlage	10.02.2022	erfolgt	500.000	500.000	
Haushalt 2023							
2	Vorgabe Verwaltungsführung	122-002 Ordnungswidrigkeiten / 3561-0000 Bußgelder (ohne Verkehrs-OWI)	03.08.2022	erfolgt	16.500	16.500	
3	Vorgabe Verwaltungsführung	122-002 Ordnungswidrigkeiten / 3561-0003 Bußgelder fließender Verkehr	03.08.2022	erfolgt	50.000	50.000	
4	Vorgabe Verwaltungsführung	122-002 Ordnungswidrigkeiten / 3561-0004 Bußgelder Stadt Hildesheim	03.08.2022	erfolgt	50.000	50.000	
5	Vorgabe Verwaltungsführung	122-002 Ordnungswidrigkeiten / 3561-0009 Bußgelder fließender Verkehr -HI, Alfelder Str.	03.08.2022	erfolgt	10.000	10.000	
6	Vorgabe Verwaltungsführung	122-002 Ordnungswidrigkeiten / 3561-0010 Bußgelder fließender Verkehr-Standort Godenau	03.08.2022	erfolgt	30.000	30.000	
7	Vorgabe Verwaltungsführung	122-006 Verkehrssicherung und -lenkung / 3311-0000 Verwaltungsgebühren	03.08.2022	erfolgt	138.000	138.000	
8	Vorgabe Verwaltungsführung	313-001 Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz / 3481-0000 Erstattungen vom Land	03.08.2022	erfolgt	768.600	768.600	

9	Vorgabe Verwaltungsführung	611-001 Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen / 3111-0000 Schlüsselzuweisungen vom Land	03.08.2022	erfolgt	1.900.000	1.900.000	
10	Vorgabe Verwaltungsführung	611-001 Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen / 3182-1000 Kreisumlage	03.08.2022	erfolgt	3.000.000	3.000.000	
11	Verwaltung: Mehrertrag Bußgelder aufgrund durchgängigen Betrieb der Messanlage	122-002 Ordnungswidrigkeiten / 3561-0008 Bußgelder fließender Verkehr - Heyersum u. Betheln	08.12.2022	erfolgt	130.000	130.000	
12	Verwaltung: Mehrertrag Bußgelder aufgrund zusätzlicher Installation einer Geschwindigkeitsüberwachung und durchgängigen Betrieb der Messanlage	122-002 Ordnungswidrigkeiten / 3561-0022 Bußgelder Rotlicht Hi/Kennedydamm	08.12.2022	erfolgt	70.000	70.000	
13	Verwaltung: Festgeschriebene regelmäßige Überprüfung der Verwaltungsgebühren	122-007 Fahrerlaubnisse und Fahrgastbeförderung / 3311-0000 Verwaltungsgebühren	08.12.2022	erfolgt	15.000	15.000	
14	Verwaltung: Erhöhung Gewinnanteil und Dividende aufgrund Gewinnentwicklung	573-001 Sparkasse, kwg, GKHi / 3651-0001 Gewinnanteil Sparkasse Hildesheim / 3651-0004 Dividende Kreiswohnbau Hildesheim	08.12.2022	erfolgt	200.000	200.000	
Haushalt 2024							

15	Beschluss Kreistag: Erhöhung des Kreisumlagehebesatzes um 2 Prozentpunkte	611-001 Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen / 3182-1000 Kreisumlage	07.12.2023	erfolgt	8.291.600	8.291.600	
	Gesamt				15.169.700	15.169.700	
II.	Aufwendungen/ Auszahlungen						
Haushalt 2021							
1	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	111-001 Projekte im Dezernat 1 / 4431-0009 Aufw. für Projektarbeit	10.12.2020	erfolgt	4.100	4.100	
2	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	111-002 Zentrale Personaldienstleistungen / 4261-0004 Ausbildung	10.12.2020	erfolgt	4.900	4.900	
3	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	111-002 Zentrale Personaldienstleistungen / 4261-0007 Fortbildung Bedienstete - allg.-	10.12.2020	erfolgt	4.800	4.800	
4	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	111-003 Zentrale Dienste und betriebl. Gesundheitsmanagement / 4291-0010 Sicherheitsdienst	10.12.2020	erfolgt	8.300	8.300	
5	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	111-005 IuK / 4222-0000 Erwerb geringwert. Vermögensgegenst.	10.12.2020	erfolgt	12.900	12.900	
6	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	111-006 Kassenwesen / 4431-0041 Portokosten Kreiskasse	10.12.2020	erfolgt	1.700	1.700	
7	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	111-009 Gebäudewirtschaft Verwaltungsgebäude und Sonstige / 4241-0002 Versicherungen und Abgaben	10.12.2020	erfolgt	200	200	

8	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	111-009 Gebäudewirtschaft Verwaltungsgebäude und Sonstige / 4241-0002 Versicherungen und Abgaben	10.12.2020	erfolgt	800	800	
9	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	111-009 Gebäudewirtschaft Verwaltungsgebäude und Sonstige / 4241-0002 Versicherungen und Abgaben	10.12.2020	erfolgt	100	100	
10	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	111-009 Gebäudewirtschaft Verwaltungsgebäude und Sonstige / 4241-0002 Versicherungen und Abgaben	10.12.2020	erfolgt	100	100	
11	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	111-009 Gebäudewirtschaft Verwaltungsgebäude und Sonstige / 4241-0002 Versicherungen und Abgaben	10.12.2020	erfolgt	100	100	
12	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	111-009 Gebäudewirtschaft Verwaltungsgebäude und Sonstige / 4241-0003 Aufw. für Fremdreinigung	10.12.2020	erfolgt	4.700	4.700	
13	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	111-009 Gebäudewirtschaft Verwaltungsgebäude und Sonstige / 4241-0003 Aufw. für Fremdreinigung	10.12.2020	erfolgt	9.000	9.000	
14	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	111-009 Gebäudewirtschaft Verwaltungsgebäude und Sonstige / 4241-0003 Aufw. für Fremdreinigung	10.12.2020	erfolgt	2.800	2.800	
15	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	111-009 Gebäudewirtschaft Verwaltungsgebäude und Sonstige / 4241-0003 Aufw. für Fremdreinigung	10.12.2020	erfolgt	1.300	1.300	

16	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	111-009 Gebäudewirtschaft Verwaltungsgebäude und Sonstige / 4241-0003 Aufw. für Fremdreinigung	10.12.2020	erfolgt	400	400	
17	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	111-009 Gebäudewirtschaft Verwaltungsgebäude und Sonstige / 4241-0003 Aufw. für Fremdreinigung	10.12.2020	erfolgt	1.100	1.100	
18	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	111-009 Gebäudewirtschaft Verwaltungsgebäude und Sonstige / 4241-0003 Aufw. für Fremdreinigung	10.12.2020	erfolgt	900	900	
19	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	111-009 Gebäudewirtschaft Verwaltungsgebäude und Sonstige / 4241-0003 Aufw. für Fremdreinigung	10.12.2020	erfolgt	400	400	
20	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	111-009 Gebäudewirtschaft Verwaltungsgebäude und Sonstige / 4241-0003 Aufw. für Fremdreinigung	10.12.2020	erfolgt	2.100	2.100	
21	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	111-009 Gebäudewirtschaft Verwaltungsgebäude und Sonstige / 4291-0010 Sicherheitsdienst	10.12.2020	erfolgt	10.000	10.000	
22	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	111-009 Gebäudewirtschaft Verwaltungsgebäude und Sonstige / 4431-0034 Honorar Vers.berater für EU-Ausschreibung	10.12.2020	erfolgt	10.000	10.000	
23	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	111-020 Prüfung und Beratung / 4431-0000 Geschäftsaufwendungen	10.12.2020	erfolgt	600	600	

24	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	111-021 Personalvertretung / 4261-0001 Fortbildung	10.12.2020	erfolgt	300	300	
25	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	121-001 Wahlen und Einwohnerbeteiligung / 4271-0013 Sächl. Aufw. für Wahlen	10.12.2020	erfolgt	6.200	6.200	
26	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	122-001 Allgemeine Ordnungsangelegenheiten / 4458-0000 Erstattungen an übrige Bereiche	10.12.2020	erfolgt	10.300	10.300	
27	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	122-009 Wasserwirtschaft / 4431-0023 Gutachten/Maßnahmen Hochwasserschutz/Gewässerentw	10.12.2020	erfolgt	51.700	51.700	
28	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	126-002 Gebäudewirtschaft FTZ / 4241-0002 Versicherungen und Abgaben	10.12.2020	erfolgt	200	200	
29	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	126-002 Gebäudewirtschaft FTZ / 4241-0003 Aufw. für Fremdreinigung	10.12.2020	erfolgt	1.100	1.100	
30	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	126-003 Brandschutz (Amt 205) / 4271-0036 Betriebsaufw. für Funknetze	10.12.2020	erfolgt	11.700	11.700	
31	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	212-002 Gebäudewirtschaft Hauptschulen / 4241-0002 Versicherungen und Abgaben	10.12.2020	erfolgt	200	200	
32	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	212-002 Gebäudewirtschaft Hauptschulen / 4241-0003 Aufw. für Fremdreinigung	10.12.2020	erfolgt	1.100	1.100	
33	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	212-002 Gebäudewirtschaft Hauptschulen / 4241-0003 Aufw. für Fremdreinigung	10.12.2020	erfolgt	500	500	

34	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	215-002 Gebäudewirtschaft Realschulen / 4241-0002 Versicherungen und Abgaben	10.12.2020	erfolgt	200	200	
35	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	215-002 Gebäudewirtschaft Realschulen / 4241-0003 Aufw. für Fremdreinigung	10.12.2020	erfolgt	1.900	1.900	
36	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	215-002 Gebäudewirtschaft Realschulen / 4241-0003 Aufw. für Fremdreinigung	10.12.2020	erfolgt	500	500	
37	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	216-002 Gebäudewirtschaft Kombinierte Haupt- und Realschulen / 4241-0002 Versicherungen und Abgaben	10.12.2020	erfolgt	200	200	
38	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	216-002 Gebäudewirtschaft Kombinierte Haupt- und Realschulen / 4241-0002 Versicherungen und Abgaben	10.12.2020	erfolgt	100	100	
39	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	216-002 Gebäudewirtschaft Kombinierte Haupt- und Realschulen / 4241-0002 Versicherungen und Abgaben	10.12.2020	erfolgt	100	100	
40	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	216-002 Gebäudewirtschaft Kombinierte Haupt- und Realschulen / 4241-0002 Versicherungen und Abgaben	10.12.2020	erfolgt	100	100	
41	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	216-002 Gebäudewirtschaft Kombinierte Haupt- und Realschulen / 4241-0002 Versicherungen und Abgaben	10.12.2020	erfolgt	600	600	
42	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	216-002 Gebäudewirtschaft Kombinierte Haupt- und Realschulen / 4241-0002 Versicherungen und Abgaben	10.12.2020	erfolgt	200	200	

43	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	216-002 Gebäudewirtschaft Kombinierte Haupt- und Realschulen / 4241-0002 Versicherungen und Abgaben	10.12.2020	erfolgt	100	100	
44	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	216-002 Gebäudewirtschaft Kombinierte Haupt- und Realschulen / 4241-0002 Versicherungen und Abgaben	10.12.2020	erfolgt	100	100	
45	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	216-002 Gebäudewirtschaft Kombinierte Haupt- und Realschulen / 4241-0002 Versicherungen und Abgaben	10.12.2020	erfolgt	200	200	
46	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	216-002 Gebäudewirtschaft Kombinierte Haupt- und Realschulen / 4241-0002 Versicherungen und Abgaben	10.12.2020	erfolgt	100	100	
47	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	216-002 Gebäudewirtschaft Kombinierte Haupt- und Realschulen / 4241-0002 Versicherungen und Abgaben	10.12.2020	erfolgt	200	200	
48	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	216-002 Gebäudewirtschaft Kombinierte Haupt- und Realschulen / 4241-0003 Aufw. für Fremdreinigung	10.12.2020	erfolgt	3.400	3.400	
49	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	216-002 Gebäudewirtschaft Kombinierte Haupt- und Realschulen / 4241-0003 Aufw. für Fremdreinigung	10.12.2020	erfolgt	1.100	1.100	
50	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	216-002 Gebäudewirtschaft Kombinierte Haupt- und Realschulen / 4241-0003 Aufw. für Fremdreinigung	10.12.2020	erfolgt	2.100	2.100	

51	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	216-002 Gebäudewirtschaft Kombinierte Haupt- und Realschulen / 4241-0003 Aufw. für Fremdreinigung	10.12.2020	erfolgt	8.400	8.400	
52	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	216-002 Gebäudewirtschaft Kombinierte Haupt- und Realschulen / 4241-0003 Aufw. für Fremdreinigung	10.12.2020	erfolgt	1.300	1.300	
53	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	216-002 Gebäudewirtschaft Kombinierte Haupt- und Realschulen / 4241-0003 Aufw. für Fremdreinigung	10.12.2020	erfolgt	300	300	
54	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	216-002 Gebäudewirtschaft Kombinierte Haupt- und Realschulen / 4241-0003 Aufw. für Fremdreinigung	10.12.2020	erfolgt	3.100	3.100	
55	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	216-002 Gebäudewirtschaft Kombinierte Haupt- und Realschulen / 4241-0003 Aufw. für Fremdreinigung	10.12.2020	erfolgt	800	800	
56	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	216-002 Gebäudewirtschaft Kombinierte Haupt- und Realschulen / 4241-0003 Aufw. für Fremdreinigung	10.12.2020	erfolgt	100	100	
57	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	216-002 Gebäudewirtschaft Kombinierte Haupt- und Realschulen / 4241-0003 Aufw. für Fremdreinigung	10.12.2020	erfolgt	900	900	
58	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	216-002 Gebäudewirtschaft Kombinierte Haupt- und Realschulen / 4241-0003 Aufw. für Fremdreinigung	10.12.2020	erfolgt	300	300	

59	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	216-002 Gebäudewirtschaft Kombinierte Haupt- und Realschulen / 4241-0003 Aufw. für Fremdreinigung	10.12.2020	erfolgt	3.600	3.600	
60	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	216-002 Gebäudewirtschaft Kombinierte Haupt- und Realschulen / 4241-0003 Aufw. für Fremdreinigung	10.12.2020	erfolgt	300	300	
61	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	216-002 Gebäudewirtschaft Kombinierte Haupt- und Realschulen / 4241-0003 Aufw. für Fremdreinigung	10.12.2020	erfolgt	900	900	
62	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	216-002 Gebäudewirtschaft Kombinierte Haupt- und Realschulen / 4241-0007 Aufw. für Fremdleistungen Hausmeisterdienst	10.12.2020	erfolgt	50.000	50.000	
63	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	217-002 Gebäudewirtschaft Gymnasien / 4241-0002 Versicherungen und Abgaben	10.12.2020	erfolgt	300	300	
64	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	217-002 Gebäudewirtschaft Gymnasien / 4241-0002 Versicherungen und Abgaben	10.12.2020	erfolgt	100	100	
65	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	217-002 Gebäudewirtschaft Gymnasien / 4241-0002 Versicherungen und Abgaben	10.12.2020	erfolgt	400	400	
66	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	217-002 Gebäudewirtschaft Gymnasien / 4241-0002 Versicherungen und Abgaben	10.12.2020	erfolgt	300	300	
67	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	217-002 Gebäudewirtschaft Gymnasien / 4241-0002 Versicherungen und Abgaben	10.12.2020	erfolgt	100	100	

68	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	217-002 Gebäudewirtschaft Gymnasien / 4241-0002 Versicherungen und Abgaben	10.12.2020	erfolgt	700	700	
69	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	217-002 Gebäudewirtschaft Gymnasien / 4241-0003 Aufw. für Fremdreinigung	10.12.2020	erfolgt	6.100	6.100	
70	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	217-002 Gebäudewirtschaft Gymnasien / 4241-0003 Aufw. für Fremdreinigung	10.12.2020	erfolgt	1.200	1.200	
71	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	217-002 Gebäudewirtschaft Gymnasien / 4241-0003 Aufw. für Fremdreinigung	10.12.2020	erfolgt	4.400	4.400	
72	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	217-002 Gebäudewirtschaft Gymnasien / 4241-0003 Aufw. für Fremdreinigung	10.12.2020	erfolgt	900	900	
73	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	217-002 Gebäudewirtschaft Gymnasien / 4241-0003 Aufw. für Fremdreinigung	10.12.2020	erfolgt	2.900	2.900	
74	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	217-002 Gebäudewirtschaft Gymnasien / 4241-0003 Aufw. für Fremdreinigung	10.12.2020	erfolgt	1.000	1.000	
75	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	217-002 Gebäudewirtschaft Gymnasien / 4241-0003 Aufw. für Fremdreinigung	10.12.2020	erfolgt	1.200	1.200	
76	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	217-002 Gebäudewirtschaft Gymnasien / 4241-0003 Aufw. für Fremdreinigung	10.12.2020	erfolgt	6.200	6.200	
77	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	217-002 Gebäudewirtschaft Gymnasien / 4241-0003 Aufw. für Fremdreinigung	10.12.2020	erfolgt	1.000	1.000	
78	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	218-002 Gebäudewirtschaft Gesamtschulen / 4241-0002 Versicherungen und Abgaben	10.12.2020	erfolgt	300	300	

79	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	218-002 Gebäudewirtschaft Gesamtschulen / 4241-0002 Versicherungen und Abgaben	10.12.2020	erfolgt	400	400	
80	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	218-002 Gebäudewirtschaft Gesamtschulen / 4241-0003 Aufw. für Fremdreinigung	10.12.2020	erfolgt	3.100	3.100	
81	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	218-002 Gebäudewirtschaft Gesamtschulen / 4241-0003 Aufw. für Fremdreinigung	10.12.2020	erfolgt	900	900	
82	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	218-002 Gebäudewirtschaft Gesamtschulen / 4241-0003 Aufw. für Fremdreinigung	10.12.2020	erfolgt	1.300	1.300	
83	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	218-002 Gebäudewirtschaft Gesamtschulen / 4241-0003 Aufw. für Fremdreinigung	10.12.2020	erfolgt	200	200	
84	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	221-002 Gebäudewirtschaft Förderschulen / 4241-0002 Versicherungen und Abgaben	10.12.2020	erfolgt	100	100	
85	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	221-002 Gebäudewirtschaft Förderschulen / 4241-0002 Versicherungen und Abgaben	10.12.2020	erfolgt	100	100	
86	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	221-002 Gebäudewirtschaft Förderschulen / 4241-0003 Aufw. für Fremdreinigung	10.12.2020	erfolgt	1.700	1.700	
87	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	221-002 Gebäudewirtschaft Förderschulen / 4241-0003 Aufw. für Fremdreinigung	10.12.2020	erfolgt	2.400	2.400	
88	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	221-002 Gebäudewirtschaft Förderschulen / 4241-0003 Aufw. für Fremdreinigung	10.12.2020	erfolgt	400	400	
89	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	231-002 Gebäudewirtschaft berufliche Schulen / 4241-0002 Versicherungen und Abgaben	10.12.2020	erfolgt	1.100	1.100	

90	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	231-002 Gebäudewirtschaft berufliche Schulen / 4241-0002 Versicherungen und Abgaben	10.12.2020	erfolgt	100	100	
91	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	231-002 Gebäudewirtschaft berufliche Schulen / 4241-0002 Versicherungen und Abgaben	10.12.2020	erfolgt	300	300	
92	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	231-002 Gebäudewirtschaft berufliche Schulen / 4241-0002 Versicherungen und Abgaben	10.12.2020	erfolgt	200	200	
93	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	231-002 Gebäudewirtschaft berufliche Schulen / 4241-0002 Versicherungen und Abgaben	10.12.2020	erfolgt	1.000	1.000	
94	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	231-002 Gebäudewirtschaft berufliche Schulen / 4241-0002 Versicherungen und Abgaben	10.12.2020	erfolgt	100	100	
95	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	231-002 Gebäudewirtschaft berufliche Schulen / 4241-0002 Versicherungen und Abgaben	10.12.2020	erfolgt	300	300	
96	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	231-002 Gebäudewirtschaft berufliche Schulen / 4241-0002 Versicherungen und Abgaben	10.12.2020	erfolgt	200	200	
97	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	231-002 Gebäudewirtschaft berufliche Schulen / 4241-0003 Aufw. für Fremdreinigung	10.12.2020	erfolgt	8.900	8.900	
98	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	231-002 Gebäudewirtschaft berufliche Schulen / 4241-0003 Aufw. für Fremdreinigung	10.12.2020	erfolgt	4.100	4.100	
99	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	231-002 Gebäudewirtschaft berufliche Schulen / 4241-0003 Aufw. für Fremdreinigung	10.12.2020	erfolgt	3.600	3.600	
100	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	231-002 Gebäudewirtschaft berufliche Schulen / 4241-0003 Aufw. für Fremdreinigung	10.12.2020	erfolgt	6.600	6.600	

101	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	231-002 Gebäudewirtschaft berufliche Schulen / 4241-0003 Aufw. für Fremdreinigung	10.12.2020	erfolgt	3.700	3.700	
102	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	231-002 Gebäudewirtschaft berufliche Schulen / 4241-0003 Aufw. für Fremdreinigung	10.12.2020	erfolgt	900	900	
103	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	231-002 Gebäudewirtschaft berufliche Schulen / 4241-0003 Aufw. für Fremdreinigung	10.12.2020	erfolgt	1.900	1.900	
104	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	231-002 Gebäudewirtschaft berufliche Schulen / 4241-0003 Aufw. für Fremdreinigung	10.12.2020	erfolgt	1.000	1.000	
105	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	243-001 Sonstige schulische Aufgaben / 4441-0002 Unfallversicherung	10.12.2020	erfolgt	100.000	100.000	
106	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	311-601 Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung / 4331-0002 Soziale Leistungen an nat. Personen a.E. -üö.Tr.-	10.12.2020	erfolgt	308.600	308.600	
107	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	311-801 Hilfe zur Pflege (PSG II) / 4332-0002 Soziale Leistungen an nat. Personen i.E. -üö.Tr.-	10.12.2020	erfolgt	263.000	263.000	
108	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	312-101 Leistungen für Unterkunft und Heizung (Amt 908) / 4461-0000 Leist.beteiligung Umsetz. der Grd.sich. Arb.such.	10.12.2020	erfolgt	603.600	603.600	
109	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	313-001 Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz / 4452-0010 Erst. Stadt Hi. Verwaltungskosten (Finanzvertrag)	10.12.2020	erfolgt	185.600	185.600	

110	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	314-501 Assistenzleistungen § 113 Abs. 2 Nr. 2 i.V.m. § 78 SGB IX / 4339-0002 Sonstige soziale Leistungen -üö.Tr.-	10.12.2020	erfolgt	1.247.300	1.247.300	
111	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	341-001 Unterhaltsvorschuss / 4339-0000 Sonstige soziale Leistungen	10.12.2020	erfolgt	206.000	206.000	
112	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	363-002 Förderung der Erziehung in der Familie / 4332-0000 Soziale Leistungen an nat. Personen i.E.	10.12.2020	erfolgt	90.000	90.000	
113	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	363-003 Hilfen zur Erziehung / 4332-0008 Soziale Leist. an nat. Personen i.E. - Nord	10.12.2020	erfolgt	9.000	9.000	
114	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	363-003 Hilfen zur Erziehung / 4332-0009 Soziale Leist. an nat. Personen i.E. - NW	10.12.2020	erfolgt	243.000	243.000	
115	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	363-003 Hilfen zur Erziehung / 4332-0010 Soziale Leist. an nat. Personen i.E. - Ost	10.12.2020	erfolgt	20.000	20.000	
116	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	363-003 Hilfen zur Erziehung / 4332-0020 Soziale Leistungen f. UMA i.E.	10.12.2020	erfolgt	110.000	110.000	
117	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	363-003 Hilfen zur Erziehung / 4332-0021 Soziale Leistungen f. ehemalige UMA (vollj.) i.E.	10.12.2020	erfolgt	20.000	20.000	
118	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	363-005 Eingliederungshilfe nach § 35 a SGB VIII / 4331-0008 Soziale Leist. an nat. Personen a.E. - Nord	10.12.2020	erfolgt	30.000	30.000	
119	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	363-005 Eingliederungshilfe nach § 35 a SGB VIII / 4331-0009 Soziale Leist. an nat. Personen a.E. - NW	10.12.2020	erfolgt	60.000	60.000	

120	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	363-005 Eingliederungshilfe nach § 35 a SGB VIII / 4331-0010 Soziale Leist. an nat. Personen a.E. - Ost	10.12.2020	erfolgt	40.000	40.000	
121	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	363-005 Eingliederungshilfe nach § 35 a SGB VIII / 4331-0011 Soziale Leist. an nat. Personen a.E. - Süd	10.12.2020	erfolgt	40.000	40.000	
122	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	414-005 Weitere Maßnahmen der Gesundheitspflege / 4291-0009 Aufw. für sonstige Dienstleistungen (Budget 60)	10.12.2020	erfolgt	5.900	5.900	
123	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	511-002 Raumplanung / 4271-0052 Materialien für Reg.planung	10.12.2020	erfolgt	2.300	2.300	
124	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	523-001 Denkmalschutz und -pflege / 4431-0042 Honorar Archäologin	10.12.2020	erfolgt	10.000	10.000	
125	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	537-101 Tierkörperbeseitigung / 4313-0000 Zuweisungen an Zweckverbände und dergl.	10.12.2020	erfolgt	3.000	3.000	
126	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	542-001 Kreisstraßen und Radwege / 4212-0003 Leistungen bei Straßenschäden	10.12.2020	erfolgt	25.000	25.000	
127	Globale Minderausgabe HHBegleitbeschluss 2021	612-001 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft / 4517-0000 Zinsaufw. an Kreditinstitute	10.12.2020	erfolgt	60.200	60.200	
128	Kürzung Personalkosten HHBegleitbeschluss 2021	Diverse	10.12.2020	erfolgt	1.000.000	1.000.000	
Haushalt 2022							

129	Einsparvorgabe Verwaltungsführung	561-003 Klimaschutz / 4312-0010 Zuweisungen an Gemeinden u. Gemverb. (Budget 20)	10.02.2022	erfolgt	50.000	50.000	
130	Einsparvorgabe Verwaltungsführung	511-003 Regionale Entwicklung/Neuer Zusammenhalt / 4312-0010 Zuweisungen an Gemeinden u. Gemverb. (Budget 20)	10.02.2022	erfolgt	50.000	50.000	
131	Einsparvorgabe Verwaltungsführung	111-001 Projekte im Dezernat 1 / 4431-0009 Aufw. für Projektarbeit	10.02.2022	erfolgt	10.000	10.000	
132	Einsparvorgabe Verwaltungsführung	111-001 Projekte im Dezernat 1 / 4431-0011 Beratungs- und Moderationsaufw.	10.02.2022	erfolgt	10.000	10.000	
133	Einsparvorgabe Verwaltungsführung	111-003 Zentrale Dienste und betriebl. Gesundheitsmanagement / 4261-0007 Fortbildung Bedienstete - allg.-	10.02.2022	erfolgt	50.000	50.000	
134	Einsparvorgabe Verwaltungsführung	312-101 Leistungen für Unterkunft und Heizung (Amt 908) / 4461-0000 Leist.beteiligung Umsetz. der Grd.sich. Arb.such.	10.02.2022	nicht erfolgt	430.000	0	Nicht durchgeführt aufgrund Rechtskreiswechsel der Vertriebenen aus der Ukraine in das SGB II.

135	Einsparvorgabe Verwaltungsführung	111-009 Gebäudewirtschaft Verwaltungsgebäude und Sonstige / 4211-0000 Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	10.02.2022	nicht erfolgt	50.000	50.000	Nicht durchgeführt aufgrund erhöhter Bauunterhaltung beim Kreishaus Hildesheim und der Außenstelle Alfeld. Kompensationsbetrag durch Minderaufwand beim Produkt 111-009 / Konto 4231-0004 realisiert.
136	Einsparvorgabe Verwaltungsführung	217-002 Gebäudewirtschaft Gymnasien / 4211-0000 Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	10.02.2022	erfolgt	25.000	25.000	
137	Einsparvorgabe Verwaltungsführung	231-002 Gebäudewirtschaft berufliche Schulen / 4211-0000 Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	10.02.2022	erfolgt	175.000	175.000	
138	Einsparvorgabe Verwaltungsführung	241-001 Schülerbeförderung / 4429-0002 Schülerbeförderung	10.02.2022	erfolgt	250.000	250.000	
139	Einsparvorgabe Verwaltungsführung	313-001 Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz / 4331-0000 Soziale Leistungen an nat. Personen a.E.	10.02.2022	erfolgt	500.000	500.000	
140	Einsparvorgabe Verwaltungsführung	547-002 Regionalverkehr Hildesheim / 4315-0004 Ausgleichsleistung ÖPNV	10.02.2022	erfolgt	500.000	500.000	
141	Einsparvorgabe Verwaltungsführung	365-001 Sicherstellung der Kindertagesbetreuung / 4312-0005 Förderung von Kindertagesstätten	10.02.2022	erfolgt	1.070.000	1.070.000	

142	Einsparvorgabe Verwaltungsführung	365-001 Sicherstellung der Kindertagesbetreuung / 4312-0006 Förderung Krippen	10.02.2022	erfolgt	397.000	397.000	
143	Einsparvorgabe Verwaltungsführung	365-001 Sicherstellung der Kindertagesbetreuung / 4312-0007 Förderung Horte	10.02.2022	nicht erfolgt	137.000	137.000	Nicht durchgeführt aufgrund höherer Förderung als geplant. Kompensationsbetrag durch Minderaufwand beim Produkt 365-001 / Konto 4312-0005 realisiert.
144	Einsparvorgabe Verwaltungsführung	365-001 Sicherstellung der Kindertagesbetreuung / 4312-0009 Förd. KiTa, Krippen, Horte Stadt Hi (Finanzvertr.)	10.02.2022	nicht erfolgt	896.000	896.000	Nicht durchgeführt aufgrund höherer Förderung als geplant. Kompensationsbetrag durch Minderaufwand beim Produkt 365-001 / Konto 4312-0005 realisiert.
145	Kürzung Personalkosten Einsparvorgabe Vw.führung	Diverse	10.02.2022	erfolgt	500.000	500.000	
146	Beschluss Kreistag	111-029 Projekte im Dezernat II / 4271-0071 Aufw. für Projekte (Budget 20)	24.03.2022	erfolgt	400.000	400.000	vorhandener Aufwand i.H.v. 13.500 € betrifft das Projekt Fördermittelberatung und ist über das Budget 20 gedeckt

Haushalt 2023							
147	Einsparvorgabe Verwaltungsführung - Personal -	Diverse	03.08.2022	erfolgt	2.000.000	2.000.000	
148	Einsparvorgabe Verwaltungsführung	217-002 Gebäudewirtschaft Gymnasien / 4211-0000 Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	03.08.2022	erfolgt	400.000	400.000	
149	Einsparvorgabe Verwaltungsführung	231-002 Gebäudewirtschaft berufliche Schulen / 4211-0000 Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	03.08.2022	erfolgt	100.000	100.000	
150	Einsparvorgabe Verwaltungsführung	314-010 Zahlungen Abrechnung nach dem SGB IX / 4452-0009 Erst. Stadt Hi. Transferleist. (Finanzvertrag)	03.08.2022	erfolgt	1.930.500	1.930.500	
151	Einsparvorgabe Verwaltungsführung	314-201 Leistungen zur Beschäftigung § 111 SGB IX / 4339-0002 Sonstige soziale Leistungen -üö.Tr.-	03.08.2022	erfolgt	299.300	299.300	
152	Einsparvorgabe Verwaltungsführung	314-501 Assistenzleistungen § 113 Abs. 2 Nr. 2 i.V.m. § 78 SGB IX / 4339-0002 Sonstige soziale Leistungen -üö.Tr.-	03.08.2022	erfolgt	537.300	537.300	
153	Einsparvorgabe Verwaltungsführung	311-601 Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung / 4331-0002 Soziale Leistungen an nat. Personen a.E. -üö.Tr.-	03.08.2022	erfolgt	143.100	143.100	
154	Einsparvorgabe Verwaltungsführung	311-801 Hilfe zur Pflege (PSG II) / 4332-0002 Soziale Leistungen an nat. Personen i.E. -üö.Tr.-	03.08.2022	erfolgt	120.300	120.300	

155	Einsparvorgabe Verwaltungsführung - Jugendamt -	Diverse	03.08.2022	erfolgt	46.200	46.200	
156	Einsparvorgabe Verwaltungsführung	365-001 Sicherstellung der Kindertagesbetreuung (407) / 4312-0005 Förderung von Kindertagesstätten	03.08.2022	erfolgt	826.000	826.000	
157	Einsparvorgabe Verwaltungsführung	365-001 Sicherstellung der Kindertagesbetreuung (407) / 4312-0006 Förderung Krippen	03.08.2022	erfolgt	306.000	306.000	
158	Einsparvorgabe Verwaltungsführung	365-001 Sicherstellung der Kindertagesbetreuung (407) / 4312-0007 Förderung Horte	03.08.2022	erfolgt	106.000	106.000	
159	Einsparvorgabe Verwaltungsführung	365-001 Sicherstellung der Kindertagesbetreuung (407) / 4312-0009 Förd. KiTa, Krippen, Horte Stadt Hi (Finanzvertr.)	03.08.2022	erfolgt	762.000	762.000	
160	Verwaltung: Einsparung Druckkosten für Haushaltspläne aufgrund Bereitstellung nur als PDF-Dokument	111-007 Finanzen / 4231-0001 Mieten für Geräte / 4431-0000 Geschäftsaufwendungen	08.12.2022	erfolgt	1.000	1.000	
161	Verwaltung: Einsparung u.a. technische Betreuung, Fahrtkosten, Raummiete und Bestuhlung aufgrund Wegfall KT-Sitzung in anderer LK-Kommune	111-024 Kreistagsangelegenheiten / 4271-0000 Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufw.	08.12.2022	erfolgt	10.000	10.000	
162	Verwaltung: Einsparung Mittelprojektförderung aufgrund Ansatzkürzung beim Kunst- und Kulturpreis	281-001 Kulturbüro / 4271-0071 Aufw. Für Projekte (Budget 20)	08.12.2022	erfolgt	10.000	10.000	

163	Verwaltung: Einsparung Druck- und Agenturleistungen für Flyer aufgrund Ansatzstreichung beim Radverkehr	511-002 Raumplanung / 4271-0071 Aufw. für Projekte (Budget 20)	08.12.2022	erfolgt	10.000	10.000	
164	Verwaltung: Einsparung Gutachterkosten aufgrund Ansatzstreichung beim Radverkehr	511-002 Raumplanung / 4431-0045 Geschäftsaufwendungen (Budget 20)	08.12.2022	erfolgt	40.000	40.000	
165	Verwaltung: Einsparung Mittelprojektförderung aufgrund Ansatzkürzung	511-003 Regionale Entwicklung/Neuer Zusammenhalt / 4312-0010 Zuweisungen an Gemeinden u. Gemverb. (Budget 20)	08.12.2022	erfolgt	50.000	50.000	
166	Verwaltung: Einsparung durch Umsetzung des Konzeptes zur Geschäftsprozessoptimierung und Aufgabenkritik	Diverse	08.12.2022	2024	500.000	0	geplanter Konsolidierungsbeitrag i.H.v. 500.000 € für das Jahr 2024 erfolgt nicht; dieses Konzept wird nicht vorgelegt, sondern ein Prozessmanagement eingeführt und umgesetzt
Haushalt 2024							

167	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 10 um 5%	243-001 Sonstige schulische Aufgaben / 4452-0009 Erst. Stadt Hi. Transferleist. (Finanzvertrag)	16.08.2023	nicht erfolgt	749.200	0	Aufgrund einer Nachzahlung für 2021 konnte die Einsparvorgabe nicht umgesetzt werden.
168	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 10 um 5%	311-601 Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung / 4331-0002 Soziale Leistungen an nat. Personen a.E. -üö.Tr.-	16.08.2023	erfolgt	251.700	251.700	
169	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 10 um 5%	312-101 Leistungen für Unterkunft und Heizung (Amt 908) / 4461-0000 Leist.beteiligung Umsetz. der Grd.sich. Arb.such.	16.08.2023	nicht erfolgt	1.398.200	0	Aufgrund höherer Unterkunftskosten, Fallzahlensteigerung und Erhöhung der Regelleistungen konnte die Einsparvorgabe nicht umgesetzt werden.
170	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 10 um 5%	313-001 Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz / 4331-0000 Soziale Leistungen an nat. Personen a.E.	16.08.2023	erfolgt	465.000	465.000	
171	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 10 um 5%	314-010 Zahlungen Abrechnung nach dem SGB IX / 4452-0009 Erst. Stadt Hi. Transferleist. (Finanzvertrag)	16.08.2023	erfolgt	227.200	227.200	

172	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 10 um 5%	314-501 Assistenzleistungen § 113 Abs. 2 Nr. 2 i.V.m. § 78 SGB IX / 4339-0002 Sonstige soziale Leistungen -üö.Tr.-	16.08.2023	erfolgt	1.578.600	1.578.600	
173	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 10 um 5%	363-002 Förderung der Erziehung in der Familie / 4331-0000 Soziale Leistungen an nat. Personen a.E.	16.08.2023	erfolgt	8.500	8.500	
174	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 10 um 5%	363-003 Hilfen zur Erziehung / 4332-0009 Soziale Leist. an nat. Personen i.E. - HIN	16.08.2023	erfolgt	2.517.100	2.517.100	
175	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 10 um 5%	363-003 Hilfen zur Erziehung / 4332-0012 Soziale Leist. an nat. Personen i.E. - HIS	16.08.2023	erfolgt	1.000.000	1.000.000	
176	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 10 um 5%	365-001 Sicherstellung der Kindertagesbetreuung (407) / 4312-0005 Förderung von Kindertagesstätten	16.08.2023	nicht erfolgt	2.306.200	0	Aufgrund Personalkostenanstieg und höherer Betriebskosten konnte die Einsparvorgabe nicht umgesetzt werden.
177	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 10 um 5%	542-001 Kreisstraßen und Radwege / 4452-0009 Erst. Stadt Hi. Transferleist. (Finanzvertrag)	16.08.2023	erfolgt	100.000	100.000	

178	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 10 um 5%	542-001 Kreisstraßen und Radwege / 4212-0003 Leistungen bei Straßenschäden	16.08.2023	erfolgt	37.400	37.400	
179	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 10 um 5%	547-001 Nahverkehrsplanung / 4317-0000 Zuschüsse an private Unternehmen	16.08.2023	erfolgt	200	200	
180	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	111-002 Zentrale Personaldienstleistungen / 4241-0001 Heizung und Beleuchtung	16.08.2023	erfolgt	300	300	
181	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	111-002 Zentrale Personaldienstleistungen / 4431-0000 Geschäftsaufwendungen	16.08.2023	erfolgt	8.500	8.500	
182	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	111-002 Zentrale Personaldienstleistungen / 4261-0001 Fortbildung	16.08.2023	erfolgt	2.200	2.200	
183	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	111-003 Zentrale Dienste und betriebl. Gesundheitsmanagement / 4222-0000 Erwerb geringwert. Vermögensgegenst.	16.08.2023	erfolgt	3.200	3.200	

184	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	111-003 Zentrale Dienste und betriebl. Gesundheitsmanagement / 4431-0000 Geschäftsaufwendungen	16.08.2023	erfolgt	2.500	2.500	
185	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	111-003 Zentrale Dienste und betriebl. Gesundheitsmanagement / 4431-0014 Bücher und Fachzeitschriften -allg.-	16.08.2023	erfolgt	2.900	2.900	
186	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	111-003 Zentrale Dienste und betriebl. Gesundheitsmanagement / 4441-0004 Leistungen für Schadensfälle	16.08.2023	erfolgt	6.200	6.200	
187	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	111-006 Kassenwesen / 4431-0000 Geschäftsaufwendungen	16.08.2023	erfolgt	3.000	3.000	
188	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	111-007 Finanzen / 4431-0000 Geschäftsaufwendungen	16.08.2023	erfolgt	1.800	1.800	
189	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	111-009 Gebäudewirtschaft Verwaltungsgebäude und Sonstige / 4211-0000 Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	16.08.2023	erfolgt	200.000	200.000	

190	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	111-015 Kreistag und seine Ausschüsse / 4241-0001 Heizung und Beleuchtung	16.08.2023	erfolgt	400	400	
191	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	111-017 Verwaltungsführung LR / 4241-0001 Heizung und Beleuchtung	16.08.2023	erfolgt	200	200	
192	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	111-017 Verwaltungsführung LR / 4431-0000 Geschäftsaufwendungen	16.08.2023	erfolgt	3.000	3.000	
193	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	111-018 Gleichstellung von Mann und Frau / 4241-0001 Heizung und Beleuchtung	16.08.2023	erfolgt	100	100	
194	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	111-018 Gleichstellung von Mann und Frau / 4271-0012 Aufwendungen für Projekte	16.08.2023	erfolgt	600	600	
195	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	111-018 Gleichstellung von Mann und Frau / 4431-0000 Geschäftsaufwendungen	16.08.2023	erfolgt	600	600	

196	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	111-019 Informations- und Öffentlichkeitsarbeit / 4241-0001 Heizung und Beleuchtung	16.08.2023	erfolgt	100	100	
197	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	111-019 Informations- und Öffentlichkeitsarbeit / 4431-0000 Geschäftsaufwendungen	16.08.2023	erfolgt	1.000	1.000	
198	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	111-020 Prüfung und Beratung / 4241-0001 Heizung und Beleuchtung	16.08.2023	erfolgt	200	200	
199	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	111-020 Prüfung und Beratung / 4221-0000 Unterhaltung des beweglichen Vermögens	16.08.2023	erfolgt	200	200	
200	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	111-020 Prüfung und Beratung / 4222-0000 Erwerb geringwert. Vermögensgegenst.	16.08.2023	erfolgt	200	200	
201	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	111-020 Prüfung und Beratung / 4251-0000 Haltung von Fahrzeugen	16.08.2023	erfolgt	400	400	

202	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	111-020 Prüfung und Beratung / 4431-0000 Geschäftsaufwendungen	16.08.2023	erfolgt	3.000	3.000	
203	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	111-021 Personalvertretung / 4241-0001 Heizung und Beleuchtung	16.08.2023	erfolgt	200	200	
204	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	111-022 Recht / 4431-0000 Geschäftsaufwendungen	16.08.2023	erfolgt	1.500	1.500	
205	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	111-023 Kommunalaufsicht / 4241-0001 Heizung und Beleuchtung	16.08.2023	erfolgt	100	100	
206	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	111-023 Kommunalaufsicht / 4261-0001 Fortbildung	16.08.2023	erfolgt	800	800	
207	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	111-024 Kreistagsangelegenheiten / 4241-0001 Heizung und Beleuchtung	16.08.2023	erfolgt	100	100	

208	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	111-024 Kreistagsangelegenheiten / 4431-0000 Geschäftsaufwendungen	16.08.2023	erfolgt	1.800	1.800	
209	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	111-025 Organisation / 4241-0001 Heizung und Beleuchtung	16.08.2023	erfolgt	200	200	
210	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	111-025 Organisation / 4431-0000 Geschäftsaufwendungen	16.08.2023	erfolgt	1.500	1.500	
211	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	111-025 Organisation / 4261-0001 Fortbildung	16.08.2023	erfolgt	2.200	2.200	
212	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	111-028 Verwaltungsführung EKR / 4261-0001 Fortbildung	16.08.2023	erfolgt	400	400	
213	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	111-028 Verwaltungsführung EKR / 4431-0000 Geschäftsaufwendungen	16.08.2023	erfolgt	900	900	

214	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	111-028 Verwaltungsführung EKR / 4241-0001 Heizung und Beleuchtung	16.08.2023	erfolgt	100	100	
215	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	121-001 Wahlen und Einwohnerbeteiligung / 4431-0000 Geschäftsaufwendungen	16.08.2023	erfolgt	1.000	1.000	
216	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	121-001 Wahlen und Einwohnerbeteiligung / 4291-0013 Aufw. für sonstige Dienstleistungen (Budget 50)	16.08.2023	erfolgt	4.000	4.000	
217	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	122-001 Allgemeine Ordnungsangelegenheiten / 4431-0000 Geschäftsaufwendungen	16.08.2023	erfolgt	8.300	8.300	
218	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	122-002 Ordnungswidrigkeiten / 4431-0000 Geschäftsaufwendungen	16.08.2023	erfolgt	40.200	40.200	
219	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	122-002 Ordnungswidrigkeiten / 4241-0001 Heizung und Beleuchtung	16.08.2023	erfolgt	400	400	

220	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	122-003 Ausländerangelegenheiten, Standesamtsaufsicht / 4431-0000 Geschäftsaufwendungen	16.08.2023	erfolgt	12.800	12.800	
221	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	122-003 Ausländerangelegenheiten, Standesamtsaufsicht / 4241-0001 Heizung und Beleuchtung	16.08.2023	erfolgt	400	400	
222	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	122-004 Veterinärwesen und Verbraucherschutz / 4261-0001 Fortbildung	16.08.2023	erfolgt	800	800	
223	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	122-004 Veterinärwesen und Verbraucherschutz / 4431-0000 Geschäftsaufwendungen	16.08.2023	erfolgt	6.100	6.100	
224	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	122-004 Veterinärwesen und Verbraucherschutz / 4241-0001 Heizung und Beleuchtung	16.08.2023	erfolgt	300	300	
225	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	122-005 KFZ-Zulassungen / 4222-0000 Erwerb geringwert. Vermögensgegenst.	16.08.2023	erfolgt	7.100	7.100	

226	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	122-005 KFZ-Zulassungen / 4261-0001 Fortbildung	16.08.2023	erfolgt	4.000	4.000	
227	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	122-005 KFZ-Zulassungen / 4241-0001 Heizung und Beleuchtung	16.08.2023	erfolgt	600	600	
228	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	122-006 Verkehrssicherung und -lenkung / 4222-0000 Erwerb geringwert. Vermögensgegenst.	16.08.2023	erfolgt	8.000	8.000	
229	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	122-007 Fahrerlaubnisse und Fahrgastbeförderung / 4222-0000 Erwerb geringwert. Vermögensgegenst.	16.08.2023	erfolgt	7.600	7.600	
230	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	122-008 Schutzmaßnahmen nach dem NPsychKG / 4241-0001 Heizung und Beleuchtung	16.08.2023	erfolgt	100	100	
231	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	122-008 Schutzmaßnahmen nach dem NPsychKG / 4431-0000 Geschäftsaufwendungen	16.08.2023	erfolgt	1.000	1.000	

232	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	122-009 Wasserwirtschaft / 4222-0000 Erwerb geringwert. Vermögensgegenst.	16.08.2023	erfolgt	1.000	1.000	
233	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	122-009 Wasserwirtschaft / 4431-0000 Geschäftsaufwendungen	16.08.2023	erfolgt	2.600	2.600	
234	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	122-009 Wasserwirtschaft / 4241-0001 Heizung und Beleuchtung	16.08.2023	erfolgt	400	400	
235	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	126-003 Brandschutz (Amt 205) / 4251-0000 Haltung von Fahrzeugen	16.08.2023	erfolgt	7.600	7.600	
236	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	126-004 Feuerwehrtechnische Zentrale / 4261-0002 Dienst- und Schutzausrüstung (Budget 50)	16.08.2023	erfolgt	5.000	5.000	
237	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	128-001 Katastrophenschutz / 4251-0000 Haltung von Fahrzeugen	16.08.2023	erfolgt	8.400	8.400	

238	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	128-001 Katastrophenschutz / 4241-0001 Heizung und Beleuchtung	16.08.2023	erfolgt	300	300	
239	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	212-001 Schulverwaltung Hauptschulen / 4431-0000 Geschäftsaufwendungen	16.08.2023	erfolgt	3.100	3.100	
240	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	215-001 Schulverwaltung Realschulen / 4431-0000 Geschäftsaufwendungen	16.08.2023	erfolgt	4.400	4.400	
241	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	216-001 Schulverwaltung Kombinierte Haupt- und Realschulen / 4431-0000 Geschäftsaufwendungen	16.08.2023	erfolgt	26.300	26.300	
242	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	216-002 Gebäudewirtschaft Kombinierte Haupt- und Realschulen / 4211-0000 Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	16.08.2023	erfolgt	200.000	200.000	
243	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	217-001 Schulverwaltung Gymnasien / 4431-0000 Geschäftsaufwendungen	16.08.2023	erfolgt	26.500	26.500	

244	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	217-002 Gebäudewirtschaft Gymnasien / 4211-0000 Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	16.08.2023	erfolgt	500.000	500.000	
245	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	218-001 Schulverwaltung Gesamtschulen / 4431-0000 Geschäftsaufwendungen	16.08.2023	erfolgt	14.500	14.500	
246	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	221-001 Schulverwaltung Förderschulen / 4431-0000 Geschäftsaufwendungen	16.08.2023	erfolgt	4.800	4.800	
247	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	231-001 Schulverwaltung berufliche Schulen / 4271-0005 Pauschale Lehrmittel	16.08.2023	erfolgt	8.100	8.100	
248	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	231-001 Schulverwaltung berufliche Schulen / 4431-0000 Geschäftsaufwendungen	16.08.2023	erfolgt	36.400	36.400	
249	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	231-002 Gebäudewirtschaft berufliche Schulen / 4211-0000 Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	16.08.2023	erfolgt	724.800	724.800	

250	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	242-001 Ausbildungsförderung / Gerichts- und ähnliche Kosten	16.08.2023	erfolgt	300	300	
251	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	243-001 Sonstige schulische Aufgaben / 4431-0000 Geschäftsaufwendungen	16.08.2023	erfolgt	9.800	9.800	
252	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	243-001 Sonstige schulische Aufgaben / 4241-0001 Heizung und Beleuchtung	16.08.2023	erfolgt	600	600	
253	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	251-001 Kreisarchiv / 4431-0000 Geschäftsaufwendungen	16.08.2023	erfolgt	1.000	1.000	
254	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	281-001 Kulturbüro / 4431-0000 Geschäftsaufwendungen	16.08.2023	erfolgt	900	900	
255	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	311-901 Verwaltung der Sozialhilfe (Amt 403) / 4431-0000 Geschäftsaufwendungen	16.08.2023	erfolgt	16.300	16.300	

256	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	311-901 Verwaltung der Sozialhilfe (Amt 403) / 4241-0001 Heizung und Beleuchtung	16.08.2023	erfolgt	700	700	
257	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	312-901 Verwaltung der Grundsicherung für Arbeitsuchende (Amt 908) / 4431-0000 Geschäftsaufwendungen	16.08.2023	erfolgt	500	500	
258	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	314-901 Verwaltung der Eingliederungshilfe / 4431-0000 Geschäftsaufwendungen	16.08.2023	erfolgt	14.000	14.000	
259	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	314-901 Verwaltung der Eingliederungshilfe / 4241-0001 Heizung und Beleuchtung	16.08.2023	erfolgt	800	800	
260	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	341-001 Unterhaltsvorschuss / 4271-0001 Aufw. für Spezial-Iuk (Budget 50)	16.08.2023	erfolgt	10.000	10.000	
261	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	346-001 Wohngeld / 4222-0000 Erwerb geringwert. Vermögensgegenst.	16.08.2023	erfolgt	4.300	4.300	

262	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	363-002 Förderung der Erziehung in der Familie / 4431-0000 Geschäftsaufwendungen	16.08.2023	erfolgt	3.300	3.300	
263	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	363-003 Hilfen zur Erziehung / 4431-0000 Geschäftsaufwendungen	16.08.2023	erfolgt	25.400	25.400	
264	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	363-003 Hilfen zur Erziehung / 4241-0001 Heizung und Beleuchtung	16.08.2023	erfolgt	1.000	1.000	
265	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	363-004 Präventionsmaßnahme PIAF ® (Amt 406) / 4431-0000 Geschäftsaufwendungen	16.08.2023	erfolgt	2.000	2.000	
266	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	363-005 Eingliederungshilfe nach § 35 a SGB VIII / 4431-0000 Geschäftsaufwendungen	16.08.2023	erfolgt	13.400	13.400	
267	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	363-006 Verfahren nach dem Jugendgerichtsgesetz / 4431-0000 Geschäftsaufwendungen	16.08.2023	erfolgt	2.700	2.700	

268	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	363-007 Beistandschaft, Amtspflegschaft und -vormundschaft / 4271-0001 Aufw. für Spezial-Iuk (Budget 50)	16.08.2023	erfolgt	2.800	2.800	
269	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	363-007 Beistandschaft, Amtspflegschaft und -vormundschaft / 4241-0001 Heizung und Beleuchtung	16.08.2023	erfolgt	1.200	1.200	
270	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	367-001 Erziehungsberatung / 4431-0000 Geschäftsaufwendungen	16.08.2023	erfolgt	5.000	5.000	
271	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	412-001 Sozialpsychiatrischer Dienst / 4241-0001 Heizung und Beleuchtung	16.08.2023	erfolgt	300	300	
272	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	412-001 Sozialpsychiatrischer Dienst / 4431-0000 Geschäftsaufwendungen	16.08.2023	erfolgt	4.000	4.000	
273	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	414-002 Infektions- und Strahlenschutz / 4241-0001 Heizung und Beleuchtung	16.08.2023	erfolgt	200	200	

274	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	414-002 Infektions- und Strahlenschutz / 4222-0000 Erwerb geringwert. Vermögensgegenst.	16.08.2023	erfolgt	2.400	2.400	
275	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	414-002 Infektions- und Strahlenschutz / 4431-0000 Geschäftsaufwendungen	16.08.2023	erfolgt	7.000	7.000	
276	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	414-003 Kinder- und Jugendgesundheit / 4241-0001 Heizung und Beleuchtung	16.08.2023	erfolgt	500	500	
277	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	414-003 Kinder- und Jugendgesundheit / 4221-0000 Unterhaltung des beweglichen Vermögens	16.08.2023	erfolgt	200	200	
278	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	414-003 Kinder- und Jugendgesundheit / 4431-0000 Geschäftsaufwendungen	16.08.2023	erfolgt	4.000	4.000	
279	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	414-004 Ärztliche/zahnärztliche Untersuchungen und Beratungen / 4241-0001 Heizung und Beleuchtung	16.08.2023	erfolgt	300	300	

280	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	414-004 Ärztliche/zahnärztliche Untersuchungen und Beratungen / 4221-0000 Unterhaltung des beweglichen Vermögens	16.08.2023	erfolgt	1.000	1.000	
281	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	414-005 Weitere Maßnahmen der Gesundheitspflege / 4241-0001 Heizung und Beleuchtung	16.08.2023	erfolgt	100	100	
282	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	414-006 Präventionsmaßnahme PIAF® (Amt 409) / 4241-0001 Heizung und Beleuchtung	16.08.2023	erfolgt	100	100	
283	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	414-006 Präventionsmaßnahme PIAF® (Amt 409) / 4221-0000 Unterhaltung des beweglichen Vermögens	16.08.2023	erfolgt	200	200	
284	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	414-006 Präventionsmaßnahme PIAF® (Amt 409) / 4431-0000 Geschäftsaufwendungen	16.08.2023	erfolgt	3.000	3.000	
285	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	511-002 Raumplanung / 4261-0001 Fortbildung	16.08.2023	erfolgt	800	800	

286	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	511-002 Raumplanung / 4241-0001 Heizung und Beleuchtung	16.08.2023	erfolgt	100	100	
287	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	521-001 Bauliche Anlagen / 4431-0000 Geschäftsaufwendungen	16.08.2023	erfolgt	13.700	13.700	
288	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	521-001 Bauliche Anlagen / 4241-0001 Heizung und Beleuchtung	16.08.2023	erfolgt	400	400	
289	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	538-201 Abwasser / 4431-0000 Geschäftsaufwendungen	16.08.2023	erfolgt	1.500	1.500	
290	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	542-001 Kreisstraßen und Radwege / 4212-0000 Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens	16.08.2023	erfolgt	356.500	356.500	
291	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	554-001 Naturschutz und Landschaftspflege / 4431-0000 Geschäftsaufwendungen	16.08.2023	erfolgt	1.500	1.500	

292	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	561-001 Bodenschutz / 4222-0000 Erwerb geringwert. Vermögensgegenst.	16.08.2023	erfolgt	800	800	
293	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	561-002 Umweltschutz / 4222-0000 Erwerb geringwert. Vermögensgegenst.	16.08.2023	erfolgt	800	800	
294	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	561-002 Umweltschutz / 4317-0001 Umweltpreis	16.08.2023	erfolgt	1.500	1.500	
295	Beschluss Kreistag: Reduzierung der Aufwendungen	511-003 Regionale Entwicklung/Neuer Zusammenhalt / 4312-0010 Zuweisungen an Gemeinden u. Gemverb. (Budget 20)	07.12.2023	erfolgt	50.000	50.000	
					laut Beschluss		
296	Beschluss Kreistag: Sperre der übertragenen, noch verfügbaren und nicht mehr benötigten Haushaltsreste	Diverse	20.06.2024	nicht erfolgt	1.489.099	1.209.099	Veränderung aufgrund nachträglich benötigter Huashaltsreste
	Gesamt				33.320.299	27.656.699	

[1] Zusammenfassung der laut Haushaltssicherungskonzept durch die jeweilige Maßnahme bis zum Zeitpunkt der Berichterstattung zu erzielenden Teilbeträge.

[2] Nachweis der durch die jeweilige Maßnahme im Berichtszeitraum erreichten finanziellen Auswirkungen (Teilbetrag zu Tabelle A Spalte 3 Gesamt).

Beteiligungsbericht

gemäß § 151 NKomVG

Beteiligungen des Landkreises Hildesheim

an Unternehmen und Einrichtungen

Anlage zum Haushaltsplan 2026 gemäß § 1 Abs. 2 Satz 1 Nr. 10 NKomVG

Verbundene Aufgabenträger

Landkreis Hildesheim Holding GmbH
Regionalverkehr Hildesheim GmbH
Kreiswohnbau Hildesheim GmbH
Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH
Klimaschutzagentur Landkreis Hildesheim gGmbH
Volkshochschule Hildesheim gGmbH

Assoziierte Aufgabenträger

Zweckverband Abfallwirtschaft Hildesheim
Zweckverband Förderzentrum im Bockfeld
Krankenhaus Alfeld GmbH
Betriebsgesellschaft Jugendeinrichtungen gGmbH
Projekt Bau Hildesheim GmbH & CO. OHG
Theater für Niedersachsen GmbH
Überlandwerk Leinetal GmbH
Photovoltaik-Park Heinde/Lechstedt Verwaltungs- GmbH
Photovoltaik-Park Heinde/Lechstedt GmbH & Co. KG

Sonstige Aufgabenträger

Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Südniedersachsen/Hannover
DEULA Hildesheim GmbH
AVACON AG
Bauverein Sarstedt e.G.
Niedersächsische Landgesellschaft mbH
Hannoversche Informationstechnologien (HannIT) AöR
Windenergie Koppelberg Verwaltungs GmbH
Windenergie Koppelberg GmbH & Co. KG
Bürgerwindrad Evensen GmbH & Co. KG
GKHI Gesellschaft für kommunale Immobilien mit beschränkter Haftung (GKHI)
ITEBO Einkaufs- und Dienstleistungsgesellschaft eG
Sparkassenzweckverband

Ziele des Beteiligungsberichtes

Gemäß § 151 NKomVG hat der Landkreis Hildesheim einen Bericht über seine Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform des privaten Rechts und seine Beteiligungen daran zu erstellen und jährlich fortzuschreiben.

Dieser Bericht ist gemäß § 1 II Satz 1 Nr. 10 NKomVG als Anlage dem Haushaltsplan beizufügen.

Er beinhaltet nach § 151 NKomVG folgende Angaben als Mindestbestandteile:

- Gegenstand des Unternehmens und Erfüllung des öffentlichen Zwecks
- Beteiligungsverhältnisse (einschließlich Unterbeteiligungen)
- Zusammensetzung der Organe der Gesellschaft
- Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Lage des Unternehmens
- Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises

Darüber hinaus ist gem. § 128 NKomVG ein Konsolidierungsbericht des Landkreises Hildesheim zu erstellen, in dem Angaben zu den nicht konsolidierten Beteiligungen enthalten sein müssen. Der Konsolidierungsbericht des Landkreises Hildesheim ersetzt bisher nicht den Beteiligungsbericht nach § 151 NKomVG. Angestrebt wird verwaltungsseitig allerdings, die Beteiligungsübersicht künftig im Rahmen des Konsolidierungsberichtes darzustellen und so den jährlichen Beteiligungsbericht zu ersetzen. Hierzu ist erforderlich, dass die Darstellung die Anforderungen an den Beteiligungsbericht nach § 151 NKomVG erfüllt.

Insoweit baut sich auch der diesjährige Beteiligungsbericht als Anlage zum Haushalt dergestalt auf, dass er sowohl die Anforderungen des Beteiligungsberichtes als auch der erforderlichen Beteiligungsübersicht im Rahmen des Konsolidierungsberichtes erfüllt.

Die folgenden Angaben zu den Aufgabenträgern werden mit den aktuellsten Daten der jeweiligen Beteiligungen dargestellt, die zum Zeitpunkt der Erstellung dieser Übersicht vorliegen.

In dem Konsolidierungskreis des Landkreises Hildesheim werden die kommunalen Aufgabenträger abgebildet. Hinsichtlich der Art und des Umfanges der Einbeziehung der kommunalen Aufgabenträger in den Gesamtabschluss und die damit verbundenen Konsolidierungsarbeiten, ist entscheidend, ob ein beherrschender oder maßgeblicher Einfluss des Landkreises vorliegt. Hierbei wird unterschieden in:

- Verbundene Aufgabenträger
- Assoziierte Aufgabenträger
- Sonstige Aufgabenträger

Der Kreis der **verbundenen Aufgabenträger** ist dadurch gekennzeichnet, dass der Landkreis einen beherrschenden Einfluss (§ 128 NKomVG, entsprechend § 290 HGB) auf ihn ausübt.
Ein beherrschender Einfluss auf einen Aufgabenträger ist anzunehmen, wenn mindestens eines der drei folgenden Kriterien erfüllt ist:

- Der Landkreis ist allein stimmberechtigt oder besitzt die Mehrheit der Stimmen in den Organen des Aufgabenträgers,
- dem Landkreis steht als Anteilseigner das Recht zu, die Mehrheit der Mitglieder des Verwaltungs-, Leitungs- oder Aufsichtsorgans zu bestellen oder abzuberufen,
- dieser Einfluss steht vertraglich dem Landkreis zu
  - auf Grund eines mit einem Leistungsbereich geschlossenen Beherrschungsvertrages oder
  - auf Grund eines Gewinnabführungsvertrages oder
  - auf Grund einer Satzungsbestimmung eines Leistungsbereichs.

In der Regel korrespondieren diese Kriterien mit einer Kapitalbeteiligung von über 50 %. Die Höhe der Kapitalbeteiligung stellt aber „nur“ eine Vermutungsregel dar, so dass ausnahmsweise eine andere Bewertung des Einflusses der Kommune auf ihren Aufgabenträger in Betracht kommen kann.

Es ist ausreichend, wenn der beherrschende Einfluss grundsätzlich möglich ist, tatsächlich ausgeübt werden muss er nicht.

Ein **assoziierter Aufgabenträger** ist ein Aufgabenträger auf den der Landkreis einen maßgeblichen Einfluss ausübt. Der maßgebliche Einfluss muss nicht nur möglich sein, sondern tatsächlich ausgeübt werden.

Ein maßgeblicher Einfluss wird vermutet, wenn der Landkreis bei einem Aufgabenträger zwischen 20 % und 50 % der Stimmrechte innehat.

In der Regel korrespondieren die Kriterien für den maßgeblichen Einfluss mit der jeweiligen Kapitalbeteiligung.

Folgende Indikatoren als Indizien für das Vorliegen eines maßgeblichen Einflusses beispielsweise genannt werden:

- Zugehörigkeit eines Vertreters des Landkreises in einem Verwaltungsorgan oder gleichartigem Leitungsgremium des Aufgabenträgers
- Mitwirkung an der Geschäftspolitik des Aufgabenträgers
- Austausch von Führungspersonal zwischen Kommune und dem verselbstständigten Aufgabenträger
- wesentliche Geschäftsbeziehungen zwischen dem Landkreis und dem Aufgabenträger
- Bereitstellung von wesentlichem technischen Know-how
- Beeinflussung der Entscheidung der Gewinnverwendung

Auch hier handelt es sich um eine Vermutungsregel, so dass ausnahmsweise eine andere Bewertung des Einflusses des Landkreises auf seine Aufgabenträger in Betracht kommen kann.

Aufgabenträger des Landkreises**,** bei denen kein beherrschender oder maßgeblicher Einfluss vorliegt, werden als **sonstige Aufgabenträger** ausgewiesen.

Verbundene Aufgabenträger:

Landkreis Hildesheim Holding GmbH

Gegenstand des Unternehmens und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Gegenstand der Gesellschaft ist der Erwerb und die Verwaltung von sowohl gemeinnützigen als auch nicht gemeinnützigen Unternehmensbeteiligungen sowie der Erwerb, der Betrieb und die Verwaltung von Liegenschaften und Einrichtungen.

Ferner ist die Gesellschaft zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben und pachten, ferner Interessengemeinschaften eingehen.

Die Gesellschaft hat bei ihren Maßnahmen die Bestimmungen des 3. Abschnitts des 8. Teils des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) einzuhalten.

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft umfasst im Wesentlichen die Finanzierung des Geschäftsbetriebes der Volkshochschule (VHS) Hildesheim gGmbH durch Erträge aus Dividendenzahlungen der Überlandwerk Leinetal GmbH, Gronau, der Avacon AG, sowie der Beteiligungen an den Projekten "Photovoltaik-Park Heinde/Lechstedt" und "Windenergie Koppelberg" (jeweils Verwaltungs GmbH sowie GmbH & Co. KG).

Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25.500 €.
Auf das Stammkapital hat der Landkreis Hildesheim eine Stammeinlage von 25.500 € übernommen.

Anteilsbesitz

An folgenden Unternehmen ist die Landkreis Hildesheim Holding GmbH beteiligt:

- Volkshochschule Hildesheim gGmbH (50 % des Stammkapitals 25.000 €)
- Avacon AG (0,77 % = 1.108.145 nennwertlose Stückaktien)
- Überlandwerk Leinetal GmbH (26 % / Stammkapitalanteil 665.600 €)
- Photovoltaik-Park Heinde/Lechstedt GmbH & Co. KG (15,56 % / Stammkapitalanteil 200.000 €)
- Photovoltaik-Park Heinde/Lechstedt Verwaltungs- GmbH (25 % / Stammkapitalanteil 6.250 €)
- Windenergie Koppelberg Verwaltungs- GmbH (16,67 % / Stammkapitalanteil 4.175 €)
- Windenergie Koppelberg GmbH & Co. KG (16,67 % Kommanditanteil 1250.000 €)
- Stiller Gesellschafter am Bürgerwindrad Evensen GmbH & Co. KG (Einlage 75.000 €)

Zusammensetzung der Organe

Aufsichtsrat

Nach § 7 des Gesellschaftsvertrages besteht der Aufsichtsrat aus 6 Mitgliedern

- Dem Landrat des Landkreises Hildesheim, Herrn Bernd Lynack, als Aufsichtsratsvorsitzender sowie der von Ihm benannten Kreisverwaltungsrätin Christina Grella als Bedienstete des Landkreises Hildesheim

- Vier Personen, die über für diese Aufgabe erforderliche betriebswirtschaftliche, organisatorische und rechtliche Erfahrung und Sachkunde verfügen und geeignet sind, das Unternehmen zu fördern und bei der Erfüllung seiner Aufgaben zu unterstützen.

Die Mitglieder des Aufsichtsrates werden vom Kreistag des Landkreises Hildesheim widerruflich gewählt und von der Gesellschafterversammlung bestellt.
Für den Landkreis Hildesheim hat der Kreistag folgende Mitglieder benannt:

KTA Frau Christel Brede	Gruppe
KTA Hauk, Martin	Gruppe
KTA Herr Dr. Holger Schütte	Gruppe
KTA Herr Justus Lüder	CDU

Gesellschafterversammlung

Die Aufgaben der Gesellschafterversammlung sind in § 12 des Gesellschaftsvertrages festgelegt.
Der Landkreis Hildesheim wird lt. Beschluss des Kreistages in der Gesellschafterversamlung der Landkreis Hildesheim Holding GmbH durch Herrn Landrat Bernd Lynack vertreten. Stellvertreterin ist Frau Erste Kreisrätin Evelin Wißmann

Geschäftsführer

Die Gesellschaft wird gemäß § 6 des Gesellschaftsvertrages durch einen Geschäftsführer vertreten. Mit Beschluss des Aufsichtsrates vom 10.07.2019 wurde Frau Kreisamtsrätin Kerstin Zingler zur Geschäftsführerin der Landkreis Hildesheim Holding GmbH bestellt. Seit dem 01.12.2017 sind die Aufgaben des Geschäftsführers Stelleninhalt des Beteiligungsmanagementes des Landkreises Hildesheim.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft umfasst im Wesentlichen die Finanzierung des Geschäftsbetriebes der Volkshochschule (VHS) Hildesheim gGmbH durch Erträge aus Dividendenzahlungen der Überlandwerk Leinetal GmbH, Gronau, der Avacon AG, sowie der Beteiligungen an den Projekten "Photovoltaik-Park Heinde/Lechstedt" und "Windenergie Koppelberg" (jeweils Verwaltungs GmbH sowie GmbH & Co. KG). Das Ergebnis vor Steuern beläuft sich auf 279.743,00 €. Der Jahresfehlbetrag beläuft sich auf 47.493,05 € (Vorjahr: Fehlbetrag: 152.986,35 €). Das Ergebnis der Gesellschaft ist ertragseitig insbesondere durch die Höhe der Dividenden aus der Avacon AG und der Überlandwerke Leinetal GmbH beeinflusst. Aufwandsseitig sind im Wesentlichen Aufwendungen aus der Budgetvereinbarung mit der VHS Hildesheim gGmbH in Höhe von 1.173.070,54 € (Vorjahr 1.171.791,35 €) angefallen. Die Gesellschaft konnte sich selbst finanzieren. Der Bestand an liquiden Mitteln verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um 291.357,51 € (Vorjahr: Verringerung um 236.781,57 €). Die Eigenkapitalquote beträgt 89,62 % (Vorjahr: 91,91 %). Die Erträge aus den Beteiligungen an der Avacon AG und der Überlandwerk Leinetal GmbH haben sich Jahr 2023 insgesamt im Vergleich zum Vorjahr erhöht. Dies erklärt sich insbesondere dadurch, dass seitens der Überlandwerk Leinetal GmbH eine Dividendenzahlung in Höhe von 390.000,00 € gegenüber 312.000,00 € im Berichtsjahr 2022 erfolgte, während sich die Dividendenzahlung der Avacon AG wie im Vorjahr auch im Berichtsjahr 2023 auf 1.008.411,95 Euro belief. Nach wie vor kann unter Berücksichtigung möglicher Folgen der schwierigen globalen Lage, insbesondere des Krieges in der Ukraine nicht davon ausgegangen werden, dass dieses immer noch hohe Niveau, insbesondere, was die Dividende der Überlandwerk Leinetal GmbH betrifft, gehalten werden kann, auch wenn die Dividendenzahlung der Überlandwerk Leinetal GmbH im Jahr 2024 für das Geschäftsjahr 2023 ebenfalls 390.000,00 Euro betrug. Auch im Berichtsjahr 2023 führten vornehmlich die Auswirkungen der staatlichen Energiepolitik zu einer generell höheren durchschnittlichen Rendite in diesem Sektor.

Es wird nicht davon ausgegangen, dass sich diese Effekte auf diesem Niveau dauerhaft halten könnten, insbesondere hinsichtlich der Überlandwerk Leinetal GmbH. Der wesentliche Ertrag der Landkreis Hildesheim Holding gGmbH wird durch Dividendenzahlungen der Überlandwerk Leinetal GmbH und der Avacon AG generiert, beides sind Energieversorger. Daher ist auf-grund der angespannten globalen Lage wegen des Krieges in der Ukraine und der Energie-Krise in erhöhtem Maße mit negativen Auswirkungen hinsichtlich der Dividendenzahlungen zu rechnen. Seitens der Windenergie Koppelberg GmbH & Co. KG erfolgte im Berichtsjahr eine Ausschüttung in Höhe von 6.342,80 Euro. Seitens der HG Energie Consult GmbH erfolgte eine Zahlung in Höhe von 45.000,00 Euro. Die Ausschüttung der Photovoltaik-Park Heinde Lechstedt GmbH & Co. KG betrug 20.000,00 €. Auch hier sind die hohen bzw. schwankenden Dividendenzahlungen auf die Auswirkungen der Energiepolitik zurückzuführen. Der wesentliche Ertrag der Landkreis Hildesheim Holding gGmbH wird somit durch Dividendenzahlungen der Energieversorgungsunternehmen Überlandwerk Leinetal GmbH und der Avacon AG generiert. Aufgrund der weiterhin teilweise angespannten globalen Lage wegen des immer noch andauernden Krieges in der Ukraine ist auch nach wie vor für die Zukunft mit möglichen negativen Auswirkungen hinsichtlich der Dividendenzahlungen zu rechnen. Auch nach wie vor ist zu bedenken, dass die staatlichen Regelungen, die für die momentan recht stabilen Dividendenzahlungen der Energieversorger gesorgt haben bzw. sorgen, auch in die andere Richtung wirken können. Abzuwarten bleibt auch, wie sich der stetig ansteigende Einsatz von erneuerbaren Energien, auch im privaten Sektor, auf die Energieversorgungsunternehmen auswirken wird. Es lassen sich daher nach wie vor keine exakten wirtschaftlichen Prognosen, gerade hinsichtlich der Entwicklung im Bereich der Energieversorgungsunternehmen, treffen. Ab dem Berichtsjahr 2018 wurde auf damals aktuelle Entwicklungen hinsichtlich rückläufiger Dividenden-zahlungen mit der Aushandlung einer Budgetvereinbarung mit der Volkshochschule Hildesheim gGmbH reagiert. Um die Landkreis Hildesheim Holding GmbH substanzerhaltend weiterzuführen, wurde die Be-messung des Budgets an die VHS gGmbH insoweit an die Gegebenheiten, namentlich die begrenzten und zum Teil schwankenden Einnahmen der Holding folgerichtig angepasst. Es erfolgte eine Begrenzung der Zuschusszahlungen der Holding an die Volkshochschule Hildesheim gGmbH auf 725.000,00 Euro, durch politische Beschlüsse zwischenzeitlich erheblich aufgeweicht. Im Zuge der Übernahmeverhandlungen und des eventuellen Erwerbs des Anteils des Hildesheimer Volkshochschule e.V. sowie als Auswirkung der kurzfristig abgewandten finanziellen Schieflage der VHS Hildesheim gGmbH in Folge der Corona-Pandemie, hatte der Kreistag des Landkreises Hildesheim beschlossen, eine neue Zuwendungsvereinbarung mit der VHS Hildesheim gGmbH abzuschließen. Aufgrund dieses Kreistagsbeschlusses sowie entsprechender Beschlüsse des Aufsichtsrates der Holding und des Landkreis Hildesheim als Gesellschafter der Landkreis Hildesheim Holding GmbH, wurde am 29.07.2021 diese neue Zuwendungsvereinbarung mit der Volkshochschule Hildesheim gGmbH rückwirkend zum 01.01.2021 abgeschlossen. Diese Vereinbarung galt auch im Berichtsjahr 2023. Kerninhalt dieser Vereinbarung ist, dass die Volkshochschule ihren Zuschussbedarf durch die Landkreis Hildesheim Holding GmbH im Wirtschaftsplan darlegt. Vorbehaltlich eines entsprechenden Beschlusses durch den Aufsichtsrat der VHS Hildesheim gGmbH hat dann die Landkreis Hildesheim Holding GmbH den dort dargestellten Betrag an die VHS Hildesheim gGmbH zu erstatten. Durch die Zuwendungsvereinbarung hat sich der Zuschuss, den die Landkreis Hildesheim Holding GmbH an die VHS Hildesheim gGmbH entrichtet, bereits im Jahr 2021 um 150.000,00 Euro erhöht. Dies ist der Betrag, den die VHS Hildesheim gGmbH als Zuschussbedarf für den zweiten Bildungsweg benötigt. Im Jahr 2022 sind zwei weitere Beträge in Höhe von 100.000,00 Euro für erweiterte Sprachkurse sowie 200.000,00 Euro für das Bildungsbüro der Volkshochschule dazugekommen. Insgesamt zahlt die Landkreis Hildesheim Holding GmbH derzeit jährlich einen Zuschuss von 1.175.000,00 Euro an die Volkshochschule Hildesheim gGmbH. Nach jetzigem Sachstand sind weitere Zuschusszahlungen, wie z.B. anfallende Miete für die Außenstelle in Sarstedt in Höhe von 42.372,00 Euro avisiert. Die Gesamtausgaben der Landkreis Hildesheim Holding GmbH überschreiten bereits ohne die im Raum stehende Übernahme der Miete für die Außenstelle in Sarstedt einschließlich der Steuerzahlungen die Einnahmen. Die Reduzierung des Jahresfehlbetrages ist im Wesentlichen auf die erhöhten Einnahmen aufgrund der Zahlungen der Beteiligungen an die Holding zurückzuführen. Der Aufsichtsrat der Landkreis Hildesheim Holding GmbH hatte das

trotzdem weiterhin bestehende Missverhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben auch bereits innerhalb der letzten beiden Berichtsjahre erkannt und beabsichtigte über die politischen Gremien des Landkreises Hildesheim Maßnahmen einzuleiten, um wieder ein entsprechendes Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Zuschusszahlungen an die VHS Hildesheim gGmbH zu schaffen. Angestrebt wird auch weiterhin eine Umstrukturierung dahingehend, dass der Zuschuss, den die Landkreis Hildesheim Holding GmbH an die Volkshochschule Hildesheim gGmbH zahlt, so bemessen wird, dass die Zuschusszahlungen der Holding an die Volks-Hochschule Hildesheim gGmbH in Relation zu ihren Einnahmen stehen. Es sollte erreicht werden, dass eventuelle Defizite durch Einsparungen oder Übernahme der Zahlungen von evtl. neuen Mitgesellschaftern im Falle des Verkaufs des Anteils des Volkshochschule Hildesheim e.V., wie z.B. dem Landkreis Hildesheim, übernommen werden sollten. Seitens der politischen Gremien wurden dazu bereits Bestrebungen unternommen. Jedoch konnten diese aufgrund der sich bereits über einen Zeitraum von mehr als drei Jahren andauernden Verkaufsverhandlungen über den Erwerb des Anteils des Hildesheimer Volkshochschule e.V. an der Volkshochschule Hildesheim gGmbH nicht durchgesetzt werden. Die Verhandlungen über den Verkauf des Gesellschafteranteils des Hildesheimer Volkshochschule e.V. an der Volkshochschule Hildesheim gGmbH erstrecken sich über die Berichtsjahre 2020 bis 2023 und das bisher vergangene Jahr 2024. Die politischen Gremien des Landkreises Hildesheim strebten ursprünglich - vornehmlich aus steuer-rechtlichen Gründen - die Übernahme des gesamten bisher durch den Volkshochschule Hildesheim e.V. gehaltenen Anteils an der Volkshochschule durch die Landkreis Hildesheim Holding GmbH an. Diese Lösung kam nicht zum Tragen. Die Variante der Übernahme von einigen Prozentpunkten des Anteils des Hildesheimer Volkshochschule e.V. wurde ebenfalls verworfen, da nach aktuellen Erkenntnissen möglicherweise damit zu rechnen war, dass in einem solchen Fall die steuerrechtlichen Probleme der Holding hinsichtlich der verdeckten Gewinnausschüttungen nicht hätten beseitigt werden können. Der Kreistag des Landkreises Hildesheim und der Rat der Stadt Hildesheim haben schließlich durch entsprechende gleichlautende Beschlüsse im vierten Quartal 2022 die jeweiligen Verwaltungen beauftragt, den 50%-igen Anteil der Volkshochschule Hildesheim e.V. an der Volkshochschule Hildesheim gGmbH in Höhe von 24% vom Landkreis Hildesheim und zu 26% von der Stadt Hildesheim zu erwerben. Zunächst erschien es realistisch, dass es zu einer Umsetzung dieser Beschlüsse kommt. Es wurde eine Übereinstimmung zwischen den Vertretern des Hildesheimer Volkshochschule e.V., der Stadt Hildesheim und dem Landkreis Hildesheim über den Inhalt der Verträge erzielt. Anschließend wurde das Vertragswerk dem Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport zur Anzeige bzw. Genehmigung nach § 152 NkomVG vorgelegt. Seitens des Ministeriums wurden Bedenken hinsichtlich der Gesetzeskonformität der vertraglichen Vereinbarungen geltend gemacht. Dies galt insbesondere für die nach Ansicht des Ministeriums in den Verträgen enthaltene Verpflichtung für den Landkreis Hildesheim zur Übernahme von Verlusten in unbestimmter oder unangemessener Höhe im Sinne von § 137 Abs. 1 Nr.4 NKomVG sowie das nicht gesicherte Letztentscheidungsrecht im Sinne von § 137 Abs. 1 Nr. 7 NKomVG. Um die Bedenken des niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport auszuräumen, hätten entsprechende Änderungen im Vertragswerk vorgenommen werden müssen. Hierüber war zwischen Stadt und Landkreis Hildesheim keine Einigung zu erzielen. Daraus resultierend erging im Frühsommer 2024 die Entscheidung der Parteien, dass die Stadt Hildesheim keinen Anteil mehr an dem Gesellschafteranteil des Hildesheimer Volkshochschule e. V. an der Volkshochschule Hildesheim gGmbH erwerben wird. Stattdessen ist nunmehr geplant, dass der Landkreis Hildesheim den vollständigen Anteil des Vereins an der Volkshochschule in Höhe von 50 % erwirbt. Sofern dieses realisiert wird, sind dann die Landkreis Hildesheim Holding GmbH und der Landkreis Hildesheim jeweils zu 50 % Gesellschafter der Volkshochschule Hildesheim gGmbH.Es liegen auch hier Entwürfe vor: Kauf- und Abtretungsvertrag, Gesellschaftsvertrag und Konsortialvertrag. Die Vertragsparteien haben sich bereits über den Abschluss dieser Verträge insgesamt geeinigt. Derzeit erfolgt die Ausarbeitung dieser Verträge im Detail. Die Bedenken des Ministeriums, insbesondere hinsichtlich der unbegrenzten Zuschussverpflichtung und das Letztentscheidungsrechts wurden in den Verträgen berücksichtigt. Die angestrebten Konsortialvereinbarung legt fest, dass mit deren Vollzug die aktuell geltende Zuwendungsvereinbarung zwischen der Landkreis Hildesheim Holding GmbH und der Volkshochschule Hildesheim gGmbH ihre Gültigkeit verliert. Zudem soll die Regelung getroffen

werden, dass der Volkshochschule Hildesheim gGmbH ein jährlicher Betriebskostenzuschuss in Höhe von insgesamt maximal 1.475.000 Euro sowie ein jährlicher Betrag in Höhe von 42.372,00 Euro für den anfallenden Mietzins für die Nutzung der Räume der Außenstelle in Sarstedt erstattet werden. Die Gesellschaft wird laut der Vereinbarung verpflichtet sein, ihre Tätigkeit dahingehend auszurichten, dass die Betriebskostenzuschüsse auskömmlich sind. Ferner ist festgelegt, dass, sofern darüber hinaus künftig zur Finanzierung der Gesellschaft ein höherer Finanzbedarf erforderlich sein sollte, der nur durch eine weitere Erhöhung der Betriebskostenzuschüsse der Gesellschafter gedeckt werden kann, sich die Gesellschafter hierzu, vorbehaltlich aller erforderlichen Gremienbeschlüsse der Gesellschafter Landkreis Hildesheim und Landkreis Hildesheim Holding GmbH, abstimmen werden. Sofern die Hildesheimer Volkshochschule e.V. nicht mehr Gesellschafter der Volkshochschule gGmbH ist, sehen die vertraglichen Entwürfe außerdem vor, dass die Zuschusszahlungen der Hildesheimer Volkshochschule e.V. wegefallen. Laut den Regelungen in der Konsortialvereinbarung soll es den Gesellschaftern Landkreis Hildesheim und Landkreis Hildesheim Holding GmbH, freistehen, sich intern und gemeinschaftlich über die Zahlung des Zuschusses zu einigen. Im Hinblick auf den Erwerb des Gesellschaftsanteils der Hildesheimer Volkshochschule e.V. an der Volkshochschule Hildesheim gGmbH durch den Landkreis Hildesheim ist im Haushaltsplan des Landkreises Hildesheim für das Jahr 2025 ein Zuschuss an die Volkshochschule Hildesheim gGmbH in Höhe von 300.000 Euro eingeplant, so dass zumindest davon auszugehen ist, dass der wegfallende Anteil des Hildesheimer Volkshochschule e.V. durch den Landkreis Hildesheim kompensiert wird. Es wird weiterhin seitens der Geschäftsführung der Landkreis Hildesheim Holding GmbH davon ausgegangen, dass im Falle des Erwerbs des vollständigen Gesellschafteranteils des Vereins durch den Landkreis Hildesheim die politischen Gremien dafür Sorge tragen werden, dass der Zuschuss der Landkreis Holding GmbH an die Volkshochschule Hildesheim gGmbH so reguliert wird, dass die Landkreis Hildesheim Holding GmbH substanzerhaltend geführt werden kann und ihr keine wirtschaftliche Schieflage droht. Die Volkshochschule Hildesheim gGmbH selbst war von den Auswirkungen der Corona-Pandemie erheblich betroffen und geriet zwischenzeitlich in finanzielle Schieflage. Die Volkshochschule musste auch noch im Berichtsjahr 2021 zeitweise Corona bedingt schließen und hatte erhebliche Einnahmeausfälle zu bewältigen. Die zwischenzeitlich im Berichtsjahr 2020 drohende Insolvenz konnte insbesondere durch Beitreibung ausstehender Forderungen und durch verstärkte Online-Angebote abgewendet werden. Letztere Maßnahmen, der Wegfall der Beschränkungen der Corona-Pandemie sowie staatliche Förderprogramme haben auch im Berichtsjahr 2023 wesentlich zur Verbesserung der Einnahmesituation der Volkshochschule beigetragen. Insgesamt ist für das Berichtsjahr 2023 festzustellen, dass die Volkshochschule Hildesheim gGmbH weiterhin auf einem guten Weg ist, sich von den Folgen der Corona Pandemie zu erholen. Im Bereich Personal haben sich keine Änderungen ergeben. Es ist nach wie vor geplant, einen Prokuristen zu verpflichten, entsprechende Maßnahmen wurden eingeleitet, konnten aber auch im Berichtsjahr 2023 und auch im bisher vergangenen Berichtsjahr 2024 aufgrund von zuvor erforderlichen verwaltungsinternen Umstrukturierungen beim Landkreis Hildesheim auch nach wie vor nicht umgesetzt werden. Es ist aber davon auszugehen, dass eine Bestellung des Prokuristen im vierten Quartal 2024 tatsächlich erfolgen wird. Wesentliche Investitionen wurden im Berichtsjahr nicht vorgenommen. Die Beteiligung "Windenergie Koppelberg GmbH & Co. KG" hat mit der Errichtung einer dritten Windkraftanlage begonnen. Es ist vorgesehen, dass diese spätestens im dritten Quartal 2025 in Betrieb genommen wird. Derzeit ist davon auszugehen, dass es zu keiner Kapitalnachschusspflicht für die Gesellschafter kommen wird. Die Finanzierung der Geschäftstätigkeit wird voraussichtlich, zumindest kurz- bis mittelfristig, auch weiterhin ohne die Aufnahme von Fremdkapital möglich sein. Zwar ist zumindest auch weiterhin zum jetzigen Zeitpunkt noch aufgrund der aktuell geltenden Zuwendungsvereinbarung mit der Volkshochschule Hildesheim gGmbH von einer mittleren negativen Entwicklung auszugehen, aufgrund des aktuellen Sachstandes hinsichtlich des Erwerbs eines Anteils an der Volkshochschule Hildesheim gGmbH durch den Landkreis Hildesheim kann jedoch damit gerechnet werden, dass eine Regelung zwischen Landkreis Hildesheim und Landkreis Hildesheim Holding GmbH gefunden wird, um die Zuschusszahlungen der Landkreis Hildesheim Holding GmbH an die Volkshochschule Hildesheim gGmbH wieder zu reduzieren, damit sie in einem ausgewogenen Verhältnis zu ihren Einnahmen stehen. Nachdem in den vergangenen Jahren hinsichtlich eines

möglichen Erwerbes des Anteils des Hildesheimer Volkshochschule e.V. an der Volksschule Hildesheim gGmbH mehrere Alternativen in Betracht gezogen wurden aber nicht realisiert werden konnten, bleibt nunmehr als letzte Möglichkeit die des vollständigen Erwerbs des Gesellschafteranteils des Vereins durch den Landkreis Hildesheim übrig. Es ist daher davon auszugehen, dass nunmehr diese Variante tatsächlich und endgültig - voraussichtlich noch im Jahr 2024 - zum Tragen kommen und damit dann anschließend mittelfristig eine finanzielle Stabilität für die Landkreis Hildesheim Holding GmbH eintreten wird.

Chancen und Risiken

Auch im aktuellen Berichtsjahr konnte das Problem, dass die Finanzverwaltung die Zuschusszahlungen an die Volkshochschule (VHS) Hildesheim gGmbH seit Bestehen der Landkreis Hildesheim Holding GmbH als verdeckte Gewinnausschüttung einstuft und daraus wesentliche Steuerzahlungen gegen die Landkreis Hildesheim Holding GmbH geltend macht, nicht abschließend geklärt werden. Hier ist die wichtigste Voraussetzung für eine mögliche Lösung, dass der geplante Verkauf des Anteils des Volkshochschule Hildesheim e.V. an eine juristische Person des öffentlichen Rechts erfolgt, namentlich die bereits genannte und aktuell geplante Anteilsübertragung auf den Landkreis Hildesheim. Zur Klärung wurden beim Finanzamt bereits mehrere Anträge auf Erteilung einer verbindlichen Auskunft gestellt. Hinsichtlich der aktuellen Konstellation des Erwerbs des Gesellschafteranteils durch den Landkreis Hildesheim findet derzeit eine Klärung mit dem zuständigen Finanzamt statt, ob und inwieweit das Finanzamt die Zuschusszahlungen der Landkreis Hildesheim Holding GmbH an die Volkshochschule Hildesheim gGmbH als verdeckte Gewinnausschüttungen wertet und daraus die steuerlichen Konsequenzen zieht, d.h. inwieweit seitens des Finanzamtes auf diese Zahlungen noch Steuern erhoben werden. Im Weiteren ist ferner noch die erforderliche kommunalaufsichtliche Genehmigung des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport erforderlich, die aber erst beantragt werden kann, wenn die Gremien von Stadt und Landkreis Hildesheim über die vorliegenden Verträge abschließend entschieden haben. Eine Entscheidung über die Einsprüche, die gegen sämtliche bisherige Steuerfestsetzungen seit 2005 eingelegt worden sind, ist nach wie vor durch die Finanzverwaltung nicht erfolgt. Im August 2020 hat das Finanzamt alle noch ausstehenden Steuerbescheide für die Jahre 2015 bis 2018 erlassen, sämtliche durch das Finanzamt festgesetzten Steuerzahlungen für die Jahre bis einschließlich 2018 wurden beglichen. Die sich aus der Auffassung der Finanzverwaltung ergebenden steuerlichen Risiken sind bei der Aufstellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2023 vollständig berücksichtigt worden. Wesentlich beeinflussen wird die finanzielle Lage der Landkreis Hildesheim Holding GmbH, wie bereits beschrieben, der weitere Umgang mit der im Jahr 2021 neu abgeschlossenen Zuwendungsvereinbarung mit der Volkshochschule Hildesheim gGmbH bzw. deren im Raum stehender Wegfall im Falle des Erwerbs des Gesellschafteranteils an der Volkshochschule Hildesheim gGmbH durch den Landkreis Hildesheim. Auch die dann in diesem Fall notwendige Regelung der Zahlungsverpflichtungen der Holding gegenüber der Volkshochschule gGmbH hat entscheidenden Einfluss auf die finanzielle Stabilität der Landkreis Hildesheim Holding GmbH. Sollten seitens der politischen Gremien des Landkreises nach rechtskräftigem Erwerb des Anteils an der Volkshochschule Hildesheim gGmbH Hildesheim, wie beabsichtigt, entsprechende Maßnahmen veranlasst werden, um die Zuschusszahlungen der Holding an die Volkshochschule zu reduzieren, z.B. durch die Übernahme eines Teils der Zuschussverpflichtung an die Volkshochschule gGmbH, kann dies positive Auswirkungen auf die Liquidität und Substanz der Landkreis Hildesheim Holding GmbH haben. Sofern dieser Fall nicht eintritt, wären die Auswirkungen negativ. Ein Anfang ist bereits erkennbar durch die Bereitstellung der Mittel in Höhe von 300.000 Euro als Zuschusszahlung an die Volksschule Hildesheim gGmbH durch den Landkreis Hildesheim als Ersatz für den wegfallenden Anteil des Hildesheimer Volkshochschule e.V. in gleicher Höhe. Weiterhin ist auch zu berücksichtigen, dass die Höhe der Zuschusszahlungen Folgen für die Steuerlast der Holding hat, solang das Finanzamt diese Zahlungen als verdeckte Gewinnausschüttungen einstuft. Durch die Erhöhung der Zuschusszahlungen der Holding an die Volkshochschule hat sich dementsprechend auch die Steuerlast erhöht. Sofern die Realisation des Anteilserwerbs an der Hildesheimer Volkshochschule

gGmbH durch den Landkreis Hildesheim tatsächlich erfolgt, sehen die derzeitigen Vertragsentwürfe vor, dass dann ebenfalls keine Zahlungen des Hildesheimer Volkshochschule e.V. mehr an die Volkshochschule Hildesheim gGmbH erfolgen. Bisher zahlte der Verein jährlich einen Betrag in Höhe von 300.000,00 € an die Volkshochschule gGmbH. Dieser wird nunmehr, wie bereits ausgeführt, voraussichtlich und vorbehaltlich des noch ausstehenden Beschlusses des Kreistages, durch den Landkreis Hildesheim kompensiert werden. An einer Beschlussfassung bestehen keine Zweifel. Dieser Aspekt würde sich positiv auf die finanzielle Situation der Landkreis Hildesheim Holding GmbH auswirken. Abzuwarten bleibt auch, ob und inwieweit das Finanzamt durch die Änderung der Gesellschafterstruktur die Zuschusszahlungen der Landkreis Hildesheim Holding GmbH an die Volkshochschule Hildesheim gGmbH als verdeckte Gewinnausschüttungen wertet und daraus die steuerlichen Konsequenzen zieht, d.h. inwieweit seitens des Finanzamtes auf diese Zahlungen noch Steuern erhoben werden und in welcher Höhe dadurch Einsparungen für die Landkreis Hildesheim Holding GmbH erzielt werden können. Bestenfalls wäre das in vollem Umfang der Fall. Jedoch muss auch damit gerechnet werden, dass das Finanzamt nur teilweise nicht mehr die steuerlichen Folgen einer verdeckten Gewinnausschüttung zieht oder gar bei seiner Auffassung bleibt und insoweit keine oder nur verringerte Steuererleichterungen für die Holding eintreten. Sofern das der Fall sein sollte, wäre auch ein solches Ergebnis bei der Kalkulation der Einnahmen und Ausgaben der Landkreis Hildesheim Holding GmbH zu beachten. Darüber hinaus bleibt abzuwarten, welche Maßnahmen seitens der politischen Gremien über die Übernahme der wegfallenden Zuschusszahlungen des Hildesheimer Volkshochschule e.V. in Höhe von 300.000 € hinaus unternommen werden, um die dauerhafte finanzielle Stabilität der Landkreis Hildesheim Holding GmbH zu gewährleisten. Nach Erwerb des Anteils des Hildesheimer Volkshochschule e.V. hätte der Landkreis Hildesheim alle Möglichkeiten, die notwendigen Maßnahmen in die Wege zu leiten. Es wird davon ausgegangen, dass dieses auch realisiert wird, da seitens der Politik die Lage der Landkreis Hildesheim Holding GmbH erkannt wurde. Unabhängig davon ist zu beachten, dass die Wirkung eines evtl. Wegfalls der streitbefangenen Steuer-zahlungen der Holding erst ab dem Zeitpunkt der Änderung der Beteiligungsverhältnisse eintreten würde. Von einer rückwirkenden Erstattung der gezahlten in Rede stehenden Steuern ist nicht auszugehen. Sollte sich wider Erwarten die Klärung hinsichtlich der dauerhaften finanziellen Stabilisierung der Holding noch über einen weiteren längeren Zeitraum erstrecken, könnte zumindest kurz- und mittelfristig eine möglicherweise drohende finanzielle Schieflage abgewendet werden, in dem der Landkreis Hildesheim die Forderung in Höhe von 2.348.668,83 Euro, die ihm gegenüber seitens der Holding besteht, ausgleicht und damit zumindest für diesen Zeitraum die Liquidität der Landkreis Hildesheim Holding GmbH sichert. Zusammenfassend ist festzustellen, dass nach wie vor das Ziel, die dauerhafte finanzielle Stabilität der Holding zu sichern, zwar noch nicht erreicht, aber ein gutes Stück näher gerückt ist. Insbesondere wäre im Falle des Erwerbs des Gesellschafteranteils des Hildesheimer Volkshochschule e.V. durch den Landkreis Hildesheim ein großer Schritt in diese Richtung getan. Es wird davon ausgegangen, dass dieser Erwerb zu Stande kommt. Dies wird sich möglicherweise noch positiver auf die Landkreis Hildesheim Holding GmbH auswirken, als der ursprünglich geplante Erwerb durch Stadt und Landkreis Hildesheim. Trotzdem ist auch unter diesen Vorzeichen der vollständige Abschluss des Verfahrens abzuwarten, insbesondere, ob seitens der Politik die weiteren notwendigen Schritte eingeleitet werden. Das Ergebnis des Berichtsjahres 2023, namentlich das Defizit in Höhe von 47.493,05 Euro, verdeutlicht noch einmal, dass dringender Handlungsbedarf angezeigt ist. Aufgrund der geschilderten Situation kann die Landkreis Hildesheim Holding GmbH aber vorsichtig optimistisch in die Zukunft blicken. Es wird davon ausgegangen, dass sich die politischen Gremien des Landkreises Hildesheim sich ihrer Verantwortung für den Landkreis Hildesheim als alleiniger Gesellschafter der Landkreis Hildesheim Holding GmbH und damit mittelbar als alleiniger Gesellschafter der Volkshochschule Hildesheim gGmbH bewusst sind und entsprechend handeln werden. Aber auch unter Berücksichtigung dieses Aspekts bleibt eine vollständige und abschließende Risikoabwägung insgesamt aufgrund der zuvor beschriebenen Vorgänge weiterhin nicht gänzlich möglich. Das Risiko von Ertragsrückgängen aufgrund geringerer Dividendenzahlungen der Energieversorgungsunternehmen - insbesondere bedingt durch die globale Lage aufgrund des Krieges in der Ukraine, aber auch im Hinblick auf die erneuerbaren Energien — ist kurz- bis

mittelfristig nicht sicher absehbar. Hinsichtlich der Verringerung der Zuschusszahlungen und der Verringerung der Steuerlast befindet sich der Prozess für die Herstellung der finanziellen Stabilität der Landkreis Hildesheim Holding GmbH auf einem guten Weg. Dieser Weg ist jedoch konsequent fortzusetzen, sonst sind negative finanzielle Folgen für die Landkreis Hildesheim Holding GmbH wahrscheinlich. Weitere Risiken sind nicht bekannt.

Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises

Auch für das Wirtschaftsjahr 2026 sind weder Gewinnausschüttungen noch Verlustabdeckungen vorgesehen. Seitens der Landkreis Hildesheim Holding GmbH bestehen jedoch aufgrund von für den Landkreis Hildesheim geleisteter Steuerzahlungen Forderungen gegen den Landkreis Hildesheim. Diese werden jährlich angepasst und ggf. Rückstellungen gebildet.

RVHi Regionalverkehr Hildesheim GmbH

Gegenstand des Unternehmens und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der RVHI Regionalverkehr Hildesheim GmbH (RVHI) ist eine 75,1 %ige Beteiligung des Landkreises Hildesheim. Die weiteren 24,9 % der Anteile werden von der Stadtwerke Hildesheim AG gehalten.

Hintergrund dieser Beteiligung an einem wirtschaftlichen Unternehmen ist die dem Landkreis nach dem Niedersächsischen Nahverkehrsgesetz zufallende Aufgabe der Sicherstellung einer ausreichenden Bedienung mit Verkehrsleistungen im öffentlichen Personennahverkehr sowie die planerische Gestaltung des ÖPNV im Kreisgebiet. Für die wirtschaftliche und organisatorische Entwicklung der RVHI ist die planerische Fortschreibung nach dem Niedersächsischen Nahverkehrsgesetz von maßgeblicher Bedeutung, weil das Unternehmen mehr als 90% der Liniengenehmigungen im Kreisgebiet hält und demzufolge – außerhalb der Stadt Hildesheim – den ÖPNV entscheidend dominiert.

Zur Absicherung der finanziellen Rahmenbedingungen haben der Landkreis Hildesheim und der RVHI im Jahr 2013 einen öffentlichen Dienstleistungsauftrag geschlossen.

Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital: 1.464.700 €

Gesellschafter	Geschäftsanteile
Landkreis Hildesheim	75,1 % (1.100.000 €)
Stadtwerke Hildesheim AG	24,9 % (364.700 €)

Anteilsbesitz

Es bestehen keine Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Zusammensetzung der Organe

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus acht stimmberechtigten Mitgliedern und setzt sich im Einzelnen zusammen aus

a) vier Personen, die dem Kreistag des Landkreises Hildesheim angehören,
b) zwei Personen aus der Verwaltung des Landkreises Hildesheim,
c) zwei Personen der Stadtwerke Hildesheim AG,
d) einer Person, die Arbeitnehmer der Gesellschaft ist (Arbeitnehmervertreter) mit beratender Stimme.

Zu den Personen unter Buchstabe a) hat der Kreistag folgende Mitglieder benannt:

KTA Frau Simone Flor	Gruppe
KTA Herr Pascal Kubert	Gruppe
KTA Herr Ekkehard Domning	Gruppe
KTA Herr Ramon Herbst	CDU

Die Personen nach Buchstabe b) sind die Erste Kreisrätin, Frau Wißmann und der Leiter des Amtes Kreisentwicklung und Infrastruktur, Herr Jürgen Flory.

Die übrigen Mitglieder nach c) und d) sind durch die zuständigen Gremien zu benennen.

Gesellschafterversammlung

Als Vertreter des Landkreises Hildesheim in der Gesellschafterversammlung wurde Frau Erste Kreisrätin Evelin Wißmann benannt. Vertreter ist Herr Leitender Kreisverwaltungsdirektor Klaus Rosemann

Geschäftsführung

Der derzeitige Geschäftsführer ist Herr Dipl.Ing. Kai-Henning Schmidt.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Rahmenbedingungen

Die RVHI Regionalverkehr Hildesheim GmbH (im Folgenden „RVHI"), Hildesheim, ist eine 75,1 %ige Beteiligung des Landkreises Hildesheim. Die weiteren 24,9 % der Anteile werden von der Stadtwerke Hildesheim AG (im Folgenden „SVVH AG"), Hildesheim, gehalten. Die RVHI führt auf der Grundlage des § 3 des Gesellschaftsvertrages den Linienverkehr mit Omnibussen nach den §§ 42 und 43 Personenbeförderungsgesetz (PBefG) im Landkreis Hildesheim durch. Daneben werden Verkehre nach der Verordnung über die Befreiung bestimmter Beförderungsfälle von den Vorschriften des PBefG (Freistellungsverkehr) sowie Gelegenheitsverkehre erbracht. Das Verkehrsangebot entspricht den Anforderungen des Nahverkehrsplans des Landkreises Hildesheim. Der gesamte Rechtsrahmen für den Öffentlichen Personennahverkehr ist geprägt von einer Vielzahl nationaler und europäischer Gesetze, Verordnungen, Richtlinien und Sonderbestimmungen. Beispielhaft sind hier das Personenbeförderungsgesetz, das Niedersächsische Nahverkehrsgesetz (NNVG), das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG und NGVG), das Niedersächsische Nahverkehrsgesetz (NNVG) und die EU-Verordnung 1370/2007 zu nennen. Gemäß § 4 Abs.1 Nr. 3 des NNVG ist der Landkreis Hildesheim Aufgabenträger des straßengebundenen ÖPNV im Kreisgebiet.

Geschäftsbedingungen

Pandemie hat sich das Mobilitätsverhalten geändert. Die Fahrgastzahlen haben das Vorkrisenniveau noch nicht erreicht. Die Fahrgastzahlen liegen bei 5,4 Mio. Fahrgästen (i. Vj. 6,0 Mio. Fahrgäste). Dabei folgt der RVHI wie auch in den Vorjahren den Empfehlungen des VDV für statistische Nutzunghäufigkeiten von Zeitkarten und hat auf dieser Grundlage für 2023 die Faktoren ggü. 2022 angepasst. Dabei wirkten sich insbesondere geänderte Faktoren bei den Zeitfahrausweisen mindernd aus. Zum 01. Mai 2023 wurde auf Initiative des Bundes das bundesweit im Nahverkehr gültige Deutschlandticket (DT) eingeführt. Mit einem Preis von monatlich 49 Euro stellt es eine subventionierte Fahrkarte dar, die insbesondere der Entlastung der Bürgerinnen und Bürger dienen soll. Damit wurde de facto ein Paradigmenwechsel von der Nutzerfinanzierung des ÖPNV zu einer Steuerfinanzierung vollzogen. Die Mindererlöse aus dem Deutschlandticket werden im Rahmen einer Billigkeitsrichtiline des Landes Niedersachsen ausgeglichen. Durch den seit 1. Januar 2014 geltenden öffentlichen Dienstleistungsauftrag zur Erbringung von gemeinwirtschaftlichen Nahverkehrsleistungen im öffentlichen Personennahverkehr im Landkreis Hildesheim (im Folgenden „ÖDLA") konnten Zuschüsse in Höhe von TEUR 10.662 (i. Vj. TEUR 9.549) vereinnahmt werden. Darin enthalten sind Ausgleichsleistungen für das Deutschlandticket und die Abrechnung Mobilitätszentrale in Höhe von 1.964 TEUR. Weitere wesentliche Einnahmepositionen bilden die

Sammelschülerzeitkarten, die Ausgleichszahlungen für den Ausbildungsverkehr nach § 7a NNVG und die Schwerbehindertenbeförderung nach § 231 SGB IX.

Personal und Organisation

Die Anzahl der im Jahresdurchschnitt beschäftigten Mitarbeiter erhöhte sich um 11 Personen auf 150 ins-besondere auf Grund der Inbetriebnahme der Verkaufsagentur im Hauptbahnhof Hildesheim (vorläufige Mobilitätszentrale). Der Großteil der Mitarbeiter ist im Fahrdienst tätig.

Ertragslage

Der Jahresüberschuss 2023 in Höhe von TEUR 420 liegt über dem Ergebnis des Vorjahres (TEUR 189) und deutlich über dem im Wirtschaftsplan für 2023 prognostizierte Ergebnis in Höhe von TEUR -484, was vor allem auf deutlich niedrigere Aufwendungen für Treibstoffe und Subunternehmer als ursprünglich geplant zurückzuführen ist. Der Gesamtumsatz betrug insgesamt TEUR 22.579 (i. Vj. TEUR 20.704). Die Erlöse aus Druckereinnahmen (im Bus und im Vorverkauf) haben sich auf TEUR 3.302 (i. Vj. TEUR 3.095) erhöht. Die Erlöse aus dem Schüler Abo KT (einschließlich Deutschlandticket) erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr auf TEUR 5.013 (i. Vj. TEUR 3.972). Der ÖDLA-Zuschuss stieg um TEUR 1.113 auf TEUR 10.662. Darin sind die Ausgleichsleistungen für das Deutschlandticket in Höhe von 1.617 TEUR enthalten. Für die Erstattungen nach § 7a NNVG waren TEUR 2.111 (i. Vj. TEUR 2.111) zu verzeichnen. Die sonstigen betrieblichen Erträge erhöhten sich auf TEUR 856 (i. Vj. TEUR 699), insbesondere bedingt durch die im Vergleich zum Vorjahr um rund TEUR 103 gestiegenen Erträge aus Schadenersatzleistungen. Der Materialaufwand ist gegenüber dem Vorjahr auf TEUR 12.685 (i. Vj. TEUR 12.405) gestiegen. Ursächlich hierfür sind im Wesentlichen die gestiegenen Aufwendungen für die Vergütung der Verkehrsbetriebe. Negativ auf die Ertragslage wirkten sich die um TEUR 1.044 auf TEUR 6.583 gestiegenen Personalkosten aus. Der Personalaufwand erhöhte sich von TEUR 5.539 im Geschäftsjahr 2022 auf TEUR 6.583 im Geschäftsjahr 2023. Die Abschreibungen liegen mit TEUR 1.234 leicht unter Vorjahresniveau (TEUR 1.263) und betreffen mit TEUR 1.016 (i. Vj. TEUR 956) insbesondere die Fahrzeuge für den Personennahverkehr sowie mit TEUR 106 (i. Vj. TEUR 164) die anderen Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen haben sich auf TEUR 2.473 (i. Vj. TEUR 1.971) erhöht. Ursächlich hierfür sind vor allem die gestiegenen Aufwendungen für Schadenersatzleistungen von TEUR 235 (i. Vj. TEUR 178), gestiegene Aufwendungen für Mieten, Pachten und Nebenkosten von TEUR 339 (i. Vj. TEUR 219) sowie gestiegene Aufwendungen für Reparaturen und Instandhaltungen in Höhe von TEUR 286 (i. Vj. TEUR 174). Größere Aufwandsposten bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen bilden mit TEUR 505 (i. Vj. TEUR 468) die Betriebs- und Geschäftsführungskosten sowie mit TEUR 179 (i. Vj. TEUR 108) die Wartungsaufwendungen.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme hat sich im Berichtsjahr 2023 um TEUR 806 auf TEUR 13.779 erhöht. Auf der Aktivseite erhöhte sich das Anlagevermögen um TEUR 426 auf TEUR 6.764. Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände haben sich um TEUR 2.017 erhöht. Die Erhöhung betrifft insbesondere die Forderungen gegen Gesellschafter. Die flüssigen Mittel haben sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 1.630 auf TEUR 2.912 stichtagsbedingt verringert. Auf der Passivseite hat sich das Eigenkapital im Zuge des ausgewiesenen Jahresüberschusses um TEUR 420 auf TEUR 5.188 erhöht. Der Sonderposten für Zuschüsse Dritter beträgt TEUR 2.180 (i. Vj. TEUR 2.098). Die passivierten Zuschüsse werden entsprechend der Nutzungsdauern der bezuschussten Vermögensgegenstände fristenkongruent in den Folgejahren aufgelöst. Die sonstigen Rückstellungen haben sich auf TEUR 594 (i. Vj. TEUR 497) erhöht. Dies resultiert aus dem Anstieg der Personalrückstellungen auf TEUR 388 (i. Vj. TEUR 356) sowie dem Anstieg der Rückstellungen für ausstehende Rechnungen auf TEUR 64 (i. Vj. TEUR 8). Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten erhöhten sich unter Berücksichtigung planmäßiger Tilgungen im Zuge der fremdfinanzierten Investitionen in den Fuhrpark auf TEUR 2.976

(i. Vj. TEUR 2.574). Die Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern erhöhten sich auf TEUR 509 (i. Vj. TEUR 484). Die sonstigen Verbindlichkeiten sind mit TEUR 423 (i. Vj. TEUR 352) im Vergleich zum Vorjahr gestiegen.

Investitionen

Die Gesamtinvestitionen des Geschäftsjahres 2023 betrugen TEUR 1.694 und betrafen im Wesentlichen die Anschaffung von 6 Bussen.

Finanzlage

Der Cash-Flow auslaufender Geschäftstätigkeit beträgt TEUR -791 nach TEUR 2.282 im Vorjahr. Maßgeblich für den Rückgang im Vergleich zum Vorjahr ist vor allem der Anstieg der Forderungen gegen Gesellschafter. Der Cash-Flow aus der Investitionstätigkeit beträgt im Zuge der Investitionstätigkeit TEUR -1.628 (i. Vj. TEUR -1.819). Der Cash-Flow aus der Finanzierungstätigkeit beträgt TEUR 789 (i. Vj. TEUR 1.030) und ist vor allem geprägt durch die Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und durch Einzahlungen von Zuschüssen. Gegenläufig wirkt sich die Tilgung der Kredite aus. Das Geschäftsjahr endet mit einem Bestand an Liquiden Mitteln von TEUR 2.912 (i. Vj. TEUR 4.542). Die Liquidität der Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2023 jederzeit gewährleistet.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Die Steuerung von Chancen und Risiken ist ein wesentlicher Bestandteil der Unternehmensführung. Die RVHI ist in das konzernweite Risiko- und Chancenmanagement der SVVH AG integriert. Mit diesem System wird die Unternehmensleitung in die Lage versetzt, frühzeitig Risiken zu erkennen und gegenzusteuern sowie Chancen zu identifizieren und zu realisieren. Eine Maßnahme zur Steigerung der Attraktivität des ÖPNV war die nunmehr Ende 2019 umgesetzte Einführung des Tarifverbundes ROSA. Durch die Einführung des Deutschlandtickets ist die Erlösseite durch die bundesweiten Tarifvorgaben nur noch sehr bedingt beeinflussbar. Dieses gilt für die gesamte Branche. Vor diesem Hintergrund wird in der Zukunft eine dauerhafte Finanzierung des ÖPNV durch die öffentliche Hand erforderlich sein. Die auskömmliche Finanzierung des Deutschlandtickets ist nur für das Jahr 2023 sichergestellt. 2024 und 2025 werden zwar Bund und Länder weiterhin Mittel bereitstellen, die aber nach jetzigem Kenntnisstand nicht ausreichend sind. Die gesetzliche Pflicht für Ausgleichsleistungen des Bundes endet am 31.12.2025. Ob und in welcher Form Ausgleichsleistungen 2026 if. zur Verfügung stehen, ist derzeit offen. Zur Vereinnahmung der Ausgleichsleistungen für das Deutschlandticket wurde 2023 der ÖDA zwischen RVHI und Landkreis Hildesheim entsprechend geändert. Mitte 2023 wurde durch den Kreistag des Landkreises Hildesheim eine neuer ÖDA mit der RVHI beschlossen, der zum 01. Januar 2024 in Kraft getreten ist. Der Vertrag ist als Bruttovertrag ausgestaltet, so dass zukünftig das Erlösrisiko beim Landkreis Hildesheim liegt.

Beschaffungschancen und –Risiken

Auf der Aufwandsseite liegt ein Risiko in der Entwicklung der Dieselpreise. Auf Grund des Ukraine-Krieges sind die Dieselpreise erheblich angestiegen. Auch wenn sich Ende 2022 / Anfang 2023 die Preissituation etwas entspannt hat, wird auch in der Mittelfristplanung von weiterhin hohen Kraftstoffpreisen ausgegangen. Die Dieselpreisentwicklung wird derzeit als ein Risiko von hoher Bedeutung eingestuft.

Finanzwirtschaftliche Chancen und Risiken

Das steigende Zinsniveau wird Investitionen verteuern. Schwerpunkt wird auch den nächsten Jahren die Beschaffung von (Diesel-)Bussen sein.

Prognosebericht - Ausblick 2024 und 2025

Entscheidend für die Zukunft ist der erfolgte Abschluss eines Öffentlichen Dienstleistungsauftrags (ÖDA) für den Zeitraum 01.01.2024 bis 31.12.2033. Von zentraler Bedeutung wird sein, dass die definierten Ausgleichsparameter die Erlös- und Kostenentwicklung sachgerecht abbilden. Im Rahmen der Wirtschaftsplanung ist bei den Umsatzerlösen bei den ROSA-Tarifen eine Tarifanpassung bei gleichzeitig nahezu unveränderten Fahrgastzahlen geplant. Die Einführung des politisch gewollten Deutschlandtickets zum 01.05.2023 wird auch 2024 und 2025 zu einer Reduzierung der originären Fahrgeldeinnahmen führen. Ob die Mindererlöse 2024 und 2025 auskömmlich durch Ausgleichsleistungen des Bundes und der Länder kompensiert werden, ist derzeit noch offen. Ab voraussichtlich 2026 soll ein bundesweites Einnahmeaufteilungsverfahren eingeführt werden, dessen wirtschaftliche Auswirkungen nicht absehbar sind. Wir verweisen auch auf die Ausführungen zum Nachtragsbericht im Anhang. Auf der Aufwandsseite wird von weiterhin hohen Treibstoffpreisen ausgegangen. Durch den Ukraine-Krieg haben die Dieselpreise Rekordniveau erreicht. Hinzu kommen steigende Aufwendungen für den Personalbereich auf Grund der zu erwartenden Tarifabschlüsse. Vor diesem Hintergrund ist auch von weiter steigenden Aufwendungen für Auftragsunternehmen auszugehen. Für die Jahre 2024 und 2025 sind vor allem Investitionen in den Fuhrpark geplant. In 2024 ist die Anschaffung von vier Gelenkbussen und in 2025 die Anschaffung von drei Solobussen und einem Gelenkbus vorgesehen. Insgesamt beträgt das geplante Investitionsvolumen für 2024 ca. EUR 3,303 Mio., wovon EUR 1,622 Mio. auf die Busbeschaffung entfallen. Im Jahr 2025 sind Investitionen in Höhe von EUR 1,372 Mio. geplant, wovon EUR 1,174 Mio. auf Fuhrparkinvestitionen entfallen. Der Wirtschaftsplan sieht für 2024 einen Jahresüberschuss von TEUR 523 und für 2025 einen Jahresüberschuss von TEUR 462 vor.

Berichterstattung gem. § 289 Abs. 2 Nr. 2a und 2b HGB

In Bezug auf die Verwendung von Finanzinstrumenten bestehen, außer dem im Folgenden genannten, keine weiteren wesentlichen Preisänderungs-, Ausfall- und Liquiditätsrisiken sowie Risiken aus Zahlungsstromschwankungen, denen die Gesellschaft ausgesetzt ist. Dem Risiko zukünftig steigender Zinsen, insbesondere bei der Beschaffung von Bussen, wird, soweit eine Finanzierung erforderlich ist, derzeit grds. durch den Abschluss festverzinslicher, fristenkongruenter Darlehen/Darlehenslaufzeiten begegnet. Im aktuellen Wirtschaftsplan für das Jahr 2024 ist eine Darlehensaufnahme zur teilweisen Busfinanzierung erforderlich bzw. wurde zwischenzeitlich bereits durchgeführt.

Bestehende Zweigniederlassungen

Die Gesellschaft unterhält einen Betriebshof in Alfeld, Neue Wiese 9, und als Mieter in Hildesheim, am Standort Hermann-Roemer-Straße 4, um von dort aus die regionalen Verkehre zu betreiben.

Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises

Im Haushaltsplan des Landkreises Hildesheim wurden für das Jahr 2026 Mittel für ÖDA-Ausgleichsleistungen in Höhe von 14.840.000 Mio. EURO veranschlagt. Aufgrund von strukturellen Änderungen in dem seit 01.01.2024 geltenden ÖDA-Vertrag, erhält die RVHI Fördergelder nicht mehr direkt. Diese fließen an den Landkreis Hildesheim, der dafür mit seinen Zuschusszahlungen auf Basis des ÖDA-Vertrages in Vorleistung geht und dafür jetzt die Fördergelder anstatt der RVHI erhält. Der neue ÖDA-Vertrag legt ein genaueres Qualitätsspektrum fest, welches konkretere finanzielle Planungen ermöglicht.

Hinweis: Die Daten basieren auf dem Bericht über den Jahresabschluss der Gesellschaft für das Jahr 2023. Die Daten für das Jahr 2024 liegen noch nicht vor.

Kreiswohnbau Hildesheim GmbH (kwg)

Gegenstand des Unternehmens und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Zweck der Gesellschaft ist insbesondere eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung, und zwar vordringlich durch die Bereitstellung von Mietobjekten und die Förderung der Begründung von Wohneigentum.

Die Gesellschaft errichtet, betreut, bewirtschaftet und verwaltet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen. Sie kann außerdem alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen, Grundstücke erwerben, belasten und veräußern, sowie Erbbaurechte ausgeben. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Gewerbebauten, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen. Die Gesellschaft ist berechtigt, Zweigniederlassungen zu errichten, andere Unternehmen zu erwerben oder sich an solchen zu beteiligen.

Die Gesellschaft darf auch sonstige Geschäfte betreiben, sofern diese dem Gesellschaftszweck (mittelbar oder unmittelbar) dienlich sind.

Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt **6.657.580,00 €**

Der Landkreis Hildesheim ist mit **3.889.620,00 €** beteiligt. Das entspricht einem Beteiligungsverhältnis von **58,42** %. Das verbleibende Kapital entfällt auf kreisangehörige Städte und Gemeinden als die übrigen Gesellschafter.

Anteilsbesitz

Es besteht eine 50 %-ige Beteiligung an der ProjektBau Hildesheim GmbH & CO OHG, Eckemeckerstraße 36, Hildesheim

Zusammensetzung der Organe

Aufsichtsrat

Nach § 11 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages besteht der Aufsichtsrat aus 17 Mitgliedern,

a) der/dem jeweiligen Landrätin/Landrat oder ihrer/seinem Vertreterin/Vertreter im Amt,
b) neun Mitgliedern des Kreistages, die vom Kreistag des Landkreises Hildesheim bestellt werden,
sieben von der Gesellschafterversammlung zu wählenden Mitgliedern. Diese müssen hauptamtliche Bürgermeisterinnen/Bürgermeister eines Gesellschafters oder dessen allgemeine Vertreterin/Vertreter im Amt sein, und zwar jeweils eine/einer aus den Städten Bad Salzdetfurth, Bockenem und Sarstedt und jeweils eine/einer aus zwei Gemeinden, die bei der Verschmelzung der Gesellschaft mit der Kreiswohnungsbaugesellschaft mit beschränkter Haftung Alfeld bereits Gesellschafter letztgenannter Gesellschaft waren sowie jeweils eine/einer aus zwei weiteren Gemeinden des Landkreises Hildesheim, die bereits vor der vorerwähnten Verschmelzung Gesellschafter-Gemeinden der Kreiswohnbau Hildesheim waren.

Für den Landkreis hat der Kreistag folgende Mitglieder benannt:

Landrat Berndt Lynack

KTA Herr Werner Preissner	Gruppe
KTA Herr Marc Ehrig	Gruppe
KTA Frau Christel Brede	Gruppe
KTA Herr Pascal Kubat	Gruppe
KTA Herr Holger Schröter-Mallohn	Gruppe
KTA Frau Dr. Susanne Weber	Gruppe
KTA Frau Ute Bertram	CDU
KTA Herr Andre Ceglarek	CDU
KTA Herr Heinrich Machtens	CDU

Gesellschafterversammlung

Gemäß § 16 (1) des Gesellschaftsvertrages üben die Gesellschafter die ihnen in Angelegenheit der Gesellschaft zustehenden Rechte gemeinschaftlich in der Gesellschafterversammlung durch Beschlussfassung aus.

Als Vertreter des Landkreises Hildesheim in der Gesellschafterversammlung wurde durch Kreistagsbeschluss Frau Kreisverwaltungsrätin Christina Grella gewählt. Stellvertreterin ist Frau Kreisamtsrätin Kerstin Zingler.

Geschäftsführung

Gemäß § 8 des Gesellschaftsvertrages wird der Geschäftsführer vom Aufsichtsrat bestellt, angestellt und abberufen. Der derzeitige Geschäftsführer ist Herr Matthias Kaufmann.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Unser Risikomanagementsystem erfasst das Controlling und regelmäßige interne Berichterstattung. Es ist darauf ausgerichtet, die dauerhafte Zahlungsfähigkeit sicherzustellen und das Eigenkapital zu stärken. Dazu werden in verschiedenen Beobachtungsbereichen Risikoindikatoren ermittelt und bewertet. Zum internen Kontrollsystem gehören auch Regelungen zur Compliance. Neben den geltenden gesetzlichen Bestimmungen sind unternehmensinterne Richtlinien und Anweisungen Bestandteil des Compliance Management Systems. Unser Risikomanagement- als auch Compliance Management System werden regelmäßig überprüft und aktualisiert. Aufgrund der aktuellen Marktlage besteht derzeit nur ein geringes Leerstandsrisiko. Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung kann dieses Risiko langfristig ansteigen. Dagegen ist die momentane Investitionstätigkeit unserer Gesellschaft in der Bestandserneuerung (Neubau und Modernisierung) auf eine marktgerechte Anpassung des Wohnungsbestandes für die Zukunft gerichtet. Wesentliche Tätigkeitsfelder sind dabei Maßnahmen zur Einsparung von Energie (Wärmedämmung und Erneuerung von Heizungsanlagen), Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnwertes sowie Maßnahmen zur Anpassung des Wohnungsbestandes an die demographische Entwicklung, d. h. die Beseitigung von Barrieren in und zu den Wohnungen. Im Bereich des Neubaus hat die kwg mit den Produktlinien ARGENTUM und kwg Comfort Produkte entwickelt, welche den Veränderungen am Wohnungsmarkt durch den demographischen Wandel Rechnung trägt. Im Vorfeld von Investitionen werden regelmäßig Markt- und Standortanalysen durchgeführt, um die langfristige und nachhaltige Wirtschaftlichkeit zu gewährleisten. Bei den langfristigen Fremdmitteln handelt es sich überwiegend um langfristige Annuitätendarlehen (Restlaufzeiten von 2-35 Jahren), die dinglich gesichert sind. Ein Zinsänderungsrisiko besteht im Wesentlichen im Hinblick auf zukünftige Refinanzierungen auslaufender Kredite. Aufgrund der in der Vergangenheit niedrigen Zinsen auch im langfristigen Bereich bestand die Strategie darin, die Darlehen bis zum Ende der Zinsbindungsfrist zurückgezahlt zu haben. Darlehen mit Zinsänderungsrisiko, d.h. mit Restvaluta am Ende der Zinsbindung, machen inzwischen mit nur noch einen Teil ca. 28 °A des Darlehensportfolios der kwg aus. Darüber hinaus verfügt die kwg für weitere Investitionsmaßnahmen für ausreichende Beleihungsreserven.

Wesentliche Risiken aus Zahlungsstromschwankungen und Liquiditätsrisiken sind aufgrund regelmäßiger Mieteinzahlungen nicht erkennbar. Die Mieteinnahmen sind durch die Nutzungs-und Mietverträge gesichert. Preisänderungsrisiken bestehen im Rahmen der Investitionen in den Bestand und Neubautätigkeiten bei den Baukosten, die stetig steigen. Das Kostensteigerungsrisiko wird durch einen Kostenaufschlag bereits in der Planungsphase der Investitionen und durch ein Projektcontrolling minimiert. Regelmäßig wird mit den Bauvorhaben erst begonnen, wenn die wesentlichen Gewerke vergabereif sind. Der abweichend vom Kerngeschäft betriebene Geschäftsbereich Verwaltung von Fremdbesitz und Projektsteuerung/ Geschäftsbesorgung für die GKHi hat aufgrund seines vergleichsweisen geringen Umfangs für das Risikomanagement nur eine untergeordnete Bedeutung. Zur Verbesserung der Einkaufskonditionen werden regelmäßig Strom- und Gaskonditionen ausgeschrieben und im Sinne einer Kostensicherheit für zwei bis drei Jahre festgeschrieben. Die erzielten Ergebnisse reduzieren die Kosten für die Mieter der kwg spürbar und stellen einen Wettbewerbsvorteil dar. Allerdings ließen sich in den vergangenen Ausschreibungen auf Grund der allgemeinen Marksituation deutliche Kostensteigerungen nicht vermeiden. Mit dem Auslaufen von Energielieferungsverträgen müssen Wohnungsunternehmen und ihre Mieter weiterhin mit einem deutlichen Preisanstieg und damit mit einem entsprechenden Anstieg der zu leistenden Vorauszahlungen an die Versorgungsunternehmen rechnen. Die Vorauszahlungen, die i. d. R. zunächst von den Wohnungsunternehmen vorfinanziert werden müssen, können unter Umständen zu Liquiditätsengpässen führen. Zudem könnte durch die deutlich erhöhte Bruttowarmmiete die Zahlungsfähigkeit einzelner Mieter (insbesondere Einpersonen- und Alleinerziehendenhaushalte in großen Wohnungen) übersteigen. Hieraus können Erlösausfälle resultieren. Gleichzeitig vermindern die so erhöhte Bruttowarmmiete und die inflationsbedingten Steigerungen der allgemeinen Lebenshaltungskosten den Spielraum für künftige Mieterhöhungen. Die aktuelle Zinsentwicklung, die gestiegenen Preise am Bau sowie die negative Entwicklung der energetischen Bundesförderkulisse werden für die Zukunft den Neubau, insbesondere am freifinanzierten, deutlich erschweren. Die Geschäftsführung beobachtet laufend die weitere Entwicklung zur Identifikation der damit verbundenen Risiken und reagiert bedarfsweise unter Zugrundelegung des Risikomanage-mentsystenns des Unternehmens mit angemessenen Maßnahmen zum Umgang mit den iden-tifizierten Risiken. Davon umfasst sind auch kurzfristige Maßnahmen zur Optimierung der Be-triebsführung der Heizungsanlagen. Im Zusammenhang mit der Sicherstellung der Versor-gungssicherheit im Energiesektor zeigt sich, dass der Pfad zu einer nachhaltigen Transformation der Wirtschaft derzeit überdacht werden muss. Infolgedessen wird die kwg ihre Klimastrategie überarbeiten bzw. anpassen. Die Klimaschutzgesetzgebung und die damit einhergehenden Anforderungen und Verpflichtungen für den Gebäudesektor bzw. die Wohnungswirtschaft stellen ganz erhebliche Herausforderungen auch für unser Unternehmen auf dem Weg zur Klimaneutralität dar. Es wurde bereits eine Bestandsaufnahme der Objekte zur Ermittlung der derzeitigen 002-Emissionen durchgeführt. Des Weiteren ist eine sukzessive Optimierung der unternehmenseigenen Klimaschutzstrategie, ausgerichtet an den technisch-wirtschaftlichen und finanziellen Gegebenheiten sowie den gesetzlichen und baurechtlichen Vorgaben, vorgesehen. Etwaigen Kosten- und Vermietungsrisiken gilt es dabei zu begegnen. Die Entwicklung des Portfolios unter den Gesichtspunkten Wirtschaftlichkeit, technischer Bestand und Klimaneutralität soll über das Softwaretool „MevivoEco" laufend beobachtet und abgeglichen werden. Auf Grund der konsequenten Modernisierungsstrategie der vergangenen Jahre, ist der überwiegende Teil der kwg-Gebäude als saniert zu bewerten. Lediglich ein geringer Teil ist unsaniert. Nur noch vereinzelt müssen umfangreiche Modernisierungen an der Gebäudehülle durchgeführt werden. Der Fokus zur Erreichung der Klimaziele bis 2030 liegt auf der Optimierung der Gebäudehüllen. Bis 2045 soll der Schwerpunkt in der Transformation zur CO2 neurralen Energieversorgung liegen. Da diese Maßnahmen den Großteil des Bestandes betreffen und die Kosten nicht abzusehen sind, ist dieses als ein nicht unerhebliches Risiko zu betrachten. Zusammenfassend sind keine bestandsgefährdenden oder entwicklungsbeeinträchtigenden Risiken erkennbar, die zu einer ungünstigen Entwicklung im Unternehmen mit negativer Beeinflussung auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage führen könnten.

Chancen der zukünftigen Entwicklung

Auch für die Zukunft erwarten wir eine günstige Vermietungssituation mit punktuell leicht steigenden Mieten und zusätzlichen notwendigen Neubauwohnungen. Zusätzliche größere Wohnungsverkäufe, abgesehen von einigen Einzelobjekten, sind derzeit nicht geplant. Die Erstvermietungen der Neubauwohnungen verlaufen planmäßig. Weitere Chancen werden bei Wirtschaftlichkeit durch Neubau wie auch energetische Moderni-sierungen und die Herstellung nachfragegerechter, d. h. vor allem demografiefester Grundrisse im Altbaubestand gesehen. Eine wesentliche Aufgabe der kwg bleibt dabei, den Bewohnern zu ermöglichen, so lange selbstbestimmt wie möglich zu leben. Die Bezahlbarkeit bildet aufgrund der erwarteten niedrigen Einkommen bei den älteren Menschen als einzige wachsende Bevölkerungsgruppe ein wesentliches Qualitätsmerkmal. Neben baulichen Maßnahmen wird es eine vordringliche Aufgabe bleiben, stabile Nachbarschaften zu schaffen und zu erhalten. Neben den technischen Gesichtspunkten muss das Unternehmen dabei auch den sozialen Aspekten gerecht werden. Die persönliche Betreuung der Mieter vor Ort ist ein wesentliches Qualitätsmerkmal. Um hierfür entsprechend Raum zu schaffen, wurden systematisch Organisationsabläufe hinterfragt und, soweit sinnvoll, vereinfacht bzw. gestrafft. Auch die Qualifikation des Personals spielt in diesem Zusammenhang eine wesentliche Rolle. Dieser kontinuierliche Prozess wird auch für die Zukunft ein wesentliches Merkmal zur Gewinnung von Wettbewerbsvorteilen sein.

Prognosebericht

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft entwickelt sich weiterhin positiv. Weder ist aufgrund der aktuellen Marktlage noch der erwarteten Entwicklung mit nennenswertem Leerstand zu rechnen. Die Ausfallrisiken aus Leerstandsverlusten und Forderungsausfällen sind insgesamt als gering einzuschätzen. Für 2025 rechnen wir mit Mieterträgen von 22.223 TEUR, Instandhaltungsaufwendungen von 6.631 TEUR sowie Zinsaufwendungen von 2.503 TEUR. Die Geschäftsführung erwartet einen Jahresüberschuss für das Jahr 2025 in Höhe von 4.509 TEUR. Die Phase der hohen Neubautätigkeit der kwg im Bereich des Anlagevermögens wird langsam reduziert. Weiterhin soll das Portfolio gezielt nachfrageorientiert entwickelt werden. Die Finan-zierung dieser Neubaumaßnahmen sollte durch entsprechende Eigenkapitalanteile unterlegt sein, die der Gesellschaft zur Verfügung stehen sollten. Primär wird hier versucht auf zinsvergünstigte Mittel der öffentlichen Wohnraumförderung zurückzugreifen. Quantitative Angaben zum weiteren Einfluss der unterschiedlichen geopolitischen Entwicklungen, auf die beobachteten Kennzahlen sind zum Zeitpunkt der Aufstellung des Lageberichts nicht verlässlich möglich.

kwg Kreiswohnbaugesellschaft Hildesheim mbH

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2024

	EUR	EUR	Vorjahr EUR
1. Umsatzerlöse			
a) aus Bewirtschaftungstätigkeit	29.213.517,77		27.450.014,92
b) aus Verkauf von Grundstücken	0,00		12.600.350,00
c) aus Betreuungstätigkeit	213.501,26		233.764,28
d) aus anderen Lieferungen und Leistungen	768.963,78	30.195.982,81	1.265.481,20
2. Verminderung (-) oder Erhöhung des Bestandes an zum Verkauf bestimmten Grundstücken mit fertigen und unfertigen Bauten sowie unfertigen Leistungen		1.246.102,89	-7.789.049,62
3. Andere aktivierte Eigenleistungen		16.151,10	15.221,54
4. Sonstige betriebliche Erträge		582.997,25	571.669,64
5. Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen			
a) Aufwendungen für Bewirtschaftungstätigkeit	15.432.503,40		14.520.079,84
b) Aufwendungen für Verkaufsgrundstücke	21.998,08		2.414.602,09
c) Aufwendungen aus Betreuungstätigkeit	2.672,69		1.778,25
d) Aufwendungen für andere Lieferungen und Leistungen	408.817,50	15.865.991,67	440.856,15
Rohergebnis		16.175.242,38	16.970.135,63
6. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	2.638.570,01		2.552.793,20
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	321.437,70	2.960.007,71	404.856,71
davon für Altersversorgung: -160.962,25 EUR (Vorjahr: -60.737,79 EUR)			
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		4.918.407,34	4.611.752,79
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen		2.117.408,41	1.380.339,98
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		250.674,11	138.003,18
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		2.339.910,11	2.238.468,54
davon Zinsanteil aus der Aufzinsung von Rückstellungen 34.896,17 EUR (Vorjahr: 51.634,49 EUR)			
11. Steuern vom Einkommen und Ertrag		0,00	230.502,71
12. **Ergebnis nach Steuern**		**4.090.182,92**	**5.689.424,88**
13. Sonstige Steuern		-2.714,81	-3.040,27
14. Jahresüberschuss		**4.092.897,73**	**5.692.465,15**
15. Gewinnvortrag		338.797,06	314.331,91
16. Einstellungen in Gewinnrücklagen			
a) in gesellschaftsvertragliche Rücklagen		-7.150,00	0,00
b) in die Bauerneuerungsrücklage		-3.800.000,00	-5.400.000,00
17. Bilanzgewinn		**624.544,79**	**606.797,06**

Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises

Seit dem Jahr 2008 ist das Stammkapital der Gesellschaft nicht mehr erhöht worden. Vom Landkreis erfolgen ausschließlich Zahlungen für angemietete Objekte, darüber hinaus keinerlei Zahlungen an die Gesellschaft. Da im Haushaltsjahr 2022 die Gemeinde Hohenhameln der kwg als Gesellschafterin beigetreten ist, wurde eine Erhöhung des Stammkapitals vorgenommen.

Für das Haushaltsjahr 2024 erfolgte im Jahr 2025 wieder die Ausschüttung einer Dividende in Höhe von 131.515,48 €. Für das Haushaltsjahr 2025 ist ebenfalls wieder eine reguläre Gewinnbeteiligung vorgesehen.

Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH

Gegenstand des Unternehmens und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Zur Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege ist es laut Gesellschaftsvertrag der Kurbetriebsgesellschaft Gegenstand des Unternehmens, Kurmittelanlagen zu erwerben und zu betreiben, Kurmittel zu veräußern sowie die zum Kurbetrieb gewidmeten Brunnen und Bohrungen, Peloide und Gradierwerke zu fördern, zu errichten und zu betreiben.
Weitere Zielsetzung im Rahmen der Gesellschaftsgründung war es, Erholungs- und Fremdenverkehrseinrichtungen wirtschaftlich zu nutzen und Arbeitsplätze zu schaffen.

Die Gesellschaft betreibt das Therapiezentrum in Bad Salzdetfurth und das Sole Frei- und Hallenbad im Ortsteil Detfurth. Darüber hinaus bewirtschaftet das Unternehmen den Kurpark mit den historischen Gradierwerken und nimmt gemäß einer Vereinbarung mit der Stadt Bad Salzdetfurth Aufgaben des Fremdenverkehrs wahr.

Beteiligungsverhältnisse

Die Gründung der Kurbetriebsgesellschaft mbH erfolgte im Jahre 1974 durch den Landkreis Hildesheim sowie die Stadt Bad Salzdetfurth.

Am Stammkapital in Höhe von 1.100.000 € ist der Landkreis mit einem Anteil von 51 % (561.000 €) beteiligt; die verbleibenden 49 % (539.000 €) entfallen auf die Stadt Bad Salzdetfurth. Beide Gesellschafter haben die im Jahr 2017 beschlossene Stammkapitalerhöhung vollzogen.

Anteilsbesitz

Es bestehen keine Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Zusammensetzung der Organe

Aufsichtsrat

Nach § 8 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages besteht der Aufsichtsrat aus neun Mitgliedern, und zwar

- dem jeweiligen Hauptverwaltungsbeamten des Landkreises Hildesheim und der Stadt Bad Salzdetfurth oder einem von ihnen beauftragten Vertreter
- vier vom Landkreis Hildesheim bestimmten Mitgliedern
- drei von der Stadt Bad Salzdetfurth bestimmten Mitgliedern.

Für den Landkreis hat der Kreistag folgende Mitglieder benannt:

Herr Landrat Bernd Lynack	
KTA Herr Werner Preissner	Gruppe
KTA Herr Friedhelm Gabel	Gruppe
KTA Herrn Holger Schröter-Mallohn	Gruppe
KTA Herr Andreas Koschorrek	CDU

Gesellschafterversammlung

Die Aufgaben der Gesellschafterversammlung sind in § 12 des Gesellschaftsvertrages festgelegt.

Als Vertreter des Landkreises Hildesheim in der Gesellschafterversammlung wurde durch Kreistagsbeschluss Frau Kreisverwaltungsrätin Christina Grella benannt. Ihre Stellvertreterin ist Frau Kreisamtsrätin Kerstin Zingler.

Geschäftsführer

Gemäß § 7 des Gesellschaftsvertrages werden der/die Geschäftsführer vom Aufsichtsrat bestellt und abberufen. Der derzeitige Geschäftsführer ist Herr Frank Hasse.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Geschäftsentwicklung und Rahmenbedingungen

Im Geschäftsjahr 2023 wird ein Jahresfehlbetrag von 1.646 T€ (Vorjahr 1.734 T€) ausgewiesen. Das Ergebnis resultiert aus Erträgen von 2.495 T€ (Vorjahr 2.213 T€) sowie Aufwendungen von 4.141 T€ (Vorjahr 3.947 T€). Die Erträge erhöhten sich um 282 T€. Im Einzelnen beliefen sich die Erhöhungen wie folgt: aus Eintrittsgeldern des Solebades und der Sauna + 252 T€, Therapieerlöse Kurmittelhaus +/- 0 T€, Therapieerlöse im Solebad + 37 T€, Einnahmen Fremdenverkehr + 15 T€, Mieten und Pachten + 1 T€ sowie aus sonstigen Erträgen + 1 T€. Der Planansatz von 1.903 T€ (Therapieerlöse Kurmittelhaus u. Solebad, Eintrittsgelder Solebad und sonstige Erlöse) wurde um 299 T€ überschritten.

Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzsumme beläuft sich im Jahr 2023 auf 5.390 T€ (Vorjahr 5.506 T€). Auf der Aktivseite ist eine Verringerung des langfristig gebundenen Vermögens um 176 T€ auf 3.490 T€ (Vorjahr 3.666 T€) sowie eine Erhöhung der flüssigen Mittel um 34 T€ auf 1.666 T€ (Vorjahr 1.632 T€) zu verzeichnen. Auf der Passivseite der Bilanz minderten sich die langfristigen Verbindlichkeiten durch planmäßige Tilgungen von 181 TE, ohne Sondertilgungsposten, auf 2.870 T€ (Vorjahr 3.051 T€). Die verbliebenen Darlehn werden auch zukünftig planmäßig getilgt. Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen erhöhten sich um 5 T€ auf 161 T€ (Vorjahr 156 T€). Die sonstigen Verbindlichkeiten erhöhten sich um 19 T€ auf 131 T€ (Vj. 112 T€). Das Eigenkapital der Gesellschaft beträgt 1.954 T€. Die Eigenkapitalquote beläuft sich auf 36,3 % (Vorjahr 35,4 %). Die Quote sollte auch im folgenden Geschäftsjahr erreicht werden. Das in der Bilanz ausgewiesene langfristig gebundene Vermögen von 3.490 T€ (Vorjahr 3.666 T€) ist in voller Höhe durch Eigenkapital und langfristige Darlehen finanziert. Diese Deckung gilt auch für die Zukunft. Die Gesellschafterversammlung hat am 05.12.2023 beschlossen, den Jahresfehlbetrag 2022 unter Berücksichtigung der für 2022 geleisteten Vorauszahlungen, im Verhältnis der Geschäftsanteile, der Kapitalrücklage zu entnehmen. Der Restbetrag verbleibt in der Kapitalrücklage einerseits infolge der geringen Eigenkapitalausstattung und andererseits, weil das Gesundheitswesen sich in einer Phase des strukturellen Umbruchs befindet — und sowohl die Ertragsseite als auch die Aufwandsseite des Unternehmens immer mit einem hohen Risikofaktor behaftet ist. Die Gesellschafter haben unterjährig Einzahlungen in die Kapitalrücklage geleistet.

Ertragslage

Der Kartenverkauf im Solebad entwickelte sich trotz Legionellen-Problematik zunehmend; es war eine außerplanmäßige Schließungszeit aus vorgenanntem Anlass für eine Dauer von etwa drei Wochen erfolgt. Lediglich bei den Therapieerträgen (22.411–Anwendungen im Kurmittelhaus und

27.741 Anwendungen im Solebad) ist insgesamt ein marginales Absinken zu verzeichnen. In 2024 ist bereits wieder ein Anstieg zu beobachten. Der Planansatz von 685 T€ (Therapieerlöse Kurmittelhaus) wurde wieder überschritten um 34 T€. Der Planansatz von 880 TE (Eintrittsgelder Solebad) wurde deutlich um 150 T€ überschritten. Für die Eintrittsgelder Sauna wurde ein Planansatz von 140 T€ gebildet, der ebenso deutlich um 57 T€ überschritten wurde. Für die Therapieerlöse Solebad wurde ein Planansatz von 195 TE gebildet, der - einschließlich Wellness - um 55 T€ auch überschritten wurde. Bei den sonstigen Erträgen wurde ein Ansatz von 3 TE gebildet, der mit 3 T€ erreicht wurde. Die Einnahmen aus Kurbeiträgen betrugen 143 T€ (Vorjahr 128 T€). Die Steigerung der Einnahmen ist auf die Beendigung der Corona-Krise zurückzuführen. Der Tarifabschluss der Lohnrunde 2023 sieht für das Jahr 2023 keine Erhöhung der Tabellenentgelte vor, stattdessen wurde im Rahmen der Tarifeinigung ein sog. Steuer- und sozialabgabenfreies Inflationsausgleichsgeld als Sonderzahlungen für die Monate Juni 2023 bis Dezember 2023 gezahlt. Dies entspricht laut einer Berechnung des KAV Niedersachsen 4,54 %. Die Personalkosten und die sozialen Aufwendungen erhöhen sich dadurch gegenüber dem Vorjahr um 208 T€ auf 2.491 T€. Die durchschnittliche Beschäftigtenzahl lag im Jahr 2023 bei 62 Beschäftigten. Der Materialaufwand weist im Bereich der Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe eine Kostenminderung in Höhe von 39 T€ aus und beläuft sich im Jahr 2023 auf 523 T€. Im Bereich der bezogenen Leistungen kam es ebenfalls zu einer Minimierung um 21 T€ auf noch 321 T€. Der Materialaufwand folgt auch in der Zukunft zu weiten Teilen den Erlösen. Infolge der erwähnten Umsatzsteigerungen in allen Bereichen verringerte sich der Jahresfehlbetrag im Geschäftsjahr 2022 auf 1.646 T€ Die Umsatzsteigerungen beruhen auch auf der Beendigung der Corona-Pandemie.

Investitionen

Im Geschäftsjahr 2023 wurden insgesamt 95 T€ in das Anlagevermögen investiert. Hiervon entfielen auf Betriebs- und Geschäftsausstattung 15 T€ (2 Förderpumpen 7 T€, Telekommunikationsanlage 2 T€, GWG 6 T€) sowie 17 T€ auf Anlagen im Bau (2. Bauabschnitt der Sanierung der Trinkwasseranlage 8 T€, Erstellung von 2 neuen KG-Räumen 9 T€) im Kurmittelhaus und 24 T€ auf Gebäude (Brandmeldeanlage 3 T€, Gefahrenmeldeanlage 10 T€, Versorgungsleitungen 11 T€), 36 T€ auf Betriebs- und Geschäftsausstattung (Hochdruckreiniger 4 T€, Solarium 7 T€, Rolltoranlage 13 T€, Tresor 6 T€, Kassensystem 2 T€, GWG 4 T€) sowie 3 T€ auf Anlagen im Bau (Ertüchtigung der Trinkwasseranlage) im Solebad. Auch im kommenden Jahr ist mit steigenden Investitionskosten zu rechnen. So soll der 2. BA „Erneuerung der Wasserleitungen" im Kurmittelhaus fertiggestellt werden. Hierfür sind im Jahr 2024 insgesamt 250 T€ einkalkuliert, nachdem von dem bereits für 2023 eingeplanten Betrag i. H. v. 250 T€ wegen Verzögerungen bei der Planungs- und Bauausführung lediglich eine Teilsumme von 8 T€ verwendet werden konnte. Im Bereich des Solebades sind 40 T€ für die Sanierung der Trinkwasseranlage, 15 T€ für erneute Betonsanierungen und Bauwerksdiagnostik und 36 T€ für allgemeine Investitionen geplant.

Finanzinstrumente

Zur Steuerung und Begrenzung eines Zinsänderungsrisikos waren zwei Zins-Swap-Geschäfte im Jahr 2012 abgeschlossen worden, wovon eines bereits im Jahr 2022 ersatzlos ausgelaufen war. Der negative Marktwert beträgt im Jahr 2023 für das verbliebene Swap-Geschäft — 3.062,89 €.

Prognosebericht

Der für 2024 erwartete Jahresfehlbetrag beträgt nach dem genehmigten Wirt-schafts-plan 2.395 TE. Ein bestandsgefährdendes Risiko für die Gesellschaft besteht dadurch nicht. Die Gesellschafter haben sich in einem Grundlagenbeschluss dazu verpflichtet, unterjährige Einzahlungen in die Kapitalrücklage zur Abdeckung der in den Wirtschaftsplänen ausgewiesenen Jahresfehlbeträge zu leisten und damit eine Überschuldung sowie eine Zahlungsunfähigkeit der Gesellschaft zu vermeiden. Im Geschäftsjahr 2023 wurden unterjährig Einzahlungen der Gesellschafter in die Kapitalrücklage in Höhe von 1.652 T€ geleistet. Der Verlust 2022 von 1.734 T€ wurde gemäß Beschluss der

Gesellschafterversammlung vom 05.12.2023 durch eine Entnahme aus der Kapitalrücklage ausgeglichen. Auch im Jahr 2024 erfolgen planmäßige Einzahlungen von Abschlägen beider Gesellschafter in die Kapitalrücklage. In den politischen Diskussionen der kommunalen Gremien der Gesellschafter werden die sogenannten freiwilligen Leistungen insbesondere im Hinblick auf die angespannten Haushaltssituationen kritisch überprüft. Dies vorausgeschickt, haben sich durch den Gesellschaftsvertrag sowohl die Stadt Bad Salzdetfurth als auch der Landkreis Hildesheim zu dem dauerhaften Ausgleich bekannt. Das Jahr 2024 war von intensiven Überlegungen zum 45 Jahre alten Solebades geprägt. Eine politische Grundsatzentscheidung war im Jahr 2024 avisiert, diese ist jedoch zum Zeitpunkt dieses Berichtes noch nicht erfolgt. Daher ist vor diesem Hintergrund von einer weiterhin anhaltenden Übernahme der Unternehmensverluste auszugehen. Die jeweiligen Beschlusslagen, die die Gesellschaftervertreter für ihr Handeln er-mächtigen liegen der Kurbetriebsgesellschaft nicht vor. Die bekannten Steuerungsgrößen der Gesellschaft (Kartenverkäufe und Anwendungen) haben sich im Geschäftsjahresverlauf 2024 positiv entwickelt. Trotz einiger im Betrieb liegender Widrigkeiten ist die Nachfrage im Bereich der therapeutischen Ansätze insbesondere für Dauerpatienten nahezu ungebrochen. Die detaillierte Budgetplanung der Gesellschaft für 2024 geht davon aus, dass das negative Ergebnis über dem Vorjahreswert liegen wird. Diese Entwicklung ergibt sich aufgrund des Alters der baulichen Substanz und aufgrund unvorhergesehener unaufschiebbarer Ersatzmaßnahmen bzw. -beschaffungen. Die bisherigen personellen Vakanzen im Therapiebereich des Kurmittelhauses konnten abgebaut und damit die Wartezeiten reduziert werden, es besteht jedoch weiterhin eine quantitative Erhöhung der Patient*innen/Kundenzahlen, was trotz der hohen Nachfrage nach Therapieleistungen eine große Herausforderung darstellt. Dies insbesondere, da es im Personalbereich häufigen zu längeren krankheitsbedingten Ausfällen kommt. Dies vorausgeschickt ist jedoch im Vergleich des Jahres 2023 zur Prognose 2024 (Basis Dezember 2024) von einer Steigerung der Erträge auszugehen. Auch die Besucherzahlen im Solebad sind weiterhin sehr witterungsabhängig. Bei den Aufwendungen ist auch in den kommenden Jahren ein besonderes Augenmerk auf die Personal- und Energiekosten zu legen sein. Ab dem Jahr 2025 sind neue Tarifverhandlungen angesetzt. Die Energiekosten sind bereits gestiegen und werden auch in den kommenden Jahren weiter aufwachsen, da die derzeitigen Preise bedingt durch das Embargo gegen Russland nach wie vor hoch sind. Des Weiteren ist auch in den kommenden Jahren ein besonderes Augenmerk auf das nunmehr 45 Jahre alte Solebad zu legen. Die jährlich durchgeführten Beton-sanierungsarbeiten haben sich dabei positiv auf die Lebensdauer des Solebades ausgewirkt, so dass mittlerweile die Sanierung des bestehenden Solebades geprüft wurde. Im Ergebnis haben zwei unabhängige Bau.Ing. die Umsetzung von Sanierungsmaß-nahmen bestätigt. Dadurch wäre — ein Beginn in 2025 vorausgesetzt — eine Laufzeitverlängerung von (mind.) 10 Jahren zu erreichen. Dabei ist jedoch besonders zu beachten, dass die bereits seit 2022 ausgewiesene Problematik des Hallendaches eine sehr hohe Priorität erfordert. Hier ist eine Erneuerung im Jahr 2025 dringend geboten. Die im Jahr 2023 erarbeitete Machbarkeitsstudie für einen Neubau ist in Hinblick auf die allgemeine kommunale Haushaltssituation für beide Gesellschafter zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht darstellbar. Daher erscheint die vorgenannte Sanierung zur Sicherstellung des weiteren Betriebs des Solebades die einzige Möglichkeit. Die o.g. avisierte Sanierung würde mit einer mind. 6-monatigen Schließung einhergehen. Dies vorausgeschickt sind im Anschluss umfassende Maßnahmen zur „Rückgewinnung" der bisherigen und neuen Gäste vorzusehen. Darüber hinaus sollte auch eine neuzeitlichere Außendarstellung bzw. Image aufgebaut werde. Auch im Solebad ist ein stärkeres Umsatzplus zu erwarten. Hier scheinen die in 2024 vorgenommenen weitergehenden und intensiveren Werbemaßnahmen und Kooperationen_Erfolge zu zeigen. Dies ist allerdings nur bis zu einem begrenzten Punkt möglich, da sich eine weitere Steigerung nur mit einer verbesserten Attraktivität erreichen lässt. Auch sind besondere Events und Ausweitungen von Angeboten zukünftig noch stärker in den Fokus zu rücken. Im Ausgabenbereich ist der Personalaufwand ein wesentlicher Punkt. Hinsichtlich der übrigen Aufwendungen wird von einer nur moderaten Zunahme auch in der Zukunft ausgegangen. Davon ausgenommen ist jedoch der Energiebereich. Hier hat, bedingt durch die neue Vertragsgestaltung mit der Biogasanlage zum Jahreswechsel 2023/2024 ab dem 01.01.2024 eine deutliche Preissteigerung stattgefunden. Auch im

Bereich des Stroms wird durch das Auslaufen des bisherigen Vertrages ab 2025 von einer (deutlichen) Erhöhung auszugehen sein.

Risikobericht

Der Verband der Ersatzkassen (VdeK) und die Primärkassen (ehemals Kassen der Reichsversicherungsordnung) haben auch ab 2024 Veränderungen bei den Heilmittelpreisen bekanntgegeben. Bei den Therapieleistungen ergeben sich grundsätzlich Risiken durch weitere Veränderungen aufgrund gesundheitspolitischer Maßnahmen. Künftige Preisanpassungen durch die Krankenkassenverbände (Vdek/RVO) werden kaum nennenswert sein und sich maximal im Rahmen der Grundlohnsummensteigerungen bewegen.

Chancenbericht

Chancen ergeben sich im Bereich der Therapieerlöse für das Geschäftsjahr 2024 auch aufgrund einer Steigerung der gültigen Heilmittelpreise, eines weiterhin anhaltenden guten Rezeptaufkommens und einer angestrebten rückläufigen Kostenstruktur. Nach der durchgeführten Sanierung des Solebades könnte im Anschluss durch um-fassende Marketing- und Imageaktionen eine neue Außenwahrnehmung erreicht werden, so dass das Solebad ein besonderer Leuchtturm in und um Bad Salzdetfurth wird, und dabei gleichzeitig ein besonders wichtiger Anker für die Einwohner*innen, Patient*innen sowie Gäste und Touristen ist. Es sind keine weiteren wesentlichen Risiken im kommenden Jahr ersichtlich, die eine künftige Geschäftstätigkeit beeinflussen.

Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises

Im Haushalt 2026 ist eine Verlustabdeckung i.H.v. 1.409.700 € eingeplant.

Hinweis: Die Daten basieren auf dem Bericht über den Jahresabschluss der Gesellschaft für das Jahr 2023. Die Daten für das Jahr 2024 liegen noch nicht vor.

Klimaschutzagentur Landkreis Hildesheim gGmbH

Gegenstand des Unternehmens und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Klimaschutzagentur Landkreis Hildesheim gGmbH wurde am 08. Juli 2015 als Klimaschutzagentur Hildesheim-Peine gGmbH gegründet. Bis zum Geschäftsjahr 2018 firmierte sie unter diesem Namen.

Die politischen Gremien haben sich im Jahr 2018 für eine Umstrukturierung der Klimaschutzagentur Hildesheim-Peine gGmbH zum 01.01.2019 entschieden. Mit Urkunde vom 7. Juni 2018 wurde die Firma der Gesellschaft geändert und lautet nun Klimaschutzagentur Landkreis Hildesheim gGmbH.

Sämtliche Stammeinlagen werden seitdem vom Landkreis Hildesheim gehalten.

Nach der notariellen Beurkundung des geänderten Gesellschaftsvertrages wegen des Ausscheidens des Landkreis Peine im Juni 2019 arbeitet die gemeinnützige Gesellschaft als Klimaschutzagentur Landkreis Hildesheim gGmbH für den Bereich des Landkreises Hildesheim.

Die Klimaschutzagentur Landkreis Hildesheim gGmbH befindet sich in einer sehr stabilen Finanzlage.

Die Klimaschutzagentur ist liquide und verfügt zum 31. Dezember 2020 über ein Umlaufvermögen in Höhe von 293.040,29. TEUR, davon 243.040,29 TEUR flüssige Mittel.

Das Team der Klimaschutzagentur möchte das Bewusstsein für klimaschützende und nachhaltige Handeln und einen ressourcenschonenden Umgang stärken.

Als verbindendes Element des Landkreises Hildesheim mit dem Landkreis Peine wird weiterhin der gemeinsame Förderverein aktiv bleiben.

Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25.000 €. Sämtliche Stammeinlagen werden seit der Umstrukturierung vom Landkreis Hildesheim gehalten.

Anteilsbesitz

Es bestehen keine Beteiligungen an anderen Unternehmen. Die Gesellschaft darf bei anderen Vereinen oder Organisationen Mitglied werden, soweit die Beteiligung oder Mitgliedschaft dem Zweck der gGmbH förderlich ist. Hiervon wurde bisher kein Gebrauch gemacht.

Zusammensetzung der Organe

Gesellschafterversammlung

Die Aufgaben der Gesellschafterversammlung sind im § 13 des Gesellschaftsvertrages benannt. Gesellschaftervertreter für den Landkreis Hildesheim ist Herr Landrat Bernd Lynack. Sein Vertreter ist Herr Kreisoberamtsrat Gerald Bälkner.

Geschäftsführer

Gemäß § 10 des Gesellschaftsvertrages wird der Geschäftsführer von der Gesellschafterversammlung bestellt und abberufen. Zum 05.01.2018 hat Herr Martin Komander die Geschäftsführung der Klimaschutzagentur Hildesheim-Peine gGmbH übernommen und ist auch Geschäftsführer nach der Umstrukturierung der Gesellschaft.

Klimaschutzbeirat

Gemäß § 14 des Gesellschaftsvertrages wird ein Klimaschutzbeirat als offenes Fachgremium eingerichtet, um allen im Klimaschutz tätigen Akteuren ein Beteiligungsforum zu bieten. Die Mitarbeit in diesem Klimaschutzbeirat ist ehrenamtlich.

Aufsichtsrat

Ekkehard Domning	Gruppe
Simone Flohr	Gruppe
Egbert Homeister	Gruppe
Werner Preissner	Gruppe
Dr. Susanne Weber	Gruppe
Dr. Thomas Bruns	CDU
Clemens Gerhardy	CDU
Friedhelm Prior	CDU

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Seit dem Juni 2019 arbeitet die gemeinnützige Gesellschaft als Klimaschutzagentur Landkreis Hildesheim gGmbH für den Bereich des Landkreises Hildesheim und seine Mitgliedskommunen. Während des laufenden Geschäftsjahres hat die Klimaschutzagentur und deren neutrale Kooperationspartner die Corona Pandemie trotz des Aufbaus neutraler Alternativen stark getroffen. Bestehende Beratungsangebote von bundesweiten bzw. landesweiten Kooperationspartnern konnten nicht mehr wie gewohnt durchgeführt werden. Aufgrund dieser unvorhersehbaren pandemischen Entwicklungen sind finanzielle Rückstände innerhalb der Klimaschutzagentur entstanden. Beratungsangebote der Energieberater konnten nicht wie gewohnt durchgeführt werden. Online-Alternativangebote mussten entwickelt werden, dabei standen Kreativität und Gesundheitsschutz im Vordergrund. Die Mitarbeitenden sind teilweise aus der gewohnten Arbeitsstruktur ins Homeoffice gegangen und die Projektplanung musste damit neu justiert werden. Geplante Informationsveranstaltungen oder der Klimaschutzbeirat konnte in Präsenz auf Grund der Pandemiebedingungen nicht durchgeführt werden. Die Geschäftstätigkeit der Klimaschutzagentur Landkreis Hildesheim gGmbH wird aktuell mit zwei Vollzeitäquivalenten umgesetzt. Das Personal ist beim Landkreis Hildesheim angestellt und in die Klimaschutzagentur Landkreis Hildesheim gGmbH abgeordnet. Die Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes sowie die Sensibilisierung und neutrale Beratung der regionalen Bevölkerung, der regionalen Wirtschaft und der kommunalen Körperschaften hinsichtlich des Klimaschutzes, der damit einhergehenden Energieeinsparung und -effizienz sowie des Einsatzes Erneuerbarer Energien wird weiterhin verfolgt. Die Relevanz und die Notwendigkeit der Klimaschutzaktivitäten werden im politischen und gesellschaftlichen Handeln immer mehr deutlich. Unterschiedlichste Gruppen aus der Zivilgesellschaft wenden sich an die gemeinnützige Klimaschutzagentur.

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Die Klimaschutzagentur Landkreis Hildesheim gGmbH ist eine gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Unternehmensgegenstand verfolgt unmittelbar einen gemeinwohlorien-

tierten und selbstlosen Zweck. Eine Gewinnerzielungsabsicht liegt nicht vor. Das Hauptgeschäftsfeld bilden die Projektinitiierung und Umsetzung, Informations- und Bera-tungsangebote sowie Netzwerk- und Öffentlichkeitsarbeit. Die umfangreichen Aufgaben der Or-ganisationsform werden weiterhin diese Aufgabenfelder bedienen. Aufgrund ihrer speziellen Ausrichtung und Aufgabenstellung ist die Klimaschutzagentur Landkreis Hildesheim gGmbH nur im geringen Maße üblichen Marktrisiken ausgesetzt. Das Aufsichtsgremium ist die Gesellschafterversammlung, bestehend aus einem Gesellschafter. Die operative Leitung erfolgt über einen Geschäftsführer. Des Weiteren berät ein politisches Grmium mit Vertretern aus dem Kreistag, der Gesellschafterrat, die Geschäftsführung und unterstützt die Arbeit der Klimaschutzagentur. Ebenfalls mit beratender Funktion der Geschäftsführung ist das offene Fachgremium, der Klimaschutzbeirat, eingerichtet, um allen im Klimaschutz tätigen Akteuren (Kommunen, Wissenschaftlichen Einrichtungen, Energieversorgungsunternehmen, Kreditinstituten, Kammern und Verbänden etc.) ein Beteiligungsforum zu bieten. Der angeschlossene Förderverein dient weiterhin beiden Landkreisen und ist ein verbindendes Element für die Klima-schutzbemühungen in den Landkreisen Hildesheim und Peine.

Ertragslage

Die Klimaschutzagentur Landkreis Hildesheim gGmbH generiert aus ihrer operativen Tätigkeit heraus keine Umsätze und somit auch keine Erträge. Die Umsetzung von Klimaschutzprojekten wird durch die Einlage vom Landkreis Hildesheim gedeckt. Im Rahmen einzelner Projekte werden zudem finanzielle Kostenbeteiligungen regionaler Unter-stützer/Kooperationspartner, wie der Klimaschutz und Energieagentur Niedersachsen (KEAN), eingeworben. Als unterstützende Organisation hat die Klimaschutzagentur Landkreis Hildesheim gGmbH einen eigenen eigenständigen Förderverein. Diese Gelder kommen der Projektfinanzierung der o.g. Projektschwerpunkte der gGmbH im Landkreis Hildesheim als auch im Landkreis Peine anteilig zu Gute.

Finanzlage

Die Klimaschutzagentur Landkreis Hildesheim gGmbH befindet sich in einer sehr stabilen Finanzlage.

Vermögenslage

Die Klimaschutzagentur ist liquide und verfügt zum 31. Dezember 2022 über ein nennenswertes Umlaufvermögen in Höhe von 279 TEUR, davon 279 TEUR flüssige Mittel.

Risikobericht

Auf Grund der oben beschrieben Aktivitäten und der grundsätzlichen Ausrichtung der Geschäftspolitik unterliegt die Klimaschutzagentur Landkreis Hildesheim gGmbH geringen Risiken. Operationelle Risiken werden durch interne Prozesse und die Zusammenarbeit mit Fachfirmen auf ein übliches Maß reduziert. Die Agentur ist nur im geringen Umfang üblichen Marktrisiken ausgesetzt.

Prognose

Künftig wird die Klimaschutzagentur Landkreis Hildesheim gGmbH in ihrer etablierten Organisationsform die Rolle als Initiator und Organisator bei der Umsetzung der Klimaschutzaktivitäten im Landkreis Hildesheim weiter ausbauen. Schwerpunktmäßig werden weiterhin Projekte im Handlungsfeld „Energieeffiziente Wohngebäude" angestrebt. In Planung befinden sich zudem Angebote, die den Themenbereichen „Mobilität", „Umweltbildung" und „Energieeffizienten Unternehmen" zugeordnet werden können. Die „Landwirtschaftsthematik" hat eine Kooperation mit der Landwirtschaftskammer **Niedersachsen** hervorgerufen. Das Team der

Klimaschutzagentur möchte das Bewusstsein für klimaschützendes und nachhaltiges Handeln und einen ressourcenschonenden Umgang stärken. Die aktuellen Entwicklungen zeigen, wie wichtig die regionalen Strukturen sind. Als verbindendes Element wird weiterhin der gemeinsame Förderverein aktiv bleiben.

Klimaschutzagentur Landkreis Hildesheim gGmbH
GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG vom 01.01.2022 bis 31.12.2022

	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
1. Umsatzerlöse	151.500,00	150.000,00
2. Gesamtleistung	**151.500,00**	**150.000,00**
3. sonstige betriebliche Erträge		
a) Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	2.000,00	0,00
b) übrige sonstige betriebliche Erträge	552,48	0,00
	2.552,48	0,00
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	5.158,78	2.290,49
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	2.119,44	**0,00**
	7.278,22	2.290,49
5. Abschreibungen		
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	4.196,39	12.673,93
6. sonstige betriebliche Aufwendungen		
a) Raumkosten	21,90	0,00
b) Versicherungen, Beiträge und Abgaben	6.269,15	5.992,95
c) Fahrzeugkosten	257,84	128,80
d) Werbe- und Reisekosten	40.846,98	3.325,81
e) verschiedene betriebliche Kosten	115.611,89	77.439,79
	163.007,76	86.887,35
7. Ergebnis nach Steuern	**20.429,89-**	**48.148,23**
8. Jahresfehlbetrag	**20.429,89**	**48.148,23-**
9. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	257.768,99	209.620,76
10. Bilanzgewinn	**237.339,10**	**257.768,99**

Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises

Durch Beschlüsse des Kreistages erhält die Klimaschutzagentur im Jahr 2026 einen Zuschussbetrag in Höhe von insgesamt 259.000 €. Dazu kommt ein Betrag in Höhe von 60.000 € durch die Auszahlung von Landesmitteln.

Hinweis: die Daten basieren auf dem Bericht über den Jahresabschluss der Gesellschaft für das Jahr 2022. Die Daten für das Jahr 2023 und 2024 liegen noch nicht vor.

Volkshochschule Hildesheim gGmbH

Gegenstand des Unternehmens und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Gegenstand der Gesellschaft ist der Betrieb einer Volkshochschule im Landkreis Hildesheim zur Förderung der außerschulischen Erwachsenen- und Jugendbildung. Die Gesellschaft will damit alle Maßnahmen fördern, die auf demokratischer Grundlage in freier, parteipolitisch ungebundener, religiös neutraler Bildungsarbeit Bürgerinnen und Bürgern, besonders in der Region Hildesheim dabei helfen, sich durch allgemeine, berufliche, persönliche, soziale und kulturelle Bildung zur Teilhabe, Mitverantwortung und Mitbestimmung im Leben zu befähigen. Dabei stellt die Gesellschaft sicher, dass das Angebot für die Bürgerinnen und Bürger, die ihren Wohnsitz im so genannten „ländlichen Raum“ haben, auch langfristig nicht geschwächt, sondern gestärkt wird.

Die Gesellschaft nimmt den gesetzlichen Auftrag nach dem Niedersächsischen Erwachsenenbildungsgesetz in der jeweils aktuellen Fassung wahr. Sie fördert die außerschulische Erwachsenen- und Jugendbildung durch allgemeine, kulturelle, berufliche und politische Bildung. Sie übernimmt damit wesentliche Aufgaben ihrer Gesellschafter (Hildesheimer Volkshochschule e. V. und Landkreis Hildesheim Holding GmbH). Der Zugang zu den Veranstaltungen der Gesellschaft ist dabei für jeden offen, unabhängig von Geschlecht, Staatsangehörigkeit, politischer, weltanschaulicher und religiöser Anschauung und gesellschaftlicher und beruflicher Stellung.

Zur Erfüllung ihrer Aufgaben ist die Gesellschaft zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann. Sie kann sich nach Maßgabe ihres Vertrages an anderen Einrichtungen beteiligen, weitere Einrichtungen schaffen und Interessengemeinschaften eingehen. Sofern durch die Schaffung neuer Einrichtungen wirtschaftliche Geschäftsbetriebe im Sinne des § 14 Abgabenordnung (AO) entstehen, ist dies nur zulässig, sofern der Status der Gemeinnützigkeit nicht gefährdet ist. Die Gesellschaft unterhält Geschäftsräume in Hildesheim, Sarstedt und Alfeld.

Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 50.000,00 €.
Auf das Stammkapital hat die Landkreis Hildesheim Holding GmbH eine Stammeinlage von 25.000,00 € (Anteil 50 %) übernommen. Der Landkreis Hildesheim hat ebenfalls durch Anteilserwerb im Jahr 2025 eine Stammeinlage in Höhe von 25.000,00 € (Anteil 50 %) übernommen.

Anteilsbesitz

Die Volkshochschule Hildesheim gGmbH hält sämtliche Geschäftsanteile (25.000 €) der Gemeinnützigen Gesellschaft für berufliche Bildung in Hildesheim (GGBHmbH).

Zusammensetzung der Organe

Aufsichtsrat

Landrat Bernd Lynack
Frau Waltraud Friedemann
Frau Gabriele Ruddigkeit
Frau Ute Bertram

Gesellschafterversammlung

Die Aufgaben der Gesellschafterversammlung sind in § 11 des Gesellschaftsvertrages festgelegt.

Die Landkreis Hildesheim Holding GmbH wird in der Gesellschafterversammlung der Volkshochschule Hildesheim gGmbH gemäß Kreistagsbeschluss von Frau Kreisverwaltungsrätin Christina Grella vertreten. Stellvertreterin ist Frau Kreisamtsrätin Kerstin Zingler.

Beirat

Die Landkreis Hildesheim Holding GmbH hat aufgrund eines entsprechenden Votums des Kreistages folgende Personen berufen:

KTA Herrn Andreas Arlt	Gruppe
KTA Herr Dietmar Schellhammer	Gruppe
KTA Frau Gabriele Ruddigkeit	Gruppe
KTA Annette Mikulski	CDU
KTA Herr Ramon Herbst	CDU

Geschäftsführung

Die Gesellschaft wird gemäß § 6 des Gesellschaftsvertrages durch einen/eine oder zwei Geschäftsführer/ -innen vertreten. Die Geschäftsführerin war bis zum 13.06.2024 Frau Christin Eschmann, seit dem 13.06.2024 ist der Geschäftsführer Sebastian Kurz.

Vermögenslage

	31 Dezember 2024		31 Dezember 2023		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	
Aktiva						
Anlagevermögen						
immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	365	15,5	406	17,7	-41	-10,1
Finanzanlage	25	1,1	25	1,1	0	0,0
	390	16,6	431	18,8	-41	-9,5
Umlaufvermögen						
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	879	37,3	865	37,7	14	1,6
Forderungen im Verbundbereich	0	0,0	2	0,1	-2	-100,0
Sonstige Vermögensgegenstände	98	4,2	248	10,8	-150	-60,5
	977	41,5	1.115	48,6	-138	-12,4
Flüssige Mittel	965	41,0	750	32,7	215	28,7
	1.942	82,4	1.865	81,2	77	4,1
Rechnungsabgrenzungen	24	1,0	0	0,0	24	0,0
Vermögen	2.356	100,0	2.296	100,0	60	2,6

	31. Dezember 2024		31.Dezember 2023		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	4)/0	TEUR	
PASSIVA						
Eigenkapital						
Gezeichnetes Kapital	50	2,1	50	2,2	0	0,0
Kapitalrücklage	400	17,0	400	17,4	0	0,0
Zweckgebundene Rücklage	953	40,4	958	41,7	-5	-0,5
Bilanzgewinn	27	1,1	-5	-0,2	32	0,0
	1.430	60,7	1.403	61,1	27	1,9
Rückstellungen						
Sonstige	404	17,1	378	16,5	26	6,9
Verbindlichkeiten						
Lieferantenverbindlichkeiten	385	16,3	330	14,4	55	16,7
Verbindlichkeiten im Verbundbereich	0	0,0	2	0,1	-2	-100,0
Sonstige Verbindlichkeiten und Rechnungsabgrenzung	137	5,8	183	8,0	-46	-25,1
	522	22,2	515	22,4	7	1,4
Kapital	2.356	100,0	2.296	100,0	60	2,6

Ertragslage

	2024		2023		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	
Umsatzerlöse	3.875	52,8	3.318	47,3	557	16,8
Erhaltene Zuschüsse	3.386		3.627		-241	-6,6
sonstige Erträge	81	1,1	74	1,1	7	9,5
Gesamtleistung	**7.342**	**100,0**	**7.019**	**100,0**	**323**	**4,6**
Bildungsaufwand	-2.587	-35,2	-2.262	-32,2	-325	14,4
Personalaufwand	-3.677	-50,1	-3.654	-52,1	-23	0,6
Abschreibungen	-60	-0,8	-88	-1,3	28	-31,8
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.002	-13,6	-1.061	-15,1	59	-5,6
Betriebsergebnis	**16**	**0,2**	**-46**	**-0,7**	**62**	**-134,8**
Finanzergebnis	11	0,1	6	0,1	5	83,3
Jahresergebnis	**27**	**0,4**	**-40**	**-0,6**	**67**	**-167,5**

Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2024

		2024	2023
		EUR	EUR
1.	Umsatzerlöse	7.260.698,08	6.945.184,51
2.	Sonstige betriebliche Erträge	81.744,53	73.752,85
		7.342.442,61	7.018.937,36
3.	Bildungsaufwendungen		
	a) Aufwendungen für Lehr- und Lernmittel sowie sonstige Projektkosten	-404.601,08	-373.671,00
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-2.182.488,68	-1.888.505,61
		-2.587.089,76	-2.262.176,61
4.	Personalaufwand		
	a) Löhne und Gehälter	-2.967.796,03	-2.963.320,54
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-709.580,94	-690.333,68
	(davon für Altersversorgung: -)		
		-3.677.376,97	-3.653.654,22
5.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-60.362,63	-87.900,25
6.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.001.981,02	-1.061.478,61
7.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	13.976,91	6.951,56
	(davon von verbundenen Unternehmen:)		
8.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-2.493,10	-599,42
	(davon von verbundenen Unternehmen:)		
9.	Jahresüberschuss	27.116,04	-39.920,19
10.	Ergebnisvortrag	-4.620,19	4.402,50
11.	Entnahme aus der zweckgebundenen Rücklage	4.620,19	35.300,00
12.	Einstellung in die zweckgebundene Rücklage	0,00	-4.402,50
13.	Bilanzgewinn	27.116,04	-4.620,19

Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises

Aufgrund seines im Jahre 2025 erworbenen Gesellschafteranteils, ist für das Haushaltsjahr 2026 vorgesehen, dass der Landkreis Hildesheim i.H.v 300.000 € an die Volkshochschule gGmbH entrichtet.

Assoziierte Aufgabenträger:

Zweckverband Abfallwirtschaft (ZAH)

Gegenstand des Unternehmens und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Landkreis und die Stadt Hildesheim haben 1993 den ZAH gegründet. Gemäß § 4 der Verbandsordnung nimmt der ZAH für die beiden Verbandsmitglieder sämtliche Aufgaben der entsorgungspflichtigen Körperschaft wahr. Hierzu zählen insbesondere das Einsammeln, Befördern sowie die Verwertung und Entsorgung des im Verbandsgebiet anfallenden Abfalls und Wertstoffe, die Schaffung von Einrichtungen zur Verwertung von Abfällen aus Gewerbe und Haushaltungen sowie die Abfallberatung.

Insgesamt entsorgt der ZAH im Verbandsgebiet in zwölf Gemeinden und Samtgemeinden, in sechs Städten des Landkreises Hildesheim sowie in der Stadt Hildesheim. Der ZAH unterhält eine Deponie der Klasse II (Zentraldeponie Heinde), eine Umschlaghalle und fünf Recyclinghöfe sowie vier Bauschuttdeponien und ein Kompostwerk.
Ferner übernimmt der ZAH als Subunternehmer für Dritte im Rahmen des Dualen Systems (DSD) die Erfassung und Anlieferung der Mengen an Leichtverpackungen sowie die Beschaffung und Verteilung der notwendigen Säcke und Behälter.

Beteiligungsverhältnisse

Durchschnittlich besitzt der Landkreis 64 % vom Eigenkapital (= 315.906,00 €) und die Stadt Hildesheim 36 % Eigenkapital (= 177.702,13 €).

Nach der Einwohnerstatistik im Juni eines Jahres errechnet sich für Stadt und Landkreis der prozentuelle Anteil jährlich neu."

Anteilsbesitz

Im Schnitt hat der Landkreis = 64 % vom Eigenkapital (= 315.906,00 €) und die Stadt 36 % Einwohner (= 177.702,13 €).

Nach der Einwohnerstatistik im Juni eines Jahres errechnet sich für Stadt und Landkreis der prozentuelle Anteil jährlich neu.

Zusammensetzung der Organe

Verbandsgeschäftsführer: Herr Jens Krüger

Verbandsversammlung

Verbandsversammlung: für den Landkreis Hildesheim Herr Landrat Bernd Lynack.
Stellvertreterin ist Frau Erste Kreisrätin Evelin Wißmann

Verbandsausschuss

Der Verbandsausschuss besteht aus je 8 Mitgliedern des Rats der Stadt Hildesheim und des Kreistages des Landkreises Hildesheim sowie aus jeweils zwei vom Hauptverwaltungsbeamten der vertretenen kommunalen Körperschaften zu bestimmenden Vertretern der Verwaltung des jeweiligen Mitglieds.

Für den Landkreis hat der Kreistag folgende Mitglieder entsandt:

KTA Herr Heinz Hodur	Gruppe
KTA Frau Evelyn Witt	Gruppe
KTA Herr Egbert Homeister	Gruppe
KTA Marek Fink	Gruppe
KTA Frau Dr. Susanne Weber	Gruppe
KTA Herr Dirk Bettels	CDU
KTA Herr Dr. Thomas Bruns	CDU
KTA Herr Ramon Herbst	CDU

Vertretung der Kreisverwaltung:

Frau Erste Kreisrätin Evelin Wißmann, Vertreter ist Herr Kreisoberamtsrat Gerald Bälkner

Frau Kreisverwaltungsrätin Christina Grella, Vertreterin ist Frau Kreisamtsrätin Kerstin Zingler

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Unternehmen und rechtliche Rahmenbedingungen

Der ZAH nimmt für seine Verbandsmitglieder Stadt Hildesheim und Landkreis Hildesheim die Aufgaben als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger seit dem 1. Januar 1994 wahr. Hierzu zählen insbesondere das Einsammeln, Befördern sowie die Verwertung und Entsorgung des im Verbandsgebiet anfallenden Abfalls, die Schaffung von Einrichtungen zur Verwertung von Abfällen aus Gewerbe und Haushaltungen sowie die Abfallberatung. Die Aktualisierung des Abfallwirtschaftskonzept wurde im April 2024 dem Verbandsausschuss vorgestellt. Derzeit werden die Träger öffentlicher Belange beteiligt. Es ist geplant, einen Beschluss des Verbandsausschusses im November 2024 zu erzielen. Im Berichtsjahr war die Abfallentsorgungssatzung in der Fassung der 12. Änderungssatzung gültig. Grundlage der Gebührenerhebung für die Restabfall- und Bioabfallbehälter, für Sonderleistungen der Abfallentsorgung (wie die Abfuhr von Abfallcontainern und die Selbstanlieferung von Abfällen) sowie die Entsorgung von Sonderabfallkleinmengen ist die jeweils geltende Abfallgebührensatzung. Sonstige Leistungen werden nach der jeweils gültigen Satzung über die Erhebung von Verwaltungskosten bzw. der Entgeltliste berechnet. Die Gebührenveranlagung und der Gebühreneinzug werden vom ZAH durchgeführt. Gemäß § 18 der Verbandssatzung sowie unter Beachtung des Niedersächsischen Kommunal-abgabengesetz (NKAG) arbeitet der Verband ohne Gewinnerzielungsabsicht, d.h. mittelfristig sind die aus den gebührenpflichtigen Bereichen erzielten Gebührenüber- und -unterdeckungen auszugleichen.

Rahmenbedingungen zur Abfuhr, Entsorgung und Verwertung von Abfällen

Das Verbandsgebiet umfasst 12 Gemeinden und Samtgemeinden sowie sechs Städte im Landkreis Hildesheim sowie die Stadt Hildesheim, in denen insgesamt ca. 278.000 Einwohnerinnen und Einwohner leben (Stand 31.12.2023). Der Verband betreibt im Entsorgungsgebiet eine Hausmülldeponie (Zentraldeponie Heinde), auf der auch die entsprechenden Einrichtungen zur Sickerwasserklärung, Deponiegaserfassung, zur Annahme und Zwischenlagerung von Schadstoffen sowie eine Müllumschlagstation und ein Recyclingzentrum betrieben werden. Das Deponiefeld Hoersten-West verfügt über eine Basisdichtung, so dass hier unverändert Abfälle abgelagert werden können. Die Rekultivierungsmaßnahmen für zwei sogenannte Altkörper auf der Zentraldeponie sind bereits abgeschlossen. Das noch zur Verfügung stehende Deponiefeld wurde

bereits teilabgedeckt. Durch diese Maßnahmen wird der Niederschlagswassereintrag in die Deponiekörper verringert und führt dauerhaft zu einer rückläufigen zu reinigenden Sickerwassermenge. Für die Selbstanlieferung von Kleinmengen aus privater Herkunft hat der ZAH fünf Wertstoffhöfe (Alfeld, Elze, Hildesheim, Lamspringe, Sarstedt) errichtet. Ferner steht den Bürgern ein Kleinanlieferplatz im Eingangsbereich der Zentraldeponie für die Anlieferung zur Verfügung. Des Weiteren werden zwei Bauschuttdeponien und ein Kompostwerk im Entsorgungsgebiet durch Dritte betrieben. Neben den erforderlichen Geräten und Fahrzeugen für den Betrieb der Zentraldeponie unterhält der ZAH zur Einsammlung der gemischten Siedlungsabfälle und des Sperrmülls, der biologisch abbaubaren Abfälle (Bioabfall) sowie der Wertstoffe am Betriebsstandort in Groß Düngen einen umfangreichen Fuhrpark. Für die Abfuhr von Fäkalien sowie die Spülung von Kanalnetzen in den Gemeinden und Städten des Landkreises hält der ZAH entsprechend seiner satzungsgemäßen Aufgaben auch entsprechend ausgestattete Spezialfahrzeuge vor. Für die Betankung aller Fahrzeuge und Maschinen unterhält der ZAH zwei eigene Betriebstankstellen auf dem Betriebshof in Groß-Düngen und auf dem Gelände der Zentraldeponie Heinde. Aufgrund der gesetzlichen Vorgaben und des nur noch eingeschränkt zur Verfügung stehenden Ablagerungsvolumens auf der Zentraldeponie werden die gemischten Siedlungsabfälle und sonstigen brennbaren Abfälle seit 1998 der thermischen Verwertung zugeführt. Die in 2023 vom ZAH angelieferte Menge zur Verbrennungsanlage mit 54.424 t (Vorjahr 54.062 t) nahm im Vergleich zum Vorjahr leicht zu. Auf der Zentraldeponie wurden 394 t (Vorjahr 397 t) abgelagert. Weitere 135 t (Vorjahr 130 t) wurden zur Fremddeponierung abgegeben. Die vor allem aus der Abfuhr der Restmülltonnen stammenden Siedlungsabfälle aus privater Herkunft von rd. 43.800 t lagen um rd. 2.400 t über dem Aufkommen des Vorjahres. Der ZAH nutzt eine auf dem Deponiegelände vorhandene Recyclinghalle und -fläche (kurz: RZH) als Umschlag- und Zwischenlagerfläche für Bauschutt, Baustellenabfälle, A Ill und A IV Holz, für stoffgleiche Nichtverpackungen (Kunststoffe), für Sperrmüll, für Dachpappe, für Straßenaufbruch, für Grünschnitt und seit Anfang 2022 für die Sortierung und Bereitstellung von Altpapier und - pappe sowie Kartonagen (PPK) für die Systemanbieter. Der aus der haushaltsnahen Abfuhr stammende Sperrmüll wird seit April 2018 bei der PreZero Service Mitte GmbH & Co. KG, Hannover, behandelt und stofflich verwertet. Die Anlieferung des Sperrmülls und die Breitstellung zum Abtransport nach Hannover findet im RZH statt. Dieser Vertrag lief zum 28. Februar 2023 aus. Nach der europaweiten Ausschreibung hat PreZero erneut den Zuschlag erhalten. Der Vertrag hat eine Laufzeit vom 1. März 2023 bis 28. Februar 2025. Der auf den Wertstoffhöfen angelieferte Sperrmüll wird von den Mitarbeitern des ZAH stofflich getrennt. Die enthaltenen Holzmengen werden einer gesonderten Verwertung, getrennt nach A Ill Lind A IV Holz, zugeführt. Bei der Vermarktung des Altholzes führt der ZAH aufgrund der stark wechselnden Verwertungspreise quartalsweise eine Angebotsabfrage durch. Die Umsetzung des Elektro- und Elektronikgerätegesetzes (ElektroG), das die Erfassung von Elektroaltgeräten regelt, erfolgt seit 2007 problemlos. Die kostenlose Rücknahme der Geräte erfolgt über die VVertstoffhöfe sowie im Zuge der haushaltsnahen Sperrmüllentsorgung. Der ZAH führt seit 2007 die Eigenvermarktung der „weißen Ware" sowie seit 2008 für Kleingeräte und der Bildschirmgeräte durch. Die weiteren Elektrogruppen werden durch Fremdfirmen entsorgt. Die über die Abfuhr der Biotonnen sowie die kostenfreien Baum- und Strauchschnittaktionen gesammelten Mengen von insgesamt 33.381 t (Vorjahr: 31.250 t) wurden zur biologischen Verwertung an das Kompostwerk der Bioenergiezentrum Hildesheim GmbH, Hildesheim, übergeben. Die Sammlung der Fraktion PPK führt der ZAH unverändert in eigener Regie durch. Durch die Einführung der Altpapiertonne sowie die auf den Wertstoffinseln und Wertstoffhöfen zur Verfügung gestellten Depotcontainer haben die Bürger die Möglichkeit, Altpapier kostenfrei zu entsorgen. Die im Wirtschaftsjahr 2023 gesammelte Menge blieb mit 17.824 t (Vorjahr 18.593 t) hinter der Menge des Vorjahres zurück.

Seit Beginn des Wirtschaftsjahres 2022 machen die Systemanbieter von ihrem Recht auf die körperliche Herausgabe der ihnen zustehenden Anteile an dem PPK-Aufkommen Gebrauch. Die Umstellung vom gelben Sack auf ein Tonnensystem ab 2023 ist vom Verbandsausschuss des ZAH im Mai 2021 politisch beschlossen worden. Im Rahmen der Vorbereitung für die Ausschreibung der Einsammlung der LVP für die Jahre 2023 bis 2025 haben die Systemanbieter der Einführung der „Gelben Tonne" im Gebiet des Landkreises Hildesheim und der Stadt Hildesheim nach dem Zurückziehen des Klageverfahrens zugestimmt. Die Beschaffung der gelben Tonnen sowie deren Erstauslieferung an die Grundstückseigentümer obliegt den beauftragten Unternehmen. Dieses sind im Landkreis Hildesheim die Fa. Remondis, Kiel, sowie in der Stadt Hildesheim die Fa. RMG Rohstoffmanagement GmbH, Hannover. Mit beiden Firmen konnte sich der ZAH insoweit einigen, dass die Leerung der Gelben Tonnen über den ZAH erfolgt. Für die Ermittlung des Tonnenbedarfs hat der ZAH die Grundstückseigentümer mit Versand der Gebührenbescheide für das Wirtschaftsjahr 2022 aufgefordert das von ihnen gewünschte Tonnenvolumen (120 I, 240 I bzw. 1,1 m3) bis zum 31. August 2022 anzumelden. Nach einer Übergangszeit, in der auch noch „Gelbe Säcke" für die Sammlung zugelassen waren, sammelt der ZAH nunmehr die Leichtverpackungen ausschließlich über die Gelbe Tonne. Die Leerung der gelben Tonne erfolgt seit dem 1. Januar 2023 im vierwöchentlichen Rhythmus. Die transportierte LVP-Tonnage in 2023 mit insgesamt 8.493 t (Vorjahr 8.610 t) lag leicht unter Vorjahresniveau. Die Aufgaben der Sammlung und Verwertung von Altglas werden derzeit von Remondis, durchgeführt. Das Altglas wird im Bringsystem über das sogenannte lglosystem auf den Wertstoffinseln sowie auf den Wertstoffhöfen erfasst. Darüber hinaus ist der ZAH in die Sanierungsmaßnahmen der sogenannten Altlasten des Landkreises Hildesheim und der Stadt Hildesheim sowie die Nachsorgemaßnahmen für zwei ehemalige Hausmülldeponien des Landkreises (Lechstedt, Doershelf) eingebunden. Der ZAH hat bis zum Wirtschaftsjahr 2018 einen Lenkungszuschlag auf die Abfallgebühren erhoben und diesen einer zweckgebundenen Rückstellung zugeführt. Hieraus erstattet der ZAH dem Landkreis und der Stadt ihre jährlich verauslagten Aufwendungen. Die Erhebung des Lenkungszuschlags ist durch die Beschlüsse des Verbandsausschusses vom 28. Oktober 2019 und der Verbandsversammlung vom 18. Dezember 2019 bis auf weiteres ausgesetzt. Durch die Übernahme der Sickerwasserklärung sowie von Überwachungstätigkeiten werden die Verbandsmitglieder bei der Überwachung der Altlasten durch den ZAH unterstützt.

Angaben zum Geschäftsverlauf des Wirtschaftsjahres 2023

Die Auswirkungen auf den Geschäftsverlauf durch den bestehenden Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine sind seitens des ZAH immer noch zu spüren. Trotz der Lieferengpässe konnte sichergestellt werden, dass die dem ZAH von den Verbandsmitgliedern in § 4 der Verbandsordnung auferlegte Geschäftstätigkeit jederzeit voll erfüllt werden konnte. Die Erhöhung der Mautgebühren führen beim ZAH zu wirtschaftlich erhöhten Aufwendungen. Diese Erhöhung werden in den nächsten Jahren weiterhin berücksichtigt werden müssen. Der Transport der Abfälle mit eigenem Personal und geleasten Fahrzeugen zur thermischen Verwertung nach Hameln verlief ebenso reibungslos wie die Wahrnehmung der Aufgaben zur Einsammlung von Papier, Pappe und Kartonagen, der Sammlung und des Transportes der „Gelben Tonne" sowie die Erfassung und Verwertung im Rahmen des Elektro- und Elektronikgerätegesetzes. Die im Vorjahr vorgenommene Verdoppelung der wöchentlichen Leerungshäufigkeit der auf den VVertstoffinseln bereitgestellten PPK-Container wurde beibehalten. Ursache ist weiterhin der erhöhte Volumenverbrauch durch den stark gestiegenen Anteil der Kartonagen. Seit 1. Januar 2015 ist die Biotonne oder die Selbstkompostierung gesetzlich vorgeschrieben. Der ZAH macht von der rechtlichen Möglichkeit Gebrauch, die Eigenkompostierung der Grundstückseigentümer vor Ort zu

überprüfen. Der Anschlussgrad der Biotonnen hat sich seither weiter erhöht. Die Umstellung vom gelben Sack auf ein Tonnensystem ab 2023 ist gänzlich umgesetzt worden.

Leistungsindikatoren

Als Dienstleistungsunternehmen in der Abfallentsorgung wird das Geschäft im Wesentlichen durch finanzielle Leistungsindikatoren auf Basis des Wirtschaftsplanes gesteuert. Diese umfasseh vor allem die Größen „Ergebnis der Geschäftstätigkeit" und „Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit". Dabei ist zu berücksichtigen, dass die finanziellen Leistungsindikatoren durch die Vorschriften des NKAG sowie die satzungsgemäße Aufgabenstellung, ohne Gewinnerzielungsabsicht zu wirtschaften, stark reglementiert sind. Statt des im Wirtschaftsplan 2023 prognostizierten negativen Jahresergebnisses von T€ 468 wurde ein Jahresüberschuss von T€ 274 erwirtschaftet. Die erzielten Umsatzerlöse blieben um T€ 531 hinter dem Planansatz von T€ 28.121 zurück. Während die Gebühren und Entgelte aus dem hoheitlichen Bereich die Planansätze im Saldo um T€ 367überstiegen, blieben die Erträge aus dem Bereich der sonstigen Umsatzerlöse im Saldo um T€ 898 hinter den Planansätzen zurück. Hier wirkten sich vor allem die um T€ 384 geringeren Erstattungen aus der gewerblichen Tätigkeit im Rahmen des Dualen Systems sowie die um T€ 547 niedrigeren Erträge aus der Veräußerung von Wertstoffen aus. Durch den deutlichen Rückgang der Vermarktungspreise für die Fraktion PPK blieben die Erträge um T€ 847 unter dem Planansatz. Aus der Vermarktung von AIII- und AIV-Holz wurden Mehrerträge von T€ 355 erzielt. Bei den sonstigen betrieblichen Erträgen liegen die erzielten Erträge um T€ 118 über dem Planansatz. Hier machten sich insbesondere höhere Erträge aus der Veräußerung von Sachanlagen (T€ +69), Förderschüsse (T€ +38) sowie aus der Auflösung von Rückstellungen (T€ 22) bemerkbar. Die Erstattungen aus der Schadenregulierung blieben um T€ 36 hinter dem Planansatz zurück. Bei den betrieblichen Aufwendungen fielen gegenüber der Planung im Saldo Mehraufwendungen von TE 469 an. Bei dem Personalaufwand (T€ +505), den Abschreibungen (T€ +16) sowie den sonstigen betrieblichen Aufwendungen (T€ +95) wurden die Planansätze überschritten. Der Materialaufwand blieb dagegen um T€ 147 hinter dem Planansatz zurück. Bei dem Materialaufwand blieben die Aufwendungen für die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für Waren um 1€ 55 sowie die Aufwendungen für bezogene Leistungen um T€ 92 hinter den Planansätzen zurück. Durch die rückläufigen Bezugspreise fielen gegenüber dem Planansatz um T€ 255 niedrigere Aufwendungen für Treibstoffe an. Für die Ausgabe des Restbestandes der „gelben Säcke" fielen nicht geplante Aufwendungen von T€ 72 an. Mehraufwand fiel vor allem für die Beschaffung von Ersatzteilen und Reifen für den Fuhrpark (T€ +142) sowie für die Betriebskosten der Deponie (T€ +64) an. Bei den bezogenen Leistungen blieben insbesondere die Aufwendungen für die Sortierung und Vermarktung von Altpapier (T€ -397), für die thermische Verwertung der Restabfälle (T€ -205) sowie für Fremdfahrzeuge (T€ -165) hinter den veranschlagten Aufwendungen zurück. Höhere Aufwendungen fielen vor allem für Leiharbeiter (T€ +366), den Fuhrpark (T€ +205) sowie die Schadstoffbeseitigung (T€ +63) an. Der Personalaufwand überstieg den veranschlagten Planansatz von T€ 10.400 um T€ 505. Ausgewirkt hat sich vor allem die nicht geplante Auszahlung der Inflationsausgleichsprämie von T€ 482 sowie die Gewährung von Personalnebenleistung mit T€ 58. Ferner stand der geplanten Abnahme der Personalrückstellungen um T€ 49 eine Zunahme von T€ 50 gegenüber. Aufgrund der Senkung des Beitragssatzes zur VBL ergaben sich gegenüber der Planung um T€ 81 geringere Aufwendungen. Von den überplanmäßigen Aufwendungen für die sonstigen betrieblichen Aufwendungen (T€ +95) entfallen vor allem T€ 83 auf Öffentlichkeitsarbeit, T€ 38 auf Aus- und Fortbildung sowie T€ 31 auf den IT-Bedarf. Dagegen fiel der Aufwand für Schadenfälle um TE 68 geringer aus. Statt des geplanten negativen Finanzergebnisses von T€ 115 wurde ein positives Ergebnis von T€ 1.054

erzielt. Die Beteiligungserträge überstiegen den Planansatz von T€ 16 um T€ 4. Statt des geplanten Zinsaufwands aus der Aufzinsung der Rückstellungen für Altersteilzeit-, Rekultivierungs- und Nachsorgeverpflichtungen von T€ 131 ergaben sich vor allem durch die gestiegenen Zinssätze ertragswirksame Zinsen von T€ 903. Darüber hinaus wurden aus Geldanlagen wieder Zinserträge von T€ 129 erzielt. Dem Jahresüberschuss von T€ 274 (Planansatz: Jahresfehlbetrag T€ 468) und den Abschreibungen von T€ 2.810 (Planansatz: T€ 2.794) standen die im Saldo um T€ 1.310 (Planansatz: Abnahme T€ 470) rückläufigen langfristigen Rückstellungen gegenüber. Der sich hieraus ergebende Cash Flow von T€ 1.774 bleibt hinter dem Planansatz von T€ 1.856 zurück. Beim Betrieb sämtlicher Anlagen gelten hohe Arbeits-, Umwelt- und Gesundheitsstandards, um Unfallgefahren zu reduzieren und arbeitsbedingte Erkrankungen zu vermeiden. Hierzu finden regelmäßige arbeitsmedizinische Untersuchungen, Sicherheitsbelehrungen sowie Kontrollen mit dem Ziel statt, die Gesamtzahl aller Unfälle und die Gesundheitsgefährdungen zu senken.

Ertragslage

Bei der Entwicklung der Ertragslage ist zu berücksichtigen, dass die Gebührensätze in den Bereichen der Einsammlung des Restabfalls sowie des Bioabfalls zuletzt zum 1. Januar 2018 gesenkt wurden. Ziel der Gebührensenkungen ist, die Gebührenüberdeckungen aus Vorjahren gemäß den Vorschriften des NKAG abzubauen bzw. nicht weiter ansteigen zu lassen. Statt des geplanten Jahresfehlbetrags von T€ 468 schließt das Wirtschaftsjahr 2023 mit einem Jahresüberschuss von T€ 274. Hierin enthalten ist der Jahresüberschuss aus der Vermarktung von Elektrizität aus dem BHKW von T€ 22 (Vorjahr: Jahresüberschuss T€ 74) sowie der Jahresfehlbetrag aus den wirtschaftlichen Tätigkeiten im Rahmen des Dualen Systems von T€ 54 (Vorjahr: Jahresfehlbetrag von T€ 53). Die Ertragslage ist weiterhin durch die unveränderten Gebührensätze geprägt. Dabei ist zu beachten, dass sich die aus der Gebührennachkalkulation 2023 ergebenden Gebührenunter-deckungen aus den Bereichen Restmüll und Bioabfall durch entsprechende Entnahmen aus den sonstigen Rückstellungen zu Gunsten der Umsatzerlöse ausgeglichen wurden. Die betrieblichen Erträge verringerten sich um T€ 883 auf T€ 28.237. Dagegen nahmen die betrieblichen Aufwendungen um T€ 30 auf T€ 28.944 zu. Das sich hieraus ergebende negative Betriebsergebnis von T€ 708 konnte durch das positive Finanzergebnis von T€ 1.054 mehr als ausgeglichen werden, so dass ein Ergebnis der Geschäftstätigkeit von T€346 verblieb. Die Umsatzerlöse verringerten sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 895 auf T€ 27.590. Sie werden im Wesentlichen aus Gebühreneinnahmen, Erstattungen aus den Wertstoffsammlungen und Nebenleistungen im Rahmen des Dualen Systems, Erlösen aus Kanalreinigungen und der Fäkalienbeseitigung, der Containerabfuhr, sonstigen Verkaufserlösen sowie aus Vermietung und Verpachtung erzielt.

Angaben zu den Umsatzerlösen aus Gebühren und Entgelten

	2023	2022
Restabfallgebühren	13.299	12.897
Bioabfallgebühren	5.814	6.015
Deponiegebühren und -entgelte	1.903	1.918
Selbstanlieferer zu den Wertstoffhöfen	585	539
Selbstanlieferer Kompostwerk	247	203
Gebühren für Restabfall- und Biosäcke	108	103
Schadstoffentsorgung	44	35
	22.000	**21.710**

Die Zunahme der Erträge aus Restabfallgebühren um T€ 338 auf T€ 12.958 resultiert bei gegenüber dem Vorjahr unveränderten Gebührensätzen aus der im Jahresdurchschnitt um 142 auf 88.297 gestiegenen Anzahl der zu leerenden Behälter. Das den Grundstückseigentümern und Gewerbebetrieben zur Verfügung gestellte Behältervolumen erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 10,1 Mio. rn3 auf 299,9 Mio. m3. Zu bemerken ist, dass die Gebührenpflichtigen unverändert an dem Trend zur Umstellung der Abfallbehälter auf ein kleineres Volumen sowie auf die Umstellung einer geringeren Leerungshäufigkeit festhalten. Die sich aus der Nachkalkulation 2023 ergebende Gebührenunterdeckung von T€ 341 (Vorjahr T€ 276) wurde durch eine entsprechende Entnahme aus der Rückstellung für Gebührenüberdeckungen ausgeglichen. Bei unveränderten Gebührensätzen blieben die Erträge aus Bioabfallgebühren mit T€ 5.750 auf Vorjahresniveau. Durch die im Durchschnitt um 112 auf 62.423 gestiegene Anzahl der zu leerenden Behälter nahm das den Grundstückseigentümern zur Verfügung stehende Behältervolumen um 0,5 Mio. rn3 auf 148,4 Mio. rn3 zu. Die sich aus der Nachkalkulation 2023 ergebende Gebührenunterdeckung von T€ 64 (Vorjahr T€ 265) wurde durch eine entsprechende Entnahme aus der Rückstellung für Gebührenüberdeckungen ausgeglichen. Die Erträge aus Deponiegebühren und -entgelten blieben auf Vorjahresniveau. Dabei ist zu beachten, dass von dem Vorjahreswert T€ 42 auf periodenfremde Erträge entfielen.Die Erträge aus den Anlieferungen zu den Wertstoffhöfen fielen im Saldo um T€ 46 höher aus. Zu bemerken ist, dass die Gebührensätze und die Entgelte nahezu unveränderten blieben. Die Zunahme der Erlöse aus den Selbstanlieferungen zum Kompostwerk beruht auf gestiegenen Anlieferungsmengen. Auch die Erträge aus der Abgabe von Restabfall- und Biosäcken sowie aus der Schadstoffentsorgung nahmen zu.

Dem Gebührenaufkommen standen folgende **Abfallmengen** gegenüber:

	2023	**2022**
	Tonnage	**Tonnage**
Abfallart		
Gemischte Siedlungsabfälle	43.802	43.556
Gemischte Materialien (brennbare Abfälle)	1.161	967
Bau- und Abbruchabfälle, Steine und Beton	2.609	2.937
Abfälle aus der Wasseraufbereitung	392	382
Gartenabfälle	176	71
Produktionsspezifische Abfälle	1.702	1.680
Sonstige	5.820	5.465
	55.662	**55.058**
An das Kompostwerk gelieferte Mengen		
aus der Biotonnenabfuhr und Sonderaktionen	29.705	28.110
durch Selbstanlieferer (incl. Container ZAH)	3.675	3.139
	89.042	**86.307**

Angaben zu den sonstigen Umsatzerlösen

	2023	**2022**
	T€	**T€**
Erstattungen aus gewerblichen Tätigkeiten im Rahmen des DSD	3.356	3.457
Verkaufserlöse Wertstoffe	1.403	2.406
Erlöse Containerabfuhr	323	298
Erlöse Kanalreinigung und Fäkalienbeseitigung	218	204
Erlöse aus Energieverkauf	57	162
Mieten und Pachten	91	135
Sickerwasserklärungen	89	61
Übrige	53	53
	5.590	**6.776**

Die Erstattungen aus den Tätigkeiten im Rahmen des Dualen Systems verringerten sich im Saldo TE 101. Die Direktentgelte die der ZAH von den Systemanbietern für die Fraktion PPK erhält, nahmen gegenüber dem Vorjahr um T€ 57 auf T€ 1.307 ab. Seit Beginn des Wirtschaftsjahres 2022 verlangen die Systemanbieter die körperliche Herausgabe ihres Anteils an der vom ZAH gesammelten Fraktion PPK. Sie erstatteten dem ZAH für die Bereitstellung (Zwischenlagerung, Sortierung, Vierung, Abrechnung) ihrer Anteile an der Fraktion PPK T€ 113 (Vorjahr T€ 102). Die Nebenentgelte von den Systemanbietern nahmen um T€ 3 auf T€ 414 zu. Die Erträge für die Leerung der „gelben Tonnen" (Vorjahr Einsammlung der „gelbe Säcke") verringerten sich um T€ 37. Die Vergütungen aus der Vermarktung der Fraktion PPK verringerten sich preis- und mengenbedingt um T€ 83 auf T€ 84. Erträge für sonstige Leistungen fielen nicht an (Vorjahr T€ 24). Aus der Nachberechnung für die Beschaffung von „gelben Säcken" im Vorjahr wurden T€ 112 vereinnahmt. Der Rückgang der Verkaufserlöse aus Wertstoffen war maßgeblich durch die gegenüber dem Vorjahr um T€ 1.168 auf T€ 623 gesunkenen Erträge aus der Vermarktung von Altpapier verursacht. Neben der gegenüber dem Vorjahr rückläufigen Tonnage wirkten sich hier insbesondere die niedrigeren Vermarktungspreise aus. Auch aus der Verwertung von Elektro-und Metallschrott wurden geringere Erlöse von T€ 365 (Vorjahr T€ 387) erzielt. Aus der Veräußerung von A III und A IV Holz wurden höhere Erträge von T€ 414 (Vorjahr T€ 227) erzielt. Die sonstigen Erträge aus der Abgabe von Wertstoffen blieben mit T€ 1 unverändert. Die Zunahme der Erlöse aus der Kanalreinigung und der Fäkalienbeseitigung resultiert aus den um T€ 15 auf T€ 160 gestiegenen Erlösen aus Generalspülungen in einzelnen Gemeinden des Landkreises Hildesheim. Die Erträge aus der Fäkalienabfuhr blieben nahezu unverändert. Die Erlöse aus dem Energieverkauf entfallen auf den im BHKW erzeugten Strom. Durch die gegenüber dem Vorjahr deutlich geringere ausgespeiste Menge und rückläufigen e Vermarktungspreisen verringerten sich die Erlöse um T€ 105. In den übrigen Umsatzerlösen sind vor allem Erträge aus Sonderleistungen mit T€ 36 (Vorjahr T€ 36), Provisionen aus Werbung mit T€ 13 (Vorjahr T€ 14) sowie periodenfremde Erträge von 1€ 4 (Vorjahr T€ 3) enthalten. Die sonstigen betrieblichen Erträge nahmen um T€ 14 auf T€ 645 zu. Vor allem die Erträge aus der Veräußerung von Vermögensgegenständen des Anlagevermögens mit T€ 144 (Vorjahr T€ 17), die Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen mit T€ 182 (Vorjahr T€ 113) sowie die erhaltenen Zuschüsse Dritter mit T€ 52 (Vorjahr 1€ 14) fielen höher aus. Rückläufig waren die Versicherungserstattungen von T€ 164 (Vorjahr TE 288), die Personalkostenerstattungen mit TE 31 (Vorjahr TE 36) sowie die Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen mit TE 9 (Vorjahr TE 55). Ferner sind hier Erträge aus Mahn- und Vollstreckungsgebühren enthalten. Der Erstattung der Energiepreispauschale im Vorjahr von T€ 60 standen im Wirtschaftsjahr keine entsprechenden Erträge gegenüber. In dem Posten sind periodenfremde Erträge von T€ 182 (Vorjahr T€ 113) enthalten. Unter Einbeziehung der anderen aktivierten Eigenleistungen verringerten sich die betrieblichen Erträge um T€ 884 auf T€ 28.237. Der Betriebsaufwand nahm im Saldo um T€ 30 auf T€ 28.944 zu. Höhere Aufwendungen fielen für den Personalaufwand mit T€ 503 an. Der Materialaufwand blieb um T€ 161, die Abschreibungen um T€ 19 sowie die sonstigen betrieblichen Aufwendungen um T€ 293 unter dem Vorjahreswert. Bei der Abnahme des Materialaufwands standen den um T€ 403 geringeren Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren um T€ 242 höhere Aufwendungen für bezogene Leistungen gegenüber. Bei den Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen und bezogenen Waren fielen insbesondere niedrigere Aufwendungen für Treibstoffe und die Unterhaltung des Fuhrparks (TE -212) sowie für die Beschaffung von Wertstoffsäcken (T€ -172) an. An der Zunahme der Aufwendungen für die bezogenen Leistungen waren vor allem die Aufwendungen für den Fuhrpark (T€ +249), für den Einsatz von Leiharbeitern und Fremdpersonal (T€ 195) sowie die durch gestiegene Anlieferungsmengen höheren Aufwendungen zur Bio-Kompostanlage (T€ +151) beteiligt. Aufgrund des neuen Vertrages über die Behandlung des Sperrmülls fielen die Aufwendungen um T€ 267 niedriger aus. Die Aufwendungen für die Sortierung und Vermarktung des Altpapiers verringerten sich durch die rückläufige Tonnage sowie die körperliche Herausgabe der den Systemanbietern zustehenden PPK-Anteile um T€ 165. an. Der Anstieg beim Personalaufwand um T€ 503 war vor allem durch die tariflich zu gewährende Inflationsausgleichsprämie von T€ 482 sowie dem Anstieg der Rückstellungen für Verpflichtungen gegenüber dem Personal verursacht. Aufwendungen für

Deponienachsorge- und Rekultivierungsverpflichtungen fielen im Berichtsjahr nicht an. Durch die Beschlüsse des Verbandsausschusses und der Verbandsversammlung sind weitere Zuführungen zu den Rückstellungen für Altlastensanierungen seit dem Wirtschaftsjahr 2019 bis auf weiteres ausgesetzt. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen nahmen im Saldo um T€ 293 auf T€ 1.752 ab. Geringere Aufwendungen fielen insbesondere für Schadensfälle (T€ -146) sowie für Rechts- und Beratungskosten (T€ -59) an. Des Weiteren waren hier im Vorjahr aperiodische Aufwendungen von T€ 96 enthalten. Aus Beteiligungen wurden Erträge von T€ 20 (Vorjahr T€ 16) erzielt. Die Zinserträge setzen sich aus Zinsen aus Geldanlagen von T€ 129 sowie aus der Abzinsung langfristiger Rückstellungen mit TE 903 zusammen. Zinsaufwendungen fielen im Berichtsjahr (Vorjahr 1€ 41 aus der Aufzinsung von langfristigen Rückstellungen) nicht an. Das negative Finanzergebnis aus dem Vorjahr von TE 25 kehrte sich in ein positives Ergebnis von T€ 1.054 um. Von den Steuern vom Einkommen und vom Ertrag entfallen T€ 3 (Vorjahr T€ 5) auf Körperschaftssteuer und Solidaritätszuschlag sowie T€ 3 (Vorjahr T€ 10) auf Gewerbesteuer. Die sonstigen Steuern (T€ 66; Vorjahr T€ 68) entfallen auf Grund- und Kraftfahrzeugsteuer.

Vermögens- und Finanzlage

Gegenüber dem Vorjahresbilanzstichtag nahm die Bilanzsumme um € 0,7 Mio. auf € 37,8 Mio. ab. Das Anlagevermögen von € 16,7 Mio. (Vorjahr € 18,0 Mio.) nimmt 44,2 % (Vorjahr 46,7 %) der rückläufigen Bilanzsumme ein. Hiervon entfallen € 7,6 Mio. (Vorjahr E 8,0 Mio.) auf Grundstücke und Bauten sowie € 7,6 Mio. (Vorjahr € 8,9 Mio.) auf Fahrzeuge und Abfallbehälter. Der Bestand der geleisteten Anzahlungen und Anlagen im Bau nahmen um € 0,3 Mio. auf € 0,7 Mio. zu. Unter den Finanzanlagen werden die in 2010 erworbene Beteiligung am Stammkapital der Photovoltaik-Park Heinde/Lechstedt Verwaltungs GmbH, Bad Salzdetfurth, sowie die geleistete Kommanditeinlage (T€ 200) im Rahmen der Beteiligung an der Photovoltaik-Park Heinde/Lechstedt GmbH & Co. KG, Bad Salzdetfurth, gezeigt. Das Umlaufvermögen und die aktiven Abgrenzungen erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr um T€ 597 auf T€ 21.118. Von der Zunahme entfallen T€ 458 auf die flüssigen Mittel, deren Bestand sich auf T€ 18.767 erhöhte. Den im Saldo um T€ 238 gestiegenen Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen standen um T€ 15 niedrigere Abgrenzungen sowie um T€ 84 niedrigere Bestände an Vorräten gegenüber. Die Zahlungsfähigkeit war während des gesamten Wirtschaftsjahres gegeben.
Das bilanzielle Eigenkapital hat sich wie folgt entwickelt:

		31.12.2023	**31.12.2022**
-		**T€**	**T€**
I.	Freie Rücklage	494	494
II.	Gewinnvortrag	2.647	2.550
III.	Jahresüberschuss	274	97
		3.415_ 3.141	

Der Jahresüberschuss des Vorjahres war auf neue Rechnung vorzutragen. Durch den Jahresüberschuss ergibt sich zum Bilanzstichtag unter Einbeziehung der freien Rücklage und des Gewinnvortrages ein Eigenkapital von E 3,4 Mio. Der Anteil des Eigenkapitals an der rückläufigen Bilanzsumme verbesserte sich von 8,2 % auf 9,1 %. Die Steuerrückstellungen waren für die gewerbliche Tätigkeit aus der Ausspeisung und Vermarktung von Strom aus dem BHKVV für Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag sowie für Gewerbesteuer zu dotieren. Von den sonstigen Rückstellungen, die 86,3 % (Vorjahr 92,50 %) der geringeren Bilanzsumme beanspruchen, entfallen auf die Rückstellungen für Rekultivierungs- und Nachsorge-verpflichtungen für die Deponie Heinde T€ 20.374 (Vorjahr T€ 21.499) sowie auf die Rückstellungen für Altlastensanierungen in Stadt und Landkreis Hildesheim TE 11.339 (Vorjahr TE 11.525). Zuführungen zu diesen Verpflichtungen fielen im Wirtschaftsjahr 2023 nicht an. Inanspruchnahmen und ertragswirksame Auflösungen waren mit zusammen T€ 408 (Vorjahr T€ 387) zu berücksichtigten. Des Weiteren fielen Erträge aus der Abzinsung von T€ 903 (Vorjahr Aufwendungen aus der Aufzinsung von T€ 41) an. Die Rückstellungen für Gebührenüberdeckungen aus den Bereichen Restmüll und Bioabfall verringerten sich durch die

sich aus der Gebührennachkalkulation 2023 ergebenden Gebührenunterdeckungen um insgesamt 1€ 405 auf TE 402. Weitere Rückstellungen waren für Urlaubs- und Überstundenansprüche der Mitarbeiter, eine (Vorjahr zwei) Altersteilzeitverpflichtungen, ausstehende Abrechnungen sowie für die Buchführungs- und Jahresabschlusskosten zu berücksichtigen.
Die sonstigen Rückstellungen entwickelten sich wie folgt:

	2023	2022
	T€	T€
Stand 01.01.	**34.327**	**36.408**
laufende Zuführungen	446	439
Umbuchung Gebührenunterdeckungen aus 2021	0	-1.268
Abzinsung (Vorjahr Aufzinsung) von langfristigen Rückstellungen	-903	41
Inanspruchnahmen	-1.045	-1.180
Auflösungen	-182	-113
Stand 31.12.	**32.643**	**34.327**

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen liegen mit T€ 1.544 um T€ 676 über dem Vorjahreswert. Die Verbindlichkeiten gegenüber Verbandsmitgliedern nahmen um T€ 39 auf T€ 65 zu und die sonstigen Verbindlichkeiten verringerten sich um T€ 12 auf T€ 76.

Investitionen und Substanzerhaltung

Von den Investitionen (T€ 1.511) im Wirtschaftsjahr 2023 entfielen T€ 133 auf immaterielle Vermögensgegenstände sowie T€ 1.378 auf Sachanlagen. Bei den beweglichen Sachanlagen bildeten die Erweiterungs- und Ersatzinvestitionen im Bereich des Fuhrparks mit T€ 166 und die Beschaffung von Abfall-, Papier- und Umleerbehältern sowie von Containern mit T€ 355 die Schwerpunkte. Des Weiteren sind hier die Investitionen in die Wohnhäuser mit TE 111, in Betriebsanlagen mit TE 54 sowie die geleisteten Anzahlungen für Beschaffungen im Bereich des Fahrparks mit T€ 376 zu nennen. Die Investitionen konnten vollständig aus eigenen Mitteln finanziert werden. Das Anlagevermögen ist unter Einbeziehung der langfristig zur Verfügung stehenden Rückstellungen für Rekultivierungs- und Deponienachsorgeverpflichtungen sowie für die Altlastensanierung vollständig durch langfristig verfügbare Mittel finanziert.

Mitarbeiter

Die Bezüge der Beschäftigten sind seit 1. Oktober 2005 an den Tarifvertrag öffentliche Dienste-Entsorgung (TVöD-E) gebunden.
Die Belegschaft entwickelte sich gegenüber dem Vorjahresbilanzstichtag wie folgt:

	31.12.2023	31.12.2022
Belegschaft im		
Verwaltungsbereich	21	23
gewerblichen Bereich	172	168
sowie Auszubildende	2	1
	195	**192**

Anzumerken ist, dass mit fünf (Vorjahr sieben) Beschäftigten im Verwaltungsbereich sowie mit 9 acht (Vorjahr fünf) Mitarbeitern im gewerblichen Bereich Teilzeitverträge bestanden. Der ZAH beschäftigt darüber hinaus in Ferienzeiten Aushilfen (Studenten und Schüler) sowie geringfügig Beschäftigte an den Wochenenden auf den Wertstoffhöfen. Neben den eigenen Beschäftigten werden für die Erfüllung der Aufgaben unverändert Mitarbeiter von Arbeitsvermittlungsfirmen eingesetzt. Die hierfür anfallenden Aufwendungen werden in der Gewinn- und Verlustrechnung in dem Posten "Materialaufwand" ausgewiesen.

Maßnahmen von besonderer Bedeutung für den Umweltschutz

Der ZAH betreibt ein zertifiziertes Qualitätsmanagementsystem, mittels welchem auch die Ziele zum nachhaltigen Schutz der Umwelt erreicht werden sollen. In technischer Hinsicht werden betriebliche Umweltauswirkungen durch das Betreiben von Anlagen und Einrichtungen, die dem Stand der Technik entsprechen, auf ein Mindestmaß verringert. Gleichzeitig soll ein hohes Maß an Anlagenverfügbarkeit und Effizienz für einen reibungslosen Betrieb der Anlagen erreicht werden. Die in gesetzlichen Vorschriften und Genehmigungen enthaltenen Forderungen werden eingehalten. Übertroffen werden die Forderungen deutlich bei der Unterschreitung der genehmigten Schadstofffracht des geklärten Sickerwassers in die Vorflut. Höchste Priorität genießen dabei der störungsfreie wirtschaftliche Betrieb der Sickerwasserkläranlage und die umweltfreundliche Behandlung und Einleitung des geklärten Sickerwassers in die Vorflut. Zur Ermittlung zielgerichteter Klimaschutzmaßnahmen hat der ZAH mit der Firma FaktorPlus GreenTechnology GmbH, Celle, eine erste Grundlagenermittlung und Bestandsaufnahme aller Standorte und Einrichtungen durchgeführt. Der parallel dazu gestellte Förderantrag beim Projektträger Forschungszentrum Jülich GmbH, Jülich, wurde im April 2021 genehmigt und im Jahr 2022 bewilligt. Zusätzlich hat der ZAH eine Machbarkeitsstudie „alternativer Antriebe" beantragt und genehmigt bekommen. Ziel ist es für den ZAH die unterschiedlichen Antriebsarten bei schweren Nutzfahrzeugen zu durchleuchten, entsprechende Empfehlungen auszusprechen und die Infrastruktur hierzu auszuwählen. Ein weiteres Förderprojekt, welches die Einführung eines permanenten Energiemanagementsystems vorsieht, ist ebenfalls beantragt. Die Reduzierung von 002-Emissionen steht auf der Agenda des ZAH für die nächsten Jahre und wird sich durch die von der Bundesregierung beschlossenen Klimaschutzziele („Klimaschutz-programm 2030") zukünftig jährlich immer stärker monetär auswirken. Die Identifikation der CO2-Quellen beim ZAH ist maßgeblich durch seine Hauptaufgaben als kommunaler Entsorger definiert. Der Fuhrpark steht hier emissions- wie kostentechnisch im Fokus. Dieses stellt sich in der 002-Bilanz aufgrund der mit herkömmlichem Kraftstoff betriebenen Müllfahrzeuge durch den Dieselverbrauch dar. Mit ca. 93 % zeigt sich der Dieselverbrauch als größte 002-Quelle, was gleichzeitig die höchsten Einsparpotenziale für zukünftige Klimaschutzmaßnahmen verspricht. Bei verbleibenden 7 % entfallen auf Strom, Gas und Heizöl. Durch den 2021/2022 vollzogenen Wechsel von Heizöl zur Gasheizung am Standort in Groß Düngen konnte eine klimarelevante Verbesserung herbeigeführt werden. Zur Nutzung des lokal vorhandenen Deponiegases wird auf der Zentraldeponie Heinde ein Blockheizkraftwerk (BHKW) betrieben. Der aus der Vergasung erzeugte Strom sowie die erzeugte Wärme aus dem BHKW werden für die Strom- und Wärmeversorgung der Sickerwasserkläranlage verwendet. Darüber hinaus gehende Strommengen werden in das Stromnetz der Avacon Netz GmbH, Helmstedt, eingespeist. Wie bereits beschrieben ist aufgrund der von der Bundesregierung beschlossenen Klimaschutzziele zukünftig mit jährlich weiter steigenden Kraftstoff- und Energiekosten zu rechnen. Durch das eingeführte Klimareporting verfügt der ZAH über eine solide Faktenbasis und kann zukünftig Entscheidungen besser planen, da sie nun messbar sind. Da es derzeit noch keine marktreife technische Lösung für ein alternatives Antriebssystem für Müllfahrzeuge gibt, muss hier parallel die stetige Weiterentwicklung der alternativen Antriebstechnologien beobachtet werden. Dabei muss auch die Betankungs- und Wartungsinfrastruktur berücksichtigt werden. Ein Teil der Deponiefläche in Heinde sowie die Dachfläche der dortigen Umschlaghalle wird bereits durch Photovoltaik-Technik genutzt. Das Areal bietet, allein durch seine Größe, jedoch erhebliches Potential für der weiteren Ausbau dieser Technologie. Die Verwendung des so erzeugten Stroms könnte zukünftig zum einen für die unmittelbare Energieversorgung des Standorts Heinde, und zum anderen darüber hinaus zur Erzeugung von grünem Wasserstoff vor Ort beitragen. Die schrittweise Substitution von Dieselkraftstoff durch Wasserstoff betriebene Fahrzeuge könnte zu erheblichen 002-Emissionseinsparungen führen.

Risikomanagement

Die Tätigkeiten des ZAH sind untrennbar mit Risiken verbunden, die sich nicht nur aus dem laufenden Geschäftsbetrieb ergeben, sondern sich auch durch Änderungen der Rechtslage, technologische

Neuerungen oder durch ein geändertes konjunkturelles Umfeld ergeben können. Das eingerichtete Risikomanagement, in dem die Unternehmensplanung, das Berichtswesen, die Richtlinien und Organisationsanweisungen strategisch zusammengeführt sind, wurde im Wirtschaftsjahr 2023 fortgeschrieben. Durch die Gesamtstrategie wird sichergestellt, dass Risiken frühzeitig erkannt werden und gezielt gegengesteuert werden kann. Die Geschäftsführung und die weiteren Leitungsebenen überwachen gemeinsam die möglichen Risiken des Verbandes. Unterjährige Controllingprozesse dienen als Instrumente der Risikoüberwachung und Risikosteuerung. Im Verbandsausschuss werden im Rahmen der Berichtspflichten regelmäßig — und bei Bedarf — Berichte abgegeben. Zur Minimierung von Betriebs- und Vertragsrisiken ist ein auditiertes Qualitätsmanagement-system eingerichtet. Der ZAH ist seit 1999 nach DIN ISO 9001 als Entsorgungsfachbetrieb (nach EfbV) gemäß §§ 56 und 57 Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) zertifiziert.

Chancen und Risiken

Der Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebes wird besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Insbesondere dienen dabei neben organisatorischen Vorkehrungen wie Organisationsanweisungen, Mitarbeiterschulungen, Notfallmaßnahmen und Rufbereitschaft, auch technische Vorkehrungen. Zur Optimierung der Betriebs- und Prozessabläufe besteht ein auditiertes Qualifikationsmanagementsystem als Entsorgungsfachbetrieb (nach EfbV) gemäß §§ 56 und 57 KrWG. Das kombinierte externe jährlich durchzuführende Wiederholungs- und Überwachungsaudit zur Überprüfung der Zertifizierung des ZAH gemäß Entsorgungsfachbetriebeverordnung wurde im Oktober 2023 erneut erfolgreich bestanden. Damit ist die qualifizierte Leistung des ZAH in allen Bereichen auf sehr hohem Niveau bestätigt. Dieses Niveau konnte nur auf der Grundlage der Qualifikation und des Engagements aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiterhin erhalten werden. Den möglichen Risiken aus der beim ZAH eingerichteten IT-Struktur bzw. aus der genutzten Soft-und Hardware, die insbesondere durch unzureichende Schutzmaßnahmen gegen unerlaubte Datennutzung durch Dritte, Virenschutz, Datenverlust oder durch veraltete Anlagen entstehen können, begegnet der ZAH durch das eingeführte Datenschutzmanagement. Die seit dem Wirtschaftsjahr 2019 durchgeführten Maßnahmen zur Verbesserung des Datenschutzniveaus wurden auch 2023 fortgesetzt. Nach dem Jahresbericht des extern beauftragten Datenschutzbeauftragten wurden Verstöße gegen den Datenschutz nicht festgestellt. Auch gab es keine besonderen Risiken des Datenschutzes, die Einschränkungen für das informationelle Selbstbestimmungsrecht oder anknüpfende Persönlichkeitsrechte der Betroffenen bedeutet haben. Um die stetig steigenden Anforderungen im Datenschutzrecht zu erfüllen, hat der ZAH Ende 2019/Anfang 2020 in Zusammenarbeit mit einem externen IT-Unternehmen eine zusätzliche Firewall zur Sicherung aller internen Personendaten eingerichtet. Gerade hinsichtlich der aktuellen Hackeranschläge in verschiedenen öffentlichen Einrichtungen ist es das Bestreben des ZAH eine aktuelle und professionelle Datensicherung vorzuweisen. Unsicherheiten bestehen unverändert hinsichtlich einer Besteuerung von hoheitlichen Leistungen. Hierzu gehört auch die Neuregelung des § 2b Umsatzsteuergesetz (UStG) aus dem Jahr 2015. Durch die Koppelung der Besteuerung an die Körperschaftsteuer und das Vorliegen eines Betriebes gewerblicher Art waren juristische Personen des öffentlichen Rechts (JPdöR), zu denen auch der ZAH gehört, bisher nur in wenigen Fällen umsatzsteuerpflichtig. Durch die Neuregelung des § 2b UStG und die Streichung des § 2 Abs. 3 UStG wurde diese Koppelung aufgehoben. JPdöR sollen damit marktrelevante, privatrechtliche Leistungen nach den gleichen Grundsätzen erbringen wie andere Marktteilnehmer. Auch Leistungen die nach öffentlich-rechtlicher Grundlage (z.B. Satzung und/oder Verwaltungsakt) erbracht werden, jedoch keinem generellen Marktausschluss unterliegen, können künftig einer Besteuerung unterliegen. Der Gesetzgeber hatte mit dem ebenfalls neu eingeführten § 27 Abs. 22 UStG die Möglichkeit eröffnet, durch eine einmalige, gegenüber dem Finanzamt bis zum 31. Dezember 2016 abzugebende Erklärung zur Beibehaltung der Regelungen des § 2 Abs. 3 UStG in der Fassung vom 31. Dezember 2015 zu optieren. Die Erklärung war einmalig für sämtliche vor dem 1. Januar 2021 ausgeführten Leistungen abzugeben. Da nicht alle Probleme und offenen Fragen der kommunalen Ebene geklärt werden

konnten, gab es bereits im Jahr 2019 vermehrt Bestrebungen den Übergangszeitraum zu verlängern. Diesem Wunsch wurde durch das Corona-Steuerhilfegesetz und der Einführung des § 27 Abs. 22a UStG entsprochen und die Optionsfrist wurde bis zum 31. Dezember 2022 verlängert. Im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens zum Jahressteuergesetz 2022 hat die Bundesregierung die nochmalige Verlängerung der Optionsfrist bis zum 31. Dezember 2024 vorgeschlagen und der Bundesrat hat am 16.12.2022 der Änderung zugestimmt. Der ZAH hat daher von dieser Optionsfrist wiederum Gebrauch gemacht. Ungewissheit besteht derzeit hinsichtlich einer weiteren Verlängerung. Zurzeit informiert ein Referentenentwurf des Bundesministeriums der Finanzen (Stand 27. März 2024) darüber, dass der Leistungsaustausch zwischen juristischen Personen des öffentlichen Rechts (jPöR) vorläufig nicht nach der Maßgabe des § 2b UStG besteuert werden soll. Geplant ist demnach eine weitere Verschiebung der verbindlichen Umsetzung, d.h. die Verlängerung der Optionsmöglichkeit der öffentlichen Hand bis zum 31. Dezember 2026. Auch die Novellierung des KrVVG birgt Risiken hinsichtlich des Zugriffs auf Abfallströme (z.B. Einführung einer zusätzlichen Wertstofferfassung) sowie der Zulässigkeit von gewerblichen Sammlungen. Das angekündigte Wertstoffgesetz wurde abgelehnt, stattdessen wurde die bis zum 31. Dezember 2018 bestehende Verpackungsverordnung durch das Verpackungsgesetz (VerpackG) zum 1. Januar 2019 ersetzt. Marktrisiken bestehen hinsichtlich der Entwicklung der Abfallmengen. Öffentliche Entsorgungsträger sind nach § 20 Abs. 1 KrWG zur Entsorgung von Abfällen aus privaten Haushaltungen und zur Beseitigung von Abfällen aus anderen Herkunftsbereichen verpflichtet. Von der Entsorgungspflicht ausgenommen sind dagegen Abfälle zur Verwertung aus anderen Herkunftsbereichen. Da immer mehr Abfälle aus Industrie und Gewerbe nicht dem ZAH angedient werden, sondern direkt einer Verwertung zugeführt werden, sind die durch den ZAH zu entsorgenden Abfallmengen grundsätzlich rückläufig. Hiervon betroffen sind der Containerdienst sowie die Finanzierung der hohen Fixkosten und Vorhaltekosten in der Abfallentsorgung. Der ZAH versucht durch Flexibilität und „Abfallentsorgung aus einer Hand" Kunden zu binden und einem weiteren Rückgang im Bereich der Abfälle aus Industrie und Gewerbe entgegenzuwirken. Unkalkulierbar und somit risikobehaftet bleibt auch die Menge der zu entsorgenden Abfälle über die Abfallbehälter. Der Trend zu kleineren Behältergrößen und/oder geringerer Leerungshäufigkeit bleibt weiterhin ungebrochen. Des Weiteren kann sich eine rückläufige Entwicklung der Einwohnerzahlen im Verbandsgebiet auf die Abfallmengen aus privater Herkunft auswirken. Hier gilt es seitens des ZAH, ein starkes Augenmerk bei den anstehenden Verlängerungen bzw. Neuvergaben der mit Dritten bestehenden Entsorgungsverträge und deren Mengen zu richten.
Der ZAH ist auch seit dem 1. Januar 2023 als Subunternehmer für die Einsammlung der "gelben Tonne" in Stadt und Landkreis Hildesheim tätig. Die Abfuhr erfolgt alle 4-Wochen. Neben den hieraus zu erzielenden Erträgen wirkt sich diese Beauftragung bei den Planungen der Auslastung der einzusetzenden personellen und materiellen Ressourcen positiv aus. Die PPK-Sammlung (direkte Auftragsbeziehung des DSD zum ZAH) wird unverändert durchgeführt. Um hier weitere Mengeneffekte zu erzielen und auch den Markteintritt privater Entsorger zu verhindern, bietet der ZAH neben dem Depotcontainersystem seit 2008 eine kostenlose haushaltsnahe Altpapiertonne an. Der ZAH ist in diesem Marktsegment somit gut positioniert. Von dem in der Vergangenheit bestehenden Risiko zur körperlichen Herausgabe des Papieranteils durch das neue VerpackG an die Systembetreiber wurde bis zum Jahr 2021 kein Gebrauch gemacht. Die Systemanbieter machen aufgrund der für sie besseren Vermarktungslage seit dem Jahr 2022 von der körperlichen Herausgabe der Fraktion PPK Gebrauch. Für die Abwicklung entstehen dem ZAH neben dem höheren Verwaltungsaufwand zusätzliche Kosten für Wiegungen, Sortierung, Zwischenlagerung und Verladung im RZH. Dem Risiko von Forderungsausfällen begegnet der ZAH durch ein eingerichtetes Mahnwesen. Fruchtlose Mahnungen werden an die Creditreform AG, Neuss, sowie die Vollstreckungsbehörden der Verbandsmitglieder zur weiteren Verfolgung übergeben. Zur Vermeidung von Liquiditätsrisiken ist eine vorausschauende und umfangreiche Finanzplanung eingerichtet. Den Vermögensrisiken wird durch eine ständige Überwachung und ggf. erforderliche Anpassung bei den bestehenden Versicherungen begegnet. Zur Vermeidung von Ausfallrisiken bei Geldanlagen werden ausschließlich einlagengesicherte Anlagen auf Spar- oder Tagesgeldkonten bei Kreditinstituten vorgenommen. Um den Risiken aus einer möglichen erneuten pandemischen Lage und den damit verbundenen Einschränkungen auf den Betriebsablauf zu begegnen, hat der ZAH für

alle Bereiche in Absprache mit dem Betriebsarzt und dem Personalrat die erforderlichen Hygieneanweisungen erstellt. Für den Fall, dass Mitarbeiter des ZAH erkranken bzw. von häuslicher Quarantäne betroffen sind, wurde für die Abfallentsorgung ein Stufenplan erstellt, in dem je nach Gewichtung die Abfuhr der einzelnen Abfallfraktionen geregelt ist. Des Weiteren bestehen Notfallpläne für die personelle Besetzung der Fahrzeuge und in der Verwaltung. Die Risiken aus den operativen Tätigkeiten des ZAH haben sich gegenüber dem Vorjahr nicht wesentlich verändert. Weder die Betrachtung der Einzelrisiken noch die Einschätzung der Gesamtrisiken lassen aus heutiger Sicht Risiken erkennen, dass diese den Fortbestand des ZAH gefährden könnten.

Vorschau auf das Wirtschaftsjahr 2024 und zur künftigen Entwicklung

Im Wirtschaftsplan 2024 sind Investitionen von insgesamt € 2,4 Mio vorgesehen. Diese entfallen im Wesentlichen auf die Ersatzbeschaffungen im Bereich des Fuhrparks mit € 1,9 Mio sowie im Bereich der Container und Behälter mit € 0,2 Mio. Die Investitionen sollen aus eigenen Mitteln finanziert werden. Für Rekultivierungsmaßnahmen und Nachsorgeverpflichtungen auf der Zentraldeponie Heinde sowie die Altlastensanierungen für die Stadt und den Landkreis Hildesheim wird ein Rückstellungsverbrauch von insgesamt T€ 470 erwartet. Zuführungen zu diesen Rückstellungen sind in dem 2022 aufgestellten Wirtschaftsplan 2024 nicht geplant. Durch die im Jahr 2021 vorgenommene Verlängerung des Ablagerungszeitraums für das Deponiefeld Hörsten-West werden Zuführungen aus der Aufzinsung der Rückstellungen für Rekultivierungs- und für Nachsorgeverpflichtungen von insgesamt T€ 120 erwartet. Gemäß § 18 der Verbandssatzung sowie unter Beachtung des NKAG arbeitet der Verband ohne Gewinnerzielungsabsicht, d.h. dass die aus den gebührenpflichtigen Bereichen erzielten Gebührenüberdeckungen und -unterdeckungen nach Feststellung innerhalb von drei Jahren auszugleichen sind. Um diesem Ziel gerecht zu werden, wurden die Gebühren in den Bereichen Restabfall und Biotonnen zuletzt zum 1. Januar 2018 gesenkt. Aufgrund des zu erwartenden vollständigen Abbaus der Gebührenüberdeckungen, den Kostensteigerungen durch die Abgabe auf CO2-Emissionen zum 1. Januar 2024 sowie den durch den Tarifabschluss deutlich steigenden Personalaufwand wurden die Gebühren und Entgelte in allen Bereichen zum 1. Januar 2024 angehoben. In dem genehmigten Wirtschaftsplan 2024 ist ein negatives „Ergebnis der Geschäftstätigkeit" (Leistungsindikator) von T€ 326 und ein Jahresfehlbetrag von TE 410 veranschlagt. Dem erwarteten Jahresfehlbetrag sowie der geplanten Abnahme der langfristigen Rückstellungen von T€ 470 stehen geplante Abschreibungen von T€ 2.755 gegenüber, so dass ein Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit von 1€ 1.875 erwartet wird. Wesentliche Auswirkungen auf die im Wirtschaftsplan 2024 veranschlagten Einnahmen werden nicht erwartet. Allerdings könnten möglicherweise durch die Einkommensverluste der Gebührenpflichtigen sowie der Gewerbetreibenden vermehrt Forderungsausfälle auftreten, die zu höheren Wertberichtigungen führen. Bei den geplanten Ausgaben wird der Tarifabschluss für die Beschäftigten zu einem Anstieg des Personalaufwands führen. Das Thema Wertstofftonne ist spätestens seit Vorliegen des Arbeitsentwurfs zum KrVVG im Frühjahr 2010 in aller Munde. Nach der Neuordnung des KrVVG Anfang 2012 sollte die Einführung der einheitlichen Wertstofferfassung bis 2015 als politisches Ziel des Bundesumweltministeriums angestrebt werden. Hierzu bestand erheblicher Diskussionsbedarf, da die einheitliche Erfassung von DSD-Anteilen (LVP) und stoffgleichen Nichtverpackungen (StNVP) weiterhin noch nicht geregelt war. Das von der Bundesregierung für Mitte 2015 angekündigte VVertstoffgesetz wurde nicht umgesetzt. Stattdessen wurde die bis 31. Dezember 2018 bestehende Verpackungsverordnung durch das VerpackG zum 1. Januar 2019 ersetzt. Dabei sollen aber auch hier die DSD-Verkaufsverpackungen und die stoffgleichen Nichtverpackungen nicht einheitlich, sondern weiterhin getrennt entsorgt werden. Die allgemeine Marktsituation wird parallel hierzu beobachtet. Ob Anpassungen der Gebühren ab 2025 erforderlich werden, hängt einerseits von der Entwicklung des Gebührenaufkommens und der damit im Zusammenhang stehenden Entwicklung der zu behandelnden Abfallmengen sowie andererseits von der weiteren Entwicklung der Marktpreise für die Papierverwertung sowie der betrieblichen Aufwendungen ab. Insbesondere aus der Erhöhung der Bepreisung von CO2-Emissionen zum 1. Januar 2025 auf die thermische Abfallbehandlung und auf Dieselkraftstoffe sowie die Erhöhung der Maut sind deutlich höhere Aufwendungen zu erwartet. Des Weiteren wird aus den für den Zeitraum ab 2025 ausstehenden Tarifverhandlungen ein weiterer

Anstieg der Personalaufwendungen erwartet. Weitere gefestigte Prognosen können erst nach Abschluss der Gebührenvorkalkulation für das Wirtschaftsjahr 2025 getroffen werden. Wie bereits angedeutet, werden an der Entwicklung des Marktes Abfallwirtschaft keine signifikanten Änderungen eintreten, die eine gesicherte Wettbewerbsposition einräumen. Die unsichere Entwicklung auf dem Entsorgungsmarkt bleibt auch in Zukunft ein betriebliches Risiko. Der Markt ist unverändert gekennzeichnet durch eine dynamische Akteursstruktur, fortschreitende Weiterentwicklung innovativer Technologien und Dienstleistungen, die demografische Entwicklung und weitere Internationalisierung. Dieses erfordert von den Marktteilnehmern hohe Flexibilität. Die vorhandene Infrastruktur am Standort ist wesentliche Voraussetzung, um an der Marktentwicklung positiv zu partizipieren. Als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger ist der ZAH nach § 20 KrWG ab 1. Januar 2025 verpflichtet die in seinem Gebiet in privaten Haushaltungen angefallenen und überlassenen Textilabfälle getrennt zu sammeln. Zur Vorbereitung auf diese neue Aufgabe hat der ZAH Anfang 2023 die Städte und Gemeinden im Verbandsgebiet mit der Bitte angeschrieben, ihm mitzuteilen welche Firmen bzw. Institutionen mit ihrer Genehmigung die Art der Sammlung der Textilabfälle durchführen. Der ZAH wird große Anstrengungen unternehmen, um die Kundenbindung weiter zu verstärken. Des Weiteren ist daran zu arbeiten, das hohe Maß an Kundenzufriedenheit weiter auszubauen.

Zweckverband Abfallwirtschaft Hildesheim, Bad Salzdetfurth
Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2023

		2023	2022
1.	Umsatzerlöse	27.589.939,25	28.485.548,32
2.	Andere aktivierte Eigenleistungen	1.773,53	4.066,24
3.	Sonstige betriebliche Erträge	644.893,28	630.753,64
4.	Materialaufwand		
	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	2.878.947,12	3.281.640,61
	Aufwendungen für bezogene Leistungen	10.598.578,68	10.357.153,23
		13.477.525,80	13.638.793,84
5.	Personalaufwand		
	Löhne und Gehälter	8.698.096,03	8.138.029,50
	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		
	davon für Altersversorgung € 443.7733,54; Vorjahr € 525.083,87	2.206.758,12	2.263.620,56
		10.904.854,15	10.401.650,06
6.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	2.810.356,22	2.828.933,02
7.	Aufwendungen für Deponienachsorgeverpflichtungen und Altlastensanierung	0,00	0,00
8.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.751.545,08	2.044.839,76
9.	Erträge aus Beteiligungen	20.000,00	16.000,00
10.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.033.800,40	0,00
	davon aus der Abzinsung von Rückstellungen € 0,00; Vorjahr € 0,00		
11.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	41.205,75
	davon aus der Aufzinsung von Rückstellungen € 0,00; Vorjahr € 41.205,75		
12.	Ergebnis der Geschäftstätigkeit	346.125,21	180.945,77
13.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	6.005,00	15.383,00
14.	Ergebnis nach Steuern	340.120,21	165.562,77
15.	Sonstige Steuern	65.872,80	68.175,80
16.	Jahresüberschuss/Jahresfehlbertag	274.247,41	97.386,97

Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises

Der Zweckverband arbeitet ohne Gewinnerzielungsabsicht. Unmittelbare Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises bestehen daher nicht.

Hinweis: Die Daten basieren auf dem Bericht über den Jahresabschluss der Gesellschaft für das Jahr 2023. Die Daten für das Jahr 2024 liegen noch nicht vor.

Förderzentrum im Bockfeld

Gegenstand des Unternehmens und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Zweckverband Förderzentrum im Bockfeld ist ein Zweckverband nach dem niedersächsischen Gesetz über die kommunale Zusammenarbeit (NKomZG).
Der Zweckverband ist Träger einer Förderschule mit dem Schwerpunkt geistige, körperliche und motorische Entwicklung.

Das Förderzentrum erbringt Heilmittel gemäß Sozialgesetzbuch 5 (SGB V) und führt Aufgaben der Früherkennung und Frühförderung gemäß SGB IX der Eingliederungshilfe gemäß SGB XII in Verbindung mit Kapitel 7 SGB IX sowie der Leistungen der Jugendhilfe nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz aus.

Weiterhin betreibt das Förderzentrum eine Tageseinrichtungen für Kinder im Sinne des Sozialgesetzbuches 8. Buch (SGB VIII).

Beteiligungsverhältnisse

Verbandsglieder des Zweckverbandes sind der Landkreis sowie die Stadt Hildesheim. Der betriebsbedingt entstehende Fehlbedarf ist durch die Verbandsglieder entsprechend der Zahl der durch sie belegten Plätze für Behinderte umzulegen.

Anteilsbesitz

Es bestehen keine Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Zusammensetzung der Organe

Verbandsausschuss

Gemäß § 7 Abs. 1 der Verbandsordnung besteht der Verbandsausschuss aus

- den Mitgliedern der Verbandsversammlung (je 1 von Stadt und Landkreis) und
- je zwei weiteren vom Kreistag des Landkreises Hildesheim bzw. dem Rat der Stadt Hildesheim benannten Vertreterinnen bzw. Vertretern.

Für den Landkreis Hildesheim hat der Kreistag folgende Mitglieder benannt:

Herr Kreisrat Walter Hansen

KTA Frau Iris Siekiera	Gruppe
KTA Frau Caroline Ludäscher	Gruppe

Verbandsversammlung

Nach § 4 Abs. 2 der Verbandsordnung sind Mitglieder der Verbandsversammlung die Hauptverwaltungsbeamten des Landkreises Hildesheim und der Stadt Hildesheim. Der Kreistag kann auf Vorschlag des Landrates eine andere Bedienstete oder einen anderen Bediensteten des Landkreises Hildesheim in die Verbandsversammlung entsenden.

Als Vertreter des Landkreises Hildesheim hat der Kreistag Herrn Kreisrat Walter Hansen benannt.

Verbandsgeschäftsführer

Gemäß § 9 der Satzung wird der Verbandsgeschäftsführer von der Verbandsversammlung gewählt. Der derzeitige Geschäftsführer ist Herr Bernd Kolberg.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Die Grundlage des Geschäftsverlaufs bildet die Haushaltssatzung und die I. Nachtragshaushaltssatzung mit ihren Bestandteilen für das Wirtschaftsjahr 2020. In diesen Satzungen sind die voraussichtlichen Erträge und Aufwendungen enthalten. Die Haushaltssatzung wurde von der Verbandsversammlung in ihrer Sitzung am 27.05.2020 beschlossen. Die vorgeschriebene Vorlage bei dem Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport erfolgte mit Schreiben vom 28.05.2020. Daraufhin teilte das Niedersächsische Ministerium für Inneres und Sport mit Verfügung vom 30.06.2020 mit, dass die Haushaltssatzung keine genehmigungspflichtigen Teile enthält und lediglich zur Kenntnis genommen worden ist. Die I. Nachtragshaushaltssatzung für das Wirtschaftsjahr 2020 wurde von der Verbandsversammlung in ihrer Sitzung am 25.01.2021 beschlossen. Die vorgeschriebene Vorlage beim Ministerium für Inneres und Sport erfolgte mit Schreiben vom 26.01.2021. Daraufhin teilte das Ministerium für Inneres und Sport mit Verfügung vom 26.02.2021 mit, dass die I. Nachtragshaushaltssatzung für das Wirtschaftsjahr 2020 keine genehmigungspflichtigen Teile enthält und lediglich zur Kenntnis genommen worden ist. Auch im Berichtszeitraum hat sich der Geschäftsverlauf weitestgehend an den planerischen Vorgaben orientiert und die Aufwendungen und Erträge haben sich in der Praxis weitest gehend so dargestellt, wie sie für das Wirtschaftsjahr kalkuliert waren. Die Abweichungen hielten sich dabei durchaus im Rahmen der üblichen Schwankungen, so dass es an dieser Stelle keiner umfangreichen Erläuterung aller Haushaltsstellen bedarf. Dennoch sind einige Erläuterungen zu Einzelpositionen sinnvoll: Auch im Jahr 2020 war die Entwicklung bei „Erträge aus Betreuungskosten" des Erfolgsplans sehr erfreulich. Die Erträge aus Betreuungskosten in Höhe von 6.995.303,14 € lagen im Ist-Ergebnis über dem Ansatz in Höhe von 6.900.000,00 €, der veranschlagt war. Ursächlich hierfür waren u.a. die Erhöhung der monatlichen Vergütung im Bereich der Tagesstätte (2019 => 2.322,55 € / 2020 => 2.401,23 €) sowie des Heilpädagogischen Kindergartens (HPK für Kinder mit einer Körperbehinderung 2019 => 2.991,93 € / 2020 => 3.093,61 €: HPK für Kinder mit einer geistigen Behinderung mit den Leistungsberechtigungsgruppen I 2019 => 2.639,16 € / 2020 => 2.728,38 €, HPK für Kinder mit einer geistigen Behinderung der Leistungsberechtigungsgruppe ll 2019 => 4.278,30 € / 2020 => 4.428,33 €) ab 01.01.2020. Bei den unter den „Sonstige betriebliche Erträge" ausgewiesenen Erträgen, hier: „Personalkostenerstattungen" lagen die Erträge im Ist-Ergebnis mit 74.625,79 € über dem Ansatz in Höhe von 45.000,00 €. Ursächlich hierfür ist, dass hier u.a. die Erstattungsleistungen der Krankenkassen für Beschäftigte, bei denen ein Beschäftigungsverbot nach dem Mutterschutzgesetz besteht, gebucht werden. Diese Erträge sind im Voraus nicht kalkulierbar. Die Abweichungen bei der lfd. Nr. 390 „Entnahme aus Gewinnvortrag Vorjahre", bei der einem Ansatz in Höhe von 1.349.300,00 € Erträge in Höhe von 0,00 € gegenüberstehen, haben ihre Ursache u.a. darin, dass durch die positive Ertragslage bei den anderen Ertragskonten keine Entnahme aus dem „Gewinnvortrag Vorjahre" benötigt wurde. Bei „Dienstbezüge Beamte" lagen die Aufwendungen im Ist-Ergebnis mit 0,00 € unter dem Ansatz in Höhe von 72.000,00 €. Dieser Minderaufwand ist dadurch entstanden, dass der neue Verbandsgeschäftsführer kein Beamter, sondern ein Angestellter ist. Die Abweichungen bei „Beiträge zu Versorgungskassen Beamte", bei der einem Ansatz in Höhe von 55.000,00 € Aufwendungen in Höhe von 129.771,16 € gegenüberstehen, haben ihre Ursache u.a. darin, dass hier Pensionsrückstellungen gebildet werden mussten. Die Pensionsrückstellungen wurden entsprechend der Berechnung durch einen Finanz- und Versicherungsmathematiker gebildet. Bei der Bildung der Pensionsrückstellungen handelt es sich lediglich um einen buchhalterischen Vorgang. Bei „Aufwendungen für Beihilfen und Unterstützungen" lagen die Aufwendungen im Ist-Ergebnis mit 26.644,49 € weit über dem Ansatz in Höhe von 10.000,00 €. Die Ursache dieser erheblichen Abweichung lag in der Bildung der Beihilferückstellungen. Die Beihilferückstellungen wurden entsprechend der Berechnung durch einen Finanz- und Versicherungsmathematiker gebildet. Bei der

Bildung der Beihilferückstellungen handelt es sich lediglich um einen buchhalterischen Vorgang. Bei „Beköstigung" lagen die Aufwendungen im Ist-Ergebnis mit 128.096,98 € unter dem Ansatz in Höhe von 210.000,00 €. Dieser Minderaufwand ist u.a. dadurch entstanden, dass aufgrund der Corona-Pandemie zeitweise eine Betreuung der Kinder und Jugendlichen untersagt bzw. nur eine Notbetreuung in der Einrichtung zulässig war. Die „Pädagogischer und therapeutischer Bedarf" lagen im Ist-Ergebnis mit 66.634,17 € unter dem Ansatz in Höhe von 131.000,00 €. Dieser Minderaufwand ist u.a. auch durch die Corona-Pandemie entstanden. Aufgrund der gesetzlichen Vorschriften konnten viele der geplanten kulturellen Vorhaben, wie z.B. Ferienfreizeiten, Zoo-und Theaterbesuche oder der Tanzkurs nicht stattfinden. Dem Ansatz bei „Personalbeschaffungskosten" in Höhe von 6.000,00 € steht ein Ist-Ergebnis in Höhe von 0,00 € gegenüber. Ursächlich hierfür ist u.a., dass die Stellenanzeigen wieder auf der eigenen Homepage, den sozialen Medien und auf der kostenlosen Job-Börse veröffentlicht wurden. Bei „Verfügungsmittel/Repräsentationsmittel" lagen die Aufwendungen im 1st-Ergebnis mit 946,23 € unter dem Ansatz in Höhe von 3.000,00 €. Dieser Minderaufwand ist u.a. dadurch entstanden, dass aufgrund der Corona-Pandemie viele geplante Veranstaltungen nur online oder auch gar nicht stattgefunden haben. Des Weiteren konnte die geplante Weiterentwicklung der Organisationsstruktur des Zweckverbandes aufgrund der Corona-Bestimmungen nur teilweise umgesetzt werden. Dem Ansatz „Geringwertige Wirtschaftsgüter im Sinne des Steuerrechts" in Höhe von 121.800,00 € steht ein Ist-Ergebnis in Höhe von 19.999,93 € gegenüber. Ursächlich hier ist u.a., dass die geplante IT-Ausstattung der Schule im Bockfeld zurückgestellt worden ist, da vorab gemeinsam mit einem Medienentwickler und der Schule im Bockfeld ein Medienentwicklungsplan entwickelt und erstellt werden muss. Die Aufwendungen bei den Kosten für „Instandhaltung, Instandsetzung des Anlagevermögens" lagen im Ist-Ergebnis mit 965.867,53 € weit über dem Ansatz in Höhe von 560.000,00 €, der veranschlagt war. Die Ursache hierfür ist u.a., dass die SEHi im Jahr 2019 die Verlegung der Grundleitung in den öffentlichen Bereich durchgeführt hat. Die Verlegung und der Neuanschluss der Regen- und Schmutzwasserbestandsleitungen des Verwaltungsgebäudes des Förderzentrums an den neuen Hauptkanal sowie die anschließende Verfüllung des „alten" erfolgte dann im Jahr 2020. Da eine Abrechnung durch die SEHi bisher nicht stattgefunden hat, wurden die voraussichtlichen Kosten für die vorgenannte Maßnahme den Rückstellungen zugeführt. Bei der Bildung von diesen Rückstellungen handelt es sich lediglich um einen buchhalterischen Vorgang, entsprechende Geldbewegungen würden ggf. erst in der Zukunft stattfinden. Bei „Fort- und Weiterbildung der Mitarbeiter" lagen die Aufwendungen im 1st-Ergebnis mit 10.992,26 € unter dem Ansatz in Höhe von 40.000,00 €. Dieser Minderaufwand ist u.a. dadurch entstanden, dass aufgrund der Corona-Pandemie viele der geplanten Fortbildungsveranstaltungen nur online oder auch gar nicht stattgefunden haben. Zu den Ausgabeansätzen im Vermögensplan bleibt zu sagen, dass gemäß § 20 Abs. 1 der Verordnung über die Aufstellung und Ausführung des Haushaltsplans sowie die Abwicklung der Kassengeschäfte der Kommunen (KomHKVO) i.V.m. § 15 Abs. 2 der Eigenbetriebsverordnung die Ermächtigung für Auszahlungen für eine Investition oder eine Investitions-förderungsmaßnahme bis zur Abwicklung der letzten Zahlungen für ihren Zweck verfügbar bleibt, wenn mit der Investition oder Investitionsförderungsmaßnahme vor Ablauf des übernächsten Haushaltsjahres begonnen wird. Wie in den Vorjahren auch wurde der Schule im Bockfeld bei „Erwerb von beweglichen Sachen des Anlagevermögens, Inventar" und bei „Lehr- und Lernmittel der Förderschule" ein Budget eingerichtet. Gemäß der Budgetgrundsätze wurden die angesparten Mittel aus 2019 in Höhe von 48.255,08 € für die beiden vorgenannten Konten für die Schule im Bockfeld durch entsprechende Restbildung zu 100 % auf das Haushaltsjahr 2020 übertragen, so dass der Schule im Bockfeld planmäßig 68.955,08 € für die entsprechenden Konten in 2020 zur Verfügung standen. Bei „Erwerb von beweglichen Sachen des Anlagevermögens, Inventar" und bei „Lehr- und Lernmittel der Förderschule" lag das Ist für die Schule im Bockfeld in 2020 bei 0,00 €. Die Schulleitung hat das Budget im Erfolgsplan um 2.561,58 € überschritten. Wie in den Vorjahren auch wird die Überschreitung durch die angesparten Mittel im Vermögenshaushalt gedeckt. Mithin werden gemäß der Budgetgrundsätze Nr. 10 die angesparten Mittel im Vermögensplan in 2020 in Höhe von 66.393,50 € für die Schule im Bockfeld durch ent-sprechende Restbildung auf das Haushaltsjahr 2021 übertragen. In 2020 wurden keine Maßnahmen mit

besonderer Bedeutung für den Umweltschutz durch-geführt. Insgesamt kann die wirtschaftliche Situation des Zweckverbandes Förderzentrum im Bockfeld als weiterhin gut bezeichnet werden.

Liquiditätsstatus

Der nachfolgende Liquiditätsstatus zeigt die Veränderung der Liquidität 1. Grades:

	01.01.2020 TEUR	31.12.2020 TEUR
Forderungen (bis ein Jahr)	826	726
flüssige Mittel	15.146	17.054
	15.972	17.780
kurzfristige Verbindlichkeiten (bis ein Jahr)	521	618
kurzfristige Rückstellungen	173	157
	694	775
Überdeckung	15.278	17.005
Liquiditätsveränderung	1.727	

Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises

Der Landkreis Hildesheim hat für das Haushaltsjahr 2026 einen Betrag in Höhe von 1.613.000 € als Mittel für Zahlungen der Verbandsumlage eingeplant. Es handelt sich um die Erstattung für die Schulträgerschaft des Landkreises Hildesheim als Mitglied des Zweckverbandes des Förderzentrum Bockfeld.

Hinweis: die Daten basieren auf dem Bericht über den Jahresabschluss der Gesellschaft für das Jahr 2020. Die Daten für die Jahre 2021,2022,2023 und 2024 liegen noch nicht vor.

Krankenhaus Alfeld GmbH

Gegenstand des Unternehmens und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Gegenstand und Zweck des Unternehmens ist die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens. Das Unternehmen erbringt im Rahmen des jeweiligen gültigen Krankenhausplanes des Landes Niedersachsen voll- und teilstationäre sowie vor- und nachstationäre Krankenhausleistungen und ambulante ärztliche, medizinisch-technische und physikalische Leistungen. Der Unternehmenszweck wird insbesondere verwirklicht durch den Betrieb und die Unterhaltung des Krankenhauses in Alfeld. Die Gesellschaft ist berechtigt, zur Erfüllung des Gesellschaftszweckes weitere Krankenhäuser zu betreiben.

Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die dem Gegenstand des Unternehmens dienen, soweit sie sich mit der Gemeinnützigkeit der Gesellschaft vereinbaren lassen.

Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital beträgt 2.500.000,00 €.

Am Stammkapital beteiligt ist der Landkreis Hildesheim mit einem Anteil von 50 % (1.250.000,00 €); die verbleibenden 50 % (1.250.000,00 €) entfallen auf die Stadt Alfeld (Leine).

Anteilsbesitz

Es bestehen keine Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Zusammensetzung der Organe

Gesellschafterversammlung

Die Aufgaben der Gesellschafterversammlung sind in § 9 des Gesellschaftsvertrages festgelegt.

Als Vertreter des Landkreises Hildesheim in der Gesellschafterversammlung wurde durch Kreistagsbeschluss Frau Kreisverwaltungsrätin Christina Grella benannt. Stellvertreterin ist Frau Kreisamtsrätin Kerstin Zingler.

Auf die neuerliche Einrichtung eines Aufsichtsrates wird verzichtet.

Geschäftsführer

Nach §7 des Gesellschaftsvertrages hat die Gesellschaft einen oder mehrere Geschäftsführer. Der derzeitige Geschäftsführer ist Herr Henrik Sander.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Geschäftsentwicklung

Der Betrieb des Alfelder Krankenhauses ist seit Juli 2010 ausgegliedert und wird durch die AMEOS Gruppe (AMEOS Klinikum Alfeld GmbH) geführt. Die Verwaltung der Grundstücke und Gebäude liegt bei der Krankenhaus Alfeld GmbH. Gesellschafter der Krankenhaus Alfeld GmbH sind jeweils zu 50 % die Stadt Alfeld (Leine) und der Landkreis Hildesheim.

Wirtschaftliche Entwicklung und Vermögenslage

Die Besitzgesellschaft erfasst alle Geschäftsvorfälle, die sich aus der Immobilienverwaltung mit der Verpachtung aller Anlagen an die Betriebsgesellschaft bzw. nunmehr an die AMEOS-Gruppe ergeben. Gemäß Gewinn- und Verlustrechnung schließt das Geschäftsjahr 2024 insgesamt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von T€ 154 und liegt somit in Höhe von T€ 15 über dem Ergebnis des Vorjahres. Die Eigenkapitalquote ist wie im Vorjahr negativ. Zum Bilanzstichtag weist die Gesellschaft einen nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag von T€ 2.813 aus. Die Liquiditätssituation ist gegenüber den Vorjahren leicht angespannt. Zum 31.12.2024 verfügt die Gesellschaft über liquide Mittel in Höhe von T€ 33 (Vorjahr T€ 80). Kontokorrentlinien bestehen derzeit nicht. Die Gesellschaft ist auch weiterhin auf unterstützende Maßnahmen durch die Gesellschafter angewiesen. Die entsprechende Bereitschaft der Gesellschafter zur kurzfristigen Unterstützung ist bereits von beiden Gesellschaftern zugesichert worden. Gegenüber Dritten hat die Gesellschaft keine Darlehensverbindlichkeiten mehr. Die Teilflächen auf dem Grundstück des ehemaligen P I (Garagenzufahrt) wurden Anfang 2012 vom Restgrundstück abgeteilt und neu eingemessen, sodass drei Einzelflächen den Nutzern bzw. Anliegern zum Verkauf angeboten werden konnten. Im März 2015 wurden die Teilflächen zum Preis von 1 Vqm veräußert. Die vier Grundstücke auf dem Gelände des ehemaligen Wohnheimes P I sind seit Mitte 2012 baulich voll erschlossen und werden bereits seit Dezember 2011 auf dem Immobilienmarkt angeboten. Zwischen 2015 und 2021 konnten mehrere Grundstücksverkäufe realisiert werden, für die Zukunft sind derzeit keine weiteren Veräußerungen von Grundstücken vorgesehen.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Im Laufe des Jahres 2024 hat die Ameos AG ihre Pläne für Teilschließungen konkretisiert. Zukünftig sollen nur noch eine Schmerztherapie und eine Eingliederungshilfe am Standort Alfeld/Leine vorgehalten werden. Verschiedene andere Abteilungen wurden bereits geschlossen und die Bettenanzahl deutlich reduziert. Das Ameos Klinikum in Alfeld ist somit kein Krankenhaus mehr, das die Grund- und Regelversorgung sicherstellt, sondern eine Fachklinik. Anfang März 2024 hat die Ameos Klinikum Alfeld GmbH vor dem Hintergrund geänderter gesundheitspolitischer Rahmenbedingungen einen Antrag auf Erlass der Pachtzahlungen für einen Zeitraum von fünf Jahren gestellt. Um gegenüber dem Innenministerium und den Gremien der Stadt Alfeld (Leine) und des Landkreises Hildesheim überhaupt tätig werden zu können und die Möglichkeiten eines Pachterlasses zu prüfen, hatte Herr Beushausen eine Betrachtung durch einen unabhängigen Wirtschaftsprüfer gefordert, damit nachvollzogen werden kann, ob die eingeleiteten Maßnahmen seitens der Ameos AG auch nachhaltig wirken. Eine entsprechende Bescheinigung wurde mit Datum vom 27.11.2024 durch PWC erstellt. Demnach liegt aus Sicht von Herrn Beushausen mindestens ab dem Jahr 2026 ein operatives Betriebsergebnis vor, das die Zahlung von T€ 600 Pacht ohne Entstehung eines Verlustes zulassen würde. Ein Pachterlass ist auf dieser Grundlage nicht zu rechtfertigen. Auf Nachfrage bei der Pächterin wurde von dieser erklärt, dass die vorgelegten Unterlagen ausschließlich den operativen Teil einer Bilanz darstellen. Auf die Aufforderung von Herrn Beushausen hin wurde sodann eine gesamtbilanzielle Betrachtung durch die PWC vorgelegt. Zu dieser ergaben sich weitere Nachfragen, insbesondere im Hinblick auf die dort aufgeführten Darlehensverbindlichkeiten. Wiederum auf Nachfrage erklärte die Ameos Klinikum Alfeld GmbH hierzu schriftlich, dass die Darlehensverbindlichkeiten in Gänze nicht durch Investitionstätigkeiten hervorgerufen wurden. Vielmehr dienen die Darlehen dazu, konzernintern die negativen Jahresergebnisse auszugleichen. Die Gesellschafter haben sich hierzu im Rahmen einer Gesellschafterversammlung beraten. Sofern dem Pachtverzicht entsprochen werden sollte, führt dies unweigerlich dazu, dass die Gesellschafter selbst den Darlehensabtrag aus ihren Haushalten heraus leisten müssen. Aufgrund der Tatsache, dass die Haushalte des Landkreises und der Stadt Alfeld (Leine) auch zukünftig weiterhin erheblich negativ sein werden, haben sich die Gesellschafter dafür ausgesprochen, den Antrag auf Pachtverzicht abschlägig zu bescheiden. Dies wiederum setzt voraus,

dass die politischen Gremien des Landkreises und der Stadt über den Sachverhalt abschließend informiert werden. Diese Information steht zum jetzigen Zeitpunkt noch aus.

Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises

Der Schuldendienst für den im Haushaltsjahr 2011 vom Landkreis aufgenommenen und an das Krankenhaus Alfeld weitergegebenen Kredit (rd. 5,07 Mio €, Laufzeit rd. 25 Jahre) wird vom Krankenhaus Alfeld durch Pachtzahlungen in voller Höhe erstattet. Für das Haushaltsjahr 2026 sind außerdem investive Mittel i.H.v. 60.000 € zur Stützung der Liquidität der Gesellschaft eingeplant.

Betriebsgesellschaft Jugendeinrichtungen gGmbH

Gegenstand des Unternehmens und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Gegenstand der Gesellschaft ist die Förderung der Jugendhilfe und der Erziehung. Der Zweck wird insbesondere verwirklicht durch den Betrieb, die Vermarktung und Verwaltung der Jugendeinrichtungen der ehemals im Eigentum des Landkreises Hildesheim stehenden Jugendeinrichtungen

- Schulland- und Jugendheim Haus Berlin in Hohegeiß,
- Jugendwanderheim Windmühle Marienrode in Hildesheim.
- Jugendhof Schönberg in Kalifornien/Ostsee

Zur Erfüllung ihrer Aufgaben ist die Gesellschaft zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann. Sie kann sich nach Maßgabe dieses Vertrages an anderen Einrichtungen beteiligen, weitere Einrichtungen schaffen und Interessengemeinschaften eingehen.

Die Gesellschaft kann für ihre gemeinnützigen Zwecke im Rahmen der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen alle sonstigen Rechtsgeschäfte vornehmen, die im Interesse der Gesellschaft liegen. Sie kann sich insoweit, insbesondere mit nach dem steuerlichen Gemeinnützigkeitsrecht dafür in Betracht kommenden Mitteln, an anderen Gesellschaften beteiligen und weitere begründen.

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnittes „steuerbegünstigte Zwecke“ der §§ 51 ff AO. Die Gesellschaft ist selbstlos tätig, sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25.000,00 €.
Der Landkreis Hildesheim und die LABORA gGmbH sind mit je 50 % (12.500,00 €) beteiligt.

Anteilsbesitz

Es bestehen keine Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Zusammensetzung der Organe

Aufsichtsrat

Nach § 7 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages besteht der Aufsichtsrat aus zehn Mitgliedern,

- dem Landrat des Landkreises Hildesheim, Herrn Bernd Lynack
- zwei vom Landrat benannten Bediensteten des Landkreises (Kreisamtsrätin Frau Kerstin Zingler Dezernat 1, Kreisjugendpflegerin Frau Derya Heidelberg, Amt 407)
- drei vom Landkreis Hildesheim bestimmten Mitgliedern
- vier Vertretern der Gesellschafter der LABORA gGmbH.

Für den Landkreis hat der Kreistag folgende Mitglieder benannt:

KTA Herr Tobias Sundermeyer	Gruppe
KTA Frau Caroline Ludäscher	Gruppe
KTA Bernhard Flegel	CDU

Gesellschafterversammlung

Die Aufgaben der Gesellschafterversammlung sind in § 11 des Gesellschaftsvertrages festgelegt.

Als Vertreter des Landkreises Hildesheim in der Gesellschafterversammlung wurde durch Kreistagsbeschluss Herr Landrat Bernd Lynack benannt. Stellvertreterin ist Frau Erste Kreisrätin Evelin Wißmann.

Geschäftsführung

Gemäß § 6 des Gesellschaftsvertrages hat die Gesellschaft einen oder mehrere Geschäftsführer. Nach § 11 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages wird der/werden die Geschäftsführer von der Gesellschafterversammlung bestellt, angestellt und abberufen. Die derzeitige Geschäftsführerin ist Frau Daniela Möhlenbrock.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft umfasst den Betrieb des Schullandheimes „Haus Berlin" in Hohegeiß (Braunlage/Harz), des Jugendwanderheimes „Windmühle Marienrode" in Marienrode/Hildesheim und des „Jugendhofes Schönberg" (Ostsee, Nähe Kiel). Im Oktober 2008 ist das ehemalige Schulland- und Jugendheim des Landkreises Hildesheim „Haus Berlin" zusammen mit dem Jugendwanderheim „Windmühle Marienrode" in die Trägerschaft der Betriebsgesellschaft Jugendeinrichtungen gemeinnützige GmbH übergegangen. Gesellschafter der Betriebsgesellschaft Jugendeinrichtungen gGmbH sind das Peiner Sozialdienstleistungsunternehmen Labora g.G.m.b.H. und der Landkreis Hildesheim zu gleichen Anteilen. Im November 2013 wurde der "Jugendhof Schönberg" in die Trägerschaft aufgenommen. Die Betriebsgesellschaft hat es sich zur zentralen Aufgabe gesetzt, den "Jugendhof Schönberg", das Schulland- und Jugendheim „Haus Berlin", sowie das Jugendwanderheim „Windmühle Marienrode" langfristig als Einrichtungen der Kinder und Jugendarbeit zu erhalten und weiter auszubauen. Die Umsätze konnten im Geschäftsjahr von 846 T€ in 2023 auf 898 T€ gesteigert werden. Den erhöhten Umsatzerlösen stehen erhöhte **Aufwendungen** für bezogene Waren um 5 T€ auf 140 T€ gegenüber. Die Personalkosten sind deutlich von 453 T€ auf 508 T€ gestiegen. In 2024 konnten offene Stellen neu besetzt werden. Die Raumkosten sind von 434 T€ auf 691 T€ im Geschäftsjahr gestiegen. Die 257 T€ Mehrausgaben resultieren im Wesentlichen aus dem Anstieg der Instandhaltungskosten (+210 T€), den Kosten für Heizung (+ 51 T€), Reinigung (+ 24 T€) und Wasser (+ 9 T€). Der Anstieg konnte durch den Rückgang der Kosten für Strom um - 37 T€ abgemildert werden. Als weitere Erträge mit wesentlichem Einfluss auf die Ergebnisentwicklung sind Erträge aus der Rückstellungsauflösung (55 T€) verbucht worden. Der Landkreis Hildesheim gewährte neben seiner bislang jährlichen Unterstützung in Höhe von 199,5 T€ zwei weitere Zuschüsse über insgesamt 500 T€. Daneben konnten Erträge aus Spenden in Höhe von 35 T€ vereinnahmt werden. Diese zusätzlichen Mittel ermöglichten in 2024 die Aufnahme der erforderlichen Sanierungsmaßnahmen, insbesondere im Haus Berlin. Das Jahr wurde mit einem Jahresüberschuss von 120 TE (Vorjahr Jahresfehlbetrag 81 T€) abgeschlossen. Ohne die gewährten Zuschüsse wäre ein Jahresfehlbetrag von 580 TE (Vorjahr 280 T€) entstanden. Die Eigenkapitalquote beträgt 38,1 % (Vorjahr 28,9%). Die Gesellschaft hatte im Geschäftsjahr 15 Mitarbeiter*innen.

Voraussichtliche Entwicklung

Die Zahl der Anfragen und Buchungen liegen über dem Wert von 2024, die Planung reicht bis in 2026 hinein. Bei den Umsatzerlösen wird mit einer moderaten Steigerung gerechnet. Im Jahr 2024 wurden die Preise für Buchungen ab dem Jahr 2024 um 5% erhöht. Für das Jahr 2025 sind weitere Preiserhöhungen geplant. Die Hausleitungen haben in Abstimmung mit der Geschäftsführung die Preisgestaltung für neue Buchungsanfragen ab 2025 sehr differenziert für die einzelnen Preiskategorien und unter Berücksichtigung der Gegebenheiten und Mitanbieter vor Ort erarbeitet.

Dadurch ergeben sich sehr unterschiedliche Preiserhöhungen in den einzelnen Preiskategorien, wobei die geplanten Steigerungen für die Zielgruppe moderater ausfallen als für Privatgäste. Die Entwicklung der Kosten für die Verpflegung wurde dabei berücksichtigt, hier wurde immer kostendeckend unter Berücksichtigung der gestiegenen Personalkosten kalkuliert. Im Haus Berlin sind noch drei Mitarbeitende vom Landkreis im Haus Berlin beschäftigt. Im November und Dezember ist die Auslastung im „Haus Berlin" immer etwas geringer, da Klassenfahrten zu diesen Zeiten so gut wie gar nicht stattfinden. Neue Gästegruppen für diesen Zeitraum zu finden, stellt sich als schwierig heraus, gleichwohl wird daran weitergearbeitet. Den moderat steigenden Umsatzerlösen stehen vermehrte Kosten, insbesondere für die Instandhaltung der Immobilien und Personal, gegenüber. Dies führt in Summe zu einem höheren Zuschussbedarf. Die Erträge aus Zuschüssen durch den Landkreis Hildesheim wurden in Abstimmung mit dem Aufsichtsrat und der Zustimmung des Kreistages für das Jahr 2025 auf 675.000 Euro erhöht. Der Betrieb des Jugendhofes in Schönberg soll ab 2026 eingestellt werden. Die Liegenschaft befindet sich im alleinigen Besitz des Landkreises Hildesheim, der sie gemäß dem Beschluss des Kreistages veräußern möchte. Unter Berücksichtigung der Budget- und Finanzierungszusage des Landkreises Hildesheim rechnet die Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2025 mit einem leicht positiven Ergebnis. Bei der Eigenkapitalquote rechnen wir mit einer geringfügigen Steigerung gegenüber dem Vorjahr. Für das kommende Geschäftsjahr erwarten wir ein Investitionsvolumen auf dem Niveau des Berichtsjahres. Die Investitionen werden sich voraussichtlich vorwiegend auf Ersatzbeschaffungen konzentrieren.

Finanzlage

Die Gesellschaft verfügt nach den im Geschäftsjahr 2024 deutlich erhöhten Zuschüssen seitens des Landkreis Hildesheim über eine ausreichende Summe an liquiden Mitteln im Bestand, eine Fremdfinanzierung über fremde Kapitalgeber wurde im Geschäftsjahr nicht in Anspruch genommen.

Vermögenslage

Im Geschäftsjahr wurden zwei neue Anlagegüter, eine Kombi-Dämpfer (12 T€) und eine Durch-schub-Geschirrspülmaschine (10 T€), in das Anlagevermögen aufgenommen. Die Zugänge erfolgten im Rahmen der planmäßigen Erneuerung der Küchenausstattung im Haus Berlin. Die Höhe der sonstigen Rückstellungen betrug zum 31.12.2024 295 T€ (Vorjahr 274 T€). Sie setzten sich im Wesentlichen aus der Rückstellung für Maßnahmen zur Einhaltung der Sicherheitsstandards (199 T€) und aus der Rückstellung für rückzuzahlende Coronahilfen aus 2020 (28 T€) zusammen.

Prognose- ist Vergleich zum Vorjahr

Im Geschäftsjahr ist das prognostizierte positive Ergebnis leicht überschritten worden. Dafür sind im Wesentlichen zwei Faktoren verantwortlich:

1. Die Umsatzerlöse konnten gegenüber der Prognose leicht gesteigert werden.
2. Die Personalkosten fielen wegen Langzeiterkrankungen leicht geringer aus als geplant.

Chancen und Risiken

Risiken aus der laufenden Geschäftstätigkeit werden systematisch und permanent beobachtet, bewertet und an die verantwortlichen Entscheidungsträger berichtet. Die regelmäßige Berichterstattung an die Gremien der Gesellschaft ist ein weiteres Element des permanenten Risikomanagements. Die dazu eingesetzten Steuerungs- und Kontrollsysteme werden sukzessive weiterentwickelt. Insbesondere der Budgetplanungsprozess sowie die monatlichen Berichte für die einzelnen Standorte stehen dabei im Fokus. Durch Verträge mit neuen Strom- und Gasanbietern werden die Kosten in diesen Bereichen über 2025 hinaus gesenkt. Der Ausbau der Digitalisierung in den Verwaltungsbereichen soll auch weiterhin gefördert und der Optimierungsprozess im Bereich

Belegungsplanung sowie Schnittstellenmanagement zu anderen Anwendungen intensiviert werden. Um eine bessere Positionierung am Markt zu erreichen, sollen flankierende Marketingmaßnahmen, wie die Online Präsens, Merchandisingprodukte etc., weiterentwickelt werden. Auch weiterhin werden zukünftig notwendige und somit kostenwirksame Reparaturen an den Gebäuden und in den Objektbereichen „Haus Berlin" (Brandschutz, öffentliche Sicherheit, Außenanlagen, Einfahrt) und der Mühle Marienrode (kleinere Erhaltungsarbeiten an der Mühle und dem Jugendwanderheim, lndustriegeschirrspülmaschine) geplant und umgesetzt. Für einen Teil der notwendigen Maßnahmen wurden angemessene Rückstellungen gebildet. Zur weiteren strategischen Ausrichtung der Betriebsgesellschaft ist in 2020 ein Konzept für alle Standorte inkl, einer strategischen Instandhaltungsplanung aller Einrichtungen/Objekte entwickelt worden und in Teilen bereits abgearbeitet worden. Durch die Maßnahmen und die strategische Konzeptentwicklung werden die nachhaltige Nutzung der Standorte/Gebäude/Anlagen und damit die Umsetzung des Satzungszweckes auch zukünftig sichergestellt. Das wesentliche Risiko der möglichen Unterfinanzierung der Gesellschaft in der Zukunft scheint zunächst durch die Erhöhung der Zuschüsse vermindert zu sein. Darüber hinaus werden die Übernachtungskosten fortlaufend einer kritischen Überprüfung unterzogen und entsprechend in ihrer Ausgestaltung erhöht werden. Weitere Risiken können sich aufgrund geänderter politischer bzw. gesetzlicher Entscheidungen und Entwicklungen ergeben. Der Geschäftsverlauf im Berichtsjahr weist keine nennenswerten Abweichungen auf. Die Gesellschaft ist ohne Fremdmittel in der Lage, den Geschäftsbetrieb aufrecht zu erhalten. Zusammenfassend ist festzustellen, dass die aktuelle Entwicklung die Gesellschaft vor erhebliche Herausforderungen stellt, die jedoch mit der zu erwartenden weiteren finanziellen Unterstützung des Landkreises Hildesheim als gut beherrschbar eingeschätzt werden.

Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises

Auch im Geschäftsjahr 2026 ist die Zahlung eines Betriebskostenzuschusses in Höhe von 550.000 € m Haushalt eingeplant. Die Höhe des Zuschusses berücksichtigt die Kostensteigerungen im Personal- und Betriebskostenbereich sowie besonders die aufgrund der Altersstruktur der Baussubstanz dringend erforderlichen Instandsetzungsarbeiten.

ProjektBau Hildesheim GmbH & CO OHG

Gegenstand des Unternehmens und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die ProjektBau Hildesheim GmbH & Co. OHG wurde mit Wirkung zum 1. Januar 2015 umfirmiert aus der ARGE Produktionszentrum TfN GbR, die mit Abschluss eines Arbeitsgemeinschaftsvertrags am 10. Dezember 2009 zwischen der gbg Immobilien GmbH, Hildesheim und der Kreiswohnbau Hildesheim GmbH, Hildesheim (nach Umfirmierung zum 07. April 2017: kwg Kreiswohnbaugesellschaft Hildesheim mbH, Hildesheim) gegründet wurde. Gegenstand der ProjektBau Hildesheim GmbH & Co. OHG ist die Bewirtschaftung, die Errichtung, der Erwerb, die Vermittlung und die Betreuung von Immobilien in allen Rechts- und Nutzungsformen. Die Gesellschaft kann alle im Bereich der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen und zugleich auch sonstige Geschäfte betreiben, sofern diese dem Gesellschaftszweck (mittelbar oder unmittelbar) dienlich sind. Die Gesellschafter sind unverändert am Gewinn und Verlust zu gleichen Teilen beteiligt.

Beteiligungsverhältnisse:

Gesellschafter zu jeweils 50 % der ProjektBau Hildesheim GmbH & CO OHG sind die gbg Immobilien GmbH Hildesheim sowie die Kreiswohnbau Hildesheim GmbH.

Anteilsbesitz:

Es bestehen keine Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Zusammensetzung der Organe

Gesellschafterversammlung:

In der Gesellschafterversammlung ist jeder Gesellschafter mit einer Stimme vertreten. Gesellschafter sind die jeweiligen Geschäftsführer der beteiligten Wohnungsbauunternehmen.
Vertreter des Landkreises Hildesheim sind nicht in den Gremien der Gesellschaft vertreten.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Rahmenbedingungen

Die wirtschaftlichen Folgen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine belasten die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland nach wie vor merklich. Deutlich gestiegene Bau- und Finanzierungskosten dämpfen die Investitionen im Wohnungsbau und führen zu einer hohen Unsicherheit. Hinsichtlich der Entwicklung der Energiekosten bestehen auch durch den Krieg zwischen Israel und der Hamas erhebliche Unsicherheiten. Daher können die weiteren Auswirkungen auf die Gesamtwirtschaft, aber auch auf die Immobilienbranche nicht verlässlich abgeschätzt werden. Zudem kommt es insbesondere in Folge des Ukraine-Kriegs zu gegenwärtig noch nicht abschätzbaren Einflüssen auf die Wohnungsmärkte.

Geschäftsverlauf

Das Jahresergebnis unserer Gesellschaft mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von T€ 112 liegt somit 2024 mit rund T€ 193 unter dem Vorjahresniveau, was auf die geplanten außerordentlichen Instandhaltungsaufwendungen (+ T€ 206) bei dem Gebäude der VHS zurück zu führen ist.

Ertragslage

Die Ertragslage ist im Wesentlichen durch das Ergebnis aus der Bewirtschaftungstätigkeit T€ - 107,9 (Vorjahr: T€ 83,5) geprägt und durch den Abschluss langfristiger Pachtverträge sind die Erträge gesichert. Das Ergebnis der Bewirtschaftungstätigkeit ergibt sich im Wesentlichen aus der vertragsmäßigen Pacht für das Produktionszentrum des TfN's (T€ 125,4) und den Einnahmen aus dem Pachtvertrag mit der Volkshochschule Hildesheim (T€ 242,5). Die Aufwendungen entfallen auf Instandhaltungskosten (T€ 237,6), planmäßige Abschreibungen (T€ 130,5), Zinsaufwendungen zur Finanzierung der Pachtobjekte (T€ 57,7), Erbbauzinsen (T€ 32,5), Kosten für die Geschäftsbesorgung (T€ 17,5) und sonstige betriebliche Aufwendungen (T€ 8,0). Im Geschäftsjahr wurde ein Jahresfehlbetrag in Höhe von T€ 112,0 (Vorjahr Jahresüberschuss: T€ 81,2) erwirtschaftet.

Vermögenslage

	31.12.2024		Vorjahr	
	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	3.458	88,0	3.589	87,9
Umlaufvermögen	471	12,0	495	12,1
Gesamtvermögen	3.929	100,0	4.084	100,0

	31.12.2024		Vorjahr	
	T€		T€	
Eigenkapital	647	16,5	760	18,6
Rückstellungen	127	3,2	20	0,5
Verbindlichkeiten	3.155	80,3	3.304	80,9
Gesamtkapital	3.929	100,0	4.084	100,0

Die Kennzahlen haben sich wie folgt entwickelt:

	2024	2023	2022	2021	2020
Eigenkapitalquote	16,5	18,6	16,1	14,3	13,3
Anlagenintensität	88,0	87,9	88,0	88,4	89,4

Die Vermögenslage ist geordnet, es besteht eine solide Vermögens- und Kapitalstruktur.

Finanzlage

	2024		Vorjahr	
Jahresüberschuss	-112,0		81,2	
Abschreibungen auf Sachanlagen	130,5		130,5	
Zunahme/Abnahme(-) sonstiger Passiva	133,7		-50,2	
Zinsaufwendungen	57,7		60,8	
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit		**209,9**		**222,3**
Planmäßige Tilgungen	-176,0		-175,5	
Gezahlte Zinsen	-57,7		-60,8	
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit		**-233,7**		**-236,3**
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds		-23,8		-14,0
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode		494,5		508,5
Finanzmittelfonds am Ende der Periode		**470,7**		**494,5**

Die Gesellschaft war im Geschäftsjahr und ist auch zukünftig stets in der Lage ihre Zahlungsverpflichtungen zu erfüllen, aufgrund einer geordneten und gesicherten Kapitalstruktur. Liquiditätsengpässe sind auch zukünftig nicht zu erwarten.

Risiko- und Chancenbericht

Das Gewerbeobjekt „Am Güldenfeld 4" (Produktionszentrum) ist langfristig finanziert. Bei den langfristigen Finanzierungsmitteln handelt es sich um Annuitätendarlehen. Die Zinsänderungsrisiken werden als gering eingestuft. Preisänderungsrisiken sind aufgrund des Abschlusses eines langfristigen Pachtvertrags begrenzt. Die Übernahme des Grundbesitzes Pfaffenstieg sowie der Umbau und die Modernisierung der Räumlichkeiten der Volkshochschule Hildesheim gGmbH mit anschließender langfristiger Verpachtung stellt keine erhöhten Risiken dar. Die langfristigen Darlehen sind mit langen Zinsbindungen abgeschlossen, so dass nur ein geringes Zinsänderungsrisiko besteht. Preisänderungsrisiken sind aufgrund des Abschlusses eines langfristigen Pachtvertrags begrenzt. Die Klimaschutzgesetzgebung und die damit einhergehenden Anforderungen und Verpflichtungen für den Gebäudesektor bzw. die Wohnungswirtschaft stellen ganz erhebliche Herausforderungen auch für unser Unternehmen auf dem Weg zur Klimaneutralität dar. Das Gebäude der Volkshochschule ist bereits an das Fernwärmenetz angeschlossen, welches klimaneutrale Wärme zur Verfügung stellt. Für das Objekt in Güldenfeld wird eine sukzessive Erarbeitung einer unternehmenseigenen Klimaschutzstrategie, ausgerichtet an den technisch, wirtschaftlichen und finanziellen Gegebenheiten sowie den gesetzlichen und baurechtlichen Vorgaben, vorgesehen. Etwaigen Kosten- und Vermietungsrisiken gilt es dabei zu begegnen. Ferner besteht ein Risiko in der Unterbrechung von Lieferketten (Lieferengpässe bei verschiedenen Baumaterialien) mit Auswirkungen auf den Bereich der Instandhaltung von den Objekten. Hier kann es zu Verzögerungen und damit insbesondere zu einem Instandhaltungsstau kommen. Die Ausfallrisiken bei den Pachtzahlungen sind grundsätzlich gestiegen, werden aber weiterhin als gering eingeschätzt, da es sich um langfristige Pachtverträge handelt und bei der Volkshochschule zusätzlich eine Mietgarantie des Landkreises Hildesheim besteht. Bisher waren keine Forderungsausfälle zu verzeichnen. Sonstige Risiken, die die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft negativ beeinflussen könnten und bestandsgefährdende Risiken sind mittelfristig nicht erkennbar.

Prognosebericht

Nach der Wirtschafts- und Finanzplanung gestaltet sich, auch nach Berücksichtigung des gegenwärtig unsicheren wirtschaftlichen Umfeldes, das nächste Jahr positiv. Die Geschäftsführung erwartet bei einer weitgehend stabilen Umsatz- und konstanten Aufwandsstruktur ein Jahresergebnis von T€ 58. Mit dem Ukraine-Krieg und dem Nahostkonflikt verbundene Risiken führen zu einem hohen Grad von Unsicherheit, der zu negativen Abweichungen von der Unternehmensplanung und den Kennzahlen führen kann

Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises

Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises Hildesheim bestehen nicht.

Theater für Niedersachsen GmbH (TfN)

Gegenstand des Unternehmens und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb eines Theaters sowie die Unterhaltung eines Symphonieorchesters zur Förderung kultureller Zwecke. Der Gesellschaftszweck umfasst insbesondere die Aufführung und Produktion von Bühnenwerken aller Gattungen im Musik-, Tanz- und Sprechtheater in der Tradition des deutschen Ensemble- und Repertoiretheaters sowie die Darbietung von Konzerten. Produktionsort ist in der Regel Hildesheim.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann, insbesondere zur Zusammenarbeit mit vergleichbaren Unternehmen und Einrichtungen sowie zur Gründung von Tochtergesellschaften.

Bespielt wird das Theater samt seiner Spielstätten in Hildesheim, Gemeinden und Städte Niedersachsens in einem festzulegenden Verhältnis. Ausgewählte Produktionen können auch außerhalb des Spielgebietes der Gesellschaft aufgeführt werden.

Beteiligungsverhältnisse

Die Theater für Niedersachsen GmbH (TfN) ist zum 01.09.2007 von zunächst drei Gesellschaftern (Stadt Hildesheim, Landkreis Hildesheim und Zweckverband Landesbühne Hannover) gegründet worden. Das Stammkapital betrug 39.000,00 € und wurde im Jahre 2018 um 500.000 € erhöht
Mit Wirkung zum 31.12.2014 hat der Zweckverband Landesbühne die Kündigung des Gesellschaftsvertrages erklärt. Die Gesellschafter Stadt- und Landkreis Hildesheim sind nunmehr mit jeweiligen Stammeinlagen von 263.000,00 € beteiligt. Der dritte Geschäftsanteil wird laut Vereinbarung vom 07.05.2015 durch die Gesellschaft selbst eingezogen.
Der Theaterbetrieb wird durch jährliche Zuschüsse beider Gesellschafter sowie durch einen Zuschuss durch das Land Niedersachsen abgesichert. Grundlage hierfür ist eine Ziel- und Leistungsvereinbarung.

Anteilsbesitz

Es bestehen keine Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Zusammensetzung der Organe

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht künftig aus 16 stimmberechtigten Mitgliedern, und zwar:

- vier Mitgliedern des Rates der Stadt Hildesheim und dem Oberbürgermeister der Stadt Hildesheim,
- vier Mitgliedern des Kreistags des Landkreises Hildesheim und dem Landrat des Landkreises Hildesheim,
- einem Vertreter des Niedersächsischen Ministeriums für Wissenschaft und Kultur.
- einem von der Betriebsversammlung gewählten Vertreter sofern nicht aufgrund der gesetzlichen Bestimmungen ein Betriebsratsmitglied Sitz und Stimme hat,
- je einem Vertreter des Sprech- und Musiktheaters,
- je einem vom Kulturring und von der Volksbühne Hildesheim zu benennenden Vertreter.

Für den Landkreis hat der Kreistag folgende Mitglieder benannt:

KTA Frau Simone Flohr	Gruppe
KTA Herr Werner Preissner	Gruppe
KTA Stefan Kolan	Gruppe
KTA Frau Ute Bertram	CDU

Gesellschafterversammlung

Nach § 10 des Gesellschaftsvertrages entsendet jeder Gesellschafter jeweils ein Mitglied in die Gesellschafterversammlung.

Als Vertreter für den Landkreis Hildesheim wurde durch Kreistagsbeschluss Herr Landrat Berndt Lynack benannt. Vertreter ist Frau Kreisverwaltungsrätin Christina Grella.

Geschäftsführer

Geschäftsführer der Gesellschaft ist gemäß § 9 des Gesellschaftervertrages der Intendant. Der derzeitige Intendant ist Herr Oliver Graf.

Geschäfts- und Rahmenbedingungen der Theater für Niedersachsen GmbH

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb eines Theaters sowie die Unterhaltung eines Sinfonieorchesters zur Förderung kultureller Zwecke. Der Gesellschaftszweck umfasst insbesondere die Aufführung und Produktion von Bühnenwerken aller Gattungen im Musik-, Tanz- und Sprechtheater in der Tradition des deutschen Ensemble- und Repertoiretheaters sowie die Darbietung von Konzerten. Produktionsort ist in der Regel Hildesheim. Bespielt werden das Theater mit allen seinen Spielstätten in Hildesheim sowie Gemeinden und Städte Niedersachsens in einem festzulegenden Verhältnis. Ausgewählte Produktionen können auch außerhalb des Spielgebietes der Gesellschaft aufgeführt werden. Gesellschafter des Theaters sind Stadt und Landkreis Hildesheim. Mit rund 50 Prozent des Zuschusses ist das Land Niedersachsen der größte Mittelgeber und sichert gemeinsam mit den Gesellschaftern den Theaterbetrieb durch jährliche Zuschüsse gemäß einer laufenden Ziel- und Leistungsvereinbarung ab. Als Ergebnis einer juristischen Beratung wird hierbei davon ausgegangen, dass die Zuschüsse der Gesellschafter sowie des Landes Niedersachsen grundsätzlich nicht dem Beihilfeverbot nach Europäischen Vorschriften unterliegen. Die dreiseitige Ziel- und Leistungsvereinbarung zwischen dem Land Niedersachsen, den Gesellschaftern sowie der Theater für Niedersachsen GmbH für die Jahre 2020 bis 2023 vom Juni 2020 wurde am 06.03.2024 um ein weiteres Jahr für das Kalenderjahr 2024 verlängert. Dieser Verlängerung gingen Verhandlungen mit dem zuständigen Minister für Wissenschaft und Kultur, Herrn Falko Mohrs, voraus, in denen jedoch insbesondere zur Frage der Rückkehr in eine Übernahme der Tarifsteigerungen der öffentlichen Hand, die bereits seit 2020 ausgesetzt wurde, erneut keine Einigung erzielt werden konnte. Die kurze Laufzeit verbunden mit dem späten Vereinbarungsdatum bedingen, dass im Anschluss bereits die Gespräche zum Abschluss einer Folgevereinbarung begonnen haben. Die aktuelle Vereinbarung sieht somit weiterhin eine Festbetragsfinanzierung vor, nach der von außen induzierte Kostenaufwüchse beispielsweise durch Tarifabschlüsse oder die wirtschaftlichen Folgen des Kriegsgeschehens und der Energiewende nicht übernommen werden. Am 04.01.2024 hat das TfN auf seinen Antrag aus dem Frühsommer 2023 hin erneut eine Zusage zu dem seitens der Region Hannover aufgelegten Programm zur Förderung theaterpädagogischer Angebote für die Kalenderjahre 2024 bis 2026 erhalten. Die Bewilligung erfolgte nicht in voller Höhe, sondern wurde auf 25 T€ Förderung pro Kalenderjahr (zuvor 35 T€) begrenzt. Für die Kalenderjahre 2023 bis 2026 konnte schließlich im Nachgang der Zustimmung der Regionsversammlung im Sommer 2022 erneut eine Vereinbarung zwischen der Region Hannover und dem TfN abgeschlossen werden, nach der die Rabatte für Abstecherbuchungen der Regionskommunen durch eine Spielplanförderung seitens der Region ausgeglichen werden. Die Höhe der Förderung wurde allerdings künftig auf einen

Festbetrag von 100 T€ begrenzt. Positiv ist hingegen insbesondere die neue Laufzeit von wieder vier Kalenderjahren, aber auch die Sicherheit einer Festbetragsfinanzierung.

Besuchende

In der Spielzeit 2023/2024 konnten in Hildesheim und unterwegs in insgesamt 1.321 Veranstaltungen 155.180 Besuchende erreicht werden. Dies ist erneut eine deutliche Steigerung im Vorjahresvergleich, wo in 1.177 Veranstaltungen 123.795 Besuchende erreicht wurden. In 2018/2019, also der letzten Spielzeit vor der Corona-Pandemie waren es 152.670 Besuchende. Ursächlich ist hierbei vor allem der deutliche Anstieg der Zahl der Vorstellungen der eigenen Produktionen in Hildesheim und den Gastspielorten, die gegenüber dem Vorjahr von 445 auf nunmehr 528 Vorstellungen deutlich stieg und damit wieder auf dem Niveau des langjährigen Mittels lag. Die Zuschauendenzahl folgte diesem Trend und erreichte im Vergleich zur vorangehenden Spielzeit mit 95.554 in dieser 122.912 Zuschauende.

Hildesheim

In der Spielzeit 2023/2024 besuchten in allen Spielstätten Hildesheims zusammen 71.176 Zuschauende eine der 320 eigenen Vorstellungen. Damit stieg die Zahl der Besuchenden erneut um rund 21 Prozent im Vorjahresvergleich (58.755 Zuschauende in der Spielzeit 2022/2023) und auch die Zahl der Vorstellungen vollzog eine gleichgerichtete Entwicklung (Vorjahr: 267 Vorstellungen). Die Einnahmen stiegen ebenfalls deutlich auf rund 1.054 T€ (Vorjahr 852 T€) an. Der Anstieg der Vorstellungszahl ist dabei vor allem auf zwei Faktoren zurückzuführen: einerseits dem Bemühen, trotz der nicht besetzten Stellen in den technischen Gewerken, die Zahl der Vorstellungen im Großen Haus wieder in Richtung des langjährigen Mittels von 200+ Vorstellungen zu heben, andererseits auf die Einführung eines erst vor kurzem etablierten Formats, dem sog. „Klassenzimmerstück". Hinsichtlich der Vorstellungszahl im Großen Haus konnte die Zahl von 163 Vorstellungen 2022/2023 wieder auf 183 Vorstellungen angehoben werden. Das „Klassenzimmerstück" dient der Intensivierung der Kooperation mit den Schulen in Stadt und Landkreis Hildesheim. Die Produktion „out! - gefangen im netz" konnte bereits in 36 Vorstellungen gezeigt werden und erreichte 857 Schüler_innen. Ein Höhepunkt der Spielzeit 2023/2024 war die Eröffnung der neuen Studiobühne thim am 03.02.2024, die als neue Spielstätte des Kinder- und Jugendtheaters das theo abgelöst hat. In 61 Vorstellungen dort wurden insgesamt 5.257 Zuschauende erreicht. Bis Ende 2023 fanden die Vorstellungen des Kinder- und Jugendtheaters noch im theo statt, wo in 22 Vorstellungen 1.224 Zuschauende erreicht wurden (im Vorjahr waren es in 78 Vorstellungen 3.660 Besuchende). In beiden Spielstätten zusammen konnten insgesamt 6.481 Zuschauende erreicht werden. im Foyer (F1) wohnten insgesamt 135 Zuschauende 3 Veranstaltungen bei (Vorjahr: 178 Zuschauende in 5 Vorstellungen). In der betrachteten Spielzeit fand lediglich ein Gastspiel im Großen Haus statt, das 533 Besuchende erreichte. Die Zahl der Abonnements in Hildesheim blieb zum Stichtag 31.08.2023 stabil erneut mit einer leicht positiven Tendenz und nun 1.388 (Vorjahr: 1.325) Abonnements. Die im Sommer 2023 begonnene Kampagne zur Zurückgewinnung von Abonnements soll verstärkt werden.

Abstecher

Die Zahl der Abstechervorstellungen eigener Produktionen stieg in der Spielzeit 2023/2024 auf insgesamt 196 Vorstellungen im Vergleich zum Vorjahr erneut (2022/2023: 172). Weiterhin trägt hierzu insbesondere eine hohe Zahl von Kinder- und Jugendtheatervorstellungen bei. In der betrachteten Spielzeit waren es insgesamt 89 Vorstellungen (Vorjahr: 83). Hierdurch blieb auch die Zahl der Zuschauenden im Kinder- und Jugendtheater mit 16.754 (Vorjahr. 16.783) weiterhin stabil. Entgegen' den sonst positiven Trends blieb das Buchungsverhalten im Bereich von Oper und Operette weiterhin zurückhaltend, wo erneut nur 10 Vorstellungen in der Spielzeit gebucht wurden (Vorjahr: 10). Auch die Zahl der Zuschauenden fiel mit 2.061 im Vergleich zur vorangegangenen Spielzeit nochmal zurück (Vorjahr: 2.615 Besuchende). Die Musical-Sparte erreichte vorwiegend

aufgrund des angebotenen Musicals „The Rocky Horror Show" hinsichtlich der Vorstellungszahlen unterwegs mit 41 Vorstellungen (Vorjahr: 24) erneut einen — diesmal immensen — Zuwachs, der sich naturgemäß auch in den Zuschauendenzahlen bemerkbar machten: Es wurden insgesamt 17.355 Besuchende in der Sparte erreicht. Im Vorjahr waren es 5.482 Besuchende, so dass also u.a. dieses Erfolgsstück auch maßgeblich zum Erfolg der Spielzeit insbesondere im Gastspielgeschäft beitrug. Die Zahl der Schauspielbuchungen blieb unterwegs weiterhin stabil mit insgesamt 44 Vorstellungen (Vorjahr: 45), die allerdings ebenfalls wieder von deutlich mehr Besuchenden gesehen wurden. So sahen insgesamt 10.194 Besuchende die Vorstellungen (Vorjahr: 8.292). Zusammen mit 12 Abstechern in den selbstverwalteten Gastspielorten Langenhagen und Goslar konnten somit in 210 (Vorjahr: 178) Abstechervorstellungen insgesamt 51.736 Besuchende erreicht werden (Vorjahr: 36.799). Diese positive Zuschauendenentwicklung zeigte sich auch in den Einnahmen, die entsprechend auf rund 847 T€ anstiegen (Vorjahr: 634 T€). Zum Stichtag 31.08.2023 blieben die Abonnementszahlen in Goslar mit 38 Abonnements (Vorjahr: 36) stabil. Das Abonnement in Langenhagen ruhte bis zum Frühjahr 2023 aufgrund eines Wasserschadens für mehr als eine Spielzeit. In der Folge konnte die Zahl der Abonnements leider nicht vollends gehalten werden, sondern sank von 160 im Vorjahr auf 120.

Kontaktprogramm

Im Rahmen des sog. Kontaktprogramms, wie etwa in kostenfreien Matineen, Einführungsveranstaltungen, Führungen, Nachgesprächen oder (nahezu) kostenfreien Besuchen in unterschiedlichen Bildungseinrichtungen wurden in 775 (2022/2023: 711) Veranstaltungen weitere 27.501 (2022/2023: 21.418) Besuchende erreicht, so dass also auch hier die Zahlen vor Eintritt des Pandemie- und Krisengeschehens wieder erreicht werden konnten (2018/2019: 656 Veranstaltungen mit 24.330 Besuchenden). Insgesamt ist somit weiterhin ein deutlicher Aufwärtstrend zu verzeichnen.

Hausüberlassungen

Infolge der gestiegenen Anzahl eigener Vorstellungen ging in der Spielzeit 2023/2024 die Zahl der Hausüberlassungen auf 15 Veranstaltungen zurück (Vorjahr 21), in deren Rahmen 4.234 Besuchende (Vorjahr 6.823) erreicht wurden. Auch hier entwickelten sich die Einnahmen in die gleiche Richtung und sanken auf rund 32 T€ (Vorjahr: 35 T€).

Einnahmen aus Vorverkaufsgebühren und Systemnutzung

Die Einnahmen aus dem Vorverkauf folgten der Aufwärtsentwicklung der Zuschauendenzahlen. So konnten hier rund 51 T€ Einnahmen generiert werden (Vorjahr: rund 43 T€). Diese Entwicklung setzte sich auch in den Einnahmen aus der Nutzung des Verkaufssystems fort. Diese - erreichten einen Stand von rund 19 T€ (Vorjahr: 16 T€). Es wird weiterhin das Kartenbuchungssystem ReserviX eingesetzt.

Spenden und Sponsoring

Die Einnahmen aus Sponsoring blieben auf insgesamt niedrigem Niveau in Höhe von rund 28 T€ im Vergleich zur vorangegangenen Spielzeit stabil (Vorjahr: 26 T€). Auch die Spendenbereitschaft verharrte weiterhin auf sehr niedrigem Niveau (10 T€ im Vergleich zur vorangegangenen Spielzeit mit rund 8 T€ Einnahmen), wobei auch in dieser Spielzeit keine explizite Unterstützung seitens des Theaters durch spezielle Aktionen wie etwa im Zusammenhang mit dem Wasserschaden oder als Stuhlpatenschaft erbeten wurde.

Zuschüsse

Der Betriebskostenzuschuss des Landes Niedersachsen betrug in der Spielzeit 2023/2024 rund 9,57 Mio. €. Neben dem Festbetrag aus der laufenden Zielvereinbarung in Höhe von 8,09 Mio. € sind in diesem Betrag anteilige Tarifsteigerungen aus Einmalzahlungen über die politische Liste für 2023 und 2024 in Höhe von rund 112 T€, 820 T€ Förderung zur Bewältigung der Auswirkungen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine sowie rund 550 T€ Sondermittel 2024 enthalten. Die Zuschüsse der Gesellschafter Stadt und Landkreis Hildesheim betrugen in der Spielzeit Jeweils rund 4,101 Mio. € (Vorjahr: 3,836 Mio. €) zuzüglich eines Investitionskostenzuschusses von jeweils rund 51 T€. Weiterhin leistete die Stadt Nienburg gemäß ihrer Zuschussvereinbarung einen Betriebskosten-Zuschuss in Höhe von insgesamt 60 T€ und auch die Städte Hameln und Garbsen beteiligten sich wieder in Höhe von 13T€. Die Region Hannover leistete einen Zuschuss in Höhe von rund 120 T€ (Vorjahr: 116 T€). Diese Steigerung ergibt sich aus der Vereinbarung mit der Region Hannover, die ab 2023 wieder in Höhe einer Festbetragsfinanzierung erfolgt sowie aus der Vereinbarung zur Förderung theaterpädagogischer Maßnahmen (35 T€).

Aufwand

Die Sachkosten (ohne die selbständigen Künstler_innen) beliefen sich auf rund 5,679 Mio. E. Hierin enthalten sind als Sondereffekt 1,5 Mio. € Umbaukosten für die Fortsetzung der Maßnahmen des vorbeugenden Brandschutzes, die sich aus dem Brandschutzkonzept ergeben. Ohne diesen Sondereffekt bewegten sich die Sachkosten weitgehend auf dem Niveau der Vorjahre (4.061 Mio. €) mit einem leichten Plus von 3 Prozent oder rund 120 T€. Die Ausgaben für selbstständige Künstler sind von rund 596 T€ im Vorjahr auf nun 716 T€ ebenfalls um rund 20 Prozent gestiegen, da zum Teil feste Beschäftigungsverhältnisse durch Gäste ersetzt wurden. Während in diesem Rahmen die Ausstattung des thim inzwischen erfolgt ist, stehen andere deutlich größere Instandhaltungsmaßnahmen weiterhin aus. Dies betrifft die Steuerung des Eisernen Vorhangs (rund 100 TE mit einer Durchführung im Sommer 2025) sowie die Ertüchtigung der Ober- und Untermaschinerie im Sommer 2026 für rund 2 Mio. €. Die Personalkosten stiegen in der Spielzeit 2023/2024 im Vorjahresvergleich erneut deutlich um rund 0,9 Mio.€ auf rund 14.310 Mio. € (Vorjahr: 13.429 Mio. €). Ursächlich waren der Anstieg der Einstiegs- sowie der Mindestgage im NV-Bühne sowie der Tarifabschluss des öffentlichen Dienstes Bund und Kommunen mit monatlichen Einmalzahlungen im Zeitraum September bis März und der anschließenden Anhebung der Vergütung um 200 im Sockel plus 5,5 Prozent ab März 2024. Entgegen wirken unbesetzte Stellen sowie ein verstärkter Renteneintritt. Zusammen mit den Gästen: für deren Engagement die Kosten infolge der Teuerungen ebenfalls stiegen, belief sich die Kostensteigerung auf rund eine Mio. von 14,025 auf 15,026 Mio. €

Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzsumme ist zum 31.08.2024 im Vorjahresvergleich von 8,375 Mio. € auf 7.599 Mio. € um rund 776 T€ gesunken. Dieser Rückgang ist sowohl auf eine Verringerung des Anlagevermögens (-391 T€) von 1,959 Mio. € auf 1,568 Mio. €im Vorjahresvergleich wegen abgängigen Inventars als auch auf einen geringeren Kassenbestand zum Bilanzstichtag zurückzuführen. Das Geschäftsjahr 2023/2024 schloss erneut mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 252 T€ ab (Vorjahresfehlbetrag 258 T€). Dieses Defizit hatte seine Ursache vornehmlich in den weiterhin stark gestiegenen Personalkosten, die auf der Einnahmeseite nicht aufgefangen werden konnten. Die Gesellschaft hält auch weiterhin die Gesellschaftsanteile des ehemaligen Gesellschafters Zweckverband Landesbühne Hannover in Höhe von 13 T€.

Investitionen

Im Zuge der Eröffnung der neuen Kinder- und Jugendtheaterspielstätte thim waren Investitionen in die technische Ausstattung und die Möblierung der Bühne notwendig, die sich insgesamt auf 66 T€ beliefen und somit den Schwerpunkt der Investitionstätigkeit der Spielzeit bildeten. Hierzu gehörten etwa die Zuganlage, Beamer oder der Gastronomietresen. Ebenfalls erneuerungsbedürftig waren die Kücheneinrichtungen für den Betrieb von Kantine und Vorderhäusern. Dies umfasste ein Finanzvolumen von rund 30 T€. Im Vertrieb waren die Thermokartendrucker abgängig und mussten für 8 T€ erneuert werden. Für Modernisierungen in den technischen Gewerken wie Beleuchtungs-, Bühnen- oder Tontechnik wurden insgesamt 11 T€ investiert für die Anschaffung von Scheinwerfern, neuen Nebelmaschinen, einem Mischpult und Werkzeugen. Weitere kleinere Maßnahmen entfielen auf den musikalischen Bereich, die Requisite oder die Schneiderei und beliefen sich auf rund in Höhe von 4,5 T€.

Rückstellungen

Die Rückstellungen sind im Vergleich zum Vorjahr erneut gestiegen (+26 T€). Dieser Anstieg ist ausschließlich auf gestiegene Rückstellungen für Urlaubsansprüche und Überstunden zurückzuführen.

Lage der Gesellschaft

Die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft ist stark durch die extreme Entwicklung der Personalkosten gekennzeichnet, die einnahmeseitig trotz positiver Entwicklung nicht aufzufangen ist. Ab dem 01.09.2023 ist im NV Bühne als Neuerung eine Stufenentwicklung eingeführt worden: Nach zwei Beschäftigungsjahren erhöht sich die Einstiegsgage um 200 € pro Monat auf die sog. Mindestgage. Aufgrund des Intendanten- und damit verbundenen künstlerischen Personal-wechsels in 2020 nehmen eine Vielzahl von künstlerischen Beschäftigungsverhältnissen auch an diesem Stufenaufstieg teil. Da diese beiden Rahmengagen zudem ab der Spielzeit 2023/2024 an der Tarifentwicklung des öffentlichen Dienstes teilnehmen, erhöht sich die Einstiegsgage ab März 2024 noch einmal von 2.715 € auf 2.900 € und die Mindestgage von 2.915 € auf 3.110 €. Weiterhin sieht die im TVöD verhandelte Tariferhöhung ab März 2024 eine Anhebung der Gehälter um zunächst 200 € und die anschließende Anhebung der neuen Summe um 5,5 Prozent, insgesamt aber mindestens 340 € vor. Im Schnitt entspricht dies einer Erhöhung um 11,5 Prozent. Eine weitere Erhöhung betrifft den Mindestlohn, der ab Januar 2024 auf 12,41 € Pro Stunde steigt. Nach einem Anstieg der Personalkosten in der Spielzeit 2022/2023 um rund eine Mio. € führen diese Entwicklungen in 2023/2024 erneut zu einer Steigerung der Personalkosten um eine weitere Mio. €, was jeweils in etwa den Gesamteinnahmen einer Spielzeit in Hildesheim entspricht. Im Sachkostenbereich sind die extremen Teuerungsraten der vergangenen drei Jahre in einigen Bereichen wie Energie, Holz oder Stahl abgeflacht, so dass sie sich auf hohem Niveau nun stabilisieren. Daneben stehen weitere größere Instandhaltungsmaßnahmen aus. Die für den Verlauf der Spielzeit 2023/2024 geplante Erneuerung der Steuerung des Eisernen Vorhangs wurde seitens der beauftragten Firma zweimal infolge fehlender Teile oder Personalmangels verschoben und kann somit erst in der Spielzeit 2024/2025 stattfinden. Es erfolgt eine engmaschige Überwachung der Hydraulik, um den Spielbetrieb möglichst nicht zu gefährden. Weiterhin haben die notwendigen Maßnahmen im Rahmen des vorbeugenden Brandschutzes zur Errichtung einer flächendeckenden Brandalarmierung begonnen und werden voraussichtlich noch bis zum Sommer 2026 andauern, wenn keine Überraschungen die Maßnahmen verzögern. Die Finanzierung der Durchführung dieser Maßnahmen, ebenso wie die für den Sommer 2026 geplante Instandsetzung der Bühnenmaschinerie soll über die Gewinnvorträge vergangener Jahre erfolgen. Es ist daher problematisch, dass die oben beschriebenen Kostensteigerungen dazu geführt haben, dass die Vorträge bereits in der zweiten Spielzeit in Folge durch den laufenden Betrieb verzehrt werden, zumal Teuerungen geplanter Maßnahmen aufgrund des Vorlaufs und dies' Notwendigkeit weiterer Maßnahmen aufgrund des Alters des Gebäudes nicht auszuschließen sind.

Dementsprechend zielte die Fortsetzung der Gespräche mit dem Land Niedersachsen seitens der Theater weiterhin darauf ab, für die folgende Ziel- und Leistungsvereinbarung ab Januar 2024 einerseits eine Aufstockung des Sockelbetrags zu erreichen und andererseits wieder zurück zu einer anteiligen Tarifvorsorge seitens des Landes zu kommen, da diese bereits für die Dauer der aktuell laufenden Ziel- und Leistungsvereinbarung für die Jahre 2020 bis einschließlich 2023 ausgesetzt war.
Weitere Gespräche, in denen es um die Fortsetzung der Vereinbarung ab 2025 für einen mehrjährigen Zeitraum geht, sind für das erste Quartal 2024 vereinbart. Es wird von Bedeutung sein, das Thema in der Landespolitik präsent zu halten. Neben den Aktionen des Aktions-bündnisses und den bilateralen Gesprächen der jeweiligen Geschäftsleitungen werden dazu auch durch die verschiedenen Gewerkschaften angestoßene Aktionen, wie etwa Treffen mit Landtagsabgeordneten, durchgeführt, um für eine auskömmliche Finanzierung der Theater zu werben. Die Aktionen des Bündnisses #rettedeintheater vor der Sommerpause führten nicht zu einem Erfolg, wie sich im Haushaltsentwurf des Landes zeigte. Im September wurden dann die Gespräche der Kleinen Kommission ebenfalls ergebnislos fortgesetzt. Am 08.11.2023 fand zum wiederholten Male eine Demonstration des Aktionsbündnisses vor dem Niedersächsischen Landtag unter Beteiligung aller niedersächsischen Theater statt, um bei den Mitgliedern des Landtags in der Breite für die Notwendigkeit dieser finanziellen Unterstützung zu werben. Im Ergebnis ist es gelungen, zusätzlich zu der Aufstockung, die einmalig für 2023 im Haushalt des Landes verankert war, eine Aufstockung der finanziellen Mittel für die Theater aus der politischen Liste für das Kalenderjahr 2024 zu erreichen. Mit diesem Ergebnis wurde noch Ende Dezember seitens des Landes der Entwurf einer Verlängerung der Ziel- und Leistungsvereinbarung ausschließlich für das Kalenderjahr 2024 an die Kommunalen Träger sowie die betroffenen Theaterbetriebe übersandt und konnte schließlich im März 2024 unterzeichnet werden. Die abermalige Verlängerung um ein Jahr bietet gleichwohl keine mittelfristige Planungssicherheit und weiterhin gibt es keine Annäherung in der Frage der Übernahme der tariflichen Erhöhung. Vielmehr ist es eine kurze Verschnaufpause zwischen den Verhandlungsrunden, die für das Kalenderjahr 2025 jedoch bis zum Ende der Spielzeit weiterhin nicht abgeschlossen werden konnten. Davon losgelöst besuchte Minister Falko Mohrs 20.04.2024 das Theater für Niedersachsen und konnte sich so einen Eindruck des Hauses verschaffen. Dass die Spielzeit 2023/2024 für das TfN und seine Beschäftigten positiv in Erinnerung bleibt, ist der Fertigstellung des barrierefreien neuen Kinder- und Jugendtheaters thim (theater im malsaal) zu verdanken, dessen Eröffnung mit der Premiere der Uraufführung von „Max und Moritz" am 03.02.2024 gefeiert wurde und seitdem nicht mehr wegzudenken ist. Diese neue, zeitgemäße Spielstätte, in dem vor allem das Kinder- und Jugendtheater seine neue Heimat findet, bietet eine großartige Ergänzung zum Großen Haus und trägt dazu bei, junges Publikum zu gewinnen und gleichzeitig Barrieren abzubauen. Daneben ist es auch für das Gastspielgeschäft eine sinnvolle Ergänzung, in dem mit den hier entstandenen Inszenierungen auch kleinere und somit etwas günstigere Produktionen angeboten werden.

Kooperationen

Im Rahmen der dokumentarisch angelegten Produktion „Der Weg zur Hölle ist mit guten Absichten gepflastert" wurde nicht nur die Kooperation mit der Universität fortgesetzt, vielmehr entstanden auch neue Zusammenarbeiten. So etwa mit der Initiative Betroffener „Umsteuern! Robin Sisterhood e.V." aus Hildesheim, dem Diakonischen Werk und dem Verein Wildrose. Die Inszenierung einer modernen Dramatisierung von Wilhelm Buschs „Max und Moritz" führte zu einer Zusammenarbeit mit Unicef. Gemeinsam mit der Kufa entstand das Filmkonzert „Das neue Babylon". Weitere Kooperationen im Konzertbereich bestehen weiterhin mit der Mozart-Gesellschaft Hildesheim, dem RPM, dem Dombauverein, der Hochschule für Musik und Theater Hannover,. dem PULS e.V. sowie den Goslarer Klaviertagen. Fortgesetzt wurde die Initiative „Kulturquadrat", in der die vier ähnlich strukturierten Kulturinstitu-tionen RPM, Musikschule, VHS und TfN verstärkt kooperieren. In Kooperation mit der 12H Dance Company aus Berlin wurde die Tanz-Produktion „Woyzeck" im Rahmen der Trilogie uraufgeführt. Mit dem Theater Hameln hingegen die Tanz-Koproduktion „Georg, Leonce und Lena".

Die Arbeitsgruppe „Kultur inklusiv", an der neben dem Theater als Hauptkooperationspartner vor allem auch die Malteser und die Diakonie beteiligt sind, wurde weitergeführt. Alle zwei Monate tagt die Gruppe von Kultur- und Sozialakteuren in Hildesheim (u.a. RPM / AWO Trialog / Behindertenbeirat der Stadt / Kulturbüro Landkreis / Diakonie Himmelsthür / VHS / Malteser / Theaterpädagogisches Zentrum / Center for Worldmusic / HAWK / Die Wilderers / Röderhof / Radio Tonkuhle / Musikschule / Kulturleben). Unter dem Titel: „Hildesheim - eine Kulturstadt für alle" geht es darum, inklusive Kulturprojekte zu entwickeln und zu fördern. Die Kooperation mit der Literaturzeitschrift „Bella Triste" und dem Literaturhaus St. Jakobi wurden ebenfalls fortgesetzt. Im Bereich des Kinder- und Jugendtheaters wurde die Zusammenarbeit mit der freien Theaterszene fortgesetzt. Es fanden Koproduktionen mit dem Theater Karo Acht, Theater Fata Morgana, PiedDeFou, Theater Persephone und theaterWE/TER statt. Neben diesen Vereinbarungen mit einzelnen Gruppen für konkrete Inszenierungen besteht außerdem die Kooperation mit dem theaterpädagogischen Zentrum fort, das unter anderem die Probebühne 2 des Theaters für verschiedene Formate nutzt. Unter der neuen Leitung des Kinder- und Jugendtheaters wurde mit dem Programm „Kulturkompliz_innen" die Zusammenarbeit mit den Schulen in Stadt und Landkreis Hildesheim noch einmal deutlich verstärkt. Inzwischen konnten die Albertus-Magnus-Schule, das Andreanum, die BBS Alfeld, die CJD Realschule Elze, die Elisabeth von Rantzau Schule, die Grundschule Alter Markt, das Mariano-Joesphinum, die Michelsenschule, die Oskar-Schindler-Gesamtschule, die Robert-Bosch-Gesamtschule, die Sankt Ansgar Förderschule und die Waldorf Schule für eine schulübergreifende, dauerhafte Kooperation gewonnen werden. In anderen Schulen wie der Kooperierenden Gesamtschule Gronau, der Realschule Himmelsthür, der Integrierten Gesamtschule Lengede, der Albertus-Magnus-Realschule sowie den Grundschulen St. Martinus, St. Nikolaus und der Grundschule Söhre bestehen weiter Theaterklassen. 2024 war das Theater für Niedersachsen zudem erstmals an der Ausrichtung des norddeutschen Theaterfestivals für junges Publikum „Hart am Wind" beteiligt. Gemeinsam mit dem Theaterhaus Hildesheim, dem Scharoun Theater Wolfsburg, der wolfsburger figurentheater compagnie und dem Lessingtheater Wolfenbüttel konnte dieses Festival zum 9. Mal durchgeführt werden. Kooperationspartner waren außerdem der Landesverband Freie Darstellende Künste in Niedersachsen e.V. (LaFT), der Arbeitskreis Nord der ASSITEJ Deutschland sowie die Stiftung Universität Hildesheim. Die Kooperationen mit der Universität Hildesheim und der Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst Hildesheim (HAWK) wurden darüber hinaus fortgesetzt, wobei neben Veranstaltungsformaten wie etwa der Mittsommernacht und der Beteiligung an Lehrformaten auch eine wie oben beschriebene, intensive stückbezogene Zusammenarbeit stattfand. Ein Austausch fand weiterhin mit den Theatern in Braunschweig, Celle, Hannover, Lüneburg, Münster, Wilhelmshaven, den Gandersheimer Domfestspielen sowie der Erzgebirgischen Theater- und Orchester GmbH Annaberg-Buchholz statt.

Chancen und Risiken der weiteren Entwicklung

Während in Corona die größte Sorge der Rückkehr der Zuschauenden in die Theater galt, ist inzwischen eine Normalisierung des Publikumsverhalten zu beobachten und das Interesse an kulturellen Veranstaltungen ist weiterhin ungebremst vorhanden, wenn auch die Heterogenität des Publikums eine immer größere Vielfalt des Spielplans erfordert und immer weniger Produktionen für breite Bevölkerungsschichten adäquat erscheinen. Damit Theater gesellschaftsrelevant bleiben, müssen sie diese also abbilden und spiegeln, was eine Zunahme und Weiterentwicklung von Formaten mit sich bringt, die jeweils ein Zielpublikum erreichen. Hier ist die neue Studiobühne extrem hilfreich, da sie ermöglicht, Produktionen anzubieten, mit denen zwar nicht 550 Personen am Abend zu erreichen sind, die gleichwohl unterschiedlichste Klientel ansprechen, die auf diesem Weg auch Zugang zum Theater haben. Dabei ist ein Ausgleich zu finden zwischen künstlerischer Qualität, wirtschaftlicher Tragfähigkeit und gesellschaftlicher Relevanz. Audi das Abstechergeschäft hat sich trotz angespannter Haushaltslage der kleineren Gastspielorte zunächst normalisiert. Allerdings ist hier aller Voraussicht nach der Höhepunkt der Einsparbemühungen noch nicht erreicht, so dass die Situation weiterhin beobachtet werden muss. Das größte Risiko für das TfN ist insoweit die aufgrund der wirtschaftlichen und politischen Gesamtlage des Landes angespannte finanzielle Situation der

öffentlichen Haushalte, die sich absehbar nicht verbessern wird. Sowohl auf kommunaler Ebene als auch auf Landesebene zählen Ausgaben für Kultur als freiwillige Leistungen, deren Wegfall zwar einerseits keinen Haushalt saniert, die aber andererseits regelmäßig auf der Prüf- wenn nicht gar der Streichliste stehen parallel kämpft das Theater mit einem wachsenden strukturellen Defizit infolge steigender Personalkosten, dem weder durch eine weitere Steigerung der Eigeneinnahmen noch durch Kostensenkung bei gleichbleibender Angebotsstruktur ausreichend begegnet werden kann. Die Zukunft der Theater für Niedersachsen GmbH wird also maßgeblich davon abhängen, ob es nicht nur gelingt, die zusätzlichen Fördermittel zu verstetigen, sondern ob darüber hinaus eine dauerhafte Lösung für die Übernahme von Tarifsteigerungen gefunden wird. Dazu muss die Zusammenarbeit zwischen Land und Kommunen bei der Theaterfinanzierung verbessert werden Unter der aktuellen Landesregierung wurde bisher zweimal die bestehende Ziel- und Leistungs-vereinbarung um ein weiteres Jahr verlängert. Eine Einigung über eine anteilige Übernahme der Tarifentwicklung konnte dabei nicht erzielt werden. Zwar wurden die Festbeträge jeweils durch unterschiedliche Sonderfonds oder Mittel aus der politischen Liste aufgestockt, doch allein der Zeitpunkt, zu dem die Zielvereinbarungen vorlagen oder vorliegen, nämlich jeweils erst im Verlauf des bereits begonnenen Geschäftsjahres, machen eine mittelfristige Planung faktisch unmöglich. Den Vereinbarungen voraus gingen jeweils intensive Bemühungen des Aktionsbündnisses #rettedeintheater, verbunden mit Kundgebungen vor dem Landtag, bilateralen Gesprächen zwischen Geschäftsleitung und Landtagsabgeordneten oder Mitgliedern des Kulturausschusses. Am 03.02.2025 fand insoweit ein Gespräch zwischen dem Minister für Wissenschaft und Kultur, Falko Mohrs, weiteren Vertretern des Ministeriums und den Geschäftsleitungen aller zehn niedersächsischen Theater statt. Ziel dieses Gespräch war es, einen gemeinsamen Pakt für die Zukunft der Theater zu schließen und die Notwendigkeit der Übernahme der anteiligen Tariferhöhungen deutlich zu machen. Der Minister erklärte, dass er für die Jahre 2026 bis 2028 aufgrund der globalen Minderausgaben aller Ministerien keine Zusagen machen könne, sondern vielmehr davon ausgehe, dass die Zuwendungen auf dem aktuellen Stand eingefroren blieben, wobei über die Mittel aus der politischen Liste in 2025 für künftige Jahre keine Aussage getroffen werden könne. Zwar signalisierte Herr Mohrs grundsätzliche Bereitschaft, über die Zukunft der Theater in den Diskurs zu gehen, hierbei seien jedoch finanzielle Erwartungen auszuklammern, solange sich die wirtschaftliche Lage des Landes nicht verbessere. Je nach Ausprägung insbesondere der Tarifentwicklung wird sich unter dieser Maßgabe die strukturelle Schieflage verstärken und so zu Einspar- und Abbaumaßnahmen zwingen, wenn auch auf kommunaler Ebene keine Unterstützung möglich ist.

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit

vom 1. September 2023 bis 31. August 2024

	2023/2024 T€	2022/2023 T€
1. Umsatzerlöse	2.041.560,17	1.603
2. Sonstige betriebliche Erträge	10.047.817,08	8.445
3. Materialaufwand		
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	616.709,57	467
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	767.680,94	732
c) Aufwendungen für selbständige Künstler	716.666,61	596
	2.101.057,12	1.795
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	11.675.486,12	10.970
b)Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	2.634.580,98	2.459
davon für Altersversorgung: € 17.718,08 (2022/2023: € 16.043,23)		
	14.310.067,10	13.429
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	474.412,48	580
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.819.710,47	2.281
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	58.804,31	5
8. Ergebnis nach Steuern	**- 8.557.065,61**	**- 8.032**
9. Erträge aus Zuschüssen der Gesellschafter ohne Gegenleistungsverpflichtung	8.304.984,52	7.774
10. Jahresfehlbetrag	**- 252.081,09**	**- 258**

Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises Hildesheim

Für das Jahr 2026 sind als Mittel für Zuschusszahlungen 4.500.000,00 € veranschlagt. Des Weiteren wird ein Investitionskostenzuschuss in Höhe von 51.129,00 € gezahlt.

Überlandwerk Leinetal GmbH (ÜWL)

Gegenstand des Unternehmens und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Überlandwerk Leinetal GmbH (ÜWL) erfüllt den Zweck, die Einwohner in den Samtgemeinden Gronau (Leine), Duingen und Sibbesse sowie der Einheitsgemeinden Elze und Nordstemmen mit Strom, Gas und Wasser zu versorgen.

Durch die Beteiligung des Landkreises soll ein angemessener Einfluss auf die Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Grundversorgung seiner Einwohner erreicht werden.

Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Überlandwerk Leinetal GmbH beträgt 2.560.000,00 €. Die Landkreis Hildesheim Holding GmbH ist hieran mit 665.600,00 € (26 %) beteiligt.

Weitere Gesellschafter: Avacon AG, Helmstedt; Anteil: 48,0 % sowie Stadt Gronau (Leine); Anteil 26,0 %

Anteilsbesitz

An folgenden Unternehmen ist die Überlandwerk Leinetal GmbH beteiligt:

- Avacon AG, Helmstedt,
- Harzwasser-Kommunale Wasserversorgung GmbH, Syke-Barrien (HKW),
- Photovoltaik-Park Heinde/Lechstedt GmbH & Co. KG,
- Energie-Freden GmbH & Co.KG u. Verwaltungs-GmbH Freden
- Bürger-Energie-Gronau (L.) eG,
- Windenergie Koppelberg GmbH, Bad Salzdetfurth, Verwaltungs-GmbH und GmbH & Co. KG
- Bürger-Energie-Elze eG
- Solargenossenschaft Holle u. Ambergau eG
- Windenergie Leinetal Verwaltunsgs-GmbH und GmbH & Co.KG 1
- Windenergie Leinetal Verwaltunsgs-GmbH und GmbH & Co.KG 2
- Bürgerwindrad Evensen – stille Beteiligung

Zusammensetzung der Organe

Aufsichtsrat

Nach § 6 (1) des Gesellschaftsvertrages besteht der Aufsichtsrat aus 12 Mitgliedern. Die Mitglieder werden von den Gesellschaftern in den Aufsichtsrat entsandt. Jeder Gesellschafter entsendet vier Mitglieder. Der Landkreis Hildesheim wird im Aufsichtsrat durch Herrn Landrat Berndt Lynack vertreten.

Für die Landkreis Hildesheim Holding GmbH hat der Kreistag folgende Mitglieder benannt:

KTA Frau Waltraud Friedemann	Gruppe
KTA Herr Bernhard flegel	CDU
KTA Herr Dr. Holger Schütte	Gruppe

Gesellschafterversammlung

Die Aufgaben der Gesellschafterversammlung sind in § 12 des Gesellschaftsvertrages festgelegt.

Als Vertreter für die Landkreis Hildesheim Holding GmbH in der Gesellschafterversammlung hat der Kreistag Frau Kreisverwaltungsrätin Christina Grella benannt. Stellvertreterin ist Frau Kreisamtsrätin Kerstin Zingler.

Geschäftsführer

Die Gesellschaft wird gemäß § 5 des Gesellschaftsvertrages durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer zusammen mit einem Prokuristen vertreten. Die Geschäftsführer sind Herr Markus Königshofen und Herr Hinrich Beckmann.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

ÜWL befindet sich trotz anhaltenden Effizienzdrucks aus dem Wettbewerb und der Regulierung in einer soliden wirtschaftlichen Verfassung. Die Versorgung der Kunden mit Strom und Wasser im Versorgungsgebiet sowie die Erbringung der weiteren Dienstleistungen konnte ÜWL im Berichtsjahr ohne nennenswerte Beeinträchtigungen jederzeit voll erfüllen. Im Geschäftsjahr ergaben sich wesentliche Änderungen in der Umsatzerwartung sowie Kostenmin-derungen bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen, die zusammen zu einem Ergebnis vor Steuern von 5,1 Mio. EUR führten, das somit unter dem Plan von 5,5 Mio. EUR liegt. Der Absatz im Stromvertriebsgeschäft betrug 79,0 Mio. kWh (Vorjahr 96,4 Mio. kWh). Durch das ÜWL-Stromnetz flossen insgesamt 406,8 Mio. kWh (Vorjahr 421,6 Mio. kWh). Davon wurden aus erneuerbaren Energieträgern 111,9 Mio. kWh (Vorjahr 129,7 Mio. kWh) in das ÜWL-Stromnetz aufgenommen und an den Verbund weitergeliefert. Im Trinkwassergeschäft wurden im eigenen Gebiet 2,0 Mio. cbm (Vorjahr 2,1 Mio. cbm) an Endkun-den und Weiterverteiler abgesetzt. Bei unserem Gasvertrieb stieg die Kundenanzahl Ende 2024 auf 1 496 Kunden (Vorjahr 1 402 Kun-den). Der Gesamtabsatz stieg weiter auf 39,2 Mio. kWh (Vorjahr 34,6 Mio. kWh).

Ertragslage

Der Jahresüberschuss erhöht sich von 2,3 Mio. EUR auf 4,2 Mio. EUR. Die um die Stromsteuer bereinigten Umsatzerlöse aus dem Stromverkauf verminderten sich bei rückläufigen Absatzmengen hauptsächlich wegen der Preisreduzierungen um 5,4 Mio. EUR. Gegen den höheren Gasabsatz verminderten sich die Umsatzerlöse um 1,1 Mio. EUR ebenfalls wegen der starken Preisreduzierung in 2024. Die Wassererlöse erhöhten sich bei einer leicht rückläufigen Ab-gabe um 0,4 Mio. EUR. Die Erträge aus Nebengeschäften verminderten sich um 0,2 Mio. EUR auf 1,3 Mio. EUR. Der Materialaufwand bezieht sich im Wesentlichen auf den Strombezug (einschließlich Netzentgelte), den Wasser- und Gasbezug sowie die damit zusammenhängenden Abgaben. Der höhere Personalaufwand ist überwiegend mit den Tarifsteigerungen zu erklären. Dagegen war die Zuführung zu den Pensionsrückstellungen deutlich geringer als in Vorjahr. Die niedrige Steuerquote von 16 % (Vorjahr 44 %) ist auf die Herausrechnungen zurückzuführen, die sich aus den im Vergleich zum Handelsrecht unterschiedlichen steuerrechtlichen Bewertungen ergeben.

Vermögenslage

Sowohl das Bilanzvolumen als auch die Bilanzstruktur werden bei der für ein Versorgungsunternehmen üblichen hohen Anlagenintensität vorrangig vom Umfang der Sachanlagen und von den zur Finanzierung notwendigen Mitteln bestimmt. Im Vergleich zum Vorjahresstichtag verminderte sich die Bilanzsumme zum 31.12.2024 um 4,6 Mio. EUR. Die Verminderungen der kurzfristigen Rückstellungen ergeben sich u.a. aus dem Verbrauch bzw. der Auflösung von Erstattungsansprüchen gem. § 19 (2) und (3) StromNEV und einer Drohverlust-rückstellung für den Stromhandel aus dem Vorjahr. Das Anlagevermögen wurde vollständig durch Eigenmittel und andere langfristig verfügbare Mittel finanziert. Die Eigenmittelquote erhöhte sich unter Einbeziehung des Jahresüberschusses auf 30,1 % (im Vorjahr 24,0 %).

Branchenüblich nimmt das Anlagevermögen mit 64,0 % (im Vorjahr 55,6 %) einen hohen Teil der Bilanzsumme ein.

Finanzlage

Die Finanzpolitik der ÜWL hat die langfristige Unternehmensfinanzierung zur Sicherstellung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit zum Ziel. Für den kurzfristigen Finanzierungsbedarf wurden ÜWL Kreditlinien in Höhe von 2,5 Mio. EUR zum variablen Abruf genehmigt, die im Geschäftsjahr 2024 nicht beansprucht werden mussten. Die Zahlungsfähigkeit war während des gesamten Geschäftsjahres und darüber hinaus jederzeit gewährleistet. Im Geschäftsjahr 2024 wurden in die Strom- und Wasserversorgungsanlagen sowie die sonstigen Anlagen insgesamt 4,1 Mio. EUR investiert. Damit liegen die Investitionen nach Abzug der von den Zugängen abgesetzten Zuschüsse von 0,6 Mio. EUR über den Abschreibungen und tragen zur Erhöhung des Anlagevermögens bei. Der Finanzmittelbedarf wurde vollständig durch die Innenfinanzierung gedeckt.

Geschäftsentwicklung

ÜWL erwartet für das folgende Geschäftsjahr auf Basis der im vierten Quartal 2024 erstellten Planung ein Ergebnis vor Steuern in der Größenordnung von 2024. Für das Geschäftsjahr 2025 wird somit ein Ergebnis vor Steuern von 5, 1 Mio. EUR erwartet. Den voraussichtlichen Strombedarf für das Jahr 2025 hat ÜWL vollständig beschafft, so dass die Strombeschaffung insoweit gesichert ist; dies gilt sowohl für die Mengen als auch die Preise. Die eingekauften Mengen wurden laufend an die erwarteten Absatzmengen angepasst. Zusätzlich sind die eingekauften Mengen beim Strom mit einer Flexibilität von z. Zt. 5,0% versehen, die Mehr- oder Minderabsätze abdeckt. Die Wasserbeschaffung ist trotz eines aktuell immer noch vertraglosen Zustands aufgrund eines bislang nicht erfolgten neuen Vertragsabschlusses mit der HKW (Vertrag lief Ende 2023 aus) als gesichert anzusehen. Teile der Wasserbeschaffung sind zudem durch eigene Brunnen gesichert. Bei der künftigen Entwicklung der Wasserabsatzmengen ist eine rückläufige Tendenz zu erwarten. Diese steht insbesondere mit dem demographischen Wandel, den damit auf Dauer verbundenen rückläufigen Einwohnerzahlen sowie dem sparsameren Verbrauchsverhalten der Kunden in Zusammenhang. Die für 2025 für die Stromversorgung geplanten Investitionen in Höhe von 3,3 Mio. EUR betreffen verstärkt den Ausbau der 20 kV-Leitungen und die Erweiterung der Software. Die für die Wasserversorgung geplanten Investitionen für das Jahr 2025 in Höhe von 1,2 Mio. EUR werden vorwiegend für die Erneuerung von Ortsnetzen verwendet. Die sonstigen geplanten Investitionen in Höhe von 0,3 Mio. EUR für 2025 betreffen wieder die Smart Meter-Zähler im Messstellenbetrieb. Zusätzlich ist eine Finanzinvestition von 1,5 Mio. EUR in eine Beteiligung an einer Wärmeversorgungsgesellschaft in Gronau vorgesehen.
Das gesamte Investitionsvolumen im Geschäftsjahr 2025 von 6,3 Mio. EUR soll vollständig durch Innenfinanzierung gedeckt werden.

Chancen- und Risikoberichtserstattung

Als Chancen, die zu einer Verbesserung der Ertragslage beitragen sollen, sind vor allem der weitere Ausbau der Beteiligung an Erneuerbaren-Energien-Projekten, die Übernahme zusätzlicher Dienstleistungen für Kommunen (Betriebsführungen für Kommunen im Segment Wasser, Gebührenabrechnungen, Straßenbeleuchtung etc.) und die weitere Vermarktung von Ingenieurdienstleistungen zu nennen. Zudem soll im Rahmen der Gründung erster Gesellschaften mit Partnern der Einstieg in das Geschäftsfeld Wärme erfolgen. Ebenfalls werden laufend Digitalisierungs- und weitere Maßnahmen verfolgt, um Effizienzen zu heben. Um bestandsgefährdende Risiken frühzeitig zu erkennen, hat das Unternehmen ein Risikomanage-mentsystem installiert. Hierin sind die finanziellen Risiken sowie die aus dem technischen Bereich stammenden Risiken nach ihrer Schadenshöhe und Eintrittswahrscheinlichkeit in vier Stufen ein-schließlich der getroffenen Gegenmaßnahmen gelistet. Als Zertifizierungen für den Betrieb elektrischer Energieversorgungsnetze und der Trinkwasserversorgung bestehen weiterhin die Bestätigungen zum geprüften Technischen

Sicherheitsmanagement (gemäß VDE-AR-N 4001 sowie DVGW-Arbeitsblatt W 1000) und das Zertifikat der Berufs-genossenschaft für das Arbeitsschutz-Management-System. Die mit den Zertifizierungen verbundenen umfangreichen Nachweis- und Dokumentationspflichten dienen auch als Hilfsmittel für die Risikofrüherkennung. Am 12. August 2015 veröffentlichte die Bundesnetzagentur im Benehmen mit dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik einen IT-Sicherheitskatalog auf Basis des § 11, Abs. la EnWG. Dieser IT-Sicherheitskatalog bezweckt die Sicherstellung eines angemessenen Schutzes gegen Be-drohungen für Telekommunikations- und elektronische Datenverarbeitungssysteme, die für einen sicheren Netzbetrieb notwendig sind. Dementsprechend haben Netzbetreiber ein Informationssi-cherheits-Managementsystem (ISMS) zu implementieren und zertifizieren zu lassen, das den An-forderungen des IT-Sicherheitskatalog sowie der DIN ISO/IEC 27001 mit Erweiterung um die DIN ISO/IEC TR 27019 in der jeweils geltenden Fassung genügt und Telekommunikations- und EDV-Systeme umfasst, die für einen sicheren Netzbetrieb notwendig sind. Die Zertifizierung des genannten ISMS-Geltungsbereichs hat eine Gültigkeit bis zum 26. April 2027. Die im ISMS erfassten Risiken sowie die Behandlung wurden im Rahmen der Jahresabschlusserstellung entlang der Bedrohungsarten des IT-Sicherheitskatalog in das Risikokataster übernommen. Gemäß § 11, Abs. le EnWG mussten Betreiber von Energieversorgungsnetzen spätestens ab dem 01.05.2023 in ihren informationstechnischen Systemen, Komponenten oder Prozessen, die für die Funktionsfähigkeit der von ihnen betriebenen Energieversorgungsnetzen oder Energieanlagen maßgeblich sind, in angemessener Weise Systeme zur Angriffserkennung einsetzen. Der Nachweis hierfür musste gemäß §11, Abs. if, EnWG erstmalig am 01.05.2023 erbracht werden. ÜWL setzt hier die Anforderungen gemeinsam mit einem Dienstleister um. Der Nachweis wurde im April 2023 erstmalig erbracht. Eine erneute Überprüfung ist danach alle zwei Jahre und somit im April 2025 notwendig. Öffentliche Diskussionen zur Angemessenheit von Netzentgelten und Energietarifen, die auch im Zusammenhang mit den Belastungen durch die Energiewende geführt werden, können zu Preis-druck führen und sich letztendlich auf die künftige Erlösentwicklung der Gesellschaft belastend auswirken. Die Stromverkaufsmengen und die mengenmäßige Inanspruchnahme des ÜWL-Stromverteilungs netzes überwacht OWL mit einem Energiedatenmanagementsystem. Damit können laufend die prognostizierten Mengen mit den tatsächlichen Werten abgeglichen werden. In der Wasserversorgung ist dies durch die laufende Erfassung von Fördermengen und Bezugsmengen an den Übergabestellen sichergestellt. Die jederzeitige Lieferung mit Strom ist durch Bezugsverträge mit der TEAG Thüringer Energie AG, Erfurt, bis einschließlich 2027 und die Belieferung mit Gas durch Bezugsverträge mit der Enercity AG, Hannover, bis 2025, sowie der TEAG Thüringer Energie AG, Erfurt, für die Jahre 2026 und 2027 gesichert. Die bestehenden Gaslieferverträge beinhalten keine Klauseln zur höheren Gewalt, die im Zuge des Russland-Ukraine-Krieges zur Anwendung kommen könnten. Bestandsgefährdende Einzelrisiken für das Unternehmen sind aktuell nicht erkennbar. Die Ge-samtsumme der Risiken stellt keine Gefahr für den Fortbestand der Gesellschaft dar.

Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises

Die Gesellschaftsanteile an der Überlandwerk Leinetal GmbH sind mit Wirkung vom 01.01.2005 in die Landkreis Hildesheim Holding GmbH eingelegt. Im Jahr 2025 wurde für das Geschäftsjahr 2024 eine Dividende in Höhe von 401.992,50 € gezahlt. Auch für das Geschäftsjahr 2025 wird mit der Ausschüttung einer Dividende gerechnet.

Photovoltaik-Park Heinde/Lechstedt Verwaltungs-GmbH

Gegenstand des Unternehmens und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb und die Verwaltung von Beteiligungen sowie die Übernahme der persönlichen Haftung und der Geschäftsführung von Gesellschaften, die Anlagen zur Erzeugung regenerativer Energien, insbesondere Photovoltaikanlagen, errichten und betreiben sowie die gewonnene Energie in Form von Strom und/oder Wärme absetzen, vor allem die Beteiligung als persönlich haftende geschäftsführende Gesellschafterin an der Photovoltaik-Park Heinde/Lechstedt GmbH & Co. KG.

Die Gesellschaft ist zu allen Handlungen berechtigt, die dem Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind. Sie kann Zweigniederlassungen errichten und sich an gleichen oder ähnlichen Unternehmen – auch als Komplementärin – beteiligen

Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25.000 €.
Am Stammkapital beteiligt sind jeweils zu 25 % (= 6.250 €) die Landkreis Hildesheim Holding GmbH, die Stadtwerke Bad Salzdetfurth GmbH, die Volksbank Hildesheimer Börde eG und der Zweckverband Abfallwirtschaft Hildesheim.

Anteilsbesitz

Es besteht eine Beteiligung als Kommanditistin an der Photovoltaik-Park Heinde/Lechstedt GmbH & Co. KG
und als Komplementärin an der Photovoltaik-Park Heinde/Lechstedt Beteiligungs- GmbH & Co. KG

Zusammensetzung der Organe

Gesellschafterversammlung

Die Aufgaben der Gesellschafterversammlung sind in § 14 des Gesellschaftsvertrages festgelegt.

Die Landkreis Hildesheim Holding GmbH wird in der Gesellschafterversammlung der Photovoltaik-Park Heinde/Lechstedt Verwaltungs- GmbH gemäß Kreistagsbeschluss durch Frau Kreisamtsrätin Kerstin Zingler vertreten. Vertreter ist Frau Kreisverwaltungsrätin Christina Grella

Geschäftsführung

Gemäß § 10 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages hat die Gesellschaft einen oder mehrere Geschäftsführer. Die derzeitigen Geschäftsführer sind die Herren Jens Krüger, Marc Aumann und ab 01.10.2025 Frau Tabea Martong.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Diese Gesellschaft verfügt über kein nennenswertes operatives Geschäft; sie ist vielmehr als Komplementärin für die Photovoltaik-Park Heinde/Lechstedt GmbH & Co. KG sowie die Beteiligungs-GmbH & Co. KG tätig. Hierfür steht ihr ein entsprechender Auslagenersatz sowie die Haftungsvergütung von 5 % auf das eingezahlte Stammkapital zu.

Gewinn- und Verlustrechnung vom 01.01.2024 bis 31.12.2024

	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
1. Sonstige Erträge		15.029,62	19.001,63
2. Personalaufwand		10.705,51	15.205,47
3. Sonstige Aufwendungen		2.805,32	2.277,98
4. Steuern		268,79	268,18
5. Jahresüberschuss		**1.250,00**	**1.250,00**
6. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr		16.250,00	15.000,00
7. Bilanzgewinn		**17.500,00**	**16.250,00**

Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises

Für das Wirtschaftsjahr 2025 wird weder mit Gewinnausschüttungen noch Verlustabdeckungen gerechnet.

Photovoltaik-Park Heinde/Lechstedt GmbH & Co. KG

Gegenstand des Unternehmens und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Zweck der Gesellschaft ist die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung regenerativer Energien, insbesondere Photovoltaikanlagen sowie der Absatz der gewonnenen Energie in Form von Strom und/oder Wärme.
Die Gesellschaft ist zu allen Handlungen berechtigt, die unmittelbar oder mittelbar diesem Gesellschaftszweck zu dienen geeignet sind. Sie kann Zweigniederlassungen errichten und sich angleichen oder ähnlichen Unternehmen beteiligen.

Beteiligungsverhältnisse

Das Kommanditkapital der Gesellschaft beträgt 1.285.000 €.
Komplementärin ist die Photovoltaik-Park Heinde/Lechstedt Verwaltungs GmbH. Sie erbringt keine Einlage und hat keinen Kapitalanteil.

Kommanditisten sind

die Landkreis Hildesheim Holding GmbH	200.000 €	15,56 %
der Zweckverband Abfallwirtschaft Hildesheim	200.000 €	15,56 %
die Stadtwerke Bad Salzdetfurth	200.000 €	15,56 %
die Hannoversche Volksbank eG	200.000 €	15,56 %
die Überlandwerk Leinetal GmbH	100.000 €	7,78 %
die Photovoltaikgenossenschaft Bad Salzdetfurth eG	100.000 €	7,78 %
die Photovoltaikgenossenschaft Söhlde eG	20.000 €	1,56 %
die Photovoltaik-Park Heinde/Lechstedt Beteiligungs GmbH & Co.KG	265.000 €	20,62 %
	1.285.000 €	100,00 %

Anteilsbesitz

Es besteht keine Beteiligung an anderen Unternehmen.

Zusammensetzung der Organe

Gesellschafterversammlung

Die Aufgaben der Gesellschafterversammlung sind in § 9 des Gesellschaftsvertrages festgelegt.

Die Landkreis Hildesheim Holding GmbH wird in der Gesellschafterversammlung der Photovoltaik-Park Heinde/Lechstedt GmbH & Co. KG gemäß Kreistagsbeschluss durch Frau Amtsrätin Kerstin Zingler vertreten. Vertreter ist Frau Kreisverwaltungsrätin Christina Grella.

Geschäftsführung

Gemäß § 6 (1) des Gesellschaftsvertrages ist die Komplementärin zur Geschäftsführung und Vertretung berechtigt und verpflichtet. Deren derzeitige Geschäftsführer sind die Herren Jens Krüger, Marc Aumann und ab dem 01.10.2025 Tabea Martong.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Die Gesellschaft schloss das Wirtschaftsjahr 2024 mit einem Jahresüberschuss von 54.552,70 € (Vorjahr 67.838,74 €) ab. Aus dem Überschuss erfolgte eine Gewinnausschüttung entsprechend dem eingezahlten Kommanditkapital.

Gewinn- und Verlustrechnung vom 01.01.2024 bis 31.12.2024

Photovoltaik-Park Heinde/Lechstedt GmbH & Co. KG

Bad Salzdetfurth

EUR		Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
1. Umsatzerlöse		379.559,36	387.030,36
2. Gesamtleistung		**379.559,36**	**387.030,36**
3. sonstige betriebliche Erträge			
a) Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	33,00		
b) übrige sonstige betriebliche Erträge	12.207,74		8.053,69
		12.240,74	8.053,69
4. Abschreibungen			
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		223.258,00	223.564,00
5. sonstige betriebliche Aufwendungen			
a) Raumkosten	15.986,80		15.868,53
b) Versicherungen, Beiträge und Abgaben	9.525,04		9.252,90
c) Reparaturen und Instandhaltungen	36.515,59		14.038,43
d) verschiedene betriebliche Kosten	43.653,97		48.055,98
e) übrige sonstige betriebliche Aufwendungen	56,90		1.001,75
		105.738,30	88.217,59
6. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		2.425,10	7.415,42
7. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		5.826,00	8.048,30
8. Ergebnis nach Steuern		**54.552,70**	**67.838,74**
9. Jahresüberschuss		**54.552,70**	**67.838,74**
10. Gutschrift auf Kapitalkonten		0,00	0,00
Übertrag		54.552,70	67.838,74

	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
		54.552,70	67.838,74
Gutschrift auf Verbindlichkeitskonten		54.552,70	67.838,74
Bilanzgewinn		**0,00**	**0,00**

Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises

Durch die Auslagerung des Kommanditanteils auf die Landkreis Hildesheim Holding GmbH ergeben sich keine unmittelbaren Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises Hildesheim.

Zweckverband Tierkörperbeseitigung Süd-Niedersachsen/Hannover

Gegenstand des Unternehmens und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Landkreis ist Mitglied des Zweckverbandes Tierkörperbeseitigung Südniedersachsen/Hannover. Der Zweckverband hat die Aufgabe der ordnungsgemäßen Erledigung der Tierkörperbeseitigung für das Gebiet seiner Verbandsmitglieder. Zur Erfüllung seiner Aufgabe kann er sich Dritter bedienen.

Der Zweckverband hat seinen Sitz in Liebenburg. Er ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.

Insgesamt setzt sich der Zweckverband nach aktuellster Verbandsordnung ausfolgenden Mitgliedern zusammen: die Region Hannover, die Städte: Braunschweig, Göttingen u. Salzgitter, sowie die Landkreise: Göttingen, Goslar, Hildesheim. Holzminden , Northeim, Osterode am Harz und Wolfenbüttel.

Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital des Zweckverbandes betrug 1980 = 50.000 DM (25.564,59 €)
Der Landkreis Hildesheim zahlte davon als Stammeinlage: 6.900 DM (3.527,91 €)
Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr

Anteilsbesitz

Soweit die Einnahmen den Finanzbedarf des Zweckverbandes für ein Haushaltsjahr nicht decken, setzt die Verbandsversammlung eine allgemeine Umlage fest.

Die allgemeinen und anderen Umlagen verteilen sich einmal jährlich auf die Verbandsmitglieder nach einer Quote, die sich je zur Hälfte nach der Einwohnerzahl und nach der zahlenmäßigen Größe des Viehbestandes (Pferde, Rindvieh, Schweine, Schafe) zum 30.06. des Vorjahres zusammensetzt.

Maßgebend sind die bei der jährlichen Aufstellung des Haushaltsplanes veröffentlichten statistischen Daten.

Zusammensetzung der Organe

Organe des Zweckverbandes sind:

- die Verbandsversammlung
- der Verbandsausschuss
- der Verbandsgeschäftsführer

Vorsitzende der Verbandsversammlung ist die Erste Kreisrätin des Landkreises Göttingen Frau Doreen Fragel. Verbandsgeschäftsführerin ist die Regionsrätin Frau Cora Hermenau. Vertreter für den Landkreis Hildesheim in der Verbandsversammlung ist aufgrund des Beschlusses des Kreistages Frau EKR`in Evelin Wißmann, Stellvertreterin ist Frau Dr. Wiebke Evers.

Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag - 327.110,72 €
Das Haushaltsjahr hat mit einem saldierten ordentlichen und außerordentlichen Jahresfehlbetrag von 327.110,72 € abgeschlossen. Der Jahresfehlbetrag resultiert aus dem ordentlichen Ergebnis. Ein Fehlbetrag wurde bereits im Rahmen der Hauhaltssatzung für das Jahr 2024 beschlossen, da in diesem Jahr auf eine Umlagefestsetzung verzichtet wurde.

Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises

Der Zweckverband arbeitet ohne Gewinnerzielungsabsicht, weitere unmittelbare Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises gibt es daher nur hinsichtlich der vorstehenden Zweckverbandsumlage.

DEULA Hildesheim GmbH

Gegenstand des Unternehmens und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Gegenstand des Unternehmens der Gesellschaft ist im Wesentlichen:

- der Wissenstransfer und die gemeinnützige Förderung umweltorientierter beruflicher Qualifikation in den Bereichen Landwirtschaft, Umweltschutz, Handwerk, Technik und Verkehr
- Unterhaltung von Ausbildungs-, Seminar- und Tagungsstätten
- Durchführung von Maßnahmen der beruflichen Erstausbildung und Fortbildung
- Übernahme von Bildungs- und Forschungsaufträgen
- Übernahme von Entwicklungshilfsprojekten

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der Abgabenordnung.

Gründe für die Beteiligung des Landkreises Hildesheim

Die DEULA Hildesheim war unselbständiger Teil des Kuratoriums für Technik und Bauwesen in der Landwirtschaft e. V. (KTBL). Insgesamt gab es in der Bundesrepublik im Jahre 1991 13 DEULA-Betriebe. Diese dienten vorwiegend der Ausbildung und Fortbildung für den landwirtschaftlichen Bereich. Die DEULA Hildesheim hatte seinerzeit bereits neue zukunftsträchtige Märkte auf dem Sektor Verkehrsgewerbe und Umweltschutz erschlossen.

Die DEULA-Betriebe waren für das KTBL ein historisch gewachsenes Anhängsel. Sie wurden innerhalb des Rechnungskreislaufes gesondert geführt.

Durch Investitionen an anderer Stelle war das KTBL im Betriebsbereich der DEULA in finanzielle Schwierigkeiten geraten. Zur Sanierung des Bereichs DEULA hatte der Bund 4,6 Mio. DM bereitgestellt. Die Auszahlung des Geldes war damit verbunden, dass sämtliche Betriebe aus dem KTBL ausgegliedert wurden. Wenn der Lehrbetrieb vor Ort erhalten werden sollte, musste der Betrieb verselbständigt werden. Dazu war die Gründung eines Rechtsträgers erforderlich (DEULA Hildesheim GmbH).

Schülerinnen und Schüler der Berufsbildenden Schulen Hildesheim-Steuerwald (z. B. BGJ-Agrarwirtschaft und der Fachstufe 2 der Landwirte und Hauswirtschaft) sowie Klassen der Michelsenschule Hildesheim (z. B. einjährige Fachschule Landwirtschaft) besuchten von der DEULA durchgeführte Lehrgänge. In diesen Lehrgängen wurden und werden zwingend vorgeschriebene Unterrichtsinhalte vermittelt. Die kreiseigenen Schulen waren und sind hierfür räumlich und technisch wegen des hohen Kostenaufwandes nicht in der Lage. Dies wurde seinerzeit bei Bau- und Ausstattungsmaßnahmen berücksichtigt.

Angesichts der großen Bedeutung der Landwirtschaft im Landkreis Hildesheim und aus schulischer Sicht lag und liegt es auch im Interesse des Landkreises, dass die DEULA Hildesheim erhalten bleibt.

Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 52.000,00 €.

Der Landkreis Hildesheim ist mit 5.200,00 € beteiligt. Das entspricht einem Beteiligungsverhältnis von 10 %. Das verbleibende Kapital entfällt auf weitere Interessengemeinschaften als übrige Gesellschafter.

Anteilsbesitz

Es bestehen keine Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Zusammensetzung der Organe

Aufsichtsrat

Kraft Satzung ist der Hauptverwaltungsbeamte des Landkreises Hildesheim Aufsichtsratsmitglied. Herr Landrat Bernd Lynack wird durch Herrn Kreisrat Walter Hansen vertreten.

Gesellschafterversammlung

Gemäß Beschluss des Kreistages vertritt Herr Kreisrat Walter Hansen den Landkreis Hildesheim in der Gesellschafterversammlung. Vertreter ist Herr Hans-Heinrich Waldeck.

Beirat

Die Gesellschaft hat einen aus derzeit acht Mitgliedern bestehenden Beirat, dessen Aufgaben § 21 des Gesellschaftsvertrags regelt

Geschäftsführer

Der Geschäftsführer ist Herr Dipl.- Ing Rüdiger Zirm

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Die DEULA Hildesheim schließt das 71. Geschäftsjahr, zugleich das 33. Geschäftsjahr der DEULA Hildesheim GmbH, mit einer Gesamtleistung von 3.706.984,60 (Vj: 3.728.189,44 €) ab. Bei den Planungen für 2024 waren Reparaturen und bauliche Modernisierungen sowie gewisse Investitionen eingeplant worden. Somit konnte auch kein Überschuss erwartet bzw. erwirtschaftet werden. Den Geschäftsverlauf 2024 geben auch der Kassenbestand und die Guthaben bei Kreditinstituten wieder, denn die Liquidität ist mit 1.684.986,23 € (inkl. Geldanlage) weiterhin gut. Die Eigenkapitalquote ist weiterhin rein rechnerisch als gut zu beurteilen und beträgt am Bilanzstichtag 94,00 % (Vorjahr 91,60 %). Allerdings ist zu berücksichtigen, dass in dem ausgewiesenen Eigenkapital eine bilanzielle Rücklage in Höhe von 5.626.208,32 EUR enthalten ist. Diese stammt im Wesentlichen aus der Gründung der DEULA Hildesheim GmbH und ist seitdem im Anlagevermögen gebunden. Im Anlagevermögen werden Grundstücke und Gebäude mit Buchwerten von 4.037.438,83 EUR ausgewiesen, aber einige Gebäude sind relativ alt und erfordern kurzfristig erhebliche Instandhaltungsaufwendungen, was eine weitere Herausforderung darstellt. Die Finanz- und Liquiditätslage sieht auf den ersten Blick stabil aus. Die vorhandene Liquidität wird in zukunftsfähige Projekte und Bauvorhaben investiert, um alle Anforderungen zu erfüllen und höhere Qualitätsstandards gewährleisten zu können. Schwerpunkt der Investitionstätigkeiten war die Anschaffung eines neuen Busses für die Fahrschule sowie die Instandhaltung der betrieblichen Räume. Auch die Brandschutzanlagen wurden in einigen Bereichen erneuert. Die Schwerpunkte der Tätigkeiten im Lehrgangs- und Seminarbetrieb lagen wieder in den bearbeiteten Berufsfeldern im Bereich der überbetrieblichen Berufsausbildung und des ausgelagerten Berufsschulunterrichtes. Ebenso in der Fahrschule mit Führerscheinausbildung und Kraftverkehrsaus-/weiterbildung. Die absolvierten Gesamtlehrgangstage über alle Bereiche im Jahr 2024 betrugen 24.503 und sind damit

gegenüber dem Vorjahr (24.991) um ca. 1,9 % gesunken. In den Bereichen Landwirtschaft und LKW/Bus Fahrschule sind die Lehrgangstage im Jahr 2024 angestiegen. Im Fachbereich Landwirtschaft konnten wieder einige Investitionen aus dem Förderprogramm (Digitate Ausstattung) des BMWK umgesetzt werden. (u.a. Reifendruckregelantage, Smartboards, ISO Bus Schulungsterminal). Des Weiteren haben wir einige Motoren für Schulungszwecke von der Firma Deutz erhalten. Die Schülerzahlen bei den Landwirten werden 2025 ein ähnliches Niveau wie in den letzten Jahren aufweisen. Durch die Einführung des BFS-Dual wird eine leichte Steigerung der BFS-Schüler erwartet. Im Bereich der EFA werden wir einige Tage zusätzlich durchführen können. Bei den Land- und Baumaschinenmechatronikern wird die Zahl der Schüler leicht ansteigen. Im Bereich der Werkstätten sind für die Zukunft einige Modernisierungsarbeiten durch zu führen. Im Fachbereich Fahrschule/Verkehr sind die Ausbildungszahlen im Jahr 2024 fast gleichgeblieben. Die Kooperation mit dem Stadtverkehr Hildesheim (SVHi) und dem Regionalverkehr Hildesheim (RVHi) im Bereich der Führerscheinausbildung für Auszubildende im Beruf „Berufskraftfahrer im Personenverkehr" konnte fortgesetzt und soll weiter ausgebaut werden. Ergänzend zu den praktischen Fahrausbildungen laufen die Weiterbildungsmodule und die beschleunigte Grundausbildung nach dem Berufskraftfahrer-Qualifikationsgesetz. Die Tages- und Wochenschulungen wurden gut angenommen und sind aufgrund der beruflichen Notwendigkeit auf hohem Niveau nachgefragt. Auch im gewerblichtechnischen Bereich, in der Gabelstapler-Ausbildung, wurden wieder zahlreiche Kurse nachgefragt. Ein Großteil konnte dabei auch wieder als AZAV-Maßnahme in der Weiterbildung für Arbeitssuchende durchgeführt werden. Die Nachfrage nach sogenannten Staplerscheinen bleibt konstant, so dass ziemlich regelmäßig 14-tägig Kurse durchgeführt werden können. Die Nachfrage nach Ausbildungskursen für LKW-Ladekran nimmt weiter zu und wird zukünftig einen weiteren Beitrag für eine bessere Auslastung in diesem Bereich beitragen. Im Fachbereich Kommunaltechnik ist im gewerblichen Bereich der Motorsägen- und Frei-schneiderausbildung die Auslastung in den letzten Jahren relativ konstant geblieben. Dies deutet auf eine stabile Nachfrage hin, die durch die kontinuierliche Notwendigkeit professioneller Qualifikationen in kommunalen und privaten Forst- sowie Gartenbetrieben getragen wird. Die Ausbildung erfüllt die Anforderungen der Berufsgenossenschaften, was die Beständigkeit der Teilnehmerzahlen erklärt. Im Bereich der privaten Brennholzwerbung (Selbstwerber), ist ein deutlicher Rückgang der Teilnehmerzahlen zu verzeichnen. Während der Corona-Pandemie erreichte diese Gruppe einen Höchststand, was vermutlich auf den verstärkten Wunsch nach Selbstversorgung und Unabhängigkeit zurückzuführen ist. Seit dem Ende der Pandemie ist jedoch eine Abnahme dieser Teilnehmerzahl zu beobachten, was auf veränderte Prioritäten oder eine Sättigung des Marktes hindeuten könnte. Hier wird in 2025 ein weiterer Rückgang erwartet. Problematisch ist in diesem Fachbereich, wie in den letzten Jahren auch schon, die Beschaffung von geeigneten Flächen für die praktische Ausbildung. Im Jahr 2024 wurde Kontakt mit dem Forstamt Südniedersachsen aufgenommen, worüber dann auch Flächen abgearbeitet werden konnten, allerdings mit relativ langen Anfahrtswegen. Im Fachbereich Umwelt- und Labortechnik sind zum jetzigen Zeitpunkt die Anmeldezahlen im Verhältnis zu den abgeschlossenen Ausbildungsverträgen sehr zufriedenstellend. Zu berücksichtigen ist, dass einige Kommunen nur alle drei Jahre Auszubildende einstellen, somit kann eine genauere Beurteilung frühestens im nächsten Jahr erfolgen. Des Weiteren konnte für das gesamte Jahr eine weiterhin gute Auslastung der angebotenen Lehrgänge verzeichnet werden. Die neuen Kursangebote, „EXCEL-Grundkurs" sowie Reparaturschweißen, werden gut angenommen und sollen erweitert werden. Im Fachbereich Küche ist ein geringes Wachstum zu verzeichnen. Grundsätzlich hängt die Auslastung der Küche an den Auslastungszahlen der anderen Fachbereiche. Die Buchung von externen Veranstaltungen ist zurückgegangen, somit auch das Catering. Für die Zukunft muss versucht werden über externe Veranstaltungen die Auslastung zu erhöhen und den aktuell guten Ruf der DEULA-Küche Hildesheim weiter kosteneffizient auszubauen. Das Jahr 2024 war für die Stromerzeugung mittels Photovoltaik-Anlagen ein gutes Jahr. Leider ist zum 31.12.2024 die Förderung nach 20 Jahren ausgelaufen, sodass hier für die Jahre 2025ff von einem massiven Einbruch der Einnahmen zu rechnen ist. Im Bereich AZAV (Akkreditierungs- und Zulassungsverordnung Arbeitsförderung als Voraussetzung für Zusammenarbeit mit der Arbeitsagentur/den Jobcentern) hat ein erfolgreiches Audit seitens der durchführenden Gesellschaft stattgefunden.

Im Personalbereich lagen und liegen zukünftig die Herausforderungen in der Suche nach geeigneten Fachkräften für die Fahrschule (Fahrlehrer) sowie für die anderen Fachbereiche. Dies gik z.B. für Mitarbeiterinnen, die aus Altersgründen aus dem aktiven Dienst ausscheiden und ersetzt werden müssen. Darüber hinaus aber auch für zusätzliches neues Personal, um zu wachsen und zusätzlichen Markt erschließen zu können. Gestiegene Lohnkosten aufgrund tariflicher Erhöhungen und steigende Krankentage belasten die Personalkosten in 2024 und werden auch zukünftig ein zentrales Thema sein.Zielsetzung: Die DEULA Hildesheim verfolgt das Ziel, ihre Position als führendes Bildungs- und Kompetenzzentrum in den Bereichen Agrar-, Umwelt- und Kommunaltechnik sowie der Fahrschule nachhaltig zu sichern und weiter auszubauen. Dabei steht die kontinuierliche Weiterentwicklung des bestehenden Bildungsangebots im Fokus, um den wachsenden Anforderungen der Arbeitswelt gerecht zu werden.

- Innovative Bildungsangebote
- Nachhaltigkeit und Innovation
- Kooperation und Netzwerkausbau
- Attraktivität als Ausbildungsstätte steigern
- Fachkräftesicherung

Die Prognosen für das kommende Jahr und die weiteren Aussichten sind für unsere Bildungseinrichtung grundsätzlich positiv, aber auch schwierig zu sehen. Eine ab dem 01.08.2024 greifende Änderung in der Ausbildungsordnung der umwelttechnischen Berufe, hin zu einer neuen Berufsbezeichnung des „Umwelttechnologen" mit einer geänderten Ausbildungsordnung, haben einige Veränderungen mit sich gebracht. Eine Entwicklungsprognose kann derzeit noch nicht gemacht werden. Der anhaltende technische Fortschritt und die rasant voranschreitende Digitalisierung fordern zudem intensive Ausbildung und regelmäßige Qualifizierung. Daraus ergeben sich auch in Zukunft Chancen, neue praxisorientierte Bildungsangebote zu entwickeln und anzubieten. Dabei ist der laufende Dialog mit unserem Netzwerk, d. h. mit den Interessengruppen und den Entscheidern in den Berufsfeldern wichtig, um neue Fragestellungen und Entwicklungen aktiv mitgestalten zu können. Andererseits können die Finanzknappheit der öffentlichen Haushalte, nachteilige Auswirkungen auf die Anzahl und Dauer von beruflichen Weiterbildungsmaßnahmen haben. Da wir nicht mehr in allen Bereichen von stabilen Teilnehmerzahlen ausgehen, aber aktiv versuchen, zusätzliche Marktbereiche in Form von neuen zusätzlichen Kursen zu erschließen, werden die Gesamtlehrgangstage für das kommende Wirtschaftsjahr mit ca. 24.500 Lehrgangstagen geplant.
Bei all den steigenden Aufwendungen ist zur Erzielung einer angemessenen Rendite die Nutzung der Gebühren- bzw. Preisanpassung ein wichtiger Punkt. Hier muss dringend eine kostendeckende Gebührenkalkulation eingeführt werden. Bei institutionellen Auftraggebern wie Ministerien, Behörden, Kammern und Verbänden sind Preiserhöhungen für durchzuführende Lehrgänge aber nur schwierig bzw. nur längerfristig umzusetzen. Ein weiterer zunehmender Kostenfaktor sind die teilweise sehr alten (50-60 Jahre) baulichen Anlagen der DEULA. Neben den steigenden Brandschutzauflagen gibt es auch viele weitere Bestimmungen und über einige weitere wird derzeit diskutiert, wie die Sanierungspflichten der EU und die Treibhausgasneutralität bis 2045 lt. dem Klimaschutzgesetz. Zur Erfüllung sämtlicher Anforderungen und für die Positionierung als zukunftsfähige Bildungseinrichtung sind zahlreiche Investitionen erforderlich, die das Ergebnis der DEULA Hildesheim erheblich betasten und zu weiteren hohen Jahresfehlbeträgen führen, trotz den weiterhin angestrebten Umsatzsteigerungen. Es ist absehbar, dass sich die Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage der DEULA Hildesheim weiter verschlechtern wird. Deshalb ist nach wie vor ein intensives Kostenmanagement in allen Bereichen und eine positive Geschäftsentwicklung nötig und ein daraus resultierendes Liquiditätspolster unverzichtbar. Darüber hinaus müssen mögliche Fördertöpfe zukünftig stärker als bisher genutzt werden. Um eine erhöhte Lehrgangsauslastungen zu erreichen und eine sichtbare Wahrnehmung der DEULA Hildesheim zu generieren, werden vor allem die Marketingmaßnahmen verstärkt. Für das Jahr 2025 sind einige Veränderungen auch mit der Neubesetzung der Geschäftsführung geplant. Eine neue Aufteilung der einzelnen Geschäftsbereiche ist geplant. Insbesondere der Bereich Kundenservice/Kursmanagement soll ausgebaut werden. In der Fahrschule sollen 2 neue LKWs sowie ein Schlepper angeschafft werden, um eine moderne

Ausbildung zu gewährleisten. Neben dem Hauptziel einer optimierten Lehrgangsauslastung bleibt auch die Erweiterung der Angebotspalette an zusätzlichen Lehrgängen eine große Herausforderung.
Zusammenfassend wird auf Grund der hohen Lohnsteigerungen im öffentlichen Bereich (volle Umsetzung des neuen Tarifabschlusses) sowie auch den allgemeinen Kostensteigerungen durch interne Optimierungsmaßnahmen kein Umsatzwachstum in 2025 erwartet. Perspektiven für eine weitere erfolgreiche Geschäftstätigkeit der DEULA Hildesheim GmbH sind grundsätzlich gegeben. Potential in einigen Bereichen ist vorhanden, muss entwickelt und umgesetzt werden. Die weiter voranschreitenden Kostensteigerungen im Bereich Personal, Energie und Investitionen können nur durch ein entsprechendes Umsatzwachstum aufgefangen werden. Diese wiederum kann nur durch eine preisliche Anpassung der Gebühren sowie Erweiterung des Lehrgangangebotes mit entsprechender Optimierung der vorhandenen Personalressource erreicht werden.

DEULA Hildesheim GmbH

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG vom 01.01.2024 bis 31.12.2024

	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
1. Umsatzerlöse	3.706.984,60	3.728.189,44
2. Gesamtleistung	**3.706.984,60**	**3.728.189,44**
3. sonstige betriebliche Erträge		
a) Erträge aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens und aus Zuschreibungen zu Gegenständen des Anlagevermögens	23.999,50	14.486,45
b) Erträge aus der Herabsetzung der Pauschalwertberichtigung auf Forderungen	0,00	1.134,29
c) Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	23.360,57	1.250,00
d) übrige sonstige betriebliche Erträge	78.332,72	90.948,39
	125.692,79	107.819,13
4. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	369.386,20	364.479,75
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	13.527,52	45.227,23
	382.913,72	409.706,98
5. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	1.682.824,78	1.537.443,54
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung - davon für Altersversorgung Euro 92.264,18 (Euro 82.561,70)	490.715,36	520.489,05
	2.173.540,14	2.057.932,59
6. Abschreibungen		
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	274.566,14	303.602,83
7. sonstige betriebliche Aufwendungen		
a) Raumkosten	365.686,46	237.730,46
b) Versicherungen, Beiträge und Abgaben	50.063,70	48.453,61
c) Reparaturen und Instandhaltungen	47.386,22	48.732,47
d) Fahrzeugkosten	183.701,37	183.531,54
e) Werbe- und Reisekosten	18.650,57	25.176,95
f) Kosten der Warenabgabe	75.526,24	65.395,94
g) verschiedene betriebliche Kosten	243.070,47	197.006,55
h) Verluste aus Wertminderungen von Gegenständen des Umlaufvermögens und Einstellung in die Wertberichtigung zu Forderungen	3.771,14	62.084,75
i) übrige sonstige betriebliche Aufwendungen	15.566,86	0,00
	1.003.423,03	868.112,27
8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	9.443,48	15.145,61
Übertrag	7.677,84	211.799,51

DEULA Hildesheim GmbH

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG vom 01.01.2024 bis 31.12.2024

	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
Übertrag	7.677,84	211.799,51
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	746,98	0,00
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	43.329,76	13.060,10
11. Ergebnis nach Steuern	**36.398,90-**	**198.739,41**
12. sonstige Steuern	8.469,28	7.970,15
13. Jahresfehlbetrag	**44.868,18**	**190.769,26-**
14. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	1.833,58	1.064,32
15. Entnahmen aus Gewinnrücklagen		
a) aus anderen Gewinnrücklagen	43.800,00	0,00
16. Einstellungen in Gewinnrücklagen		
a) in andere Gewinnrücklagen	0,00	190.000,00
17. Bilanzgewinn	**765,40**	**1.833,58**

Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises

Für das Haushaltsjahr 2026 ist wie in den Vorjahren keine Verlustabdeckung durch den Landkreis erforderlich.

AVACON AG

Gegenstand des Unternehmens und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Nach § 2 der Satzung der Avacon AG ist Zweck des Unternehmens

- die Errichtung, der Erwerb und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung, Förderung, Gewinnung, Speicherung, Fortleitung und Verteilung von elektrischer Energie, Gas, Wasser, Dampf und Wärme, zur Abwasserbehandlung und –Entsorgung sowie von Entsorgungsanlagen;
- der An- und Verkauf von elektrischer Energie, Gas und Wasser sowie Dampf und Wärme;
- die Betätigung auf dem Gebiet der Informationsverarbeitung und der Telekommunikation;
- die Erbringung von Dienstleistungen aller Art in den vorgenannten und in damit zusammenhängenden Geschäftsfeldern;
- die Vornahme aller sonstigen Geschäfte, die mit der Betätigung auf den vorgenannten Geschäftsfeldern zusammenhängen oder geeignet sind, diese zu fördern

Beteiligungsverhältnisse

Das Grundkapital der E.ON Avacon GmbH beträgt 357.616.000,00 €. Es ist eingeteilt in 144.783.652 Stückaktien.

Die Landkreis Hildesheim Holding GmbH hält derzeit 1.108.145 Stückaktien, welches einem prozentuellen Anteil von 0,77 % entspricht.

Anteilsbesitz

Zum Jahresende 2018 verfügte die Avacon Netz über die 100%ige Beteiligung an der Avacon Hochdrucknetz GmbH, Helmstedt. Zwischen Avacon Netz und Avacon Hochdrucknetz GmbH besteht ein Ergebnisabführungsvertrag. Damit ging das Ergebnis der Avacon Hochdrucknetz GmbH unmittelbar in die Ertragslage von Avacon Netz für das Geschäftsjahr 2019 ein.

Zusammensetzung der Organe

Vorstand

Der Vorstand besteht aus mindestens zwei Mitgliedern. Der Aufsichtsrat bestellt die Vorstandsmitglieder und bestimmt ihre Zahl. Der Aufsichtsrat kann einen Vorsitzenden des Vorstands ernennen

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus 20 Mitgliedern, von denen 10 von der Hauptversammlung und 10 von den Arbeitnehmern nach dem Mitbestimmungsgesetz vom 04.05.1976 (MitbestG) gewählt werden

Hauptversammlung

Die Einberufung der Hauptversammlung erfolgt durch den Vorstand oder in den im Gesetz vorgesehenen Fällen durch den Aufsichtsrat.

Den Vorsitz in der Hauptversammlung führt der Vorsitzende des Aufsichtsrats oder ein von ihm bestimmtes anderes Aufsichtsratsmitglied der Anteilseigner. Für den Fall, dass weder der Vorsitzende

des Aufsichtsrats noch ein von ihm bestimmtes Mitglied des Aufsichtsrats den Vorsitz übernimmt, wird der Vorsitzende durch den Aufsichtsrat gewählt.

Als Vertreter der Landkreis Hildesheim Holding GmbH in der Hauptversammlung der Avacon AG wurde durch Kreistagsbeschluss Herr Leitender Kreisverwaltungsdirektor Klaus Rosemann benannt. Stellvertreterin ist Frau Kreisamtsrätin Kerstin Zingler.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Avacon befindet sich trotz des anhaltenden Effizienzdrucks aus dem Wettbewerb und der Regulierung in einer soliden wirtschaftlichen Verfassung. Der Umsatz von Avacon betrug im Geschäftsjahr 2024 14,3 Mio. €. Der Jahresüberschuss verringerte sich um 20,1 Mio. € (-8,4 %) auf 219,6 Mio. €. Das Ergebnis von Avacon liegt damit leicht unter Vorjahresniveau. Zum Jahresende 2024 verfügte Avacon über zahlreiche Beteiligungen an operativ tätigen Unternehmen. Die wesentlichsten Veränderungen im Beteiligungsportfolio und die Ergebnisse bei den Mehrheitsgesellschaften stellen sich wie folgt dar: Im Zuge der Konzessionsverfahren Strom und Gas im Netzgebiet Visselhövede wurde eine Kooperation in Form eines Rückpachtmodells verhandelt. Hierfür wurde im November 2024 eine neue Gesellschaft, die Energienetze Visselhövede GmbH gegründet, an der die Stadtwerke Rothenburg Wümme GmbH 51,0 % und Avacon 49,0 % der Anteile halten. Die bestehende 100 %ige Vorratsgesellschaft Beteiligung H1 GmbH wurde am 8. November 2024 in Avacon Pensionsgesellschaft mbH umbenannt und der Geschäftszweck geändert. In diese Gesellschaft wurden die Pensionsverpflichtungen gegenüber Rentnern der Avacon Netz GmbH, die bis zum 30. September 2024 ausgeschieden sind, mittels Erklärung eines Schuldbeitritts mit Erfüllungsübernahme bilanziell zum 1. Januar 2025 ausgelagert. Gleichzeitig wurde CTA-Deckungsvermögen der Avacon Netz GmbH in gleicher Höhe zugunsten der Avacon Pensionsgesellschaft mbH umgewidmet. In diesem Zusammenhang wurde im Januar 2025 das Stammkapital der Avacon Pensionsgesellschaft mbH um 5,0 Mio. € auf 5,0 Mio. € erhöht und die Erhöhung im Handelsregister eingetragen. Ergänzend plant Avacon mit der Avacon Pensionsgesellschaft mbH einen Gewinnabführungsvertrag abzuschließen. Der Entwurf des Gewinnabführungsvertrags soll der Hauptversammlung zur Zustimmung im Mai 2025 vorgelegt werden. Avacon übernahm zum 13. März 2024 Anteile der Stadt Gehrden an der Lichtverbund Straßenbeleuchtung GmbH in Höhe von 10,2 % und hält nunmehr die gesamten Anteile an dieser Gesellschaft. Im Juli 2024 hat sich Avacon mit 3,02 % an der Energieagentur Schaumburg gGmbH beteiligt. Zwischen Avacon und der Avacon Netz GmbH, der Avacon Natur GmbH, der Avacon Connect GmbH sowie der Avacon Beteiligungen GmbH bestehen jeweils Gewinn- bzw. Ergebnisabführungsverträge. Damit gingen die Ergebnisse unmittelbar in die Ertragslage von Avacon für das Geschäftsjahr 2024 ein. Das Ergebnis vor Steuern der Avacon Netz GmbH im Geschäftsjahr 2024 betrug 242,8 Mio. € und verringert sich damit um 49,5 Mio. € gegenüber dem Vorjahr. Ursächlich sind insbesondere der Rückgang der Gross Margin Gas (-20,7 Mio. €), höhere Abschreibungen (+27,4 Mio. €) und gestiegene sonstige betriebliche Aufwendungen (+27,7 Mio. €) sowie ein um 20,9 Mio. € geringeres Finanzergebnis. Dem stehen eine erhöhte Gross Margin Strom (+18,2 Mio. €) und geringere Personalaufwendungen (-15,2 Mio. €) gegenüber. Der von der Avacon Natur GmbH abgeführte Gewinn des Jahres 2024 reduzierte sich um 2,1 Mio. € auf 6,0 Mio. €. Die Verringerung ist im Wesentlichen auf rückläufige Umsätze zurückzuführen. Gegenläufig haben sich vor allem der Materialaufwand verringert und das Finanzergebnis erhöht. Der im Geschäftsjahr 2024 von der Avacon Beteiligungen GmbH abgeführte Gewinn lag mit 12,2 Mio. € über dem Niveau des Vorjahres (11,0 Mio. €). Das Ergebnis der Avacon Beteiligungen GmbH enthält ausschließlich die Ausschüttung aus der Beteiligung an Städtische Werke Magdeburg GmbH & Co. KG (SWM). Das Jahresergebnis von SWM hat sich im Vergleich zum Vorjahr erhöht. Der von der Avacon Connect GmbH übernommene Verlust des Jahres 2024 lag bei 4,8 Mio. € (Vorjahr 2,2 Mio. €). Ursächlich für den Ergebnisrückgang waren insbesondere höhere Aufwendungen für die Vorvermarktung von FttH-Ausbaugebieten sowie steigende Abschreibungen aufgrund der Zunahmen der Investitionen. Nachstehende Mehrheitsbeteiligungen tragen mit ihrem Beteiligungsergebnis (Gewinnausschüttung

aus dem Geschäftsjahr 2023) zum aktuellen Ergebnis von Avacon bei. Die Ergebnisse dieser Gesellschaften haben sich folgendermaßen entwickelt: Der Jahresüberschuss 2023 der SVO-Gruppe hat sich mit 21,8 Mio. € gegenüber dem Vorjahr um 1,5 Mio. € verbessert. Wesentliche Gründe für diese positive Entwicklung waren eine Verbesserung des Ergebnisses im Netzgeschäft und Sondereffekte aus der Auflösung von Rückstellungen. Die Ausschüttung aus dem Jahresergebnis 2023 lag mit einem Anteil von 7,3 Mio. € für Avacon auf dem Niveau des Vorjahres. Der Jahresüberschuss 2023 der LandE GmbH lag mit 21,2 Mio. € um 2,8 Mio. € unterhalb des Niveaus des Vorjahres. Der Wegfall der Erlöse aus dem Verkauf der Strom- und Gasnetze im Stadtgebiet Gifhorn aus dem Vorjahr konnte nicht durch gestiegene Beteiligungserträge von der LSW Holding GmbH & Co. KG kompensiert werden. Die Ausschüttung aus dem Jahresergebnis 2023 lag mit einem Anteil von 11,8 Mio. € für Avacon auf dem Niveau des Vorjahres. Bei der WEVG Salzgitter GmbH & Co. KG lag das Ergebnis für 2023 in Höhe von 9,8 Mio. € über dem Niveau des Vorjahres (2022: 6,2 Mio. €). Ursächlich für den Anstieg war ein Wegfall von Sonderbelastungen bei der Energiebeschaffung durch die Normalisierung des Strom- und Gaspreisniveaus im Geschäftsjahr. Aus dem Jahresergebnis wurde erstmals wieder eine Ausschüttung in Höhe von 1,3 Mio. € an Avacon vorgenommen. Das Ergebnis 2023 der Avacon Wasser GmbH ist gegenüber dem Vorjahr um 0,5 Mio. € auf 5,4 Mio. € leicht zurückgegangen. Wesentliche Ursache war der Rückgang des Beteiligungsergebnisses (niedrigere Ausschüttung der HWW). Die Ausschüttung aus dem Jahresergebnis 2023 lag mit einem Anteil von 3,3 Mio. € für Avacon auf dem Niveau des Vorjahres.

Geschäftsentwicklung

Prognosen zur wirtschaftlichen Entwicklung bleiben insbesondere angesichts der Auswirkungen der geopolitischen Spannungen und Konflikte mit Unsicherheit behaftet. Auf Grundlage der Mittelfristplanung, die auf Annahmen zu den von Avacon erwarteten Markt-, Wettbewerbs- und Umfeldentwicklungen sowie dem Umsetzungserfolg von geplanten Maßnahmen basiert, wird für das Geschäftsjahr 2024 von einem leichten Anstieg des Jahresüberschusses gegenüber dem Vorjahr ausgegangen, vorausgesetzt stabiler Renditen aus dem CIA-Fondsvermögen und abnehmender Aufwendungen für Pensionen. Der geplante Ergebnisbeitrag (vor Steuern) der Avacon Netz GmbH bleibt voraussichtlich auf dem Niveau des Vorjahres. Avacon bündelt weiterhin die Finanzierungsströme innerhalb der Avacon-Gruppe und erreicht hierdurch Stabilität in einem derzeit volatilen Zinsumfeld.

Ertragslage

Die Umsatzerlöse lagen über Vorjahresniveau. Es erhöhten sich sowohl die Umsatzerlöse aus Dienstleistungsverträgen mit verbundenen Unternehmen als auch die Erlöse aus dem Webshop sowie im Bereich E-Mobility. Die sonstigen Erträge erhöhten sich im Wesentlichen durch die Veränderung der Rückstellung für Archivierung (1,0 Mio. €). Der Personalaufwand reduzierte sich vor allem aufgrund einer verringerten Zuführung zu den Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen (-1,8 Mio. €). Die Verringerung des Beteiligungsergebnisses ist größtenteils auf die gesunkene Gewinnabführung der Avacon Netz GmbH (-49,5 Mio. €) zurückzuführen. Zudem wirkt die Wertberichtigung auf den Beteiligungsbuchwert der HAzwei GmbH ergebnisbelastend. Die Verminderung der Steuerbelastung begründet sich überwiegend aus den Effekten aus der Avacon Netz GmbH. Der Bilanzgewinn in Höhe von 111,4 Mio. € ergibt sich aus dem Jahresüberschuss in Höhe von 219,6 Mio. €, dem Gewinnvortrag in Höhe von 0,8 Mio. € sowie abzüglich der Einstellung in die Gewinnrücklagen in Höhe von 109,0 Mio. €.

Finanzlage

Zum Bilanzstichtag befand sich Avacon in einer kurzfristigen Geldanlage bei der E.ON SE in Höhe von 154,3 Mio. € (Vorjahr Geldanlage von 229,9 Mio. €). Darüber hinaus sind im Jahr 2024 langfristige Darlehen bei der E.ON SE in Höhe von 183,0 Mio. € aufgenommen worden, die vollständig an

verbundene Tochterunternehmen weitergegeben wurden. Außerdem wurde der Avacon Netz GmbH ein endfälliges, nachrangiges Darlehen in Höhe von 190,0 Mio. € gewährt. Durch die Entnahme von 510,0 Mio. € aus der Kapitalrücklage der Avacon Netz GmbH und Gewährung von nachrangigen Darlehen an die Avacon Netz GmbH in gleicher Höhe ergab sich eine Verschiebung innerhalb des Finanzanlagevermögens von Avacon zwischen Anteilen an verbundenen Unternehmen und Ausleihungen an verbundene Unternehmen. Die LandE GmbH und die Gasversorgung im Landkreis Gifhorn GmbH haben zum Stichtag Tagesgelder von je 20,0 Mio. € bei Avacon angelegt. Die kurz- und langfristigen Geldanlagen/-aufnahmen im Rahmen der Finanzierung der Avacon-Gruppe erfolgten zu marktüblichen Konditionen. Zum Bilanzstichtag bestand bei der E.ON SE eine hinreichende Kreditlinie mit einem Volumen von 120,0 Mio. €.

Dividende

Der Vorschlag an die Hauptversammlung sieht vor, aus dem Bilanzgewinn von 111,4 Mio. € auf Basis des dividendenberechtigten Kapitals zum 31. Dezember 2024 einen Betrag von 100,7 Mio. € (0,70 € je dividendenberechtigte Aktie) auszuschütten, einen Betrag in Höhe von 10,0 Mio. € in die Gewinnrücklagen einzustellen und den verbleibenden Betrag in Höhe von 0,7 Mio. € auf neue Rechnung vorzutragen.

Vermögenslage

Das Anlagevermögen erhöhte sich im Wesentlichen infolge der Ausgabe von Darlehen an verbundene Unternehmen sowie der Zulahlungen in das Eigenkapital von Beteiligungen. Die Verringerung des Umlaufvermögens ist zum einen auf den Rückgang der kurzfristigen Geldanlagen im Rahmen des E.ON-Konzern Cash-Poolings zurückzuführen (-75,6 Mio. €). Zudem reduzierten sich die Forderungen aus Gewinn- bzw. Ergebnisabführungs-verträgen um 50,4 Mio. € und die Finanzforderungen gegen Tochterunternehmen um 74,2 Mio. €. Die Zunahme des Eigenkapitals resultierte aus dem Jahresüberschuss 2024 in Höhe von 219,6 Mio. €. Gegenläufig wirkte im Berichtsjahr die Ausschüttung in Höhe von 130,9 Mio. € für das Geschäftsjahr 2023. Die bilanzielle Eigenkapitalquote betrug 57,7 %. Damit liegt sie infolge der bilanzverkürzenden Wirkung des geringeren Umlaufvermögens leicht über dem Vorjahreswert von 56,8 %. Das Anlagevermögen war zum Stichtag 31. Dezember 2024 zu 64,0 % (Vorjahr 69,6 %) durch Eigenkapital gedeckt. Der Rückgang der Rückstellungen war mit 20,3 Mio. € insbesondere auf die Steuerrückstellungen zurückzuführen. Ursächlich hierfür war die Inanspruchnahme der Steuerrückstellungen fur Körperschaftssteuer (21,7 Mio. €) und für Gewerbesteuer (4,3 Mio. €). Gegenläufig wirkte die Zuführung zur Rückstellung für sonstige Steuerschulden (6,3 Mio. €). Der Anstieg der Verbindlichkeiten ist insbesondere auf die Aufnahme von langfristigen Darlehen bei der E.ON SE in Höhe von insgesamt 183,0 Mio. € zurückzuführen. Gegenläufig verringerten sich die Verbindlichkeiten gegenüber der Avacon Netz GmbH aus der kurzfristigen Geldaufnahme um 153,4 Mio. €.

Finanzielle Leistungsindikatoren

Das Geschäft von Avacon wird im Wesentlichen auf Basis der Größe Jahresüberschuss gesteuert. Der Jahresüberschuss für das Jahr 2024 unterschritt den Prognosewert deutlich, in erster Linie durch die Ergebnisentwicklung bei der Avacon Netz GmbH. Aufgrund einer geringeren Gross Margin aus dem Strom- und Gasgeschäft sowie niedrigerer CIA-Erträge lag die Gewinnabführung der Avacon Netz GmbH an Avacon unterhalb des Prognosewertes und minderte damit den Jahresüberschuss der Avacon für das Jahr 2024.

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Die anhaltenden geopolitischen Krisen und die damit verbundenen Unsicherheiten wirken sich auch auf die Entwicklung der Wirtschaft aus. Somit sind sie in den Prognosen für das Wirtschaftswachstum berücksichtigt. Die OECD geht von einem globalen Wirtschaftswachstum für die Jahre 2025 und 2026 von jeweils 3,3 % aus. In diesen Prognosen ist berücksichtigt, dass die Inflation weiter nachlässt und der Welthandel sich erholt. Falls jedoch die Spannungen im Handel sowie protektionistische Bestrebungen zunehmen, könnten diese Auswirkungen auf die Lieferketten und die Verbraucherpreise haben und somit das Wirtschaftswachstum beeinträchtigen. Für den Euroraum prognostiziert die OECD ein Wirtschaftswachstum für das Jahr 2025 von 1,3 % und für das Jahr 2026 von 1,5 %. Die europäische Wirtschaft soll sich langsam erholen, jedoch ist es für die einzelnen Staaten eine Gratwanderung einerseits die Schulden zu senken und anderseits das Wachstum anzuschieben. Mit Blick auf Deutschland erwartet die OECD für die Jahre 2025 und 2026 ein BIP-Wachstum von 0,7 % bzw. von 1,2 %. Mitte des Jahres sind die Experten noch von leicht höheren Wachstumsraten ausgegangen. Als Begründung für die schlechteren Erwartungen werden unter anderem der Fachkräftemangel und ein schwacher Binnenkonsum genannt. In den Prognosen sind niedrige Inflationsraten (2025: 2,0 % und 2026: 1,9 %) und steigende Löhne berücksichtigt, die die Realeinkommen und den privaten Verbrauch stützen sollen. Die privaten Investitionen sollen sich dank der hohen Ersparnis der Unternehmen und der langsam sinkenden Zinssätze nach und nach beleben. Politische Unsicherheiten werden das Investitionsklima voraussichtlich weiter belasten. Weiter wird davon ausgegangen, dass sich die Exporte unter dem Einfluss der steigenden Nachfrage bei wichtigen Handelspartnern allmählich erholen.

Geschäftsentwicklung

Prognosen zur wirtschaftlichen Entwicklung bleiben insbesondere angesichts der Auswirkungen der geopolitischen Spannungen und Konflikte mit Unsicherheit behaftet. Auf Grundlage der Mittelfristplanung, die auf Annahmen zu den von Avacon erwarteten Markt-, Wettbewerbs- und Umfeldentwicklungen sowie dem Umsetzungserfolg von geplanten Maßnahmen basiert, wird für das Geschäftsjahr 2025 von einem Jahresüberschuss auf dem Niveau des Vorjahres ausgegangen. Der geplante Ergebnisbeitrag (vor Steuern) der Avacon Netz GmbH liegt voraussichtlich leicht über dem Niveau des Vorjahres. Avacon bündelt weiterhin die Finanzierungsströme innerhalb der Avacon-Gruppe und erreicht hierdurch Stabilität in einem derzeit volatilen Zinsumfeld. Zur Umsetzung der Energiewende ist ein enormer Kapitalbedarf notwendig. Die Versorgung der Avacon-Gruppe mit Finanzmitteln wird zukünftig neben der Konzernfinanzierung über die E.ON SE über eine niederländische Tochtergesellschaft der E.ON SE erfolgen.

Risiken- und Chancenbericht

Um bestandsgefährdende Risiken frühzeitig zu erkennen und rechtzeitig angemessene Gegensteuerungsmaßnahmen ergreifen zu können, ist bei Avacon entsprechend aktienrechtlichen Anforderungen ein Risikomanagementsystem implementiert. Über die reine Erfüllung der gesetzlichen Mindestanforderungen hinaus soll ein Chancen- und Risikobewusstsein auf allen Ebenen der Mitarbeiter gefestigt werden. Bei der unternehmerischen Entscheidungsfindung werden systematisch die Chancen- und Risikoaspekte einbezogen. Die Risiken werden von den operativen Unternehmenseinheiten identifiziert und dokumentiert. Sie werden hinsichtlich ihrer Schadenshöhe und Eintrittswahrscheinlichkeit bewertet. Die Berichterstattung über die aktuelle Risikosituation erfolgt in regelmäßigen Abständen gegenüber dem Vorstand von Avacon. Das System wird regelmäßig entsprechend den aktuellen Anforderungen angepasst und weiterentwickelt. Die Überprüfung der Gesamtrisikolage von Avacon hat zum Ergebnis geführt, dass aus heutiger Sicht keine den Fortbestand gefährdenden Risiken für die Gesellschaft bestehen. Das vorhandene Eigenkapital in Höhe von 1.438,5 Mio. € übersteigt die Kumulation aller Nettorisiken (Worst Case-Betrachtung) über die nächsten drei Jahre mit 1.168,8 Mio. €. Im Folgenden werden die

wesentlichsten Risiken der Avacon-Gruppe absteigend beginnend mit der höchsten Bedeutung dargestellt: Das wertmäßig größte Risiko resultiert aus Mengenänderungen im Strom- und Gasbereich. Die Erlös-obergrenze wird im Rahmen der Netzentgeltkalkulation durch eine prognostizierte Absatzstruktur erlöst. Weicht die tatsächliche Absatzstruktur von der prognostizierten, z. B. durch Witterungs- oder Konjunktureinflüsse ab, entsteht in dem Jahr ein Liquiditäts- und Ergebnisrisiko bzw. eine entsprechende Chance. Die Abweichung wird in den Folgejahren über das Regulierungskonto ausgeglichen. Es handelt sich hierbei nur um ein temporäres Risiko bzw. eine temporäre Chance. Vor dem Hintergrund erheblich gestiegener Kosten für das vorgelagerte Netz haben sich die Risiken bzw. Chancen weiter erhöht. Mögliche Verluste von Konzessionsgebieten könnten aufgrund von Abgängen der entsprechenden Erlösobergrenzen und Wegfall von weiteren Sachverhalten zu geringeren Ergebnissen in den Folgejahren führen. Das Risiko steigt im Vergleich zum Vorjahr an, da im aktuellen Betrachtungszeitraum bis Ende 2027 mehr Konzessionsverträge auslaufen als im Betrach-tungszeitraum des Vorjahres. Ebenso können sich bei der Bilanzkreisbewirtschaftung (insbesondere bei der Verlustenergie und beim Differenzbilanzkreis) Abweichungen zu den geplanten Mengen und Werten ergeben. Ein weiteres wesentliches Risiko ergibt sich aus einer möglichen Nichterreichung der geplanten Erlösobergrenzen im Strom- und Gasgeschäft, sofern beispielsweise bestimmte in der Planung angesetzte Kostenelemente nicht anerkannt werden. Unter dem Risiko „Versorgungssicherheit Netzbetrieb" sind alle Schäden, die durch Beschädigungen von Netzanlagen sowie durch Ausfälle in der Strom- und Gasversorgung durch höhere Gewalt entstehen könnten, zusammengefasst. Höhere Gewalt wird hierbei definiert als ein betriebsfremdes von außen durch Naturkräfte oder durch Handlungen Dritter herbeigeführtes Ereignis, das nach menschlichem Ermessen und Erfahrung nahezu unvorhersehbar ist. Hierzu zählen beispielsweise Jahrhunderthochwasser, schwere Stürme sowie Sabotage. Im Zusammenhang mit den im Jahr 1996 übernommenen Anteilen an der Harzwasserwerke GmbH hat die ehemalige HASTRA AG gegenüber dem Land Niedersachsen eine gesamtschuldnerische Bürgschaft (Haftung für die Erfüllung der Verpflichtungen der Harzwasserwerke GmbH) übernommen. Die Beteiligung an der Harzwasserwerke GmbH wird inzwischen bei der Avacon Wasser GmbH gehalten. Avacon haftet jedoch ebenfalls für einen Großteil der Verpflichtung über eine gesamtschuldnerische Bürgschaft. Risiken aus Zahlungsstromschwankungen und damit verbundene Liquiditätsrisiken verringern sich durch die Einbindung in das Cash-Pooling des E.ON-Konzerns. Zudem ist zur Überwachung von Ausfallrisiken ein unternehmensweites Forderungsmanagement implementiert. Zur Minimierung der Bruttorisiken ist die Gesellschaft dennoch gegen eintretende Schadensfälle versichert. Die Gesellschaft verfügt zum Stichtag über keine Derivate. Im Folgenden sind die wesentlichen Chancen von Avacon dargestellt: Die Energiewende Ist in Deutschland und Europa politisch fest verankert. Für die Avacon-Gruppe ergeben sich daraus nicht nur Herausforderungen, sondern auch zahlreiche Chancen. Ein sicherer Netzbetrieb, ein gut ausgebautes und digitales Netz sowie nachhaltige Energielösungen bilden die Basis einer erfolgreichen Energiewende in Deutschland. Unsere Verteilnetze sind der Ort, an dem die Energiwende stattfindet. Sie bilden das Rückgrat dieser Transformation. Deutschland will bis 2045 treibhausgasneutral sein, Niedersachsen bereits bis 2040. Um die ambitionierten Klimaschutzziele zu erreichen, müssen die Emissionen irt den Sektoren Strom, Wärme, Verkehr sowie Industrie und Gewerbe erheblich reduziert werden. Aufgrund der erforderlichen Dekarbonisierung vieler Industriezweige in Deutschland, steht die Energiewirtschaft vor einer Schlüsseldekade des Wachstums. Energienetze müssen ausgebaut und digitalisiert werden, um erneuerbare Energien in einem deutlich stärkeren Maße als bisher in die Netze zu integrieren. Es braucht Stromautobahnen, um den grün erzeugten Strom anschließend dorthin zu transportieren, wo er verbraucht wird. Auch braucht es nachhaltige Lösungen für die Dekarbonisierung der kommunalen Infrastruktur und des Verkehrs. Mit ihren nachhaltigen Energielösungen leistet die Avacon-Gruppe als Dekarbonisierungspartner vor altern für Kommunen und Industrien wichtige Beiträge zum Klimaschutz. Die langfristige Orientierung der Avacon-Gruppe sowie die Umsetzung vielfältiger Innovationsvorhaben zielen unter anderem darauf ab, die Energiewende erfolgreich zu gestalten sowie die CO2-Emissionen zu reduzieren. Das Wachstum der Ladeinfrastruktur in Deutschland hält an: lt. Bundesnetzagentur gab es zum Stichtag 01. September 2024 fast 115.000 öffentliche AC-Ladepunkte und mehr als 31.000 Schnelllader. Damit betrug der bundesweite Anstieg

in den sechs Monaten zuvor rd. 13,5 %. Doch die Verteilung der Ladepunkte ist regional unterschiedlich stark konzentriert, der Verband der Automobilindustrie sieht hier weiterhin Handlungsbedarf: Noch immer gäbe es in jeder dritten Gemeinde keine öffentliche Ladeinfrastruktur — bei Schnellladeinfrastruktur hätten drei von vier Gemeinden in Deutschland keinen entsprechenden Ladepunkt. Die Ausrichtung der E-Mobility-Aktivitäten der Avacon bleibt damit richtig. Avacon bietet Ihren Kundinnen und Kunden Ladeinfrastruktur für den öffentlichen Raum (Normal- und Schnellladesäulen) ebenso an wie für das betriebliche Laden, das Geschäftskunden zunehmend umsetzen wollen. Das Geschäftsumfeld ist dabei weiterhin herausfordernd. Neben der wettbewerblichen Situation fordert der Gesetzesrahmen die Einhaltung komplexer Anfor-derungen, wie sie etwa die EU-Regelung „AFIR " (Alternative Fuels Infrastructure Regulation) seit ihrem Inkrafttreten am 13. April 2024 fordert. Avacon entwickelt ihr Lösungsportfolio für E-Mobilität daher kontinuierlich weiter, um die Chancen des Marktes zu nutzen. Chancen ergeben sich für Avacon auf dem Gebiet der Digitalisierung. Dies spiegelt sich im Einsatz vielfältiger neuer digitaler Technologien zur Verbesserung des Geschäfts und zur nachhaltigen Weiterentwicklung der Arbeitsweise wider. Um die damit verbundenen Herausforderungen zu bewältigen, forciert Avacon die Digitalisierung des bestehenden Geschäfts. Diese Maßnahmen erstrecken sich unter anderem auf die Datenerhebung und Smartifizierung der Netzbetriebsmittel, die Weiterentwicklung der IT-Landschaft, bspw. durch den Rollout konzernweit standardisierter IT-Großprojekte („IT-Rocks"), sowie den Rollout von verschiedensten digitalen Lösungen im Kerngeschäft. Langfristiges Ziel von Avacon ist es, die digitate Kompetenz und Arbeitsweise der Organisation zu erhöhen und zukunftsweisende, innovative und erfolgreiche Lösungen und Services für Kunden und Mitarbeiter zu entwickeln. Die in den Vorjahren begonnene Automatisierung von repetitiven Tätigkeiten durch digitate Prozessroboter wird konsequent fortgesetzt und unter dem Einsatz von Process Mining und einer umfassenden Orientierung an End-to-End-Prozessen zu einem ganzheitlichen Ansatz „Process Intelligence" zur Standardisierung und Automatisierung kompletter Prozessstränge weiterentwickelt.

Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises

Die vom Landkreis gehaltenen Aktien an der Avacon AG sind mit Wirkung vom 01.01.2005 in die Landkreis Hildesheim Holding GmbH eingelegt. Im Haushaltsjahr 2025 wurde für das Geschäftsjahr 2024 eine Dividende in Höhe von 571.110,22 € ausgezahlt. Für das Geschäftsjahr 2025 wird ebenfalls mit einer Dividendenzahlung gerechnet.

Bauverein Sarstedt eG

Gegenstand des Unternehmens und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Zweck der Genossenschaft ist die Förderung ihrer Mitglieder vorrangig durch eine gute, sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung. Dabei beschränkt sich der Bauverein Sarstedt nicht nur auf die Bereitstellung von Wohnraum sondern auch als Dienstleister, der für die Mieter und Mitglieder bei den praktischen Alltagsproblemen mit Rat und Tat zur Seite steht. Die Mitarbeiter vermitteln Kontakte zu sozialen Einrichtungen und Vereinen, sie helfen im Umgang mit Behörden und geben Tipps für Materialien und Schönheitsreparaturen durch die Mieter.

Die Genossenschaft kann Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen bewirtschaften, errichten, erwerben und betreuen. Sie kann alle Bereiche der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen. Hierzu gehören Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Räume für Gewerbebetriebe, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen. Beteiligungen sind zulässig

Beteiligungsverhältnisse

Das Geschäftsguthaben des Gemeinnützigen Bauvereins Sarstedt eG beträgt mit Stand 31.12.2021 = 694.660,00 €
Die Genossenschaft zählt zum Jahreswechsel 636 Mitglieder.

Der Landkreis Hildesheim ist mit fünf Geschäftsanteilen zu 470 €, somit 2.350 € an der Genossenschaft beteiligt. Das entspricht einem Beteiligungsverhältnis von 0,39 %.

Anteilsbesitz

Es bestehen keine Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Zusammensetzung der Organe

Vorstand

Er besteht aus mindestens zwei Personen. Sie müssen Mitglied der Genossenschaft sein.
Die Vorstandsmitglieder werden vom Aufsichtsrat auf die Dauer von fünf Jahren bestellt.

Aufsichtsrat

Er besteht aus mindestens drei Mitgliedern.
Die Mitglieder des Aufsichtsrates müssen persönlich Mitglied der Genossenschaft sein.
Die Aufsichtsratsmitglieder werden von der Mitgliederversammlung für drei Jahre gewählt.

Mitgliederversammlung

Die ordentliche Mitgliederversammlung findet spätestens bis zum 30. Juni jeden Jahres statt und wird in der Regel vom Vorsitzenden des Aufsichtsrates einberufen.

Der Landkreis Hildesheim ist in den Organen der Genossenschaft nicht vertreten.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Vermögens- Finanz und Ertragslage

Die Bilanzsumme zum 31.12.2024 hat sich um € 411.995,89 erhöht und beträgt demnach € 12.881.939,99. Die Genossenschaft schließt das Geschäftsjahr 2024 mit einem Jahresüberschuss von € 199.411,98 (Vorjahr: Jahresüberschuss: € 503.111,60) ab. Gemäß Beschluss von Vorstand und Aufsichtsrat wird der Jahresüberschuss wie folgt verwendet: Einstellung in die gesetzliche Rücklage von € 19.942,00 und in die Bauerneuerungsrücklage von € 89.735,00. Unter Berücksichtigung des Gewinnvortrags von € 34.217,83 verbleibt ein Bilanzgewinn von € 123.952,81 (Vorjahr: € 247.106,23 unter Berücksichtigung einer Einstellung in die gesetzliche Rücklage von € 50.311,00 und in die Bauerneuerungsrücklage von € 226.400,00 und des Gewinnvortrags von € 20.705,63). Das Eigenkapital der Genossenschaft beläuft sich auf € 5.922.898,52 und stellt einen Anteil von 46,0 % (Vorjahr: 46,1 %) am Gesamtkapital dar. Der Anteil der Dauerfinanzierungsmittel beträgt 48,6 % (Vorjahr: 47,9 %). Die Rentabilität der Genossenschaft wird primär durch die Ausgaben aus der Instandhaltung beeinflusst. Im Jahr 2024 beträgt die Eigenkapitalrentabilität 3,4 % (Vorjahr: 8,7 %). Die Vermögens- und Finanzlage der Genossenschaft Ist geordnet. Sämtliche Zahlungsverpflichtungen konnten im Geschäftsjahr 2024 zu jeder Zeit erfüllt werden. Die Entwicklung der Ertragslage der Genossenschaft wird weiterhin positiv beurteilt. Der Leerstand von vermietbaren Wohnungen hat sich im Jahresdurchschnitt für 2024 auf 0,21 % (Vorjahr: 0,33) verringert. Wir passen die Mieten im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen und der Satzung an. Rentabilität und Liquidität des Unternehmens waren zum 31. Dezember 2024 auch unter Berücksichtigung der Abwicklung begonnener sowie geplanter Modernisierungs-, und Instandhaltungsmaßnahmen jederzeit vorhanden. Für mögliche Risiken wurden ausreichende Rückstellungen gebildet.

Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises

Die auf den Anteil des Landkreises entfallende Dividende für das Jahr 2024 in Höhe von 39,56 € wurde im Haushaltsjahr 2025 von der Genossenschaft ausgezahlt.

Für das Geschäftsjahr 2025 wird mit einer Dividendenzahlung in gleicher Höhe gerechnet.

Niedersächsische Landgesellschaft mbH (NLG)

Gegenstand des Unternehmens und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die NLG wurde 1915 als gemeinnütziges Siedlungsunternehmen im Sinne des Reichssiedlungsgesetzes gegründet und führt seitdem ihre Aufgaben satzungsgemäß im Interesse der Ordnung und Entwicklung des ländlichen Raumes durch.

Dieses sind Maßnahmen der Siedlung, der Agrarstrukturverbesserung und der Landentwicklung, der Landbeschaffung oder sonstige gesetzlich zugewiesene Aufgaben.

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke.

Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 811.620,00€.

Der Landkreis Hildesheim ist mit 1.540,00 € beteiligt, was einem Beteiligungsverhältnis von 0,19 % entspricht.

Anteilsbesitz

Es bestehen keine Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Zusammensetzung der Organe

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht gemäß § 7 des Gesellschaftsvertrages aus höchstens 18 Mitgliedern

- Zwei vom Land Niedersachsen entsandte Mitglieder
- je 1 Vertreter des niedersächsischen. Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und des niedersächsischen. Ministeriums der Finanzen
- drei Vertreter der Arbeitnehmer
- Die übrigen Mitglieder des Aufsichtsrates werden durch die Gesellschafterversammlung gewählt.

Gesellschafterversammlung

Der Vorsitzende des Aufsichtsrates beruft die Gesellschafterversammlung ein und leitet sie.

Geschäftsführung

Die Gesellschaft wird gemäß § 10 des Gesellschaftsvertrages durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer zusammen mit einem Prokuristen vertreten.

Der derzeitigen Geschäftsführer sind Herr Tim Kettemann und Herr Christopher Toben

Der Landkreis Hildesheim ist in den Organen der Gesellschaft nicht vertreten.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Die Niedersächsische Landgesellschaft mbH (NLG) wurde am 19. Oktober 1915 als Siedlungsunternehmen im Sinne des Reichssiedlungsgesetzes (RSG) gegründet. Damals wie heute dient die NLG dank ihrer Organisationsform dazu, die staatlichen Verwaltungen bei der Umsetzung der Politik für die Landwirtschaft und die ländlichen Räume mit der Flexibilität und Handlungsfähigkeit einer Kapitalgesellschaft zu unterstützen. Die Geschäftstätigkeit zielt darauf ab, die Wirtschaftskraft und Lebensqualität in den ländlichen Räumen Niedersachsens zu erhöhen. Die NLG steht unter der Fachaufsicht des Niedersächsischen Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz sowie der Beteiligungsaufsicht des Niedersächsischen Finanzministeriums. Daher ist die NLG gehalten, ihre Tätigkeit entsprechend den politischen Vorgaben im öffentlichen Interesse durchzuführen - mit der für Wirtschaftsunternehmen und für Vollkaufleute grundsätzlich geltenden kaufmännischen Sorgfalt - und nach innen sozial ausgewogen.

Wirtschaftsbericht

Im Folgenden wird im Einzelnen auf die vier Fachbereiche eingegangen:

Fachbereich Flächenmanagement

Die gesamte in Niedersachsen gehandelte Fläche stieg in 2024 gegenüber dem Vorjahr wieder an. Der Fachbereich Flächenmanagement konnte für die NLG im abgelaufenen Wirtschaftsjahr 2024 mit einer überdurchschnittlichen Gesamtleistung von EUR 71,1 Mio. glänzen. Dabei wurden 1.105 Hektar landwirtschaftliche Fläche verkauft und 989 Hektar landwirtschaftliche Fläche gekauft, was einen Flächenabbau von 116 Hektar bedeutet. Auch für die kommenden Jahre wird mit einem moderaten Flächenabbau gerechnet, bevor wir mittelfristig auch wieder einen langsamen Flächenaufbau anstreben.

Fachbereich Baulandentwicklung

Das anhaltend schwache Marktumfeld der Baubranche prägte das Ergebnis der NLG in 2024 nachhaltig. Mit einem Umsatz von EUR 21,1 Mio. mussten wir mittlerweile einen Umsatzrückgang von rund 50% zu den umsatzstarken Jahren und 24 % zum Vorjahr verzeichnen. Die Bauplatzverkäufe verringerten sich auf 173 gegenüber 197 im Vorjahr. Die Herausforderungen steigender Zinsen, sinkender Kaufkraft, vorsichtiger Baukreditvergabe der Banken und gestiegener Baukosten haben sich damit substantiell bemerkbar gemacht. Mit 142 verkauften Bauplätzen konnte sich auch das Treuhandgeschäft dieser Entwicklung nicht entziehen, wobei die Entwicklung bei den Gewerbegebieten eine positivere Entwicklung genommen hat. Im abgelaufenen Geschäftsjahr konnte mit dem ersten Spatenstich im Baugebiet „Kastanienpark", der ehemaligen Freiherr-von-Fritsch-Kaserne in Hannover, das lang erwartete Großprojekt gestartet werden.

Fachbereich Agrar- und Spezialbau

Hohe Baukosten und Zinsen, restriktive Kreditvorgaben und unklare Gesetzes-vorhaben waren auch im Bereich des Agrar- und Spezialbaus Grund für den weiteren Rückgang unserer Bauleistung. Auch unter Einbeziehung unserer intensiven Begleitung des Neubaus des Friedrich-Löffler-Instituts belief sich der Umsatz auf EUR 6,7 Mio. (Vorjahr: EUR 7,3 Mio.).

Fachbereich Stadt- und Regionalentwicklung

Der Fachbereich konnte mit EUR 1,1 Mio. (Vorjahr: EUR 1,1 Mio.) Umsatzerlösen die gesteckten Ziele erreichen und seine Unternehmensbeiträge weiter stabilisieren.

Ertragslage

Aufgrund der angeschlagenen Baukonjunktur in der Bundesrepublik hat die NLG für 2024 die Umsatzplanung mit EUR 94,7 Mio. entgegen den Vorjahresergebnissen konservativ angesetzt. Trotz

der größtenteils erwarteten Rückgänge konnten wir in der zweiten Jahreshälfte insbesondere durch das Flächenmanagement das Jahr mit EUR 96,8 Mio. Umsatz über Plan abschließen. Der Jahresüberschuss liegt bei EUR 3,1 Mio. (Vorjahr: EUR 6,6 Mio.). Das geplante Jahresergebnis von EUR 3,2 Mio. konnte mit leichter Unterschreitung erreicht werden. Der Materialaufwand liegt bei EUR 74,0 Mio. (Vorjahr: EUR 84,7 Mio.). Die Agrarflächen konnten durchschnittlich für 51.911,52 EUR pro Hektar (Vorjahr 47.857,01 EUR pro Hektar) eingekauft werden. Die durchschnittliche Beschäftigtenzahl ist mit 263 Mitarbeitern (Vorjahr: 269) nach wie vor auf einem konstanten Niveau. Der Personalaufwand sank auf EUR 20,3 Mio. (Vorjahr: EUR 21,6 Mio.) trotz einer Tariferhöhung von brutto 200 EUR für Vollzeit-kräfte (anteilig für Teilzeitbeschäftigte) im November 2024.

Finanzlage

Zum Bilanzstichtag bestanden Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von EUR 242 Mio. (Vorjahr: EUR 225 Mio.). Das Kreditvolumen für Betriebsmittel wurde erhöht. Zur Finanzierung des Großprojektes „Kastanienpark" wurden projektbezogene Darlehen mit auf die Projektlaufzeit abgestimmten Laufzeiten abgeschlossen. Damit ist das Projekt durchfinanziert. Mit den Finanztransaktionen des abgelaufenen Geschäftsjahres beträgt das Verhältnis von Eigen- zu Fremdkapital 40 % (Vorjahr: 41 °A), was weiterhin die substanzielle Stärke der NLG unterstreicht.

Vermögenslage

Unsere Vorräte haben wir um 3% erhöht. Dies ist eine Folge von gestiegenen Flächenpreisen und zusätzlichen Investitionen in den Kastanienpark. Das treuhänderisch verwaltete Vermögen belief sich auf EUR 230 Mio. (Vorjahr: EUR 231 Mio.). Die Bilanzsumme der NLG hat sich aufgrund der Käufe, Verkäufe und Investitionen auf EUR 522 Mio. (Vorjahr: EUR 505 Mio.) erhöht. Trotz eines temporären Flächenabbaus bleibt ein perspektivisch leicht wachsender Flächenbestand nach wie vor ein zentrales Ziel der NLG.

Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Die deutsche Wirtschaft zeigt seit fast zwei Jahren der Rezession moderate Erholungstendenzen. Hohe Materialkosten und Fachkräftemangel bremsen in der Bau-branche jedoch weiter das Wachstum. Die Baulandentwicklung verzeichnet einen langsamen Fortschritt, da die Nachfrage nach Wohn- und Gewerbeflächen weiterhin hoch ist. Mittelfristig wird eine Stabilisierung erwartet, unterstützt durch nachhaltige Bauprojekte und Innovationen in der Bauweise. Dies hat weiterhin vor allem Auswirkung auf unseren wichtigen Fachbereich Bauland-entwicklung, hier halten wir unsere Planung weiterhin niedrig, aber leicht über Vorjahr. Der Druck auf die niedersächsischen Agrarflächen wird neben notwendigen Baulanderschließungen weiterhin durch erneuerbare Energien, Kompensationsmaßnahmen und Moorvernässungen hoch bleiben. Eine entsprechende Entwicklung wird die Position der NLG unterstützen. Wir gehen für 2025 von weiterhin stabilen, regional auch von moderat steigenden Preisen für landwirtschaftliche Flächen aus. Im Jahr 2025 planen wir im Bereich Flächenmanagement unseren Flächenumsatz zu reduzieren und mit einem leichten Bestandsabbau abzuschließen, was zu Umsatzerlösen von EUR 51,5 Mio. und einer Gesamtleistung von EUR 62,5 Mio. führen wird. Auch das Jahresergebnis wird auf konstant niedrigem Niveau erwartet. Hier planen wir ein Jahresüberschuss von EUR 3,1 Mio. Seit 2024 treibt die NLG erfolgreich die Sanierung des Geländes der ehemaligen Freiherr-von-Fritsch-Kaserne voran. Bereits für 2025 werden die ersten Umsatzerlöse aus dem Großprojekt erwartet und sind im Wirtschaftsplan inkludiert. Das schwierigere Marktumfeld im Bereich Baulandentwicklung wird unsere Liquiditätsposition weiterhin belasten, jedoch durch erfolgte Prozessanpassungen und optimierte Liquiditätssteuerung keine Auswirkungen in der Größenordnung der Vorjahre haben.

Fachbereich Flächenmanagement

Neben der erfolgten Tempoerhöhung bei Käufen und Verkäufen von Flächen bleibt der Fokus auf der zeitlich verbesserten Abstimmung in diesen Aktivitäten.

Fachbereich Baulandentwicklung

Die leichten Erholungstendenzen der Immobilienbranche lassen uns vorsichtig optimistisch mit leicht steigenden Umsatzerlösen planen. Das verhaltene Investitionsverhalten der letzten Jahre wird 2025 etwas optimistischer in die vorhandenen, hochwertigen Grundstücke gesteigert. Ebenso erwarten wir leicht steigende Verkäufe aus den bereits entwickelten Baugebieten.

Fachbereich Agrar- und Spezialbau

Hier sind wir durch unser Großprojekt Friedrich-Löffler-Institut nach wie vor gut ausgelastet. Fantasie fehlt uns für positive Impulse im landwirtschaftlichen Baubereich. Im Bereich Wohnungsbau spüren wir so wie der Markt eine allgemeine Zurückhaltung, die auch unsere Aktivitäten betrifft.

Fachbereich Stadt- und Regionalentwicklung

Eine weitere Ausweitung dieses weitgehend konjunkturunabhängigen Fachbereiches ist derzeit nicht zu erwarten. Der Fokus wird im Jahr 2025 auf der Realisierung weiterer Synergien und damit einer Steigerung der Profitabilität liegen.

Organisatorische Weiterentwicklung der NLG

Das Geschäftsjahr 2025 wird unter anderem von der Umsetzung der ESG-Richtlinien geprägt sein, deren endgültiger Umfang zum aktuellen Zeitpunkt noch nicht absehbar ist. Weitestgehend alle Bereiche werden in den Prozess der Datenerhebung einbezogen. Die weitere Digitalisierung unserer Hauptprozesse wird mit gutem Erfolg vorangetrieben. Mittelfristig planen wir das Werkzeug der Künstlichen Intelligenz für die NLG verfügbar zu machen. Dafür und für die täglichen fachlichen Anforderungen nehmen unsere Mitarbeitenden unverändert an internen und externen Fortbildungen teil.

Gute Unternehmensführung (Corporate Governance)

Unsere Hauptprozesse sind digital definiert in unserem elektronischen Organisationshandbuch Governance-Risk-Compliance- Management-System (GRC) und verfügen über entsprechende Kontrollpunkte bei kritischen Aspekten, die regelmäßig von unserer internen Revision überprüft werden. Die stetige Weiterentwicklung unserer GRC-Organisation und der damit verbundenen Abläufe ermöglichen eine umfassende Kontrolle unserer Organisation, wobei dieses System dadurch lebt, dass es allen Mitarbeitern präsent und verfügbar ist.

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2024

		2024	2023
1.	Umsatzerlöse	96.798.352,04	97.495.340,40
2.	Erhöhung oder Verminderung (—) des Bestands an unfertigen Erzeugnissen und Leistungen sowie gehaltenen Grundstücken	14.407.719,05	28.160.450,35
3.	Andere aktivierte Eigenleistungen	46.167,00	56.473,50
4.	Sonstige betriebliche Erträge	1.894.906,51	1.428.636,00
5.	Materialaufwand		
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	57.531.256,71	62.862.619,21
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	16.508.860,06	21.813.672,59
		74.040.116,77	84.676.291,80
6.	Personalaufwand		
	a) Löhne und Gehälter	16.287.891,85	17.571.223,47
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	4.051.883,90	4.101.083,32
	davon für Altersversorgung € 840.672,11		(898.420,16)
		20.339.775,75	21.672.306,79
7.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	3.123.863,78	4.238.003,98
8.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	8.290.735,72	6.411.936,00
9.	Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	17.760,58	2.677,84
10.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	486.550,84	309.078,20
	davon aus der Abzinsung von Rückstellungen € 40.458,62		(7.945,95)
11.	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	31.145,00	49.005,00
12.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3.125.506,30	3.091.294,06
	davon aus der Aufzinsung von Rückstellungen € 7.249,00		(148.338,66)
13.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	313,28	225,95
14.	Ergebnis nach Steuern	4.699.999,42	7.313.592,71
15.	Sonstige Steuern	1.560.332,16	702.473,75
16.	Jahresüberschuss	3.139.667,26	6.611.118,96
17.	Entnahmen aus der gebundenen Ausgleichsrücklage	461.383,85	49.005,00
18.	Einstellung in die gebundene Ausgleichsrücklage	752.079,65	124.601,18
19.	Bilanzgewinn	2.848.971,46	6.535.522,78

Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises

Seit dem Jahr 1997 gibt es keine Dividendenausschüttung mehr. Laut Gesellschaftsvertrag sind Dividendenzahlungen ausgeschlossen.

Hannoversche Informationstechnologien AöR (hannIT)

Gegenstand des Unternehmens und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Hannoversche Informationstechnologien (HannIT) wurden zum 1. Januar 2000 als Eigenbetrieb des Landkreises Hannover gegründet. Zum 1. Nov. 2001 ist der Eigenbetrieb auf die Region Hannover übergegangen.

Um das Unternehmen für die Zukünftig anstehenden Aufgaben noch besser aufzustellen u. auf Erfordernisse des Marktes flexibler und schneller reagieren zu können, wurde der Eigenbetrieb im Wege der Gesamtrechtsnachfolge zum 1. Juli 2011 in eine gemeinsame kommunale Anstalt des öffentlichen Rechts (AÖR) umgewandelt.

Gegenstand der Hannoverschen Informationstechnologien „HannIT“ in ihrer Form als Anstalt des öffentlichen Rechts (AÖR) ist es, öffentlichen Verwaltungen innovative und effektive Lösungen auf den Gebieten der GIS-Technologien, Kommunalen Anwendungen, Internetservices und Mobilitäts- und Planungsverfahren anzubieten und deren Prozesse in der Datenverarbeitung und der Informations- und Kommunikationstechnik zu optimieren.
Das Leistungsangebot umfasst dabei die Entwicklung, Programmierung, Bereitstellung und Pflege der Informations- und Kommunikationstechnik (IuK) sowie Datensicherung und Schulung der Mitarbeiter.

Die Trägerfunktion minimiert bestehende umsatzsteuerpflichtige Risiken. Daneben partizipiert der Landkreis mit seinen Umsatzteilen an positiven Geschäftsereignissen der Anstalt.

Beteiligungsverhältnisse

Träger der AöR im Jahr 2018 sind neben der Region Hannover noch weitere 32 Städte, Gemeinden und Landkreise. Das Stammkapital beträgt somit 57.600 €.

Landkreis Hildesheim ist mit einem Kapitalanteil von 1.000 € beteiligt.

Anteilsbesitz

Es besteht eine Beteiligung mit 25% an der CovConnect GmbH.

Zusammensetzung der Organe

Verwaltungsrat

Der Verwaltungsrat besteht aus den Hauptverwaltungsbeamtinnen oder Hauptverwaltungsbeamten der Anstaltsträger und, bis zu einer Gesamtstimmenzahl von 100 aus zwei Vertretern/innen der Beschäftigten mit Stimmrecht und vier Vertretern/innen der Beschäftigten ohne Stimmrecht, darüber hinaus aus drei Vertretern/innen der Beschäftigten mit Stimmrecht und drei Vertretern/innen der Beschäftigten ohne Stimmrecht. Die Anstaltsträger erhalten eine Stimme für jede angefangenen 100.000,00 € von der Anstalt abgenommene Leistung des Vorjahres. Die Feststellung erfolgt in der ersten Sitzung des Verwaltungsrats nach dem jeweiligen Jahresabschluss. Die Stimmenanzahl je Mitglied kann max. 50 betragen.

Der Vorsitz des Verwaltungsrates wechselt nach Ablauf von jeweils zwei Jahren und wird in der folgenden Reihenfolge wahrgenommen:

- der Hauptverwaltungsbeamte oder die Hauptverwaltungsbeamtin der Region Hannover,
- der Hauptverwaltungsbeamte oder die Hauptverwaltungsbeamtin der Landeshauptstadt Hannover,
- Ein aus dem Kreise der übrigen Träger gewählter Vertreter

Vorstand

Herr Holger Sdunnus ist alleiniger Vorstand der AöR.

IT-Arbeitskreis

Nach § 6 ist ein Arbeitskreis als ständiges Gremium eingerichtet, zu welchem jeder Träger einen Beschäftigten entsenden kann.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

hannIT schließt das Wirtschaftsjahr 2024 mit einem Jahresüberschuss in Höhe von T€ 649 ab. Im hoheitlichen Bereich wurde ein Verlust von T€ 70 erwirtschaftet; der BgA trägt mit einem Gewinn von T€ 719 zum Jahresergebnis bei. Insgesamt konnte der Umsatz gegenüber dem Vorjahr um 1,3 % von T€ 44.491 auf T€ 45.088 gesteigert werden. Im Wirtschaftsplan für das Jahr 2024 wurde ein negatives Jahresergebnis von T€ 550 ausgewiesen. Das über Plan liegende Jahresergebnis 2024 enthält positive Effekte aus höheren Umsatzerlösen (+596 T€). Das Geschäftsmodell der hannIT wird unverändert durch den Leistungsaustausch mit den Trägerkommunen widergespiegelt, deren Anteil bei 89,1 % (Vorjahr: 90,5 %) des Umsatzes liegt. Darin spiegelt sich das Geschäftsmodell der Anstalt, das eine klare Fokussierung auf die Un-terstützung der Trägerverwaltungen vorsieht. Der bei den Kommunen allgemein wachsende Bedarf an externer Unterstützung im Bereich der Informationstechnik wurde auch in 2024 erneut deutlich. Die Möglichkeit vergaberechtsfreier lnhouse-Geschäfte mit der hannIT, welche die Kernleistungen der erbrachten IT-Services ergänzt, stößt wegen der Entlastung der trägerinternen Vergabestellen nach wie vor auf großes Interesse. Die Voraussetzungen der in § 108 Abs. 4 GVVB normierten Möglichkeit einer öffentlich-öffentlichen Zusammenarbeit, auf welche die Vorschriften des öffentlichen Vergaberechts nicht angewendet werden, werden im Berichtsjahr unverändert erfüllt. Die Struktur der Kundenbeziehungen zeigt sich auch an dem hohen Umsatzanteil für laufende Verfahren, PC-Service und Telefonie (72,7 % nach 69,8 % im Vorjahr), die auf Grundlage langfristiger Verträge erbracht werden. Gemeinsam mit ihren Trägern, Kunden und Geschäftspartnern hat hannIT im Berichtsjahr eine Vielzahl von Projekten umgesetzt und erfolgreich zukunftsweisende Lösungen erarbeitet. Her-vorzuheben sind insbesondere:

· Der Umsetzungsstand der zusammen mit den Trägern beschlossenen Strategie wurde fortgeführt, die Foren „Strategie", „Service- und Produktportfolio und Projektmanagement haben stattgefunden, die Beratungsservices „Prozesswerkstatt" wurden initialisiert;

· Die OKR (Objectives and Key Results)-Methodik wurde bei hannIT weiter umgesetzt und mehr und mehr Mitarbeitende und Teams beteiligen sich an der Strategieumsetzung mittels OKR;

· Die weitere Stärkung der Cyber-Sicherheit wurde durch organisatorische und technische Maßnahmen weiter fortgesetzt;

· Die Erhöhung der Preistransparenz und damit verbundene Neukalkulation der Servicepreise sowie die Vorbereitung auf die Umsatzsteuerpflicht wurden abgeschlossen;

· Erfolgreiches Rezertifizierungsaudit zur BSI-Zertifizierung nach ISO 27001 im Dezember;

· Diverse Projekte zur Unterstützung der Digitalisierung der Kommunen mit weiteren Fachverfahren und Projekten, z.B. Einführung von Loga-Zeitwirschaft, von Modulen der VOIS (Verwalten, Organisieren, Integrieren, Systematisieren)-Produktfamilie; ;

· Die interkommunale Ausschreibung der Telekommunikationsdienstleistungen im Festnetz konnte vorbehaltlich der rechtlichen Prüfung abgeschlossen werden.

Trotz der Vielzahl von umgesetzten Projekten, war auch das Jahr 2024 für uns, wie für die gesamte Wirtschaft und Gesellschaft, weiterhin geprägt von nachhaltigen Veränderungen. Das Geschäft der hannIT war wesentlich durch die allgemeine Preissteigerung beeinflusst. Des Weiteren kam es wieder zu Lieferverzögerungen bei Hardware aller Art; weiterhin bedingt der Fachkräftemangel bei Dienstleistern ebenfalls teils lange Vorlaufzeiten und Verzögerungen in Projekten.

Wirtschaftliche Verhältnisse

1. Investitionen

Die Gesamtinvestitionen von T€ 3.629 (Vorjahr: T€ 2.893) enthalten die für das operative Kerngeschäft der AöR notwendigen Beschaffungen von Soft- und Hardware.

	Investitionen 2024 T€	Investitionen 2023 T€	Veränderung T€
Immaterielle Vermögensgegenstände	550	1.118	-568
Sachanlagen	3.076	1.775	+1.301
Finanzanlagen	4	0	+4
	3.625	2.893	+732

Die Abschreibungen betragen T€ 3.482 (Vorjahr: T€ 3.678); auf den BgA entfallen T€ 132 (Vorjahr: T€ 87). Der Buchwert des Anlagevermögens zum 31. Dezember 2024 beträgt insgesamt T€ 7.204 (Vorjahr: T€ 7.065); davon entfallen T€ 410 (Vorjahr: T€ 475) auf den BgA. Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme beträgt damit 42,0% (Vorjahr: 44,0%). Das Anlagevermögen wurde zum Jahresende durch Eigenkapital vor Ergebnisverwendung überdeckt (Anlagendeckungsgrad 136,8 %).

2. Liquidität

Die Liquiditätsplanung wird anhand der Wirtschaftsplanung erstellt. Hierbei wird sichergestellt, dass für größere Investitionen die erforderlichen Mittel verfügbar sind bzw. die Kreditlinie aus-reichend ist. Ab Mai 2024 bestand eine Kreditlinie von 3 Mio.€ (vorher 2 Mio.€) bei der Sparkasse Hannover. Über die unterjährige Liquidität wird in einem vierzehntägigen 10-Wochen-Forecast an den Vorstand berichtet. Die tägliche Liquidität erfolgt durch eine abgestimmte Disposition i.V.m. einem Forderungsmanagement.

3. Bedeutsame Leistungsindikatoren

hannIT berichtet an den Verwaltungsrat quartalsweise zur geschäftlichen Entwicklung. Die wesentlichen für die interne Unternehmenssteuerung verwendeten finanziellen Leistungsindikatoren sind die Umsatzerlöse (Pkt. 6) und die damit verbundenen Materialaufwendungen (Pkt.7). Nichtfinanzielle Indikatoren, die von hannIT verwendet werden, sind für das Verständnis des Geschäftsverlauf und der Lage der hannIT nicht bedeutsam.

4. Entwicklung des Eigenkapitals

Die Eigenkapitalentwicklung wird im Detail im Anhang dargestellt.

Der Verwaltungsrat hat nach seiner Sitzung vom 27. Juni 2024 beschlossen, den Jahresüber-schuss 2023 von T€ 2.371.546 in voller Höhe auf neue Rechnung vorzutragen. Die Bilanzsumme zum 31. Dezember 2024 beläuft sich auf T€ 17.150 (Vorjahr: T€ 16.057). Die Eigenkapitalquote vor Ergebnisverwendung hat sich gegenüber dem Vorjahr um 0,1 Prozentpunkt auf 57,5 % erhöht.

5. Entwicklung der Rückstellungen

Die Entwicklung der sonstigen Rückstellungen ist maßgeblich geprägt durch Überstunden von T€ 797 (Vorjahr: T€ 630) und Resturlaub von T€ 244 (Vorjahr: T€ 231) sowie Leistungsentgelt nach § 18 TVöD von T€ 145 (Vorjahr: T€ 135).

6. Entwicklung der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sind mit T€ 4.275 stichtagsbezogen höher als im Vorjahr ausgefallen (+T€ 3.413).

7. Umsatzerlöse und sonstige betriebliche Erträge

Die Umsatzerlöse werden durch das Trägergeschäft bestimmt. Die Umsatzerlöse konnten auf TE 45.088 (Vorjahr: 44.491 T€) bzw. um +1,3% gesteigert werden. Zu diesem Anstieg trugen die Dienstleistungen in Höhe von T€ 34.672 (Vorjahr: T€ 32.286) bzw. +7,4% bei. Auch die Erlöse aus Telefonie entwickelten sich positiv auf T€ 2.261 (Vorjahr: T€ 2.239). Dagegen waren die Erlöse aus Datenleitung mit T€ 1.372 (Vorjahr: T€ 1.522) sowie der Verkauf von Hard-und Software von T€ 6.542 (Vorjahr: T€ 8.423) bzw. — 22,3% leicht rückläufig. Die sonstigen betrieblichen Erträge sind auf T€ 168 (Vorjahr: T€125) angestiegen.

8. Materialaufwand

Der Materialaufwand bleibt bei T€ 19.699 (Vorjahr: T€ 19.762) vornehmlich durch Aufwendungen für den Einkauf, die Pflege und Wartung von Soft- und Hardware von insgesamt T€ 13.899 (Vorjahr: T€ 12.559). Die Aufwendungen für Telefonie und Datenleitungsservice von zusammen T€ 2.428 sind im Vergleich zum Vorjahr (T€ 2.604) leicht gesunken.

9. Sonstiger betrieblicher Aufwand

Der sonstige betriebliche Aufwand beträgt T€ 5.546 (Vorjahr: T€ 5.053). Dieser Anstieg resultiert vor allem aus dem allgemeinen Preisanstieg sowie der vermehrten Inanspruchnahme von Fremdleistungen (ANÜ). Die wesentlichen Posten sind Mietaufwendungen von T€ 1.463 (Vorjahr: T€ 1.527), Aufwendungen für Fremdleistungen in Höhe von T€ 860 (Vorjahr: T€ 520), Aufwendungen für Beamte in Höhe von T€ 748 (Vorjahr T€ 756), Büro- und Verwaltungskosten von T€ 309 (Vorjahr: T€ 288), Fortbildungskosten von T€ 378 (Vorjahr: T€ 260) sowie Aufwendungen für Beratungs- und Prüfungsleistungen von insgesamt T€ 154 (Vorjahr: T€ 299).

10. Personalbereich

Im durchschnittlichen Personalbestand ist mit insgesamt 214 Mitarbeitenden gegenüber dem Vorjahr (201 Mitarbeitende) eine Steigerung zu verzeichnen. Die Personalaufwendungen von T€ 15.403 (T€ 13.361) enthalten das aufgrund des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst (TVöD) gezahlte Entgelt für die Beschäftigten in Höhe von T€ 12.036 (Vorjahr: T€ 10.486) und die Zuführung personalbezogener Rückstellungen von insgesamt T€ 219 (Vorjahr Zuführung: T€ 75). An Sozialabgaben fielen für die Tarifbeschäftigten T€ 2.414 (Vorjahr: T€ 2.072) an. Zudem wurden T€ 952 (Vorjahr: T€ 803) an die Zusatzversorgungskasse entrichtet. Gegenüber dem Vorjahr hat sich der

Personalaufwand um insgesamt 15,2 % erhöht. Für das Wirtschaftsjahr 2025 wurden die tariflichen Entgelt- und Besoldungserhöhungen für die Beschäftigten der hannIT eingeplant.

Risiko- Chancen- und Prognosebericht

Durch die breit gefächerte, vornehmlich hoheitlich geprägte Geschäftstätigkeit der hannIT ergeben sich verschiedene Risiken. Die zielorientierte Steuerung dieser Risiken, insbesondere der elementaren Risiken, ist eine grundlegende Voraussetzung für die zuverlässige Aufgabenerfüllung und für den langfristigen Erfolg der AöR. Das betriebliche IT-Risikomanagement berücksichtigt daher wechselseitige Abhängigkeiten zwischen Prozessen und Unternehmensbereichen sowie Auswirkungen bei Ausfällen von Pro-zessen, die Kritikalität jedes Prozesses für das Gesamtunternehmen und die benötigten Wie-deranlaufzeiten. Um eine ganzheitliche Sicht auf die Bearbeitung der Risiken im Bereich der Informationssicherheit effektiv umzusetzen und durch ein umfassendes Informationssicher-heitsmanagementsystem (ISMS) mit den dazugehörigen Richtlinien, Maßnahmen, Prozessen und Werkzeugen alle Aspekte auf gleichermaßen hohem Niveau zu bearbeiten, ist im Berichtsjahr das das Rezertifizierungsaudit nach ISO 27001 auf der Grundlage von IT-Grundschutz erfolgreich absolviert worden. Die effektive satzungsgemäße Aufgabenerfüllung der AöR ist mit einem beträchtlichen Einsatz personeller Ressourcen verbunden. Es ist daher für hannIT weiterhin erforderlich, in die unternehmensspezifische Ausbildung zu investieren und die Karriere qualifizierter Nachwuchskräfte individuell und perspektivisch zu fördern. Im Berichtsjahr ist diesem Umstand insbesondere durch die erneute Durchführung des Führungskräfte-Entwicklungsprogramm KC Up sowie das Angebot von lnhouse-Schulungen im Bereich Kommunikation und Zed-und Selbstmanagement Rechnung getragen worden. Damit verbunden ist die Erwartung einer besseren Förderung und Entwicklung von Mitarbeitenden im Unternehmen. Weiter wurde im Rahmen der Strategieentwicklung die Definition von Entwicklungspfaden für eine Fachkarriere angestoßen. Zudem gilt es weiterhin, Fach- und Führungskräfte nachhaltig an das Unternehmen zu binden und die Attraktivität der hannIT als Arbeitgeber zu stärken. Zur Minimierung von Forderungsausfällen und Überwachung der vornehmlich periodisch wie-derkehrenden Einnahmen verfügt hannIT über ein etabliertes Debitorenmanagement. Ein wichtiges Ziel ist es, eine Mindestliquidität sicherzustellen, um die Zahlungsfähigkeit der AöR stets zu gewährleisten. Die Entwicklung des Debitorenmanagements wird kontinuierlich weiterverfolgt. Im Bedarfsfall kann eine bestehende Kreditlinie in Anspruch genommen werden. Nachdem in den letzten Jahren insbesondere eine anhaltende Inflation und damit ein gestiegenes Preisniveau, sowie ein stetig erhöhtes Risiko von Cyberangriffen in die Risikobetrachtung der hannIT eingegangen sind, kommen für das Jahr 2025 geopolitische Spannungen und insbesondere die Gefahr von Handelskriegen hinzu.
Für das Jahr 2025 ist insbesondere mit den folgenden Effekten zu rechnen:

· Die aktuellen Bewegungen in der weltweiten Zoll- und Handelspolitik können Lieferketten stören für die hannIT zu Verzögerungen und höhere Kosten bei der Beschaffung von Hardware führen. Eine Kompensation dieser Risiken z.B. durch veränderte Beschaffungsstrategien ist wegen Verpflichtungen durch erfolgte Ausschreibungen kaum möglich. Ein Wechsel zu lokalen Herstellern benötigt zeitlichen Vorlauf und schränkt das Angebot erheblich ein.

· hannIT hat also weiterhin mit insgesamt erhöhten Kosten zu rechnen, die Preisanpas-sungen auch zukünftig erforderlich machen. hannIT hat auch weiterhin mit längeren Liefer- und Wartezeiten für die Lieferung von Hardware-Komponenten sowie für die Durchführung von Dienstleistungen durch externe Dienstleister zu rechnen. Zudem wird die Verlässlichkeit der Aussagen von Lieferanten zu Lieferfristen weiter niedrig bleiben und insbesondere spezialisierte Dienstleistungen werden nur in Ausnahmefällen kurzfristig zur Verfügung stehen.

· Hinsichtlich der Bedrohung durch Cyberangriffe, die im Zusammenhang mit der welt-politischen Lage stehen, ist hannIT seit Beginn der Invasion Russlands in die Ukraine in erhöhter Bereitschaft. Die Empfehlungen des BSI in dieser Hinsicht werden zusätzlich zu einer eigenen, engmaschigen Überprüfung befolgt. Maßnahmen zur Beobachtung und Härtung der eigenen Systeme gegen Cyberangriffe sind regelmäßig in Umsetzung. Des Weiteren wird die vom BSI empfohlene Stabstelle „Business Continuity Management" eingerichtet.

· IT-Fachkräfte sind im Arbeitsmarkt weiterhin knapp, so dass weiterhin eine leicht erhöhte Fluktuation bei hannIT zu erwarten ist, weitere Maßnahmen zur Personalbindung und Personalentwicklung sowie gezielte Aktivitäten zur Rekrutierung von Personal sind notwendig. Auf der anderen Seite ist der Effekt der Krise insb. in der Automobilindustrie dadurch zu spüren, dass die Bewerbendenzahl insgesamt steigt.

Entwicklungsbeeinträchtigende und bestandsgefährdende Risiken werden für den Betrieb derzeit nicht gesehen.

Für das Jahr 2025 stehen folgende Herausforderungen für die hannIT auf der Agenda, die in der Planung für das Jahr Berücksichtigung gefunden haben:

· Weiterführung der strategischen Entwicklung des Serviceportfolios sowie der IT-Servicemanagement-Struktur

o Mit steigender Größe der hannIT wird eine Restrukturierung der Servicemanagementprozesse zur Erhöhung der Effizienz in der Leistungserbringung notwendig. Dazu werden insbesondere in Geschäftsbereich Technik und System die Leistungen, Prozesse und Module komplett neu aufgeteilt werden. Des Weiteren wird ein zentraler Service Desk als neue Organisationseinheit vorbereitet, die Einführung eines neuen ITSM-Tools ist ebenso notwendig.

· Weitere Stärkung der Cyber-Sicherheit (technische und organisatorische Maß-nahmen)

o Eine zunehmende Bedrohung durch Cyberangriffe erfordert fortgesetzte Anstrengungen und Investitionen in die Aushärtung der IT-Sicherheitssysteme ebenso wie organisatorische Maßnahmen wie Sensibilisierungskampagnen. Die stetige Aktualisierung und Erweiterung aller Sicherheitssysteme und -maß-nahmen wird weiterhin vermehrte Ressourcen beanspruchen. Aufgrund der Verbindungen der Systeme zwischen hannIT und Trägern sind weitere gemeinsame Anstrengungen zur Einhaltung von Mindest-Sicherheitsstandards von allen erforderlich.

· Vermehrte Nutzung von Cloud-Anwendungen - FinOps

o Die vermehrte Nutzung von Cloud-Anwendungen (z.B. M365) erfordert eine an-gepasste Überwachung der Kosten und Liquiditätsplanung, um eine effiziente und kontrollierte Nutzung von Clouddiensten sicherzustellen. ·Kostensteigerung durch Personalaufbau um 23 Stellen und Gehaltssteigerung um 2,8%

o Die geplanten Einstellungen betreffen die Serviceerbringung zur Erfüllung zusätzlicher Nachfrage, den Aufbau eines zentralen Produktmanagement sowie die stetige Weiterentwicklung der IT-Sicherheit.

· Umsetzung des § 2b UStG

o Seit dem 01.01.2025 unterliegt hannIT der Umsatzsteuer, die dazu angepassten Prozesse müssen sich bewähren

Die Auswirkungen des Onlinezugangsgesetzes (OZG), des Digitalisierungsprogramms des IT-Planungsrats und des Niedersächsischen Gesetzes über digitale Verwaltung und Informationssicherheit (NDIG) sowie ggf. anstehender weiterer Gesetzgebung auf Bundesebene durch die neue Bundesregierung für das Geschäftsmodell der kommunalen Datenzentralen sind weiterhin noch nicht umfassend absehbar. Sollten sich aus den weiteren Konkretisierungen Empfehlungen oder Vorgaben für bestimmte Fachverfahren oder deren Betreiber ergeben oder die technischen oder sonstigen Anforderungen für den Betrieb für hannIT nicht umsetzbar sein, so könnten sich daraus für hannIT Sonderabschreibungen, zusätzliche Migrationsaufwände oder der Verlust von Umsatzanteilen ergeben. Andererseits ist auch Neugeschäft im Bereich des E-Governments vorstellbar, wenn ein Betrieb durch hannIT technisch möglich und zulässig ist, sowie ausreichende Kapazitäten bestehen. Aus der weiteren Digitalisierung der öffentlichen Hand im Rahmen des Onlinezugangsgesetzes und der generellen Bewegung in Richtung digitalisierter Abläufe in den Verwaltungen der öffentlichen Hand ergeben sich Chancen, das hannIT Portfolio und den Kreis der Kunden weiterzuentwickeln. So wurden weitere Anfragen zur Trägerschaft aus der größeren geografischen Entfernung mit Verweis auf den regionalen Aspekt zunächst aufgeschoben. Weiteres, großes Potenzial besteht bei den zahlreichen Kommunen, die noch ohne zentralen IT-Dienstleister arbeiten. Diese überdenken diesen Ansatz vor dem Hintergrund zunehmend komplexer Systeme, hoher Anforderungen an die IT Sicherheit und den zunehmenden Schwierigkeiten, eigene Ressourcen aufzubauen. Solchen Kommunen bietet die hannIT mit ihrem Portfolio und der hervorragenden

Rechenzentrumsinfrastruktur ein attraktives Angebot, das über eine Besetzung von Stellen im Customer Management mit Schwerpunkt Vertrieb dann auch aktiv akquiriert wird.
Im September 2022 wurde in einem Strategieworkshop mit den Trägern die Strategie „hannIT 2030 — Q3" beschlossen. Die Träger haben ihre Anforderungen an die hannIT formuliert und sich darauf verständigt, gemeinsam mit hannIT die IT-Strategien mittelfristig zu synchronisieren. Es wurden drei sog. Strategische Pfade („Q1 — Q3") festgelegt, die zunächst bis 2025 zu konkret vereinbarten Ergebnissen führen sollen:

- 01: Das Produkt- und Serviceportfolio der hannIT wird in kontinuierlicher Abstimmung mit den Trägern fortwährend überprüft und optimiert
- 02: hannIT bietet den Trägern nachhaltige Mehrwerte durch bedarfsgerechte Kommunikation und ganzheitliche Beratungsqualität - Q3: Das hannIT Leitbild, die internen Strukturen, die Ressourcen und die Prozesse sind konsequent auf die vollständige Erfüllung der zugesicherten Leistungen, auf Wirtschaftlichkeit und die Erfordernisse des Serviceportfolios ausgerichtet

Wie oben bereits angerissen, wird die zukünftige Entwicklung der hannIT AöR— wie in der gesamten IT-Branche und insbesondere in der Verwaltungs-IT-Branche — dominiert von

· technologischen Trends wie dem Cloudcomputing oder dem Einsatz von KI
· der sich beschleunigenden digitalen Transformation von Kommunalverwaltungen
· der Abwehr von Cyber-Risiken
· der Begegnung des demografischen Wandels mit steigender Digitalisierung
· dem kostenoptimierten Einsatz von allen technischen und personellen Ressourcen.

Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass diese Herausforderungen nicht auf einzelne IT-Dienstleister wie hannIT beschränkt sind und gleichzeitig in ihrer Tragweite und Umfang so groß sind, dass sie einzelne Dienstleister vor sehr große Herausforderungen stellen, haben sich die vier IT Dienstleister in Niedersachsen im Laufe des Jahres 2023 zusammengefunden, um den genannten Herausforderungen durch mögliche Synergieeffekte einer intensiveren Zusammenarbeit zu begegnen. Unter dem Kürzel „Komm2IT" wurde die Zusammenarbeit im Jahr 2024 verstetigt. Nach Abwägung der Chancen und Risiken geht der Vorstand weiterhin von einer positiven Fortführung des Unternehmens aus. Die hannIT betrachtet sich in strategischer, organisatorischer, fachlicher und wirtschaftlicher Hinsicht am Markt gut positioniert. Auch im Kontext der Komm2IT plant die hannIT eine wichtige und tragende Rolle zu spielen. Der vom Verwaltungsrat beschlossene Wirtschaftsplan 2025 beruht auf der Umstellung auf die Umsatzsteuerpflicht der hannIT und der damit verbundenen Neukalkulation aller Servicepreise und weist bei stabilen Erlösen (44,1 Mio.€) und aufgrund des Vorsteuereffekts geringeren Ma-terialkosten (15.4, Mio.€) sowie einen durch Personalaufbau erhöhten Gesamtaufwand (43,5 Mio.€) ein positives Jahresergebnis (0,65 Mio.€) aus. Die Prognose auf Basis des ersten Quartals liegt für Umsatzerlöse, Materialaufwendungen und sonstige betriebliche Aufwendungen auf dem geplanten Niveau, die Personalkosten liegen leicht unter Plan. Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wird unter den zum Abschlusszeitpunkt erkennbaren Rahmenbedingungen stabil bleiben. Durch zusätzliche Beauftragungen und damit verbundene steigende Umsatzerlöse sind in den Folgejahren positive Jahresergebnisse zu erwarten.

Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises

Die Zahlung einer Verlustabdeckung ist im Haushaltsjahr 2026 nicht vorgesehen.

Windenergie Koppelberg Verwaltungs-GmbH

Gegenstand des Unternehmens und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb und die Verwaltung von Beteiligungen sowie die Übernahme der persönlichen Haftung, insbesondere die Beteiligung als persönlich haftende geschäftsführende Gesellschafterin an der Windenergie Koppelberg GmbH & Co. KG, die Planung und Entwicklung des Windkraftstandortes Koppelberg, 31162 Heinde, die Errichtung und den Betrieb von Anlagen zur Erzeugung regenerativer Energien, insbesondere Windenergieanlagen, sowie den Absatz der gewonnenen Energie in Form von Strom und/oder Wärme, die Errichtung und den Betrieb von Biogasanlagen sowie die Erzeugung und Veräußerung von umweltfreundlich erzeugter Energie.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die dem Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind. Sie kann Zweigniederlassungen errichten und sich an gleichen oder ähnlichen Unternehmen – auch als Komplementärin – beteiligen

Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25.050 €.
Am Stammkapital beteiligt sind jeweils zu 33,33 % (= 8.350 €) Herr Nikolaus Graf von Kielmansegg und die Stadtwerke Bad Salzdetfurth GmbH. Zu jeweils 16,66 % (= 4.175 €) sind die Überlandwerke Leinetal GmbH und die Landkreis Hildesheim Holding GmbH am Stammkapital beteiligt.

Zusammensetzung der Organe

Gesellschafterbeschlüsse

Die Gesellschafterbeschlüsse werden gemäß § 8 des Gesellschaftsvertrages mit einer Mehrheit von ¾ der abgegebenen Stimmen gefasst.

Die Landkreis Hildesheim Holding GmbH wird in der Gesellschafterversammlung der Windenergie Koppelberg Verwaltungs- GmbH durch Frau Kreisamtsrätin Kerstin Zingler vertreten. Im Verhinderungsfall erfolgt die Vertretung durch Frau Kreisverwaltungsrätin Christina Grella.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Diese Gesellschaft verfügt über kein nennenswertes operatives Geschäft; sie ist vielmehr als Komplementärin für die Windenergie Koppelberg GmbH & Co. KG tätig. Hierfür stehen ihr ein entsprechender Auslagenersatz sowie die Haftungsvergütung von 5 % auf das eingezahlte Stammkapital zu.

Die Gesellschaft schließt das Jahr 2024 mit einem Jahresüberschuss von 254,32 € (Vorjahr:203,62 €) ab.

Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises

Durch die Beteiligung der Landkreis Hildesheim Holding GmbH ergeben sich keine unmittelbaren Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises Hildesheim.

Windenergie Koppelberg GmbH & Co. KG

Gegenstand des Unternehmens und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Zweck der Gesellschaft ist die Planung und Entwicklung des Windkraftstandortes Koppelberg, 31162 Heinde, die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung regenerativer Energien, insbesondere Windenergieanlagen, sowie der Absatz der gewonnenen Energie in Form von Strom und/oder Wärme.
Die Gesellschaft ist zu allen Handlungen berechtigt, die unmittelbar oder mittelbar diesem Gesellschaftszweck zu dienen geeignet sind. Sie kann Zweigniederlassungen errichten und sich an gleichen oder ähnlichen Unternehmen beteiligen.

Beteiligungsverhältnisse

Das Kommanditkapital der Gesellschaft beträgt 750.000 €.
Komplementärin ist die Windenergie Koppelberg Verwaltungs GmbH. Sie erbringt keine Einlage und hat keinen Kapitalanteil.

Kommanditisten sind

Herr Nikolaus Graf von Kielmansegg	250.000 €	33,33 %
die Stadtwerke Bad Salzdetfurth	250.000 €	33,33 %
die Überlandwerk Leinetal GmbH	125.000 €	16,66 %
die Landkreis Hildesheim Holding GmbH	125.000 €	16,66 %

Anteilsbesitz

Es besteht keine Beteiligung an anderen Unternehmen.

Zusammensetzung der Organe

Gesellschafterversammlung

Die Aufgaben der Gesellschafterversammlung sind in § 9 des Gesellschaftsvertrages festgelegt.

Die Landkreis Hildesheim Holding GmbH wird in der Gesellschafterversammlung der Windenergie Koppelberg GmbH & Co. KG durch Frau Kreisamtsrätin Kerstin Zingler, im Verhinderungsfall durch Frau Kreisverwaltungsrätin Christina Grella vertreten.

Geschäftsführung

Gemäß § 6 (1) des Gesellschaftsvertrages ist die Komplementärin zur Geschäftsführung und Vertretung berechtigt und verpflichtet.

Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse ergeben sich aus der Stromeinspeisung nach dem Emeuerbaren-Energie-Gesetz sowie aus der Direktvermarktung des erzeugten Stroms. Im Berichtsjahr wurden 14.212.426 kWh erzeugt (i. Vj.: 13.142.712 kWh). Die vergütete Menge aus Abregelungen des Direktvermarkters beliefen sich auf 0 kWh (i. Vj.: 0 kWh). Die Steigerung bei der Erzeugung erklären die im Vergleich zum Vorjahr höheren Umsatzerlöse.
Die nachfolgende Darstellung gibt eine Übersicht über die bisherige Entwicklung der Erzeugung der Windkraftanlagen.

Jahr	erzeugte	abgeregelte
2014 *	2.624.240	Mengen
2015	15.015.680	0
2016	12.644.960	0
2017	14.821.040	0
2018	13.133.608	0
2019	14.997.492	97.290
2020	14.565.008	138.354
2021	10.881.520	150.408
2022	13.560.491	0
2023	13.142.712	0
2024	14.212.426	0 -

** Rumpfjahr, da Inbetriebnahme erst Mitte November*

Im Juli 2023 ist die PV-Anlage an der Triftstraße in Detfurth als Volleinspeisung in Betrieb genommen worden. Die Erzeugung von 93.835 (i. Vj. 28.944 kWh) stellt einen weiteren Teil der Umsatzerlöse dar. Die sonstigen betrieblichen Erträge ergeben sich vor allem aus einer Schadensersatzforderung aufgrund der technischen Verfügbarkeit gegenüber Vestas.

Materialaufwand

Der Materialaufwand beinhaltet den Eigenstromverbrauch der Windkraftanlagen und die Direktvermarktungsentgelte.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind u. a. Pachten in Höhe von TEUR 84 (i. Vj. TEUR 81), Wartungskosten in Höhe von TEUR 238 (i. Vj. TEUR 207), Zuführungen zur Rückbaurück-stellung über TEUR 38 (i. Vj. TEUR 27), periodenfremde Aufwendungen in Höhe von TEUR 32 (i. Vj. TEUR 1) sowie Kosten der Geschäfts- und Betriebsführung in Höhe von TEUR 37 (i. Vj. TEUR 31) enthalten.

Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

Aus der Abzinsung von Rückstellungen ergeben sich Zinserträge in Höhe von TEUR 1 (i. Vj. TEUR 0). Zinsen und ähnliche Aufwendungen. Aus der Aufzinsung von Rückstellungen ergeben sich Zinsaufwendungen in Höhe von TEUR 9 (i. Vj. TEUR 0).

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Sonstige finanzielle Verpflichtungen bestehen aus Pachtverpflichtungen in Höhe von TEUR 3.141 (davon betreffen TEUR 146 das Jahr 2025) und Wartungsverträgen in Höhe von TEUR 2.770 (davon betreffen TEUR 254 das Jahr 2025). Die Höhen der Pachten und Wartungen sind zum Teil abhängig von der produzierten Strommenge und können daher tatsächlich höher ausfallen. Weiterhin ist der

Kaufpreis für die sich in Bau befindliche dritte Windkraftanlage zum 31.12.2024 nur teilweise gezahlt. Hier besteht die Verpflichtung zur Zahlung des Restkaufpreises in Höhe von TEUR 2.233 in 2025.

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2024

	2024 EUR	2023 EUR
1. Umsatzerlöse	1 278.315,35	1.167.033,85
2. Sonstige betriebliche Erträge	63.131,64	265.890,74
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hills- und Betriebsstoffe	18.023,46	18 801,47
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	53.315,24	326,41
4. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	613.836,00	610.834,00
5. Sonstige betriebliche Aufwendungen	496.062,58	381 080,29
6. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	7.705,40	6 019,20
7 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	217.932,48	166 673,75
8. Ergebnis vor Steuern	-50.017,37	261 227,87
9. Steuern vom Ertrag	2.384,26	44.113,59
10. Ergebnis nach Steuern = Jahresüberschuss	-52.401,63	217.114,28
11. Gutschrift auf Verbindlichkeitenkonten	0,00	0,00
12. Gutschrift auf Kapitalkonten	52 401,63	-217.114.28
13. Ergebnis nach Verwendungsrechnung	0,00	0.00

Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises

Durch die Auslagerung des Kommanditanteils auf die Landkreis Hildesheim Holding GmbH ergeben sich keine unmittelbaren Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises Hildesheim.

Bürgerwindrad Evensen GmbH & Co. KG

Gegenstand des Unternehmens und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Zweck der Gesellschaft ist der Betrieb eines Bürgerwindrades in Evensen zur Erzeugung regenerativer Energien, durch Windenergieanlagen, sowie der Absatz der gewonnenen Energie in Form von Strom und/oder Wärme.
Die Gesellschaft ist zu allen Handlungen berechtigt, die unmittelbar oder mittelbar diesem Gesellschaftszweck zu dienen geeignet sind. Sie kann Zweigniederlassungen errichten und sich an gleichen oder ähnlichen Unternehmen beteiligen.

Beteiligungsverhältnisse

Persönlich haftende Gesellschafterin ist die HG ENERGIE CONSULT GmbH, Kirchlinteln (Komplementärin). Die Landkreis Hildesheim Holding GmbH ist Vertragspartner der HG ENERGIE CONSULT GmbH als stiller Gesellschafter mit einer Einlage in Höhe von 75.000 € und ist somit am Ergebnis, Vermögen, den stillen Reserven und dem Geschäfts- und Firmenwert der Gesellschaft beteiligt.

Anteilsbesitz

Es besteht keine Beteiligung an anderen Unternehmen.

Zusammensetzung der Organe

Der Landkreis Hildesheim Holding GmbH stehen die Informations- und Kontrollrechte gemäß den Vorschriften der §§ 716 BGB, 233 HGB zu und sie ist berechtigt, diese Informations- und Kontrollrechte durch einen Wirtschaftsprüfer vornehmen zu lassen.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Das Geschäftsjahr 2024 schließt die BWR Evensen GmbH & Co. KG mit einem Ergebnis nach Steuern in Höhe von 79.732,51 € (Vorjahr 165.483,14 €) ab.

Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises

Durch die Beteiligung der Landkreis Hildesheim Holding GmbH ergeben sich keine unmittelbaren Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises Hildesheim.

GKHI Gesellschaft für kommunale Immobilien mit beschränkter Haftung

Gegenstand des Unternehmens und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die GKHI Gesellschaft für kommunale Immobilien mbH wurde mit Abschluss des Gesellschaftsvertrages vom 07.07.2011 von den Städten Bad Salzdetfurth, Elze und Sarstedt sowie den Gemeinden Diekholzen und Giesen gegründet. Gemäß Beschluss der Gesellschafterversammlung und notarieller Beurkundung vom 25. Mai 2016 wurden die Gemeinden Holle und Schellerten, sowie am 18.12.2018 die Gemeinde Harsum als weitere Gesellschafter der GKHI aufgenommen. Der Landkreis Hildesheim wurde gemäß Beschluss der Gesellschafterversammlung und notarieller Beurkundung vom 16.09.2019 als weiterer Gesellschafter aufgenommen.

Zweck der Gesellschaft sind die Errichtung, Betrieb, Bewirtschaftung und Verwertung von Immobilien der Gesellschafter bzw. für die Gesellschafter sowie Wahrnehmung von Aufgaben aus der Liegenschaftsverwaltung und - bewirtschaftung der Gesellschafter bzw. für ihre Gesellschafter.

Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital beträgt 60.000 €. Die Gesellschaftergemeinden sind zu gleichen Teilen am Stammkapital der Gesellschaft beteiligt.

Anteilsbesitz

Es bestehen keine Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Zusammensetzung der Organe

Gesellschafterversammlung

Die Aufgaben der Gesellschafterversammlung sind in § 9 des Gesellschaftsvertrages geregelt. Die Überwachungs- und Kontrollpflicht der Gesellschafter gegenüber der Geschäftsführung wird gemäß Gesellschaftsvertrag direkt durch die Gesellschafterversammlung wahrgenommen. In der Gesellschafterversammlung werden die Gesellschafter jeweils durch ihre Organe, Organmitglieder oder eigene hauptamtliche Beschäftigte sowie durch einen anderen Gesellschafter vertreten.

Das Weisungsrecht der Gesellschafter gemäß Gesellschaftsvertrag gegenüber der Geschäftsführung wird im Bereich des jeweiligen Gesellschafters durch einen je Gesellschaftergemeinde eingerichteten Gesellschafterbeirats wahrgenommen.

Zur Wahrnehmung der gesetzlichen Pflichten für den Betrieb der Gesellschaft besteht ein Geschäftsbesorgungsvertrag mit der kwg Kreiswohnbaugesellschaft Hildesheim mbH.

Geschäftsführung

Der derzeitige Geschäftsführer ist Herr Hans-Joachim Kamrowski, Einzelprokurist ist Herr Matthias Kaufmann.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Im Geschäftsjahr 2024 wurden Planungsleistungen in Höhe von 1.066,1 T€ (netto) und Bauleistungen in Höhe von 1.846,4 T€ (netto) erbracht. Der Umfang der erbrachten Planungs- und Bauprojekte je Gesellschafter können der Anlage zum Lagebericht „Geschäfte mit nahestehenden Personen" entnommen werden. Darüber hinaus wurde die Gesellschaft bis zur Aufstellung des Jahresabschlusses mit weiteren Projekten beauftragt, deren Fertigstellung jedoch erst für 2025 oder später geplant ist. Der Umfang der beauftragten Projekte ist ebenfalls der Anlage zum Lagebericht „Geschäfte mit nahestehenden Personen" zu entnehmen. Aufgrund der Schwellenwerte für Auftragswerte für öffentliche Ausschreibungen, wurde für den Neubau der Grundschule Groß Düngen ein europaweites Ausschreibungsverfahren durchgeführt.

Vermögenslage

Die Erhöhung des Eigenkapitals ergibt sich aus dem Jahresüberschuss des Geschäftsjahres in Höhe von 73,4 T€, sowie der Aufnahme der Gemeinden Algermissen und Hohenhameln als weitere Gesellschafter. Die Gemeinden leisteten eine Stammeinlage von jeweils 5,0 TE, sowie ein Aufgeld von jeweils 72,9 T€. Die gezahlten Aufgelder wurden in die Kapitalrücklage eingestellt. Die Erhöhung des Fremdkapitals resultiert im Wesentlichen aus höheren Erhaltenen Anzahlungen aus der laufenden Bautätigkeit. Gegenläufig wirken sich niedrigere Verbindlichkeiten aus anderen Lieferungen und Leistungen aus.

Finanzlage

Für erbrachte Planungsleistungen erhielt die Gesellschaft insgesamt 1.066,1 T€ (netto) und für erbrachte Bauleistungen insgesamt 1.846,4 T€ (netto). Für laufende Planungsleistungen und Bauprojekte hat die Gesellschaft Anzahlungen nach Leistungsstand in Höhe von 6.069,9 T€ (netto) erhalten. Aus der Vermietung der KITA Stadtmäuse in Sarstedt sowie der Feuerwache in Mehle erhielt die Gesellschaft insgesamt 197,4 T€ Miete inkl. Nebenkosten-vorauszahlungen. Die Zahlungsfähigkeit war im Geschäftsjahr 2024 jederzeit gewährleistet. Liquiditätsengpässe werden nicht erwartet.

Ertragslage

Die Ertragslage ist durch jeweils verpflichtende Übernahme der Kosten seitens der Gesellschafter gesichert. Die Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung entsprechen im Wesentlichen den Planzahlen. Die Umsatzerlöse aus anderen Lieferungen und Leistungen fallen um rund 1.210,5 T€ niedriger aus als geplant. Dies resultiert im Wesentlichen daraus, dass sich einige Planungsleistungen zeitlich verzögert haben und daher erst in 2025 realisiert wurden. Hier ist insbesondere die Durchführungsplanung für den Neubau der Grundschule in Groß Düngen zu nennen. Den niedrigeren Umsatzerlösen stehen um 1.930,6 T€ niedrigere Aufwendungen für andere Lieferungen und Leistungen gegenüber. Dies resultiert ebenfalls aus der zeitlichen Verzögerung einiger Planungs- und Bauleistungen. Insbesondere sind hier die Neubauten der Feuerwehrgerätehäuser in Söhre, Sillium und Giesen zu nennen, deren Bautenstand zum Jahreswechsel gegenüber dem Wirtschaftsplan zurück liegt. Der Jahresüberschuss fällt mit 73,4 T€ um 23,4 T€ höher aus als geplant. Dies resultiert im Wesentlichen aus im Geschäftsjahr aufgelösten Rückstellungen für Gewährleistungsrisiken.

Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Aufgrund des langfristig vereinbarten Mietvertrages für die Kindertagesstätte Sarstedt, sowie für die Feuerwache in Mehle kann für den Bereich der Hausbewirtschaftung für 2025 mit Umsatzerlösen in Höhe von 208 T€ gerechnet werden. Die Entwicklung der Umsatzerlöse aus anderen Lieferungen und Leistungen hängt allein von der Beauftragung der Gesellschafter ab, da die GKHI ausschließlich der Durchführung von Aufträgen ihrer kommunalen Gesellschafter dient. Aufträge dürfen nur durchgeführt werden, wenn die Finanzierung der zu erbringenden Leistung

gesichert ist und die kommunalen Gesellschafter sich verpflichten, der Gesellschaft den entstehenden Aufwand zu erstatten. Ertragsorientierte und finanzwirtschaftliche Risiken sowie Ausfallrisiken werden daher als äußerst gering eingeschätzt. Die wirtschaftlichen Auswirkungen des weiterhin andauernden russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine belasten die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland weiterhin spürbar. Hinzu kommen erhöhte konjunkturelle Risiken durch globale Handelskonflikte, wie die Einführung neuer Zölle in den USA sowie Unsicherheiten bezüglich Chinas Rolle im internationalen Handel. Auch die Entwicklung der Energiekosten bleibt aufgrund geopolitischer Spannungen weiterhin ungewiss. Zudem dämpfen die hohen Bau- und Finanzierungskosten die Investitionen in den Wohnungsbau weiterhin. Diese Faktoren führen zu einer verstärkten wirtschaftlichen Unsicherheit. Die genauen Auswirkungen auf die Gesamtwirtschaft und insbesondere auf die Immobilienbranche lassen sich weiterhin nicht zuverlässig abschätzen. Wenngleich die hohen Energie- und Finanzierungskosten kein erhöhtes Risiko für die GKHI darstellen, kann es durch Lieferengpässe bei verschiedenen Baumaterialien und den Fachkräftemangel im Handwerk zu Verzögerungen bei der Durchführung von Baumaßnahmen kommen. Pauschalangebote für Bauleistungen werden seitens der GKHI erst abgegeben, nachdem die Ausschreibungsergebnisse vorliegen. Ein erhöhtes Risiko aus steigenden Baukosten für laufende Projekte besteht für die GKHI daher ebenfalls nicht. Nach der Wirtschafts- und Finanzplanung für das kommende Jahr wird mit einem positiven Ergebnis in Höhe von rund 191 T€ gerechnet. Zusammenfassend erwartet die Geschäftsführung laut Wirtschaftsplan für das kommende Jahr die in der folgenden Tabelle dargestellten Kennzahlen:

	Plan 2025 (T€)
Umsatzerlöse Hausbewirtschaftung	208
Umsatzerlöse aus anderen Lieferungen und Leistungen	10.551
Aufwendungen für andere Lieferungen und Leistungen	20.621
Jahresüberschuss	191

Gewinn- und Verlustrechnung **vom 01. Januar bis 31. Dezember 2024**	EUR	EUR	Vorjahr EUR
1. Umsatzerlöse			
a) aus Bewirtschaftungstätigkeit	205.225,61		199.374,01
b) aus anderen Lieferungen und Leistungen	2.912.516,30	3.117.741,91	12.256.863,70
2. Erhöhung oder Verminderung (-) des Bestandes an Verkaufsgrundstücken und unfertigen Leistungen		3.039.783,01	-155.454,27
3. Sonstige betriebliche Erträge		29.598,62	57.244,08
4. Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen			
a) Aufwendungen für Bewirtschaftungstätigkeit	90.463,78		92.006,23
b) Aufwendungen für Verkaufsgrundstücke	0,00		53.282,00
c) Aufwendungen für andere Lieferungen und Leistungen	5.863.384,48	5.953.848,26	11.561.924,34
Rohergebnis		**233.275,28**	**650.814,95**
5. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	5.760,00		5.580,00
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	1.186,90	6.946,90	1.151,83
6. Abschreibungen auf Sachanlagen		63.629,46	63.629,46
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen		42.667,14	42.480,24
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		21.720,72	16.395,96
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen davon Zinsanteil aus der Aufzinsung von Rückstellungen 197,04 EUR (Vorjahr: 0,00 EUR)		40.286,52	42.393,28
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		28.055,47	146.911,05
11. Ergebnis nach Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		**73.410,51**	**365.065,05**
12. Sonstige Steuern		-0,81	0,00
13. Jahresüberschuss		**73.411,32**	**365.065,05**

Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises

Für das Jahr 2025 ist keine Verlustabdeckung durch den Landkreis Hildesheim erforderlich.
Im Haushalt 2026 sind als anteilige Kostenerstattung für den Betrieb der GKHI 6.000 € veranschlagt.

ITEBO Einkaufs- und Dienstleistungsgesellschaft eG

Gegenstand des Unternehmens und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die ITEBO Informationstechnologie Emsland Bentheim Osnabrück GmbH (kurz: ITEBO GmbH) mit Sitz in Osnabrück ist seit 2000 regionaler IT-Dienstleister für den öffentlichen Bereich. Neben der Organisations- und IT-Strategieberatung gehört auch die Realisierung von IT-Projekten, die Verfahrenseinführung und deren Betreuung, der Betrieb von Anwendungssystemen und die Erbringung von Rechenzentrums-Dienstleistungen zu den Aufgabenbereichen der ITEBO GmbH. Die ITEBO GmbH hat in der Vergangenheit vermehrt Anfragen von Kommunen erreicht, die sich an der Gesellschaft beteiligen möchten. Aufgrund der Gesellschafterstruktur und Rechtsform der ITEBO GmbH ist eine Neuaufnahme und der Wechsel von Gesellschaftern nur bedingt möglich und sinnvoll. Daher wurde am 29.01.2020 neben der ITEBO GmbH derzeit die ITEBO Einkaufs- und Dienstleistungsgenossenschaft eG gegründet. Neben der ITEBO GmbH fungierten vier kreisangehörige Kommunen des Landkreises Osnabrück als Gründungsmitglieder. Die Gründungsversammlung hat am 12.11.2019 stattgefunden. Anschließend wurde eine Prüfung durch den Prüfungsverband und die Eintragung in das Genossenschaftsregister vorgenommen. Bis zum jetzigen Zeitpunkt sind mehr als 35 Kommunen der ITEBO Einkaufs- und Dienstleistungsgenossenschaft beigetreten. Durch eine Beteiligung der Einkaufs- und Dienstleistungsgenossenschaft eG an der ITEBO GmbH können die Kommunen als Mitglieder der Einkaufs- und Dienstleistungsgenossenschaft eG einen Großteil der Vorteile nutzen, die den Gesellschaftern der ITEBO GmbH obliegen. Die ITEBO GmbH organisierte und leitet den Gründungsprozess. Durch den gemeinschaftlichen Geschäftsbetrieb mit anderen Kommunen im Rahmen der Einkaufs-und Dienstleistungsgenossenschaft eG ergeben sich Synergieeffekte zum Einsatz von personellen und finanziellen Ressourcen bei der Digitalisierung von Geschäftsprozessen. Diese können durch eine Beteiligung des Landkreises Hildesheim an der ITEBO Einkaufs- und Dienstleistungsgenossenschaft eG gesteuert werden, sodass der weitere Ressourceneinsatz optimiert werden kann. Es bestehen bereits in unterschiedlichen Bereichen gute (Dienstleistungs-) Beziehungen mit der ITEBO GmbH z. B. beim Aufbau von OpenR@thaus oder dem Einsatz der Finanzsoftwarelösung INFOMA newsystem, die es zu stärken und weiter auszubauen gilt. Die Genossenschaft ist eine Tochter der ITEBO GmbH. Durch eine Beteiligung kann (unter bestimmten rechtlichen Rahmenbedingungen) eine Inhouse-Fähigkeit für EU-weite Vergaben für die Gemeinde/Stadtverwaltung ihre Tochtergesellschaften mit der ITEBO Einkaufs- und Dienstleistungsgenossenschaft eG und darüber hinaus auch mit der ITEBO GmbH hergestellt werden. Das heißt, der Landkreis Hildesheim kann die durch öffentliche Vergaben der ITEBO Einkaufs- und Dienstleistungsgenossenschaft eG bzw. ihrer Tochtergesellschaften erzielten Konditionen ebenfalls nutzen. Dies erhöht die Wirtschaftlichkeit des Landkreises Hildesheim und ggf. der weiteren Tochterunternehmen beim Bezug von IT-Infrastruktur (Hard- und Software) sowie IT-Dienstleistungen.

Der Landkreis Hildesheim ist nach entsprechender Beschlussfassung durch den Kreistag am 23.06.2021 seit 07.10.2021 Mitglied der ITEBO Einkaufs- und Dienstleistungsgesellschaft eG.

Beteiligungsverhältnisse

Das Kapital der Einkaufs- und Dienstleistungsgenossenschaft eG belief sich zum Zeitpunkt der Gründung auf 50.000,- €.

Anteilsbesitz

Der Landkreis Hildesheim hat einen Geschäftsanteil in Höhe von 1000,00 € erworben und ist seit 07. Oktober 2021 an der Gesellschaft beteiligt.

Grundzüge des Satzungsentwurfs

Die ITEBO Einkaufs- und Dienstleistungsgenossenschaft eG soll auf Dauer angelegt werden. In Vorbereitung der Gründung der ITEBO Einkaufs- und Dienstleistungsgenossenschaft eG wurde - vorbehaltlich der steuerrechtlichen Prüfung und der vorgesehenen Prüfung durch den Prüfungsverband der Genossenschaften - ein Entwurf einer Satzung erstellt. Dieser basiert auf den Vorgaben des Genossenschaftsgesetzes (GenG). Die Satzung der Einkaufs- und Dienstleistungsgenossenschaft eG bestimmt ihren Zweck: die Unterstützung ihrer Mitglieder im Rahmen der Versorgung mit Dienst- und Lieferleistungen sowie damit zusammenhängende Tätigkeiten im Bereich der IT im Rahmen eines gemeinschaftlichen Geschäftsbetriebs und damit die Förderung des durch die Mitglieder verfolgten öffentlichen Zwecks. Dazu zählen konkret u. a. die Beratung der Mitglieder zur Optimierung der Beschaffung von IT-Leistungen, die Erfassung und Strukturierung des Bedarfs der Mitglieder einschließlich des gemeinsamen Einkaufs der erforderlichen Dienst- und Lieferleistungen, sowie die Erbringung sonstiger informationstechnischer und beratender Leistungen. Organe der Einkaufs- und Dienstleistungsgenossenschaft eG sind der Vorstand, der Aufsichtsrat und die Generalversammlung. Der Vorstand leitet die Einkaufs- und Dienstleistungsgenossenschaft eG nach Maßgabe der Satzung und führt ihre Geschäfte. Der Vorstandsvorsitzende der Einkaufs- und Dienstleistungsgenossenschaft eG ist zur Alleinvertretung der Einkaufs- und Dienstleistungsgenossenschaft eG befugt. Solange die Einkaufs- und Dienstleistungsgenossenschaft eG weniger als 20 Mitglieder hat, besteht der Vorstand aus einem Mitglied. Die ITEBO GmbH ist geborenes Mitglied des Vorstandes. Sie stellt den Vorstandsvorsitzenden. Sollte die Anzahl der Mitglieder über 20 Mitglieder ansteigen, ist ein weiteres Vorstandsmitglied zu berufen.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat überwacht die Geschäftsführung des Vorstands. Er besteht aus mindestens 3 Mitgliedern, die von der Generalversammlung gewählt werden. Der Aufsichtsrat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden sowie einen Stellvertreter. Er fasst seine Beschlüsse mit Mehrheit der gültig abgegebenen Stimmen. Über einige Angelegenheiten ist die gemeinsame Beschlussfassung des Vorstands und Aufsichtsrats erforderlich, beispielsweise bei der Verwendung von Rücklagen oder der Änderung der Geschäftsordnung des Vorstandes. Alle Mitglieder üben ihre Rechte in den Angelegenheiten der Einkaufs- und Dienstleistungsgenossenschaft eG in der Generalversammlung aus. Jedes Mitglied hat eine Stimme. Durch Übernahme weiterer Geschäftsanteile werden weder weitere Mitgliedschaften übernommen noch weitere Stimmrechte erworben. Der Beschlussfassung der Generalversammlung unterliegen u. a. Änderungen der Satzung, Feststellung des Jahresabschlusses, Verwendung des Jahresüberschusses oder Deckung des Jahresfehlbetrags sowie die Wahl der Mitglieder des Aufsichtsrats. Die Beschlüsse der Generalversammlung bedürfen in der Regel der einfachen Mehrheit der gültig abgegebenen Stimmen.

Vertretung des Landkreises Hildesheim in den Organen der ITEBO Einkaufs- und Dienstleistungsgenossenschaft eG

Die Satzung (i. E.) der ITEBO Einkaufs- und Dienstleistungsgenossenschaft eG sieht vor, dass jedes Mitglied seine Rechte in den Angelegenheiten der Einkaufs- und Dienstleistungsgenossenschaft eG durch eine Stimme in der Generalversammlung ausübt. Es ist vorgesehen in der Satzung zu ergänzen, dass die Kommunen als Mitglied der Einkaufs-

und Dienstleistungsgenossenschaft eG ihr Stimmrecht durch den nach NKomVG bestimmten Vertreter ausüben.

Für den Landkreis Hildesheim wurde Herr Kreisoberamtsrat Rainer Gollnick als stimmberechtigter Vertreter in die Generalversammlung entsandt.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Die ITEBO Einkaufs- und Dienstleistungsgenossenschaft zählt im Geschäftsjahr 2024 139 Mitglieder. Die Umsatzerlöse betrugen in dem Berichtsjahr 29.440,00 €, es wurde ein Jahresüberschuss in Höhe von 13.530,82 € erwirtschaftet.

Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises Hildesheim

Zur Deckung des bei der Einkaufs- und Dienstleistungsgenossenschaft eG entstehenden Verwaltungs-und Prüfungsaufwands wird ein Genossenschaftsbeitrag von i. H. v. jährlich 160,- € je Genossenschaftsanteil erhoben.

Sparkasse Hildesheim Goslar Peine

Gegenstand des Unternehmens und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Sparkasse ist ein wirtschaftlich selbstständiges Unternehmen mit der Aufgabe, auf der Grundlage der Markt- und Wettbewerbserfordernisse für ihr Geschäftsgebiet den Wettbewerb zu stärken und die angemessene und ausreichende Versorgung aller Bevölkerungskreise und insbesondere des Mittelstandes mit geld- und kreditwirtschaftlichen Leistungen in der Fläche sicherzustellen. Sie unterstützt in ihrem Geschäftsgebiet die kommunale Aufgabenerfüllung der Mitglieder des Trägers im wirtschaftlichen, regionalpolitischen, sozialen und kulturellen Bereich.

Rechtsform

Über den Niedersächsischen Sparkassen- und Giroverband ist die Sparkasse Hildesheim Goslar Peine Mitglied des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes e.V. Für die Verbindlichkeiten der Sparkasse haftet neben dem Vermögen der Sparkasse der Träger im Rahmen des § 32 NSpG in der Fassung vom 16. Dezember 2004. Träger der Sparkasse Hildesheim Goslar Peine ist der Sparkassenzweckverband Hildesheim Goslar Peine, dem die Städte Hildesheim und Goslar sowie die Landkreise Hildesheim, Goslar und Peine als Verbandsmitglieder angehören.

Zusammensetzung der Organe

Verwaltungsrat

Vorsitzender

Dr. Ingo Meyer
Oberbürgermeister der Stadt Hildesheim

Mitglieder

Bernd Lynack
Landrat des Landkreises Hildesheim,
1. stv. Vorsitzender
Henning Heiß
Landrat des Landkreises Peine,
2. stv. Vorsitzender
Frank Hoffmann
Diplomingenieur, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der
Ostfalia Hochschule für angewandte Wissenschaften
Dr. Christof Klinke
Rechtsanwalt und Notar
Dr. Manfred Klose
Geschäftsführer von Unternehmen zur Herstellung von
Baubedarfsartikeln
Stephan Lenz
Verwaltungsangestellter Stadtentwässerung Garbsen
Friedhelm Prior
Ministerialrat a. D., im Innenministerium Sachsen-Anhalt
Dr. Alexander Saipa
Landrat des Landkreises Goslar

Urte Schwerdtner
Oberbürgermeisterin der Stadt Goslar
Iris Siekiera
Personalsachbearbeiterin, Cluster Sozialagentur, i. R.
Frank Wodsack
Rechtsanwalt

Vorstand

Jürgen Twardzik -Vorsitzender-
Ingmar Müller
Steffen Lange

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Vermögenslage

Im Vergleich zum Vorjahr ergaben sich auf der Aktivseite der Bilanz nur stichtagsbedingte Strukturverschiebungen. Die Bilanzsumme konnte insbesondere aufgrund von Mittelzuflüssen von kurzfristigen Kundeneinlagen zum Jahresende leicht gesteigert werden Strukturverschiebungen auf der Passivseite ergaben sich weitestgehend im Bereich der Kundenverbindlichkeiten. Einlagen mit kurzfristiger Liquiditätsbindung konnten ebenso ausgebaut werden wie Anlagen mit deutlich längeren Laufzeiten. Aufgrund von Fälligkeiten gesunken sind dagegen die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten. Auf der Aktivseite konnte die Ausweitung des Kundenkreditvolumens vollständig aus vorhandener Liquidität finanziert werden überschüssige Liquidität wurde kurzfristig bei der Deutschen Bundesbank, der Norddeutschen Landesbank sowie bei weiteren Kreditinstituten angelegt. Im Vergleich mit den niedersächsischen Sparkassen weicht die Bilanzstruktur unseres Hauses auf der Aktivseite insbesondere stichtagsbedingt vom Verbandsdurchschnitt ab. Zum Bilanzstichtag konnte feiertagsbedingt keine Einlagefazilität belegt werden, sodass der zur Anlage zur Verfügung stehende Betrag der Barreserve zuzuordnen war. Sämtliche Vermögensgegenstände und Rückstellungen werden vorsichtig bewertet. Die Rückstellungen werden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages angesetzt. Einzelheiten sind dem Anhang zum Jahresabschluss, Abschnitt Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden, zu entnehmen. In den bilanzierten Aktivwerten, insbesondere dem Wertpapierbestand, sind stille Reserven enthalten. Mit den gebildeten Wertberichtigungen und Rückstellungen wurde den Risiken im Kreditgeschäft und den sonstigen Verpflichtungen ausreichend Rechnung getragen. Darüber hinaus hat die Sparkasse zur Sicherung gegen die besonderen Risiken des Geschäftszweigs der Kreditinstitute gemäß § 340f HGB zusätzlich Vorsorge getroffen. Die zum Jahresende ausgewiesene Sicherheitsrücklage erhöhte sich durch die Zuführung eines Teils des Bilanzgewinns 2023. Neben der Sicherheitsrücklage verfügen wir über umfangreiche weitere aufsichtliche Eigenkapitalbestandteile. Nach der durch den Verwaltungsrat noch zu beschließenden Verwendung des Jahresergebnisses wird die Sicherheitsrücklage zum 31. Dezember 2024 608,1 Mio. EUR betragen. Dies entspricht einer Steigerung von 2,0 %-gegenüber dem Vorjahr. Die Gesamtkapitalquote gem. Art. 92 CRR (Verhältnis der angerechneten Eigenmittel bezogen auf die anrechnungspflichtigen Positionen) übertrifft am 31.12.2024 mit 15,88 % (Vorjahr: 14,66 %) die aufsichtlichen Mindestanforderungen von 8,00 % gemäß CRR (zuzüglich des SREP-Zuschlages sowie Kapitalerhaltungs- und antizyklischen Kapitalpuffer). Zudem besteht ein Systemrisikopuffer von 2,00 % für den Wohnimmobiliensektor. Die anrechnungspflichtigen Positionen betragen am Bilanzstichtag 5.676,1 Mio. EUR und die aufsichtlich anerkannten Eigenmittel 901,6 Mio. EUR. Auch die harte Kernkapitalquote und die Kernkapitalquote übersteigen die aufsichtlich vorgeschriebenen Werte. Die Werte für die Institutsgruppe liegen bei jeweils 15,93% und weichen somit nicht wesentlich von der Einzelinstituts-betrachtung ab.

Finanzlage

Unsere Zahlungsfähigkeit war im Berichtsjahr aufgrund einer angemessenen Liquiditätsvorsorge jederzeit gegeben. Zur Überwachung der Zahlungsfähigkeit bedienen wir uns kurz-, mittel- und langfristiger Finanzpläne, ergänzt um Erfahrungswerte. Diese Pläne enthalten fällige Geldanlagen und -aufnahmen sowie die statistisch aus der Vergangenheit entwickelten Prognosewerte des Kundengeschäftes. Die eingeräumte Kreditlinie bei der Norddeutschen Landesbank wurde nicht in Anspruch genommen. Zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften unterhielten wir entsprechende Guthaben bei der Deutschen Bundesbank. Wir haben in 2024 am elektronischen Verfahren „MACCs (Mobilisation and Administration of Credit Claims)" der Deutschen Bundesbank zur Nutzung von Kreditforderungen als notenbankfähige Sicherheiten teilgenommen. Die gerneldeten Kreditforderungen dienen durch eine generelle Verpfändungserklärung als Sicherheiten für Refinanzierungsgeschäfte mit der Deutschen Bundesbank. Die Liquiditätsdeckungsquote (Liquidity Coverage Ratio -L LCR) lag im gesamten Berichtsjahr mit Werten zwischen 125,04 % und 175,87 % durchgängig oberhalb des zu erfüllenden Mindestwerts von 100,0 % sowie ausnahmslos auch oberhalb des strategischen Zielwertes. Am Bilanzstichtag lag sie bei 173,69 ˚A) und damit deutlich über dem Planwert. Die strukturelle Liquiditätsquote (Net Stable Funding Ratio — NSFR) lag innerhalb einer Bandbreite von 119,75 % und 130,69 %. Am Bilanzstichtag lag sie bei 130,69 %. Die aufsichtliche Mindestquote von 100 % wurde jederzeit eingehalten. Der strategische Zielwert konnte bis auf wenige Ausnahmen eingehalten werden, der Planwert wurde zum Bilanzstichtag allerdings unterschritten. Nach der derzeitigen Finanzplanung ist die Zahlungsbereitschaft auch für die absehbare Zukunft gesichert. Daher beurteilen wir die Finanzlage unseres Hauses als gut.

Ertragslage

Gewinn- und Verlustrechnung	GV-Posten	2024 Mio. EUR	Über-leitung Mio. EUR	2024 Mio. EUR	Betriebsvergleich ....
Zinsüberschuss (einschl. laufender Ertrag)	1 bis 4	186,8	14,1	200,9	Zinsüberschuss
Provisionsüberschuss	5, 6	71,5	-0,1	71,4	Provisionsüberschuss
Sonstige betriebliche Erträge	8	10,7	-4,2	6,5	Sonstige ordentliche Erträge
Verwaltungsaufwendungen		144,8	-0,6	144,2	Verwaltungsaufwendungen
dv. Personalaufwand dv.	*10aa + 10ab*	*90,0*	*- -2,9*	*87,1*	*dv. Personal aufwand*
anderer Verwaltungs-aufwand	*10b*	*54,8*	*2,2*	*57,0*	*dv. andere Verwaltungsaufwendungen*
Sonstige ordentliche Aufwen-dungen	11, 12,17	9,0	-6,0	3.0	Sonstige ordentliche Aufwendungen
Betriebsergebnis vor Bewer- tung und Risikovorsorge		115,2	16,5	131,7	Betriebsergebnis I (vor Bewertung)
Aufwand aus Bewertung und Risikovorsorgeu	13 bis 16 und 18	-69,9	0,0	-69,9	Bewertungsergebnis[1)]
Ergebnis der normalen Ge-schäftstätigkeit	19	45,3	16,4	61,7	Betriebsergebnis II (nach Bewertung)
außerordentliches Ergebnis	20, 21	0,0	16,9	-16,9	Neutrales Ergebnis
Ergebnis vor Steuern		45,3	-0,5	44,8	Ergebnis vor Steuern
Steu ern	23,24	32,4	-0,4	32,0	Gewinnabhängige Steuern
Jahresüberschuss	25	12,9	0,0	12,9	Jahresüberschuss

In der Gewinn- und Verlustrechnung sind im Zinsüberschuss Aufwendungen aus der vorzeitigen Auflösung von Zinsswaps enthalten, die im Betriebsvergleich dem neutralen Ergebnis zuzuweisen sind. Die Umsetzungen aus den sonstigen betrieblichen Erträgen entfallen insbesondere auf die Auflösung von sonstigen Rückstellungen; Kostenerstattungen und außerordentliche Erträge, die im Betriebsvergleich den neutralen Erträgen zugeordnet werden. Die Überleitungen bei den Personalaufwendungen betreffen hauptsächlich Zuführungen zu Pensionsrückstellungen für laufende Pensionen sowie Aufwendungen für Beihilfen und Unterstützungsleistungen die im Betriebsvergleich dem neutralen Ergebnis zuzuordnen sind. Bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen betreffen die Umsetzungen insbesondere die Spenden unserer Sparkasse, Abfindungszahlungen für die vorzeitige Beendigung von Arbeitsverhältnissen, Zuführungen zu Rückstellungen für Übergangsruhegehälter, Aufwendungen für Schadenfälle, Zinsaufwendungen nach § 233a AO sowie sonstige außerordentliche Aufwendungen, die im Betriebsvergleich im neutralen Aufwand abzubilden sind. Daneben sind die planmäßigen Absetzungen für Abnutzung (AfA) der sparkassenbetrieblich genutzten Grundstücke und Gebäude bzw. Betriebs- und Geschäftsausstattung im Betriebsvergleich den anderen Verwaltungsaufwendungen zuzuordnen. Die wesentlichen Erfolgskomponenten der Gewinn- und Verlustrechnung, gegliedert nach dem bundeseinheitlichen Betriebsvergleich der Sparkassenorganisation, sind in der nachfolgenden Tabelle aufgeführt.

	2024	**2023**	**Veränderung**	
	Mio. EUR	**Mio. EUR**	**Mio. EUR**	**in %**
Zinsüberschuss	200,9	201,1	-0,2	-0,1
Provisionsüberschuss	71,4	64,8	6,6	10,2
Sonstige ordentliche Erträge	6,5	5,1	1,4	27,5
Gesamtertrag	**278,8**	**271,0**	**7,8**	**2,9**
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	144,2	144,8	-0,6	-0,4
dv. *Personalaufwand*	*87,1*	*83,7*	*3,4*	*4,1*
dv. anderer Verwaltungsaufwand	*57,0*	*61,0*	*-4,0*	*-6,6*
Sonstige ordentliche Aufwendungen	3,0	3,3	-0,3	-9,1
Betriebsergebnis I (vor Bewertung)	**131,7**	**123,0**	**8,7**	**7,1**
Bewertungsergebnis	-69,9	-57,1	-12,8	-22,2
Betriebsergebnis II (nach Bewertung)	**61,7**	**66,8**	**-5,1**	**-7,6**
Neutrales Ergebnis	-16,9	-31,2	14,3	45,8
Ergebnis vor Steuern	**44,8**	**34,6**	**10,2**	**29,5**
Gewinnabhängige Steuern	-32,0	-21,8	-10,2	46,8
Jahresüberschuss	12,9	12,8	0,1	0,8

Zur Entwicklung der bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren geben wir die folgenden Erläuterungen:

Nach den eingangs dargestellten Kriterien beträgt das Betriebsergebnis vor Bewertung 1,45 % (Vorjahr 1,33 %) der durchschnittlichen Bilanzsumme des Geschäftsjahres 2024. Es hat sich im Vergleich zum Vorjahr nochmals deutlich verbessert und fiel deutlich günstiger aus als erwartet. Im Vergleich mit den niedersächsischen Sparkassen wird ein überdurchschnittlicher Wert erzielt. Zur Unternehmenssteuerung verwenden wir die Zielgröße Cost-Income-Ratio (Verhältnis von Aufwendungen zu Erträgen). Im Berichtsjahr fiel die Cost-Income-Ratio mit 523 % wesentlich besser aus als erwartet. Die CIR für das Kundengeschäft hat sich ebenfalls sehr deutlich auf nunmehr 51,5 % verbessert und liegt auch deutlich unter unserem strategischen Zielwert. Die Zielgrößen CIR Privatkunden bzw. CIR Firmenkunden lagen mit Werten von 61,9 % bzw. 35,0 % teilweise ebenfalls

deutlich unter dem jeweiligen Zielwert. Die Performance des Eigenanlagenportfolios (YtD) schloss zum Berichtsjahresende insgesamt zwar deutlich über dem Vorjahresergebnis ab, der Planwert wurde allerdings deutlich verfehlt. Aktienbuch und Alternative Investment-Buch performten dabei besser als die jeweiligen Planwerte während in den übrigen Assetklassen die Planungen teils sehr deutlich unterschritten wurden. Unsere Produktivitätsmessgrößen haben sich im Berichtsjahr unterschiedlich entwickelt Die strategische Kennzahl Effizienz hat sich gegenüber dem Vorjahr leicht um 0,02 auf jetzt 0,87 verbessert und befindet sich weiterhin im mittelfristigen Zielkorridor. Sie fiel etwas besser aus als geplant. Die Mitarbeiterkapazitäten (MaK) liegen bei 921,4 und damit leicht über dem Vorjahresniveau. Dieser Wert liegt deutlich über dem mittelfristig definierten Ziel für 2029. Der Zinsüberschuss hat sich im Geschäftsjahr kaum verändert und liegt mit 200,9 Mio. EUR nahezu auf Vorjahresniveau (201,1 Mio. EUR). Der Planwert wurde deutlich übertroffen. Das Zinsergebnis ist nach wie vor unsere bedeutendste Ertragsquelle. Die laufenden Zinserträge im Kundengeschäft konnten im Vergleich zum Vorjahr deutlich gesteigert werden (+11,8%). Dieses sowohl im Darlehensgeschäft (+10,8 %) als auch im Kontokorrentbereich (+24,6 %). Deutlich rückläufig waren dagegen die Zinserträge aus Forderungen an Kreditinstitute, insbesondere aus übernachtguthaben bei der Deutschen Bundesbank (-27,9 GAL Die Rückkehr zu verzinslichen Anlagen machte sich auch bei den Erträgen aus festverzinslichen Wertpapieren deutlich bemerkbar, die um 34,7 % anstiegen. Deutlich gesunken sind die laufenden Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren (-8,9 %). Auch die Ausschüttungen aus dem Anteilsbesitz sind deutlich hinter dem Vorjahreswert zurückgeblieben. Die bereits erwähnten strukturellen Verschiebungen innerhalb der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden einhergehend mit dem weiter gestiegenen Zinsniveau haben im Berichtsjahr zu einem deutlich gestiegenen Zinsaufwand geführt. Sowohl bei den kurzfristigen Einlageformen als auch bei den inzwischen wieder stärker nachgefragten längerfristigen Anlagen waren erheblich höhere Zinsaufwendungen zu verzeichnen. Unter anderem einhergehend mit Fälligkeiten von Refinanzierungsmitteln sowie der Rückzahlung der letzten Tranche der TLTRO-Geschäfte lag der Zinsaufwand für Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten deutlich unter dem des Vorjahres. Die periodischen Zinsaufwendungen lagen insgesamt um rund 12,9% über dem Vorjahreswert Deutliche Mehraufwendungen waren insbesondere für Kundeneinlagen und hier speziell für täglich fällige Gelder, Sparkassenbriefe und befristete Einlagen erforderlich. Der BGH-Entscheidung vom 6. Oktober 2021 zur Zinsanpassung bei Prämiensparverträgen haben wir in den vorherigen Geschäftsjahren vollumfänglich durch Bildung einer Rückstellung Rechnung getragen. Die Rückstellung konnte zum Jahresende zu weiten Teilen aufgelöst werden. Der Provisionsüberschuss stieg im Vergleich zum Vorjahr deutlich um 10,2 %. Unsere Erwartungen wurden allerdings deutlich verfehlt. Spürbar höhere Erträge konnten insbesondere im Wertpapier- und Investment, bei der Vermittlung von Krediten sowie im Kartengeschäft erzielt werden. Hier konnten die Planungen übererfüllt werden. Deutlich verfehlt wurden unsere Erwartungen bei den Erträgen aus der Vermittlung von Bausparverträgen und Versicherungen. Deutlich gestiegen sind ebenfalls die sonstigen betrieblichen Erträge (+27,5 %). Maßgeblich waren hier unter anderem die im Vergleich zum Vorjahr höheren Auflösungen von sonstigen Rückstellungen. Die übrigen Auswirkungen verteilen sich auf mehrere unwesentliche Einzelposten. Der Verwaltungsaufwand liegt unwesentlich unter dem Niveau des Vorjahres (-0,6 Mio. EUR bzw. — 0,4 %). Der Personalaufwand stieg um 4,1% an und lag damit auch leicht über dem Planwert. Um 6,6 % gesunken ist dagegen der Sachaufwand, der damit deutlich unter dem Planwert lag. Ebenfalls spürbar unter den Planwerten lagen daher auch der Bruttobedarf sowie die Bruttobedarfsspanne. Die in der Geschäftsstrategie festgelegte Zielsetzung für den Verwaltungsaufwand wurde eingehalten. Der Anstieg der Personalaufwendungen ist im Wesentlichen begründet durch die Gehaltssteigerung aus dem letzten Tarifabschluss einhergehend mit einem im Vergleich zur strategischen Vorgabe höheren Mitarbeiterbestand. Die gesunkenen Sachaufwendungen sind insbesondere auf den Wegfall der europäischen Bankenabgabe sowie geringere Aufwendungen für den Stützungsfonds der 5-Finanzgruppe zurückzuführen. Das Bewertungsergebnis schließt mit einem negativen Saldo ab. Damit fällt das Ergebnis im Vergleich zum Vorjahr deutlich schlechter aus. Der Planwert wurde eingehalten. Die Bewertungsaufwendungen für das Kundengeschäft sind im Berichtsjahr nochmals deutlich angestiegen, lagen aber immer noch deutlich unter dem Planwert. Das Wertpapiergeschäft schloss

zwar mit einem positiven Saldo ab, lag aber unter dem Planwert. Die Risikoaufwandsquote lag zum Bilanzstichtag innerhalb der strategischen Zielvorgabe. Der Sonderposten nach § 340g HGB (Sonderposten für allgemeine Bankrisiken) wurde um 114,7 Mio. EUR aufgestockt. Teilweise wurden hierfür in den Vorjahren gebildete stille Reserven umgewidmet. Der Steueraufwand liegt deutlich über dem Niveau des vorherigen Geschäftsjahres. Nach Einbeziehung aller Erfolgskomponenten liegt das Ergebnis vor Steuern bei 44,8 Mio. EUR. Der ausgewiesene Jahresüberschuss von 12,9 Mio. EUR liegt auf dem Niveau des Vorjahres. Das geplante Jahresergebnis wurde erreicht. Über den strategischen Zielwerten lagen die Kennziffern für die harte Kernkapitalquote sowie die Liquiditätsdeckungsquote (LCR). Vor dem Hintergrund des intensiven Wettbewerbs und des im Geschäftsjahr gestiegenen Kapitalmarktzinsniveaus sind wir mit der Entwicklung der Ertragslage im Jahr 2024 zufrieden. Die Prognosen sind in Teilbereichen eingetroffen oder sogar übertroffen worden. Unter den gegebenen wirtschaftlichen Bedingungen beurteilen wir die Ertragslage als zufriedenstellend. Die gemäß § 26a Abs. 1 Satz 4 KWG offenzulegende Kapitalrendite, berechnet als Quotient aus Nettogewinn (Jahresüberschuss) und Bilanzsumme, beträgt wie im Vorjahr 0,14 %.

Gesamtaussage zum Geschäftsverlauf und zur Lage

Vor dem Hintergrund der konjunkturellen Rahmenbedingungen bewerten wir die wirtschaftliche Lage unserer Spar-kasse insgesamt als zufriedenstellend. Bei geordneten Finanz- und Vermögensverhältnissen verfügen wir über eine ausreichende Ertragskraft, um das für eine stetige Geschäftsentwicklung erforderliche Eigenkapital zu erwirtschaften. Damit sind die Voraussetzungen gegeben, für unsere Kunden auch künftig in allen Finanz- und Kreditangelegenheiten ein leistungsstarker Geschäftspartner zu sein.

Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises Hildesheim

Im Haushaltsjahr 2025 wurde für das Geschäftsjahr 2024 eine Dividende in Höhe von 281.590,63 € gezahlt.

Haushalts-, Wirtschaftspläne und Jahresabschlüsse gem. § 1 Abs. 2 Nr. 9 KomHKVO

RVHI Regionalverkehr Hildesheim GmbH

Gewinn- und Verlustrechnung - Mittelfristplanung

2025-2029

Gesamt

in TEUR	Ist 2023	+ / - relativ	Vorschau V09 2024	+ / - relativ	WiPlan 2025	+ / - relativ	WiPlan 2026	+ / - relativ	WiPlan 2027	+ / - relativ	WiPlan 2028	+ / - relativ	WiPlan 2029
1. Umsatzerlöse	22.579	10,9%	25.035	4,6%	26.184	2,1%	26.726	1,8%	27.218	1,9%	27.740	2,5%	28.436
2. Bestandsveränderungen	0		0		0		0		0		0		0
3. andere aktivierte Eigenleistungen	0		0		0		0		0		0		0
4. sonstige betriebliche Erträge	856	-23,6%	654	5,5%	690	8,0%	745	25,6%	936	18,5%	1.109	0,6%	1.116
Gesamtleistung	23.434	9,6%	25.689	4,6%	26.874	2,2%	27.470	2,5%	28.154	2,5%	28.850	2,4%	29.552
5. Materialaufwand													
a) Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	1.983	-1,4%	1.954	7,8%	2.107	3,2%	2.174	3,3%	2.247	2,6%	2.306	2,6%	2.367
b) bezogene Leistungen	10.702	9,8%	11.747	10,1%	12.937	3,0%	13.321	3,0%	13.716	3,0%	14.130	3,0%	14.549
	12.685	8,0%	13.701	9,8%	15.045	3,0%	15.495	3,0%	15.962	3,0%	16.436	2,9%	16.916
6. Personalaufwand													
a) Löhne und Gehälter	5.433	11,5%	6.060	1,7%	6.163	4,7%	6.451	2,3%	6.599	2,3%	6.750	2,3%	6.904
b) Sozialabgaben und Altersversorgung	1.150	13,6%	1.307	6,2%	1.389	4,3%	1.449	2,4%	1.485	2,4%	1.521	2,4%	1.559
	6.583	11,9%	7.367	2,5%	7.552	4,6%	7.901	2,3%	8.084	2,3%	8.271	2,3%	8.463
7. Abschreibungen	1.234	2,3%	1.262	32,1%	1.668	12,3%	1.873	17,5%	2.201	10,2%	2.425	1,0%	2.449
8. sonstige betriebliche Aufwendungen	2.473	10,3%	2.728	21,2%	3.306	-12,5%	2.894	1,1%	2.926	1,7%	2.975	0,9%	3.002
Betriebsergebnis	459	37,1%	629	-210,6%	-696	0,6%	-692	-47,3%	-1.019	-23,3%	-1.257	-1,7%	-1.279
9. Erträge aus Beteiligungen	0		0		0		0		0		0		0
10 . Erträge aus Wertpapieren u. Ausleihungen	0		0		0		0		0		0		0
11. Zinsen u. ähnliche Erträge	25	-14,4%	22	-100,0%	0		0		0		0		0
12. Finanzanlagen													
a) Abschreibungen auf Finanzanlagen	0		0		0		0		0		0		0
b) Aufwendungen Verlustübernahmen	0		0		0		0		0		0		0
	0		0		0		0		0		0		0
13. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	56	22,0%	69	48,2%	102	16,3%	118	-1,3%	117	2,0%	119	8,0%	129
Finanzergebnis	-31	-51,5%	-47	-116,0%	-102	-16,3%	-118	1,3%	-117	-2,0%	-119	-8,0%	-129
Ergebnis vor Steuern	428	36,0%	582	-237,1%	-798	-1,6%	-811	-40,2%	-1.136	-21,1%	-1.377	-2,3%	-1.408
14. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	5	-86,7%	1	-100,0%	0		0		0		0		0
15. Ergebnis nach Steuern	423	37,4%	582	-237,2%	-798	-1,6%	-811	-40,2%	-1.136	-21,1%	-1.377	-2,3%	-1.408
16. sonstige Steuern	4	-6,0%	3	-4,5%	3	0,0%	3	0,0%	3	0,0%	3	0,0%	3
17. Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	420	37,8%	578	-238,6%	-801	-1,6%	-814	-40,0%	-1.140	-21,1%	-1.380	-2,3%	-1.411

Landkreis Hildesheim Holding GmbH

Wirtschaftsplan 2025 Stand: 21.11.2024

Erfolgsplan mit Liquiditätsplanung

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2025 €	Jan 2025 €	Feb 2025 €	Mrz 2025 €	Apr 2025 €	Mai 2025 €	Jun 2025 €	Jul 2025 €	Aug 2025 €	Sep 2025 €	Okt 2025 €	Nov 2025 €	Dez 2025 €
	Festgeldanlagen													
	- VoBa (jederzeit verfügbar)		745.982	745.982	645.982	545.982	445.982	445.982	445.982	445.982	445.982	445.982	445.982	445.982
					0			0			0			0
	Zwischensumme Festgeldanlagen		745.982	745.982	645.982	545.982	445.982	445.982	445.982	445.982	445.982	445.982	445.982	445.982
	Verschiebung Festgeld VoBa von Geschäftskonto				100.000	100.000								
	Verschiebung Festgeld zug. Geschäftskonto								0		0	0	0	0
	Zwischensumme Verschiebungen		0	0	100.000	100.000	0	0	0	0	0	0	0	0
	Anfangsbestand Geschäftskonto (Sparkasse HGP)		278.870	197.173	67.875	64.628	805.364	963.204	896.089	794.391	680.094	577.647	500.949	371.652
	Geschäftskonto mit Verschiebungen		278.870	197.173	167.875	164.628	805.364	963.204	896.089	794.391	680.094	577.647	500.949	371.652
	Erträge													
1610	Erstattung Zuschuss VHS gGmbH	0												
70XX	Dividenden	1.064.570	20.000			742.433	287.137			15.000				
	Erstattung/Forderung gegenüber Gesellschafter													
71XX	Zinsen aus Geldanlagen	5.000			1.250			1.250			1.250			1.250
76XX	Steuererstattung													
	Summe Erträge	1.069.570	20.000		1.250	742.433	287.137	1.250		15.000	1.250			1.250
	Aufwendungen													
60XX	Personalkosten	-2.400	-200	-200	-200	-200	-200	-200	-200	-200	-200	-200	-200	-200
6301	Betriebskostenzuschuss VHS gGmbH	-725.000	-60.417	-60.417	-60.417	-60.417	-60.417	-60.417	-60.417	-60.417	-60.417	-60.417	-60.417	-60.417
6301	Zuschuss VHS 2. Bildungsweg	-150.000	-12.500	-12.500	-12.500	-12.500	-12.500	-12.500	-12.500	-12.500	-12.500	12.500	-12.500	-12.500
	Zuschuss ergänzende Sprachkurse (Bildungsbüro/-region)	-200.000	-16.666	-16.666	-16.666	-16.666	-16.666	16.666	-16.666	-16.666	-16.666	-16.666	-16.666	-16.666
	Zuschuss Sprachkurse für Geflüchtete	-100.000	-8.333	-8.333	-8.333	-8.333	-8.333	-8.333	-8.333	-8.333	-8.333	-8.333	-8.333	-8.333
	Mietkosten Außenstelle Sarstedt	-42.372	-3.531	-3.531	-3.531	-3.531	-3.531	-3.531	-3.531	-3.531	-3.531	-3.531	-3.531	-3.531
6420	Versicherungen und Beiträge	-1.300	0	0	-1.300	0	0	0	0	0	0	0	0	0
66XX	Geschäftsaufwendungen	-600	-50	-50	-50	-50	-50	-50	-50	-50	-50	-50	-50	-50
68XX	Beratungs- und Prüfungskosten	-15.500	0	0	-1.500	0	0	0		0	-2.000	0	0	-12.000
76XX	Steuern	-110.400		-27.600			-27.600			-27.600			-27.600	
935	Erwerb von beweglichen Sachen des Anlagevermögens	0												
	Ausschüttung Dividende an Gesellschafter	0												
	Summe Aufwendungen	-1.347.572	-101.697	-129.297	-104.497	-101.697	-129.297	-68.365	-101.697	-129.297	-103.697	-76.697	-129.297	-113.697
	Saldo Liquiditätsveränderung	-278.002	-81.697	-129.297	-103.247	640.736	157.840	-67.115	-101.697	-114.297	-102.447	-76.697	-129.297	-112.447
	Endbestand Geschäftskonto		197.173	67.875	64.628	805.364	963.204	896.089	794.391	680.094	577.647	500.949	371.652	259.205

Kurbetriebsgesellschaft
Bad Salzdetfurth mbH

WIRTSCHAFTSPLAN 2023

www.soleundmoor.de

I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

	Seite
Wirtschaftsplan	3
Allgemeine Hinweise zum Wirtschaftsplan	4 - 5
A. Erfolgsplan	
Ertragseite	6 - 7
Aufwandseite	8 - 13
B. Finanzplan	
I. Verfügbare Mittel	14 - 15
II. Benötigte Mittel	16 - 17
C. Stellenplan	19 - 23
D. Grafische Darstellungen	
• Abbau historischer Darlehensverbindlichkeiten 1994 – 2021	18
• Entwicklung der Personalkosten 1993 – 2021	24
• Rückführung der betrieblichen Kosten 1993 – 2021	25

W i r t s c h a f t s p l a n 2 0 2 3

der Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH

Der Aufsichtsrat beschließt gemäß § 10 des Gesellschaftsvertrages den Wirtschaftsplan 2023

§ 1

<u>Erfolgsplan</u>	
Ertragseite	4.115.000,00 €
Aufwandseite	4.115.000,00 €
<u>Finanzplan</u>	
Verfügbare Mittel	559.000,00 €
Benötigte Mittel	559.000,00 €

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme im Wirtschaftsplan 2023 zur Finanzierung von Investitionen im Finanzplan erforderlich ist, wird auf 283.000,00 € festgesetzt.

§ 3

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im Wirtschaftsjahr 2023 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 205.000,00 € festgesetzt.

Bad Salzdetfurth, den 01.03.2023

Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH

....

Aufsichtsratsvorsitzender Geschäftsführer

Allgemeine Hinweise zum Wirtschaftsplan 2023

Im vorliegenden Wirtschaftsplan wirken sich die sehr zahlreichen Konsolidierungsmaßnahmen – die in den Vorjahren eingeleitet, ständig ergänzt und weiterentwickelt wurden – positiv aus. Die Kostensenkung beträgt seit Beginn der Konsolidierung im Jahre 1993 bis zum 31.12.2021 beim Stichtagsvergleich = 697 T€ – siehe hierzu Seite 25 des vorliegenden Wirtschaftsplanes 2023. Der tatsächliche Erfolg der zahlreichen Konsolidierungsmaßnahmen spiegelt sich allerdings nicht nur in der ausgewiesenen Kostenrückführung wider. Es ist darüber hinaus zu bedenken, dass auch die erheblichen unvermeidbaren Kostensteigerungen, die in den vergangenen 28 Jahren wirksam geworden sind – im Zuge der Konsolidierung – weitestgehend kompensiert werden konnten.

Andererseits ist der Wirtschaftsplan 2023 – ebenso wie die Zahlenwerke der Vorjahre – durch die Auswirkungen der bekannten, sehr gravierenden kostendämpfenden Maßnahmen im Gesundheitswesen, die seit 1996 kontinuierlich eingeleitet und wirksam geworden sind und das gesamte bundesdeutsche Kurwesen stark belasten, geprägt. Die Wiedereinführung der ambulanten Kur als Pflichtleistung der gesetzlichen Krankenkassen ist derzeit noch nicht bemerkbar.

Die kalkulierten Umsatzerlöse 2023 im Therapiezentrum weisen – unter Berücksichtigung der Auslastungskapazitäten im Vorjahr – Mehrumsätze aus in Höhe von		**ca. + 44.000 €**
Die Eintrittsgelder für das Solebad und die Sauna erhöhen sich entsprechend der tatsächlichen Umsatzentwicklung (Vorjahr) um	**ca. + 55.000 €**	
Im Therapiebereich des Solebades werden Mehrumsätze, in Höhe von erwartet.	**ca. + 15.000 €**	**ca. + 70.000 €**

Die Ertragseite ist nicht nur durch die zahlreich eingeleiteten kostendämpfenden Maßnahmen im Gesundheitswesen negativ beeinflusst, sondern auch durch die allgemeine konjunkturelle und inflationäre Entwicklung, die ein restriktives Verhalten selbstzahlender Gäste zur Folge hat.

Der Wirtschaftsplan 2023 weist (ebenso wie die Kostenseite in den Vorjahren) – im Erfolgsplan auf der Aufwandseite – in verschiedenen Positionsbereichen beträchtliche unvermeidbare Kostensteigerungen aus, die nicht zu beeinflussen sind. Auch hier sind die immensen Kostensteigerungen aufgrund der derzeitig hohen Inflation deutlich zu spüren.

Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um:

tariflich bedingte Lohn- und Gehaltssteigerungen sowie Mehrkosten beim sozialen Aufwand	**ca. 118.000 €**
Mehrkosten, ausgelöst durch höheren Aufwand für Reinigungskosten durch Fremdfirma	**ca. 2.000 €**
unter Berücksichtigung eines Steigerungsfaktors auf die übrigen betrieblichen Aufwendungen resultieren Mehrkosten in Höhe von	**ca. 33.000 €**
Kostensteigerung im Geschäftsjahr 2023	**ca. 153.000 €**

Im Finanzplan sieht der Wirtschaftsplan 2023 einen finanziellen Mittelbedarf in Höhe von insgesamt **559 T€** vor.

Entsprechend der planmäßigen Bedienungen der bestehenden Darlehen nimmt der Tilgungsbedarf mit insgesamt **182 T€** einen erheblichen Teil der benötigten Mittel ein. Nachfolgend werden die weiteren Anlagenzugänge erläutert:

Kurmittelhaus:

Die begonnene Sanierung des Trinkwassernetzes im Kurmittelhaus sollte in zwei weiteren Bauabschnitten fortgesetzt werden. Leider hat die Sondierung unter Beteiligung des Ingenieurbüros und die Planung und Angebotserstellung für den zweiten Bauabschnitt quasi das gesamte Jahr 2022 in Anspruch genommen. Zum Jahresbeginn 2023 liegt nunmehr ein entsprechendes Angebot der bauausführenden Firma vor. Allerdings mit der Einschränkung, dass frühestens im Oktober 2023 mit den Arbeiten begonnen werden kann, da vorab keine Handwerker verfügbar bzw. nicht die entsprechenden Materialien geliefert werden können. Eine Bestellung und der vorzeitige Erwerb der wesentlichen Materialien muss nach den derzeitigen Marktbedingungen mit der Auftragserteilung vollzogen werden. Der Aufsichtsrat ist darüber entsprechend informiert worden. Nach den Ergebnissen der Angebotserstellung sind für den zweiten Bauabschnitt Investitionen im Umfang von **250 T€** zu kalkulieren. Weiterhin sollen im Verlauf des zweiten Bauabschnittes im Dachgeschoss zwei weitere Krankengymnastikräume erstellt werden, wofür Investitionen von **15 T€** vorgesehen werden. Nach den Erfahrungen der Beplanung des zweiten Bauabschnittes erfolgt unmittelbar die Planung und Angebotserstellung für den dritten Bauabschnitt, um damit nach Fertigstellung des zweiten Abschnittes unmittelbar beginnen zu können.

Weiterhin sind Investitionen in das allgemeine Anlagevermögen von insgesamt **43 T€** vorgesehen. Dies beinhaltet die Erneuerung von zwei Pumpen für das Bewegungsbad im Kellergeschoss, die Erneuerung von zwei Therapieliegen sowie Komponenten der EDV-Ausstattung sowie für unvorhergesehene Anlagenzugänge durch altersbedingte Abgänge in der Betriebstechnik. Im Zuge der geplanten Digitalisierung innerhalb des Gesundheitssystems ist auch die Umsetzung innerhalb des Therapiebereiches in nächster Zeit unumgänglich. Eine Umrüstung in mehreren Abschnitten ist aus Sicht der Geschäftsführung dabei nicht erstrebenswert und umsetzbar.

Solebad:

Zum Abschluss der Umsetzung des Brandschutzkonzeptes für das Solebad ist noch eine entsprechende Abgrenzung zum Café-Bereich im Umfang von **10 T€** erforderlich. Für Bauwerksdiagnostik und Betonsanierungen werden voraussichtlich erneut **15 T€** aufzuwenden sein. Weiterhin sind Investitionen in allgemeines Anlagevermögen im Umfang von **49 T€** geplant. Hierbei handelt es sich um den Einbau eines neuen Rolltores an der Schleuse zum Außenbecken, den Erwerb von zwei neuen Hochdruckreinigern, die Erneuerung einer Scheuermaschine sowie einen Teilbetrag für unvorhergesehene Anlagenzugänge aufgrund von altersbedingten Abgängen in der Betriebstechnik.

Erläuterungen zum Erfolgsplan – Ertragseite –

Anmerkung: Der vorliegende Wirtschaftsplan 2023 ist durch die bisher zahlreichen und ständig aktualisierten Konsolidierungsmaßnahmen, die permanent ergänzt und weiterentwickelt werden, gekennzeichnet, sodass die Möglichkeiten der Kostenreduzierung auch nach permanenter Einschätzung des beauftragten Wirtschaftsprüfers weitestgehend ausgeschöpft sind.

Zu E 1: Die Erträge im Kurbetrieb beinhalten die Umsatzerlöse des Therapiezentrums und des Solebades.
Der gesamte Therapiebereich leidet seit Jahren unter den gesetzlich zahlreich verankerten und kostendämpfenden Maßnahmen im Gesundheitswesen, die stark rückläufige Umsätze zur Folge hatten. Die Therapieerlöse sind darüber hinaus im Zuge der Budgetierung durch ein rückläufiges Verordnungsverhalten der Ärzteschaft und durch ein nicht auskömmliches Preisgefüge, das durch die Verbände der gesetzlichen Krankenkassen und der Angestelltenkrankenkassen seit Jahren „diktiert" wird, geprägt. Durch die Einstellung einer weiteren Therapeutin im Kurmittelhaus und eines höheren Rezeptaufkommens konnten hier höhere Umsätze kalkuliert werden. Auch im Bereich des Solebades incl. der Sauna und der Therapie konnten Mehreinnahmen infolge der ab 01.01.2023 wirksamen Preisanpassungen veranschlagt werden. Erfreulicherweise gab es in beiden Betriebsstätten im Jahr 2022 keine pandemiebedingten Schließungen mehr, auch für das Geschäftsjahr 2023 werden keine außerplanmäßigen Betriebsunterbrechungen erwartet.

Zu E 5: Der Kurbeitragserlös ist im Wesentlichen von der Belegung der Reha-Kliniken abhängig und berücksichtigt entsprechende Sondervergünstigungen, die den Häusern im Zuge einer separaten Vereinbarung gewährt werden. Der Fremdenverkehrszuschuss, der durch die Stadt Bad Salzdetfurth zu zahlen ist, beträgt 106.000 €. Er erhöht sich um 32.000 € gegenüber dem für 2022 kalkulierten Betrag. Ein Faktor ist die personelle Verstärkung im Bereich der Touristinformation. Nach der nunmehr dreijährigen Betriebszeit ist offenkundig, dass personelle Engpässe durch Urlaubsansprüche oder krankheitsbedingte Abwesenheitszeiten nicht im Einsatz von nur zwei Teilzeitkräften zu leisten sind. Darüber hinaus soll auch das Service-Angebot dahingehend erweitert werden, dass künftig die Touristinformation auch am Montag geöffnet wird. Ein weiterer wesentlicher Faktor sind gestiegene Erhaltungsaufwendungen für beide Gradierwerke.

Zu E 6: Der bestehende Pachtvertrag für das „Café Bambus" wurde zum 31.08.2023 durch die Gesellschaft gekündigt. Somit erfolgt ein verminderter Ansatz der Pachteinnahmen einschließlich der anfallenden Nebenkosten vorsorglich nur für sechs Monate. Angestrebt wird ein nahezu nahtloser Übergang zu einer Neuverpachtung.

Zu E 12: Der vorliegende Wirtschaftsplan ist, ebenso wie die Gewinn- und Verlustrechnung der Vorjahre, mit hohen Kapitalkosten belastet. Die Finanzierungskosten (Abschreibung, Fremdkapital- und Erbbauzinsen) betragen 356 T€ bei einem ausgewiesenen Jahresfehlbetrag von 1.952 T€. Dieser Kostenaufwand wird auch in den Folgejahren die Verlustabdeckungen erheblich beeinflussen.

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der vorjährigen Abschlussprüfungen kontinuierlich auf die nicht ausreichende Eigenkapitalausstattung des Unternehmens hingewiesen und empfohlen die Eigenkapitalausstattung der Gesellschaft durch eine Erhöhung des Stammkapitals nachhaltig zu verbessern.

Die Gesellschaft weist ein Eigenkapital in Höhe von 1.100.000 € in ihrer Bilanz aus.

In der Aufsichtsratssitzung vom 21.06.2016 wurde der Beschluss gefasst, die jährliche Verlustabdeckung der Gesellschaft in Höhe von 1.327 T€ um den jährlich tariflich bedingten Mehraufwand an Personalkosten zu erhöhen. Dieser beträgt 2017 = 37 T€, 2018 = 49 T€, 2019 = 44 T€, 2020 = 34 T€, 2021 = 23 T€, 2022 = 37 T€, 2023 = 118 T€.

A. E R F O L G S P L A N 2023

				Ansatz Wirtschaftsplan 2023		Ansatz Wirtschaftsjahr 2022		Gewinn- und Verlustrechnung 2021	
				Kurbetrieb und Fremdenverkehr - gesamt - T€	Fremdenverkehr - Auszug - T€	Kurbetrieb und Fremdenverkehr - gesamt - T€	Fremdenverkehr - Auszug - T€	Kurbetrieb und Fremdenverkehr - gesamt - T€	Fremdenverkehr - Auszug - T€
E r t r a g s e i t e									
E 1.)	aus Kurmitteln, Nebenleistungen, Sauna u. Solarium (letztm. 2022)			1.903	0	1.788	0	1.443	0
E 2.)	aus Soleverkauf			0	0	0	0	0	0
E 3.)	aus Moorverkauf			0	0	0	0	0	0
E 4.)	aus Veranstaltungen			0	0	0	0	0	0
E 5.)	aus Kurbeiträgen			127	127	125	125	122	122
E 6.)	aus Mieten und Pachten			17	0	33	0	18	0
E 7.)	aus Zinserträgen			0	0	0	0	0	0
E 8.)	aus Teilauflösungen der Wertberichtigung und Rückstellung			0	0	0	0	30	0
E 9.)	sonstige betriebliche Erträge			10	8	5	3	6	4
E 10.)	außerordentliche Erträge			0	0	0	0	0	0
E 11.)	aus Fremdenverkehrszuschuss der Stadt Bad Salzdetfurth			106	106	74	74	79	79
	Zwischensumme 1.-11.			2.163	241	2.025	202	1.698	205
E 12.)	Ergebnis - vorläufig -		-1.799		0		0		0
	Aufwandsteigerungen 2023								
	tariflicher Mehraufwand Personal	118							
	Reinigung/Gas/Strom/Beprobung	2							
	Allg. Preissteigerungsraten	33	153						
	Jahresfehlbetrag - gesamt -		-1.952	1.952	241	1.934	202	1.832	0
	hiervon (gemäß AR-Beschluss vom 21.06.2016)								
	allg. Verlustabdeckung durch die Gesellschafter		1.610						
	zuzügl. tarifl. Mehraufwand Personal 2017-2023		342	1.952		1.934		1.832	
	Entnahme aus der Kapitalrücklage			0		0		0	
				1.952		1.934		1.832	
	Gesamtsumme der Erträge			4.115	241	3.959	202	3.530	205

Erläuterungen zum Erfolgsplan – Aufwandseite –

Zu A 1.1.1: Abbau- und Transportkosten des Moores für das Therapiezentrum sowie Reparatur- und Unterhaltungsaufwendungen sowohl an den Abmoorbecken in Detfurth als auch im Moorgewinnungsgebiet in Luttrum einschließlich der Zufahrtswege. Die hierfür kalkulierten Kosten basieren auf den tatsächlichen Vorjahrespreisen eines neu gewonnenen Abbauunternehmens.

Zu A 1.1.2: Um eine bilanzielle Überbewertung des in Luttrum lagernden „Moorbestandes“ zu vermeiden, werden die Rücktransportkosten – auf Anraten der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, in Ergänzung zu den unter A 3.2. getroffenen Regelungen – nicht mehr (wie in früheren Jahren – bis 2012 – praktiziert) aktiviert (d.h. dem Bestand zugeführt), sondern betriebswirtschaftlich als Kostenaufwand behandelt. Im Zuge dieser „Neuregelung“ erhöhen sich die Jahresfehlbeträge in den Folgejahren entsprechend – siehe hierzu auch Erläuterungen zu A 3.2. –. Für das Wirtschaftsjahr 2023 erfolgt kein Ansatz, da sämtliche Abmoorteiche im Kalenderjahr 2022 ausgefahren wurden und der nächste Moorrücktransport somit erst wieder im Kalenderjahr 2024 ansteht.

Zu A 1.2: Der Ansatz beinhaltet den Kostenaufwand für Badezusätze, medizinische Behandlungsmittel und die Wasseraufbereitung. Gegenüber dem Vorjahr wurden Mehrkosten von 11 T€ angesetzt als Folge exorbitant gestiegener Preise der Lieferanten.

Zu A 1.3:
und A 1.4: Erfahrungsgemäß anfallender Wäschezukauf und Wäschereikosten (Fremd- und Eigenwäscherei).

Zu A 2.1:
Zu A 2.2: Der Personalaufwand wurde – unter Berücksichtigung des TVöD, der zum 01.01.2006 in Kraft getreten ist – aufgrund durchgeführter Einzelermittlungen errechnet. Es wird verwiesen auf den Stellenplan mit Erläuterungen, der unter „C. Stellenplan“ auf den Seiten 19 bis 23 zu finden ist
Zu A 2.4: Für das Geschäftsjahr 2023 wird für die Kalkulation eine 5%ige Tariferhöhung unterstellt, diese beläuft sich einschl. der Sozialabgaben auf 118 T€.

Zu A 2.3: Personalnebenkosten und Lehrgangsgebühren für Mitarbeiter.

Zu A 3.1: Hierbei handelt es sich um die voraussichtlichen Absetzungsbeträge für Abnutzung zum Bilanzstichtag 31.12.2023. Es wirken sich die Abschreibungen auf die im Jahr 2022 getätigten Investitionen erstmals in voller Höhe aus.

Zu A 3.2: Um eine Überbewertung des in Luttrum lagernden Moorbestandes zu vermeiden, wurde – auf Anraten der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft – festgelegt, dass der Moorbestand jährlich abzuschreiben ist. Die Abschreibung erfolgte erstmals im Geschäftsjahr 2012 und orientiert sich in den Folgejahren an der Restlaufzeit der Moor-Abbaugenehmigung. Daraus folgt, dass der bilanzielle „Aktiv-Posten Moorbestand“, mit jährlich 12.500 € abzuschreiben ist. Die Abschreibung des Moorbestandes findet in Ergänzung zu den unter A 1.1.2 geschilderten „neuen Regelungen“ hinsichtlich der Moorrücktransporte statt. Die getroffenen unvermeidbaren Regelungen (Rücktransportkosten und Abschreibung) wirken sich im ausgewiesenen Jahresfehlbetrag für das Geschäftsjahr 2023 mit einem Kostenaufwand in Höhe von 13 T€ aus.

A. E R F O L G S P L A N 2023

		Ansatz Wirtschaftsplan 2023		Ansatz Wirtschaftsjahr 2022		Gewinn- und Verlustrechnung 2021	
		Kurbetrieb und Fremdenverkehr - gesamt - T€	Fremdenverkehr - Auszug - T€	Kurbetrieb und Fremdenverkehr - gesamt - T€	Fremdenverkehr - Auszug - T€	Kurbetrieb und Fremdenverkehr - gesamt - T€	Fremdenverkehr - Auszug - T€
A u f w a n d s e i t e							
A 1.)	**Materialaufwand**						
A 1.1.1	Moorgewinnung	28	0	13	0	9	0
A 1.1.2	Moorrücktransport	0	0	28	0	0	0
A 1.2	Waren- u. Stoffverbrauch	44	4	33	2	27	2
A 1.3	Wäsche-Zukauf	4	0	3	0	1	0
A 1.4	Wäscherei, Waschmittel	12	0	11	0	10	0
	Zwischensumme 1.1.1-1.4	88	4	88	2	47	2
A 2.)	**Personalaufwand**						
A 2.1	Löhne	507	19	370	19	360	58
A 2.2	Gehälter	1.487	104	1.394	72	1.255	45
A 2.3	sonstige Personalkosten	24	1	26	0	36	0
A 2.4	soziale Aufwendungen	513	33	483	25	471	27
	Zwischensumme 2.1-2.4	2.531	157	2.273	116	2.122	130
A 3.)	**Abschreibungen auf das Anlagevermögen**						
A 3.1	Anlagevermögen	249	21	232	21	235	21
A 3.2	Moorbestand Luttrum	13	0	13	0	13	0
	Zwischensumme 3.1-3.2	262	21	245	21	248	21
	Übertrag:	2.881	182	2.606	139	2.417	153

Erläuterungen zum Erfolgsplan – Aufwandseite –

Zu A 4.1 : Diese Position weist die anfallenden Pachten für die Abmoorbeete sowie Gestattungs- und Anerkennungsgebühren für die Solegewinnung aus.

Zu A 4.2 : An die katholische Pfarre in Detfurth zu zahlende Erbbauzinsen für den Kurpark und das Solebad – 26 T€ – , letzte Indexanpassungen zum 01.01.2022. Ferner beinhaltet der Ansatz den Förderzins (Salzpfännergilde) und die Wasserentnahmegebühren (Landkreis Hildesheim) für die Nutzung der Heilwasserquellen.

Zu A 4.3 : Voraussichtliche Energie-, Wasserver- und Entsorgungskosten für den gesamten Unternehmensbereich. Der Gasvertrag für das Kurmittelhaus war bereits zum 01.01.2022 neu ausgeschrieben worden. Den Zuschlag erhielt die E.ON Energie Deutschland GmbH. Für den Bereich des Solebades erfolgte eine europaweite Ausschreibung des neuen Stromvertrages zum 01.01.2022 durch die Firma KUBUS. Den Zuschlag erhielt die Gemeindewerke Oberhaching GmbH, beide Verträge gelten bis 31.12.2024 fort. Der Wärmelieferungsvertrag mit der Stadtwerke Bad Salzdetfurth GmbH endet nach zwölfjähriger Laufzeit im Jahr 2023. Die im Zusammenhang mit dem Energiebezug gesetzlich verankerten Kostenfaktoren durch das KWKG (Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagengesetz), Offshore Umlage, Umlage für abschaltbare Lasten, Umlage Letztverbraucher, Konzessionsabgabe sowie die Strom-, Gas- und CO 2 Steuer, belasten die Gesellschaft im Wirtschaftsjahr 2023 inzwischen noch mit insgesamt 49 T€ (Vorjahr 89 T€). Hier spiegelt sich der Wegfall der EEG-Umlage wider.

Zu A 4.4 : Es handelt sich hierbei um Kosten für Reinigungs- und sanitäre Artikel einschl. Desinfektionsmittel sowie Arbeiten, die durch Fremdfirmen ausgeführt werden. Der Kostenaufwand für die Fremdreinigung des Solebades mindert sich um 90 T€ resultierend daraus, dass mit Wirkung ab 01.01.2023 die Solebadreinigung mit eigenem Personal durchgeführt wird. Der Dienstleistungsvertrag mit der Firma Tip-Top GmbH war entsprechend per 31.12.2022 aufgelöst worden.

Zu A 4.5.0 :
Zu A 4.5.1 :
Zu A 4.5.2 : Erfahrungsgemäß anfallender Aufwand für die Erhaltung und Reparatur der Bausubstanzen, die gesamte Betriebstechnik und Geschäftsausstattung im Therapiezentrum und Solebad sowie der Außenanlagen und Gradierwerke einschl. technischer Beratung durch Fachingenieure. Es ist zu berücksichtigen, dass diese Positionsbereiche, wegen des natürlichen Alterungsprozesses der Bausubstanzen und der betriebstechnischen Anlagen sowie durch die natürliche hohe Aggressivität des Solewassers – die in Verbindung mit Wasserchemie und Wärme weiter gesteigert wird – hohen Risikofaktoren unterliegen.

Zu A 4.5.3 : Leasinggebühren für zwei PKW.

Zu A 4.6 : Der hier ausgewiesene Kostenumfang beinhaltet die Unterhaltung der gärtnerischen Anlagen einschließlich des Aufwandes für Fremdfirmen. In den letzten Jahren haben sich im Kurpark alte Pappelbestände zu einem Sicherheitsrisiko entwickelt. Das Budget ist insofern zunehmend durch Baumfällarbeiten belastet.

Zu A 4.8 : Deutscher Heilbäderverband, Heilbäderverband Niedersachsen, Arbeitgeberverband, GEMA sowie sonstige Beiträge und Gebühren. Ferner enthalten ist der Kostenaufwand für einen Arbeitsmediziner und eine Fachkraft für Arbeitssicherheit. Im Zuge von Überprüfungstätigkeiten durch das Staatliche Gewerbeaufsichtsamt Hannover nach dem AMG / MPG (für den Bereich der ortsgebunden Heilmittel Moor & Sole) ist ein Betrag in Höhe von ca. 3 T€ veranschlagt.

Zu A 4.10 : Hierbei handelt es sich um die gesamten Entwurfs- und Druckkosten für Prospekte, Flyer, Kurkarten, Informationen und Plakate. Ferner erstreckt sich der Aufwand auf regionale und überregionale Anzeigenschaltungen, Fahrzeugwerbungen und übrige Werbemaßnahmen sowie die Ausgaben für Repräsentationen und den Veranstaltungskalender.

Zu A 4.11 : Der Ansatz berücksichtigt die gesamten Aufwendungen für die Veranstaltungen im Kurpark.

Zu A 4.13.1: Anfallende Kosten für Porto, Telefon und Büromaterial sowie Gebühren für das DATEV-Rechenzentrum und Fachliteratur.

Zu A 4.13.2: Aufwand für Rechtsberatung, Steuerberatung, die Pflichtprüfung durch einen Wirtschaftsprüfer und das RP-Amt des Landkreises Hildesheim.

Zu A 4.14 : Medizinische Untersuchungen und Analysen. Erhöhte Kosten entstehen weiterhin durch monatlich durchzuführende Legionellenuntersuchungen im Kurmittelhaus die der Gesellschaft im Rahmen der Sanierung der Wasserleitungen vom Gesundheitsamt auferlegt wurden.

A. E R F O L G S P L A N 2023

		Ansatz Wirtschaftsplan 2023		Ansatz Wirtschaftsjahr 2022		Gewinn- und Verlustrechnung 2021	
		Kurbetrieb und Fremdenverkehr - gesamt - T€	Fremdenverkehr - Auszug - T€	Kurbetrieb und Fremdenverkehr - gesamt - T€	Fremdenverkehr - Auszug - T€	Kurbetrieb und Fremdenverkehr - gesamt - T€	Fremdenverkehr - Auszug - T€
A u f w a n d s e i t e							
	Übertrag:	2.881	182	2.606	139	2.417	153
A 4.)	**Sonstige betriebliche Aufwendungen**						
A 4.1	Mieten und Pachten	7	0	7	0	5	0
A 4.2	Erbbau-Zinsen, Förderzins, Wasserentnahmegebühr	43	0	47	0	39	0
A 4.3	Gas, Strom, Wasser, Abwasser, Müll	482	1	531	1	371	2
A 4.4	Sachkosten Räume (Reinigung)	33	0	123	0	71	0
A 4.5	Instandhaltungen, Reparaturen						
	4.5.0 Beratung, Betrieb, Technik	8	0	6	0	4	0
	4.5.1 Gebäude, Wege, Plätze	90	25	99	24	100	21
	4.5.2 Maschinen, Ausstattung	80	1	76	1	90	2
	4.5.3 Leasinggebühren	9	0	9	0	8	0
A 4.6	Kurparkunterhaltung, Liegewiese, Außenanlage Solebad	92	0	90	0	83	0
A 4.7	Versicherungen	27	0	27	0	26	0
A 4.8	Beiträge und Gebühren	20	4	18	4	17	4
A 4.9	Fuhrpark-Unterhaltung	6	0	6	0	4	0
A 4.10	Werbung	35	13	36	16	24	13
A 4.11	Gäste-Unterhaltung	7	6	9	8	3	2
A 4.12	Reisekosten	2	0	2	0	2	0
A 4.13	Büro, Post, RA-Beratung						
	4.13.1 Büro, Post, Buchführung	31	5	31	5	31	4
	4.13.2 RA und Beratung	75	4	41	4	30	4
	4.13.3 Sitzungsgelder, Aufsichtsratsvergütungen	10	0	10	0	10	0
A 4.14	Allgemeine Kosten, Spenden	28	0	28	0	26	0
A 4.15	Buchverluste bei Anlage-Abgängen	0	0	0	0	8	0
	Zwischensumme 4.1-4.15	1.085	59	1.196	63	952	52
	Übertrag:	3.966	241	3.802	202	3.369	205

Erläuterungen zum Erfolgsplan -Aufwandseite-

Zu A 5.2: Zins- und Tilgungsberechnung für das Wirtschaftsjahr 2023

Kreditgeber Darlehn-Nr.	Höhe des Darlehnsvertrages €	voraussichtlich					Zinssatz
		Kontostand am 31.12.2022 €	Zugang 2023 €	Zinsen 2023 €	Tilgung 2023 €	Kontostand am 31.12.2023 €	
1. Sparkasse Hildesheim Goslar Peine 620077141	1.866.215,37	1.016.448,37		33.0087,39	12.271,00	1.004.177,37	3,27 % (Festzinssatz bis zum 30.12.2024)
2. Sparkasse Hildesheim Goslar Peine 620129785	306.775,13	30.676,96		396,89	9.203,28	21.473,68	1,50 % (Festzinssatz bis zum 15.05.2026)
3. Sparkasse Hildesheim Goslar Peine 620132578	306.775,13	0,00		0,00	0,00	0,00	wurde zum 31.12.2022 getilgt
4. Sparkasse Hildesheim Goslar Peine 620157980	409.033,50	179.167,10		4.006,99	13.200,00	165.967,10	2,30 % (Festzinssatz bis zum 30.12.2032)
5. Sparkasse Hildesheim Goslar Peine 620172826	306.775,13	49.083,47		1.336,98	9.203,28	39.880,19	2,98 % (Festzinssatz bis zum 30.04.2024)
6. Sparkasse Hildesheim Goslar Peine 620489182	98.000,00	72.500,00		1.895,88	1.500,00	71.000,00	2,64 % (Festzinssatz bis zum 30.09.2025)
7. Sparkasse Hildesheim Goslar Peine 620523174	720.000,00	392.400,00		6.273,00	21.600,00	370.800,00	1,64 % (Festzinssatz bis zum 30.05.2027)
8. Sparkasse Hildesheim Goslar Peine 6201173581	535.000,00	329.794,00		4.470,45	17.844,00	311.950,00	1,39 % (Festzinssatz bis zum 30.05.2031)
9. Sparkasse Hildesheim Goslar Peine 6201410914	680.000,00	486.000,00		9.642,50	24.000,00	462.000,00	2,03 % (Festzinssatz bis zum 30.03.2029)
10. Sparkasse Hildesheim Goslar Peine 6201525359	150.000,00	114.300,00		2.318,20	5.040,00	109.260,00	2,07 % (Festzinssatz bis zum 30.07.2025)
11. Sparkasse Hildesheim Goslar Peine 6201706246	500.000,00	306.264,00		2.487,52	45.380,00	260.884,00	0,86 % (Festzinssatz bis zum 30.09.2029)
12. Sparkasse Hildesheim Goslar Peine -Neu-	1.000.000,00						0,35 % (Variabel)
13. NBank Land Niedersachsen	695.356,96	73.943,33		1.876,58	22.781,70	51.161,63	3,00 % (Festzinssatz bis zum 30.06.2026)
	7.573.931,22	3.050.577,23		67.792,38	182.023,26	2.868.553,97	

Zu A 9.1 : An die Stadt Bad Salzdetfurth sowie die Gemeinde Holle zu zahlende Grundsteuer.
Zu A 9.2: Aufgrund veränderter gesetzlicher Umsatz-Besteuerungsgrundlagen entfällt der Abzug von bisher abzugsfähigen Vorsteuerbeträgen in Höhe von 63 T€.

A. E R F O L G S P L A N 2023

A u f w a n d s e i t e

		Ansatz Wirtschaftsplan 2023		Ansatz Wirtschaftsjahr 2022		Gewinn- und Verlustrechnung 2021	
		Kurbetrieb und Fremdenverkehr - gesamt - T€	Fremdenverkehr - Auszug - T€	Kurbetrieb und Fremdenverkehr - gesamt - T€	Fremdenverkehr - Auszug - T€	Kurbetrieb und Fremdenverkehr - gesamt - T€	Fremdenverkehr - Auszug - T€
	Übertrag:	3.966	241	3.802	202	3.369	205
A 5.)	**Zinsaufwendungen**						
A 5.1	Zinsen/kurzfristige Verbindlichkeiten	0	0	0	0	0	0
A 5.2	Zinsen/langfristige Verbindlichkeiten	68	0	77	0	84	0
	Zwischensumme 5.1-5.2	68	0	77	0	84	0
A 6.)	**Außerordentliche und betriebsfremde Aufwendungen**	0	0	0	0	0	0
A 7.)	**Sonstige betriebliche Aufwendungen**						
	Einstellung in die Einzelwertberichtigung zu Forderungen	0	0	0	0	0	0
A 8.)	**Steuern vom Einkommen und vom Ertrag**	0	0	0	0	0	0
A 9.)	**Sonstige Steuern**						
A 9.1	Sonstige Steuern	18	0	18	0	18	0
A 9.2	Nicht abzugsfähige Vorsteuer	63	0	62	0	59	0
	Zwischensumme 9.1-9.2	81	0	80	0	77	0
	Gesamtsumme des Aufwandes	4.115	241	3.959	202	3.530	205

Erläuterungen zum Finanzplan – I. Verfügbare Mittel –

Zu 2.: Voraussichtliche Abschreibungsbeträge zum Bilanzstichtag 31.12.2023.

Zu 3.: Der Betrag ergibt sich als Saldo aus der Abrechnung des Finanzplanes und der geprüften Bilanz 2021.

Zu 5.: Abzugsfähige Vorsteuerbeträge auf Investitionen im Wirtschaftsjahr 2023.

Aufgrund gesetzlich veränderter Umsatz-Besteuerungsgrundlagen entfällt – analog dem Verhältnis der steuerfreien zu den steuerpflichtigen Umsätzen – der Abzug von bisher abzugsfähigen Vorsteuerbeträgen. Das hat zur Folge, dass sich die „Verfügbaren Mittel“ im Finanzplan 2023 – im Rahmen der im Geschäftsjahr 2023 vorgesehenen Investitionen – um ca. 46 T€ reduzieren.

B. F I N A N Z P L A N 2 0 2 3

	Ansatz Wirtschaftsjahr 2023 T€	Ansatz Wirtschaftjahr 2022 T€
I. Verfügbare Mittel		
1. Zuweisungen		
1.1 Zuschuss NBank (Umbau Cafe Bambus)	0	25
2. Absetzungen für Abnutzung auf Anlagevermögen etc.	262	245
3. Nicht verbrauchte Mittel aus dem Wirtschaftsplan 2021	0	90
4. Kredite	283	161
5. Vorsteuer auf Investitionen	14	24
6. Liquiditätsreserve aus dem Finanzplan des Vorjahres	0	0
Verfügbare Mittel -insgesamt-	559	545

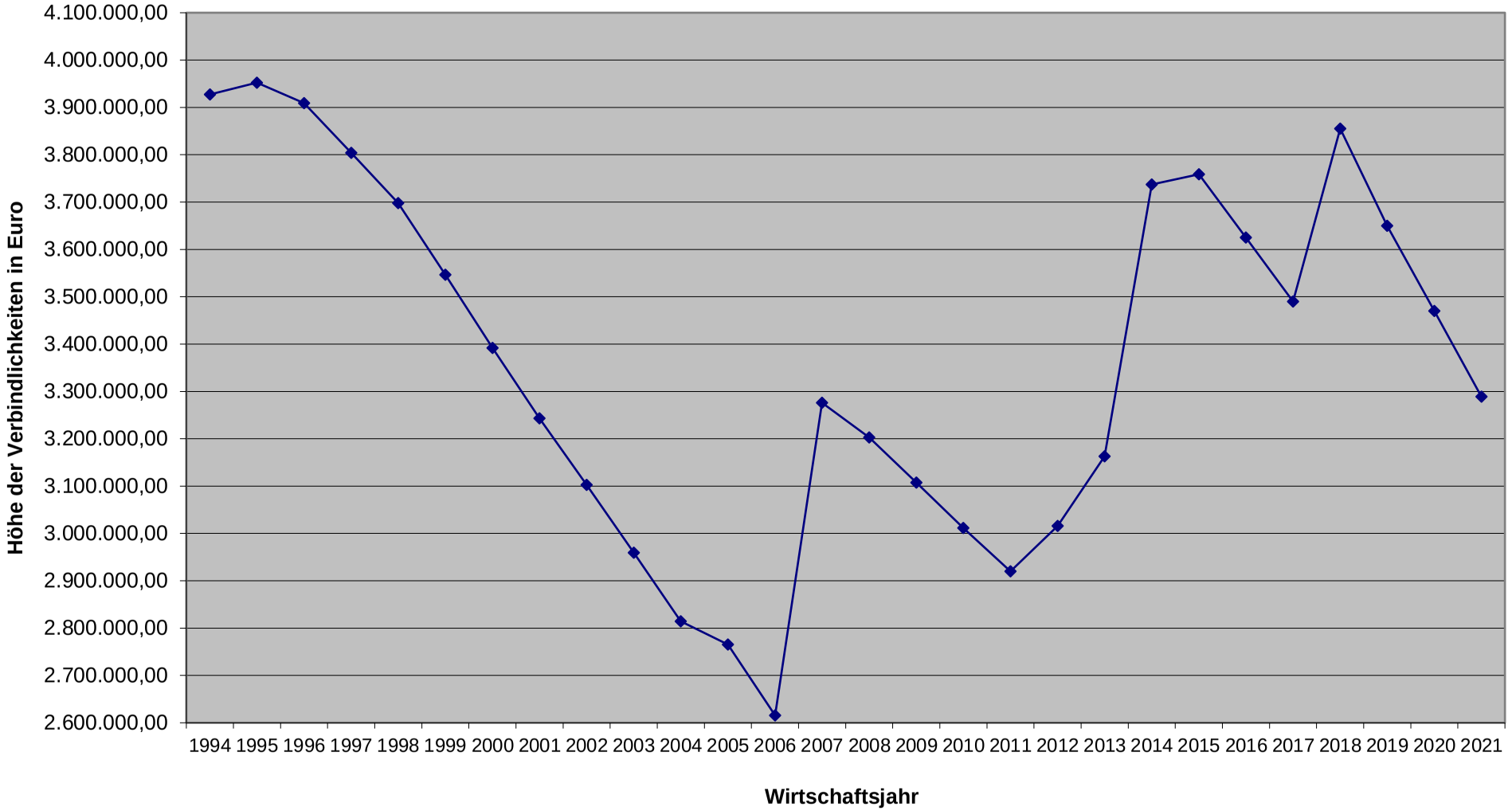
Erläuterungen zum Finanzplan – II. Benötigte Mittel –

Zu 1.1:	Siehe hierzu detaillierte „Zins- und Tilgungsberechnung“ für das Geschäftsjahr 2023, Seite 12 des Wirtschaftsplans 2023.	
Zu 2.1:	2 Pumpen für das Bewegungsbad	10 T€
	2 Therapieliegen mit Schlingentisch	8 T€
	EDV-Ausstattung (Hard- und Software)	15 T€
	Unvorhersehbare Anlagenzugänge, z.T. für alterungsbedingte Abgänge Betriebstechnik, Geschäftsausstattung und Gebäude	10 T€
		43 T€
Zu 2.2:	Diverse geringwertige Wirtschaftsgüter	5 T€
Zu 3.1:	Bauwerksdiagnostische Maßnahmen einschl. Potentialfeldmessungen und labortechnischer Untersuchungen zur weitergehenden Feststellung der Tragfähigkeit des Solebades sowie Maßnahmen an tragenden Betonkörperteilen (Aktivitäten im Rahmen des bekannten ständigen Monitorings, mit dem Ziel, das Solebad ein weiteres Jahrzehnt am Markt zu halten)	15 T€
	Erwerb von 2 Hochdruckreinigern	4 T€
	Neues Rolltor (Schleuse Außenbecken)	15 T€
	Anschaffung einer Scheuermaschine	5 T€
	Unvorhersehbare Anlagenzugänge, z.T. für alterungsbedingte Abgänge Betriebstechnik, Geschäftsausstattung und Gebäude	10 T€
		49 T€
Zu 3.2:	Diverse geringwertige Wirtschaftsgüter	5 T€
	Baumaßnahmenkonzept 2023	
Zu 4.1.	Kurmittelhaus:	
	Erneuerung der gesamten Wasserleitungen auf Grund der Gefährdungsanalyse (2. Bauabschnitt)	250 T€
	Erstellung von 2 neuen KG-Räumen im Dachgeschoss	15 T€
		265 T€
Zu 4.2.	Solebad:	
	Einbau einer Brandschutztür (Café)	10 T€

B. FINANZPLAN 2023

	Ansatz Wirtschaftsjahr 2023 T€	Ansatz Wirtschaftjahr 2022 T€
II. Benötigte Mittel		
1. Tilgungen		
1.1 Planmäßige Tilgungen der Kredite	182	181
2. Erwerb von Anlagevermögen Kurmittelhaus		
2.1 Allgemeines Anlagevermögen	43	63
2.2 Geringwertige Anlagegüter	5	5
3. Erwerb von Anlagevermögen Solebad		
3.1 Allgemeines Anlagevermögen	49	109
3.2 Geringwertige Anlagegüter	5	5
4. Baumaßnahmenkonzept 2022 / 2021		
4.1 Erneuerung der Wasserleitungen (2. Bauabschnitt)	250	150
Erstellung von 2 neuen KG-Räumen im Dachgeschoss	15	0
4.2 Brandschutzmaßnahmen im Solebad	10	32
5. Zurückgestellte Eigenmittel der Gesellschaft	0	0
Benötigte Mittel -insgesamt-	559	545

Entwicklung historischer Darlehensverbindlichkeiten 1994 - 2021



C. STELLENPLAN

Erläuterungen zum Stellenplan 2023

1. Nach Rückkehr aus der Elternzeit ist im September 2022 die Stelle einer Physiotherapeutin, die bislang als Vollzeittätigkeit ausgewiesen war, einvernehmlich auf eine Teilzeitbeschäftigung mit 24 Stunden wöchentlich verringert worden. Wegen der anhaltend guten Therapieauslastung wurde die bisherige Vertretungskraft in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis übernommen.

2. Aufgrund einer kontinuierlichen erweiterten Aufgabenwahrnehmung sind die Stellen eines vollbeschäftigten Fachangestellten für Bäderbetriebe und die Stelle eines Handwerkers um eine Entgeltgruppe in die EG 6 angehoben worden.

3. Die Teilzeitstelle eines Masseurs und med. Bademeisters ist aufgrund von konstant geleisteter Mehrarbeit in eine Vollzeitstelle umgewandelt worden. Die Änderung hat keine finanziellen Auswirkungen, da in der Vergangenheit die Stunden als Mehrarbeit bei der Kalkulation der Personalkosten berücksichtigt worden sind.

4. Der Kassen- und Terminierungsschalter im Therapiezentrum ist mit dem vorhandenen Personal aufgrund des stetig ansteigenden Arbeitspensums im Bereich der Rechnungslegung und Telefonkontakte sowie durch den langfristigen Ausfall einer Therapeutin, die regelmäßig in diesem Bereich unterstützend tätig war, kaum zu bewältigen. Die ohnehin knapp bemessenen Stellenanteile sind im Rahmen von veränderten Organisationsstrukturen und einer patientengerechten Besetzung um eine Teilzeitstelle in EG 5 mit 20 Stunden wöchentlich aufgestockt worden.

5. Eine freie Therapeut/innen-Stelle im Wellnessbereich des Sole- Frei- und Hallenbades, die mit 17 Std. wöchentlich geführt wurde, ist im letzten Quartal 2022 mit zwei Teilzeitkräften und einem Stundenvolumen von jeweils 10 Stunden neu besetzt worden.

6. Das Personal der Tourist Information ist in Absprache mit der Stadt Bad Salzdetfurth zum 1. April 2023 auf der Grundlage der Erkenntnisse aus dem lfd. Betrieb um eine Teilzeitstelle ausgeweitet worden. Durch die Personalaufstockung fällt der Ruhetag am Montag weg. Neben den erweiterten Servicezeiten wird durch die Maßnahme die Vertretung in Urlaubs- und Krankheitsfällen deutlich variabler.

7. Die Nachbesetzung der Stelle einer ständigen Vertretungskraft im Reinigungsbereich des Therapiezentrums erfolgte intern mit einer Raumpflegerin der EG 2, die ihre Arbeitszeit auf bedarfsgerechte 12 Stunden wöchentlich reduziert hat. Dementsprechend ist die durch den Wechsel freigewordene Teilzeitstelle der Beschäftigten im Rahmen einer Neueinstellung mit einer Reinigungskraft in EG 1 mit 26 Stunden wöchentlich wieder besetzt worden.

8. Mit Jahresbeginn sind zusätzlich vier Raumpflegerinnen für das Sole- Frei- und Hallenbad eingestellt worden, da die bisher in großen Teilbereichen fremd vergebene Reinigung des Bades wieder durch eigenes Personal erledigt wird. Von dieser Umstrukturierung wird auch die Reinigung der Außenanlagen im Kurpark abgedeckt. Dadurch entfällt die Stelle einer Reinigungskraft/Saisonkraft. Den "Insourcing-Kosten" stehen entsprechende Einsparungen bei den Kosten für die Reinigungsfirma gegenüber.

   Damit bei Ausfällen besser reagiert werden kann, ist die Stelle der Vertretungskraft im Solebad von 12 auf 16,5 Stunden wöchentlich angehoben worden.

9. Um dem steigenden Reparatur- und Unterhaltungsaufwand Rechnung zu tragen ist im Vorjahr ein nicht tarifgebundener Mitarbeiter zunächst auf 450,- € Basis eingestellt worden. Zum Jahresende 2022 erfolgte eine Anhebung der Arbeitszeit auf 15 Stunden wöchentlich. Der Beschäftigte unterstützt einrichtungsübergreifend den technisch/handwerklichen Bereich im Solebad und im Therapiezentrum.

S t e l l e n p l a n

Teil A: Beschäftigte (ehemalige Angestellte)

lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgeltgruppe	Zahl der Stellen im Wirtschaftsjahr 2023	Zahl der Stellen im Vorjahr			Erläuterungen
				insgesamt	davon am 31.3.2022		
					tatsächl. besetzt	nicht besetzt	
1	**2**	**3**	**4**	**5**	**6**	**7**	**8**
1	Geschäftsführer/in	15	1	1	1	-	
2	Hauptsachbearbeiter/in	10	2	2	2	-	
3	Ltd. Physiotherapeut/in	10	1	1	1	-	
4	Techniker/in	8	2	2	2	-	
5	Sachbearbeiter/in 33 Std.	8	1	1	1	-	
6	Sachbearbeiter/in 32 Std.	8	1	1	1	-	
7	Physiotherapeut/in 19 Std.	8	1	1	1	-	
8	Physiotherapeut/in	7	2	2	2	-	
9	Physiotherapeut/in 28 Std.	7	1	1	1	-	
10	Physiotherapeut/in 25 Std.	7	3	3	3	-	
11	Physiotherapeut/in 24 Std.	7	1	-	-	-	siehe Stellenplanerläuterung Nr. 1
12	Physiotherapeut/in 20 Std.	7	4	4	4	-	
13	Physiotherapeut/in 10 Std.	7	1	1	1	-	
14	Techniker/in	6	1	-	-	-	siehe Stellenplanerläuterung Nr. 2
15	Masseur/in	6	2	1	1	-	siehe Stellenplanerläuterung Nr. 3
16	Masseur/in 30 Std.	6	-	1	1	-	siehe Stellenplanerläuterung Nr. 3
17	Masseur/in 25 Std.	6	1	1	1	-	
18	Terminvergabe	6	-	1	1	-	siehe Stellenplanerläuterung Nr. 4
19	Terminvergabe 35 Std.	6	1	-	-	-	siehe Stellenplanerläuterung Nr. 4
20	Kassierer/in 25 Std.	6	1	-	-	-	siehe Stellenplanerläuterung Nr. 4

S t e l l e n p l a n

Teil A: Beschäftigte (ehemalige Angestellte)

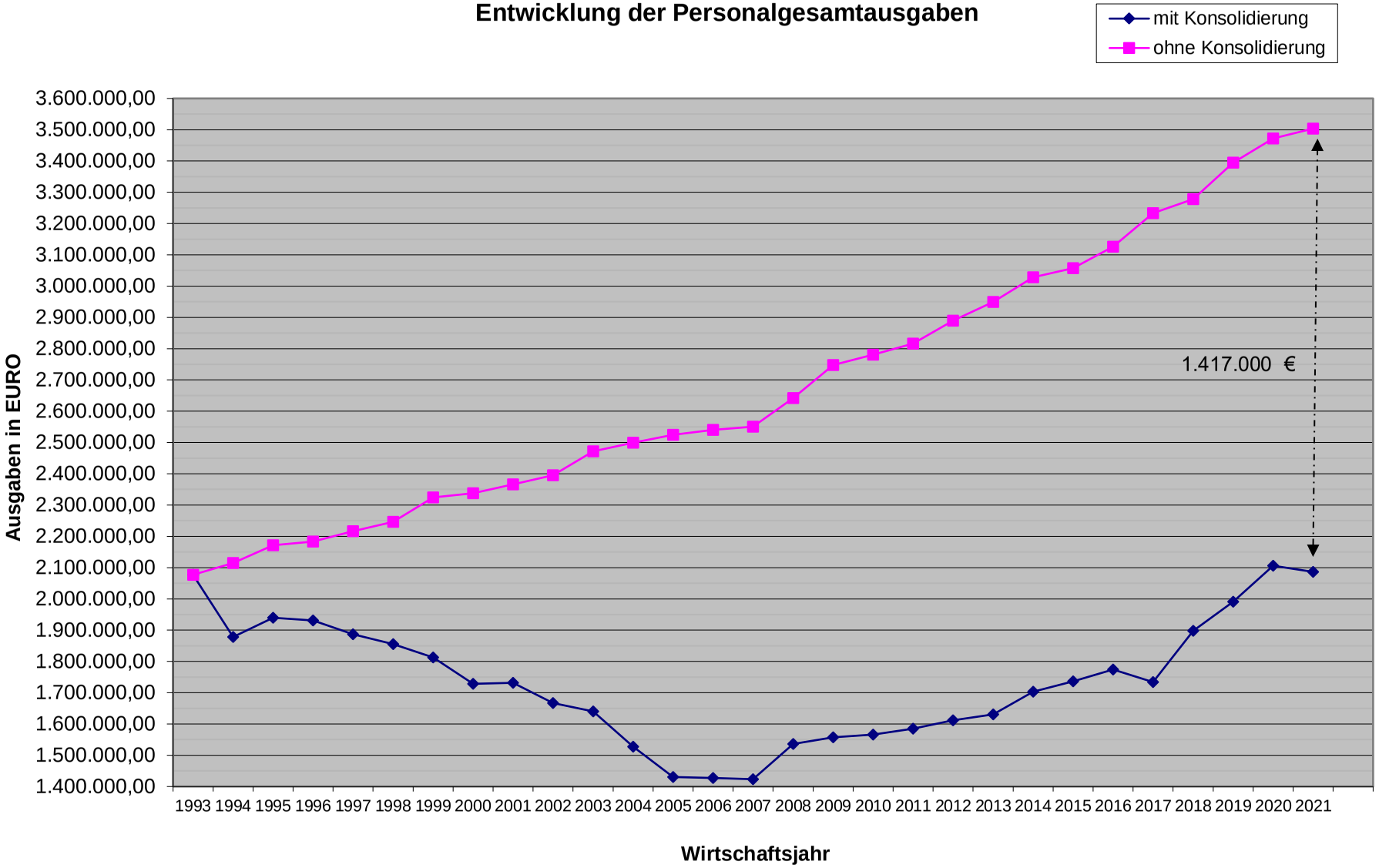
lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgeltgruppe	Zahl der Stellen im Wirtschaftsjahr 2023	Zahl der Stellen im Vorjahr			Erläuterungen
				insgesamt	davon am 31.3.2022		
					tatsächl. besetzt	nicht besetzt	
1	**2**	**3**	**4**	**5**	**6**	**7**	**8**
21	Fachang. Bäderbetriebe	5	3	4	4	-	siehe Stellenplanerläuterung Nr. 2
22	Fachang. Bäderbetriebe 35 Std.	5	1	1	1	-	
23	Kassiererin 31 Std.	5	-	1	1	-	siehe Stellenplanerläuterung Nr. 4
24	Kassierer/in 24,3 Std.	5	4	4	4	-	
25	Kassierer/in 20 Std.	5	1	-	-	-	siehe Stellenplanerläuterung Nr. 4
26	Masseur/in 17 Std.	5	-	1	1	-	siehe Stellenplanerläuterung Nr. 5
27	Masseur/in 15 Std.	5	1	1	1	-	
28	Aushilfskassierer/in 12,5 Std.	5	1	1	1	-	
29	Masseur/in 10 Std.	5	1	-	-	-	siehe Stellenplanerläuterung Nr. 5
30	Touristinformation 13,5 Std.	4	3	2	2	-	siehe Stellenplanerläuterung Nr. 6
31	Masseur/in 10 Std.	4	1	-	-	-	siehe Stellenplanerläuterung Nr. 5
32	Fachbereichslt. HBV/Beratung	fester Stundensatz	1	1	1	-	Einsatz erfolgt nach Bedarf
33	Fachang. f. Bäderbetriebe	fester Stundensatz	1	1	1	-	Einsatz erfolgt nach Bedarf
	<u>Auszubildende</u>						
34	Fachang. f. Bäderbetriebe	Ausbildungsentgelt	1	1	1	-	

S t e l l e n p l a n

Teil B: Beschäftigte (ehemalige Arbeiter)

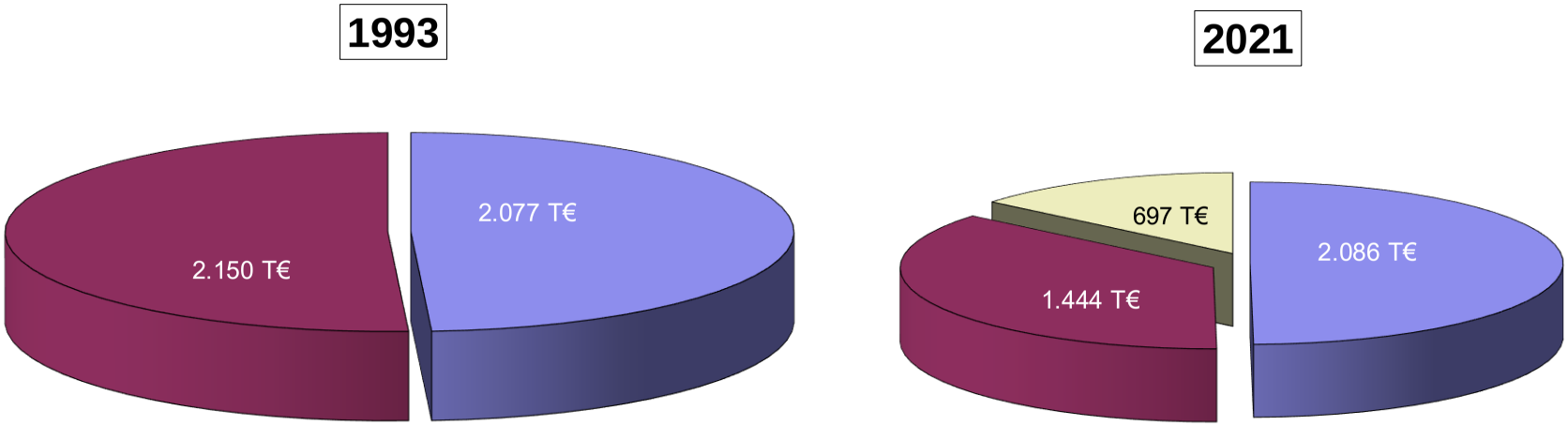
lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgeltgruppe	Zahl der Stellen im Wirtschaftsjahr 2023	Zahl der Stellen im Vorjahr			Erläuterungen
				insgesamt	davon am 31.3.2022		
					tatsächl. besetzt	nicht besetzt	
1	**2**	**3**	**4**	**5**	**6**	**7**	**8**
1	Handwerker	6	1	-	-	-	siehe Stellenplanerläuterung Nr. 2
2	Handwerker	5	-	1	1	-	siehe Stellenplanerläuterung Nr. 2
3	Gärtner/in	4	1	1	1	-	
4	Badewärter/in 20 Std.	3	2	2	2	-	
5	Saunawärter/in 27,25 Std.	3	1	1	1	-	
6	Saunawärter/in 23,25 Std.	3	1	1	1	-	
7	Raumpfleger/in 26 Std.	2	-	1	1	-	siehe Stellenplanerläuterung Nr. 7
8	Raumpfleger/in 12 Std.	2	1	-	-	-	siehe Stellenplanerläuterung Nr. 7
9	Raumpfleger/in 27,5 Std.	1	7	3	3	-	siehe Stellenplanerläuterung Nr. 8
10	Raumpfleger/in 26 Std.	1	3	2	2	-	siehe Stellenplanerläuterung Nr. 7
11	Raumpfleger/in 16,5 Std.	1	1	-	-	-	siehe Stellenplanerläuterung Nr. 8
12	Vertretg. Raumpflege 12 Std.	1	-	2	2	-	siehe Stellenplanerläuterung Nr. 7+8
13	Reinigungskraft Außen 8 Std.	1	-	1	1	-	siehe Stellenplanerläuterung Nr. 8
14	Instandhaltungsarbeiter/in 15 Std.	fester Stundensatz	1	-	-	-	siehe Stellenplanerläuterung Nr. 9

Entwicklung der Personalgesamtausgaben



Rückführung der betrieblichen Kosten

- Vergleich des Wirtschaftsjahres 2021 mit dem Ausgangsjahr 1993 -



Gesamtaufwand 4.227 T€

Gesamtaufwand 3.530 T€

Kostensenkung durch Konsolidierungsmaßnahmen 697 T€

Ferner ist zu berücksichtigen, dass die in den letzten 28 Jahren resultierenden, erheblichen unvermeidbaren Kostensteigerungen in vollem Umfang kompensiert wurden. Das tatsächlich erwirtschaftete Konsolidierungspotential ist insofern deutlich höher.
- siehe hierzu beispielhaft Entwicklung der Personalausgaben -

Personalkosten | sonstiger Aufwand | Konsolidierung

Wirtschaftsplan 2025

des

Zweckverbandes

Abfallwirtschaft Hildesheim

Bad Salzdetfurth

ZWECKVERBAND
ABFALLWIRTSCHAFT
HILDESHEIM

Vorbericht
zum Wirtschaftsplan 2025

Der Zweckverband Abfallwirtschaft Hildesheim (ZAH) ist ein Zweckverband nach dem Niedersächsichen Gesetz über die Kommunale Zusammenarbeit (NKomZG) und damit eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Die Wirtschaftsführung hat gemäß § 17 der Verbandsordnung nach den Vorschriften der Verordnung über Eigenbetriebe und anderer prüfungspflichtiger Einrichtungen (EigBetrVO Nds) zu erfolgen. Grundlage hierfür ist § 16 Abs. 3 NKomZG i.V.m. § 5 EigBetrVO Nds).

Mitglieder des ZAH sind der Landkreis Hildesheim (18 Gemeinden, Samtgemeinden, Städte) und die Stadt Hildesheim.

Der ZAH nimmt gemäß § 4 der Verbandsordnung, für die Verbandsmitglieder die Aufgaben des öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers wahr. Hierzu zählen insbesondere das Einsammeln, Befördern sowie die Verwertung und Entsorgung des im Verbandsgebiet anfallenden Abfalls, die Schaffung von Einrichtungen zur Verwertung von Abfällen aus Gewerbe und Haushaltungen sowie die Abfallberatung.

Der ZAH betreibt und unterhält im Entsorgungsgebiet die Zentraldeponie Heinde (mit einer Sickerwasserkläranlage, einer Schadstoffsammelhalle, einer Umschlaghalle, dem Recyclingzentrum und dem Kleinanliefererplatz) sowie fünf Wertstoffhöfe und eine Annahmestelle.

Der gemäß § 13 EigBetrVO Nds aufzustellende Wirtschaftsplan besteht aus dem Erfolgsplan, dem Vermögensplan, der Stellenübersicht und der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung. Die gemäß § 17 EigBetrVO Nds aufgestellte mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung wird für das laufende Jahr und die vier folgenden Jahre aufgestellt. Die nach § 26 EigBetrVO Nds (in der Fassung vom 12. Juli 2018) veröffentlichten Muster wurden bei der Aufstellung des Wirtschaftsplanes berücksichtigt. Der Kontenplan entspricht den Formblattvorschriften und wurde um die branchenspezifischen Konten erweitert.

Die Restabfälle aus dem Gebiet des ZAH werden seit Anfang 2018 bei der Enertec GmbH, Hameln, thermisch vorbehandelt. Des Weiteren wird ein Kompostwerk durch eine beauftragte Firma betrieben.

Die Sammlung von Papier, Pappe und Kartonagen (PPK) im Verbandsgebiet wird durch den ZAH in eigener Regie durchgeführt. Seit der Einführung der blauen Papiertonne erfolgt die Sammlung zweigleisig, sowohl im Holsystem (Papiertonne) als auch im Bringsystem (Depotcontainerstandplätze). Zu beachten ist, dass die Systemanbieter seit Anfang 2022 von ihrem Recht auf die körperliche Herausgabe ihres Anteils an der gesammelten Tonnage Gebrauch machen.

Die Aufträge für die Leerung und den Transport der zum 1. Januar 2023 eingeführten "Gelben Tonne" (davor: Sammlung und Transport der Wertstoffsäcke) im Rahmen des Dualen Systems Deutschland für das Gebiet des Landkreises Hildesheim und der Stadt Hildesheim als Subunternehmer sind bis zum 31. Dezember 2025 erteilt.

Der **Erfolgsplan** weist Erträge von T€ 31.803 (Vj. T€ 30.111) aus. Die Umsatzerlöse werden im Wesentlichen aus Gebühreneinnahmen, Erstattungen aus den Wertstoffsammlungen und Nebenleistungen im Rahmen des Dualen Systems (DSD), Erlösen aus der PPK-Verwertung, Kanalreinigung und Fäkalienbeseitigung, der Containerabfuhr, sonstigen Verkaufserlösen sowie Erträgen aus der Vermietung und Verpachtung erzielt. Des Weiteren sind in den Erträgen die sonstigen betrieblichen Erträge sowie die erwarteten Erträge aus dem Finanzergebnis berücksichtigt.

Bei gegenüber dem Vorjahr unveränderten Gebühren in den Bereichen der Restmüll- und Bioabfallentsorgung beruht die Annahme der höheren Gebühreneinnahmen auf dem weiteren Anstieg der aufzustellenden Behälter und dem damit verbundenen höheren zu leerenden Behältervolumen. Die geplanten Erträge aus den Anlieferungen zur Deponie und zu den Wertstoffhöfen bleiben bei unveränderten Gebühren auf Vorjahresniveau. Eine Anpassung der Gebühren ist bei erwarteten gleichbleibenden Anlieferungsmengen sowie durch die bereits feststehenden und erwarteten Kostensteigerungen nicht erforderlich. Dabei ist zu beachten, dass in den Bereichen Restmüll- und Bioabfallentsorgung noch Gebührenüberdeckungen aus Vorjahren vorhanden sind. Aufgrund der vertraglichen Regelungen bleiben die Erträge aus der Leerung der „Gelben Tonnen" nahezu unverändert. Bei der Zunahme der Erträge aus der Sammlung und Vermarktung der Fraktion PPK ist die körperliche Herausgabe des PPK-Anteils an die Systemanbieter sowie der wieder steigende Marktpreis für die Verwertung angemessen berücksichtigt.

Die geplanten sonstigen betrieblichen Erträge werden im Saldo vor allem durch die geringeren Erträge aus dem Abgang von Sachanlagen sowie aus der Auflösung von Rückstellungen niedriger ausfallen.

Die Aufwendungen betragen T€ 31.917 (Vj. T€ 30.521). Ihre Zunahme beruht vor allem auf der Erhöhung der CO_2-Abgabe zum 1. Januar 2025. Die CO_2-Abgabe führt bei den Kosten für die thermische Verwertung, der Bioabfallverwertung, bei den Kraftstoffen sowie der Maut zu deutlichen Kostensteigerungen. Bei den übrigen Aufwendungen wurden die allgemeinen Kostensteigerungen berücksichtigt.

Außer dem geplanten Ertrag aus der Beteiligung werden Zinserträge aus den vorgesehenen Geldanlagen erwartet. Aus der gebotenen Aufzinsung der langfristen Rückstellungen sind Zinsaufwendungen im Planansatz berücksichtigt. Im Saldo verbleibt ein positives Finanzergebnis.

Bei dem Ansatz der Steuern vom Einkommen und vom Ertrag wird davon ausgegangen, dass die Einführung des § 2b UStG um ein weiteres Jahr (31. Dezember 2026/ 1. Januar 2027) verschoben wird.

Nach der Planung wird somit für das Wirtschaftsjahr 2025 mit einem Jahresfehlbetrag von T€ 114 (Vj. Jahresfehlbetrag T€ 410) gerechnet.

Der **Vermögensplan** weist auf der Ausgabenseite einen Betrag von T€ 5.906 aus. Für Investitionen sind insgesamt T€ 5.436 geplant. Hiervon entfallen auf die Neu- und Ersatzbeschaffungen im Bereich des Fuhrparks T€ 4.130 und auf Behälter T€ 520 sowie auf Baumaßnahmen auf dem Betriebshof T€ 300 und auf der Deponie T€ 150.

Für Rekultivierungsmaßnahmen auf der Zentraldeponie Heinde sowie für die Altlastensanierungen für die Stadt Hildesheim und den Landkreis Hildesheim wird ein Rückstellungsverbrauch von insgesamt T€ 470 erwartet.

Die Einnahmen des Vermögensplanes 2025 bestehen vor allem aus den Abschreibungen. Zuführungen zu den Rückstellungen für Rekultivierungs- und Nachsorgeverpflichtungen auf der Zentraldeponie Heinde sind nicht geplant. Zuführungen für die Altlastensanierung sind aufgrund der Beschlüsse der Verbandsorgane im Jahr 2019 bis auf weiteres ausgesetzt.

Es werden keine Investitionskredite benötigt.

Gemäß § 18 der Verbandsordnung sowie unter Beachtung des NKAG arbeitet der ZAH ohne Gewinnerzielungsabsicht, d.h. mittelfristig sind die aus den gebührenpflichtigen Bereichen erzielten Gebührenüberdeckungen und - unterdeckungen auszugleichen. Um diesem Ziel gerecht zu werden, sind in den Bereichen der Restmüll- und Biomüllentsorgung sowie im Bereich der Direktanlieferungen von Rest- und Gewerbeabfällen keine Gebührenerhöhungen vorgesehen. Die letzte Anhebung der Gebührensätze erfolgte zu 1. Januar 2024.

Die einzelnen Ansätze des Wirtschaftsplanes entsprechen den voraussichtlichen Erwartungen und sind mit den Ergebnissen der Finanzbuchhaltung abgestimmt.

HAUSHALTSSATZUNG 2025
des
Zweckverbandes Abfallwirtschaft Hildesheim

Aufgrund der Verbandsordnung des Zweckverbandes vom 22.12.2015 hat die Verbandsversammlung in der Sitzung am 18.12.2024 folgende Haushaltssatzung beschlossen:

§ 1

Der Wirtschaftsplan für das Haushaltsjahr 2025 wird im

Erfolgsplan mit Erträgen in Höhe von	EUR	31.803.000
Erfolgsplan mit Aufwendungen in Höhe von	EUR	31.917.000
einem geplanten Jahresergebnis	EUR	-114.000

Vermögensplan mit Einnahmen in Höhe von	EUR	5.906.000
Vermögensplan mit Ausgaben in Höhe von	EUR	5.906.000

festgesetzt.

§ 2

Der Gesamtbedarf der Kredite zur Durchführung von Investitionen wird auf festgesetzt.	EUR	0

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen werden nicht veranschlagt.

§ 4

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im Wirtschaftsjahr 2025 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf EUR 2.000.000,-- festgesetzt.

Bad Salzdetfurth, den 18.12.2024

Der Vorsitzende der Verbandsversammlung

Der Verbandsgeschäftsführer

Wirtschaftsplan 2025
Zweckverband Abfallwirtschaft Hildesheim

A: Erfolgsplan

lfd. Nr.	Bezeichnung	Planansatz 2025	Planansatz 2024	Ergebnis 2023	Erläuterungen
		EUR	EUR	EUR	
	Erträge				
1.	**Umsatzerlöse**				
4000	Müllgebühren manuell Restmüll	0,00	0,00	0,00	ab 2019 auf Gebühren verteilt
	Müllgebühren manuell Biomüll				
4001	Müllgebühren Restmüll	15.280.000	14.940.000	12.958.344	gem. BAB
4200	Ausgleich Gebührenüberdeckungen RM	0	0	340.957	gem. BAB
4003	Müllgebühren Biomüll	6.430.000	6.350.000	5.749.707	gem. BAB
4201	Ausgleich Gebührenüberdeckungen Bio	0	0	84.015	gem. BAB
4002	Deponieeinnahmen	950.000	850.000	818.578	gem. BAB
4102	Bareinnahmen Deponie	850.000	850.000	764.223	gem. BAB
4103	ZAH Containeranl. Kompostwerk	10.000	10.000	13.845	gem. BAB
4104	ZAH Containeranl. Dritte	1.000	3.000	82	gem. BAB
4105	ZAH Cont. Tonnagegeb Sperrgut	350.000	350.000	319.647	gem. BAB
4005	Schadstoffentsorgung	70.000	50.000	44.136	
4006	Fäkalienabfuhr	40.000	35.000	58.236	
4007	Containerabfuhr	210.000	210.000	254.154	
4008	Verkauf Abfallsäcke	120.000	120.000	107.629	
4009	Erlöse DSD LVP	1.740.000	1.750.000	1.739.641	Verträge Systembetreiber
4010	Erlöse Stromverkauf BHKW	50.000	60.000	56.714	
4011	Einnahmen Sickerwasser	70.000	60.000	88.532	
4013	Kanalreinigung	160.000	150.000	159.859	
4015	Sonderleistg./Wilder Müll	20.000	22.000	36.019	Erstattungen von Dritten
4016	Wertstoffhof Hildesheim	300.000	300.000	265.192	
4017	Wertstoffhof Lamspringe	75.000	70.000	82.823	
4018	Wertstoffhof Sarstedt	55.000	55.000	46.915	
4028	Wertstoffhof Alfeld	100.000	100.000	104.300	
4031	Wertstoffhof Elze	85.000	80.000	85.926	
4019	1,1 cbm Abruf-Gebühren	55.000	55.000	54.888	
4020	Bareinnahmen Kompostwerk	150.000	150.000	163.979	Direktanlieferungen
4021	Rechnungen Kompostwerk	90.000	90.000	83.136	
4023	Barerlöse Shredderaktion	0	0	0	
4024	Barerlöse Sperrmüll	3.000	5.000	213	
4027	Erlöse PPK Systemanbieter 19%	1.500.000	700.000	1.307.012	körperliche Herausgabe PPK
	Übertrag	28.764.000	27.415.000	25.768.701	

lfd. Nr.	Bezeichnung	Planansatz 2025	Planansatz 2024	Ergebnis 2023	Erläuterungen
		EUR	EUR	EUR	
	Übertrag	28.764.000	27.415.000	25.768.701	
4028	Erlöse Altpapier steuerfrei	980.000	690.000	623.249	Marktpreisabhängig
4029	Erlöse Altpapier steuerpflichtig	420.000	300.000	84.365	Mengen Systembetreiber
4030	Erlöse Elektroschrott	220.000	220.000	192.523	
4032	Erlöse Schrottverkauf allgemein	190.000	200.000	172.208	
4033	Erlöse LEG AIII-Holz	250.000	200.000	372.764	
4034	Erlöse A IV-Holz	0	15.000	41.653	
4035	Erlöse Umschlag Altpapier (Systemanbieter)	105.000	105.000	112.686	körperliche Herausgabe PPK
4036	Erlöse Kunststoffe	1.000	1.000	930	
4037	Erlöse Altfett 19% Ust	1.000	0	137	
4832	Erträge Mietnebenkosten	5.000	5.000	5.228	
4835	Wohnungsmieten	23.000	23.000	23.492	
4836	Garagenmieten	1.000	1.000	485	
4837	Miet- und Pachterlöse	7.000	7.000	7.005	
4838	Provision aus Werbung	12.000	12.000	13.328	
4843	Pachterträge Koppelberg	90.000	70.000	54.395	
4925	Erträge aus abgeschr. Forderungen	1.000	1.000	4.710	
4950	Erträge Deponienachberechnungen	0	0	112.000	
4954	Periodenfremde Erträge Hochwasser	0	0	0	
4980	Periodenfremde Gebühreneinn.	1.000	4.000	80	aus Vorjahren
	Summe Umsatzerlöse	**31.071.000**	**29.269.000**	**27.589.939**	
2.	**Andere aktivierte Eigenleistungen**				
4820	Aktivierte Eigenleistung	0	0	1.774	Bautätigk. Deponie; WH HI
3.	**Sonstige Betriebliche Erträge**				
4830	Erträge Verwaltungskostenerstattungen	0	0	0	
4831	Mahngebühr Bescheide	13.000	12.000	13.070	
4834	Sonst. Vollstreckungskosten	15.000	15.000	25.291	
4839	Erlöse Dieselverkauf	10.000	12.000	12.059	
4840	Personalkostenerstattungen	10.000	20.000	31.449	
4844	Erstattung Energiepreispauschale	0	0	0	
4900	Erträge aus Anlagenabgängen (Buchgewinn)	75.000	100.000	143.527	
4921	Erträge aus Auflösung Einzelwertbericht.	10.000	10.000	9.039	
4930	Erträge aus Auflösung Rückstellungen	93.000	68.000	182.482	
4955	Periodenfremde Erträge	0	0	0	
5730	Skonti	10.000	9.000	12.209	
7410	Versicherungsleistungen	230.000	230.000	163.702	
7420	Zuschüsse	0	50.000	52.065	Machbarkeitsstudien
	Summe sonstige betriebliche Erträge	**466.000**	**526.000**	**644.893**	
	Gesamt Erträge	**31.537.000**	**29.795.000**	**28.236.606**	

lfd. Nr.	Bezeichnung	Planansatz 2025	Planansatz 2024	Ergebnis 2023	Erläuterungen
		EUR	EUR	EUR	
	Aufwendungen				
4	**Materialaufwand**				
	a) Roh-, Hilfs-, Betriebsstoffe; Waren				
6093	Dienst-, Schutzkleidung	120.000	140.000	115.409	
6319	Kraftstoffe	1.645.000	1.936.000	1.544.889	CO_2-Aufschlag; km-Lstg <
6320	Heizung	7.000	7.000	10.045	
6325	Gas, Strom, Wasser	130.000	150.000	108.090	
6350	Betriebskosten Werkstatt	15.000	20.000	13.624	
6354	Betriebskosten Kläranlage	60.000	50.000	41.398	
6355	Betriebskosten Deponie	25.000	25.000	83.770	
6358	Betriebskosten Schadstoffhalle	5.000	5.000	6.438	
6360	Werkzeuge	15.000	10.000	19.397	
6475	Ersatzteile Behälter	35.000	40.000	31.358	
6530	Ersatzteile KFZ	570.000	450.000	583.590	
6535	Schmierstoffe, Öle, Fette	45.000	40.000	43.093	
6536	Reifen	165.000	160.000	148.103	
6537	Laborbedarf	35.000	35.000	32.958	
6570	Sonstige KFZ-Kosten	1.000	1.000	458	
6700	Kosten Wertstoffsäcke	0	0	72.000	für Remondis;
6714	Kosten Müllsäcke	32.000	32.000	24.327	
	Summe Aufwendungen für Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe	***2.905.000***	***3.101.000***	***2.878.947***	
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen				
6097	Leiharbeiter	1.350.000	950.000	1.255.724	
6305	Nebenkosten FTZ	60.000	63.000	58.800	
6310	Miete FTZ	150.000	150.000	150.000	
6315	Mieten, Pacht, Erbbauzins	132.000	132.000	116.175	
6334	Miete, Reinigung Schutzkleidung	200.000	190.000	194.766	
6335	Instandhaltung Betriebsräume	70.000	60.000	46.789	
6337	Instandhaltung Mietwohnungen	15.000	15.000	7.105	
	Übertrag	1.977.000	1.560.000	1.829.359	

lfd. Nr.	Bezeichnung	Planansatz 2025	Planansatz 2024	Ergebnis 2023	Erläuterungen
		EUR	EUR	EUR	
	Übertrag Aufwendungen	1.977.000	1.560.000	1.829.359	
6351	Rep. / Instandh. Deponie	30.000	25.000	39.089	
6356	Rep. / Instandh. Kläranlage	60.000	50.000	67.348	
6357	Rep. / Instandh. Außenanlagen	20.000	20.000	22.105	
6361	Fremdbez. Leistungen Wertstoffhöfe	80.000	80.000	25.379	
6362	Fremdbez. Leistungen Umschlaghalle	70.000	10.000	16.051	
6363	Fremdbez. Leistungen BHKW	50.000	60.000	60.865	
6450	Rep. / Instandh. Bauten	50.000	20.000	49.727	
6460	Rep. / Instandh. Anlagen, Maschinen	40.000	40.000	155.492	
6470	Rep. / Instandh. Betr.-, Gesch.-ausstg.	10.000	10.000	7.801	
6540	Rep. / Instandh. KFZ.	250.000	150.000	288.560	
6541	TÜV / ASU u. ä.	25.000	23.000	22.760	
6542	Mautgebühren	220.000	220.000	141.933	CO_2-Aufschlag, FZ > 3,5 t
6543	Fahrerkarten Digitaler Tachograf)	25.000	16.000	14.502	
6560	Fremdfahrzeuge	183.000	183.000	17.783	
6561	Leasing Fahrzeuge Verbrennung	288.000	288.000	228.152	
6562	Kosten GPS-Kommunikation	200.000	140.000	165.676	
6701	Reifenbeseitigung	40.000	50.000	39.380	
6702	Abwasserabgabe	9.000	9.000	8.178	
6703	Fäkalienbeseitigung	3.000	3.000	4.123	
6704	Schadstoffbeseitigung	392.000	150.000	212.638	
6710	Umweltschutz / Abfallsammlungen	10.000	10.000	8.801	an Vereine / Verbände
6711	Containerstandplatzpflege	20.000	20.000	26.631	
6713	Kosten wilde Müllentsorgung	10.000	10.000	4.670	
6715	Kosten Baustellenabfallsortierung	70.000	70.000	37.175	
6717	Entsorgung Elektrogeräte	1.000	1.000	0	
6718	Kosten Bio-Kompostanlage	2.450.000	2.200.000	2.340.233	vertragliche Regelung
6720	Sperrmüll	100.000	100.000	153.201	2023 neuer Vertrag
6721	Altholz AIV	50.000	0	22.273	
6722	Kunststoffe RZH	255.000	330.000	310.002	
6723	Altholz AIII	50.000	0	39.715	
6730	Kosten therm. Restabfallbeseitigung	5.340.000	4.980.000	3.994.550	CO_2-Aufschlag
6731	Kosten Abfalltransport	10.000	10.000	0	
6732	Sortierung, Vermarktung Altpapier	170.000	220.000	155.207	
6734/6737	Sortierung, Vermarktung Altpapier steuerpfl.	30.000	30.000	21.009	
6735	Kostenbeteiligung Systemanbieter PPK	100.000	130.000	17.180	körperliche Herausgabe PPK
6736	Kosten Bauschuttentsorgung	50.000	60.000	51.030	vertragliche Regelung
	Summe Aufwendungen für bezogene Leistungen	***12.738.000***	***11.278.000***	***10.598.579***	
	Summe Materialaufwand	**15.643.000**	**14.379.000**	**13.477.526**	

lfd. Nr.	Bezeichnung	Planansatz 2025	Planansatz 2024	Ergebnis 2023	Erläuterungen
		EUR	EUR	EUR	
5	**Personalaufwand**				
6000 und 6001	Entgelte für die Beschäftigten	8.625.000	8.660.000	7.849.351	Löhne und Gehälter
6002	Löhne Auszubildende	30.000	26.000	21.747	
6003	Löhne Aushilfen	180.000	130.000	216.140	
6005	Mutterschaftsgeld	0	0	0	
6006	Fahrradleasing	70.000	70.000	58.487	
6007	Hansefit Sport	30.000	0	0	
6035	Inflationsausgleichsprämie	0	0	481.933	
6040und 6154	Veränderung Personalrückstellungen	10.000	-25.000	-2.321	Urlaub, Mehrstunden, ATZ
6080	Vermögenswirksame Leistungen	6.000	6.000	5.406	
6090 und 6099	pauschale LSt und KiSt; Lohnsteuer Vorjahre	12.000	12.000	6.900	
6092	Zehrgeld	60.000	60.000	60.453	
	Summe Löhne und Gehälter	9.023.000	8.939.000	8.698.096	
6110 bis 6117	Gesetzl. sozial. Aufwendungen	1.810.000	1.792.000	1.716.043	
6120	Gemeinde-Unfallversicherung	47.000	37.500	46.283	
6150 bis 6152	VBL Umlage	467.000	561.000	445.152	
6153	VBL Umlage Vorjahre	0	0	-1.986	
6130	Freiwillige soziale	1.000	0	120	
6140	Altersvorsorge AG-Anteil 15%	1.000	0	567	
6160	Beihilfen	1.000	500	579	
6440	Ausgleichsabgabe	0	0	0	
	Summe soziale Abgaben und Aufw. für Altersversorgung	2.327.000	2.391.000	2.206.758	
	Summe Personalaufwand	11.350.000	11.330.000	10.904.854	
6	**Abschreibungen**				
6240 und 6260	Abschreibungen auf Sachanlagen	2.755.000	2.705.000	2.756.761	
6241	Abschreibungen auf immat. VG	55.000	50.000	53.595	
	Summe Abschreibungen	2.810.000	2.755.000	2.810.356	
7	**Aufwend. Deponienachsorge / Altlastsan.**				
6200	Rückstellg. Rekultivierung	0	0	0	
6204/6205	Rückstellg. Altlastsanierung	0	0	0	Zuführung ausgesetzt
6211	Rückstellg. Deponienachsorge	0	0	0	
	Summe Aufwend. Deponienachsorge / Altlastsan.	0	0	0	

-800-

lfd. Nr.	Bezeichnung	Planansatz 2025	Planansatz 2024	Ergebnis 2023	Erläuterungen
		EUR	EUR	EUR	
8	**Sonstige betriebl. Aufwendungen**				
6094	Aus- und Fortbildung	60.000	50.000	67.828	
6095	Personalnebenausg./Betriebsarzt	35.000	35.000	43.801	
6098	Personalausg. an Verbandsmitglieder/Fremdangest.	1.000	1.000	998	Verbandsausschuss
6243	Zuführung Einzelwertberichtigungen	8.000	8.000	7.561	
6300	Sonst. betr. Aufwend.	12.000	12.000	7.320	
6330	Reinigung	150.000	140.000	150.152	
6353	Ausgleichszahlungen	5.000	5.000	2.250	
6400	Versicherungen	160.000	150.000	143.374	
6420	Mitgliedsbeiträge	15.000	14.000	14.698	
6430	Sonstige Geschäftsausgaben	0	0	0	
6520	KFZ - Versicherungen	150.000	145.000	139.407	
6600	Öffentlichkeitsarbeit	200.000	230.000	263.277	
6630	Repräsentationskosten	4.000	4.000	25	
6640	Bewirtungskosten	14.000	10.000	15.885	
6650	Reisekosten Arbeitnehmer	5.000	5.000	4.546	
6740	Fracht	1.000	1.000	0	
6800	Porto	90.000	85.000	79.931	
6805	Telefon	140.000	110.000	129.866	
6807	Bekanntmachungen	18.000	18.000	23.751	
6811	Miete Meldeanlage	2.000	2.000	2.126	
6812	Miete Kopierer	4.000	4.000	2.179	
6815	Bürobedarf	65.000	60.000	63.497	
6816	EDV-Bedarf	250.000	210.000	241.523	
6820	Zeitschriften, Bücher	10.000	10.000	10.332	
6825	Rechts- u. Beratungskosten	60.000	80.000	21.737	
6827	Abschluß- u. Prüfungskosten	50.000	80.000	57.961	
6830	Buchführungskosten	90.000	80.000	63.599	
6840	Leasing bewegl. Wirtschaftsgüter	8.000	8.000	9.738	
6850	Vermischte Ausgaben	2.000	2.000	1.740	
6855	Nebenkosten Geldverkehr	50.000	30.000	26.959	
6860	Nicht abzugsf. Vorsteuer	0	0	0	
6880	Aufwand Hochwasser (ohne Anlagevermögen)	0	0	0	
6895	Anlagenabgänge	0	0	0	
6925	Rückst.Kosten Aufbewahrung	0	0	0	
6930	Forderungsverluste	10.000	10.000	6.096	
6931	Restschuldbefreiungen/Insolvenzen	10.000	10.000	-28	
6940	Vollstreckungsgebühr	10.000	10.000	14.846	
6960 bis 6979	Periodenfremde Aufwendungen	0	0	0	
6980 bis 6982	Abgänge Mahn-/Vollstr.-gebühr	4.000	4.000	2.722	
7510	Aufwand Schadensfälle	230.000	230.000	131.873	
	Summe sonstige betriebliche Aufwendungen	**1.923.000**	**1.863.000**	**1.751.545,08**	
	Summe betriebliche Aufwendungen	**31.726.000**	**30.317.000**	**28.944.281**	

lfd. Nr.	Bezeichnung	Planansatz 2025	Planansatz 2024	Ergebnis 2023	Erläuterungen
		EUR	EUR	EUR	
9	**Erträge aus Beteiligungen**	16.000	16.000	20.000	
7000	**Erträge aus Beteiligungen**	16.000	16.000	20.000	
10	**Sonstige Zinsen und ähnl. Erträge**				
7100	Sonstige Zinserträge	250.000	300.000	129.114	
7115	Abzinsung langfristiger Rückstellungen	0	0	903.169	ATZ, Deponierückstellung
7106	Zinserträge KöSt	0	0	1.517	
	Summe Zinsen und ähnliche Erträge	250.000	300.000	1.033.800	
11	**Zinsen und ähnliche Aufwendungen**				
7300	Zinsen u. ä. Aufwendungen	0	0	0	
7301	Zinsen auf Steuernachzahlungen	0	0	0	
7315	Aufzinsungsbeträge langfr. Rückstellungen	100.000	120.000	0	ATZ, Deponierückstellung
	Summe Zinsen und ähnliche Aufwendungen	100.000	120.000	0	
	Summe Finanzergebnis	166.000	196.000	1.053.800	
12	**Ergebnisse der Geschäftstätigkeit**	-23.000	-326.000	348.125	
13	**Steuern vom Einkommen und vom Ertrag**				
7600	Körperschaftssteuer	7.000	7.000	2.775	aus BgA (DSD, BHKW)
7620	Gewerbesteuer	9.000	9.000	3.230	aus BgA (DSD, BHKW)
7630	Kapitalertragssteuer	0	0	0	
7640	Steuernachzahlungen	0	0	0	
7644	Erträge a.d. Auflösung v. Steuerrückst.	0	0	0	
	Summe Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	16.000	16.000	6.005	
14	**Ergebnis nach Steuern**	-7.000	-310.000	352.130	
15	**Außerordentliche Aufwendungen**	0	0	0	
6990	Außerordentliche Aufwendungen periodenfremd				
16	**Sonstige Steuern**				
7640	Steuernachzahlungen	0	0	0	
7680	Grundsteuer	25.000	18.000	18.334	
7685	Kraftfahrzeugsteuer	50.000	50.000	47.538	
	Summe sonstige Steuern	75.000	68.000	65.873	
16	**Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-)**	-114.000	-410.000	274.247	
	Anmerkung:				
	Summe aller Erträge	31.803.000	30.111.000	29.290.406	
	Summe aller Aufwendungen	31.917.000	30.521.000	29.016.159	
		-114.000	-410.000	274.247	

Wirtschaftplan 2025
Zweckverband Abfallwirtschaft Hildesheim

B: Vermögensplan **I. Einnahmen**

lfd. Nr.	Bezeichnung	Planansatz 2025	Planansatz 2024	Ergebnis 2023	Erläuterungen
		EUR	EUR	EUR	
1	**Zuwendungen d. Träger d. Einrichtungen**				
1.1	vom Landkreis Hild. f. Rekultivierungsrückl.	0	0	0	
1.2	vom Landkreis Hild. f. Ford. an Dritte	0	0	0	
1.3	von Stadt Hild. f. Übertrag. v. Ford. an Dritte	0	0	0	
2.	Einn. aus Rückstell. f. Rekultiv./Altlastensanierung	0	0	0	Beschluss Organe
3.	Einn. aus Rückstell. f. Rekultiv./Nachsorge	0	0	-903.169	Saldo Zuführung/Abzinsung
6.1	Einnahmen aus Abschreibungen	2.810.000	2.755.000	2.810.356	gem. Kalkulation
6.2	Einn. aus Rückl. f. Verlustausgl. künft. Jahre	-114.000	-410.000	274.247	Jahresüberschuss/-fehlbetrag
6.2.1.	Einn.aus Rückl. f. Investitionen	0	0	0	beim ZAH nicht vorhanden
6.4	Auflösung RAP-Kapitalisierte Miete	0	0	0	
7.	Einn. a. d. Abgang v. Anlagevermögen	75.000	100.000	143.527	
9.	Kreditaufnahme	0	0	0	
	Überhang/Unterdeckung aus der Abrechnung des WP	3.135.000	384.000	-405.895	
	Gesamteinnahmen d. Vermögensplanes	**5.906.000**	**2.829.000**	**1.919.067**	

-803-

B: Vermögensplan — II. Ausgaben

lfd. Nr.	Bezeichnung	Planansatz 2025	Planansatz 2024	Planansatz 2023	Rechnungsergebnis 2023	Erläuterungen
		EUR	EUR	EUR	EUR	
4	**Sachinvestitionen**					
4.1.1	**Grundstücke u. Bauten lt. Anlagenachweis**					
4.1.2	**Neuerwerb Grundstücke u. Bauten**					
4.1.2.1	Erwerb Flurstücke	0	0	0	78.427	Grunderwerbsteuer Koppelberg
4.2.1	**Bewegl. Sachen d. Anl.verm. lt. Anl.nachw.**					
4.2.1.1	Erwerb von Landkreis Hildesheim	0	0	0	0	
4.2.1.2	Erwerb von Stadt Hildesheim	0	0	0	0	
4.2.2	**Erwerb bewegl. Sachen d. Anl.vermögens**					
4.2.2.1	Behälter u. Container f. Schadstoffhalle	0	0	0	4.795	
4.2.2.2	Ersatzbeschaffung:					
4.2.2.3	Bagger/Radlader/Stapler	350.000	350.000	0	54.740	1 gebrauchter Radlader
4.2.2.4	DSD-/Papier-Fahrzeuge	2.340.000	0	0	0	
4.2.2.5	Containerfahrzeug + Anhänger	230.000	590.000	0	0	
4.2.2.6	Müllfahrzeuge/Schüttung	690.000	630.000	910.000	0	2 FZ für 2023 bereits in 2022 geliefert
4.2.2.7	Sperrmüllfahrzeuge	0	0	0	0	
4.2.2.8	Kanak-/Fäkalfahrzeug	450.000	0	0	0	
4.2.2.9	Smart Scan (Störstofferkennung)	0	100.000	0	0	
4.2.2.10	Fahrzeug Behältertausch/Standplatz	0	150.000	160.000	92.820	2 FZ; 1 FZ bereits in 2022 geliefert
4.2.2.11	Pritschenwagen/PKW	70.000	70.000	70.000	0	
4.2.2.12	PKW für Verwaltung/Betriebshof	0	0	14.000	0	
4.2.2.13	Container / MGB/ Pressbeh.	520.000	80.000	200.000	350.415	
4.2.2.14	Anbauteile für Fahrzeuge	0	0	0	33.290	2 Schneeschilder und 1 Salzstreuer
	Geleistete Anzahlungen	0	0	0	603.051	davon T€ 376 für FZ
	Übertrag	**4.650.000**	**1.970.000**	**1.354.000**	**1.217.538**	

-804-

lfd. Nr.	Bezeichnung	Planansatz 2025	Planansatz 2024	Planansatz 2023	Rechnungsergebnis 2023	Erläuterungen
		EUR	EUR	EUR	EUR	
	Übertrag	**4.650.000**	**1.970.000**	**1.354.000**	**1.217.538**	
4.2.2.12	Betriebs- u. Geschäftsausstattung	50.000	50.000	50.000	24.338	Ausstattung Verwaltung/Werkstatt
4.2.2.13	GWG	10.000	10.000	10.000	10.127	
4.2.2.14	Investitionen in IT und Programme	70.000	70.000	90.000	109.387	Ersatz und Erweiterung
4.2.2.15	Ausstattung Sickerwasserkläranlage/Deponie	30.000	30.000	40.000	0	SiWa-Kläranlage
4.3	**Baumaßnahmen**					
4.3.1	Kläranlage	5.000	5.000	5.000	0	
4.3.2	Schadstoffhalle	1.000	1.000	1.000	0	
4.3.3	Abfallvorbehandlung / Eingangsbereich Deponie	50.000	150.000	20.000	0	
4.3.4	Sozialräume / alte Werkstatt	100.000	3.000	3.000	0	
4.3.5	Fahrzeughallen und Betriebshof	10.000	10.000	10.000	0	
4.3.6	Containerstandplätze DSD	30.000	30.000	25.000	0	
4.3.7	Verwaltung	10.000	10.000	10.000	0	
4.3.8	Plan. zukünft. Abfallentsorgung/Energiemaßnahmen	300.000	0	3.000	0	Mittelspannung
4.3.9	Feuerlöschteich	0	0	0	0	
4.3.10	Gasfassung	0	0	0	0	
4.3.11	Deponiefeld Hörsten-West	0	0	0	0	
4.3.12	Umschlaghalle Deponie	100.000	0	0	0	Bodenerneuerung
4.3.13	Wohnhäuser	5.000	5.000	5.000	110.538	Fassadenerneuerung
4.3.14	Umbau/Sanierung Betriebstankstelle	0	0	0	0	
4.3.15	Recyclinghöfe	15.000	15.000	15.000	0	
4.3.16	Erwerb Blockheizkraftwerk	0	0	0	39.519	
4.3.17	Verwendung.d. Rückst. f. Rekultivierung u. Nachsorge	120.000	120.000	120.000	222.226	Kto. 3080, 3081 und 3090
4.3.18	Verwendung d. Rückst. f. Altlastensanierung	350.000	350.000	350.000	185.393	Kto. 3093 und 3094
5.2	Beteiligung Photovoltaik GmbH (Finanzanlage)	0	0	0	0	
5.3	RAP Kapitalisierte Miete	0	0	0	0	
6.	Auflösung Rückl. Verlustausgl. künft. Jahre	0	0	0	0	
7.	Kredittilgung	0	0	0	0	
	Gesamtausgaben d. Vermögensplanes	**5.906.000**	**2.829.000**	**2.111.000**	**1.919.067**	

Finanzplan 2025

A: Erfolgsplan

lfd. Nr.	Bezeichnung	2024	2025	2026	2027	2028
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
	Erträge					
1	**Umsatzerlöse**					
4001	Müllgebühren Restmüll	14.940.000	15.280.000	15.400.000	15.500.000	15.700.000
4200	Ausgleich Gebührenüberdeckungen RM	0	0	0	0	0
4003	Müllgebühren Biomüll	6.350.000	6.430.000	6.600.000	6.800.000	7.000.000
4201	Ausgleich Gebührenüberdeckungen Bio	0	0	0	0	0
4002	Deponieeinnahmen	850.000	950.000	960.000	980.000	1.100.000
4102	Bareinnahme Deponie	850.000	850.000	860.000	870.000	900.000
4103	ZAH Containeranl. Kompostwerk	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000
4104	ZAH Containeranl. Dritte	3.000	1.000	1.000	1.000	1.000
4105	ZAH Cont. Tonnagegeb Sperrgut	350.000	350.000	370.000	380.000	400.000
4005	Schadstoffentsorgung	50.000	70.000	80.000	80.000	90.000
4006	Fäkalienabfuhr	35.000	40.000	40.000	45.000	50.000
4007	Containerabfuhr	210.000	210.000	210.000	210.000	210.000
4008	Verkauf Abfallsäcke	120.000	120.000	135.000	150.000	170.000
4009	Erlöse DSD LVP / PPK	1.750.000	1.740.000	2.500.000	2.500.000	2.500.000
4010	Erlöse Stromverkauf BHKW	60.000	50.000	50.000	50.000	30.000
4011	Einnahmen Sickerwasser	60.000	70.000	50.000	50.000	40.000
4013	Kanalreinigung	150.000	160.000	150.000	150.000	150.000
4015	Sonderleistg./Wilder Müll	22.000	20.000	21.000	22.000	25.000
4016	Wertstoffhöfe/Annahmestelle	605.000	615.000	630.000	650.000	660.000
4019	1,1 cbm Abruf-Gebühren	55.000	55.000	55.000	55.000	60.000
4020	Bareinn./ Rechng. Kompostwerk	240.000	240.000	260.000	280.000	300.000
4023	Bareinn. Shredderaktion / Sperrmüll	0	0	0	0	0
4024	Barerlöse Sperrmüll	5.000	3.000	1.000	1.000	1.000
4027	Erlöse PPK Systemanbieter 19%	700.000	1.500.000	1.500.000	1.400.000	1.400.000
4028	Erlöse Altpapier steuerfrei	690.000	980.000	900.000	900.000	900.000
4029	Erlöse Altpapier steuerpflichtig	300.000	420.000	400.000	400.000	400.000
4030	Erlöse Elekroschrott	220.000	220.000	230.000	240.000	250.000
Summe Umsatzerlöse / Übertrag		**28.625.000**	**30.384.000**	**31.413.000**	**31.724.000**	**32.347.000**

-806-

Finanzplan 2025

A: Erfolgsplan

lfd. Nr.	Bezeichnung	2024	2025	2026	2027	2028
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Summe Umsatzerlöse / Übertrag		**28.625.000**	**30.384.000**	**31.413.000**	**31.724.000**	**32.347.000**
4032	Erlöse Schrottverkauf allgemein	200.000	190.000	210.000	230.000	250.000
4033	Erlöse AIII-Holz	200.000	250.000	250.000	250.000	250.000
4034	Erlöse A IV-Holz	15.000	0	15.000	15.000	15.000
4035	Erlöse Umschlag Altpapier	105.000	105.000	110.000	110.000	110.000
4036	Erlöse Kunststoffe	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
4037	Erlöse Altfett 19% Ust	0	1.000	1.000	1.000	1.000
4832	Erträge Mietnebenkosten	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000
4835	Wohnungsmieten	23.000	23.000	23.000	23.000	23.000
4836	Garagenmieten	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
4837	Miet- und Pachterlöse	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000
4838	Provision aus Werbung	12.000	12.000	12.000	12.000	12.000
4843	Pachterlöse Koppelberg	70.000	90.000	70.000	70.000	70.000
4925	Erträge aus abgeschriebenen Forderungen	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
4950	Periodenfr. Gebühreneinn.	4.000	1.000	5.000	5.000	5.000
	Summe Umsatzerlöse	**29.269.000**	**31.071.000**	**32.124.000**	**32.455.000**	**33.098.000**

-807-

Finanzplan 2025

A: Erfolgsplan

lfd. Nr.	Bezeichnung	2024	2025	2026	2027	2028
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
2	**Andere aktivierte Eigenleistungen**					
4820	Aktivierte Eigenleistungen	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
3	**Sonstige Betriebliche Erträge**					
4831	Mahngebühr Bescheide	12.000	13.000	12.000	12.000	12.000
4834	Sonst. Vollstreckungskosten	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000
4839	Erlöse Dieselverkauf	12.000	10.000	12.000	12.000	12.000
4840	Personalkostenerstattungen	20.000	10.000	20.000	20.000	20.000
4900	Erträge Anlagenabgänge	100.000	75.000	70.000	70.000	70.000
4921	Erträge Auflösg. Einzelwertbericht.	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000
4930	Erträge Auflösg. Rückstellungen	68.000	93.000	80.000	80.000	80.000
5730	Skonti	9.000	10.000	9.000	9.000	9.000
7410	Versicherungsleistungen	230.000	230.000	210.000	220.000	230.000
7420	Investitionszuschüsse	50.000	0	30.000	0	0
	Summe sonstige betriebliche Erträge	**526.000**	**466.000**	**468.000**	**448.000**	**458.000**
	Gesamt Erträge	**29.795.000**	**31.537.000**	**32.592.000**	**32.903.000**	**33.556.000**

-808-

Finanzplan 2025

A: Erfolgsplan

lfd. Nr.	Bezeichnung	2024	2025	2026	2027	2028
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
	Aufwendungen					
4	**Materialaufwand**					
	a) Roh-, Hilfs-, Betriebsstoffe; Waren					
6093	Dienst-, Schutzkleidung	140.000	120.000	130.000	140.000	150.000
6319	Kraftstoffe	1.936.000	1.645.000	1.750.000	1.900.000	2.000.000
6320	Heizung	7.000	7.000	8.000	8.000	8.000
6325	Gas, Strom, Wasser	150.000	130.000	150.000	150.000	150.000
6350	Betriebsko. Werkstatt	20.000	15.000	20.000	20.000	20.000
6354	Betriebsko. Kläranlage	50.000	60.000	50.000	50.000	50.000
6355	Betriebsko. Deponie	25.000	25.000	25.000	25.000	25.000
6358	Betriebsko. Schadstoffhalle	5.000	5.000	7.000	7.000	7.000
6360	Werkzeuge	10.000	15.000	10.000	10.000	10.000
6475	Ersatzteile Behälter	40.000	35.000	35.000	35.000	40.000
6530	Ersatzteile KFZ	450.000	570.000	550.000	500.000	500.000
6535	Schmierstoffe, Öle, Fette	40.000	45.000	40.000	40.000	40.000
6536	Reifen	160.000	165.000	170.000	170.000	175.000
6537	Laborbedarf	35.000	35.000	38.000	38.000	38.000
6570	Sonstige KFZ-Kosten	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
6714	Kosten Müllsäcke	32.000	32.000	37.000	37.000	38.000
	Summe Roh-, Hilfs-, Betriebsstoffe; Waren	**3.101.000**	**2.905.000**	**3.021.000**	**3.131.000**	**3.252.000**

-809-

Finanzplan 2025

A: Erfolgsplan

lfd. Nr.	Bezeichnung	2024	2025	2026	2027	2028
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
	b) Aufw. für bezogene Leistungen					
6097	Leiharbeiter	950.000	1.350.000	1.250.000	1.250.000	1.250.000
6305	Nebenkosten FTZ	63.000	60.000	63.000	63.000	63.000
6310	Miete FTZ	150.000	150.000	150.000	150.000	150.000
6315	Pacht	132.000	132.000	135.000	135.000	135.000
6334	Miete, Reinigung Schutzkleidung	190.000	200.000	200.000	200.000	200.000
6335	Instandh. Betriebsräume	60.000	70.000	60.000	50.000	50.000
6337	Instandh. Mietwohnungen	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000
6351	Rep. / Instandh. Deponie	25.000	30.000	25.000	25.000	25.000
6356	Rep. / Instandh. Kläranlage	50.000	60.000	50.000	50.000	50.000
6357	Rep. / Instandh. Außenanlagen	20.000	20.000	10.000	10.000	10.000
6361	Fremdbez. Leistungen Wertstoffhöfe	80.000	80.000	60.000	50.000	50.000
6362	Fremdbez. Leistungen Umschlaghalle	10.000	70.000	60.000	40.000	40.000
6363	fremdbez Leistungen BHKW	60.000	50.000	65.000	65.000	70.000
6450	Rep. / Instandh. Bauten	20.000	50.000	30.000	20.000	20.000
6460	Rep. / Instandh. Anlagen, Maschinen	40.000	40.000	40.000	40.000	40.000
6470	Rep. / Instandh. Betr.-, Gesch.-ausstg.	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000
6540	Rep. / Instandh. KFZ.	150.000	250.000	200.000	150.000	150.000
6541	TÜV / ASU u. ä.	23.000	25.000	25.000	26.000	28.000
6542	Mautgebühren	220.000	220.000	220.000	230.000	240.000
6543	Fahrerkarten	16.000	25.000	17.000	17.000	17.000
6560	Fremdfahrzeuge	183.000	183.000	2.000	2.000	2.000
6561	Leasing Fahrzeuge Verbrennung	288.000	288.000	288.000	288.000	300.000
6562	Kosten GPS-Ortung	140.000	200.000	200.000	210.000	220.000
6701	Reifenbeseitigung	50.000	40.000	50.000	50.000	60.000
6702	Abwasserabgabe	9.000	9.000	10.000	10.000	10.000
6703	Fäkalienbeseitigung	3.000	3.000	4.000	4.000	5.000
6704	Schadstoffbeseitigung	150.000	392.000	400.000	410.000	420.000
6710	Umweltschutz / Abfallsammlungen	10.000	10.000	12.000	12.000	12.000
6711	Containerstandplatzpflege	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000
6713	Kosten wilde Müllents.	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000
	Summe Materialaufwand / Übertrag	**3.147.000**	**4.062.000**	**3.681.000**	**3.612.000**	**3.672.000**

-810-

Finanzplan 2025

A: Erfolgsplan

lfd. Nr.	Bezeichnung	2024	2025	2026	2027	2028
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
	Summe Materialaufwand / Übertrag	**3.147.000**	**4.062.000**	**3.681.000**	**3.612.000**	**3.672.000**
6715	Kosten Recyclingzentrum/RZH	70.000	70.000	70.000	70.000	70.000
6717	Entsorgung Elektroschrott	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
6718	Kosten Bio-Kompostanlage	2.200.000	2.450.000	2.700.000	2.700.000	2.700.000
6720	Sperrmüllentsorung	100.000	100.000	150.000	150.000	150.000
6721	Altholz A IV	0	50.000	30.000	30.000	30.000
6722	Baustellenabfall RZH	330.000	255.000	270.000	270.000	270.000
6723	Altholz A III	0	50.000	60.000	60.000	60.000
6730	Kosten therm. Restabfallbeseitigung	4.980.000	5.340.000	5.400.000	5.500.000	5.600.000
6731	Kosten Abfalltransport	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000
6732	Sortierung, Vermarktung Altpapier steuerfrei	220.000	170.000	240.000	250.000	250.000
6734	Aufwand Altpapier steuerpflichtig	30.000	30.000	40.000	40.000	40.000
6735	Kostenbeteiligung Systemanbieter PPK	130.000	100.000	130.000	130.000	130.000
6736	Kosten Bauschuttentsorgung	60.000	50.000	60.000	60.000	60.000
	Summe bezogene Leistungen	**11.278.000**	**12.738.000**	**12.842.000**	**12.883.000**	**13.043.000**
	Summe Materialaufwand	**14.379.000**	**15.643.000**	**15.863.000**	**16.014.000**	**16.295.000**

Finanzplan 2025

A: Erfolgsplan

lfd. Nr.	Bezeichnung	2024	2025	2026	2027	2028
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
5	**Personalaufwand**					
6000	Entgelt für die Beschäftigten	8.660.000	8.625.000	8.660.000	8.700.000	9.000.000
6002	Löhne Auszubildende	26.000	30.000	30.000	30.000	30.000
6003	Löhne Aushilfen	130.000	180.000	150.000	170.000	180.000
6006	Fahrradleasing	70.000	70.000	70.000	80.000	80.000
6007	Hansefit Sport	0	30.000	35.000	35.000	35.000
6040	Veränderg. Urlaubsrückst./Zuführung. ATZ	-25.000	10.000	15.000	15.000	15.000
6080	VWL	6.000	6.000	6.000	6.000	6.000
6092	Zehrgeld	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000
6099	pauschale LSt und KiSt; Lohnsteuer Vorjahre	12.000	12.000	15.000	15.000	15.000
6110	Gesetzl. sozial. Aufwendungen	1.792.000	1.810.000	1.825.000	1.860.000	1.900.000
6120	Gemeinde-Unfallversicherung	37.500	47.000	48.000	49.000	50.000
6130	Freiw. soziale Aufwendg.	0	1.000	1.000	1.000	1.000
6140	Altersvorsorge AG-Anteil 15%	0	1.000	1.000	1.000	1.000
6150	VBL Umlage	561.000	467.000	480.000	490.000	500.000
6154	Zuführung ATZ	0	0	0	0	0
6160	Beihilfen	500	1.000	1.000	1.000	1.000
6440	Ausgleichsabgabe	0	0	0	0	0
	Summe Personalaufwand	**11.330.000**	**11.350.000**	**11.397.000**	**11.513.000**	**11.874.000**
6	**Abschreibungen**					
6240	Abschreibungen auf Sachanlagen	2.705.000	2.755.000	2.810.000	2.830.000	2.850.000
6241	Abschreibungen auf immat. WG	50.000	55.000	50.000	50.000	50.000
		2.755.000	**2.810.000**	**2.860.000**	**2.880.000**	**2.900.000**
7	**Aufwend. Deponienachsorge / Altlastsan.**					
6200	Rückstellg. Rekultivierung	0	0	0	0	0
6204	Rückstellg. Altlastsanierung	0	0	0	0	0
6211	Rückstellg. Deponienachsorge	0	0	0	0	0
		0	**0**	**0**	**0**	**0**

Finanzplan 2025

A: Erfolgsplan

lfd. Nr.	Bezeichnung	2024	2025	2026	2027	2028
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
8	**Sonstige betriebl. Aufwendungen**					
6094	Aus- und Fortbildung	50.000	60.000	50.000	50.000	50.000
6095	Personalnebenausg./Betriebsarzt	35.000	35.000	35.000	36.000	37.000
6098	Personalnebenausg./Verbandsmitglieder	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
6243	Zuführung Einzelwertber.	8.000	8.000	2.000	2.000	2.000
6300	Sonst. betr. Aufwend.	12.000	12.000	12.000	12.000	12.000
6330	Reinigung	140.000	150.000	150.000	155.000	160.000
6353	Ausgleichszahlungen	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000
6400	Versicherungen	150.000	160.000	165.000	168.000	170.000
6420	Mitgliedsbeiträge	14.000	15.000	15.000	15.000	15.000
6430	Sonstige Geschäftsausgaben	0	0	1.000	1.000	1.000
6520	KFZ - Versicherungen	145.000	150.000	155.000	160.000	165.000
6600	Öffentlichkeitsarbeit	230.000	200.000	190.000	190.000	190.000
6630	Repräsentationskosten	4.000	4.000	4.000	4.000	4.000
6640	Bewirtungskosten	10.000	14.000	10.000	10.000	10.000
6650	Reisekosten Arbeitnehmer	5.000	5.000	7.000	7.000	7.000
6740	Fracht	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
6800	Porto	85.000	90.000	90.000	95.000	98.000
6805	Telefon	110.000	140.000	140.000	145.000	150.000
6807	Bekanntmachungen	18.000	18.000	20.000	20.000	20.000
6811	Miete Meldeanlage / Kopierer	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000
6812	Miete Kopierer	4.000	4.000	4.000	4.000	4.000
6815	Bürobedarf	60.000	65.000	65.000	65.000	67.000
	Übertrag sonstige betriebliche Aufwendungen	**1.089.000**	**1.139.000**	**1.124.000**	**1.148.000**	**1.171.000**

Finanzplan 2025

A: Erfolgsplan

lfd. Nr.	Bezeichnung	2024	2025	2026	2027	2028
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
	Übertrag sonstige betriebliche Aufwendungen	**1.089.000**	**1.139.000**	**1.124.000**	**1.148.000**	**1.171.000**
6816	EDV-Bedarf	210.000	250.000	250.000	260.000	270.000
6820	Zeitschriften, Bücher	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000
6825	Rechts- u. Beratungskosten	80.000	60.000	60.000	65.000	70.000
6827	Abschluß- u. Prüfungskosten	80.000	50.000	70.000	70.000	80.000
6830	Buchführungskosten	80.000	90.000	90.000	95.000	100.000
6840	Leasing bewgl. Wirtschaftsgüter	8.000	8.000	9.000	9.000	9.000
6850	Vermischte Ausgaben	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000
6855	Nebenkosten Geldverkehr	30.000	50.000	50.000	50.000	50.000
6860	Nicht abzugsf. Vorsteuer	0	0	0	0	0
6895	Anlagenabgänge	0	0	2.000	2.000	2.000
6925	Rückst. Kosten Aufbewahrung	0	0	0	0	0
6930	Forderungsverluste	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000
6931	Restschuldbefreiungen/Insolvenzen	10.000	10.000	12.000	12.000	12.000
6940	Vollstreckungsgebühr	10.000	10.000	13.000	13.000	13.000
6960	Periodenfremde Aufwendungen	0	0	0	0	0
6980	Abgänge Mahn-/Vollstr.-gebühr	4.000	4.000	10.000	10.000	10.000
7510	Aufwand Schadensfälle	230.000	230.000	210.000	220.000	230.000
	Summe sonstige betriebliche Aufwendungen	**1.853.000**	**1.923.000**	**1.922.000**	**1.976.000**	**2.039.000**
9	**Erträge aus Beteiligungen**					
7000	**Erträge aus Beteiligungen**	**16.000**	**16.000**	**16.000**	**16.000**	**16.000**
10	**Sonstige Zinsen und ähnl. Erträge**					
7100	Sonst. Zinserträge	**300.000**	**250.000**	**250.000**	**250.000**	**250.000**
11	**Zinsen und ähnliche Aufwendungen**					
7300	Zinsen u. ä. Aufwendungen	0	0	1.000	1.000	1.000
7301	Zinsen auf Steuernachzahlungen	0	0	0	0	0
7315	Zinsaufwand aus Aufzinsung langfr. Rückstellungen	120.000	100.000	120.000	120.000	120.000
7320	Zinsaufwand langfristige Darlehen	0	0	0	0	0
		120.000	**100.000**	**121.000**	**121.000**	**121.000**
	Gesamt Aufwendungen	**30.121.000**	**31.560.000**	**31.897.000**	**32.238.000**	**32.963.000**

Finanzplan 2025

A: Erfolgsplan

lfd. Nr.	Bezeichnung	2024	2025	2026	2027	2028
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
12	**Ergebnis der Geschäftstätigkeit**	**-326.000**	**-23.000**	**695.000**	**665.000**	**593.000**
13	**Steuern v. Einkommen und vom Ertrag**					
7600	Körperschaftssteuer	7.000	7.000	200.000	200.000	200.000
7620	Gewerbesteuer	9.000	9.000	180.000	180.000	180.000
7630	Kapitalertragssteuer	0	0	0	0	0
7640	Steuernachzahlungen	0	0	0	0	0
7644	Ertr. a.d. Auflösung v. Steuerrückst.	0	0	0	0	0
		16.000	**16.000**	**380.000**	**380.000**	**380.000**
14	**Ergebnis nach Steuern**	**-342.000**	**-39.000**	**315.000**	**285.000**	**213.000**
15	**Sonstige Steuern**					
7680	Grundsteuer	18.000	25.000	25.000	25.000	25.000
7685	KFZ - Steuer	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000
		68.000	**75.000**	**75.000**	**75.000**	**75.000**
16	**Jahresüberschuss / - fehlbetrag**	**-410.000**	**-114.000**	**240.000**	**210.000**	**138.000**

-815-

Finanzplan 2025

B: Vermögensplan **I. Einnahmen**

lfd. Nr.	Bezeichnung	2024	2025	2026	2027	2028
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
1	**Zuwendungen d. Träger d. Einrichtungen**					
1.1	vom Landkreis Hild. f. Rekultivierungsrückl.					
1.2	vom Landkreis Hild. f. Ford. an Dritte					
1.3	von Stadt Hild. f. Übertrag. v. Ford. an Dritte					
2.	Einn. aus Rückstell. f. Rekultiv./Altlastensan.	0	0	0	0	0
6.1	Einnahmen aus Abschreibungen	2.755.000	2.810.000	2.860.000	2.880.000	2.900.000
6.2	Einn.aus Rück.f. Verlustausgl.künft. Jahre	-410.000	-114.000	240.000	210.000	138.000
6.2.1	Einn.aus Rück.f. Investitionen	384.000	3.135.000	-73.000	407.000	459.000
6.4	Auflösung RAP-Kapitalisierte Miete					
7	Einn. a. d. Abgang v. Anlagevermögen	100.000	75.000	70.000	70.000	70.000
9	Kreditaufnahme	0	0	0	0	0
	Gesamteinnahmen des Vermögensplanes	**2.829.000**	**5.906.000**	**3.097.000**	**3.567.000**	**3.567.000**

Investitionsplan 2025

B: Vermögensplan **II. Ausgaben**

lfd. Nr.	Bezeichnung	2024	2025	2026	2027	2028
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
2.	Ausgabe aus Rücklage Verlustausgleich					
3.	Zuweisung an Stadt Hildesheim					
4	**Sachinvestitionen**					
4.1.1	**Grundstücke u. Bauten lt. Anlagenachweis**					
4.1.2	**Neuerwerb Grundstücke u. Bauten**					
4.1.2.1	Erwerb Flurstücke	0	0	0	0	0
4.2.1	**Bewegl. Sachen d. Anl.verm. lt. Anl.nachw.**					
4.2.1.1	Erwerb von Landkreis Hildesheim	0	0	0	0	0
4.2.1.2	Erwerb von Stadt Hildesheim	0	0	0	0	0
4.2.2	**Erwerb bewegl. Sachen d. Anl.vermögens**					
4.2.2.1	Behälter u. Container f. Schadst.halle					
4.2.2.2	Ersatzbeschaffung: Deponiefahrzeuge					
4.2.2.3	Kettenbagger/Radlader	350.000	350.000	300.000	300.000	300.000
4.2.2.4	DSD-/Papierfahrzeuge	0	2.340.000	260.000	550.000	550.000
4.2.2.5	Mehrzweck-/Containerfahrzeuge	590.000	230.000	0	0	0
4.2.2.6	Müllfahrzeuge/Schüttung	630.000	690.000	850.000	1.200.000	1.200.000
4.2.2.7	Sperrmüllfahrzeuge	0	0	0	350.000	350.000
4.2.2.8	Kanal-/Fäkalienfahrzeug	0	450.000	550.000	0	0
4.2.2.9	Smart Scan (Störstofferkennung)	100.000	0	0	0	0
4.2.2.10	Fahrzeug Behältertausch	150.000	0	80.000	100.000	100.000
4.2.2.11	Pritschenwagen/PKW	70.000	70.000	70.000	70.000	70.000
4.2.2.12	PKW für Verwaltung/ Betriebshof	0	0	0	0	0
4.2.2.13	Container / MGB	80.000	520.000	80.000	80.000	80.000
	Anlagen im Bau	0	0	0	0	0
	Übertrag	**1.970.000**	**4.650.000**	**2.190.000**	**2.650.000**	**2.650.000**

Investitionsplan 2025

B: Vermögensplan **II. Ausgaben**

lfd. Nr.	Bezeichnung	2024	2025	2026	2027	2028
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
	Übertrag	**1.970.000**	**4.650.000**	**2.190.000**	**2.650.000**	**2.650.000**
4.2.2.12	Betriebs- u. Geschäftsausstattung	50.000	50.000	30.000	30.000	30.000
4.2.2.13	GWG	10.000	10.000	5.000	5.000	5.000
4.2.2.14	Invest. EDV u. Programme	70.000	70.000	80.000	80.000	80.000
4.2.2.15	Ausstattung Sickerwasserkläranlage/Deponie	30.000	30.000	20.000	20.000	20.000
4.3	**Baumaßnahmen**					
4.3.1	Kläranlage	5.000	5.000	25.000	25.000	25.000
4.3.2	Schadstoffhalle	1.000	1.000	5.000	5.000	5.000
4.3.3	Abfallvorbehandlung / Eingangsbereich Deponie	150.000	50.000	5.000	5.000	5.000
4.3.4	Sozialräume / alte Werkstatt	3.000	100.000	10.000	10.000	10.000
4.3.5	Fahrzeughallen und Betriebshof	10.000	10.000	70.000	80.000	80.000
4.3.6	Containerstandplätze DSD	30.000	30.000	32.000	32.000	32.000
4.3.7	Verwaltung	10.000	10.000	25.000	25.000	25.000
4.3.8	Plan. zukünft. Abfallentsorgung/Energiemaßnahmen	0	300.000	100.000	100.000	100.000
4.3.10	Pufferteich Sickerwasserkläranlage	0	0	0	0	0
4.3.11	Gasfassung Hoersten-West	0	0	0	0	0
4.3.12	Deponiefeld Hörsten-West	0	0	0	0	0
4.3.12.1	Umschlaghalle Deponie	0	100.000	0	0	0
4.3.13	Wohnhäuser	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000
4.3.14	Umbau/Sanierung Betriebstankstelle	0	0	0	0	0
4.3.15.	Wertstoffhöfe	15.000	15.000	25.000	25.000	25.000
4.3.16	Biokompostwerk Hildesheim	0	0	0	0	0
4.3.17	Verwendung.d. Rekult.rückl.f. Rekulti. Hörsten/Mittelb.	120.000	120.000	120.000	120.000	120.000
4.3.18	Verwendung d. Rückst. Altlastensanierung	350.000	350.000	350.000	350.000	350.000
5.3	RAP Kapitalisierte Miete	0	0	0	0	0
6.	Auflösung Rückl. Verlustausgl. künft. Jahre	0	0	0	0	0
7.	Kredittilgung	0	0	0	0	0
	Gesamtausgaben des Vermögensplanes	**2.829.000**	**5.906.000**	**3.097.000**	**3.567.000**	**3.567.000**

ÜBERSICHT

über den Stand der Darlehen
(ohne Kassenkredit)

Bank	Stand zu Beginn des Vorjahres 01.01.2024 EUR	Stand zu Beginn des Haushaltsjahres 01.01.2025 EUR
	0	0
Gesamt	0	0

Beschäftigte

C: Stellenübersicht

Funktionsbezeichnung	Entgeltgruppe	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2025	Zahl der Stellen im Vorjahr davon am 30.06.2024 besetzt			Bemerkungen
				tatsächlich besetzt	nicht besetzt	
Verbandsgeschäftsführer	15	1	1	1	0	
Stellv.Verbandsgeschäftsführer	14	1	1	1	0	
Leiter/in RZH	12	1	1	1	0	
Abfallberater/-in	10	1	1	0,75	0,25	z.Zt. EG 8
Einsatzleiter/-in	9c	1	1	1	0	
Personalsachbearbeiter	9c	1	1	1	0	ku EG 9a
Leiter/in (Kläranlage)	9c	1	1	1	0	
Werkstattleiter/-in	9b	1	1	1	0	
EDV	9a	1	1	1	0	
Buchhalter/in	9a	1	1	1	0	
Stellv. Einsatzleiter/-in	9a	1	1	1	0	
Kundencenter Beratung/Gebühren	9a	1	1	1	0	
Gebührensachbearber/-in	8	2	2	2	0	
Buchhalter/in	8	2	2	1	1	
Stellv. Werkstattleiter/-in	8	1	1	1	0	ku EG 7
Sperrmüllorganisation	8	1	1	1	0	
Allgmeine Verwaltung	8	1	0	0	0	
Assistenz der Geschäftsführung	8	1	0	0	0	
Einsatzleitung Sachbearbeiter	8	1	1	1	0	2024 EG 7
Werkstatt	7	3	3	3	0	
Stellv. Leiter/-in RZH	7	1	1	1	0	
Werkstatt Deponie/Wertstoffhof/RZH	7	2	2	2	0	
Kläranlage	6	1	1	1	0	
Sekretariat	6	0	2	1	1	
Laborant/-in	6	0,75	0,75	0,75	0	ku EG 5
Deponie/Wertstoffhof/RZH	6	1	1	1	0	ku EG 5
Kanalreinigung/Fäkalienabfuhr - Fahrer	5	3	3	3	0	
DSD - Fahrer	5	8	8	8	0	
Sperrmüll - Fahrer	5	4	4	4	0	
Deponie/Wertstoffhof/RZH	5	17	17	17	0	
Container	5	6	6	6	0	
Transport MVA	5	5	5	5	0	
Papiersammlung Fahrer	5	5	5	5	0	
Papiersammlung Container	5	4	4	4	0	
Abfallbeseitigung - Fahrer	5	30	30	30	0	
Kanalreinigung/Fäkalienabfuhr	3	3	3	3	0	
DSD -Lader	3	14	14	14	0	
Sperrmüll -Lader	3	4	4	4	0	
Behältertausch/Reparatur	3	4	4	4	0	
Standplätze	3	4	4	4	0	
Abfallbeseitigung -Lader	3	17	17	17	0	
Papiersammlung - Lader	3	10	10	10	0	
Raumpfleger/innen	2 0	0,75	0,75	0,75	0	
Auszubildende		2	2	2	0	
Insgesamt Beschäftigte		170,5	170,5	168,25	2,25	

Wirtschaftsplan & Projektplan 2025 der Klimaschutzagentur Landkreis Hildesheim gGmbH

-intern- 1. Aufsichtsratssitzung

Kategorie: Organisatorisches, Administratives, Infrastruktur etc.

Zuordnung	Projektbeschreibung	Klimaschutz-konzept KSK 2025 (NEU)	„Einnahmen"/ Kosten-beteiligung	Ansatz 2025	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	Notizen
Organisatorisches	Laufendes Geschäft KSA LK Hildesheim Pauschal für Sachmittel, Verwaltungskosten (z.B. IT, PKW, Bürobedarf, Schulungen, Dienstreisen)			40.000,00 €					Kosten im Rahmen des fortl. Optimierung der KSA LK HI
Öffentlichkeitsarbeit	fortl. Pflege der Internetseite www.klimaschutzagentur-hildesheim.de & der Facebookseite, Instagram, digitale Onlineveranstaltungen			5.500,00 €					
Öffentlichkeitsarbeit	Allgemeine Öffentlichkeitsarbeit (print) Anzeigen, Werbung etc. – print im z.B. Kehrwieder, Stroer, Public, LDZ, usw.			25.000,00 €					Gemeint ist hier allgemeine, nicht projektbezogene Ö-Arbeit (Flyer, Broschüren, Info-Materialien, Werbemittel, Give-Aways, Messe- und Veranstaltungskalender etc.)
Externes Personal Externe Dienstleister, Honorak.	Gespräche mit (Klimaschutzakteuren, sonstige Kosten für Freie Mitarbeiter / externe Dienstleister (z.B. Studenten, Praktikanten, Referenten*in, Umweltbildung)			35.000,00 €					Fahrtkosten, ggf. Bewirtung allgemeine, nicht direkt projektbezogene Leistungen, Beratungsleistungen, u.a.
Prüfung, Versicherungen, Verwaltung - Dienstleister	Versicherungen, Steuerberater*in, Buchhaltung, Wirtschaftsprüfer, Rechtsanwälte, Gutachter etc.			ca. 20.000,00 €					Prüfung unterschiedlicher Belange (z.B. Handlungsempfehlungen Mobilität, D&O Versicherung)
NKlimaG §18 Personal	2 Landesstellen – Verwaltung intern und Kommunale Beratung		60.000,00 € (Landeszuschuss)	60.000,00 €					Mittel werden vom Land zur Verfügung gestellt. Sachmittel werden extra noch bereitgestellt. 2 x 12er Stellen – Extra Kostenstelle
Gremien	Kosten (Aufsichtsrat, Gesellschafterversammlung etc.)			1000,00 €					Bewirtung, ggf. Raummiete.
Zwischensumme				196.500,00 €					

Projekte: Unabhängige Energieberatung (VZN, KEAN, LWK) – Privatpersonen, Unternehmen & Kommunen

Zuordnung	Projektbeschreibung	Klimaschutz-konzept KSK 2025 (NEU)	„Einnahmen"/ Kostenbeteiligung	Ansatz 2025	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	Notizen
Neutrale Energie-beratung - Kooperation	Kooperation mit Verbraucherzentrale Nds. (Energieberatung, Seniorenberatung etc.) – Standortausbau im LK (z.B. Sarstedt, Alfeld, Bockenem, Lamspringe, Hildesheim, Algermissen) – externe Akteure			20.000,00 €					Projektkosten sind berücksichtigt Kooperationspartner Verbraucher-zentrale Nds. e.V. – (Solar, Heizung, Schimmel) Ggf. Veranstaltungskosten Standortbewerbung
Neutrale Energie-beratung - Kooperation	Gebäudeenergieberatung* beworben als „Solar-Check" (mit KEAN/VZN)		6.000,00 €	20.000,00 €					Kostenschätzung beinhaltet Projekt-kosten, s. gesonderten Projektreport. 40€ pro Bürger im LK übernimmt die KSA
Energie	Heizspiegel LK Hildesheim (LK HI SGB II & CO_2 Online) – mit extern			8.000,00 €					Kostenbeteiligung mit LK HI, die Da-ten werden für den SGB II Bereich verwendet. Auf dem Prüfstand für 2026
Klimaschutzkon-zept 2025/26	Kommunale Wärmeplanung (KWP) Unterstützung								Kommunen informieren und beraten. In Zusammenarbeit mit Dienstleistern
Klimaschutzkon-zept 2025/26	Wärmepumpen Kampagne	E3		8.000,00 €					Aufbau einer neutralen und unabhän-gigen Wärmepumpen Beratungskam-pagne
Energie	Thermografie Wanderungen und den Ansprechpartner vor Ort (mit extern)			2.000,00 €					Energieberatung erfolgt mit VZN-Energieberatern und dem För-derverein
Energie	Infoveranstaltung in den Kommunen, Verbände – Berater-tag von der VZN			2.500,00 €					In Kooperation mit der VZN e.V. könn-ten Themen wie (z.B. Schimmel, Ener-gie) beworben werden. Kosten für Raummiete, Honorarkosten etc.
Neutrale Energie-beratung - Kooperation	Gebäudeenergieberatung beworben als „clever heizen" (mit KEAN/VZN)		6.000,00 €	20.000,00 €					Kostenschätzung beinhaltet sämtliche Projektkosten - Kampagne

REK Projekte	**Regionales Entwicklungskonzept** ■ A.5 - Kommunale Initiative für nachhaltiges Bauen – ‚Der nachhaltige Bebauungsplan' im Landkreis Hildesheim ***(G/sek.) ■ D.3 - Nachhaltige Beschaffung in Kommunen **(KSA) – Agenda 2030 Stelle ■ D.4 - Wettbewerb „Das klimaneutrale Unternehmen" **(KSA /HI-Reg) ■ D.5 - Freiwilliger Zertifikathandel für Klimaschutzmaßnahmen in der Region **(KSA) ■ D.6 - „FlächeMinusTreibhausgas" - Identifizierung und Prüfung geeigneter Flächen zur Bindung von Treibhausgasen **(KSA) ■ D.7- Verstärkte Marketingkampagnen der Klimaschutzagentur Landkreis Hildesheim **(KSA) ■ D.8 - Bürger*innen-Energieanlage **(KSA) ■ D 12 - Kampagne „Natur- und Klimaschutz an Schulen und Kitas" **(KSA/D3) ■ F 17- E-Ladesäulen-Offensive Landkreis Hildesheim ***(KSA) ■ Beratungsangebot,Car-Sharing in Verwaltung und Firmen' *(KSA) ■ Wärmekataster für die Gewerbe- und Industriegebiete **(KSA/Hi-Reg) ■ Vorreiterprojekt „Das energieoptimierte Gewerbegebiet im Landkreis Hildesheim" **(KSA/Hi-Reg)		Ggf. REK Anteil	5.000,00 €												Das REK dient als Leitbild für die Perspektive 2035. Je nach Wichtung und Situation der Kooperationspartner werden die Projekte je nach Priorisierung *** berücksichtigt
Nachhaltigkeits-kamanagement	**Agenda 2030 – Aufbau und Implementierung und Handlungsempfehlungen für die Kommunen, Nachhaltigkeitsscheck, Kommunikation mit den Verwaltungen im LK – Multiplikator, Infoveranstaltungen** ***Politischer Auftrag***			2.500,00 €												(Schwerpunktthema/Querschnittsthema) Umsetzung von z.B. nachhaltiger Beschaffung und verwaltungsinternen Prozessen Agenda 2030 Stelle wird mit LK Orga. ausgeschrieben. Nachhaltigkeits-Check und Weiterführung der Nachhaltigkeitsstrategie / Nachhaltige Beschaffung
Zwischensumme			72.000,00 €	88.000,00 €												

-823

Projekte: Energieberatung KMU, Angebot für Kommunen, Wasserstoff

Zuordnung	Projektbeschreibung	Klimaschutz-konzept KSK 2025 (NEU)	„Einnahmen"/ Kostenbeteili-gung	Ansatz 2025	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	Notizen
Energie	**Projekte im Handlungsfeld Unternehmen – KMU Solar (mit der KEAN)**			1.000,00 €					Beratungskampagne für KMU. Gut-scheine sind im Umlauf - Öffentlich-keitsarbeit
Energie	**Projekte im Handlungsfeld Unternehmen – KMU-Material und Energieeffizienz (mit der KEAN)**			1.000,00 €					Beratungskampagne für KMU. Gut-scheine sind bereits im Umlauf – Öf-fentlichkeitsarbeit
Energie	**Projekt Solar-Kommunal (KEAN)**			1.000,00 €					Beratung für Kommunale Gebäude erfolgt mit KEAN-VZN-Beratern.
Energie	**Klimaschutzoptimierter Landwirtschaftlicher Betrieb – Kooperation mit der Landwirtschaftskammer Nds. – TEKLA, SOLAWI**			800,00 €					
Energie	**Wasserstoffnetzwerk Leine -Weser**			10.000,00 €					ARL, IHK, Landkreis Hildesheim – KSA ist Ansprechpartner. Projektdauer – **Projektdauer 3 Jahre Mobilität, Logistik, - 6 LK & Region Hannover**
Zwischensumme				13.800,00 €					

Projekte: Umweltbildung

Zuordnung	Projektbeschreibung	Klima-schutzkon-zept KSK 2025 (NEU)	„Einnahmen"/ Kostenbeteiligung	Ansatz 2025	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	Notizen
Politischer Auftrag CDU & SPD von 2021	**Schottergarten-Info Kampagne – LK HI An alle Kommunen, Vereine, Verbände etc. Printmateria-lien, Referenten, Saatgut**			5.000,00 €					Infokampagnen in Zusammenarbeit mit den Verwaltungen vor Ort. Info und Werbeveranstaltungen. **Keine behördlichen Tätigkeiten.** Printmedien & Kommunale Infovera-nstaltung, Wettbewerbe, Saatgut
UNI-Projekt	**Nachhaltigkeitspreis für die beste Abschlussarbeit (Klima und Nachhaltigkeit) in der Uni Hildesheim**			500,00 €					Mit Unterstützung vom Förderverein **Klimaschutz Hildesheim-Peine e.V.**

Klimaschutzkonzept 2025	**Online TOOL für alle Klimaschutzmaßnahmen Dashboard**		60.000,00 €	Ansatz von 60.000 € (Sondervermögen)													Für die Kreisverwaltung und den Mitgliedskommunen wird für 2 Jahre ein Dashboard inkl. 2 Schulungstermine für die Anwender angeboten. Die KSA übernimmt die Tätigkeiten für die Kreisverwaltung. 1 Jahr 60.000 € 2. Jahr 40.000€
Klimaschutzkonzept 2025	**Landkreis Mitgliedschaft im Klimabündnis**			1.200,00 €													Der Landkreis Hildesheim wird Mitglied im Klimabündnis. Die Klimaschutzagentur ist der Ansprechpartner für intern und extern. https://www.klimabuendnis.org/kommunen/vorteile-fuer-mitglieder.html
Klimaschutzkonzept 2025	**Klimaneutraler Neubau kreiseigener und kommunaler Liegenschaften**	V1 Nr.2.															
Klimaschutzkonzept 2025	**Klimaschutzbeirat - Reaktivierung**			1.000,00 €													
Klimaschutzkonzept 2025	**Klimafolgenanpassungskonzept LK & 18 Kommunen**		Wird gefördert vom ZUG														
Zwischensumme				67.600,00 €													

Projekte: Mobilität – E-Auto, ÖPNV, Fahrrad

Zuordnung	Projektbeschreibung	Klimaschutzkonzept KSK 2025 (NEU)	„Einnahmen"/ Kostenbeteiligung	Ansatz 2025	1. Quartal			2. Quartal			3. Quartal			4. Quartal			Notizen
Mobilität	**Fahrrad - Stadtradeln 2025**			20.000,00 €													Öffentlichkeitsarbeit und Bewerbung der Aktion. Schulpreis – Die bisherige Unterstützung durch den Landkreis Hildesheim wird seit 2022 nicht mehr ermöglicht. Kooperation mit den Radel-Koordinatoren und dessen Kommunen Auf dem Prüfstand für 2026
Mobilität	**Erwerb und Übergabe von 2 Lastenrädern für die Mobilitätszentrale Leinebergland – Hilde Lastenrad**			8.000,00 €													
Zwischensumme				28.000,00 €													

Projekte vom & mit dem Förderverein Klimaschutz Hildesheim-Peine e.V.																			
weitergeführtes Projekt	**Thermografie-Nachtspaziergänge (mit HWK, Förderverein, VZN und Kommunen)**	Lk Hi/V-06			1.500,00 €														Thermografiekamera und Know how wird von seitens des Fördervereins gestellt (ÖA von KSA)
Fachliche Unterstützung – Förderverein	**Variables Projekt gemeinsam mit dem FÖV Hi-PE** z.B. Veranstaltungsunterstützung für beide LK																		+Mitgliedsbeiträge aus dem Förderverein
Fachliche Unterstützung – Förderverein	**Variables Projekt gemeinsam mit dem FÖV HI-PE**																		+Mitgliedsbeiträge aus dem Förderverein
Zwischensumme				ca. 10.000 €	1.500,00 €														
	Projekte: Messen, Veranstaltungen, Infostände																		
Veranstaltung(en)	**Veranstaltungen der KSA Hi / Klimaschutz-Event / Messe- und Veranstaltungsteilnahmen**	LK HI			5.000,00 €														z.B. 10-Jähriges
	Projekte: Extras aufgrund medialer aktueller Entwicklungen (z.B. Energiesparen, GEG, WP)																		
Sonstiges	**Sonderprojekte Die im Laufe des Jahres von der Politik, Gesellschafter an die KSA herangetragen werden**				5.000,00 €														Ergänzung durch LR: Unterstützung ist wünschenswert

Gesamtsumme 345.500,00 €

- Die erfolgreiche Projektumsetzung ist auch abhängig von Dritten und äußeren Einflüssen (z.B. Ukrainekrieg, Energiekrise, fehlender Eigenanteil von Fördermittel) daher kann die Umsetzung nicht zu 100% gewährleistet werden.
- Die flexiblen politische oder verwaltungsseitigen Projekte dürfen die Gemeinnützigkeit nicht gefährden

Politische Anträge	Summe
Umweltbildung 2025 Antrag 455/XIX	67.000,00 €
Monitoring Maßnahmen Dashboard Antrag 665/XIX	60.000,00 €

Haushaltsplanung 2025

Kontostand 12.06.2025 - Bestandbetrag	**88.266,24 €**
Voraussichtliche Einnahmen (Ex. Fördermittel) gesamt (FöV – noch offen ca. 20.000 €.):	10.000,00 €
Fördermittel KEAN bzw. dritte	ca. 10.000,00 €
Landeszuschuss NKlimaG § 18	60.000,00 €
Umweltbildung Antrag 455/XIX	67.000,00 €
Monitoring Antrag 665/XIX	60.000.00 €
Zuschuss Landkreis Hildesheim 2024 (2 Raten)	150.000,00 €
Einnahmen gesamt:	375.266,24 €
Ausgaben gesamt:	345.500,00 €
	Differenz/Reserve: 29.766,24 €

Stand: 18.06.2025 – Korrektur nach AR am 16.06.2025

Gesellschaftervertreter	Aufsichtsratsvorsitzende	Klimaschutzagentur Landkreis Hildesheim gGmbH
Landrat Bernd Lynack	Dr. Susanne Weber	Geschäftsführer Martin Komander

kwg Kreiswohnbaugesellschaft Hildesheim mbH — Bilanzen

Null	Ist	Planbilanzen					
	31.12.2023	31.12.2024	31.12.2025	31.12.2026	31.12.2027	31.12.2028	31.12.2029
Aktivseite							
Anlagevermögen	*190.573,2 T€*	*194.753,4 T€*	*210.173,9 T€*	*216.713,3 T€*	*222.645,4 T€*	*229.320,1 T€*	*236.153,3 T€*
Immaterielle Vermögensgegenstände	*112,9 T€*	*110,3 T€*	*123,0 T€*	*130,1 T€*	*132,7 T€*	*134,2 T€*	*136,5 T€*
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	112,9 T€	110,3 T€	123,0 T€	130,1 T€	132,7 T€	134,2 T€	136,5 T€
Sachanlagen	*190.410,3 T€*	*194.593,1 T€*	*210.000,8 T€*	*216.533,2 T€*	*222.462,7 T€*	*229.135,9 T€*	*235.966,8 T€*
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohn-, Geschäfts- und anderen Bauten	175.191,8 T€	188.215,6 T€	197.795,5 T€	205.624,3 T€	219.218,6 T€	225.934,5 T€	232.790,7 T€
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten	863,0 T€	106,3 T€	106,3 T€	106,3 T€	106,3 T€	106,3 T€	106,3 T€
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	366,4 T€	338,5 T€	331,5 T€	299,5 T€	240,2 T€	197,5 T€	172,2 T€
Anlagen im Bau	13.538,4 T€	5.865,8 T€	11.700,7 T€	10.436,2 T€	2.830,8 T€	2.830,8 T€	2.830,8 T€
Bauvorbereitungskosten	447,6 T€	66,9 T€	66,9 T€	66,9 T€	66,9 T€	66,9 T€	66,9 T€
Geleistete Anzahlungen	3,1 T€	0,0 T€	0,0 T€	0,0 T€	0,0 T€	0,0 T€	0,0 T€
Finanzanlagen	*50,0 T€*	*50,0 T€*	*50,0 T€*	*50,0 T€*	*50,0 T€*	*50,0 T€*	*50,0 T€*
Beteiligungen	50,0 T€	50,0 T€	50,0 T€	50,0 T€	50,0 T€	50,0 T€	50,0 T€
Umlaufvermögen	*29.658,5 T€*	*25.755,7 T€*	*21.926,7 T€*	*20.878,4 T€*	*23.593,4 T€*	*23.316,7 T€*	*23.608,5 T€*
Zum Verkauf bestimmte Grundstücke und andere Vorräte	*9.669,7 T€*	*10.212,9 T€*	*9.559,1 T€*	*9.818,6 T€*	*10.085,9 T€*	*10.361,2 T€*	*10.644,8 T€*
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten	157,7 T€	157,7 T€	157,7 T€	157,7 T€	157,7 T€	157,7 T€	157,7 T€
Bauvorbereitungskosten	0,0 T€	0,0 T€	0,0 T€	0,0 T€	0,0 T€	0,0 T€	0,0 T€
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit unfertigen Bauten	0,0 T€	0,0 T€	0,0 T€	0,0 T€	0,0 T€	0,0 T€	0,0 T€
Unfertige Leistungen	7.898,1 T€	8.395,0 T€	8.650,4 T€	8.909,9 T€	9.177,2 T€	9.452,5 T€	9.736,1 T€
Andere Vorräte	704,7 T€	751,0 T€	751,0 T€	751,0 T€	751,0 T€	751,0 T€	751,0 T€
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	*3.850,1 T€*	*5.213,6 T€*	*1.196,5 T€*	*1.198,0 T€*	*1.207,5 T€*	*1.209,7 T€*	*1.207,9 T€*
Forderungen aus Vermietung	45,1 T€	46,5 T€	47,8 T€	49,3 T€	50,8 T€	52,3 T€	53,9 T€
Forderungen aus Grundstücksverkäufen	81,3 T€	0,0 T€	0,0 T€	0,0 T€	0,0 T€	0,0 T€	0,0 T€
Forderungen aus Betreuungstätigkeit	0,6 T€	0,0 T€	0,0 T€	0,0 T€	0,0 T€	0,0 T€	0,0 T€
Forderungen aus anderen Lieferungen und Leistungen	311,4 T€	0,0 T€	0,0 T€	0,0 T€	0,0 T€	0,0 T€	0,0 T€
Sonstige Vermögensgegenstände	3.411,7 T€	5.167,1 T€	1.148,7 T€	1.148,7 T€	1.156,7 T€	1.157,4 T€	1.154,0 T€
Flüssige Mittel und Bausparguthaben	*16.138,7 T€*	*10.329,3 T€*	*11.171,0 T€*	*9.861,8 T€*	*12.300,0 T€*	*11.745,8 T€*	*11.755,8 T€*
Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks	15.720,9 T€	9.515,5 T€	9.961,2 T€	8.256,0 T€	10.298,2 T€	9.348,0 T€	8.962,0 T€
Bausparguthaben	417,8 T€	813,8 T€	1.209,8 T€	1.605,8 T€	2.001,8 T€	2.397,8 T€	2.793,8 T€
Bilanzsumme Aktiva	**220.231,7 T€**	**220.509,1 T€**	**232.100,6 T€**	**237.591,7 T€**	**246.238,8 T€**	**252.636,8 T€**	**259.761,8 T€**
Passivseite							
Eigenkapital	*70.720,5 T€*	*74.562,5 T€*	*78.803,9 T€*	*83.072,8 T€*	*87.279,3 T€*	*91.491,4 T€*	*95.723,9 T€*
Gezeichnetes Kapital	6.671,9 T€	6.671,9 T€	6.671,9 T€	6.671,9 T€	6.671,9 T€	6.671,9 T€	6.671,9 T€
Kapitalrücklage	6.079,3 T€	6.079,3 T€	6.079,3 T€	6.079,3 T€	6.079,3 T€	6.079,3 T€	6.079,3 T€
Gewinn-/Ergebnisrücklagen	57.362,5 T€	61.204,5 T€	65.445,9 T€	69.714,8 T€	73.921,3 T€	78.133,4 T€	82.633,9 T€
Bilanzergebnis	606,8 T€	606,8 T€	606,8 T€	606,8 T€	606,8 T€	606,8 T€	338,8 T€
Rückstellungen	*5.807,7 T€*	*4.655,1 T€*	*4.578,9 T€*	*4.416,6 T€*	*4.318,1 T€*	*4.226,8 T€*	*4.084,6 T€*
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	3.776,9 T€	3.753,9 T€	3.679,5 T€	3.587,9 T€	3.509,3 T€	3.428,8 T€	3.287,1 T€
Steuerrückstellungen	249,2 T€	211,2 T€	238,4 T€	181,7 T€	175,6 T€	175,6 T€	175,6 T€
Rückstellungen für Bauinstandhaltung	260,7 T€	260,7 T€	260,7 T€	260,7 T€	260,7 T€	260,7 T€	260,7 T€
Sonstige Rückstellungen	1.520,9 T€	429,4 T€	400,3 T€	386,3 T€	372,5 T€	361,7 T€	361,2 T€
Verbindlichkeiten	*140.708,3 T€*	*138.427,1 T€*	*145.987,3 T€*	*147.508,8 T€*	*152.188,3 T€*	*154.609,1 T€*	*157.790,7 T€*
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und anderen Kreditgebern							

kwg Kreiswohnbaugesellschaft Hildesheim mbH — Bilanzen

Null	Ist	Planbilanzen					
	31.12.2023	**31.12.2024**	**31.12.2025**	**31.12.2026**	**31.12.2027**	**31.12.2028**	**31.12.2029**
Verbindlichkeiten aus der Dauerfinanzierung	121.426,4 T€	120.198,0 T€	129.505,0 T€	131.168,7 T€	135.981,3 T€	138.325,6 T€	141.121,0 T€
Erhaltene Anzahlungen	9.343,0 T€	9.937,0 T€	10.235,1 T€	10.542,2 T€	10.858,4 T€	11.184,2 T€	11.519,7 T€
Verbindlichkeiten aus Vermietung	4.566,9 T€	4.688,9 T€	4.843,4 T€	4.893,4 T€	4.943,4 T€	4.993,4 T€	5.043,4 T€
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	5.254,7 T€	3.582,0 T€	1.382,0 T€	882,0 T€	382,0 T€	82,0 T€	82,0 T€
Sonstige Verbindlichkeiten	117,3 T€	21,2 T€	21,8 T€	22,5 T€	23,2 T€	23,9 T€	24,6 T€
Rechnungsabgrenzungsposten	***2.995,2 T€***	***2.864,4 T€***	***2.730,5 T€***	***2.593,5 T€***	***2.453,2 T€***	***2.309,6 T€***	***2.162,6 T€***
Bilanzsumme Passiva	**220.231,7 T€**	**220.509,1 T€**	**232.100,6 T€**	**237.591,7 T€**	**246.238,8 T€**	**252.636,8 T€**	**259.761,8 T€**

kwg Kreiswohnbaugesellschaft Hildesheim mbH — Erfolgs- und Finanzplanung

Null	Ist	Planung					
	2023	2024	2025	2026	2027	2028	2029
Gewinn- und Verlustrechnungen							
Umsatzerlöse aus							
der Hausbewirtschaftung	27.450,1 T€	29.084,9 T€	30.329,3 T€	31.306,3 T€	32.184,6 T€	32.938,2 T€	33.693,9 T€
Sollmieten	*20.744,2 T€*	*21.844,4 T€*	*22.746,3 T€*	*23.493,8 T€*	*24.136,2 T€*	*24.643,5 T€*	*25.144,8 T€*
Erlösschmälerungen	*-347,9 T€*	*-466,9 T€*	*-523,2 T€*	*-540,4 T€*	*-555,1 T€*	*-566,8 T€*	*-578,3 T€*
Mieteinnahmen	*20.396,3 T€*	*21.377,5 T€*	*22.223,1 T€*	*22.953,4 T€*	*23.581,1 T€*	*24.076,7 T€*	*24.566,4 T€*
Soll-Erlöse aus Umlagen	*7.127,3 T€*	*7.808,0 T€*	*8.212,9 T€*	*8.462,9 T€*	*8.716,8 T€*	*8.978,3 T€*	*9.247,6 T€*
Erlösschmälerungen	*-73,5 T€*	*-100,6 T€*	*-106,8 T€*	*-110,0 T€*	*-113,3 T€*	*-116,7 T€*	*-120,2 T€*
Erlöse aus Umlagen	*7.053,8 T€*	*7.707,4 T€*	*8.106,2 T€*	*8.352,9 T€*	*8.603,5 T€*	*8.861,6 T€*	*9.127,4 T€*
Verkauf von Grundstücken	12.600,4 T€	0,0 T€	1.098,0 T€	0,0 T€	0,0 T€	0,0 T€	0,0 T€
Betreuungstätigkeit	233,7 T€	210,0 T€	214,2 T€	218,5 T€	222,9 T€	227,3 T€	231,9 T€
anderen Lieferungen und Leistungen	1.265,5 T€	994,8 T€	1.071,1 T€	882,8 T€	894,8 T€	907,1 T€	919,8 T€
Umsatzerlöse	*41.549,7 T€*	*30.289,7 T€*	*32.712,6 T€*	*32.407,6 T€*	*33.302,2 T€*	*34.072,6 T€*	*34.845,5 T€*
Bestandsveränderungen	-7.789,0 T€	496,9 T€	-653,8 T€	259,5 T€	267,3 T€	275,3 T€	283,6 T€
Andere aktivierte Eigenleistungen	15,2 T€	15,0 T€	15,5 T€	15,9 T€	16,4 T€	16,9 T€	17,4 T€
Gesamtleistung	*33.775,9 T€*	*30.801,6 T€*	*32.074,2 T€*	*32.683,0 T€*	*33.585,9 T€*	*34.364,8 T€*	*35.146,5 T€*
Sonstige betriebliche Erträge	571,7 T€	422,5 T€	290,0 T€	126,6 T€	128,8 T€	128,0 T€	120,1 T€
Betriebsleistung	*34.347,6 T€*	*31.224,1 T€*	*32.364,3 T€*	*32.809,6 T€*	*33.714,7 T€*	*34.492,9 T€*	*35.266,5 T€*
Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen							
Aufwendungen für Hausbewirtschaftung	-14.520,1 T€	-14.653,1 T€	-15.368,8 T€	-15.283,6 T€	-15.752,0 T€	-16.228,6 T€	-16.716,1 T€
Betriebskosten	*-7.949,9 T€*	*-8.307,7 T€*	*-8.573,9 T€*	*-8.844,4 T€*	*-9.119,8 T€*	*-9.400,1 T€*	*-9.685,5 T€*
Instandhaltungskosten	*-6.407,4 T€*	*-6.183,4 T€*	*-6.630,6 T€*	*-6.272,5 T€*	*-6.460,7 T€*	*-6.654,5 T€*	*-6.854,2 T€*
andere Aufwendungen	*-162,8 T€*	*-162,0 T€*	*-164,3 T€*	*-166,6 T€*	*-171,5 T€*	*-173,9 T€*	*-176,5 T€*
Aufwendungen für Verkaufsgrundstücke	-2.414,6 T€	-5,8 T€	0,0 T€	0,0 T€	0,0 T€	0,0 T€	0,0 T€
Aufwendungen für andere Lieferungen und Leistungen	-442,6 T€	-344,8 T€	-303,6 T€	-312,6 T€	-322,0 T€	-331,6 T€	-341,4 T€
Rohergebnis	*16.970,3 T€*	*16.220,4 T€*	*16.691,9 T€*	*17.213,4 T€*	*17.640,7 T€*	*17.932,8 T€*	*18.209,0 T€*
Personalaufwand	-2.957,7 T€	-3.165,6 T€	-3.363,9 T€	-3.513,2 T€	-3.630,3 T€	-3.736,6 T€	-3.844,1 T€
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und auf Sachanlagen	-4.611,8 T€	-4.881,4 T€	-4.973,1 T€	-5.312,9 T€	-5.655,7 T€	-5.899,2 T€	-6.118,7 T€
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.377,3 T€	-1.790,0 T€	-1.339,0 T€	-1.379,2 T€	-1.420,5 T€	-1.463,2 T€	-1.507,1 T€
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge							
Zinserträge	136,5 T€	243,0 T€	95,2 T€	99,6 T€	82,6 T€	103,0 T€	93,5 T€
Zinsen und ähnliche Aufwendungen							
Zinsaufwendungen	-2.186,9 T€	-2.336,8 T€	-2.393,5 T€	-2.383,2 T€	-2.359,1 T€	-2.288,8 T€	-2.228,4 T€
Aufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen	-51,6 T€	-148,3 T€	-109,8 T€	-83,1 T€	-86,8 T€	-80,1 T€	-21,1 T€
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-230,5 T€	-31,4 T€	-98,4 T€	-104,5 T€	-96,5 T€	-87,8 T€	-82,5 T€
Ergebnis nach Steuern	*5.692,5 T€*	*4.110,0 T€*	*4.509,4 T€*	*4.537,0 T€*	*4.474,5 T€*	*4.480,1 T€*	*4.500,6 T€*
Sonstige Steuern	0,0 T€	0,0 T€	0,0 T€	0,0 T€	0,0 T€	0,0 T€	0,0 T€
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	**5.692,5 T€**	**4.110,0 T€**	**4.509,4 T€**	**4.537,0 T€**	**4.474,5 T€**	**4.480,1 T€**	**4.500,6 T€**

Null	Ist	Planung					
	2023	2024	2025	2026	2027	2028	2029
Kapitalflussrechnungen							
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	**5.692,5 T€**	**4.110,0 T€**	**4.509,4 T€**	**4.537,0 T€**	**4.474,5 T€**	**4.480,1 T€**	**4.500,6 T€**
Abschreibungen auf							
Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Erschließungskosten	4.611,7 T€	4.881,4 T€	4.973,1 T€	5.312,9 T€	5.655,7 T€	5.899,2 T€	6.118,7 T€
Veränderungen der lang- und mittelfristigen Rückstellungen	-299,5 T€	-23,0 T€	-74,4 T€	-91,6 T€	-78,6 T€	-80,5 T€	-141,7 T€
Erträge/Verluste aus Anlageabgängen	-39,5 T€	0,0 T€	0,0 T€	0,0 T€	0,0 T€	0,0 T€	0,0 T€
Cashflow nach DVFA/SG	**9.965,2 T€**	**8.968,4 T€**	**9.408,1 T€**	**9.758,3 T€**	**10.051,5 T€**	**10.298,8 T€**	**10.477,6 T€**
Veränderungen der							
kurzfristigen Rückstellungen	839,7 T€	-1.091,5 T€	-29,1 T€	-14,0 T€	-13,8 T€	-10,8 T€	-0,5 T€
Verkaufsgrundstücke, Baubetreuungsleistungen und Bauleistungen auf fremden Grundstücken	8.492,0 T€	-8,4 T€	900,5 T€	-8,9 T€	-9,2 T€	-9,5 T€	-9,8 T€
sonstigen							
Aktiva	-2.194,0 T€	-2.643,4 T€	3.770,3 T€	-252,0 T€	-259,6 T€	-267,4 T€	-275,4 T€
Passiva	-6.740,7 T€	-1.183,6 T€	-1.880,7 T€	-279,3 T€	-273,4 T€	-67,2 T€	239,2 T€
Sonstige Zinserträge	-136,5 T€	-243,0 T€	-95,2 T€	-99,6 T€	-82,6 T€	-103,0 T€	-93,5 T€
Zinsaufwendungen	2.050,4 T€	2.336,8 T€	2.393,5 T€	2.383,2 T€	2.359,1 T€	2.288,8 T€	2.228,4 T€
Ertragsteueraufwand	230,5 T€	31,4 T€	98,4 T€	104,5 T€	96,5 T€	87,8 T€	82,5 T€
Ertragsteuerzahlungen	-40,2 T€	-69,4 T€	-71,1 T€	-161,2 T€	-110,6 T€	-88,4 T€	-79,1 T€
Bedarfsposition 1-Erträge<Investitionszuschüsse	0,0 T€						
Bedarfsposition 2-pRAP	0,0 T€						
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	**12.466,4 T€**	**6.097,1 T€**	**14.494,8 T€**	**11.431,0 T€**	**11.758,0 T€**	**12.129,2 T€**	**12.569,5 T€**
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des							
Sachanlagevermögens	57,4 T€	0,0 T€	0,0 T€	0,0 T€	0,0 T€	0,0 T€	0,0 T€
Auszahlungen für Investitionen in das							
immaterielle Anlagevermögen	-35,3 T€	-30,0 T€	-36,0 T€	-37,0 T€	-38,0 T€	-39,0 T€	-41,0 T€
Sachanlagevermögen	-19.910,9 T€	-14.664,6 T€	-23.455,4 T€	-11.815,3 T€	-12.169,8 T€	-12.534,8 T€	-12.911,0 T€
Veränderung der disponiblen Bausparguthaben	0,0 T€	0,0 T€	0,0 T€	0,0 T€	0,0 T€	0,0 T€	0,0 T€
Bedarfsposition 1-Invest. Aktiva	0,0 T€						
Sonstige Zinserträge	273,0 T€	243,0 T€	95,2 T€	99,6 T€	82,6 T€	103,0 T€	93,5 T€
Cashflow aus Investitionstätigkeit	**-19.615,8 T€**	**-14.451,6 T€**	**-23.396,2 T€**	**-11.752,7 T€**	**-12.125,2 T€**	**-12.470,9 T€**	**-12.858,5 T€**
Valutierungen (Dauerfinanzierung)	18.552,5 T€	15.123,5 T€	14.387,8 T€	6.886,8 T€	10.345,7 T€	7.863,4 T€	8.099,3 T€
Planmäßige Tilgungen	-4.731,1 T€	-4.848,9 T€	-5.080,8 T€	-5.223,1 T€	-5.533,2 T€	-5.519,0 T€	-5.303,9 T€
Außerplanmäßige Tilgungen	-3.061,0 T€	-9.321,5 T€	0,0 T€	0,0 T€	0,0 T€	0,0 T€	0,0 T€
Auszahlungen für Dividenden	-268,0 T€	-268,0 T€	-268,0 T€	-268,0 T€	-268,0 T€	-268,0 T€	-268,0 T€
Baukostenzuschüsse	1.901,2 T€	4.196,7 T€	3.097,7 T€	0,0 T€	620,0 T€	0,0 T€	0,0 T€
Zinsaufwendungen	-2.186,9 T€	-2.336,8 T€	-2.393,5 T€	-2.383,2 T€	-2.359,1 T€	-2.288,8 T€	-2.228,4 T€
Bedarfsposition 1-Prap Tilg	0,0 T€						
Bedarfsposition 2-Invest.zuschüsse	0,0 T€						
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	**10.749,2 T€**	**2.149,0 T€**	**9.347,2 T€**	**-1.383,5 T€**	**2.409,5 T€**	**-608,5 T€**	**-97,0 T€**
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelbestands	3.599,8 T€	-6.205,4 T€	445,8 T€	-1.705,2 T€	2.042,2 T€	-950,2 T€	-386,0 T€
Finanzmittelbestand am							
01.01.	12.121,1 T€	15.720,9 T€	9.515,5 T€	9.961,2 T€	8.256,0 T€	10.298,2 T€	9.348,0 T€
31.12.	15.720,9 T€	9.515,5 T€	9.961,2 T€	8.256,0 T€	10.298,2 T€	9.348,0 T€	8.962,0 T€

vhs | Volkshochschule Hildesheim

Bildung öffnet Türen

Verwaltungsleitung

Erläuterungen zum Wirtschaftsplan 2024 / 2025

Die Bilanz 2023 zeigt ein ähnliches Bild wie ein Jahr zuvor. Der Fehlbetrag für 2023 aus der GuV (Gewinn- und Verlustrechnung) in Höhe von ca. € 4.620,19 ist hauptsächlich durch die Instandsetzung des Gebäudes zu erklären.

Auch für 2025 kann mit keinem verbesserten Ergebnis gerechnet werden. Entscheidend werden die Einsparpotenziale, die Drittmittel sowie die Integrationskurse sein. Erschwerend kommt die zusätzliche bei den allgemeinen inflationsbedingten Erhöhungen und bei dem Tarifabschluss im TVöD mit kalkulatorischen +5,1% mindestens jedoch € 340 zum Tragen.
Eine genaue Prognose ist natürlich nicht möglich. Tendenziell ist anzumerken, dass der geplante Verlust in Höhe von € 590,00 niedriger ausfallen dürfte, als die Jahre zuvor. Als Kompensation planen wir Einsparmöglichkeiten und wenn diese Einsparmöglichkeiten nicht ausreichend sollten, eine entsprechende Entnahme aus der Betriebsmittelrücklagen, die sich zurzeit auf € 668.041,24 beziffert.
Wir streben für die kommenden Jahre die schwarzen Zahlen an. Dies ist aber stark abhängig von den Integrationskursen, die Drittmittel und die allgemeinen Teilnehmerzahlen des offenen Programms. Weiterhin streben wir die Digitalisierung der VHS an. Somit können interne Prozesse beschleunigt werden und Kosten langfristig eingespart werden. Ein Controlling soll in den kommenden Jahren bessere Transparenz in die Zahlenwelt geben.
Die Volkshochschule hat zum 01.01.2021 eine unbefristete Vereinbarung von der Landkreis Hildesheim Holding GmbH über den Landkreiszuschuss erhalten. Die Geschäftsführung der Volkshochschule kann für die nächsten Jahre mit einer konstanten Bezuschussung rechnen und arbeiten. Diese Vereinbarung kann, bei einer wesentlichen Veränderung oder Finanzierung, mit einer Frist von drei Jahren gekündigt werden. Jedoch sollte die allgemeine Kostenentwicklung auch bei den Zuschüssen in einer Einmalzahlung durch die Gesellschafter Anerkennung finden. Beim Thema Mehrheitsverhältnisse gibt es Neuigkeiten. Nach Stand der Dinge scheint sich eine Einigung zwischen Stadt und Landkreis abzuzeichnen.
Für die Erstellung des Wirtschaftsplanes 2024 sind die Novemberzahlen 2023 der GuV aus der hauseigenen Finanzbuchhaltung herangezogen werden.
Der Zuschuss des Landkreises über die Landkreisholding ist ab dem 01.01.2021 unbefristet gewährt. Er setzt sich aus € 650.000 Basiszuschuss, € 75.000 Mietzuschuss und € 170.000 für den 2. Bildungsweg zusammen. Die Zuschüsse für die Bildungsregion in Höhe von € 200.000, den Sprachkursen für Frauen in Höhe von € 100.000 und den Mietzuschuss Sarstedt in Höhe von € 42.370 werden neutral als Ertrag und als Aufwendung eingestellt.
Nachfolgende detaillierte Ergänzungen zu den einzelnen Veränderungen und Berechnungen sind bedeutsam:

Erträge:
Bei den BAMF- und Sprachkursen rechnen wir weiter mit einer stagnierenden Entwicklung in gleicher Höhe wie in dem Jahr zuvor.

2.0 Die Zuschusssummen unter 2.2 fallen höher aus als die Basisvereinbarung in Höhe von € 650.000,- vorsieht, da sich darunter der zusätzliche Mietzuschuss von € 75.000, der Mietzuschuss Sarstedt von € 42.372, der Zuschuss von € 170.000 zum 2. Bildungsweg und € 200.000 für die Bildungsregion subsummieren.

2.4 Die sonstigen Betriebskostenzuschüsse sind steigend geplant. Das liegt vor allem an folgenden Gründen:

- Neue Förderrichtlinien sind angekündigt
- Projekte außerhalb der Förderrichtlinien sollen initiativ gestaltet werden
- Projektförderer stärker angefragt werden

Personalentwicklung:

Die Personalentwicklung ist, wie die Jahre vorher auch, sehr abhängig von bestehenden und neuen Projekten. Vom ursprünglichen Personal (14 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen) aus der Gestellung des Landkreises aus dem Jahr 2005, sind nur noch zwei für die VHS tätig.

Abgänge:

3 x wegen Eigenkündigung

Veränderungen:

Zugänge:

Hildesheim, 24.06.2025

gez. Sebastian Kurtz

Wirtschaftsplan 2025

ERTRÄGE	Bilanz 2023	Wirtschaftsplan 2024	Wirtschaftsplan 2025
1.0 Umsatzerlöse	3.318.071,72 €	3.400.000,00 €	3.900.000,00 €
2.0 Zuschüsse			
2.1 Land Niedersachsen	769.086,00 €	769.086,00 €	775.008,00 €
2.2 Landkreis Hildesheim	1.173.070,54 €	1.437.372,00 €	1.437.372,00 €
2.2.1 Basiszuschuss		850.000,00 €	850.000,00 €
2.2.1 Pachtzinszuschuss		75.000,00 €	75.000,00 €
2.2.2 Mietzuschuss Sarstedt		42.372,00 €	42.372,00 €
2.2.3 Zweiter Bildungsweg		170.000,00 €	170.000,00 €
2.2.4 Bildungsregion		200.000,00 €	200.000,00 €
2.2.5 Sprachkurse für Flüchtlinge LK		100.000,00 €	100.000,00 €
einmaliger Zuschuss aus dem Haushalt externer Berater		100.000,00 €	
2.3 Hildesh. Volkshochschule e. V. / Stadt Hildesheim SodEG III	300.000,00 €	100.000,00 €	
2.4 sonst. Betriebskostenzuschüsse incl. Projekte	1.384.956,25 €	1.600.000,00 €	1.800.000,00 €
Zw.-Summe	3.627.112,79 €	4.006.458,00 €	4.012.380,00 €
2.2 Sonstige betriebliche Erträge			
2.2.1 Bundesagentur für Arbeit	6.650,00 €	10.000,00 €	5.000,00 €
2.2.2 Überlassung von Räumen	58.620,73 €	32.000,00 €	60.000,00 €
2.2.3 sonstige Einnahmen	8.482,12 €	20.000,00 €	20.000,00 €
2.2.4 Zinserträge	6.951,56 €	10.000,00 €	10.000,00 €
Zw.-Summe	80.704,41 €	72.000,00 €	95.000,00 €
Gesamtsumme	**7.025.888,92 €**	**7.478.458,00 €**	**8.007.380,00 €**

Gesamtsumme der Zuschüsse Landkreis-Holding	*1.173.070,54 €*	*1.437.372,00 €*	1.437.372,00 €

Wirtschaftsplan 2025

ERTRÄGE	Bilanz 2023	Wirtschaftsplan 2024	Wirtschaftsplan 2025
3.0 Bildungsaufwendungen			
3.1 Aufwendungen für Lehrmittel	373.671,00 €	345.000,00 €	380.000,00 €
3.2 Aufwendungen Dozenten	1.888.505,61 €	2.250.000,00 €	2.275.000,00 €
	2.262.176,61 €	2.595.000,00 €	2.655.000,00 €
4.0 Personalaufwendungen	3.653.654,22 €	3.460.000,00 €	3.875.000,00 €
5.0 Abschreibungen	87.900,25 €	92.632,00 €	75.000,00 €
6.0 Sonstige betriebliche Aufwendungen			
6.1 Raumkosten der Verwaltung	673.656,77 €	695.000,00 €	730.000,00 €
6.2 Beiträge und Gebühren	42.204,09 €	45.000,00 €	40.000,00 €
6.3 Werbungskosten	83.610,15 €	95.000,00 €	100.000,00 €
6.4 allgemeine Betriebskosten für die Verwaltung	74.862,40 €	80.000,00 €	80.000,00 €
6.5 allgemeine Verwaltungskosten	151.745,20 €	110.000,00 €	110.000,00 €
	1.026.178,61 €	1.025.000,00 €	1.060.000,00 €
2.2.3 Mietzuschuss Sarstedt		42.370,00 €	42.370,00 €
2.2.4 Bildungsregion		200.000,00 €	200.000,00 €
2.2.5 Sprachkurse für Flüchtlinge LK		100.000,00 €	100.000,00 €
7.0 Sonstige Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	599,42 €	0,00 €	600,00 €
Gesamtsumme	**7.030.509,11 €**	**7.515.002,00 €**	**8.007.970,00 €**
Erträge gesamt	7.025.888,92 €	7.478.458,00 €	8.007.380,00 €
Aufwendungen gesamt	7.030.509,11 €	7.515.002,00 €	8.007.970,00 €
Gewinn o. Verlust	**-4.620,19 €**	**-36.544,00 €**	**-590,00 €**

Wirtschaftsplan 2025

kumulierte Werte	Bilanz 2023	Wirtschaftsplan 2024	Wirtschaftsplan 2025
1.0 Umsatzerlöse	3.318.071,72 €	3.400.000,00 €	3.900.000,00 €
2.1 Zuschüsse	3.627.112,79 €	3.644.000,00 €	3.644.000,00 €
2.2 Sonstige betriebliche Erträge	80.704,41 €	72.000,00 €	95.000,00 €
	7.025.888,92 €	**7.116.000,00 €**	**7.639.000,00 €**
3.0 Bildungsaufwendungen	2.262.176,61 €	2.595.000,00 €	2.655.000,00 €
4.0 Personalaufwendungen	3.653.654,22 €	3.460.000,00 €	3.875.000,00 €
5.0 Abschreibungen	87.900,25 €	92.632,00 €	75.000,00 €
6.0 Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.026.178,61 €	1.025.000,00 €	1.060.000,00 €
7.0 Sonstige Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	599,42 €	0,00 €	600,00 €
8.0 Zinsaufwendungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €
	7.030.509,11 €	**7.472.632,00 €**	**7.965.600,00 €**
Erlöse	7.025.888,92 €	7.478.458,00 €	8.007.380,00 €
Aufwendungen	7.030.509,11 €	7.515.002,00 €	8.007.970,00 €
Ergebnis	**-4.620,19 €**	**-36.544,00 €**	**-590,00 €**

Hildesheim, 24.06.2025

Alle Angaben sind auf Basis GuV 2024.

Die vorliegende PDF-Datei haben wir auf Wunsch unseres Mandanten erstellt.

Wir weisen darauf hin, dass maßgeblich für unsere Berichterstattung ausschließlich unser Bericht in der unterzeichneten Originalfassung ist. Da nur der gebundene und von uns unterzeichnete Bericht das berufsrechtlich verbindliche Ergebnis unserer Prüfung darstellt, können wir für die inhaltliche Richtigkeit und Vollständigkeit der Ihnen als PDF-Datei überlassenen Berichtsversion keine Haftung übernehmen.

Hinsichtlich der Weitergabe an Dritte weisen wir darauf hin, dass sich unsere Verantwortlichkeit - auch gegenüber Dritten - allein nach den Auftragsbedingungen im Bericht richtet.

Bericht

über die Prüfung

des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2023

und des Lageberichts

der

RVHI Regionalverkehr Hildesheim GmbH

Hildesheim

KOMMUNA - TREUHAND
GMBH WIRTSCHAFTSPRÜFUNGSGESELLSCHAFT

Kopie - maßgeblich ist das unterschriebene und gebundene Exemplar

INHALTSVERZEICHNIS

		Seite
A.	**Prüfungsauftrag und Erklärung der Unabhängigkeit**	**1**
B.	**Grundsätzliche Feststellungen**	**2**
	Stellungnahme zur Lagebeurteilung der gesetzlichen Vertreter	2
	1. Wirtschaftliche Lage und Geschäftsverlauf	2
	2. Voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken	2
C.	**Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung**	**3**
D.	**Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung**	**5**
	I. Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung	5
	1. Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen	5
	2. Vorjahresabschluss	6
	3. Jahresabschluss	6
	4. Lagebericht	6
	II. Gesamtaussage des Jahresabschlusses	7
	III. Erläuterungen und Analysen zum Jahresabschluss	8
	1. Vermögens- und Kapitalstruktur	8
	2. Finanz- und Liquiditätslage	11
	3. Ertragslage	13
E.	**Feststellungen zum Risikofrüherkennungssystem**	**18**
F.	**Feststellungen aus der Erweiterung des Prüfungsauftrages**	**18**
G.	**Wiedergabe des Bestätigungsvermerks**	**20**
H.	**Schlussbemerkung**	**25**

Kopie - maßgeblich ist das unterschriebene und gebundene Exemplar

ANLAGENVERZEICHNIS

1. Bilanz zum 31. Dezember 2023

2. Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2023

3. Anhang für das Geschäftsjahr 2023

4. Lagebericht für das Geschäftsjahr 2023

5. Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

6. Fragenkatalog zur Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG

7. Rechtliche Grundlagen und steuerliche Verhältnisse der Gesellschaft

8. Wirtschaftliche Grundlagen der Gesellschaft

Allgemeine Auftragsbedingungen

Kopie - maßgeblich ist das unterschriebene und gebundene Exemplar

A. Prüfungsauftrag und Erklärung der Unabhängigkeit

Auf der Aufsichtsratssitzung der

RVHI Regionalverkehr Hildesheim GmbH,

Hildesheim

- im Folgenden auch "RVHI" oder "Gesellschaft" genannt -

am 6. Juli 2023 wurden wir zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2023 gewählt. Die Aufsichtsratsvorsitzende hat uns daraufhin beauftragt, den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023 unter Einbeziehung der Buchführung sowie den Lagebericht für das Geschäftsjahr 2023 daraufhin zu prüfen, ob sie den maßgeblichen Rechnungslegungsvorschriften entsprechen.

Ferner war auftragsgemäß die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung zu prüfen sowie zu den wirtschaftlichen Verhältnissen Stellung zu nehmen (§ 53 Haushaltsgrundsätzegesetz - HGrG).

Wir bestätigen gemäß § 321 Abs. 4a HGB, dass wir bei unserer Abschlussprüfung die anwendbaren Vorschriften zur Unabhängigkeit beachtet haben.

Der vorliegende Prüfungsbericht wurde von uns in Übereinstimmung mit den vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) gegebenen Empfehlungen des Prüfungsstandards "Grundsätze ordnungsmäßiger Erstellung von Prüfungsberichten" (IDW PS 450 n. F. (10.2021)) erstellt und richtet sich an die Gesellschaft.

Die Jahresabschlussprüfung haben wir von April bis Mai in unseren Geschäftsräumen durchgeführt und am 22. Mai 2024 abgeschlossen. Den Bericht haben wir anschließend in unserem Büro ausgearbeitet.

Für die Durchführung unseres Auftrages und unsere Verantwortlichkeit sind, auch im Verhältnis zu Dritten, die als Anlage beigefügten Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften nach dem Stand vom 1. Januar 2024 maßgebend.

Kopie - maßgeblich ist das unterschriebene und gebundene Exemplar

B. Grundsätzliche Feststellungen

Stellungnahme zur Lagebeurteilung der gesetzlichen Vertreter

Die Lagedarstellung der gesetzlichen Vertreter im Jahresabschluss und Lagebericht ist durch uns als Abschlussprüfer im Rahmen einer Vorwegstellungnahme zu beurteilen.

1. Wirtschaftliche Lage und Geschäftsverlauf

Folgende Angaben der Geschäftsführung im Jahresabschluss und Lagebericht sind zur Beurteilung der wirtschaftlichen Lage und zum Geschäftsverlauf als wesentlich hervorzuheben:

- Auch das Geschäftsjahr 2023 war immer noch geprägt durch ein geändertes Mobilitätsverhalten nach der Corona-Pandemie. Die Beförderungsfälle betrugen 5,4 Mio. und liegen damit weiterhin unter dem Vorkrisenniveau. Die Erlössituation war wie bisher beeinflusst von Ausgleichsleistungen für das Deutschlandticket und tarifbedingt deutlich gestiegener Personalkosten.

- Die Gesamtinvestitionen des Geschäftsjahres 2023 betrugen 1.694 TEUR. Der größte Teil entfiel hierbei auf Investitionen in Fahrzeuge für den Personenverkehr.

- Das Geschäftsjahr schließt mit einem Jahresüberschuss von 420 TEUR nach einem Jahresüberschuss von 189 TEUR im Vorjahr. Das Ergebnis liegt damit deutlich über dem ursprünglich geplanten Ergebnis. Das ist insgesamt auf die gegenüber der Planung deutlich niedrigeren Aufwendungen für Treibstoffe und Subunternehmer zurückzuführen.

2. Voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken

Hierzu enthält der Lagebericht der Geschäftsführung folgende Kernaussagen:

- Ende 2019 wurde ein Tarifverbund im Landkreis Hildesheim eingeführt, was zur Steigerung der Attraktivität des ÖPNV geführt hat. Nach Einschätzung der Geschäftsführung ist die Erlösseite allerdings durch die Einführung des Deutschlandtickets und der damit verbundenen bundesweiten Tarifvorgaben nur noch bedingt beeinflussbar. Die auskömmliche Finanzierung des Deutschlandtickets für 2024 und 2025 ist ggfs. nicht sichergestellt. Durch den Abschluss des neuen ÖDA ab 1. Januar 2024 ist das Erlösrisiko aber auf den Landkreis Hildesheim übergegangen.

Kopie - maßgeblich ist das unterschriebene und gebundene Exemplar

- Risiken von hoher Bedeutung bestehen insbesondere durch die anhaltend hohen Kraftstoffpreise, auch aufgrund anhaltender politischer Spannungen, und steigende Personalkosten, die sowohl durch die Inflation als auch durch die Verfügbarkeit von Personal bedingt sind. Diese Effekte betreffen nicht nur allein die RVHI, sondern auch die für die RVHI tätigen Subunternehmer, was auch in diesem Bereich zu Aufwandssteigerungen führen kann.
- Für 2024 wird mit nahezu unveränderten Fahrgastzahlen geplant. Die Weiterführung des Deutschlandtickets wird auch in 2024 und 2025 zu einer Reduzierung der Fahrgeldeinnahmen führen. Bis voraussichtlich 2025 wird es Ausgleichsleistungen durch den Bund und die Länder geben. Danach soll ein bundesweites Einnahmeaufteilungsverfahren eingeführt werden. Die Geschäftsführung rechnet für 2024 mit einem Jahresüberschuss von 523 TEUR und für 2025 mit einem Jahresüberschuss von 462 TEUR.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft gibt und die voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken plausibel darstellt.

C. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung

Gegenstand unserer Prüfung waren der Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und der Lagebericht der RVHI Regionalverkehr Hildesheim GmbH für das zum 31. Dezember 2023 endende Geschäftsjahr.

Die Prüfung der Einhaltung anderer gesetzlicher Bestimmungen, die nicht die Rechnungslegung betreffen, gehört nur insoweit zu den Aufgaben der Abschlussprüfung, als sich aus diesen anderen Vorschriften üblicherweise Rückwirkungen auf den Jahresabschluss oder Lagebericht ergeben.

Die Prüfung umfasste auch die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und die Beurteilung der wirtschaftlichen Verhältnisse. Hierzu sind im Prüfungsbericht darzustellen:

- die Entwicklung der Vermögens- und Ertragslage, der Liquidität und Rentabilität der Gesellschaft,
- verlustbringende Geschäfte und die Ursachen der Verluste, wenn diese Geschäfte und die Ursachen für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren,

Kopie - maßgeblich ist das unterschriebene und gebundene Exemplar

- die Ursachen eines etwaigen in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Jahresfehlbetrages.

Dabei ist es nach Auffassung des IDW nicht Aufgabe des Abschlussprüfers, die sachliche Zweckmäßigkeit der Entscheidungen der Geschäftsführung und die Geschäftspolitik zu beurteilen.

Unsere Prüfung erfolgte nach den §§ 316 ff. HGB unter Beachtung der vom IDW festgestellten Grundsätze ordnungsmäßiger Durchführung von Abschlussprüfungen. Danach haben wir unsere Prüfung problemorientiert - jedoch ohne spezielle Ausrichtung auf eine Unterschlagungsprüfung - so angelegt, dass wir Unregelmäßigkeiten und Verstöße gegen die gesetzlichen Vorschriften, die sich auf die Darstellung des den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft wesentlich auswirken, hätten erkennen müssen.

Ausgangspunkt unserer Prüfung war der geprüfte und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Vorjahresabschluss 2022.

Im Rahmen unseres risikoorientierten Prüfungsansatzes haben wir zunächst die aus der Geschäftstätigkeit und Organisation des Unternehmens resultierenden Risiken wesentlicher Fehlaussagen in der Rechnungslegung untersucht. Unter Berücksichtigung unserer Prüfungshandlungen zur Einschätzung von Prüfungsrisiken und zur Beurteilung der Lage des Unternehmens sowie einer grundsätzlichen Beurteilung der Angemessenheit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems haben wir anschließend unsere Prüfungsstrategie erarbeitet, kritische Prüffelder identifiziert und unter Beachtung der Grundsätze der Wesentlichkeit und Wirtschaftlichkeit ein entsprechendes Prüfungsprogramm entwickelt.

Unsere Prüfungsstrategie führte zur Festlegung folgender Prüfungsschwerpunkte:

- Umsatzrealisation (Periodenabgrenzung),
- Ansatz und Bewertung des Sachanlagevermögens,
- Ansatz und Bewertung der Forderungen im Verbundbereich,
- Richtigkeit des Materialaufwandes.

Unsere Prüfungshandlungen erfolgten dabei überwiegend auf Basis von Stichproben.

Kopie - maßgeblich ist das unterschriebene und gebundene Exemplar

Zur Prüfung der Posten des Jahresabschlusses haben wir u. a. Bücher, Belege und sonstige Geschäftsunterlagen eingesehen, Saldenbestätigungen für ausgewählte Forderungen und Verbindlichkeiten sowie Saldenbestätigungen für die Guthaben bei Kreditinstituten und Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten eingeholt.

Im Übrigen lagen für die Vermögensgegenstände und Schulden die üblichen Bestandsnachweise vor.

Gegenstand unserer Prüfungshandlungen im Rahmen der Prüfung des Lageberichts waren die Vollständigkeit und Plausibilität der Angaben. Wir haben die Angaben unter Berücksichtigung unserer Erkenntnisse, die wir während der Abschlussprüfung gewonnen haben, beurteilt.

Die Geschäftsführung hat uns alle erbetenen Aufklärungen und Nachweise bereitwillig erbracht.

Nach der von der Geschäftsführung schriftlich abgegebenen Vollständigkeitserklärung sind im Jahresabschluss die Vermögens- und Schuldposten sowie sämtliche Aufwendungen und Erträge vollständig enthalten. Nach der Vollständigkeitserklärung bestanden am Abschlussstichtag keine weiteren angabepflichtigen Haftungsverhältnisse sowie sonstige Verpflichtungen, als sie aus der Bilanz oder dem Anhang ersichtlich sind. Die Geschäftsführung hat in der Vollständigkeitserklärung ferner versichert, dass der Lagebericht auch hinsichtlich erwarteter Entwicklungen alle für die Beurteilung der Lage der Gesellschaft wesentlichen Gesichtspunkte sowie die gesetzlich geforderten Angaben enthält.

D. Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung

I. Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung

1. Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen

Die Bücher der Gesellschaft und die sonstigen Unterlagen sind ordnungsmäßig und übersichtlich geführt. Das Belegwesen ist geordnet und beweiskräftig. Die Buchführung und die weiteren geprüften Unterlagen entsprechen nach unseren Feststellungen den gesetzlichen Vorschriften.

Die kaufmännische Betriebsführung erfolgt extern durch die EVI Energieversorgung Hildesheim GmbH & Co. KG (EVI) über das System SAP.

Kopie - maßgeblich ist das unterschriebene und gebundene Exemplar

2. Vorjahresabschluss

Der von uns geprüfte Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022 wurde mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

In der Gesellschafterversammlung am 6. Juli 2023 wurden der Jahresabschluss 2022 festgestellt, der Geschäftsführung Entlastung erteilt sowie die Ergebnisverwendung beschlossen.

Die Jahresabschlussunterlagen für das Geschäftsjahr 2022 wurden beim Betreiber des Unternehmensregisters eingereicht.

3. Jahresabschluss

Unsere Prüfung ergab, dass die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung nach den maßgeblichen Vorschriften über die Rechnungslegung aufgestellt und ordnungsgemäß aus den Büchern der Gesellschaft entwickelt worden sind. Die Ansatz-, Ausweis- und Bewertungsvorschriften sowie der Stetigkeitsgrundsatz wurden beachtet. Der Anhang enthält die gesetzlich geforderten Angaben. Die Inanspruchnahme der Schutzklausel nach § 286 HGB (Nichtangabe der Geschäftsführerbezüge im Anhang) ist zu Recht erfolgt.

4. Lagebericht

Unsere Prüfung ergab, dass der Lagebericht mit dem Jahresabschluss sowie mit unseren bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen im Einklang steht und insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Unternehmens vermittelt. Die voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken ist zutreffend dargestellt. Der Lagebericht enthält im Übrigen die gesetzlich geforderten Angaben.

Kopie - maßgeblich ist das unterschriebene und gebundene Exemplar

II. Gesamtaussage des Jahresabschlusses

Zu den allgemeinen Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätzen für den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023 verweisen wir auf die Angaben im Anhang (Anlage 3).

Änderungen der Bewertungsgrundlagen einschließlich der Ausübung von Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechten und der Ausnutzung von Ermessensspielräumen sowie sachverhaltsgestaltende Maßnahmen mit wesentlichem Einfluss auf die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft liegen nach unseren Feststellungen nicht vor.

Der Jahresabschluss der RVHI Regionalverkehr Hildesheim GmbH vermittelt insgesamt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft.

Im Übrigen verweisen wir auf die analysierende Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage im folgenden Abschnitt III - Erläuterungen und Analysen zum Jahresabschluss.

Kopie - maßgeblich ist das unterschriebene und gebundene Exemplar

III. Erläuterungen und Analysen zum Jahresabschluss

1. Vermögens- und Kapitalstruktur

In der folgenden Übersicht haben wir die Bilanz zum 31. Dezember 2023 nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten gegliedert und den entsprechenden Posten des Vorjahres gegenübergestellt:

Vermögensstruktur

	31.12.2023 TEUR	%	31.12.2022 TEUR	%	Veränderung TEUR
Immaterielle Vermögensgegenstände	201	1,5	98	0,7	103
Sachanlagen	6.563	47,6	6.240	48,1	323
Langfristig gebundenes Vermögen	6.764	49,1	6.338	48,8	426
Vorräte	34	0,3	42	0,3	-8
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	128	0,9	333	2,6	-205
Forderungen gegen Gesellschafter	3.129	22,7	1.019	7,9	2.110
Sonstige Vermögensgegenstände	808	5,9	696	5,4	112
Liquide Mittel	2.912	21,1	4.542	35,0	-1.630
Rechnungsabgrenzungsposten	4	0,0	3	0,0	1
Kurzfristig gebundenes Vermögen	7.015	50,9	6.635	51,2	380
	13.779	100,0	12.973	100,0	806

Kapitalstruktur

Gezeichnetes Kapital	1.465	10,6	1.465	11,3	0
Rücklagen	3.303	24,0	3.114	24,0	189
Jahresüberschuss	420	3,1	189	1,4	231
Eigenkapital	5.188	37,7	4.768	36,7	420
Sonderposten für Zuschüsse Dritter	2.180	15,8	2.098	16,2	82
Rückstellung Haftpflichtschäden	120	0,9	111	0,9	9
Darlehen	2.481	18,0	2.195	16,9	286
Mittel- bis langfristiges Fremdkapital	2.601	18,9	2.306	17,8	295
Kurzfristige Sonstige Rückstellungen	474	3,4	386	3,0	88
Kurzfristige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	495	3,6	379	2,9	116
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.905	13,8	2.200	17,0	-295
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	509	3,7	484	3,7	25
Übrige Verbindlichkeiten und Rechnungsabgrenzungsposten	427	3,1	352	2,7	75
Kurzfristiges Fremdkapital	3.810	27,6	3.801	29,3	9
	13.779	100,0	12.973	100,0	806

Kopie - maßgeblich ist das unterschriebene und gebundene Exemplar

Das **langfristig gebundene Vermögen** beinhaltet ausschließlich das Anlagevermögen der Gesellschaft. Zugängen von 1.694 TEUR standen Abschreibungen in Höhe von 1.234 TEUR und Restbuchwertabgänge von 34 TEUR gegenüber. Die Zugänge betreffen im Wesentlichen mit 1.413 TEUR Fahrzeuge (fünf neue Busse und einen gebrauchten Bus).

Die **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** haben sich stichtagsbezogen um 205 TEUR auf 128 TEUR vermindert. Neben Forderungen aus Fahrgeldeinnahmen werden hier insbesondere Erstattungsansprüche aus der unentgeltlichen Beförderung Schwerbehinderter ausgewiesen.

Unter den **Forderungen gegen Gesellschafter** werden größtenteils Forderungen aus der Endabrechnung des ÖDLA für 2023 und 2022 ausgewiesen (2.478 TEUR; Vorjahr: 562 TEUR). Daneben sind Forderungen aus der Abrechnung von Sammelschülerzeitkarten, freigestellter Schülerverkehre (insgesamt 171 TEUR; Vorjahr: 457 TEUR), Forderungen im Zusammenhang mit dem Deutschlandticket (133 TEUR) sowie die Spitzabrechnung der Mobilitätszentrale (347 TEUR) enthalten.

Die **sonstigen Vermögensgegenstände** zeigen folgende Zusammensetzung:

	31.12.2023 TEUR	31.12.2022 TEUR	Veränderung TEUR
Sonstige Steuerforderungen	656	595	61
Debitorische Kreditoren	71	41	30
Übrige Forderungen	81	60	21
	808	696	112

Die sonstigen Steuerforderungen beinhalten Vorsteuererstattungsansprüche in Höhe von 591 TEUR (Vorjahr: 529 TEUR) sowie Energiesteuerforderungen (65 TEUR; Vorjahr: 66 TEUR).

Zu den Veränderungen bei den **liquiden Mitteln** (./. 1.630 TEUR auf 2.912 TEUR) verweisen wir auf die im folgenden Abschnitt dargestellte **Kapitalflussrechnung**.

Das **Eigenkapital** ist aufgrund des Jahresüberschusses 2023 um 420 TEUR auf 5.188 TEUR angestiegen. Die **Eigenkapitalquote** hat sich bei einer um 806 TEUR gestiegenen Bilanzsumme gegenüber dem Vorjahr von 36,7 % auf 37,7 % erhöht.

Kopie - maßgeblich ist das unterschriebene und gebundene Exemplar

Bei den **Sonderposten für Zuschüsse Dritter** standen gewährten Zuschüssen in Höhe von 485 TEUR Auflösungen von 403 TEUR gegenüber. Die im Berichtsjahr gewährten Zuschüsse betrafen in voller Höhe die in 2023 angeschafften Busse.

Das **mittel- bis langfristige Fremdkapital** hat sich um 295 TEUR auf 2.601 TEUR erhöht. Hierunter werden größtenteils Darlehen ausgewiesen. In 2023 wurde ein zusätzliches Darlehen bei Kreditinstituten in Höhe von 733 TEUR aufgenommen. Dem standen planmäßige Tilgungen gegenüber.

Die (kurz- und mittelfristigen) **Rückstellungen** entwickelten sich im Berichtsjahr wie folgt:

	1.1.2023	Ver-brauch	Auflösung	Zuführung	Abzin-sung	31.12.2023
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Personalrückstellungen						
Resturlaub	197	197	0	216	0	216
Überstunden	84	84	0	90	0	90
Tantieme	12	0	12	12	0	12
Berufsgenossenschaft	22	21	1	30	0	30
Jubiläum	41	6	0	5	0	40
	356	**308**	**13**	**353**	**0**	**388**
Übrige Verpflichtungen						
Haftpflichtschäden	111	0	0	16	-7	120
Ausstehende Rechnungen	8	0	0	56	0	64
Prüfungskosten	22	16	1	17	0	22
	141	**16**	**1**	**89**	**-7**	**206**
	497	**324**	**14**	**442**	**-7**	**594**

Die **Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen** verringerten sich stichtagsbezogen um 295 TEUR. Im Wesentlichen bestehen die Verbindlichkeiten gegenüber der SVHI (644 TEUR; Vorjahr: 776 TEUR) sowie diversen Subunternehmern für die Erbringung von Fahrleistungen.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern** beinhalten insbesondere wie im Vorjahr die Endabrechnung des ÖDLA für 2022 (472 TEUR).

Kopie - maßgeblich ist das unterschriebene und gebundene Exemplar

Die **übrigen Verbindlichkeiten und Rechnungsabgrenzungsposten** enthalten größtenteils mit 282 TEUR (Vorjahr: 302 TEUR) zurückzuzahlende Zuschüsse aus dem ÖPNV-Rettungsschirm sowie Lohnsteuerverbindlichkeiten (42 TEUR; Vorjahr: 31 TEUR).

Die **Vermögenslage** ist geordnet.

2. Finanz- und Liquiditätslage

Aus der vorstehend dargestellten Vermögens- und Kapitalstruktur ergibt sich im **langfristigen Bereich** folgende Deckung des Anlagevermögens durch eigene Mittel und langfristige Fremdmittel:

	31.12.2023		31.12.2022	
	TEUR	%	TEUR	%
Anlagevermögen	6.764	100	6.338	100
Eigenkapital	5.188	77	4.768	75
Unterdeckung	-1.576	-23	-1.570	-25
Mittel- bis langfristiges Kapital				
- Sonderposten	2.180	32	2.098	33
- Darlehen	2.481	37	2.195	35
- Rückstellungen	120	2	111	2
Überdeckung	3.205	47	2.834	45
Veränderung der Finanzierung			371	

Zum Abschlussstichtag wird das langfristig gebundene Vermögen vollständig durch eigene Mittel und mittel- bis langfristiges Kapital finanziert.

Im **kurzfristigen Bereich** ist das kurzfristige Fremdkapital (3.810 TEUR) ebenfalls in voller Höhe durch kurzfristig realisierbares Vermögen (7.015 TEUR) gedeckt.

Die **Zahlungsfähigkeit** war im Berichtszeitraum sowie bis zum Prüfungszeitpunkt stets gegeben.

Die **Finanzierung** ist geordnet.

Kopie - maßgeblich ist das unterschriebene und gebundene Exemplar

Die nachfolgend aufgeführte **betriebswirtschaftliche Kapitalflussrechnung** zeigt, wie die Gesellschaft in 2023 und 2022 finanzielle Mittel erwirtschaftet hat und welche Investitions- und Finanzierungsmaßnahmen vorgenommen wurden:

	2023		2022
	TEUR	TEUR	TEUR
Jahresüberschuss	420		189
Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	1.234		1.263
Erträge aus der Auflösung des Sonderposten	-403		-494
Zinserträge	-25		-4
Zinsaufwendungen	56		37
Cash flow	1.282		991
Gewinn aus Anlageabgängen	-7		-23
Veränderung der Rückstellungen	97		98
Veränderung der Vorräte, der Forderungen und anderer Aktiva	-2.010		267
Veränderung der Verbindlichkeiten und anderer Passiva	-153		949
Mittelabfluss/-zufluss aus laufender Geschäftstätigkeit		-791	2.282
Auszahlungen für Investitionen in das Anlagevermögen	-1.694		-1.846
Erhaltene Zinsen	25		4
Erlöse Anlagenabgänge	41		23
Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit		-1.628	-1.819
Einzahlungen aus der Aufnahme von Darlehen	733		764
Auszahlungen aus der Tilgung von Krediten	-373		-327
Einzahlungen aus Investitionszuschüssen	485		630
Gezahlte Zinsen	-56		-37
Mittelzufluss aus der Finanzierungstätigkeit		789	1.030
Veränderung des Finanzmittelbestandes *)		-1.630	1.493
Finanzmittelbestand *) zu Beginn des Geschäftsjahres		4.542	3.049
Finanzmittelbestand *) am Ende des Geschäftsjahres		2.912	4.542

*) Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten.

Die Mittelzufluss aus Finanzierungstätigkeit (789 TEUR) reichte nicht aus, um die Mittelabflüsse aus laufender Geschäftstätigkeit (791 TEUR) und aus der Investitionstätigkeit (1.628 TEUR) zu decken, so dass sich der Finanzmittelbestand per 31. Dezember 2023 um 1.630 TEUR vermindert hat.

Kopie - maßgeblich ist das unterschriebene und gebundene Exemplar

3. Ertragslage

In der folgenden Übersicht haben wir die Gewinn- und Verlustrechnung 2023 nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten gegliedert und den entsprechenden Posten des Vorjahres gegenübergestellt:

	2023 TEUR	%	2022 TEUR	%	Ergebnisveränderung TEUR
Umsatzerlöse	22.579	100,0	20.704	100,0	1.875
Übrige laufende betriebliche Erträge	721	3,2	668	3,2	53
Betriebliche Erträge	23.300	103,2	21.372	103,2	1.928
Materialaufwand	-12.685	-56,2	-12.405	-59,9	-280
Personalaufwand	-6.583	-29,2	-5.539	-26,8	-1.044
Abschreibungen	-1.234	-5,5	-1.263	-6,1	29
Übrige laufende betriebliche Aufwendungen	-2.403	-10,6	-1.870	-9,0	-533
Sonstige Steuern	-4	0,0	-3	0,0	-1
Betriebsergebnis	391	1,7	292	1,4	99
Zinsergebnis	-31	-0,1	-33	-0,2	2
Periodenfremdes Ergebnis	65	0,3	-70	-0,3	135
Ertragsteuern	-5	0,0	0	0,0	-5
Jahresergebnis	420	1,9	189	0,9	231

Die **Umsatzerlöse** erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 1.875 TEUR auf 22.579 TEUR. In den einzelnen Bereichen entwickelten sich die Umsatzerlöse wie folgt:

	2023 TEUR	2022 TEUR	Veränderung TEUR
Fahrgeldeinnahmen im Linien- und Freistellungsverkehr	9.019	7.724	1.295
Erträge aus ÖDLA	10.662	9.549	1.113
Fahrleistungen für SVHI und Dritte sowie sonstige Verkehrseinnahmen	179	658	-479
Erstattungen § 7a NNVG	2.111	2.111	0
Erstattungen Schwerbehindertenbeförderung	524	625	-101
Übrige Umsatzerlöse	84	37	47
	22.579	20.704	1.875

Kopie - maßgeblich ist das unterschriebene und gebundene Exemplar

Bei den Fahrgeldeinnahmen im Linien- und Freistellungsverkehr erhöhten sich die Linieneinnahmen insbesondere aufgrund 1.041 TEUR höherer Erträge aus Sammelschülerzeitkarten. Diese Steigerung im Vergleich zum Vorjahr ist im Wesentlichen bedingt durch die Mindereinnahmen aufgrund der Einführung des 9 EUR-Tickets im Vorjahr.

Die Erträge aus ÖDLA sind gegenüber dem Vorjahr um 1.113 TEUR gestiegen. Hierin enthalten sind 1.617 TEUR (Vorjahr: 1.771 TEUR) an Zuschüssen für das Deutschlandticket bzw. aus dem ÖPNV-Rettungsschirm.

Im Vorjahr haben sich bei den Erträgen aus Fahrleistungen für SVHI und Dritte sowie sonstigen Verkehrseinnahmen Sonderfinanzhilfen für den zusätzlichen Einsatz von Bussen zur Verbesserung des Infektionsschutzes mit 301 TEUR ausgewirkt, welche in 2023 nicht mehr gewährt wurden. Weiterhin waren im Vorjahr Erträge aus Bus-/Schienezeitkarten in Höhe von 174 TEUR enthalten.

Die Beförderungsfälle entwickelten sich unter Berücksichtigung geänderter Faktoren für statistische Nutzungshäufigkeiten wie folgt:

	2023	2022	Veränderung
Linienverkehr			
Ausbildungsverkehr	3.922.385	4.504.550	-582.165
Deutschlandticket	421.618	0	421.618
Zeitfahrausweise	101.123	379.233	-278.110
Einzelfahrscheine	262.731	258.267	4.464
Mehrfachfahrkarten	137.778	134.355	3.423
Sonderfahrausweise	26.086	20.241	5.845
Sonstige Beförderungen	527.771	706.457	-178.686
Insgesamt	**5.399.492**	**6.003.103**	**-603.611**

Kopie - maßgeblich ist das unterschriebene und gebundene Exemplar

Die **übrigen laufenden betrieblichen Erträge** erhöhten sich im Berichtsjahr um 53 TEUR auf 721 TEUR und zeigen folgende Zusammensetzung:

	2023 TEUR	2022 TEUR	Veränderung TEUR
Auflösung von Sonderposten	403	494	-91
Personalkostenerstattung	52	51	1
Schadenersatz	155	52	103
Kfz-Nutzung	19	19	0
Übrige Erträge	92	52	40
	721	668	53

Die übrigen Erträge enthalten u.a. mit 56 TEUR Zuschüsse des Landkreises Hildesheim zu Mietaufwendungen der Mobilitätszentrale im Regionalverkehr Hildesheim.

Der **Materialaufwand** insgesamt hat sich um 280 TEUR auf 12.685 TEUR erhöht und setzt sich wie folgt zusammen:

	2023 TEUR	2022 TEUR	Veränderung TEUR
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe			
• Treibstoffe	1.613	1.780	-167
• Betrieb und Unterhaltung	337	315	22
• Übrige Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	33	38	-5
	1.983	2.133	-150
Aufwendungen für bezogene Leistungen			
• Vergütung Verkehrsbetriebe	10.554	10.162	392
• Übrige bezogene Leistungen	148	110	38
	10.702	10.272	430
	12.685	12.405	280

Die Aufwendungen für Treibstoffe verringerten sich durch das gesunkene Preisniveau für den Bezug von Dieselkraftstoffen.

Kopie - maßgeblich ist das unterschriebene und gebundene Exemplar

Die Aufwendungen für Vergütung Verkehrsbetriebe enthalten Subunternehmerleistungen für die Erbringung von Fahrleistungen. Der Anstieg resultiert insbesondere aus der Weiterberechnung von Personal- und Treibstoffkostensteigerungen auf Ebene der Verkehrsunternehmen.

Der **Personalaufwand** hat sich bei gestiegener durchschnittlicher Mitarbeiteranzahl sowie durch eine allgemeine Lohnerhöhung um 16 % im April 2023 um 1.044 TEUR gesteigert und zeigt folgende Zusammensetzung:

	2023 TEUR	2022 TEUR	Veränderung TEUR
Löhne und Gehälter			
• Grundvergütung	4.888	4.053	835
• Zeitzuschläge	320	304	16
• Weihnachts-/Urlaubsgeld	188	168	20
• Übrige Aufwendungen	37	42	-5
	5.433	4.567	866
Soziale Abgaben			
• Arbeitgeberanteile Sozialversicherung	1.081	905	176
• Berufsgenossenschaft	69	67	2
	1.150	972	178
	6.583	5.539	1.044

Kopie - maßgeblich ist das unterschriebene und gebundene Exemplar

Die **übrigen laufenden betrieblichen Aufwendungen** erhöhten sich um 533 TEUR auf 2.403 TEUR und zeigen folgende Zusammensetzung:

	2023 TEUR	2022 TEUR	Veränderung TEUR
Betriebs- und Geschäftsführung	505	468	37
Reparaturen, Instandhaltung und Wartung	465	282	183
Versicherungen und Selbstbeteiligung	445	323	122
Mieten, Pachten und Nebenkosten	339	219	120
Prüfungs-, Rechts- und Beratungskosten	133	155	-22
Werbung, Repräsentation und Stellenanzeigen	93	132	-39
Gebühren und Beiträge	55	51	4
Porto, Telekommunikation	69	29	40
Aus- und Weiterbildung	65	29	36
Reinigung und Pflege	26	14	12
Dienst- und Schutzkleidung	18	19	-1
Übrige Aufwendungen	190	149	41
	2.403	1.870	533

In den übrigen Aufwendungen sind u.a. Abrechnungen der SVHI für sonstige Dienstleistungen (38 TEUR; Vorjahr: 29 TEUR), Aufwendungen für ein Firmenfitnessprogramm (15 TEUR wie im Vorjahr) sowie Abschreibungen auf Forderungen (28 TEUR; Vorjahr: 3 TEUR) enthalten.

Das **periodenfremde Ergebnis** beinhaltet Erträge in Höhe von 135 TEUR (insbesondere Erträge aus Anlagenabgängen und Fahrkartenabrechnungen für 2022), denen Aufwendungen in Höhe von 70 TEUR (hauptsächlich Abrechnung Bus-/Schienezeitkarten von 2014 bis 2021) gegenüberstehen.

Aufgrund der dargestellten Einflüsse hat sich das **Jahresergebnis** gegenüber dem Vorjahr um 231 TEUR auf + 420 TEUR verbessert.

Kopie - maßgeblich ist das unterschriebene und gebundene Exemplar

E. Feststellungen zum Risikofrüherkennungssystem

Die Prüfung des Risikofrüherkennungssystems erfolgte im Rahmen der Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung.

Im Rahmen der Betriebsführung durch die EVI besteht ein Risiko- und Chancenmanagementsystem, um den Fortbestand der Gesellschaft gefährdende Entwicklungen frühzeitig erkennen zu können. Es wurden von der Geschäftsführung Beauftragte für das Risiko- und Chancenmanagement sowie ein Koordinator benannt. Regelmäßig werden Risikoinventuren durchgeführt. Für das abgelaufene Geschäftsjahr wurden durch die EVI Halbjahresberichte erstellt, mit deren Hilfe etwaige bestandsgefährdende Risiken rechtzeitig erkannt werden können.

Im Übrigen verweisen wir auf den Fragenkreis 4 zur Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG in der Anlage 6 zu diesem Bericht.

F. Feststellungen aus der Erweiterung des Prüfungsauftrages

Wir haben im Rahmen unserer Prüfung auftragsgemäß die Vorschriften des § 53 HGrG und den hierzu veröffentlichten Fragenkatalog des IDW-Prüfungsstandards PS 720 "Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG" beachtet, der gemeinsam durch Mitglieder des Fachausschusses für öffentliche Unternehmen und Verwaltungen des IDW (ÖFA) und Vertretern des Bundesfinanzministeriums, des Bundesrechnungshofs und der Landesrechnungshöfe erarbeitet worden ist. Den mit unseren Feststellungen versehenen Fragenkatalog haben wir unserem Bericht als Anlage 6 beigefügt.

Dementsprechend haben wir unter Berücksichtigung der Organisation, des Instrumentariums und der Tätigkeit die **Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung**, d. h. ob die Geschäfte mit der erforderlichen Sorgfalt und in Übereinstimmung mit den einschlägigen handelsrechtlichen Vorschriften und den Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages geführt worden sind, geprüft.

Unsere Prüfung hat keine Besonderheiten ergeben, die nach unserer Auffassung Anlass zu Zweifeln an der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung der Gesellschaft geben könnten.

Zu den **wirtschaftlichen Verhältnissen** haben wir im Hauptteil unseres Prüfungsberichtes in D.III. "Erläuterungen und Analysen zum Jahresabschluss" Stellung genommen.

Kopie - maßgeblich ist das unterschriebene und gebundene Exemplar

Nachteilige Veränderungen der Vermögens- und Ertragslage sowie der Liquidität und Rentabilität gegenüber dem Vorjahr und Verluste, die das Jahresergebnis nicht unerheblich beeinflusst haben, sind nicht zu vermerken.

Die Gesellschaft ist mit einem angemessenen Eigenkapital ausgestattet. Zum Abschlussstichtag ergibt sich ein Eigenkapitalanteil an der Bilanzsumme von 37,7 %. Das Anlagevermögen der Gesellschaft ist fristenkongruent finanziert. Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2023 stets gegeben.

Das Geschäftsjahr 2023 schließt mit einem Jahresüberschuss von 420 TEUR (Vorjahr: Jahresüberschuss + 189 TEUR) ab. Der Erfolgsplan sah für das Geschäftsjahr 2023 ein Ergebnis von ./. 484 TEUR vor. Für das Geschäftsjahr 2024 wird gemäß Wirtschaftsplan ein Jahresüberschuss von 523 TEUR erwartet.

Unsere Prüfung hat keine Besonderheiten ergeben, die nach unserer Auffassung Anlass zu Beanstandungen an der Entwicklung der Vermögens- und Ertragslage, der Liquidität und der Rentabilität geben könnten.

Kopie - maßgeblich ist das unterschriebene und gebundene Exemplar

G. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks

Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung haben wir dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023 (Anlagen 1 bis 3) und dem Lagebericht für das Geschäftsjahr 2023 (Anlage 4) der RVHI Regionalverkehr Hildesheim GmbH, Hildesheim, unter dem Datum vom 22. Mai 2024 den folgenden Bestätigungsvermerk erteilt, der hier wiedergegeben wird:

"Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die RVHI Regionalverkehr Hildesheim GmbH, Hildesheim

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der RVHI Regionalverkehr Hildesheim GmbH, Hildesheim, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2023 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der RVHI Regionalverkehr Hildesheim GmbH, Hildesheim, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2023 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 und

- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 S. 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Kopie - maßgeblich ist das unterschriebene und gebundene Exemplar

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt "Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts" unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrates für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Kopie - maßgeblich ist das unterschriebene und gebundene Exemplar

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Kopie - maßgeblich ist das unterschriebene und gebundene Exemplar

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.

- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.

- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

Kopie - maßgeblich ist das unterschriebene und gebundene Exemplar

- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie, ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.

- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.

- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen."

Kopie - maßgeblich ist das unterschriebene und gebundene Exemplar

H. Schlussbemerkung

Den vorstehenden Prüfungsbericht erstatten wir in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Erstellung von Prüfungsberichten (IDW PS 450 n.F. (10.2021)).

Eine Verwendung des oben wiedergegebenen Bestätigungsvermerks außerhalb dieses Prüfungsberichts bedarf unserer vorherigen Zustimmung. Bei Veröffentlichungen oder Weitergabe des Jahresabschlusses und/oder des Lageberichts in einer von der bestätigten Fassung abweichenden Form (einschließlich der Übersetzung in andere Sprachen) bedarf es zuvor unserer erneuten Stellungnahme, sofern hierbei unser Bestätigungsvermerk zitiert oder auf unsere Prüfung hingewiesen wird; auf § 328 HGB wird verwiesen.

Hannover, den 22. Mai 2024

KOMMUNA-TREUHAND GMBH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dipl.-Oec. Karin Schulze
Wirtschaftsprüferin

Dipl.-Oec. Steffen Klein
Wirtschaftsprüfer

Kopie - maßgeblich ist das unterschriebene und gebundene Exemplar

RVHI Regionalverkehr Hildesheim GmbH, Hildesheim

Bilanz zum 31. Dezember 2023

Aktiva

	31.12.2023		31.12.2022	
	EUR	EUR	EUR	EUR
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	118.915,00		97.455,00	
2. Geleistete Anzahlungen	81.884,45	200.799,45	0,00	97.455,00
II. Sachanlagen				
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	154.829,15		164.594,15	
2. Streckenausrüstung und Sicherungsanlagen	248.855,00		314.032,00	
3. Fahrzeuge für Personenverkehr	5.836.097,00		5.472.804,00	
4. Technische Anlagen und Maschinen	36.912,00		38.927,00	
5. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	287.000,00		246.070,00	
6. Anlagen im Bau	0,00	6.563.693,15	3.940,12	6.240.367,27
		6.764.492,60		6.337.822,27
B. Umlaufvermögen				
I. Vorräte				
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		33.860,60		42.191,79
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	127.953,62		332.762,09	
2. Forderungen gegen Gesellschafter	3.129.395,39		1.018.746,00	
3. Sonstige Vermögensgegenstände	807.746,53	4.065.095,54	695.813,09	2.047.321,18
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten		2.911.587,08		4.541.547,98
		7.010.543,22		6.631.060,95
C. Rechnungsabgrenzungsposten		3.584,53		3.657,86
		13.778.620,35		12.972.541,08

Kopie - maßgeblich ist das unterschriebene und gebundene Exemplar

Passiva

		31.12.2023		31.12.2022	
		EUR	EUR	EUR	EUR
A.	**Eigenkapital**				
	I. Gezeichnetes Kapital		1.464.700,00		1.464.700,00
	II. Kapitalrücklage		1.797.239,75		1.797.239,75
	III. Gewinnrücklagen				
	1. Gesellschaftsvertragliche Rücklagen	23.959,86		23.959,86	
	2. Andere Gewinnrücklagen	1.482.478,36	1.506.438,22	1.293.158,01	1.317.117,87
	IV. Jahresüberschuss		419.662,51		189.320,35
			5.188.040,48		4.768.377,97
B.	**Sonderposten für Zuschüsse Dritter**		2.180.350,00		2.097.796,00
C.	**Rückstellungen**				
	Sonstige Rückstellungen		594.480,00		496.929,14
D.	**Verbindlichkeiten**				
	1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		2.975.723,55		2.573.781,35
	2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		1.904.797,19		2.199.673,63
	3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter		508.520,32		484.050,22
	4. Sonstige Verbindlichkeiten		423.047,10		351.932,77
	--davon aus Steuern EUR 41.880,38 (i. Vj. EUR 30.980,30)--				
			5.812.088,16		5.609.437,97
E.	**Rechnungsabgrenzungsposten**		3.661,71		0,00
			13.778.620,35		12.972.541,08

Kopie - maßgeblich ist das unterschriebene und gebundene Exemplar

RVHI Regionalverkehr Hildesheim GmbH, Hildesheim

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2023

	2023		2022	
	EUR	EUR	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse		22.578.531,54		20.703.604,80
2. Sonstige betriebliche Erträge		855.862,19		699.163,54
3. Materialaufwand				
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	1.983.018,84		2.132.635,22	
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	10.702.032,83	12.685.051,67	10.272.125,31	12.404.760,53
4. Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter	5.432.971,80		4.567.653,13	
b) Soziale Abgaben	1.150.460,31	6.583.432,11	971.826,86	5.539.479,99
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		1.233.841,28		1.262.567,21
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen		2.472.907,93		1.970.680,88
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		25.185,29		4.200,00
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		56.314,26		36.733,96
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		4.717,24		0,00
10. Ergebnis nach Steuern		423.314,53		192.745,77
11. Sonstige Steuern		3.652,02		3.425,42
12. Jahresüberschuss		419.662,51		189.320,35

Kopie - maßgeblich ist das unterschriebene und gebundene Exemplar

Für Sie in der Region unterwegs RVHI

Anhang

für das Geschäftsjahr 2023

RVHI Regionalverkehr Hildesheim GmbH, Hildesheim

A. Allgemeine Angaben zu Inhalt und Gliederung des Jahresabschlusses

Firma: RVHI Regionalverkehr Hildesheim GmbH

Sitz: Hildesheim

Registergericht: Amtsgericht Hildesheim

Handelsregisternummer: Abteilung B; Nr. 2693

Der Jahresabschluss ist nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und den ergänzenden Bestimmungen des GmbH-Gesetzes sowie des Gesellschaftsvertrags aufgestellt worden. Für die Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung wurde das Gesamtkostenverfahren gemäß § 275 Abs. 2 HGB gewählt.

Die Gesellschaft ist eine mittelgroße Kapitalgesellschaft i. S. d. § 267 Abs. 2 HGB.

Die Darstellung der Sachanlagen ist entsprechend der Verordnung über die Gliederung des Jahresabschlusses von Verkehrsunternehmen in der Fassung vom 13. Juli 1988 um die Position "Fahrzeuge für Personenverkehr" sowie "Streckenausrüstung und Sicherungsanlagen" ergänzt worden.

Das Geschäftsjahr der Gesellschaft stimmt mit dem Kalenderjahr überein.

B. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die **immateriellen Vermögensgegenstände** werden zu Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger linearer Abschreibungen angesetzt. Das **Sachanlagevermögen** ist zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet, wobei auf die eigenen Leistungen angemessene Material- und Fertigungsgemeinkostenzuschläge aufgeschlagen werden.

Die planmäßigen Abschreibungen nach § 253 Abs. 3 HGB erfolgen grundsätzlich in Anlehnung an die in den steuerlichen Abschreibungstabellen angegebenen Nutzungsdauern. Die Zugänge der Sachanlagen werden linear abgeschrieben. Die Fahrzeuge für Personenverkehr werden für Zugänge pro rata temporis auf 10 Jahre abgeschrieben.

Kopie - maßgeblich ist das unterschriebene und gebundene Exemplar

Für Sie in der Region unterwegs RVHI

Geringwertige Wirtschaftsgüter mit einem Einzelanschaffungspreis zwischen EUR 60,00 und EUR 800,00 werden im Anschaffungsjahr vollständig abgeschrieben. Alle Anlagegüter mit einem Einzelanschaffungspreis von über EUR 800,00 unterliegen der Regel-AfA.

Die **Vorräte** werden unter Beachtung des Niederstwertprinzips zu den jeweils letzten Einstandspreisen bewertet.

Die **Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände** werden zu Nominalbeträgen bilanziert. Dem allgemeinen Kreditrisiko wird durch eine pauschale Wertberichtigung Rechnung getragen.

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen gegen Gesellschafter werden unter den **Forderungen gegen Gesellschafter** ausgewiesen.

Der **Kassenbestand** und die **Guthaben bei Kreditinstituten** werden mit dem Nennwert angesetzt.

Als **aktive Rechnungsabgrenzungsposten** werden Ausgaben vor dem Bilanzstichtag ausgewiesen, die Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem darstellen.

Latente Steuern werden nicht ausgewiesen, da der bestehende Aktivüberhang unter Ausnutzung des Wahlrechts des § 274 HGB bilanziell nicht angesetzt wird. Die aktiven latenten Steuern resultieren im Wesentlichen aus temporären Differenzen im Bereich der sonstigen Rückstellungen. Die Berechnung erfolgte auf Basis eines Körperschaftsteuersatzes (inklusive Solidaritätszuschlag) von 15,83 % sowie eines Gewerbesteuersatzes von 15,4 %.

Das **Eigenkapital** ist zum Nennbetrag angesetzt.

Die erhaltenen Investitionszuschüsse werden unter **Sonderposten für Zuschüsse Dritter** ausgewiesen. Sie werden über die Nutzungsdauer des betreffenden Vermögensgegenstandes erfolgswirksam aufgelöst.

Für erkennbare Risiken und ungewisse Verpflichtungen sind nach vernünftiger kaufmännischer Vorsicht **Rückstellungen** gebildet worden. Sie sind in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags (d. h. einschließlich zukünftiger Kosten- und Preissteigerungen) angesetzt. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr wurden mit einem laufzeitadäquaten Zinssatz abgezinst.

Die **Verbindlichkeiten** werden mit den Erfüllungsbeträgen passiviert. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen gegenüber Gesellschaftern werden unter den **Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern** ausgewiesen.

Als **passive Rechnungsabgrenzungsposten** werden Einnahmen vor dem Bilanzstichtag ausgewiesen, die Ertrag für eine bestimmte Zeit nach diesem Stichtag darstellen.

Kopie - maßgeblich ist das unterschriebene und gebundene Exemplar

Für Sie in der Region unterwegs RVHI

C. Erläuterungen zur Bilanz

Die Aufgliederung und Entwicklung des **Anlagevermögens** zeigt der nachfolgende Anlagenspiegel (Anlage zu diesem Anhang).

Die **Forderungen gegen Gesellschafter** beinhalten Forderungen gegen den Landkreis Hildesheim aus der Endabrechnung des Öffentlichen Dienstleistungsauftrags zur Erbringung von gemeinwirtschaftlichen Nahverkehrsleistungen im öffentlichen Personennahverkehr im Landkreis Hildesheim (im Folgenden „ÖDLA") für 2023 und 2022 in Höhe von TEUR 2.478 (i. Vj. TEUR 562). Darüber hinaus sind Forderungen aus der Erbringung von Fahrleistungen, die Spitzabrechnung der Mobilitätszentrale für 2023 sowie Forderungen auf Ausgleichszahlungen für das Deutschlandticket hierunter ausgewiesen.

Unter den **sonstigen Vermögensgegenständen** werden im Wesentlichen Vorsteuererstattungsansprüche in Höhe von TEUR 591 (i. Vj. TEUR 529) sowie Ansprüche aus Energiesteuererstattungen in Höhe von TEUR 65 (i. Vj. TEUR 66) ausgewiesen.

Sämtliche Forderungen haben eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

Die **Kapitalrücklage** stammt aus Zuzahlungen, die der Gesellschafter Landkreis Hildesheim in das Eigenkapital geleistet hat.

Die **sonstigen Rückstellungen** tragen den erkennbaren Risiken und sonstigen Verpflichtungen Rechnung und setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2023	31.12.2022
	TEUR	TEUR
Resturlaub	216	197
Umlageverpflichtungen aus Haftpflichtversicherung	120	111
Überstunden	90	84
Ausstehende Rechnungen	64	8
Sonstige Personalverpflichtungen	42	34
Jubiläum	40	41
Prüfungskosten	22	22
Summe:	**594**	**497**

Kopie - maßgeblich ist das unterschriebene und gebundene Exemplar

Für Sie in der Region unterwegs RVHI

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** haben folgende Restlaufzeiten:

		davon mit einer Restlaufzeit			
	Gesamtbetrag 31.12.2023	bis zu 1 Jahr	über 1 Jahr	davon über 5 Jahre	gesicherte Beträge
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.976	495	2.481	842	2.976
(im Vorjahr)	(2.574)	(379)	(2.195)	(846)	(2.574)

Die Sicherung besteht in der Sicherungsübereignung der finanzierten Fahrzeuge.

Die übrigen Verbindlichkeiten einschließlich der Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern haben wie im Vorjahr eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr. Von den sonstigen Verbindlichkeiten bestehen TEUR 282 (i. Vj. TEUR 302) gegenüber Gesellschaftern.

D. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse entfallen auf folgende Bereiche:

	2023 TEUR	**2022 TEUR**
Verkehrseinnahmen	22.495	20.667
(davon ÖDLA)	(10.662)	(9.549)
Nebengeschäfte, Sonstiges	84	37
Summe	**22.579**	**20.704**

Kopie - maßgeblich ist das unterschriebene und gebundene Exemplar

Für Sie in der Region unterwegs RVHI

Sonstige betriebliche Erträge

In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind unter anderem Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens in Höhe von TEUR 403 (i. Vj. TEUR 494) enthalten.

Die periodenfremden Erträge setzen sich wie folgt zusammen:

	2023 TEUR	2022 TEUR
Buchgewinne aus Anlagenabgängen	23	23
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	14	8
Sonstige periodenfremde Erträge	98	0
Summe	**135**	**31**

Sonstige betriebliche Aufwendungen

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind im Wesentlichen TEUR 505 (i. Vj. TEUR 468) für Betriebs- und Geschäftsführung, TEUR 286 (i. Vj. TEUR 174) für Reparaturen und Instandhaltung, TEUR 339 (i. Vj. TEUR 219) für Mieten, Pachten und Nebenkosten, TEUR 445 (i. Vj. TEUR 323) für Versicherungen und Schadenerstattungen sowie TEUR 133 (i. Vj. TEUR 155) für Prüfungs-, Rechts- und Beratungskosten enthalten.

Die periodenfremden Aufwendungen betragen insgesamt TEUR 70 (i. Vj. TEUR 101) und betreffen im Wesentlichen Endabrechnungen für Bus-/Schienezeitkarten für die Jahre 2014 bis 2021.

Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

Aus der Abzinsung von Rückstellungen ergaben sich Zinserträge in Höhe von TEUR 7 (i. Vj. TEUR 4).

E. Sonstige Angaben

1. Gewinnverwendungsvorschlag

Gemäß § 17 des Gesellschaftsvertrages schlägt der Geschäftsführer vor, den Jahresüberschuss in Höhe von EUR 419.662,51 in die Gewinnrücklage einzustellen.

Kopie - maßgeblich ist das unterschriebene und gebundene Exemplar

Für Sie in der Region unterwegs RVHI

2. Haftungsverhältnisse

Zum Bilanzstichtag bestehen wie im Vorjahr keine Haftungsverhältnisse gemäß § 251 i. V. m. § 268 Abs. 7 HGB.

3. Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Es bestehen sonstige finanzielle Verpflichtungen aus Leasingverträgen in Höhe von insgesamt TEUR 27, wovon TEUR 12 auf das Jahr 2024 entfallen.

Aus den Betriebsführungsverträgen mit der EVI Energieversorgung Hildesheim GmbH & Co. KG, Hildesheim, und der SVHI Stadtverkehr Hildesheim GmbH & Co. KG, Hildesheim (im Folgenden „SVHI KG"), ergeben sich prognostiziert auf Basis des Leistungsverzeichnisses des Jahres 2023 finanzielle Verpflichtungen für 2024 in Höhe von TEUR 547. Darüber hinaus bestehen gegenüber der SVHI KG jährliche Mietverpflichtungen in Höhe von TEUR 98.

Weitere Verpflichtungen bestehen aus einem Bestellobligo in Höhe von TEUR 209.

4. Gesellschafter und Konzernabschluss

Das Stammkapital in Höhe von TEUR 1.465 wird unverändert vom Landkreis Hildesheim (75,1 %) und der SWH AG (24,9 %) gehalten. Seit dem 1. Januar 2012 wird die Gesellschaft gemäß Art. 6 Abs. 7 des Gesetzes zur Neuordnung des Gemeindehaushaltsrechts und zur Änderung gemeindewirtschaftsrechtlicher Vorschriften in den Gesamtabschluss des Landkreises Hildesheim einbezogen.

5. Angaben zu Organen

Geschäftsführer war im Geschäftsjahr 2023:

Kai Henning Schmidt, Diplom-Ingenieur, Hildesheim.

Auf die Angabe der Bezüge der Geschäftsführung wird unter Berufung auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet, da nur ein Geschäftsführer für die Gesellschaft tätig war.

Dem Aufsichtsrat gehörten im Geschäftsjahr folgende stimmberechtigte Mitglieder an:

Evelin Wißmann	- Erste Kreisrätin Landkreis Hildesheim, Vorsitzende
Mustafa Sancar	- Dipl.-Oec./Vorstand SWH AG, stellv. Vorsitzender
Wolfgang Birkenbusch	- Dipl.-Kfm./Dipl.-Ing. (FH)/Vorstand SWH AG
Ekkehard Domning	- Kommunikationselektroniker/selbst. Softwareentwickler
Simone Flohr	- Krankenschwester

Kopie - maßgeblich ist das unterschriebene und gebundene Exemplar

Für Sie in der Region unterwegs RVHI

Jürgen Flory	- Leiter Kreisentwicklung/Infrastruktur Landkreis Hildesheim
Ramon Herbst	- Rechtsanwalt
Pascal Kubat	- Erzieher
Frank Dreßler	- Betriebsrat, ohne Stimmrecht

Den Aufsichtsratsmitgliedern wurden im Geschäftsjahr TEUR 1 vergütet.

6. Arbeitnehmer

Die Zahl der im Jahresdurchschnitt 2023 beschäftigten Arbeitnehmer (ohne Geschäftsführer, Praktikanten und Aushilfen) betrug 150 (i. Vj. 139). Davon sind 15 (i. Vj. 11) Arbeitnehmer im Bereich Verwaltung und 135 (i. Vj. 128) Arbeitnehmer im Bereich Fahrdienst und Werkstatt tätig.

7. Abschlussprüferhonorar

Das im Geschäftsjahr vom Abschlussprüfer KOMMUNA-TREUHAND GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft nach § 285 Nr. 17 HGB berechnete Gesamthonorar beträgt TEUR 18 und entfällt mit TEUR 12 auf Abschlussprüfungsleistungen und mit TEUR 6 auf sonstige Bestätigungsleistungen.

8. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres 2023

Die Einführung des politisch gewollten Deutschlandtickets zum 01.05.2023 wird auch 2024 und 2025 zu einer Reduzierung der originären Fahrgeldeinnahmen führen. Ob die Mindererlöse 2024 und 2025 auskömmlich durch Ausgleichsleistungen des Bundes und der Länder kompensiert werden, ist derzeit noch offen. Ab voraussichtlich 2026 soll ein bundesweites Einnahmeaufteilungsverfahren eingeführt werden, dessen wirtschaftliche Auswirkungen nicht absehbar sind.

Hildesheim, 31. März 2024

RVHI Regionalverkehr Hildesheim GmbH
Kai Henning Schmidt

Kopie - maßgeblich ist das unterschriebene und gebundene Exemplar

RVHI Regionalverkehr Hildesheim GmbH

Entwicklung des Anlagevermögens

		Anschaffungs- und Herstellungskosten					Abschreibungen				Buchwerte	
		Stand 01.01.2023 EUR	Zugänge 2023 EUR	Abgänge 2023 EUR	Umbuchungen 2023 EUR	Stand 31.12.2023 EUR	Stand 01.01.2023 EUR	Zugänge 2023 EUR	Abgänge 2023 EUR	Stand 31.12.2023 EUR	Stand 31.12.2023 EUR	Stand 31.12.2022 EUR
I.	**Immaterielle Vermögensgegenstände**											
1.	Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	492.868,97	53.405,00	0,00	0,00	546.273,97	395.413,97	31.945,00	0,00	427.358,97	118.915,00	97.455,00
2.	Geleistete Anzahlungen	0,00	81.884,45	0,00	0,00	81.884,45	0,00	0,00	0,00	0,00	81.884,45	0,00
		492.868,97	135.289,45	0,00	0,00	628.158,42	395.413,97	31.945,00	0,00	427.358,97	200.799,45	97.455,00
II.	**Sachanlagen**											
1.	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	308.226,70	0,00	0,00	0,00	308.226,70	143.632,55	9.765,00	0,00	153.397,55	154.829,15	164.594,15
2.	Streckenausrüstung und Sicherungsanlagen	651.770,08	0,00	0,00	0,00	651.770,08	337.738,08	65.177,00	0,00	402.915,08	248.855,00	314.032,00
3.	Fahrzeuge für Personenverkehr	12.896.424,60	1.412.929,19	975.759,94	0,00	13.333.593,85	7.423.620,60	1.016.292,19	942.415,94	7.497.496,85	5.836.097,00	5.472.804,00
4.	Technische Anlagen und Maschinen	73.020,02	2.495,75	0,00	0,00	75.515,77	34.093,02	4.510,75	0,00	38.603,77	36.912,00	38.927,00
5.	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.382.476,83	143.141,22	2.450,09	3.940,12	1.527.108,08	1.136.406,83	106.151,34	2.450,09	1.240.108,08	287.000,00	246.070,00
6.	Anlagen im Bau	3.940,12	0,00	0,00	-3.940,12	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	3.940,12
		15.315.858,35	1.558.566,16	978.210,03	0,00	15.896.214,48	9.075.491,08	1.201.896,28	944.866,03	9.332.521,33	6.563.693,15	6.240.367,27
		15.808.727,32	1.693.855,61	978.210,03	0,00	16.524.372,90	9.470.905,05	1.233.841,28	944.866,03	9.759.880,30	6.764.492,60	6.337.822,27

Kopie - maßgeblich ist das unterschriebene und gebundene Exemplar

Für Sie in der Region unterwegs RVHI

LAGEBERICHT
für das Geschäftsjahr 2023

RVHI Regionalverkehr Hildesheim GmbH, Hildesheim

1. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Rahmenbedingungen

Die RVHI Regionalverkehr Hildesheim GmbH (im Folgenden „RVHI"), Hildesheim, ist eine 75,1 %ige Beteiligung des Landkreises Hildesheim. Die weiteren 24,9 % der Anteile werden von der Stadtwerke Hildesheim AG (im Folgenden „SWH AG"), Hildesheim, gehalten. Die RVHI führt auf der Grundlage des § 3 des Gesellschaftsvertrages den Linienverkehr mit Omnibussen nach den §§ 42 und 43 Personenbeförderungsgesetz (PBefG) im Landkreis Hildesheim durch. Daneben werden Verkehre nach der Verordnung über die Befreiung bestimmter Beförderungsfälle von den Vorschriften des PBefG (Freistellungsverkehr) sowie Gelegenheitsverkehre erbracht. Das Verkehrsangebot entspricht den Anforderungen des Nahverkehrsplans des Landkreises Hildesheim.

Der gesamte Rechtsrahmen für den Öffentlichen Personennahverkehr ist geprägt von einer Vielzahl nationaler und europäischer Gesetze, Verordnungen, Richtlinien und Sonderbestimmungen. Beispielhaft sind hier das Personenbeförderungsgesetz, das Niedersächsische Nahverkehrsgesetz (NNVG), das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG und NGVG), das Niedersächsische Nahverkehrsgesetz (NNVG) und die EU-Verordnung 1370/2007 zu nennen. Gemäß § 4 Abs.1 Nr. 3 des NNVG ist der Landkreis Hildesheim Aufgabenträger des straßengebundenen ÖPNV im Kreisgebiet.

Geschäftsbedingungen

Auch im Geschäftsjahr 2023 waren die Auswirkungen der Corona-Pandemie noch spürbar. Durch die Pandemie hat sich das Mobilitätsverhalten geändert. Die Fahrgastzahlen haben das Vorkrisenniveau noch nicht erreicht. Die Fahrgastzahlen liegen bei 5,4 Mio. Fahrgästen (i. Vj. 6,0 Mio. Fahrgäste). Dabei folgt der RVHI wie auch in den Vorjahren den Empfehlungen des VDV für statistische Nutzunghäufigkeiten von Zeitkarten und hat auf dieser Grundlage für 2023 die Faktoren ggü. 2022 angepasst. Dabei wirkten sich insbesondere geänderte Faktoren bei den Zeitfahrausweisen mindernd aus.

Zum 01. Mai 2023 wurde auf Initiative des Bundes das bundesweit im Nahverkehr gültige Deutschlandticket (DT) eingeführt. Mit einem Preis von monatlich 49 Euro stellt es eine subventionierte Fahrkarte dar, die insbesondere der Entlastung der Bürgerinnen und Bürger dienen soll. Damit wurde de facto ein Paradigmenwechsel von der Nutzerfinanzierung des ÖPNV zu einer Steuerfinanzierung vollzogen. Die

Kopie - maßgeblich ist das unterschriebene und gebundene Exemplar

Für Sie in der Region unterwegs RVHI

Mindererlöse aus dem Deutschlandticket werden im Rahmen einer Billigkeitsrichtiline des Landes Niedersachsen ausgeglichen.

Durch den seit 1. Januar 2014 geltenden öffentlichen Dienstleistungsauftrag zur Erbringung von gemeinwirtschaftlichen Nahverkehrsleistungen im öffentlichen Personennahverkehr im Landkreis Hildesheim (im Folgenden „ÖDLA") konnten Zuschüsse in Höhe von TEUR 10.662 (i. Vj. TEUR 9.549) vereinnahmt werden. Darin enthalten sind Ausgleichsleistungen für das Deutschlandticket und die Abrechnung Mobilitätszentrale in Höhe von 1.964 TEUR.

Weitere wesentliche Einnahmepositionen bilden die Sammelschülerzeitkarten, die Ausgleichszahlungen für den Ausbildungsverkehr nach § 7a NNVG und die Schwerbehindertenbeförderung nach § 231 SGB IX.

2. Personal und Organisation

Die Anzahl der im Jahresdurchschnitt beschäftigten Mitarbeiter erhöhte sich um 11 Personen auf 150 insbesondere auf Grund der Inbetriebnahme der Verkaufsagentur im Hauptbahnhof Hildesheim (vorläufige Mobilitätszentrale). Der Großteil der Mitarbeiter ist im Fahrdienst tätig.

3. Geschäftsverlauf 2023

Ertragslage

Der Jahresüberschuss 2023 in Höhe von TEUR 420 liegt über dem Ergebnis des Vorjahres (TEUR 189) und deutlich über dem im Wirtschaftsplan für 2023 prognostizierte Ergebnis in Höhe von TEUR -484, was vor allem auf deutlich niedrigere Aufwendungen für Treibstoffe und Subunternehmer als ursprünglich geplant zurückzuführen ist.

Der Gesamtumsatz betrug insgesamt TEUR 22.579 (i. Vj. TEUR 20.704). Die Erlöse aus Druckereinnahmen (im Bus und im Vorverkauf) haben sich auf TEUR 3.302 (i. Vj. TEUR 3.095) erhöht. Die Erlöse aus dem Schüler Abo KT (einschließlich Deutschlandticket) erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr auf TEUR 5.013 (i. Vj. TEUR 3.972). Der ÖDLA-Zuschuss stieg um TEUR 1.113 auf TEUR 10.662. Darin sind die Ausgleichsleistungen für das Deutschlandticket in Höhe von 1.617 TEUR enthalten. Für die Erstattungen nach § 7a NNVG waren TEUR 2.111 (i. Vj. TEUR 2.111) zu verzeichnen. Die sonstigen betrieblichen Erträge erhöhten sich auf TEUR 856 (i. Vj. TEUR 699), insbesondere bedingt durch die im Vergleich zum Vorjahr um rund TEUR 103 gestiegenen Erträge aus Schadenersatzleistungen.

Der Materialaufwand ist gegenüber dem Vorjahr auf TEUR 12.685 (i. Vj. TEUR 12.405) gestiegen. Ursächlich hierfür sind im Wesentlichen die gestiegenen Aufwendungen für die Vergütung der Verkehrsbetriebe.

Negativ auf die Ertragslage wirkten sich die um TEUR 1.044 auf TEUR 6.583 gestiegenen Personalkosten aus. Der Personalaufwand erhöhte sich von TEUR 5.539 im Geschäftsjahr 2022 auf TEUR 6.583 im Geschäftsjahr 2023.

Kopie - maßgeblich ist das unterschriebene und gebundene Exemplar

Für Sie in der Region unterwegs RVHI

Die Abschreibungen liegen mit TEUR 1.234 leicht unter Vorjahresniveau (TEUR 1.263) und betreffen mit TEUR 1.016 (i. Vj. TEUR 956) insbesondere die Fahrzeuge für den Personennahverkehr sowie mit TEUR 106 (i. Vj. TEUR 164) die anderen Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen haben sich auf TEUR 2.473 (i. Vj. TEUR 1.971) erhöht. Ursächlich hierfür sind vor allem die gestiegenen Aufwendungen für Schadenersatzleistungen von TEUR 235 (i. Vj. TEUR 178), gestiegene Aufwendungen für Mieten, Pachten und Nebenkosten von TEUR 339 (i. Vj. TEUR 219) sowie gestiegene Aufwendungen für Reparaturen und Instandhaltungen in Höhe von TEUR 286 (i. Vj. TEUR 174). Größere Aufwandsposten bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen bilden mit TEUR 505 (i. Vj. TEUR 468) die Betriebs- und Geschäftsführungskosten sowie mit TEUR 179 (i. Vj. TEUR 108) die Wartungsaufwendungen.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme hat sich im Berichtsjahr 2023 um TEUR 806 auf TEUR 13.779 erhöht. Auf der Aktivseite erhöhte sich das Anlagevermögen um TEUR 426 auf TEUR 6.764. Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände haben sich um TEUR 2.017 erhöht. Die Erhöhung betrifft insbesondere die Forderungen gegen Gesellschafter. Die flüssigen Mittel haben sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 1.630 auf TEUR 2.912 stichtagsbedingt verringert.

Auf der Passivseite hat sich das Eigenkapital im Zuge des ausgewiesenen Jahresüberschusses um TEUR 420 auf TEUR 5.188 erhöht. Der Sonderposten für Zuschüsse Dritter beträgt TEUR 2.180 (i. Vj. TEUR 2.098). Die passivierten Zuschüsse werden entsprechend der Nutzungsdauern der bezuschussten Vermögensgegenstände fristenkongruent in den Folgejahren aufgelöst. Die sonstigen Rückstellungen haben sich auf TEUR 594 (i. Vj. TEUR 497) erhöht. Dies resultiert aus dem Anstieg der Personalrückstellungen auf TEUR 388 (i. Vj. TEUR 356) sowie dem Anstieg der Rückstellungen für ausstehende Rechnungen auf TEUR 64 (i. Vj. TEUR 8). Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten erhöhten sich unter Berücksichtigung planmäßiger Tilgungen im Zuge der fremdfinanzierten Investitionen in den Fuhrpark auf TEUR 2.976 (i. Vj. TEUR 2.574). Die Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern erhöhten sich auf TEUR 509 (i. Vj. TEUR 484). Die sonstigen Verbindlichkeiten sind mit TEUR 423 (i. Vj. TEUR 352) im Vergleich zum Vorjahr gestiegen.

Investitionen

Die Gesamtinvestitionen des Geschäftsjahres 2023 betrugen TEUR 1.694 und betrafen im Wesentlichen die Anschaffung von 6 Bussen.

Kopie - maßgeblich ist das unterschriebene und gebundene Exemplar

Für Sie in der Region unterwegs RVHI

Finanzlage

Der Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit beträgt TEUR -791 nach TEUR 2.282 im Vorjahr. Maßgeblich für den Rückgang im Vergleich zum Vorjahr ist vor allem der Anstieg der Forderungen gegen Gesellschafter.

Der Cash Flow aus der Investitionstätigkeit beträgt im Zuge der Investitionstätigkeit TEUR -1.628 (i. Vj. TEUR -1.819). Der Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit beträgt TEUR 789 (i. Vj. TEUR 1.030) und ist vor allem geprägt durch die Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und durch Einzahlungen von Zuschüssen. Gegenläufig wirkt sich die Tilgung der Kredite aus.

Das Geschäftsjahr endet mit einem Bestand an Liquiden Mitteln von TEUR 2.912 (i. Vj. TEUR 4.542). Die Liquidität der Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2023 jederzeit gewährleistet.

4. Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Die Steuerung von Chancen und Risiken ist ein wesentlicher Bestandteil der Unternehmensführung. Die RVHI ist in das konzernweite Risiko- und Chancenmanagement der SWH AG integriert. Mit diesem System wird die Unternehmensleitung in die Lage versetzt, frühzeitig Risiken zu erkennen und gegenzusteuern sowie Chancen zu identifizieren und zu realisieren.

Marktchancen und -risiken

Eine Maßnahme zur Steigerung der Attraktivität des ÖPNV war die nunmehr Ende 2019 umgesetzte Einführung des Tarifverbundes ROSA. Durch die Einführung des Deutschlandtickets ist die Erlösseite durch die bundesweiten Tarifvorgaben nur noch sehr bedingt beeinflussbar. Dieses glit für die gesamte Branche. Vor diesem Hintergrund wird in der Zukunft eine dauerhafte Finanzierung des ÖPNV durch die öffentliche Hand erforderlich sein. Die auskömmliche Finanzierung des Deutschlandtickets ist nur für das Jahr 2023 sichergestellt. 2024 und 2025 werden zwar Bund und Länder weiterhin Mittel bereitstellen, die aber nach jetzigem Kenntnisstand nicht ausreichend sind. Die gesetzliche Pflicht für Ausgleichsleistungen des Bundes endet am 31.12.2025. Ob und in welcher Form Ausgleichsleistungen 2026 ff. zur Verfügung stehen, ist derzeit offen. Zur Vereinnahmung der Ausgleichsleistungen für das Deutschlandticket wurde 2023 der ÖDA zwischen RVHI und Landkreis Hildesheim entsprechend geändert.

Mitte 2023 wurde durch den Kreistag des Landkreises Hildesheim eine neuer ÖDA mit der RVHI beschlossen, der zum 01. Januar 2024 in Kraft getreten ist. Der Vertrag ist als Bruttovertrag ausgestaltet, so dass zukünftig das Erlösrisiko beim Landkreis Hildesheim liegt.

Kopie - maßgeblich ist das unterschriebene und gebundene Exemplar

Für Sie in der Region unterwegs RVHI

Beschaffungschancen und -risiken

Auf der Aufwandsseite liegt ein Risiko in der Entwicklung der Dieselpreise. Auf Grund des Ukraine-Krieges sind die Dieselpreise erheblich angestiegen. Auch wenn sich Ende 2022 / Anfang 2023 die Preissituation etwas entspannt hat, wird auch in der Mittelfristplanung von weiterhin hohen Kraftstoffpreisen ausgegangen. Die Dieselpreisentwicklung wird derzeit als ein Risiko von hoher Bedeutung eingestuft.

Personalrisiken

Hinzu kommen mittel- bis langfristige Unsicherheiten hinsichtlich der Entwicklung der Personalaufwendungen und -verfügbarkeit.

Die hohe Inflation bei gleichzeitgem Arbeitskräftemangel führte im März 2023 zu einem hohen Abschluss des Entgelttarifvertrages für die Gruppe Verkehrsbetriebe Niedersachsen des AVN. Das Risiko weiter steigender Personalkosten wird als Risiko hoher Bedeutung eingestuft.

Die Besetzung von offenen Stellen insbesondere im Fahrdienst wird immer schwieriger. Busfahrer wird mittlerweile als Mangelberuf eingestuft. Damit besteht die Gefahr, dass perspektivisch die Verkehrsdienstleistungen nicht vollständig erbracht werden können; dieses ist bereits in vielen Verkehrsunternehmen der Fall. Die Gefahr einer Personalunterdeckung wird als Risiko hoher Bedeutung eingestuft.

Die vorstehend genannten Risiken der Dieselpreisentwicklung und der Personalrisken bestehen sowohl für die Eigenleistung als auch für die Leistungen der Auftragsunternehmer.

Finanzwirtschaftliche Chancen und Risiken

Das steigende Zinsniveau wird Investitionen verteuern. Schwerpunkt wird auch den nächsten Jahren die Beschaffung von (Diesel-)Bussen sein.

5. Prognosebericht – Ausblick 2024 und 2025

Entscheidend für die Zukunft ist der erfolgte Abschluss eines Öffentlichen Dienstleistungsauftrags (ÖDA) für den Zeitraum 01.01.2024 bis 31.12.2033. Von zentraler Bedeutung wird sein, dass die definierten Ausgleichsparameter die Erlös- und Kostenentwicklung sachgerecht abbilden.

Im Rahmen der Wirtschaftsplanung ist bei den Umsatzerlösen bei den ROSA-Tarifen eine Tarifanpassung bei gleichzeitig nahezu unveränderten Fahrgastzahlen geplant. Die Einführung des politisch gewollten Deutschlandtickets zum 01.05.2023 wird auch 2024 und 2025 zu einer Reduzierung der originären Fahrgeldeinnahmen führen. Ob die Mindererlöse 2024 und 2025 auskömmlich durch Ausgleichsleistungen des Bundes und der Länder kompensiert werden, ist derzeit noch offen. Ab voraussichtlich 2026 soll ein

Kopie - maßgeblich ist das unterschriebene und gebundene Exemplar

Für Sie in der Region unterwegs RVHI

bundesweites Einnahmeaufteilungsverfahren eingeführt werden, dessen wirtschaftliche Auswirkungen nicht absehbar sind. Wir verweisen auch auf die Ausführungen zum Nachtragsbericht im Anhang.

Auf der Aufwandsseite wird von weiterhin hohen Treibstoffpreisen ausgegangen. Durch den Ukraine-Krieg haben die Dieselpreise Rekordniveau erreicht. Hinzu kommen steigende Aufwendungen für den Personalbereich auf Grund der zu erwartenden Tarifabschlüsse. Vor diesem Hintergrund ist auch von weiter steigenden Aufwendungen für Auftragsunternehmen auszugehen.

Für die Jahre 2024 und 2025 sind vor allem Investitionen in den Fuhrpark geplant. In 2024 ist die Anschaffung von vier Gelenkbussen und in 2025 die Anschaffung von drei Solobussen und einem Gelenkbus vorgesehen. Insgesamt beträgt das geplante Investitionsvolumen für 2024 ca. EUR 3,303 Mio., wovon EUR 1,622 Mio. auf die Busbeschaffung entfallen. Im Jahr 2025 sind Investitionen in Höhe von EUR 1,372 Mio. geplant, wovon EUR 1,174 Mio. auf Fuhrparkinvestitionen entfallen.

Der Wirtschaftsplan sieht für 2024 einen Jahresüberschuss von TEUR 523 und für 2025 einen Jahresüberschuss von TEUR 462 vor.

6. Berichterstattung gem. § 289 Abs. 2 Nr. 2a und 2b HGB

In Bezug auf die Verwendung von Finanzinstrumenten bestehen, außer dem im Folgenden genannten, keine weiteren wesentlichen Preisänderungs-, Ausfall- und Liquiditätsrisiken sowie Risiken aus Zahlungsstromschwankungen, denen die Gesellschaft ausgesetzt ist.

Dem Risiko zukünftig steigender Zinsen, insbesondere bei der Beschaffung von Bussen, wird, soweit eine Finanzierung erforderlich ist, derzeit grds. durch den Abschluss festverzinslicher, fristenkongruenter Darlehen/Darlehenslaufzeiten begegnet. Im aktuellen Wirtschaftsplan für das Jahr 2024 ist eine Darlehensaufnahme zur teilweisen Busfinanzierung erforderlich bzw. wurde zwischenzeitlich bereits durchgeführt.

7. Bestehende Zweigniederlassungen

Die Gesellschaft unterhält einen Betriebshof in Alfeld, Neue Wiese 9, und als Mieter in Hildesheim, am Standort Hermann-Roemer-Straße 4, um von dort aus die regionalen Verkehre zu betreiben.

Hildesheim, den 31. März 2024

RVHI Regionalverkehr Hildesheim GmbH

Kai Henning Schmidt

Kopie - maßgeblich ist das unterschriebene und gebundene Exemplar

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die RVHI Regionalverkehr Hildesheim GmbH, Hildesheim

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der RVHI Regionalverkehr Hildesheim GmbH, Hildesheim, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2023 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der RVHI Regionalverkehr Hildesheim GmbH, Hildesheim, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2023 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 und

- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 S. 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Kopie - maßgeblich ist das unterschriebene und gebundene Exemplar

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt "Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts" unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrates für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Kopie - maßgeblich ist das unterschriebene und gebundene Exemplar

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Kopie - maßgeblich ist das unterschriebene und gebundene Exemplar

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.

- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.

- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

Kopie - maßgeblich ist das unterschriebene und gebundene Exemplar

- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie, ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.

- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.

- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Hannover, den 22. Mai 2024

KOMMUNA-TREUHAND GMBH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dipl.-Oec. Karin Schulze
Wirtschaftsprüferin

Dipl.-Oec. Steffen Klein
Wirtschaftsprüfer

Kopie - maßgeblich ist das unterschriebene und gebundene Exemplar

Fragenkatalog zur Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG

I. Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführungsorganisation (Fragenkreis 1)

Fragenkreis 1: Tätigkeit von Überwachungsorganen und Geschäftsleitung sowie individualisierte Offenlegung der Organbezüge

a) Gibt es Geschäftsordnungen für die Organe und einen Geschäftsverteilungsplan für die Geschäftsleitung sowie ggf. für die Konzernleitung? Gibt es darüber hinaus schriftliche Weisungen des Überwachungsorgans zur Organisation für die Geschäfts- sowie ggf. für die Konzernleitung (Geschäftsanweisung)? Entsprechen diese Regelungen den Bedürfnissen des Unternehmens bzw. des Konzerns?

Organe der Gesellschaft sind gemäß Gesellschaftsvertrag die Geschäftsführung, die Gesellschafterversammlung und der Aufsichtsrat.

Die Zuständigkeiten und Entscheidungsbefugnisse der Geschäftsführung sind im Gesellschaftsvertrag geregelt. Für die Geschäftsführung besteht eine Geschäftsordnung. In Vorjahren wurde die Geschäftsordnung um einen Geschäftsverteilungsplan ergänzt.

Die Zuständigkeiten und Entscheidungsbefugnisse der Gesellschafterversammlung sind im Gesellschaftsvertrag geregelt. Eine gesonderte Geschäftsordnung für die Gesellschafterversammlung ist nicht erlassen worden.

Die Zuständigkeiten und Entscheidungsbefugnisse des Aufsichtsrats sind im Gesellschaftsvertrag geregelt. Für den Aufsichtsrat besteht eine Geschäftsordnung.

Es haben sich im Rahmen unserer Prüfung keine Anhaltspunkte ergeben, dass diese Regelungen nicht den Bedürfnissen der Gesellschaft entsprechen.

b) Wie viele Sitzungen der Organe und ihrer Ausschüsse haben stattgefunden und wurden Niederschriften hierüber erstellt?

Im Berichtsjahr fand eine protokollierte Gesellschafterversammlung am 6. Juli 2023 statt. Drei weitere Beschlussfassungen erfolgten im Umlaufverfahren. Der Aufsichtsrat hat im Berichtsjahr drei Sitzungen am 20. März, 6. Juli und 14. Dezember 2023 abgehalten. Die Protokolle haben uns vorgelegen.

Kopie - maßgeblich ist das unterschriebene und gebundene Exemplar

c) In welchen Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i. S. d. § 125 Abs. 1 Satz 5 AktG sind die einzelnen Mitglieder der Geschäftsleitung tätig?

Der Geschäftsführer ist auskunftsgemäß Mitglied des Präsidiums des Kommunalen Arbeitgeberverbandes Niedersachsen e.V.

d) Wird die Vergütung der Organmitglieder (Geschäftsleitung, Überwachungsorgan) individualisiert im Anhang des Jahresabschlusses/Konzernabschlusses, aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung ausgewiesen? Falls nein, wie wird dies begründet?

Auf die Angabe der Bezüge des Geschäftsführers ist gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet worden.

Die Gesamtvergütung des Aufsichtsrates ist im Anhang aufgeführt. Auf deren Angabe in individualisierter Form wird in Ermangelung gesetzlicher Vorschriften verzichtet.

II. Ordnungsmäßigkeit des Geschäftsführungsinstrumentariums (Fragenkreis 2 bis 6)

Fragenkreis 2: Aufbau- und ablauforganisatorische Grundlagen

a) Gibt es einen den Bedürfnissen des Unternehmens entsprechenden Organisationsplan, aus dem Organisationsaufbau, Arbeitsbereiche und Zuständigkeiten/Weisungsbefugnisse ersichtlich sind? Erfolgt dessen regelmäßige Überprüfung?

Es besteht ein den Bedürfnissen des Unternehmens entsprechender Organisationsplan, aus dem Organisationsaufbau, Arbeitsbereiche und Zuständigkeiten ersichtlich sind. Der Organisationsplan wird auskunftsgemäß regelmäßig überprüft und bei Bedarf aktualisiert.

b) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass nicht nach dem Organisationsplan verfahren wird?

Es haben sich im Rahmen unserer Prüfung keine Anhaltspunkte ergeben, dass nicht nach den unter Frage 2 a) aufgeführten Regelungen verfahren wird.

Kopie - maßgeblich ist das unterschriebene und gebundene Exemplar

c) Hat die Geschäftsleitung Vorkehrungen zur Korruptionsprävention ergriffen und dokumentiert?

Die kaufmännische Betriebsführung der RVHI wird von der EVI ausgeübt. Hierzu liegt ein Betriebsführungsvertrag vor, der eine jährliche Vergütung dieser Leistungen vorsieht. Miteinander unvereinbare Funktionen (z. B. Anweisungen und Vollzug) sind getrennt.

Die Trennung von Anweisungen und Vollzug ist bei der EVI in den Aufgaben der Abteilungen Auftragsabrechnung, Einkauf und Buchhaltung sichergestellt. Mit der Ausführung bzw. der Annahme von Zahlungen sind immer mindestens zwei Abteilungen befasst. Anforderungsbefugnisse sind in den Anweisungen zur Unterschriftenregelung niedergelegt. Mitarbeiter, die die Zahlung anordnen oder die Anordnung ausführen, dürfen nicht die sachliche oder rechnerische Richtigkeit bescheinigen. Zahlungen dürfen nur gemeinsam durch zwei Mitarbeiter freigegeben werden. Das Vier-Augen-Prinzip wird somit eingehalten. Das Verfahren für Stundungen, Niederschlagungen und Erlasse ist in den Arbeitsrichtlinien zur Sachbearbeitung geregelt.

Eine explizite Richtlinie für Korruptionsprävention existiert nicht.

d) Gibt es geeignete Richtlinien bzw. Arbeitsanweisungen für wesentliche Entscheidungsprozesse (insbesondere Auftragsvergabe und Auftragsabwicklung, Personalwesen, Kreditaufnahme und -gewährung)? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass diese nicht eingehalten werden?

Wesentliche Entscheidungsbereiche unterliegen i. d. R. dem Genehmigungsvorbehalt des Aufsichtsrates und der Gesellschafterversammlung. Im Übrigen erfolgt durch die Erstellung des Wirtschaftsplans und dessen Kenntnisnahme durch die Gremien ein intensiver Abstimmungsprozess. Im Rahmen der kaufmännischen Betriebsführung durch die EVI werden wesentliche Entscheidungsprozesse in Bezug auf Auftragsvergabe, Auftragsabwicklung, das gesamte Personalwesen sowie das Finanzmanagement und das Rechnungswesen vorgenommen.

Es haben sich im Rahmen unserer Prüfung keine Anhaltspunkte ergeben, dass nicht nach diesen Regelungen verfahren wird.

Kopie - maßgeblich ist das unterschriebene und gebundene Exemplar

e) Besteht eine ordnungsmäßige Dokumentation von Verträgen (z. B. Grundstücksverwaltung, EDV)?

Es haben sich im Rahmen unserer Prüfung keine Anhaltspunkte ergeben, dass Verträge nicht ordnungsgemäß dokumentiert werden.

Fragenkreis 3: Planungswesen, Rechnungswesen, Informationssystem und Controlling

a) Entspricht das Planungswesen - auch im Hinblick auf Planungshorizont und Fortschreibung der Daten sowie auf sachliche und zeitliche Zusammenhänge von Projekten - den Bedürfnissen des Unternehmens?

Das Planungswesen der RVHI wird durch die EVI im Rahmen des Betriebsführungsvertrages durchgeführt.

Basis für den Erfolgsplan des Folgejahres bildet die Gewinn- und Verlustrechnung. Im Wirtschaftsplan werden dem Plan für das kommende Geschäftsjahr, die Vorausrechnung für das aktuelle Jahr sowie das Ergebnis des Vorjahres gegenübergestellt. Des Weiteren erfolgt im Rahmen des Wirtschaftsplanes die Aufstellung eines Finanzplanes und eines Investitionsplanes. Daneben erfolgt eine Mittelfristplanung für die kommenden vier Jahre.

Der Wirtschaftsplan wird dem Aufsichtsrat und der Gesellschafterversammlung vorgelegt. Die Zustimmung des Aufsichtsrates und der Gesellschafterversammlung zum Wirtschaftsplan 2023 erfolgte im Dezember 2022.

Das Planungswesen entspricht den Bedürfnissen der Gesellschaft.

b) Werden Planabweichungen systematisch untersucht?

Bei der RVHI werden regelmäßig Soll-Ist-Abweichungsanalysen und Nachkalkulationen im Rahmen des Betriebsführungsvertrages durch die EVI durchgeführt. Planabweichungen wurden ermittelt und systematisch untersucht.

Kopie - maßgeblich ist das unterschriebene und gebundene Exemplar

c) Entspricht das Rechnungswesen einschließlich der Kostenrechnung der Größe und den besonderen Anforderungen des Unternehmens?

Die Gesellschaft bedient sich der kaufmännischen doppelten Buchführung. Bücher und Konten werden ordentlich geführt; das Belegwesen ist geordnet. Das Rechnungswesen einschließlich der Kostenrechnung entspricht der Größe und den besonderen Anforderungen der Gesellschaft.

d) Besteht ein funktionierendes Finanzmanagement, welches u. a. eine laufende Liquiditätskontrolle und eine Kreditüberwachung gewährleistet?

Eine laufende Liquiditätskontrolle wird durch die EVI im Rahmen des Betriebsführungsvertrages vorgenommen. Durch die elektronische Kontoführung wird buchungstäglich die Liquidität überwacht. Weiterhin ist die Kontrolle der Kreditinanspruchnahme Gegenstand der Kontrollen. Die Zins- und Tilgungszahlungen erfolgen zu den vereinbarten Zahlungsterminen.

e) Gehört zu dem Finanzmanagement auch ein zentrales Cash-Management und haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die hierfür geltenden Regelungen nicht eingehalten worden sind?

Ein zentrales Cash-Management ist nicht eingerichtet und nicht erforderlich.

f) Ist sichergestellt, dass Entgelte vollständig und zeitnah in Rechnung gestellt werden? Ist durch das bestehende Mahnwesen gewährleistet, dass ausstehende Forderungen zeitnah und effektiv eingezogen werden?

Es haben sich im Rahmen unserer Prüfung keine Anhaltspunkte ergeben, dass die Entgelte nicht vollständig und zeitnah in Rechnung gestellt sowie ausstehende Forderungen nicht zeitnah und effektiv eingezogen werden. Die Entgelte der RVHI betreffen im Wesentlichen Fahrleistungen, die überwiegend durch Barverkäufe realisiert werden. Im Zusammenhang mit Ausgleichszahlungen für die Schülerbeförderung sowie Fahrleistungen im Rahmen des öffentlichen Dienstleistungsauftrags werden angemessene Abschlagszahlungen zeitnah in Rechnung gestellt und deren Ausgleich überwacht.

Kopie - maßgeblich ist das unterschriebene und gebundene Exemplar

g) Entspricht das Controlling den Anforderungen des Unternehmens/Konzerns und umfasst es alle wesentlichen Unternehmens-/Konzernbereiche?

Einzelne Controllingaktivitäten werden durch gesellschaftseigenes Personal ausgeführt. Diese Tätigkeiten umfassen Statistiken bzgl. Fahrgastzahlen bzw. die Datenerhebung für die Erstattungsansprüche nach § 7a NNVG, § 231 SGB IX und die Abrechnung gemäß ÖDLA. Darüber hinaus werden Controllingfunktionen durch die EVI abgebildet. Nach unseren Erkenntnissen entspricht das Controlling den besonderen Anforderungen der Gesellschaft.

h) Ermöglichen das Rechnungs- und Berichtswesen eine Steuerung und/oder Überwachung der Tochterunternehmen und der Unternehmen, an denen eine wesentliche Beteiligung besteht?

Die Gesellschaft hält keine Anteile an Unternehmen, an denen eine wesentliche Beteiligung besteht.

Fragenkreis 4: Risikofrüherkennungssystem

a) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung nach Art und Umfang Frühwarnsignale definiert und Maßnahmen ergriffen, mit deren Hilfe bestandsgefährdende Risiken rechtzeitig erkannt werden können?

Im Rahmen der Betriebsführung durch die EVI besteht ein Risiko- und Chancenmanagementsystem, um den Fortbestand der Gesellschaft gefährdende Entwicklungen frühzeitig erkennen zu können. Es wurden von der Geschäftsführung Beauftragte für das Risiko- und Chancenmanagement sowie ein Koordinator benannt. Regelmäßig werden Risikoinventuren durchgeführt. Für das abgelaufene Geschäftsjahr wurden durch die EVI Halbjahresberichte erstellt, mit deren Hilfe etwaige bestandsgefährdende Risiken rechtzeitig erkannt werden können.

Kopie - maßgeblich ist das unterschriebene und gebundene Exemplar

b) Reichen diese Maßnahmen aus und sind sie geeignet, ihren Zweck zu erfüllen? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Maßnahmen nicht durchgeführt werden?

Die zu Frage 4a) aufgeführten Maßnahmen zur Erkennung bestandsgefährdender Risiken haben sich in der Vergangenheit bewährt und sind geeignet, die Existenz der Gesellschaft zu sichern. Es haben sich im Rahmen unserer Prüfung keine Anhaltspunkte ergeben, dass diese Maßnahmen nicht durchgeführt wurden.

c) Sind diese Maßnahmen ausreichend dokumentiert?

Die Risiken und Chancen werden bei der EVI in einem EDV-System festgehalten. Daneben liegt ein Handbuch vor, in dem die Grundlagen des Programms, Aufbau- und Ablaufstrukturen sowie Dokumentationsformen und Archivierung beschrieben sind.

d) Werden die Frühwarnsignale und Maßnahmen kontinuierlich und systematisch mit dem aktuellen Geschäftsumfeld sowie mit den Geschäftsprozessen und Funktionen abgestimmt und angepasst?

Eine kontinuierliche und systematische Abstimmung und Anpassung der mit dem Risiko- und Chancenmanagementsystem ermittelten Frühwarnsignale und Maßnahmen mit den aktuellen Geschäftsprozessen erfolgt in der Weise, dass der Koordinator die Entwicklung halbjährlich mit den Beauftragten abstimmt und anpasst.

Fragenkreis 5: Finanzinstrumente, andere Termingeschäfte, Optionen und Derivate

Derartige Geschäfte wurden von der Gesellschaft im Berichtsjahr nicht getätigt. Feststellungen sind aus diesem Grunde zu dem gesamten Fragenkreis nicht zu treffen.

Kopie - maßgeblich ist das unterschriebene und gebundene Exemplar

Fragenkreis 6: Interne Revision

a) Gibt es eine den Bedürfnissen des Unternehmens/Konzerns entsprechende Interne Revision/Konzernrevision? Besteht diese als eigenständige Stelle oder wird diese Funktion durch eine andere Stelle (ggf. welche?) wahrgenommen?

Bei der EVI ist eine Interne Revision als eigenständige Stelle angesiedelt, die im Rahmen des bestehenden Betriebsführungsvertrags für die Durchführung verantwortlich ist. Die Interne Revision entspricht den Bedürfnissen des Unternehmens.

b) Wie ist die Anbindung der Internen Revision/Konzernrevision im Unternehmen/Konzern? Besteht bei ihrer Tätigkeit die Gefahr von Interessenkonflikten?

Eine eigene Interne Revision besteht nicht. Die Revisionsaufgaben werden durch die EVI wahrgenommen. Die Gefahr von Interessenkonflikten erscheint uns gering.

c) Welches waren die wesentlichen Tätigkeitsschwerpunkte der Internen Revision/Konzernrevision im Geschäftsjahr? Wurde auch geprüft, ob wesentlich miteinander unvereinbare Funktionen (z. B. Trennung von Anweisung und Vollzug) organisatorisch getrennt sind? Wann hat die Interne Revision das letzte Mal über Korruptionsprävention berichtet? Liegen hierüber schriftliche Revisionsberichte vor?

Zuletzt fand in 2019 durch die Interne Revision der EVI eine Kassenprüfung hinsichtlich der ordnungsmäßigen und zweckmäßigen Abrechnung der Einnahmen sowie deren vollständige Dokumentation und Nachvollziehbarkeit statt.

d) Hat die Interne Revision ihre Prüfungsschwerpunkte mit dem Abschlussprüfer abgestimmt?

Die Interne Revision hat sich mit dem Abschlussprüfer nicht abgestimmt.

e) Hat die Interne Revision/Konzernrevision bemerkenswerte Mängel aufgedeckt und um welche handelt es sich?

Feststellungen über bemerkenswerte Mängel wurden in Vorjahren nicht getroffen.

Kopie - maßgeblich ist das unterschriebene und gebundene Exemplar

f) Welche Konsequenzen werden aus den Feststellungen und Empfehlungen der Internen Revision/Konzernrevision gezogen, und wie kontrolliert die Interne Revision/Konzernrevision die Umsetzung ihrer Empfehlungen?

Die Revision überzeugt sich grundsätzlich in Stichproben bei den zuständigen Sachbearbeitern, ob die von ihr ggf. festgestellten Fehler beseitigt worden sind. Bei Feststellungen wird die Interne Revision der Geschäftsführung berichten.

III. Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführungstätigkeit (Fragenkreis 7 bis 10)

Fragenkreis 7: Übereinstimmung der Rechtsgeschäfte und Maßnahmen mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans

a) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die vorherige Zustimmung des Überwachungsorgans zu zustimmungspflichtigen Rechtsgeschäften und Maßnahmen nicht eingeholt worden ist?

In den im Berichtsjahr durchgeführten Sitzungen der Gesellschafterversammlung und des Aufsichtsrates sind neben den für die Wirtschaftsplanaufstellung und die Feststellung des Jahresabschlusses notwendigen Beschlüssen u. a. für folgende wesentliche Rechtsgeschäfte und Maßnahmen Zustimmungen eingeholt worden:

- Erteilung von Prokura für die Leiterin Vertrieb und den Leiter Produktion
- Abschluss des ab 1. Januar 2024 geltenden geänderten ÖDA
- Anerkennung des Deutschlandtickets bis zum 30. April 2024

Es haben sich im Rahmen unserer Prüfung keine Anhaltspunkte ergeben, dass die vorherige Zustimmung des Überwachungsorgans zu zustimmungspflichtigen Rechtsgeschäften und Maßnahmen nicht eingeholt wurde.

Kopie - maßgeblich ist das unterschriebene und gebundene Exemplar

b) Wurde vor der Kreditgewährung an Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans die Zustimmung des Überwachungsorgans eingeholt?

Es haben sich im Rahmen unserer Prüfung keine Anhaltspunkte ergeben, dass im Berichtsjahr Mitgliedern der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans Kredite gewährt wurden.

c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass anstelle zustimmungsbedürftiger Maßnahmen ähnliche, aber nicht als zustimmungsbedürftig behandelte Maßnahmen vorgenommen worden sind (z. B. Zerlegung in Teilmaßnahmen)?

Es haben sich im Rahmen unserer Prüfung keine Anhaltspunkte ergeben, dass im Berichtsjahr anstelle zustimmungsbedürftiger Maßnahmen ähnliche, aber nicht als zustimmungsbedürftig behandelte Maßnahmen vorgenommen wurden.

d) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Geschäfte und Maßnahmen nicht mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans übereinstimmen?

Es haben sich im Rahmen unserer Prüfung keine Anhaltspunkte ergeben, dass die im Berichtsjahr durchgeführten Geschäfte und Maßnahmen nicht mit Gesetz, Satzung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans übereinstimmen.

Kopie - maßgeblich ist das unterschriebene und gebundene Exemplar

Fragenkreis 8: Durchführung von Investitionen

a) Werden Investitionen (in Sachanlagen, Beteiligungen, sonstige Finanzanlagen, immaterielle Anlagewerte und Vorräte) angemessen geplant und vor Realisierung auf Rentabilität/Wirtschaftlichkeit, Finanzierbarkeit und Risiken geprüft?

Die RVHI erstellt eine Investitionsplanung im Rahmen der Wirtschaftsplanerstellung. Vor Realisierung der Maßnahme wird eine Prüfung hinsichtlich der Finanzierbarkeit sowie der Risiken durchgeführt. Investitionen in Beteiligungen und Grundstücke unterliegen der Zustimmung der Gesellschafterversammlung. Darüber hinaus besteht eine Zustimmungspflicht für den Investitionsplan als Bestandteil des Wirtschaftsplanes. Grundlage der Investitionsentscheidungen ist daher der vom Aufsichtsrat empfohlene und von der Gesellschafterversammlung zu genehmigende Wirtschaftsplan. Die Investitionsdurchführung erfolgt im Rahmen des Betriebsführungsvertrages durch die EVI.

b) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Unterlagen/Erhebungen zur Preisermittlung nicht ausreichend waren, um ein Urteil über die Angemessenheit des Preises zu ermöglichen (z. B. bei Erwerb bzw. Veräußerung von Grundstücken oder Beteiligungen)?

Es haben sich im Rahmen unserer Prüfung keine Anhaltspunkte ergeben, dass derartige Unterlagen nicht ausreichend waren.

c) Werden Durchführung, Budgetierung und Veränderungen von Investitionen laufend überwacht und Abweichungen untersucht?

Die Investitionen werden von der Auftragsabrechnung der EVI laufend überwacht. Hierbei kommt eine EDV-unterstützte Kontrolle auf Budgetüberschreitung zum Einsatz.

d) Haben sich bei abgeschlossenen Investitionen wesentliche Überschreitungen ergeben? Wenn ja, in welcher Höhe und aus welchen Gründen?

Im Wirtschaftsplan waren für das Berichtsjahr Investitionen in Höhe von 2.466 TEUR vorgesehen. Tatsächlich wurden 1.694 TEUR investiert. Wir haben daher im Rahmen unserer Prüfung bei den Investitionen im Berichtsjahr keine wesentlichen Überschreitungen der Wirtschaftsplandaten festgestellt.

Kopie - maßgeblich ist das unterschriebene und gebundene Exemplar

e) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass Leasing- oder vergleichbare Verträge nach Ausschöpfung der Kreditlinien abgeschlossen wurden?

Es haben sich im Rahmen unserer Prüfung keine Anhaltspunkte ergeben, dass die Gesellschaft nach Ausschöpfung von Kreditlinien Leasing- oder vergleichbare Verträge abgeschlossen hat.

Fragenkreis 9: Vergaberegelungen

a) Haben sich Anhaltspunkte für eindeutige Verstöße gegen Vergaberegelungen (z. B. VOB, VOL, VOF, EU-Regelungen) ergeben?

Die Auftragsvergabe wird im Rahmen des bestehenden Betriebsführungsvertrages für die RVHI von der EVI wahrgenommen. Von der EVI werden bei Anschaffungen Ausschreibungen durchgeführt, allgemeine Vergleichsangebote eingeholt oder zumindest Preisvergleiche angestellt. Bei Ersatz- bzw. Ergänzungsinvestitionen wird in Einzelfällen wegen der bestehenden Bindung an bestimmte Fabrikate auf die Einholung von Konkurrenzangeboten verzichtet. Den Grundsätzen für die Vergabe öffentlicher Aufträge entsprechend wird dem wirtschaftlichsten Anbieter der Zuschlag erteilt, soweit von einer ordnungsmäßigen und termingerechten Ausführung des Auftrages ausgegangen werden kann.

Es haben sich im Rahmen unserer Prüfung keine Anhaltspunkte ergeben, dass im Berichtsjahr die im öffentlichen Bereich üblichen Vergaberegelungen nicht eingehalten wurden.

b) Werden für Geschäfte, die nicht den Vergaberegelungen unterliegen, Konkurrenzangebote (z. B. auch für Kapitalaufnahmen und Geldanlagen) eingeholt?

Für nicht den Vergaberegelungen unterliegende Geschäfte werden auskunftsgemäß grundsätzlich Konkurrenzangebote eingeholt und ausgewertet.

Kopie - maßgeblich ist das unterschriebene und gebundene Exemplar

Fragenkreis 10: Berichterstattung an das Überwachungsorgan

a) Wird dem Überwachungsorgan regelmäßig Bericht erstattet?

Der Gesellschafterversammlung und dem Aufsichtsrat wurde im Rahmen der zu Frage 1b) aufgeführten Sitzungen Bericht erstattet. Die Geschäftsführung kam nach unseren Feststellungen ihren gesetzlichen und satzungsmäßigen Pflichten der rechtzeitigen Berichterstattung regelmäßig nach.

b) Vermitteln die Berichte einen zutreffenden Einblick in die wirtschaftliche Lage des Unternehmens/Konzerns und in die wichtigsten Unternehmens-/Konzernbereiche?

Nach unseren Feststellungen sind die Berichte zutreffend und ausreichend.

c) Wurde das Überwachungsorgan über wesentliche Vorgänge angemessen und zeitnah unterrichtet? Liegen insbesondere ungewöhnliche, risikoreiche oder nicht ordnungsgemäß abgewickelte Geschäftsvorfälle sowie erkennbare Fehldispositionen oder wesentliche Unterlassungen vor und wurde hierüber berichtet?

Im Rahmen der Sitzungen der Gesellschafterversammlung und des Aufsichtsrates wurde angemessen und ausreichend zeitnah über wesentliche Vorgänge berichtet. Ungewöhnliche, risikoreiche und nicht ordnungsgemäß abgewickelte Geschäftsvorfälle sowie erkennbare Fehldispositionen oder wesentliche Unterlassungen haben wir im Rahmen unserer Prüfung nicht festgestellt.

d) Zu welchen Themen hat die Geschäfts-/Konzernleitung dem Überwachungsorgan auf dessen besonderen Wunsch berichtet (§ 90 Abs. 3 AktG)?

Eine Berichterstattung auf besonderen Wunsch des Aufsichtsrates erfolgte im Berichtsjahr nicht.

e) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Berichterstattung (z. B. nach § 90 AktG oder unternehmensinternen Vorschriften) nicht in allen Fällen ausreichend war?

Es haben sich im Rahmen unserer Prüfung keine Anhaltspunkte ergeben, dass die Berichterstattung im Berichtsjahr nicht in allen Fällen ausreichend war.

Kopie - maßgeblich ist das unterschriebene und gebundene Exemplar

f) Gibt es eine D&O-Versicherung? Wurde ein angemessener Selbstbehalt vereinbart? Wurden Inhalt und Konditionen der D&O-Versicherung mit dem Überwachungsorgan erörtert?

Für die Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates wurde eine D&O-Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung abgeschlossen. Ein Selbstbehalt wurde nicht vereinbart. Inhalt und Konditionen der D&O-Versicherung wurden auskunftsgemäß seinerzeit mit dem Überwachungsorgan erörtert.

g) Sofern Interessenkonflikte der Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans gemeldet wurden, ist dies unverzüglich dem Überwachungsorgan offengelegt worden?

Es haben sich im Rahmen unserer Prüfung keine Anhaltspunkte ergeben, dass Interessenkonflikte der Mitglieder der Geschäftsleitung oder der Gesellschafterversammlung und des Aufsichtsrates gemeldet wurden.

IV. Vermögens- und Finanzlage (Fragenkreis 11 bis 13)

Fragenkreis 11: Ungewöhnliche Bilanzposten und stille Reserven

a) Besteht in wesentlichem Umfang offenkundig nicht betriebsnotwendiges Vermögen?

Wir haben im Rahmen unserer Prüfung nicht festgestellt, dass zum 31. Dezember 2023 in wesentlichem Umfang offenkundig nicht betriebsnotwendiges Vermögen besteht.

b) Sind Bestände auffallend hoch oder niedrig?

Wir haben im Rahmen unserer Prüfung nicht festgestellt, dass zum 31. Dezember 2023 auffallend hohe oder niedrige Bestände bestehen. Die angewandten Bewertungsmethoden entsprechen allgemein anerkannten Regelungen.

c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Vermögenslage durch im Vergleich zu den bilanziellen Werten erheblich höhere oder niedrigere Verkehrswerte der Vermögensgegenstände wesentlich beeinflusst wird?

Derartige Anhaltspunkte haben sich im Rahmen unserer Prüfung nicht ergeben.

Kopie - maßgeblich ist das unterschriebene und gebundene Exemplar

Fragenkreis 12: Finanzierung

a) Wie setzt sich die Kapitalstruktur nach internen und externen Finanzierungsquellen zusammen? Wie sollen die am Abschlussstichtag bestehenden wesentlichen Investitionsverpflichtungen finanziert werden?

Die Kapitalstruktur setzt sich zum 31. Dezember 2023 hinsichtlich ihrer internen und externen Finanzierungsquellen wie folgt zusammen (siehe auch Erläuterungen im Prüfungsbericht zu "Vermögens- und Kapitalstruktur"):

	TEUR	%
Eigenkapital	5.188	37,7
Sonderposten	2.180	15,8
Mittel- bis langfristiges Fremdkapital	2.601	18,9
Kurzfristiges Fremdkapital	3.810	27,6
Gesamt	13.779	100,0

Gemäß Wirtschaftsplan sind für das Geschäftsjahr 2024 Investitionen in Höhe von 3.303 TEUR geplant. Die Finanzierung soll mit 1.563 TEUR über Darlehen und im Übrigen aus Eigenmitteln erfolgen.

b) Wie ist die Finanzlage des Konzerns zu beurteilen, insbesondere hinsichtlich der Kreditaufnahmen wesentlicher Konzerngesellschaften?

Die Gesellschaft ist nicht in handelsrechtliche Konzernstrukturen eingebunden. Feststellungen sind aus diesem Grunde grundsätzlich nicht zu treffen. Die Finanzlage der Gesellschaft ist zum Abschlussstichtag als geordnet zu beurteilen. Es besteht eine fristenkongruente Anlagenfinanzierung. Die Zahlungsfähigkeit war im Berichtsjahr jederzeit gegeben.

c) In welchem Umfang hat das Unternehmen Finanz-/Fördermittel einschließlich Garantien der öffentlichen Hand erhalten? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die damit verbundenen Verpflichtungen und Auflagen des Mittelgebers nicht beachtet wurden?

Die RVHI hat im Berichtsjahr Finanz- und Fördermittel der öffentlichen Hand in Höhe von 524 TEUR für Zuschüsse nach § 231 SGB IX sowie 2.111 TEUR für Zuschüsse nach § 7a NNVG erhalten.

Kopie - maßgeblich ist das unterschriebene und gebundene Exemplar

Für Investitionen wurden Zuschüsse in Höhe von 485 TEUR gewährt. Hinzu kommen Mittel aus dem ÖDLA in Höhe von 10.662 TEUR, einschließlich der Zuschüsse für das Deutschlandticket in Höhe von 1.617 TEUR.

Es haben sich im Rahmen unserer Prüfung keine Anhaltspunkte ergeben, dass die damit verbundenen Verpflichtungen und Auflagen des Mittelgebers nicht beachtet wurden.

Fragenkreis 13: Eigenkapitalausstattung und Gewinnverwendung

a) Bestehen Finanzierungsprobleme aufgrund einer evtl. zu niedrigen Eigenkapitalausstattung?

Bei der Gesellschaft bestanden im Berichtsjahr keine Finanzierungsprobleme aufgrund einer zu niedrigen Eigenkapitalausstattung.

b) Ist der Gewinnverwendungsvorschlag (Ausschüttungspolitik, Rücklagenbildung) mit der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens vereinbar?

Die Geschäftsführung schlägt vor, den im Berichtsjahr angefallenen Jahresüberschuss in Höhe von 420 TEUR den Gewinnrücklagen zuzuführen. Dieser Gewinnverwendungsvorschlag ist u.E. mit der wirtschaftlichen Lage der Gesellschaft vereinbar.

V. Ertragslage (Fragenkreis 14 bis 16)

Fragenkreis 14: Rentabilität/Wirtschaftlichkeit

a) Wie setzt sich das Betriebsergebnis des Unternehmens/Konzerns nach Segmenten/ Konzernunternehmen zusammen?

Die Gesellschaft weist nur ein Segment auf (Verkehrsbetrieb). Feststellungen sind aus diesem Grunde nicht zu treffen.

Kopie - maßgeblich ist das unterschriebene und gebundene Exemplar

b) Ist das Jahresergebnis entscheidend von einmaligen Vorgängen geprägt?

Das Jahresergebnis der Gesellschaft ist im Berichtsjahr nicht entscheidend durch einmalige Vorgänge geprägt.

c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass wesentliche Kredit- oder andere Leistungsbeziehungen zwischen Konzerngesellschaften bzw. mit den Gesellschaftern eindeutig zu unangemessenen Konditionen vorgenommen werden?

Es haben sich im Rahmen unserer Prüfung keine Anhaltspunkte ergeben, dass wesentliche Kredit- oder andere Leistungsbeziehungen mit den Gesellschaftern eindeutig zu unangemessenen Konditionen vorgenommen wurden.

d) Wurde die Konzessionsabgabe steuer- und preisrechtlich erwirtschaftet?

Konzessionsabgaben sind nicht angefallen. Feststellungen sind aus diesem Grunde nicht zu treffen.

Fragenkreis 15: Verlustbringende Geschäfte und ihre Ursachen

a) Gab es verlustbringende Geschäfte, die für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren und was waren die Ursachen der Verluste?

Wir haben im Rahmen unserer Prüfung keine verlustbringenden Geschäfte, die für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren, festgestellt.

b) Wurden Maßnahmen zeitnah ergriffen, um die Verluste zu begrenzen und um welche Maßnahmen handelt es sich?

Wir haben im Rahmen unserer Prüfung keine verlustbringenden Einzelgeschäfte festgestellt. Feststellungen sind aus diesem Grunde nicht zu treffen.

Kopie - maßgeblich ist das unterschriebene und gebundene Exemplar

Fragenkreis 16: Ursachen des Jahresfehlbetrages und Maßnahmen zur Verbesserung der Ertragslage

a) Was sind die Ursachen des Jahresfehlbetrages?

Im Berichtsjahr ist kein Jahresfehlbetrag angefallen. Feststellungen sind aus diesem Grunde nicht zu treffen.

b) Welche Maßnahmen wurden eingeleitet bzw. sind beabsichtigt, um die Ertragslage des Unternehmens zu verbessern?

Ende 2019 wurde ein Tarifverbund eingeführt, der zur Steigerung der Attraktivität des ÖPNV im Landkreis Hildesheim und zusätzlichen Erlösen führen soll. Für 2024 ist eine Erhöhung der Fahrkartentarife geplant, um den gestiegenen Aufwendungen entgegen zu wirken. Darüber hinaus ist durch die ab 1. Januar 2024 geltende Neufassung des ÖDLA das Erlösrisiko auf den Landkreis Hildesheim übergegangen.

Wir verweisen auf die Erläuterungen im Lagebericht (Anlage 4).

Kopie - maßgeblich ist das unterschriebene und gebundene Exemplar

Rechtliche Grundlagen und steuerliche Verhältnisse der Gesellschaft

Gründung:	8. Juni 1998
Gesellschaftsvertrag:	gültig in der Fassung vom 7. Mai 2014
Firma:	RVHI Regionalverkehr Hildesheim GmbH
Sitz:	Hildesheim
Handelsregister:	Amtsgericht Hildesheim, Abteilung B Nr. 2693
Gegenstand:	Gegenstand des Unternehmens ist die Planung und Durchführung von Verkehrsleistungen mit Kraftfahrzeugen im Linien- und Gelegenheitsverkehr und damit zusammenhängender Geschäfte, die der Förderung des Hauptgeschäftes dienen. Die Verkehrsleistungen umfassen den Linienverkehr nach § 42 PBefG, den Verkehr nach der Verordnung über die Befreiung bestimmter Beförderungsfälle von den Vorschriften des PBefG (Freistellungsverkehr), bedarfsgesteuerte Verkehre sowie Gelegenheitsverkehr. Das Unternehmen kann die dem Landkreis Hildesheim obliegenden Verpflichtungen als Träger der Schülerbeförderungen übernehmen, soweit solche Aufgaben nicht hoheitlich an den Landkreis als Körperschaft öffentlichen Rechts gebunden sind. Im Übrigen besteht ein öffentlicher Dienstleistungsauftrag (ÖDLA) zur Erbringung von gemeinwirtschaftlichen Nahverkehrsleistungen im öffentlichen Personennahverkehr im Landkreis Hildesheim zwischen dem Landkreis Hildesheim und der RVHI.

Kopie - maßgeblich ist das unterschriebene und gebundene Exemplar

Stammkapital:	1.464.700,00 EUR
Geschäftsjahr:	Kalenderjahr
Gesellschafter:	Landkreis Hildesheim 75,1 %, Stadtwerke Hildesheim AG 24,9 %.
Organe der Gesellschaft:	Geschäftsführung, Aufsichtsrat, Gesellschafterversammlung.
Gesellschafterversammlung:	Im Berichtsjahr hat eine Gesellschafterversammlung stattgefunden. Weitere Beschlüsse wurden im Umlaufverfahren gefasst. In der Sitzung am 6. Juli 2023 wurde der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022 festgestellt. Ferner wurde der Geschäftsführung und dem Aufsichtsrat Entlastung erteilt.
Aufsichtsrat:	Die Mitglieder des Aufsichtsrates sind im Anhang der Gesellschaft aufgeführt. Im Berichtsjahr haben insgesamt drei Sitzungen des Aufsichtsrates stattgefunden.
Geschäftsführer:	Dipl.-Ing. Kai Henning Schmidt, Hildesheim Der Geschäftsführer hat Einzelvertretungsbefugnis und darf Rechtsgeschäfte mit sich selbst oder mit sich als Vertreter Dritter abschließen.
Steuerliche Verhältnisse:	Das Unternehmen wird unter der Steuernummer 30/215/05041 beim Finanzamt Hildesheim geführt. Veranlagungen sind bis einschließlich 2021 erfolgt.

Kopie - maßgeblich ist das unterschriebene und gebundene Exemplar

Wichtige Verträge

Betriebsführungsvertrag mit der EVI

Die Gesellschaft hat mit der EVI einen Betriebsführungsvertrag zur Übernahme der kaufmännischen Dienstleistungen abgeschlossen. Der aktuelle Vertrag trat zum 1. Januar 2013 in Kraft und hatte eine Laufzeit zunächst bis zum 31. Dezember 2014. Er verlängert sich um jeweils ein Jahr, wenn er nicht sechs Monate vor seinem jeweiligen Ablauf schriftlich gekündigt wird, was nicht geschehen ist.

Werkverträge mit der SVH

Gemäß § 1 des Vertrages vom 11. Januar 2000 erbringt die Gesellschaft für SVHI Verkehrsleistungen im Linienbetrieb. Der Leistungsumfang beschränkt sich ausschließlich auf die Personenbeförderung und damit zusammenhängende Tätigkeiten. Der Vertrag wurde für den Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 2000 geschlossen. Er verlängert sich bei nicht fristgerechter Kündigung um jeweils ein Jahr. Der Werkvertrag wurde durch eine Kooperationsvereinbarung vom 15. Februar 2011 ersetzt.

Öffentlicher Dienstleistungsauftrag

Der Vertrag vom 12. Dezember 2013 zwischen dem Landkreis Hildesheim und der RVHI regelt im Wege der Direktvergabe, gemäß Art. 5 Abs. 2 der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007, den öffentlichen Dienstleistungsauftrag im Landkreis Hildesheim, insbesondere den Linienverkehr mit Kraftfahrzeugen. Der Vertrag ist zum 1. Januar 2014 in Kraft getreten und endete mit Ablauf des 31. Dezember 2023. Mit Wirkung zum 1. Januar 2024 ist ein neuer öffentlicher Dienstleistungsauftrag mit einer Laufzeit bis zum 31. Dezember 2033 geschlossen worden.

Kopie - maßgeblich ist das unterschriebene und gebundene Exemplar

Wirtschaftliche Grundlagen der Gesellschaft

Die Gesellschaft betreibt den Personennahverkehr in der Region des Umlandes von Hildesheim. Im Grundbesitz befindet sich der Betriebshof in Alfeld.

Grundlage für die Erbringung der Beförderungsleistungen im Personennahverkehr sind die Genehmigungen der LNVG zur Einrichtung und dem Betrieb eines Linienverkehrs mit Kraftfahrzeugen nach §§ 42, 43 und 49 PBefG.

Die wichtigsten Kennzahlen zur Betriebsleistung entwickelten sich wie folgt (Statistiken der Gesellschaft):

		2023	2022
Beförderungsfälle Personennahverkehr (inkl. geschätzter Verbundabrechnung)	Anzahl	5.399.492	6.003.103
Anzahl der eingesetzten Omnibusse	Stück	134	134
davon eigene	Stück	50	50
Linien	Anzahl	58	58
Länge des Liniennetzes	km	1.578	1.578
Nutzwagenkilometer (Linienverkehr)			
gem. § 42 PBefG	km	6.350.511	6.331.605
gem. § 43 PBefG	km	1.425	1.440
Sonstige	km	172.436	137.378
Insgesamt		**6.524.372**	**6.470.423**
Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt (ohne Geschäftsführer, Praktikanten und Aushilfen)			
Fahrdienst und Werkstatt		135	128
Verwaltung		15	11
Insgesamt		**150**	**139**

Kopie - maßgeblich ist das unterschriebene und gebundene Exemplar

Allgemeine Auftragsbedingungen

für

Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

vom 1. Januar 2024

1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für Verträge zwischen Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im Nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer" genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Steuerberatung, Beratungen in wirtschaftlichen Angelegenheiten und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich in Textform vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Dritte können nur dann Ansprüche aus dem Vertrag zwischen Wirtschaftsprüfer und Auftraggeber herleiten, wenn dies vereinbart ist oder sich aus zwingenden gesetzlichen Regelungen ergibt. Im Hinblick auf solche Ansprüche gelten diese Auftragsbedingungen auch diesen Dritten gegenüber. Einreden und Einwendungen aus dem Vertragsverhältnis mit dem Auftraggeber stehen dem Wirtschaftsprüfer auch gegenüber Dritten zu.

2. Umfang und Ausführung des Auftrags

(1) Gegenstand des Auftrags ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer übernimmt im Zusammenhang mit seinen Leistungen keine Aufgaben der Geschäftsführung. Der Wirtschaftsprüfer ist für die Nutzung oder Umsetzung der Ergebnisse seiner Leistungen nicht verantwortlich. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrags sachverständiger Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen Vereinbarung in Textform.

(3) Ändert sich die Sach- oder Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen.

3. Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Wirtschaftsprüfer alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen und weiteren Informationen rechtzeitig übermittelt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen und weiteren Informationen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden. Der Auftraggeber wird dem Wirtschaftsprüfer geeignete Auskunftspersonen benennen.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der weiteren Informationen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten Erklärung in gesetzlicher Schriftform oder einer sonstigen vom Wirtschaftsprüfer bestimmten Form zu bestätigen.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährdet. Dies gilt für die Dauer des Auftragsverhältnisses insbesondere für Angebote auf Anstellung oder Übernahme von Organfunktionen und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Sollte die Durchführung des Auftrags die Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers, die der mit ihm verbundenen Unternehmen, seiner Netzwerkunternehmen oder solcher mit ihm assoziierten Unternehmen, auf die die Unabhängigkeitsvorschriften in gleicher Weise Anwendung finden wie auf den Wirtschaftsprüfer, in anderen Auftragsverhältnissen beeinträchtigen, ist der Wirtschaftsprüfer zur außerordentlichen Kündigung des Auftrags berechtigt.

5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Soweit der Wirtschaftsprüfer Ergebnisse im Rahmen der Bearbeitung des Auftrags in gesetzlicher Schriftform oder Textform darzustellen hat, ist allein diese Darstellung maßgebend. Entwürfe solcher Darstellungen sind unverbindlich. Sofern nicht anders gesetzlich vorgesehen oder vertraglich vereinbart, sind mündliche Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers nur dann verbindlich, wenn sie in Textform bestätigt werden. Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrags sind stets unverbindlich.

6. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Arbeitsergebnisse oder Auszüge von Arbeitsergebnissen – sei es im Entwurf oder in der Endfassung) oder die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber an einen Dritten bedarf der in Textform erteilten Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, es sei denn, der Auftraggeber ist zur Weitergabe oder Information aufgrund eines Gesetzes oder einer behördlichen Anordnung verpflichtet.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers und die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber zu Werbezwecken durch den Auftraggeber sind unzulässig.

7. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlagen, Unterlassen bzw. unberechtigter Verweigerung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung kann er die Vergütung mindern oder vom Vertrag zurücktreten; ist der Auftrag nicht von einem Verbraucher erteilt worden, so kann der Auftraggeber wegen eines Mangels nur dann vom Vertrag zurücktreten, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens, Unterlassung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Ein Nacherfüllungsanspruch aus Abs. 1 muss vom Auftraggeber unverzüglich in Textform geltend gemacht werden. Nacherfüllungsansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z.B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse infrage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

8. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze (§ 323 Abs. 1 HGB, § 43 WPO, § 203 StGB) verpflichtet, über Tatsachen und Umstände, die ihm bei seiner Berufstätigkeit anvertraut oder bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer wird bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten die nationalen und europarechtlichen Regelungen zum Datenschutz beachten.

9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Leistungen des Wirtschaftsprüfers, insbesondere Prüfungen, gelten die jeweils anzuwendenden gesetzlichen Haftungsbeschränkungen, insbesondere die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Sofern weder eine gesetzliche Haftungsbeschränkung Anwendung findet noch eine einzelvertragliche Haftungsbeschränkung besteht, ist der Anspruch des Auftraggebers aus dem zwischen ihm und dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis auf Ersatz eines fahrlässig verursachten Schadens, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit sowie von Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen, gemäß § 54a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt. Gleiches gilt für Ansprüche, die Dritte aus oder im Zusammenhang mit dem Vertragsverhältnis gegenüber dem Wirtschaftsprüfer geltend machen.

Alle Rechte vorbehalten. Ohne Genehmigung des Verlages ist es nicht gestattet, die Vordrucke ganz oder teilweise nachzudrucken bzw. auf fotomechanischem oder elektronischem Wege zu vervielfältigen und/oder zu verbreiten.
© IDW Verlag GmbH · Tersteegenstraße 14 · 40474 Düsseldorf. 50341/1

Lizenziert für/Licensed to: Abel, Wilke & Partner Unternehmensgruppe | 4306591 | 545

Kopie - maßgeblich ist das unterschriebene und gebundene Exemplar

(3) Leiten mehrere Anspruchsteller aus dem mit dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis Ansprüche aus einer fahrlässigen Pflichtverletzung des Wirtschaftsprüfers her, gilt der in Abs. 2 genannte Höchstbetrag für die betreffenden Ansprüche aller Anspruchsteller insgesamt.

(4) Der Höchstbetrag nach Abs. 2 bezieht sich auf einen einzelnen Schadensfall. Ein einzelner Schadensfall ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden.

(5) Ein Schadensersatzanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von sechs Monaten nach der in Textform erklärten Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde. Dies gilt nicht für Schadensersatzansprüche, die auf vorsätzliches Verhalten zurückzuführen sind, sowie bei einer schuldhaften Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie bei Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen. Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt.

(6) § 323 HGB bleibt von den Regelungen in Abs. 2 bis 5 unberührt.

10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Ändert der Auftraggeber nachträglich den durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschluss oder Lagebericht, darf er diesen Bestätigungsvermerk nicht weiterverwenden.

Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit in gesetzlicher Schriftform erteilter Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsausfertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte wesentliche Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfasst nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, dass der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Fall hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, dass dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen Vereinbarung in Textform umfasst die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

a) Ausarbeitung und elektronische Übermittlung der Jahressteuererklärungen, einschließlich E-Bilanzen, für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger für die Besteuerung erforderlichen Aufstellungen und Nachweise
b) Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern
c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden
d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern
e) Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger Vereinbarungen in Textform die unter Abs. 3 Buchst. d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Sofern der Wirtschaftsprüfer auch Steuerberater ist und die Steuerberatervergütungsverordnung für die Bemessung der Vergütung anzuwenden ist, kann eine höhere oder niedrigere als die gesetzliche Vergütung in Textform vereinbart werden.

(6) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer und Einheitsbewertung sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrags. Dies gilt auch für

a) die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z.B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer und Grunderwerbsteuer,
b) die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen,
c) die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlungen, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen und
d) die Unterstützung bei der Erfüllung von Anzeige- und Dokumentationspflichten.

(7) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzugs wird nicht übernommen.

12. Elektronische Kommunikation

Die Kommunikation zwischen dem Wirtschaftsprüfer und dem Auftraggeber kann auch per E-Mail erfolgen. Soweit der Auftraggeber eine Kommunikation per E-Mail nicht wünscht oder besondere Sicherheitsanforderungen stellt, wie etwa die Verschlüsselung von E-Mails, wird der Auftraggeber den Wirtschaftsprüfer entsprechend in Textform informieren.

13. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Ist der Auftraggeber kein Verbraucher, so ist eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

14. Streitschlichtungen

Der Wirtschaftsprüfer ist nicht bereit, an Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle im Sinne des § 2 des Verbraucherstreitbeilegungsgesetzes teilzunehmen.

15. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.

Lizenziert für/Licensed to: Abel, Wilke & Partner Unternehmensgruppe | 1006591 | 545

Kopie - maßgeblich ist das unterschriebene und gebundene Exemplar

Bericht
über die Prüfung

des Jahresabschlusses
zum 31. Dezember 2023

und des Lageberichts
für das Geschäftsjahr 2023

der

Landkreis Hildesheim Holding GmbH
Marie-Wagenknecht-Str. 3
31134 Hildesheim

KRAUSE & KOLLEGEN
Wirtschaftsprüfer · Steuerberater

Maybachstraße 4 · 31135 Hildesheim · Telefon +49 5121 17880 · www.krause-kollegen.com

Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2023

Landkreis Hildesheim Holding GmbH, Hildesheim

Inhaltsverzeichnis

1. Prüfungsauftrag 1

2. Grundsätzliche Feststellungen 3

2.1 Lage des Unternehmens 3

2.1.1 Stellungnahme zur Lagebeurteilung der gesetzlichen Vertreter 3

2.2 Unregelmäßigkeiten 5

3. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung 6

3.1 Gegenstand der Prüfung 6

3.2 Art und Umfang der Prüfungsdurchführung 6

4. Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung 10

4.1 Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung 10

4.1.1 Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen 10

4.1.2 Jahresabschluss 10

4.1.3 Lagebericht 11

4.2 Gesamtaussage des Jahresabschlusses 11

4.2.1 Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses 11

4.2.2 Bewertungsgrundlagen 12

4.2.3 Sachverhaltsgestaltende Maßnahmen 13

4.3 Vermögens-, Finanz- und Ertragslage 14

4.3.1 Vermögenslage und Kapitalstruktur 15

4.3.2 Finanzlage 17

4.3.3 Ertragslage 20

5. Feststellungen gemäß § 53 HGrG 22

6. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks und Schlussbemerkung 23

Anlagenverzeichnis

Anlage 1	Bilanz zum 31. Dezember 2023	30
Anlage 2	Anlagenspiegel zum 31. Dezember 2023	31
Anlage 3	Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2023	32
Anlage 4	Anhang für das Geschäftsjahr 2023	33
Anlage 5	Lagebericht für das Geschäftsjahr 2023	40
Anlage 6	Aufgliederungen der Posten des Jahresabschlusses	52
Anlage 7	Rechtliche Verhältnisse	68
Anlage 8	Wirtschaftliche Verhältnisse	70
Anlage 9	Steuerliche Verhältnisse	72
Anlage 10	Feststellungen im Rahmen der Prüfung nach § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz	73
Anlage 11	Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften	88

1. Prüfungsauftrag

Der nachstehend erstatteter Bericht über die freiwillige Prüfung des Jahresabschlusses und Lageberichts der Landkreis Hildesheim Holding GmbH zum 31. Dezember 2023 ist an das geprüfte Unternehmen gerichtet.

In der Gesellschafterversammlung vom 12. Dezember 2023 der

Landkreis Hildesheim Holding GmbH,

Hildesheim

(im Folgenden auch ”Landkreis Hildesheim Holding GmbH“ oder ”Gesellschaft“ genannt)

wurden wir zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023 gewählt. Daraufhin beauftragte uns die Geschäftsführung der Gesellschaft, den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023 freiwillig in entsprechender Anwendung der §§ 316 und 317 HGB zu prüfen.

Die Gesellschaft ist nach den in § 267 Abs. 1 HGB bezeichneten Größenmerkmalen als kleine Kapitalgesellschaft einzustufen und daher nicht prüfungspflichtig gemäß §§ 316 ff. HGB.

Erwartungsgemäß haben wir zusätzlich einen Erläuterungsteil erstellt, der diesem Bericht als Anlage Anlage 6 beigefügt ist. Der Erläuterungsteil enthält Aufgliederungen und Hinweise zu den einzelnen Posten des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2023 unter Angabe der jeweiligen Vorjahreszahlen.

Bei unserer Prüfung haben wir auftragsgemäß auch die Vorschriften des § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HGrG beachtet. Wir verweisen auf unsere Berichterstattung in Abschnitt Anlage 10.

Wir bestätigen gemäß § 321 Abs. 4a HGB, dass bei der Abschlussprüfung die anwendbaren Vorschriften zur Unabhängigkeit beachtet wurden.

Dem erteilten Prüfungsauftrag standen keine Ausschlussgründe nach §§ 319, 319b HGB, §§ 49 und 53 WPO sowie §§ 28 ff. BS WP/vBP entgegen.

Wir haben die Prüfung im Oktober 2024 (mit zeitlichen Unterbrechungen) in unseren Geschäftsräumen in Hildesheim durchgeführt.

Alle von uns erbetenen Aufklärungen und Nachweise wurden erteilt. Die Geschäftsführung hat die Vollständigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts schriftlich bestätigt.

Art und Umfang der Prüfungshandlungen haben wir in unseren Arbeitspapieren festgehalten.

Über das Ergebnis unserer Prüfungshandlungen erstatten wir den nachfolgenden Bericht.

Dem Bericht haben wir den geprüften Jahresabschluss 2023, bestehend aus Bilanz (Anlage 1), Gewinn- und Verlustrechnung (Anlage 3) und Anhang (Anlagen 2 und 4), sowie den geprüften Lagebericht 2023 (Anlage 5) beigefügt.

Die rechtlichen, wirtschaftlichen und steuerlichen Verhältnisse haben wir in den Anlagen 7 bis 9 dargestellt.

Weitergehende Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung ergeben sich aus Anlage 6.

Wir haben diesen Prüfungsbericht nach dem PS 450 n.F. (10.2021) "Grundsätze ordnungsmäßiger Erstellung von Prüfungsberichten" des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V. (IDW), Düsseldorf erstellt.

Unserem Auftrag liegen die als Anlage 11 beigefügten Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften in der Fassung vom 1. Januar 2024 zugrunde. Die Höhe unserer Haftung bestimmt sich nach Nr. 9 Abs. 2 der Allgemeinen Auftragsbedingungen. Im Verhältnis zu Dritten sind Nr. 1 Abs. 2 und Nr. 9 der Allgemeinen Auftragsbedingungen maßgebend.

2. Grundsätzliche Feststellungen

2.1 Lage des Unternehmens

2.1.1 Stellungnahme zur Lagebeurteilung der gesetzlichen Vertreter

Gemäß § 321 Abs. 1 Satz 2 HGB nehmen wir nachfolgend in unserer vorangestellten Berichterstattung zur Beurteilung der Lage des Unternehmens im Jahresabschluss und im Lagebericht durch die gesetzlichen Vertreter Stellung.

Unsere Stellungnahme geben wir aufgrund eigener Beurteilung der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens ab, die wir im Rahmen der Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts gewonnen haben. Hierzu gehören vertiefende Erläuterungen und die Angabe von Ursachen zu den einzelnen Entwicklungen sowie eine kritische Würdigung der zugrunde gelegten Annahmen, nicht aber eigene Prognoserechnungen. Unsere Berichtspflicht besteht, soweit uns die geprüften Unterlagen eine Beurteilung erlauben.

Die von uns geprüften Unterlagen i.S.v. § 321 Abs. 1 Satz 2 HGB umfassten jene Unterlagen, die unmittelbar Gegenstand unserer Abschlussprüfung waren, also den Jahresabschluss (unter Einbeziehung der Buchführung) und den Lagebericht sowie alle Unterlagen, wie Kostenrechnungsunterlagen, Planungsrechnungen, wichtige Verträge, Protokolle und Berichterstattungen an die für die Überwachung Verantwortlichen, die wir im Rahmen unserer Prüfung herangezogen haben.

Die Geschäftstätigkeit der Landkreis Hildesheim Holding GmbH umfasst nach dem Gesellschaftsvertrag insbesondere den Erwerb und die Verwaltung von sowohl gemeinnützigen als auch nicht gemeinnützigen Unternehmensbeteiligungen sowie den Erwerb, den Betrieb und die Verwaltung von Liegenschaften und Einrichtungen. Im Berichtsjahr erstreckte sich die Tätigkeit im Wesentlichen auf die Finanzierung des Geschäftsbetriebes der Volkshochschule (VHS) Hildesheim gGmbH durch Erträge aus Dividendenzahlungen der Avacon AG, der Überlandwerk Leinetal GmbH sowie weiterer Beteiligungen.

Im Berichtsjahr fiel ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 47 TEuro an. Dieser resultiert insbesondere aus den im Berichtsjahr realisierten Ausschüttungserträgen aus den Beteiligungen an Kapital- und Personengesellschaften in Höhe von 1.470 TEuro. Im Vorjahr betrugen diese Erträge 1.396 TEuro, sie sind daher angestiegen, was insbesondere auf die erhöhte Ausschüttung (78 TEuro) durch die Überlandwerke Leinetal GmbH zurückzuführen ist. Eine geringfügige Erhöhung war hinsichtlich der Aufwendungen aus der Bezuschussung der Volkshochschule (VHS) Hildesheim gGmbH gegeben. Diese sind von 1.172 TEuro im Vorjahr auf 1.173 TEuro im Berichtsjahr angestiegen. Die Steuerbelastung ist trotz der Belastung auf die verdeckte Gewinnaussschüttung .(VHS) gesunken (-25 TEuro), da höhere Beträge anrechenbarer Steuern aus den Ausschüttungen angerechnet werden konnten (21 TEuro).

Investitionen waren nicht zu verzeichnen. Es bestehen auch keine entsprechenden Investitionsplanungen. Die Finanzierung der Gesellschaft erfolgt ausschließlich durch die erhaltenen Gewinnausschüttungen der Beteiligungsgesellschaften. Die Zuführung von Fremdkapital war und ist aktuell nicht erforderlich.

Die Risikosituation der Landkreis Hildesheim Holding GmbH ist geprägt durch die laufenden Rechtsbehelfsverfahren beim Finanzamt Hildesheim-Alfeld und die neue Budgetvereinbarung mit der Volkshochschule (VHS) Hildesheim gGmbH.
Gegenstand der Rechtsbehelfsverfahren ist die Auffassung der Finanzverwaltung, die Leistungen an die Volkshochschule (VHS) Hildesheim gGmbH seien als verdeckte Gewinnausschüttungen zu beurteilen. Hieraus resultieren erhebliche Steuerzahlungen für die Gesellschaft, die allerdings bilanziell bereits vollständig abgebildet sind. Dieser Risikosituation soll durch Umstrukturierungen begegnet werden. Beschlüsse zur Veränderung der Anteilseignerstruktur haben die politischen Gremien durchlaufen. Die steuerlichen Risiken werden durch die Einholung einer weiteren verbindlichen Auskunft rechtssicher geklärt, deren Beantwortung abzuwarten bleibt.
Die neue Budgetvereinbarung mit der Volkshochschule (VHS) Hildesheim gGmbH regelt ab 2021/22 (mit Ergänzung) die Zuschussleistungen in der Weise, dass diese sich am genehmigten Wirtschaftsplan der Volkshochschule ausrichten. Es zeichnen sich hierdurch zukünftig weiter erhöhte Zuschussleistungen durch die Gesellschaft ab, die dann auch entsprechende Aufwandsbelastungen und möglicherweise erhöhte Steuerzahlungen zur Folge haben können. Der Beschlussvorschlag der Mehrheitsgruppe im Kreistag hat die Zuschusspflichten der Gesellschaft ab 2022 noch einmal erweitert (Sprachkurse für Geflüchtete).
Die Entwicklung im Ausschüttungsverhalten der Beteiligungsgesellschaften ist aufgrund der politischen Turbulenzen im Energiesektor schwierig zu prognostizieren. Die Ergebnisentwicklung im Wirtschaftsjahr 2024 wird vor dem geschilderten Hintergrund in der Tendenz jedoch weiterhin als stabil eingeschätzt.

Aufgrund der Beurteilung der wirtschaftlichen Lage der Gesellschaft, die wir aus den im Rahmen unserer Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts gewonnenen Erkenntnissen abgeleitet haben, sind wir - soweit die geprüften Unterlagen eine solche Beurteilung erlauben - zu der Einschätzung gelangt, dass die Lagebeurteilung der Geschäftsführung, insbesondere hinsichtlich des Fortbestands und der künftigen Entwicklung der Gesellschaft plausibel erscheint.

Ergänzend verweisen wir zur Lagebeurteilung auf unsere Ausführungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses in Abschnitt 4.2 des Berichts.

2.2 Unregelmäßigkeiten

Gemäß § 321 Abs. 1 Satz 3 HGB haben wir auch über bei Durchführung der Abschlussprüfung festgestellte Unrichtigkeiten (im Folgenden: falsche Darstellungen aufgrund von Irrtümern) oder Verstöße gegen gesetzliche Vorschriften (im Folgenden: falsche Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen) sowie Tatsachen zu berichten, die schwerwiegende Verstöße von gesetzlichen Vertretern oder von Arbeitnehmern gegen Gesetz oder Gesellschaftsvertrag erkennen lassen (im Folgenden: sonstige Verstöße).

Unrichtigkeiten und Verstöße gegen Rechnungslegungsvorschriften haben wir in der Weise festgestellt, dass der Jahresabschluss auf den 31. Dezember 2023 und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2023 nicht innerhalb der gesetzlichen Frist aufgestellt worden sind.

3. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung

3.1 Gegenstand der Prüfung

Im Rahmen des uns erteilten Auftrags haben wir gemäß § 317 HGB den nach deutschen Rechnungslegungsvorschriften aufgestellten Jahresabschluss (unter Einbeziehung der Buchführung) und den Lagebericht auf die Einhaltung der einschlägigen gesetzlichen Vorschriften geprüft.

Die gesetzlichen Vertreter tragen die Verantwortung für die Rechnungslegung, die dazu eingerichteten internen Kontrollen und die gegenüber uns als Abschlussprüfer gemachten Angaben. Unsere Aufgabe als Abschlussprüfer ist es, diese Unterlagen unter Einbeziehung der Buchführung und die gemachten Angaben im Rahmen unserer pflichtgemäßen Prüfung zu beurteilen.

Die Prüfung der Einhaltung anderer gesetzlicher Vorschriften gehört nur insoweit zu den Aufgaben unserer Abschlussprüfung, als sich aus diesen anderen Vorschriften üblicherweise Rückwirkungen auf den nach deutschen Rechnungslegungsvorschriften aufgestellten Jahresabschluss oder den Lagebericht ergeben.

Bei der Prüfung beachteten wir auftragsgemäß die Vorschriften des § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG), die "Grundsätze für die Prüfung von Unternehmen nach § 53 HGrG" (Anlage zur VV zu § 68 LHO).

Eine besondere Prüfung zur Aufdeckung von falschen Darstellungen im Geld- und Leistungsverkehr (Unterschlagungsprüfung) war nicht Gegenstand der Abschlussprüfung. Im Verlaufe unserer Tätigkeit ergaben sich auch keine Anhaltspunkte, die besondere Untersuchungen in dieser Hinsicht erforderlich gemacht hätten.

3.2 Art und Umfang der Prüfungsdurchführung

Art und Umfang der beim vorliegenden Auftrag erforderlichen Prüfungshandlungen haben wir im Rahmen unserer Eigenverantwortlichkeit nach pflichtgemäßem Ermessen bestimmt, das durch gesetzliche Regelungen und Verordnungen, der vom IDW festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung sowie ggf. erweiternde Bedingungen für den Auftrag und die jeweiligen Berichtspflichten begrenzt wird.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom IDW festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden kann, ob der Jahresabschluss (unter Einbeziehung der Buchführung) und der Lagebericht frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern sind. Im Rahmen der Prüfung werden Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungs-, Bewertungs- und Gliederungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der Geschäftsführung sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Prüfungsurteile bildet.

Die Prüfung der Einhaltung anderer gesetzlicher Vorschriften gehörte nur insoweit zu den Aufgaben unserer Abschlussprüfung, als sich aus diesen Vorschriften üblicherweise Rückwirkungen auf den Jahresabschluss ergeben. Die Aufdeckung und Aufklärung strafrechtlicher Tatbestände, wie z.B. Unterschlagungen, sowie die Feststellung außerhalb der Rechnungslegung begangener Ordnungswidrigkeiten waren nicht Gegenstand unserer Abschlussprüfung.

Die nachfolgende Darstellung und Beschreibung von Prüfungsumfang und Prüfungsvorgehen ist so angelegt, dass es dem Aufsichtsgremium möglich ist, daraus Konsequenzen für die eigene Überwachungsaufgabe zu ziehen.

Unsere Prüfung hat sich gemäß § 317 Abs. 4a HGB nicht darauf zu erstrecken, ob der Fortbestand des geprüften Unternehmens oder die Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftsführung zugesichert werden kann.

Im Rahmen unseres risikoorientierten Prüfungsvorgehens erarbeiteten wir zunächst eine Prüfungsstrategie. Diese beruhte auf einer Einschätzung des Unternehmensumfeldes und auf Auskünften der Geschäftsleitung über die wesentlichen Unternehmensziele und Geschäftsrisiken.

Unsere Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen umfassten System- und Funktionstests, analytische Prüfungshandlungen sowie Einzelfallprüfungen.

Wir haben unsere aussagebezogenen Prüfungshandlungen an den Ergebnissen unserer Beurteilung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems ausgerichtet.

Bei der Prüfung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sind wir wie folgt vorgegangen: Ausgehend von den externen Faktoren, den Unternehmenszielen, der Geschäftsstrategie und den Steuerungs- und Überwachungsprozessen auf der Unternehmensebene haben wir anschließend die Geschäftsprozesse analysiert. In diesem zweiten Schritt der Prozessanalyse haben wir beurteilt, inwieweit die wesentlichen Geschäftsrisiken, die einen Einfluss auf unser Prüfungsrisiko haben, durch die Gestaltung der Betriebsabläufe und der Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen reduziert worden sind.

Die Erkenntnisse der Prüfung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems haben wir bei der Auswahl der analytischen Prüfungshandlungen und der Einzelfallprüfungen berücksichtigt.

Soweit nach unserer Einschätzung wirksame funktionsfähige Kontrollen implementiert waren und damit ausreichende personelle, computergestützte oder mechanische Kontrollen die Richtigkeit der Jahresabschlussaussage sicherstellten, konnten wir unsere aussagebezogenen Prüfungshandlungen im Hinblick auf Einzelfälle insbesondere im Bereich der Routinetransaktionen weitgehend einschränken. Soweit uns eine Ausdehnung der Prüfungshandlungen erforderlich erschien, haben wir neben analytischen Prüfungshandlungen in Form von Plausibilitätsbeurteilungen einzelne Geschäftsvorfälle anhand von Belegen nachvollzogen und auf deren sachgerechte Verbuchung hin überprüft.

Im unternehmensindividuellen Prüfungsprogramm haben wir die Schwerpunkte unserer Prüfung, Art und Umfang der Prüfungshandlungen sowie den zeitlichen Prüfungsablauf und den Einsatz von Mitarbeitern festgelegt. Hierbei haben wir die Grundsätze der Wesentlichkeit und der Risikoorientierung beachtet.

Die in unserer Prüfungsstrategie identifizierten kritischen Prüfungsziele führten zu folgenden Schwerpunkten unserer Prüfung:

- Prüfung des Finanzanlagevermögens,
- Prüfung der Gesellschafterforderungen,
- Prüfung der Bewertung der sonstigen Rückstellungen,
- Prüfung des der Richtigkeit und der Vollständigkeit der Anhangangaben,
- Prüfung der Vollständigkeit und Stimmigkeit des Lageberichts.

Gegenstand unserer Prüfung waren auch die Angaben im Lagebericht, insbesondere die prognostischen Angaben.

Bankbestätigungen wurden von Kreditinstituten eingeholt.

Die Eröffnungsbilanzwerte wurden ordnungsgemäß aus dem von uns geprüften Vorjahresabschluss übernommen.

Alle von uns erbetenen, nach pflichtgemäßem Ermessen zur ordnungsmäßigen Durchführung der Prüfung von den gesetzlichen Vertretern benötigten Aufklärungen und Nachweise sind erteilt worden. Die Geschäftsführung hat uns schriftlich im Rahmen der Vollständigkeitserklärung bestätigt, dass alle bilanzierungspflichtigen Vermögenswerte, Verpflichtungen, Wagnisse und Abgrenzungen im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023 berücksichtigt wurden, sämtliche Aufwendungen und Erträge enthalten sowie alle erforderlichen Angaben gemacht worden sind. Die Geschäftsleitung hat ferner erklärt, dass der Lagebericht auch hinsichtlich erwarteter Entwicklungen alle für die Beurteilung der Lage der Gesellschaft wesentlichen Gesichtspunkte sowie die nach § 289 HGB erforderlichen Angaben enthält. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres haben sich nach dieser Erklärung nicht ergeben.

4. Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung

4.1 Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung

4.1.1 Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen

Im Rahmen unserer Prüfung stellen wir fest, dass die Buchführung und die weiteren geprüften Unterlagen in allen wesentlichen Belangen den gesetzlichen Vorschriften einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung entsprechen.

Die Aufzeichnungen der Geschäftsvorfälle der Gesellschaft sind nach unseren Feststellungen vollständig, fortlaufend und zeitgerecht. Der Kontenplan ermöglicht eine klare und übersichtliche Ordnung des Buchungsstoffes mit einer für die Belange der Gesellschaft ausreichenden Gliederungstiefe. Soweit im Rahmen unserer Prüfung Buchungsbelege eingesehen wurden, enthalten diese alle zur ordnungsgemäßen Dokumentation erforderlichen Angaben. Die Belegablage ist klar und übersichtlich geordnet, sodass der Zugriff auf die Belege unmittelbar anhand der Angaben in den Konten möglich ist. Die Buchführung entspricht somit für das gesamte Geschäftsjahr in allen wesentlichen Belangen den gesetzlichen Anforderungen.

Die Organisation der Buchführung, das interne Kontrollsystem, der Datenfluss und das Belegwesen ermöglichen die vollständige, richtige, zeitgerechte und geordnete Erfassung und Buchung der Geschäftsvorfälle.

Die aus den weiteren geprüften Unterlagen entnommenen Informationen wurden nach dem Ergebnis unserer Prüfung in allen wesentlichen Belangen ordnungsgemäß in der Buchführung, im nach deutschen Rechnungslegungsvorschriften aufgestellten Jahresabschluss und im Lagebericht abgebildet.

Die Buchführung wird IT-gestützt unter Verwendung der Software Kanzlei-Rechnungswesen der DATEV eG, Nürnberg, durchgeführt.

Die Verfahrensabläufe in der Buchführung haben im Berichtsjahr keine nennenswerten organisatorischen Änderungen erfahren.

Die Sicherheit der für die Zwecke der IT-gestützten Rechnungslegung verarbeiteten Daten ist gewährleistet.

4.1.2 Jahresabschluss

In dem uns zur Prüfung vorgelegten, nach deutschen Rechnungslegungsvorschriften aufgestellten Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023 wurden in allen wesentlichen Belangen alle für die Rechnungslegung geltenden gesetzlichen Vorschriften einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und aller größenabhängigen, rechtsformgebundenen oder wirtschaftszweigspezifischen Regelungen beachtet.

Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung der Landkreis Hildesheim Holding GmbH für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023 sind nach unseren Feststellungen ordnungsmäßig aus der Buchführung und aus den weiteren geprüften Unterlagen abgeleitet. Die einschlägigen Ansatz-, Ausweis- und Bewertungsvorschriften wurden dabei ebenso in allen wesentlichen Belangen beachtet wie der Stetigkeitsgrundsatz des § 252 Abs. 1 Nr. 6 HGB.

Zur Ordnungsmäßigkeit der im Anhang gemachten Angaben, über die von uns nicht an anderer Stelle berichtet wird, stellen wir fest, dass die Berichterstattung im Anhang durch die gesetzlichen Vertreter vollständig und im gesetzlich vorgeschriebenen Umfang ausgeführt wurde.

4.1.3 Lagebericht

Im Rahmen unserer Prüfung zur Gesetzeskonformität des Lageberichts haben wir gemäß § 321 Abs. 2 Satz 1 HGB festgestellt, dass der Lagebericht in allen wesentlichen Belangen den gesetzlichen Vorschriften entspricht.

4.2 Gesamtaussage des Jahresabschlusses

4.2.1 Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses

Über das Ergebnis unserer Beurteilung, ob und inwieweit die durch den Jahresabschluss vermittelte Gesamtaussage den Anforderungen des § 264 Abs. 2 Satz 1 HGB entspricht, berichten wir nachstehend.

Da sich keine Besonderheiten ergeben haben, stellen wir fest, dass der Jahresabschluss insgesamt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.

Es ist nicht Gegenstand unserer Feststellungen zur „Gesamtaussage des Jahresabschlusses“, die Vermögens-, Finanz und Ertragslage des Unternehmens darzustellen.

Der Lagebericht war in die Gesamtschau der durch die Rechnungslegungsgrundsätze bestimmten Darstellung der wirtschaftlichen Lage nicht einzubeziehen; die von diesen Grundsätzen unabhängigen Darstellungen im Lagebericht konnten daher die erforderlichen Aussagen im Jahresabschluss nicht ersetzen. Unsere Feststellungen zur Prüfung des Lageberichts waren gesondert zu treffen.

Im Zusammenhang mit der Feststellung über die Ordnungsmäßigkeit der Gesamtaussage des Jahresabschlusses nehmen wir in diesen Prüfungsbericht weitere Erläuterungen auf, die zum Verständnis der Gesamtaussage des Jahresabschlusses erforderlich sind, weil die Gesamtaussage „unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung“ auch im Rahmen des gesetzlich Zulässigen durch Bilanzierungs- und Bewertungsentscheidungen sowie Sachverhaltsgestaltungen beeinflusst wird.

Um den Adressaten eine eigene Beurteilung dieser Maßnahmen zu ermöglichen und ihnen Hinweise für die Ausrichtung ihrer Prüfungs- und Überwachungstätigkeit zu geben, gehen wir nachstehend im Einzelnen ein auf:

- die wesentlichen Bewertungsgrundlagen (§ 321 Abs. 2 Satz 4 erster Satzteil HGB)
- den Einfluss, den Änderungen in den Bewertungsgrundlagen und sachverhaltsgestaltende Maßnahmen insgesamt auf die Gesamtaussage des Jahresabschlusses haben (§ 321 Abs. 2 Satz 4 zweiter Satzteil HGB); zu den Änderungen in den Bewertungsgrundlagen gehören insbesondere Änderungen bei der Ausübung von Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechten und der Ausnutzung von Ermessensspielräumen.

4.2.2 Bewertungsgrundlagen

Die Bewertungsgrundlagen i.S.d. § 321 Abs. 2 Satz 4 erster Satzteil HGB umfassen die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sowie die für die Bewertung von Vermögensgegenständen und Schulden maßgeblichen Faktoren (Parameter, Annahmen und die Ausübung von Ermessensspielräumen).

Wertbestimmende Faktoren ergeben durch Verknüpfung mit den am Abschlussstichtag vorhandenen Bestandsgrößen von Vermögensgegenständen und Schulden die im Jahresabschluss angesetzten Buchwerte.

Parameter sind in der Regel durch Marktpreise oder allgemein akzeptierte Standardwerte objektivierte Faktoren, während Annahmen über künftige Entwicklungen subjektive Faktoren der Wertbestimmung sind, deren Festlegung unter Berücksichtigung der Rechnungslegungsgrundsätze im Ermessen der gesetzlichen Vertreter liegt.

Ermessensspielräume beruhen auf unsicheren Erwartungen bei der Bestimmung von Schätzgrößen und den diesen zugrunde gelegten Annahmen. Daraus resultiert bei vielen Posten eine Bandbreite zulässiger Wertansätze.

Im Rahmen der Erläuterung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden ist insbesondere die Ausübung von Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechten von Bedeutung, weil mit derartigen Entscheidungen der gesetzlichen Vertreter eine Einflussnahme auf die Gesamtaussage des Jahresabschlusses ermöglicht wird.

Der Jahresabschluss der Landkreis Hildesheim Holding GmbH zum 31. Dezember 2023 ist auf der Grundlage folgender wesentlicher Bewertungsgrundlagen aufgestellt worden, die nachstehend erläutert werden.

Die Zugänge zum Anlagevermögen sind zu Anschaffungskosten bilanziert. Das Sachanlagevermögen wurde linear entsprechend der vorsichtig geschätzten Nutzungsdauer abgeschrieben.

Die Finanzanlagen werden zum Nennwert angesetzt, der den Anschaffungskosten entspricht. Forderungen und liquide Mittel werden ebenfalls zum Nominalwert bewertet. Ausfallrisiken, denen mit entsprechenden Wertberichtigungen zu begegnen wäre, sind nicht gesehen worden.

Rückstellungen sind in der Höhe angesetzt, die nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung erforderlich erscheint. Ermessensspielräume bei der Bewertung der Rückstellungen wurden in Richtung eines dem Vorsichtsprinzip entsprechenden Ansatzes ausgeübt.

Die Verbindlichkeiten sind mit dem Erfüllungsbetrag bewertet.

Die Beurteilung der wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit der Bilanzierungs- und Bewertungsentscheidungen der gesetzlichen Vertreter obliegt nicht uns als Abschlussprüfer. Sie sind als geschäftspolitische Entscheidungen von den Adressaten des Berichts zu beurteilen.

4.2.3 Sachverhaltsgestaltende Maßnahmen

Berichtspflichtige Tatsachen aus sachverhaltsgestaltenden Maßnahmen mit wesentlichen Auswirkungen auf die Gesamtaussage des Jahresabschlusses lagen nach dem Ergebnis unserer Prüfungshandlungen im Prüfungszeitraum nicht vor.

4.3 Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Betriebswirtschaftliche Auswertungen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage in Form von Gegenüberstellungen zusammengefasster, betriebswirtschaftlich aussagefähiger Zahlen des Geschäftsjahres mit Zahlen aus Vorjahren ergänzt um Kennzahlen verdeutlichen die Lage und Entwicklung des Unternehmens im Berichtsjahr.

Unsere sonstigen Aufgliederungen und Erläuterungen umfassen auch eine Analyse jedes einzelnen Postens des Jahresabschlusses und dienen damit einer Dokumentation der finanziellen Verhältnisse des Unternehmens für das Geschäftsjahr. Sie fördern darüber hinaus ein tieferes Verständnis für die Einzelheiten des Jahresabschlusses, indem durch sie Abweichungen zum Vorjahr transparent gemacht und andere wichtige Erkenntnisse vermittelt werden können. Diesen Erläuterungsteil nehmen wir in eine Anlage zum Prüfungsbericht auf.

In den vorliegenden Prüfungsbericht bzw. in die Anlagen aufgenommene Aufgliederungen und Erläuterungen des Jahresabschlusses unterlagen der Prüfung nach den allgemeinen Grundsätzen und durften von uns nicht ungeprüft aus Aufstellungen des Unternehmens übernommen werden. Hieraus ergab sich eine Ausweitung unserer Prüfungshandlungen im Rahmen dieser Abschlussprüfung.

4.3.1 Vermögenslage und Kapitalstruktur

Vermögenslage und Kapitalstruktur sowie deren Veränderungen gegenüber dem Vorjahr ergeben sich aus den folgenden Zusammenstellungen der Bilanzzahlen in TEuro für die beiden Abschlussstichtage 31. Dezember 2023 und 31. Dezember 2022.

	Bilanz zum 31.12.2023		**Bilanz zum 31.12.2022**		**Veränderung zum Vorjahr in**	
	TEuro	**%**	**TEuro**	**%**	**TEuro**	**%**
AKTIVA						
Finanzanlagen	4.926	52,5	4.926	53,5	0	0,0
Forderungen gegen Beteiligungsunternehmen	2	0,0	3	0,0	-1	-33,3
sonstige Vermögensgegenstände	3.283	35,0	2.906	31,6	377	13,0
Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	1.073	11,4	1.365	14,8	-292	-21,4
Rechnungsabgrenzungsposten	98	1,0	0	0,0	98	100,0
Summe Aktiva	**9.382**	**100,0**	**9.200**	**100,0**	**182**	**2,0**

Das **Finanzanlagevermögen** der Gesellschaft ist im Berichtsjahr unverändert geblieben und beinhaltet mit einem Buchwert von 2.664 TEuro Aktien an der Avacon AG.

Innerhalb der **Forderungen gegen Beteiligungsunternehmen** sind Ansprüche auf die Rückgewähr überzahlter Zuschüsse ausgewiesen.

Die **sonstigen Vermögensgegenstände** betreffen folgende Posten:

	31.12.2023 TEuro	31.12.2022 TEuro
Forderungen gegen den Landkreis Hildesheim aus Kapitalertragsteuer	2.349	2.163
Steuerforderungen	919	731
übrige sonstige Vermögensgegenstände	15	12
	3.283	2.906

Die Abnahme der **liquiden Mittel** um -292 TEuro resultiert aus dem negativen Jahresergebnis der Gesellschaft sowie der vorzeitigen Zahlung der Betriebskostenrate für Januar 2024 an die VHS (98 TEuro).

	Bilanz zum 31.12.2023 TEuro	%	Bilanz zum 31.12.2022 TEuro	%	Veränderung zum Vorjahr in TEuro	%
PASSIVA						
Eigenkapital	8.408	89,6	8.455	91,9	-47	-0,6
Rückstellungen	970	10,3	737	8,0	233	31,6
Verbindlichkeiten aus						
Lieferungen und Leistungen	1	0,0	5	0,1	-4	-80,0
sonstige Verbindlichkeiten	3	0,0	3	0,0	0	0,0
Summe Passiva	**9.382**	**100,0**	**9.200**	**100,0**	**182**	**2,0**

Das **Eigenkapital** der Gesellschaft wurde durch das Jahresergebnis -47 TEuro im Vergleich zum Vorjahr reduziert.

Die **Rückstellungen** weisen folgende Zusammensetzung auf:

	31.12.2023 TEuro	31.12.2022 TEuro
Rückstellungen Gewerbesteuer	214	167
Rückstellungen Kapitalertragsteuer	736	551
Rückstellungen für Abschlusskosten	20	19
	970	737

Die **Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen** betreffen insbesondere Rechts- und Beratungskosten.

4.3.2 Finanzlage

Einen Überblick über die Herkunft und über die Verwendung der finanziellen Mittel des geprüften Unternehmens gibt die nachstehende Kapitalflussrechnung, welche die Zahlungsmittelflüsse nach der indirekten Methode darstellt.

		2023	**2022**
		TEuro	TEuro
1.	Periodenergebnis vor außerordentlichen Posten	-47	-153
2. +/-	Abschreibungen / Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	0	0
3. +/-	Zunahme / Abnahme der Rückstellungen	233	229
4. +/-	Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/ Erträge	0	0
5. -/+	Gewinn / Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	0	0
6. -/+	Zunahme / Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-474	-344
7. +/-	Zunahme / Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-4	-3
8. =	**Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit** (Summe aus 1 bis 7)	**-292**	**-271**

		2023	2022
		TEuro	TEuro
9. +	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0	0
10. +	Einzahlungen aus Abgänge von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	0	34
11. -	Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	0	0
12. -	Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	0	0
13. -	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0	0
14. +	Einzahlungen auf Grund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	0	0
15. -	Auszahlungen auf Grund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	0	0
16. =	**Cashflow aus der Investitionstätigkeit** (Summe aus 9 bis 15)	**0**	**34**

		2023	**2022**
		TEuro	TEuro
17. +	Einzahlungen von Unternehmenseignern (Einlagen)	0	0
18. -	Auszahlungen an Unternehmenseigner (Eigenkapitalrückzahlungen, Ausschüttungen)	0	0
19. +	Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von (Finanz-) Krediten	0	0
20. -	Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und (Finanz-) Krediten	0	0
21.	**Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit** (Summe aus 17 bis 20)	**0**	**0**
22.	Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds (Summe aus Zf. 8, 16, 21)	-292	-237
23. +/-	Wechselkurs-, konsolidierungskreis- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds	0	0
24. +	Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	1.365	1.602
25. =	**Finanzmittelfonds am Ende der Periode** (Summe aus 22 bis 24)	**1.073**	**1.365**

4.3.3 Ertragslage

Die aus der Gewinn- und Verlustrechnung abgeleitete Gegenüberstellung der Erfolgsrechnungen der beiden Geschäftsjahre 2023 und 2022 zeigt folgendes Bild der Ertragslage und ihrer Veränderungen:

		01.01. bis 31.12.2023 TEuro	%	01.01. bis 31.12.2022 TEuro	%	Veränderung zum Vorjahr in TEuro	%
-	sonstige betriebliche Aufwendungen	1.199	428,2	1.211	608,5	-12	-1,0
=	**Betriebsergebnis**	**-1.199**	**-428,2**	**-1.211**	**-608,5**	**12**	**-1,0**
+	Beteiligungsergebnis	1.475	526,8	1.402	704,5	73	5,2
+	Zinsergebnis	4	1,3	8	4,0	-4	-50,0
=	**Ergebnis vor Steuern**	**280**	**100,0**	**199**	**100,0**	**81**	**40,7**
-	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	327	116,8	352	176,9	-25	-7,1
=	**Jahresergebnis**	**-47**	**-16,8**	**-153**	**-76,9**	**106**	**-69,3**

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** der Gesellschaft sind in 2023 um 12 TEuro gesunken. Im Einzelnen zeigt sich folgendes Bild:

	2023 TEuro	2022 TEuro
Beiträge	1	1
Zuschussleistungen Volkshochschule	1.173	1.172
Rechts- und Beratungskosten	1	14
Abschluss- und Prüfungskosten	22	20
übrige Aufwendungen	2	4
	1.199	1.211

Innerhalb des **Beteiligungsergebnisses** sind die folgenden Werte ausgewiesen:

	2023 TEuro	2022 TEuro
Dividenden	1.399	1.321
Ergebnisanteile Personengesellschaften	71	76
Erträge Ausleihungen	5	5
	1.475	1.402

Im **Zinsergebnis** sind Zinsen aus Steuererstattungen und Steuernachzahlungen ausgewiesen.

Die **Steuern vom Einkommen und vom Ertrag** gliedern sich folgendermaßen:

	2023 TEuro	2022 TEuro
Körperschaftsteuer/Kapitalertragsteuer	162	189
Solidaritätszuschlag	9	10
Gewerbesteuer	156	153
	327	352

Insbesondere aufgrund der unverändert hohen Zuschusszahlungen an die VHS ist erneut ein Jahresfehlbetrag entstanden. Dies konnte trotz der höheren Einnahmen nicht ganz kompensiert werden. Das Jahresergebnis betrug -47 TEuro. Im Vorjahr wurde ein Jahresfehlbetrag von 153 TEuro ausgewiesen.

5. Feststellungen gemäß § 53 HGrG

Bei unserer Prüfung haben wir auftragsgemäß die Vorschriften des § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HGrG beachtet. Dementsprechend haben wir auch geprüft, ob die Geschäfte ordnungsgemäß, d.h. mit der erforderlichen Sorgfalt und in Übereinstimmung mit den einschlägigen handelsrechtlichen Vorschriften, den Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und der Geschäftsordnung für die Geschäftsführung geführt worden sind.

Die erforderlichen Feststellungen haben wir in diesem Bericht und in Anlage 10 (Prüf- und Erhebungsliste zu den Feststellungen nach § 53 HGrG auf der Grundlage des IDW PS 720-Fragenkatalogs zur Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG) dargestellt. Über diese Feststellungen hinaus hat unsere Prüfung keine Besonderheiten ergeben, die nach unserer Auffassung für die Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung von Bedeutung sind.

6. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks und Schlussbemerkung

Nach dem Ergebnis unserer Prüfung haben wir dem als Anlagen 1 bis 4 beigefügten Jahresabschluss der Landkreis Hildesheim Holding GmbH, Hildesheim, zum 31. Dezember 2023 und dem als Anlage 5 beigefügten Lagebericht für das Geschäftsjahr 2023 den folgenden Bestätigungsvermerk erteilt, der von uns an dieser Stelle wiedergegeben wird:

"**BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS**

An die Landkreis Hildesheim Holding GmbH

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Landkreis Hildesheim Holding GmbH – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2023 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Landkreis Hildesheim Holding GmbH für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2023 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrates für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellung ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher - beabsichtigter oder unbeabsichtigter - falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.

- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen."

Vorstehenden Prüfungsbericht erstatten wir in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Erstellung von Prüfungsberichten (IDW PS 450 n.F. (10.2021)).

Die Veröffentlichung oder Weitergabe des Jahresabschlusses und/oder Lageberichts in einer von der bestätigten Fassung abweichenden Form (einschließlich der Übersetzung in andere Sprachen) erfordert unsere erneute Stellungnahme, soweit dabei unser Bestätigungsvermerk zitiert oder auf unsere Prüfung hingewiesen wird. Wir weisen diesbezüglich auf § 328 HGB hin.

Hildesheim, 4. November 2024

(Krause)
Wirtschaftsprüfer

(Kanne)
vereidigter Buchprüfer

Anlagen

zum Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2023 und des Lageberichts für das Geschäftsjahr 2023

der

Landkreis Hildesheim Holding GmbH

Hildesheim

BILANZ

Landkreis Hildesheim Holding GmbH
Halten von Beteiligungen
Hildesheim

zum

31. Dezember 2023

AKTIVA

	Euro	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
A. Anlagevermögen			
I. Sachanlagen			
1. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		0,00	0,00
II. Finanzanlagen			
1. Beteiligungen	2.011.872,30		2.011.872,30
2. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	250.000,00		250.000,00
3. Wertpapiere des Anlagevermögens	2.663.830,70		2.663.830,70
		4.925.703,00	4.925.703,00
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1.929,50		3.208,67
2. sonstige Vermögensgegenstände	3.283.190,62		2.906.024,26
		3.285.120,12	2.909.232,93
- davon gegen Gesellschafter Euro 2.348.668,83 (Euro 2.163.030,42)			
II. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks		1.073.505,38	1.364.862,89
C. Rechnungsabgrenzungsposten		97.916,67	0,00
		9.382.245,17	9.199.798,82

PASSIVA

	Euro	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital		25.500,00	25.500,00
II. Kapitalrücklage		4.281.098,10	4.281.098,10
III. Gewinnvortrag		4.148.824,70	4.301.811,05
IV. Jahresfehlbetrag		47.493,05-	152.986,35-
B. Rückstellungen			
1. Steuerrückstellungen	213.998,68		166.749,48
2. sonstige Rückstellungen	757.183,10		570.544,69
		971.181,78	737.294,17
C. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	599,58		4.547,79
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 599,58 (Euro 4.547,79)			
2. sonstige Verbindlichkeiten	2.534,06		2.534,06
		3.133,64	7.081,85
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 2.534,06 (Euro 2.534,06)			
		9.382.245,17	9.199.798,82

ANLAGENSPIEGEL

Landkreis Hildesheim Holding GmbH
Halten von Beteiligungen
Hildesheim

Für das Geschäftsjahr 2023

	Anschaffungs-, Herstellungs-kosten 01.01.2023	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	kumulierte Abschreibungen 31.12.2023	Abschreibungen	Zuschreibungen	Buchwert 31.12.2023	Buchwert 31.12.2022
	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro
Anlagevermögen									
I. Sachanlagen									
andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	249,00	0,00	0,00	0,00	249,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe Sachanlagen	249,00	0,00	0,00	0,00	249,00	0,00	0,00	0,00	0,00
II. Finanzanlagen									
1. Beteiligungen	2.011.872,30	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2.011.872,30	2.011.872,30
2. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	250.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	250.000,00	250.000,00
3. Wertpapiere des Anlagevermögens	2.663.830,70	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2.663.830,70	2.663.830,70
Summe Finanzanlagen	4.925.703,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	4.925.703,00	4.925.703,00
Summe Anlagevermögen	4.925.952,00	0,00	0,00	0,00	249,00	0,00	0,00	4.925.703,00	4.925.703,00

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

Landkreis Hildesheim Holding GmbH
Halten von Beteiligungen

Hildesheim

für die Zeit vom
1. Januar 2023 bis 31. Dezember 2023

	Euro	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
1. sonstige betriebliche Erträge			
a) Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen		0,00	32,00
2. sonstige betriebliche Aufwendungen			
a) Versicherungen, Beiträge und Abgaben	1.127,43		1.127,43
b) Werbe- und Reisekosten	93,58		122,75
c) verschiedene betriebliche Kosten	1.198.046,70		1.209.357,99
		1.199.267,71	1.210.608,17
3. Erträge aus Beteiligungen		461.342,80	388.053,51
4. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens		1.013.411,95	1.013.411,95
5. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		5.982,16	9.371,95
6. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		1.726,20	1.190,48
7. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		327.236,05	352.057,11
8. Ergebnis nach Steuern		47.493,05-	152.986,35-
9. Jahresfehlbetrag		47.493,05	152.986,35

ANHANG

Landkreis Hildesheim Holding GmbH

Hildesheim

zum

31. Dezember 2023

Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss

Angaben zur Identifikation der Gesellschaft laut Registergericht

Firmenname laut Registergericht:	Landkreis Hildesheim Holding GmbH
Firmensitz laut Registergericht:	Hildesheim
Registereintrag:	Handelsregister
Registergericht:	Amtsgericht Hildesheim
Register-Nr.:	HRB 3635

Der Jahresabschluss der Landkreis Hildesheim Holding GmbH wurde auf der Grundlage der Rechnungslegungsvorschriften des Handelsgesetzbuchs aufgestellt.

Ergänzend zu diesen Vorschriften waren die Regelungen des GmbH-Gesetzes zu beachten.

Soweit Wahlrechte für Angaben in der Bilanz, in der Gewinn- und Verlustrechnung oder im Anhang ausgeübt werden können, wurde der Vermerk in der Bilanz bzw. in der Gewinn- und Verlustrechnung gewählt.

Für die Gewinn- und Verlustrechnung wurde das Gesamtkostenverfahren gewählt.

Nach den in § 267 HGB angegebenen Größenklassen ist die Gesellschaft eine kleine Kapitalgesellschaft.

Der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2023 ist nach den für große Kapitalgesellschaften maßgeblichen Rechnungslegungsvorschriften des Handelsgesetzbuchs und des GmbH-Gesetzes aufgestellt.

Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Das Sachanlagevermögen wurde zu Anschaffungskosten angesetzt und, soweit abnutzbar, um planmäßige Abschreibungen vermindert.

ANHANG

Landkreis Hildesheim Holding GmbH

Hildesheim

zum

31. Dezember 2023

Die Finanzanlagen wurden zu Anschaffungskosten angesetzt und bewertet.

Forderungen wurden unter Berücksichtigung aller erkennbaren Risiken bewertet.

Die Steuerrückstellungen und die sonstigen Rückstellungen berücksichtigen alle ungewissen Verbindlichkeiten und drohende Verluste aus schwebenden Geschäften. Sie sind in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages angesetzt.

Die sonstigen Rückstellungen wurden für alle weiteren ungewissen Verbindlichkeiten gebildet. Dabei wurden alle erkennbaren Risiken berücksichtigt.

Verbindlichkeiten wurden zum Erfüllungsbetrag angesetzt.

Gegenüber dem Vorjahr abweichende Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Beim Jahresabschluss konnten die bisher angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden im Wesentlichen übernommen werden.

Ein grundlegender Wechsel von Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden gegenüber dem Vorjahr fand nicht statt.

Angaben zur Bilanz

Anlagenspiegel für die einzelnen Posten des Anlagevermögens

Die Geschäftsjahresabschreibung je Posten der Bilanz ist aus dem Anlagenspiegel zu entnehmen.

Sonstige Vermögensgegenstände

Unter den sonstigen Vermögensgegenständen wurden im wesentlichen Beträge für noch nicht vereinnahmte Steuererstattungen erfasst.

Die Abgrenzung dient der periodengerechten Gewinnermittlung. Die Beträge haben Forderungscharakter.

ANHANG

Landkreis Hildesheim Holding GmbH

Hildesheim

zum

31. Dezember 2023

Angabe zu Restlaufzeitvermerken

Der Betrag der Forderungen mit einer Restlaufzeit größer einem Jahr beträgt 0,00 Euro (Vorjahr: 0,00 Euro).

Art der Forderung zum 31.12.2023	Gesamtbetrag	davon mit einer Restlaufzeit kleiner 1 Jahr	größer 1 Jahr
	TEuro	TEuro	TEuro
gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1,9	1,9	0,0
gegenüber Gesellschaftern	2.348,7	2.348,7	0,0
sonstige Vermögensgegenstände	934,5	934,5	0,0
Summe	**3.285,1**	**3.285,1**	**0,0**

Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen von TEuro 757,2 beinhalten mit TEuro 736,7 eventuelle Nachzahlungen für Kapitalertragsteuer und Solidaritätszuschlag.

Verbindlichkeiten

Der Betrag der Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr beträgt 599,6 Euro (Vorjahr: 4.547,8 Euro).

Latente Steuern

Zum Bilanzstichtag errechneten sich aktive latente Steuern aus abweichenden Wertansätzen zwischen Handels- und Steuerbilanz. Aufgrund des Wahlrechts, auf den Ansatz latenter Steuern zu verzichten, wurden zum Bilanzstichtag keine aktiven latenten Steuern angesetzt.

ANHANG

Landkreis Hildesheim Holding GmbH

Hildesheim

zum

31. Dezember 2023

Sonstige finanzielle Verpflichtungen und Haftungsverhältnisse

Es bestehen noch nicht eingeforderte Einlageverpflichtungen auf Geschäftsanteile an der Photovoltaik-Park Heinde/Lechstedt Verwaltungs GmbH in Höhe von 3.125,00 Euro, auf Geschäftsanteile an der Windenergie Koppelberg Verwaltungs GmbH in Höhe von 2.087,50 Euro und auf die Geschäftsanteile an der Windenergie Koppelberg GmbH und Co. KG in Höhe von 125.000,00 Euro.

Eine Inanspruchnahme aus den genannten Haftungsverhältnissen droht nicht bzw. ist aus folgenden Gründen sehr unwahrscheinlich:

- sämtliche Gesellschaften weisen zum 31.12.2023 ein positives Eigenkapital aus;
- sämtliche Gesellschaften haben im Geschäftsjahr 2023 ein positives Jahresergebnis erzielt;
- aufgrund ihrer Geschäftstätigkeit sind sämtliche Gesellschaften nicht direkt von der Corona-Pandemie betroffen.

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

Erträge aus Beteiligungen und Wertpapieren des Anlagevermögens

Diese Erträge betreffen Dividenden der Avacon AG und Überlandwerk Leinetal GmbH für das Geschäftsjahr 2022, Ausschüttungen der Photovoltaik-Park Heinde/Lechstedt GmbH & Co. KG, der Windenergie Koppelberg GmbH & Co. KG und von einer atypisch stillen Beteiligung.

Sonstige Angaben

Namen der Geschäftsführer

Während des abgelaufenen Geschäftsjahrs wurden die Geschäfte des Unternehmens durch folgende Personen geführt:

Geschäftsführerin	Kerstin Zingler	ausgeübter Beruf:	Kreisamtsrätin

ANHANG

Landkreis Hildesheim Holding GmbH

Hildesheim

zum

31. Dezember 2023

Namen der Mitglieder der Unternehmensorgane

Der Aufsichtsrat setzte sich im Berichtsjahr wie folgt zusammen:

Bernd Lynack, Vorsitzender, Landrat, Landkreis Hildesheim
Klaus Rosemann, Beamter, Landkreis Hildesheim
Christel Brede, Sparkassenbetriebswirtin, Stadt Sarstedt
Antonia Hillberg, Landtagsabgeordnete
Dr. Holger Schütte, Diplom-Mathematiker
Justus Lüder, Diplom-Kaufmann

Vergütungen der Mitglieder der Unternehmensorgane

In 2023 haben zwei Aufsichtsratssitzungen stattgefunden. Der Gesamtbetrag der in 2023 gezahlten Vergütungen beläuft sich auf 160,00 Euro.

Vergütungen der Geschäftsführer

Im Berichtsjahr wurden der Geschäftsführerin für geleistete Tätigkeiten keine Vergütungen gewährt.

ANHANG

Landkreis Hildesheim Holding GmbH

Hildesheim

zum

31. Dezember 2023

Angaben über den Anteilsbesitz an anderen Unternehmen

Gemäß § 285 Nr. 11 HGB wird über nachstehende Unternehmen berichtet:

Firmenname / Sitz	Anteilshöhe	Jahresergebnis Euro	Eigenkapital Euro
Volkshochschule (VHS) Hildesheim gGmbH	50,00%	-4.620	1.403.121
Überlandwerke Leinetal GmbH	26,00%	2.314.211	1.654.5415
Windenergie Koppelberg GmbH & Co. KG	15,71%	217.114	117.114
Windenergie Koppelberg Verwaltungs GmbH	16,67%	204	14.247
Photovoltaik-Park Heinde/Lechstedt GmbH & Co. KG	15,56%	67.839	1.285.000
Photovoltaik-Park Heinde Lechstedt Verwaltungs GmbH	25,00%	1.250	27.500

Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen

Hinsichtlich der nicht zu marktüblichen Bedingungen zustande gekommenen wesentlichen Geschäfte wurden entsprechend dem Gesellschaftsvertrag und der hieraus folgenden Zuschussvereinbarungen der Volkshochschule (VHS) Hildesheim gGmbH im Geschäftsjahr Betriebskostenzuschüsse in Höhe von zusammen 1.173.070,54 Euro gewährt.

Honorar des Abschlussprüfers

Die im Berichtsjahr erfassten Honorare für den Abschlussprüfer betragen 9.600,00 Euro brutto und umfassen ausschließlich Abschlußprüfungsleistungen.

ANHANG

Landkreis Hildesheim Holding GmbH

Hildesheim

zum

31. Dezember 2023

Vorschlag bzw. Beschluss zur Ergebnisverwendung

Die Geschäftsführung schlägt in Übereinstimmung mit den Gesellschaftern die folgende Ergebnisverwendung vor:

Der Jahresfehlbetrag beträgt 47.493,05 Euro, er wird auf neue Rechnung vorgetragen. Der Gewinnvortrag beträgt somit 4.101.331,65 Euro.

Unterschrift der Geschäftsführung

Hildesheim, den 11. Oktober 2024

.....

Kerstin Zingler
Landkreis Hildesheim Holding GmbH
Hildesheim

LAGEBERICHT

Landkreis Hildesheim Holding GmbH

Hildesheim

zum

31. Dezember 2023

A. Wirtschaftsbericht

1. Allgemeine Lage

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft umfasst im Wesentlichen die Finanzierung des Geschäftsbetriebes der Volkshochschule (VHS) Hildesheim gGmbH durch Erträge aus Dividendenzahlungen der Überlandwerk Leinetal GmbH, Gronau, der Avacon AG, sowie der Beteiligungen an den Projekten "Photovoltaik-Park Heinde/Lechstedt" und "Windenergie Koppelberg" (jeweils Verwaltungs GmbH sowie GmbH & Co. KG).

2. Geschäftsverlauf

Das Ergebnis vor Steuern beläuft sich auf 279.743,00 €. Der Jahresfehlbetrag beläuft sich auf 47.493,05 € (Vorjahr: Fehlbetrag: 152.986,35 €).

Das Ergebnis der Gesellschaft ist ertragseitig insbesondere durch die Höhe der Dividenden aus der Avacon AG und der Überlandwerke Leinetal GmbH beeinflusst.

Aufwandsseitig sind im Wesentlichen Aufwendungen aus der Budgetvereinbarung mit der VHS Hildesheim gGmbH in Höhe von 1.173.070,54 € (Vorjahr 1.171.791,35 €) angefallen.

3. Finanzielle Leistungsfähigkeit

Die Gesellschaft konnte sich selbst finanzieren. Der Bestand an liquiden Mitteln verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um 291.357,51 € (Vorjahr: Verringerung um 236.781,57 €).

Die Eigenkapitalquote beträgt 89,62 % (Vorjahr: 91,91 %).

B. Risiko- und Prognosebericht

1. Voraussichtliche Entwicklung

Die Erträge aus den Beteiligungen an der Avacon AG und der Überlandwerk Leinetal GmbH haben sich Jahr 2023 insgesamt im Vergleich zum Vorjahr erhöht. Dies erklärt sich insbesondere dadurch, dass seitens der Überlandwerk Leinetal GmbH eine Dividendenzahlung in Höhe von 390.000,00 € gegenüber 312.000,00 € im Berichtsjahr 2022 erfolgte, während sich die Dividendenzahlung der Avacon AG wie im Vorjahr auch im Berichtsjahr 2023 auf 1.008.411,95 Euro belief. Nach wie vor kann unter Berücksichtigung möglicher Folgen der schwierigen globalen Lage, insbesondere des Krieges in der Ukraine nicht davon ausgegangen werden, dass dieses immer noch hohe Niveauo, insbesondere, was die Dividende der Überlandwerk Leinetal GmbH betrifft, gehalten werden kann, auch wenn die Dividendenzahlung der Überlandwerk Leinetal GmbH im Jahr 2024 für das Geschäftsjahr 2023 ebenfalls 390.000,00 Euro betrug. Auch im Berichtsjahr 2023 führten vornehmlich die Auswirkungen der staatlichen Energiepolitik zu einer generell höheren durchschnittlichen Rendite in diesem Sektor. Es wird nicht davon ausgegangen, dass sich diese Effekte auf diesem Niveau dauerhaft halten könnten, insbesondere hinsichtlich der Überlandwerk Leinetal GmbH.

Der wesentliche Ertrag der Landkreis Hildesheim Holding gGmbH wird durch Dividendenzahlungen der Überlandwerk Leinetal GmbH und der Avacon AG generiert, beides sind Energieversorger. Daher ist aufgrund der angespannten globalen Lage wegen des Krieges in der Ukraine und der Energie-Krise in erhöhtem Maße mit negativen Auswirkungen hinsichtlich der Dividendenzahlungen zu rechnen.

Seitens der Windenergie Koppelberg GmbH & Co. KG erfolgte im Berichtsjahr eine Ausschüttung in Höhe von 6.342,80 Euro. Seitens der HG Energie Consult GmbH erfolgte eine Zahlung in Höhe von 45.000,00 Euro. Die Ausschüttung der Photovoltaik-Park Heinde Lechstedt GmbH & Co. KG betrug 20.000,00 €. Auch hier sind die hohen bzw. schwankenden Dividendenzahlungen auf die Auswirkungen der Energiepolitik zurückzuführen.

LAGEBERICHT

Landkreis Hildesheim Holding GmbH

Hildesheim

zum

31. Dezember 2023

Der wesentliche Ertrag der Landkreis Hildesheim Holding gGmbH wird somit durch Dividendenzahlungen der Energieversorgungsunternehmen Überlandwerk Leinetal GmbH und der Avacon AG generiert. Aufgrund der weiterhin teilweise angespannten globalen Lage wegen des immer noch andauernden Krieges in der Ukraine ist auch nach wie vor für die Zukunft mit möglichen negativen Auswirkungen hinsichtlich der Dividendenzahlungen zu rechnen. Auch nach wie vor ist zu bedenken, dass die staatlichen Regelungen, die für die momentan recht stabilen Dividendenzahlungen der Energieversorger gesorgt haben bzw. sorgen, auch in die andere Richtung wirken können. Abzuwarten bleibt auch, wie sich der stetig ansteigende Einsatz von erneuerbaren Energien, auch im privaten Sektor, auf die Energieversorgungsunternehmen auswirken wird. Es lassen sich daher nach wie vor keine exakten wirtschaftlichen Prognosen, gerade hinsichtlich der Entwicklung im Bereich der Energieversorgungsunternehmen, treffen.

Ab dem Berichtsjahr 2018 wurde auf damals aktuelle Entwicklungen hinsichtlich rückläufiger Dividendenzahlungen mit der Aushandlung einer Budgetvereinbarung mit der Volkshochschule Hildesheim gGmbH reagiert. Um die Landkreis Hildesheim Holding GmbH substanzerhaltend weiterzuführen, wurde die Bemessung des Budgets an die VHS gGmbH insoweit an die Gegebenheiten, namentlich die begrenzten und zum Teil schwankenden Einnahmen der Holding folgerichtig angepasst. Es erfolgte eine Begrenzung der Zuschusszahlungen der Holding an die Volkshochschule Hildesheim gGmbH auf 725.000,00 Euro, durch politische Beschlüsse zwischenzeitlich erheblich aufgeweicht.

LAGEBERICHT

Landkreis Hildesheim Holding GmbH

Hildesheim

zum

31. Dezember 2023

Im Zuge der Übernahmeverhandlungen und des eventuellen Erwerbs des Anteils des Hildesheimer Volkshochschule e.V. sowie als Auswirkung der kurzfristig abgewandten finanziellen Schieflage der VHS Hildesheim gGmbH in Folge der Corona-Pandemie, hatte der Kreistag des Landkreises Hildesheim beschlossen, eine neue Zuwendungsvereinbarung mit der VHS Hildesheim gGmbH abzuschließen. Aufgrund dieses Kreistagsbeschlusses sowie entsprechender Beschlüsse des Aufsichtsrates der Holding und des Landkreis Hildesheim als Gesellschafter der Landkreis Hildesheim Holding GmbH, wurde am 29.07.2021 diese neue Zuwendungsvereinbarung mit der Volkshochschule Hildesheim gGmbH rückwirkend zum 01.01.2021 abgeschlossen. Diese Vereinbarung galt auch im Berichtsjahr 2023. Kerninhalt dieser Vereinbarung ist, dass die Volkshochschule ihren Zuschussbedarf durch die Landkreis Hildesheim Holding GmbH im Wirtschaftsplan darlegt. Vorbehaltlich eines entsprechenden Beschlusses durch den Aufsichtsrat der VHS Hildesheim gGmbH hat dann die Landkreis Hildesheim Holding GmbH den dort dargestellten Betrag an die VHS Hildesheim gGmbH zu erstatten. Durch die Zuwendungsvereinbarung hat sich der Zuschuss, den die Landkreis Hildesheim Holding GmbH an die VHS Hildesheim gGmbH entrichtet, bereits im Jahr 2021 um 150.000,00 Euro erhöht. Dies ist der Betrag, den die VHS Hildesheim gGmbH als Zuschussbedarf für den zweiten Bildungsweg benötigt. Im Jahr 2022 sind zwei weitere Beträge in Höhe von 100.000,00 Euro für erweiterte Sprachkurse sowie 200.000,00 Euro für das Bildungsbüro der Volkshochschule dazugekommen. Insgesamt zahlt die Landkreis Hildesheim Holding GmbH derzeit jährlich einen Zuschuss von 1.175.000,00 Euro an die Volkshochschule Hildesheim gGmbH. Nach jetzigem Sachstand sind weitere Zuschusszahlungen, wie z.B. anfallende Miete für die Außenstelle in Sarstedt in Höhe von 42.372,00 Euro avisiert. Die Gesamtausgaben der Landkreis Hildesheim Holding GmbH überschreiten bereits ohne die im Raum stehende Übernahme der Miete für die Außenstelle in Sarstedt einschließlich der Steuerzahlungen die Einnahmen. Die Reduzierung des Jahresfehlbetrages ist im Wesentlichen auf die erhöhten Einnahmen aufgrund der Zahlungen der Beteiligungen an die Holding zurückzuführen.

LAGEBERICHT

Landkreis Hildesheim Holding GmbH

Hildesheim

zum

31. Dezember 2023

Der Aufsichtsrat der Landkreis Hildesheim Holding GmbH hatte das trotzdem weiterhin bestehende Missverhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben auch bereits innerhalb der letzten beiden Berichtsjahre erkannt und beabsichtigte über die politischen Gremien des Landkreises Hildesheim Maßnahmen einzuleiten, um wieder ein entsprechendes Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Zuschusszahlungen an die VHS Hildesheim gGmbH zu schaffen. Angestrebt wird auch weiterhin eine Umstrukturierung dahingehend, dass der Zuschuss, den die Landkreis Hildesheim Holding GmbH an die Volkshochschule Hildesheim gGmbH zahlt, so bemessen wird, dass die Zuschusszahlungen der Holding an die Volkshochschule Hildesheim gGmbH in Relation zu ihren Einnahmen stehen. Es sollte erreicht werden, dass eventuelle Defizite durch Einsparungen oder Übernahme der Zahlungen von evtl. neuen Mitgesellschaftern im Falle des Verkaufs des Anteils des Volkshochschule Hildesheim e.V., wie z.B. dem Landkreis Hildesheim, übernommen werden sollten. Seitens der politischen Gremien wurden dazu bereits Bestrebungen unternommen. Jedoch konnten diese aufgrund der sich bereits über einen Zeitraum von mehr als drei Jahren andauernden Verkaufsverhandlungen über den Erwerb des Anteils des Hildesheimer Volkshochschule e.V. an der Volkshochschule Hildesheim gGmbH nicht durchgesetzt werden.

Die Verhandlungen über den Verkauf des Gesellschafteranteils des Hildesheimer Volkshochschule e.V. an der Volkshochschule Hildesheim gGmbH erstrecken sich über die Berichtsjahre 2020 bis 2023 und das bisher vergangene Jahr 2024.

Die politischen Gremien des Landkreises Hildesheim strebten ursprünglich - vornehmlich aus steuerrechtlichen Gründen - die Übernahme des gesamten bisher durch den Volkshochschule Hildesheim e.V. gehaltenen Anteils an der Volkshochschule durch die Landkreis Hildesheim Holding GmbH an. Diese Lösung kam nicht zum Tragen. Die Variante der Übernahme von einigen Prozentpunkten des Anteils des Hildesheimer Volkshochschule e.V. wurde ebenfalls verworfen, da nach aktuellen Erkenntnissen möglicherweise damit zu rechnen war, dass in einem solchen Fall die steuerrechtlichen Probleme der Holding hinsichtlich der verdeckten Gewinnausschüttungen nicht hätten beseitigt werden können

Der Kreistag des Landkreises Hildesheim und der Rat der Stadt Hildesheim haben schließlich durch entsprechende gleichlautende Beschlüsse im vierten Quartal 2022 die jeweiligen Verwaltungen beauftragt, den 50%-igen Anteil der Volkshochschule Hildesheim e.V. an der Volkshochschule Hildesheim gGmbH in Höhe von 24% vom Landkreis Hildesheim und zu 26% von der Stadt Hildesheim zu erwerben. Zunächst erschien es realistisch, dass es zu einer Umsetzung dieser Beschlüsse kommt. Es wurde eine Übereinstimmung zwischen den Vertretern des Hildesheimer Volkshochschule e.V., der Stadt Hildesheim und dem Landkreis Hildesheim über den Inhalt der Verträge erzielt.

Anschließend wurde das Vertragswerk dem Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport zur Anzeige bzw. Genehmigung nach § 152 NkomVG vorgelegt.

Seitens des Ministeriums wurden Bedenken hinsichtlich der Gesetzeskonformität der vertraglichen Vereinbarungen geltend gemacht. Dies galt insbesondere für die nach Ansicht des Ministeriums in den Verträgen enthaltene Verpflichtung für den Landkreis Hildesheim zur Übernahme von Verlusten in unbestimmter oder unangemessener Höhe im Sinne von § 137 Abs. 1 Nr.4 NKomVG sowie das nicht gesicherte Letztentscheidungsrecht im Sinne von § 137 Abs. 1 Nr. 7 NKomVG.

Um die Bedenken des niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport auszuräumen, hätten entsprechende Änderungen im Vertragswerk vorgenommen werden müssen. Hierüber war zwischen Stadt und Landkreis Hildesheim keine Einigung zu erzielen. Daraus resultierend erging im Frühsommer 2024 die Entscheidung der Parteien, dass die Stadt Hildesheim keinen Anteil mehr an dem Gesellschafteranteil des Hildesheimer Volkshochschule e. V. an der Volkshochschule Hildesheim gGmbH erwerben wird. Stattdessen ist nunmehr geplant, dass der Landkreis Hildesheim den vollständigen Anteil des Vereins an der Volkshochschule in Höhe von 50 % erwirbt. Sofern dieses realisiert wird, sind dann die Landkreis Hildesheim Holding GmbH und der Landkreis Hildesheim jeweils zu 50 % Gesellschafter der Volkshochschule Hildesheim gGmbH.

Es liegen auch hier Entwürfe vor: Kauf- und Abtretungsvertrag, Gesellschaftsvertrag und Konsortialvertrag. Die Vertragsparteien haben sich bereits über den Abschluss dieser Verträge insgesamt geeinigt. Derzeit erfolgt die Ausarbeitung dieser Verträge im Detail. Die Bedenken des Ministeriums, insbesondere hinsichtlich der unbegrenzten Zuschussverpflichtung und das Letztentscheidungsrechts wurden in den Verträgen berücksichtigt.

Die angestrebten Konsortialvereinbarung legt fest, dass mit deren Vollzug die aktuell geltende Zuwendungsvereinbarung zwischen der Landkreis Hildesheim Holding GmbH und der Volkshochschule Hildesheim gGmbH ihre Gültigkeit verliert. Zudem soll die Regelung getroffen werden, dass der Volkshochschule Hildesheim gGmbH ein jährlicher Betriebskostenzuschuss in Höhe von insgesamt maximal 1.475.000 Euro sowie ein jährlicher Betrag in Höhe von 42.372,00 Euro für den anfallenden Mietzins für die Nutzung der Räume der Außenstelle in Sarstedt erstattet werden. Die Gesellschaft wird laut der Vereinbarung verpflichtet sein, ihre Tätigkeit dahingehend auszurichten, dass die Betriebskostenzuschüsse auskömmlich sind. Ferner ist festgelegt, dass, sofern darüber hinaus künftig zur Finanzierung der Gesellschaft ein höherer Finanzbedarf erforderlich sein sollte, der nur durch eine weitere Erhöhung der Betriebskostenzuschüsse der Gesellschafter gedeckt werden kann, sich die Gesellschafter hierzu, vorbehaltlich aller erforderlichen Gremienbeschlüsse der Gesellschafter Landkreis Hildesheim und Landkreis Hildesheim Holding GmbH, abstimmen werden.

Sofern die Hildesheimer Volkshochschule e.V. nicht mehr Gesellschafter der Volkshochschule gGmbH ist, sehen die vertraglichen Entwürfe außerdem vor, dass die Zuschusszahlungen der Hildesheimer Volkshochschule e.V. wegefallen

Laut den Regelungen in der Konsortialvereinbarung soll es den Gesellschaftern Landkreis Hildesheim und Landkreis Hildesheim Holding GmbH, freistehen, sich intern und gemeinschaftlich über die Zahlung des Zuschusses zu einigen.

Im Hinblick auf den Erwerb des Gesellschaftsanteils der Hildesheimer Volkshochschule e.V. an der Volkshochschule Hildesheim gGmbH durch den Landkreis Hildesheim ist im Haushaltsplan des Landkreises Hildesheim für das Jahr 2025 ein Zuschuss an die Volkshochschule Hildesheim gGmbH in Höhe von 300.000 Euro eingeplant, so dass zumindest davon auszugehen ist, dass der wegfallende Anteil des Hildesheimer Volkshochschule e.V. durch den Landkreis Hildesheim kompensiert wird.

Es wird weiterhin seitens der Geschäftsführung der Landkreis Hildesheim Holding GmbH davon ausgegangen, dass im Falle des Erwerbs des vollständigen Gesellschafteranteils des Vereins durch den Landkreis Hildesheim die politischen Gremien dafür Sorge tragen werden, dass der Zuschuss der Landkreis Holdinge GmbH an die Volkshochschule Hildesheim gGmbH so reguliert wird, dass die Landkreis Hildesheim Holding GmbH substanzerhaltend geführt werden kann und ihr keine wirtschaftliche Schieflage droht.

Die Volkshochschule Hildesheim gGmbH selbst war von den Auswirkungen der Corona-Pandemie erheblich betroffen und geriet zwischenzeitlich in finanzielle Schieflage. Die Volkshochschule musste auch noch im Berichtsjahr 2021 zeitweise Corona bedingt schließen und hatte erhebliche Einnahmeausfälle zu bewältigen. Die zwischenzeitlich im Berichtsjahr 2020 drohende Insolvenz konnte insbesondere durch Beitreibung ausstehender Forderungen und durch verstärkte Online-Angebote abgewendet werden. Letztere Maßnahmen, der Wegfall der Beschränkungen der Corona-Pandemie sowie staatliche Förderprogramme haben auch im Berichtsjahr 2023 wesentlich zur Verbesserung der Einnahmesituation der Volkshochschule beigetragen. Insgesamt ist für das Berichtsjahr 2023 festzustellen, dass die Volkshochschule Hildesheim gGmbH weiterhin auf einem guten Weg ist, sich von den Folgen der Corona Pandemie zu erholen.

Im Bereich Personal haben sich keine Änderungen ergeben. Es ist nach wie vor geplant, einen Prokuristen zu verpflichten, entsprechende Maßnahmen wurden eingeleitet, konnten aber auch im Berichtsjahr 2023 und auch im bisher vergangenen Berichtsjahr 2024 aufgrund von zuvor erforderlichen verwaltungsinternen Umstrukturierungen beim Landkreis Hildesheim auch nach wie vor nicht umgesetzt werden. Es ist aber davon auszugehen, dass eine Bestellung des Prokuristen im vierten Quartal 2024 tatsächlich erfolgen wird.

Wesentliche Investitionen wurden im Berichtsjahr nicht vorgenommen. Die Beteiligung "Windenergie Koppelberg GmbH & Co. KG" hat mit der Errichtung einer dritten Windkraftanlage begonnen. Es ist vorgesehen, dass diese spätestens im dritten Quartal 2025 in Betrieb genommen wird. Derzeit ist davon auszugehen, dass es zu keiner Kapitalnachschusspflicht für die Gesellschafter kommen wird.

Die Finanzierung der Geschäftstätigkeit wird voraussichtlich, zumindest kurz- bis mittelfristig, auch weiterhin ohne die Aufnahme von Fremdkapital möglich sein. Zwar ist zumindest auch weiterhin zum jetzigen Zeitpunkt noch aufgrund der aktuell geltenden Zuwendungsvereinbarung mit der Volkshochschule Hildesheim gGmbH von einer mittleren negativen Entwicklung auszugehen, aufgrund des aktuellen Sachstandes hinsichtlich des Erwerbs eines Anteils an der Volkshochschule Hildesheim gGmbH durch den Landkreis Hildesheim kann jedoch damit gerechnet werden, dass eine Regelung zwischen Landkreis Hildesheim und Landkreis Hildesheim Holding GmbH gefunden wird, um die Zuschusszahlungen der Landkreis Hildesheim Holding GmbH an die Volkshochschule Hildesheim gGmbH wieder zu reduzieren, damit sie in einem ausgewogenen Verhältnis zu ihren Einnahmen stehen. Nachdem in den vergangenen Jahren hinsichtlich eines möglichen Erwerbes des Anteils des Hildesheimer Volkshochschule e.V. an der Volksschule Hildesheim gGmbH mehrere Alternativen in Betracht gezogen wurden aber nicht realisiert werden konnten, bleibt nunmehr als letzte Möglichkeit die des vollständigen Erwerbs des Gesellschafteranteils des Vereins durch den Landkreis Hildesheim übrig. Es ist daher davon auszugehen, dass nunmehr diese Variante tatsächlich und endgültig - voraussichtlich noch im Jahr 2024 - zum Tragen kommen und damit dann anschließend mittelfristig eine finanzielle Stabilität für die Landkreis Hildesheim Holding GmbH eintreten wird.

2. Chancen und Risiken

Auch im aktuellen Berichtsjahr konnte das Problem, dass die Finanzverwaltung die Zuschusszahlungen an die Volkshochschule (VHS) Hildesheim gGmbH seit Bestehen der Landkreis Hildesheim Holding GmbH als verdeckte Gewinnausschüttung einstuft und daraus wesentliche Steuerzahlungen gegen die Landkreis Hildesheim Holding GmbH geltend macht, nicht abschließend geklärt werden. Hier ist die wichtigste Voraussetzung für eine mögliche Lösung, dass der geplante Verkauf des Anteils des Volkshochschule Hildesheim e.V. an eine juristische Person des öffentlichen Rechts erfolgt, namentlich die bereits genannte und aktuell geplante Anteilsübertragung auf den Landkreis Hildesheim.

LAGEBERICHT

Landkreis Hildesheim Holding GmbH

Hildesheim

zum

31. Dezember 2023

Zur Klärung wurden beim Finanzamt bereits mehrere Anträge auf Erteilung einer verbindlichen Auskunft gestellt. Hinsichtlich der aktuellen Konstellation des Erwerbs des Gesellschafteranteils durch den Landkreis Hildesheim findet derzeit eine Klärung mit dem zuständigen Finanzamt statt, ob und inwieweit das Finanzamt die Zuschusszahlungen der Landkreis Hildesheim Holding GmbH an die Volkshochschule Hildesheim gGmbH als verdeckte Gewinnausschüttungen wertet und daraus die steuerlichen Konsequenzen zieht, d.h. inwieweit seitens des Finanzamtes auf diese Zahlungen noch Steuern erhoben werden.

Im Weiteren ist ferner noch die erforderliche kommunalaufsichtliche Genehmigung des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport erforderlich, die aber erst beantragt werden kann, wenn die Gremien von Stadt und Landkreis Hildesheim über die vorliegenden Verträge abschließend entschieden haben.

Eine Entscheidung über die Einsprüche, die gegen sämtliche bisherige Steuerfestsetzungen seit 2005 eingelegt worden sind, ist nach wie vor durch die Finanzverwaltung nicht erfolgt. Im August 2020 hat das Finanzamt alle noch ausstehenden Steuerbescheide für die Jahre 2015 bis 2018 erlassen, sämtliche durch das Finanzamt festgesetzten Steuerzahlungen für die Jahre bis einschließlich 2018 wurden beglichen.

Die sich aus der Auffassung der Finanzverwaltung ergebenden steuerlichen Risiken sind bei der Aufstellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2023 vollständig berücksichtigt worden.

Wesentlich beeinflussen wird die finanzielle Lage der Landkreis Hildesheim Holding GmbH, wie bereits beschrieben, der weitere Umgang mit der im Jahr 2021 neu abgeschlossenen Zuwendungsvereinbarung mit der Volkshochschule Hildesheim gGmbH bzw. deren im Raum stehender Wegfall im Falle des Erwerbs des Gesellschafteranteils an der Volkshochschule Hildesheim gGmbH durch den Landkreis Hildesheim. Auch die dann in diesem Fall notwendige Regelung der Zahlungsverpflichtungen der Holding gegenüber der Volkshochschule gGmbH hat entscheidenden Einfluss auf die finanzielle Stabilität der Landkreis Hildesheim Holding GmbH.

Sollten seitens der politischen Gremien des Landkreises nach rechtskräftigem Erwerb des Anteils an der Volkshochschule Hildesheim gGmbH Hildesheim, wie beabsichtigt, entsprechende Maßnahmen veranlasst werden, um die Zuschusszahlungen der Holding an die Volkshochschule zu reduzieren, z.B. durch die Übernahme eines Teils der Zuschussverpflichtung an die Volkshochschule gGmbH, kann dies positive Auswirkungen auf die Liquidität und Substanz der Landkreis Hildesheim Holding GmbH haben. Sofern dieser Fall nicht eintritt, wären die Auswirkungen negativ. Ein Anfang ist bereits erkennbar durch die Bereitstellung der Mittel in Höhe von 300.000 Euro als Zuschusszahlung an die Volksschule Hildesheim gGmbH durch den Landkreis Hildesheim als Ersatz für den wegfallenden Anteil des Hildesheimer Volkshochschule e.V. in gleicher Höhe.

Weiterhin ist auch zu berücksichtigen, dass die Höhe der Zuschusszahlungen Folgen für die Steuerlast der Holding hat, solang das Finanzamt diese Zahlungen als verdeckte Gewinnausschüttungen einstuft. Durch die Erhöhung der Zuschusszahlungen der Holding an die Volkshochschule hat sich dementsprechend auch die Steuerlast erhöht.

Sofern die Realisation des Anteilserwerbs an der Hildesheimer Volkshochschules gGmbH durch den Landkreis Hildesheim tatsächlich erfolgt, sehen die derzeitigen Vertragsentwürfe vor, dass dann ebenfalls keine Zahlungen des Hildesheimer Volkshochschule e.V. mehr an die Volkshochschule Hildesheim gGmbH erfolgen. Bisher zahlte der Verein jährlich einen Betrag in Höhe von 300.000,00 € an die Volkshochschule gGmbH. Dieser wird nunmehr, wie bereits ausgeführt, voraussichtlich und vorbehaltlich des noch ausstehenden Beschlusses des Kreistages, durch den Landkreis Hildesheim kompensiert werden. An einer Beschlussfassung bestehen keine Zweifel.

Dieser Aspekt würde sich positiv auf die finanzielle Situation der Landkreis Hildesheim Holding GmbH auswirken.

Abzuwarten bleibt auch, ob und inwieweit das Finanzamt durch die Änderung der Gesellschafterstruktur die Zuschusszahlungen der Landkreis Hildesheim Holding Gmbh an die Volkshochschule Hildesheim gGmbH als verdeckte Gewinnausschüttungen wertet und daraus die steuerlichen Konsequenzen zieht, d.h. inwieweit seitens des Finanzamtes auf diese Zahlungen noch Steuern erhoben werden und in welcher Höhe dadurch Einsparungen für die Landkreis Hildesheim Holding GmbH erzielt werden können. Bestenfalls wäre das in vollem Umfang der Fall. Jedoch muss auch damit gerechnet werden, dass das Finanzamt nur teilweise nicht mehr die steuerlichen Folgen einer verdeckten Gewinnausschüttung zieht oder gar bei seiner Auffassung bleibt und insoweit keine oder nur verringerte Steuererleichterungen für die Holding eintreten. Sofern das der Fall sein sollte, wäre auch ein solches Ergebnis bei der Kalkulation der Einnahmen und Ausgaben der Landkreis Hildesheim Holding GmbH zu beachten.

Darüber hinaus bleibt abzuwarten, welche Maßnahmen seitens der politischen Gremien über die Übernahme der wegfallenden Zuschusszahlungen des Hildesheimer Volkshochschule e.V. in Höhe von 300.000 € hinaus unternommen werden, um die dauerhafte finanzielle Stabilität der Landkreis Hildesheim Holding GmbH zu gewährleisten. Nach Erwerb des Anteils des Hildesheimer Volkshochschule e.V. hätte der Landkreis Hildesheim alle Möglichkeiten, die notwendigen Maßnahmen in die Wege zu leiten. Es wird davon ausgegangen, dass dieses auch realisiert wird, da seitens der Politik die Lage der Landkreis Hildesheim Holding GmbH erkannt wurde.

Unabhängig davon ist zu beachten, dass die Wirkung eines evtl. Wegfalls der streitbefangenen Steuerzahlungen der Holding erst ab dem Zeitpunkt der Änderung der Beteiligungsverhältnisse eintreten würde. Von einer rückwirkenden Erstattung der gezahlten in Rede stehenden Steuern ist nicht auszugehen.

Sollte sich wider Erwarten die Klärung hinsichtlich der dauerhaften finanziellen Stabilisierung der Holding noch über einen weiteren längeren Zeitraum erstrecken, könnte zumindest kurz- und mittelfristig eine möglicherweise drohende finanzielle Schieflage abgewendet werden, in dem der Landkreis Hildesheim die Forderung in Höhe von 2.348.668,83 Euro, die ihm gegenüber seitens der Holding besteht, ausgleicht und damit zumindest für diesen Zeitraum die Liquidität der Landkreis Hildesheim Holding GmbH sichert.

LAGEBERICHT

Landkreis Hildesheim Holding GmbH

Hildesheim

zum

31. Dezember 2023

Zusammenfassend ist festzustellen, dass nach wie vor das Ziel, die dauerhafte finanzielle Stabilität der Holding zu sichern, zwar noch nicht erreicht, aber ein gutes Stück näher gerückt ist. Insbesondere wäre im Falle des Erwerbs des Gesellschafteranteils des Hildesheimer Volkshochschule e.V. durch den Landkreis Hildesheim ein großer Schritt in diese Richtung getan. Es wird davon ausgegangen, dass dieser Erwerb zu Stande kommt. Dies wird sich möglicherweise noch positiver auf die Landkreis Hildesheim Holding GmbH auswirken, als der ursprünglich geplante Erwerb durch Stadt und Landkreis Hildesheim. Trotzdem ist auch unter diesen Vorzeichen der vollständige Abschluss des Verfahrens abzuwarten, insbesondere, ob seitens der Politik die weiteren notwendigen Schritte eingeleitet werden. Das Ergebnis des Berichtsjahres 2023, namentlich das Defizit in Höhe von 47.493,05 Euro, verdeutlicht noch einmal, dass dringender Handlungsbedarf angezeigt ist. Aufgrund der geschilderten Situation kann die Landkreis Hildesheim Holding GmbH aber vorsichtig optimistisch in die Zukunft blicken. Es wird davon ausgegangen, dass sich die politischen Gremien des Landkreises Hildesheim sich ihrer Verantwortung für den Landkreis Hildesheim als alleiniger Gesellschafter der Landkreis Hildesheim Holding GmbH und damit mittelbar als alleiniger Gesellschafter der Volkshochschule Hildesheim gGmbH bewusst sind und entsprechend handeln werden.

Aber auch unter Berücksichtigung dieses Aspekts bleibt eine vollständige und abschließende Risikoabwägung insgesamt aufgrund der zuvor beschriebenen Vorgänge weiterhin nicht gänzlich möglich. Das Risiko von Ertragsrückgängen aufgrund geringerer Dividendenzahlungen der Energieversorgungsunternehmen - insbesondere bedingt durch die globale Lage aufgrund des Krieges in der Ukraine, aber auch im Hinblick auf die erneuerbaren Energien – ist kurz- bis mittelfristig nicht sicher absehbar. Hinsichtlich der Verringerung der Zuschusszahlungen und der Verringerung der Steuerlast befindet sich der Prozess für die Herstellung der finanziellen Stabilität der Landkreis Hildesheim Holding GmbH auf einem guten Weg. Dieser Weg ist jedoch konsequent fortzusetzen, sonst sind negative finanzielle Folgen für die Landkreis Hildesheim Holding GmbH wahrscheinlich.

Weitere Risiken sind nicht bekannt.

Hildesheim, den 11. Oktober 2024

.....
Kerstin Zingler
Landkreis Hildesheim Holding GmbH

Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten des Jahresabschlusses

Landkreis Hildesheim Holding GmbH
Halten von Beteiligungen

Hildesheim

zum

31. Dezember 2023

Aufgliederungen der Posten der Bilanz zum 31. Dezember 2023

A. Anlagevermögen

Das Anlagevermögen ist zu Anschaffungskosten bewertet. Für die Abnutzung werden planmäßige Abschreibungen verrechnet. Außerplanmäßige Abschreibungen waren nicht erforderlich.

Der Ausweis betrifft geringwertige Anlagegüter.

I. Sachanlagen

1. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung **Euro 0,00**
(31.12.2022: Euro 0,00)

AHK zum 1. Januar 2023		Euro	249,00
= AHK zum 31. Dezember 2023		Euro	249,00
- kumulierte Abschreibungen		Euro	249,00
Buchwert zum 31. Dezember 2023		**Euro**	**0,00**
Abschreibungen im Geschäftsjahr		Euro	0,00

Der Ausweis betrifft geringwerte Anlagegüter. (Vorjahre).

	31.12.2023 Euro	31.12.2022 Euro
Geringwertige Wirtschaftsgüter	0,00	0,00
	0,00	0,00

Summe Sachanlagen **Euro 0,00**
(31.12.2022: Euro 0,00)

Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten des Jahresabschlusses

Landkreis Hildesheim Holding GmbH
Halten von Beteiligungen

Hildesheim

zum

31. Dezember 2023

II. Finanzanlagen

1.	**Beteiligungen**		**Euro**	**2.011.872,30**
		(31.12.2022:	Euro	2.011.872,30)

Der Posten hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

AHK zum 1. Januar 2023	Euro	2.011.872,30
= AHK zum 31. Dezember 2023	Euro	2.011.872,30
Buchwert zum 31. Dezember 2023	**Euro**	**2.011.872,30**
Abschreibungen im Geschäftsjahr	Euro	0,00

Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten des Jahresabschlusses

Landkreis Hildesheim Holding GmbH
Halten von Beteiligungen

Hildesheim

zum

31. Dezember 2023

Die Gesellschaft verfügt über nachfolgende Beteiligungen:

	31.12.2023 Euro	31.12.2022 Euro
Überlandwerk Leinetal GmbH	1.450.409,80	1.450.409,80
Volkshochschule (VHS) Hildesheim gGmbH	275.000,00	275.000,00
Photovoltaik-Park Heinde/Lechstedt Verwaltungsgesellschaft mbH	3.125,00	3.125,00
Photovoltaik-Park Heinde/Lechstedt GmbH & Co. KG	200.000,00	200.000,00
Windenergie Koppelberg Verwaltungs GmbH	2.087,50	2.087,50
Windenergie Koppelberg GmbH & Co. KG	6.250,00	6.250,00
HG ENERGIE CONSULT GmbH	0,00	0,00
Sonstige Atypische stille Beteiligungen	75.000,00	75.000,00
	2.011.872,30	2.011.872,30

Die Landkreis Hildesheim Holding GmbH hält 26 % des Stammkapitals von 2.560.000 Euro der Überlandwerk Leinetal GmbH.

Weiterhin hält die Holding GmbH 50 % des Stammkapitals von 50.000 Euro der Volkshochschule (VHS) Hildesheim gGmbH, welche in 2005 gegründet wurde. Die Anschaffungskosten der Beteiligung betrugen 125.000 Euro. In 2017 wurde ein Betrag von 150.000 Euro in die Kapitalrücklage dieser Gesellschaft eingezahlt.

In 2010 hinzugekommen sind eine Beteiligung an der in 2010 gegründeten Photovoltaik-Park Heinde/Lechstedt Verwaltungs GmbH in Höhe von 25 % des Stammkapitals im Nennwert von 25.000 Euro, welches zu 50 % eingefordert und eingezahlt ist, sowie eine Kommanditbeteiligung in Höhe von 200.000 Euro, entsprechend 15,6 % der Kapitalanteile, an der ebenfalls in 2010 gegründeten Photovoltaik-Park Heinde/Lechstedt GmbH & Co. KG.

Aufgliederungen und Erläuterungen
der Posten des Jahresabschlusses

Landkreis Hildesheim Holding GmbH
Halten von Beteiligungen

Hildesheim

zum

31. Dezember 2023

Im Jahr 2015 hat die Gesellschaft eine Beteiligung an der in 2014 gegründeten Windenergie Koppelberg Verwaltungs GmbH in Höhe von 16,67 % des Stammkapitals im Nennwert von 25.050 Euro, welches zu 50 % eingefordert und eingezahlt ist, sowie eine Kommanditbeteiligung in Höhe von 125.000 Euro, entsprechend 16,67 % der Kapitalanteile, an der Windenergie Koppelberg GmbH & Co. KG, die in 2014 durch formwechselnde Umwandlung der in 2012 gegründeten Windenergie Koppelberg GmbH entstanden ist, erworben.
In 2018 wurde von der geleisteten Kommanditeinlage an der Windenergie Koppelberg GmbH & Co. KG ein Betrag von 60.000 Euro und in 2021 in Höhe von 31.250,00 Euro sowie in 2022 33.750,00 Euro zurückgewährt, so dass sich der Beteiligungsbuchwert jeweils entsprechend minderte.
Das Kommanditkapital der Windenergie Koppelberg GmbH & Co. KG ist in 2020 erhöht worden, die Gesellschaft hat keine weiteren Kommanditanteile gezeichnet. Die Beteiligungsquote an der Windenergie Koppelberg GmbH & Co. KG ist somit auf 15,71 % gesunken.

Im Jahr 2016 hat die Gesellschaft eine atypisch stille Beteiligung mit der HG ENERGIE CONSULT GmbH in Höhe von 75.000 Euro begründet.

2. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

		Euro	**250.000,00**
(31.12.2022:	Euro	250.000,00)

Die Gesellschaft hat der Windenergie Koppelberg GmbH & Co. KG ein Darlehen in Höhe von 250.000 Euro gewährt. Gemäß Darlehensvertrag vom 25. August/03. September 2015 wird das Darlehen mit 2% verzinst. Tilgungsvereinbarungen wurden in der Weise getroffen, dass eine Rückführung erst nach Erfüllung sämtlicher Verbindlichkeiten der Windenergie Koppelberg GmbH & Co. KG gegenüber Banken und Dritten erfolgen kann. Hierzu wurde gegenüber der DZ Bank AG, Frankfurt, eine Rangrücktrittsvereinbarung getroffen, nach der die Gesellschaft aus der Darlehensvereinbarung mit allen Ansprüchen im Rang zurücktritt und sich verpflichtet, die Darlehensmittel dort zu belassen, bis sämtliche Forderungen der DZ Bank vollständig erfüllt sind.

Aufgliederungen und Erläuterungen
der Posten des Jahresabschlusses

Landkreis Hildesheim Holding GmbH
Halten von Beteiligungen

Hildesheim

zum

31. Dezember 2023

Der Posten hat sich in der Bruttodarstellung im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

AHK zum 1. Januar 2023	Euro	250.000,00
= AHK zum 31. Dezember 2023	Euro	250.000,00
Buchwert zum 31. Dezember 2023	**Euro**	**250.000,00**
Abschreibungen im Geschäftsjahr	Euro	0,00

3. Wertpapiere des Anlagevermögens

	Euro	**2.663.830,70**
(31.12.2022:	Euro	2.663.830,70)

Es zeigt sich folgende Postenentwicklung:

AHK zum 1. Januar 2023	Euro	2.663.830,70
= AHK zum 31. Dezember 2023	Euro	2.663.830,70
Buchwert zum 31. Dezember 2023	**Euro**	**2.663.830,70**
Abschreibungen im Geschäftsjahr	Euro	0,00

Die Berichtsfirma hält 0,77 % von 144.783.652 Stückaktien der Avacon AG.

Aufgliederungen und Erläuterungen
der Posten des Jahresabschlusses

Landkreis Hildesheim Holding GmbH
Halten von Beteiligungen

Hildesheim

zum

31. Dezember 2023

Summe Finanzanlagen		**Euro**	**4.925.703,00**
	(31.12.2022:	Euro	4.925.703,00)
Summe Anlagevermögen		**Euro**	**4.925.703,00**
	(31.12.2022:	Euro	4.925.703,00)

B. Umlaufvermögen

I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

1. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

		Euro	**1.929,50**
	(31.12.2022:	Euro	3.208,67)

Die Forderung betrifft die Abrechnung der Betriebskostenzuschüsse für 2023 mit der Volkshochschule (VHS) Hildesheim gGmbH.

Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten des Jahresabschlusses

Landkreis Hildesheim Holding GmbH
Halten von Beteiligungen

Hildesheim

zum

31. Dezember 2023

---

2. sonstige Vermögensgegenstände **Euro 3.283.190,62**
(31.12.2022: Euro 2.906.024,26)

- davon gegen Gesellschafter
Euro 2.348.668,83
(Euro 2.163.030,42)

	31.12.2023 Euro	31.12.2022 Euro
Forderungen Landkreis Hildesheim aus Kapitalertragsteuer	2.348.668,83	2.163.030,42
Kapitalertragsteuer und Soldaritäts-zuschlag 2012	11.113,44	11.113,44
Körperschaftsteuer und Solidaritäts-zuschlag 2012	11.113,74	11.113,74
Körperschaftsteuer und Solidaritäts-zuschlag 2019	93.018,29	93.018,29
Körperschaftsteuer und Solidaritäts-zuschlag 2020	200.646,23	200.646,23
Körperschaftsteuer und Solidaritäts-zuschlag 2021	245.605,05	245.605,05
Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag 2022	148.784,54	148.784,54
Gewerbesteuer 2012	10.802,00	10.802,00
Körperschaftseuer und Solidaritätszuschlag 2023	198.070,97	0,00
Zinsen auf Steuerforderungen	15.367,53	21.910,55
	3.283.190,62	2.906.024,26

Die Forderung an den Gesellschafter, den Landkreis Hildesheim, resultiert daraus, dass Zuschusszahlungen an die VHS nach Auffassung der Finanzverwaltung verdeckte Gewinnausschüttungen darstellen und auf diese Einkünfte Kapitalertragsteuer und Solidaritätszuschlag erhobe werden.

Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten des Jahresabschlusses

Landkreis Hildesheim Holding GmbH
Halten von Beteiligungen

Hildesheim

zum

31. Dezember 2023

Die Forderung zur Kapitalertragsteuer und zum Solidaritätszuschlag 2012 resultiert aus einer Festsetzung des Finanzamtes aus 2020. Der von der Finanzverwaltung angesetzte Betrag erscheint um den Forderungsbetrag zu hoch.

Die Steuererstattungen, die ermittelt wurden unter Berücksichtigung der Auffassung der Finanzverwaltung, dass es sich bei den Zuschusszahlungen an die VHS um verdeckte Gewinnausschüttungen handelt, betreffen Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag 2019 bis 2023 sowie Gewerbesteuer 2012 und Erstattungszinsen 2012.

II. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks **Euro 1.073.505,38**

(31.12.2022: Euro 1.364.862,89)

	31.12.2023 Euro	31.12.2022 Euro
Sparkasse Hildesheim Goslar Peine		
# 846 510	195.791,39	488.692,21
Volksbank Hildesheimer Börde eG		
# 11 2270 308	877.713,99	876.170,68
	1.073.505,38	1.364.862,89

C. Rechnungsabgrenzungsposten **Euro 97.916,67**

(31.12.2022: Euro 0,00)

	31.12.2023 Euro	31.12.2022 Euro
VHS, Betriebskostenzuschuss Januar 2024	97.916,67	0,00
	97.916,67	0,00

Summe Aktiva **Euro 9.382.245,17**

(31.12.2022: Euro 9.199.798,82)

Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten des Jahresabschlusses

Landkreis Hildesheim Holding GmbH
Halten von Beteiligungen

Hildesheim

zum

31. Dezember 2023

A. Eigenkapital

I. Gezeichnetes Kapital

		Euro	**25.500,00**
	(31.12.2022:	Euro	25.500,00)

Das gezeichnete Kapital stimmt mit dem im Handelsregister eingetragenen Betrag überein. Gesellschafter ist der Landkreis Hildesheim.

II. Kapitalrücklage

		Euro	**4.281.098,10**
	(31.12.2022:	Euro	4.281.098,10)

III. Gewinnvortrag

		Euro	**4.148.824,70**
	(31.12.2022:	Euro	4.301.811,05)

	31.12.2023 Euro	31.12.2022 Euro
Stand am 1. Januar	4.301.811,05	3.969.948,32
Jahresergebnis des Vorjahres	-152.986,35	331.862,73
	4.148.824,70	4.301.811,05

IV. Jahresfehlbetrag

		Euro	**-47.493,05**
	(31.12.2022:	Euro	-152.986,35)

Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten des Jahresabschlusses

Landkreis Hildesheim Holding GmbH
Halten von Beteiligungen

Hildesheim

zum

31. Dezember 2023

B. Rückstellungen

1. Steuerrückstellungen

Euro 213.998,68
(31.12.2022: Euro 166.749,48)

	31.12.2023 Euro	31.12.2022 Euro
Gewerbesteuer 2019	44.462,00	44.462,00
Gewerbesteuer 2020	42.306,00	42.306,00
Gewerbesteuer 2021	36.608,00	36.608,00
Gewerbesteuer 2022	42.183,00	42.183,00
Gewerbesteuer 2023	45.523,00	0,00
Zinsen zur GewSt.-Nz (ab 2019)	2.916,68	1.190,48
	213.998,68	166.749,48

Die Höhe der Steuerrückstellungen berücksichtigt die vertretene Auffassung des Finanzamts, dass die Zuschusszahlungen an die Volkshochschule (VHS) Hildesheim gGmbH verdeckte Gewinnausschüttungen darstellen. Die Gesellschaft vertritt weiterhin die Rechtsauffassung, dass die Zuschusszahlungen auch steuerlich als abziehbare Betriebsausgaben zu behandeln sind. Entsprechende Rechtsbehelfe sind anhängig.

Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten des Jahresabschlusses

Landkreis Hildesheim Holding GmbH
Halten von Beteiligungen

Hildesheim

zum

31. Dezember 2023

---

2. sonstige Rückstellungen **Euro 757.183,10**
(31.12.2022: Euro 570.544,69)

	31.12.2023 Euro	31.12.2022 Euro
Kapitalertragsteuer und Solidaritäts-zuschlag	736.683,10	551.044,69
Rückstellung Jahresabschlusskosten	20.500,00	19.500,00
	757.183,10	570.544,69

Die **Rückstellung für Kapitalertragsteuer und Solidaritätszuschlag** betrifft im Berichtsjahr die Jahre 2019 bis 2023. Hinsichtlich der Jahre 2012 bis 2018 sind im Vorjahr entsprechende Veranlagungen erfolgt und die Steuer ist abgeführt worden. Die Rückstellung berücksichtigt die Auffassung des Finanzamts, dass die Zuschusszahlungen an die Volkshochschule (VHS) Hildesheim gGmbH verdeckte Gewinnausschüttungen darstellen.

Die **Jahresabschlusskostenrückstellung** ist in Höhe der voraussichtlichen Kosten der Erstellung des Jahresabschlusses und der Steuererklärungen sowie der Jahresabschlussprüfung 2023 gebildet.

Aufgliederungen und Erläuterungen
der Posten des Jahresabschlusses

Landkreis Hildesheim Holding GmbH
Halten von Beteiligungen

Hildesheim

zum

31. Dezember 2023

C. Verbindlichkeiten

1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen **Euro 599,58**
(31.12.2022: Euro 4.547,79)

- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 599,58 (Euro 4.547,79)

Der Ausweis betrifft vornehmlich Beratungsleistungen sowie Kosten der Veröffentlichung (eBanz).

2. sonstige Verbindlichkeiten **Euro 2.534,06**
(31.12.2022: Euro 2.534,06)

- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 2.534,06 (Euro 2.534,06)

Der Ausweis betrifft IHK-Beiträge (Vorjahre).

Summe Passiva **Euro 9.382.245,17**
(31.12.2022: Euro 9.199.798,82)

Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten des Jahresabschlusses

Landkreis Hildesheim Holding GmbH
Halten von Beteiligungen

Hildesheim

zum

31. Dezember 2023

Aufgliederungen der Posten der Gewinn- und Verlustrechnung für 2023

1. sonstige betriebliche Erträge

a) Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen **Euro 0,00**
(31.12.2022: Euro 32,00)

2. sonstige betriebliche Aufwendungen

a) Versicherungen, Beiträge und Abgaben **Euro 1.127,43**
(31.12.2022: Euro 1.127,43)

Ausgewiesen ist der IHK-Beitrag 2023.

b) Werbe- und Reisekosten **Euro 93,58**
(31.12.2022: Euro 122,75)

	31.12.2023 Euro	31.12.2022 Euro
Aufmerksamkeiten	43,58	82,75
Reisekosten	50,00	40,00
	93,58	122,75

Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten des Jahresabschlusses

Landkreis Hildesheim Holding GmbH
Halten von Beteiligungen

Hildesheim

zum

31. Dezember 2023

---

c) verschiedene betriebliche Kosten **Euro 1.198.046,70**
(31.12.2022: Euro 1.209.357,99)

	31.12.2023 Euro	31.12.2022 Euro
Zuschüsse Volkshochschule gGmbH	1.173.070,54	1.171.791,35
Bürobedarf	0,00	42,30
Rechts- und Beratungskosten	1.332,80	13.935,49
Abschluss- und Prüfungskosten	22.168,61	20.427,42
Sonstiger Betriebsbedarf (Entsch. Heinde)	1.000,00	1.000,00
Nebenkosten des Geldverkehrs	314,75	2.001,43
Aufsichtsratsvergütungen	160,00	160,00
	1.198.046,70	1.209.357,99

3. Erträge aus Beteiligungen **Euro 461.342,80**
(31.12.2022: Euro 388.053,51)

	31.12.2023 Euro	31.12.2022 Euro
Ausschüttung Überlandwerk Leinetal GmbH	390.000,00	312.000,00
Gewinnanteile aus Personengesellschaften	71.342,80	76.053,51
	461.342,80	388.053,51

Bei den Gewinnanteilen aus Personengesellschaften handelt es sich um Ausschüttungen von der Photovoltaik-Park Heinde/Lechstedt GmbH & Co. KG in Höhe von 20.000,00 Euro und von der Windenergie Koppelberg GmbH & Co. KG in Höhe von 6.342,80 Euro. Daneben sind hier Erträge aus der stillen Gesellschaft an der HG ENERGIE CONSULT GmbH in Höhe von insgesamt 45.000,00 Euro ausgewiesen.

Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten des Jahresabschlusses

Landkreis Hildesheim Holding GmbH
Halten von Beteiligungen

Hildesheim

zum

31. Dezember 2023

---

4. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens **Euro 1.013.411,95**

(31.12.2022: Euro 1.013.411,95)

	31.12.2023 Euro	31.12.2022 Euro
Dividende Avacon AG	1.008.411,95	1.008.411,95
Zinsen Darlehen Windenergie Koppelberg GmbH & Co. KG	5.000,00	5.000,00
	1.013.411,95	1.013.411,95

5. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge **Euro 5.982,16**

(31.12.2022: Euro 9.371,95)

Es handelt sich um Zinserträge nach § 233a AO.

6. Zinsen und ähnliche Aufwendungen **Euro 1.726,20**

(31.12.2022: Euro 1.190,48)

Die Zinsaufwendungen betrafen im Vorjahr Zinsen nach § 233a AO.

Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten des Jahresabschlusses

Landkreis Hildesheim Holding GmbH
Halten von Beteiligungen

Hildesheim

zum

31. Dezember 2023

---

7. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag **Euro 327.236,05**
(31.12.2022: Euro 352.057,11)

	31.12.2023 Euro	31.12.2022 Euro
Körperschaftsteuer	-187.745,00	-141.028,00
Solidaritätszuschlag	-10.325,97	-7.756,54
Kapitalertragsteuer	350.127,04	330.102,99
Solidaritätszuschlag auf Kapitalertragsteuer	19.256,98	18.155,66
Gewerbesteuer	155.923,00	152.583,00
	327.236,05	352.057,11

8. Ergebnis nach Steuern **Euro -47.493,05**
(31.12.2022: Euro -152.986,35)

9. Jahresfehlbetrag **Euro 47.493,05**
(31.12.2022: Euro 152.986,35)

Der Gesellschafterversammlung wird vorgeschlagen, den Jahresfehlbetrag nach Verrechnung mit dem Gewinnvortrag auf neue Rechnung vorzutragen.

Rechtliche Verhältnisse

Landkreis Hildesheim Holding GmbH

Hildesheim

zum

31. Dezember 2023

Rechtliche Verhältnisse

Gesellschaftsrechtliche Verhältnisse

Firma:	Landkreis Hildesheim Holding GmbH
Sitz:	Hildesheim
Rechtsform:	GmbH
Gesellschaftsvertrag:	Fassung vom 21. Januar 2005 mit Änderung vom 26. August 2005
Anschrift:	Marie-Wagenknecht-Straße 3 31134 Hildesheim
Registereintrag:	Handelsregister
Registergericht:	Hildesheim
Register-Nr.:	HRB 3635
Dauer der Gesellschaft:	auf unbeschränkte Zeit
Gegenstand des Unternehmens:	Halten von Beteiligungen
Geschäftsjahr:	1. Januar bis 31. Dezember
Gezeichnetes Kapital:	Euro 25.500,00
Gesellschafter:	Landkreis Hildesheim (100 %)
Geschäftsführung:	Frau Kerstin Zingler, Kreisamtsrätin

Rechtliche Verhältnisse

Landkreis Hildesheim Holding GmbH

Hildesheim

zum

31. Dezember 2023

Aufsichtsrat:

Herr Bernd Lynack (Vorsitzender)
Frau Antonia Hillberg (bis 14.03.2024)
Frau Christel Brede
Herr Dr. Holger Schütte
Herr Klaus Rosemann
Herr Justus Lüder
Herr Marvin Hauk (ab 14.03.2024)
Der Aufsichtsrat tagte im Berichtsjahr am
03.09.2023 und am 11.12.2023

Wirtschaftliche Verhältnisse

Landkreis Hildesheim Holding GmbH

Hildesheim

zum

31. Dezember 2023

Wirtschaftliche Verhältnisse

Beteiligungen

Die Landkreis Hildesheim Holding GmbH ist beteiligt an der Überlandwerk Leinetal GmbH. Sie hält am Bilanzstichtag 26 % = 665.600 Euro des Stammkapitals von 2.560.000 Euro.

Daneben ist die Berichtsfirma beteiligt an der Volkshochschule (VHS) Hildesheim gGmbH. Sie hält am Bilanzstichtag 50 % des Stammkapitals von 50.000 Euro.

Ferner bestehen eine Beteiligung an der Photovoltaik-Park Heinde/Lechstedt Verwaltungs GmbH in Höhe von 25 % des Stammkapitals von 25.000 Euro sowie eine Kommanditbeteiligung in Höhe von 200.000 Euro, entsprechend 15,6 % der Kapitalanteile von 1.285.000 Euro, an der Photovoltaik-Park Heinde/Lechstedt GmbH & Co. KG.

Im Jahr 2015 hat die Gesellschaft eine Beteiligung an der in 2014 gegründeten Windenergie Koppelberg Verwaltungs GmbH in Höhe von 4.175 Euro, entsprechend 16,67 % des Stammkapitals von 25.050 Euro, sowie eine Kommanditbeteiligung in Höhe von 125.000 Euro entsprechend 16,67 % der Kapitalanteile, an der Windenergie Koppelberg GmbH & Co. KG erworben, die durch Umwandlung im Wege des Formwechsels der in 2012 gegründeten Windenergie Koppelberg GmbH entstanden ist (Beschluss vom 11. August 2014).
In 2018 wurde von der Kommanditbeteiligung ein Betrag von 60.000 Euro und in 2021 von 31.250 Euro sowie in 2022 von 33.750 Euro zurückgewährt, so dass sich der Beteiligungsbuchwert entsprechend verminderte. Im Jahr 2020 hat bei der Windenergie Koppelberg GmbH & Co. KG eine Erhöhung des Kommanditkapitals um 50.000 Euro stattgefunden, an der die Holding GmbH nicht beteiligt war. Die Beteiligungsquote ist hierdurch auf 15,71 % gesunken.

Mit Vertrag vom 13. Oktober 2016 ist eine atypische stille Gesellschaft mit der HG ENERGIE CONSULT GmbH errichtet. Die Einlage der Berichtsfirma beträgt 75.000 Euro.

Die HG ENERGIE CONSULT GmbH, Kirchlinteln, ist alleinige Komplementärin der BWR Evensen GmbH & Co. KG (BWR) mit einer Komplementäreinlage von 285.000 Euro. Gegenstand der Kommanditgesellschaft ist der Betrieb eines Bürgerwindrades.

Der Ergebnisbeteiligung der stillen Gesellschafterin (Berichtsfirma) wird das im handelsrechtlichen Jahresabschluss der HG ENERGIE CONSULT GmbH ausgewiesene Ergebnis an der BWR zugrunde gelegt. Von diesem Ergebnis erhält der stille Gesellschafter einen Anteil von 26,32 %.

Ausleihungen

Die Gesellschaft hat aufgrund einer Verpflichtung im Zuge des Anteilserwerbs an der Windenergie Koppelberg GmbH & Co. KG dieser ein Darlehen in Höhe von 250.000 Euro gewährt. Gemäß Darlehensvertrag vom 25. August/03. September 2015 wird das Darlehen mit 2 % verzinst. Eine Rückzahlung kann erst erfolgen, wenn die Darlehensnehmerin ihre Verbindlichkeiten gegenüber Banken und Dritten erfüllt hat.

Mit Darlehensbelassungs- und Rangrücktrittsvereinbarung vom 18./29. September 2015 zwischen der Berichtsfirma und der Windenergie Koppelberg GmbH, die gemäß Beschluss vom 11. August 2014 im Wege des Formwechsels umgewandelt ist in Windenergie Koppelberg GmbH & Co. KG, tritt die Landkreis Hildesheim Holding GmbH mit ihren bestehenden, zukünftigen und bedingten Forderungen aus der vorgenannten Darlehensvereinbarung nebst allen daran haftenden Rechten gegenüber der Darlehensnehmerin, auf welchem Rechtsgrund sie auch beruhen, hinter sämtlichen gegenwärtigen, künftigen und bedingten Ansprüchen aus der bankmäßigen Geschäftsverbindung mit der DZ BANK AG, Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank, Frankfurt am Main oder mit in- und ausländischen Geschäftsstellen der DZ Bank, gegen die Darlehensnehmerin im Rang zurück.

Wertpapiere des Anlagevermögens

Die Berichtsfirma hält am Bilanzstichtag Anteile an der Avacon AG in Höhe von 0,77 % = 1.108.145 von insgesamt 144.783.652 Stückaktien bei einem gezeichneten Kapital von 357.616.000 Euro.

Steuerliche Verhältnisse

Landkreis Hildesheim Holding GmbH

Hildesheim

zum

31. Dezember 2023

Steuerliche Verhältnisse

Die Landkreis Hildesheim Holding GmbH wird beim Finanzamt Hildesheim-Alfeld unter der Steuernummer 30/210/07300 geführt. Die Veranlagungen zur Körperschaftsteuer sind für 2005 und 2006 unter dem Vorbehalt der Nachprüfung durchgeführt.

Die Bescheide über den Gewerbesteuermessbetrag für 2005 bis 2009 sowie über Körperschaftsteuer für 2007 bis 2009 sind endgültig ergangen; es wurden Rechtsbehelfe eingelegt.

Die Veranlagungen zur Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer 2010 bis 2014 sind unter dem Vorbehalt der Nachprüfung durchgeführt. Die Veranlagungen der Jahre 2015, 2016, 2017 und 2018 sind im August 2020 unter dem Vorbehalt der Nachprüfung erfolgt. Auch hier sind entsprechende Einspruchsverfahren eingeleitet.

Veranlagungen ab 2019 sind bisher nicht erfolgt. Zur Klärung der wichtigen Sachfrage (verdeckte Gewinnausschüttung an die VHS gGmbH) wurde 2022 eine verbindliche Auskunft des zuständigen Finanzamts eingeholt. Die daraus resultierenden Gestaltungsüberlegungen sind eingeleitet worden, konnten jedoch bis zum Ende des Geschäftsjahres 2023 noch nicht abgeschlossen werden.

Feststellungen im Rahmen der Prüfung nach § 53 HGrG

Landkreis Hildesheim Holding GmbH

Hildesheim

zum

31. Dezember 2023

Feststellungen im Rahmen der Prüfung nach § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz

Fragenkreis 1 : Tätigkeit von Überwachungsorganen und Geschäftsleitung sowie individualisierte Offenlegung der Organbezüge

a) Gibt es Geschäftsordnungen für die Organe und einen Geschäftsverteilungsplan für die Geschäftsleitung sowie ggf. für die Konzernleitung? Gibt es darüber hinaus schriftliche Weisungen des Überwachungsorgans zur Organisation für die Geschäfts- sowie ggf. für die Konzernleitung (Geschäftsanweisung)? Entsprechen diese Regelungen den Bedürfnissen des Unternehmens bzw. des Konzerns?

Die Tätigkeiten des Aufsichtsrats und der Geschäftsführung sind geregelt in den Geschäftsordnungen für den Aufsichtsrat sowie für die Geschäftsführung. Die Aufgabenverteilung ergibt sich aus § 8 des Gesellschaftsvertrags. Die sachgerechte Einbindung des Überwachungsorgans in die Entscheidungsprozesse ist im Wesentlichen durch regelmäßig stattfindende Aufsichtsratssitzungen mit entsprechender Berichterstattung des Geschäftsführers gegeben. Über besondere Vorkommnisse unterrichtet der Geschäftsführer den Aufsichtsratsvorsitzenden ggf. zeitnah.

b) Wie viele Sitzungen der Organe und ihrer Ausschüsse haben stattgefunden, und wurden Niederschriften hierüber erstellt?

Im Berichtsjahr fanden drei Gesellschafterversammlungen sowie zwei Aufsichtsratssitzungen statt. Es wurden jeweils Niederschriften erstellt. Nach den Regelungen des Gesellschaftsvertrages der Gesellschaft sollte der Aufsichtsrat mindestens halbjährlich tagen.

c) In welchen Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i.S.d. § 125 Abs. 1 Satz 5 des AktG sind die einzelnen Mitglieder der Geschäftsleitung tätig?

Die Geschäftsführerin ist Aufsichtsratsmitglied bei der Betriebsgesellschaft Jugendeinrichtungen gGmbH. Außerdem besteht ein beratendes Mandat im Aufsichtsrat der Theater für Niedersachsen GmbH und eine stellvertretende Mitgliedschaft im Verbandsausschuss Zweckverband Abfallwirtschaft Hildesheim.

d) Wird die Vergütung der Organmitglieder (Geschäftsleitung, Überwachungsorgan) individualisiert im Anhang des Jahresabschlusses/Konzernabschlusses aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung ausgewiesen? Falls nein, wie wird dies begründet?

Im Wirtschaftjahr 2023 ist keine Vergütung für die Geschäftsführungstätigkeit geleistet worden. Der Aufsichtsrat erhält nur eine Auslagenerstattung.

<u>Fragenkreis 2:</u> Aufbau- und ablauforganisatorische Grundlagen

a) Gibt es einen den Bedürfnissen des Unternehmens entsprechenden Organisationsplan, aus dem Organisationsaufbau, Arbeitsbereiche und Zuständigkeiten/Weisungsbefugnisse ersichtlich sind? Erfolgt dessen regelmäßige Überprüfung?

Entsprechende Regelungen enthalten der Gesellschaftsvertrag sowie die Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

b) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass nicht nach dem Organisationsplan verfahren wird?

Nach unseren Feststellungen wird den Regelungen entsprechend verfahren.

c) Hat die Geschäftsleitung Vorkehrungen zur Korruptionsprävention ergriffen und dokumentiert?

Das Tätigkeitsspektrum der Gesellschaft ist nicht sehr korruptionsanfällig. Zustimmungsregelungen zu wesentlichen Rechtsgeschäften ergeben sich aus der Geschäftsordnung für die Geschäftsführung. Die eingerichteten Kontrollmechnismen decken das Risiko nach unserer Einschätzung ausreichend ab.

d) Gibt es geeignete Richtlinien bzw. Arbeitsanweisungen für wesentliche Entscheidungsprozesse (insbesondere Auftragsvergabe und Auftragsabwicklung, Personalwesen, Kreditaufnahme und -gewährung)? Haben sich Anhaltpunkte ergeben, dass diese nicht eingehalten werden?

Wesentliche schriftliche Arbeitsanweisungen sind aufgrund der Tatsache, dass neben der Geschäftsführerin kein Personal beschäftigt ist, nicht erforderlich. Die Regelungen im Gesellschaftsvertrag und in der Geschäftsordnung erscheinen ausreichend. Die bestehenden Regelungen werden nach unserer Erkenntnis eingehalten, Hinweise auf Verstöße haben sich nicht ergeben.

e) Besteht eine ordnungsmäßige Dokumentation von Verträgen (z. B. Grundstücksverwaltung, EDV)?

Die Verträge werden ordnungsgemäß verwaltet und gepflegt.

<u>Fragenkreis 3:</u> Planungswesen, Rechnungswesen, Informationssystem und Controlling

a) Entspricht das Planungswesen - auch im Hinblick auf Planungshorizont und Fortschreibung der Daten sowie auf sachliche und zeitliche Zusammenhänge von Projekten - den Bedürfnissen des Unternehmens?

In einem Wirtschaftsplan wird die Erfolgsentwicklung des laufenden und des folgenden Jahres dargelegt. Das Planungswesen entspricht den Bedürfnissen der Gesellschaft.

b) Werden Planabweichungen systematisch untersucht?

Das geplante Volumen im Bereich der Aufwendungen wurde im Wesentlichen eingehalten. Deshalb bedurfte es keiner systematischen Untersuchung der Planabweichungen. Hinsichtlich der Erträge ist eine Planbarkeit nur bedingt möglich, da die Erträge im Wesentlichen vom Ausschüttungsverhalten der Beteiligungsunternehmen abhängen. Der Geschäftsführer holt im Vorfeld der Erstellung des Wirtschaftsplanes hierzu verfügbare Informationen ein und berücksichtigt diese entsprechend bei der Planung.

c) Entspricht das Rechnungswesen einschließlich der Kostenrechnung der Größe und den besonderen Anforderungen des Unternehmens?

Das Rechnungswesen entspricht den Erfordernissen der Gesellschaft. Aufgrund der geringen Komplexität der Landkreis Hildesheim Holding GmbH ist auch das Rechnungswesen vom Umfang her entsprechend angepasst.

d) Besteht ein funktionierendes Finanzmanagement, welches u. a. eine laufende Liquiditätskontrolle und eine Kreditüberwachung gewährleistet?

Die regelmäßige Liquiditätskontrolle ist durch die Geschäftsführung gegeben. Die Liquiditätsplanung ist Teil des Wirtschaftsplanes.

e) Gehört zu dem Finanzmanagement auch ein zentrales Cash-Management, und haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die hierfür geltenden Regelungen nicht eingehalten worden sind?

Die Liquiditätssteuerung wird von der Geschäftsführerin wahrgenommen, die für den ordnungsgemäßen Ablauf des Zahlungsverkehrs zuständig ist. Es haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, dass hierfür geltende Regelungen nicht eingehalten wurden.

f) Ist sichergestellt, dass Entgelte vollständig und zeitnah in Rechnung ge- stellt werden? Ist durch das bestehende Mahnwesen gewährleistet, dass ausstehende Forderungen zeitnah und effektiv eingezogen werden?

Entgelte werden von der Gesellschaft nicht in Rechnung gestellt. Die Erträge resultieren nahezu ausschließlich aus den gehaltenen Finanzanlagen.

g) Entspricht das Controlling den Anforderungen des Unternehmens/Konzerns und umfasst es alle wesentlichen Unternehmens-/Konzernbereiche?

Aufgrund des geringen Umfangs der Geschäftstätigkeit und der Tatsache, dass außer der Geschäftsführerin kein Personal beschäftigt ist, ist der Einsatz von Controllinginstrumenten auf ein angemessenes Maß reduziert. Verschiedene Geschäftsbereiche sind nicht eingerichtet. Die Maßnahmen erscheinen sinnvoll.

h) Ermöglicht das Rechnungs- und Berichtswesen eine Steuerung und/oder Überwachung der Tochterunternehmen und der Unternehmen, an denen eine wesentliche Beteiligung besteht?

Die Gesellschaft verfügt nicht über entsprechende Unternehmensbeteiligungen. Das Berichtswesen ermöglicht eine Überwachung der Tätigkeiten der Unternehmen, an denen eine wesentliche Beteiligung besteht. Tochterunternehmen bestehen nicht.

<u>Fragenkreis 4:</u> Risikofrüherkennungssystem

a) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung nach Art und Umfang Frühwarnsignale definiert und Maßnahmen ergriffen, mit deren Hilfe bestandsgefährdende Risiken rechtzeitig erkannt werden können?

Die Prüfung ergab, dass Entwicklungen, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden könnten, frühzeitig erkannt werden können. Dazu trägt auch die überschaubare Größe des Unternehmens bei. Ein formalisiertes Risikomanagementsystem ist nicht eingerichtet und auch nicht erforderlich.

b) Reichen diese Maßnahmen aus und sind sie geeignet, ihren Zweck zu erfüllen? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Maßnahmen nicht durchgeführt werden?

Die getroffenen Maßnahmen sind geeignet und hinreichend.

c) Sind diese Maßnahmen ausreichend dokumentiert?

Eine Dokumentation besteht im Wesentlichen in den Informationen, die von der Geschäftsführung an den Aufsichtsrat gegeben werden. Dieser wird über entsprechende Warnsignale zeitnah informiert.

d) Werden die Frühwarnsignale und Maßnahmen kontinuierlich und systematisch mit dem aktuellen Geschäftsumfeld sowie mit den Geschäftsprozessen und Funktionen abgestimmt und angepasst?

Eine kontinuierliche und systematische Abstimmung der Frühwarnsignale und Maßnahmen mit den aktuellen Geschäftsprozessen und Funktionen wird durch die Geschäftsführerin gewährleistet. Eine fallweise Information der Mitglieder des Aufsichtsrates wird vorgenommen, sofern dies erforderlich erscheint.

Feststellungen im Rahmen der Prüfung nach § 53 HGrG

Landkreis Hildesheim Holding GmbH

Hildesheim

zum

31. Dezember 2023

<u>Fragenkreis 5:</u> Finanzinstrumente, andere Termingeschäfte, Optionen und Derivate

a) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung den Geschäftsumfang zum Einsatz von Finanz- instrumenten sowie von anderen Termingeschäften, Optionen und Derivaten schriftlich festgelegt?

Dazu gehört:

- **Welche Produkte/Instrumente dürfen eingesetzt werden?**
- **Mit welchen Partnern dürfen die Produkte/Instrumente bis zu welchen Beträgen eingesetzt werden?**
- **Wie werden die Bewertungseinheiten definiert und dokumentiert, und in welchem Umfang dürfen offene Posten entstehen?**
- **Sind die Hedge-Strategien beschrieben, z.B. ob bestimmte Strategien ausschließlich zulässig sind bzw. bestimmte Strategien nicht durchgeführt werden dürfen (z.B. antizipatives Hedging)?**

Finanzinstrumente, andere Termingeschäfte, Optionen und Derivate werden bei der Gesellschaft nicht eingesetzt. Daher sind hierauf gerichtete Regelungen nicht erforderlich.

b) Werden Derivate zu anderen Zwecken eingesetzt als zur Optimierung von Kreditkonditionen und zur Risikobegrenzung?

Siehe hierzu Punkt a).

c) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung ein dem Geschäftsumfang entsprechendes Instrumentarium zur Verfügung gestellt, insbesondere in Bezug auf:

- **Erfassung der Geschäfte?**
- **Beurteilung der Geschäfte zum Zweck der Risikoanalyse?**
- **Bewertung der Geschäfte zum Zweck der Rechnungslegung?**
- **Kontrolle der Geschäfte?**

Siehe hierzu Punkt a).

d) Gibt es eine Erfolgskontrolle für nicht der Risikoabsicherung (Hedging) dienende Derivatgeschäfte, und werden Konsequenzen auf Grund der Risikoentwicklung gezogen?

Siehe hierzu Punkt a).

e) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung angemessene Arbeitsanweisungen erlassen?

Siehe hierzu Punkt a).

f) Ist die unterjährige Unterrichtung der Geschäfts-/Konzernleitung im Hinblick auf die offenen Positionen, die Risikolage und die ggf. zu bildenden Vorsorgen geregelt?

Siehe hierzu Punkt a).

<u>Fragenkreis 6:</u> Interne Revision

a) Gibt es eine den Bedürfnissen des Unternehmens/Konzerns entsprechende Interne Revision/Konzernrevision? Besteht diese als eigenständige Stelle, oder wird diese Funktion durch eine andere Stelle (ggf. welche?) wahrgenommen?

Die Gesellschaft hat wegen des Umfangs ihres Geschäftsvolumens keine institutionalisierte interne Revision. Dem Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Hildesheim steht ein Prüfungsrecht hinsichtlich der Belange der Gesellschaft gesellschaftsvertraglich zu. Nach erteilten Auskünften hat das Rechnungsprüfungsamt den Jahresabschluss der Gesellschaft einer umfassenden Durchsicht unterzogen. Darüber hinaus wurden im Berichtsjahr Prüfungen nicht vorgenommen.

b) Wie ist die Anbindung der Internen Revision/Konzernrevision im Unternehmen/Konzern? Besteht bei ihrer Tätigkeit die Gefahr von Interessenkonflikten?

Das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Hildesheim ist nicht in die Organisationsstruktur der Gesellschaft eingebunden. Die Gefahr von Interessenkonflikten ist von daher nicht erkennbar.

c) Welches waren die wesentlichen Tätigkeitsschwerpunkte der Internen Revision/Konzernrevision im Geschäftsjahr? Wurde auch geprüft, ob wesentliche miteinander unvereinbare Funktionen (z. B. Trennung von Anweisung und Vollzug) organisatorisch getrennt sind? Wann hat die Interne Revision das letzte Mal über Korruptionsprävention berichtet? Liegen hierüber schriftliche Revisionsberichte vor?

Neben der kritischen Durchsicht des Jahresabschlusses hat das Rechnungsprüfungsamt im Berichtsjahr keine Prüfungstätigkeiten entfaltet.

d) Hat die Interne Revision ihre Prüfungsschwerpunkte mit dem Abschlussprüfer abgestimmt?

Prüfungsschwerpunkte sind mit dem Abschlussprüfer nicht abgestimmt worden.

e) Hat die interne Revision/Konzernrevision bemerkenswerte Mängel aufgedeckt, und um welche handelt es sich?

Es wurden im Berichtsjahr keine Prüfungshandlungen durch das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Hildesheim durchgeführt.

f) Welche Konsequenzen werden aus den Feststellungen und Empfehlungen der Internen Revision/Konzernrevision gezogen, und wie kontrolliert die Interne Revision/Konzernrevision die Umsetzung ihrer Empfehlungen?

Es wurden keine Empfehlungen des Rechnungsprüfungsamtes ausgesprochen.

<u>Fragenkreis 7:</u> Übereinstimmung der Rechtsgeschäfte und Maßnahmen mit Gesetz, Satzung, Geschäftsverordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans

a) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass vorherige Zustimmung des Überwachungsorgans zu zustimmungspflichtigen Rechtsgeschäften und Maßnahmen nicht eingeholt worden ist?

Es haben sich keine Anzeichen dafür ergeben, dass die vorherige Zustimmung zu zustimmungspflichtigen Rechtsgeschäften nicht eingeholt wurde.

b) Wurde vor der Kreditgewährung an Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans die Zustimmung des Überwachungsorgans eingeholt?

Derartige Kreditgewährungen existieren nicht.

c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass an Stelle zustimmungsbedürftiger Maßnahmen ähnliche, aber nicht zustimmungsbedürftig behandelte Maßnahmen vorgenommen worden sind (z. B. Zerlegung in Teilmaßnahmen)?

Ein solches Vorgehen ist nicht erkennbar. Entsprechende Umgehungen sind nicht vorgenommen worden.

d) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Geschäfte und Maßnahmen nicht mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans übereinstimmen?

Es sind keine Gesichtspunkte bekannt geworden, die auf Verstöße gegen Gesetz, Geschäftsordnung, Beschlüsse oder Gesellschaftsvertrag schließen lassen.

<u>Fragenkreis 8:</u> Durchführung von Investitionen

a) Werden Investitionen (in Sachanlagen, Beteiligungen, sonstige Finanzanlagen, immaterielle Anlagewerte und Vorräte) angemessen geplant und vor Realisierung auf Rentabilität/Wirtschaftlichkeit, Finanzierbarkeit und Risiken geprüft?

Investitionen werden in angemessener Weise geplant und realisiert. Für wesentliche Investitionen werden in der Regel die Zustimmungen zuvor im Rahmen der Genehmigung des Wirtschaftsplanes durch die Gesellschafterversammlung und den Aufsichtsrat eingeholt. Im Berichtsjahr sind im Investitionsbereich keine Maßnahmen getätigt worden, die einer entsprechenden Zustimmung bedurften.

b) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Unterlagen/Erhebungen zur Preisermittlung nicht ausreichend waren, um ein Urteil über die Angemessenheit des Preises zu ermöglichen (z. B. bei Erwerb bzw. Veräußerung von Grundstücken oder Beteiligungen)?

Es haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, dass die Unterlagen/Erhebungen zur Preisermittlung nicht ausreichend waren. Generell erfolgt im Vorfeld größerer Investitionen eine sorgfältige Planung. Im Berichtsjahr wurden keine Investitionen getätigt.

c) Werden Durchführung, Budgetierung und Veränderungen von Investitionen laufend überwacht und Abweichungen untersucht?

Im Falle größerer Investitionen ist eine entsprechende laufende Überwachung der Maßnahme vorgesehen. Für die Gesellschaft ist dies aufgrund der Beschränkung der Tätigkeiten auf das Holdinggeschäft mangels Realisierung entsprechender Projekte gegenwärtig nicht erforderlich. Im Berichtsjahr sind keine Investitionen realisiert worden.

d) Haben sich bei abgeschlossenen Investitionen wesentliche Überschreitungen ergeben? Wenn ja, in welcher Höhe und aus welchen Gründen?

Überschreitungen haben sich nicht ergeben.

e) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass Leasing- oder vergleichbare Verträge nach Ausschöpfung der Kreditlinien abgeschlossen wurden?

Dahingehende Anhaltspunkte haben sich nicht ergeben. Die Gesellschaft ist gegenwärtig nicht auf Kreditlinien angewiesen.

<u>Fragenkreis 9:</u> Vergaberegelungen

a) Haben sich Anhaltspunkte für eindeutige Verstöße gegen Vergaberegelungen (z.B. VOB, VOL, VOF, Eu-Regelungen ergeben?

Es wurden keine Geschäfte vorgenommen, die Vergaberegelungen unterliegen.

b) Werden für Geschäfte, die nicht den Vergaberegelungen unterliegen, Konkurrenzangebote (z.B. auch für Kapitalaufnahmen und Geldanlagen) eingeholt?

Konkurrenzangebote sind in der Vergangenheit bei Geldanlagen eingeholt worden. Im Berichtsjahr erfolgte eine Anlage als Tagesgeld zu aktuellen Konditionen. In anderen Bereichen waren keine Geschäfte gegeben, für die Konkurrenzangebote erforderlich gewesen wären.

Feststellungen im Rahmen der Prüfung nach § 53 HGrG

Landkreis Hildesheim Holding GmbH

Hildesheim

zum

31. Dezember 2023

<u>Fragenkreis 10:</u> Berichterstattung an das Überwachungsorgan

a) Wird dem Überwachungsorgan regelmäßig Bericht erstattet?

Wesentliche Punkte der Informationen sind die steuerliche Situation hinsichtlich durch die Finanzverwaltung behaupteter verdeckter Gewinnausschüttungen, die geplante Umstrukturierung im Gesellschafterbestand der Volkshochschule Hildesheim gGmbH sowie der Umfang und Rahmen der finanziellen Unterstützung dieser Gesellschaft, sowie die Bestellung eines Prokuristen. Es wurde über den Wirtschaftsplan und den Jahreabschluss des Vorjahres unterrichtet. Darüber hinaus sind mir keine Informationsanforderungen durch den Aufsichtsrat bekannt geworden.

b) Vermitteln die Berichte einen zutreffenden Einblick in die wirtschaftliche Lage des Unternehmens/Konzerns und in die wichtigsten Unternehmens-/Konzernbereiche?

Die Berichte vermitteln nach unserer Einschätzung einen zutreffenden Einblick in die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft.

c) Wurde das Überwachungsorgan über wesentliche Vorgänge angemessen und zeitnah unterrichtet? Liegen insbesondere ungewöhnliche, risikoreiche oder nicht ordnungsgemäß abgewickelte Geschäftsvorfälle sowie erkennbare Fehldispositionen oder wesentliche Unterlassungen vor und wurde hierüber berichtet?

Die Informationen sind dem Aufsichtsrat zeitnah zugegangen. Ungewöhnliche bzw. risikoreiche oder nicht ordnungsgemäß abgewickelte Geschäfte oder erkennbare Fehldispositionen haben wir im Rahmen unserer Prüfung darüber hinausgehend nicht festgestellt.

d) Zu welchen Themen hat die Geschäfts-/Konzernleitung dem Überwachungsorgan auf dessen besonderen Wunsch berichtet (§ 90 Abs. 3 AktG)?

Wesentliche Punkte der Informationen sind die steuerliche Situation hinsichtlich durch die Finanzverwaltung behaupteter verdeckter Gewinnausschüttungen und die geplante Umstrukturierung im Gesellschafterbestand der Volkshochschule Hildesheim gGmbH. Darüber hinaus sind keine Informationsanforderungen durch den Aufsichtsrat bekannt geworden.

e) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Berichterstattung (z.B. nach § 90 AktG oder unternehmensinternen Vorschriften) nicht in allen Fällen ausreichend war?

Wir habe keine Feststellungen getroffen, dass die Informationen des Aufsichtsrates unvollständig oder nicht ausreichend war.

f) Gibt es eine D&O-Versicherung? Wurde ein angemessener Selbstbehalt vereinbart? Wurden Inhalt und Konditionen der D&O-Versicherung mit dem Überwachungsorgan erörtert?

Eine solche Versicherung ist nicht abgeschlossen worden.

g) Sofern Interessenkonflikte der Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans gemeldet wurden, ist dies unverzüglich dem Überwachungsorgan offengelegt worden?

Derartige Konflikte sind nicht gemeldet worden.

<u>Fragenkreis 11:</u> Ungewöhnliche Bilanzposten und stille Reserven

a) Besteht in wesentlichem Umfang offenkundig nicht betriebsnotwendiges Vermögen?

Entsprechendes nicht betriebsnotwendiges Vermögen wurde bei der Prüfung nicht festgestellt.

b) Sind Bestände auffallend hoch oder niedrig?

Die Gesellschaft verfügt nicht über Vorratsvermögen. Auffallend hohe oder geringe Bestände wurde deshalb nicht festgestellt.

c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Vermögenslage durch im Vergleich zu den bilanziellen Werten erheblich höhere oder niedrigere Verkehrswerte der Vermögensgegenstände wesentlich beeinflusst wird?

In den Beteiligungen der Gesellschaft sind zum Teil erhebliche stille Reserven vorhanden, die aufgrund des geltenden Anschaffungskostenprinzips bilanziell nicht gezeigt werden dürfen. Damit dürfte sich die tatsächliche Vermögenslage der Gesellschaft besser darstellen, als dies bilanziell ablesbar ist. Stille Lasten haben wir im Rahmen der Prüfung nicht festgestellt.

Feststellungen im Rahmen der Prüfung nach § 53 HGrG

Landkreis Hildesheim Holding GmbH

Hildesheim

zum

31. Dezember 2023

<u>Fragenkreis 12:</u> Finanzierung

a) Wie setzt sich die Kapitalstruktur nach internen und externen Finanzierungsquellen zusammen? Wie sollen die am Abschlussstichtag bestehenden wesentlichen Investitionsverpflichtungen finanziert werden?

Die Gesellschaft ist im Wesentlichen durch ihr Eigenkapital finanziert, welches zu einem Gutteil durch die Gesellschafterin zugeführt worden ist. Fremdkapital besteht nahezu ausschließlich in den Rückstellungen. Das vorhandene Anlagevermögen ist durch das Eigenkapital gedeckt. Am Abschlussstichtag bestehende Investitionsverpflichtungen sind nicht ersichtlich.

b) Wie ist die Finanzlage des Unternehmens zu beurteilen?

Wesentliche Aufnahmen von Fremdkapital sind nicht gegeben. Die Finanzierung erfolgt durch das vorhandene Eigenkapital.

c) In welchem Umfang hat das Unternehmen Finanz-/Fördermittel einschließlich Garantien der öffentlichen Hand erhalten? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die damit verbundenen Verpflichtungen und Auflagen des Mittelgebers nicht beachtet wurden?

Die Gesellschaft hat im Berichtsjahr keine derartigen Mittel erhalten.

<u>Fragenkreis 13:</u> Eigenkapitalausstattung und Gewinnverwendung

a) Bestehen Finanzierungsprobleme auf Grund einer evtl. zu niedrigeren Eigenkapitalausstattung?

Die Eigenkapitalquote ist als sehr gut zu bezeichnen. Finanzierungsprobleme sind nicht ersichtlich.

b) Ist der Gewinnverwendungsvorschlag (Ausschüttungspolitik, Rücklagenbildung) mit der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens vereinbar?

Der in der Gesellschafterversammlung vom 12. Dezember 2023 gefasste Beschluss, den Jahrefehlbetrag 2022 mit dem Gewinnvortrag zu verrechnen und diesen auf neue Rechnung vorzutragen, ist mit der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens vereinbar. Hinsichtlich des Jahresfehlbetrages 2023 wird der Gesellschafterversammlung die Verrechnung mit dem Gewinnvortrag und anschließenden Vortrag auf neue Rechnung vorgeschlagen. Auch dies ist angemessen.

Feststellungen im Rahmen der Prüfung nach § 53 HGrG

Landkreis Hildesheim Holding GmbH

Hildesheim

zum

31. Dezember 2023

<u>Fragenkreis 14:</u> Rentabilität/Wirtschaftlichkeit

a) Wie setzt sich das Betriebsergebnis des Unternehmens/Konzerns nach Segmenten/Konzernunternehmen zusammen?

Die Gesellschaft ist lediglich in einer Holdingfunktion tätig. Auf diese entfällt das Unternehmensergebnis. Weitere Segmente bestehen nicht.

b) Ist das Jahresergebnis entscheidend von einmaligen Vorgängen geprägt?

Die Ertragslage wird wesentlich durch die Erträge aus Ausschüttungen der Beteiligungsunternehmen und der Zuschüsse an die Volkshochschule (VHS) Hildesheim gGmbH beeinflusst. Vorgänge mit einmaligem Charakter hatten keine Auswirkungen auf das Ergebnis.

c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass wesentliche Kredit- oder andere Leistungsbeziehungen zwischen Konzerngesellschaften bzw. mit den Gesellschaftern eindeutig zu unangemessenen Konditionen vorgenommen werden?

Die Gesellschaft ist zu 50% Anteilseigenerin der Volkshochschule Hildesheim (VHS) gGmbH. Unter dem 29.7.2021 hat die Gesellschaft mit der VHS eine Finanzierungsvereinbarung geschlossen, die ab 01.04.2022 ergänzt wurde. Diese trat rückwirkend zum Beginn des Jahres 2021 in Kraft. Darin verpflichtet sich die Landkreis Hildesheim Holding GmbH der Volkshochschule Hildesheim (VHS) gGmbH einen jährlichen Betriebskostenzuschuss nach Maßgabe des Wirtschaftsplanes und entsprechender Beschlussfassung des Aufsichtsrates unter Beibehaltung der derzeitigen Angebote, Leistungen und Standorte zu gewähren. In 2023 beliefen sich die Gesamtaufwendungen aus diesen Vereinbarungen auf 1.173 TEuro.

d) Wurde die Konzessionsabgabe steuer- und preisrechtlich erwirtschaftet?

Eine Konzessionsabgabe ist nicht zu leisten.

Feststellungen im Rahmen der Prüfung nach § 53 HGrG

Landkreis Hildesheim Holding GmbH

Hildesheim

zum

31. Dezember 2023

<u>Fragenkreis 15:</u> Verlust bringende Geschäfte und ihre Ursachen

a) Gab es Verlust bringende Geschäfte, die für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren, und was waren die Ursachen der Verluste?

Im Berichtsjahr konnte die Gesellschaft trotz guter Ausschüttungserträge keinen Jahresüberschuss ausweisen, da der wesentliche Aufwandsposten der Gesellschaft (Zuschüssen an die Volkshochschule Hildesheim gGmbH) im Vorjahresvergleich unverändert hoch liegt (1.173 TEuro). Daneben sind auch die Belastungen mit Steuern vom Einkommen und vom Ertrag als namhafter Aufwandsposten anzusehen.

b) Wurden Maßnahmen zeitnah ergriffen, um die Verluste zu begrenzen, und um welche Maßnahmen handelt es sich?

Im Berichtsjahr wurde erneut ein Jahresfehlbetrag ausgewiesen. Die Vereinbarungen mit der Volkshochschule Hildesheim gGmbH wurden im Jahr 2021 neu abgeschlossen und in 2022 ergänzt. Nunmehr wird die Höhe der Zuschussbeträge nach dem genehmigten Wirtschaftsplan der Volkshochschule ausgerichtet. Für 2023 ergab sich ein Zuschussbetrag von 1.173 TEUR (2022: 1.172 TEuro). Dies bedeutet eine deutliche Zunahme der Zuschüsse im Vergleich zu Jahren vor 2022. Es handelt sich um den wesentlichen Aufwandsposten der Gesellschaft. Für die Geschäftsführung werden keine Vergütungen geleistet.

<u>Die Fragenkreis 16:</u> Ursachen des Jahresfehlbetrages und Maßnahmen zur Verbesserung der Ertragslage

a) Was sind die Ursachen des Jahresfehlbetrages?

Wir verweisen auf die Ausführung unter Fragenkreis 15a) und b).

b) Welche Maßnahmen wurden eingeleitet bzw. sind beabsichtigt, um die Ertragslage des Unternehmens zu verbessern?

Die Höhe der Ausschüttungserträge liegt weitgehend außerhalb des Einflusses der Geschäftsführung. Ziel ist es hingegen, die Zuschusszahlungen an die Volkshochschule Hildesheim gGmbH im Einflussbereich zu behalten sowie durch vertragliche Neugestaltungen die Problematik der verdeckten Gewinnausschüttungen einer Lösung zuzuführen . Im Übrigen wird in der gesamten Geschäftstätigkeit mit entsprechendem Kostenbewusstsein gehandelt.

Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

Bericht
über die Prüfung

des Jahresabschlusses
zum 31. Dezember 2023

und des Lageberichts
für das Geschäftsjahr 2023

der

Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH

Bad Salzdetfurth

KRAUSE & KOLLEGEN
Wirtschaftsprüfer · Steuerberater

Maybachstraße 4 · 31135 Hildesheim · Telefon +49 5121 17880 · www.krause-kollegen.com

---

Inhaltsverzeichnis

1. Prüfungsauftrag 1

2. Grundsätzliche Feststellungen 3

2.1 Lage des Unternehmens 3
2.1.1 Stellungnahme zur Lagebeurteilung der gesetzlichen Vertreter 3
2.1.2 Entwicklungsbeeinträchtigende oder bestandsgefährdende Tatsachen 5
2.2 Unregelmäßigkeiten 6

3. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung 7

3.1 Gegenstand der Prüfung 7
3.2 Art und Umfang der Prüfungsdurchführung 7

4. Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung 11

4.1 Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung 11
4.1.1 Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen 11
4.1.2 Jahresabschluss 12
4.1.3 Lagebericht 12
4.2 Gesamtaussage des Jahresabschlusses 12
4.2.1 Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses 12
4.2.2 Bewertungsgrundlagen 13
4.2.3 Sachverhaltsgestaltende Maßnahmen 15
4.2.4 Aufgliederungen und Erläuterungen 15
4.3 Vermögens-, Finanz- und Ertragslage 17
4.3.1 Vermögenslage und Kapitalstruktur 17
4.3.2 Finanzlage 22
4.3.3 Ertragslage 26

5. Wirtschaftsplan 31

6. Feststellungen gemäß § 53 HGrG 32

7. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks und Schlussbemerkung 33

Anlagenverzeichnis

Anlage 1: Bilanz zum 31. Dezember 2023 39
Anlage 2: Anlagenspiegel zum 31. Dezember 2023 40
Anlage 3: Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2023 41
Anlage 4: Anhang für das Geschäftsjahr 2023 42
Anlage 5: Lagebericht für das Geschäftsjahr 2023 52
Anlage 6: Rechtliche Verhältnisse 64
Anlage 7: Steuerliche Verhältnisse 66
Anlage 8: Technisch-wirtschaftliche Grundlagen 67
Anlage 9: Feststellungen im Rahmen der Prüfung nach § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz 72
Anlage 10: Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften 91

1. Prüfungsauftrag

Mein nachstehend erstatteter Bericht über die freiwillige Prüfung des Jahresabschlusses und Lageberichts der Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH zum 31. Dezember 2023 ist an das geprüfte Unternehmen gerichtet.

In der Gesellschafterversammlung vom 5. Dezember 2023 der

Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH,
Bad Salzdetfurth
(im Folgenden auch ”KBG“ oder ”Gesellschaft“ genannt)

wurde ich zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023 gewählt. Daraufhin beauftragte mich die Geschäftsführung der Gesellschaft, den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023 freiwillig in entsprechender Anwendung der §§ 316 und 317 HGB zu prüfen.

Die Gesellschaft ist nach den in § 267 Abs. 1 HGB bezeichneten Größenmerkmalen als kleine Kapitalgesellschaft einzustufen und daher nicht prüfungspflichtig gemäß §§ 316 ff. HGB.

Bei meiner Prüfung habe ich auftragsgemäß auch die Vorschriften des § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HGrG beachtet. Ich verweise auf meine Berichterstattung in Anlage 9.

Ich bestätige gemäß § 321 Abs. 4a HGB, dass ich bei meiner Abschlussprüfung die anwendbaren Vorschriften zur Unabhängigkeit beachtet habe.

Dem mir erteilten Prüfungsauftrag standen keine Ausschlussgründe nach §§ 319, 319b HGB, §§ 49 und 53 WPO sowie §§ 28 ff. BS WP/vBP entgegen.

Ich habe die Prüfung in den Monaten August und September 2024 in den Geschäftsräumen der Gesellschaft in Bad Salzdetfurth durchgeführt. Die Schlussbearbeitung des Auftrags erfolgte in meinen Geschäftsräumen.

Alle von mir erbetenen Aufklärungen und Nachweise wurden erteilt. Die Geschäftsführung hat mir die Vollständigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts am 9. Dezember 2024 schriftlich bestätigt.

Art und Umfang meiner Prüfungshandlungen habe ich in meinen Arbeitspapieren festgehalten.

Über das Ergebnis meiner Prüfungshandlungen erstatte ich den nachfolgenden Bericht.

Meinem Bericht habe ich den geprüften Jahresabschluss 2023, bestehend aus Bilanz (Anlage 1), Gewinn- und Verlustrechnung (Anlage 3) und Anhang (Anlagen 2 und 4), sowie den geprüften Lagebericht 2023 (Anlage 5) beigefügt.

Die rechtlichen, wirtschaftlichen und steuerlichen Verhältnisse habe ich in den Anlagen 6 bis 8 dargestellt.

Ich habe diesen Prüfungsbericht nach dem PS 450 n.F. (10.2021) "Grundsätze ordnungsmäßiger Erstellung von Prüfungsberichten" des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V. (IDW), Düsseldorf erstellt.

Meinem Auftrag liegen die als Anlage 10 beigefügten Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften in der Fassung vom 1. Januar 2017 zugrunde. Die Höhe meiner Haftung bestimmt sich nach Nr. 9 Abs. 2 der Allgemeinen Auftragsbedingungen. Im Verhältnis zu Dritten sind Nr. 1 Abs. 2 und Nr. 9 der Allgemeinen Auftragsbedingungen maßgebend.

2. Grundsätzliche Feststellungen

2.1 Lage des Unternehmens

2.1.1 Stellungnahme zur Lagebeurteilung der gesetzlichen Vertreter

Gemäß § 321 Abs. 1 Satz 2 HGB nehme ich nachfolgend in meiner vorangestellten Berichterstattung zur Beurteilung der Lage des Unternehmens im Jahresabschluss und im Lagebericht durch die gesetzlichen Vertreter Stellung.

Meine Stellungnahme gebe ich aufgrund eigener Beurteilung der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens ab, die ich im Rahmen der Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts gewonnen habe. Hierzu gehören vertiefende Erläuterungen und die Angabe von Ursachen zu den einzelnen Entwicklungen sowie eine kritische Würdigung der zugrunde gelegten Annahmen, nicht aber eigene Prognoserechnungen. Meine Berichtspflicht besteht, soweit mir die geprüften Unterlagen eine Beurteilung erlauben.

Die von mir geprüften Unterlagen i.S.v. § 321 Abs. 1 Satz 2 HGB umfassten jene Unterlagen, die unmittelbar Gegenstand meiner Abschlussprüfung waren, also den Jahresabschluss (unter Einbeziehung der Buchführung) und den Lagebericht sowie alle Unterlagen, wie Kostenrechnungsunterlagen, Planungsrechnungen, wichtige Verträge, Protokolle und Berichterstattungen an die für die Überwachung Verantwortlichen, die ich im Rahmen meiner Prüfung herangezogen habe.

Nach dem Ergebnis meiner Prüfung ist die Annahme der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zutreffend.

Die Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH betreibt in Bad Salzdetfurth das Therapiezentrum und auch das Sole-Frei-und-Hallenbad. Die Gesellschaft ist aufgrund des Pachtvertrags mit der Stadt Bad Salzdetfurth daneben zuständig für die Bewirtschaftung des Kurparks. Sie nimmt gleichsam Aufgaben des Fremdenverkehrs wahr.

Aus dem Geschäftsjahr 2023 resultiert ein Jahresfehlbetrag von 1.646 TEuro. Erträgen von 2.495 TEuro standen Aufwendungen von 4.141 TEuro gegenüber. Wesentliche Erhöhungen im Erlösbereich betrafen die Eintrittsgelder, die Erlöse im Saunabereich sowie die Therapieerlöse im Solebad. Die verkauften Leistungen der Gesellschaft sind in nahezu allen Erlösbereichen angestiegen. Dies resultiert partiell auch aus dem Wegfall der Einschränkungen der Geschäftstätigkeit durch die Corona-Pandemie. Im Bereich der Aufwendungen waren insgesamt ebenfalls Steigerungen erkennbar. Dies betraf die Personalkosten aufgrund von Sonderzahlungen. Auch die Anzahl der Beschäftigen ist angestiegen. Trotz der Zunahme der Erlöse war hinsichtlich des Materialaufwands allerdings ein Rückgang gegeben. Das im Wirtschaftsplan für das Berichtsjahr prognostizierte Ergebnis ist spürbar übertroffen worden.

Die Schwerpunkte der Investitionen von insgesamt 95 TEuro lagen im Berichtsjahr in der technischen Infrastruktur, in der weiteren Sanierung der Trinkwasseranlage, in der Erstellung zweier neuer Räume und der Anschaffung von Förderpumpen. Die bestehenden Darlehensverpflichtungen sind planmäßig getilgt worden und haben sich um 182 TEuro reduziert. Gleichzeitig war eine Zunahme der liquiden Mittel um 34 TEuro zu verzeichnen. Damit ist die Finanzlage etwas verbessert worden.

Die künftige Entwicklung der Gesellschaft wird vom Geschäftsführer für das Folgejahr negativer eingeschätzt als die Lage im Berichtsjahr. Dies geht von der Annahme aus, dass die hohen Energiepreissteigerungen und auch Anstiege im Personalaufwand negative Auswirkungen auf die Ertragslage haben werden. Auch in anderen Aufwandsbereichen wird mit weiteren Belastungen zu rechnen sein. Der im Wirtschaftsplan für 2024 ausgewiesene Fehlbetrag liegt bei 2.395 TEuro und somit höher als der Fehlbetrag des Berichtsjahres. Eine Bestandsgefährdung resultiert hieraus jedoch nicht, da sich die Gesellschafter auf die Verlustdeckung der Gesellschaft verständigt haben und entsprechende Mittel zuführen.

Die Risikosituation der Gesellschaft ist insbesondere durch nur geringe Preisanpassungen im Gesundheitsbereich geprägt. Dies hat Auswirkungen auf die Abrechnung der Leistungen der Gesellschaft. Die Besucherzahlen im Solebad sind sehr witterungsabhängig. Risiken resultieren auch aus Steigerungen der Personal- und Energieaufwendungen. Im Bereich der Energiekosten sind die Erhöhungen deutlich und haben ihre Ursache in Gegenmaßnahmen zur Embargopolitik gegen Russland. Die geplante Sanierung des Solebadgebäudes wird erhebliche Anstrengungen erfordern. Dies geht außerdem mit einer etwa sechsmonatigen Schließungszeit des Bades einher, die dann zu erheblichen Ertragsausfällen führen wird.
Als wesentliche Chance der künftigen Geschäftstätigkeit wird eine Steigerung der Heilmittelpreise und in einer zukunftsgerichteten Marketingausrichtung nach der Sanierung des Solebades gesehen.

Aufgrund der Beurteilung der wirtschaftlichen Lage der Gesellschaft, die ich aus den im Rahmen meiner Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts gewonnenen Erkenntnissen abgeleitet habe, bin ich - soweit die geprüften Unterlagen eine solche Beurteilung erlauben - zu der Einschätzung gelangt, dass die Lagebeurteilung der Geschäftsführung, insbesondere hinsichtlich des Fortbestands und der künftigen Entwicklung der Gesellschaft plausibel erscheint.

Ergänzend verweise ich zur Lagebeurteilung auf meine Ausführungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses in Abschnitt 4.2 des Berichts.

2.1.2 Entwicklungsbeeinträchtigende oder bestandsgefährdende Tatsachen

Nach § 321 Abs. 1 Satz 3 HGB habe ich als Abschlussprüfer über bei Durchführung der Abschlussprüfung festgestellte Tatsachen zu berichten, welche die Entwicklung des geprüften Unternehmens wesentlich beeinträchtigen oder seinen Bestand gefährden können.

Meine Berichtspflicht beschränkt sich auf Tatsachen, die ich bei ordnungsmäßiger Durchführung der Abschlussprüfung festgestellt habe.

Durch die von der KBG übernommenen Aufgaben im Bereich des Kurbetriebs, der Unterhaltung eines Frei- und Hallenbades und des Gesundheitswesens sind positive Jahresergebnisse nahezu nicht denkbar. Vielmehr sind hier nachhaltig Jahresfehlbeträge zu erwarten. So sind auch in den vergangenen Jahren stets Fehlbeträge ausgewiesen worden.

Im Jahr 2020 hat sich das Coronavirus als Auslöser der Lungenkrankheit COVID 19 weltweit in einer Weise verbreitet, die die Regierungen in zahlreichen Industrie- und Schwellenländern veranlasst hat, die wirtschaftliche Betätigung zum Zweck der Verlangsamung der Ausbreitung des Virus so weit einzuschränken, dass diese in Teilbereichen vollständig zum Erliegen kam. Hierdurch wurden internationale und nationale Lieferketten unterbrochen und in zahlreichen Unternehmen sind durch das Verbot der wirtschaftlichen Betätigung erhebliche Umsatzverluste entstanden. Im Berichtsjahr sind die erlassenen einschränkenden Maßnahmen nicht mehr wirksam gewesen. Dies hatte spürbare positive Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft.

Auch bei der Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH musste durch die Maßnahmen über einen nicht unerheblichen Zeitraum in den Vorjahren, insbesondere bis 2021, die wirtschaftliche Betätigung im wichtigen Umsatzträger Solebad vollständig eingestellt werden. Die hierdurch entstandenen Ausfälle im Umsatzbereich haben dazu geführt, dass der ohnehin erwartete Jahresfehlbetrag bis einschließlich 2021 noch höher ausfiel. Im Vorjahr und im Berichtsjahr hat sich hier eine Normalisierung eingestellt, die auch wieder zu einer Verbesserung des Jahresergebnisses führte. Mit 1.646 TEuro ist der Jahresfehlbetrag im Berichtsjahr im Vergleich zum Vorjahr (1.734 TEuro) um 87 TEuro gemindert. Durch den Krieg in der Ukraine und die aufgrund dessen gegen Russland verhängten Sanktionen, sind aber Lieferengpässe für Gas und resultierend daraus erhebliche Anstiege der Gas- und Strompreise die Folge. Dies hat zu zusätzlichen Belastungen für die Gesellschaft geführt. Auch in anderen Aufwandsbereichen haben sich inflationsbedingt erhebliche Steigerungen ergeben. Insbesondere im Personalbereich sind durch eine Ausweitung der Belegschaft und tarifliche Steigerungen der Vergütungen erhebliche Anstiege zu sehen. Diese Entwicklung wird sich auch in absehbarer Zeit fortsetzen. Ertragseitig können diese Aufwandserhöhungen nur bedingt aufgefangen werden.
Dies stellt eine entwicklungsbeeinträchtigende Situation dar. Eine Bestandsgefährdung ist jedoch gegenwärtig nicht ersichtlich, da die Gesellschafter signalisiert haben, die entsprechenden Fehlbeträge durch Zuzahlungen in die Kapitalrücklage zu decken.

2.2 Unregelmäßigkeiten

Gemäß § 321 Abs. 1 Satz 3 HGB habe ich auch über bei Durchführung meiner Abschlussprüfung festgestellte Unrichtigkeiten (im Folgenden: falsche Darstellungen aufgrund von Irrtümern) oder Verstöße gegen gesetzliche Vorschriften (im Folgenden: falsche Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen) sowie Tatsachen zu berichten, die schwerwiegende Verstöße von gesetzlichen Vertretern oder von Arbeitnehmern gegen Gesetz oder Gesellschaftsvertrag erkennen lassen (im Folgenden: sonstige Verstöße).

Falsche Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen und Irrtümern habe ich in der Weise festgestellt, dass der Jahresabschluss auf den 31. Dezember 2023 und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2023 nicht innerhalb der gesellschaftsvertraglich festgelegten Frist der ersten drei Monate des darauf folgenden Geschäftsjahres aufgestellt worden sind.

3. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung

3.1 Gegenstand der Prüfung

Im Rahmen des mir erteilten Auftrags habe ich gemäß § 317 HGB den nach deutschen Rechnungslegungsvorschriften aufgestellten Jahresabschluss (unter Einbeziehung der Buchführung) und den Lagebericht auf die Einhaltung der einschlägigen gesetzlichen Vorschriften und der sie ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags geprüft.

Die gesetzlichen Vertreter tragen die Verantwortung für die Rechnungslegung, die dazu eingerichteten internen Kontrollen und die gegenüber mir als Abschlussprüfer gemachten Angaben. Meine Aufgabe als Abschlussprüfer ist es, diese Unterlagen unter Einbeziehung der Buchführung und die gemachten Angaben im Rahmen meiner pflichtgemäßen Prüfung zu beurteilen.

Die Prüfung der Einhaltung anderer gesetzlicher Vorschriften gehört nur insoweit zu den Aufgaben meiner Abschlussprüfung, als sich aus diesen anderen Vorschriften üblicherweise Rückwirkungen auf den nach deutschen Rechnungslegungsvorschriften aufgestellten Jahresabschluss oder den Lagebericht ergeben.

Bei der Prüfung beachtete ich auftragsgemäß die Vorschriften des § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG) und die "Grundsätze für die Prüfung von Unternehmen nach § 53 HGrG" (Anlage zur VV zu § 68 LHO).

Eine besondere Prüfung zur Aufdeckung von falschen Darstellungen im Geld- und Leistungsverkehr (Unterschlagungsprüfung) war nicht Gegenstand der Abschlussprüfung. Im Verlaufe meiner Tätigkeit ergaben sich auch keine Anhaltspunkte, die besondere Untersuchungen in dieser Hinsicht erforderlich gemacht hätten.

3.2 Art und Umfang der Prüfungsdurchführung

Art und Umfang der beim vorliegenden Auftrag erforderlichen Prüfungshandlungen habe ich im Rahmen meiner Eigenverantwortlichkeit nach pflichtgemäßem Ermessen bestimmt, das durch gesetzliche Regelungen und Verordnungen, der vom IDW festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung sowie ggf. erweiternde Bedingungen für den Auftrag und die jeweiligen Berichtspflichten begrenzt wird.

Ich habe meine Jahresabschlussprüfung in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom IDW festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden kann, ob der Jahresabschluss (unter Einbeziehung der Buchführung) und der Lagebericht frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern sind. Im Rahmen der Prüfung werden Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungs-, Bewertungs- und Gliederungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der Geschäftsführung sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Ich bin der Auffassung, dass meine Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für meine Prüfungsurteile bildet.

Die Prüfung der Einhaltung anderer gesetzlicher Vorschriften gehörte nur insoweit zu den Aufgaben meiner Abschlussprüfung, als sich aus diesen Vorschriften üblicherweise Rückwirkungen auf den Jahresabschluss ergeben. Die Aufdeckung und Aufklärung strafrechtlicher Tatbestände, wie z.B. Unterschlagungen, sowie die Feststellung außerhalb der Rechnungslegung begangener Ordnungswidrigkeiten waren nicht Gegenstand meiner Abschlussprüfung.

Die nachfolgende Darstellung und Beschreibung von Prüfungsumfang und Prüfungsvorgehen ist so angelegt, dass es dem Aufsichtsgremium möglich ist, daraus Konsequenzen für die eigene Überwachungsaufgabe zu ziehen.

Meine Prüfung hat sich gemäß § 317 Abs. 4a HGB nicht darauf zu erstrecken, ob der Fortbestand des geprüften Unternehmens oder die Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftsführung zugesichert werden kann.

Im Rahmen meines risikoorientierten Prüfungsvorgehens erarbeitete ich zunächst eine Prüfungsstrategie. Diese beruhte auf einer Einschätzung des Unternehmensumfeldes und auf Auskünften der Geschäftsleitung über die wesentlichen Unternehmensziele und Geschäftsrisiken.

Meine Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen umfassten System- und Funktionstests, analytische Prüfungshandlungen sowie Einzelfallprüfungen.

Ich habe meine aussagebezogenen Prüfungshandlungen an den Ergebnissen meiner Beurteilung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems ausgerichtet.

Bei der Prüfung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems bin ich wie folgt vorgegangen: Ausgehend von den externen Faktoren, den Unternehmenszielen, der Geschäftsstrategie und den Steuerungs- und Überwachungsprozessen auf der Unternehmensebene habe ich anschließend die Geschäftsprozesse analysiert. In diesem zweiten Schritt der Prozessanalyse habe ich beurteilt, inwieweit die wesentlichen Geschäftsrisiken, die einen Einfluss auf mein Prüfungsrisiko haben, durch die Gestaltung der Betriebsabläufe und der Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen reduziert worden sind.

Die Erkenntnisse der Prüfung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems habe ich bei der Auswahl der analytischen Prüfungshandlungen und der Einzelfallprüfungen berücksichtigt.

Soweit nach meiner Einschätzung wirksame funktionsfähige Kontrollen implementiert waren und damit ausreichende personelle, computergestützte oder mechanische Kontrollen die Richtigkeit der Jahresabschlussaussage sicherstellten, konnte ich meine aussagebezogenen Prüfungshandlungen im Hinblick auf Einzelfälle insbesondere im Bereich der Routinetransaktionen weitgehend einschränken. Soweit mir eine Ausdehnung der Prüfungshandlungen erforderlich erschien, habe ich neben analytischen Prüfungshandlungen in Form von Plausibilitätsbeurteilungen einzelne Geschäftsvorfälle anhand von Belegen nachvollzogen und auf deren sachgerechte Verbuchung hin überprüft.

Im unternehmensindividuellen Prüfungsprogramm habe ich die Schwerpunkte meiner Prüfung, Art und Umfang der Prüfungshandlungen sowie den zeitlichen Prüfungsablauf und den Einsatz von Mitarbeitern festgelegt. Hierbei habe ich die Grundsätze der Wesentlichkeit und der Risikoorientierung beachtet.

Die in meiner Prüfungsstrategie identifizierten kritischen Prüfungsziele führten zu folgenden Schwerpunkten meiner Prüfung:

- Prüfung des internen Kontrollsystems in den Bereichen Finanzbuchführung und IT-System,
- Prüfung des Ansatzes und der Bewertung des Sachanlagevermögens,
- Prüfung der Gewinn- und Verlustrechnung, insbesondere hinsichtlich des periodengerechten Ausweises von Erträgen und Aufwendungen,
- Prüfung der Richtigkeit und der Vollständigkeit der Anhangangaben,
- Prüfung der Vollständigkeit und Stimmigkeit des Lageberichts.

Gegenstand meiner Prüfung waren auch die Angaben im Lagebericht, insbesondere die prognostischen Angaben.

Bankbestätigungen wurden von Kreditinstituten eingeholt.

An der körperlichen Bestandsaufnahme des Vorratsvermögens habe ich nicht teilgenommen.

Die Eröffnungsbilanzwerte wurden ordnungsgemäß aus dem von mir geprüften Vorjahresabschluss übernommen.

Alle von mir erbetenen, nach pflichtgemäßem Ermessen zur ordnungsmäßigen Durchführung der Prüfung von den gesetzlichen Vertretern benötigten Aufklärungen und Nachweise sind erteilt worden. Die Geschäftsführung hat mir schriftlich im Rahmen der Vollständigkeitserklärung am 9. Dezember 2024 bestätigt, dass alle bilanzierungspflichtigen Vermögenswerte, Verpflichtungen, Wagnisse und Abgrenzungen im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023 berücksichtigt wurden, sämtliche Aufwendungen und Erträge enthalten sowie alle erforderlichen Angaben gemacht worden sind. Die Geschäftsleitung hat ferner erklärt, dass der Lagebericht auch hinsichtlich erwarteter Entwicklungen alle für die Beurteilung der Lage der Gesellschaft wesentlichen Gesichtspunkte sowie die nach § 289 HGB erforderlichen Angaben enthält. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres sind im Anhang dargestellt.

4. Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung

4.1 Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung

4.1.1 Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen

Im Rahmen meiner Prüfung stelle ich fest, dass die Buchführung und die weiteren geprüften Unterlagen in allen wesentlichen Belangen den gesetzlichen Vorschriften einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung sowie der Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags entsprechen.

Die Aufzeichnungen der Geschäftsvorfälle der Gesellschaft sind nach meinen Feststellungen vollständig, fortlaufend und zeitgerecht. Der Kontenplan ermöglicht eine klare und übersichtliche Ordnung des Buchungsstoffes mit einer für die Belange der Gesellschaft ausreichenden Gliederungstiefe. Soweit im Rahmen meiner Prüfung Buchungsbelege eingesehen wurden, enthalten diese alle zur ordnungsgemäßen Dokumentation erforderlichen Angaben. Die Belegablage ist klar und übersichtlich geordnet, sodass der Zugriff auf die Belege unmittelbar anhand der Angaben in den Konten möglich ist. Die Buchführung entspricht somit für das gesamte Geschäftsjahr in allen wesentlichen Belangen den gesetzlichen Anforderungen.

Die Organisation der Buchführung, das interne Kontrollsystem, der Datenfluss und das Belegwesen ermöglichen die vollständige, richtige, zeitgerechte und geordnete Erfassung und Buchung der Geschäftsvorfälle.

Die aus den weiteren geprüften Unterlagen entnommenen Informationen wurden nach dem Ergebnis meiner Prüfung in allen wesentlichen Belangen ordnungsgemäß in der Buchführung, im nach deutschen Rechnungslegungsvorschriften aufgestellten Jahresabschluss und im Lagebericht abgebildet.

Die Buchführung wird IT-gestützt unter Verwendung der Software Kanzlei-Rechnungswesen der DATEV eG, Nürnberg, durchgeführt.

Die Verfahrensabläufe in der Buchführung haben im Berichtsjahr keine nennenswerten organisatorischen Änderungen erfahren.

Die Sicherheit der für die Zwecke der IT-gestützten Rechnungslegung verarbeiteten Daten ist gewährleistet.

4.1.2 Jahresabschluss

In dem mir zur Prüfung vorgelegten, nach deutschen Rechnungslegungsvorschriften aufgestellten Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023 wurden in allen wesentlichen Belangen alle für die Rechnungslegung geltenden gesetzlichen Vorschriften einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und aller größenabhängigen, rechtsformgebundenen oder wirtschaftszweigspezifischen Regelungen sowie der Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags beachtet.

Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung der Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023 sind nach meinen Feststellungen ordnungsmäßig aus der Buchführung und aus den weiteren geprüften Unterlagen abgeleitet. Die einschlägigen Ansatz-, Ausweis- und Bewertungsvorschriften wurden dabei ebenso in allen wesentlichen Belangen beachtet wie der Stetigkeitsgrundsatz des § 252 Abs. 1 Nr. 6 HGB.

Zur Ordnungsmäßigkeit der im Anhang gemachten Angaben, über die von mir nicht an anderer Stelle berichtet wird, stelle ich fest, dass die Berichterstattung im Anhang durch die gesetzlichen Vertreter vollständig und im gesetzlich vorgeschriebenen Umfang ausgeführt wurde.

4.1.3 Lagebericht

Im Rahmen meiner Prüfung zur Gesetzeskonformität des Lageberichts habe ich gemäß § 321 Abs. 2 Satz 1 HGB festgestellt, dass der Lagebericht in allen wesentlichen Belangen den gesetzlichen Vorschriften entspricht.

4.2 Gesamtaussage des Jahresabschlusses

4.2.1 Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses

Über das Ergebnis meiner Beurteilung, ob und inwieweit die durch den Jahresabschluss vermittelte Gesamtaussage den Anforderungen des § 264 Abs. 2 Satz 1 HGB entspricht, berichte ich nachstehend.

Da sich keine Besonderheiten ergeben haben, stelle ich fest, dass der Jahresabschluss insgesamt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.

Es ist nicht Gegenstand meiner Feststellungen zur „Gesamtaussage des Jahresabschlusses“, die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens darzustellen.

Der Lagebericht war in die Gesamtschau der durch die Rechnungslegungsgrundsätze bestimmten Darstellung der wirtschaftlichen Lage nicht einzubeziehen; die von diesen Grundsätzen unabhängigen Darstellungen im Lagebericht konnten daher die erforderlichen Aussagen im Jahresabschluss nicht ersetzen. Meine Feststellungen zur Prüfung des Lageberichts waren gesondert zu treffen.

Im Zusammenhang mit der Feststellung über die Ordnungsmäßigkeit der Gesamtaussage des Jahresabschlusses nehme ich in diesen Prüfungsbericht weitere Erläuterungen auf, die zum Verständnis der Gesamtaussage des Jahresabschlusses erforderlich sind, weil die Gesamtaussage „unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung“ auch im Rahmen des gesetzlich Zulässigen durch Bilanzierungs- und Bewertungsentscheidungen sowie Sachverhaltsgestaltungen beeinflusst wird.

Um den Adressaten eine eigene Beurteilung dieser Maßnahmen zu ermöglichen und ihnen Hinweise für die Ausrichtung ihrer Prüfungs- und Überwachungstätigkeit zu geben, gehe ich nachstehend im Einzelnen ein auf:

- die wesentlichen Bewertungsgrundlagen (§ 321 Abs. 2 Satz 4 erster Satzteil HGB)

- den Einfluss, den Änderungen in den Bewertungsgrundlagen und sachverhaltsgestaltende Maßnahmen insgesamt auf die Gesamtaussage des Jahresabschlusses haben (§ 321 Abs. 2 Satz 4 zweiter Satzteil HGB); zu den Änderungen in den Bewertungsgrundlagen gehören insbesondere Änderungen bei der Ausübung von Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechten und der Ausnutzung von Ermessensspielräumen.

Da es mir für die Beurteilung der Gesamtaussage des Jahresabschlusses durch die Adressaten - insbesondere in Bezug auf die Erläuterung der Bewertungsgrundlagen und deren Änderungen sowie die sachverhaltsgestaltenden Maßnahmen - erforderlich erscheint, gliedere ich die Posten des Jahresabschlusses entsprechend § 321 Abs. 2 Satz 5 HGB auf und erläutere sie ausreichend, soweit diese Angaben nicht im Anhang enthalten sind.

4.2.2 Bewertungsgrundlagen

Die Bewertungsgrundlagen i.S.d. § 321 Abs. 2 Satz 4 erster Satzteil HGB umfassen die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sowie die für die Bewertung von Vermögensgegenständen und Schulden maßgeblichen Faktoren (Parameter, Annahmen und die Ausübung von Ermessensspielräumen).

Wertbestimmende Faktoren ergeben durch Verknüpfung mit den am Abschlussstichtag vorhandenen Bestandsgrößen von Vermögensgegenständen und Schulden die im Jahresabschluss angesetzten Buchwerte.

Parameter sind in der Regel durch Marktpreise oder allgemein akzeptierte Standardwerte objektivierte Faktoren, während Annahmen über künftige Entwicklungen subjektive Faktoren der Wertbestimmung sind, deren Festlegung unter Berücksichtigung der Rechnungslegungsgrundsätze im Ermessen der gesetzlichen Vertreter liegt.

Ermessensspielräume beruhen auf unsicheren Erwartungen bei der Bestimmung von Schätzgrößen und den diesen zugrunde gelegten Annahmen. Daraus resultiert bei vielen Posten eine Bandbreite zulässiger Wertansätze.

Im Rahmen der Erläuterung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden ist insbesondere die Ausübung von Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechten von Bedeutung, weil mit derartigen Entscheidungen der gesetzlichen Vertreter eine Einflussnahme auf die Gesamtaussage des Jahresabschlusses ermöglicht wird.

Der Jahresabschluss der Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH zum 31. Dezember 2023 ist auf der Grundlage folgender wesentlicher Bewertungsgrundlagen aufgestellt worden, die nachstehend erläutert werden.

Die Zugänge zum Anlagevermögen sind zu Anschaffungskosten bilanziert. Das Anlagevermögen wurde linear entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer abgeschrieben. Geringwertige Vermögensgegenstände mit Anschaffungskosten von 250,00 Euro bis zu 1.000,00 Euro werden gemäß dem steuerlichen Wahlrecht in einen Sammelposten eingestellt und über fünf Jahre abgeschrieben.
Investitionszuschüsse werden aktivisch von den Anschaffungskosten der bezuschussten Gegenstände gekürzt.

Die Bewertung der Vorräte erfolgt zu letzten Einstandspreisen.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, Forderungen gegen Gesellschafter und die sonstigen Vermögensgegenstände wurden zum Nominalwert bilanziert. Die erkennbaren Ausfallrisiken bei den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind durch angemessene Abwertungen berücksichtigt.

Die flüssigen Mittel sind zum Nennwert angesetzt.

Als Rechnungsabgrenzungsposten werden Ein- bzw. Ausgaben vor dem Bilanzstichtag, die Ertrag bzw. Aufwand für eine bestimmte Zeit danach darstellen, erfasst.

Das Eigenkapital wird mit dem Nominalbetrag angesetzt.

Die Rückstellungen sind mit ihren Erfüllungsbeträgen angesetzt, die sich nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung ergeben. Alle erkennbaren Risiken wurden berücksichtigt.

Die Verbindlichkeiten wurden mit den Erfüllungsbeträgen passiviert. Hinsichtlich des Einsatzes zweier Zinsswapgeschäfte sind Bewertungseinheiten mit den zugehörigen Darlehen gebildet.

Wesentliche Bewertungsgrundlagen sind solche, die einzeln oder im Zusammenwirken mit anderen Bewertungsgrundlagen für die Information der Berichtsadressaten von Bedeutung sind, weil sie die Gesamtaussage des Jahresabschlusses wesentlich beeinflussen.

Die Beurteilung der wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit der Bilanzierungs- und Bewertungsentscheidungen der gesetzlichen Vertreter obliegt nicht mir als Abschlussprüfer. Sie sind als geschäftspolitische Entscheidungen von den Adressaten des Berichts zu beurteilen.

4.2.3 Sachverhaltsgestaltende Maßnahmen

Berichtspflichtige Tatsachen aus sachverhaltsgestaltenden Maßnahmen mit wesentlichen Auswirkungen auf die Gesamtaussage des Jahresabschlusses lagen nach dem Ergebnis meiner Prüfungshandlungen im Prüfungszeitraum nicht vor.

4.2.4 Aufgliederungen und Erläuterungen

§ 321 Abs. 2 Satz 5 HGB schreibt eine Aufgliederung von Abschlussposten vor, soweit dies zum Verständnis der Gesamtaussage des Jahresabschlusses, insbesondere zur Erläuterung der Bewertungsgrundlagen und deren Änderungen sowie der sachverhaltsgestaltenden Maßnahmen nach § 321 Abs. 2 Satz 4 HGB, erforderlich ist und die Angaben nicht im Anhang enthalten sind.

Soweit zum Verständnis der Gesamtaussage bestimmte Posten des Jahresabschlusses von mir nachstehend aufgegliedert werden, erläutere ich dabei auch, welchen Einfluss die geänderte Ausübung eines Wahlrechts oder die Durchführung einer Sachverhaltsgestaltung auf den Ansatz, die Bewertung oder die Zusammensetzung einzelner Abschlussposten hat.

Im Rahmen dieser Aufgliederungen nehme ich auch im Jahresabschluss bereits enthaltene Angaben in einer abweichenden Darstellung nachstehend in meinen Prüfungsbericht auf.

Zu den wesentlichen Posten des Jahresabschlusses werden nachfolgend zur Verbesserung der Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage Aufgliederungen und Erläuterungen gegeben, soweit entsprechende Angaben im Anhang nicht enthalten sind. Soweit Erläuterungen gleich lautend bei mehreren Posten derselben Gruppe zu wiederholen wären, werden sie zur Erleichterung der Lesbarkeit des Berichts diesen vorangestellt.

4.3 Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

4.3.1 Vermögenslage und Kapitalstruktur

Vermögenslage und Kapitalstruktur sowie deren Veränderungen gegenüber dem Vorjahr ergeben sich aus den folgenden Zusammenstellungen der Bilanzzahlen in TEuro für die beiden Abschlussstichtage 31. Dezember 2023 und 31. Dezember 2022.

	Bilanz zum 31.12.2023		**Bilanz zum 31.12.2022**		**Veränderung zum Vorjahr in**	
	TEuro	**%**	**TEuro**	**%**	**TEuro**	**%**
AKTIVA						
immaterielle Vermögensgegenstände	12	0,2	13	0,2	-1	-7,7
Sachanlagen	3.479	64,5	3.653	66,3	-174	-4,8
Vorräte	24	0,4	29	0,5	-5	-17,2
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	90	1,7	98	1,8	-8	-8,2
Forderungen gegen Gesellschafter	67	1,2	4	0,1	63	>100,0
sonstige Vermögensgegenstände	43	0,9	67	1,3	-24	-35,8
Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	1.666	30,9	1.632	29,6	34	2,1
Rechnungsabgrenzungsposten	9	0,2	10	0,2	-1	-10,0
Summe Aktiva	**5.390**	**100,0**	**5.506**	**100,0**	**-116**	**-2,1**

Das **Anlagevermögen** der Gesellschaft hat sich im Berichtsjahr um 175 TEuro vermindert. Die als Anlagevermögen zu aktivierenden Investitionen fielen mit 95 TEuro geringer aus als die Abschreibungen von 259 TEuro und die Buchwertabgänge von 11 TEuro.

Die getätigten Investitionen betrafen insbesondere:

	2023 TEuro
Gefahrenmeldeanlage (Solebad)	10
Gas-, Wasser-, Abwasserleitungen Gastronomiebereich (Solebad)	11
Sanierung der Trinkwasseranlage (Kurmittelhaus)	8
Erstellung zweier neuer Räume (Kurmittelhaus)	9
Zwei Förderpumpen (Kurbetrieb)	7
Rolltoranlage (Solebad)	13
Solarium (Solebad)	7
Tresor (Solebad)	6
geringwertige Anlagegüter	10
Übrige	14
	95

Die **Vorräte** betreffen die Materialbestände im Kurmittelhaus, im Solebad und die Bestände an Werbe- und Büromaterial.

Die **Forderungen aus Lieferungen** und Leistungen sind um 8 TEuro vermindert. Wesentliche Veränderungen des Bestands der Forderungen haben sich nicht ergeben. Es zeigt sich folgendes Bild:

	31.12.2023 TEuro	31.12.2022 TEuro
Forderungen lt. Debitorensaldenliste	92	99
Einzelwertberichtigungen	0	0
Pauschalwertberichtigungen	-2	-1
	90	98

Die **Forderungen gegen Gesellschafter** betreffen die Stadt Bad Salzdetfurth und resultierten aus einem Erstattungsanspruch für Umsatzsteuerverpflichtungen und die zweite Rate des jährlichen Zuschusses jeweils im Zusammenhang mit Fremdenverkehrsaufgaben.

Die **sonstigen Vermögensgegenstände** sind um 24 TEuro vermindert. Im Einzelnen setzt sich der Posten wie folgt zusammen:

	31.12.2023 TEuro	31.12.2022 TEuro
Restforderung Fremdenverkehr	0	21
Restforderung Regulierung Einbruchschaden	4	0
Therapieerträge 31.12.	19	21
Umweltbonus BAFA	0	5
Vorsteuer Folgejahr	5	6
Übrige	15	14
	43	67

Die **Liquiden Mittel** weisen folgende Zusammensetzung auf:

	31.12.2023 TEuro	31.12.2022 TEuro
Kassenbestand	16	12
Sparkasse Hildesheim Goslar Peine	1.639	1.603
Volksbank	3	3
Postbank	6	14
PayPal	2	0
	1.666	1.632

	Bilanz zum 31.12.2023 TEuro	%	Bilanz zum 31.12.2022 TEuro	%	Veränderung zum Vorjahr in TEuro	%
PASSIVA						
Eigenkapital	1.954	36,3	1.948	35,4	6	0,3
Rückstellungen	223	4,1	239	4,3	-16	-6,7
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.817	52,3	2.977	54,1	-160	-5,4
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	161	3,0	156	2,8	5	3,2
Verbindlichkeiten gegenüber dem Land Niedersachsen	51	0,9	74	1,3	-23	-31,1
sonstige Verbindlichkeiten	184	3,4	112	2,1	72	64,3
Summe Passiva	**5.390**	**100,0**	**5.506**	**100,0**	**-116**	**-2,1**

Das **Eigenkapital** der Gesellschaft hat sich im Berichtsjahr um 6 TEuro erhöht. Dieser Anstieg betraf die in die Kapitalrücklage geleisteten Gesellschafterzuzahlungen zur Verlustdeckung von 1.652 TEuro. Der Jahresfehlbetrag betrug 1.646 TEuro.

Die Abnahme der **Rückstellungen** um 16 TEuro betrifft insbesondere die Rückstellung für Instandhaltungsmaßnahmen. Die Rückstellungen weisen folgende Zusammensetzung auf:

	31.12.2023 TEuro	31.12.2022 TEuro
Rückstellung für Aufbewahrungskosten	13	13
Rückstellung für Jubiläumsverpflichtungen	7	7
Rückstellung für unterlassene Instandhaltungen	28	56
Rückstellung für Urlaubs- und und Überstundenverpflichtungen	141	129
Rückstellung für Abschlusskosten	34	34
	223	239

Der Ausweis der **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** betrifft Darlehen bei der Sparkasse Hildesheim Goslar Peine. Sie wurden im Berichtsjahr planmäßig getilgt.

Der Anstieg der **Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen** in Höhe von 5 TEuro betrifft insbesondere Verbindlichkeiten aus Handwerks- und Dienstleistungen.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber dem Land Niedersachsen** stellen ausschließlich Darlehensverbindlichkeiten dar. Aufgrund der planmäßigen Tilgung von 23 TEuro verminderten sich diese auf 51 TEuro.

Die Zunahme der **sonstigen Verbindlichkeiten** um insgesamt 72 TEuro resultiert in der Hauptsache aus der Zunahme der Umsatzsteuerverbindlichkeiten und der Gesellschafterverbindlichkeiten. Der Posten setzt sich wie folgt zusammen:

	31.12.2023 TEuro	31.12.2022 TEuro
Überstundenvergütungen Dezember	7	4
Anzahlungen	15	15
Verbindlichkeiten aus Lohn- und Kirchensteuer	24	23
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	53	0
Verbindlichkeiten aus Umsatzsteuer	62	31
übrige sonstige Verbindlichkeiten	23	39
	184	112

4.3.2 Finanzlage

Einen Überblick über die Herkunft und über die Verwendung der finanziellen Mittel des geprüften Unternehmens gibt die nachstehende Kapitalflussrechnung, welche die Zahlungsmittelflüsse nach der indirekten Methode darstellt.

Die Aufgabe der Kapitalflussrechnung besteht darin, zusätzlich zu Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und Anhang ergänzende Angaben über die finanzielle Entwicklung des geprüften Unternehmens zu machen, die aus dem Jahresabschluss nicht oder nur mittelbar entnommen werden können. Sie soll Informationen über die Zahlungsströme sowie die Zahlungsmittelbestände des Unternehmens vermitteln und darüber Auskunft geben, wie das Unternehmen finanzielle Mittel erwirtschaftet hat und welche zahlungswirksamen Investitions- und Finanzierungsmaßnahmen vorgenommen wurden.

Kapitalflussrechnung

		2023	2022
		TEuro	TEuro
1.	Periodenergebnis vor außerordentlichen Posten	-1.646	-1.734
2. +/-	Abschreibungen / Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	259	257
3. +/-	Zunahme / Abnahme der Rückstellungen	-16	-19
4. -/+	Gewinn / Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	11	7
5. -/+	Zunahme / Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-25	-24
6. +/-	Zunahme / Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	54	-9
7. =	**Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit** (Summe aus 1 bis 6)	**-1.363**	**-1.522**

		2023	2022
		TEuro	TEuro
8. +	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0	0
9. +	Einzahlungen aus Abgänge von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0
10. -	Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-95	-146
11. -	Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	0	-10
12. -	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0	0
13. =	**Cashflow aus der Investitionstätigkeit** (Summe aus 8 bis 12)	**-95**	**-156**

		2023	2022
		TEuro	TEuro
14. +	Einzahlungen von Unternehmenseignern (Einlagen)	1.652	1.854
15. -	Auszahlungen an Unternehmenseigner (Eigenkapitalrückzahlungen, Entnahmen)	0	0
16. +	Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von (Finanz-) Krediten	0	0
17. -	Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und (Finanz-) Krediten	-160	-238
18. =	**Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit** (Summe aus 14 bis 17)	**1.492**	**1.616**
19.	Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds (Summe aus Zf. 7, 13, 18)	34	-62
20. +/-	Wechselkurs-, konsolidierungskreis- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds	0	0
21. +	Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	1.632	1.694
22. =	**Finanzmittelfonds am Ende der Periode** (Summe aus 19 bis 21)	**1.666**	**1.632**

4.3.3 Ertragslage

Die aus der Gewinn- und Verlustrechnung abgeleitete Gegenüberstellung der Erfolgsrechnungen der beiden Geschäftsjahre 2023 und 2022 zeigt folgendes Bild der Ertragslage und ihrer Veränderungen:

		01.01. bis 31.12.2023		01.01. bis 31.12.2022		Veränderung zum Vorjahr in	
		TEuro	%	TEuro	%	TEuro	%
	Umsatzerlöse	2.361	95,0	2.055	92,9	306	14,9
+	sonstige betriebliche Erträge	123	5,0	158	7,1	-35	-22,2
=	**Betriebsleistung**	**2.484**	**100,0**	**2.213**	**100,0**	**271**	**12,2**
-	Materialaufwand	843	33,9	904	40,8	-61	-6,7
-	Personalaufwand	2.491	100,3	2.283	103,2	208	9,1
-	Abschreibungen	259	10,4	257	11,6	2	0,8
-	sonstige betriebliche Aufwendungen	464	18,7	412	18,6	52	12,6
=	**Betriebsergebnis**	**-1.573**	**-63,3**	**-1.643**	**-74,2**	**70**	**-4,3**
+	Zinsergebnis	-56	-2,3	-74	-3,4	18	-24,3
=	**Ergebnis vor Steuern**	**-1.629**	**-65,6**	**-1.717**	**-77,6**	**88**	**-5,1**
-	sonstige Steuern	17	0,7	17	0,8	0	0,0
=	**Jahresergebnis**	**-1.646**	**-66,3**	**-1.734**	**-78,4**	**88**	**-5,1**

Der **Umsatz** der Gesellschaft ist 2023 um 306 TEuro und somit um 14,9 % angestiegen. Die Zunahme betrifft insbesondere die Erlöse aus den Eintrittsgeldern des Solebades. Hier wurden insbesondere positive Impulse über Marktingmaßnahmen und Kooperationen erzielt. Die Eintrittspreise sind zum 1. Januar 2023 erhöht worden. Die Erlöse gliedern sich wie folgt:

	31.12.2023 TEuro	31.12.2022 TEuro
Erlöse Kurmittelhaus	710	710
Erlöse Solebad und Sauna	1.227	975
Therapie- und Wellnesserträge Solebad	250	213
Einnahmen Kurbeiträge	143	128
Übrige Erlöse	31	29
	2.361	2.055

Der Kartenverkauf sowie die Kurmittelabgabe entwickelten sich im **Solebad** nach den Unterlagen der Gesellschaft wie folgt:

	2023	2022
	Anzahl (Kartenverkauf)	Anzahl (Kartenverkauf)
Solebad		
Einzelkarte	39.921	35.882
Einzelkarte mit Kurkarte	631	855
Einzelkarte Kinder (einschl. Einzelkarte-Kind-Kur)	5.113	4.107
Schwimmkurs	91	78
10er–Karte	830	911
20er–Karte	255	239
50er–Karte	114	116
5 für 4 Aktion	177	0
	47.132	**42.188**
Sauna		
Einzelkarte	4.553	3.494
Einzelkarte mit Kurkarte	77	82
10er–Karte	64	60
20er–Karte	24	28
	4.718	**3.664**
Solebad/Sauna (Kombi)		
Einzelkarte	9.132	6.354
Einzelkarte mit Kurkarte	152	191
10er–Karte	225	148
	9.509	**6.693**
Wellness		
Solarium (nur in Verbindung mit Solebad od. Sauna)	0	640
Sole-Solarium	0	7
Sole-Sauna-Solarium	0	1
Sole-Rückenmassage	241	128
Sole-Aromamassage	138	63
Sole-Hot-Stone-Massage	19	9
Sole-Solarium-Rückenmassage	0	0
Sole-Solarium-Aromamasage	0	0
Sole-Solarium-Hot-Stone-Massage	0	0
Sauna-Solarium	0	3
Sauna-Rückenmassage	98	43
Sauna-Aromamassage	42	16
Sauna-Hot-Stone-Massage	4	1
Sole-Sauna-Rückenmassage	196	128
Sole-Sauna-Aromamassage	122	45
Sole-Sauna-Hot-Stone-Massage	26	10
Ganzmassagen (nur in Verbindung mit Solebad oder Sauna)	0	133
Ganzmassagen/Aromamassagen/Hot-Stone-Massagen (nur in Verbindung mit Solebad oder Sauna)	0	960
10er-Karte Bewegungsbad	48	0
10er-Karte Rückenmassage (nur in Verbindung mit Solebad oder Sauna)	25	0
5er-Karte Aromamassage (nur in Verbindung mit Solebad oder Sauna)	7	0
Rückenmassage (nur in Verbindung mit Solebad oder Sauna)	725	0
Großmassage/Aromamassage/Hot-Stone-Massage (nur in Verbindung mit Solebad oder Sauna)	228	0
	1.919	**2.187**
Kartenverkauf		
	63.278	**54.732**

Kurmittel/Anwendungen auf Verordnung		
Solebewegungsbäder	3.930	3.746
Funktionstraining Eintracht Hildesheim	13.371	11.914
Funktionstrainning Rheuma Liga	7.734	9.724
Bewegungsbäder Vamed Klinik	2.706	3.395
	27.741	**28.779**
Gesamt / Kartenverkauf und Kurmittel	**91.019**	**83.511**

Im Vergleich zum Vorjahr haben sich die Kartenverkäufe sowie die Kurmittelabgabe im Solebad um 7.508 bzw. 9,0 % erhöht. Dies ist zum Teil auf den vollständigen Wegfall coronabedingter Einschränkungen im Berichtsjahr zurückzuführen. Die zum 1. Januar des Berichtsjahres vorgenommenen Preisanpassungen hatten keine Rückgänge in der Nachfrage zur Folge.

Die Abgabe von Kurmitteln (**Kurmittelhaus**) entwickelte sich nach den Unterlagen der Gesellschaft wie folgt:

	2023	**2022**	**Veränderung**
Krankengymnastik	15.050	14.875	175
Großmassagen	2.227	2.282	-55
Lymphdrainage	2.055	1.856	199
Moorpackungen	1.259	1.558	-299
Solebewegungsbäder (einzeln)	576	654	-78
Moorbäder	322	348	-26
Wannenbäder	20	10	10
Bestrahlungen	0	0	0
Inhalationen	0	0	0
Sonstige Kurmittel	902	1.077	-175
	22.411	**22.660**	**-249**

Die Anzahl der abgegebenen Kuranwendungen ist um 249 bzw. 1,1 % zurückgegangen. Es gelten unverändert die zur Jahresmitte 2004 in Kraft getretenen Heilmittelrichtlinien. Die Abgabepreise der Privatkunden sind im Berichtsjahr nicht erhöht worden. Hinsichtlich der Abgabepreise der Krankenkassen sind im Vergleich zum Vorjahr nur geringfügige Erhöhungen erfolgt.

Für die Kurbeiträge beträgt die Kurtaxe Euro 2,00 pro Person und Übernachtung. Für Personen unter 18 Jahren fällt keine Kurtaxe an. Seit dem 1. Januar 2024 werden die Kurbeiträge von der Stadt Bad Salzdetfurth erhoben.
In den §§ 3 und 5 der Kurbeitragssatzung sind die Befreiungen und Teilbefreiungen im Einzelnen geregelt. So erhalten u.a. die von Trägern der Sozialversicherung, der Sozialhilfe und der Kriegsopferfürsorge sowie von den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege entsandte Personen auf Antrag einen Nachlass. Begleitpersonen von Schwerbehinderten, welche laut amtlichem Ausweis völlig auf ständige Betreuung angewiesen sind, sind befreit.

Die Kurverkehrszahlen entwickelten sich gemäß der Aufstellung des Mandanten wie folgt:

	Gäste		Übernachtungen		Durchschnittliche Aufenthaltsdauer	
	2023	**2022**	**2023**	**2022**	**2023**	**2022**
Kurkliniken	5.816	5.055	115.530	103.283	19,9	20,4
Übrige	1.866	1.888	5.316	5.497	2,9	2,9
	7.682	**6.943**	**120.846**	**108.780**	**15,7**	**15,7**

Im Bereich der **sonstigen betrieblichen Erträge** sind insbesondere die folgenden Erträge ausgewiesen:

	31.12.2023 TEuro	31.12.2022 TEuro
Erstattungen Lohnkosten	0	18
Fremdenverkehrszuschuss der Stadt	62	97
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	1	2
Versicherungsentschädigungen/Schadenersatz	26	0
Übrige	34	41
	123	158

Die **Materialaufwendungen** sind um 61 TEuro gemindert. Die Zusammensetzung stellt sich wie folgt dar:

	31.12.2023 TEuro	31.12.2022 TEuro
Gas, Strom, Wasser	416	396
Instandhaltungsaufwendungen	256	172
Werbekosten	16	20
Reinigung	8	98
Wasseraufbereitung	22	28
Moorabbau	4	60
Übrige	121	130
	843	904

Der Anstieg des **Personalaufwands** um 208 TEuro resultiert insbesondere aus einem erhöhten Personaleinsatz. Darüber hinaus wurden für die Mitarbeiter auch Inflationsausgleichsprämien geleistet.

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** weisen im Berichtsjahr folgende Zusammensetzung auf:

	31.12.2023 TEuro	31.12.2022 TEuro
Mieten, Pachten	7	7
Erbbauzinsen und Wasserentnahme	39	38
Kanal, Müll, Reinigung	32	33
Versicherungen	30	27
Beiträge und Gebühren	10	14
Instandhaltungen	7	5
Fahrzeugkosten	3	9
Reisekosten	2	2
Unterhaltung Kurpark und Außenanlagen	85	104
Medizinische Untersuchungen, Analysen	29	21
Rechts- und Beratungskosten	69	1
Buchführungskosten, Jahresabschluss	48	47
Verluste aus Anlageabgängen	12	0
Übrige	91	104
	464	412

Das **Zinsergebnis** weist folgende Zusammensetzung auf:

	31.12.2023 TEuro	31.12.2022 TEuro
Zinserträge	11	0
Zinsaufwendungen	-67	-74
	-56	-74

Die **sonstigen Steuern** betreffen Grundsteuer und Kraftfahrzeugsteuer.

5. Wirtschaftsplan

Der jährlich aufzustellende Wirtschaftsplan (§ 13 des Gesellschaftsvertrages) besteht aus dem Finanzplan und dem Erfolgsplan. Der Aufsichtsrat hat den Wirtschaftsplan 2023 am 01. März 2023 genehmigt.

Der **Erfolgsplan** weicht vom Jahresergebnis 2023 wie folgt ab:

	Planansatz TEuro	**tatsächliches Ergebnis** TEuro	**Veränderung** TEuro
Erträge			
Umsatzerlöse	2.047	2.361	314
sonstige betriebliche Erträge	116	123	7
	2.163	2.484	321
Aufwendungen			
Materialaufwand	88	843	-755
Personalaufwand	2.531	2.490	41
Abschreibungen	262	259	3
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.085	464	621
Zinsergebnis (Aufwandssaldo)	68	56	12
Übriges	81	17	64
	4.115	4.130	-15
Jahresfehlbetrag	**1.952**	**1.646**	**306**

Die Ist-Erträge liegen mit 321 TEuro bzw. 14,8 % über dem Planansatz. Bei den Aufwendungen lag der Materialaufwand deutlich über dem Planansatz. Andererseits fielen die sonstigen betrieblichen Aufwendungen entsprechend niedriger als geplant aus. Dies hängt überwiegend mit dem unterschiedlichen Ausweis der Materialaufwendungen und der sonstigen betrieblichen Aufwendungen im Wirtschaftsplan und in der Gewinn- und Verlustrechnung zusammen. Insgesamt sind die Aufwendungen gegenüber dem Planansatz um 15 TEuro geringer. Im Vergleich zum Wirtschaftsplan fiel der Jahresfehlbetrag um 306 TEuro niedriger aus.

6. Feststellungen gemäß § 53 HGrG

Bei meiner Prüfung habe ich auftragsgemäß die Vorschriften des § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HGrG beachtet. Dementsprechend habe ich auch geprüft, ob die Geschäfte ordnungsgemäß, d.h. mit der erforderlichen Sorgfalt und in Übereinstimmung mit den einschlägigen handelsrechtlichen Vorschriften, den Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und der Geschäftsordnung für die Geschäftsführung geführt worden sind.

Die erforderlichen Feststellungen habe ich in diesem Bericht und in Anlage 9 (Prüf- und Erhebungsliste zu den Feststellungen nach § 53 HGrG auf der Grundlage des IDW PS 720-Fragenkatalogs zur Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG) dargestellt. Über diese Feststellungen hinaus hat meine Prüfung keine Besonderheiten ergeben, die nach meiner Auffassung für die Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung von Bedeutung sind.

7. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks und Schlussbemerkung

Nach dem Ergebnis meiner Prüfung habe ich am 9. Dezember 2024 dem als Anlagen 1 bis 4 beigefügten Jahresabschluss der Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH, Bad Salzdetfurth, zum 31. Dezember 2023 und dem als Anlage 5 beigefügten Lagebericht für das Geschäftsjahr 2023 den folgenden Bestätigungsvermerk erteilt, der von mir an dieser Stelle wiedergegeben wird:

"**BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS**

An die Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH

Prüfungsurteile

Ich habe den Jahresabschluss der Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2023 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus habe ich den Lagebericht der Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023 geprüft.

Nach meiner Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2023 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erkläre ich, dass meine Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Ich habe meine Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Meine Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ meines Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Ich bin von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und habe meine sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Ich bin der Auffassung, dass die von mir erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für meine Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrates für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Meine Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der meine Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung übe ich pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahre eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifiziere und beurteile ich die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, plane und führe Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlange Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für meine Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinne ich ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteile ich die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehe ich Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls ich zu dem Schluss komme, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, bin ich verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, mein jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Ich ziehe meine Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum meines Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteile ich Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteile ich den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.

- führe ich Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehe ich dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteile die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen gebe ich nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Ich erörtere mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die ich während meiner Prüfung feststelle."

Vorstehenden Prüfungsbericht erstatte ich in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Erstellung von Prüfungsberichten (IDW PS 450 n.F. (10.2021)).

Die Verwendung des vorstehend wiedergegebenen Bestätigungsvermerks außerhalb dieses Prüfungsberichts setzt meine vorherige Zustimmung voraus.

Die Veröffentlichung oder Weitergabe des Jahresabschlusses und/oder Lageberichts in einer von der bestätigten Fassung abweichenden Form (einschließlich der Übersetzung in andere Sprachen) erfordert meine erneute Stellungnahme, soweit dabei mein Bestätigungsvermerk zitiert oder auf meine Prüfung hingewiesen wird. Ich weise diesbezüglich auf § 328 HGB hin.

Hildesheim, 9. Dezember 2024

_____

Dipl.-Kfm. Claus Hellberg
Wirtschaftsprüfer

Anlagen

zum Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2023 und des Lageberichts für das Geschäftsjahr 2023

der

Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH

Bad Salzdetfurth

BILANZ

Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH

Bad Salzdetfurth

zum

31. Dezember 2023

AKTIVA

	Euro	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
1. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		11.706,00	12.913,00
II. Sachanlagen			
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	2.382.711,00		2.506.915,00
2. technische Anlagen und Maschinen	205.576,00		220.958,00
3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	846.822,00		902.057,00
4. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	43.463,02		23.047,30
		3.478.572,02	3.652.977,30
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte			
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		23.830,82	28.788,72
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	90.065,34		97.949,14
2. Forderungen gegen Gesellschafter	67.463,71		4.002,19
3. sonstige Vermögensgegenstände	43.113,29		67.308,22
		200.642,34	169.259,55
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks		1.666.224,52	1.631.998,51
C. Rechnungsabgrenzungsposten		8.876,37	9.736,95
		5.389.852,07	5.505.674,03

PASSIVA

	Euro	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital		1.100.000,00	1.100.000,00
II. Kapitalrücklage		2.500.147,41	2.581.995,98
III. Jahresfehlbetrag		-1.646.481,80	-1.733.848,57
B. Rückstellungen			
1. sonstige Rückstellungen		222.900,00	239.565,00
C. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten - davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 159.241,56 (Euro 152.641,56) - davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr Euro 2.658.150,78 (Euro 2.823.992,34)	2.817.392,34		2.976.633,90
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen - davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 161.262,46 (Euro 155.656,62)	161.262,46		155.656,62
3. Verbindlichkeiten gegenüber dem Land Niedersachsen - davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 23.465,15 (Euro 22.781,70) - davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr Euro 27.696,47 (Euro 51.161,63)	51.161,62		73.943,32
4. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern - davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 52.731,20 (Euro 0,00)	52.731,20		0,00
5. sonstige Verbindlichkeiten - davon aus Steuern Euro 86.045,55 (Euro 54.393,36) - davon im Rahmen der sozialen Sicherheit Euro 80,14 (Euro 0,00) - davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 130.573,84 (Euro 111.666,42)	130.573,84		111.666,42
		3.213.121,46	3.317.900,26
D. Rechnungsabgrenzungsposten		165,00	61,36
		5.389.852,07	5.505.674,03

1-044-

ANLAGENSPIEGEL

Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH

Bad Salzdetfurth

Für das Geschäftsjahr 2023

	Anschaffungs-, Herstellungs-kosten 01.01.2023	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Anschaffungs-, Herstellungs-kosten 31.12.2023	kumulierte Abschreibungen 01.01.2023	Abschreibungen Geschäftsjahr	Abgänge	Umbuchungen	kumulierte Abschreibungen 31.12.2023	Zuschreibungen Geschäftsjahr	Buchwert 31.12.2023
	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro
A. Anlagevermögen												
I. Immaterielle Vermögensgegenstände												
1. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	24.285,27	0,00	1.636,12	0,00	22.649,15	11.372,27	1.205,00	1.634,12	0,00	10.943,15	0,00	11.706,00
Summe immaterielle Vermögensgegenstände	24.285,27	0,00	1.636,12	0,00	22.649,15	11.372,27	1.205,00	1.634,12	0,00	10.943,15	0,00	11.706,00
II. Sachanlagen												
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	7.690.663,27	24.061,34	0,00	0,00	7.714.724,61	5.183.748,27	148.265,34	0,00	0,00	5.332.013,61	0,00	2.382.711,00
2. technische Anlagen und Maschinen	1.377.452,16	0,00	0,00	0,00	1.377.452,16	1.156.494,16	15.382,00	0,00	0,00	1.171.876,16	0,00	205.576,00
3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	3.431.167,47	50.816,01	43.716,66	0,00	3.438.266,82	2.529.110,47	94.424,81	32.090,46	0,00	2.591.444,82	0,00	846.822,00
4. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	23.047,30	20.415,72	0,00	0,00	43.463,02	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	43.463,02
Summe Sachanlagen	12.522.330,20	95.293,07	43.716,66	0,00	12.573.906,61	8.869.352,90	258.072,15	32.090,46	0,00	9.095.334,59	0,00	3.478.572,02
Summe Anlagevermögen	12.546.615,47	95.293,07	45.352,78	0,00	12.596.555,76	8.880.725,17	259.277,15	33.724,58	0,00	9.106.277,74	0,00	3.490.278,02

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH

Bad Salzdetfurth

für die Zeit vom
1. Januar 2023 bis 31. Dezember 2023

	Euro	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
1. Umsatzerlöse		2.360.931,10	2.055.118,66
2. Gesamtleistung		2.360.931,10	2.055.118,66
3. Sonstige betriebliche Erträge		122.665,36	157.712,56
4. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	522.539,36		561.443,88
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	320.837,65		342.100,13
		843.377,01	903.544,01
5. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	1.983.803,32		1.786.421,43
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	506.453,44		496.945,06
		2.490.256,76	2.283.366,49
- davon für Altersversorgung Euro 93.689,89 (Euro 108.903,73)			
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		259.277,15	257.053,77
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen		463.784,50	411.361,38
8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		10.990,50	551,39
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		67.276,60	74.474,58
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		0,00	143,10
11. Ergebnis nach Steuern		-1.629.385,06	-1.716.560,72
12. sonstige Steuern		17.096,74	17.287,85
13. Jahresfehlbetrag		1.646.481,80	1.733.848,57

ANHANG

Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH

Bad Salzdetfurth

zum

31. Dezember 2023

I. Angaben und Begründungen zur Form der Darstellung von Bilanz bzw. Gewinn- und Verlustrechnung zum 31. Dezember 2023

Die Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH mit Sitz in Bad Salzdetfurth ist beim Registergericht Hildesheim unter der Handelsregisternummer HRB 368 eingetragen.

Der vorliegende Jahresabschluss wurde gemäß §§ 242 ff. und §§ 264 ff. HGB sowie nach den einschlägigen Vorschriften des GmbHG und des Gesellschaftsvertrages aufgestellt.

Für die Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung wurde das Gesamtkostenverfahren (§ 275 Abs. 2 HGB) gewählt. Der Jahresabschluss wurde unter Annahme der Unternehmensfortführung aufgestellt.

Den einzelnen Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung wurde der entsprechende Betrag des vorhergehenden Geschäftsjahres gegenübergestellt (§ 265 Abs. 2 HGB).

Von der Möglichkeit, Berichtspflichten im Anhang, statt in der Bilanz bzw. Gewinn- und Verlustrechnung zu erfüllen, wurde Gebrauch gemacht.

Von den größenabhängigen Erleichterungen des § 288 Abs. 1 HGB wurde teilweise Gebrauch gemacht.

Das gesetzliche Gliederungsschema ist um folgende Positionen erweitert worden:

- Forderungen gegen Gesellschafter
- Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern
- Verbindlichkeiten gegenüber dem Land Niedersachsen

Dies dient dazu den Informationsgehalt der Bilanz durch Trennung der Posten zu erweitern.

ANHANG

Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH

Bad Salzdetfurth

zum

31. Dezember 2023

II. Erläuterungen zu den Posten von Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

1. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die immateriellen Vermögensgegenstände und Sachanlagen werden zu Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen bewertet.

Die planmäßigen Abschreibungen erfolgen nach der linearen AfA-Methode unter Anwendung der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer. Auf Neuzugänge wird die Abschreibung anteilig ab dem Zugangsmonat in gleichen Jahresbeträgen (pro rata temporis) abgeschrieben.

Geringwertige Vermögensgegenstände (GWG) mit Anschaffungskosten von € 250,00 bis zu € 1.000,00 (netto) werden gemäß einem steuerlichen Wahlrecht in jährlich zu bildende Sammelposten eingestellt und über fünf Jahre abgeschrieben.

Investitionszuschüsse werden aktivisch von den Anschaffungs- und Herstellungskosten der bezuschussten Vermögensgegenstände gekürzt.

Die Bewertung der Vorräte erfolgt zu letzten Einstandspreisen.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, Forderungen gegen Gesellschafter und die sonstigen Vermögensgegenstände wurden zum Nominalwert bilanziert. Die erkennbaren Ausfallrisiken bei den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind durch angemessene Abwertungen berücksichtigt. Sämtliche Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände haben eine Restlaufzeit bis zu einem Jahr.

Die flüssigen Mittel sind zum Nennwert angesetzt.

Als Rechnungsabgrenzungsposten werden Einnahmen bzw. Ausgaben vor dem Bilanzstichtag, die Ertrag bzw. Aufwand für eine gewisse Zeit danach darstellen, erfasst.

Das Eigenkapital wird mit dem Nominalbetrag angesetzt.

Die Rückstellungen sind mit ihren Erfüllungsbeträgen angesetzt, die sich nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung ergeben. Alle erkennbaren Risiken wurden berücksichtigt.

ANHANG

Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH

Bad Salzdetfurth

zum

31. Dezember 2023

Die Verbindlichkeiten wurden mit den Erfüllungsbeträgen passiviert. Ein Darlehn ist mit Zins-Swap-Geschäften zu Bewertungseinheiten zusammengefasst.

2. Angaben zu Posten der Bilanz

Die Gliederung und Entwicklung des Anlagevermögens zeigt der Anlagennachweis (siehe Anlage).

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen belaufen sich auf T€ 90 (Vorjahr T€ 98). Diese betreffen hauptsächlich die Nutzung des Solebades und die Abrechnung der Abgabe von Kurmitteln.

Von den sonstigen Vermögensgegenständen entfallen T€ 4 auf Nebenkosten-Restforderungen aus Pachtverhältnissen (Vorjahr T€ 1), T€ 0 auf Investitionszuschüsse (Vorjahr T€ 7 von BAFA und KfW), Restzuschuss Fremdenverkehr T€ 0 (Vorjahr T€ 21, laufendes Jahr vgl. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern), EC-Einnahmen T€ 6 (Vorjahr T€ 3), Schlussregulierung eines Versicherungsfalls T€ 4 (Vorjahr T€ 0), KSt-/Solz-Erstattungsanspruch T€ 3 (Vorjahr T€ 0) sowie Forderungen aus Umsatzsteuer aufgrund von Vorsteuerüberhängen T€ 5 (Vorjahr T€ 6). Forderungen gegen Gesellschafter sind ausgewiesen mit 67 T€ (Vorjahr 4 T€).

Das gezeichnete Kapital wird in Höhe von € 1.100.000,00 auf Grund der im Jahr 2018 durch die Gesellschafter beschlossenen Kapitalerhöhung ausgewiesen. Somit ergeben sich für die Gesellschafter folgende Einlagen: Landkreis Hildesheim T€ 561, Stadt Bad Salzdetfurth T€ 539. Die von den Gesellschaftern unterjährig geleisteten Beträge werden in der Kapitalrücklage ausgewiesen. Im Geschäftsjahr 2023 wurden T€ 1.652 (Vorjahr T€ 1.854) von den Gesellschaftern in die Kapitalrücklage eingezahlt. Übernommen wurde auch die Kapitalrücklage in Höhe von 75 T€, die aus dem Übergang des ehemaligen Eigenbetriebes der Stadt Bad Salzdetfurth resultiert. Der Jahresfehlbetrag des Geschäftsjahres 2022 von T€ 1.734 (Vorjahr T€ 1.832) wurde auf Beschluss der Gesellschafter durch eine Entnahme aus der Kapitalrücklage ausgeglichen.

ANHANG

Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH

Bad Salzdetfurth

zum

31. Dezember 2023

Von den sonstigen Rückstellungen entfallen T€ 22 (Vorjahr T€ 44) auf Aufwandsrückstellungen, T€ 67 (Vorjahr T€ 66) auf Personalrückstellungen für noch ausstehende Urlaubsverpflichtungen, T€ 34 (Vorjahr T€ 34) auf Jahresabschlusserstellung und -prüfung, T€ 6 (Vorjahr T€ 12) auf unterlassene Instandhaltungen, T€ 13 (Vorjahr 13 T€) Aufbewahrungsverpflichtungen, T€ 74 (Vorjahr T€ 63) auf Ansprüche von Überstunden und T€ 7 (Vorjahr T€ 7) auf Jubiläumsverpflichtungen.

Für die Verbindlichkeiten bestehen folgende Restlaufzeiten (Vorjahr in Klammern):

		Restlaufzeiten		
	Gesamt	*≤ 1 Jahr*	*> 1 Jahr*	*davon > 5 Jahre*
	T€	*T€*	*T€*	*T€*
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.817 (2.977)	159 (153)	2.658 (2.824)	2.052 (2.229)
Verbindlichkeiten gegenüber dem Land Niedersachsen	51 (74)	23 (23)	28 (51)	0 (0)
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	161 (156)	161 (156)	0 (0)	0 (0)
Sonstige Verbindlichkeiten	131 (111)	131 (111)	0 (0)	0 (0)
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	53 (0)	53 (0)	0 (0)	0 (0)
	3.213 (3.318)	**527 (443)**	**2.686 (2.875)**	**2.052 (2.229)**

Die Verbindlichkeiten gegenüber dem Land Niedersachsen betreffen ein langfristig gewährtes Darlehen.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen beinhalten im Wesentlichen Verbindlichkeiten aus Energie- und Wasserlieferungen und Abwasserentsorgung T€ 81 (Vorjahr T€ 94), Wartungs- und Instandhaltungsarbeiten T€ 33 (Vorjahr T€ 35). Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern aus Lieferungen und Leistungen betragen T€ 53 (Vorjahr T€ 0).

ANHANG

Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH

Bad Salzdetfurth

zum

31. Dezember 2023

Die sonstigen Verbindlichkeiten entfallen u.a. mit T€ 24 (Vorjahr T€ 23) auf noch abzuführende Lohn- und Kirchensteuern, Auszahlung von geleisteten Überstunden T€ 7 (Vorjahr T€ 4), VBL-Beiträge T€ 2 (Vorjahr T€ 0), Erbpacht T€ 13 (Vorjahr T€ 0), auf den USt-Bereich entfallen T€ 62 (Vorjahr T€ 31) und mit T€ 15 (Vorjahr T€ 15) auf abgegrenzte Eintritts-Mehrfachkarten für das Solebad.

Sämtliche Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind durch Grundschulden bzw. durch Bürgschaften der Gesellschafter in voller Höhe besichert. Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sind durch üblichen Eigentumsvorbehalt gesichert.

Durch die Zusatzversorgung der Arbeitnehmer aufgrund des Tarifvertrages über die zusätzliche Altersversorgung der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes – Altersvorsorge-TV-Kommunal (ATV-K) vom 01.03.2002 i.d.F. vom 12.03.2003 ergibt sich eine mittelbare Pensionsverpflichtung gem. Art. 28 EGHGB. Der Arbeitgeber hat den Arbeitnehmer nach Maßgabe des § 2 ATV-K bei der Versorgungskasse des Bundes und der Länder (VBL) zu versichern. Aufgrund des Finanzierungsverfahrens der VBL (sog. gleitendes Anwartschaftsdeckungsverfahren) ergibt sich aus handelsrechtlicher Sicht eine Unterdeckung der bestehenden Verpflichtungen. Ihre Leistungen finanziert die VBL über ein modifiziertes Abschnittdeckungsverfahren (Umlageverfahren). Eine Aussage über die Höhe des auf den Betrieb entfallenden, nicht durch Kassenmittel der VBL gedeckten Anteils der Unterdeckung kann nach dem derzeitigen Informationsstand nicht getroffen werden. Der VBL-Umlagesatz beträgt zurzeit 5,49 % für den Arbeitgeber und 1,81 % für den Arbeitnehmer. Die Höhe der umlagepflichtigen Löhne und Gehälter betrug im Berichtsjahr T€ 1.709 (Vorjahr T€ 1.635).

ANHANG

Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH

Bad Salzdetfurth

zum

31. Dezember 2023

---

3. Angaben zu Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung

Von den Umsatzerlösen von T€ 2.361 (Vorjahr T€ 2.055) entfallen auf die einzelnen Betriebszweige:

Solebad incl. Sauna	1.227 T€	(Vorjahr	975 T€)
Kurmittelerlöse	710 T€	(Vorjahr	710 T€)
Therapieerlöse Solebad	250 T€	(Vorjahr	213 T€)
Kurbeiträge	143 T€	(Vorjahr	128 T€)
Pachten	27 T€	(Vorjahr	26 T€)
Sonstige Umsatzerlöse	4 T€	(Vorjahr	3 T€)
	2.361 T€	(Vorjahr	2.055 T€)

Die sonstigen betrieblichen Erträge belaufen sich auf T€ 123 (Vorjahr T€ 158). Innerhalb der sonstigen betrieblichen Erträge entfallen T€ 62 (Vorjahr T€ 97) auf den Fremdenverkehrszuschuss, sowie T€ 26 (Vorjahr T€ 13) auf außerordentliche und periodenfremde Erträge.

Der Materialaufwand enthält insbesondere die Energie- und Wasserbezugskosten T€ 416 (Vorjahr T€ 396) sowie die Instandhaltungsaufwendungen T€ 256 (Vorjahr T€ 172).

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind Aufwendungen für die Kurparkunterhaltung und die Außenanlagen T€ 85 (Vorjahr T€ 104), Instandhaltungen T€ 7 (Vorjahr T€ 5), Rechts- und Beratungskosten T€ 69 (Vorjahr T€ 1), Abwasser- und Anliegergebühren T€ 32 (Vorjahr T€ 33), die Gästeunterhaltung mit T€ 1 (Vorjahr T€ 1), Erbbauzinsen/Wasserentnahmegebühr T€ 39 (Vorjahr T€ 38) und die periodenfremden Aufwendungen T€ 0 (Vorjahr T€ 7) enthalten.

III. Angaben zum Jahresergebnis

Es wurde ein Jahresfehlbetrag von T€ 1.646 (Vorjahr T€ 1.734) erwirtschaftet. Es ist beabsichtigt, dass der Jahresfehlbetrag durch Entnahme aus der Kapitalrücklage ausgeglichen wird.

ANHANG

Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH

Bad Salzdetfurth

zum

31. Dezember 2023

IV. Ergänzende Angaben

1. Zusammensetzung der Organe, Aufwendungen der Organe

Gesellschafter sind der Landkreis Hildesheim und die Stadt Bad Salzdetfurth mit rd. 51 % bzw. rd. 49 % der Anteile.

Geschäftsführer war Herr Thomas Oelker (Dipl. Verwaltungswirt FH) bis zum 31.12.2023. Seit 01.01.2024 hat Herr Frank Hasse (Verwaltungsangestellter mit zweiter Angestelltenprüfung, Fachrichtung Kommunalverwaltung) die Geschäftsführung übernommen. Dem Geschäftsführer obliegt die operative und technische Leitung der Gesellschaft. Von den Aufstellungserleichterungen gemäß § 288 HGB für kleine Kapitalgesellschaften i.S.v. § 267 Abs. 1 HGB wurde durch Verzicht von Angaben zu den für die Mitglieder der Geschäftsführung gewährten Gesamtbezügen Gebrauch gemacht.

ANHANG

Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH

Bad Salzdetfurth

zum

31. Dezember 2023

Mitglieder des Aufsichtsrats waren per 31.12.2023:

Herr Werner Preissner,
Vorsitzender,
kaufmännischer Angestellter

Herr Andreas Koschorrek,
stellvertr. Vorsitzender,
techn. Betriebswirt, Bad Salzdetfurth

Herr Gustav Beckmann
Maurermeister, Bad Salzdetfurth

Herr Björn Gryschka
Bürgermeister, Bad Salzdetfurth

Herr Friedhelm Gabel,
Landmaschinentechniker, Bad Salzdetfurth

Herr Jürgen Hake
Schlossermeister, Bad Salzdetfurth

Herr Mathias Mörke
Sparkassenbetriebswirt, Bad Salzdetfurth

Herr Holger Schröter-Mallohn
Lehrer, Nordstemmen

Herr Bernd Lynack,
Landrat, Hildesheim

Die Gesamtbezüge für den Aufsichtsrat betrugen im Geschäftsjahr 2023 € 10.262,70 (Vorjahr € 10.266,12).

ANHANG

Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH

Bad Salzdetfurth

zum

31. Dezember 2023

---

2. Belegschaft

Die Gesellschaft beschäftigte im Geschäftsjahr 2023 durchschnittlich 62 Mitarbeiter, davon durchschnittlich 48 Teilzeitkräfte.

3. Sonstige Angaben

Außerbilanzielle Geschäfte wurden im Berichtsjahr nicht vorgenommen. Das Gesamthonorar des Abschlussprüfers für das Berichtsjahr beträgt T€ 12 (Vorjahr T€ 12).

Zur Steuerung und Begrenzung eines Zinsänderungsrisikos wurden zwei Zins-Swap-Geschäfte im Jahr 2012 abgeschlossen. Eines der beiden Zins-Swap-Geschäfte war bereits im Vorjahr 2022 ausgelaufen und nicht durch ein Swap Geschäft ersetzt worden. Der negative Marktwert beträgt im Jahr 2023 und für das verbliebene Swap-Geschäft -3.062,89 € (Vorjahr +779,01 €). Zur Ermittlung wird auf externe Bewertungen zurückgegriffen. Zur bilanziellen Abbildung der wirksamen Teile der gebildeten Bewertungseinheiten wird die sog. Einfrierungsmethode (kompensatorische Bewertung) angewendet. Eine getrennte Buchung von Grund- und Sicherungsgeschäft erfolgt nicht (Nettomethode). Die Wirksamkeit dieser Bewertungseinheiten resultiert aus der Übereinstimmung der Parameter und Bedingungen des Grund- und Sicherungsgeschäfts (Critical Term Match-Methode). Der in der Bewertung ausgewiesene Bruttobetrag/Marktwert spiegelt den Barwert des auf den zugrunde liegenden Kapitalwert aggregierten Cash-Flows (feste gegen variable Zinsbasis) wider. Die Summe aller abgezinsten Zahlungsströme ergibt den Barwert. In dem ausgewiesenen Bruttobetrag sind die aufgelaufenen Stückzinsen bereits enthalten. Stückzinsen werden ab dem letzten Abrechnungsdatum bis zum Bewertungsstichtag berechnet. Für die Abzinsung werden laufzeitkongruente Zinssätze (Zero Rates) der entsprechenden Währung herangezogen.

4. Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Sonstige finanzielle Verpflichtungen ergeben sich aus einem Erbpachtvertrag (Erbpacht je Jahr T€ 24; die Verträge haben eine Laufzeit bis 2076 bzw. 2078) sowie aus zwei Kfz-Leasingverträgen (T€ 10 jährlich).

ANHANG

Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH

Bad Salzdetfurth

zum

31. Dezember 2023

---

5. Nachtragsbericht (neue Verträge)

Der Wärmeliefervertrag für das Solebad läuft bis zum 31.12.2023. Es wurde ein Folgevertrag direkt mit dem Wärmehersteller für das Solebad ab 01.01.2024 geschlossen.

Bad Salzdetfurth, den 9. Dezember 2024

Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH

Frank Hasse
- Geschäftsführer –

LAGEBERICHT

Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH

Bad Salzdetfurth

zum

31. Dezember 2023

---

1 Grundlagen der Gesellschaft

Die Gesellschaft betreibt das Therapiezentrum in Bad Salzdetfurth und das Sole-Frei-und-Hallenbad im Ortsteil Detfurth. Darüber hinaus bewirtschaftet das Unternehmen den Kurpark mit den historischen Gradierwerken - gem. Pachtvertrag mit der Stadt Bad Salzdetfurth - und nimmt - gem. Vereinbarung mit der Stadt Bad Salzdetfurth - Aufgaben des Fremdenverkehrs wahr.

Im Therapiezentrum werden therapeutische Leistungen mit den ortsgebundenen Heilmitteln Moor und Sole sowie ergänzende physiotherapeutische Leistungen erbracht. Das Solebad bietet gesundheitsfördernde Leistungen und ein reichhaltiges Saunaangebot an.

Im Bereich der therapeutischen Leistungen wirken sich die gesetzlich verankerten kostendämpfenden Maßnahmen im Gesundheitswesen aus. Die Umsätze im Solebad sind insbesondere durch witterungsbedingte Einflüsse geprägt.

2 Wirtschaftsbericht

2.1 Geschäftsentwicklung und Rahmenbedingungen

Im Geschäftsjahr 2023 wird ein Jahresfehlbetrag von 1.646 T€ (Vorjahr 1.734 T€) ausgewiesen. Das Ergebnis resultiert aus Erträgen von 2.495 T€ (Vorjahr 2.213 T€) sowie Aufwendungen von 4.141 T€ (Vorjahr 3.947 T€). Die Erträge erhöhten sich um 282 T€. Im Einzelnen beliefen sich die Erhöhungen wie folgt: aus Eintrittsgeldern des Solebades und der Sauna + 252 T€, Therapieerlöse Kurmittelhaus +/- 0 T€, Therapieerlöse im Solebad + 37 T€, Einnahmen Fremdenverkehr + 15 T€, Mieten und Pachten + 1 T€ sowie aus sonstigen Erträgen + 1 T€. Der Planansatz von 1.903 T€ (Therapieerlöse Kurmittelhaus u. Solebad, Eintrittsgelder Solebad und sonstige Erlöse) wurde um 299 T€ überschritten.

2.2 Darstellung der Lage der Gesellschaft

2.2.1 Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzsumme beläuft sich im Jahr 2023 auf 5.390 T€ (Vorjahr 5.506 T€). Auf der Aktivseite ist eine Verringerung des langfristig gebundenen Vermögens um 176 T€ auf 3.490 T€ (Vorjahr 3.666 T€) sowie eine Erhöhung der flüssigen Mittel um 34 T€ auf 1.666 T€ (Vorjahr 1.632 T€) zu verzeichnen. Auf der Passivseite der Bilanz minderten sich die langfristigen Verbindlichkeiten durch planmäßige Tilgungen von 181 T€, ohne Sondertilgungsposten, auf 2.870 T€ (Vorjahr 3.051 T€). Die verbliebenen Darlehn werden auch zukünftig planmäßig getilgt. Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen erhöhten sich um 5 T€ auf 161 T€ (Vorjahr 156 T€). Die sonstigen Verbindlichkeiten erhöhten sich um 19 T€ auf 131 T€ (Vj. 112 T€). Das Eigenkapital der Gesellschaft beträgt 1.954 T€. Die Eigenkapitalquote beläuft sich auf 36,3 % (Vorjahr 35,4 %). Die Quote sollte auch im folgenden Geschäftsjahr erreicht werden. Das in der Bilanz ausgewiesene langfristig gebundene Vermögen von 3.490 T€ (Vorjahr 3.666 T€) ist in voller Höhe durch Eigenkapital und langfristige Darlehen finanziert. Diese Deckung gilt auch für die Zukunft.

Die Gesellschafterversammlung hat am 05.12.2023 beschlossen, den Jahresfehlbetrag 2022 unter Berücksichtigung der für 2022 geleisteten Vorauszahlungen, im Verhältnis der Geschäftsanteile, der Kapitalrücklage zu entnehmen. Der Restbetrag verbleibt in der Kapitalrücklage einerseits infolge der geringen Eigenkapitalausstattung und andererseits, weil das Gesundheitswesen sich in einer Phase des strukturellen Umbruchs befindet – und sowohl die Ertragsseite als auch die Aufwandsseite des Unternehmens immer mit einem hohen Risikofaktor behaftet ist. Die Gesellschafter haben unterjährig Einzahlungen in die Kapitalrücklage geleistet.

2.2.2 Ertragslage

Der Kartenverkauf im Solebad entwickelte sich trotz Legionellen-Problematik zunehmend; es war eine außerplanmäßige Schließungszeit aus vorgenanntem Anlass für eine Dauer von etwa drei Wochen erfolgt. Lediglich bei den Therapieerträgen (22.411 Anwendungen im Kurmittelhaus und 27.741 Anwendungen im Solebad) ist insgesamt ein marginales Absinken zu verzeichnen. In 2024 ist bereits wieder ein Anstieg zu beobachten. Der Planansatz von 685 T€ (Therapieerlöse Kurmittelhaus) wurde wieder überschritten um 34 T€. Der Planansatz von 880 T€ (Eintrittsgelder Solebad) wurde deutlich um 150 T€ überschritten. Für die Eintrittsgelder Sauna wurde ein Planansatz von 140 T€ gebildet, der ebenso deutlich um 57 T€ überschritten wurde. Für die Therapieerlöse Solebad wurde ein Planansatz von 195 T€ gebildet, der - einschließlich Wellness - um 55 T€ auch überschritten wurde. Bei den sonstigen Erträgen wurde ein Ansatz von 3 T€ gebildet, der mit 3 T€ erreicht wurde.

Die Einnahmen aus Kurbeiträgen betrugen 143 T€ (Vorjahr 128 T€). Die Steigerung der Einnahmen ist auf die Beendigung der Corona-Krise zurückzuführen.

Der Tarifabschluss der Lohnrunde 2023 sieht für das Jahr 2023 keine Erhöhung der Tabellenentgelte vor, stattdessen wurde im Rahmen der Tarifeinigung ein sog. Steuer- und sozialabgabenfreies Inflationsausgleichsgeld als Sonderzahlungen für die Monate Juni 2023 bis Dezember 2023 gezahlt. Dies entspricht laut einer Berechnung des KAV Niedersachsen 4,54 %. Die Personalkosten und die sozialen Aufwendungen erhöhen sich dadurch gegenüber dem Vorjahr um 208 T€ auf 2.491 T€.

Die durchschnittliche Beschäftigtenzahl lag im Jahr 2023 bei 62 Beschäftigten.

Der Materialaufwand weist im Bereich der Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe eine Kostenminderung in Höhe von 39 T€ aus und beläuft sich im Jahr 2023 auf 523 T€. Im Bereich der bezogenen Leistungen kam es ebenfalls zu einer Minimierung um 21 T€ auf noch 321 T€. Der Materialaufwand folgt auch in der Zukunft zu weiten Teilen den Erlösen.

Infolge der erwähnten Umsatzsteigerungen in allen Bereichen verringerte sich der Jahresfehlbetrag im Geschäftsjahr 2022 auf 1.646 T€. Die Umsatzsteigerungen beruhen auch auf der Beendigung der Corona-Pandemie.

2.2.3 Investitionen

Im Geschäftsjahr 2023 wurden insgesamt 95 T€ in das Anlagevermögen investiert. Hiervon entfielen auf Betriebs- und Geschäftsausstattung 15 T€ (2 Förderpumpen 7 T€, Telekommunikationsanlage 2 T€, GWG 6 T€) sowie 17 T€ auf Anlagen im Bau (2. Bauabschnitt der Sanierung der Trinkwasseranlage 8 T€, Erstellung von 2 neuen KG-Räumen 9 T€) im Kurmittelhaus und 24 T€ auf Gebäude (Brandmeldeanlage 3 T€, Gefahrenmeldeanlage 10 T€, Versorgungsleitungen 11 T€), 36 T€ auf Betriebs- und Geschäftsausstattung (Hochdruckreiniger 4 T€, Solarium 7 T€, Rolltoranlage 13 T€, Tresor 6 T€, Kassensystem 2 T€, GWG 4 T€) sowie 3 T€ auf Anlagen im Bau (Ertüchtigung der Trinkwasseranlage) im Solebad. Auch im kommenden Jahr ist mit steigenden Investitionskosten zu rechnen. So soll der 2. BA „Erneuerung der Wasserleitungen“ im Kurmittelhaus fertiggestellt werden. Hierfür sind im Jahr 2024 insgesamt 250 T€ einkalkuliert, nachdem von dem bereits für 2023 eingeplanten Betrag i. H. v. 250 T€ wegen Verzögerungen bei der Planungs- und Bauausführung lediglich eine Teilsumme von 8 T€ verwendet werden konnte. Im Bereich des Solebades sind 40 T€ für die Sanierung der Trinkwasseranlage, 15 T€ für erneute Betonsanierungen und Bauwerksdiagnostik und 36 T€ für allgemeine Investitionen geplant.

2.2.4 Finanzinstrumente

Zur Steuerung und Begrenzung eines Zinsänderungsrisikos waren zwei Zins-Swap-Geschäfte im Jahr 2012 abgeschlossen worden, wovon eines bereits im Jahr 2022 ersatzlos ausgelaufen war. Der negative Marktwert beträgt im Jahr 2023 für das verbliebene Swap-Geschäft – 3.062,89 €.

3 Prognose-, Chancen- und Risikobericht

3.1 Prognosebericht

Der für 2024 erwartete Jahresfehlbetrag beträgt nach dem genehmigten Wirtschafts-plan 2.395 T€. Ein bestandsgefährdendes Risiko für die Gesellschaft besteht dadurch nicht. Die Gesellschafter haben sich in einem Grundlagenbeschluss dazu verpflichtet, unterjährige Einzahlungen in die Kapitalrücklage zur Abdeckung der in den Wirtschaftsplänen ausgewiesenen Jahresfehlbeträge zu leisten und damit eine Überschuldung sowie eine Zahlungsunfähigkeit der Gesellschaft zu vermeiden. Im Geschäftsjahr 2023 wurden unterjährig Einzahlungen der Gesellschafter in die Kapitalrücklage in Höhe von 1.652 T€ geleistet. Der Verlust 2022 von 1.734 T€ wurde gemäß Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 05.12.2023 durch eine Entnahme aus der Kapitalrücklage ausgeglichen. Auch im Jahr 2024 erfolgen planmäßige Einzahlungen von Abschlägen beider Gesellschafter in die Kapitalrücklage.

In den politischen Diskussionen der kommunalen Gremien der Gesellschafter werden die sogenannten freiwilligen Leistungen insbesondere im Hinblick auf die angespannten Haushaltssituationen kritisch überprüft. Dies vorausgeschickt, haben sich durch den Gesellschaftsvertrag sowohl die Stadt Bad Salzdetfurth als auch der Landkreis Hildesheim zu dem dauerhaften Ausgleich bekannt.

LAGEBERICHT

Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH

Bad Salzdetfurth

zum

31. Dezember 2023

Das Jahr 2024 war von intensiven Überlegungen zum 45 Jahre alten Solebades geprägt. Eine politische Grundsatzentscheidung war im Jahr 2024 avisiert, diese ist jedoch zum Zeitpunkt dieses Berichtes noch nicht erfolgt. Daher ist vor diesem Hintergrund von einer weiterhin anhaltenden Übernahme der Unternehmensverluste auszugehen.
Die jeweiligen Beschlusslagen, die die Gesellschaftervertreter für ihr Handeln ermächtigen liegen der Kurbetriebsgesellschaft nicht vor.

Die bekannten Steuerungsgrößen der Gesellschaft (Kartenverkäufe und Anwendungen) haben sich im Geschäftsjahresverlauf 2024 positiv entwickelt. Trotz einiger im Betrieb liegender Widrigkeiten ist die Nachfrage im Bereich der therapeutischen Ansätze insbesondere für Dauerpatienten nahezu ungebrochen.

Die detaillierte Budgetplanung der Gesellschaft für 2024 geht davon aus, dass das negative Ergebnis über dem Vorjahreswert liegen wird. Diese Entwicklung ergibt sich aufgrund des Alters der baulichen Substanz und aufgrund unvorhergesehener unaufschiebbarer Ersatzmaßnahmen bzw. -beschaffungen.

Die bisherigen personellen Vakanzen im Therapiebereich des Kurmittelhauses konnten abgebaut und damit die Wartezeiten reduziert werden, es besteht jedoch weiterhin eine quantitative Erhöhung der Patient*innen/Kundenzahlen, was trotz der hohen Nachfrage nach Therapieleistungen eine große Herausforderung darstellt. Dies insbesondere, da es im Personalbereich häufigen zu längeren krankheitsbedingten Ausfällen kommt.

Dies vorausgeschickt ist jedoch im Vergleich des Jahres 2023 zur Prognose 2024 (Basis Dezember 2024) von einer Steigerung der Erträge auszugehen.

Auch im Solebad ist ein stärkeres Umsatzplus zu erwarten. Hier scheinen die in 2024 vorgenommenen weitergehenden und intensiveren Werbemaßnahmen und Kooperationen Erfolge zu zeigen. Dies ist allerdings nur bis zu einem begrenzten Punkt möglich, da sich eine weitere Steigerung nur mit einer verbesserten Attraktivität erreichen lässt. Auch sind besondere Events und Ausweitungen von Angeboten zukünftig noch stärker in den Fokus zu rücken.

Im Ausgabenbereich ist der Personalaufwand ein wesentlicher Punkt.

Hinsichtlich der übrigen Aufwendungen wird von einer nur moderaten Zunahme auch in der Zukunft ausgegangen.

Davon ausgenommen ist jedoch der Energiebereich. Hier hat, bedingt durch die neue Vertragsgestaltung mit der Biogasanlage zum Jahreswechsel 2023/2024 ab dem 01.01.2024 eine deutliche Preissteigerung stattgefunden. Auch im Bereich des Stroms wird durch das Auslaufen des bisherigen Vertrages ab 2025 von einer (deutlichen) Erhöhung auszugehen sein.

3.2 Risikobericht

Der Verband der Ersatzkassen (VdeK) und die Primärkassen (ehemals Kassen der Reichsversicherungsordnung) haben auch ab 2024 Veränderungen bei den Heilmittelpreisen bekanntgegeben. Bei den Therapieleistungen ergeben sich grundsätzlich Risiken durch weitere Veränderungen aufgrund gesundheitspolitischer Maßnahmen. Künftige Preisanpassungen durch die Krankenkassenverbände (Vdek/RVO) werden kaum nennenswert sein und sich maximal im Rahmen der Grundlohnsummensteigerungen bewegen.

Auch die Besucherzahlen im Solebad sind weiterhin sehr witterungsabhängig. Bei den Aufwendungen ist auch in den kommenden Jahren ein besonderes Augenmerk auf die Personal- und Energiekosten zu legen sein. Ab dem Jahr 2025 sind neue Tarifverhandlungen angesetzt. Die Energiekosten sind bereits gestiegen und werden auch in den kommenden Jahren weiter aufwachsen, da die derzeitigen Preise bedingt durch das Embargo gegen Russland nach wie vor hoch sind.

Des Weiteren ist auch in den kommenden Jahren ein besonderes Augenmerk auf das nunmehr 45 Jahre alte Solebad zu legen. Die jährlich durchgeführten Betonsanierungsarbeiten haben sich dabei positiv auf die Lebensdauer des Solebades ausgewirkt, so dass mittlerweile die Sanierung des bestehenden Solebades geprüft wurde.

Im Ergebnis haben zwei unabhängige Bau.Ing. die Umsetzung von Sanierungsmaßnahmen bestätigt. Dadurch wäre – ein Beginn in 2025 vorausgesetzt – eine Laufzeitverlängerung von (mind.) 10 Jahren zu erreichen. Dabei ist jedoch besonders zu beachten, dass die bereits seit 2022 ausgewiesene Problematik des Hallendaches eine sehr hohe Priorität erfordert. Hier ist eine Erneuerung im Jahr 2025 dringend geboten.

Die im Jahr 2023 erarbeitete Machbarkeitsstudie für einen Neubau ist in Hinblick auf die allgemeine kommunale Haushaltssituation für beide Gesellschafter zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht darstellbar. Daher erscheint die vorgenannte Sanierung zur Sicherstellung des weiteren Betriebs des Solebades die einzige Möglichkeit.

Die o.g. avisierte Sanierung würde mit einer mind. 6-monatigen Schließung einhergehen. Dies vorausgeschickt sind im Anschluss umfassende Maßnahmen zur „Rückgewinnung“ der bisherigen und neuen Gäste vorzusehen. Darüber hinaus sollte auch eine neuzeitlichere Außendarstellung bzw. Image aufgebaut werde.

Der Aufsichtsrat und die Gesellschaftervertreter werden unterjährig und zeitnah über alle wesentlichen wirtschaftlichen Veränderungen des Unternehmens unterrichtet.

3.3 Chancenbericht

Chancen ergeben sich im Bereich der Therapieerlöse für das Geschäftsjahr 2024 auch aufgrund einer Steigerung der gültigen Heilmittelpreise, eines weiterhin anhaltenden guten Rezeptaufkommens und einer angestrebten rückläufigen Kostenstruktur.

Nach der durchgeführten Sanierung des Solebades könnte im Anschluss durch umfassende Marketing- und Imageaktionen eine neue Außenwahrnehmung erreicht werden, so dass das Solebad ein besonderer Leuchtturm in und um Bad Salzdetfurth wird, und dabei gleichzeitig ein besonders wichtiger Anker für die Einwohner*innen, Patient*innen sowie Gäste und Touristen ist.

Es sind keine weiteren wesentlichen Risiken im kommenden Jahr ersichtlich, die eine künftige Geschäftstätigkeit beeinflussen.

Bad Salzdetfurth, den 9. Dezember 2024

……..

Frank Hasse

Geschäftsführer

Zusammenstellung der Darlehensverbindlichkeiten

Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH

Bad Salzdetfurth

zum

31. Dezember 2023

Kreditgeber Darlehen-Nr.	Höhe des Darlehens Euro	Kontostand zum 31.12.2022 Euro	Zugang 2023 Euro	Zinsen 2023 Euro	Tilgung 2023 Euro	Kontostand zum 31.12.2023 Euro	Zinssatz
Sparkasse Hildesheim Goslar Peine 620077141	1.866.215,37	1.016.448,37	0,00	32.571,60	12.271,00	1.004.177,37	3,27 % (Festzinssatz bis zum 30.12.2024)
Sparkasse Hildesheim Goslar Peine 620129785	306.775,13	30.676,96	0,00	396,89	9.203,28	21.473,68	1,50 % (Festzinssatz bis zum 15.05.2026)
Sparkasse Hildesheim Goslar Peine 620157980	409.033,50	179.167,10	0,00	4.007,00	13.200,00	165.967,10	2,30 % (Festzinssatz bis zum 30.12.2032)
Sparkasse Hildesheim Goslar Peine 620172826	306.775,13	49.083,47	0,00	1.336,98	9.203,28	39.880,19	2,98 % (Festzinssatz bis zum 30.04.2024)
Sparkasse Hildesheim Goslar Peine 620489182	98.000,00	72.500,00	0,00	1.895,88	1.500,00	71.000,00	2,64 % (Festzinssatz bis zum 30.09.2025)
Sparkasse Hildesheim Goslar Peine 620523174	720.000,00	392.400,00	0,00	6.273,00	21.600,00	370.800,00	1,64 % (Festzinssatz bis zum 30.05.2027)
Sparkasse Hildesheim Goslar Peine 6201173581	535.000,00	329.794,00	0,00	4.470,45	17.844,00	311.950,00	1,39 % (Festzinssatz bis zum 30.05.2031)
Sparkasse Hildesheim Goslar Peine 6201410914	680.000,00	486.000,00	0,00	9.642,50	24.000,00	462.000,00	2,03 % (Festzinssatz bis zum 30.03.2029)

Zusammenstellung der Darlehensverbindlichkeiten

Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH

Bad Salzdetfurth

zum

31. Dezember 2023

Kreditgeber Darlehen-Nr.	Höhe des Darlehens Euro	Kontostand zum 31.12.2022 Euro	Zugang 2023 Euro	Zinsen 2023 Euro	Tilgung 2023 Euro	Kontostand zum 31.12.2023 Euro	Zinssatz
Sparkasse Hildesheim Goslar Peine 6201525359	150.000,00	114.300,00	0,00	2.318,20	5.040,00	109.260,00	2,07 % (Festzinssatz bis zum 30.07.2025)
Sparkasse Hildesheim Goslar Peine 6201706246	500.000,00	306.264,00	0,00	2.487,52	45.380,00	260.884,00	0,86 % (Festzinssatz bis zum 30.09.2029)
Land Niedersachsen	695.356,96	73.943,32	0,00	1.876,58	22.781,69	51.161,63	3,00 % (Festzinssatz bis zum 30.06.2026)
	6.573.931,22	3.050.577,22	0,00	67.276,60	182.023,25	2.868.553,97	

Rückstellungsübersicht

Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH

Bad Salzdetfurth

zum

31. Dezember 2023

Entwicklung der Rückstellungen

	Stand 01.01.2023 Euro	Inanspruchnahme Euro	Auflösung Euro	Zuführung Euro	Stand 31.12.2023 Euro
Sonstige Rückstellungen					
Reparaturen:					
Solebad	22.000,00	10.975,00	0,00	0,00	11.025,00
Kurmittelhaus	22.350,00	11.175,00	0,00	0,00	11.175,00
Unterlassene Instandhaltungen	11.600,00	11.181,16	418,84	6.000,00	6.000,00
Jahresabschlusskosten	34.200,00	33.488,10	711,90	34.200,00	34.200,00
Jubiläumsverpflichtungen	7.000,00	0,00	0,00	0,00	7.000,00
Urlaubsrückstellung	66.200,00	66.200,00	0,00	67.000,00	67.000,00
Überstundenrückstellung	63.415,00	63.415,00	0,00	73.700,00	73.700,00
Aufbewahrungspflichten	12.800,00	0,00	0,00	0,00	12.800,00
	239.565,00	196.434,26	1.130,74	180.900,00	222.900,00

Rechtliche Verhältnisse

Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH

Bad Salzdetfurth

zum

31. Dezember 2023

1. Allgemeines

Die Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH besteht seit 1974. Sie ist im Handelsregister beim Amtsgericht Hildesheim unter HRB 368 eingetragen.

Das Stammkapital (gezeichnetes Kapital) beträgt gemäß § 4 des Gesellschaftsvertrages 1.100.000,00 Euro und ist voll eingezahlt. Gesellschafter sind der Landkreis Hildesheim mit 561.000,00 Euro und die Stadt Bad Salzdetfurth mit 539.000,00 Euro. Der derzeit gültige Gesellschaftsvertrag datiert vom 9. August 2017.

Gegenstand des Unternehmens ist gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrages, die zur Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege notwendigen Kurmittelanlagen zu erwerben und zu betreiben, Kurmittel anzubieten sowie die dem Kurbetrieb dienenden Brunnen und Bohrungen, Peloide und Gradierwerke zu fördern, zu errichten und zu betreiben. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die der Erfüllung des Gesellschaftszweckes dienen. Zur Erfüllung dieser Aufgaben kann sie neue Anlagen errichten, vorhandene Anlagen erwerben, sich anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe erwerben, errichten oder pachten.

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Im Berichtsjahr fand eine Gesellschafterversammlung statt.

Der Aufsichtsrat besteht nach den Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages aus neun Mitgliedern. Hiervon entsenden der Landkreis Hildesheim vier und die Stadt Bad Salzdetfurth drei Mitglieder. Darüber hinaus gehören dem Aufsichtsrat die jeweiligen Hauptverwaltungsbeamten des Landkreises Hildesheim und der Stadt Bad Salzdetfurth an. Vorsitzender ist Herr Werner Preissner. Die Aufsichtsratsmitglieder sind im Anhang angegeben.

Der Aufsichtsrat tagte im Berichtsjahr achtmal.

Die Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat datiert vom 22. Mai 1989.

In der Zeit vom 1. Februar 2019 bis zum 31. Dezember 2023 war Herr Thomas Oelker Geschäftsführer. Seit dem1. Januar 2024 bekleidet Herr Frank Hasse dieses Amt. Für die Geschäftsführung liegt eine Geschäftsanweisung vom 29. Januar 1990/29. November 1993 vor.

Rechtliche Verhältnisse

Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH

Bad Salzdetfurth

zum

31. Dezember 2023

2. Vorjahresabschluss

Der von mir geprüfte und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Vorjahresabschluss zum 31. Dezember 2022 wurde am 5. Dezember 2023 von der Gesellschafterversammlung festgestellt. In gleicher Sitzung wurde dem Geschäftsführer und dem Aufsichtsrat Entlastung erteilt. Durch Gesellschafterbeschluss wurden Zahlungen der Gesellschafter in 2023 von TEuro 1.652 in die Kapitalrücklage geleistet und zur Deckung des Fehlbetrages TEuro 1.734 aus der Kapitalrücklage entnommen.

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022 wurde am 29. Januar 2024 im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.

Steuerliche Verhältnisse

Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH

Bad Salzdetfurth

zum

31. Dezember 2023

Die Gesellschaft ist als Kapitalgesellschaft unbeschränkt steuerpflichtig.

Die letzte Lohnsteueraußenprüfung des Finanzamtes Hildesheim fand am 24. Februar 2012 für den Zeitraum vom 1. Januar 2009 bis 31. Dezember 2011 statt. Es ergaben sich keine Steuernachforderungen.

Technisch-wirtschaftliche Grundlagen

Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH

Bad Salzdetfurth

zum

31. Dezember 2023

1. Allgemeines

Die Gesellschaft betreibt ein Solebad mit einer Saunalandschaft sowie ein Kurmittelhaus.

	31. Dezember 2023 Anzahl	31. Dezember 2022 Anzahl
Solebad		
Außenbecken (450 m²)	1	1
Innenbecken (250 m²)	1	1
Therapiebecken (48 m²)	1	1
Kneippbecken (25 m²)	1	1
Whirlpool	1	1
90° Sauna	1	1
60° Sauna	1	1
Dampfbadsauna	1	1
Erdsauna	1	1
Sechs-Eck-Saunablockhaus	1	1
Tauchbecken	2	2
Solarien	0	1
Massageräume	2	2
Wickelraum	1	0
Kurmittelhaus		
Solewannen	2	2
Packungsliegen	7	7
Moorwannen	2	2
Massageräume	8	8
Unterwassermassagewannen	1	3
Gymnastikräume/Physiotherapie	12	10
Solebewegungsbad	1	1
Wellnessräume	2	2
Fußpflegeraum	1	1

2. Wichtige Verträge

Im Pachtvertrag mit der Stadt Bad Salzdetfurth über die Grundstücke und Anlagen "Großer Kurpark" und "Mühlenwiese" wurde anstelle eines Pachtzinses vereinbart, dass die Geländeflächen und baulichen Anlagen einschließlich der Wege und gärtnerischen Anlagen durch die Gesellschaft zu unterhalten und instandzusetzen sind. Der Pachtvertrag wurde am 28. Februar 2005 anlässlich der Generalsanierung der Gradierwerke angepasst. Im Nachtrag vom 11. Oktober 2011 zum vorgenannten Pachtvertrag wurde die gepachtete Fläche durch Herausnahme von Flächen für die Stadt Bad Salzdetfurth verkleinert.

Erbbaurechtsverträge vom 13. September 1977 und 2. November 1979 mit der römisch-katholischen Pfarre Detfurth über Grundstücksflächen zur Errichtung eines Sole-, Frei- und Hallenbades und zur Erweiterung des Kurparks. Die Bestellung des Erbbaurechts erfolgte jeweils für die Zeit von 99 Jahren.

Vereinbarung mit der Stadt Bad Salzdetfurth und den Salze-Kliniken I und II über die Regelung der Erhebung der Kurbeiträge für Patienten der Kliniken. Die Vereinbarung wurde zum 1. Juli 2001 wirksam und hatte eine Laufzeit bis 31. Dezember 2003. Sie verlängerte sich automatisch, wenn nicht eine der Vertragsparteien unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von sechs Monaten zum Jahresende die Vereinbarung gekündigt hat. Eine Kündigung durch die Stadt Bad Satzdetfurth ist mit Wirkung zum 31.12.2024 erfolgt. Ab dem 1. Januar 2025 wird der Kurbeitrag direkt durch die Stadt erhoben.

Wärmelieferungsvertrag vom 14. Dezember 2023 mit einer Laufzeit von acht Jahren für das Solebad; Vertragspartner ist die Bioenergie Bünte GmbH & Co. KG, an der die Stadtwerke Bad Salzdetfurth GmbH mit 34 % beteiligt ist. Eine Verlängerung der Laufzeit um jeweils zwei Jahre tritt ein, wenn der Vertrag nicht von einer der Parteien ein Jahr vor Ablauf gekündigt wird. Eine Kündigung aus wichtigem Grund bleibt möglich. Die vereinbarte Preisstellung gilt zunächst bis zum 31. Dezember 2026 und erhöht sich anschließend nach einer im Vertrag vereinbarten Staffel.

Der Gasliefervertrag für das Therapiezentrum ist für den Zeitraum vom 1. Januar 2022 bis zum 31. Dezember 2024 geschlossen.

In 2021 wurde mit der Gemeindewerke Oberhaching GmbH ein Vertrag als Folgevereinbarung über die Lieferung elektrischer Energie für das Solebad für den Zeitraum 1. Januar 2022 bis 31. Dezember 2024 abgeschlossen. Ebenfalls wurde mit der Überlandwerk Leinetal GmbH, Gronau, ein Vertrag über die Lieferung elektrischer Energie für das Kurmittelhaus für den Zeitraum vom 1. Januar 2024 bis zum 31. Dezember 2024 abgeschlossen.

Im Übrigen wurden Verträge von wesentlicher Bedeutung, die die Gesellschaft über den Rahmen des im Geschäftsverkehr Üblichen hinaus verpflichten, nach mir erteilten Auskünften nicht abgeschlossen. Auch wurden solche Verträge nicht gekündigt, geändert oder durch Ablauf gegenstandslos.

3. Versicherungsschutz

Die Haftpflichtrisiken der Gesellschaft aus der Inanspruchnahme durch Dritte aufgrund gesetzlicher Bestimmungen privatrechtlichen Inhalts wegen schuldhaft verursachter Personen-, Sach- oder der Vermögensschäden werden durch den Kommunalen Schadensausgleich Hannover gedeckt. Der Haftpflichtdeckungsschutz wird nicht durch Summen begrenzt.

Die Gebäude der Gesellschaft sind gegen Schäden durch Brand, Blitzschlag und Explosion sowie gegen Leitungswasser- und Sturmschäden versichert. Für das Betriebs- und Geschäftsinventar besteht eine Feuer-, Leitungswasser- und Einbruchdiebstahlversicherung.

Eine Übersicht über Art und Umfang der Versicherungen der Gesellschaft ist in der folgenden Tabelle zusammengestellt.

Objekt/Risiko	Sparte	Versicherer	Police Nr.	Versicherungssumme	Bemerkung
Gesellschaft und Mitarbeiter	Haftpflicht	KSA Hannover	4157	unbegrenzt	Personen-, Sach- u. Vermögensschäden
Gesellschaft und Mitarbeiter	Vermögenseigenschaden	GVV Kommunal Versicherung VvaG	420228	200.000,00	Vollversicherung, Ausschlussfrist 6 Jahre
	Vermögenseigenschaden	GVV Kommunal Versicherung VvaG	420228	300.000,00	Zusatzteilversicherung für Geschäftsführer u.a.
Geschäftsführer und Mitarbeiter	Straf-Rechtsschutz	Württ. Gemeinde Rechtsschutz Versicherung a.G.	V 59 004 537/270	500.000,00	Max. 250.000 Euro/Person
Gebäude, Inventar, Ertragsausf.	Inhalt Unterstraße 87	Gothaer	95 001 039 325	1.075.590,00	Elementarschäden, Selbstbet. max 5.000,00 Euro
	Inhalt Unterstraße 1	Gothaer	95 001 039 325	744.130,00	Elementarschäden, Selbstbet. max 5.000,00 Euro
	Gebäude Unterstraße 87	Gothaer	29 050 337 748	9.353.587,00	gleitender Neuwert Preisbasis 1914 incl. 4 Pavillions
	Gebäude Unterstraße 1	Gothaer	29 050 337 377	20.430.282,00	gleitender Neuwert Preisbasis 1914
	Betriebsschließung Unterstraße	Gothaer	95 001 039 325	600.000,00	Haftzeit 24 Monate Sonderregelung für Pandemie
	Betriebsschließung Solebad	Gothaer	95 001 039 325	600.000,00	Haftzeit 24 Monate Sonderregelung für Pandemie
	Ertragsausfall Unterstraße 87	Gothaer	95 001 039 325	902.000,00	Haftzeit 24 Monate Sonderregelung für Pandemie
	Ertragsausfall Solebad	Gothaer	95 001 039 325	2.278.000,00	Haftzeit 24 Monate Sonderregelung für Pandemie

Objekt/Risiko	Sparte	Versicherer	Police Nr.	Versicherungssumme	Bemerkung
Kurmittelhaus und Solebad	Glasversicherung	Gothaer	95 001 042 951	46.224,00	einschl. Solebad Pavillon
Fuhrpark	Kraftfahrt	KSA Hannover	Diverse	unbegrenzt	Kfz-Haftpflicht
				Zeitwert	Vollkasko
				50.000,00/100.000,00	Tod/Invalidität
				40,00	Tagegeld
				3.000,00	Gepäckschaden

Feststellungen im Rahmen der Prüfung nach § 53 HGrG

Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH

Bad Salzdetfurth

zum

31. Dezember 2023

Feststellungen im Rahmen der Prüfung nach § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz

Fragenkreis 1 : Tätigkeit von Überwachungsorganen und Geschäftsleitung sowie individualisierte Offenlegung der Organbezüge

a) Gibt es Geschäftsordnungen für die Organe und einen Geschäftsverteilungsplan für die Geschäftsleitung sowie ggf. für die Konzernleitung? Gibt es darüber hinaus schriftliche Weisungen des Überwachungsorgans zur Organisation für die Geschäfts- sowie ggf. für die Konzernleitung (Geschäftsanweisung)? Entsprechen diese Regelungen den Bedürfnissen des Unternehmens bzw. des Konzerns?

Eine Geschäftsordnung für die Geschäftsführung besteht nicht. Für die Geschäftsführung ist § 7 des Gesellschaftsvertrages maßgebend. Danach wurde vom Aufsichtsrat eine Geschäftsanweisung erlassen, die u.a. die allgemeine Vertretung des Geschäftsführers durch Handlungsbevollmächtigte und allgemeine Grundsätze für die Geschäftsführung regelt.

Die Aufgaben des Aufsichtsrates sind in den §§ 8 bis 10 des Gesellschaftsvertrages niedergelegt. Außerdem besteht für den Aufsichtsrat eine Geschäftsordnung. Danach überwacht der Aufsichtsrat die Geschäftsführung und ist befugt, dieser Weisungen zu erteilen. Zu den wichtigsten Aufgaben und Entscheidungsbefugnissen des Aufsichtsrates gehören u.a.:

- Zustimmung zum Wirtschaftsplan
- Vorbereitung der sonstigen Beschlüsse der Gesellschaftsversammlung
- Zustimmung zu folgenden Rechtshandlungen: Erwerb, Veräußerung und Belastung von Grundstücken und Rechten, Aufnahme von Darlehen, Führung eines Rechtsstreits, Abschluss, Änderung und Aufhebung von Verträgen, soweit im Einzelfall eine in der Geschäftsordnung des Aufsichtsrates festzulegende Wertgrenze überschritten wird
- Zustimmung zur Festsetzung und Änderung der Gebühren für die abgegebenen Kurmittel

Die Aufgabenverteilung für den Aufsichtsrat und für die Geschäftsführung ist zweckmäßig und entspricht den Bedürfnissen der Gesellschaft.

b) Wie viele Sitzungen der Organe und ihrer Ausschüsse haben stattgefunden, und wurden Niederschriften hierüber erstellt?

Im Geschäftsjahr 2023 fanden acht Aufsichtsratssitzungen statt, über die mir schriftliche Sitzungsprotokolle vorlagen. Im Berichtsjahr hat eine Gesellschafterversammlung stattgefunden.

c) In welchen Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i.S.d. § 125 Abs. 1 Satz 5 des AktG sind die einzelnen Mitglieder der Geschäftsleitung tätig?

Die Geschäftsführer waren während des Berichtsjahrs und sind auch aktuell auskunftsgemäß in keinen Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i.S.d. § 125 Abs. 1 Satz 5 AktG tätig.

d) Wird die Vergütung der Organmitglieder (Geschäftsleitung, Überwachungsorgan) individualisiert im Anhang des Jahresabschlusses/Konzernabschlusses aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung ausgewiesen? Falls nein, wie wird dies begründet?

Der Geschäftsführer erhält seine Bezüge auf der Grundlage eines Dienstvertrages, der vom Aufsichtsrat beschlossen wird. Von den Aufstellungserleichterungen gemäß § 288 HGB für kleine Kapitalgesellschaften wurde zulässigerweise durch Verzicht von Angaben zu den für die Mitglieder der Geschäftsführung gewährten Gesamtbezügen Gebrauch gemacht. Die Aufwendungen für den Aufsichtsrat sind zutreffend im Anhang angegeben.

<u>Fragenkreis 2:</u> Aufbau- und ablauforganisatorische Grundlagen

a) Gibt es einen den Bedürfnissen des Unternehmens entsprechenden Organisationsplan, aus dem Organisationsaufbau, Arbeitsbereiche und Zuständigkeiten/Weisungsbefugnisse ersichtlich sind? Erfolgt dessen regelmäßige Überprüfung?

Die Gesellschaft verfügt über einen Organisationsplan, aus dem der Organisationsaufbau, die Arbeitsbereiche und Zuständigkeiten/Weisungsbefugnisse ersichtlich sind. Sie sind im Risikomanagementhandbuch hinterlegt, das einer jährlichen Überprüfung unterliegt.

Die Aufbauorganisation in den kaufmännischen und technischen Abteilungen ist in Form eines "Organigramms" dargestellt. Für die Gesellschaft existieren zahlreiche Einzelregelungen für die kaufmännischen und technischen Abteilungen, die in Dienstanweisungen und Betriebsanweisungen schriftlich festgehalten sind.

b) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass nicht nach dem Organisationsplan verfahren wird?

Nach meinen Feststellungen wird den Regelungen entsprechend verfahren.

c) Hat die Geschäftsleitung Vorkehrungen zur Korruptionsprävention ergriffen und dokumentiert?

Vorkehrungen zur Korruptionsprävention sind durch die Aufbau- und Ablauforganisation gewährleistet. Im täglichen Arbeitsablauf sind entsprechende Arbeitsteilungen und Überwachungen vorhanden. Es wird insbesondere das Vier-Augen-Prinzip angewendet. (Siehe des Weiteren Ausführungen zu d). Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft ist insgesamt wenig korruptionsanfällig.

d) Gibt es geeignete Richtlinien bzw. Arbeitsanweisungen für wesentliche Entscheidungsprozesse (insbesondere Auftragsvergabe und Auftragsabwicklung, Personalwesen, Kreditaufnahme und -gewährung)? Haben sich Anhaltpunkte ergeben, dass diese nicht eingehalten werden?

Auftragsvergaben und Auftragsabwicklungen werden grundsätzlich nach Rücksprache mit den Fachbereichen vom Geschäftsführer oder direkt durch die Fachabteilungen - jeweils in Zusammenarbeit mit der Leitung des Rechnungswesens, die für die Prüfung der Wirtschaftlichkeit und Liquidität richtig zeichnet - abgewickelt. Vergleichsangebote und Ausschreibungsunterlagen bei Lieferungen und Leistungen sowie Bauleistungen werden im Rechnungswesen vorgehalten. Die Einholung von Vergleichsangeboten gestaltet sich zunehmend schwierig, da nicht mehr alle Leistenden zur Abgabe entsprechender Angebote bereit sind.

Mir sind keine Anhaltspunkte bekannt, dass diese Regelungen nicht eingehalten wurden.

e) Besteht eine ordnungsmäßige Dokumentation von Verträgen (z. B. Grundstücksverwaltung, EDV)?

Die ordnungsmäßige Dokumentation von Verträgen ist organisatorisch im Sekretariat der Geschäftsführung angesiedelt.

<u>Fragenkreis 3:</u> Planungswesen, Rechnungswesen, Informationssystem und Controlling

a) Entspricht das Planungswesen - auch im Hinblick auf Planungshorizont und Fortschreibung der Daten sowie auf sachliche und zeitliche Zusammenhänge von Projekten - den Bedürfnissen des Unternehmens?

Das Planungswesen entspricht den in Kurbetrieben üblichen Rahmenbedingungen und entspricht den Bedürfnissen des Unternehmens. Sachliche Zusammenhänge sind im Investitionsplan erkennbar, der Teil des Wirtschaftsplanes ist. Wesentliche Nachträge werden im Investitionsplan erkennbar dargestellt. Die einzelnen Planansätze können bei Bedarf untereinander ausgetauscht oder ersetzt werden.

b) Werden Planabweichungen systematisch untersucht?

Planabweichungen werden anhand der Monatsabschlüsse mit den Planansätzen im Finanz- und Erfolgsplan verglichen und systematisch untersucht. Beim Vermögens- und Erfolgsplan sowie der Stellenübersicht wird die Gegenüberstellung der Planansätze und der tatsächlichen Ergebnisse im Bericht unter Punkt 5. erläutert.

c) Entspricht das Rechnungswesen einschließlich der Kostenrechnung der Größe und den besonderen Anforderungen des Unternehmens?

Die Besucher im Solebad werden über eine Computer-Registrierkasse abgerechnet, über die ein Verkaufsprotokoll erstellt wird. Im Kurmittelhaus wird der Rezept- und Barverkauf von Kurmitteln EDV-gestützt über einen Personalcomputer abgerechnet.

Die Belege der Finanzbuchhaltung werden von der Gesellschaft kontiert und anschließend einem Steuerberater übergeben, der den Buchungsstoff erfasst und an das DATEV-Rechenzentrum weiterleitet. Nach der Bearbeitung werden die Konten, Belege und Saldenlisten bei der Gesellschaft abgelegt. Die Software verfügt über die aktuell gängigen Kontrollmechanismen und Arbeitshilfen.

Das Rechnungswesen ist zweckmäßig eingerichtet und entspricht den Bedürfnissen der Gesellschaft. Die Konten und Bücher werden ordentlich geführt; das Belegwesen ist geordnet.

d) Besteht ein funktionierendes Finanzmanagement, welches u. a. eine laufende Liquiditätskontrolle und eine Kreditüberwachung gewährleistet?

Eine Übersicht über den jeweiligen Finanzstatus und die entsprechende Liquidität ist durch den Geschäftsführer bzw. durch das Rechnungswesen gewährleistet. Die Darlehensverläufe sind als Anlage zu diesem Bericht dargestellt.

e) Gehört zu dem Finanzmanagement auch ein zentrales Cash-Management, und haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die hierfür geltenden Regelungen nicht eingehalten worden sind?

Das Cash-Management wird aufgrund der Betriebsgröße und der Personalausstattung von der Unternehmensleitung in Zusammenarbeit mit der Leitung des Rechnungswesens wahrgenommen. Es gibt keine Anhaltspunkte, dass die hierfür geltenden Regelungen nicht eingehalten werden.

f) Ist sichergestellt, dass Entgelte vollständig und zeitnah in Rechnung gestellt werden? Ist durch das bestehende Mahnwesen gewährleistet, dass ausstehende Forderungen zeitnah und effektiv eingezogen werden?

Die Umsätze im Solebad werden überwiegend bar erhoben und täglich abgerechnet. Im Kurmittelbereich erfolgen die Abrechnungen mit den Sozialversicherungsträgern zweimal monatlich. Ausstehende Forderungen werden effektiv eingezogen.

g) Entspricht das Controlling den Anforderungen des Unternehmens/Konzerns und umfasst es alle wesentlichen Unternehmens-/Konzernbereiche?

Aufgrund der Betriebsgröße werden Controllingaufgaben vom Rechnungswesen wahrgenommen. Es wird insbesondere die Budgetüberwachung der im Investitions- und Erfolgsplan enthaltenen Ansätze gewährleistet. Des Weiteren werden die Ergebnisentwicklungen in den einzelnen Geschäftsbereichen analysiert. Nach meinen Feststellungen entspricht das Controlling den Anforderungen des Unternehmens.

h) Ermöglicht das Rechnungs- und Berichtswesen eine Steuerung und/oder Überwachung der Tochterunternehmen und der Unternehmen, an denen eine wesentliche Beteiligung besteht?

Die Gesellschaft hat keine Tochterunternehmen und hält keine wesentlichen Beteiligungen.

<u>Fragenkreis 4:</u> Risikofrüherkennungssystem

a) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung nach Art und Umfang Frühwarnsignale definiert und Maßnahmen ergriffen, mit deren Hilfe bestandsgefährdende Risiken rechtzeitig erkannt werden können?

Die Geschäftsführung hat ihr Risikofrüherkennungssystem in einem "Risikomanagement-Handbuch" dokumentiert. Es wurde ein ausführliches Risikokataster aufgestellt, das eine Bewertung der einzelnen Risiken nach Schadenshöhe, Eintrittswahrscheinlichkeit, Frühwarnsignalen und entsprechende Gegenmaßnahmen enthält. Eine Definition von Risikoindikatoren ist hierbei erfolgt. Die Beachtung ist den Mitarbeitern als kontinuierliche Aufgabe aufgegeben worden. Die gewonnenen Risikoinformationen werden hinsichtlich ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit und der Schadenshöhe in regelmäßigen Abständen bewertet. Zur Senkung der Einzelrisiken wurden für die täglichen Arbeitsabläufe zahlreiche Dienst- und Betriebsanweisungen erlassen. Eine Überarbeitung des Risikomanagement-Handbuches ist im Berichtsjahr im Sinne einer Aktualisierung vorgenommen worden.

b) Reichen diese Maßnahmen aus und sind sie geeignet, ihren Zweck zu erfüllen? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Maßnahmen nicht durchgeführt werden?

Die bisher getroffenen Maßnahmen reichen aus und erfüllen ihren Zweck. Es liegen keine Anhaltspunkte vor, dass die Maßnahmen nicht durchgeführt werden.

c) Sind diese Maßnahmen ausreichend dokumentiert?

Die Maßnahmen zur Risikodefinition und -bewertung sind ausreichend dokumentiert; eine Übersicht ist im Risikomanagement-Handbuch enthalten.

d) Werden die Frühwarnsignale und Maßnahmen kontinuierlich und systematisch mit dem aktuellen Geschäftsumfeld sowie mit den Geschäftsprozessen und Funktionen abgestimmt und angepasst?

Die regelmäßige Durchführung einer Risikoinventur ist jährlich vorgesehen. Die Kontrolle des Risikomanagements ist durch die Besetzung eines Risiko-Beauftragten gewährleistet. Eine Darstellung der Risiken in Form eines so genannten "Risikoportfolios" ist erfolgt. Dazu wurden die wichtigsten Risiken in einer Schadenshöhe-Eintrittswahrscheinlichkeit-Matrix positioniert, so dass die Risikosituation des Unternehmens übersichtlich erkennbar ist.

Feststellungen im Rahmen der Prüfung nach § 53 HGrG

Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH

Bad Salzdetfurth

zum

31. Dezember 2023

<u>Fragenkreis 5:</u> Finanzinstrumente, andere Termingeschäfte, Optionen und Derivate

a) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung den Geschäftsumfang zum Einsatz von Finanz- instrumenten sowie von anderen Termingeschäften, Optionen und Derivaten schriftlich festgelegt?

Dazu gehört:

- **Welche Produkte/Instrumente dürfen eingesetzt werden?**
- **Mit welchen Partnern dürfen die Produkte/Instrumente bis zu welchen Beträgen eingesetzt werden?**
- **Wie werden die Bewertungseinheiten definiert und dokumentiert, und in welchem Umfang dürfen offene Posten entstehen?**
- **Sind die Hedge-Strategien beschrieben, z.B. ob bestimmte Strategien ausschließlich zulässig sind bzw. bestimmte Strategien nicht durchgeführt werden dürfen (z.B. antizipatives Hedging)?**

Es wurden keine schriftlichen Vorgaben festgehalten, da entsprechende Finanzinstrumente nur noch in einem Fall zur Risikominimierung genutzt werden. Es handelt sich hier um einen Zinsswap. Dabei wurden auf Basis vorheriger intensiver Befassung die Verträge mit einem verlässlichen Partner abgeschlossen. Im Übrigen gelangen Finanzinstrumente nicht zum Einsatz.

b) Werden Derivate zu anderen Zwecken eingesetzt als zur Optimierung von Kreditkonditionen und zur Risikobegrenzung?

Nein, das von der Kurbetriebsgesellschaft vereinbarte Swap-Geschäft mit der Sparkasse Hildesheim Goslar Peine AöR, Hildesheim, dient lediglich der Steuerung bzw. Begrenzung eines Zinsänderungsrisikos in Bezug auf die ebenfalls bei dieser Bank aufgenommenen Darlehen.

c) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung ein dem Geschäftsumfang entsprechendes Instrumentarium zur Verfügung gestellt, insbesondere in Bezug auf:

- **Erfassung der Geschäfte?**
- **Beurteilung der Geschäfte zum Zweck der Risikoanalyse?**
- **Bewertung der Geschäfte zum Zweck der Rechnungslegung?**
- **Kontrolle der Geschäfte?**

Die Gesellschaft setzt lediglich einen Zinsswap ein, sodass der Einsatz entsprechender Instrumentarien nicht erforderlich scheint.

d) Gibt es eine Erfolgskontrolle für nicht der Risikoabsicherung (Hedging) dienende Derivatgeschäfte, und werden Konsequenzen auf Grund der Risikoentwicklung gezogen?

Siehe Fragenkreis 5 b). Es wird ausschließlich Hedging betrieben.

e) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung angemessene Arbeitsanweisungen erlassen?

Siehe Fragenkreis 5 b). Entsprechende Arbeitsanweisungen erscheinen nicht erforderlich.

f) Ist die unterjährige Unterrichtung der Geschäfts-/Konzernleitung im Hinblick auf die offenen Positionen, die Risikolage und die ggf. zu bildenden Vorsorgen geregelt?

Siehe Fragenkreis 5 b). Die Geschäftsleitung ist über die Entwicklung der Darlehen und Swapgeschäfte informiert.

<u>Fragenkreis 6:</u> Interne Revision

a) Gibt es eine den Bedürfnissen des Unternehmens/Konzerns entsprechende Interne Revision/Konzernrevision? Besteht diese als eigenständige Stelle, oder wird diese Funktion durch eine andere Stelle (ggf. welche?) wahrgenommen?

Eine selbstständige Organisationseinheit "Innenrevision" besteht nicht. Erforderliche verschiedene Kontrollen, wie Rechnungsprüfung, Budgetüberwachung, Überprüfung der Lohn- und Gehaltsüberweisungen u. ä. werden von der Abteilung Rechnungswesen wahrgenommen. Daneben werden Revisionsaufgaben auch vom Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Hildesheim überwiegend im Kassen- und Personalbereich durchgeführt. Außerdem setzt sich das Rechnungsprüfungsamt kritisch mit dem Jahresabschluss

der Gesellschaft auseinander.

b) Wie ist die Anbindung der Internen Revision/Konzernrevision im Unternehmen/Konzern? Besteht bei ihrer Tätigkeit die Gefahr von Interessenkonflikten?

Siehe Fragenkreis 6 a). Hinsichtlich des Rechnungsprüfungsamtes werden keine Interessenkonflikte gesehen.

c) Welches waren die wesentlichen Tätigkeitsschwerpunkte der Internen Revision/Konzernrevision im Geschäftsjahr? Wurde auch geprüft, ob wesentliche miteinander unvereinbare Funktionen (z. B. Trennung von Anweisung und Vollzug) organisatorisch getrennt sind? Wann hat die Interne Revision das letzte Mal über Korruptionsprävention berichtet? Liegen hierüber schriftliche Revisionsberichte vor?

Siehe Fragenkreis 6 a). Eine Kassenprüfung hat im Berichtsjahr nicht stattgefunden. Es wurde der Jahresabschluss und das Zahlenwerk der Gesellschaft durch das Rechnungsprüfungsamt einer kritischen Durchsicht unterzogen. Weitere Tätigkeiten sind nicht entfaltet worden.

d) Hat die Interne Revision ihre Prüfungsschwerpunkte mit dem Abschlussprüfer abgestimmt?

Siehe Fragenkreis 6 a). Eine Schwerpunktsetzung durch das Rechnungsprüfungsamt ist im Berichtsjahr nicht erfolgt.

e) Hat die interne Revision/Konzernrevision bemerkenswerte Mängel aufgedeckt, und um welche handelt es sich?

Siehe Fragenkreis 6 a). Wesentliche Mängel sind gelegentlich der Prüfungshandlungen des Rechnungsprüfungsamtes nicht aufgedeckt worden.

f) Welche Konsequenzen werden aus den Feststellungen und Empfehlungen der Internen Revision/Konzernrevision gezogen, und wie kontrolliert die Interne Revision/Konzernrevision die Umsetzung ihrer Empfehlungen?

Siehe Fragenkreis 6 a). Wesentliche Feststellungen sind nicht getroffen worden.

Feststellungen im Rahmen der Prüfung nach § 53 HGrG

Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH

Bad Salzdetfurth

zum

31. Dezember 2023

<u>Fragenkreis 7:</u> Übereinstimmung der Rechtsgeschäfte und Maßnahmen mit Gesetz, Satzung, Geschäftsverordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans

a) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass vorherige Zustimmung des Überwachungsorgans zu zustimmungspflichtigen Rechtsgeschäften und Maßnahmen nicht eingeholt worden ist?

Derartige Anhaltspunkte haben sich nicht ergeben.

b) Wurde vor der Kreditgewährung an Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans die Zustimmung des Überwachungsorgans eingeholt?

Derartige Kreditgewährungen existieren nicht.

c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass an Stelle zustimmungsbedürftiger Maßnahmen ähnliche, aber nicht zustimmungsbedürftig behandelte Maßnahmen vorgenommen worden sind (z. B. Zerlegung in Teilmaßnahmen)?

Derartige Anhaltspunkte haben sich nicht ergeben.

d) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Geschäfte und Maßnahmen nicht mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans übereinstimmen?

Derartige Anhaltspunkte haben sich nicht ergeben.

<u>Fragenkreis 8:</u> Durchführung von Investitionen

a) Werden Investitionen (in Sachanlagen, Beteiligungen, sonstige Finanzanlagen, immaterielle Anlagewerte und Vorräte) angemessen geplant und vor Realisierung auf Rentabilität/Wirtschaftlichkeit, Finanzierbarkeit und Risiken geprüft?

Alle geplanten Investitionen sind im Wirtschaftsplan enthalten. Der Finanzplan als Teil des Wirtschaftsplanes wird im Hinblick auf Wirtschaftlichkeit, Finanzierbarkeit und Risiken der Investitionen sorgfältig geplant und im Aufsichtsrat erörtert. Dies gilt auch für etwaige Nachträge.

b) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Unterlagen/Erhebungen zur Preisermittlung nicht ausreichend waren, um ein Urteil über die Angemessenheit des Preises zu ermöglichen (z. B. bei Erwerb bzw. Veräußerung von Grundstücken oder Beteiligungen)?

Entsprechende Unterlagen über Vergleichsangebote oder über Ausschreibungen werden in ausreichendem Umfang aufgrund der Betriebsgröße in der Finanzbuchhaltung geführt und verwaltet. Sie werden zum Teil durch die beratenden Architekten und Ingenieure erläutert, sind hinsichtlich der Preisermittlung ausreichend und erlauben ein Urteil über die Angemessenheit des Preises.

c) Werden Durchführung, Budgetierung und Veränderungen von Investitionen laufend überwacht und Abweichungen untersucht?

Es besteht eine laufende Überwachung der Investitionstätigkeit, aus der Abweichungen vom Planansatz ersichtlich werden. Auf dieser Basis werden ggf. entsprechende Nachträge zum Wirtschaftsplan veranlasst. Es erfolgt eine Gesamtabrechnung jedes Wirtschaftsplanes, um mögliche Budgetüberschüsse oder Budgetunterdeckungen festzustellen und in kommenden Wirtschaftsplänen zu verrechnen.

d) Haben sich bei abgeschlossenen Investitionen wesentliche Überschreitungen ergeben? Wenn ja, in welcher Höhe und aus welchen Gründen?

Nach meinen Feststellungen haben sich hinsichtlich der Investitionstätigkeit keine wesentlichen Überschreitungen der Planansätze ergeben. Überschreitungen lagen allerdings im Bereich der Instandhaltungsmaßnahmen aufgrund einer erforderlichen Dachsanierung und eines Einbruchschadens vor. Durch Versicherungserstattungen trat hier jedoch eine Kompensation ein.

e) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass Leasing- oder vergleichbare Verträge nach Ausschöpfung der Kreditlinien abgeschlossen wurden?

Derartige Anhaltspunkte habe ich im Rahmen meiner Prüfung nicht festgestellt. Es bestehen lediglich zwei Leasingverträge für PKW und ein Leasingvertrag für einen Server.

Feststellungen im Rahmen der Prüfung nach § 53 HGrG

Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH

Bad Salzdetfurth

zum

31. Dezember 2023

<u>Fragenkreis 9:</u> Vergaberegelungen

a) Haben sich Anhaltspunkte für eindeutige Verstöße gegen Vergaberegelungen (z.B. VOB, VOL, VOF, Eu-Regelungen ergeben?

Die Gesellschaft beachtet bei Auftragsvergaben grundsätzlich die Schwellenwerte nach Vergabe-Verordnung. Im Übrigen wird der Schwellenwert nach dem niedersächsischen Landesvergabegesetz für öffentliche Ausschreibungen beachtet. Technische Anforderungen, Verfügbarkeit von Lieferanten und Dienstleistern oder zeitlich drängende nicht planbare Maßnahmen können unter Umständen eine abweichende Vorgehensweise erfordern. Die Auftragsvergaben werden i.d.R. schriftlich dokumentiert. Anhaltspunkte für eindeutige Verstöße gegen Vergaberegelungen haben sich nicht ergeben.

b) Werden für Geschäfte, die nicht den Vergaberegelungen unterliegen, Konkurrenzangebote (z.B. auch für Kapitalaufnahmen und Geldanlagen) eingeholt?

Sofern nicht öffentlich ausgeschrieben wird, werden bei der Vergabe von Investitionsaufträgen und anderer Aufträge - soweit möglich - mehrere Anbieter zur Abgabe von Angeboten aufgefordert. Hier gelten die Wertgrenzen entsprechend. Die Aufnahme in die Bieterliste erfolgt nach den Erfordernissen der Vergabeentscheidung. Maßgeblich sind in erster Linie Preise, Fachkenntnis, Erfahrungen aus früheren Vergaben sowie örtliche und technische Gegebenheiten. Die endgültige Vergabeentscheidung orientiert sich an wirtschaftlichen Belangen.

In der jüngeren Vergangenheit gestaltet sich die Einholung von Vergleichsangeboten zunehmend schwierig, da immer mehr Anbieter die Abgabe solcher Angebote ablehnen oder bei Nichtberücksichtigung bei der Vergabe eine zukünftige Zusammenarbeit mit der Gesellschaft ablehnen.

Feststellungen im Rahmen der Prüfung nach § 53 HGrG

Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH

Bad Salzdetfurth

zum

31. Dezember 2023

<u>Fragenkreis 10:</u> Berichterstattung an das Überwachungsorgan

a) Wird dem Überwachungsorgan regelmäßig Bericht erstattet?

In den im Geschäftsjahr 2023 stattgefundenen acht Aufsichtsratssitzungen wurde u.a. Folgendes beraten bzw. beschlossen:

- Wirtschaftsplan 2023
- Wahl des Aufsichtsratsvorsitzenden
- Kreditprolongation
- Sachstand zu größeren Investitions- und Instandhaltungsprojekten, Investitionsbedarfe
- Legionellenbefall im Solebad
- Wechsel in der Geschäftsführung
- Neuabschluss des Wärmeliefervertrages für das Solebad
- Information über die Machbarkeiststudie zum Solebad
- Änderung in der Verpachtungssituation Cafe Bambus
- Informationen über die Geschäftsentwicklung
- Jahresabschluss 2022

b) Vermitteln die Berichte einen zutreffenden Einblick in die wirtschaftliche Lage des Unternehmens/Konzerns und in die wichtigsten Unternehmens-/Konzernbereiche?

Die mir vorliegenden Protokolle vermitteln dem Aufsichtsrat zutreffende Einblicke in die wirtschaftliche Lage des Unternehmens und in die wichtigsten Unternehmensbereiche.

c) Wurde das Überwachungsorgan über wesentliche Vorgänge angemessen und zeitnah unterrichtet? Liegen insbesondere ungewöhnliche, risikoreiche oder nicht ordnungsgemäß abgewickelte Geschäftsvorfälle sowie erkennbare Fehldispositionen oder wesentliche Unterlassungen vor und wurde hierüber berichtet?

Der Aufsichtsrat wurde nach den mir vorliegenden Protokollen zeitnah über die aktuelle Geschäftsentwicklung der Gesellschaft unterrichtet. Ungewöhnliche bzw. risikoreiche oder nicht ordnungsgemäß abgewickelte Geschäfte oder erkennbare Fehldispositionen habe ich im Rahmen meiner Prüfung nicht festgestellt.

d) Zu welchen Themen hat die Geschäfts-/Konzernleitung dem Überwachungsorgan auf dessen besonderen Wunsch berichtet (§ 90 Abs. 3 AktG)?

Besondere Berichtswünsche wurden hinsichtlich der ordentlichen Sitzungen auskunftsgemäß nicht geäußert. Zur Thematik des Legionellenbefalls im Solebad ist eine außerordentliche Aufsichtsratssitzung einberufen worden.

e) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Berichterstattung (z.B. nach § 90 AktG oder unternehmensinternen Vorschriften) nicht in allen Fällen ausreichend war?

Derartige Anhaltspunkte liegen nicht vor.

f) Gibt es eine D&O-Versicherung? Wurde ein angemessener Selbstbehalt vereinbart? Wurden Inhalt und Konditionen der D&O-Versicherung mit dem Überwachungsorgan erörtert?

Es besteht eine Vermögensschaden-Eigenversicherung für Organe und leitende Angestellte. Der Aufsichtsrat ist über die Versicherungskonditionen informiert.

g) Sofern Interessenkonflikte der Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans gemeldet wurden, ist dies unverzüglich dem Überwachungsorgan offengelegt worden?

Interessenkonflikte sind nicht bekannt.

<u>Fragenkreis 11:</u> Ungewöhnliche Bilanzposten und stille Reserven

a) Besteht in wesentlichem Umfang offenkundig nicht betriebsnotwendiges Vermögen?

Nicht betriebsnotwendiges Vermögen in wesentlichem Umfang habe ich bei meiner Prüfung nicht festgestellt.

b) Sind Bestände auffallend hoch oder niedrig?

Auffallend hohe oder niedrige Bestände sind nicht vorhanden.

c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Vermögenslage durch im Vergleich zu den bilanziellen Werten erheblich höhere oder niedrigere Verkehrswerte der Vermögensgegenstände wesentlich beeinflusst wird?

Derartige Anhaltspunkte haben sich nicht ergeben.

Feststellungen im Rahmen der Prüfung nach § 53 HGrG

Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH

Bad Salzdetfurth

zum

31. Dezember 2023

<u>Fragenkreis 12:</u> Finanzierung

a) Wie setzt sich die Kapitalstruktur nach internen und externen Finanzierungsquellen zusammen? Wie sollen die am Abschlussstichtag bestehenden wesentlichen Investitionsverpflichtungen finanziert werden?

Die langfristig gebundenen Vermögenswerte sind durch Eigenkapital und Darlehen finanziert. Zum Bilanzstichtag besteht eine Überdeckung der langfristig verfügbaren Mittel über das langfristig gebundene Vermögen in Höhe von TEuro 1.149 (Vorjahr Überdeckung TEuro 1.158). Die Eigenkapitalquote beträgt 36,2 %. Wesentliche Investitionsverpflichtungen bestanden nach mir erteilten Auskünften zum Stichtag nicht.

b) Wie ist die Finanzlage des Konzerns zu beurteilen, insbesondere hinsichtlich der Kreditaufnahmen wesentlicher Konzerngesellschaften?

Für die Gesellschaft besteht keine Konzernbindung.

c) In welchem Umfang hat das Unternehmen Finanz-/Fördermittel einschließlich Garantien der öffentlichen Hand erhalten? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die damit verbundenen Verpflichtungen und Auflagen des Mittelgebers nicht beachtet wurden?

Die Gesellschaft hat Vorauszahlungen auf den Jahresfehlbetrag von den Gesellschaftern erhalten. Außerdem bestehen Bürgschaften der Gesellschafter für die von der Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH aufgenommenen Bankdarlehen. Anhaltspunkte für einen Verstoß gegen Auflagen wurden nicht festgestellt.

<u>Fragenkreis 13:</u> Eigenkapitalausstattung und Gewinnverwendung

a) Bestehen Finanzierungsprobleme auf Grund einer evtl. zu niedrigeren Eigenkapitalausstattung?

Die Eigenkapitalausstattung der Gesellschaft liegt mit 36,2 % oberhalb der des Vorjahres von 35,4 %. Das bilanzielle Eigenkapital beträgt TEuro 1.954 zum 31. Dezember 2023. Vor dem Hintergrund des im Geschäftsjahr realisierten Jahresfehlbetrags von TEuro 1.646 sowie des prognostizierten Jahresfehlbetrags für das Wirtschaftsjahr 2024 von TEUR 2.395 ist erkennbar, dass diese Eigenkapitalausstattung nicht mehr ausreicht, um als Verlustdeckungspotential für die kommenden Jahresfehlbeträge zu dienen. Die Eigenkapitalausstattung sollte daher weiterhin im Fokus der Betrachtung liegen.

b) Ist der Gewinnverwendungsvorschlag (Ausschüttungspolitik, Rücklagenbildung) mit der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens vereinbar?

Der Jahresfehlbetrag soll wie im Vorjahr im Verhältnis der Geschäftsanteile der Gesellschafter - unter Berücksichtigung der geleisteten Vorauszahlungen auf den Jahresfehlbetrag - aus der Kapitalrücklage entnommen werden.

Dieser Vorschlag ist mit der wirtschaftlichen Lage vereinbar, da noch ein ausreichender Bestand in der Kapitalrücklage vorhanden ist.

<u>Fragenkreis 14:</u> Rentabilität/Wirtschaftlichkeit

a) Wie setzt sich das Betriebsergebnis des Unternehmens/Konzerns nach Segmenten/Konzernunternehmen zusammen?

Es besteht keine Konzernbindung und Segmentierung.

b) Ist das Jahresergebnis entscheidend von einmaligen Vorgängen geprägt?

Die generelle Unternehmenstätigkeit der Gesellschaft lässt in gewöhnlichen Wirtschaftsjahren Jahresfehlbeträge erwarten. Im Berichtsjahr waren keine zusätzlichen Belastungen durch einschränkende Maßnahmen zur Bekämpfung der Coronapandemie mehr gegeben, wodurch eine Verbesserung der Ertragslage eintrat. Insbesondere die Einnahmen aus Eintrittsgeldern und anderen Leistungen im Solebad haben daher spürbar zugenommen. Insgesamt ist der Fehlbetrag gesunken. Weitere einmalige Vorgänge mit signifikanter Auswirkung auf die Ertragslage lagen nicht vor.

c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass wesentliche Kredit- oder andere Leistungsbeziehungen zwischen Konzerngesellschaften bzw. mit den Gesellschaftern eindeutig zu unangemessenen Konditionen vorgenommen werden?

Leistungsbeziehungen mit den Gesellschaftern werden grundsätzlich zu marktüblichen Konditionen abgewickelt.

d) Wurde die Konzessionsabgabe steuer- und preisrechtlich erwirtschaftet?

Es sind keine Konzessionsabgaben zu leisten.

Feststellungen im Rahmen der Prüfung nach § 53 HGrG

Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH

Bad Salzdetfurth

zum

31. Dezember 2023

<u>Fragenkreis 15:</u> Verlust bringende Geschäfte und ihre Ursachen

a) Gab es Verlust bringende Geschäfte, die für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren, und was waren die Ursachen der Verluste?

Die Verluste sind aufgabenbedingt und nur teilweise durch Preisanpassungen oder Einsparungen bei den Aufwendungen beeinflussbar; hierbei ist zu beachten, dass die Konsolidierungsmaßnahmen für den Aufwandsbereich bereits weitestgehend ausgeschöpft sind. Dies gilt sowohl für die durch die Gesundheitspolitik beeinflusste Kurmittelsparte als auch für das Solebad. (Siehe Fragenkreis 14 b). Preisanpassungen im Bereich der Eintrittsgelder für das Solebad und die Wellnessleistungen sind vorgeschlagen und vom Aufsichtsrat auch beschlossen worden. Negative Ergebniseinflüsse lagen im Berichtsjahr insbesondere auch durch hohe Instandhaltungserfordernisse der Liegenschaften und die allgemeinen inflationsbedingten Preissteigerungen vor.

Der Jahresfehlbetrag 2023 von TEuro 1.646 unterschreitet den im Wirtschaftsplan enthaltenen Ansatz von TEuro 1.952 als Zielvorgabe der Gesellschafter um TEuro 306. In früheren Jahren vor Eintritt der Corona-Krise war die Verlustdeckung von den Gesellschaft auf einen Maximalbetrag von TEuro 1.327 begrenzt worden. Dieser erschien vor dem Hintergrund aktueller Erlös- und Kostenentwicklungen nicht mehr sachgerecht, da dass strukturelle Defizit nunmehr diesen Betrag deutlich überschreitet. Zu berücksichtigen sind hier auch die von der KBG zu tragenden Preissteigerungen, insbesondere im Bereich der Energieversorgung und des Personals.

b) Wurden Maßnahmen zeitnah ergriffen, um die Verluste zu begrenzen, und um welche Maßnahmen handelt es sich?

Durch Kostenkontrolle und Konsolidierungsbemühungen der Geschäftsführung wurden die Kostensteigerungen begrenzt. Der Personalaufwand erhöhte sich auf Grund der Zahlung einer tariflich vorgesehenen Inflationsausgleichsprämie und durch eine Ausweitung des Personalbestands um TEuro 208. Grundsätzlich ist allerdings die Personalkostenintensität bei Kurbetrieben verhältnismäßig hoch, da diese als Dienstleistungsunternehmen - wie in der Branche üblich - in starkem Maße durch Personalaufwendungen belastet sind. Bei der KBG kommt erschwerend hinzu, dass die Betriebsstätten Solebad und Kurmittelhaus weit auseinander liegen und Synergieeffekte daher nicht in ausreichendem Maße genutzt werden können. Insgesamt ist darauf hinzuweisen, dass die in den Vorjahren in erheblichem Umfang durchgeführten Konsolidierungsmaßnahmen zu einer nachhaltigen Kostensenkung beigetragen haben, wobei die Möglichkeiten der Kostenreduzierung weitestgehend ausgeschöpft sein dürften. Künftige weitere Kostensteigerungen sind inflationsbedingt in allen Bereichen erwartbar.

<u>Die Fragenkreis 16:</u> Ursachen des Jahresfehlbetrages und Maßnahmen zur Verbesserung der Ertragslage

a) Was sind die Ursachen des Jahresfehlbetrages?

Grundsätzlich sind Jahresfehlbeträge in Kureinrichtungen aufgabenbedingt. Im Übrigen wird die Höhe des Jahresfehlbetrages erheblich durch restriktive gesundheitspolitische Maßnahmen mit negativen Auswirkungen auf die Kurmittelerlöse sowie durch steigende Personalaufwendungen aufgrund tariflicher Aufbesserungen und erheblicher Energiekosten bestimmt. Außerdem wird der Besucherstrom im Solebad maßgeblich durch die Witterung und durch die allgemeine konjunkturelle Entwicklung - die ein entsprechendes Nachfrageverhalten bei den Solebadgästen auslöst - beeinflusst.

b) Welche Maßnahmen wurden eingeleitet bzw. sind beabsichtigt, um die Ertragslage des Unternehmens zu verbessern?

Die betrieblichen Aufwendungen werden weiter im Hinblick auf Einsparpotential beobachtet. Zusätzlich wird der Markt an Gesundheitsleistungen laufend hinsichtlich möglicher ertragbringender Erweiterungen des Leistungsspektrums beobachtet. Dies gilt insbesondere für die an Selbstzahler zu erbringenden Leistungen. Der Personaleinsatz ist am Stellenplan der Gesellschaft orientiert. Dieser richtet sich am Patientenaufkommen aus und beschränkt die Stellenbesetzung auf das notwendige Minimum.
Um eine gute Kundenansprache zu gewährleisten, werden zur Information auch die gängigen Social-Media-Kanäle genutzt. Die Internetpräsenz der Gesellschaft wird aktuell gehalten. Werbemaßnahmen werden zeitgemäß gestaltet. Die Eintrittspreisgestaltung folgt den Erfordernissen der möglichst weitgehenden Deckung der Aufwendungen. Im Berichtsjahr sind moderate Preiserhöhungen vorgenommen worden.
Zur Hebung von Synergieeffekten sind Kooperationen mit Hotels und und einem Verband abgeschlossen worden.

Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

Zweckverband
Abfallwirtschaft
Hildesheim

Groß Düngen, den 24.10.2024

Vorlage Nr.:05/ 2024

(X) Beschlussvorlage
(..) Informationsvorlage

(x) nicht öff. Sitzung
( ) öffentliche Sitzung

Beratung	am	erneut am
im Verbandsausschuss	05.11.2024	
in der Verbandsversammlung		

Abschlussprüfung für das Wirtschaftsjahr 2023

Bericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PWC GmbH

Der Zweckverband Abfallwirtschaft Hildesheim erteilte in Abstimmung mit dem Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Hildesheim der PWC den Auftrag, den Jahresschluss zum 31. Dezember 2023 auf Grundlage von § 157 NkomVG in Verbindung mit § 29 EigBetrVO Nds. gemäß §§ 316 ff. HGB zu prüfen.

Danach ist der Zweckverband verpflichtet, einen Jahresabschluss gemäß § 5 EigBetrVO Nds. in Verbindung mit §§ 20 ff. EigBetrVO Nds. nach den Vorschriften für große Kapitalgesellschaften sowie einen Lagebericht gemäß § 24 EigBetrVO Nds. aufzustellen und nach §§ 316 ff. HGB prüfen zu lassen.

Der Bericht der PWC über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2023 und der Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2023 liegen als Anlage bei.

Beschlussvorschlag für die Verbandsversammlung:

Der Verbandsausschuss hat gem. § 12 Abs. 1c der Verbandssatzung den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023 und den Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2023 geprüft.

Der Geschäftsführer des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Hildesheim bittet die Verbandsversammlung gem. § 8 Ziffer 9 der Verbandssatzung um die Feststellung des vorgelegten Jahresabschlusses für das Wirtschaftsjahr 2023 sowie um die Entlastung des Geschäftsführers und des Verbandsausschusses.

Der ausgewiesene Jahresüberschuss soll auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Krüger

Bericht

Zweckverband Abfallwirtschaft Hildesheim
Bad Salzdetfurth

Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2023
und des Lageberichts für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023

Auftrag: DEE00135912.1.1

pwc

Inhaltsverzeichnis Seite

Abkürzungsverzeichnis 4

A. Prüfungsauftrag 5

I. Prüfungsauftrag 5

II. Bestätigung der Unabhängigkeit 6

B. Grundsätzliche Feststellungen 7

I. Stellungnahme zur Lagebeurteilung der gesetzlichen Vertreter 7

II. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks 10

C. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung 14

I. Gegenstand der Prüfung 14

II. Art und Umfang der Prüfung 14

D. Feststellungen zur Rechnungslegung 17

I. Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung 17

1. Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen 17
2. Jahresabschluss 17
3. Lagebericht 18

II. Gesamtaussage des Jahresabschlusses 18

E. Feststellungen gemäß § 53 HGrG 31

F. Schlussbemerkung 33

Anlagen (siehe gesondertes Verzeichnis)

Aus rechentechnischen Gründen können in den Tabellen
Rundungsdifferenzen in Höhe von ± einer Einheit (€, % usw.) auftreten.

Abkürzungsverzeichnis

BHKW	Blockheizkraftwerk
DSD	Duales System Deutschland
DSD GmbH	Duales System Deutschland GmbH, Köln
EigBetrVO (Nds)	Verordnung über Eigenbetriebe und andere prüfungspflichtige Einrichtungen Niedersachsen (Eigenbetriebsverordnung)
FTZ	Feuerwehrtechnische Zentrale
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
HGB	Handelsgesetzbuch
HGrG	Gesetz über die Grundsätze des Haushaltsrechts des Bundes und der Länder (Haushaltsgrundsätzegesetz)
IDW	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V., Düsseldorf
KG	Kommanditgesellschaft
KrWG	Gesetz zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Bewirtschaftung von Abfällen (kurz: Kreislaufwirtschaftsgesetz)
LVP	Leichtverpackungen („gelber Sack“)
NAbfG	Niedersächsisches Abfallgesetz
NKAG	Niedersächsisches Kommunalabgabengesetz
NKomVG	Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz
NKomZG	Niedersächsisches Gesetz über die kommunale Zusammenarbeit
PreZero	PreZero Service Mitte GmbH & Co. KG, Hannover
PPK	Papier, Pappe, Kartonagen
PS	Prüfungsstandard des IDW
Remondis	Remondis GmbH & Co. KG, Kiel
RPA	Rechnungsprüfungsamt
RZH	Recyclingzentrum Heinde
TVA	Thermische Verwertungsanlage
TvöD-E	Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst Entsorgung
VgV	Vergabeordnung
VOB	Vergabe und Vertragsordnung für Bauleistungen
ZAH	Zweckverband Abfallwirtschaft Hildesheim, Bad Salzdetfurth

A. Prüfungsauftrag

I. Prüfungsauftrag

1. Der Geschäftsführer des

   Zweckverbandes Abfallwirtschaft Hildesheim, Bad Salzdetfurth,
   (im Folgenden kurz „ZAH" oder „Gesellschaft" genannt)

   erteilte uns im Einvernehmen mit dem RPA des Landkreises Hildesheim den Auftrag, den **Jahresabschluss** für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2023 unter Einbeziehung der Buchführung und den **Lagebericht** für dieses Wirtschaftsjahr auf der Grundlage von § 157 NKomVG i.V.m. § 30 EigBetrVO (Nds) gemäß §§ 316 ff. HGB zu prüfen.

2. Der Verband ist ein Zweckverband nach dem NKomZG und damit eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Für die Wirtschaftsführung, das Rechnungswesen und den Jahresabschluss sind gemäß § 16 NKomZG und § 17 der Verbandsordnung die Vorschriften der EigBetrVO (Nds) zu beachten. Danach ist der Verband verpflichtet, einen Jahresabschluss gemäß § 5 EigBetrVO (Nds) i.V.m. §§ 20 ff. EigBetrVO (Nds) nach den Vorschriften für **große Kapitalgesellschaften** sowie einen Lagebericht gemäß § 24 EigBetrVO (Nds) aufzustellen und nach § 317 HGB prüfen zu lassen.

3. Die Beschlüsse über den Jahresabschluss, die Entlastung des Verbandsausschusses und der Geschäftsführung und die Verwendung des Jahresergebnisses sowie die Mitteilung über den Bestätigungsvermerk und die Bemerkungen des RPA des Landkreises Hildesheim sind gemäß § 36 Abs. 1 EigBetrVO (Nds) ortsüblich bekannt zu machen. Nach Bekanntmachung sind der Jahresabschluss, der Lagebericht, der Bestätigungsvermerk und die Bemerkungen des RPA an sieben Tagen öffentlich auszulegen (§ 36 Abs. 2 EigBetrVO (Nds). Über weitere Möglichkeiten der Veröffentlichung verweisen wir auf § 36 Abs. 3 und 4 EigBetrVO (Nds).

4. Der Prüfungsauftrag erstreckte sich auch auf die Berücksichtigung von § 30 EigBetrVO (Nds) und die Sachverhalte des **§ 53 HGrG.** Wir verweisen auf unsere Berichterstattung in Abschnitt E.

5. Für die **Durchführung des Auftrags** und unsere Verantwortlichkeit sind, auch im Verhältnis zu Dritten, die diesem Bericht beigefügten Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 1. Januar 2024 vereinbart.

6. Über Art und Umfang sowie über das **Ergebnis unserer Prüfung** erstatten wir diesen Bericht nach den Grundsätzen des IDW PS 450 n.F. (10.2021), dem der von uns geprüfte Jahresabschluss sowie der geprüfte Lagebericht als Anlagen beigefügt sind. Dieser Bericht ist an das geprüfte Unternehmen gerichtet.

II. Bestätigung der Unabhängigkeit

7. Wir bestätigen gemäß § 321 Abs. 4a HGB, dass wir bei unserer Abschlussprüfung die anwendbaren Vorschriften zur Unabhängigkeit beachtet haben.

B. Grundsätzliche Feststellungen

I. Stellungnahme zur Lagebeurteilung der gesetzlichen Vertreter

8. Nachfolgend stellen wir zusammengefasst die Beurteilung der Lage des ZAH durch die gesetzlichen Vertreter (siehe Anlage I) dar:

   Einleitend stellt der Geschäftsführer die Geschäftstätigkeit des ZAH sowie die rechtlichen und branchenspezifischen Rahmenbedingungen dar. Im Folgenden werden der Geschäftsverlauf, die Leistungsindikatoren, die Ertragslage, die Vermögens- und Finanzlage unter Nennung von Kennzahlen sowie die Investitionen und deren Finanzierung dargestellt. Nach den Aussagen zum Personal werden die Maßnahmen für den Umweltschutz beschrieben. Abschließend geht der Geschäftsführer auf das Risikomanagement, die Chancen und Risiken sowie die künftige Entwicklung des ZAH ein.

9. Zum **Geschäftsverlauf und zur wirtschaftlichen Lage** macht der Geschäftsführer folgende wesentliche Aussagen:

   Die Auswirkungen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine haben das Wirtschaftsjahr weiterhin beeinflusst. Die von den Verbandsmitgliedern auferlegte Geschäftstätigkeit konnte trotz der Lieferengpässe jederzeit voll erfüllt werden.

   Im Berichtsjahr wurde die gelbe Tonne eingeführt, die die bisherige Sammlung des gelben Sacks ersetzt.

   Zu den finanziellen **Leistungsindikatoren** berichtet der Geschäftsführer, dass statt des geplanten negativen Ergebnisses aus der Geschäftstätigkeit von T€ 468 ein positives Ergebnis von T€ 274 erzielt wurde.

   Dabei standen dem deutlich über dem Planansatz liegenden Finanzergebnisses, den über Planansatz liegenden sonstigen betrieblichen Erträgen sowie den unter dem Planaufwand liegenden Materialaufwendungen vornehmlich Mehraufwendungen bei den betrieblichen Aufwendungen (Personal- und sonstiger betrieblicher Aufwand) gegenüber. Statt eines geplanten negativen Finanzergebnisses von T€ 115 ergab sich ein positives Finanzergebnis von T€ 1.054. Neben nicht geplanten Zinserträgen aus Geldanlagen ergaben sich statt der geplanten Zinsaufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen für Altersteilzeit-, Rekultivierungs- und Nachsorgeverpflichtungen durch die gestiegenen Zinssätze ertragswirksame Zinserträge von T€ 903.

   Bei der Beschreibung der Entwicklung der **Ertragslage** geht der Geschäftsführer zunächst auf das Ziel der zum 1. Januar 2018 vorgenommenen Gebührensenkungen für die Abfuhr der Restabfall- und Bioabfallbehälter ein. Im Folgenden werden die Veränderungen der einzelnen Posten der Gewinn- und Verlustrechnung im Vergleich mit den Vorjahreswerten dargestellt. Die Ertragslage des

ZAH wird durch die unveränderten Gebührensätze bestimmt. Die sich für das Berichtsjahr aus der Gebührennachkalkulation ergebenden Gebührenunterdeckungen aus den Bereichen Restmüll und Bioabfall wurden den Sonstigen Rückstellungen entnommen und zu Gunsten der Umsatzerlöse ausgeglichen. Das Wirtschaftsjahr schließt mit einem Jahresüberschuss von T€ 274. Geplant war ein Jahresfehlbetrag von T€ 468.

Zur **Vermögens- und Finanzlage** sagt der Geschäftsführer aus, dass sich die Bilanzsumme um € 0,7 Mio auf € 37,8 Mio verringerte. Auf der Aktivseite beansprucht das Anlagevermögen 44,2 % (Vorjahr 46,7 %) der Bilanzsumme. Die Passivseite ist insbesondere durch die Sonstigen Rückstellungen (86,3 %, Vorjahr 92,5 %), die vor allem auf die Verpflichtungen zur Rekultivierung, Nachsorge und Altlastensanierung entfallen, geprägt. Im Rahmen der Gebührennachkalkulation 2023 wurden die Rückstellungen für Gebührenüberdeckungen in Höhe von T€ 405 in Anspruch genommen. Das Eigenkapital macht 9,1 % (Vorjahr 8,2 %) der Bilanzsumme aus. Das langfristige Vermögen wird vollständig durch langfristige Mittel gedeckt.

10. Zu den **Chancen** und **Risiken der künftigen Entwicklung** werden folgende Aussagen getroffen:

Einleitend geht der Geschäftsführer in seiner Risikobetrachtung auf das Risikomanagement und die Instrumente der Risikoüberwachung und deren Steuerung ein. Dabei hebt er das zur Minimierung von Betriebs- und Vertragsrisiken aufgebaute auditierte Qualifikationsmanagementsystem sowie das Datenschutzmanagementsystem hervor.

Der Geschäftsführer weist auf die unverändert bestehenden Unsicherheiten bezüglich der Besteuerung von hoheitlichen Leistungen aufgrund der Neuregelung des § 2b UStG hin. Die bisherige Koppelung der Besteuerung an die Körperschaftsteuer und das Vorliegen eines Betriebes gewerblicher Art führte bei juristischen Personen des öffentlichen Rechts nur selten zur Umsatzsteuerpflicht. Künftig könnten durch den Wegfall der Koppelung beim ZAH Leistungen, die auf Basis öffentlich-rechtlicher Grundlage erbracht werden, umsatzsteuerpflichtig (ab 1. Januar 2025) werden. Derzeit ist unklar, ob eine weitere Verlängerung der Optionsfrist bis 31. Dezember 2026 erfolgt.

Nach der Beschreibung der Risiken, die sich vor allem aus der Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebes, der Gesetzgebung und Rechtsprechung, der Entwicklung der Abfallmengen, dem Verhalten der Gebührenpflichtigen sowie den Liquiditäts- und Vermögensrisiken zusammensetzen, wird als Fazit ausgesagt, dass zur Zeit keine Risiken erkennbar sind, die den Fortbestand des ZAH gefährden könnten.

11. Zu der **zukünftigen Entwicklung** macht der Geschäftsführer folgende wesentliche Aussagen:

    Vor dem Hintergrund, dass der ZAH ohne Gewinnerzielungsabsicht arbeitet und das NKAG zu beachten hat, sowie unter Berücksichtigung von erwarteten steigenden Kosten (u.a. CO_2 -Abgabe und Personalkosten) sowie des voraussichtlichen kompletten Abbaus der Gebührenüberdeckungen war zum 1. Januar 2024 eine Gebührenanpassung in allen Bereichen notwendig. Für das Wirtschaftsjahr 2024 ist ein Jahresfehlbetrag von T€ 410 geplant.

    Für das Wirtschaftsjahr 2024 sind im Vermögensplan Investitionen von € 2,4 Mio vorgesehen. Die Investitionen sollen durch eigene Mittel finanziert werden.

12. Die Beurteilung der Lage des ZAH, insbesondere die Beurteilung des Fortbestandes und der wesentlichen Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung des ZAH, ist plausibel und folgerichtig abgeleitet. Nach dem Ergebnis unserer Prüfung und den dabei gewonnenen Erkenntnissen ist die Lagebeurteilung des gesetzlichen Vertreters dem Umfang nach angemessen und inhaltlich zutreffend.

II. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks

13. Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung haben wir mit Datum vom 22. Oktober 2023 den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

„BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An den Zweckverband Abfallwirtschaft Hildesheim, Bad Salzdetfurth

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Hildesheim, Bad Salzdetfurth, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2023 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Hildesheim für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Zweckverbandes zum 31. Dezember 2023 sowie ihrer Ertragslage für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 und

- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Zweckverbandes. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass

die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Zweckverbandes vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Zweckverbandes zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Zweckverbandes vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Zweckverbandes vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme des Zweckverbandes abzugeben.

- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.

- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Zweckverbandes zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze

ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Zweckverbandes vermittelt.

- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Zweckverbandes.

- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen."

C. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung

I. Gegenstand der Prüfung

14. Gegenstand unserer Prüfung waren der nach den für alle Kaufleute geltenden handelsrechtlichen Vorschriften (§§ 242 bis 256a HGB), den ergänzenden Vorschriften für Kapitalgesellschaften sowie bestimmte Personenhandelsgesellschaften (§§ 264 bis 288 HGB), den branchenspezifischen Vorschriften (EigBetrVO (Nds)) sowie den ergänzenden Bestimmungen der Verbandsordnung (§ 19) aufgestellte **Jahresabschluss** unter Einbeziehung der Buchführung für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2023, bestehend aus der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung sowie dem Anhang und der **Lagebericht** für dieses Wirtschaftsjahr. Die Verantwortung für die Ordnungsmäßigkeit von Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht tragen die gesetzlichen Vertreter des Zweckverbandes. Unsere Aufgabe war es, diese Unterlagen einer Prüfung dahin gehend zu unterziehen, ob die gesetzlichen Vorschriften zur Rechnungslegung und die sie ergänzenden Bestimmungen der Verbandsordnung beachtet worden sind. Den Lagebericht haben wir daraufhin geprüft, ob er mit dem Jahresabschluss und den bei unserer Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht und insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Zweckverbandes vermittelt. Dabei haben wir auch geprüft, ob die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dargestellt sind. Die Prüfung des Lageberichts hat sich auch darauf erstreckt, ob die gesetzlichen Vorschriften zur Aufstellung des Lageberichts beachtet worden sind.

15. Der Prüfungsauftrag erstreckte sich auch auf die Sachverhalte des **§ 30 EigBetrVO (Nds)**. Bei unserer Prüfung haben wir auftragsgemäß die Vorschriften des **§ 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HGrG** und den hierzu vom IDW nach Abstimmung mit dem Bundesministerium der Finanzen veröffentlichten Prüfungsstandard „Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG" (IDW PS 720) beachtet.

16. Die Beurteilung der Angemessenheit des **Versicherungsschutzes** des Zweckverbandes, insbesondere ob alle Wagnisse bedacht und ausreichend versichert sind, war gleichfalls nicht Gegenstand des uns erteilten Auftrags zur Jahresabschlussprüfung.

II. Art und Umfang der Prüfung

17. **Ausgangspunkt** unserer Prüfung war der von uns geprüfte und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2022.

18. Bei Durchführung der Prüfung haben wir die Vorschriften der §§ 316 ff. HGB und die in den Prüfungsstandards des IDW niedergelegten **Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung** beachtet. Die Abschlussprüfung erstreckt sich nach § 317 Abs. 4a HGB nicht darauf, ob der Fortbestand des

geprüften Unternehmens oder die Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftsführung zugesichert werden kann.

19. Hinsichtlich der wesentlichen Elemente unseres risikoorientierten Prüfungsansatzes verweisen wir auf den Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts" in unserem Bestätigungsvermerk (vgl. Abschnitt B „Wiedergabe des Bestätigungsvermerks").

20. Ergänzend geben wir folgende Erläuterungen zu unserem **Prüfungsvorgehen**: Ausgehend von der Identifikation und Beurteilung der inhärenten Risiken für den Jahresabschluss und Lagebericht haben wir uns zunächst ein Verständnis vom rechnungslegungsrelevanten internen Kontrollsystem des ZAH verschafft.

    Auf dieser Basis haben wir die Risiken festgestellt, die zu wesentlichen Falschdarstellungen in der Rechnungslegung führen können und dies bei der Bestimmung unseres weiteren Prüfungsvorgehens berücksichtigt. Im Prüfungsprogramm wurden die Schwerpunkte sowie der zeitliche Ablauf unserer Prüfung und die Zusammensetzung des Prüfungsteams inklusive des Einsatzes von Spezialisten festgelegt.

21. Nachfolgend geben wir einen Überblick zu den von uns bei der Jahresabschlussprüfung gesetzten **Prüfungsschwerpunkten**:

    - Bilanzierung und Bewertung des Anlagevermögens
    - Forderungen aus Lieferungen und Leistungen
    - Bewertung der Rückstellungen
    - Umsatzerlöse (öffentlich-rechtliche Entgelte)

22. Ausgehend von unserem Verständnis des rechnungslegungsrelevanten Kontrollsystems haben wir in den Bereichen, in denen die Unternehmensleitung angemessene **interne Kontrollen** zur Begrenzung der Risiken wesentlicher falscher Darstellungen eingerichtet hat, Funktionsprüfungen durchgeführt, um uns von der kontinuierlichen Wirksamkeit dieser Maßnahmen zu überzeugen.

    Soweit wir aufgrund der Wirksamkeit der bei dem Zweckverband eingerichteten internen Kontrollen von der Richtigkeit des zu überprüfenden Zahlenmaterials und der zusätzlichen Angaben im Jahresabschluss und Lagebericht ausgehen konnten, haben wir anschließend aussagebezogene Prüfungshandlungen, d.h. analytische Prüfungshandlungen, Einzelfallprüfungen oder eine Kombination von beidem vorgenommen. Einzelfallprüfungen wurden bei wirksamen Kontrollen auf ein nach prüferischem Ermessen notwendiges Maß reduziert.

    Der überwiegende Teil der Abschlussposten wurde mit einer Kombination aus Funktionsprüfungen und aussagebezogenen Prüfungshandlungen geprüft.

Sofern wir keine Funktionsprüfungen vorgesehen haben oder nicht von wirksamen Kontrollen ausgehen konnten, haben wir im Wesentlichen aussagebezogene Prüfungshandlungen durchgeführt.

23. Im Rahmen der Einzelfallprüfungen von Abschlussposten des Zweckverbandes haben wir folgende Unterlagen eingesehen:

    - Liefer- und Leistungsverträge,
    - Planungsunterlagen,
    - sonstige Geschäftsunterlagen.

24. Weiterhin haben wir folgende Prüfungshandlungen durchgeführt:

    - Einholung und Auswertung von Rechtsanwaltsbestätigungen im Hinblick auf die Erfassung möglicher Risiken aus bestehenden oder schwebenden Rechtsstreitigkeiten.
    - Einholung von Steuerberaterbestätigungen für die Prüfung der steuerlichen Verhältnisse und Risiken.
    - Zur Prüfung der geschäftlichen Beziehungen mit Kreditinstituten haben wir uns zum 31. Dezember 2023 Bankbestätigungen zukommen lassen.
    - Bei der Prüfung der Altersteilzeitverpflichtungen haben uns versicherungsmathematische **Gutachten von unabhängigen Sachverständigen** vorgelegen, deren Ergebnisse wir nutzen konnten.

25. An der Inventur der körperlichen Vorräte haben wir im Hinblick auf die Geringfügigkeit der Bestände nicht teilgenommen.

26. Von den gesetzlichen Vertretern und den von ihnen beauftragten Mitarbeitern sind uns alle verlangten **Aufklärungen und Nachweise** erbracht worden.

    Die gesetzlichen Vertreter haben uns die berufsübliche schriftliche **Vollständigkeitserklärung** zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erteilt.

D. Feststellungen zur Rechnungslegung

I. Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung

1. Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen

27. Die **Buchführung** und das **Belegwesen** sind nach unseren Feststellungen in allen wesentlichen Belangen ordnungsgemäß und entsprechen den gesetzlichen Vorschriften. Die aus den weiteren geprüften Unterlagen zu entnehmenden Informationen führen zu einer ordnungsgemäßen Abbildung in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht.

2. Jahresabschluss

28. Im Jahresabschluss des ZAH bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2023 und der Gewinn- und Verlustrechnung sowie dem Anhang für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 wurden die gesetzlichen Vorschriften einschließlich der rechtsformspezifischen und der landesrechtlichen Vorschriften für EigBetrVO (Nds), die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung sowie die ergänzenden Bestimmungen der Verbandsordnung in allen wesentlichen Belangen beachtet.

29. Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung wurden ordnungsgemäß aus der Buchführung und den weiteren geprüften Unterlagen abgeleitet. Dabei wurden die handelsrechtlichen Ansatz-, Ausweis- und Bewertungsvorschriften in allen wesentlichen Belangen eingehalten. Der Jahresabschluss wurde gemäß den §§ 20 ff. EigBetrVO (Nds) und den dazu erlassenen Mustern aufgestellt; die Gliederungsvorschriften (Muster 1 bis 5) wurden, soweit diese beim ZAH zu beachten sind, beachtet. Der Ausweis ist nach den Vorschriften der EigBetrVO (Nds) und den ergänzenden Bestimmungen des HGB für große Kapitalgesellschaften in allen wesentlichen Belangen vorschriftsmäßig erfolgt.

30. Das zu beachtende Formblatt für die Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung ist um den Posten „Aufwendungen für die Deponienachsorgeverpflichtungen und Altlastensanierung“ erweitert. Des Weiteren wurde zwischen den Posten „Zinsen und ähnliche Aufwendungen“ und „Steuern vom Einkommen und vom Ertrag“ das Zwischenergebnis „Ergebnis der Geschäftstätigkeit“ eingefügt.

31. Der **Anhang** entspricht den gesetzlichen Vorschriften. Die Angaben im Anhang sind in allen wesentlichen Belangen vollständig und zutreffend.

3. Lagebericht

32. Der Lagebericht entspricht in allen wesentlichen Belangen den deutschen gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen gemäß § 24 EigBetrVO (Nds).

II. Gesamtaussage des Jahresabschlusses

33. Der Jahresabschluss entspricht in allen wesentlichen Belangen den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt insgesamt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Zweckverbandes.

34. Zum besseren Verständnis der Gesamtaussage des Jahresabschlusses gehen wir nachfolgend pflichtgemäß auf die wesentlichen Bewertungsgrundlagen und den Einfluss, den Änderungen in den Bewertungsgrundlagen insgesamt auf die Gesamtaussage des Jahresabschlusses haben, ein (§ 321 Abs. 2 Satz 4 HGB).

Wesentliche Bewertungsgrundlagen

35. Die Zugänge zu den entgeltlich erworbenen **immateriellen Vermögensgegenständen** und zu den **Sachanlagen** werden mit den aktivierungspflichtigen Anschaffungs- und Herstellungskosten aktiviert. In den Zugängen zu den Sachanlagen sind aktivierte Eigenleistungen von T€ 2 enthalten. Bei den Abschreibungen auf bewegliche Vermögensgegenstände kommt aufgrund der Vorschriften des NKAG - soweit nicht außerplanmäßige Ursachen vorliegen - grundsätzlich die lineare Abschreibungsmethode zur Anwendung. Den Abschreibungssätzen liegen betriebsgewöhnliche Nutzungsdauern zugrunde. Zugänge zu den geringwertigen Vermögensgegenständen mit Anschaffungskosten bis zu € 800,00 werden im Zugangsjahr vollständig abgeschrieben. Im Vorjahr erfolgte bei den Zugängen zum Fuhrpark eine Verlängerung der Nutzungsdauer von acht auf neun Jahre.

36. Bei der Dotierung der **Rückstellung für Altersteilzeitverpflichtungen** war ein (Vorjahr zwei) Mitarbeiter einzubeziehen, die von der Möglichkeit der Inanspruchnahme dieser gesetzlichen Regelung Gebrauch (Blockmodell) gemacht hat. Bei der Berechnung der Rückstellungen wurde ein durchschnittlicher Rechnungszinssatz von 1,03 % p.a. (Vorjahr 0,43 % p.a.) sowie unverändert ein Gehaltstrend von 2,0 % p.a. berücksichtigt.

37. Der ZAH hat Rückstellungen für **Rekultivierungs- und Nachsorgeverpflichtungen** sowie für **Altlastensanierung** von insgesamt T€ 31.713 (Vorjahr T€ 33.024) gebildet. Die Verpflichtungen ergeben sich aus den Vorschriften des Abfallgesetzes, der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Abfallgesetz (Deponieverordnung), dem KrWG sowie aus den Planfeststellungsbeschlüssen.

38. Der Anteil der **Rekultivierungsverpflichtungen** an der Rückstellung betrifft die Oberflächenabdichtung des Deponiefeldes Hoersten-West auf der Zentraldeponie Heinde, dessen Gesamtkosten durch den ZAH auf der Grundlage von Erfahrungen aus in der Vergangenheit vorgenommenen Abdichtungsmaßnahmen auf T€ 4.000 geschätzt wurden. Die Rückstellung war seit 2007 in voller Höhe angesammelt und wurde mit Beginn der Rekultivierungsarbeiten planmäßig verbraucht. Im Wirtschaftsjahr 2014 wurde in Zusammenarbeit mit einem Ingenieurbüro die Angemessenheit der Rückstellung für die noch erforderlichen Rekultivierungsmaßnahmen überprüft. Aus dieser Kostenermittlung ergab sich ein Bedarf für die ausstehenden Rekultivierungsarbeiten von T€ 2.500. Aufgrund der unverändert geringen Ablagerungsmengen wurde die Restnutzungsdauer des Deponiefeldes im Jahr 2019 bis 2025 (davor in 2014 bis 2020) verlängert. Im Wirtschaftsjahr 2021 erfolgte eine weitere Verlängerung der Laufzeit bis zum Jahr 2035. Die Rückstellung ist zum 31. Dezember 2023 unter Berücksichtigung der notwendigen Zuführung aus der Abzinsung mit T€ 2.699 dotiert. Der Berechnung zum 31. Dezember 2023 lagen Rechnungszinssätze zwischen 1,03 % und 1,74 % (Vorjahr 0,43 % und 1,40 %) und ein Trend für die Preissteigerung von unverändert 2,0 % p.a zugrunde.

39. Die **Nachsorgeverpflichtungen** betreffen zum 31. Dezember 2023 mit T€ 17.675 (Vorjahr T€ 18.744) Aufwendungen für die Deponie Heinde, die überwiegend nach der Schließung anfallen werden. Aufgrund der im Wirtschaftsjahr 2021 vorgenommen Verlängerung des Ablagezeitraums bis 2035 verlängert sich der Zeitraumraum für die Nachsorgeverpflichtungen bis zum Jahr 2070. Der Berechnung zum 31. Dezember 2023 lagen Rechnungszinssätze zwischen 1,03 % und 1,80 % (Vorjahr 0,43 % und 1,54 %) und ein Trend für die Preissteigerung von unverändert 2,0 % p.a zugrunde. Der ZAH geht davon aus, dass die endgültige Schließung der Deponie nach Abschluss der Rekultivierungsmaßnahmen des Deponiekörpers Hoersten-West erfolgen wird und hat eine Mindestdauer des Nachsorgezeitraums von 30 Jahren angenommen. Die Annahme stützt sich auf § 44 Abs. 1 KrWG, die Vorschriften der EG-Deponierungsrichtlinie sowie § 12 Abs. 4 Nr. 3 NAbfG. Nach verbandseigenen Berechnungen wird von Nachsorgeaufwendungen nach der Stilllegung von mindestens T€ 288 p.a. (insbesondere für die Sickerwasserklärung) ausgegangen.

40. Die Bewertung der **Rückstellungen für Rekultivierung und Nachsorge** ist in besonderem Maße dadurch beeinflusst, dass Annahmen über zukünftige Entwicklungen, die sich zum Teil über mehrere Jahrzehnte erstrecken, getroffen werden müssen. Zur Bestimmung der Höhe der Verpflichtungen greift der ZAH im Wesentlichen auf unternehmenseigene Erfahrungswerte zurück. Trotz sorgfältiger Methoden zur Ermittlung der erwarteten Aufwendungen können sich in Zukunft aufgrund abweichender Kostenentwicklungen und technologischer Neuerungen erhebliche Einflüsse auf die Höhe der Verpflichtungen ergeben.

III. Weitere Erläuterungen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

1. Erläuterungen zur Vermögens- und Finanzlage (Bilanz)

41. In der nachfolgenden Übersicht sind die Bilanzzahlen nach finanzwirtschaftlichen Gesichtspunkten gruppenweise zusammengefasst.

	31.12.2023		31.12.2022		Veränderung
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**
Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	16.504	43,6	17.803	46,2	-1.299
Finanzanlagen	203	0,6	203	0,5	0
Langfristig gebundenes Vermögen	**16.707**	**44,2**	**18.006**	**46,7**	**-1.299**
Vorräte	129	0,3	213	0,6	-84
Kurzfristige Forderungen und Abgrenzungen	2.222	5,9	1.999	5,2	223
Flüssige Mittel	18.767	49,6	18.309	47,5	458
Kurzfristig gebundenes Vermögen	**21.118**	**55,8**	**20.521**	**53,3**	**597**
	37.825	**100,0**	**38.527**	**100,0**	**-702**
Passiva					
Eigenkapital	3.415	9,0	3.141	8,2	274
Langfristige Rückstellungen	31.713	83,9	33.024	85,7	-1.311
Langfristig verfügbare Mittel	**35.128**	**92,9**	**36.165**	**93,9**	**-1.037**
Steuerrückstellungen	83	0,2	76	0,2	7
Kurzfristige Rückstellungen	929	2,5	1.304	3,4	-375
Kurzfristige Verbindlichkeiten und Abgrenzungen	1.685	4,4	982	2,5	703
Kurzfristige Schulden	**2.697**	**7,1**	**2.362**	**6,1**	**335**
	37.825	**100,0**	**38.527**	**100,0**	**-702**

42. Der Bilanzaufbau ist bei einer unter Vorjahresniveau liegenden Bilanzsumme geordnet. Zum Eigenkapital ist zu bemerken, dass die Gebühren nach dem NKAG erhoben werden und danach im Jahresergebnis enthaltene Gebührenüberschüsse bzw. -unterdeckungen in den künftigen Gebührenbedarfsrechnungen (innerhalb der nächsten drei Jahre nach Beschlussfassung) zu berücksichtigen sind.

43. Die Gegenüberstellung von langfristig gebundenem Vermögen (T€ 16.707) und langfristig verfügbaren Mitteln (T€ 35.128) zeigt eine Überdeckung. Der Grundsatz, nach dem das langfristig gebundene Vermögen langfristig finanziert sein soll, war erfüllt. Die **Zahlungsfähigkeit** war während des Berichtsjahres und bis zum Abschluss unserer Prüfung jederzeit gegeben.

44. Den Investitionen in entgeltlich erworbene **immaterielle Vermögensgegenstände** und **Sachanlagen** von T€ 1.512 standen planmäßige Abschreibungen von insgesamt T€ 2.811 sowie unwesentliche Buchwertabgänge gegenüber, so dass sich die Restbuchwerte der immateriellen Vermögensgegenstände und Sachanlagen um T€ 1.299 verringerten. Der Bestand der geleisteten Anzahlungen und Anlagen im Bau erhöhte sich zum Bilanzstichtag von T€ 400 auf T€ 696.

45. Die Restbuchwerte zeigen folgende Entwicklung:

	2023	2022
	T€	T€
Anschaffungswerte		
Stand 01.01.	76.161	74.005
Zugänge	1.512	2.524
Umbuchungen	± 332	± 575
Abgänge	1.893	368
Stand 31.12.	**75.780**	**76.161**
Abschreibungen		
Stand 01.01.	58.358	55.801
Zugang planmäßige Abschreibungen	2.811	2.829
Abgänge	1.893	272
Stand 31.12.	**59.276**	**58.358**
	16.504	**17.803**

Von den **Anlagenzugängen** entfallen auf Grundstücke T€ 189, auf den Fuhrpark T€ 166 sowie auf die Beschaffung von Abfallbehältern und Containern T€ 355. Des Weiteren sind in den Zugängen geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau von T€ 579 enthalten, die im Wesentlichen auf die Anschaffung von Fahrzeugen entfallen.

Aus der Veräußerung von vollabgeschriebenen **Anlagengegenständen** wurden Erlöse von T€ 144 erzielt.

46. Unter den **Finanzanlagen** werden die Beteiligung am Stammkapital der Photovoltaik-Park Heinde/Lechstedt Verwaltungs GmbH (T€ 3) sowie die Kommanditeinlage in die Photovoltaik-Park Heinde/Lechstedt GmbH & Co. KG (T€ 200) ausgewiesen.

47. Die **Vorräte** setzen sich vor allem aus den Beständen an Betriebs- und Schmierstoffen sowie Abfall- und Wertstoffsäcken zusammen.

48. Von den kurzfristigen **Forderungen und Abgrenzungen** entfallen T€ 1.315 (Vorjahr T€ 1.129) auf Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, T€ 13 (Vorjahr T€ 47) auf Forderungen an Verbandsmitglieder, T€ 801 (Vorjahr T€ 715) auf sonstige Vermögensgegenstände sowie T€ 93 (Vorjahr T€ 108) auf Abgrenzungen für bereits geleistete Zahlungen für das Folgejahr.

49. Die **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** betreffen:

	31.12.2023	31.12.2022
	T€	T€
Anlieferung von Abfällen auf der Zentraldeponie	782	703
Veranlagung von Abfallbeseitigungsgebühren	408	328
Gutschriften aus Lieferungen und Leistungen	231	173
Übrige	97	130
	1.518	**1.334**
Einzelwertberichtigungen	183	187
Pauschalwertberichtigungen	20	18
	1.315	**1.129**

50. Von den erhaltenen **Gutschriften aus Lieferungen und Leistungen** entfallen T€ 151 (Vorjahr T€ 110) auf Remondis für die Verwertung des Altpapiers für die den Monat Dezember 2023.

51. Die **Forderungen an die Verbandsmitglieder** bestehen ausschließlich aus erbrachten Lieferungen und Leistungen. Auf den Landkreis Hildesheim entfallen T€ 9 (Vorjahr T€ 12) sowie auf die Stadt Hildesheim T€ 4 (Vorjahr T€ 35).

52. Die **sonstigen Vermögensgegenstände** setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2023	31.12.2022
	T€	T€
Forderungen an das Finanzamt		
Umsatzsteuer	425	398
Kapitalertragsteuer und Solidaritätszuschlag	78	44
	503	**442**
Sparkassen Immobilienverwaltung GmbH; Werkswohnhäuser	290	268
Übrige	8	5
	801	**715**

53. Die **Rechnungsabgrenzungsposten** enthalten im Wesentlichen bereits gezahlte Mieten und Erbbauzinsen (T€ 31; Vorjahr T€ 30) sowie mit T€ 23 (Vorjahr T€ 33) vorausbezahlte Versicherungsprämien.

54. Zu der Bestandsveränderung der **flüssigen Mittel** verweisen wir auf die nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen gegliederte Kapitalflussrechnung.

55. Das **Eigenkapital** erhöhte sich durch den Jahresüberschuss von T€ 274.

56. Die **Steuerrückstellungen** von T€ 83 (Vorjahr T€ 76) waren für die positiven Ergebnisse aus den gewerblichen Tätigkeiten des ZAH zu dotieren.

57. Die Entwicklung der **sonstigen Rückstellungen,** aufgeteilt in **langfristige** und **kurzfristige Rückstellungen**, zeigt folgende Entwicklung:

	01.01.2023	Inanspruch-nahme	Auf-lösung	Ab-/ Aufzinsung	Zuführung	Um-buchung	31.12.2023
	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
Rekultivierungs- und Nachsorgeverpflichtungen	21.499	112	110	-903	0	0	20.374
Altlastensanierung	11.525	123	63	0	0	0	11.339
Langfristige Rückstellungen	**33.024**	**235**	**173**	**-903**	**0**	**0**	**31.713**
Gebührenüberdeckung	806	405	0	0	0		401
Urlaubs- und Überstunden-verpflichtungen	269	269	0	0	257	0	257
Altersteilzeit	57	23	0	-1	33	0	66
Jahresabschluss- und Prüfungskosten	61	42	0	0	68	0	87
Übrige Rückstellungen	110	70	10	0	88	0	118
Kurzfristige Rückstellungen	**1.303**	**809**	**10**	**-1**	**446**	**0**	**929**
	34.327	**1.044**	**183**	**-904**	**446**	**0**	**32.642**

58. Unter den **langfristigen Rückstellungen** sind die getroffenen Vorsorgen für die Nachsorge- und Rekultivierungsverpflichtungen auf der Zentraldeponie Heinde sowie für die Sanierung der Altdeponien von Landkreis und Stadt Hildesheim zusammengefasst. Zu den Bewertungsmethoden verweisen wir auf Abschnitt D.II sowie auf den Anhang (Anlage II).

59. Von den zum 31. Dezember 2022 dotierten **kurzfristigen Rückstellungen** wurden T€ 1.044 durch Inanspruchnahmen verbraucht. Von den zum Bilanzstichtag dotierten Rückstellungen entfallen T€ 323 (Vorjahr T€ 326) auf Verpflichtungen gegenüber dem Personal.

60. Die sich ergebende Gebührenunterdeckungen 2023 wurden der **Rückstellungen für Gebührenüberdeckungen** entnommen und zu Gunsten der jeweiligen Umsatzerlöse gebucht.

61. Unter den **kurzfristigen Verbindlichkeiten** sind die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (T€ 1.544; Vorjahr T€ 868), gegenüber Verbandsmitgliedern (T€ 65; Vorjahr T€ 26) sowie die sonstigen Verbindlichkeiten (T€ 76; Vorjahr T€ 88) zusammengefasst.

62. Die **Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen** betreffen:

	31.12.2023
	T€
Daimler Truck AG, Woerth	376
Enertec Hameln GmbH, Hameln	307
Jota GmbH, Hildesheim	60
Bioenergiezentrum Hildesheim GmbH, Hildesheim	41
Übrige (im Einzelfall unter T€ 40)	760
	1.544

63. Die **Verbindlichkeiten gegenüber den Verbandsmitgliedern** von T€ 65 (Vorjahr T€ 26) entfallen mit T€ 44 (Vorjahr T€ 17) auf Leistungen der Verbandsmitglieder für die Altlastensanierung, mit T€ 13 auf Rekultivierungen Lechstedt sowie mit T€ 8 auf die an den Landkreis Hildesheim abzuführende Abwasserabgabe.

64. Die **sonstigen Verbindlichkeiten** enthalten mit T€ 51 (Vorjahr T€ 45) noch abzuführende Umsatzsteuer sowie mit T€ 25 (Vorjahr T€ 44) kreditorische Debitoren.

65. Die nachfolgende Übersicht zeigt die nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen gegliederte **Kapitalflussrechnung**.

	2023	2022
	T€	T€
Jahresergebnis	274	97
Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	2.810	2.829
Gewinne (-) (Vorjahr Verluste (+)) aus Abgängen des Anlagevermögens	-144	79
Cash flow (einnahmewirksames Ergebnis)	**2.940**	**3.005**
Abnahme der sonstigen Rückstellungen	-1.679	-797
Zunahme (Vorjahr Abnahme) der Forderungen und anderer Aktiva, die nicht der Investitionstätigkeit zuzuordnen sind	-223	293
Zunahme (Vorjahr Abnahme) der Verbindlichkeiten, die nicht der Investitionstätigkeit zuzuordnen sind	703	-362
Mittelzufluss /-abfluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit	**1.741**	**2.139**
Auszahlungen für Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	-1.511	-2.524
Einzahlungen aus Abgängen des Anlagevermögens	144	17
Einzahlungen (Vorjahr Auszahlungen) für den Aufbau der Anlagenvorräte	84	-100
Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit	**-1.283**	**-2.607**
Veränderung des Bestandes der flüssigen Mittel	**458**	**-468**
Bestand der flüssigen Mittel am Anfang der Periode	**18.309**	**18.777**
Bestand der flüssigen Mittel am Ende der Periode	**18.767**	**18.309**

66. Der Mittelzufluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit reichte aus, um die benötigten Mittel für die Investitionen zu decken. Der Bestand an flüssigen Mittel nahm um T€ 458 auf T€ 18.767 zu. Mittelzu- oder -abflüsse aus der Finanzierungstätigkeit waren nicht zu berücksichtigen.

2. Analyse der Ertragslage (Gewinn- und Verlustrechnung)

67. In der folgenden Aufstellung haben wir die Erträge und Aufwendungen nach der Gewinn- und Verlustrechnung zusammengestellt. Die sonstigen Steuern haben wir den betrieblichen Aufwendungen zugeordnet.

	2023		2022		Veränderung
	T€	%	T€	%	T€
Umsatzerlöse	27.590	97,7	28.485	97,8	-895
Andere aktivierte Eigenleistungen	2	0,0	4	0,0	-2
Sonstige betriebliche Erträge	645	2,3	631	2,2	14
Betriebliche Erträge	**28.237**	**100,0**	**29.120**	**100,0**	**-883**
Materialaufwand	13.478	47,7	13.639	46,9	-161
Personalaufwand	10.905	38,6	10.402	35,7	503
Abschreibungen auf Anlagevermögen	2.810	10,0	2.829	9,7	-19
Aufwendungen für Deponienachsorge und Altlastensanierung	0	0,0	0	0,0	0
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.752	6,2	2.045	7,0	-293
Sonstige Steuern	66	0,2	68	0,2	-2
Betriebliche Aufwendungen	**29.011**	**102,7**	**28.983**	**99,5**	**28**
Betriebsergebnis	**-774**	**-2,7**	**137**	**0,5**	**-911**
Beteiligungserträge	20	0,1	16	0,1	4
Zinserträge	1.034	3,7	0	0,0	1.034
Zinsaufwendungen	0	0,1	41	0,2	-41
Finanzergebnis	**1.054**	**3,7**	**-25**	**-0,1**	**1.079**
Ergebnis der Geschäftstätigkeit	**280**	**1,0**	**112**	**0,4**	**168**
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-6	0,0	-15	-0,1	9
Jahresüberschuss	**274**	**1,0**	**97**	**0,3**	**177**

68. Die **Ertragslage** ist durch die deutliche Verbesserung des Jahresergebnisses gekennzeichnet. Statt des geplanten Jahresfehlbetrages von T€ 468 schließt das Wirtschaftsjahr mit einem Jahresüberschuss von T€ 274. Zu bemerken ist, dass der ursprünglich vorgesehene Jahresfehlbetrag bewusst geplant war, um unter Beachtung des NKAG die Gebührenüberdeckungen aus Vorjahren abzubauen. Um diese Ziele zu erreichen, wurden zum 1. Januar 2018 im Bereich Restabfallbehälter sowie im Bereich der Bioabfallbehälter Gebührensenkungen vorgenommen.

69. Die **Umsatzerlöse** entfallen auf folgende Bereiche:

	2023	2022	Veränderung
	T€	T€	T€
Gebühren Restabfallbehälter	13.299	12.897	402
Gebühren Bioabfallbehälter	5.814	6.015	-201
Deponiegebühren und -entgelte	1.903	1.918	-15
Erlöse aus Gebühren und Entgelten für Anlieferungen an Wertstoffhöfe	585	539	46
Erlöse aus Anlieferungen zum Kompostwerk	247	203	44
Gebühren für Restabfall- und Biosäcke	108	103	5
Gebühren für Schadstoffentsorgung	44	35	9
Erträge aus Gebühren und Entgelten	**22.000**	**21.710**	**290**
Erlöse aus gewerblichen Tätigkeiten im Rahmen des DSD	3.356	3.457	-101
Verkaufserlöse Wertstoffe	1.403	2.406	-1.003
Erlöse aus der Abfuhr von Containern und Müllbehältern	323	298	25
Erlöse aus der Fäkalabfuhr und Kanalreinigung	218	204	14
Erlöse aus Energieverkauf	57	162	-105
Mieten und Pachten	91	135	-44
Erlöse aus Sickerwasserklärungen für Dritte	89	61	28
Übrige	53	52	1
	27.590	**28.485**	**-895**

70. Bei gegenüber dem Vorjahr unveränderten Gebühren ist der Anstieg der Erlöse aus den **Gebühren für Restabfallbehälter** insbesondere auf die im Jahresdurchschnitt auf 88.297 gestiegenen Anzahl der veranlagten Restabfallbehälter zurückzuführen. Die Gebührenpflichtigen stellen allerdings unverändert ihre Behälter auf ein kleineres Volumen um bzw. reduzieren die Anzahl der Leerungen. Die sich aus der Gebührennachkalkulation für das Jahr 2023 ergebende Gebührenunterdeckung im Bereich Restmüll von T€ 341 (Vorjahr T€ 276) wurde der unter den sonstigen Rückstellungen ausgewiesenen Rückstellung für Gebührenüberdeckungen entnommen und zu Gunsten der Umsatzerlöse gebucht.

71. Die Umsatzerlöse aus den **Gebühren für die Bioabfallbehälter** liegen bei gegenüber dem Vorjahr unveränderten Gebühren und vor Berücksichtigung der Gebührenunterdeckung 2023 auf Vorjahresniveau. Die Anzahl der im Jahresdurchschnitt veranlagten Behälter erhöhte sich geringfügig auf 62.423 Behälter. Die sich aus der Gebührennachkalkulation für das Jahr 2023 ergebende Gebührenunterdeckung im Bereich Bioabfall von T€ 64 (Vorjahr T€ 265) wurde der unter den sonstigen Rückstellungen ausgewiesenen Rückstellung für Gebührenüberdeckungen entnommen und zu Gunsten der Umsatzerlöse gebucht.

72. Der **Erlöse aus Wertstoffsammlungen** haben sich deutlich auf T€ 1.403 verringert. Ursächlich hierfür ist vornehmlich der mengen- sowie preisbedingte Rückgang im Bereich der die Sammlung und Vermarktung der Fraktion PPK von T€ 1.792 auf T€ 623.

73. Die **sonstigen betrieblichen Erträge** lassen sich wie folgt aufgliedern:

	2023	2022	Veränderung
	T€	T€	T€
Auflösung von Rückstellungen	182	113	69
Versicherungserstattungen	164	288	-124
Erträge aus dem Abgang von Anlagevermögen	144	17	127
Zuschüsse	52	14	38
Mahn- und Vollstreckungsgebühren	38	24	14
Auflösung von Wertberichtigungen	9	55	-46
Erstattung Energiepreispauschale	0	60	-60
Übrige	56	60	-4
	645	**631**	**14**

74. Den geringeren **Versicherungserstattungen** stehen in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ebenfalls geringere Aufwendungen für die Schadensbeseitigung gegenüber.

75. Der **Materialaufwand** nahm um T€ 161 ab. Während sich die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren um T€ 403 verringerten, nahmen die Aufwendungen für bezogene Leistungen um T€ 242 zu.

76. Die **Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe** und für **bezogene Waren** betreffen:

	2023	2022	Veränderung
	T€	T€	T€
Kraft- und Schmierstoffe	1.598	1.916	-318
Reifen und Ersatzteile für den Fuhrpark	732	617	115
Wasser, Energie und Brennstoffe	118	151	-33
Dienst- und Schutzkleidung	115	125	-10
Restabfall- und Bioabfallsäcke	96	268	-172
Übrige	230	205	25
	2.889	**3.282**	**-393**

77. Die Aufwendungen für **Kraft- und Schmierstoffe** nahmen vornehmlich aufgrund rückläufiger Dieselpreise ab.

78. Während sich die Aufwendungen für **Ersatzteile des Fuhrparks** (T€ 584; Vorjahr T€ 445) erhöhten, verringerten sich die Aufwendungen für **Reifen** (T€ 148; Vorjahr T€ 172).

79. Die deutliche Abnahme der Aufwendungen für Restabfall- und Bioabfallsäcke ist darauf zurückzuführen, dass der ZAH im Vorjahr einen Teil der benötigten **„gelben Säcke"** (u.a. aufgrund von Lieferengpässen sowie im Rahmen der Übergangsphase der Einführung der gelben Tonne zum 1. Januar 2023) selbst beschafft hat.

80. Die **Aufwendungen für bezogene Leistungen** beinhalten:

	2023	2022	Veränderung
	T€	T€	T€
Aufwendungen für die Verbrennung von Abfällen	3.995	3.960	35
Aufwendungen Kompostwerk	2.340	2.189	151
Fremdpersonal	1.256	1.060	196
Aufwendungen für den Fuhrpark	861	612	249
Sortierung und Verwertung von Sperrmüll, Holz und Baustellenabfall	576	877	-301
Unterhaltung betrieblicher Anlagen und Gebäude	528	436	92
Mieten, Pachten, Erbbauzins und Raumkosten	332	326	6
Reifen- und Schadstoffentsorgung	252	267	-15
Miete und Reinigung von Schutzkleidung	195	182	13
Sortierung und Vermarktung von Altpapier	193	359	-166
Abwasserabgabe	8	8	0
Übrige	45	81	-36
	10.581	**10.357**	**224**

81. Die Aufwendungen für die **Verbrennung von Abfällen** liegen nahezu auf Vorjahresniveau. Im Berichtsjahr lag die Anlieferungsmenge bei 54.424 t (Vorjahr 54.062 t).

82. Die Zunahme der Aufwendungen für die Verwertung des Bioabfalls im **Kompostwerk** resultiert aus dem Anstieg der angelieferten Mengen.

83. Zur Deckung der urlaubs- und krankheitsbedingten Abwesenheiten der beim ZAH beschäftigten Mitarbeiter, für die Abfuhr der gelben Säcke und des Altpapiers sowie weiterer Dienstleistungen setzt der ZAH unverändert **Personal von Fremdarbeitsfirmen** ein.

84. Von den Aufwendungen für den **Fuhrpark** entfallen im Wesentlichen T€ 289 (Vorjahr T€ 135) auf bezogene Reparaturleistungen, T€ 228 (Vorjahr T€ 186) auf Leasinggebühren, T€ 166 (Vorjahr T€ 127) auf die GPS-Ortung der Fahrzeuge sowie T€ 165 (Vorjahr T€ 147) auf Gebühren für die Untersuchung der Fahrzeuge und die Nutzung von mautpflichtigen Straßen.

85. Mit der Sortierung und Verwertung des im Rahmen der **Sperrmüllsammlung** durch den ZAH eingesammelten Sperrmülls ist die Firma PreZero beauftragt. Die Aufwendungen beliefen sich auf T€ 153 (Vorjahr T€ 420). Des Weiteren fielen im Wesentlichen Aufwendungen für die Lieferung von **Baustellenabfällen** von T€ 310 (Vorjahr T€ 304) sowie für die Verwertung von **A III** und **A IV Holz** von T€ 62 (Vorjahr T€ 93) an.

86. Die Aufwendungen für die **Unterhaltung betrieblicher Anlagen und Gebäude** entfallen auf Betriebsgebäude, Außenanlagen, die Deponie, die Sickerwasserkläranlage, die Wertstoffhöfe sowie von Anlagen und Maschinen.

87. Der **Personalaufwand** teilt sich wie folgt auf:

	2023	2022	Veränderung
	T€	T€	T€
Löhne und Gehälter	8.698	8.138	560
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	2.207	2.264	-57
	10.905	**10.402**	**503**

88. Der Personalaufwand enthält die tariflichen Bezüge, die sozialen Abgaben und die Aufwendungen für die Altersversorgung für die beim ZAH beschäftigten Mitarbeiter. Im Jahresdurchschnitt waren 192 (Vorjahr 191) Personen beim ZAH beschäftigt. Im Berichtsjahr wurden den tariflich Beschäftigten ausschließlich Inflationsausgleichszahlungen gewährt. Die nächste tarifliche Erhöhung der Entgelte erfolgt gemäß Tarifabschluss ab März 2024 (Erhöhung der Tabellenwerte um € 200 zuzüglich weitere 5,5 %).

89. Die **Abschreibungen** des Berichtsjahres liegen nahezu auf Vorjahresniveau.

90. Im Berichtsjahr sind keine Aufwendungen für die **Deponienachsorgeverpflichtungen und Altlastensanierung** angefallen. Weitere Zuführungen zu den Rückstellungen für die Altlastensanierung waren aufgrund der Beschlüsse des Verbandsausschusses und der Verbandsversammlung nicht zu dotieren.

91. Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** betreffen:

	2023	2022	Veränderung
	T€	T€	T€
Versicherungen und Beiträge	297	284	13
Öffentlichkeitsarbeit, Werbung	287	316	-29
EDV-Bedarf	242	212	30
Porto, Telefon etc.	210	193	17
Reinigung	150	136	14
Rechts- und Beratungskosten, Jahresabschlusskosten	143	194	-51
Schadensfälle	132	278	-146
Bürobedarf, Literatur	74	74	0
Forderungsausfälle, Restschuldbefreiungen, Vollstreckungsgebühren	31	59	-28
Ausbuchung von Planungskosten	0	96	-96
Übrige	186	203	-17
	1.752	**2.045**	**-293**

92. Den Aufwendungen für **Schadensfälle** aus dem laufenden Betrieb stehen unter den sonstigen betrieblichen Erträgen Versicherungserstattungen von T€ 164 (Vorjahr T€ 288) gegenüber.

93. Die **sonstigen Steuern** beinhalten neben Kfz-Steuer (T€ 48; Vorjahr T€ 50) in Höhe von T€ 18 (Vorjahr T€ 18) Grundsteuern.

94. Nach Verrechnung der betrieblichen Erträge mit den betrieblichen Aufwendungen verblieb ein negatives **Betriebsergebnis** von T€ 774.

95. Das Finanzergebnis setzt sich aus **Beteiligungserträgen** von T€ 20 (Vorjahr T€ 16) sowie aus **Zinserträgen** von T€ 1.034 zusammen, die u.a. mit T€ 903 aus der Abzinsung langfristiger Rückstellungen sowie mit T€ 129 aus der Anlage von Termingeldern resultieren. Im Vorjahr ergab sich aus der Abzinsung der langfristigen Rückstellungen ein Zinsaufwand von T€ 41. Bei den Zinserträgen aus der Abzinsung langfristiger Rückstellungen wirkten sich im Vergleich zum Vorjahr deutlich gestiegene Zinssätze aus, die im Rahmen der Rückstellungsbewertung verwendet werden und durch die Bundesbank vorgegeben werden.

96. Die **Steuern vom Einkommen und vom Ertrag** enthalten Körperschaftsteuer, Solidaritätszuschläge sowie Gewerbesteuer.

    Zu dem verbleibenden **Jahresüberschuss** von T€ 274 ist anzumerken, dass in den Sparten, in denen Gebühren nach dem NKAG veranlagt werden, keine Gewinnerzielungsabsicht verfolgt wird. Gebührenüber- bzw. -unterdeckungen sind innerhalb von drei Jahren nach Beschlussfassung in den Gebührenkalkulationen zu berücksichtigen.

E. Feststellungen gemäß § 53 HGrG

97. Bei unserer Prüfung haben wir auftragsgemäß die Vorschriften des § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HGrG sowie IDW PS 720 (Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG) beachtet. Dementsprechend haben wir auch geprüft, ob die Geschäfte ordnungsgemäß, d.h. mit der erforderlichen Sorgfalt und in Übereinstimmung mit den einschlägigen handelsrechtlichen Vorschriften, den Bestimmungen der Verbandsordnung und der Geschäftsordnung für die Geschäftsführung, geführt worden sind.

98. Die erforderlichen Feststellungen haben wir in diesem Bericht und in Anlage III (Fragenkatalog zur Prüfung nach § 53 HGrG) dargestellt. Über diese Feststellungen hinaus hat unsere Prüfung keine Besonderheiten ergeben, die nach unserer Auffassung für die Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung von Bedeutung sind.

F. Schlussbemerkung

Den vorstehenden Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Hildesheim, Bad Salzdetfurth, für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2023 und des Lageberichts für dieses Wirtschaftsjahr erstatten wir in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Erstellung von Prüfungsberichten (IDW PS 450 n.F. (10.2021)).

Der von uns erteilte Bestätigungsvermerk ist in Abschnitt B. unter „Wiedergabe des Bestätigungsvermerks" enthalten.

Hannover, den 22. Oktober 2023

PricewaterhouseCoopers GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

pwc digitally signed by

Thorsten Wesch
Wirtschaftsprüfer

pwc digitally signed by

ppa. Lasse Neubert
Wirtschaftsprüfer

PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
WIRTSCHAFTS-PRÜFUNGS-GESELLSCHAFT
SIEGEL
FRANKFURT AM MAIN Zweigniederlassung Hannover

Anlagen

Anlagenverzeichnis

Seite

I Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2023 1
II Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2023 1
1. Bilanz zum 31. Dezember 2023 2
2. Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2023 5
3. Anhang für das Wirtschaftsjahr 2023 7
Anlagenspiegel 23
III Fragenkatalog zur Prüfung nach § 53 HGrG 1
IV Rechtliche, wirtschaftliche und steuerliche Verhältnisse 1

Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 1. Januar 2024

Zweckverband Abfallwirtschaft Hildesheim, Bad Salzdetfurth

Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2023

I. Allgemeines

Der Lagebericht des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Hildesheim (ZAH) für das Wirtschaftsjahr 2023 wurde gemäß § 24 Eigenbetriebsverordnung Niedersachsen (EigBetrVO Nds) aufgestellt. Danach ist der Lagebericht gemäß § 289 HGB aufzustellen und um Maßnahmen mit besonderer Bedeutung für den Umweltschutz zu ergänzen.

Die Wirtschaftsführung und das Rechnungswesen des ZAH erfolgt auf der Grundlage der Vorschriften des Handelsgesetzbuches. Satzungsgemäß werden hierbei die Vorschriften der EigBetrVO Nds beachtet.

II. Unternehmen und rechtliche Rahmenbedingungen

Der ZAH nimmt für seine Verbandsmitglieder Stadt Hildesheim und Landkreis Hildesheim die Aufgaben als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger seit dem 1. Januar 1994 wahr. Hierzu zählen insbesondere das Einsammeln, Befördern sowie die Verwertung und Entsorgung des im Verbandsgebiet anfallenden Abfalls, die Schaffung von Einrichtungen zur Verwertung von Abfällen aus Gewerbe und Haushaltungen sowie die Abfallberatung.

Die Aktualisierung des Abfallwirtschaftskonzept wurde im April 2024 dem Verbandsausschuss vorgestellt. Derzeit werden die Träger öffentlicher Belange beteiligt. Es ist geplant, einen Beschluss des Verbandsausschusses im November 2024 zu erzielen.

Im Berichtsjahr war die Abfallentsorgungssatzung in der Fassung der 12. Änderungssatzung gültig.

Grundlage der Gebührenerhebung für die Restabfall- und Bioabfallbehälter, für Sonderleistungen der Abfallentsorgung (wie die Abfuhr von Abfallcontainern und die Selbstanlieferung von Abfällen) sowie die Entsorgung von Sonderabfallkleinmengen ist die jeweils geltende Abfallgebührensatzung. Sonstige Leistungen werden nach der jeweils gültigen Satzung über die Erhebung von Verwaltungskosten bzw. der Entgeltliste berechnet. Die Gebührenveranlagung und der Gebühreneinzug werden vom ZAH durchgeführt.

Gemäß § 18 der Verbandssatzung sowie unter Beachtung des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetz (NKAG) arbeitet der Verband ohne Gewinnerzielungsabsicht, d.h. mittelfristig sind die aus den gebührenpflichtigen Bereichen erzielten Gebührenüber- und -unterdeckungen auszugleichen.

III. Rahmenbedingungen zur Abfuhr, Entsorgung und Verwertung von Abfällen

Das Verbandsgebiet umfasst 12 Gemeinden und Samtgemeinden sowie sechs Städte im Landkreis Hildesheim sowie die Stadt Hildesheim, in denen insgesamt ca. 278.000 Einwohnerinnen und Einwohner leben (Stand 31.12.2023).

Der Verband betreibt im Entsorgungsgebiet eine Hausmülldeponie (Zentraldeponie Heinde), auf der auch die entsprechenden Einrichtungen zur Sickerwasserklärung, Deponiegaserfassung, zur Annahme und Zwischenlagerung von Schadstoffen sowie eine Müllumschlagstation und ein Recyclingzentrum betrieben werden. Das Deponiefeld Hoersten-West verfügt über eine Basisdichtung, so dass hier unverändert Abfälle abgelagert werden können. Die Rekultivierungsmaßnahmen für zwei sogenannte Altkörper auf der Zentraldeponie sind bereits abgeschlossen. Das noch zur Verfügung stehende Deponiefeld wurde bereits teilabgedeckt. Durch diese Maßnahmen wird der Niederschlagswassereintrag in die Deponiekörper verringert und führt dauerhaft zu einer rückläufigen zu reinigenden Sickerwassermenge.

Für die Selbstanlieferung von Kleinmengen aus privater Herkunft hat der ZAH fünf Wertstoffhöfe (Alfeld, Elze, Hildesheim, Lamspringe, Sarstedt) errichtet. Ferner steht den Bürgern ein Kleinanlieferplatz im Eingangsbereich der Zentraldeponie für die Anlieferung zur Verfügung.

Des Weiteren werden zwei Bauschuttdeponien und ein Kompostwerk im Entsorgungsgebiet durch Dritte betrieben.

Neben den erforderlichen Geräten und Fahrzeugen für den Betrieb der Zentraldeponie unterhält der ZAH zur Einsammlung der gemischten Siedlungsabfälle und des Sperrmülls, der biologisch abbaubaren Abfälle (Bioabfall) sowie der Wertstoffe am Betriebsstandort in Groß Düngen einen umfangreichen Fuhrpark. Für die Abfuhr von Fäkalien sowie die Spülung von Kanalnetzen in den Gemeinden und Städten des Landkreises hält der ZAH entsprechend seiner satzungsgemäßen Aufgaben auch entsprechend ausgestattete Spezialfahrzeuge vor. Für die Betankung aller Fahrzeuge und Maschinen unterhält der ZAH zwei eigene Betriebstankstellen auf dem Betriebshof in Groß-Düngen und auf dem Gelände der Zentraldeponie Heinde.

Aufgrund der gesetzlichen Vorgaben und des nur noch eingeschränkt zur Verfügung stehenden Ablagerungsvolumens auf der Zentraldeponie werden die gemischten Siedlungsabfälle und sonstigen brennbaren Abfälle seit 1998 der thermischen Verwertung zugeführt. Die in 2023 vom ZAH angelieferte Menge zur Verbrennungsanlage mit 54.424 t (Vorjahr 54.062 t) nahm im Vergleich zum Vorjahr leicht zu. Auf der Zentraldeponie wurden 394 t (Vorjahr 397 t) abgelagert. Weitere 135 t (Vorjahr 130 t) wurden zur Fremddeponierung abgegeben.

Die vor allem aus der Abfuhr der Restmülltonnen stammenden Siedlungsabfälle aus privater Herkunft von rd. 43.800 t lagen um rd. 2.400 t über dem Aufkommen des Vorjahres.

Der ZAH nutzt eine auf dem Deponiegelände vorhandene Recyclinghalle und -fläche (kurz: RZH) als Umschlag- und Zwischenlagerfläche für Bauschutt, Baustellenabfälle, A III und A IV Holz, für stoffgleiche Nichtverpackungen (Kunststoffe), für Sperrmüll, für Dachpappe, für Straßenaufbruch, für Grünschnitt und seit Anfang 2022 für die Sortierung und Bereitstellung von Altpapier und -pappe sowie Kartonagen (PPK) für die Systemanbieter.

Der aus der haushaltsnahen Abfuhr stammende Sperrmüll wird seit April 2018 bei der PreZero Service Mitte GmbH & Co. KG, Hannover, behandelt und stofflich verwertet. Die Anlieferung des Sperrmülls und die Breitstellung zum Abtransport nach Hannover findet im RZH statt. Dieser Vertrag lief zum 28. Februar 2023 aus. Nach der europaweiten Ausschreibung hat PreZero erneut den Zuschlag erhalten. Der Vertrag hat eine Laufzeit vom 1. März 2023 bis 28. Februar 2025.

Der auf den Wertstoffhöfen angelieferte Sperrmüll wird von den Mitarbeitern des ZAH stofflich getrennt. Die enthaltenen Holzmengen werden einer gesonderten Verwertung, getrennt nach A III und A IV Holz, zugeführt. Bei der Vermarktung des Altholzes führt der ZAH aufgrund der stark wechselnden Verwertungspreise quartalsweise eine Angebotsabfrage durch.

Die Umsetzung des Elektro- und Elektronikgerätegesetzes (ElektroG), das die Erfassung von Elektroaltgeräten regelt, erfolgt seit 2007 problemlos. Die kostenlose Rücknahme der Geräte erfolgt über die Wertstoffhöfe sowie im Zuge der haushaltsnahen Sperrmüllentsorgung. Der ZAH führt seit 2007 die Eigenvermarktung der „weißen Ware" sowie seit 2008 für Kleingeräte und der Bildschirmgeräte durch. Die weiteren Elektrogruppen werden durch Fremdfirmen entsorgt.

Die über die Abfuhr der Biotonnen sowie die kostenfreien Baum- und Strauchschnittaktionen gesammelten Mengen von insgesamt 33.381 t (Vorjahr: 31.250 t) wurden zur biologischen Verwertung an das Kompostwerk der Bioenergiezentrum Hildesheim GmbH, Hildesheim, übergeben.

Die Sammlung der Fraktion PPK führt der ZAH unverändert in eigener Regie durch. Durch die Einführung der Altpapiertonne sowie die auf den Wertstoffinseln und Wertstoffhöfen zur Verfügung gestellten Depotcontainer haben die Bürger die Möglichkeit, Altpapier kostenfrei zu entsorgen. Die im Wirtschaftsjahr 2023 gesammelte Menge blieb mit 17.824 t (Vorjahr 18.593 t) hinter der Menge des Vorjahres zurück. Seit Beginn des Wirtschaftsjahres 2022 machen die Systemanbieter von ihrem Recht auf die körperliche Herausgabe der ihnen zustehenden Anteile an dem PPK-Aufkommen Gebrauch.

Die Umstellung vom gelben Sack auf ein Tonnensystem ab 2023 ist vom Verbandsausschuss des ZAH im Mai 2021 politisch beschlossen worden. Im Rahmen der Vorbereitung für die Ausschreibung der Einsammlung der LVP für die Jahre 2023 bis 2025 haben die Systemanbieter der Einführung der „Gelben Tonne" im Gebiet des Landkreises Hildesheim und der Stadt Hildesheim nach dem Zurückziehen des Klageverfahrens zugestimmt. Die Beschaffung der gelben Tonnen sowie deren Erstauslieferung an die Grundstückseigentümer obliegt den beauftragten Unternehmen. Dieses sind im Landkreis Hildesheim die Fa. Remondis, Kiel, sowie

in der Stadt Hildesheim die Fa. RMG Rohstoffmanagement GmbH, Hannover. Mit beiden Firmen konnte sich der ZAH insoweit einigen, dass die Leerung der Gelben Tonnen über den ZAH erfolgt. Für die Ermittlung des Tonnenbedarfs hat der ZAH die Grundstückseigentümer mit Versand der Gebührenbescheide für das Wirtschaftsjahr 2022 aufgefordert das von ihnen gewünschte Tonnenvolumen (120 l, 240 l bzw. 1,1 m³) bis zum 31. August 2022 anzumelden. Nach einer Übergangszeit, in der auch noch „Gelbe Säcke" für die Sammlung zugelassen waren, sammelt der ZAH nunmehr die Leichtverpackungen ausschließlich über die Gelbe Tonne. Die Leerung der gelben Tonne erfolgt seit dem 1. Januar 2023 im vierwöchentlichen Rhythmus.

Die transportierte LVP-Tonnage in 2023 mit insgesamt 8.493 t (Vorjahr 8.610 t) lag leicht unter Vorjahresniveau.

Die Aufgaben der Sammlung und Verwertung von Altglas werden derzeit von Remondis, durchgeführt. Das Altglas wird im Bringsystem über das sogenannte Iglosystem auf den Wertstoffinseln sowie auf den Wertstoffhöfen erfasst.

Darüber hinaus ist der ZAH in die Sanierungsmaßnahmen der sogenannten Altlasten des Landkreises Hildesheim und der Stadt Hildesheim sowie die Nachsorgemaßnahmen für zwei ehemalige Hausmülldeponien des Landkreises (Lechstedt, Doershelf) eingebunden. Der ZAH hat bis zum Wirtschaftsjahr 2018 einen Lenkungszuschlag auf die Abfallgebühren erhoben und diesen einer zweckgebundenen Rückstellung zugeführt. Hieraus erstattet der ZAH dem Landkreis und der Stadt ihre jährlich verauslagten Aufwendungen. Die Erhebung des Lenkungszuschlags ist durch die Beschlüsse des Verbandsausschusses vom 28. Oktober 2019 und der Verbandsversammlung vom 18. Dezember 2019 bis auf weiteres ausgesetzt. Durch die Übernahme der Sickerwasserklärung sowie von Überwachungstätigkeiten werden die Verbandsmitglieder bei der Überwachung der Altlasten durch den ZAH unterstützt.

IV. Angaben zum Geschäftsverlauf des Wirtschaftsjahres 2023

Die Auswirkungen auf den Geschäftsverlauf durch den bestehenden Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine sind seitens des ZAH immer noch zu spüren.

Trotz der Lieferengpässe konnte sichergestellt werden, dass die dem ZAH von den Verbandsmitgliedern in § 4 der Verbandsordnung auferlegte Geschäftstätigkeit jederzeit voll erfüllt werden konnte.

Die Erhöhung der Mautgebühren führen beim ZAH zu wirtschaftlich erhöhten Aufwendungen. Diese Erhöhung werden in den nächsten Jahren weiterhin berücksichtigt werden müssen.

Der Transport der Abfälle mit eigenem Personal und geleasten Fahrzeugen zur thermischen Verwertung nach Hameln verlief ebenso reibungslos wie die Wahrnehmung der Aufgaben zur Einsammlung von Papier, Pappe und Kartonagen, der Sammlung und des Transportes der „Gelben Tonne" sowie die Erfassung und Verwertung im Rahmen des Elektro- und

Elektronikgerätegesetzes. Die im Vorjahr vorgenommene Verdoppelung der wöchentlichen Leerungshäufigkeit der auf den Wertstoffinseln bereitgestellten PPK-Container wurde beibehalten. Ursache ist weiterhin der erhöhte Volumenverbrauch durch den stark gestiegenen Anteil der Kartonagen.

Seit 1. Januar 2015 ist die Biotonne oder die Selbstkompostierung gesetzlich vorgeschrieben. Der ZAH macht von der rechtlichen Möglichkeit Gebrauch, die Eigenkompostierung der Grundstückseigentümer vor Ort zu überprüfen. Der Anschlussgrad der Biotonnen hat sich seither weiter erhöht.

Die Umstellung vom gelben Sack auf ein Tonnensystem ab 2023 ist gänzlich umgesetzt worden.

1. Leistungsindikatoren

Als Dienstleistungsunternehmen in der Abfallentsorgung wird das Geschäft im Wesentlichen durch finanzielle Leistungsindikatoren auf Basis des Wirtschaftsplanes gesteuert. Diese umfassen vor allem die Größen „Ergebnis der Geschäftstätigkeit" und „Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit". Dabei ist zu berücksichtigen, dass die finanziellen Leistungsindikatoren durch die Vorschriften des NKAG sowie die satzungsgemäße Aufgabenstellung, ohne Gewinnerzielungsabsicht zu wirtschaften, stark reglementiert sind.

Statt des im Wirtschaftsplan 2023 prognostizierten negativen Jahresergebnisses von T€ 468 wurde ein Jahresüberschuss von T€ 274 erwirtschaftet.

Die erzielten Umsatzerlöse blieben um T€ 531 hinter dem Planansatz von T€ 28.121 zurück. Während die Gebühren und Entgelte aus dem hoheitlichen Bereich die Planansätze im Saldo um T€ 367überstiegen, blieben die Erträge aus dem Bereich der sonstigen Umsatzerlöse im Saldo um T€ 898 hinter den Planansätzen zurück. Hier wirkten sich vor allem die um T€ 384 geringeren Erstattungen aus der gewerblichen Tätigkeit im Rahmen des Dualen Systems sowie die um T€ 547 niedrigeren Erträge aus der Veräußerung von Wertstoffen aus. Durch den deutlichen Rückgang der Vermarktungspreise für die Fraktion PPK blieben die Erträge um T€ 847 unter dem Planansatz. Aus der Vermarktung von AIII- und AIV-Holz wurden Mehrerträge von T€ 355 erzielt.

Bei den sonstigen betrieblichen Erträgen liegen die erzielten Erträge um T€ 118 über dem Planansatz. Hier machten sich insbesondere höhere Erträge aus der Veräußerung von Sachanlagen (T€ +69), Förderschüsse (T€ +38) sowie aus der Auflösung von Rückstellungen (T€ 22) bemerkbar. Die Erstattungen aus der Schadenregulierung blieben um T€ 36 hinter dem Planansatz zurück.

Bei den betrieblichen Aufwendungen fielen gegenüber der Planung im Saldo Mehraufwendungen von T€ 469 an. Bei dem Personalaufwand (T€ +505), den Abschreibungen (T€ +16) sowie den sonstigen betrieblichen Aufwendungen (T€ +95) wurden die Planansätze überschritten. Der Materialaufwand blieb dagegen um T€ 147 hinter dem Planansatz zurück.

Bei dem Materialaufwand blieben die Aufwendungen für die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für Waren um T€ 55 sowie die Aufwendungen für bezogene Leistungen um T€ 92 hinter den Planansätzen zurück. Durch die rückläufigen Bezugspreise fielen gegenüber dem Planansatz um T€ 255 niedrigere Aufwendungen für Treibstoffe an. Für die Ausgabe des Restbestandes der „gelben Säcke" fielen nicht geplante Aufwendungen von T€ 72 an. Mehraufwand fiel vor allem für die Beschaffung von Ersatzteilen und Reifen für den Fuhrpark (T€ +142) sowie für die Betriebskosten der Deponie (T€ +64) an. Bei den bezogenen Leistungen blieben insbesondere die Aufwendungen für die Sortierung und Vermarktung von Altpapier (T€ -397), für die thermische Verwertung der Restabfälle (T€ -205) sowie für Fremdfahrzeuge (T€ -165) hinter den veranschlagten Aufwendungen zurück. Höhere Aufwendungen fielen vor allem für Leiharbeiter (T€ +366), den Fuhrpark (T€ +205) sowie die Schadstoffbeseitigung (T€ +63) an.

Der Personalaufwand überstieg den veranschlagten Planansatz von T€ 10.400 um T€ 505. Ausgewirkt hat sich vor allem die nicht geplante Auszahlung der Inflationsausgleichsprämie von T€ 482 sowie die Gewährung von Personalnebenleistung mit T€ 58. Ferner stand der geplanten Abnahme der Personalrückstellungen um T€ 49 eine Zunahme von T€ 50 gegenüber. Aufgrund der Senkung des Beitragssatzes zur VBL ergaben sich gegenüber der Planung um T€ 81 geringere Aufwendungen.

Von den überplanmäßigen Aufwendungen für die sonstigen betrieblichen Aufwendungen (T€ +95) entfallen vor allem T€ 83 auf Öffentlichkeitsarbeit, T€ 38 auf Aus- und Fortbildung sowie T€ 31 auf den IT-Bedarf. Dagegen fiel der Aufwand für Schadenfälle um T€ 68 geringer aus.

Statt des geplanten negativen Finanzergebnisses von T€ 115 wurde ein positives Ergebnis von T€ 1.054 erzielt. Die Beteiligungserträge überstiegen den Planansatz von T€ 16 um T€ 4. Statt des geplanten Zinsaufwands aus der Aufzinsung der Rückstellungen für Altersteilzeit-, Rekultivierungs- und Nachsorgeverpflichtungen von T€ 131 ergaben sich vor allem durch die gestiegenen Zinssätze ertragswirksame Zinsen von T€ 903. Darüber hinaus wurden aus Geldanlagen wieder Zinserträge von T€ 129 erzielt.

Dem Jahresüberschuss von T€ 274 (Planansatz: Jahresfehlbetrag T€ 468) und den Abschreibungen von T€ 2.810 (Planansatz: T€ 2.794) standen die im Saldo um T€ 1.310 (Planansatz: Abnahme T€ 470) rückläufigen langfristigen Rückstellungen gegenüber. Der sich hieraus ergebende Cash Flow von T€ 1.774 bleibt hinter dem Planansatz von T€ 1.856 zurück.

Beim Betrieb sämtlicher Anlagen gelten hohe Arbeits-, Umwelt- und Gesundheitsstandards, um Unfallgefahren zu reduzieren und arbeitsbedingte Erkrankungen zu vermeiden. Hierzu finden regelmäßige arbeitsmedizinische Untersuchungen, Sicherheitsbelehrungen sowie Kontrollen mit dem Ziel statt, die Gesamtzahl aller Unfälle und die Gesundheitsgefährdungen zu senken.

2. Ertragslage

Bei der Entwicklung der Ertragslage ist zu berücksichtigen, dass die Gebührensätze in den Bereichen der Einsammlung des Restabfalls sowie des Bioabfalls zuletzt zum 1. Januar 2018 gesenkt wurden. Ziel der Gebührensenkungen ist, die Gebührenüberdeckungen aus Vorjahren gemäß den Vorschriften des NKAG abzubauen bzw. nicht weiter ansteigen zu lassen.

Statt des geplanten Jahresfehlbetrags von T€ 468 schließt das Wirtschaftsjahr 2023 mit einem Jahresüberschuss von T€ 274. Hierin enthalten ist der Jahresüberschuss aus der Vermarktung von Elektrizität aus dem BHKW von T€ 22 (Vorjahr: Jahresüberschuss T€ 74) sowie der Jahresfehlbetrag aus den wirtschaftlichen Tätigkeiten im Rahmen des Dualen Systems von T€ 54 (Vorjahr: Jahresfehlbetrag von T€ 53).

Die Ertragslage ist weiterhin durch die unveränderten Gebührensätze geprägt. Dabei ist zu beachten, dass sich die aus der Gebührennachkalkulation 2023 ergebenden Gebührenunterdeckungen aus den Bereichen Restmüll und Bioabfall durch entsprechende Entnahmen aus den sonstigen Rückstellungen zu Gunsten der Umsatzerlöse ausgeglichen wurden.

Die betrieblichen Erträge verringerten sich um T€ 883 auf T€ 28.237. Dagegen nahmen die betrieblichen Aufwendungen um T€ 30 auf T€ 28.944 zu. Das sich hieraus ergebende negative Betriebsergebnis von T€ 708 konnte durch das positive Finanzergebnis von T€ 1.054 mehr als ausgeglichen werden, so dass ein Ergebnis der Geschäftstätigkeit von T€346 verblieb.

Die Umsatzerlöse verringerten sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 895 auf T€ 27.590. Sie werden im Wesentlichen aus Gebühreneinnahmen, Erstattungen aus den Wertstoffsammlungen und Nebenleistungen im Rahmen des Dualen Systems, Erlösen aus Kanalreinigungen und der Fäkalienbeseitigung, der Containerabfuhr, sonstigen Verkaufserlösen sowie aus Vermietung und Verpachtung erzielt.

Angaben zu den Umsatzerlösen aus Gebühren und Entgelten

	2023	2022
	T€	T€
Restabfallgebühren	13.299	12.897
Bioabfallgebühren	5.814	6.015
Deponiegebühren und -entgelte	1.903	1.918
Selbstanlieferer zu den Wertstoffhöfen	585	539
Selbstanlieferer Kompostwerk	247	203
Gebühren für Restabfall- und Biosäcke	108	103
Schadstoffentsorgung	44	35
	22.000	**21.710**

Die Zunahme der Erträge aus **Restabfallgebühren** um T€ 338 auf T€ 12.958 resultiert bei gegenüber dem Vorjahr unveränderten Gebührensätzen aus der im Jahresdurchschnitt um 142 auf 88.297 gestiegenen Anzahl der zu leerenden Behälter. Das den Grundstückseigentümern und Gewerbebetrieben zur Verfügung gestellte Behältervolumen erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 10,1 Mio m³ auf 299,9 Mio m³. Zu bemerken ist, dass die Gebührenpflichtigen unverändert an dem Trend zur Umstellung der Abfallbehälter auf ein kleineres Volumen sowie auf die Umstellung einer geringeren Leerungshäufigkeit festhalten. Die sich aus der Nachkalkulation 2023 ergebende Gebührenunterdeckung von T€ 341 (Vorjahr T€ 276) wurde durch eine entsprechende Entnahme aus der Rückstellung für Gebührenüberdeckungen ausgeglichen.

Bei unveränderten Gebührensätzen blieben die Erträge aus **Bioabfallgebühren** mit T€ 5.750 auf Vorjahresniveau. Durch die im Durchschnitt um 112 auf 62.423 gestiegene Anzahl der zu leerenden Behälter nahm das den Grundstückseigentümern zur Verfügung stehende Behältervolumen um 0,5 Mio m³ auf 148,4 Mio m³ zu. Die sich aus der Nachkalkulation 2023 ergebende Gebührenunterdeckung von T€ 64 (Vorjahr T€ 265) wurde durch eine entsprechende Entnahme aus der Rückstellung für Gebührenüberdeckungen ausgeglichen.

Die Erträge aus **Deponiegebühren und -entgelten** blieben auf Vorjahresniveau. Dabei ist zu beachten, dass von dem Vorjahreswert T€ 42 auf periodenfremde Erträge entfielen.

Die Erträge aus den Anlieferungen zu den **Wertstoffhöfen** fielen im Saldo um T€ 46 höher aus. Zu bemerken ist, dass die Gebührensätze und die Entgelte nahezu unveränderten blieben.

Die Zunahme der Erlöse aus den **Selbstanlieferungen zum Kompostwerk** beruht auf gestiegenen Anlieferungsmengen. Auch die Erträge aus der Abgabe von **Restabfall- und Biosäcken** sowie aus der **Schadstoffentsorgung** nahmen zu.

Dem Gebührenaufkommen standen folgende **Abfallmengen** gegenüber:

	2023	2022
	Tonnage	Tonnage
Abfallart		
Gemischte Siedlungsabfälle	43.802	43.556
Gemischte Materialien (brennbare Abfälle)	1.161	967
Bau- und Abbruchabfälle, Steine und Beton	2.609	2.937
Abfälle aus der Wasseraufbereitung	392	382
Gartenabfälle	176	71
Produktionsspezifische Abfälle	1.702	1.680
Sonstige	5.820	5.465
	55.662	**55.058**
An das Kompostwerk gelieferte Mengen		
aus der Biotonnenabfuhr und Sonderaktionen	29.705	28.110
durch Selbstanlieferer (incl. Container ZAH)	3.675	3.139
	89.042	**86.307**

Angaben zu den sonstigen Umsatzerlösen

	2023	2022
	T€	T€
Erstattungen aus gewerblichen Tätigkeiten im Rahmen des DSD	3.356	3.457
Verkaufserlöse Wertstoffe	1.403	2.406
Erlöse Containerabfuhr	323	298
Erlöse Kanalreinigung und Fäkalienbeseitigung	218	204
Erlöse aus Energieverkauf	57	162
Mieten und Pachten	91	135
Sickerwasserklärungen	89	61
Übrige	53	53
	5.590	**6.776**

Die Erstattungen aus den Tätigkeiten im Rahmen des Dualen Systems verringerten sich im Saldo T€ 101. Die Direktentgelte die der ZAH von den Systemanbietern für die Fraktion PPK erhält, nahmen gegenüber dem Vorjahr um T€ 57 auf T€ 1.307 ab. Seit Beginn des Wirtschaftsjahres 2022 verlangen die Systemanbieter die körperliche Herausgabe ihres Anteils an der vom ZAH gesammelten Fraktion PPK. Sie erstatteten dem ZAH für die Bereitstellung (Zwischenlagerung, Sortierung, Wiegung, Abrechnung) ihrer Anteile an der Fraktion PPK T€ 113 (Vorjahr T€ 102). Die Nebenentgelte von den Systemanbietern nahmen um T€ 3 auf T€ 414 zu. Die Erträge für die Leerung der „gelben Tonnen" (Vorjahr Einsammlung der „gelbe Säcke") verringerten sich um T€ 37. Die Vergütungen aus der Vermarktung der Fraktion PPK verringerten sich preis- und mengenbedingt um T€ 83 auf T€ 84. Erträge für sonstige Leistungen fielen nicht an (Vorjahr T€ 24). Aus der Nachberechnung für die Beschaffung von „gelben Säcken" im Vorjahr wurden T€ 112 vereinnahmt.

Der Rückgang der Verkaufserlöse aus Wertstoffen war maßgeblich durch die gegenüber dem Vorjahr um T€ 1.168 auf T€ 623 gesunkenen Erträge aus der Vermarktung von Altpapier verursacht. Neben der gegenüber dem Vorjahr rückläufigen Tonnage wirkten sich hier insbesondere die niedrigeren Vermarktungspreise aus. Auch aus der Verwertung von Elektro- und Metallschrott wurden geringere Erlöse von T€ 365 (Vorjahr T€ 387) erzielt. Aus der Veräußerung von A III und A IV Holz wurden höhere Erträge von T€ 414 (Vorjahr T€ 227) erzielt. Die sonstigen Erträge aus der Abgabe von Wertstoffen blieben mit T€ 1 unverändert.

Die Zunahme der Erlöse aus der Kanalreinigung und der Fäkalienbeseitigung resultiert aus den um T€ 15 auf T€ 160 gestiegenen Erlösen aus Generalspülungen in einzelnen Gemeinden des Landkreises Hildesheim. Die Erträge aus der Fäkalienabfuhr blieben nahezu unverändert.

Die Erlöse aus dem Energieverkauf entfallen auf den im BHKW erzeugten Strom. Durch die gegenüber dem Vorjahr deutlich geringere ausgespeiste Menge und rückläufigen Vermarktungspreisen verringerten sich die Erlöse um T€ 105.

In den übrigen Umsatzerlösen sind vor allem Erträge aus Sonderleistungen mit T€ 36 (Vorjahr T€ 36), Provisionen aus Werbung mit T€ 13 (Vorjahr T€ 14) sowie periodenfremde Erträge von T€ 4 (Vorjahr T€ 3) enthalten.

Die **sonstigen betrieblichen Erträge** nahmen um T€ 14 auf T€ 645 zu. Vor allem die Erträge aus der Veräußerung von Vermögensgegenständen des Anlagevermögens mit T€ 144 (Vorjahr T€ 17), die Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen mit T€ 182 (Vorjahr T€ 113) sowie die erhaltenen Zuschüsse Dritter mit T€ 52 (Vorjahr T€ 14) fielen höher aus. Rückläufig waren die Versicherungserstattungen von T€ 164 (Vorjahr T€ 288), die Personalkostenerstattungen mit T€ 31 (Vorjahr T€ 36) sowie die Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen mit T€ 9 (Vorjahr T€ 55). Ferner sind hier Erträge aus Mahn- und Vollstreckungsgebühren enthalten. Der Erstattung der Energiepreispauschale im Vorjahr von T€ 60 standen im Wirtschaftsjahr keine entsprechenden Erträge gegenüber. In dem Posten sind periodenfremde Erträge von T€ 182 (Vorjahr T€ 113) enthalten.

Unter Einbeziehung der **anderen aktivierten Eigenleistungen** verringerten sich die **betrieblichen Erträge** um T€ 884 auf T€ 28.237.

Der **Betriebsaufwand** nahm im Saldo um T€ 30 auf T€ 28.944 zu. Höhere Aufwendungen fielen für den Personalaufwand mit T€ 503 an. Der Materialaufwand blieb um T€ 161, die Abschreibungen um T€ 19 sowie die sonstigen betrieblichen Aufwendungen um T€ 293 unter dem Vorjahreswert.

Bei der Abnahme des **Materialaufwands** standen den um T€ 403 geringeren Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren um T€ 242 höhere Aufwendungen für bezogene Leistungen gegenüber. Bei den Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen und bezogenen Waren fielen insbesondere niedrigere Aufwendungen für Treibstoffe und die Unterhaltung des Fuhrparks (T€ -212) sowie für die Beschaffung von Wertstoffsäcken (T€ -172) an. An der Zunahme der Aufwendungen für die bezogenen Leistungen waren vor allem die Aufwendungen für den Fuhrpark (T€ +249), für den Einsatz von Leiharbeitern und Fremdpersonal (T€ 195) sowie die durch gestiegene Anlieferungsmengen höheren Aufwendungen zur Bio-Kompostanlage (T€ +151) beteiligt. Aufgrund des neuen Vertrages über die Behandlung des Sperrmülls fielen die Aufwendungen um T€ 267 niedriger aus. Die Aufwendungen für die Sortierung und Vermarktung des Altpapiers verringerten sich durch die rückläufige Tonnage sowie die körperliche Herausgabe der den Systemanbietern zustehenden PPK-Anteile um T€ 165. an.

Der Anstieg beim **Personalaufwand** um T€ 503 war vor allem durch die tariflich zu gewährende Inflationsausgleichsprämie von T€ 482 sowie dem Anstieg der Rückstellungen für Verpflichtungen gegenüber dem Personal verursacht.

Aufwendungen für Deponienachsorge- und Rekultivierungsverpflichtungen fielen im Berichtsjahr nicht an. Durch die Beschlüsse des Verbandsausschusses und der Verbandsversammlung sind weitere Zuführungen zu den Rückstellungen für **Altlastensanierungen** seit dem Wirtschaftsjahr 2019 bis auf weiteres ausgesetzt.

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** nahmen im Saldo um T€ 293 auf T€ 1.752 ab. Geringere Aufwendungen fielen insbesondere für Schadensfälle (T€ -146) sowie für Rechts- und Beratungskosten (T€ -59) an. Des Weiteren waren hier im Vorjahr aperiodische Aufwendungen von T€ 96 enthalten.

Aus **Beteiligungen** wurden Erträge von T€ 20 (Vorjahr T€ 16) erzielt. Die **Zinserträge** setzen sich aus Zinsen aus Geldanlagen von T€ 129 sowie aus der Abzinsung langfristiger Rückstellungen mit T€ 903 zusammen. **Zinsaufwendungen** fielen im Berichtsjahr (Vorjahr T€ 41 aus der Aufzinsung von langfristigen Rückstellungen) nicht an. Das negative Finanzergebnis aus dem Vorjahr von T€ 25 kehrte sich in ein positives Ergebnis von T€ 1.054 um.

Von den **Steuern vom Einkommen und vom Ertrag** entfallen T€ 3 (Vorjahr T€ 5) auf Körperschaftssteuer und Solidaritätszuschlag sowie T€ 3 (Vorjahr T€ 10) auf Gewerbesteuer.

Die **sonstigen Steuern** (T€ 66; Vorjahr T€ 68) entfallen auf Grund- und Kraftfahrzeugsteuer.

3. Vermögens- und Finanzlage

Gegenüber dem Vorjahresbilanzstichtag nahm die Bilanzsumme um € 0,7 Mio auf € 37,8 Mio ab.

Das Anlagevermögen von € 16,7 Mio (Vorjahr € 18,0 Mio) nimmt 44,2 % (Vorjahr 46,7 %) der rückläufigen Bilanzsumme ein. Hiervon entfallen € 7,6 Mio (Vorjahr € 8,0 Mio) auf Grundstücke und Bauten sowie € 7,6 Mio (Vorjahr € 8,9 Mio) auf Fahrzeuge und Abfallbehälter. Der Bestand der geleisteten Anzahlungen und Anlagen im Bau nahm um € 0,3 Mio auf € 0,7 Mio zu.

Unter den Finanzanlagen werden die in 2010 erworbene Beteiligung am Stammkapital der Photovoltaik-Park Heinde/Lechstedt Verwaltungs GmbH, Bad Salzdetfurth, sowie die geleistete Kommanditeinlage (T€ 200) im Rahmen der Beteiligung an der Photovoltaik-Park Heinde/Lechstedt GmbH & Co. KG, Bad Salzdetfurth, gezeigt.

Das Umlaufvermögen und die aktiven Abgrenzungen erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr um T€ 597 auf T€ 21.118. Von der Zunahme entfallen T€ 458 auf die flüssigen Mittel, deren Bestand sich auf T€ 18.767 erhöhte. Den im Saldo um T€ 238 gestiegenen Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen standen um T€ 15 niedrigere Abgrenzungen sowie um T€ 84 niedrigere Bestände an Vorräten gegenüber. Die Zahlungsfähigkeit war während des gesamten Wirtschaftsjahres gegeben.

Das bilanzielle **Eigenkapital** hat sich wie folgt entwickelt:

	31.12.2023	31.12.2022
	T€	T€
I. Freie Rücklage	494	494
II. Gewinnvortrag	2.647	2.550
III. Jahresüberschuss	274	97
	3.415	**3.141**

Der Jahresüberschuss des Vorjahres war auf neue Rechnung vorzutragen.

Durch den Jahresüberschuss ergibt sich zum Bilanzstichtag unter Einbeziehung der freien Rücklage und des Gewinnvortrages ein Eigenkapital von € 3,4 Mio. Der Anteil des Eigenkapitals an der rückläufigen Bilanzsumme verbesserte sich von 8,2 % auf 9,1 %.

Die **Steuerrückstellungen** waren für die gewerbliche Tätigkeit aus der Ausspeisung und Vermarktung von Strom aus dem BHKW für Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag sowie für Gewerbesteuer zu dotieren.

Von den **sonstigen Rückstellungen**, die 86,3 % (Vorjahr 92,50 %) der geringeren Bilanzsumme beanspruchen, entfallen auf die Rückstellungen für Rekultivierungs- und Nachsorgeverpflichtungen für die Deponie Heinde T€ 20.374 (Vorjahr T€ 21.499) sowie auf die Rückstellungen für Altlastensanierungen in Stadt und Landkreis Hildesheim T€ 11.339 (Vorjahr T€ 11.525). Zuführungen zu diesen Verpflichtungen fielen im Wirtschaftsjahr 2023 nicht an.

Inanspruchnahmen und ertragswirksame Auflösungen waren mit zusammen T€ 408 (Vorjahr T€ 387) zu berücksichtigten. Des Weiteren fielen Erträge aus der Abzinsung von T€ 903 (Vorjahr Aufwendungen aus der Aufzinsung von T€ 41) an. Die Rückstellungen für Gebührenüberdeckungen aus den Bereichen Restmüll und Bioabfall verringerten sich durch die sich aus der Gebührennachkalkulation 2023 ergebenden Gebührenunterdeckungen um insgesamt T€ 405 auf T€ 402. Weitere Rückstellungen waren für Urlaubs- und Überstundenansprüche der Mitarbeiter, eine (Vorjahr zwei) Altersteilzeitverpflichtungen, ausstehende Abrechnungen sowie für die Buchführungs- und Jahresabschlusskosten zu berücksichtigen.

Die sonstigen Rückstellungen entwickelten sich wie folgt:

	2023	2022
	T€	T€
Stand 01.01.	**34.327**	**36.408**
laufende Zuführungen	446	439
Umbuchung Gebührenunterdeckungen aus 2021	0	-1.268
Abzinsung (Vorjahr Aufzinsung) von langfristigen Rückstellungen	-903	41
Inanspruchnahmen	-1.045	-1.180
Auflösungen	-182	-113
Stand 31.12.	**32.643**	**34.327**

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen liegen mit T€ 1.544 um T€ 676 über dem Vorjahreswert. Die Verbindlichkeiten gegenüber Verbandsmitgliedern nahmen um T€ 39 auf T€ 65 zu und die sonstigen Verbindlichkeiten verringerten sich um T€ 12 auf T€ 76.

4. Investitionen und Substanzerhaltung

Von den Investitionen (T€ 1.511) im Wirtschaftsjahr 2023 entfielen T€ 133 auf immaterielle Vermögensgegenstände sowie T€ 1.378 auf Sachanlagen. Bei den beweglichen Sachanlagen bildeten die Erweiterungs- und Ersatzinvestitionen im Bereich des Fuhrparks mit T€ 166 und die Beschaffung von Abfall-, Papier- und Umleerbehältern sowie von Containern mit T€ 355 die Schwerpunkte. Des Weiteren sind hier die Investitionen in die Wohnhäuser mit T€ 111, in Betriebsanlagen mit T€ 54 sowie die geleisteten Anzahlungen für Beschaffungen im Bereich des Fahrparks mit T€ 376 zu nennen.

Die Investitionen konnten vollständig aus eigenen Mitteln finanziert werden. Das Anlagevermögen ist unter Einbeziehung der langfristig zur Verfügung stehenden Rückstellungen für Rekultivierungs- und Deponienachsorgeverpflichtungen sowie für die Altlastensanierung vollständig durch langfristig verfügbare Mittel finanziert.

V. Mitarbeiter

Die Bezüge der Beschäftigten sind seit 1. Oktober 2005 an den Tarifvertrag öffentliche Dienste-Entsorgung (TVöD-E) gebunden.

Die Belegschaft entwickelte sich gegenüber dem Vorjahresbilanzstichtag wie folgt:

	31.12.2023	31.12.2022
Belegschaft im		
Verwaltungsbereich	21	23
gewerblichen Bereich	172	168
sowie Auszubildende	2	1
	195	**192**

Anzumerken ist, dass mit fünf (Vorjahr sieben) Beschäftigten im Verwaltungsbereich sowie mit acht (Vorjahr fünf) Mitarbeitern im gewerblichen Bereich Teilzeitverträge bestanden.

Der ZAH beschäftigt darüber hinaus in Ferienzeiten Aushilfen (Studenten und Schüler) sowie geringfügig Beschäftigte an den Wochenenden auf den Wertstoffhöfen.

Neben den eigenen Beschäftigten werden für die Erfüllung der Aufgaben unverändert Mitarbeiter von Arbeitsvermittlungsfirmen eingesetzt. Die hierfür anfallenden Aufwendungen werden in der Gewinn- und Verlustrechnung in dem Posten "Materialaufwand" ausgewiesen.

VI. Maßnahmen von besonderer Bedeutung für den Umweltschutz

Der ZAH betreibt ein zertifiziertes Qualitätsmanagementsystem, mittels welchem auch die Ziele zum nachhaltigen Schutz der Umwelt erreicht werden sollen.

In technischer Hinsicht werden betriebliche Umweltauswirkungen durch das Betreiben von Anlagen und Einrichtungen, die dem Stand der Technik entsprechen, auf ein Mindestmaß verringert. Gleichzeitig soll ein hohes Maß an Anlagenverfügbarkeit und Effizienz für einen reibungslosen Betrieb der Anlagen erreicht werden. Die in gesetzlichen Vorschriften und Genehmigungen enthaltenen Forderungen werden eingehalten. Übertroffen werden die Forderungen deutlich bei der Unterschreitung der genehmigten Schadstofffracht des geklärten Sickerwassers in die Vorflut. Höchste Priorität genießen dabei der störungsfreie wirtschaftliche Betrieb der Sickerwasserkläranlage und die umweltfreundliche Behandlung und Einleitung des geklärten Sickerwassers in die Vorflut.

Zur Ermittlung zielgerichteter Klimaschutzmaßnahmen hat der ZAH mit der Firma FaktorPlus GreenTechnology GmbH, Celle, eine erste Grundlagenermittlung und Bestandsaufnahme aller Standorte und Einrichtungen durchgeführt. Der parallel dazu gestellte Förderantrag beim Projektträger Forschungszentrum Jülich GmbH, Jülich, wurde im April 2021 genehmigt und im

Jahr 2022 bewilligt. Zusätzlich hat der ZAH eine Machbarkeitsstudie „alternativer Antriebe" beantragt und genehmigt bekommen. Ziel ist es für den ZAH die unterschiedlichen Antriebsarten bei schweren Nutzfahrzeugen zu durchleuchten, entsprechende Empfehlungen auszusprechen und die Infrastruktur hierzu auszuwählen. Ein weiteres Förderprojekt, welches die Einführung eines permanenten Energiemanagementsystems vorsieht, ist ebenfalls beantragt.

Die Reduzierung von CO_2-Emissionen steht auf der Agenda des ZAH für die nächsten Jahre und wird sich durch die von der Bundesregierung beschlossenen Klimaschutzziele („Klimaschutzprogramm 2030") zukünftig jährlich immer stärker monetär auswirken. Die Identifikation der CO_2-Quellen beim ZAH ist maßgeblich durch seine Hauptaufgaben als kommunaler Entsorger definiert. Der Fuhrpark steht hier emissions- wie kostentechnisch im Fokus. Dieses stellt sich in der CO_2-Bilanz aufgrund der mit herkömmlichem Kraftstoff betriebenen Müllfahrzeuge durch den Dieselverbrauch dar. Mit ca. 93 % zeigt sich der Dieselverbrauch als größte CO_2-Quelle, was gleichzeitig die höchsten Einsparpotenziale für zukünftige Klimaschutzmaßnahmen verspricht. Die verbleibenden 7 % entfallen auf Strom, Gas und Heizöl. Durch den 2021/2022 vollzogenen Wechsel von Heizöl zur Gasheizung am Standort in Groß Düngen konnte eine klimarelevante Verbesserung herbeigeführt werden.

Zur Nutzung des lokal vorhandenen Deponiegases wird auf der Zentraldeponie Heinde ein Blockheizkraftwerk (BHKW) betrieben. Der aus der Vergasung erzeugte Strom sowie die erzeugte Wärme aus dem BHKW werden für die Strom- und Wärmeversorgung der Sickerwasserkläranlage verwendet. Darüber hinaus gehende Strommengen werden in das Stromnetz der Avacon Netz GmbH, Helmstedt, eingespeist.

Wie bereits beschrieben ist aufgrund der von der Bundesregierung beschlossenen Klimaschutzziele zukünftig mit jährlich weiter steigenden Kraftstoff- und Energiekosten zu rechnen. Durch das eingeführte Klimareporting verfügt der ZAH über eine solide Faktenbasis und kann zukünftig Entscheidungen besser planen, da sie nun messbar sind. Da es derzeit noch keine marktreife technische Lösung für ein alternatives Antriebssystem für Müllfahrzeuge gibt, muss hier parallel die stetige Weiterentwicklung der alternativen Antriebstechnologien beobachtet werden. Dabei muss auch die Betankungs- und Wartungsinfrastruktur berücksichtigt werden.

Ein Teil der Deponiefläche in Heinde sowie die Dachfläche der dortigen Umschlaghalle wird bereits durch Photovoltaik-Technik genutzt. Das Areal bietet, allein durch seine Größe, jedoch erhebliches Potential für der weiteren Ausbau dieser Technologie.

Die Verwendung des so erzeugten Stroms könnte zukünftig zum einen für die unmittelbare Energieversorgung des Standorts Heinde, und zum anderen darüber hinaus zur Erzeugung von grünem Wasserstoff vor Ort beitragen. Die schrittweise Substitution von Dieselkraftstoff durch Wasserstoff betriebene Fahrzeuge könnte zu erheblichen CO_2-Emissionseinsparungen führen.

VII. Risikomanagement

Die Tätigkeiten des ZAH sind untrennbar mit Risiken verbunden, die sich nicht nur aus dem laufenden Geschäftsbetrieb ergeben, sondern sich auch durch Änderungen der Rechtslage, technologische Neuerungen oder durch ein geändertes konjunkturelles Umfeld ergeben können.

Das eingerichtete Risikomanagement, in dem die Unternehmensplanung, das Berichtswesen, die Richtlinien und Organisationsanweisungen strategisch zusammengeführt sind, wurde im Wirtschaftsjahr 2023 fortgeschrieben. Durch die Gesamtstrategie wird sichergestellt, dass Risiken frühzeitig erkannt werden und gezielt gegengesteuert werden kann.

Die Geschäftsführung und die weiteren Leitungsebenen überwachen gemeinsam die möglichen Risiken des Verbandes. Unterjährige Controllingprozesse dienen als Instrumente der Risikoüberwachung und Risikosteuerung. Im Verbandsausschuss werden im Rahmen der Berichtspflichten regelmäßig – und bei Bedarf – Berichte abgegeben.

Zur Minimierung von Betriebs- und Vertragsrisiken ist ein auditiertes Qualitätsmanagement-system eingerichtet. Der ZAH ist seit 1999 nach DIN ISO 9001 als Entsorgungsfachbetrieb (nach EfbV) gemäß §§ 56 und 57 Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) zertifiziert.

VIII. Chancen und Risiken

Der Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebes wird besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Insbesondere dienen dabei neben organisatorischen Vorkehrungen wie Organisations-anweisungen, Mitarbeiterschulungen, Notfallmaßnahmen und Rufbereitschaft, auch technische Vorkehrungen. Zur Optimierung der Betriebs- und Prozessabläufe besteht ein auditiertes Qualifika-tionsmanagementsystem als Entsorgungsfachbetrieb (nach EfbV) gemäß §§ 56 und 57 KrWG. Das kombinierte externe jährlich durchzuführende Wiederholungs- und Überwachungsaudit zur Überprüfung der Zertifizierung des ZAH gemäß Entsorgungsfachbetriebeverordnung wurde im Oktober 2023 erneut erfolgreich bestanden. Damit ist die qualifizierte Leistung des ZAH in allen Bereichen auf sehr hohem Niveau bestätigt. Dieses Niveau konnte nur auf der Grundlage der Qualifikation und des Engagements aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiterhin erhalten werden.

Den möglichen Risiken aus der beim ZAH eingerichteten IT-Struktur bzw. aus der genutzten Soft- und Hardware, die insbesondere durch unzureichende Schutzmaßnahmen gegen unerlaubte Datennutzung durch Dritte, Virenschutz, Datenverlust oder durch veraltete Anlagen entstehen können, begegnet der ZAH durch das eingeführte Datenschutzmanagement. Die seit dem Wirtschaftsjahr 2019 durchgeführten Maßnahmen zur Verbesserung des Datenschutzniveaus wurden auch 2023 fortgesetzt. Nach dem Jahresbericht des extern beauftragten Datenschutzbeauftragten wurden Verstöße gegen den Datenschutz nicht festgestellt. Auch gab es keine besonderen Risiken des Datenschutzes, die Einschränkungen für das informationelle

Selbstbestimmungsrecht oder anknüpfende Persönlichkeitsrechte der Betroffenen bedeutet haben. Um die stetig steigenden Anforderungen im Datenschutzrecht zu erfüllen, hat der ZAH Ende 2019/Anfang 2020 in Zusammenarbeit mit einem externen IT-Unternehmen eine zusätzliche Firewall zur Sicherung aller internen Personendaten eingerichtet. Gerade hinsichtlich der aktuellen Hackeranschläge in verschiedenen öffentlichen Einrichtungen ist es das Bestreben des ZAH eine aktuelle und professionelle Datensicherung vorzuweisen.

Unsicherheiten bestehen unverändert hinsichtlich einer Besteuerung von hoheitlichen Leistungen. Hierzu gehört auch die Neuregelung des § 2b Umsatzsteuergesetz (UStG) aus dem Jahr 2015. Durch die Koppelung der Besteuerung an die Körperschaftsteuer und das Vorliegen eines Betriebes gewerblicher Art waren juristische Personen des öffentlichen Rechts (JPdöR), zu denen auch der ZAH gehört, bisher nur in wenigen Fällen umsatzsteuerpflichtig. Durch die Neuregelung des § 2b UStG und die Streichung des § 2 Abs. 3 UStG wurde diese Koppelung aufgehoben. JPdöR sollen damit marktrelevante, privatrechtliche Leistungen nach den gleichen Grundsätzen erbringen wie andere Marktteilnehmer. Auch Leistungen die nach öffentlich-rechtlicher Grundlage (z.B. Satzung und/oder Verwaltungsakt) erbracht werden, jedoch keinem generellen Marktausschluss unterliegen, können künftig einer Besteuerung unterliegen. Der Gesetzgeber hatte mit dem ebenfalls neu eingeführten § 27 Abs. 22 UStG die Möglichkeit eröffnet, durch eine einmalige, gegenüber dem Finanzamt bis zum 31. Dezember 2016 abzugebende Erklärung zur Beibehaltung der Regelungen des § 2 Abs. 3 UStG in der Fassung vom 31. Dezember 2015 zu optieren. Die Erklärung war einmalig für sämtliche vor dem 1. Januar 2021 ausgeführten Leistungen abzugeben. Da nicht alle Probleme und offenen Fragen der kommunalen Ebene geklärt werden konnten, gab es bereits im Jahr 2019 vermehrt Bestrebungen den Übergangszeitraum zu verlängern. Diesem Wunsch wurde durch das Corona-Steuerhilfegesetz und der Einführung des § 27 Abs. 22a UStG entsprochen und die Optionsfrist wurde bis zum 31. Dezember 2022 verlängert.

Im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens zum Jahressteuergesetz 2022 hat die Bundesregierung die nochmalige Verlängerung der Optionsfrist bis zum 31. Dezember 2024 vorgeschlagen und der Bundesrat hat am 16.12.2022 der Änderung zugestimmt. Der ZAH hat daher von dieser Optionsfrist wiederum Gebrauch gemacht. Ungewissheit besteht derzeit hinsichtlich einer weiteren Verlängerung. Zurzeit informiert ein Referentenentwurf des Bundesministeriums der Finanzen (Stand 27. März 2024) darüber, dass der Leistungsaustausch zwischen juristischen Personen des öffentlichen Rechts (jPöR) vorläufig **nich**t nach der Maßgabe des § 2b UStG besteuert werden soll. Geplant ist demnach eine weitere Verschiebung der verbindlichen Umsetzung, d.h. die Verlängerung der Optionsmöglichkeit der öffentlichen Hand bis zum 31. Dezember 2026.

Auch die Novellierung des KrWG birgt Risiken hinsichtlich des Zugriffs auf Abfallströme (z.B. Einführung einer zusätzlichen Wertstofferfassung) sowie der Zulässigkeit von gewerblichen Sammlungen. Das angekündigte Wertstoffgesetz wurde abgelehnt, stattdessen wurde die bis zum 31. Dezember 2018 bestehende Verpackungsverordnung durch das Verpackungsgesetz (VerpackG) zum 1. Januar 2019 ersetzt.

Marktrisiken bestehen hinsichtlich der Entwicklung der Abfallmengen. Öffentliche Entsorgungsträger sind nach § 20 Abs. 1 KrWG zur Entsorgung von Abfällen aus privaten Haushaltungen und zur Beseitigung von Abfällen aus anderen Herkunftsbereichen verpflichtet. Von der Entsorgungspflicht ausgenommen sind dagegen Abfälle zur Verwertung aus anderen Herkunftsbereichen. Da immer mehr Abfälle aus Industrie und Gewerbe nicht dem ZAH angedient werden, sondern direkt einer Verwertung zugeführt werden, sind die durch den ZAH zu entsorgenden Abfallmengen grundsätzlich rückläufig. Hiervon betroffen sind der Containerdienst sowie die Finanzierung der hohen Fixkosten und Vorhaltekosten in der Abfallentsorgung. Der ZAH versucht durch Flexibilität und „Abfallentsorgung aus einer Hand" Kunden zu binden und einem weiteren Rückgang im Bereich der Abfälle aus Industrie und Gewerbe entgegenzuwirken.

Unkalkulierbar und somit risikobehaftet bleibt auch die Menge der zu entsorgenden Abfälle über die Abfallbehälter. Der Trend zu kleineren Behältergrößen und/oder geringerer Leerungshäufigkeit bleibt weiterhin ungebrochen. Des Weiteren kann sich eine rückläufige Entwicklung der Einwohnerzahlen im Verbandsgebiet auf die Abfallmengen aus privater Herkunft auswirken. Hier gilt es seitens des ZAH, ein starkes Augenmerk bei den anstehenden Verlängerungen bzw. Neuvergaben der mit Dritten bestehenden Entsorgungsverträge und deren Mengen zu richten.

Der ZAH ist auch seit dem 1. Januar 2023 als Subunternehmer für die Einsammlung der "gelben Tonne" in Stadt und Landkreis Hildesheim tätig. Die Abfuhr erfolgt alle 4-Wochen. Neben den hieraus zu erzielenden Erträgen wirkt sich diese Beauftragung bei den Planungen der Auslastung der einzusetzenden personellen und materiellen Ressourcen positiv aus.

Die PPK-Sammlung (direkte Auftragsbeziehung des DSD zum ZAH) wird unverändert durchgeführt. Um hier weitere Mengeneffekte zu erzielen und auch den Markteintritt privater Entsorger zu verhindern, bietet der ZAH neben dem Depotcontainersystem seit 2008 eine kostenlose haushaltsnahe Altpapiertonne an. Der ZAH ist in diesem Marktsegment somit gut positioniert. Von dem in der Vergangenheit bestehenden Risiko zur körperlichen Herausgabe des Papieranteils durch das neue VerpackG an die Systembetreiber wurde bis zum Jahr 2021 kein Gebrauch gemacht. Die Systemanbieter machen aufgrund der für sie besseren Vermarktungslage seit dem Jahr 2022 von der körperlichen Herausgabe der Fraktion PPK Gebrauch. Für die Abwicklung entstehen dem ZAH neben dem höheren Verwaltungsaufwand zusätzliche Kosten für Wiegungen, Sortierung, Zwischenlagerung und Verladung im RZH.

Dem Risiko von Forderungsausfällen begegnet der ZAH durch ein eingerichtetes Mahnwesen. Fruchtlose Mahnungen werden an die Creditreform AG, Neuss, sowie die Vollstreckungsbehörden der Verbandsmitglieder zur weiteren Verfolgung übergeben.

Zur Vermeidung von Liquiditätsrisiken ist eine vorausschauende und umfangreiche Finanzplanung eingerichtet.

Den Vermögensrisiken wird durch eine ständige Überwachung und ggf. erforderliche Anpassung bei den bestehenden Versicherungen begegnet.

Zur Vermeidung von Ausfallrisiken bei Geldanlagen werden ausschließlich einlagengesicherte Anlagen auf Spar- oder Tagesgeldkonten bei Kreditinstituten vorgenommen.

Um den Risiken aus einer möglichen erneuten pandemischen Lage und den damit verbundenen Einschränkungen auf den Betriebsablauf zu begegnen, hat der ZAH für alle Bereiche in Absprache mit dem Betriebsarzt und dem Personalrat die erforderlichen Hygieneanweisungen erstellt. Für den Fall, dass Mitarbeiter des ZAH erkranken bzw. von häuslicher Quarantäne betroffen sind, wurde für die Abfallentsorgung ein Stufenplan erstellt, in dem je nach Gewichtung die Abfuhr der einzelnen Abfallfraktionen geregelt ist. Des Weiteren bestehen Notfallpläne für die personelle Besetzung der Fahrzeuge und in der Verwaltung.

Die Risiken aus den operativen Tätigkeiten des ZAH haben sich gegenüber dem Vorjahr nicht wesentlich verändert. Weder die Betrachtung der Einzelrisiken noch die Einschätzung der Gesamtrisiken lassen aus heutiger Sicht Risiken erkennen, dass diese den Fortbestand des ZAH gefährden könnten.

IX. Vorschau auf das Wirtschaftsjahr 2024 und zur künftigen Entwicklung

Im Wirtschaftsplan 2024 sind Investitionen von insgesamt € 2,4 Mio vorgesehen. Diese entfallen im Wesentlichen auf die Ersatzbeschaffungen im Bereich des Fuhrparks mit € 1,9 Mio sowie im Bereich der Container und Behälter mit € 0,2 Mio. Die Investitionen sollen aus eigenen Mitteln finanziert werden.

Für Rekultivierungsmaßnahmen und Nachsorgeverpflichtungen auf der Zentraldeponie Heinde sowie die Altlastensanierungen für die Stadt und den Landkreis Hildesheim wird ein Rückstellungsverbrauch von insgesamt T€ 470 erwartet. Zuführungen zu diesen Rückstellungen sind in dem 2022 aufgestellten Wirtschaftsplan 2024 nicht geplant. Durch die im Jahr 2021 vorgenommene Verlängerung des Ablagerungszeitraums für das Deponiefeld Hörsten-West werden Zuführungen aus der Aufzinsung der Rückstellungen für Rekultivierungs- und für Nachsorgeverpflichtungen von insgesamt T€ 120 erwartet.

Gemäß § 18 der Verbandssatzung sowie unter Beachtung des NKAG arbeitet der Verband ohne Gewinnerzielungsabsicht, d.h. dass die aus den gebührenpflichtigen Bereichen erzielten Gebührenüberdeckungen und -unterdeckungen nach Feststellung innerhalb von drei Jahren auszugleichen sind. Um diesem Ziel gerecht zu werden, wurden die Gebühren in den Bereichen Restabfall und Biotonnen zuletzt zum 1. Januar 2018 gesenkt. Aufgrund des zu erwartenden vollständigen Abbaus der Gebührenüberdeckungen, den Kostensteigerungen durch die Abgabe auf CO_2-Emissionen zum 1. Januar 2024 sowie den durch den Tarifabschluss deutlich steigenden

Personalaufwand wurden die Gebühren und Entgelte in allen Bereichen zum 1. Januar 2024 angehoben. In dem genehmigten Wirtschaftsplan 2024 ist ein negatives „Ergebnis der Geschäftstätigkeit" (Leistungsindikator) von T€ 326 und ein Jahresfehlbetrag von T€ 410 veranschlagt.

Dem erwarteten Jahresfehlbetrag sowie der geplanten Abnahme der langfristigen Rückstellungen von T€ 470 stehen geplante Abschreibungen von T€ 2.755 gegenüber, so dass ein Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit von T€ 1.875 erwartet wird.

Wesentliche Auswirkungen auf die im Wirtschaftsplan 2024 veranschlagten Einnahmen werden nicht erwartet. Allerdings könnten möglicherweise durch die Einkommensverluste der Gebührenpflichtigen sowie der Gewerbetreibenden vermehrt Forderungsausfälle auftreten, die zu höheren Wertberichtigungen führen. Bei den geplanten Ausgaben wird der Tarifabschluss für die Beschäftigten zu einem Anstieg des Personalaufwands führen.

Das Thema Wertstofftonne ist spätestens seit Vorliegen des Arbeitsentwurfs zum KrWG im Frühjahr 2010 in aller Munde. Nach der Neuordnung des KrWG Anfang 2012 sollte die Einführung der einheitlichen Wertstofferfassung bis 2015 als politisches Ziel des Bundesumweltministeriums angestrebt werden. Hierzu bestand erheblicher Diskussionsbedarf, da die einheitliche Erfassung von DSD-Anteilen (LVP) und stoffgleichen Nichtverpackungen (StNVP) weiterhin noch nicht geregelt war. Das von der Bundesregierung für Mitte 2015 angekündigte Wertstoffgesetz wurde nicht umgesetzt. Stattdessen wurde die bis 31. Dezember 2018 bestehende Verpackungsverordnung durch das VerpackG zum 1. Januar 2019 ersetzt. Dabei sollen aber auch hier die DSD-Verkaufsverpackungen und die stoffgleichen Nichtverpackungen nicht einheitlich, sondern weiterhin getrennt entsorgt werden. Die allgemeine Marktsituation wird parallel hierzu beobachtet.

Ob Anpassungen der Gebühren ab 2025 erforderlich werden, hängt einerseits von der Entwicklung des Gebührenaufkommens und der damit im Zusammenhang stehenden Entwicklung der zu behandelnden Abfallmengen sowie andererseits von der weiteren Entwicklung der Marktpreise für die Papierverwertung sowie der betrieblichen Aufwendungen ab. Insbesondere aus der Erhöhung der Bepreisung von CO_2-Emissionen zum 1. Januar 2025 auf die thermische Abfallbehandlung und auf Dieselkraftstoffe sowie die Erhöhung der Maut sind deutlich höhere Aufwendungen zu erwartet. Des Weiteren wird aus den für den Zeitraum ab 2025 ausstehenden Tarifverhandlungen ein weiterer Anstieg der Personalaufwendungen erwartet. Weitere gefestigte Prognosen können erst nach Abschluss der Gebührenvorkalkulation für das Wirtschaftsjahr 2025 getroffen werden.

Wie bereits angedeutet, werden an der Entwicklung des Marktes Abfallwirtschaft keine signifikanten Änderungen eintreten, die eine gesicherte Wettbewerbsposition einräumen. Die unsichere Entwicklung auf dem Entsorgungsmarkt bleibt auch in Zukunft ein betriebliches Risiko. Der Markt ist unverändert gekennzeichnet durch eine dynamische Akteursstruktur, fortschreitende Weiterentwicklung innovativer Technologien und Dienstleistungen, die demografische Entwicklung und weitere Internationalisierung. Dieses erfordert von den Marktteilnehmern hohe Flexibilität. Die vorhandene Infrastruktur am Standort ist wesentliche Voraussetzung, um an der Marktentwicklung positiv zu partizipieren.

Als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger ist der ZAH nach § 20 KrWG ab 1. Januar 2025 verpflichtet die in seinem Gebiet in privaten Haushaltungen angefallenen und überlassenen Textilabfälle getrennt zu sammeln. Zur Vorbereitung auf diese neue Aufgabe hat der ZAH Anfang 2023 die Städte und Gemeinden im Verbandsgebiet mit der Bitte angeschrieben, ihm mitzuteilen welche Firmen bzw. Institutionen mit ihrer Genehmigung die Art der Sammlung der Textilabfälle durchführen.

Der ZAH wird große Anstrengungen unternehmen, um die Kundenbindung weiter zu verstärken. Des Weiteren ist daran zu arbeiten, das hohe Maß an Kundenzufriedenheit weiter auszubauen.

Bad Salzdetfurth, den 28. Juni 2024

Krüger
Geschäftsführer

Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2023

Zweckverband Abfallwirtschaft Hildesheim, Bad Salzdetfurth
Bilanz zum 31. Dezember 2023

AKTIVSEITE

	31.12.2023 €	31.12.2022 €
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
1. EDV-Programme und Lizenzen	114.623,00	58.831,00
2. Geleistete Anzahlungen	53.669,00	29.750,00
	168.292,00	88.581,00
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten		
a) Geschäfts-, Betriebs- und andere Bauten	5.003.494,58	5.371.198,58
b) Außenanlagen	1.639.170,00	1.846.779,00
2. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten	117.194,66	7.025,66
3. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten	813.827,10	735.400,10
4. Technische Anlagen	327.668,50	310.068,50
5. Anlagen der Abfallbeseitigung		
a) Fahrzeuge	5.953.143,00	7.234.225,00
b) Abfallbehälter	1.650.448,00	1.631.997,00
6. Maschinen und maschinelle Anlagen, die nicht zu Nr. 4 und 5 gehören	0,00	0,00
7. Betriebs- und Geschäftsausstattung	188.995,00	207.886,00
8. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	641.985,53	370.090,03
	16.335.926,37	17.714.669,87
III. Finanzanlagen		
1. Beteiligungen	203.125,00	203.125,00
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	94.996,27	85.318,57
2. Waren	33.662,98	127.543,64
	128.659,25	212.862,21
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, (davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr € 0,00; Vorjahr € 0,00)	1.314.791,34	1.128.952,97
2. Forderungen an Verbandsmitglieder (davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr € 0,00; Vorjahr € 0,00)	13.233,78	47.158,69
3. Sonstige Vermögensgegenstände, (davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr € 0,00; Vorjahr € 0,00)	800.738,85	714.853,29
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	18.766.947,51	18.308.614,81
C. Rechnungsabgrenzungsposten	93.372,08	108.038,61
	37.825.086,18	38.526.856,45

PASSIVSEITE

	31.12.2023 €	31.12.2022 €
A. Eigenkapital		
I. Rücklagen		
1. Freie Rücklage	493.608,13	493.608,13
II. Gewinnvortrag	2.647.177,64	2.549.790,67
III. Jahresüberschuss	274.247,41	97.386,97
	3.415.033,18	3.140.785,77
B. Rückstellungen		
1. Steuerrückstellungen	82.538,00	76.533,00
2. Sonstige Rückstellungen	32.642.537,87	34.327.323,63
C. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr € 0,00 (Vorjahr: € 0,00)	1.543.935,93	868.082,94
2. Verbindlichkeiten gegenüber Verbandsmitgliedern, davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr € 0,00 (Vorjahr: € 0,00)	65.045,07	25.736,46
3. Sonstige Verbindlichkeiten, davon	75.996,13	88.394,65
a) mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr € 0,00 (Vorjahr: € 0,00)		
b) aus Steuern € 50.773,41 (Vorjahr: € 44.808,95)		
c) im Rahmen sozialer Sicherheit € 0,00 (Vorjahr: € 0,00)		
	37.825.086,18	38.526.856,45

Zweckverband Abfallwirtschaft Hildesheim, Bad Salzdetfurth

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2023

		2023	2022
		€	€
1.	Umsatzerlöse	27.589.939,25	28.485.548,32
2.	Andere aktivierte Eigenleistungen	1.773,53	4.066,24
3.	Sonstige betriebliche Erträge	644.893,28	630.753,64
4.	Materialaufwand		
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	2.878.947,12	3.281.640,61
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	10.598.578,68	10.357.153,23
		13.477.525,80	13.638.793,84
5.	Personalaufwand		
	a) Löhne und Gehälter	8.698.096,03	8.138.029,50
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für Altersversorgung € 443.733,54; Vorjahr € 525.083,87	2.206.758,12	2.263.620,56
		10.904.854,15	10.401.650,06
6.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	2.810.356,22	2.828.933,02
7.	Aufwendungen für Deponienachsorgeverpflichtungen und Altlastensanierung	0,00	0,00
8.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.751.545,08	2.044.839,76
9.	Erträge aus Beteiligungen	20.000,00	16.000,00
10.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge davon aus der Abzinsung von Rückstellungen € 903.169,30; Vorjahr € 0,00	1.033.800,40	0,00
11.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen davon aus der Aufzinsung von Rückstellungen € 0,00; Vorjahr € 41.205,75	0,00	41.205,75
12.	Ergebnis der Geschäftstätigkeit	346.125,21	180.945,77
13.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	6.005,00	15.383,00
14.	Ergebnis nach Steuern	340.120,21	165.562,77
15.	Sonstige Steuern	65.872,80	68.175,80
16.	Jahresüberschuss	274.247,41	97.386,97

Zweckverband Abfallwirtschaft Hildesheim, Bad Salzdetfurth

Anhang für das Wirtschaftsjahr 2023

I. Angaben zu Form und Darstellung von Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

Der Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2023, das dem Kalenderjahr entspricht, wurde nach den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung Niedersachsen (EigBetrVO Nds) unter Beachtung der Rechnungslegungsvorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) aufgestellt.

Für die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung werden die vorgeschriebenen Formblätter gemäß § 26 EigBetrVO Nds verwendet. Die Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung ist unverändert um den Posten "Aufwendungen für Deponienachsorgeverpflichtungen und Altlastensanierung" erweitert.

II. Erläuterungen zu den Posten von Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung bezüglich Bilanzierung und Bewertung sowie Ausweis

1. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die entgeltlich erworbenen **immateriellen Vermögensgegenstände** sind zu Anschaffungskosten und die **Sachanlagen** zu Herstellungs- bzw. Anschaffungskosten zuzüglich Nebenkosten angesetzt. Soweit die Anlagenzugänge im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Tätigkeit im Rahmen des Dualen Systems stehen, werden die Anschaffungskosten um die Umsatzsteuer gekürzt. Die aktivierten Eigenleistungen des Personals für Bauplanungs- und Überwachungsarbeiten sind mit einem Durchschnittsstundensatz der Mitarbeiter bewertet. Die Nutzungsdauer der Vermögensgegenstände wird nach der betriebsgewöhnlichen Nutzung bzw. in Anlehnung an die amtlichen Abschreibungstabellen festgelegt. Seit dem Wirtschaftsjahr 2022 beträgt die Nutzungsdauer bei den Zugängen zum Fuhrpark neun Jahre (bis 2021: acht Jahre). Abschreibungen auf das bewegliche Anlagevermögen werden entsprechend dem Niedersächsischen Kommunalabgabengesetz (NKAG) ausschließlich linear vorgenommen. Vermögensgegenstände mit Anschaffungskosten bis € 800,00 werden voll abgeschrieben.

Die unter den **Finanzanlagen** aktivierten Beteiligungen sind zu Anschaffungskosten bewertet.

Die **Vorräte** sind zu Anschaffungskosten bzw. mit durchschnittlichen Einstandspreisen unter Beachtung des Niederstwertprinzips bewertet.

Die **Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände** sind unter Berücksichtigung von Ausfallrisiken zum Nennwert bilanziert. Bei Forderungen, deren Einbringlichkeit mit erkennbaren Risiken behaftet ist, werden angemessene Wertabschläge durch Pauschalwertberichtigung sowie Einzelwertberichtigungen vorgenommen; uneinbringliche Forderungen werden abgeschrieben. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr (Vorjahr € 0,00) bestanden am Bilanzstichtag nicht.

Die **flüssigen Mittel** werden mit ihrem Nennwert ausgewiesen.

Als **aktive Rechnungsabgrenzungsposten** sind Ausgaben vor dem Abschlussstichtag angesetzt, soweit sie Aufwand für einen bestimmten Zeitraum nach diesem Zeitpunkt darstellen. Sie sind mit ihrem Nennwert bilanziert.

Bei der Bemessung der **Rückstellungen** sind alle erkennbaren Risiken sowie ungewisse Verbindlichkeiten berücksichtigt. Der Ansatz erfolgt in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden mit Ausnahme der Rückstellung für Archivierung abgezinst, zukünftige Preissteigerungen sind prognostiziert.

Nach den Vorschriften des NKAG sind Gebührenüber- bzw. -unterdeckungen in die Gebührennachkalkulation bzw. die künftigen Gebührenbedarfsermittlungen einzubeziehen. Gebührenüberdeckungen haben den Charakter einer ungewissen Verbindlichkeit gegenüber den Gebührenpflichtigen. Zu beachten ist, dass nach dem vollständigen Verbrauch der Gebührenüberdeckungen verbleibende Gebührenunterdeckungen nicht als Forderung an die Gebührenpflichtigen ausgewiesen werden dürfen.

Aus den Rückstellungen für die Gebührenüberdeckungen aus den Bereichen Restmüll und Bioabfall wurden im Berichtsjahr die sich aus den entsprechenden Gebührennachkalkulationen ergebenden Gebührenunterdeckungen zu Gunsten der Umsatzerlöse umgebucht.

Die zum 31. Dezember 2023 bestehende Rückstellung für die Verpflichtungen aus Altersteilzeit wurde nach Maßgabe des Blockmodells für einen Mitarbeiter gebildet; sie enthält den Aufstockungsbetrag und die bis zum Bilanzstichtag aufgelaufene Erfüllungsverpflichtung. Die Bewertung der Altersteilzeitverpflichtung zum 31. Dezember 2023 erfolgte unter Zugrundelegung eines mittleren Rechnungszinssatzes von 1,03 % p.a. (Vorjahr 0,43 % p.a.), eines Gehaltstrends von 2,0 % p.a. und auf der Grundlage der Richttafeln 2018 G von Dr. Klaus Heubeck nach versicherungsmathematischen Grundsätzen.

Bei den Rückstellungen für die Rekultivierungs- und Nachsorgeverpflichtungen für die Deponie Heinde sowie für die Sanierung der Altlasten von Stadt und Landkreis Hildesheim waren aufgrund der zum 1. Januar 2010 erstmals anzuwendenden Bewertungs- und Bilanzierungsvorschriften nach dem Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) Neuberechnungen durchzuführen.

Für das noch in Betrieb befindliche Deponiefeld „Hörsten-West“ wurde im Rahmen der Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes für die Jahre 2022 bis 2025 im Jahr 2021 eine Verlängerung des Ablagerungszeitraums von 2025 auf das Jahr 2035 durchgeführt. Bei der Bewertung dieser Rückstellung wurden Rechnungszinssätze von 1,03 % p.a. bis 1,74 % p.a. (Vorjahr 0,43 % p.a. bis 1,40 % p.a.) sowie einer erwarteten Preissteigerung von unverändert 2,0 % p.a. angesetzt. Zuführungen zu der Rückstellung fielen im Jahr 2023 nicht an. Aus der gebotenen Abzinsung ergaben sich T€ 56 (Vorjahr Aufzinsung von T€ 15). Der Bestand der Rückstellung hat sich auf T€ 2.699 (Vorjahr T€ 2.755) verringert.

Durch die im Jahr 2021 vorgenommene Verlängerung des Ablagerungszeitraums verlängerte sich bei der Rückstellung für die Nachsorgeverpflichtungen der Zentraldeponie Heinde der Nachsorgezeitraum bis zum Jahr 2070. In diesem Zusammenhang wurde auch eine Neuberechnung des jährlichen Mittelbedarfs durchgeführt. Bei der Bewertung der Rückstellung wurden Rechnungszinssätze von 1,03 % p.a. bis 1,80% p.a. (Vorjahr Rechnungszinssätze 0,43 % p.a. bis 1,54 % p.a.) und ein Trend für die Preissteigerung von unverändert 2,0 % p.a angesetzt. Der Wertansatz der bisher dotierten Rückstellung für die Nachsorgeverpflichtungen hat sich durch Inanspruchnahmen (T€ 112), Auflösung (T€ 110) sowie der gebotenen Abzinsung (T€ 847) von € 18,7 Mio auf € 17,7 Mio verringert.

Bei den Rückstellungen für die Altlasten standen dem Verbrauch von T€ 185 (Vorjahr T€ 160) aufgrund der Beschlüsse des Verbandsausschusses und der Verbandsversammlung aus dem Jahr 2019 über die Aussetzung der Erhebung des Lenkungszuschlags auf die Gebühren ab dem Wirtschaftsjahr 2019 keine Zuführungen gegenüber. Zu bemerken ist, dass die möglichen Rückstellungszuführungen nach dem NAbfG bzw. der Regelung in der Verbandssatzung durch den Beschluss des Verbandsausschusses aus dem Jahr 1997 auch in der Vergangenheit nicht voll ausgeschöpft wurden.

Die **Verbindlichkeiten** sind zu ihrem Erfüllungsbetrag bilanziert.

2. Angaben zu Posten der Bilanz

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens gemäß den Formblättern zur EigBetrVO Nds wird im Anlagennachweis als Anlage zum Anhang dargestellt. Die spezifischen Besonderheiten der Abfallwirtschaft wurden dabei entsprechend berücksichtigt.

Wesentliche Änderungen im Bestand der zum ZAH gehörenden Grundstücke und grundstücksgleichen Rechte haben sich nicht ergeben. Hinsichtlich der Leistungsfähigkeit und des Ausnutzungsgrades der wichtigsten Anlagen ergaben sich keine nennenswerten Veränderungen. Die unter den immateriellen Vermögensgegenständen und Sachanlagen erfassten Bestände der geleisteten Anzahlungen und Anlagen im Bau erhöhte sich gegenüber dem Vorjahresbilanzstichtag im Saldo um T€ 296 auf T€ 696.

Die unter den Finanzanlagen ausgewiesenen Beteiligungen entfallen auf die Photovoltaik-Park Heinde/Lechstedt Verwaltungs GmbH, Bad Salzdetfurth, und die Photovoltaik-Park Heinde/Lechstedt GmbH & Co. KG, Bad Salzdetfurth.

- Am Stammkapital (T€ 25) der Verwaltungs GmbH ist der ZAH mit 25 % beteiligt. Die Gesellschaft hat das Geschäftsjahr 2023 wie im Vorjahr mit einem Jahresüberschuss von T€ 1 abgeschlossen.

- An der Photovoltaik-Park Heinde/Lechstedt GmbH & Co. KG besteht eine Kommanditeinlage von T€ 200. Dies entspricht einer Beteiligung von 15,6 %. Die Gesellschaft hat das Geschäftsjahr 2023 mit einem Jahresüberschuss von T€ 68 (Vorjahr T€ 219) abgeschlossen. Der auf den ZAH entfallende Gewinnanteil beträgt T€ 11 (Vorjahr Gewinnanteil T€ 34). Nach Berücksichtigung der Gewinnausschüttung von T€ 20 (Vorjahr T€ 16) wird auf dem Verrechnungskonto des ZAH ein positiver Bestand von T€ 39 (Vorjahr T€ 49) ausgewiesen.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen enthalten Forderungen gegen Selbstanlieferer (T€ 782; Vorjahr T€ 704), Forderungen aus der Veranlagung und dem Einzug von Abfallbeseitigungsgebühren (T€ 408; Vorjahr T€ 328), Forderungen aus Gutschriften aus Lieferungen (T€ 231; Vorjahr T€ 173) sowie sonstige Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (T€ 97; Vorjahr T€ 129). Von dem Bestand der Forderungen wurden Einzel- und Pauschalwertberichtigungen abgesetzt.

Von den ausschließlich aus Lieferungen und Leistungen bestehenden Forderungen an Verbandsmitglieder entfallen T€ 9 (Vorjahr T€ 12 auf den Landkreis Hildesheim sowie T€ 4 (Vorjahr T€ 35) auf die Stadt Hildesheim.

Unter den sonstigen Vermögensgegenständen werden im Wesentlichen Steuererstattungsansprüche für die Jahre 2020 bis 2023 (T€ 503; Vorjahr T€ 442) sowie Forderungen an die Hausverwaltung der Werkswohnungen (T€ 290; Vorjahr T€ 268) ausgewiesen.

Der Rechnungsabgrenzungsposten enthält vor allem zum 31. Dezember 2023 im Voraus gezahlte Versicherungsprämien von T€ 23 (Vorjahr T€ 30), Erbbauzins und Mieten von T€ 31 (Vorjahr T€ 29), Wartungsleistungen von T€ 16 (Vorjahr T€ 21), bereits bezahlte Lizenzen von T€ 21 (Vorjahr T€ 17) sowie Mieten und Leasing für Geräte von T€ 1 (Vorjahr T€ 1).

Das **Eigenkapital** hat sich wie folgt entwickelt:

	31.12.2023	31.12.2022
	T€	T€
I. Freie Rücklage	494	494
II. Gewinnvortrag	2.647	2.550
III. Jahresüberschuss	274	97
	3.415	**3.141**

Der Jahresüberschuss des Vorjahres war auf neue Rechnung vorzutragen.

Die **Steuerrückstellungen** waren für die gewerbliche Tätigkeit aus der Ausspeisung und Vermarktung von Strom aus dem BHKW für Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag sowie für Gewerbesteuer zu dotieren.

Unter den **sonstigen Rückstellungen** werden die Rückstellungen für Rekultivierungs- und Nachsorgeverpflichtungen (T€ 20.374; Vorjahr T€ 21.499) sowie für Altlastensanierungen (T€ 11.339; Vorjahr T€ 11.525) erfasst. Zuführungen zu diesen Verpflichtungen waren nicht zu berücksichtigen. Für Inanspruchnahmen und ertragswirksame Entnahmen fielen T€ 408 (Vorjahr T€ 387) an. Aus der gebotenen Abzinsung ergaben sich Erträge von T€ 903 (Vorjahr Aufwendungen aus der Aufzinsung von T€ 41). Die Rückstellungen für Gebührenüberdeckungen aus den Bereichen Restmüll und Bioabfall verringerten sich durch die sich aus den Nachkalkulationen für das Wirtschaftsjahr 2023 ergebenden Gebührenunterdeckungen um insgesamt T€ 405 auf T€ 402. Weitere Rückstellungen waren für Urlaubs- und Überstundenansprüche der Mitarbeiter, eine (Vorjahr: zwei) Altersteilzeitverpflichtung, für die Buchführungs- und Jahresabschlusskosten, ausstehende Abrechnungen sowie die Archivierung von Geschäftsunterlagen zu berücksichtigen.

Die sonstigen Rückstellungen entwickelten sich wie folgt:

	2023	2022
	T€	T€
Stand 01.01.	**34.327**	**36.408**
laufende Zuführungen	446	439
Umbuchung Gebührenunterdeckungen aus 2021	0	-1.268
Abzinsung (Vorjahr Aufzinsung) von langfristigen Rückstellungen	-903	41
Inanspruchnahmen	-1.045	-1.180
Auflösungen	-182	-113
Stand 31.12.	**32.643**	**34.327**

Durch die Zusatzversorgung der Arbeitnehmer aufgrund des Tarifvertrages über die Versorgung der Arbeitnehmer des Bundes und der Länder sowie von Arbeitnehmern kommunaler Verwaltungen und Betriebe (Versorgungs-TV) vom 04.11.1966 i.d.F. vom 09.10.1998 ergibt sich eine mittelbare Pensionsverpflichtung gemäß Art. 28 EGHGB. Der Arbeitgeber hat den Arbeitnehmer nach Maßgabe des § 4 des Versorgungs-TV bei der Versorgungskasse des

Bundes und der Länder (VBL) zu versichern. Aufgrund des Finanzierungsverfahrens der VBL (sog. Anwartschaftsdeckungsverfahren) ergibt sich aus handelsrechtlicher Sicht eine Unterdeckung der bestehenden Verpflichtung. Eine Aussage über die Höhe des auf den Verband entfallenden, nicht durch Kassenmittel der VBL gedeckten Anteils der Unterdeckung kann nach derzeitigem Informationsstand nicht getroffen werden. Die Tarifvertragsparteien haben sich Anfang 2001 auf eine Reform der Zusatzversorgung und auf ein neues Betriebsrentensystem verständigt. Mit der Vereinbarung der Tarifvertragsparteien wurde das bisherige System der Gesamtversorgung mit Ablauf des 31. Dezember geschlossen und durch ein Betriebsrentensystem in Form des Punktemodells ersetzt. Der Umlagesatz zur VBL wurde zum 1. Januar 2023 auf 7,30 % (Vorjahr 8,26 %) gesenkt. Hiervon trägt der Arbeitgeber 5,49 %-Punkte (Vorjahr 6,45 %-Punkte). Im Wirtschaftsjahr 2023 waren Beiträge von T€ 443 (Vorjahr T€ 525) an die VBL zu leisten.

Die **Verbindlichkeiten** (Vorjahreswerte in Klammern) haben folgende Restlaufzeiten:

	Insgesamt	**bis 1 Jahr**	**größer 1 Jahr**	**davon mehr als 5 Jahre**
	T€	**T€**	**T€**	**T€**
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.544 (868)	1.544 (868)	0 (0)	0 (0)
Verbindlichkeiten gegenüber Verbandsmitgliedern	65 (26)	65 (26)	0 (0)	0 (0)
Sonstige Verbindlichkeiten	76 (88)	76 (88)	0 (0)	0 (0)
	1.685 (982)	**1.685** (982)	**0** (0)	**0** (0)

Von den Verbindlichkeiten gegenüber Verbandsmitgliedern entfallen T€ 65 (Vorjahr T€ 25) auf den Landkreis Hildesheim sowie € 22,5 (Vorjahr T€ 1) auf die Stadt Hildesheim.

Unter den sonstigen Verbindlichkeiten werden Verbindlichkeiten aus noch abzuführender Umsatzsteuer (T€ 51; Vorjahr T€ 45) sowie die kreditorischen Debitoren (T€ 25; Vorjahr T€ 43) ausgewiesen.

3. Angaben zu Posten der Gewinn- und Verlustrechnung

Die unter den **Umsatzerlösen** erfassten Erträge aus den Leistungen des Verbandes enthalten im Wesentlichen die Gebühren aus der Abfuhr von Müllbehältern und Biotonnen, aus der Abfallbeseitigung für Selbstanlieferer und für die Containerabfuhr sowie die Gebühren aus den Selbstanlieferungen an das Kompostwerk. Des Weiteren sind hier die Erträge aus Wertstoffsammlungen, der Fäkalschlammbeseitigung und Kanalreinigungen, der Reinigung von Deponiesickerwasser für öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger, dem Verkauf von PPK (Papier, Pappe und Kartonagen), Metallschrott, Altholz, Energie (Strom) sowie aus Mieten und Pachten zu nennen.

Der Zweckverband nimmt für die Verbandsmitglieder die Aufgaben der entsorgungspflichtigen Körperschaften seit dem 1. Januar 1994 wahr. Im Berichtsjahr war die Abfallentsorgungssatzung in der Fassung der 12. Änderungssatzung gültig.

Grundlage der Gebührenerhebung für die Restabfall- und Bioabfallbehälter, für Sonderleistungen der Abfallentsorgung (wie die Abfuhr von Abfallcontainern und die Selbstanlieferung von Abfällen) sowie die Entsorgung von Sonderabfallkleinmengen ist die jeweils geltende Abfallgebührensatzung. Sonstige Leistungen werden nach der jeweils gültigen Satzung über die Erhebung von Verwaltungskosten bzw. der Entgeltliste berechnet. Die Gebührenveranlagung und der Gebühreneinzug werden vom ZAH durchgeführt.

Angaben zu den Umsatzerlösen aus Gebühren und Entgelten

	2023	2022
	T€	T€
Restabfallgebühren	13.299	12.897
Bioabfallgebühren	5.814	6.015
Deponiegebühren und -entgelte	1.903	1.918
Selbstanlieferer zu den Wertstoffhöfen	585	539
Selbstanlieferer Kompostwerk	247	203
Gebühren für Restabfall- und Biosäcke	108	103
Schadstoffentsorgung	44	35
	22.000	**21.710**

Die Zunahme der Erträge aus **Restabfallgebühren** um T€ 338 auf T€ 12.958 resultiert bei gegenüber dem Vorjahr unveränderten Gebührensätzen aus der im Jahresdurchschnitt um 142 auf 88.297 gestiegenen Anzahl der zu leerenden Behälter. Das den Grundstückseigentümern und Gewerbebetrieben zur Verfügung gestellte Behältervolumen erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 10,1 Mio m³ auf 299,9 Mio m³. Zu bemerken ist, dass die Gebührenpflichtigen unverändert an dem Trend zur Umstellung der Abfallbehälter auf ein kleineres Volumen sowie auf die Umstellung einer geringeren Leerungshäufigkeit festhalten. Die sich aus der Nachkalkulation 2023 ergebende Gebührenunterdeckung von T€ 341 (Vorjahr T€ 276) wurde

durch eine entsprechende Entnahme aus der Rückstellung für Gebührenüberdeckungen ausgeglichen.

Bei unveränderten Gebührensätzen blieben die Erträge aus **Bioabfallgebühren** mit T€ 5.750 auf Vorjahresniveau. Durch die im Durchschnitt um 112 auf 62.423 gestiegene Anzahl der zu leerenden Behälter nahm das den Grundstückseigentümern zur Verfügung stehende Behältervolumen um 0,5 Mio m³ auf 148,4 Mio m³ zu. Die sich aus der Nachkalkulation 2023 ergebende Gebührenunterdeckung von T€ 64 (Vorjahr T€ 265) wurde durch eine entsprechende Entnahme aus der Rückstellung für Gebührenüberdeckungen ausgeglichen.

Die Erträge aus **Deponiegebühren und -entgelten** blieben auf Vorjahresniveau. Dabei ist zu beachten, dass von dem Vorjahreswert T€ 42 auf periodenfremde Erträge entfielen.

Die Erträge aus den Anlieferungen zu den **Wertstoffhöfen** fielen im Saldo um T€ 46 höher aus. Zu bemerken ist, dass die Gebührensätze und die Entgelte nahezu unveränderten blieben.

Die Zunahme der Erlöse aus den **Selbstanlieferungen zum Kompostwerk** beruht auf gestiegenen Anlieferungsmengen. Auch die Erträge aus der Abgabe von **Restabfall- und Biosäcken** sowie aus der **Schadstoffentsorgung** nahmen zu.

Dem Gebührenaufkommen standen folgende **Abfallmengen** gegenüber:

	2023	**2022**
	Tonnage	**Tonnage**
Abfallart		
Gemischte Siedlungsabfälle	43.802	43.556
Gemischte Materialien (brennbare Abfälle)	1.161	967
Bau- und Abbruchabfälle, Steine und Beton	2.609	2.937
Abfälle aus der Wasseraufbereitung	392	382
Gartenabfälle	176	71
Produktionsspezifische Abfälle	1.702	1.680
Sonstige	5.820	5.465
	55.662	**55.058**
An das Kompostwerk gelieferte Mengen		
aus der Biotonnenabfuhr und Sonderaktionen	29.705	28.110
durch Selbstanlieferer (incl. Container ZAH)	3.675	3.139
	89.042	**86.307**

Angaben zu den sonstigen Umsatzerlösen

	2023	2022
	T€	T€
Erstattungen aus gewerblichen Tätigkeiten im Rahmen des DSD	3.356	3.457
Verkaufserlöse Wertstoffe	1.403	2.406
Erlöse Containerabfuhr	323	298
Erlöse Kanalreinigung und Fäkalienbeseitigung	218	204
Erlöse aus Energieverkauf	57	162
Mieten und Pachten	91	135
Sickerwasserklärungen	89	61
Übrige	53	53
	5.590	**6.776**

Die Erstattungen aus den Tätigkeiten im Rahmen des Dualen Systems verringerten sich im Saldo T€ 101. Die Direktentgelte die der ZAH von den Systemanbietern für die Fraktion PPK erhält, nahmen gegenüber dem Vorjahr um T€ 57 auf T€ 1.307 ab. Seit Beginn des Wirtschaftsjahres 2022 verlangen die Systemanbieter die körperliche Herausgabe ihres Anteils an der vom ZAH gesammelten Fraktion PPK. Sie erstatteten dem ZAH für die Bereitstellung (Zwischenlagerung, Sortierung, Wiegung, Abrechnung) ihrer Anteile an der Fraktion PPK T€ 113 (Vorjahr T€ 102). Die Nebenentgelte von den Systemanbietern nahmen um T€ 3 auf T€ 414 zu. Die Erträge für die Leerung der „gelben Tonnen" (Vorjahr Einsammlung der „gelbe Säcke") verringerten sich um T€ 37. Die Vergütungen aus der Vermarktung der Fraktion PPK verringerten sich preis- und mengenbedingt um T€ 83 auf T€ 84. Erträge für sonstige Leistungen fielen nicht an (Vorjahr T€ 24). Aus der Nachberechnung für die Beschaffung von „gelben Säcken" im Vorjahr wurden T€ 112 vereinnahmt.

Der Rückgang der Verkaufserlöse aus Wertstoffen war maßgeblich durch die gegenüber dem Vorjahr um T€ 1.168 auf T€ 623 gesunkenen Erträge aus der Vermarktung von Altpapier verursacht. Neben der gegenüber dem Vorjahr rückläufigen Tonnage wirkten sich hier insbesondere die niedrigeren Vermarktungspreise aus. Auch aus der Verwertung von Elektro- und Metallschrott wurden geringere Erlöse von T€ 365 (Vorjahr T€ 387) erzielt. Aus der Veräußerung von A III und A IV Holz wurden höhere Erträge von T€ 414 (Vorjahr T€ 227) erzielt. Die sonstigen Erträge aus der Abgabe von Wertstoffen blieben mit T€ 1 unverändert.

Die Zunahme der Erlöse aus der Kanalreinigung und der Fäkalienbeseitigung resultiert aus den um T€ 15 auf T€ 160 gestiegenen Erlösen aus Generalspülungen in einzelnen Gemeinden des Landkreises Hildesheim. Die Erträge aus der Fäkalienabfuhr blieben nahezu unverändert.

Die Erlöse aus dem Energieverkauf entfallen auf den im BHKW erzeugten Strom. Durch die gegenüber dem Vorjahr deutlich geringere ausgespeiste Menge und rückläufigen Vermarktungspreisen verringerten sich die Erlöse um T€ 105.

In den übrigen Umsatzerlösen sind vor allem Erträge aus Sonderleistungen mit T€ 36 (Vorjahr T€ 36), Provisionen aus Werbung mit T€ 13 (Vorjahr T€ 14) sowie periodenfremde Erträge von T€ 4 (Vorjahr T€ 3) enthalten.

Die **sonstigen betrieblichen Erträge** nahmen um T€ 14 auf T€ 645 zu. Vor allem die Erträge aus der Veräußerung von Vermögensgegenständen des Anlagevermögens mit T€ 144 (Vorjahr T€ 17), die Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen mit T€ 182 (Vorjahr T€ 113) sowie die erhaltenen Zuschüsse Dritter mit T€ 52 (Vorjahr T€ 14) fielen höher aus. Rückläufig waren die Versicherungserstattungen von T€ 164 (Vorjahr T€ 288), die Personalkostenerstattungen mit T€ 31 (Vorjahr T€ 36) sowie die Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen mit T€ 9 (Vorjahr T€ 55). Ferner sind hier Erträge aus Mahn- und Vollstreckungsgebühren enthalten. Der Erstattung der Energiepreispauschale im Vorjahr von T€ 60 standen im Wirtschaftsjahr keine entsprechenden Erträge gegenüber. In dem Posten sind periodenfremde Erträge von T€ 182 (Vorjahr T€ 113) enthalten.

Dem Rückgang der betrieblichen Erträge auf € 28,2 Mio (Vorjahr € 29,1 Mio) stehen betrieblichen Aufwendungen von nahezu unverändert von € 28,9 Mio gegenüber.

Von den betrieblichen Aufwendungen entfallen € 13,5 Mio auf den Materialaufwand, € 10,9 Mio auf den Personalaufwand, € 2,8 Mio auf Abschreibungen von immateriellen Vermögensgegenständen und Sachanlagen sowie € 1,7 Mio auf sonstige betriebliche Aufwendungen. Aufwendungen aus den Zuführungen zu den Rückstellungen für Rekultivierungs- und Nachsorgeverpflichten fielen wie im Vorjahr nicht an.

In den **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** waren im Vorjahr aperiodische Aufwendungen von T€ 96 enthalten.

Der **Personalaufwand** und die **Entwicklung der Belegschaft** zeigen folgendes Bild:

	2023	**2022**
	T€	**T€**
Bezüge	8.306	7.912
Aushilfslöhne	216	123
Zehrgelder	60	59
Sonstige Leistungen (Fahrradleasing)	58	42
Lohnsteuer	7	13
Ausstehende Personalabrechnungen	53	0
Veränderung der Rückstellungen für Altersteilzeitverpflichtungen	10	-13
Veränderung der Rückstellungen für Urlaubs- und Überstunden-verpflichtungen	-12	2
	8.698	**8.138**
Soziale Abgaben	1.716	1.704
Altersversorgung	444	525
Gemeinde-Unfall-Versicherungsverband	46	34
Beihilfen und freiwillige Leistungen	1	1
	2.207	**2.264**
	10.905	**10.402**

Die Bezüge der Beschäftigten sind seit 1. Oktober 2005 an den Tarifvertrag öffentliche Dienste-Entsorgung (TVöD-E) gebunden. Der Personalaufwand enthält aperiodische Aufwendungen von T€ 53.

Die Belegschaft entwickelte sich gegenüber dem Vorjahresbilanzstichtag wie folgt:

	31.12.2023	31.12.2022
Belegschaft im		
Verwaltungsbereich	21	23
gewerblichen Bereich	172	168
sowie Auszubildende	2	1
	195	**192**

Anzumerken ist, dass mit sechs (Vorjahr sieben) Beschäftigten im Verwaltungsbereich sowie mit vier (Vorjahr fünf) Mitarbeitern im gewerblichen Bereich Teilzeitverträge bestanden.

Der ZAH beschäftigt darüber hinaus in Ferienzeiten Aushilfen (Studenten und Schüler) sowie an Wochenenden geringfügig Beschäftigte auf den Wertstoffhöfen.

Neben den eigenen Beschäftigten werden für die Erfüllung der Aufgaben unverändert Mitarbeiter von Arbeitsvermittlungsfirmen eingesetzt. Die hierfür angefallenen Aufwendungen sind in der Gewinn- und Verlustrechnung in dem Posten "Materialaufwand" erfasst.

Das **Finanzergebnis** enthält Beteiligungserträge von T€ 20 (Vorjahr T€ 16). Aus Geldanlagen konnten erstmals wieder Zinserträge von T€ 129 erzielt werden. Den ertragswirksamen Zinsen aus der Abzinsung langfristiger Rückstellungen von T€ 903 stand im Vorjahr ein Zinsaufwand aus der Aufzinsung langfristiger Rückstellungen von T€ 41 gegenüber.

Die **Steuern vom Einkommen und vom Ertrag** enthalten Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag sowie Gewerbesteuer.

Von den **sonstigen Steuern** entfallen T€ 48 (Vorjahr T€ 50) auf Kraftfahrzeugsteuer sowie unverändert T€ 18 auf Grundsteuer.

III. Angaben zum Jahresergebnis

Das Wirtschaftsjahr 2023 schließt mit einem Jahresüberschuss von € 274.247,41. Der Geschäftsführer schlägt vor, den Jahresüberschuss auf neue Rechnung vorzutragen. Über die vorgeschlagene Behandlung des Jahresergebnisses hat die Verbandsversammlung noch zu beschließen.

IV. Nachtragsbericht

Die seit der Corona-Pandemie sowie dem seit 24. Februar 2022 von Russland geführten Angriffskrieg gegen die Ukraine bestehenden Lieferengpässe sind zum aktuellen Zeitpunkt weiterhin zu verzeichnen. Vereinzelte Ersatzteile für Müllfahrzeuge können unverändert nur mit erheblichem Aufwand und Recherchen beschafft werden, andere Teile können gar nicht geliefert werden, so dass einige Müllfahrzeuge temporär nicht eingesetzt werden können. Durch den Einsatz von Reservefahrzeugen konnte sichergestellt werden, dass der ZAH seine Gesamtleistungen bisher weiter erbringen konnte.

Wesentliche Auswirkungen durch den bestehenden Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, auf die im Wirtschaftsplan 2024 veranschlagten Einnahmen haben sich zum aktuellen Zeitpunkt noch nicht ergeben. Allerdings könnten möglicherweise durch die Einkommensverluste der Gebührenpflichtigen sowie der Gewerbetreibenden vermehrt Forderungsausfälle auftreten, die zu höheren Wertberichtigungen führen. Bei den veranschlagten Ausgaben zeichnet sich ab, dass insbesondere die Einführung der CO_2-Steuer sowie die Erhöhung der Mautgebühren zu wirtschaftlich erhöhten Aufwendungen führen wird.

Der ZAH ist für die Jahre 2023 bis 2025 als Subunternehmer für die Fa. RMG Rohstoffmanagement GmbH, Hannover, in der Stadt Hildesheim und für die Fa. Remondis im Landkreis Hildesheim mit der Leerung der zum 1. Januar 2023 eingeführten gelben Tonne (bis 2022 Einsammlung der gelben Säcke für die Fa. Remondis in der Stadt Hildesheim und im Landkreis Hildesheim) beauftragt. Neben den hieraus zu erzielenden Erträgen wirkt sich diese Beauftragung bei den Planungen der Auslastung der einzusetzenden personellen und materiellen Ressourcen positiv aus.

Die Systemanbieter des Dualen Systems machen auch im Wirtschaftsjahr 2024 von ihrem Anspruch auf die körperliche Herausgabe ihres Anteils an der vom ZAH gesammelten Fraktion PPK Gebrauch. Ob die im Wirtschaftsplan 2024 geplanten Erträge erzielt werden können, oder ob Erträge auf dem Niveau des Wirtschaftsjahres 2023 erzielt werden, bleibt abzuwarten.

Abzuwarten bleibt auch, ob durch die zur Zeit zwar wieder leicht steigenden Preise aus der Vermarktung des Altpapiers die veranschlagten Erträge erzielt werden können.

Bei dem veranschlagten Personalaufwand zeichnet sich ab, dass insbesondere der Tarifabschluss für das Jahr 2024 zu höheren Aufwendungen führen wird.

Nach Schluss des Wirtschaftsjahres sind keine weiteren Vorgänge von besonderer Bedeutung vorgekommen, über die im Hinblick auf den Jahresabschluss 2023 besonders zu berichten wäre.

V. Ergänzende Angaben

1. Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Neben den Verpflichtungen aus allgemeinen Miet- und Wartungsverträgen sowie aus Erbbauzinsen von z.Z. T€ 795 p.a. bestehen finanzielle Verpflichtungen für geleaste Fahrzeuge sowie für Sattelauflieger bis Dezember 2027 von insgesamt T€ 1.149.

2. Abschlussprüferhonorar

Das Honorar des Abschlussprüfers entfällt ausschließlich auf die Prüfung des Jahresabschlusses 2023 und wurde mit T€ 23 veranschlagt.

3. Angaben zu Organen

Dem **Verbandsausschuss** gehören folgende Mitglieder an:

Vertreter des Landkreises

- Egbert Homeister, Dipl-Ing. Maschinenbau, Vorsitzender
- Dirk Bettels, Unternehmer
- Dr. Thomas Bruns, Landwirt
- Ramon Herbst, Rechtsanwalt
- Karl-Heinz Hodur, Buch- und Offsetdrucker im Ruhestand
- Andrea Prell, Gesundheits- und Krankenpflegerin
- Dr. Susanne Weber, Chemikerin
- Evelyn Witt, Diplom-Sonderpädagogin

Vertreter der Kreisverwaltung

- Evelin Wißmann, 1. Kreisrätin
- Klaus Rosemann, Kreisverwaltungsdirektor, Dezernent, Dezernat 1

Vertreter der Stadt

- Dennis Münter, Geschäftsführer, stellvertretender Vorsitzender
- Jörg Bredtschneider, Ingenieur
- Tim Bellgart, Student (bis 25.09.2023)
- Michael Brinkop, Bankkaufmann (bis 25.09.2023)
- Vincenzo Calvanico, Gastronom
- Phillip Freter, Versicherungsfachmann (ab. 21.05.2024)
- Thomas Kittel, wissenschaftlicher Mitarbeiter (ab 21.05.2024)
- Marcus Krettek, Rektor

- Michael Kriegel, Berufssoldat a.D. (ab 25.09.2023)
- Jürgen Niedermeyer, Einzelhandelskaufmann i.R. (ab 25.09.2023 bis 21.05.2024)
- Susanne Philipps, Rentnerin (bis 21.05.2024)
- Andrea Stühmeier, Verwaltungsangestellte (bis 25.09.2023)

Vertreter der Stadtverwaltung

- Andrea Döring, Stadtbaurätin
- Ulf Behnel, Finanzdezernent (ab 24.01.2023)
- Ansgar Gerlach, Bereichsleiter Umwelt (bis 23.01.2023)

Die Vertreter/Vertreterinnen des Rats der Stadt Hildesheim bzw. des Kreistages des Landkreises Hildesheim werden vom Rat bzw. Kreistag gewählt. Im Falle ihrer Verhinderung werden sie durch namentlich benannte Stellvertreter vertreten. Die Stellvertreter können sich untereinander vertreten.

Den Mitgliedern des Verbandsausschusses wurden im Wirtschaftsjahr 2023 Sitzungsgelder und Entschädigungen von insgesamt € 995,82 gewährt.

Zum **Geschäftsführer** des Verbandes ist seit 1. Januar 2011 Herr Jens Krüger ernannt.

Die Bezüge des Geschäftsführers beliefen sich im Wirtschaftsjahr 2023 auf T€ 102.

4. Angaben zum Personal

Im Jahresdurchschnitt beschäftigte der Verband 195 Mitarbeiter, davon 172 im gewerblichen Bereich sowie 23 im Verwaltungsbereich. Ferner bestanden mit zwei Mitarbeitern Ausbildungsverträge.

Bad Salzdetfurth, den 28. Juni 2024

Krüger
Geschäftsführer

Anlagenspiegel

Anlagennachweis des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Hildesheim für das Wirtschaftsjahr 2023

Posten des Anlagevermögens	Anschaffungs- und Herstellungskosten				
	01.01.2023	Zugang	Abgang	Umbuchung	31.12.2023
	€	€	€	€	€
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					
1. EDV-Programme und Lizenzen	1.199.288,11	109.387,17	0,00	0,00	1.308.675,28
2. Geleistete Anzahlungen	29.750,00	23.919,00	0,00	0,00	53.669,00
Summe I.	**1.229.038,11**	**133.306,17**	**0,00**	**0,00**	**1.362.344,28**
II. Sachanlagen					
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten					
1.1. mit Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten	15.445.257,82	0,00	0,00	0,00	15.445.257,82
1.2. mit Außenanlagen	23.745.531,86	0,00	0,00	0,00	23.745.531,86
2. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten	291.779,20	110.538,47	0,00	0,00	402.317,67
3. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten	2.880.988,42	78.427,00	0,00	0,00	2.959.415,42
4. Technische Anlagen					
4.1. Betriebsanlagen	3.298.994,05	54.126,13	19.719,66	0,00	3.333.400,52
4.2. Rohrleitungen	600.581,31	0,00	0,00	0,00	600.581,31
5. Anlagen der Abfallbeseitigung					
5.1. Fahrzeuge					
5.1.1. Fahrzeuge Abfalleinsammlung	18.038.814,24	92.820,00	1.838.744,13	307.112,30	16.600.002,41
5.1.2. Deponiefahrzeuge	1.481.692,72	73.423,00	34.153,00	24.871,00	1.545.833,72
5.1.3. Fäkal- und Saugfahrzeuge	642.767,77	0,00	0,00	0,00	642.767,77
5.1.4. Sonstige Fahrzeuge	170.808,26	0,00	0,00	-24.871,00	145.937,26
5.2. Abfallbehälter	6.856.099,17	355.210,18	0,00	0,00	7.211.309,35
6. Maschinen und maschinelle Anlagen, die nicht zu Nr. 4 und 5 gehören	66.311,38	0,00	0,00	0,00	66.311,38
7. Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.042.255,03	34.464,97	0,00	0,00	1.076.720,00
8. Geleiste Anzahlungen und Anlagen im Bau	370.090,03	579.131,94	124,14	-307.112,30	641.985,53
Summe II.	**74.931.971,26**	**1.378.141,69**	**1.892.740,93**	**0,00**	**74.417.372,02**
III. Finanzanlagen					
1. Beteiligungen	203.125,00	0,00	0,00	0,00	203.125,00
Summe I. bis III.	**76.364.134,37**	**1.511.447,86**	**1.892.740,93**	**0,00**	**75.982.841,30**

Abschreibungen					Restbuchwerte	Restbuchwerte
01.01.2023	Zugang	Abgang	Umbuchung	31.12.2023	31.12.2023	31.12.2022
€	€	€	€	€	€	€
1.140.457,11	53.595,17	0,00	0,00	1.194.052,28	114.623,00	58.831,00
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	53.669,00	29.750,00
1.140.457,11	**53.595,17**	**0,00**	**0,00**	**1.194.052,28**	**168.292,00**	**88.581,00**
10.074.059,24	367.704,00	0,00	0,00	10.441.763,24	5.003.494,58	5.371.198,58
21.908.369,86	207.609,00	0,00	0,00	22.115.978,86	1.629.553,00	1.837.162,00
284.753,54	369,47	0,00	0,00	285.123,01	117.194,66	7.025,66
2.145.588,32	0,00	0,00	0,00	2.145.588,32	813.827,10	735.400,10
2.988.926,05	36.526,13	19.719,66	0,00	3.005.732,52	327.668,00	310.068,00
600.580,81	0,00	0,00	0,00	600.580,81	0,50	0,50
11.539.983,24	1.575.090,30	1.838.744,13	0,00	11.276.329,41	5.323.673,00	6.498.831,00
847.560,72	130.302,00	34.153,00	16.380,00	960.089,72	585.744,00	634.132,00
609.776,77	32.991,00	0,00	0,00	642.767,77	0,00	32.991,00
102.537,26	16.054,00	0,00	-16.380,00	102.211,26	43.726,00	68.271,00
5.224.102,17	336.759,18	0,00	0,00	5.560.861,35	1.650.448,00	1.631.997,00
66.311,38	0,00	0,00	0,00	66.311,38	0,00	0,00
824.752,03	53.355,97	0,00	0,00	878.108,00	198.612,00	217.503,00
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	641.985,53	370.090,03
57.217.301,39	**2.756.761,05**	**1.892.616,79**	**0,00**	**58.081.445,65**	**16.335.926,37**	**17.714.669,87**
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	203.125,00	203.125,00
58.357.758,50	**2.810.356,22**	**1.892.616,79**	**0,00**	**59.275.497,93**	**16.707.343,37**	**18.006.375,87**

Fragenkatalog zur Prüfung nach § 53 HGrG (nach IDW PS 720)

Fragenkreis 1: Tätigkeit von Überwachungsorganen und Geschäftsleitung sowie individualisierte Offenlegung der Organbezüge

a) Gibt es Geschäftsordnungen für die Organe und einen Geschäftsverteilungsplan für die Geschäftsleitung sowie ggf. für die Konzernleitung? Gibt es darüber hinaus schriftliche Weisungen des Überwachungsorgans zur Organisation für die Geschäfts- sowie ggf. für die Konzernleitung (Geschäftsanweisung)? Entsprechen diese Regelungen den Bedürfnissen des Unternehmens bzw. des Konzerns?

Geschäftsordnungen und Geschäftsverteilungspläne sowie darüber hinausgehende schriftliche Weisungen des Verbandsausschusses zur Organisation des Geschäfts bestanden für das Wirtschaftsjahr 2023 nicht.

Da nur ein Geschäftsführer bestellt ist, ist ein Geschäftsverteilungsplan nicht erforderlich. Die Entscheidungsbefugnisse des Verbandsgeschäftsführers, des Verbandsausschusses und der Verbandsversammlung sind detailliert in der Verbandsordnung geregelt.

Die sachgerechte Einbindung des Überwachungsorgans in die Entscheidungsprozesse ist im Wesentlichen durch die Sitzungen des Verbandsausschusses mit entsprechender Berichterstattung des Geschäftsführers gegeben.

Wir konnten feststellen, dass nach den in der Verbandsordnung bestehenden Organisationsvorschriften verfahren wird und Aufgabenverteilung und Anweisungsbefugnisse sachgerecht geregelt sind.

b) Wie viele Sitzungen der Organe und ihrer Ausschüsse haben stattgefunden und wurden Niederschriften hierüber erstellt?

Im Berichtsjahr fanden zwei ordentliche Sitzung des Verbandsausschusses sowie eine Verbandsversammlung statt. Niederschriften wurden erstellt.

c) In welchen Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i.S.d. § 125 Abs. 1 Satz 5 AktG sind die einzelnen Mitglieder der Geschäftsleitung tätig?

In Aufsichtsräten oder anderen Kontrollgremien ist der Geschäftsführer nicht tätig.

d) Wird die Vergütung der Organmitglieder (Geschäftsleitung, Überwachungsorgan) individualisiert im Anhang des Jahresabschlusses/Konzernabeschlusses aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung ausgewiesen? Falls nein, wie wird dies begründet?

Die Vergütung des Geschäftsführers ist im Anhang angegeben. Die den ehrenamtlich tätigen Mitgliedern des Verbandsausschusses gewährten Sitzungsgelder und Entschädigungen sind im Anhang in einer Summe angegeben. Eine Aufteilung nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Komponenten mit langfristiger Anreizregelung ist nicht erforderlich, da derartige Regelungen weder für den Geschäftsführer noch für die Mitglieder des Verbandsausschusses bestehen.

Fragenkreis 2: Aufbau- und ablauforganisatorische Grundlagen

a) Gibt es einen den Bedürfnissen des Unternehmens entsprechenden Organisationsplan, aus dem Organisationsaufbau, Arbeitsbereiche und Zuständigkeiten/Weisungsbefugnisse ersichtlich sind? Erfolgt dessen regelmäßige Überprüfung?

Es existiert ein Organisationsplan, aus dem der Organisationsaufbau, die Arbeitsbereiche und Zuständigkeiten/Weisungsbefugnisse ersichtlich sind. Er wird, wenn erforderlich an die sich ergebenden Bedürfnisse angepasst.

Zuständigkeiten ergeben sich darüber hinaus aus den schriftlich fixierten Unterschriftsberechtigungen sowie den ablauforganisatorischen Arbeits- und Dienstanweisungen. Diese werden bei Bedarf und im Rahmen der Prüfung Dritter (Wiederholungs-Audit Entsorgungsfachbetrieb) überprüft und falls erforderlich angepasst.

Nach den aufgestellten Regeln wird nach unserer Prüfung verfahren. Insgesamt entspricht die Organisation den Bedürfnissen des ZAH.

b) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass nicht nach dem Organisationsplan verfahren wird?

Anhaltspunkte dafür, dass nicht nach dem Organisationsplan verfahren wird, haben sich im Rahmen unserer Prüfung nicht ergeben.

c) Hat die Geschäftsleitung Vorkehrungen zur Korruptionsprävention ergriffen und dokumentiert?

Die Geschäftsführung ist in sämtliche betriebliche Abläufe eingebunden. Eine monatliche Kontrolle erfolgt durch betriebswirtschaftliche Auswertungen. Des Weiteren sind die Rechnungsprüfungsämter der Stadt und des Landkreises Hildesheim in wesentliche Auftragsvergaben eingebunden.

Eine schriftliche Anordnung, in der die Annahme von Belohnungen oder Geschenken durch die Beschäftigten des ZAH geregelt sind, liegt vor. Neu eingestellten Mitarbeitern wird die Anordnung bei Arbeitsaufnahme ausgehändigt und ist von diesen zu unterschreiben. Darüber hinaus haben die Vorgesetzten dafür Sorge zu tragen, dass die Mitarbeiter in regelmäßigen Abständen über die Verpflichtungen belehrt werden. Allen Beschäftigten ist spätestens am Anfang des IV. Quartals eines jeden

Jahres die Anordnung zur Kenntnis vorzulegen oder auszuhändigen. Die Kenntnisnahme oder Erhalt der Anordnung ist durch Unterschrift zu bestätigen.

d) Gibt es geeignete Richtlinien bzw. Arbeitsanweisungen für wesentliche Entscheidungsprozesse (insbesondere Auftragsvergabe und Auftragsabwicklung, Personalwesen, Kreditaufnahme und -gewährung)? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass diese nicht eingehalten werden?

Für einzelne Entscheidungsprozesse sind Richtlinien und Dienstanweisungen erlassen worden, nach denen auch verfahren wird. Regelungen dieser Art bestehen insbesondere für die Auftragsvergabe und Bestellungen, das Personalwesen, die Rechnungsprüfung, den Zahlungsverkehr und das Rechnungswesen. Die Entscheidungen obliegen der Geschäftsleitung und müssen in Übereinstimmung mit dem genehmigten Wirtschaftsplan getroffen werden. Darüber hinaus enthält § 12 der Verbandsordnung einen Katalog von Rechtsgeschäften, die durch den Verbandsausschuss zu genehmigen sind. Ferner bestehen Richtlinien zur Nutzung von Mobiltelefonen und EDV-Geräten.

Auftragsvergaben sind ab einer bestimmten Wertgrenze den Rechnungsprüfungsämtern der Stadt und des Landkreises Hildesheim zur Prüfung vorzulegen.

Im Rahmen unserer Prüfung haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, dass die Vorgaben für wesentliche Entscheidungsprozesse nicht eingehalten wurden.

e) Besteht eine ordnungsmäßige Dokumentation von Verträgen (z.B. Grundstücksverwaltung, EDV)?

Die Verträge werden nach einem Aktenplan ordnungsgemäß verwaltet. Die Vertragsausfertigungen befinden sich beim Geschäftsführer, der auskunftsgemäß auch eine ordnungsgemäße Fristenüberwachung sicherstellt. Für laufende Geschäfte befindet sich eine Vertragsausfertigung zudem in der jeweils zuständigen Abteilung des ZAH.

Fragenkreis 3: Planungswesen, Rechnungswesen, Informationssystem und Controlling

a) Entspricht das Planungswesen – auch im Hinblick auf Planungshorizont und Fortschreibung der Daten sowie auf sachliche und zeitliche Zusammenhänge von Projekten – den Bedürfnissen des Unternehmens?

Grundlage für das Planungswesen ist der nach den landesrechtlichen Vorschriften jährlich aufzustellende Wirtschaftsplan, der aus dem Erfolgs-, Vermögens-, Finanz- und Investitionsplan sowie einem Stellenplan besteht. In einer mittelfristigen Planungsrechnung für das laufende und die vier folgenden Wirtschaftsjahre ist sowohl die Entwicklung der Ausgaben und der Deckungsmittel des Vermögensplanes als auch die Erfolgsentwicklung dargelegt. In der Investitionsplanung werden Projekte übergreifend berücksichtigt und dargestellt, so dass bei den einzelnen Projekten ein Zu-

sammenhang mit vorhergehenden und nachfolgenden Perioden erkennbar ist. Ferner werden Gebührennachkalkulationen für das abgelaufene Wirtschaftsjahr sowie Gebührenbedarfsberechnungen für das jeweils folgende Wirtschaftsjahr aufgestellt.

Der Wirtschaftsplan sowie die Gebührenbedarfsberechnungen werden

- dem Verbandsausschuss zur Beratung und Zustimmung,
- dem Finanzausschuss der Stadt Hildesheim zur Beschlussfassung,
- dem Ausschuss Umwelt und dem Kreisausschuss des Landeskreises Hildesheim zur Beschlussfassung,
- dem Rat der Stadt Hildesheim und dem Kreistag des Landkreises Hildesheim zur Beschlussfassung vorgelegt

und abschließend zur Genehmigung an die Verbandsversammlung weitergeleitet.

Das Planungswesen entspricht den Bedürfnissen des Zweckverbandes.

b) Werden Planabweichungen systematisch untersucht?

Planabweichungen werden im Rahmen der monatlichen betriebswirtschaftlichen Auswertungen untersucht und analysiert. Darüber hinaus erfolgt quartalsweise eine Berichterstattung, die dem Beteiligungsmanagement der Stadt Hildesheim und dem Landkreis Hildesheim vorgelegt wird.

c) Entspricht das Rechnungswesen einschließlich der Kostenrechnung der Größe und den besonderen Anforderungen des Unternehmens?

Das Rechnungswesen einschließlich der Kostenrechnung entspricht der Größe und den branchenspezifischen Anforderungen. Der ZAH verfügt über eine betriebszweigbezogene Kostenstellen- und Kostenartenrechnung. Eine detaillierte Kostenträgerrechnung liegt vor. Die Ergebnisse werden u.a. bei den Gebührennachkalkulationen, den Gebührenbedarfsberechnungen, Entgeltkalkulationen und sonstigen Planrechnungen berücksichtigt.

d) Besteht ein funktionierendes Finanzmanagement, welches u.a. eine laufende Liquiditätskontrolle und eine Kreditüberwachung gewährleistet?

Die regelmäßige Liquiditätskontrolle und Kreditüberwachung sowie das Cash-Management obliegen dem Geschäftsführer in Abstimmung mit dem Rechnungswesen. Die regelmäßige Liquiditätskontrolle und Kreditüberwachung sind gewährleistet.

e) Gehört zu dem Finanzmanagement auch ein zentrales Cash-Management und haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die hierfür geltenden Regelungen nicht eingehalten worden sind?

Wir verweisen auf unsere Ausführungen zu Frage 3d).

f) Ist sichergestellt, dass Entgelte vollständig und zeitnah in Rechnung gestellt werden? Ist durch das bestehende Mahnwesen gewährleistet, dass ausstehende Forderungen zeitnah und effektiv eingezogen werden?

Erhebungszeitraum der Gebühren für die Rest- und Bioabfallbehälter ist das Kalenderjahr. Es werden zwei Abschlagszahlungen (1. April und 1. Oktober) in angemessener Höhe erhoben. Die Gebühren für Sonderleistungen und für die Selbstanlieferung werden mit der Inanspruchnahme der Leistung bzw. mit der Anlieferung fällig. Die Abrechnung sonstiger Lieferungen und Leistungen erfolgt nach Leistungserbringung.

Im Rechnungswesen wird die Rückzahlung gewährter Kredite geprüft. Kredite an Kunden werden nur in Form von offenen Forderungen gewährt. Ein strukturiertes IT-gestütztes Mahnwesen ist eingerichtet. Danach werden überfällige Forderungen regelmäßig angemahnt und nach erfolgsloser Mahnung auch unter Einbeziehung der Creditreform AG an die Vollstreckungsabteilung der Stadt Hildesheim bzw. des Landkreises Hildesheim übergeben.

g) Entspricht das Controlling den Anforderungen des Unternehmens/Konzerns und umfasst es alle wesentlichen Unternehmens-/ Konzernbereiche?

Ein separates Controlling besteht nicht. Die Aufgaben des Controllings werden im Wesentlichen durch die Geschäftsführung auf der Grundlage der monatlichen betriebswirtschaftlichen Auswertungen vorgenommen. Hierzu gehören insbesondere das Finanz-Controlling, die Überwachung der Kosten- und Planungsrechnungen (Wirtschaftsplan) sowie die Gebührenkalkulation und -abrechnung.

h) Ermöglichen das Rechnungs- und Berichtswesen eine Steuerung und/oder Überwachung der Tochterunternehmen und der Unternehmen, an denen eine wesentliche Beteiligung besteht?

Es bestehen Kontrollinstrumente zur Steuerung und Überwachung von Unternehmen, an denen der ZAH beteiligt ist.

Fragenkreis 4: Risikofrüherkennungssystem

a) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung nach Art und Umfang Frühwarnsignale definiert und Maßnahmen ergriffen, mit deren Hilfe bestandsgefährdende Risiken rechtzeitig erkannt werden können?

Ein dokumentiertes Risikofrüherkennungssystem, welches bestandgefährdende Risiken rechtzeitig erkennt, ist eingerichtet. Die Aufgaben des Risikomanagements werden durch den Geschäftsführer wahrgenommen. Das im Rahmen der Zertifizierung zum Entsorgungsfachbetrieb aufgebaute und auditierte Qualitätsmanagementsystem trägt zu einer Minimierung von Betriebsrisiken bei. Den möglichen Risiken aus der beim ZAH eingerichteten IT-Struktur bzw. aus der genutzten Soft- und Hardware, die insbesondere durch unzureichende Schutzmaßnahmen gegen unerlaubte Daten-

nutzung durch Dritte, Virenschutz, Datenverlust oder durch veraltete Anlagen entstehen können, begegnet der ZAH durch das eingerichtete Datenschutzmanagement.

b) Reichen diese Maßnahmen aus und sind sie geeignet, ihren Zweck zu erfüllen? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Maßnahmen nicht durchgeführt werden?

Nach unserer Auffassung sind die Maßnahmen der Geschäftsführung unter Berücksichtigung der Geschäftstätigkeit und Größe des ZAH grundsätzlich geeignet, bestehende und künftige Risiken zu erfassen, zu analysieren und zu bewerten sowie risikobezogene Informationen an die zuständigen Entscheidungsträger weiterzuleiten. Im Rahmen unserer Prüfung haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, dass die Maßnahmen nicht durchgeführt wurden.

c) Sind diese Maßnahmen ausreichend dokumentiert?

Wir verweisen auf unsere Antwort zu Frage 4a).

d) Werden die Frühwarnsignale und Maßnahmen kontinuierlich und systematisch mit dem aktuellen Geschäftsumfeld sowie mit den Geschäftsprozessen und Funktionen abgestimmt und angepasst?

Es finden kontinuierliche und systematische Abstimmungen und Anpassungen statt.

Fragenkreis 5: Finanzinstrumente, andere Termingeschäfte, Optionen und Derivate

a) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung den Geschäftsumfang zum Einsatz von Finanzinstrumenten sowie von anderen Termingeschäften, Optionen und Derivaten schriftlich festgelegt? Dazu gehört:

- **Welche Produkte/Instrumente dürfen eingesetzt werden?**
- **Mit welchen Partnern dürfen die Produkte/Instrumente bis zu welchen Beträgen eingesetzt werden?**
- **Wie werden die Bewertungseinheiten definiert und dokumentiert und in welchem Umfang dürfen offene Posten entstehen?**
- **Sind die Hedge-Strategien beschrieben, z.B. ob bestimmte Strategien ausschließlich zulässig sind bzw. bestimmte Strategien nicht durchgeführt werden dürfen (z.B. antizipatives Hedging)?**

b) Werden Derivate zu anderen Zwecken eingesetzt als zur Optimierung von Kreditkonditionen und zur Risikobegrenzung?

c) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung ein dem Geschäftsumfang entsprechendes Instrumentarium zur Verfügung gestellt insbesondere in Bezug auf

- **Erfassung der Geschäfte**
- **Beurteilung der Geschäfte zum Zweck der Risikoanalyse**

- **Bewertung der Geschäfte zum Zweck der Rechnungslegung**
- **Kontrolle der Geschäfte?**

d) **Gibt es eine Erfolgskontrolle für nicht der Risikoabsicherung (Hedging) dienende Derivatgeschäfte und werden Konsequenzen aufgrund der Risikoentwicklung gezogen?**

e) **Hat die Geschäfts-/Konzernleitung angemessene Arbeitsanweisungen erlassen?**

f) **Ist die unterjährige Unterrichtung der Geschäfts-/Konzernleitung im Hinblick auf die offenen Positionen, die Risikolage und die ggf. zu bildenden Vorsorgen geregelt?**

Derartige Geschäfte werden nach unseren Prüfungsfeststellungen und den uns erteilten Auskünften nicht durchgeführt; Regelungen sind daher entbehrlich.

Fragenkreis 6: Interne Revision

a) **Gibt es eine den Bedürfnissen des Unternehmens/Konzerns entsprechende Interne Revision/Konzernrevision? Besteht diese als eigenständige Stelle oder wird diese Funktion durch eine andere Stelle (ggf. welche?) wahrgenommen?**

Eine interne Revision als eine innerbetriebliche Institution, die im Auftrag der Geschäftsleitung die Einhaltung von Regelungen innerhalb der Organisation überwacht, ist aufgrund der Größe des ZAH nicht eingerichtet. Mittels geeigneter Aufbau- und Ablaufkontrollen, die durch Arbeitsanweisungen geregelt sind, bestehen im Verband entsprechende Kontrollen.

In Teilbereichen werden die Aufgaben der internen Revision durch die Rechnungsprüfungsämter der Stadt Hildesheim und des Landkreises Hildesheim wahrgenommen. Diese prüfen laufend die Einhaltung von VOL-/VgV-Vergaben und führen zudem in unregelmäßigen Abständen Schwerpunktprüfungen durch. Im Berichtsjahr wurden durch das RPA des Landkreises Hildesheim keine Schwerpunktprüfungen vorgenommen.

Nach dem uns vorliegenden Prüfbericht haben sich keine wesentlichen Feststellungen ergeben.

b) **Wie ist die Anbindung der Internen Revision/Konzernrevision im Unternehmen/Konzern? Besteht bei ihrer Tätigkeit die Gefahr von Interessenkonflikten?**

Die Frage ist nicht einschlägig, da keine interne Revision existiert.

c) **Welches waren die wesentlichen Tätigkeitsschwerpunkte der Internen Revision/Konzernrevision im Geschäftsjahr? Wurde auch geprüft, ob wesentlich miteinander unvereinbare Funktionen (z.B. Trennung von Anweisung und Vollzug) organisatorisch getrennt sind? Wann hat die Interne Revision das letzte Mal über Korruptionsprävention berichtet? Liegen hierüber schriftliche Revisionsberichte vor?**

Die Frage ist nicht einschlägig, da keine interne Revision existiert.

d) **Hat die Interne Revision ihre Prüfungsschwerpunkte mit dem Abschlussprüfer abgestimmt?**

Die Frage ist nicht einschlägig, da keine interne Revision existiert.

e) **Hat die Interne Revision/Konzernrevision bemerkenswerte Mängel aufgedeckt und um welche handelt es sich?**

Die Frage ist nicht einschlägig, da keine interne Revision existiert.

f) **Welche Konsequenzen werden aus den Feststellungen und Empfehlungen der Internen Revision/Konzernrevision gezogen und wie kontrolliert die Interne Revision/Konzernrevision die Umsetzung ihrer Empfehlungen?**

Die Frage ist nicht einschlägig, da keine interne Revision existiert.

Fragenkreis 7: Übereinstimmung der Rechtsgeschäfte und Maßnahmen mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans

a) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die vorherige Zustimmung des Überwachungsorgans zu zustimmungspflichtigen Rechtsgeschäften und Maßnahmen nicht eingeholt worden ist?**

Die nach § 12 Verbandsordnung für bestimmte Maßnahmen erforderlichen Zustimmungen wurden eingeholt.

b) **Wurde vor der Kreditgewährung an Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans die Zustimmung des Überwachungsorgans eingeholt?**

Kreditgewährungen an den Verbandsgeschäftsführer oder Mitglieder des Verbandsausschusses liegen nicht vor.

c) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass anstelle zustimmungsbedürftiger Maßnahmen ähnliche, aber nicht als zustimmungsbedürftig behandelte Maßnahmen vorgenommen worden sind (z.B. Zerlegung in Teilmaßnahmen)?**

Ein solches Vorgehen haben wir im Rahmen unserer Prüfung nicht festgestellt.

d) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Geschäfte und Maßnahmen nicht mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans übereinstimmen?**

Uns sind keine Anhaltspunkte bekannt geworden, von denen man auf ungesetzliche oder gegen die internen Festlegungen des ZAH verstoßende Geschäfte hätte schließen können.

Vertragliche Beziehungen zu den Kunden liegen sowohl auf der Grundlage von privatrechtlichen Vertragsbedingungen als auch öffentlich-rechtlicher Satzungen (Verwaltungsrecht, Gebührenrecht) vor. Die öffentlich-rechtlichen Satzungen werden jährlich bzw. bei Bedarf den erforderlichen Veränderungen angepasst. Die vertraglichen Beziehungen befinden sich in Einklang mit der Rechtslage.

Fragenkreis 8: Durchführung von Investitionen

a) Werden Investitionen (in Sachanlagen, Beteiligungen, sonstige Finanzanlagen, immaterielle Anlagewerte und Vorräte) angemessen geplant und vor Realisierung auf Rentabilität/Wirtschaftlichkeit, Finanzierbarkeit und Risiken geprüft?

Alle durchzuführenden Investitionen werden von der Geschäftsführung in einer Investitionsübersicht zusammengefasst und in den jährlich aufzustellenden Wirtschaftsplan eingestellt. Der Wirtschaftsplan wird den Organen des Verbandes zur Beschlussfassung vorgelegt. Für die geplanten Investitionen werden grundsätzlich Wirtschaftlichkeitsberechnungen durchgeführt, die die oben genannten Punkte berücksichtigen.

b) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Unterlagen/Erhebungen zur Preisermittlung nicht ausreichend waren, um ein Urteil über die Angemessenheit des Preises zu ermöglichen (z.B. bei Erwerb bzw. Veräußerung von Grundstücken oder Beteiligungen)?

Wir haben keine Kenntnisse darüber erlangt, dass Unterlagen und Erhebungen, die als Grundlage zur Prüfung der Angemessenheit des Preises dienen, nicht ausreichend waren. Grundstücke und Beteiligungen wurden im Berichtsjahr weder erworben noch veräußert.

c) Werden Durchführung, Budgetierung und Veränderungen von Investitionen laufend überwacht und Abweichungen untersucht?

Die geplanten Investitionen werden fortlaufend überwacht. Abweichungen zu den Ansätzen im Wirtschaftsplan werden untersucht.

d) Haben sich bei abgeschlossenen Investitionen wesentliche Überschreitungen ergeben? Wenn ja, in welcher Höhe und aus welchen Gründen?

Bei den im Wirtschaftsjahr 2023 abgeschlossenen Investitionen ergaben sich keine wesentlichen Überschreitungen.

e) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass Leasing- oder vergleichbare Verträge nach Ausschöpfung der Kreditlinien abgeschlossen wurden?

Anhaltspunkte für solche Gestaltungen liegen nicht vor. Die genehmigte Kreditlinie wurde nicht ausgeschöpft.

Fragenkreis 9: Vergaberegelungen

a) Haben sich Anhaltspunkte für eindeutige Verstöße gegen Vergaberegelungen (z.B. VOB, VOL, VgV, EU-Regelungen) ergeben?

Offenkundige Verstöße gegen Vergaberegelungen haben wir nicht festgestellt.

b) Werden für Geschäfte, die nicht den Vergaberegelungen unterliegen, Konkurrenzangebote (z.B. auch für Kapitalaufnahmen und Geldanlagen) eingeholt?

Vor der Vergabe größerer Investitions- und anderer Aufträge werden - soweit nicht technische Belange oder andere Erfordernisse Abweichungen begründen - mehrere Angebote eingeholt. Im Bedarfsfall werden nach Einholung von Vergleichsangeboten Kapitalaufnahmen sowie Geldanlagen getätigt.

Fragenkreis 10: Berichterstattung an das Überwachungsorgan

a) Wird dem Überwachungsorgan regelmäßig Bericht erstattet?

Nach den vorliegenden Niederschriften und Sitzungsvorlagen hat der Geschäftsführer dem Verbandsausschuss über die Geschäftspolitik und andere grundsätzliche Fragen der Unternehmensplanung und über den Gang der Geschäfte informiert.

b) Vermitteln die Berichte einen zutreffenden Einblick in die wirtschaftliche Lage des Unternehmens/Konzerns und in die wichtigsten Unternehmens-/Konzernbereiche?

Unseres Erachtens vermitteln die Berichte einen zutreffenden Einblick in die wirtschaftliche Lage des ZAH.

c) Wurde das Überwachungsorgan über wesentliche Vorgänge angemessen und zeitnah unterrichtet? Liegen insbesondere ungewöhnliche, risikoreiche oder nicht ordnungsgemäß abgewickelte Geschäftsvorfälle sowie erkennbare Fehldispositionen oder wesentliche Unterlassungen vor und wurde hierüber berichtet?

Ausweislich der uns vorliegenden Protokolle unterrichtete die Geschäftsführung den Verbandsausschuss über wesentliche Vorgänge angemessen und zeitnah. Ungewöhnliche, risikoreiche oder nicht ordnungsgemäß abgewickelte Geschäftsvorfälle sowie erkennbare Fehldispositionen sind uns nicht bekannt geworden.

d) Zu welchen Themen hat die Geschäfts-/Konzernleitung dem Überwachungsorgan auf dessen besonderen Wunsch berichtet (§ 90 Abs. 3 AktG)?

Ein entsprechendes Verlangen des Verbandsausschusses lag im Wirtschaftsjahr 2023 nicht vor.

e) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Berichterstattung (z.B. nach § 90 AktG oder unternehmensinternen Vorschriften) nicht in allen Fällen ausreichend war?

Es liegen uns keine Anhaltspunkte dafür vor.

f) Gibt es eine D&O-Versicherung? Wurde ein angemessener Selbstbehalt vereinbart? Wurden Inhalt und Konditionen der D&O-Versicherung mit dem Überwachungsorgan erörtert?

Eine D&O-Versicherung liegt vor. Ein angemessener Selbstbehalt ist nicht vereinbart. Auskunftsgemäß wurde der Abschluss der Versicherung mit den Vertretern der Verbandsmitglieder erörtert.

g) Sofern Interessenkonflikte der Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans gemeldet wurden, ist dies unverzüglich dem Überwachungsorgan offengelegt worden?

Im Rahmen unserer Prüfung haben wir keine Interessenkonflikte festgestellt.

Fragenkreis 11: Ungewöhnliche Bilanzposten und stille Reserven

a) Besteht in wesentlichem Umfang offenkundig nicht betriebsnotwendiges Vermögen?

Nicht betriebsnotwendiges Vermögen in größerem Umfang haben wir nicht festgestellt.

b) Sind Bestände auffallend hoch oder niedrig?

Die Vermögensbestände sind weder auffallend hoch noch niedrig. Den flüssigen Mitteln von T€ 18.767, die zum Bilanzstichtag 49,6 % der gesunkenen Bilanzsumme ausmachen, stehen langfristige Rückstellungen von T€ 31.713 gegenüber.

c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Vermögenslage durch im Vergleich zu den bilanziellen Werten erheblich höhere oder niedrigere Verkehrswerte der Vermögensgegenstände wesentlich beeinflusst wird?

Stille Reserven könnten im Anlagevermögen gegeben sein, vornehmlich bei Grundstücken und Gebäuden. Weitergehende Aussagen sind nur im Rahmen umfangreicher Analysen (Wertgutachten) möglich.

Fragenkreis 12: Finanzierung

a) Wie setzt sich die Kapitalstruktur nach internen und externen Finanzierungsquellen zusammen? Wie sollen die am Abschlussstichtag bestehenden wesentlichen Investitionsverpflichtungen finanziert werden?

Nach den Verhältnissen zum 31. Dezember 2023 stehen dem Anlagevermögen von T€ 16.707 ein Eigenkapital von T€ 3.415 sowie ein langfristiges Fremdkapital in Form von Rückstellungen von T€ 31.713 gegenüber. Das Anlagevermögen ist langfristig finanziert. Wesentliche Investitionsverpflichtungen bestanden am Abschlussstichtag nicht.

b) Wie ist die Finanzlage des Konzerns zu beurteilen, insbesondere hinsichtlich der Kreditaufnahmen wesentlicher Konzerngesellschaften?

Entfällt mangels Konzernbindung.

c) In welchem Umfang hat das Unternehmen Finanz-/Fördermittel einschließlich Garantien der öffentlichen Hand erhalten? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die damit verbundenen Verpflichtungen und Auflagen des Mittelgebers nicht beachtet wurden?

Der ZAH hat im Berichtsjahr Fördermittel in Höhe von insgesamt T€ 52 vom Bundesamt für Logistik und Mobilität, Köln, für die Projekt „Machbarkeitsstudie alternativer Antriebe" sowie „Ausrüstung von Kraftfahrzeugen mit Abbiegeassistenzsystemen" erhalten.

Fragenkreis 13: Eigenkapitalausstattung und Gewinnverwendung

a) Bestehen Finanzierungsprobleme aufgrund einer evtl. zu niedrigen Eigenkapitalausstattung?

Bei der Beurteilung der Angemessenheit der Eigenkapitalausstattung ist zu berücksichtigen, dass der ZAH gemäß § 4 der Verbandsordnung im Bereich der Abfallwirtschaft hoheitliche Aufgaben ohne Gewinnerzielungsabsicht erfüllt. Abfallgebühren werden nach dem NKAG erhoben. Danach soll das veranschlagte Gebührenaufkommen die Kosten decken. Nach dem NKAG sollen Gebührenüberschüsse bzw. -unterdeckungen innerhalb der nächsten drei Jahre nach Beschlussfassung durch eine entsprechende Gebührenkalkulation ausgeglichen werden. Entstehende Kosten, die nicht auf die Gebührenpflichtigen umgelegt werden dürfen, werden aus sonstigen Finanzmitteln des ZAH getragen. Wenn die Einnahmen trotz Ausschöpfung aller zumutbaren Möglichkeiten der Einnahmenbeschaffung nicht ausreichen, sind die Ausgaben durch Umlagen der Verbandsmitglieder zu decken. Die Eigenkapitalausstattung besteht aus der freien Rücklage, dem Gewinnvortrag und dem Jahresergebnis. Finanzierungsprobleme bestehen nicht.

b) Ist der Gewinnverwendungsvorschlag (Ausschüttungspolitik, Rücklagenbildung) mit der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens vereinbar?

Der ZAH veranschlagt in seinem hoheitlichen Aufgabengebiet Gebühren gemäß dem NKAG. Aufgrund dieser Regelung schließen die Wirtschaftsjahre somit mittelfristig mit ausgeglichenen Ergebnissen. Eine Ausschüttungspolitik ist daher entbehrlich. Der Gewinnverwendungsvorschlag ist entsprechend den obigen Erläuterungen als angemessen zu beurteilen.

Fragenkreis 14: Rentabilität/Wirtschaftlichkeit

a) Wie setzt sich das Betriebsergebnis des Unternehmens/Konzerns nach Segmenten/Konzernunternehmen zusammen?

Das Wirtschaftsjahr 2023 schließt mit einem Jahresüberschuss von T€ 274. Wesentliche Geschäftsbereiche des ZAH sind außer den hoheitlichen Tätigkeiten im Bereich der Abfallwirtschaft die Tätigkeiten im Rahmen des DSD als sogenannter Betrieb gewerblicher Art (BgA).

Das Betriebsergebnis des ZAH setzt sich wie folgt zusammen:

	2023	2022
	T€	T€
Restmüll vor Gebührenausgleich	-341	-276
Gebührenausgleich Restmüll	341	276
Ergebnis Restmüll nach Gebührenausgleich	0	0
Biomüll vor Gebührenausgleich	-64	-265
Gebührenausgleich Biomüll	64	265
Ergebnis Biomüll nach Gebührenausgleich	0	0
Selbstanlieferer	292	180
Gebührenbereiche (NKAG)	**292**	**180**
gewerbliche Tätigkeiten im Rahmen des DSD und Betrieb des BHKW	-26	21
Hilfs- und Nebenbetriebe (Saldo)	-8	-31
Neutrales Ergebnis (Saldo)	16	-73
	274	**97**

Das Ergebnis aus den Hilfs- und Nebenbetrieben setzt sich aus dem Saldo der Ergebnisse aus dem Containerdienst, aus der Fäkalabfuhr und Kanalreinigung, aus Werbung sowie aus der Vermietung von Werkswohnungen zusammen.

b) Ist das Jahresergebnis entscheidend von einmaligen Vorgängen geprägt?

Das Jahresergebnis ist nicht entscheidend von einmaligen Vorgängen geprägt.

c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass wesentliche Kredit- oder andere Leistungsbeziehungen zwischen Konzerngesellschaften bzw. mit den Gesellschaftern eindeutig zu unangemessenen Konditionen vorgenommen werden?

Anhaltspunkte dafür, dass Leistungsbeziehungen mit den Verbandsmitgliedern nicht zu angemessenen Konditionen vorgenommen werden, haben wir nicht festgestellt. Kreditbeziehungen mit den Verbandsmitgliedern liegen nicht vor.

d) Wurde die Konzessionsabgabe steuer- und preisrechtlich erwirtschaftet?

Konzessionsabgaben hat der ZAH nicht zu erwirtschaften.

Fragenkreis 15: Verlustbringende Geschäfte und ihre Ursachen

a) Gab es verlustbringende Geschäfte, die für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren, und was waren die Ursachen der Verluste?

Verlustbringende Einzelgeschäfte, die für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren, haben wir nicht festgestellt.

b) Wurden Maßnahmen zeitnah ergriffen, um die Verluste zu begrenzen, und um welche Maßnahmen handelt es sich?

Die Entgelte für Leistungen, die der ZAH aufgrund privatrechtlicher Verpflichtungen erbringt, wurden zuletzt zum 1. Januar 2023 angepasst. Vor dem Hintergrund, dass der ZAH die vorhandenen Gebührenüberdeckungen gemäß dem NKAG in seinen Gebührenkalkulationen zu berücksichtigen hat, waren keine weiteren Maßnahmen erforderlich.

Fragenkreis 16: Ursachen des Jahresfehlbetrages und Maßnahmen zur Verbesserung der Ertragslage

a) Was sind die Ursachen des Jahresfehlbetrages?

Der ZAH schließt das Wirtschaftsjahr 2023 mit einem Jahresüberschuss.

b) Welche Maßnahmen wurden eingeleitet bzw. sind beabsichtigt, um die Ertragslage des Unternehmens zu verbessern?

Aufgrund des NKAG sind die in Vorjahren erzielten Gebührenüber- und -unterdeckungen nach Feststellung innerhalb der nächsten drei Jahre nach Beschlussfassung in den Gebührenkalkulationen zu berücksichtigen. Der ZAH hat zum 1. Januar 2024 eine Gebührenanpassung im Restabfall- und im Bioabfallbereich als auch den übrigen Bereichen vorgenommen. Die im Jahr 2018 vorgenommenen Gebührensenkungen im Restabfall- sowie im Bioabfallbereich konnten aufgrund des erwarteten Abbaus der bestehenden Gebührenüberdeckungen sowie von Kostensteigerungen u.a. im Personalbereich sowie im Zusammenhang mit der neu eingeführten CO2 Abgabe nicht beibehalten werden.

Für das Wirtschaftsjahr 2024 wird mit einem Jahresfehlbetrag von T€ 410 gerechnet.

Der ZAH strebt im Hinblick auf den sich verschärfenden Wettbewerb in der Abfallwirtschaft vor allem eine kostenbewusste Geschäftspolitik, wettbewerbsfähige Preise und Gebühren sowie eine stetige Verbesserung und Erweiterung der Serviceleistungen an.

Rechtliche, steuerliche und wirtschaftliche Grundlagen

I. Rechtliche Grundlagen

Name	Zweckverband Abfallwirtschaft Hildesheim
Sitz	Bad Salzdetfurth
Rechtsform	Zweckverband nach dem NKomZG. Die Wirtschaftsführung hat gemäß Verbandsordnung nach den Vorschriften der EigBetrVO (Nds) zu erfolgen.
Gründung und Verbandsmitglieder	1. Januar 1994; Verbandsmitglieder: Landkreis Hildesheim und die Stadt Hildesheim
Verbandsordnung	Gültig in der Fassung vom 22. Dezember 2015; die Verbandsordnung trat am 23. Dezember 2015 in Kraft.
Wirtschaftsjahr	Kalenderjahr
Stammkapital	Die Verbandsmitglieder haben den ZAH nicht mit Stammkapital ausgestattet; es besteht eine freie Rücklage von T€ 494.
Organe	Organe des ZAH sind die Verbandsversammlung, der Verbandsausschuss und die Verbandsgeschäftsführung. Die **Verbandsversammlung** besteht aus je einem Vertreter der Stadt Hildesheim und des Landkreises Hildesheim. Der **Verbandsausschuss** besteht aus: acht Ratsmitgliedern der Stadt Hildesheim, acht Kreistagsabgeordneten des Landkreises Hildesheim sowie aus jeweils zwei vom Hauptverwaltungsbeamten der vertretenen kommunalen Körperschaften zu bestimmenden Vertretern der Verwaltung des jeweiligen Verbandsmitglieds. Die Mitglieder des Verbandsausschusses sind im Anhang (Anlage II) namentlich genannt. **Verbandsgeschäftsführer** ist seit dem 1. Januar 2011 Herr Jens Krüger.
Gegenstand des Verbandes	Gemäß § 4 der Verbandsordnung nimmt der ZAH für die beiden Verbandsmitglieder sämtliche Aufgaben der entsorgungspflichtigen Körperschaften wahr. Hierzu zählen insbesondere das Einsammeln, die Beförderung sowie die Verwertung und Entsorgung des im Verbandsgebiet anfallenden Abfalls und Wertstoffe, die Schaffung von

	Einrichtungen zur Verwertung von Abfällen aus Gewerbe und Haushaltungen sowie die Abfallberatung. Insgesamt entsorgt der ZAH im Verbandsgebiet 18 Gemeinden, Samtgemeinden und Städte des Landkreises Hildesheim sowie die Stadt Hildesheim. Der ZAH unterhält eine Deponie der Klasse II (Zentraldeponie Heinde), eine Umschlaghalle, ein Recyclingzentrum (Halle und Freifläche), eine Schadstoffhalle, eine Sickerwasserkläranlage sowie fünf Recyclinghöfe und im Eingangsbereich der Zentraldeponie einen Kleinanliefererplatz. Zwei Bauschuttdeponien und ein Kompostierungswerk werden von Dritten betrieben. Ferner führt der ZAH als Subunternehmer für Dritte im Rahmen des Dualen Systems (DSD) die Erfassung und Sammlung der Leichtverpackungen sowie Verteilung der notwendigen Wertstoffsäcke durch.
Satzung über die Abfallentsorgung	Seit 1. Januar 2019 ist die 12. Änderungssatzung in Kraft.
Satzung über die Abfallgebühren	Die im Wirtschaftsjahr 2023 gültige Abfallgebührensatzung trat zum 1. Januar 2018 in Kraft.

II. Steuerliche Grundlagen

Finanzamt	Hildesheim-Alfeld
Steuernummer	30/210/08358
Steuererklärungen	Bis einschließlich 2021 wurden die Körperschaft- und Gewerbesteuererklärungen sowie die Umsatzsteuermeldungen abgegeben und veranlagt. Für 2022 steht die Veranlagung noch aus. Öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger sind mit ihrem hoheitlichen Bereich steuerbefreit. Sie sind aber wirtschaftlich tätig (Betrieb gewerblicher Art (BgA), wenn sie aufgrund von privatrechtlichen Vereinbarungen Aufgaben im Rahmen des in § 6 Abs. 3 Satz 1 VerpackV bezeichneten Systems durchführen (OFD Hannover, KSt-Kartei vom 21. April 1995). Dies hat zur Folge, dass der ZAH der Umsatz-, Körperschaft- und Gewerbesteuer unterliegt, soweit er Leistungen im Rahmen des DSD erbringt. Sofern eine direkte Zuordnung von Erträgen und Aufwendungen nicht möglich ist, erfolgt die Zuordnung mittels der mit dem Finanzamt bzw. der im Rahmen der Betriebsprüfungen bisher abgestimmten Verteilungsschlüssel. Im Berichtsjahr wurde aus den Tätigkeiten im Rahmen des Betriebes gewerblicher Art im Saldo ein Jahresüberschuss erzielt. Alle Steuern wurden von dem mit der Jahresabschlusserstellung beauftragten

	Steuerberatungsbüro berechnet. Die Steuererklärungen für 2023 sind in Vorbereitung.
Betriebsprüfung	Die letzte steuerliche Außenprüfung führte das Finanzamt für Großbetriebsprüfungen Göttingen von Dezember 2020 bis März 2021 für die Veranlagungsjahre 2015 bis einschließlich 2018 für die Umsatz-, Körperschaft- und Gewerbesteuer durch. Über die im Bericht vom 5. Mai 2021 getroffenen Prüfungsfeststellungen wurde Übereinstimmung erzielt. Die Steuerbescheide sind eingegangen.
Lohnsteueraußenprüfung	Die letzte Lohnsteueraußenprüfung führte das Finanzamt Hameln vom 29. Januar 2024 bis 31. Januar 2024 durch. Der Prüfungszeitraum umfasste die Kalenderjahre 2020 bis 2022. Die unwesentliche Nachzahlung ist im Jahresabschluss 2023 berücksichtigt.

III. Vorjahresabschluss

Nach der Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2022 und des Lageberichtes für das Wirtschaftsjahr 2022 durch den Verbandsausschuss am 13. November 2023 hat die Verbandsversammlung den Jahresabschluss und den Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2022 am 19. Dezember 2023 festgestellt. Der Jahresüberschuss war auf neue Rechnung vorzutragen. Der Geschäftsführung und dem Verbandsausschuss wurde Entlastung erteilt.

Der Jahresabschluss wurde am 24. Januar 2024 im Amtsblatt des Landkreises Hildesheim bekannt gemacht. Er lag im Anschluss an die Veröffentlichung in den Geschäftsräumen des Verbandes zur Einsichtnahme aus.

IV. Beteiligungen

Die unter den Finanzanlagen ausgewiesenen Beteiligungen entfallen auf die Photovoltaik-Park Heinde/Lechstedt Verwaltungs GmbH, Bad Salzdetfurth, sowie die Photovoltaik-Park Heinde/Lechstedt GmbH & Co. KG, Bad Salzdetfurth.

Am Stammkapital (T€ 25) der Verwaltungs GmbH ist der ZAH mit 25 % beteiligt. Die Gesellschaft schließt das Geschäftsjahr 2022 mit einem Jahresüberschuss von T€ 1 (Vorjahr T€ 1).

An der Photovoltaik-Park Heinde/Lechstedt GmbH & Co. KG besteht eine Kommanditeinlage von T€ 200. Dies entspricht einer Beteiligung von 15,6 %. Die Gesellschaft schließt das Geschäftsjahr 2022 mit einem Jahresüberschuss von T€ 68 (Vorjahr Jahresüberschuss T€ 219). Der auf den ZAH entfallende Gewinnanteil beträgt T€ 11 (Vorjahr Gewinnanteil T€ 34).

V. Versicherungsschutz

Der Versicherungsschutz umfasst u.a. Feuer-, Einbruchdiebstahl-, Wasser-, Elementar-, Schlüssel- und Elektronikversicherungen, die D&O-Versicherung sowie die Umlagen für die Kraftfahrzeug-, Unfall- und Haftpflichtversicherung. Darüber hinaus hat der ZAH zur Risikoeindämmung eine Cyberversicherung abgeschlossen. Eine Übersicht über Art und Umfang der Versicherungen liegt vor.

VI. Datenschutz und IT-Sicherheit

Der ZAH hat im Wirtschaftsjahr 2015 einen externen Datenschutzbeauftragten mit der Erstellung der Verfahrensdokumentation beauftragt.

Den möglichen Risiken aus der eingerichteten IT-Struktur bzw. aus der genutzten Soft- und Hardware, die insbesondere durch unzureichende Schutzmaßnahmen gegen unerlaubte Datennutzung durch Dritte, Virenschutz, Datenverlust oder durch veraltete Anlagen entstehen können, begegnet der ZAH durch das eingeführte Datenschutzmanagement. Im Wirtschaftsjahr 2023 wurden verschiedene Maßnahmen durchgeführt, um das Datenschutzniveau an die im Mai 2018 in Kraft getretene Europäische Datenschutz-Grundverordnung und an das neue Bundesdatenschutzgesetz anzupassen und weiter zu verbessern. Nach dem Jahresbericht 2023 des extern beauftragten Datenschutzbeauftragten wurden Verstöße gegen den Datenschutz nicht festgestellt. Auch gab es keine besonderen Risiken des Datenschutzes, die Einschränkungen für das informationelle Selbstbestimmungsrecht oder anknüpfende Persönlichkeitsrechte der Betroffenen bedeutet haben.

VII. Wichtige Verträge und Vereinbarungen

1. Verträge und Vereinbarungen mit dem Landkreis Hildesheim

Verlängerung des Untermietvertrages ab 1. Januar 2013 für die Nutzung von Teilen der „Feuerwehrtechnischen Zentrale“ (kurz: FTZ) mit dem **Landkreis Hildesheim.** Der Vertrag hat eine Laufzeit von 20 Jahren (bis 1. Januar 2033) und kann 24 Monate vor Ablauf gekündigt werden.

2. Weitere Verträge des ZAH

- Seit 2018 wird der Restabfall nach der europaweiten Ausschreibung in 2016 in der thermischen Restabfallbehandlungsanlage der **Enertec GmbH, Hameln**, verwertet. Der Vertrag hat eine Laufzeit bis zum 28. Februar 2025.
- Vertrag mit der **PreZero Service Mitte GmbH & Co. KG, Hannover**, über die Annahme und stoffliche und thermische Verwertung von Baustellenabfall des vom ZAH erfassten Baustellenabfalls aus dem Gebiet der Stadt und des Landkreises Hildesheim. Der Vertrag hat eine Laufzeit bis 30. Juni 2024.
- Vertrag mit der **PreZero Service Mitte GmbH & Co. KG, Hannover**, über die Annahme, Sortierung und Verwertung des Sperrmülls aus dem Gebiet der Stadt und des Landkreises Hildesheim. Der Vertrag hat eine Laufzeit bis zum 28. Februar 2025.

- Vertrag mit der **Tönsmeier Entsorgung Niedersachsen GmbH & Co. KG Bietergemeinschaft Bioenergiezentrum Hildesheim, Hildesheim**, über die Annahme und Behandlung des Bioabfalls. Der Vertrag trat am 1. Januar 2018 in Kraft und hat eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2024.

- Vereinbarungen mit der **Remondis GmbH & Co. KG, Kiel**, über die Erbringung von Logistikleistungen (Einsammlung von LVP) für die Stadt und den Landkreis Hildesheim. Remondis hat im Rahmen des Vergabeverfahrens der Duales System Deutschland AG, Köln, (DSD) den Auftrag erhalten, die Entsorgung von Leichtverpackungen für die Stadt und den Landkreis Hildesheim zu übernehmen und hat als Subunternehmer den ZAH mit der Erfassung und Anlieferung der Mengen an Leichtverpackungen sowie der Verteilung der notwendigen Säcke beauftragt. Dieser Vertrag hatte eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2019. Auch für den Zeitraum vom 1. Januar 2020 bis zum 31. Dezember 2022 war der ZAH weiterhin mit der Einsammlung beauftragt. An der Ausschreibung für die Jahre 2023 bis 2025 hat sich Remondis und der ZAH beteiligt und den Zuschlag für das Gebiet des Landkreises Hildesheim erhalten. Den Zuschlag für das Gebiet der Stadt Hildesheim hat **RMG Rohstoffmanagement GmbH, Hannover** erhalten. Der ZAH ist im Gebiet der Stadt Hildesheim mit der Leerung der gelben Tonnen ab 1. Januar 2023 beauftragt.

- Mit der **Avacon AG, Helmsted**t, hat der Verband am 7. November 1997/24. November 1997 einen Deponiegasliefer- und -verwertungsvertrag sowie einen Dienstleistungsvertrag abgeschlossen. Der Deponiegasliefer- und -verwertungsvertrag trat mit Unterzeichnung in Kraft und endet zu dem Zeitpunkt, an dem die Vertragspartner Einvernehmen darüber erzielen, dass eine wirtschaftliche Gasnutzung über den installierten Gasmotor nicht mehr möglich ist. Im Zuge des Einbaus eines neuen BHKW mit verbesserter Effizienz wurde mit der **Avacon Natur GmbH, Sarstedt**, im November 2017 ein neuer Dienstleistungs- und Pachtvertrag geschlossen. Der Vertrag ist im April 2023 ausgelaufen. Der ZAH hat das BHKW von Avacon Natur GmbH, Sarstedt, käuflich erworben.

- Vertrag mit der **Lammetal-Werkstätten Lamspringe GmbH, Lamspringe**, über die Errichtung und den Betrieb eines Wertstoffhofes im Rahmen des "Modellversuchs Wertstoffhof" im Zweckverbandsgebiet vom 29. Juni 1995. Der Vertrag trat am 22. November 1995 in Kraft. Gemäß dem 1. Nachtragsvertrag vom 1. Februar 1998 verlängerte sich der Vertrag bisher um jeweils ein weiteres Jahr, da er nicht sechs Monate vor Ablauf des Kalenderjahres gekündigt wurde.

- Für den Wertstoffhof Sarstedt wurde am 9. Juni 1995 ein Pachtvertrag zwischen der **Stadt Sarstedt** und dem ZAH geschlossen. Der Vertrag verlängert sich stillschweigend um ein Jahr, wenn er nicht bis zum 1. Juli eines Pachtjahres schriftlich gekündigt wird.

- Für den Wertstoffhof Alfeld hat der Verband eine Teilfläche eines Grundstückes von der **Firma von Koss GmbH & Co. KG, Alfeld**, gepachtet. Der Pachtvertrag vom 30. September 1998 trat zum 1. Oktober 1998 in Kraft und hatte zunächst eine Laufzeit von einem Jahr. Durch Beschluss des Verbandsausschusses vom 10. Juli 2000 wurde das Betreiben des Wertstoffhofes zur Dauereinrichtung erklärt. Der Insolvenzverwalter der Firma **Koss GmbH & Co. KG** hat das Grundstück an die **Erich Wurzel GmbH & Co. KG, Elze**, veräußert. Der Pachtvertrag wurde ebenfalls übernommen, allerdings wurde der Erich Wurzel GmbH & Co. KG ein einmaliges Sonderkündigungsrecht zum 31. Dezember 2009 eingeräumt, welches nicht genutzt wurde.

- Im Jahr 2003 wurden mit der **Stadt Elze** Verhandlungen über die Errichtung eines Wertstoffhofes aufgenommen. Seine Inbetriebnahme erfolgte im Juni 2005. Mit Wirkung zum 1. Januar 2006 wurde mit der Stadt Elze ein Pachtvertrag mit einer Laufzeit von einem Jahr geschlossen. Er verlängerte sich bisher jeweils um ein weiteres Jahr, da er nicht bis zum 1. Januar eines jeden Pachtjahres gekündigt wurde.

- Vertrag mit der **R.S.W Media, Hildesheim**, über die planmäßige Vermarktung von Werbeflächen an den Entsorgungsfahrzeugen des Verbandes. Der Vertrag trat zum 1. Oktober 1999 in Kraft und hatte eine Laufzeit von zwei Jahren. Er verlängerte sich bisher jeweils um zwei Jahre, da er nicht ein Jahr vor Ablauf gekündigt wurde.

- Vereinbarung mit der **Stadtentwässerung Hildesheim (SEHi)** ab dem 1. Juli 2015 zum Betrieb eines gemeinsamen Bürgerbüros in Hildesheim. Die Laufzeit ist gekoppelt mit dem Gewerberaummietvertrag zwischen der Sparkasse Hildesheim und der SEHi: Laufzeit ab 1. Juli 2015, Dauer fünf Jahre bis zum 30. Juni 2020. Dem Mieter wird eine Verlängerungsoption von zweimal fünf Jahren eingeräumt mit einer Anmeldefrist von 12 Monaten. Auch die Kündigungsfrist beträgt 12 Monate. Von der ersten Verlängerungsoption wurde Gebrauch gemacht.

- Mit **Bettina Brüggmann, Bürodienstleistungen, Groß Düngen,** wurde am 15. Januar 2002 ein Vertrag zur Überprüfung, Eingabe und Kontrolle der Finanzbuchhaltung (einschließlich Anlagen-, Debitoren- und Kreditorenbuchhaltung) abgeschlossen. Beide Parteien sind berechtigt, den Vertrag zum Quartalsende mit einer achtwöchigen Frist zu kündigen.

- Zur Sicherstellung der Betriebsbereitschaft der elektrotechnischen Anlagen hat der ZAH mit der **Firma Elektro Sander, Heinde,** am 5. August 1997 eine Vereinbarung abgeschlossen. Aufgrund der Komplexität aller Anlagenteile der verschiedenen Einrichtungen des ZAH sind ein umfassendes Wissen und eine schnelle Verfügbarkeit erforderlich, um mögliche Umweltschäden zu verhindern. Der Vertrag läuft unbefristet und kann mit einer Frist von einem Monat gekündigt werden.

- In den Bereichen der IT-**Datensicherung und -pflege** sowie für die **Archivierung** bestehen diverse Dienstleistungs- sowie Wartungsverträge.

Im Übrigen wurden laut Auskunft weitere Verträge von wesentlicher Bedeutung weder neu abgeschlossen noch geändert, gekündigt oder vertragsgemäß beendet. Auch standen Verträge, die über den Rahmen der laufenden Betriebsführung hinausgehen, nicht kurz vor einem Abschluss oder Auslaufen.

VIII. Prüfungen anderer Stellen

Die Prüfung von Auftragsvergaben nach VgV werden durch das **RPA** der **Stadt Hildesheim** und die Prüfungen nach VOB durch das **RPA** des **Landkreises Hildesheim** durchgeführt.

Allgemeine Auftragsbedingungen

für
Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

vom 1. Januar 2024

1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für Verträge zwischen Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im Nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer" genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Steuerberatung, Beratungen in wirtschaftlichen Angelegenheiten und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich in Textform vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Dritte können nur dann Ansprüche aus dem Vertrag zwischen Wirtschaftsprüfer und Auftraggeber herleiten, wenn dies vereinbart ist oder sich aus zwingenden gesetzlichen Regelungen ergibt. Im Hinblick auf solche Ansprüche gelten diese Auftragsbedingungen auch diesen Dritten gegenüber. Einreden und Einwendungen aus dem Vertragsverhältnis mit dem Auftraggeber stehen dem Wirtschaftsprüfer auch gegenüber Dritten zu.

2. Umfang und Ausführung des Auftrags

(1) Gegenstand des Auftrags ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer übernimmt im Zusammenhang mit seinen Leistungen keine Aufgaben der Geschäftsführung. Der Wirtschaftsprüfer ist für die Nutzung oder Umsetzung der Ergebnisse seiner Leistungen nicht verantwortlich. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrags sachverständiger Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen Vereinbarung in Textform.

(3) Ändert sich die Sach- oder Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen.

3. Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Wirtschaftsprüfer alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen und weiteren Informationen rechtzeitig übermittelt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen und weiteren Informationen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden. Der Auftraggeber wird dem Wirtschaftsprüfer geeignete Auskunftspersonen benennen.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der weiteren Informationen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten Erklärung in gesetzlicher Schriftform oder einer sonstigen vom Wirtschaftsprüfer bestimmten Form zu bestätigen.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährdet. Dies gilt für die Dauer des Auftragsverhältnisses insbesondere für Angebote auf Anstellung oder Übernahme von Organfunktionen und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Sollte die Durchführung des Auftrags die Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers, die der mit ihm verbundenen Unternehmen, seiner Netzwerkunternehmen oder solcher mit ihm assoziierten Unternehmen, auf die die Unabhängigkeitsvorschriften in gleicher Weise Anwendung finden wie auf den Wirtschaftsprüfer, in anderen Auftragsverhältnissen beeinträchtigen, ist der Wirtschaftsprüfer zur außerordentlichen Kündigung des Auftrags berechtigt.

5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Soweit der Wirtschaftsprüfer Ergebnisse im Rahmen der Bearbeitung des Auftrags in gesetzlicher Schriftform oder Textform darzustellen hat, ist allein diese Darstellung maßgebend. Entwürfe solcher Darstellungen sind unverbindlich. Sofern nicht anders gesetzlich vorgesehen oder vertraglich vereinbart, sind mündliche Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers nur dann verbindlich, wenn sie in Textform bestätigt werden. Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrags sind stets unverbindlich.

6. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Arbeitsergebnisse oder Auszüge von Arbeitsergebnissen – sei es im Entwurf oder in der Endfassung) oder die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber an einen Dritten bedarf der in Textform erteilten Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, es sei denn, der Auftraggeber ist zur Weitergabe oder Information aufgrund eines Gesetzes oder einer behördlichen Anordnung verpflichtet.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers und die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber zu Werbezwecken durch den Auftraggeber sind unzulässig.

7. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlagen, Unterlassen bzw. unberechtigter Verweigerung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung kann er die Vergütung mindern oder vom Vertrag zurücktreten; ist der Auftrag nicht von einem Verbraucher erteilt worden, so kann der Auftraggeber wegen eines Mangels nur dann vom Vertrag zurücktreten, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens, Unterlassung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Ein Nacherfüllungsanspruch aus Abs. 1 muss vom Auftraggeber unverzüglich in Textform geltend gemacht werden. Nacherfüllungsansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z.B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse infrage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

8. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze (§ 323 Abs. 1 HGB, § 43 WPO, § 203 StGB) verpflichtet, über Tatsachen und Umstände, die ihm bei seiner Berufstätigkeit anvertraut oder bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer wird bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten die nationalen und europarechtlichen Regelungen zum Datenschutz beachten.

9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Leistungen des Wirtschaftsprüfers, insbesondere Prüfungen, gelten die jeweils anzuwendenden gesetzlichen Haftungsbeschränkungen, insbesondere die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Sofern weder eine gesetzliche Haftungsbeschränkung Anwendung findet noch eine einzelvertragliche Haftungsbeschränkung besteht, ist der Anspruch des Auftraggebers aus dem zwischen ihm und dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis auf Ersatz eines fahrlässig verursachten Schadens, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit sowie von Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen, gemäß § 54a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt. Gleiches gilt für Ansprüche, die Dritte aus oder im Zusammenhang mit dem Vertragsverhältnis gegenüber dem Wirtschaftsprüfer geltend machen.

Alle Rechte vorbehalten. Ohne Genehmigung des Verlages ist es nicht gestattet, die Vordrucke ganz oder teilweise nachzudrucken bzw. auf fotomechanischem oder elektronischem Wege zu vervielfältigen und/oder zu verbreiten.
© IDW Verlag GmbH · Tersteegenstraße 14 · 40474 Düsseldorf. 50341/1

Lizenziert für/Licensed to: PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft |4319723

(3) Leiten mehrere Anspruchsteller aus dem mit dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis Ansprüche aus einer fahrlässigen Pflichtverletzung des Wirtschaftsprüfers her, gilt der in Abs. 2 genannte Höchstbetrag für die betreffenden Ansprüche aller Anspruchsteller insgesamt.

(4) Der Höchstbetrag nach Abs. 2 bezieht sich auf einen einzelnen Schadensfall. Ein einzelner Schadensfall ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden.

(5) Ein Schadensersatzanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von sechs Monaten nach der in Textform erklärten Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde. Dies gilt nicht für Schadensersatzansprüche, die auf vorsätzliches Verhalten zurückzuführen sind, sowie bei einer schuldhaften Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie bei Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen. Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt.

(6) § 323 HGB bleibt von den Regelungen in Abs. 2 bis 5 unberührt.

10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Ändert der Auftraggeber nachträglich den durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschluss oder Lagebericht, darf er diesen Bestätigungsvermerk nicht weiterverwenden.

Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit in gesetzlicher Schriftform erteilter Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsausfertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte wesentliche Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfasst nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, dass der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Fall hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, dass dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen Vereinbarung in Textform umfasst die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

a) Ausarbeitung und elektronische Übermittlung der Jahressteuererklärungen, einschließlich E-Bilanzen, für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger für die Besteuerung erforderlichen Aufstellungen und Nachweise
b) Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern
c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden
d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern
e) Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger Vereinbarungen in Textform die unter Abs. 3 Buchst. d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Sofern der Wirtschaftsprüfer auch Steuerberater ist und die Steuerberatervergütungsverordnung für die Bemessung der Vergütung anzuwenden ist, kann eine höhere oder niedrigere als die gesetzliche Vergütung in Textform vereinbart werden.

(6) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer und Einheitsbewertung sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrags. Dies gilt auch für

a) die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z.B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer und Grunderwerbsteuer,
b) die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen,
c) die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlungen, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen und
d) die Unterstützung bei der Erfüllung von Anzeige- und Dokumentationspflichten.

(7) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzugs wird nicht übernommen.

12. Elektronische Kommunikation

Die Kommunikation zwischen dem Wirtschaftsprüfer und dem Auftraggeber kann auch per E-Mail erfolgen. Soweit der Auftraggeber eine Kommunikation per E-Mail nicht wünscht oder besondere Sicherheitsanforderungen stellt, wie etwa die Verschlüsselung von E-Mails, wird der Auftraggeber den Wirtschaftsprüfer entsprechend in Textform informieren.

13. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Ist der Auftraggeber kein Verbraucher, so ist eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

14. Streitschlichtungen

Der Wirtschaftsprüfer ist nicht bereit, an Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle im Sinne des § 2 des Verbraucherstreitbeilegungsgesetzes teilzunehmen.

15. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.

2000006182550

Lizenziert für/Licensed to: PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft |4319723

Bericht

über die Prüfung

des Jahresabschluss

zum

31. Dezember 2022

der

Klimaschutzagentur Landkreis Hildesheim gGmbH

Marie-Wagenknecht-Straße 3
31134 Hildesheim

KRAUSE & KOLLEGEN
Wirtschaftsprüfer · Steuerberater

Maybachstraße 4 · 31135 Hildesheim · Telefon +49 5121 17880 · www.krause-kollegen.com

Inhaltsverzeichnis

1. Prüfungsauftrag 1
2. Grundsätzliche Feststellungen 2
2.1 Stellungnahme zur Lagebeurteilung durch die Geschäftsführung 2
2.2 Feststellungen gemäß § 321 Abs. 1 Satz 3 HGB 3
2.2.1 Entwicklungsbeeinträchtigende oder bestandsgefährdende Tatsachen 3
2.2.2 Beachtung von Vorschriften zur Rechnungslegung 3
2.2.3 Beachtung von sonstigen gesetzlichen und gesellschaftsvertraglichen Regelungen 3
3. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung 5
3.1 Gegenstand der Prüfung 5
3.2 Art und Umfang der Prüfungsdurchführung 5
4. Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung 7
4.1 Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung 7
4.1.1 Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen 7
4.1.2 Jahresabschluss 7
4.1.3 Lagebericht 8
4.2 Gesamtaussage des Jahresabschlusses 8
4.2.1 Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses 8
4.2.2 Änderungen in den Bewertungsgrundlagen 8
4.2.3 Sachverhaltsgestaltende Maßnahmen 8
4.3 Vermögens-, Finanz- und Ertragslage 9
4.3.1 Vermögenslage und Kapitalstruktur 9
4.3.2 Ertragslage 10
5. Feststellungen gemäß § 53 HGrG 11
6. Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers 12
Anlagen
Bilanz zum 31. Dezember 2022
Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01.01.2022 bis 31.12.2022
Anhang
Lagebericht
Feststellungen im Rahmen der Prüfung nach § 53 HGrG
Rechtliche Verhältnisse und wirtschaftliche Grundlagen
Steuerliche Verhältnisse
Umfassendere Aufgliederung und Erläuterung der Posten des Jahresabschlusses
Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

1. Prüfungsauftrag

Auftragsgemäß haben wir zusätzlich einen Erläuterungsteil erstellt, der diesem Bericht als Anlage beigefügt ist. Der Erläuterungsteil enthält Aufgliederungen und Hinweise zu den einzelnen Posten des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2022 unter Angabe der jeweiligen Vorjahreszahlen.

Bei unserer Prüfung haben wir auftragsgemäß auch die Vorschriften des § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HGrG beachtet. Wir verweisen auf unsere Berichterstattung in Abschnitt 5.

Die Gesellschaft erfüllt zum 31. Dezember 2022 die Merkmale einer Kleinstkapitalgesellschaft im Sinne des § 267a Abs. 1 HGB. Gleichwohl ist die Gesellschaft aufgrund der Vorschriften der §§ 157 und 158 NKomVG, der §§ 29 bis 32 EigBetrVO Nds. in Verbindung mit § 16 des Gesellschaftsvertrags zur Durchführung einer Prüfung des Jahresabschlusses, des Lageberichts und der Buchführung verpflichtet.

Wir bestätigen gemäß § 321 Abs. 4a HGB, dass wir bei unserer Abschlussprüfung die anwendbaren Vorschriften zur Unabhängigkeit beachtet haben. Dem uns erteilten Prüfungsauftrag standen keine Ausschlussgründe nach §§ 319, 319a, 319b HGB, §§ 49 und 53 WPO sowie §§ 20 ff. unserer Berufssatzung entgegen.

Wir haben die Prüfung (mit Unterbrechungen) in den Monaten Oktober bis Dezember 2023 in unserem Büro in Hildesheim durchgeführt. Alle von uns erbetenen Aufklärungen und Nachweise wurden erteilt. Die Geschäftsführung hat uns die Vollständigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts schriftlich bestätigt.

Unserem Bericht haben wir den geprüften Jahresabschluss 2022, bestehend aus Bilanz (Anlage 1), Gewinn- und Verlustrechnung (Anlage 3) und Anhang (Anlage 4), sowie den geprüften Lagebericht 2022 (Anlage 5) und eine Aufstellung der rechtlichen und steuerlichen Verhältnisse (Anlage 6) beigefügt.

Wir haben diesen Prüfungsbericht nach dem Prüfungsstandard "Grundsätze ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen" des Instituts der Wirtschaftsprüfer e.V., Düsseldorf, (IDW) erstellt.

Unserem Auftrag liegen die als Anlage 10 beigefügten Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften in der Fassung vom 1. Januar 2017 zu Grunde. Die Höhe unserer Haftung bestimmt sich nach § 323 Abs. 2 HGB. Im Verhältnis zu Dritten sind Nr. 1 Abs. 2 und Nr. 9 der Allgemeinen Auftragsbedingungen maßgebend.

2. Grundsätzliche Feststellungen

2.1 Stellungnahme zur Lagebeurteilung durch die Geschäftsführung

Gemäß § 321 Abs. 1 Satz 2 HGB nehmen wir nachfolgend zur Darstellung und Beurteilung der Lage des Unternehmens im Jahresabschluss und im Lagebericht durch die Geschäftsführung Stellung.

Unsere Stellungnahme geben wir auf Grund eigener Beurteilung der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens ab, die wir im Rahmen der Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts gewonnen haben. Hierzu gehören vertiefende Erläuterungen und die Angabe von Ursachen zu den einzelnen Entwicklungen sowie eine kritische Würdigung der zu Grunde gelegten Annahmen, nicht aber eigene Prognoserechnungen. Unsere Berichtspflicht besteht, soweit uns die geprüften Unterlagen eine Beurteilung erlauben.

Aus dem Jahresabschluss und dem Lagebericht der Geschäftsführung sowie den sonstigen geprüften Unterlagen heben wir folgende Aspekte hervor, die zur Beurteilung der wirtschaftlichen Lage der Gesellschaft von besonderer Bedeutung sind:

Die Gesellschaft unterliegt aufgrund ihrer grundsätzlichen Ausrichtung und der gesellschaftsvertraglichen Finanzierungsbasis nur geringen Risiken.

Aufgrund ihrer Aufgabenstellung ist die Gesellschaft nicht gewinnorientiert.

Die Gesellschaft wird ihre Rolle als Initiator und Koordinator bei der Umsetzung der Klimaschutzaktivitäten im Landkreis Hildesheim weiter ausbauen.

Wir sind zu der Einschätzung gelangt, dass die Darstellung und Beurteilung der Lage des Unternehmens durch die Geschäftsführung im Jahresabschluss und im Lagebericht zutreffend sind. Die Darstellung der zukünftigen Entwicklung der Gesellschaft, insbesondere hinsichtlich des Fortbestands sowie der Chancen und Risiken, halten wir insgesamt für plausibel.

2.2 Feststellungen gemäß § 321 Abs. 1 Satz 3 HGB

2.2.1 Entwicklungsbeeinträchtigende oder bestandsgefährdende Tatsachen

Nach § 321 Abs. 1 Satz 3 HGB haben wir als Abschlussprüfer über bei Durchführung der Abschlussprüfung festgestellte Tatsachen zu berichten, welche die Entwicklung des geprüften Unternehmens wesentlich beeinträchtigen oder seinen Bestand gefährden können.

Im Rahmen unserer Abschlussprüfung haben wir keine derartigen Tatsachen festgestellt.

2.2.2 Beachtung von Vorschriften zur Rechnungslegung

Die gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft tragen für die in der Rechnungslegung der Klimaschutzagentur Landkreis Hildesheim gGmbH enthaltenen Aussagen und die uns als Abschlussprüfer gemachten Angaben die Verantwortung. Unsere Aufgabe als Abschlussprüfer ist es, die Aussagen in der Rechnungslegung sowie die vorgelegten Unterlagen unter Einbeziehung der Buchführung und die gemachten Angaben im Rahmen unserer pflichtgemäßen Prüfung zu beurteilen.

Unter gesetzlichen Vorschriften i.S.d. § 321 Abs. 1 Satz 3 HGB sind die für die Aufstellung des Jahresabschlusses oder Lageberichts geltenden Rechnungslegungsgrundsätze i.S.d. § 317 Abs. 1 Satz 2 HGB zu verstehen. Zu den Rechnungslegungsgrundsätzen gehören alle für die Rechnungslegung geltenden Vorschriften einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und ggf. einschlägiger Normen des Gesellschaftsvertrags.

Die Prüfung ist unter Beachtung der einschlägigen gesetzlichen Vorschriften, insbesondere der §§ 157, 158 NKomVG, des § 29 EigBetrVO Nds. sowie der §§ 316 ff. HGB und der vom IDW festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung erfolgt. Die Prüfungshandlungen sind, soweit sie nicht im Prüfungsbericht dargestellt sind, in unseren Arbeitspapieren nach Art, Umfang und Ergebnis festgehalten.

Im Rahmen unserer Prüfung sind uns keine Tatsachen bekannt geworden, die gegen die Einhaltung dieser gesetzlichen Vorschriften und Rechnungslegungsgrundsätze sprechen.

2.2.3 Beachtung von sonstigen gesetzlichen und gesellschaftsvertraglichen Regelungen

Die Prüfung der Einhaltung anderer gesetzlicher und gesellschaftsvertraglicher Regelungen gehört nur insoweit zu den Aufgaben unserer Abschlussprüfung, als sich aus diesen Vorschriften üblicherweise Rückwirkungen auf den geprüften Jahresabschluss ergeben oder als die Nichtbeachtung solcher Regelungen erfahrungsgemäß Risiken zur Folge haben kann, denen im Lagebericht Rechnung zu tragen ist.

Im Rahmen unserer Abschlussprüfung sind uns keine Tatsachen bekannt geworden, die gegen die Einhaltung entsprechender Regelungen sprechen.

Unsere Abschlussprüfung erstreckt sich darüber hinaus nicht auf Feststellungen, ob vom geprüften Unternehmen alle Vorschriften beispielsweise des Steuerrechts, des Sozialversicherungs- und Arbeitsrechts, des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen sowie Preisvorschriften, Vorschriften des Außenwirtschaftsrechts, Verbraucherschutzbestimmungen, Umweltschutzbestimmungen und dergleichen eingehalten worden sind.

3. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung

3.1 Gegenstand der Prüfung

Die Verantwortung für die Rechnungslegung und die gegenüber uns als Abschlussprüfer gemachten Angaben trägt die Geschäftsführung. Unsere Aufgabe als Abschlussprüfer ist es, diese Unterlagen unter Einbeziehung der Buchführung und die gemachten Angaben im Rahmen unserer pflichtgemäßen Prüfung zu beurteilen.

Die Prüfung der Einhaltung anderer gesetzlicher Vorschriften gehört nur insoweit zu den Aufgaben unserer Abschlussprüfung, als sich aus diesen anderen Vorschriften üblicherweise Rückwirkungen auf den nach deutschen Rechnungslegungsvorschriften aufgestellten Jahresabschluss oder auf den Lagebericht ergeben.

Bei der Prüfung beachteten wir auftragsgemäß die Vorschriften des § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG), die "Grundsätze für die Prüfung von Unternehmen nach § 53 HGrG" (Anlage zur VV zu § 68 LHO) sowie die landesrechtlichen Vorschriften, insbesondere die §§ 157, 158 NkomVG und § 29 EigBetrVO Nds.

3.2 Art und Umfang der Prüfungsdurchführung

Art und Umfang der beim vorliegenden Auftrag erforderlichen Prüfungshandlungen haben wir im Rahmen unserer Eigenverantwortlichkeit nach pflichtgemäßem Ermessen bestimmt, das durch gesetzliche Regelungen und Verordnungen, IDW Prüfungsstandards sowie ggf. erweiternde Bedingungen für den Auftrag und die jeweiligen Berichtspflichten begrenzt wird.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 316 ff. HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Durchführung von Abschlussprüfungen vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden kann, ob die Buchführung, der Jahresabschluss und der Lagebericht frei von wesentlichen Mängeln sind. Im Rahmen der Prüfung werden Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungs-, Bewertungs- und Gliederungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der Geschäftsführung sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unser Prüfungsurteil bildet.

Die Prüfung der Einhaltung anderer gesetzlicher Vorschriften gehörte nur insoweit zu den Aufgaben unserer Abschlussprüfung, als sich aus diesen Vorschriften üblicherweise Rückwirkungen auf den Jahresabschluss ergeben. Die Aufdeckung und Aufklärung strafrechtlicher Tatbestände, wie z.B. Unterschlagungen, sowie die Feststellung außerhalb der Rechnungslegung begangener Ordnungswidrigkeiten waren nicht Gegenstand unserer Abschlussprüfung.

Die nachfolgende Darstellung und Beschreibung von Prüfungsumfang und Prüfungsvorgehen ist so angelegt, dass es dem Aufsichtsgremium möglich ist, daraus Konsequenzen für die eigene Überwachungsaufgabe zu ziehen.

Ausgangspunkt unserer Prüfung war der von uns geprüfte und mit uneingeschränktem Bestätigungsvermerk versehene Vorjahresabschluss. Er wurde am 06.03.2023 festgestellt.

Im Rahmen der Prüfungsplanung haben wir uns einen Überblick über die Geschäftstätigkeit, das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie deren Rechnungswesen verschafft und eine analytische Durchsicht des Jahresabschlusses vorgenommen sowie den Gesellschaftsvertrag und Gesellschafterbeschlüsse eingesehen. Die Prüfungsstrategie wurde von uns nach den hierbei gewonnenen Erkenntnissen unter Beachtung der internen Kontrollsituation der Gesellschaft festgelegt. Das interne Kontrollsystem der Gesellschaft haben wir untersucht, soweit es für eine ordnungsgemäße Rechnungslegung von Bedeutung ist. Das interne Kontrollsystem in seiner Gesamtheit war nicht Gegenstand unserer Abschlussprüfung.

Gegenstand unserer Prüfung waren auch die zukunftsbezogenen Angaben im Lagebericht.

Von der zutreffenden Bilanzierung der Forderungen und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen haben wir uns durch Stichproben überzeugt.

Bankbestätigungen wurden von Kreditinstituten eingeholt. Rechtsanwaltsbestätigungen über schwebende Rechtsstreitigkeiten wurden erbeten, sofern derartige Vorgänge vorlagen.

Alle von uns erbetenen, nach pflichtgemäßen Ermessen zur ordnungsmäßigen Durchführung der Prüfung von den gesetzlichen Vertretern benötigten Aufklärungen und Nachweise wurden erbracht. Die Geschäftsführung hat uns die Vollständigkeit der Buchführung, des Jahresabschlusses und des Lageberichts in einer von uns eingeholten Vollständigkeitserklärung schriftlich bestätigt.

4. Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung

4.1 Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung

4.1.1 Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen

Die Verfahrensabläufe in der Buchführung haben im Berichtsjahr keine nennenswerten organisatorischen Änderungen erfahren.

Die Aufzeichnungen der Geschäftsvorfälle der Gesellschaft sind nach unseren Feststellungen vollständig, fortlaufend und zeitgerecht. Der Kontenplan ermöglicht eine klare und übersichtliche Ordnung des Buchungsstoffes mit einer für die Belange der Gesellschaft ausreichenden Gliederungstiefe. Soweit im Rahmen unserer Prüfung Buchungsbelege eingesehen wurden, enthalten diese alle zur ordnungsgemäßen Dokumentation erforderlichen Angaben. Die Belegablage ist geordnet, sodass der Zugriff auf die Belege unmittelbar anhand der Angaben in den Konten möglich ist. Die Buchführung entspricht somit für das gesamte Geschäftsjahr den gesetzlichen Anforderungen.

Die Buchführung wird IT-gestützt unter Verwendung von Haufe Lexware durch die Wirtschafts- und Tourismusfördergesellschaft Landkreis Peine mbH durchgeführt. Die Sicherheit der für die Zwecke der IT-gestützten Rechnungslegung verarbeiteten Daten ist gewährleistet.

4.1.2 Jahresabschluss

In dem uns zur Prüfung vorgelegten, nach deutschen Rechnungslegungsvorschriften aufgestellten Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022 wurden alle für die Rechnungslegung geltenden gesetzlichen Vorschriften einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und aller größenabhängigen, rechtsformgebundenen oder wirtschaftszweigspezifischen Regelungen sowie die Normen des Gesellschaftsvertrags beachtet.

Wegen einer den Jahresabschluss betreffenden Erweiterung der Abschlussprüfung auf Grund zusätzlicher Beauftragung berichten wir nachstehend auch über das Ergebnis dieser Prüfung.

Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung der Klimaschutzagentur Landkreis Hildesheim gGmbH für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2022 bis zum 31. Dezember 2022 sind nach unseren Feststellungen ordnungsmäßig aus der Buchführung und aus den weiteren geprüften Unterlagen abgeleitet. Die einschlägigen Ansatz-, Ausweis- und Bewertungsvorschriften wurden dabei ebenso beachtet wie der Stetigkeitsgrundsatz des § 252 Abs. 1 Nr. 6 HGB. Die Berichterstattung im Anhang wurde durch die gesetzlichen Vertreter vollständig und im gesetzlich vorgeschriebenen Umfang ausgeführt.

4.1.3 Lagebericht

4.2 Gesamtaussage des Jahresabschlusses

4.2.1 Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses

Wir stellen fest, dass der Jahresabschluss insgesamt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.

Der Lagebericht war in die Gesamtschau der durch die Rechnungslegungsgrundsätze bestimmten Darstellung der wirtschaftlichen Lage nicht einzubeziehen; die von diesen Grundsätzen unabhängigen Darstellungen im Lagebericht konnten daher die erforderlichen Aussagen im Jahresabschluss nicht ersetzen. Unsere Feststellungen zur Prüfung des Lageberichts waren gesondert zu treffen.

4.2.2 Änderungen in den Bewertungsgrundlagen

Grundsätzlich sind nach § 252 Abs. 1 Nr. 6 HGB die gewählten Bewertungsmethoden beizubehalten. Für die gesamte Rechnungslegung einschließlich der Ausübung von Ansatzwahlrechten und der Ausnutzung von Ermessensspielräumen gilt das Willkürverbot.

Nach § 284 Abs. 2 Nr. 3 HGB sind Durchbrechungen der Ansatz- und Bewertungsstetigkeit im Anhang anzugeben, zu begründen und die Auswirkungen zu erläutern.

Der Anhang enthält dazu keine berichtspflichtigen Angaben, da solche Sachverhalte nicht vorlagen.

4.2.3 Sachverhaltsgestaltende Maßnahmen

Berichtspflichtige Tatsachen aus sachverhaltsgestaltenden Maßnahmen mit wesentlichen Auswirkungen auf die Gesamtaussage des Jahresabschlusses lagen nach dem Ergebnis unserer Prüfungshandlungen im Prüfungszeitraum nicht vor.

4.3 Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

4.3.1 Vermögenslage und Kapitalstruktur

Vermögenslage und Kapitalstruktur sowie deren Veränderungen gegenüber dem Vorjahr ergeben sich aus den folgenden Zusammenstellungen der Bilanzzahlen in TEuro für die beiden Abschlussstichtage 31. Dezember 2022 und 31. Dezember 2021.

	Bilanz zum 31.12.2022 TEuro	**%**	**Bilanz zum 31.12.2021 TEuro**	**%**	**Änderung ggü. d. Vorjahr in TEuro**	**%**
AKTIVA						
Sachanlagen	18,3	6,0	9,2	2,9	9,1	98,9
Sonstige Vermögensgegenstände	0,1	0,0	75,9	24,1	-75,8	-99,9
Flüssige Mittel/Wertpapiere	278,9	92,2	225,7	71,8	53,2	23,6
Rechnungsabgrenzungsposten	5,4	1,8	3,5	1,1	1,9	54,3
Summe Aktiva	**302,6**	**100,0**	**314,3**	**100,0**	**-11,7**	-3,7

	Bilanz zum 31.12.2022 TEuro	**%**	**Bilanz zum 31.12.2021 TEuro**	**%**	**Änderung ggü. d. Vorjahr in TEuro**	**%**
PASSIVA						
Eigenkapital	262,3	86,7	282,8	90,0	-20,5	-7,2
Rückstellungen	13,5	4,5	11,0	3,5	2,5	22,7
Lieferverbindlichkeiten	26,7	8,8	20,0	6,4	6,7	33,5
Sonstige Verbindlichkeiten	0,0	0,0	0,6	0,2	-0,6	-100,0
Summe Passiva	**302,6**	**100,0**	**314,3**	**100,0**	**-11,7**	-3,7

4.3.2 Ertragslage

Die aus der Gewinn- und Verlustrechnung abgeleitete Gegenüberstellung der Erfolgsrechnungen der beiden Geschäftsjahre 2022 und 2021 zeigt folgendes Bild der Ertragslage und ihrer Veränderungen:

		01.01. bis 31.12.2022 TEuro	%	01.01. bis 31.12.2021 TEuro	%	Änderung ggü. dem Vorjahr in TEuro	%
	Umsatzerlöse	151,5	100,0	150,0	100,0	1,5	1,0
+	Sonstige betriebliche Erträge	2,6	1,7	0,0	0,0	2,6	0,0
=	Rohergebnis	154,1	101,7	150,0	100,0	4,1	2,7
-	Personalaufwand	7,3	4,8	2,3	1,5	5,0	217,4
-	Abschreibungen	4,2	2,8	12,7	8,5	-8,5	-66,9
-	Sonstige betriebliche Aufwendungen	163,0	107,6	86,9	57,9	76,1	87,6
=	Betriebsergebnis	-20,4	-13,5	48,1	32,1	-68,5	-142,4
=	Jahresergebnis	-20,4	-13,5	48,1	32,1	-68,5	-142,4

5. Feststellungen gemäß § 53 HGrG

Bei unserer Prüfung haben wir auftragsgemäß die Vorschriften des § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HGrG beachtet. Dementsprechend haben wir auch geprüft, ob die Geschäfte ordnungsgemäß, d.h. mit der erforderlichen Sorgfalt und in Übereinstimmung mit den einschlägigen handelsrechtlichen Vorschriften, den Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und der Geschäftsordnung für die Geschäftsführung geführt worden sind.

Die erforderlichen Feststellungen haben wir in diesem Bericht und in der als Anlage beigefügten Prüf- und Erhebungsliste zu den Feststellungen nach § 53 HGrG auf der Grundlage des IDW PS 720 - Fragenkatalogs zur Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG dargestellt. Über diese Feststellungen hinaus hat unsere Prüfung keine Besonderheiten ergeben, die nach unserer Auffassung für die Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung von Bedeutung sind.

6. Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Klimaschutzagentur Landkreis Hildesheim gGmbH

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses

Prüfungsurteil zum Jahresabschluss

Wir haben den Jahresabschluss der Klimaschutzagentur Landkreis Hildesheim gGmbH - bestehend aus der Bilanz zum 31.12.2022 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 01.01.2022 bis zum 31.12.2022 sowie dem Anhang, einschließlich der dort dargestellten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden - geprüft.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 zweiter Halbsatz HGB erklären wir, dass nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften entspricht und unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31.12.2022 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 01.01.2022 bis zum 31.12.2022 vermittelt.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 erster Halbsatz HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses geführt hat.

Grundlage für das Prüfungsurteil zum Jahresabschluss

Wir haben unsere Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses" unseres Vermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und wir haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und angemessen sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen.

Zusätzliche Informationen

Entsprechend § 29 EigBetrVo wurde der Prüfungsgegenstand erweitert. Über Feststellungen nach § 53 HGrG sowie Gewährung von Beihilfen nach Art. 107 AEUV wird berichtet.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsorgans für den Jahresabschluss

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Angaben ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, sofern einschlägig, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit anzugeben sowie dafür, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Angaben ist, und einen Vermerk zu erteilen, der unser Prüfungsurteil zum Jahresabschluss beinhaltet. Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Abschlussprüfung eine wesentliche falsche Angabe stets aufdeckt. Falsche Angaben können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Als Teil einer Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung üben wir während der gesamten Abschlussprüfung pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher - beabsichtigter oder unbeabsichtigter - falscher Angaben im Jahresabschluss, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und angemessen sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Angaben nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Angaben bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Abschlussprüfung relevanten internen Kontrollsystem, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit des internen Kontrollsystems der Gesellschaft abzugeben.

- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.

- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit der Anwendung des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit durch die gesetzlichen Vertreter sowie auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss oder im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Vermerk über die Prüfung des Lageberichts

Prüfungsurteil zum Lagebericht

Wir haben den Lagebericht der Klimaschutzagentur Landkreis Hildesheim gGmbH für das Geschäftsjahr vom 01.01.2022 bis zum 31.12.2022 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht der Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Lageberichts geführt.

Grundlage für das Prüfungsurteil zum Lagebericht

Wir haben unsere Prüfung des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 Abs. 2 HGB und unter Beachtung der vom IDW festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Lageberichtsprüfung durchgeführt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und angemessen sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsorgans für den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen und um angemessene und ausreichende Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Die Gesellschaftrerversammlung ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, und einen Vermerk zu erteilen, der unser Prüfungsurteil zum Lagebericht beinhaltet.

Im Rahmen einer Abschlussprüfung prüfen wir den Lagebericht in Übereinstimmung mit § 317 Abs. 2 HGB unter Beachtung der vom IDW festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Lageberichtsprüfung.

In diesem Zusammenhang heben wir hervor:

- Die Prüfung des Lageberichts ist in die Prüfung des Jahresabschlusses integriert.
- Wir gewinnen ein Verständnis von den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen (Systemen), um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme) abzugeben.
- Wir führen Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis angemessener und ausreichender Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die Vertretbarkeit dieser Annahmen sowie die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen werden.

Wir geben zu den einzelnen Angaben im Lagebericht ebenfalls kein eigenständiges Prüfungsurteil ab, sondern ein Prüfungsurteil zum Lagebericht als Ganzes.

Hildesheim, den 21. Dezember 2023

(Krause)
Wirtschaftsprüfer

Anlagen

BILANZ zum 31. Dezember 2022

Klimaschutzagentur Landkreis Hildesheim gGmbH

AKTIVA

	Euro	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
1. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		3,00	3,00
II. Sachanlagen			
1. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		18.279,00	9.207,00
Summe Anlagevermögen		18.282,00	9.210,00
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. sonstige Vermögensgegenstände		60,00	75.865,43
II. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks		278.866,28	225.716,17
Summe Umlaufvermögen		278.926,28	301.581,60
C. Rechnungsabgrenzungsposten		5.355,00	3.481,00
		302.563,28	**314.272,60**

PASSIVA

	Euro	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital		25.000,00	25.000,00
II. Bilanzgewinn		237.339,10	257.768,99
- davon Gewinnvortrag Euro 257.768,99 (Euro 209.620,76)			
Summe Eigenkapital		262.339,10	282.768,99
B. Rückstellungen			
1. sonstige Rückstellungen		13.500,00	11.000,00
C. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	26.724,18		19.952,99
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 26.724,18 (Euro 19.952,99)			
2. sonstige Verbindlichkeiten	0,00		550,62
- davon aus Steuern Euro 0,00 (Euro 550,62)			
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 0,00 (Euro 550,62)			
		26.724,18	
		302.563,28	**314.272,60**

Klimaschutzagentur Landkreis Hildesheim gGmbH

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG vom 01.01.2022 bis 31.12.2022

	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
1. Umsatzerlöse	151.500,00	150.000,00
2. Gesamtleistung	**151.500,00**	**150.000,00**
3. sonstige betriebliche Erträge		
a) Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	2.000,00	0,00
b) übrige sonstige betriebliche Erträge	552,48	0,00
	2.552,48	0,00
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	5.158,78	2.290,49
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	2.119,44	0,00
	7.278,22	2.290,49
5. Abschreibungen		
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	4.196,39	12.673,93
6. sonstige betriebliche Aufwendungen		
a) Raumkosten	21,90	0,00
b) Versicherungen, Beiträge und Abgaben	6.269,15	5.992,95
c) Fahrzeugkosten	257,84	128,80
d) Werbe- und Reisekosten	40.846,98	3.325,81
e) verschiedene betriebliche Kosten	115.611,89	77.439,79
	163.007,76	86.887,35
7. Ergebnis nach Steuern	**20.429,89-**	**48.148,23**
8. Jahresfehlbetrag	**20.429,89**	**48.148,23-**
9. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	257.768,99	209.620,76
10. Bilanzgewinn	**237.339,10**	**257.768,99**

Anhang

für das Geschäftsjahr 2022

I. Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022 wurde nach den Vorschriften der §§ 242 ff. HGB und § 42 GmbHG aufgestellt. Die Gesellschaft ist nach den Größenklassenkriterien des § 267a Abs. 1 HGB eine Kleinstkapitalgesellschaft, hat aber gemäß § 157 und 158 NVKomG, der §§ 20 bis 24 Eig-BetrVO Nds. i. V. m. § 16 des Gesellschaftsvertrags eine Bilanz, eine Gewinn- und Verlustrechnung, einen Anhang und einen Lagebericht aufzustellen.

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung (§ 52 Abs. 1, Abs. 2 Satz 1 Nr. 1, 8 und 16 AO).

Im Interesse der Klarheit und Übersichtlichkeit werden die gesetzlich vorgeschriebenen Vermerke zu Posten der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung ausschließlich im Anhang geführt.

Für die Gewinn- und Verlustrechnung wird das Gesamtkostenverfahren angewendet.

II. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die sonstigen Rückstellungen werden in Höhe des Erfüllungsbetrages angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist.

Verbindlichkeiten sind zu ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt.

III. Erläuterung zur Bilanz

Die sonstigen Rückstellungen entfallen auf Jahresabschluss- und Prüfungskosten.

Die Verbindlichkeiten haben eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

IV. Sonstige Angaben

Die Gesellschaft firmiert unter Klimaschutzagentur Landkreis Hildesheim gGmbH. Sie hat ihren Sitz in Hildesheim und ist im Handelsregister des Amtsgerichts Hildesheim unter HRB 204502 eingetragen.

Geschäftsführer der Klimaschutzagentur Landkreis Hildesheim gGmbH ist Herr Martin Komander, Northeim.

Der Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2021 wurde am 06.03.2023 festgestellt.

Von der Befreiungsvorschrift des § 286 Abs. 4 HGB über die Angabe der Gesamtbezüge der Mitglieder des Geschäftsführungsorgans wird Gebrauch gemacht.

Hildesheim, den 21. Dezember 2023

Klimaschutzagentur Landkreis Hildesheim gGmbH

(Komander)
Geschäftsführer

Lagebericht

für das Geschäftsjahr 2022

Klimaschutzagentur Landkreis Hildesheim gGmbH

Allgemeines

Seit dem Juni 2019 arbeitet die gemeinnützige Gesellschaft als Klimaschutzagentur Landkreis Hildesheim gGmbH für den Bereich des Landkreises Hildesheim, seine Städte und Gemeinden.

Während des laufenden Geschäftsjahres hat die Klimaschutzagentur und deren neutrale Kooperationspartner die Corona Pandemie trotz des Aufbaus neutraler Alternativen stark getroffen und die Alternativangebote sind noch auszubauen. Bestehende Beratungsangebote von bundesweiten bzw. landesweiten Kooperationspartnern (z.B. Klimaschutz und Energieagentur Niedersachsen oder Verbraucherzentrale Niedersachsen e.V.) konnten nicht mehr wie gewohnt durchgeführt werden. Aufgrund dieser unvorhersehbaren pandemischen Entwicklungen sind finanzielle Rückstände innerhalb der Klimaschutzagentur entstanden. Beratungsangebote der Energieberater konnten nicht wie gewohnt durchgeführt werden.

Online-Alternativangebote mussten entwickelt werden, dabei standen Kreativität und Gesundheitsschutz im Vordergrund. Die Mitarbeitenden sind teilweise aus der gewohnten Arbeitsstruktur ins Homeoffice gegangen und die Projektplanung musste damit neu justiert werden. Geplante Informationsveranstaltungen oder der Klimaschutzbeirat konnte in Präsenz auf Grund der Pandemiebedingungen nicht durchgeführt werden.

Die Geschäftstätigkeit der Klimaschutzagentur Landkreis Hildesheim gGmbH wird aktuell mit zwei Vollzeitäquivalenten umgesetzt. Das Personal ist beim Landkreis Hildesheim angestellt und in die Klimaschutzagentur Landkreis Hildesheim gGmbH abgeordnet.

Die Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes sowie die Sensibilisierung und neutrale Beratung der regionalen Bevölkerung, der regionalen Wirtschaft und der kommunalen Körperschaften hinsichtlich des Klimaschutzes, der damit einhergehenden Energieeinsparung und -effizienz sowie des Einsatzes Erneuerbarer Energien wird weiterhin verfolgt. Die Relevanz und die Notwendigkeit der Klimaschutzaktivitäten werden im politischen und gesellschaftlichen Handeln immer mehr deutlich. Unterschiedlichste Gruppen aus der Zivilgesellschaft wenden sich an die gemeinnützige Klimaschutzagentur.

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Die Klimaschutzagentur Landkreis Hildesheim gGmbH ist eine gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Unternehmensgegenstand verfolgt unmittelbar einen gemeinwohlorientierten und selbstlosen Zweck. Eine Gewinnerzielungsabsicht liegt nicht vor.

Das Hauptgeschäftsfeld bilden die Projektinitiierung und Umsetzung, Informations- und Beratungsangebote sowie Netzwerk- und Öffentlichkeitsarbeit. Die umfangreichen Aufgaben der Organisationsform werden weiterhin diese Aufgabenfelder bedienen.

Aufgrund ihrer speziellen Ausrichtung und Aufgabenstellung ist die Klimaschutzagentur Landkreis Hildesheim gGmbH nur im geringen Maße üblichen Marktrisiken ausgesetzt.

Das Aufsichtsgremium ist die *Gesellschafterversammlung*, bestehend aus einem Gesellschafter. Die operative Leitung erfolgt über einen Geschäftsführer. Des Weiteren berät ein politisches Gremium mit Vertretern aus dem Kreistag, der *Gesellschafterrat*, die Geschäftsführung und unterstützt die Arbeit der Klimaschutzagentur. Ebenfalls mit beratender Funktion der Geschäftsführung ist das offene Fachgremium, der *Klimaschutzbeirat*, eingerichtet, um allen im Klimaschutz tätigen Akteuren (Kommunen, Wissenschaftlichen Einrichtungen, Energieversorgungsunternehmen, Kreditinstituten, Kammern und Verbänden etc.) ein Beteiligungsforum zu bieten. Der angeschlossene Förderverein dient weiterhin beiden Landkreisen und ist ein verbindendes Element für die Klimaschutzbemühungen in den Landkreisen Hildesheim und Peine.

Ertragslage

Die Klimaschutzagentur Landkreis Hildesheim gGmbH generiert aus ihrer operativen Tätigkeit heraus keine Umsätze und somit auch keine Erträge. Die Umsetzung von Klimaschutzprojekten wird durch die Einlage vom Landkreis Hildesheim gedeckt.

Im Rahmen einzelner Projekte werden zudem finanzielle Kostenbeteiligungen regionaler Unterstützer/Kooperationspartner, wie der Klimaschutz und Energieagentur Niedersachsen (KEAN), eingeworben. Als unterstützende Organisation hat die Klimaschutzagentur Landkreis Hildesheim gGmbH einen eigenen eigenständigen Förderverein. Diese Gelder kommen der Projektfinanzierung der o.g. Projektschwerpunkte der gGmbH im Landkreis Hildesheim als auch im Landkreis Peine anteilig zu Gute.

Finanzlage

Die Klimaschutzagentur Landkreis Hildesheim gGmbH befindet sich in einer sehr stabilen Finanzlage.

Vermögenslage

Die Klimaschutzagentur ist liquide und verfügt zum 31. Dezember 2022 über ein nennenswertes Umlaufvermögen in Höhe von 279 TEUR, davon 279 TEUR flüssige Mittel.

Risikobericht

Auf Grund der oben beschrieben Aktivitäten und der grundsätzlichen Ausrichtung der Geschäftspolitik unterliegt die Klimaschutzagentur Landkreis Hildesheim gGmbH geringen Risiken. Operationelle Risiken werden durch interne Prozesse und die Zusammenarbeit mit Fachfirmen auf ein übliches Maß reduziert. Die Agentur ist nur im geringen Umfang üblichen Marktrisiken ausgesetzt.

Prognose

Künftig wird die Klimaschutzagentur Landkreis Hildesheim gGmbH in ihrer etablierten Organisationsform die Rolle als Initiator und Organisator bei der Umsetzung der Klimaschutzaktivitäten im Landkreis Hildesheim weiter ausbauen.

Schwerpunktmäßig werden weiterhin Projekte im Handlungsfeld „Energieeffiziente Wohngebäude“ angestrebt. In Planung befinden sich zudem Angebote, die den Themenbereichen „Mobilität“, „Umweltbildung“ und „Energieeffizienten Unternehmen“ zugeordnet werden können. Die „Landwirtschaftsthematik“ hat eine Kooperation mit der Landwirtschaftskammer Niedersachsen hervorgerufen.

Das Team der Klimaschutzagentur möchte das Bewusstsein für klimaschützendes und nachhaltiges Handeln und einen ressourcenschonenden Umgang stärken. Die aktuellen Entwicklungen zeigen, wie wichtig die regionalen Strukturen sind.
Als verbindendes Element wird weiterhin der gemeinsame Förderverein aktiv bleiben.

Hildesheim, den 21. Dezember 2023

Klimaschutzagentur Landkreis Hildesheim gGmbH

(Martin Komander)
Geschäftsführer

Feststellungen im Rahmen der Prüfung nach § 53 HGrG

Fragenkreis 1: Tätigkeit von Überwachungsorganen und Geschäftsleitung sowie individualisierte Offenlegung der Organbezüge

a) Gibt es Geschäftsordnungen für die Organe und einen Geschäftsverteilungsplan für die Geschäftsleitung sowie ggf. für die Konzernleitung? Gibt es darüber hinaus schriftliche Weisungen des Überwachungsorgans zur Organisation für die Geschäfts- sowie ggf. für die Konzernleitung (Geschäftsanweisung)? Entsprechen diese Regelungen den Bedürfnissen des Unternehmens bzw. des Konzerns?

Eine Geschäftsordnung für die Geschäftsführung, einen Geschäftsverteilungsplan bzw. schriftliche Weisungen des Überwachungsorgans bestehen aufgrund der aktuellen Größe der Klimaschutzagentur nicht. Die Regelungen entsprechen den Bedürfnissen des Unternehmens. Der Gesellschafter wird in regelmäßigen Abständen mündlich und schriftlich von der Geschäftsführung informiert.

b) Wie viele Sitzungen der Organe und ihrer Ausschüsse haben stattgefunden und wurden Niederschriften hierüber erstellt?

Im Geschäftsjahr 2022 fanden regelmäßig Gesellschafterversammlungen statt. Der Klimaschutzbeirat tagte in 2022 nicht. Die Sitzung des Gesellschafterrates tagte auch in 2022.

c) In welchen Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i. S. d. § 125 Abs. 1 Satz 3 AktG sind die einzelnen Mitglieder der Geschäftsleitung tätig?

- keine -

d) Wird die Vergütung der Organmitglieder (Geschäftsleitung, Überwachungsorgan) individualisiert im Anhang des Jahresabschlusses/Konzernabschlusses aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung ausgewiesen? Falls nein, wie wird dies begründet?

Eine Angabe der Geschäftsführerbezüge im Anhang erfolgt unter Inanspruchnahme der Schutzklausel des § 286 Abs. 4 HGB nicht.

Fragenkreis 2: Aufbau- und ablauforganisatorische Grundlagen

a) Gibt es einen den Bedürfnissen des Unternehmens entsprechenden Organisationsplan, aus dem Organisationsaufbau, Arbeitsbereiche und Zuständigkeiten/Weisungsbefugnisse ersichtlich sind? Erfolgt dessen regelmäßige Überprüfung?

Ein schriftlich fixierter Organisationsplan liegt nicht vor, erscheint aufgrund der Größe und Struktur des Unternehmens allerdings nicht zwingend erforderlich.

b) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass nicht nach dem Organisationsplan verfahren wird?

entfällt; siehe Antwort zu Fragenkreis 2 Buchstabe a) vorstehend

c) Hat die Geschäftsleitung Vorkehrungen zur Korruptionsprävention ergriffen und dokumentiert?

Aufgrund der überschaubaren Größe des Unternehmens sind keine besonderen Vorkehrungen getroffen worden.

d) Gibt es geeignete Richtlinien bzw. Arbeitsanweisungen für wesentliche Entscheidungsprozesse (insbesondere Auftragsvergabe und Auftragsabwicklung, Personalwesen, Kreditaufnahme und -gewährung)? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass diese nicht eingehalten werden?

Bestehen aufgrund der überschaubaren Größe des Unternehmens nicht.

e) Besteht eine ordnungsmäßige Dokumentation von Verträgen (z. B. Grundstücksverwaltung, EDV)?

Es haben sich keine gegenteiligen Feststellungen ergeben. Die Verträge werden archiviert.

Fragenkreis 3: Planungswesen, Rechnungswesen, Informationssystem und Controlling

a) Entspricht das Planungswesen - auch im Hinblick auf Planungshorizont und Fortschreibung der Daten sowie auf sachliche und zeitliche Zusammenhänge von Projekten - den Bedürfnissen des Unternehmens?

Das Planungswesen entspricht den Bedürfnissen der Gesellschaft und beruht im Wesentlichen auf dem Rechnungswesen. Der Wirtschaftsplan 2022 wurde im Rahmen der Gesellschafterversammlung vorgestellt und ordnungsmäßig beschlossen.

b) Werden Planabweichungen systematisch untersucht?

Es wird eine Plan-Ist-Analyse durchgeführt.

c) Entspricht das Rechnungswesen einschließlich der Kostenrechnung der Größe und den besonderen Anforderungen des Unternehmens?

Das Rechnungswesen entspricht den Anforderungen des Unternehmens. Eine Kostenrechnung ist nicht eingerichtet, ist jedoch aufgrund der überschaubaren wirtschaftlichen Verhältnisse auch nicht erforderlich.

d) Besteht ein funktionierendes Finanzmanagement, welches u. a. eine laufende Liquiditätskontrolle und eine Kreditüberwachung gewährleistet?

Kredite wurden nicht aufgenommen. Die Liquiditätskontrolle erfolgt anhand der Bankauszüge.

e) Gehört zu dem Finanzmanagement auch ein zentrales Cash-Management und haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die hierfür geltenden Regelungen nicht eingehalten worden sind?

Ein zentrales Cash-Management besteht nicht.

f) Ist sichergestellt, dass Entgelte vollständig und zeitnah in Rechnung gestellt werden? Ist durch das bestehende Mahnwesen gewährleistet, dass ausstehende Forderungen zeitnah und effektiv eingezogen werden?

Abrechnungen erfolgen weitgehend nur an die Muttergesellschaft. Lediglich werden im Rahmen eines Projektes finanzielle Kostenbeteiligungen regionaler Unterstützer/Kooperationspartner eingeworben. Die Einrichtung eines gesonderten Mahnwesens ist daher nicht erforderlich.

g) Entspricht das Controlling den Anforderungen des Unternehmens/Konzerns und umfasst es alle wesentlichen Unternehmens-/Konzernbereiche?

Es besteht kein eigenständiges Controlling. Dies ist jedoch aufgrund der Größe und Struktur des Unternehmens nicht erforderlich. Die Gesellschafter werden in regelmäßigen Abständen informiert.

h) Ermöglichen das Rechnungs- und Berichtswesen eine Steuerung und/oder Überwachung der Tochterunternehmen und der Unternehmen, an denen eine wesentliche Beteiligung besteht?

Tochterunternehmen und Beteiligungen bestehen nicht.

Fragenkreis 4: Risikofrüherkennungssystem

a) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung nach Art und Umfang Frühwarnsignale definiert und Maßnahmen ergriffen, mit deren Hilfe bestandsgefährdende Risiken rechtzeitig erkannt werden können?

Ein spezielles Risikofrüherkennungssystem besteht nicht und erscheint aufgrund der überschaubaren Größe der Gesellschaft auch nicht erforderlich.

b) Reichen diese Maßnahmen aus und sind sie geeignet, ihren Zweck zu erfüllen? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Maßnahmen nicht durchgeführt werden?

entfällt, siehe Antwort 4a

c) Sind diese Maßnahmen ausreichend dokumentiert?

entfällt, siehe Antwort 4a

d) Werden die Frühwarnsignale und Maßnahmen kontinuierlich und systematisch mit dem aktuellen Geschäftsumfeld sowie mit den Geschäftsprozessen und Funktionen abgestimmt und angepasst?

entfällt, siehe Antwort 4a

Fragenkreis 5: Finanzinstrumente, andere Termingeschäfte, Optionen und Derivate

a) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung den Geschäftsumfang zum Einsatz von Finanzinstrumenten sowie von anderen Termingeschäften, Optionen und Derivaten schriftlich festgelegt?

Finanzinstrumente, andere Termingeschäfte, Optionen und Derivate wurden von der Gesellschaft im Berichtsjahr nicht eingesetzt.

b) Werden Derivate zu anderen Zwecken eingesetzt als zur Optimierung von Kreditkonditionen und zur Risikobegrenzung?

entfällt, siehe Antwort 5a

c) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung ein dem Geschäftsumfang entsprechendes Instrumentarium zur Verfügung gestellt, insbesondere in Bezug auf Erfassung der Geschäfte, Beurteilung der Geschäfte zum Zweck der Risikoanalyse, Bewertung der Geschäfte zum Zweck der Rechnungslegung und Kontrolle der Geschäfte?

entfällt, siehe Antwort 5a

d) Gibt es eine Erfolgskontrolle für nicht der Risikoabsicherung (Hedging) dienenden Derivatgeschäfte und werden Konsequenzen aufgrund der Risikoentwicklung gezogen?

entfällt, siehe Antwort 5a

e) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung angemessene Arbeitsanweisungen erlassen?

entfällt, siehe Antwort 5a

f) Ist die unterjährige Unterrichtung der Geschäfts-/Konzernleitung im Hinblick auf die offenen Positionen, die Risikolage und die ggf. zu bildenden Vorsorgen geregelt?

entfällt, siehe Antwort 5a

Fragenkreis 6: Interne Revision

a) Gibt es eine den Bedürfnissen des Unternehmens/Konzerns entsprechende Interne Revision/Konzernrevision? Besteht diese als eigenständige Stelle oder wird diese Funktion durch eine andere Stelle (ggf. welche?) wahrgenommen?

b) Wie ist die Anbindung der Internen Revision/Konzernrevision im Unternehmen/ Konzern? Besteht bei ihrer Tätigkeit die Gefahr von Interessenkonflikten?

c) Welches waren die wesentlichen Tätigkeitsschwerpunkte der Internen Revision/ Konzernrevision im Geschäftsjahr? Wurde auch geprüft, ob wesentlich miteinander unvereinbare Funktionen (z. B. Trennung von Anweisung und Vollzug) organisatorisch getrennt sind? Wann hat die Interne Revision das letzte Mal über Korruptionsprävention berichtet? Liegen hierüber schriftliche Revisionsberichte vor?

d) Hat die Interne Revision ihre Prüfungsschwerpunkte mit dem Abschlussprüfer abgestimmt?

e) Hat die Interne Revision/Konzernrevision bemerkenswerte Mängel aufgedeckt und um welche handelt es sich?

f) Welche Konsequenzen werden aus den Feststellungen und Empfehlungen der Internen Revision/Konzernrevision gezogen und wie kontrolliert die Interne Revision/Konzernrevision die Umsetzung ihrer Empfehlungen?

Bei der Gesellschaft ist keine interne Revision eingerichtet. Die Finanzbuchhaltung der Klimaschutzagentur ist an einen externen Dienstleister, die wito GmbH, ausgelagert.

Fragenkreis 7: Übereinstimmung der Rechtsgeschäfte und Maßnahmen mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans

a) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die vorherige Zustimmung des Überwachungsorgans zu zustimmungspflichtigen Rechtsgeschäften und Maßnahmen nicht eingeholt worden ist?

Anhaltspunkte, dass vorherige Zustimmungen des Überwachungsorgans zu zustimmungspflichtigen Rechtsgeschäften und Maßnahmen nicht eingeholt worden sind, haben sich nicht ergeben.

b) Wurde vor der Kreditgewährung an Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans die Zustimmung des Überwachungsorgans eingeholt?

Es wurden keine Kredite gewährt.

c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass anstelle zustimmungsbedürftiger Maßnahmen ähnliche, aber nicht als zustimmungsbedürftig behandelte Maßnahmen vorgenommen worden sind (z. B. Zerlegung in Teilmaßnahmen)?

Solche Anhaltspunkte haben sich nicht ergeben.

d) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass Geschäfte und Maßnahmen nicht mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans übereinstimmen?

Solche Anhaltspunkte haben sich nicht ergeben.

Fragenkreis 8: Durchführung von Investitionen

a) Werden Investitionen (in Sachanlagen, Beteiligungen, sonstige Finanzanlagen, immaterielle Anlagewerte und Vorräte) angemessen geplant und vor Realisierung auf Rentabilität/Wirtschaftlichkeit, Finanzierbarkeit und Risiken geprüft?

Im Berichtsjahr wurden keine Investitionen durchgeführt.

b) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Unterlagen/Erhebungen zur Preisermittlung nicht ausreichend waren, um ein Urteil über die Angemessenheit des Preises zu ermöglichen (z. B. bei Erwerb bzw. Veräußerung von Grundstücken oder Beteiligungen)?

nein

c) Werden Durchführung, Budgetierung und Veränderungen von Investitionen laufend überwacht und Abweichungen untersucht?

Ja, es ergaben sich keine Abweichungen.

d) Haben sich bei abgeschlossenen Investitionen wesentliche Überschreitungen ergeben? Wenn ja, in welcher Höhe und aus welchen Gründen?

nein

e) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass Leasing- oder vergleichbare Verträge nach Ausschöpfung der Kreditlinien abgeschlossen wurden?

Es wurden keine Leasingverträge abgeschlossen.

Fragenkreis 9: Vergaberegelungen

a) Haben sich Anhaltspunkte für eindeutige Verstöße gegen Vergaberegelungen (z. B. VOB, VOL, VOF, EU-Regelungen) ergeben?

nein

b) Werden für Geschäfte, die nicht den Vergaberegelungen unterliegen, Konkurrenzangebote (z. B. auch für Kapitalaufnahmen und Geldanlagen) eingeholt?

ja

Fragenkreis 10: Berichterstattung an das Überwachungsorgan

a) Wird dem Überwachungsorgan regelmäßig Bericht erstattet?

Die Berichterstattung erfolgt im Rahmen der Gesellschafterversammlung von der Geschäftsführung an den Gesellschafter. Der Gesellschafterrat sowie der Klimaschutzbeirat werden i.d.R. regelmäßigen Abständen informiert.

b) Vermitteln die Berichte einen zutreffenden Einblick in die wirtschaftliche Lage des Unternehmens und in die wichtigsten Unternehmensbereiche?

ja

c) Wurde das Überwachungsorgan über wesentliche Vorgänge angemessen und zeitnah unterrichtet? Liegen insbesondere ungewöhnliche, risikoreiche oder nicht ordnungsgemäß abgewickelte Geschäftsvorfälle sowie erkennbare Fehldispositionen oder wesentliche Unterlassungen vor und wurde hierüber berichtet?

Ungewöhnliche, risikoreiche oder nicht ordnungsgemäß abgewickelte Geschäftsvorfälle sowie erkennbare Fehldispositionen oder wesentliche Unterlassungen liegen nicht vor.

d) Zu welchen Themen hat die Geschäfts-/Konzernleitung dem Überwachungsorgan auf dessen besonderen Wunsch berichtet (§ 90 Abs. 3 AktG)?

Besondere Anforderungen sind nicht gestellt worden.

e) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Berichterstattung (z. B. nach § 90 AktG oder unternehmensinternen Vorschriften) nicht in allen Fällen ausreichend war?

entfällt

f) Gibt es eine D&O-Versicherung? Wurde ein angemessener Selbstbehalt vereinbart? Wurden Inhalt und Konditionen der D&O-Versicherung mit dem Überwachungsorgan erörtert?

Eine D&O-Versicherung wurde abgeschlossen.

g) Sofern Interessenkonflikte der Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans gemeldet wurden, ist dies unverzüglich dem Überwachungsorgan offengelegt worden?

entfällt

Fragenkreis 11: Ungewöhnliche Bilanzposten und stille Reserven

a) Besteht in wesentlichem Umfang offenkundig nicht betriebsnotwendiges Vermögen?

nein

b) Sind Bestände auffallend hoch oder niedrig?

nein

c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Vermögenslage durch im Vergleich zu den bilanziellen Werten erheblich höhere oder niedrigere Verkehrswerte der Vermögensgegenstände wesentlich beeinflusst wird?

nein

Fragenkreis 12: Finanzierung

a) Wie setzt sich die Kapitalstruktur nach internen und externen Finanzierungsquellen zusammen? Wie sollen die am Abschlussstichtag bestehenden wesentlichen Investitionsverpflichtungen finanziert werden?

Siehe Bericht Seite 9. Investitionsverpflichtungen bestehen nicht.

b) Wie ist die Finanzlage des Konzerns zu beurteilen, insbesondere hinsichtlich der Kreditaufnahmen wesentlicher Konzerngesellschaften?

Es bestehen keine Konzernstrukturen. Es wurden keine Kredite aufgenommen.

c) In welchem Umfang hat das Unternehmen Finanz-/Fördermittel einschließlich Garantien der öffentlichen Hand erhalten? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die damit verbundenen Verpflichtungen und Auflagen des Mittelgebers nicht beachtet wurden?

Die Gesellschaft wird in vollem Umfang durch Zuschüsse der öffentlichen Hand (Gesellschafter) finanziert. Anhaltspunkte, dass Verpflichtungen und Auflagen der Mittelgeber nicht beachtet wurden, bestehen nicht.

Fragenkreis 13: Eigenkapitalausstattung und Gewinnverwendung

a) Bestehen Finanzierungsprobleme aufgrund einer evtl. zu niedrigen Eigenkapitalausstattung?

nein

b) Ist der Gewinnverwendungsvorschlag (Ausschüttungspolitik, Rücklagenbildung) mit der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens vereinbar?

Ja, das Ergebnis wird entsprechend den Bewilligungen vorgetragen.

Fragenkreis 14: Rentabilität/Wirtschaftlichkeit

a) Wie setzt sich das Betriebsergebnis des Unternehmens/Konzerns nach Segmenten zusammen?

Eine Segmentberichterstattung ist nicht erforderlich.

b) Ist das Jahresergebnis entscheidend von einmaligen Vorgängen geprägt?

nein

c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass wesentliche Kredit- oder andere Leistungsbeziehungen zwischen Konzerngesellschaften bzw. mit den Gesellschaftern eindeutig zu unangemessenen Konditionen vorgenommen werden?

nein

d) Wurde die Konzessionsabgabe steuer- und preisrechtlich erwirtschaftet?

entfällt

Fragenkreis 15: Verlustbringende Geschäfte und ihre Ursachen

a) Gab es verlustbringende Geschäfte, die für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren, und was waren die Ursachen der Verluste?

Einzelne verlustbringende Geschäfte wurden nicht festgestellt.

b) Wurden Maßnahmen zeitnah ergriffen, um die Verluste zu begrenzen, und um welche Maßnahmen handelt es sich?

Besondere Maßnahmen wurden nicht ergriffen und waren nicht erforderlich.

Fragenkreis 16: Ursachen des Jahresfehlbetrages und Maßnahmen zur Verbesserung der Ertragslage

a) Was sind die Ursachen des Jahresfehlbetrages?

entfällt

b) Welche Maßnahmen wurden eingeleitet bzw. sind beabsichtigt, um die Ertragslage des Unternehmens zu verbessern?

entfällt

Rechtliche Verhältnisse und wirtschaftliche Grundlagen

Rechtliche Verhältnisse

Firma:	Klimaschutzagentur Landkreis Hildesheim gGmbH
Rechtsform:	gGmbH
Sitz:	Hildesheim
Anschrift:	Marie-Wagenknecht-Straße 3 31134 Hildesheim
Gesellschaftsvertrag:	vom 08.07.2015, in der Fassung vom 07.06.2019
Handelsregistereintragung:	AG Hildesheim HRB 204502
Dauer der Gesellschaft:	auf unbestimmte Zeit
Gegenstand des Unternehmens:	Öffentlichkeit und sonstige Aufklärungsmaßnahmen, die einen nachhaltigen Beitrag zum Umweltschutz und dem damit verbundenen Klimaschutz leisten. Weitere sich daraus ergebende Aktivitäten.
Geschäftsjahr:	1. Januar bis 31. Dezember
Stammkapital:	Landkreis Hildesheim 25.000,00 €
Geschäftsführung	Martin Komander, Northeim einzelvertretungsberechtigt und von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.

Gesellschafterversammlung

Der Geschäftsführung wurde gleichzeitig für das vom 1. Januar bis 31. Dezember 2021 laufende Geschäftsjahr Entlastung erteilt. Zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2022 wurde die Sozietät Krause & Kollegen, Hildesheim gewählt.

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2021 wurde gemäß § 325, 326 Abs. 2 HGB hinterlegt.

Steuerliche Verhältnisse

Die Gesellschaft ist gemeinnützig durch Förderung von Wissenschaft und Forschung, Naturschutz, Umweltschutz und Verbraucherschutz (§ 52 Abs. 1 und Abs. 2, Satz 1, Nr. 1, 8 und 16 AO).

Sie ist deshalb von Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer befreit.

Umsatzsteuerpflichtige Umsätze werden nicht ausgeführt.

Erläuterungsteil

Umfassendere Aufgliederung und Erläuterung der Posten des Jahresabschlusses

Zu den wesentlichen Posten des Jahresabschlusses werden nachfolgend zur Verbesserung der Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage Aufgliederungen und Erläuterungen gegeben, soweit entsprechende Angaben im Anhang nicht enthalten sind. Soweit Erläuterungen gleich lautend bei mehreren Posten derselben Gruppe zu wiederholen wären, werden diese zur Erleichterung der Lesbarkeit des Berichts diesen vorangestellt.

Bilanz zum 31.12.2022

Die Bilanz zum 31.12.2022 ist diesem Bericht als Anlage beigefügt und schließt mit einer Summe von Euro 302.563,28 (31.12.2021: Euro 314.272,60) ab.

A. Anlagevermögen

Die immateriellen Vermögensgegenstände und das Sachanlagevermögen werden in einer EDV-gestützten Anlagenbuchhaltung ordnungsgemäß nachgewiesen.

Eine von den Anschaffungs- und Herstellungskosten ausgehende Darstellung der Entwicklung der einzelnen Bilanzposten des Anlagevermögens enthält der Anlagenspiegel im Anhang zum Jahresabschluss (Anlage 2).

Da im Anlagenspiegel die Entwicklung der Posten des Anlagevermögens ausgehend von den ursprünglichen Anschaffungskosten sowie die Entwicklung der kumulierten Abschreibungen dargestellt sind, wird bei der Erläuterung der Abschlusspositionen die Darstellung auf die Entwicklung der Buchwerte beschränkt.

Die Bewertung des Anlagevermögens ist im Anhang dargestellt.

Abschreibungen werden grundsätzlich nach den steuerlich zulässigen höchsten Abschreibungssätzen vorgenommen. Geringwertige Wirtschaftsgüter werden grundsätzlich im Jahr ihrer Anschaffung vollständig abgeschrieben.

I. Immaterielle Vermögensgegenstände

1. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten **Euro 3,00**

(31.12.2021: Euro 3,00)

Summe Immaterielle Vermögensgegenstände **Euro 3,00**

(31.12.2021: Euro 3,00)

II. Sachanlagen

1. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung **Euro 18.279,00**

(31.12.2021: Euro 9.207,00)

	31.12.2022 Euro	31.12.2021 Euro
Sonstige Transportmittel	9.380,00	379,00
Geschäftsausstattung	464,00	1.254,00
Büroeinrichtung	3.512,00	0,00
Sonstige Betriebs-u.Gesch.ausstattung	4.923,00	7.574,00
	18.279,00	9.207,00

Summe Sachanlagen **Euro 18.279,00**

(31.12.2021: Euro 9.207,00)

Summe Anlagevermögen **Euro 18.282,00**

(31.12.2021: Euro 9.210,00)

B. Umlaufvermögen

I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

1. sonstige Vermögensgegenstände **Euro 60,00**

(31.12.2021: Euro 75.865,43)

	31.12.2022 Euro	31.12.2021 Euro
Sonstige Vermögensgegenstände	60,00	75.000,00
Verbindlichkeiten soziale Sicherheit	0,00	865,43
	60,00	75.865,43

II. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks **Euro 278.866,28**

(31.12.2021: Euro 225.716,17)

	31.12.2022 Euro	31.12.2021 Euro
Bank	278.866,28	225.716,17
	278.866,28	225.716,17

Summe Umlaufvermögen **Euro 278.926,28**

(31.12.2021: Euro 301.581,60)

C. Rechnungsabgrenzungsposten **Euro 5.355,00**

(31.12.2021: Euro 3.481,00)

Summe Aktiva **Euro 302.563,28**

(31.12.2021: Euro 314.272,60)

A. Eigenkapital

I. Gezeichnetes Kapital **Euro 25.000,00**

(31.12.2021: Euro 25.000,00)

Ausgewiesen ist das Stammkapital der Klimaschutzagentur Landkreis Hildesheim gGmbH zum Nennbetrag gemäß § 42 Absatz 1 GmbHG.

II. Bilanzgewinn **Euro 237.339,10**

(31.12.2021: Euro 257.768,99)

Summe Eigenkapital **Euro 262.339,10**

(31.12.2021: Euro 282.768,99)

B. Rückstellungen

1. sonstige Rückstellungen **Euro 13.500,00**

(31.12.2021: Euro 11.000,00)

	31.12.2022 Euro	31.12.2021 Euro
Rückstellungen für Abschluss u. Prüfung	13.500,00	9.000,00
Sonstige Rückstellungen	0,00	2.000,00
	13.500,00	11.000,00

C. Verbindlichkeiten

1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

Euro 26.724,18

(31.12.2021: Euro 19.952,99)

	31.12.2022 Euro	31.12.2021 Euro
Verbindlichkeiten L+L ohne Kontokorrent	26.724,18	19.952,99
	26.724,18	19.952,99

2. sonstige Verbindlichkeiten

Euro 0,00

(31.12.2021: Euro 550,62)

	31.12.2022 Euro	31.12.2021 Euro
Verbindlichkeiten Lohn- und Kirchensteuer	0,00	550,62
	0,00	550,62

Summe Passiva **Euro 302.563,28**

(31.12.2021: Euro 314.272,60)

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01.01.2022 bis 31.12.2022

Die Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01.01. bis 31.12.2022 weist einen Jahresfehlbetrag von Euro 20.429,89 (2021: Euro -48.148,23) aus.

Gemäß § 265 Abs. 2 HGB werden in der Gewinn- und Verlustrechnung zu jedem Posten der entsprechende Vorjahreswert gegenübergestellt.

1. Umsatzerlöse **Euro 151.500,00**

(2021: Euro 150.000,00)

	2022 Euro	2021 Euro
Zuwendungen	151.500,00	150.000,00
	151.500,00	150.000,00

Bei den Zuwendungen handelt es sich um die vertraglichen Zuschüsse der Gesellschafterin Landkreis Hildesheim und der Klimaschutz- und Energieagentur Niedersachsen.

2. Gesamtleistung **Euro 151.500,00**

(2021: Euro 150.000,00)

3. sonstige betriebliche Erträge

a) Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen **Euro 2.000,00**

(2021: Euro 0,00)

	2022 Euro	2021 Euro
Erträge Auflösung von Rückstellungen	2.000,00	0,00
	2.000,00	0,00

Bei den Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen handelt es sich um Buchführungskosten aus Vorjahren.

b) übrige sonstige betriebliche Erträge **Euro 552,48**

(2021: Euro 0,00)

	2022 Euro	2021 Euro
Sonstige Erträge unregelmäßig	552,48	0,00
	552,48	0,00

4. Personalaufwand

a) Löhne und Gehälter **Euro 5.158,78**

(2021: Euro 2.290,49)

	2022 Euro	2021 Euro
Löhne	5.158,78	1.739,87
Pauschale Steuer auf sonstige Bezüge	0,00	550,62
	5.158,78	2.290,49

b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung **Euro 2.119,44**

(2021: Euro 0,00)

5. Abschreibungen

a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen **Euro 4.196,39**

(2021: Euro 12.673,93)

	2022 Euro	2021 Euro
Abschreibungen auf Sachanlagen	3.911,98	12.673,93
Sofortabschreibung GWG	284,41	0,00
	4.196,39	12.673,93

6. sonstige betriebliche Aufwendungen

a) Raumkosten **Euro 21,90**

(2021: Euro 0,00)

	2022 Euro	2021 Euro
Raumkosten	21,90	0,00
	21,90	0,00

b) Versicherungen, Beiträge und Abgaben **Euro 6.269,15**

(2021: Euro 5.992,95)

	2022 Euro	2021 Euro
Versicherungen	3.560,15	3.477,95
Beiträge	2.515,00	2.515,00
Nicht abzugsfähige Verspätungszuschläge/Zwangsgelder	194,00	0,00
	6.269,15	5.992,95

c) Fahrzeugkosten **Euro 257,84**

(2021: Euro 128,80)

	2022 Euro	2021 Euro
Fahrzeugkosten	257,84	128,80
	257,84	128,80

d) Werbe- und Reisekosten **Euro 40.846,98**

(2021: Euro 3.325,81)

	2022 Euro	2021 Euro
Werbekosten	40.339,61	3.151,84
Repräsentationskosten	375,93	126,63
Aufmerksamkeiten	112,44	0,00
Reisekosten Arbeitnehmer	19,00	47,34
	40.846,98	3.325,81

Die Werbekosten beinhalten im Wesentlichen den Druck von Informationsmaterial (Flyern und Broschüren).

e) verschiedene betriebliche Kosten **Euro 115.611,89**

(2021: Euro 77.439,79)

	2022 Euro	2021 Euro
Fremdleistungen und Fremdarbeiten	60.074,31	36.272,57
Mietleasing bewegl. WG Betriebsausstatt.	20.583,43	16.076,90
Aufwendungen für Lizenzen, Konzessionen	12.221,55	6.592,60
Rechts- und Beratungskosten	7.961,02	1.011,50
Abschluss- und Prüfungskosten	4.500,00	4.201,65
Buchführungskosten	4.462,50	5.408,00
Zeitschriften, Bücher (Fachliteratur)	1.405,40	583,02
Sonstiger Betriebsbedarf	1.235,87	850,37
Bürobedarf	1.235,05	1.738,23
Sonstige betriebliche Aufwendungen	779,70	3.697,35
Telefax und Internetkosten	643,16	630,98
Nebenkosten des Geldverkehrs	494,90	354,50
Porto	15,00	12,00
Telefon	0,00	10,12
	115.611,89	77.439,79

Die Mietkosten für Einrichtungen fielen gegenüber dem Landkreis Hildesheim an und betreffen das Jahr 2022. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betreffen im wesentlichen Beteiligungen an Gemeinschaftsaktionen mit anderen Institutionen. Die Fremdleistungen umfassen die Abrechnungen von beauftragten selbständigen Energieberatern sowie die Weiterberechnungen für Potenzialanalysen.

7. Ergebnis nach Steuern **Euro -20.429,89**

(2021: Euro 48.148,23)

8. Jahresfehlbetrag **Euro 20.429,89**

(2021: Euro -48.148,23)

9. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr **Euro 257.768,99**

(2021: Euro 209.620,76)

10. Bilanzgewinn **Euro 237.339,10**

(2021: Euro 257.768,99)

	Euro
Bilanzgewinn Stand 01.01.2022	257.768,99
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-20.429,89
Bilanzgewinn Stand 31.12.2022	237.339,10

Allgemeine Auftragsbedingungen
für
Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften
vom 1. Januar 2017

1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für Verträge zwischen Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im Nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer" genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Steuerberatung, Beratungen in wirtschaftlichen Angelegenheiten und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Dritte können nur dann Ansprüche aus dem Vertrag zwischen Wirtschaftsprüfer und Auftraggeber herleiten, wenn dies ausdrücklich vereinbart ist oder sich aus zwingenden gesetzlichen Regelungen ergibt. Im Hinblick auf solche Ansprüche gelten diese Auftragsbedingungen auch diesen Dritten gegenüber.

2. Umfang und Ausführung des Auftrags

(1) Gegenstand des Auftrags ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer übernimmt im Zusammenhang mit seinen Leistungen keine Aufgaben der Geschäftsführung. Der Wirtschaftsprüfer ist für die Nutzung oder Umsetzung der Ergebnisse seiner Leistungen nicht verantwortlich. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrags sachverständiger Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen schriftlichen Vereinbarung.

(3) Ändert sich die Sach- oder Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen.

3. Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Wirtschaftsprüfer alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen und weiteren Informationen rechtzeitig übermittelt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen und weiteren Informationen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden. Der Auftraggeber wird dem Wirtschaftsprüfer geeignete Auskunftspersonen benennen.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der weiteren Informationen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten schriftlichen Erklärung zu bestätigen.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährdet. Dies gilt für die Dauer des Auftragsverhältnisses insbesondere für Angebote auf Anstellung oder Übernahme von Organfunktionen und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Sollte die Durchführung des Auftrags die Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers, die der mit ihm verbundenen Unternehmen, seiner Netzwerkunternehmen oder solcher mit ihm assoziierten Unternehmen, auf die die Unabhängigkeitsvorschriften in gleicher Weise Anwendung finden wie auf den Wirtschaftsprüfer, in anderen Auftragsverhältnissen beeinträchtigen, ist der Wirtschaftsprüfer zur außerordentlichen Kündigung des Auftrags berechtigt.

5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Soweit der Wirtschaftsprüfer Ergebnisse im Rahmen der Bearbeitung des Auftrags schriftlich darzustellen hat, ist alleine diese schriftliche Darstellung maßgebend. Entwürfe schriftlicher Darstellungen sind unverbindlich. Sofern nicht anders vereinbart, sind mündliche Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers nur dann verbindlich, wenn sie schriftlich bestätigt werden. Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrags sind stets unverbindlich.

6. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Arbeitsergebnisse oder Auszüge von Arbeitsergebnissen – sei es im Entwurf oder in der Endfassung) oder die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber an einen Dritten bedarf der schriftlichen Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, es sei denn, der Auftraggeber ist zur Weitergabe oder Information aufgrund eines Gesetzes oder einer behördlichen Anordnung verpflichtet.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers und die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber zu Werbezwecken durch den Auftraggeber sind unzulässig.

7. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlagen, Unterlassen bzw. unberechtigter Verweigerung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung kann er die Vergütung mindern oder vom Vertrag zurücktreten; ist der Auftrag nicht von einem Verbraucher erteilt worden, so kann der Auftraggeber wegen eines Mangels nur dann vom Vertrag zurücktreten, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens, Unterlassung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Der Anspruch auf Beseitigung von Mängeln muss vom Auftraggeber unverzüglich in Textform geltend gemacht werden. Ansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z.B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse infrage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

8. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze (§ 323 Abs. 1 HGB, § 43 WPO, § 203 StGB) verpflichtet, über Tatsachen und Umstände, die ihm bei seiner Berufstätigkeit anvertraut oder bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer wird bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten die nationalen und europarechtlichen Regelungen zum Datenschutz beachten.

9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Leistungen des Wirtschaftsprüfers, insbesondere Prüfungen, gelten die jeweils anzuwendenden gesetzlichen Haftungsbeschränkungen, insbesondere die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Sofern weder eine gesetzliche Haftungsbeschränkung Anwendung findet noch eine einzelvertragliche Haftungsbeschränkung besteht, ist die Haftung des Wirtschaftsprüfers für Schadensersatzansprüche jeder Art, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit, sowie von Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen, bei einem fahrlässig verursachten einzelnen Schadensfall gemäß § 54a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt.

(3) Einreden und Einwendungen aus dem Vertragsverhältnis mit dem Auftraggeber stehen dem Wirtschaftsprüfer auch gegenüber Dritten zu.

(4) Leiten mehrere Anspruchsteller aus dem mit dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis Ansprüche aus einer fahrlässigen Pflichtverletzung des Wirtschaftsprüfers her, gilt der in Abs. 2 genannte Höchstbetrag für die betreffenden Ansprüche aller Anspruchsteller insgesamt.

Alle Rechte vorbehalten. Ohne Genehmigung des Verlages ist es nicht gestattet, die Vordrucke ganz oder teilweise nachzudrucken bzw. auf fotomechanischem oder elektronischem Wege zu vervielfältigen und/oder zu verbreiten.
© IDW Verlag GmbH · Tersteegenstraße 14 · 40474 Düsseldorf
50261/6/0

(5) Ein einzelner Schadensfall im Sinne von Abs. 2 ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden. Die Begrenzung auf das Fünffache der Mindestversicherungssumme gilt nicht bei gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtprüfungen.

(6) Ein Schadensersatzanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von sechs Monaten nach der schriftlichen Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde. Dies gilt nicht für Schadensersatzansprüche, die auf vorsätzliches Verhalten zurückzuführen sind, sowie bei einer schuldhaften Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie bei Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen. Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt.

10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Ändert der Auftraggeber nachträglich den durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschluss oder Lagebericht, darf er diesen Bestätigungsvermerk nicht weiterverwenden.

Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit schriftlicher Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsausfertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfasst nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, dass der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Fall hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, dass dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen schriftlichen Vereinbarung umfasst die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

a) Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer sowie der Vermögensteuererklärungen, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger für die Besteuerung erforderlicher Aufstellungen und Nachweise

b) Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern

c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden

d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern

e) Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter Abs. 3 Buchst. d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Sofern der Wirtschaftsprüfer auch Steuerberater ist und die Steuerberatervergütungsverordnung für die Bemessung der Vergütung anzuwenden ist, kann eine höhere oder niedrigere als die gesetzliche Vergütung in Textform vereinbart werden.

(6) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Einheitsbewertung und Vermögensteuer sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrags. Dies gilt auch für

a) die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z.B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer, Kapitalverkehrsteuer, Grunderwerbsteuer,

b) die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen,

c) die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlungen, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen und

d) die Unterstützung bei der Erfüllung von Anzeige- und Dokumentationspflichten.

(7) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzugs wird nicht übernommen.

12. Elektronische Kommunikation

Die Kommunikation zwischen dem Wirtschaftsprüfer und dem Auftraggeber kann auch per E-Mail erfolgen. Soweit der Auftraggeber eine Kommunikation per E-Mail nicht wünscht oder besondere Sicherheitsanforderungen stellt, wie etwa die Verschlüsselung von E-Mails, wird der Auftraggeber den Wirtschaftsprüfer entsprechend in Textform informieren.

13. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Ist der Auftraggeber kein Verbraucher, so ist eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

14. Streitschlichtungen

Der Wirtschaftsprüfer ist nicht bereit, an Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle im Sinne des § 2 des Verbraucherstreitbeilegungsgesetzes teilzunehmen.

15. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.

Prüfungsbericht

kwg Kreiswohnbaugesellschaft Hildesheim mbH, Hildesheim

Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2024 sowie des Lageberichts für 2024

2024-110083

Aufgrund kaufmännischer Rundungen sind geringe Rundungsdifferenzen nicht ausgeschlossen.

Inhaltsverzeichnis **Seite**

A Prüfungsauftrag 1

B Grundsätzliche Feststellungen zur Lage der Gesellschaft 2

C Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung 5

I. Gegenstand der Prüfung 5

II. Art und Umfang der Prüfung 6

D Rechnungslegung und wirtschaftliche Lage der Gesellschaft 9

I. Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung 9

1. Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen 9

2. Jahresabschluss 10

3. Lagebericht 10

II. Gesamtaussage des Jahresabschlusses 11

III. Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage 12

1. Vermögenslage 12

2. Finanzlage 14

3. Ertragslage 16

E Wirtschaftliche Tätigkeit 18

I. Grundlagen der wirtschaftlichen Tätigkeit 18

II. Bewirtschaftung des eigenen Hausbesitzes 18

III. Bautätigkeit im Anlagevermögen 19

IV. Modernisierungstätigkeit im Anlagevermögen 20

V. Ankauf von Grundstücken des Anlagevermögens 21

VI. Verkauf von Immobilien des Umlaufvermögens 21

F Feststellungen aus der Erweiterung des Prüfungsauftrags nach § 53 HGrG 22

G Wiedergabe des Bestätigungsvermerks und Schlussbemerkung 23

Anlagen

1 Jahresabschluss zum 31.12.2024

2 Lagebericht für 2024

3 Aufgliederung und Erläuterung der Posten des Jahresabschlusses

4 Rechtliche Verhältnisse

5 Betriebliche Kennzahlen

6 Kapitalflussrechnung

7 Erfolgsanalyse

8 Fragenkatalog zur Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG

9 Neubau- und Modernisierungstätigkeit

10 Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften in der Fassung vom 01.01.2024

A Prüfungsauftrag

1 Der Aufsichtsrat der

kwg Kreiswohnbaugesellschaft Hildesheim mbH,
Hildesheim,

(im Folgenden kurz Gesellschaft genannt)

vertreten durch dessen Vorsitzenden, hat uns aufgrund eines Beschlusses des Aufsichtsrates vom 04.06.2025 den Auftrag zur Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2024 und des Lageberichts für 2024 gemäß §§ 316 ff. HGB erteilt. Der Prüfungsauftrag umfasst auch Feststellungen nach § 53 HGrG.

2 Wir bestätigen gemäß § 321 Abs. 4a HGB, dass wir bei unserer Prüfung die anwendbaren Vorschriften zur Unabhängigkeit beachtet haben.

3 Der über diese Prüfung verfasste Bericht wurde nach dem IDW-Prüfungsstandard PS 450 n. F. (10.2021) erstellt. Er richtet sich an die Gesellschaft.

4 Unserem Auftrag liegen die als Anlage beigefügten Allgemeinen Auftragsbedingungen, herausgegeben vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) in der Fassung vom 01.01.2024, zugrunde, die auch Geltung gegenüber Dritten entfalten.

B Grundsätzliche Feststellungen zur Lage der Gesellschaft

5 Unsere Stellungnahme beruht auf der Beurteilung der Lage der Gesellschaft durch die Geschäftsführung im Jahresabschluss zum 31.12.2024 und im Lagebericht für 2024.

Die Geschäftsführung hat den Jahresabschluss unter der Prämisse der Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufgestellt. Dieser liegt eine mittelfristige Unternehmensplanung, gültig bis 2029, zugrunde.

6 Auf folgende wesentliche Darstellungen der Lage der Gesellschaft durch die Geschäftsführung weisen wir hin:

Grundlagen des Unternehmens

Zu den Rahmenbedingungen der Geschäftstätigkeit führt die Geschäftsführung aus, dass die Gesellschaft sich in einem Umfeld mit leicht steigenden Mieten bewegt. Hierbei kommt es im Landkreis Hildesheim in einzelnen Marktsegmenten zu Preissteigerungen, in anderen zu Preisrückgängen. Das Qualitätsbewusstsein der privaten Kunden führt dazu, dass sich nicht modernisierte Wohnungen kaum noch vermieten lassen. Während die Nachfrage nach kleinen Wohnungen als gut bezeichnet wird, sind große Wohnungen im ländlichen Bereich schwerer vermietbar.

Wirtschaftsbericht

Für das Geschäftsjahr 2024 wird ein Jahresüberschuss in Höhe von T€ 4.092,9 (Vorjahr T€ 5.692,4) ausgewiesen. Der Jahresüberschuss entfällt mit T€ 4.411,3 insbesondere auf das Ergebnis aus der Bewirtschaftungstätigkeit, welches im Vergleich zum Vorjahr im Wesentlichen von gestiegenen Mieterträgen geprägt ist.

Die Gesellschaft konnte ihren Zahlungsverpflichtungen jederzeit nachkommen.

Bei einem absoluten Anstieg des Eigenkapitals um T€ 3.824,9 und gesunkenen Bilanzvolumen (- T€ 2.376,1) ergibt sich eine Eigenkapitalquote von 34,2 % (Vorjahr 32,1 %).

Die wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens wird positiv beurteilt.

Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Im Rahmen der Prognose-, Chancen- und Risikoberichterstattung geht die Geschäftsführung auf zukünftige Rahmenbedingungen und die Branchensituation, die zukünftige Ertrags- und Liquiditätsentwicklung sowie auf die künftige Geschäftstätigkeit und erwartete Risiken und Chancen ein. Hierbei wird für 2025 ein positives Jahresergebnis in Höhe von T€ 4.509 erwartet.

Die Gesellschaft plant, das Portfolio gezielt zu ergänzen, um die Marktposition in zukunftsfähigen Märkten und Segmenten zu stärken. Hier werden bei Wirtschaftlichkeit Chancen durch Neubau wie auch energetische Sanierungen gesehen. Eine zukünftige Herausforderung stellt die demografische Entwicklung des Landkreises Hildesheim dar. Sie erfordert seniorengerechte und barrierearme Wohnungen in einem bezahlbaren Segment.

Chancen der weiteren Geschäftsentwicklung liegen insbesondere in einer positiven Marktpositionierung, die durch die oben beschriebenen Maßnahmen sowie die marktgerechte Anpassung des Wohnungsbestandes erreicht werden soll.

Risiken, die bestandsgefährdend sind oder wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage haben könnten, sind nicht erkennbar.

Nach Angaben der Geschäftsführung stellen die Klimaschutzgesetzgebung und die damit einhergehenden Anforderungen und Verpflichtungen für den Gebäudesektor bzw. die Wohnungswirtschaft ganz erhebliche Herausforderungen auch für die kwg Kreiswohnbaugesellschaft Hildesheim mbH dar. Eine Bestandsaufnahme der Objekte zur Ermittlung der derzeitigen CO_2-Emissionen wurde bereits durchgeführt. Im Weiteren ist eine sukzessive Optimierung einer unternehmenseigenen Klimaschutzstrategie, ausgerichtet an den technisch-wirtschaftlichen und finanziellen Gegebenheiten sowie den gesetzlichen und baurechtlichen Vorgaben, vorgesehen. Etwaigen Kosten- und Vermietungsrisiken gilt es dabei zu begegnen.

Der Fokus zur Erreichung der Klimaziele bis 2030 liegt auf der Optimierung und Anpassung der Energie- und Wärmeversorgung der Objekte. Da diese Maßnahmen den Großteil des Bestandes betreffen und die Kosten nicht abzusehen sind, ist dies aus Sicht der Geschäftsführung als ein nicht unerhebliches Risiko zu betrachten.

7 Nach dem Ergebnis unserer Prüfung vermittelt der Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht entspricht den gesetzlichen Vorschriften.

8 Damit ist die Darstellung der Lage des Unternehmens im Jahresabschluss und Lagebericht durch die gesetzlichen Vertreter aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse zutreffend. Auf die voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens ist ausreichend eingegangen worden. Die zugrunde gelegten Prognosen erscheinen plausibel.

C Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung

I. Gegenstand der Prüfung

9 Gegenstand der Abschlussprüfung ist die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften über den Jahresabschluss und den Lagebericht und der sie ergänzenden Vorschriften des Gesellschaftsvertrags sowie der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung.

10 Auf Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht wurden die deutschen handelsrechtlichen Rechnungslegungsgrundsätze angewandt. Wir weisen darauf hin, dass die gesetzlichen Vertreter für die Rechnungslegung, die dazu eingerichteten internen Kontrollen (IKS) und die uns gegenüber gemachten Angaben die Verantwortung tragen. Unsere Aufgabe ist es, diese Unterlagen unter Einbeziehung der Buchführung und die gemachten Angaben im Rahmen einer pflichtgemäßen Prüfung zu beurteilen.

11 Die Prüfung der Einhaltung anderer Vorschriften gehört nur insoweit zu den Aufgaben der Prüfung, als sich aus ihnen üblicherweise Rückwirkungen auf den Jahresabschluss oder den Lagebericht ergeben. Die Aufdeckung und Aufklärung strafrechtlicher Tatbestände, wie z. B. Untreuehandlungen oder Unterschlagungen, sowie die Feststellung außerhalb der Rechnungslegung begangener Ordnungswidrigkeiten sind nicht Gegenstand der Prüfung.

12 Unsere Prüfung hat sich nicht darauf erstreckt, ob der Fortbestand des Unternehmens oder die Wirksamkeit der Geschäftsführung zugesichert werden kann.

13 Zu den rechtlichen Verhältnissen verweisen wir auf Anlage 4 dieses Berichts.

14 Gemäß der Erweiterung des Prüfungsauftrags umfasst die Prüfung die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung sowie die wirtschaftlichen Verhältnisse nach § 53 HGrG.

15 Neben der Jahresabschlussprüfung werden wir auch die Prüfung nach § 16 MaBV vornehmen. Das Prüfungsergebnis wird im Einzelnen in dem entsprechenden Prüfungsbericht dargestellt.

II. Art und Umfang der Prüfung

16 Die Prüfung haben wir im Januar 2025 (Vorprüfung) und in der Zeit vom 14.04.2025 bis 12.06.2025 (Hauptprüfung) in den Geschäftsräumen der Gesellschaft und im Wege des mobilen Arbeitens vorgenommen. Die Fertigstellung des Berichts erfolgte anschließend in unseren Geschäftsräumen in Hannover.

17 Alle erbetenen Auskünfte und Nachweise wurden uns erbracht. Eine berufsübliche Vollständigkeitserklärung vom 12.06.2025 haben wir zu unseren Unterlagen genommen. Die gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft haben uns in ihrer abgegebenen Vollständigkeitserklärung schriftlich versichert, dass die erteilten Aufklärungen und Nachweise vollständig sind. Ferner haben sie erklärt, dass alle Geschäftsvorfälle erfasst und im Jahresabschluss und Lagebericht wiedergegeben sind.

18 Der Prüfung nach § 53 HGrG liegt der IDW-Prüfungsstandard PS 720 „Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG“ zugrunde.

19 Die Prüfung haben wir nach den deutschen Grundsätzen des wirtschaftsprüfenden Berufes unter Beachtung der Verlautbarungen und einschlägigen Prüfungsstandards des Instituts der Wirtschaftsprüfer vorgenommen.

Danach ist die Prüfung mit dem erforderlichen Maß an Sorgfalt so zu planen und durchzuführen, dass unter Beachtung der Grundsätze der Wesentlichkeit und der Wirtschaftlichkeit falsche Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d. h. Manipulation der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern, die sich auf das durch den Jahresabschluss und Lagebericht vermittelte Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Damit erfordert die Zielsetzung der Prüfung regelmäßig keine lückenlose Prüfung.

Unsere Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungs-, Bewertungs- und Gliederungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses.

Unserer Prüfung liegt ein risikoorientierter Prüfungsansatz zugrunde. Zu dessen Anwendung haben wir zunächst Prüfungshandlungen zur Risikobeurteilung durchgeführt und uns ein Verständnis von der Gesellschaft sowie ihrem wirtschaftlichen und rechtlichen Umfeld verschafft und darauf aufbauend mit den Unternehmenszielen und -strategien sowie deren Umsetzung beschäftigt, um die Risiken zu bestimmen, die zu wesentlichen Fehlern in der Rechnungslegung führen können. Ausgehend von den Gesprächen mit der Unternehmensleitung und der Einsichtnahme in Organisationsunterlagen der Gesellschaft haben wir uns darüber hinaus nach pflichtgemäßem Ermessen von der Ausgestaltung der für den Jahresabschluss relevanten internen Kontrollen ein Verständnis verschafft und beurteilt, welche Maßnahmen die Gesellschaft, insbesondere zur Sicherung der Ordnungsmäßigkeit und Verlässlichkeit der Rechnungslegung, ergriffen hat, um diese Risiken zu bewältigen, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit interner Kontrollen der Gesellschaft abzugeben.

Auf Grundlage der Risikobeurteilung werden für die Abschlussebene und die einzelnen Prüffelder und den damit verbundenen Aussagen die entsprechenden kontrollbasierten und aussagebezogenen Prüfungshandlungen geplant. Ungeachtet der Einschätzung des Risikos wesentlicher falscher Darstellungen werden bei wesentlichen Prüffeldern aussagebezogene Prüfungshandlungen durchgeführt.

Die Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen umfassen Funktionsprüfungen ausgewählter Kontrollen in rechnungslegungsrelevanten Geschäftsprozessen (kontrollbasierte Prüfungshandlungen), analytische Prüfungshandlungen sowie Einzelfallprüfungen. Einzelfallprüfungen werden auf Basis von bewussten Auswahlverfahren bzw. unter Heranziehung von ausgewählten Stichprobenverfahren ausgewählt.

20 Prüfungsschwerpunkte werden entsprechend unserer Risikoeinschätzung im Rahmen der Prüfungsstrategie gebildet. Bei dieser Prüfung haben wir Schwerpunkte bei der Bautätigkeit im Bereich des Sachanlagevermögens (Neubau, Bewertung, Abgrenzung von Herstellungs- und Erhaltungsaufwendungen) gesetzt.

21 Bestätigungen der Kreditinstitute, mit denen die Gesellschaft in Geschäftsbeziehung steht, sowie der für die Gesellschaft tätigen Rechtsanwälte und Steuerberater wurden von der Gesellschaft zu unseren Händen eingeholt. Saldenbestätigungen als Bestandsnachweise für die übrigen Forderungen und Verbindlichkeiten wurden von uns nicht angefordert. Wir haben uns jedoch durch alternative Prüfungshandlungen vom Bestehen und der vollständigen Erfassung der ausgewiesenen Forderungen und Verbindlichkeiten überzeugt.

22 Im Rahmen unserer Jahresabschlussprüfung haben wir im berufsüblichen Rahmen Prüfungsergebnisse und Untersuchungen Dritter verwertet. Diese betreffen im zugrunde liegenden Fall ein versicherungsmathematisches Gutachten zur Bewertung der Pensionsverpflichtungen.

23 Den Lagebericht haben wir unter Beachtung des IDW-Prüfungsstandards PS 350 n. F. (10.2021) daraufhin überprüft, ob er den Grundsätzen der Vollständigkeit, Richtigkeit, Klarheit und Übersichtlichkeit entspricht. Darüber hinaus haben wir geprüft, ob der Lagebericht mit dem Jahresabschluss und mit den während unserer Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht sowie den gesetzlichen Vorschriften entspricht. Ebenfalls wurde untersucht, ob die Darstellung der Lage der Gesellschaft zutreffend ist und die Darstellung der wesentlichen Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung plausibel ist.

D Rechnungslegung und wirtschaftliche Lage der Gesellschaft

I. Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung

1. Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen

24 Zur Abwicklung der Buchführung hat die Gesellschaft Standardsoftware im Einsatz.

Die Buchführung ist nach dem Kontenrahmen der Wohnungswirtschaft geordnet. Nach unseren Feststellungen sind die buchführungspflichtigen Geschäftsvorfälle fortlaufend, vollständig und zeitnah aufgezeichnet. Das Belegwesen ist geordnet.

25 Nach dem Ergebnis unserer Prüfung haben sich keine Hinweise darauf ergeben, dass die Sicherheit der rechnungslegungsrelevanten Daten und der IT-Systeme nicht gewährleistet ist.

26 Die organisatorischen Vorkehrungen sind geeignet, die ordnungsmäßige Führung der Buchhaltung sicherzustellen.

27 Insgesamt ergaben unsere Prüfungshandlungen die formelle und materielle Richtigkeit der Buchführung; Aufbau und Handhabung entsprechen den gesetzlichen Vorschriften und gesellschaftsvertraglichen Bestimmungen sowie den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung.

2. Jahresabschluss

28 Die Gesellschaft gilt nach § 267 Abs. 2 HGB als mittelgroßes Unternehmen.

29 Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2024 wurden die Ansatz-, Ausweis- und Bewertungsvorschriften nach HGB, GmbHG bzw. JAbschlWUV beachtet.

30 Der von der Geschäftsführung unter dem Datum vom 12.06.2025 unterzeichnete Jahresabschluss zum 31.12.2024 mit einer Bilanzsumme von € 217.855.697,42 weist einen Jahresüberschuss von € 4.092.897,73 aus. Unter Einbeziehung des Gewinnvortrags von € 338.797,06 ergibt sich nach Einstellung von € 3.800.000,00 in die Bauerneuerungsrücklage gemäß Beschluss des Aufsichtsrats vom 12.06.2025 (nach vorheriger Beratung mit dem Geschäftsführer) und nach Einstellung in die gesellschaftsvertragliche Rücklage von € 7.150,00 ein Bilanzgewinn von € 624.544,79.

Die Geschäftsführung schlägt vor, aus dem Bilanzgewinn € 268.000,00 als Gewinnanteil auszuschütten und € 356.544,79 auf neue Rechnung vorzutragen.

31 Die für die Rechnungslegung geltenden gesetzlichen Vorschriften einschließlich der Regelungen des Gesellschaftsvertrags wurden beachtet. Der Jahresabschluss wurde ordnungsgemäß aus der Buchführung abgeleitet. Der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung lagen ordnungsgemäß erstellte Inventare bzw. Nachweise zugrunde.

32 Der Anhang enthält die gesetzlich geforderten Angaben.

33 Die Gesellschaft hat die Schutzklausel nach § 286 HGB Abs. 4 zur Angabe von Gehältern für die Geschäftsführung in Anspruch genommen.

3. Lagebericht

34 Der Lagebericht der Gesellschaft für das Geschäftsjahr 2024 steht in Einklang mit dem von uns geprüften Jahresabschluss und unseren im Rahmen der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen. Er vermittelt eine zutreffende Vorstellung von der Lage der Gesellschaft und stellt die wesentlichen Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Die Angaben nach § 289 Abs. 2 HGB sind vollständig und zutreffend enthalten. Der Lagebericht entspricht in allen wesentlichen Belangen den gesetzlichen Vorschriften.

II. Gesamtaussage des Jahresabschlusses

35 Der Jahresabschluss vermittelt nach den Ergebnissen unserer Prüfung unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Jahresabschluss zum 31.12.2024 entspricht in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften.

36 Zur Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden sowie zu den ausgeübten Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechten verweisen wir auf die zutreffende Darstellung im Anhang.

37 Die einzelnen Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung haben wir in Anlage 3 erläutert. Dabei handelt es sich - soweit die Posten im Rahmen des risikoorientierten Prüfungsansatzes nicht umfassend geprüft wurden - um Angaben aus der Buchführung des Unternehmens.

III. Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

1. Vermögenslage

38 In der nachstehenden Übersicht werden der Vermögensaufbau und die Kapitalstruktur der Gesellschaft in zusammengefasster Form dargestellt:

	31.12.2024 T€	%	31.12.2023 T€	%	Veränderung T€
Vermögensstruktur					
Anlagevermögen	193.542,0	88,8	190.573,2	86,5	2.968,8
Verkaufsgrundstücke, unbebaut	157,7	0,1	157,7	0,1	0,0
übrige mittelfristige Aktiva	820,5	0,4	425,7	0,2	394,8
kurzfristige Aktiva					
Verkaufsgrundstücke mit fertigen und unfertigen Bauten	909,2	0,4	909,2	0,4	0,0
Flüssige Mittel	5.750,4	2,6	15.720,9	7,1	-9.970,5
sonstige kurzfristige Aktiva	16.675,9	7,7	12.445,1	5,7	4.230,8
Bilanzsumme	**217.855,7**	**100,0**	**220.231,8**	**100,0**	**-2.376,1**

	31.12.2024 T€	%	31.12.2023 T€	%	Veränderung T€
Kapitalstruktur					
Eigenkapital	74.545,4	34,2	70.720,5	32,1	3.824,9
Rückstellungen für Bauinstandhaltung	260,6	0,1	260,6	0,1	0,0
Fremdkapital, langfristig					
Verbindlichkeiten	118.128,5	54,2	119.373,8	54,2	-1.245,3
Pensionsrückstellungen	3.394,1	1,6	3.776,9	1,7	-382,8
forfaitierte Darlehen	2.845,1	1,3	2.975,9	1,4	-130,8
sonstige langfristige Verbindlichkeiten	4.416,5	2,0	4.180,1	1,9	236,4
kurzfristiges Fremdkapital, Rückstellungen und Rechnungsabgrenzung	14.265,5	6,6	18.944,0	8,6	-4.678,5
Bilanzsumme	**217.855,7**	**100,0**	**220.231,8**	**100,0**	**-2.376,1**

39 Auf der Vermögensseite erhöhte sich das Anlagevermögen durch Investitionen von T€ 13.451,8 abzüglich verrechneter Zuschüsse von T€ 5.564,2; gegenläufig wirkten Abgänge von T€ 0,5 und Abschreibungen von T€ 4.918,4.

Der Rückgang der kurzfristigen Aktiva um T€ 5.739,7 resultiert insbesondere aus dem Rückgang der Flüssigen Mittel um T€ 9.970,5. Gestiegene Sonstige Vermögensgegenstände (+ T€ 3436,0), insbesondere durch Forderungen aus Zuschüssen, sowie gestiegene Unfertige Leistungen (+ T€ 1.246,1) wirkten gegenläufig.

40 Auf der Kapitalseite ist zum 31.12.2024 der prozentuale Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital im Vergleich zum Vorjahr bei einer um T€ 2.376,1 gesunkenen Bilanzsumme auf 34,2 % (Vorjahr 32,1 %) gestiegen. Es erhöhte sich absolut um den Jahresüberschuss von T€ 4.092,9 abzüglich der vorgenommenen Ausschüttung für 2023 (T€ 268,0).

41 Die langfristigen Verbindlichkeiten einschließlich passiver Rechnungsabgrenzungsposten verringerten sich durch plan- und außerplanmäßige Tilgungen; gegenläufig wirkten Darlehensvalutierungen für die Neubau- und Modernisierungstätigkeit.

Der Rückgang des kurzfristigen Fremdkapitals resultiert insbesondere aus um T€ 1.871,9 gesunkenen Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie um T€ 1.020,9 gesunkenen Sonstigen Rückstellungen.

42 Nach der Aufgliederung der Bilanzzahlen nach Fristigkeit ergeben sich zusammengefasst folgende Deckungsverhältnisse:

	31.12.2024 T€	31.12.2023 T€	Veränderung T€
mittel- und langfristige Vermögenswerte	194.520,2	191.156,6	3.363,6
langfristige Finanzierungsmittel	203.590,2	201.287,8	2.302,4
Überdeckung	9.070,0	10.131,2	-1.061,2

Das mittel- und langfristig gebundene Vermögen war am 31.12.2024 zu 38,3 % durch Eigenkapital und im Übrigen durch langfristiges Fremdkapital einschließlich langfristiger Rückstellungen gedeckt.

43 Die Vermögenslage der Gesellschaft ist geordnet.

2. Finanzlage

44 Die finanzielle Entwicklung der Gesellschaft stellen wir vergangenheitsorientiert in Übereinstimmung mit dem Lagebericht anhand einer Kapitalflussrechnung auf der Basis des Jahresabschlusses zum 31.12.2024 sowie zukunftsorientiert für 2025 durch eine Fortrechnung dar, in welche die zu erwartenden finanzwirtschaftlichen Vorgänge gemäß den für die Prüfung zur Verfügung stehenden Unterlagen und aufgrund der uns gegebenen Auskünfte einbezogen werden.

45 Die Kapitalflussrechnung weist folgende Daten aus:

	2024		2023
	T€	T€	T€
Finanzmittelbestand zum 01.01.		15.720,9	12.121,1
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit *)	5.014,7		12.602,9
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-11.166,7		-17.851,1
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit **)	-3.818,5	-9.970,5	8.848,0
Finanzmittelbestand zum 31.12.		5.750,4	15.720,9
*) darin enthalten:			
Cashflow nach DVFA/SG		8.628,5	9.965,2
**) darin enthalten:			
planmäßige Tilgungen		-4.786,7	-4.731,1

46 Der Mittelzufluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit reichte nicht aus, um die Mittelabflüsse aus der Investitionstätigkeit und aus der Finanzierungstätigkeit des Geschäftsjahres 2024 vollständig zu decken, da insbesondere Finanzierungsmittel für Investitionsmaßnahmen bereits im Vorjahr zugeflossen waren. In Höhe des Differenzbetrages verminderte sich der Finanzmittelbestand um T€ 9.970,5.

47 Unter Einbeziehung übriger kurzfristiger Aktivposten von T€ 17.585,1 sowie kurzfristiger Passivposten von T€ 14.265,5 ergibt sich bei einem Finanzmittelbestand von T€ 5.750,4 zum 31.12.2024 eine stichtagsbedingte Liquiditätsreserve von T€ 9.070,0.

Vorschaurechnung 2025

48 Der weitere Verlauf der finanziellen Vorgänge stellt sich nach dem in der Aufsichtsratssitzung am 08.11.2024 beschlossenen Wirtschafts- und Finanzplan wie folgt dar:

	T€	T€
Jahresüberschuss lt. Wirtschaftsplan	4.509,4	
zzgl. Abschreibungen	4.973,1	
Veränderung langfristiger Rückstellungen	-74,4	
abzgl. Zinserträge	-95,2	
zzgl. Zinsaufwendungen (ohne Aufzinsungen Rückstellungen)	2.393,5	
Veränderungen der Baugrundstücke des Umlaufvermögens u. a.	900,5	
Ertragsteueraufwand	98,4	
Ertragsteuerzahlungen	-71,1	
Veränderungen sonstige Aktiva/Passiva	1.860,6	
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit		**14.494,8**
Auszahlungen für Modernisierungen und Neubaumaßnahmen	-23.455,4	
Auszahlungen für sonstige Investitionen	-36,0	
Zinserträge	95,2	
Einzahlungen aus Baukostenzuschüssen	3.097,7	
Cashflow aus der Investitionstätigkeit		**-20.298,5**
Auszahlungen für Dividenden	-268,0	
Einzahlungen aus Darlehensvalutierungen	14.387,8	
Auszahlungen für planmäßige Tilgungen	-5.080,8	
Auszahlungen für Zinsen	-2.393,5	
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit		**6.645,5**
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestands		**841,8**
Finanzmittelbestand zum 01.01.2025		5.750,4
Finanzreserve nach Fortrechnung		**6.592,2**

49 Die Finanzlage der Gesellschaft ist geordnet. Die Gesellschaft war im Berichtszeitraum in der Lage, ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

3. Ertragslage

50 Die Gewinn- und Verlustrechnung des Jahres 2024 ist in Anlage 7 funktional gegliedert. Dabei sind auch die Vergleichszahlen und die Veränderungen zum Vorjahr aufgeführt. Zusammengefasst sind folgende Ergebnisse zu verzeichnen:

	2024 T€	2023 T€	Veränderung T€
Bewirtschaftungstätigkeit	4.411,3	3.964,6	446,7
Verkaufstätigkeit	-22,0	1.662,1	-1.684,1
Bautätigkeit/Modernisierung Anlagevermögen	-172,5	-243,1	70,6
Verwaltungsbetreuung	16,5	58,1	-41,6
Sonstiger Geschäftsbetrieb	-87,9	195,0	-282,9
Betriebsergebnis	4.145,4	5.636,7	-1.491,3
Finanzergebnis	250,4	137,7	112,7
Neutrales Ergebnis	-302,9	148,6	-451,5
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,0	-230,5	230,5
Jahresüberschuss	**4.092,9**	**5.692,5**	**-1.599,6**

51 Das Ergebnis der Bewirtschaftungstätigkeit hat sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 446,7 erhöht. Dies resultiert im Wesentlichen aus um T€ 1.100,8 gestiegenen Sollmieten, insbesondere aufgrund von in die Vermietung gegangenen Neubau-/Umbaumaßnahmen und Mietanpassungen. Die Instandhaltungskosten sanken um T€ 287,3. Gegenläufig wirkten sich die um T€ 556,8 gestiegenen Verwaltungskosten, die um T€ 206,8 gestiegenen Abschreibungen auf Sachanlagen und die um T€ 123,1 gestiegenen Zinsen und ähnlichen Aufwendungen aus.

52 Die Verkaufstätigkeit schließt mit einem negativen Ergebnis in Höhe von T€ -22,0 ab. Ursächlich hierfür ist, dass im Geschäftsjahr 2024 keine Verkaufserlöse erzielt wurden.

53 Der negative Ergebnisbeitrag der Bautätigkeit/Modernisierung Anlagevermögen in Höhe von T€ -172,5 resultiert aus den verrechneten Verwaltungskosten.

54 Der Überschuss aus der Verwaltungsbetreuung beträgt T€ 16,5 gegenüber T€ 58,1 im Vorjahr, da in 2024 um T€ 20,3 niedrigere Umsatzerlöse erzielt wurden sowie um T€ 20,4 höhere verrechnete Verwaltungskosten aufgewendet wurden.

55 Das Ergebnis aus dem Sonstigen Geschäftsbetrieb hat sich um T€ 282,9 vermindert. Das Ergebnis ist geprägt von Erlösen aus Wärmelieferungen an Dritte (T€ 351,8; Vorjahr T€ 323,4), Mieten für Antennenstandorte und Vergütungen für Kabelanschlüsse (T€ 138,4; Vorjahr T€ 137,6) sowie Baubetreuungsleistungen für Dritte (T€ 250,8; Vorjahr T€ 506,6). Im Geschäftsjahr übersteigen die verrechneten Kosten die erzielten Erlöse, da die Projekterlöse zum Teil erst im Folgejahr realisiert werden.

56 Das Neutrale Ergebnis berücksichtigt insbesondere Erträge aus Zuschüssen sowie aus Auflösung von Rückstellungen, gemindert um außerplanmäßige Abschreibungen, Zinsaufwendungen für Pensionen u. a.

57 Weitere Einzelheiten zu den Funktionsergebnissen sind Anlage 7 zu entnehmen.

58 Nach dem Wirtschaftsplan der Gesellschaft für das Geschäftsjahr 2025 wird ein Jahresüberschuss von T€ 4.509,4 erwartet.

E Wirtschaftliche Tätigkeit

I. Grundlagen der wirtschaftlichen Tätigkeit

II. Bewirtschaftung des eigenen Hausbesitzes

Bestand

59 Die Gesellschaft bewirtschaftet zum 31.12.:

	2024 Anzahl	2023 Anzahl
Wohnungen	4.267	4.203
gewerbliche und andere Einheiten	60	62
Garagen	782	784
d. s. Verwaltungseinheiten (VE)*	4.439	4.377
Wohn- und Nutzfläche insgesamt (ohne Garagen) in m²	287.691	281.358

*) 7 Garagen/Einstellplätze = 1 Verwaltungseinheit (VE)

60 Die Veränderung des Wohnungsbestandes um 64 Wohnungen resultiert aus der Fertigstellung von Neubauten mit 65 Wohnungen sowie der Verminderung um eine Wohneinheit durch Wohnungszusammenlegung. Daneben reduzierte sich der Bestand der Gewerbeeinheiten um zwei Einheiten.

61 Ende 2024 waren vom gesamten Wohnungsbestand noch 233 (Vorjahr 202) Wohnungen belegungs- und/oder mietpreisgebunden.

Vermietung

62 Die Gesellschaft orientiert sich bei Neuvermietungen jeweils an den aktuellen Mustermietverträgen des GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e.V.

63 Die Betriebskosten werden beim gesamten Wohnraum abgerechnet. Abrechnungszeitraum ist das Kalenderjahr.

64 Die Mieten werden beim preisgebundenen Wohnraum grundsätzlich laufend an die Kostensituation angepasst; beim nicht preisgebundenen Wohnraum werden die Mieterhöhungsmöglichkeiten (im Rahmen der Marktverhältnisse) ausgeschöpft.

Mietänderungen entsprechen, soweit von uns geprüft, in formeller und materieller Hinsicht den gesetzlichen Erfordernissen.

65 Die Erlösschmälerungen auf Sollmieten (T€ 453,2; Vorjahr T€ 347,9) betragen 2,1 % (Vorjahr 1,7 %) der gesamten Sollmieten.

66 Im Berichtszeitraum waren 448 Mieterwechsel zu verzeichnen; dies entspricht einer Fluktuationsquote von 10,5 % (Vorjahr 9,7 %).

Instandhaltung

67 Für die Instandhaltung des eigenen Hausbesitzes wurden ausgegeben:

	2024 T€	2023 T€
Fremdkosten	6.114,6	6.405,4
Verrechnung Instandhaltung	241,7	238,2
	6.356,3	6.643,6
€/m² p. a. Wohn- und Nutzfläche	22,09	23,61

68 Für das Jahr 2025 wird mit Instandhaltungskosten von insgesamt T€ 6.630,6 (ohne eigene Leistungen), das sind € 23,05 je m², gerechnet.

III. Bautätigkeit im Anlagevermögen

69 In Anlage 9 sind die Bauvorhaben basierend auf den Angaben der Gesellschaft dargestellt. Die in 2024 fertiggestellten und im Bau bzw. in der Planung befindlichen Neubau- und Modernisierungsvorhaben sind in der Übersicht der Anlage 9 dargestellt. Bei den dort genannten Bauvorhaben kam es zu Baukostenüberschreitungen insbesondere durch Planungsanpassungen und Kostensteigerungen. Die Zustimmungen zu den Planabweichungen und Kostensteigerungen wurden vom Aufsichtsrat in den Sitzungen am 10.11.2022, 16.11.2023 sowie am 08.11.2024 eingeholt. Statische und dynamische Wirtschaftlichkeitsberechnungen wurden jeweils erstellt.

Nachfolgend die Übersicht zu den in der o.g. Aufsichtsratssitzung vorgestellten Abweichungen:

- Alfeld, Bahnhofstraße: Die Kosten des Bauvorhabens haben sich gegenüber der Planung aus 2020 von € 4,8 Mio auf € 6,2 Mio erhöht. Der Umbau des Postgebäudes hat sich technisch als aufwendiger als geplant herausgestellt. Ein Teil der Mehrkosten wird durch einen KfW-Baukostenzuschuss in Höhe von T€ 850,0 kompensiert. Die Fertigstellung des Bauvorhabens ist in 2024 erfolgt.

- Sarstedt, Bleekstraße: Die Kosten des Bauvorhabens hatten sich gegenüber der Planung aus 2019 zwischenzeitlich von € 9,1 Mio auf € 13,0 Mio erhöht. Im Rahmen der Ausschreibung ist es gelungen die Kosten wieder etwas zu senken. Das Bauvorhaben wurde in 2024 fertiggestellt. Insgesamt sind Baukosten in Höhe von € 11,8 Mio angefallen. Die Kosten sind insbesondere auf eine geänderte technische Planung (KfW 40 EE Standard) zurückzuführen. Baukostenzuschüsse in Höhe von € 3,8 Mio wurden herstellungskostenmindernd berücksichtigt. Die aktualisierte dynamische Wirtschaftlichkeitsberechnung ergibt die Wirtschaftlichkeit der Investition.

- Hildesheim, Kaiserstraße 19: Die Kosten der Umbaumaßnahme haben sich gegenüber der Planung aus 2021 i. H. V. 3,5 Mio um T€ 800 erhöht. Dies wird durch die Flächenmehrung um ca. 15 % durch den Ausbau des Kellers aufgefangen. Die Umbaumaßnahmen wurden in 2024 fertiggestellt. Die Kosten belaufen sich auf € 4,3 Mio. Von den Herstellungskosten wurden Zuschüsse in Höhte von € 1,4 Mio abgesetzt.

IV. Modernisierungstätigkeit im Anlagevermögen

70 Die Gesellschaft hat in 2024 nachträgliche Herstellungskosten in Höhe von T€ 4.356,7 aktiviert. Hierbei handelt es sich überwiegend um energetische Gesamtmaßnahmen und den Anbau von Balkonen.

V. Ankauf von Grundstücken des Anlagevermögens

71 Mit notariellem Kaufvertrag vom 19.12.2019 wurde in Hildesheim eine Gebäude- und Freifläche, Am Ehrenmal 1+2 in Hasede zur Größe von 5.684 m² für T€ 550,0 erworben.

72 Die Zustimmung des Aufsichtsrates wurde eingeholt.

VI. Verkauf von Immobilien des Umlaufvermögens

73 In 2024 wurden keine Grundstücke aus dem Umlaufvermögen verkauft.

F Feststellungen aus der Erweiterung des Prüfungsauftrags nach § 53 HGrG

74 Bei unserer Prüfung haben wir auftragsgemäß die Vorschriften des § 53 HGrG beachtet. Dementsprechend haben wir auch geprüft, ob die Geschäfte ordnungsgemäß, d. h. mit der erforderlichen Sorgfalt und in Übereinstimmung mit den einschlägigen handelsrechtlichen Vorschriften, den Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und der Geschäftsordnung für die Geschäftsführung geführt worden sind.

75 Über die in dem vorliegenden Bericht gebrachten Feststellungen hinaus hat unsere Prüfung keine Besonderheiten ergeben, die nach unserer Auffassung für die Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung von Bedeutung sind.

76 Zu Einzelheiten unserer Ordnungsmäßigkeitsprüfung und zum Fragenkatalog zu § 53 HGrG verweisen wir auf Anlage 8.

G Wiedergabe des Bestätigungsvermerks und Schlussbemerkung

77 Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung haben wir dem Jahresabschluss zum 31.12.2024 und dem Lagebericht für das Geschäftsjahr 2024 (Anlagen 1 und 2) der kwg Kreiswohnbaugesellschaft Hildesheim mbH, Hildesheim, unter dem Datum vom 12.06.2025 den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt, der hier wiedergegeben wird:

„Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die kwg Kreiswohnbaugesellschaft Hildesheim mbH, Hildesheim

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der kwg Kreiswohnbaugesellschaft Hildesheim mbH, Hildesheim, - bestehend aus der Bilanz zum 31.12.2024 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2024 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden - geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der kwg Kreiswohnbaugesellschaft Hildesheim mbH, Hildesheim, für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2024 geprüft. Die übrigen Teile des Geschäftsberichts mit Ausnahme des geprüften Abschlusses und Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31.12.2024 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2024 und

- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen die übrigen Teile des Geschäftsberichts mit Ausnahme des geprüften Abschlusses und Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zu den inhaltlich geprüften Lageberichtsangaben oder zu unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d. h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass eine aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, ist höher als das Risiko, dass eine aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

- erlangen wir ein Verständnis von den für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollen und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen der Gesellschaft bzw. dieser Vorkehrungen und Maßnahmen abzugeben.

- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.

- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.

- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.

- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel in internen Kontrollen, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Hannover, den 12.06.2025

Verband der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft
in Niedersachsen und Bremen e.V.

Wendlandt
Wirtschaftsprüfer

Günther
Wirtschaftsprüfer"

Den vorstehenden Prüfungsbericht erstatten wir in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen (IDW PS 450 n. F. (10.2021)).

Eine Verwendung des oben wiedergegebenen Bestätigungsvermerks außerhalb dieses Prüfungsberichts bedarf unserer vorherigen Zustimmung. Bei Veröffentlichungen oder Weitergabe des Jahresabschlusses und/oder des Lageberichts in einer von der bestätigten Fassung abweichenden Form (einschließlich der Übersetzung in andere Sprachen) bedarf es zuvor unserer erneuten Stellungnahme, sofern hierbei unser Bestätigungsvermerk zitiert oder auf unsere Prüfung hingewiesen wird; auf § 328 HGB wird verwiesen.

Hannover, den 12.06.2025

Verband der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft
in Niedersachsen und Bremen e.V.

Wendlandt
Wirtschaftsprüfer

Günther
Wirtschaftsprüfer

Anlagen

1 Jahresabschluss zum 31.12.2024

2 Lagebericht für 2024

3 Aufgliederung und Erläuterung der Posten des Jahresabschlusses

4 Rechtliche Verhältnisse

5 Betriebliche Kennzahlen

6 Kapitalflussrechnung

7 Erfolgsanalyse

8 Fragenkatalog zur Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG

9 Neubau- und Modernisierungstätigkeit

10 Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften in der Fassung vom 01.01.2024

kwg Kreiswohnbaugesellschaft Hildesheim mbH

Bilanz zum 31. Dezember 2024

AKTIVA

	EUR	EUR	Vorjahr EUR
A. ANLAGEVERMÖGEN			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
1. Entgeltlich erworbene Werte und Lizenzen		101.348,66	112.914,09
II. Sachanlagen			
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten	176.020.474,84		165.043.098,33
2. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Geschäfts- und anderen Bauten	11.709.693,56		10.148.676,22
3. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten	106.261,60		863.044,20
4. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	303.019,99		366.361,78
5. Anlagen im Bau	5.054.179,79		13.538.374,40
6. Bauvorbereitungskosten	191.880,31		447.646,05
7. geleistete Anzahlungen	5.114,23	193.390.624,32	3.128,69
III. Finanzanlagen			
1. Beteiligungen		50.000,00	50.000,00
Anlagevermögen insgesamt		193.541.972,98	190.573.243,76
B. UMLAUFVERMÖGEN			
I. Zum Verkauf bestimmte Grundstücke und andere Vorräte			
1. Grundstücke ohne Bauten	157.666,92		157.666,92
2. Grundstücke mit fertigen Bauten	909.182,14		909.182,14
3. Unfertige Leistungen	9.144.186,59		7.898.083,70
4. Andere Vorräte	573.984,76	10.785.020,41	704.711,46
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Vermietung	30.604,35		45.086,96
2. Forderungen aus Verkauf von Grundstücken	0,00		81.300,00
3. Forderungen aus Betreuungstätigkeit	12.263,85		570,07
4. Forderungen aus anderen Lieferungen und Leistungen	75.122,74		311.488,37
5. Sonstige Vermögensgegenstände	6.846.449,45	6.964.440,39	3.411.657,28
III. Flüssige Mittel und Bausparguthaben			
1. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		5.750.445,28	15.720.937,10
2. Bausparguthaben		813.818,36	417.825,92
		6.564.263,64	16.138.763,02
Umlaufvermögen insgesamt		24.313.724,44	29.658.509,92
		217.855.697,42	220.231.753,68

PASSIVA

	EUR	EUR	Vorjahr EUR
A. EIGENKAPITAL			
I. Gezeichnetes Kapital		6.671.880,00	6.671.880,00
II. Kapitalrücklagen		6.079.261,30	6.079.261,30
III. Gewinnrücklagen			
1. Gesellschaftsvertragliche Rücklage	3.335.940,00		3.328.790,00
2. Bauerneuerungsrücklage	53.281.000,00		49.481.000,00
3. Andere Gewinnrücklagen	4.552.782,94	61.169.722,94	4.552.782,94
IV. Bilanzgewinn			
1. Gewinnvortrag	338.797,06		314.331,91
2. Jahresüberschuss	4.092.897,73		5.692.465,15
3. Einstellungen in Gewinnrücklagen	-3.807.150,00	624.544,79	-5.400.000,00
Eigenkapital insgesamt		74.545.409,03	70.720.511,30
B. RÜCKSTELLUNGEN			
1. Rückstellungen für Pensionen	3.394.110,00		3.776.921,00
2. Rückstellungen für Steuern	0,00		249.194,00
3. Rückstellungen für Bauinstandhaltung	260.649,72		260.649,72
4. Sonstige Rückstellungen	500.055,17	4.154.814,89	1.520.943,82
C. VERBINDLICHKEITEN			
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	110.728.268,64		113.827.678,20
2. Verbindlichkeiten gegenüber anderen Kreditgebern	7.464.659,59		7.598.654,10
3. Erhaltene Anzahlungen	9.963.139,02		9.343.043,91
4. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen			
a) Verbindlichkeiten aus Vermietung	4.834.498,89		4.566.865,90
b) Verbindlichkeiten aus anderen Lieferungen und Leistungen	3.115.153,52		5.254.730,29
5. Sonstige Verbindlichkeiten	188.613,10	136.294.332,76	117.345,76
davon aus Steuern: 187.861,39 EUR (Vorjahr: 117.171,94 EUR)			
D. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN			
1. Andere Rechnungsabgrenzungsposten		2.861.140,74	2.995.215,68
		217.855.697,42	220.231.753,68

kwg Kreiswohnbaugesellschaft Hildesheim mbH

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2024

	EUR	EUR	Vorjahr EUR
1. Umsatzerlöse			
a) aus Bewirtschaftungstätigkeit	29.213.517,77		27.450.014,92
b) aus Verkauf von Grundstücken	0,00		12.600.350,00
c) aus Betreuungstätigkeit	213.501,26		233.764,28
d) aus anderen Lieferungen und Leistungen	768.963,78	30.195.982,81	1.265.481,20
2. Verminderung (-) oder Erhöhung des Bestandes an zum Verkauf bestimmten Grundstücken mit fertigen und unfertigen Bauten sowie unfertigen Leistungen		1.246.102,89	-7.789.049,62
3. Andere aktivierte Eigenleistungen		16.151,10	15.221,54
4. Sonstige betriebliche Erträge		582.997,25	571.669,64
5. Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen			
a) Aufwendungen für Bewirtschaftungstätigkeit	15.432.503,40		14.520.079,84
b) Aufwendungen für Verkaufsgrundstücke	21.998,08		2.414.602,09
c) Aufwendungen aus Betreuungstätigkeit	2.672,69		1.778,25
d) Aufwendungen für andere Lieferungen und Leistungen	408.817,50	15.865.991,67	440.856,15
Rohergebnis		16.175.242,38	16.970.135,63
6. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	2.638.570,01		2.552.793,20
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	321.437,70	2.960.007,71	404.856,71
davon für Altersversorgung: -160.962,25 EUR (Vorjahr: -60.737,79 EUR)			
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		4.918.407,34	4.611.752,79
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen		2.117.408,41	1.380.339,98
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		250.674,11	138.003,18
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		2.339.910,11	2.238.468,54
davon Zinsanteil aus der Aufzinsung von Rückstellungen 34.896,17 EUR (Vorjahr: 51.634,49 EUR)			
11. Steuern vom Einkommen und Ertrag		0,00	230.502,71
12. **Ergebnis nach Steuern**		**4.090.182,92**	**5.689.424,88**
13. Sonstige Steuern		-2.714,81	-3.040,27
14. Jahresüberschuss		**4.092.897,73**	**5.692.465,15**
15. Gewinnvortrag		338.797,06	314.331,91
16. Einstellungen in Gewinnrücklagen			
a) in gesellschaftsvertragliche Rücklagen		-7.150,00	0,00
b) in die Bauerneuerungsrücklage		-3.800.000,00	-5.400.000,00
17. Bilanzgewinn		**624.544,79**	**606.797,06**

Anhang für das Geschäftsjahr 2024

kwg Kreiswohnbaugesellschaft Hildesheim mbH, Kaiserstr. 15, 31134 Hildesheim
Handelsregister Hildesheim HRB 102

A. ALLGEMEINE ANGABEN

Der Jahresabschluss zum 31.12.2024 wurde nach den Vorschriften des deutschen Handelsgesetzbuches (HGB) aufgestellt. Dabei wurden die einschlägigen gesetzlichen Regelungen für Gesellschaften mit beschränkter Haftung und die Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages ebenso wie die Verordnung über die Gliederung des Jahresabschlusses für Wohnungsunternehmen (JAbschlWUV) in der jeweils gültigen Fassung beachtet.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde entsprechend dem § 275 Abs. 2 HGB wiederum nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt.

B. ANGABEN ZU BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sind gegenüber dem Vorjahr unverändert beibehalten worden.

1. Anlagevermögen

Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögensgegenstände werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert und, soweit sie der Abnutzung unterliegen, abgeschrieben. Die Abschreibungen wurden linear mit 20 % bzw. 33 % und für jährlich aktualisierte Nutzungsrechte mit 100 %, im Jahr des Zugangs jeweils zeitanteilig, vorgenommen.

Das Sachanlagevermögen wurde grundsätzlich zu fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet. Die Herstellungskosten wurden auf der Grundlage der Einzelkosten und angemessener Teile der Gemeinkosten ermittelt. Die aktivierten Eigenleistungen umfassen Architekten- sowie Verwaltungsleistungen. Fremdkapitalzinsen wurden nicht aktiviert. Nachträgliche Herstellungskosten werden grundsätzlich auf die Restnutzungsdauer der Gebäude verteilt.
Die im Geschäftsjahr 2008 im Rahmen der Verschmelzung übernommenen Immobilienbestände wurden zu Zeitwerten angesetzt.

Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten werden linear über die Restnutzungsdauer unter Zugrundelegung einer Gesamtnutzungsdauer von 50 - 80 Jahren abgeschrieben. Auf Grund von Modernisierungsmaßnahmen im Geschäftsjahr wurden die Restnutzungsdauern bei 3 Objekten zwischen 12 und 16 Jahre erhöht. Nach durchgeführter Kernsanierung wurde die Nutzungsdauer bei einem Objekt auf 72 Jahre festgelegt. Bei einem Objekt mit geplantem Abbruch im Jahr 2025 wurde der Buchwert i. H. v. 50.989,87 auf null abgeschrieben. Betriebsvorrichtungen werden linear über eine Gesamtnutzungsdauer von 10 bis 14 Jahren abgeschrieben.

Grundstücke mit Geschäfts- und anderen Bauten werden, sofern sie nicht bereits voll abgeschrieben sind, linear über die Restnutzungsdauer unter Zugrundelegung einer Gesamtnutzungsdauer von 10 bis 80 Jahren, Außenanlagen mit 10 Prozent der Anschaffungs- und Herstellungskosten abgeschrieben. Nach erfolgter Kernsanierung wurde die Nutzungsdauer bei einem Objekt auf 54 Jahre angepasst. Ein Objekt wurde im Geschäftsjahr abgebrochen und der Buchwert i. H. v. 217.142,44 EUR abgeschrieben.

Im Geschäftsjahr wurden Abschreibungen auf Bauvorbereitungskosten in Höhe von 43.601,01 EUR vorgenommen.

Die Betriebs- und Geschäftsausstattung wird linear unter Zugrundelegung einer Gesamtnutzungsdauer von 3 bis 13 Jahren abgeschrieben.

Bewegliche geringwertige Vermögensgegenstände mit Anschaffungskosten bis 800,00 EUR werden in Anlehnung an § 6 Abs. 2 Satz 1 EStG im Anschaffungsjahr voll abgeschrieben.

Die Anteile an beteiligten Unternehmen sind zu Anschaffungskosten bzw. dem niedrigeren beizulegenden Wert bewertet.

Ausleihungen werden grundsätzlich zum Nennwert angesetzt.

Erhaltene Zuschüsse werden mit den Anschaffungs- und Herstellungskosten der jeweiligen Objekte verrechnet.

2. Umlaufvermögen

Grundstücke ohne Bauten und Bauvorbereitungskosten wurden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten beziehungsweise mit dem niedrigeren beizulegenden Wert bewertet. Die Herstellungskosten wurden auf Grundlage der Fremdkosten ermittelt.

Die unfertigen Leistungen umfassen mit Mietern und Dritten abzurechnende Betriebs- und Heizkosten (Aufwendungen für fremdbezogene Lieferungen und Leistungen sowie eigene Leistungen für die Hauswarttätigkeit). Falls erforderlich werden die unfertigen Leistungen auf Grund von Leerständen wertberichtigt. Die anderen Vorräte wurden zu Anschaffungskosten bewertet. Dabei wurde als Verbrauchsfolgeverfahren für die Heizmaterialien die Fifo-Methode angewendet.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind zu Anschaffungskosten bewertet.

Erkennbaren Risiken beim Vorratsvermögen und bei den Forderungen wurde durch Abschreibungen bzw. der Bildung von Wertberichtigungen Rechnung getragen.

Flüssige Mittel werden zum Nennwert bzw. Nominalbetrag angesetzt.

3. Rückstellungen

Die Höhe der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen wird auf der Grundlage der „Richttafeln 2018 G" von Heubeck berechnet. Als Bewertungsmethode wird die „Projizierte Einmalbeitragsmethode“ verwendet. Für laufende Pensionen und unverfallbare Anwartschaften Ausgeschiedener werden nach versicherungs-

mathematischen Verfahren die Barwerte, für andere Anwartschaften die Teilwerte ermittelt. Dabei sind zur Ermittlung des Erfüllungsbetrages erwartete Gehalts- und Rentensteigerungen in Höhe von 2 % sowie der von der Deutschen Bundesbank veröffentlichte durchschnittliche Marktzins der vergangenen 10 Jahre für eine Laufzeit von 15 Jahren in Höhe von 1,90 % zum 31.12.2024 zu Grunde gelegt worden.
Die in den Vorjahren gebildeten Rückstellungen für Bauinstandhaltung (Aufwandsrückstellungen) wurden beibehalten und werden in zukünftigen Geschäftsjahren bestimmungsgemäß verbraucht.

Die Sonstigen Rückstellungen beinhalten alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten. Ihre Bewertung erfolgte nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung in Höhe des künftigen Erfüllungsbetrages.
Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr wurden mit dem der Laufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzins der vergangenen sieben Jahre gemäß Rückstellungsabzinsungsverordnung abgezinst. Dies betrifft Rückstellungen für Schönheitsreparaturen, Rückstellungen für Altersteilzeit, Rückstellungen für noch anfallende Baukosten, Rückstellungen für Archivierung und für Gewährleistung an verkauften Objekten. Rückstellungen mit einer Laufzeit unter einem Jahr werden nicht abgezinst.

4. Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten sind mit dem Erfüllungsbetrag passiviert.

5. Rechnungsabgrenzungsposten

Als passive Rechnungsabgrenzungsposten wurden vor dem Bilanzstichtag erhaltene Zahlungen ausgewiesen, soweit sie Erträge für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen. Der Ansatz erfolgte zum Nennwert. Der Abgrenzungsposten resultiert im Wesentlichen aus dem Verkauf von Mietforderungen. Die in der Miete enthaltenen Finanzierungskosten in Höhe von 3.808.435 EUR wurden an die finanzierenden Kreditinstitute abgetreten.

C. ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ UND GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens ist im nachfolgenden Anlagenspiegel dargestellt:

Anlagenspiegel für 2024

Bilanzposten	Anschaffungskosten					Abschreibungen/Tilgungen					Buchwerte	
	01.01.2024	Zugang	Abgang	Umbuchungen	31.12.2024	01.01.2024	Zugang	Abgang	Umbuchung	31.12.2024	31.12.2024	31.12.2023
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
I. Immaterielle Vermögensgegenstände												
1. Entgeltlich erworbene Werte und Lizenzen	342.999,02	22.354,80	17.672,83	0,00	347.680,99	230.084,93	33.920,23	17.672,83	0,00	246.332,33	101.348,66	112.914,09
	342.999,02	22.354,80	17.672,83	0,00	347.680,99	230.084,93	33.920,23	17.672,83	0,00	246.332,33	101.348,66	112.914,09
II. Sachanlagen												
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten	251.727.722,68	6.434.368,28	4.198.434,36 [1]	13.002.097,36	266.965.753,96	86.684.624,35	4.179.908,79	0,00	80.745,98	90.945.279,12	176.020.474,84	165.043.098,33
2. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Geschäfts- und anderen Bauten	17.464.228,08	3.334.933,42	1.627.616,99 [2]	75.133,80	19.246.678,31	7.315.551,86	564.059,21	261.880,34	-80.745,98	7.536.984,75	11.709.693,56	10.148.676,22
3. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten	901.607,10	0,00	0,00	-756.782,60	144.824,50	38.562,90	0,00	0,00	0,00	38.562,90	106.261,60	863.044,20
4. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	980.556,04	34.075,97	34.560,03	0,00	980.071,98	614.194,26	96.918,10	34.060,37	0,00	677.051,99	303.019,99	366.361,78
5. Anlagen im Bau	13.538.374,40	3.542.392,40	0,00	-12.026.587,01	5.054.179,79	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	5.054.179,79	13.538.374,40
6. Bauvorbereitungskosten	447.646,05	78.568,13	43.601,01	-290.732,86	191.880,31	0,00	43.601,01	43.601,01	0,00	0,00	191.880,31	447.646,05
7. Geleistete Anzahlungen	3.128,69	5.114,23	0,00	-3.128,69	5.114,23	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	5.114,23	3.128,69
	285.063.263,04	13.429.452,43	5.904.212,39	0,00	292.588.503,08	94.652.933,37	4.884.487,11	339.541,72	0,00	99.197.878,76	193.390.624,32	190.410.329,67
III. Finanzanlagen												
Beteiligungen	50.000,00	0,00	0,00	0,00	50.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	50.000,00	50.000,00
	50.000,00	0,00	0,00	0,00	50.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	50.000,00	50.000,00
Anlagevermögen insgesamt	285.456.262,06	13.451.807,23	5.921.885,22	0,00	292.986.184,07	94.883.018,30	4.918.407,34	357.214,55	0,00	99.444.211,09	193.541.972,98	190.573.243,76

4.198.434,36 [1] aus Baukostenzuschuss/Tilgungsnachlass

1.365.736,65 aus Baukostenzuschuss
261.880,34 aus Abriss
1.627.616,99 [2]

Der Posten „**Unfertige Leistungen**“ enthält die noch nicht abgerechneten Betriebskosten mit Mietern in Höhe von 8.801.919,46 EUR Die Vorräte beinhalten Heizmaterialien (Heizöl und Pellets) in Höhe von 573.671,05 EUR.

Als Forderungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden in den **Sonstigen Vermögensgegenständen** Forderungen aus Teilschulderlass mit 1.055.050,00 EUR sowie aus der Instandhaltungsrücklage für eine Tiefgaragen-gemeinschaft mit 6.656,67 EUR (Vorjahr: 7.906,17 EUR) ausgewiesen. Alle übrigen Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind, wie im Vorjahr, innerhalb eines Jahres fällig. Die Forderungen aus Vermietung betragen 30.604, 35 EUR.

Rücklagenspiegel:

	Gesellschaftsvertragliche Rücklage EUR	Bauerneuerungsrücklage EUR	Andere Gewinnrücklagen EUR
Bestand am 01.01.2024	3.328.790,00	49.481.000,00	4.552.782,94
Einstellung			
aus dem Jahresüberschuss des Geschäftsjahres	7.150,00		
Einstellung in 2024 gemäß Beschluss des Aufsichtsrates vom 12.06.2025	0,00	3.800.000,00	0,00
Bestand am 31.12.2024	3.335.940,00	53.281.000,00	4.552.782,94

Die in den Vorjahren unter Beachtung der Stellungnahme „Rückstellung für Bauinstandhaltung von Wohngebäuden“ des Wohnungswirtschaftlichen Fachausschusses (WFA 1/1990) des Instituts der Wirtschaftsprüfer (IDW) gebildeten **Rückstellungen für Bauinstandhaltung** (Aufwandsrückstellungen) werden gemäß der Übergangsregelung (Art. 67 Abs. 3 EGHGB) fortgeführt. Die Aufwandsrückstellungen werden voraussichtlich bis Ende des Geschäftsjahres 2026 vollständig verbraucht sein.

Im Posten „**Sonstige Rückstellungen**“ sind folgende Rückstellungen mit einem nicht unerheblichen Umfang enthalten: Rückstellungen für Schönheitsreparaturen i. H. v. 190,7 TEUR und Rückstellungen für öffentliche-rechtliche/vertragliche Verpflichtungen i. H. v 96,8 TEUR.

Die Zusammensetzung der Verbindlichkeiten entsprechend der Laufzeit sowie der Gesamtbetrag der Verbindlichkeiten, die durch Grundpfandrechte gesichert sind, ergeben sich aus dem nachfolgenden Verbindlichkeitenspiegel:

Verbindlichkeitenspiegel für 2024

Verbindlichkeiten	Insgesamt	Davon				
		Restlaufzeit			gesichert	
	EUR	unter 1Jahr EUR	1 bis 5 Jahre EUR	über 5 Jahre EUR	EUR	Art der Sicherung
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	**110.728.268,64**	**5.862.247,91**	**18.605.008,78**	**86.261.011,95**	**110.728.268,64**	**GPR**
(Vorjahr:)	113.827.678,20	19.766.871,00	18.477.527,10	75.583.280,10	113.827.678,20	
Verbindlichkeiten gegenüber anderen Kreditgebern	**7.464.659,59**	**89.634,94**	**389.914,48**	**6.985.110,17**	**7.432.743,73**	**GPR**
(Vorjahr:)	7.598.654,10	133.994,49	377.132,18	7.087.527,43	7.565.828,00	
Erhaltene Anzahlungen	**9.963.139,02**	**9.963.139,02**	**0,00**			
(Vorjahr:)	9.343.043,91	9.343.043,91	0,00			
Verbindlichkeiten aus Vermietung	**4.834.498,89**	**417.977,91**	**4.416.520,98**		**4.416.520,98**	**BÜR**
(Vorjahr:)	4.566.865,90	386.724,15	4.180.141,75		4.180.141,75	
Verbindlichkeiten aus anderen Lieferungen und Leistungen	**3.115.153,52**	**2.696.035,92**	**396.337,42**	**22.780,18**		
(Vorjahr:)	5.254.730,29	4.735.176,79	446.952,28	72.601,22		
Sonstige Verbindlichkeiten	**188.613,10**	**188.613,10**				
(Vorjahr:)	117.345,76	117.345,76				
SUMME	**136.294.332,76**	**19.217.648,80**	**23.807.781,66**	**93.268.902,30**	**122.577.533,35**	
(Vorjahr:)	140.708.318,16	34.483.156,10	23.481.753,31	82.743.408,75	125.573.647,95	

GPR = Grundpfandrecht
BÜR = Bankbürgschaft

Gewinn- und Verlustrechnung

In den Posten der Gewinn- und Verlustrechnung sind folgende wesentliche periodenfremde Erträge und Aufwendungen enthalten:

	EUR
Erträge	
- Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	211.816,95
Aufwendungen	
- Abschreibungen auf Mietforderungen	96.059,86
- Abschreibungen auf andere Forderungen	82.640,49

Die unter den **Personalaufwendungen** enthaltenen Auflösungen zur Rückstellung für Pensionen wurden um den nach BilMoG unter den Zinsen und ähnlichen Aufwendungen auszuweisenden Zinsanteil von 32.326,00 EUR gekürzt.

Aus der Abzinsung der Pensionsrückstellungen mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen 10 Jahre ergibt sich im Vergleich zur Abzinsung mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen 7 Jahre ein Unterschiedsbetrag in Höhe von -25.546,00 EUR. Gemäß § 253 Abs. 6 HGB ist der Unterschiedsbetrag für Ausschüttungen gesperrt.

Gemäß der Verordnung über die Gliederung des Jahresabschlusses für Wohnungsunternehmen werden erstmalig im Geschäftsjahr Fremdkosten, die mit den Umsatzerlösen aus Betreuungstätigkeit zusammenhängen, in der Position Aufwendungen aus Betreuungstätigkeit ausgewiesen. Diese waren bisher unter den Aufwendungen für andere Lieferungen und Leistungen zu erfassen.

D. SONSTIGE ANGABEN

I. Anzahl der durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer

Neben dem Geschäftsführer waren während des Geschäftsjahres im Durchschnitt folgende Arbeitnehmer beschäftigt (Vorjahreswerte in Klammern):

	Vollbeschäftigte	Teilzeit- und geringfügig Beschäftigte
Kaufmännische Mitarbeiter	18,25 (18,75)	11,25 (12,00)
Technische Mitarbeiter	6,00 (6,00)	-
Hauswarte	5,00 (4,50)	-
Auszubildende	7,75 (6,75)	-

II. Bezüge von Organmitgliedern

Die Gesamtbezüge der Aufsichtsratsmitglieder betrugen im Geschäftsjahr 34.634,54 EUR.

An frühere Mitglieder der Geschäftsführung und ihre Angehörigen wurden im Geschäftsjahr 2024 53.819,76 EUR gezahlt. Für künftige Zahlungsverpflichtungen bestehen für diese Personengruppe Pensionsrückstellungen in Höhe von 383.696,00 EUR.

III. Bezüge der Geschäftsführung

Auf die Angabe der Bezüge des Geschäftsführers wird unter Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

IV. Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern

Zum 31. Dezember 2024 bestehen folgende, in der Bilanz nicht gesondert ausgewiesene Forderungen und Verbindlichkeiten:

	31.12.2024 EUR	31.12.2023 EUR
Forderungen		
- Forderungen aus Vermietung	0,00	506,12
- Forderungen aus anderen Lieferungen und Leistungen	18.849,59	118.580,29
- Sonstige Vermögensgegenstände	824.567,18	77.363,60
Verbindlichkeiten		
- Verbindlichkeiten gegenüber anderen Kreditgebern	3.464.659,59	3.551.379,10
- erhaltene Anzahlungen	548.835,75	530.734,55
- Verbindlichkeiten aus Vermietung	132.517,31	103.551,50
- Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	43.622,34	8.746,49

V. Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die kwg Kreiswohnbaugesellschaft Hildesheim mbH ist an der ProjektBau Hildesheim GmbH & Co. OHG zu 50% beteiligt. Für das Geschäftsjahr ergibt sich aufgrund einer geplanten großen Instandhaltungsmaßnahme ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 112.033,70 EUR.

Es bestehen Zahlungsverpflichtungen aus beauftragten Neubau- und Modernisierungsmaßnahmen in Höhe von 6.171.297 EUR.

Für Erbbaurechtsverträge mit einer Restlaufzeit von 33 bis 96 Jahren wurden im Geschäftsjahr Erbbauzinsen in Höhe von 84.402,42 EUR gezahlt.

VI. Bilanzgewinn

	EUR
Jahresüberschuss 2024	4.092.897,73
Gewinnvortrag aus 2023	338.797,06
Einstellungen in die	
- gesellschaftsvertragliche Rücklage	-7.150,00
- Bauerneuerungsrücklage	-3.800.000,00
Bilanzgewinn 2024	624.544,79

VII. Gewinnverwendungsvorschlag

Die Geschäftsführung schlägt vor, aus dem Bilanzgewinn i. H. v. 624.544,79 EUR zum 22.07.2025 als Gewinnanteil 268.000,00 EUR auszuschütten und 356.544,79 EUR auf neue Rechnung vorzutragen.

VIII. Tätigkeit der Organe

Die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung haben alle ihnen nach Gesetz und Gesellschaftsvertrag obliegenden Sachverhalte beraten und, soweit erforderlich, hierzu Beschlüsse gefasst.

IX. Gesellschafter

Landkreis Hildesheim	EUR	3.889.620,00
Stadt Sarstedt	EUR	946.410,00
Gemeinde Nordstemmen	EUR	534.820,00
Stadt Bockenem	EUR	349.220,00
Gemeinde Harsum	EUR	309.340,00
Stadt Bad Salzdetfurth	EUR	255.650,00
Gemeinde Diekholzen	EUR	166.170,00
Gemeinde Söhlde	EUR	125.270,00
Gemeinde Giesen	EUR	18.410,00
Gemeinde Hohenhameln	EUR	14.300,00
Gemeinde Algermissen	EUR	12.280,00
Stadt Alfeld	EUR	11.800,00
Gemeinde Schellerten	EUR	10.230,00
Gemeinde Holle	EUR	7.160,00
Stadt Gronau	EUR	4.600,00
Gemeinde Freden	EUR	3.800,00

Stadt Elze	EUR	3.600,00
Gemeinde Lamspringe	EUR	3.000,00
Gemeinde Sibbesse	EUR	2.200,00
Flecken Duingen	EUR	1.900,00
Samtgemeinde Leinebergland	EUR	1.200,00
Flecken Eime	EUR	900,00
	EUR	6.671.880,00

X. Aufsichtsrat

Bernd Lynack, Vorsitzender	Landrat	
Holger Schröter-Mallohn, stellv. Vorsitzender	Lehrer i. R.	Kreistagsmitglied, Nordstemmen
Fabian von Berg	Bürgermeister Schellerten	
Ute Bertram	Bankfachwirtin	Kreistagsmitglied, Alfeld
Bernd Beushausen	Bürgermeister, Alfeld	
Rainer Block	Bürgermeister, Bockenem	
Christel Brede	Sparkassenbetriebswirtin	Kreistagsmitglied, Sarstedt
Heike Brennecke	Bürgermeisterin, Sarstedt	
Andre Ceglarek	Bankbetriebswirt	Kreistagsmitglied, Sibbesse
Marc Ehrig	Bankfachwirt	Kreistagsmitglied, Harsum
Björn Gryschka	Bürgermeister, Bad Salzdetfurth	
Pascal Kubat	Bildungsreferent	Kreistagsmitglied, Hildesheim
Marcel Litfin	Bürgermeister, Harsum	
Heinrich Machtens	Dipl. Ing. Agr. / Landwirt	Kreistagsmitglied, Harsum
Werner Preissner	kaufm. Angestellter	Kreistagsmitglied, Algermissen
Volker Senftleben	Bürgermeister, Samtgemeinde Leinebergland	
Dr. Susanne Weber	Chemikerin	Kreistagsmitglied, Schellerten

XI. Geschäftsführung

Alleinvertretungsberechtigter Geschäftsführer	Matthias Kaufmann, Bad Salzdetfurth Dipl.-Ing. Architekt Dipl. Wohnungs- und Immobilienwirt (FWI)
Einzelprokurist	Ralf Iggena, Hildesheim
Gesamtprokurist	Gerold Schäfer, Schellerten (ab 01.02.2024)
Gesamthandlungsbevollmächtigte	Carolin Bettels, Bad Salzdetfurth Stefan Mai, Hildesheim Ralf Oelkers, Hildesheim Gerold Schäfer, Schellerten (bis 31.01.2024) Marc Thoma, Laatzen Milano Werner, Hildesheim

XII. Organisation

Verwaltung:	Kaiserstraße 15, 31134 Hildesheim Telefon: 05121/976-0 Telefax: 05121/976-66 Internet: http://www.kwg-hi.de E-Mail: info@kwg-hi.de
Kundencenter Alfeld:	Kalandstraße 3, 31061 Alfeld Telefon: 05181/9118-0 Telefax: 05181/9118-33
Kundencenter Sarstedt:	Lönsstraße 4, 31157 Sarstedt Telefon: 05066/7051-0 Telefax: 05066/7051-29

Hildesheim, den 12.06.2025

kwg Kreiswohnbaugesellschaft Hildesheim mbH
Die Geschäftsführung
Matthias Kaufmann

Lagebericht
für das
Geschäftsjahr 2024

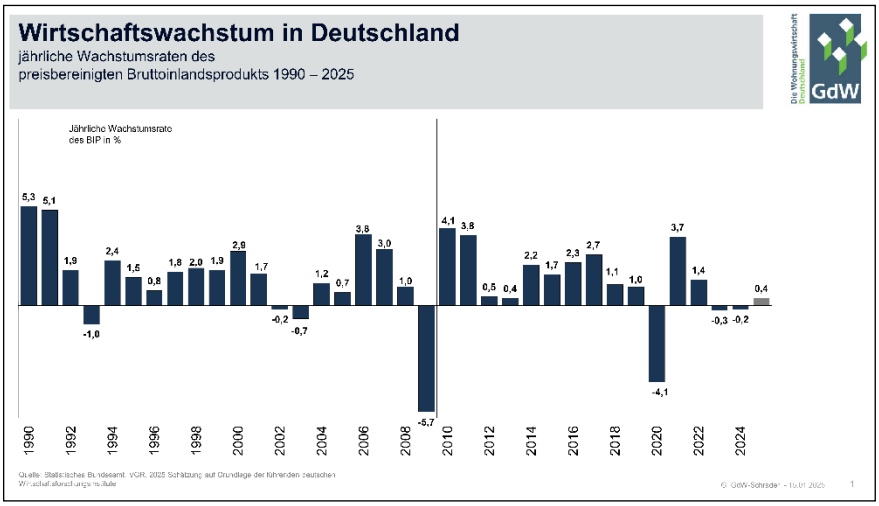
Allgemeinwirtschaftliche Entwicklung

Wirtschaftliche Entwicklung

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist im Jahr 2024 nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes um 0,2 % gegenüber dem Vorjahr gesunken. Die Wirtschaftsleistung sank damit im zweiten Jahr in Folge leicht. Das BIP lag im Jahr 2024 nur noch 0,3 % höher als vor der Corona-Pandemie im Jahr 2019.

Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung ist damit seit längerem ins Stocken gekommen. Und auch zum Jahresbeginn 2025 sind keine Lichtblicke erkennbar. Neben der ausgeprägten konjunkturellen Schwäche lastet der strukturelle Wandel auf der deutschen Wirtschaft. Von der Industrie sind keine größeren Impulse zu erwarten und die Unternehmen werden weiterhin nur wenig investieren. Auch vom Außenhandel dürften keine Impulse kommen. Gegenläufig wirkt das hier angekündigte Investitionsprogramm der neuen Bundesregierung in Infrastruktur und Verteidigung. Durch die Wahl von US-Präsident Trump besteht das Risiko, dass es künftig sogar noch deutlich schlechter läuft, sollte es international vermehrt zu Zöllen und weiteren Handelsbeschränkungen kommen.

Der Industrie zugehörige und verflochtene Unternehmen reagieren auf den Auftragsmangel nicht nur mit entsprechenden Ausweitungen der Kurzarbeit, sondern entlassen auch einen Teil ihrer Belegschaft – und dass trotz anhaltenden Fachkräftemangels. Viele Industrieunternehmen kämpfen mit den vergleichsweise hohen Energiepreisen, zu hohen weiteren Produktionskosten, Ineffizienzen sowie Bürokratie und unzureichender Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit.



Trotz steigender Reallöhne kommt der private Konsum nicht in Fahrt. Angesichts der bevorstehenden Entlassungen bei großen Industrieunternehmen dürften sich bei vielen privaten Haushalten größere Sorgen um den eigenen Arbeitsplatz breit machen. Offenbar aus Vorsichtsmotiven legten sie daher zuletzt erneut mehr Geld auf die hohe Kante. Das durch die starke Inflation erreichte hohe Preisniveau dämpft die Konsumlaune der privaten Haushalte zusätzlich.

Erst ab Mitte des Jahres 2025 dürfte die konjunkturelle Dynamik leicht anziehen, wenn die Pläne einer neuen Bundesregierung klarer werden und sich die außenwirtschaftlichen Unwägbarkeiten besser einordnen lassen. Bei weiterhin steigenden verfügbaren Einkommen und einer geringeren Sparneigung der privaten Haushalte dürfte dann auch der private Konsum etwas stärker zulegen und die Wirtschaftsleistung stützen.

Die Wirtschaftsforschungsinstitute erwarten im laufenden Jahr 2025 eine schrumpfende Wirtschaft um 0,1 %. Für 2026 wird, auch bedingt durch das Finanzpaket der Bundesregierung, ein Wirtschaftswachstum von 1,7 % prognostiziert.

Es bleiben aber handfeste Risiken: Ein veritabler Handelskrieg mit hohen Strafzöllen und eine Eskalation der bestehenden geopolitischen Konflikte könnten die andauernden Unsicherheiten noch vertiefen und zudem die Inflation erneut befeuern. Dies würden die Zentralbanken zwingen die Zinsen nicht weiter zu senken, sondern sie wieder zu erhöhen. Das unweigerliche Resultat wären schlechtere Finanzierungsbedingungen und dadurch eine Abnahme von Investitionen, Konsum und Wachstum.

Andererseits muss das Wachstum nicht so gering ausfallen, denn der Haushaltsplan der neuen Regierung birgt auch das Potenzial, das Wirtschaftswachstum anzukurbeln. So könnten steigende öffentliche Investitionen, beispielsweise in Infrastruktur und Bildung oder in die klimaneutrale Transformation, das Wirtschaftswachstum in Deutschland anschieben.

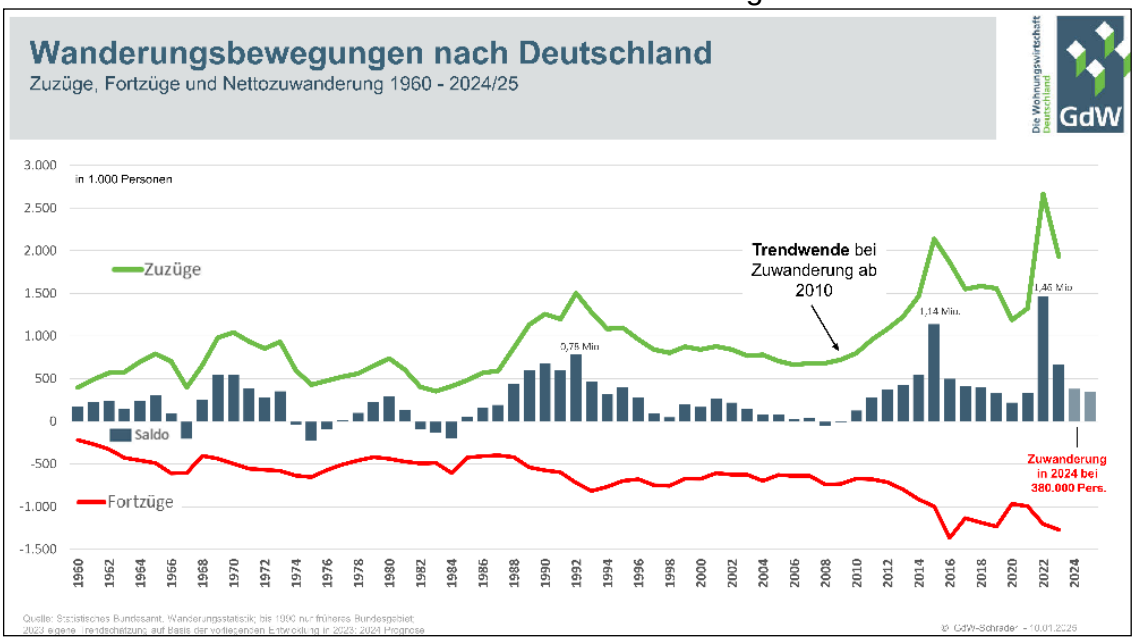
Beschäftigung überschreitet ihren Zenit, Fachkräftemangel dauert an

Der Arbeitsmarkt wird durch die anhaltende Stagnation der deutschen Wirtschaft zunehmend beeinträchtigt. Gemessen an der schwachen Konjunktur hält sich die Beschäftigung aber vergleichsweise gut, scheint aber im Jahresverlauf einen vorläufigen Höchststand überschritten zu haben.

Die Wirtschaftsleistung wurde im Jahr 2024 von durchschnittlich 46,1 Millionen Erwerbstätigen erbracht. Damit wurde der Vorjahreswert nochmals um 72.000 Erwerbstätige (+0,2 %) übertroffen. Vier Jahre zuvor im Jahr 2020 hatte die Corona-Krise den zuvor über 14 Jahre anhaltenden Anstieg der Erwerbstätigenzahl zeitweilig beendet und zu einem Rückgang geführt. Im Zuge des Aufholprozesses nach der Pandemie war die Erwerbstätigkeit seit 2022 wieder kontinuierlich gewachsen. Dennoch war der Zuwachs in 2024 zu gering, um einen Anstieg von Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung zu verhindern.

Trotz des leichten Beschäftigungsaufbaus sind Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung (ohne Kurzarbeit) 2024 im zweiten Jahr in Folge gestiegen. Im Jahresdurchschnitt 2024 waren in Deutschland 2,8 Mio. Menschen arbeitslos gemeldet, 178.000 oder 7 % mehr als vor einem Jahr. Die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote nahm um 0,3 Prozentpunkte zu und belief sich 2024 auf 6,0 %. Auf der Ebene der Bundesländer reicht die Arbeitslosenquote von 3,7 % in Bayern bis zu 11,1 % in Bremen. In allen Ländern hat die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote im Vorjahresvergleich zugenommen. Die stärksten Anstiege gab es mit jeweils +0,6 Prozentpunkten in Hamburg und Berlin. Die geringsten wurden mit jeweils +0,2 Prozentpunkten in Schleswig-Holstein, Niedersachsen, dem Saarland, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt ausgewiesen.
Der langjährige Anstieg der Beschäftigung in Deutschland wird seit Jahren hauptsächlich durch eine Zuwanderung von Personen aus dem Ausland getragen. Demografisch bedingt nimmt das Erwerbspersonenpotenzial in Deutschland bereits seit längerem ab. Der Trend einer alternden Bevölkerung bewirkt, dass sich mehr Personen in den Ruhestand zurückziehen als neu in das Erwerbsleben eintreten. Nach Berechnungen des Institutes für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg steigt das Erwerbspersonenpotenzial nur noch gering an. Die Migration ermöglicht ein Wachstum des Erwerbspersonenpotenzials, insoweit profitiert Deutschland deshalb von Migration in Verbindung mit Integration.
Damit das Arbeitskräfteangebot in Deutschland auch in Zukunft nicht nennenswert schrumpft, müsste die Nettozuwanderung nach Modellrechnungen des IAB bis 2050 innerhalb einer

Spanne von 346.000 Personen (bei extrem steigenden Erwerbsquoten) bis 533.000 Personen (bei realistisch steigenden Erwerbsquoten) pro Jahr liegen.
Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat vorübergehend einen sprunghaften Anstieg der Zuzüge von Schutzsuchenden verursacht. Im Jahr 2022 wurden rund 1.098.000 Zuzüge von Menschen aus der Ukraine registriert. Die Nettozuwanderung aus der Ukraine lag im selben Jahr bei 960.000 Personen. Der Großteil der Zuwanderung fand von März bis Mai 2022 statt und sank seit August 2022 stetig. Im Jahr 2023 sind im Saldo nur noch 121.160 Schutzsuchende aus der Ukraine nach Deutschland geflohen.



Insgesamt verzeichnete Deutschland im Jahr 2024 wieder ein deutliche geringere Nettozuwanderung als die beiden Jahre zuvor. Nach vorläufiger Schätzung des Statistischen Bundesamtes sind rund 380.000 Personen mehr nach Deutschland gezogen als ins Ausland fortgezogen. Damit liegt die Nettozuwanderung im Durchschnitt der Jahre 2016 bis 2021.
Trotz der Nettozuwanderung bleibt der Fachkräftemangel in Deutschland ein flächendeckendes Problem, der nahezu alle Wirtschaftsbereiche und Regionen betrifft. Allerdings hat sich die Situation im Laufe des Jahres 2024 entsprechend der lahmenden Konjunktur etwas entspannt. So ermittelte das ifo-Institut im Rahmen seiner Konjunkturumfragen im August 2024, dass bei knapp 34 % der Unternehmen in Deutschland die Geschäftstätigkeit vom Fachkräftemangel behindert wird. Im Jahr zuvor lag der Wert noch bei 42 %. Das bisherige Allzeithoch des Indikators war im Juli 2022 mit einem Wert von 49,7% erreicht worden. Angesichts des demografischen Wandels dürfte Arbeitskräfteknappheit auch in Zukunft eine große Herausforderung für die deutsche Wirtschaft darstellen.

Beschäftigung

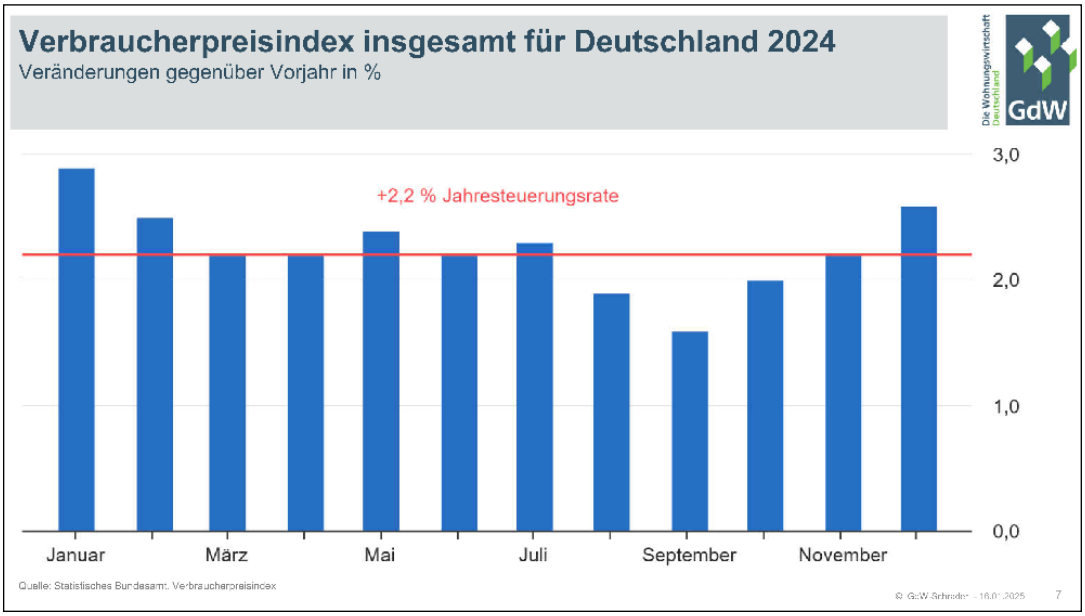
Die Anzahl der Erwerbstätigen ist gesunken. Die Entwicklung und Vorausschau zeigen die nachfolgende Tabelle.

Arbeitsmarkt	2021	2022	2023	2024	**2025**
Erwerbstätige in Tsd. (Jahresdurchschnitt)	45.053	45.675	46.011	46.083	**46.048**
Veränderung in % gegenüber Vorjahr	0,2	1,4	0,7	0,2	**– 0,1**
Arbeitslose in Tsd. (Jahresdurchschnitt)	2.613	2.418	2.609	2.787	**2.854**
... Arbeitslosenquote*	5,7	5,3	5,7	6,0	**6,1**

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.1; 2023 erste vorläufige Ergebnisse; Bundesagentur für Arbeit, Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf; Werte für 2024 Schätzung nach Instituten und Bundesregierung Ende 2023/Anfang 2024

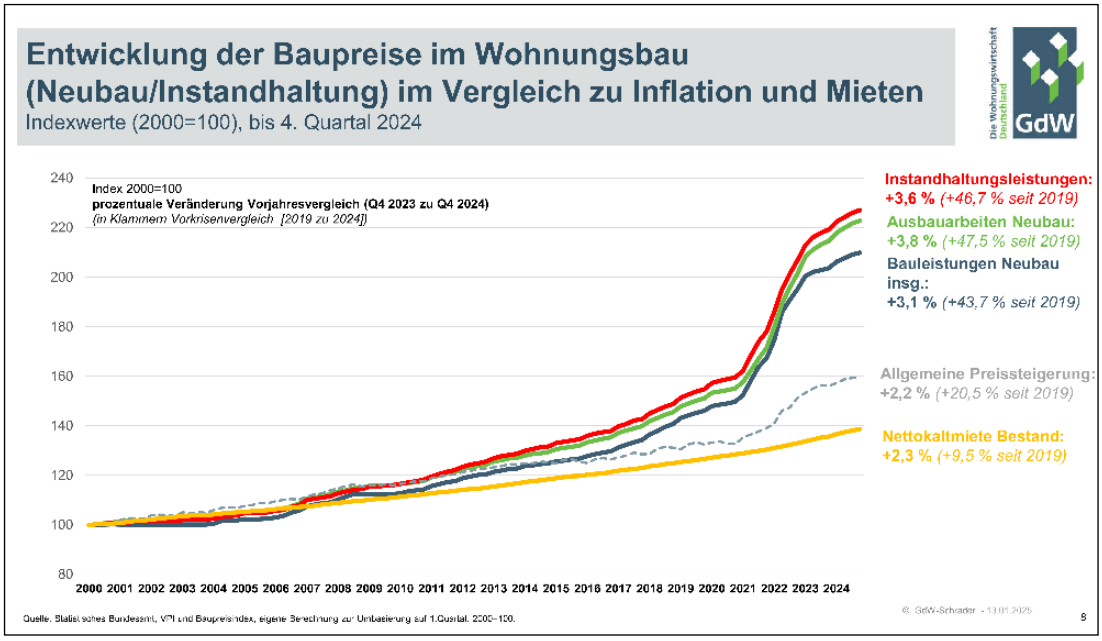
Verbraucherpreise für das Wohnen und Bauen

Die Inflationsrate in Deutschland – gemessen als Veränderung des Verbraucherpreisindex (VPI) zum Vorjahresmonat – ist im Laufe des Jahres 2024 deutlich zurück gegangen und erreichte im Dezember eine Rate von 2,2 %. Damit erreicht sie knapp das Geldwertstabilitätsziel der Europäischen Zentralbank von 2%. Im Jahresmittel 2023 hatten sich die Verbraucherpreise in Deutschland noch um 5,9 % erhöht.



Die Nettokaltmieten verteuerten sich 2024 nur um 2,2 % und dämpften, gerade auch aufgrund ihres bedeutsamen Anteils an den Konsumausgaben der privaten Haushalte, die Gesamtteuerung spürbar. Die Preise für Strom, Gas und andere Brennstoffe sanken um 3,0 % gegenüber dem Vorjahr.

War 2021 zunächst die weltweite Nachfrage nach Baustoffen, die mit Abflauen der Corona Krise sprunghaft gestiegen war, ausschlaggebend für den erheblichen Preisdruck bei Baumaterialien, kamen durch den Krieg in der Ukraine weitere Lieferengpässe und eine enorme Verteuerung der Energiepreise hinzu. Verglichen mit dem Vorkrisenniveau stiegen die Baupreise von Ende 2019 bis Ende 2024 um etwa 44 %. Einen derartigen Preisschock hat es seit den frühen 70er-Jahren des letzten Jahrhunderts nicht mehr gegeben.



Die Normalisierung der Energiepreise und der Lieferbeziehungen für Baustoffe haben die Wachstumsraten der Baupreise in den letzten Monaten zwar deutlich nach unten gedrückt, das Preisniveau bleibt aber hoch und steigt weiter über den Wachstumsraten der allgemeinen Teuerung. Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes verteuerten sich die Preise für den Neubau von Wohngebäuden in Deutschland im 4. Quartal 2024 im Vorjahresvergleich um 3,1 %. Dieser Anstieg lag wie in den Vorquartalen über der allgemeinen Preissteigerung, die 2,2 % betrug.

Vor allem vom Ausbaugewerbe, das mit rund 56 % den größten Anteil an den Bauleistungen im Wohnungsbau hat, geht weiterhin ein deutlicher Preisdruck aus: Die Preise für Ausbauarbeiten nahmen im 4. Quartal 2024 gegenüber dem Vorjahr um 3,8 % zu. Damit liegt Preissteigerungsrate für das Baugewerbe 73 % über der allgemeinen Verbraucherpreissteigerung.

Zinsentwicklung am Kapitalmarkt

Die Zinsen für werthaltig dinglich gesicherte Darlehen sind im Berichtsjahr 2024 konstant gewesen, bewegen sich aber auf dem Vorjahresniveau. Im langfristigen Bereich ist der Zinssatz gesunken, der Spread zwischen einer 10- und 30- jährigen Zinsbindung betrug im Dezember 2024 lediglich 30 Punkte. Im Jahr 2025 sind die Zinsen aktuell gestiegen.

Effektivzinssätze (Quelle: Wohnungspolitische Informationen (wi)/ Dr. Klein Firmenkunden AG):

Zinsbindung	Mrz. 2025	Dez. 2024	Dez. 2023	Dez. 2022
10 Jahre	3,40 %	2,90 %	2,97 %	3,39 %
30 Jahre	3,85 %	3,41 %	3,76 %	3,78 %

Regionalwirtschaftliche Entwicklung[1]

Allgemeine regionale Entwicklung

Der Kreisreport von empirica-regio stellt die Situation des Wohnungsmarktes im Landkreis Hildesheim übersichtlich dar. So ist der Landkreis Hildesheim eingestuft mit einer stagnierenden Bevölkerungsentwicklung aber einer wachsenden Arbeitsmarktdynamik. Der Landkreis wird als Kreis mit einer geringen Wirtschaftskraft eingestuft. Dieses zeigt auch der Vergleich des regionalen Bruttoinlandsproduktes je Einwohner im Vergleich.

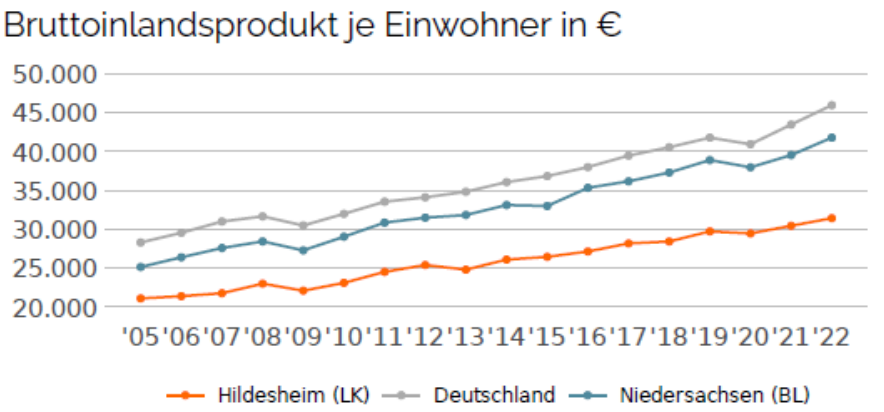
Regionaler Arbeitsmarkt

Im Landkreis Hildesheim gab es im Dezember 2024 10.590 Arbeitslose. Das entspricht einer Arbeitslosenquote von 7,0 Prozent. (Vergleich 2023: 9.910 = 6,7 Prozent). Die Arbeitslosenquote Hildesheims liegt nunmehr 1,0 Prozentpunkte über dem Bundesschnitt.

Regionale wirtschaftliche Entwicklung

Im Landkreis Hildesheim beläuft sich das BIP auf 31.405 € je Einwohner. Das ist eine Veränderung von 11,5% in den letzten fünf Jahren. Im Bundesvergleich kommt der Landkreis Hildesheim aktuell auf einen Wert von 68,3 (Deutschland = 100), das BIP je Einwohner ist also vergleichsweise niedrig.

[1] Quelle: empirica regio Kreisreport Landkreis Hildesheim

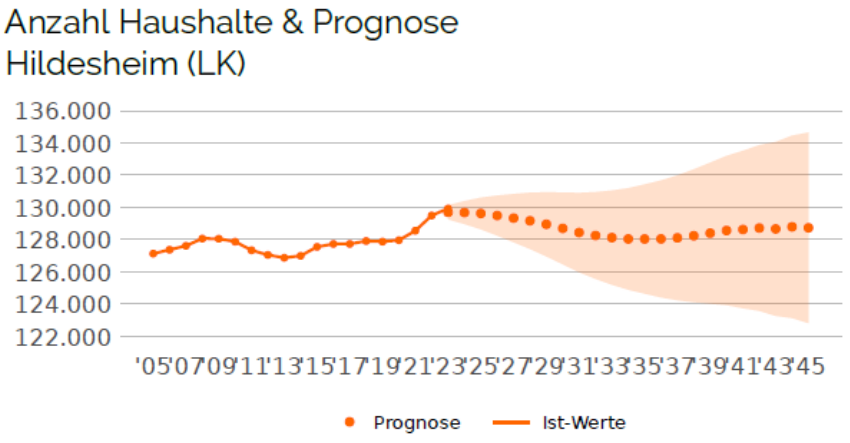


Datenbasis: Arbeitskreis "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder"; Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Deutschland, 2018-2024, Datenlizenz by-2-0 **empirica regio**

Regionaler Wohnungsmarkt

Die Anzahl der Haushalte beläuft sich aktuell auf 129.930 im Jahr 2023. Im Fünf-Jahres-Vergleich hat sich die Zahl der Haushalte um circa 2.020 bzw. 1,6% erhöht. Die künftige Zahl der Haushalte wird mithilfe altersspezifischer Haushaltsvorstandsquoten auf Basis der empirica Bevölkerungsprognose berechnet. Hier wird in der mittleren Variante ein Rückgang der Anzahl an Haushalten um rund 1.200 (-0,9%) bis zum Jahr 2045 gegenüber dem Basisjahr 2023 erwartet.

Das Durchschnittsalter im Landkreis Hildesheim liegt aktuell bei 45,7 Jahren und ist damit 0,1 Jahre höher als noch vor fünf Jahren. Im Bundesvergleich kommt der Landkreis Hildesheim auf einen Wert von 102,3 (Deutschland = 100), das Durchschnittsalter ist also leicht überdurchschnittlich.



Datenbasis: empirica Haushaltsprognose 2024, Basisjahr 2022; Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Deutschland, 2018-2024, Datenlizenz by-2-0 **empirica regio**

Die mittlere Haushaltsgröße im Landkreis Hildesheim ist in den letzten fünf Jahren leicht zurückgegangen. Während der durchschnittliche Haushalt im Jahr 2018 aus rund 2,16 Person bestand, leben aktuell im Mittel 2,14 Personen in einem Haushalt.

Durch zunehmende Haushaltszahlen und geringe Haushaltsgrößen steigt auch der Wohnflächenverbrauch pro Kopf. Die mittlere Wohnfläche je Einwohner liegt im Landkreis Hildesheim aktuell bei 50,1 m². Die Veränderung in den letzten fünf Jahren beträgt +0,8 m² . Im

Bundesvergleich kommt der Landkreis Hildesheim derzeit auf einen Wert von 108,7 (Deutschland = 100), die mittlere Wohnfläche je Einwohner ist also überdurchschnittlich.

Das Kaufpreisniveau für Eigentumswohnungen (alle Baujahre) liegt im 4.Quartal 2024 bei 2.410 €/m². Gegenüber dem Vorjahresquartal (4.Q'23) sind die Kaufpreise um 1,8% gesunken. In den letzten fünf Jahren lag der Anstieg bei 48,9%.Im Bundesvergleich kommt der Landkreis Hildesheim aktuell auf einen Wert von 76,9 (Deutschland = 100), das Kaufpreisniveau für ETW aller Baujahre ist also vergleichsweise niedrig.[2]

Außerdem ist nach einer Analyse des Sarstedter Pestel-Institutes die Zahl der Haushalte, die im gesamten Kreisgebiet zur Miete und nicht in Eigentum wohnen, zwischen den Jahren 2011 und 2022 von 65.306 auf 70.459 geklettert, also um fast acht Prozent – und der Trend geht seitdem weiter, insoweit verstärkt sich der Druck auf dem Mietmarkt.[3]

Mietwohnungsmarkt

Das Mietpreisniveau (alle Baujahre) im Landkreis Hildesheim liegt im im 4. Quartal 2024 bei 8,30 €/m². Gegenüber dem Vorjahresquartal (4.Q23) sind die Mieten um 1,5% gestiegen. In den letzten fünf Jahren lag der Anstieg bei 28,7%. Im Bundesvergleich kommt der Landkreis Hildesheim aktuell auf einen Wert von 80,7 (Deutschland = 100), das Mietpreisniveau insgesamt ist also leicht unterdurchschnittlich.

Die Entwicklung der Mieten in unserer Region wird jährlich durch das Katasteramt untersucht. Für den Grundstücksmarktbericht lagen dafür 7.900 Vergleichsmieten verschiedener Quellen aus den Jahren 2023-2024 vor, wobei eine differenzierte Untersuchung auf Basis des Zustandes und der Ausstattung mangels vorliegender Informationen nicht erfolgen konnte. Auch stammt ein Großteil der Daten von den gemeinwohlorientieren Wohnungsunternehmen und damit tendenziell eher preiswerten Vermietern.

Für den Landkreis Hildesheim ist die Mietenentwicklung insgesamt als leicht steigend zu beurteilen. Dabei kommt es in einzelnen Marktsegmenten zu Preissteigerungen, in anderen bleiben die Mieten stabil. Insgesamt lässt sich eine moderate Steigerung in unterschiedlichen Ausprägungen erkennen. Im Bestand der kwg Hildesheim lassen sich diese einzelnen Marktsegmenten ermittelten Preisrückgänge nicht wiederfinden.

Das Qualitätsbewusstsein der privaten Kunden ist weiterhin hoch, sodass sich nicht modernisierte Wohnungen kaum noch vermieten lassen. Die Nachfrage nach kleinen Wohnungen lässt sich im gesamten Geschäftsgebiet nach wie vor als gut bezeichnen, gleiches gilt für barrierefreien Wohnraum oder die Kombination aus beidem.

[2] Quelle: empirica regio Kreisreport Landkreis Hildesheim

[3] Quelle: Hildesheimer Allgemeine Zeitung, 05.05.2025, Das sind die wichtigsten Ergebnisse des neuen Mietspiegels für die Stadt Hildesheim

Entwicklung der durchschnittlichen Mieten je m² ohne Betriebs- u. Heizkosten im Arbeitsgebiet der kwg 2024 (Quelle: Grundstücksmarkdaten 2025):

Wohnfläche	**bis 50**		**51 bis 75**		**76 bis 100**		**über 100**	
Marktbericht	**2023**	**2024**	**2023**	**2024**	**2023**	**2024**	**2023**	**2024**
Stadt/Gemeinde Hildesheim	6,45	6,40	6,30	6,30	6,50	6,50	7,35	7,45
Bad Salzdetfurth	5,70	6,00	5,90	6,60	5,55	6,45	6,00	-
Sarstedt	6,25	6,55	6,15	6,55	5,85	6,75	-	-
Alfeld	6,15	6,80	5,80	6,25	5,55	6,30	-	5,75
Elze	6,35	6,40	6,05	6,05	-	-	-	-
Gronau	6,75	6,95	5,80	6,10	5,95	6,25	5,50	5,85
Bockenem	5,90	6,20	5,70	6,15	5,30	6,00	-	-
Algermissen, Diekholzen Giesen, Harsum, Lamspringe, Nordstemmen, Schellerten	5,95	5,95	5,90	5,95	5,75	5,60	5,15	-
Duingen, Freden, Holle, Sibbesse, Söhlde	5,55	5,70	5,55	6,20	5,40	5,30	3,60	-

Deutlich ist, dass es sich bei der Region Hildesheim um eine sehr heterogene Region handelt. Insgesamt lässt sich auch an der Mietenentwicklung und an der Leerstandssituation das Nord/Süd-Gefälle beobachten, was die kwg auch beim Vermietungserfolg ihres eigenen Wohnungsbestandes festgestellt hat. Im Bundesvergleich zählt die Region eher zu den Gebieten mit moderatem Mietenniveau.

Das Alter und der Sanierungszustand des Gebäudes, in dem sich die Wohnung befindet, beeinflussen im Allgemeinen auch die Höhe der Miete. Da diese Gebäudeangaben nicht vorliegen, konnte keine differenzierte Auswertung der Mieten in Bezug auf diese Einflussgrößen erfolgen.[4]

Entwicklung des Unternehmens

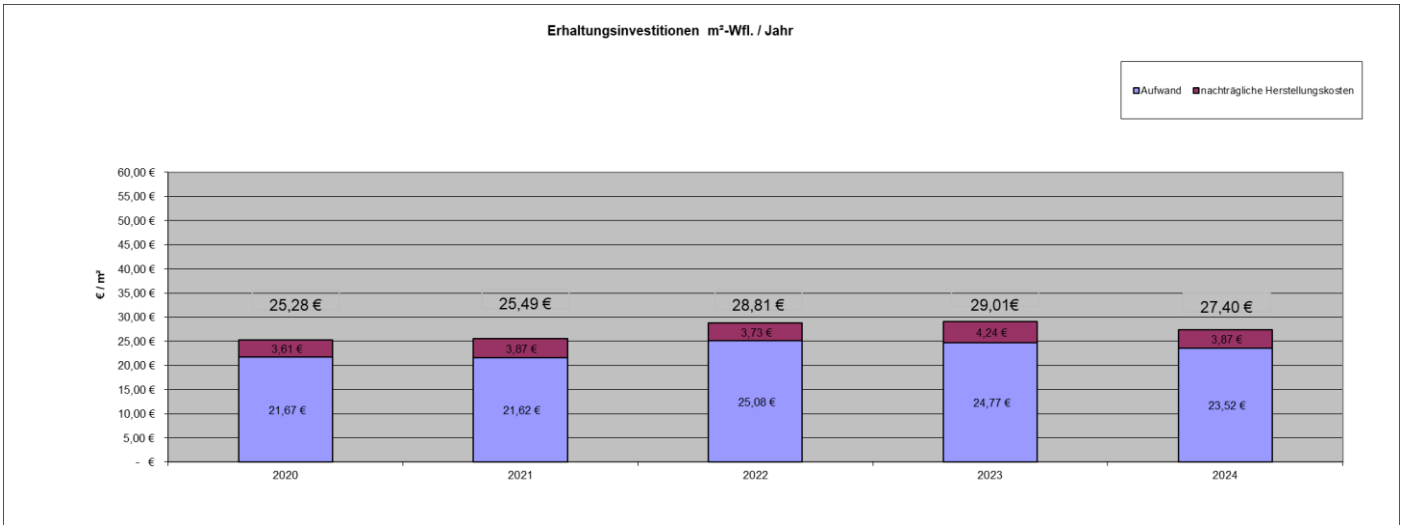
Modernisierung, Instandhaltung und Bestandserneuerung

Das Programm zur Bestandserhaltung wurde auch im Jahr 2024 wieder auf einem hohen Niveau fortgesetzt. Bei den durchgeführten Maßnahmen wurde ein besonderes Augenmerk auf eine zeitgemäße Ausstattung, eine hohe Energieeffizienz und heutigen Wohnerfordernissen entsprechende Grundrisse gelegt. Den Schwerpunkt bilden dabei die Modernisierung von Bädern und Küchen, dem Einbau von Wärmepumpen und der Austausch von Fenstern. Bei allen Modernisierungsmaßnahmen liegt ein besonderes Augenmerk auf barrierearmen und damit „demografiefesten“ Gesichtspunkten, sowie den Empfehlungen des ausgearbeiteten Klimapfades.

[4] Quelle für diesen Absatz: Gutachterausschuss für Grundstückswerte Hameln-Hannover, interaktiver Web-Visualisierungen Grundstücksmarktbericht 2024

Die kwg hat ein Programm zur Beseitigung von Barrieren auf dem Weg in die Wohnung gestartet. Bereits jetzt sind zirka 950 Wohnungen barrierearm oder barrierefrei erreichbar. Ziel ist es zunächst insgesamt 1.000 Wohnungen (ca. 23 Prozent des Gesamtbestandes der kwg) barrierearm umzubauen bzw. erreichbar zu machen. Das Hauptaugenmerk liegt dabei neben dem Neubau auf den Bauten, bei denen sich dieses mit geringen Kosten je Wohneinheit umsetzen lässt.

Die Gesamtinvestition für Modernisierung und Instandhaltung betrugen im Berichtsjahr rd. 7.227.000 EUR (Vorjahr: rd. 7.503.000 EUR).



Größere Modernisierungsmaßnahmen im Immobilienbestand während des Geschäftsjahres 2024

Ort	Objekt	WE	T€ (Gesamtkosten 2024)
<u>Gronau</u>			
Löwenberger Straße 1+2 - Wärmeschutzverglasung	**(43014)**	**12**	**45,1**
Löwenberger Straße 8/9/10 - Wärmeschutzverglasung	**(43017/18/19)**	**18**	**77,7**
Bekumer Straße 10 / 10A - Vergrößerung von Balkonen - Fassadendämmung - Wärmeschutzverglasung - Erneuerung einer Haustür - Klingel- und Briefkastenanlage	**(43022)**	**12**	**280,3**
Röntgenstraße 1 - Vergrößerung von Balkonen - Fassadendämmung - Wärmeschutzverglasung - Erneuerung einer Whg.-Türen	**(43024)**	**13**	**436,6**
Bekumer Straße 14A / 15 - Heizungszusammenlegung	**(43021)**	**12**	**62,9**
<u>Bodenburg</u>			
Schlesierstraße 4 - Wärmeschutzverglasung - Erneuerung der Haustür - Klingel- und Briefkastenanlage neu - Fassadenanstrich	**(16005)**	**5**	**47,5**
Schlesierstraße 1-3 - Wärmeschutzverglasung - Erneuerung der Haustür - Klingel- und Briefkastenanlage neu - Fassadenanstrich	**(16006)**	**17**	**152,1**

Diekholzen

Gartenstraße 6+8	**(22002)**	**10**	**61,9**
- Wärmeschutzverglasung			
- Erneuerung der Haustür			
- Fassadenanstrich			

Heisede

Masurenweg 2	**(49003)**	**8**	**138,8**
- Dachumdeckung			
- Dämmung DG-Wohnung			
- Dämmung DG-Decke			

Sarstedt

Stormstraße 3 / 4	**(82007)**	**40**	**505,5**
- Vergrößerung von Balkonen			
- Fassadendämmung			
- Wärmeschutzverglasung			
- Dämmung DG-Decke			
Mörikestraße 1-3	**(82010)**	**21**	**238,1**
- Fassadenanstrich			
- Dachumdeckung			
- Dämmung DG-Wohnung			

Neubautätigkeit und Ankäufe 2024

Im Geschäftsjahr 2024 gab es folgende fertigstellte Bauvorhaben:

Bauvorhaben	Wohneinheiten	Gewerbeeinheiten	Garagen Tiefgarage (TG) Carport (CP)	Einstellplätze
Bleekstraße 11/13, Sarstedt	48 (48 ö.g.)			48
Bahnhofsstraße 9, Alfeld	17 (11 ö.g.)			26
Kaiserstraße 19, Hildesheim		1	1	9
	65 (59 ö.g.)	1	1	83

Im Geschäftsjahr 2024 gab es folgende noch nicht abgeschlossene Neubauvorhaben:

Bauvorhaben	Wohneinheiten	Gewerbeeinheiten	Garagen Tiefgarage (TG) Carport (CP)	Einstellplätze
Am alten Wasserwerk 5, Hildesheim	22 (22 ö.g.)	2		28
Berliner Str. 27, Schellerten		5		21
Berliner Str. 27A, Schellerten	15 (15 ö.g.)			15
Dehnenweg 21, Hohenhameln	15 (15 ö.g.)			19
	52 (52 ö.g.)	7		83

*ö.g.= davon öffentlich gefördert, d.h. preis- und belegungsgebunden

Im Geschäftsjahr 2024 gab es folgende Grundstücksankäufe:

Grundstück
Am Ehrenmal 1+2, Hasede (geplant: 20 öffentlich geförderte Mietwohnungen u. 1 Gewerbeeinheit)

Im Geschäftsjahr 2024 gab es keine Verkäufe aus dem Anlagevermögen.

Hausbewirtschaftung

Wohnungsbestand

Am 31.12.2024 bewirtschaftete die Gesellschaft folgende Objekte:

Mietwohnungen	4.267
Gewerbe	51
Büros	3
Fernheizwerke	2
Schulen	1
Rettungswachen	3
Garagen (davon 11 eigengenutzte Garagen)	782
verwaltete Wohnungen und gewerbl. Einheiten in 74 Eigentümergem. und 31 Miethäusern	976
zusammen	6.085

Die Mietwohnungen verteilen sich wie folgt:

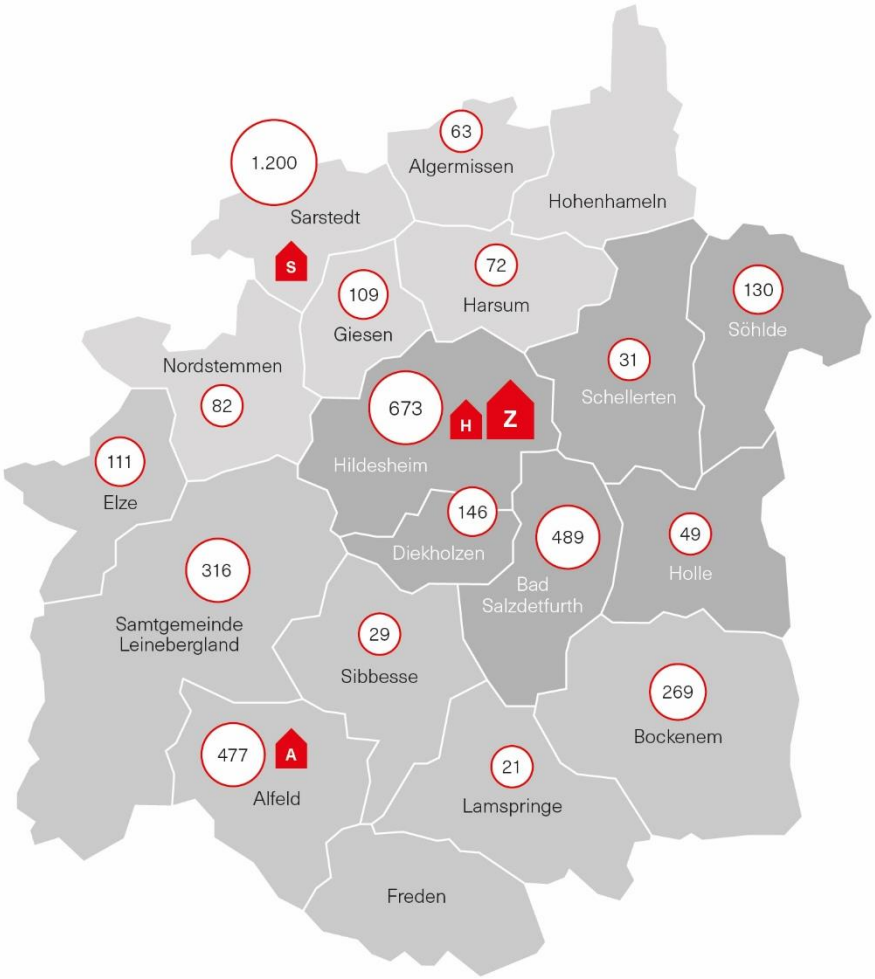
Landkreis Hildesheim		
Sarstedt	1.200	
Bad Salzdetfurth	489	
Alfeld	477	
SG Leinebergland	316	
Bockenem	269	
Diekholzen	146	
Söhlde	130	
Elze	111	
Giesen	109	
Nordstemmen	82	
Harsum	72	
Algermissen	63	
Holle	49	
Schellerten	31	
Sibbesse	29	
Lamspringe	21	3.594
Stadt Hildesheim		673
		4.267

Der Wohnungsbestand hat sich zum Stichtag 31.12.2024 gegenüber dem Vorjahr um 64 Wohnungen erhöht.

Die Veränderung stellt sich wie folgt dar:

Mietwohnungsbestand am 31.12.2023:	4.203 WE
- Zusammenlegung von Wohneinheiten	1 WE
+ Neubau/Ankauf	65 WE
Mietwohnungsbestand am 31.12.2024:	**4.267 WE**

Per 31.12.2024 sind vom Mietwohnungsbestand der kwg 233 WE (Vorjahr 202 WE) öffentlich gefördert, d.h. belegungs- und/oder preisgebunden. Die derzeitige Bautätigkeit wird wieder zu einem Anstieg der öffentlich geförderten Wohnungen im Portfolio der kwg Hildesheim führen.



Z Zentrale

Geschäftsführung, Rechnungswesen, Zentrale Dienste, Verkauf, Neubau / Projektmanagement

A Kundencenter Alfeld

Zuständig für Alfeld, Samtgemeinde Leinebergland, Bockenem, Elze, Sibbesse, Lamspringe, Freden Sibbesse,

H Kundencenter Hildesheim

Zuständig für Hildesheim, Bad Salzdetfurth, Diekholzen, Söhlde, Holle, Schellerten

S Kundencenter Sarstedt

Zuständig für Sarstedt, Giesen, Nordstemmen, Harsum, Algermissen, Hohenhameln

Vermietung

Der durchschnittliche Leerstand ist im Berichtsjahr 2024 mit Ø 71 nicht vermieteten Wohnungen unverändert gegenüber dem Vorjahr (Ø 71 nicht vermietete Wohnungen). Diese Entwicklung resultiert aus aus der Vermietung der Neubauvorhaben in Sarstedt und Alfeld. Die Vollvermietung von überwiegend geförderten Neubauten nimmt einige Zeit in Anspruch, auch die teils aufwendige Wiederherrichtung von Wohnungen nach langjährigen Mietverhältnissen erschwert die direkte Anschlussvermietung. Diese Entwicklung des Leerstandes wurde auch bereits im vergangenen Jahr prognostiziert.

Im Kundencenter Alfeld standen im Dezember 2024 34 WE (Vorjahr 20 WE), im Kundencenter Sarstedt 15 WE (Vorjahr 8 WE) und Kundencenter Hildesheim 17 WE (Vorjahr 13 WE) leer.

Die Leerstandsquote zum Ende des Berichtsjahres beträgt somit 1,5 Prozent und liegt damit 0,5 Prozentpunkte über dem Wert von Ende 2023. Dieses Ergebnis ist als Vollvermietung zu betrachten. Der nicht vorhandene Leerstand in einigen Orten deutet bereits auf einen deutlichen Nachfrageüberhang hin, dieses zeigt auch die im langjährigen Vergleich niedrige Fluktuationsquote.

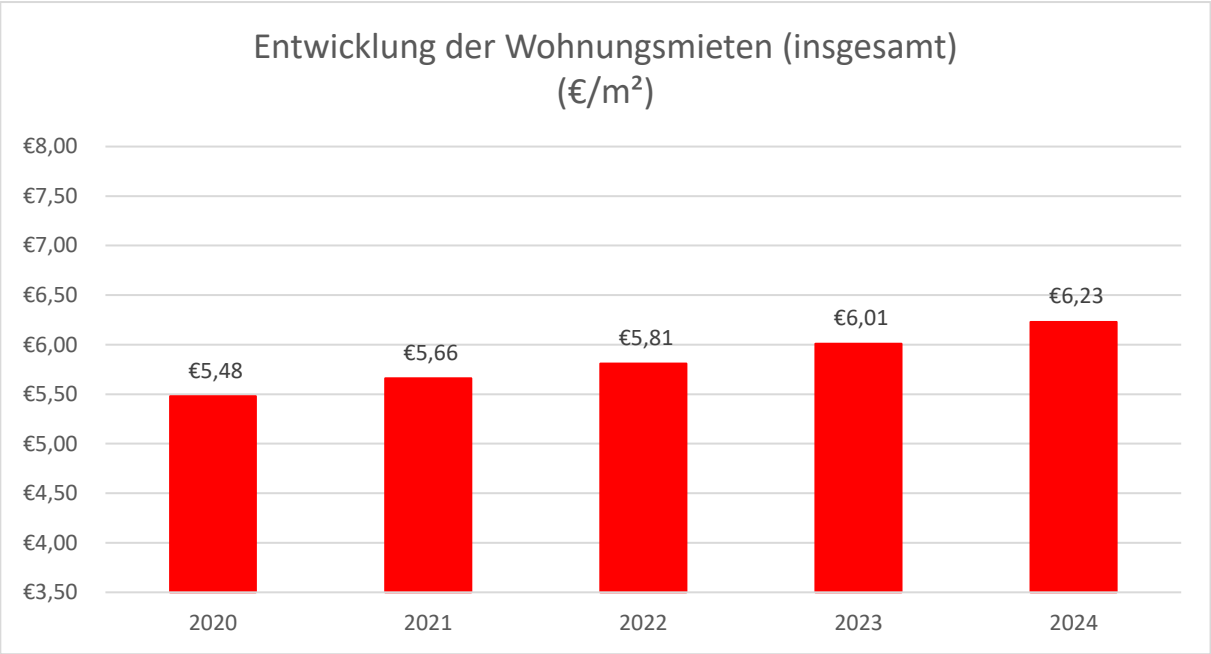
	Dez. 2020	**Dez. 2021**	**Dez. 2022**	**Dez. 2023**	**Dez. 2024**	**März 2025**
Wohnungsbestand	4.028	4.098	4.121	4.187	4.267	4.267
nicht vermietete Wohnungen	72	66	36	41	66	56
(davon bis zu 3 Monate)	(60)	(52)	(21)	(28)	(38)	(38)
in % des Wohnungsbestandes	1,8 %	1,6 %	0,9 %	1,0 %	1,5 %	1,3 %
	2020	**2021**	**2022**	**2023**	**2024**	
Mieterfluktuation	**439**	**461**	**439**	**405**	**448**	
in % des Wohnungsbestandes	**10,9 %**	**11,3 %**	**10,7 %**	**9,7 %**	**10,5 %**	

Von den derzeit (März 2025) 56 nicht vermieteten Wohnungen:

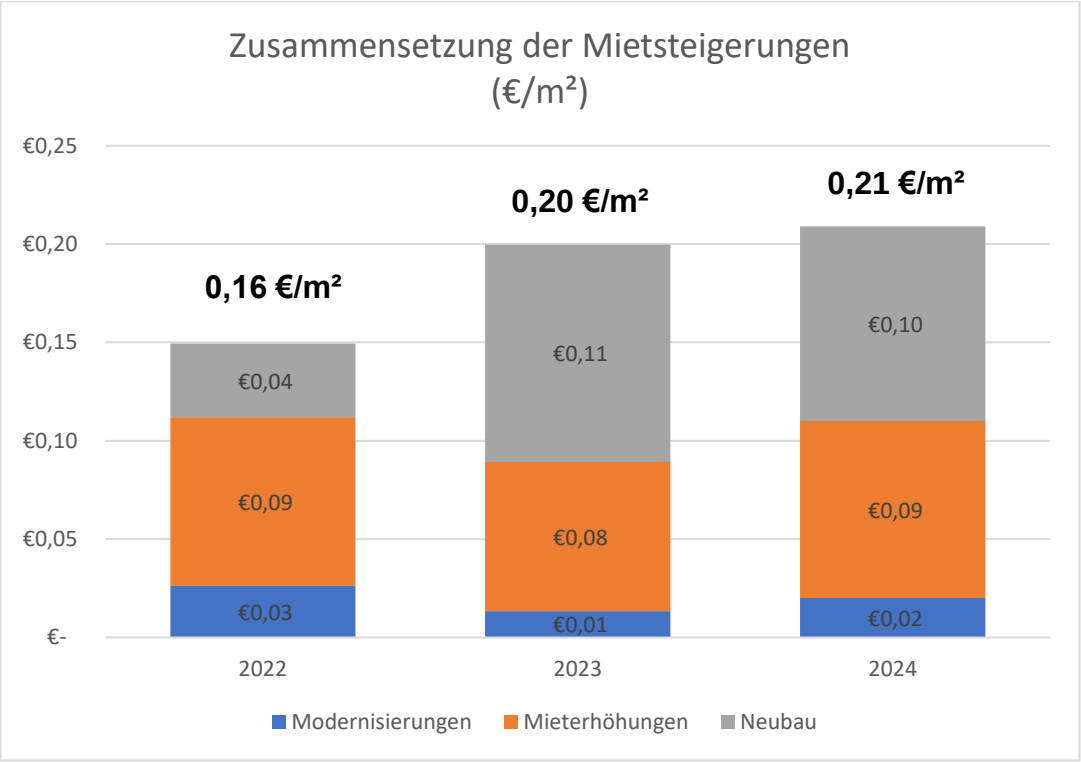
- sind im Angebot 49 WE
- befinden sich in Gebäuden, die umfangreich modernisiert werden sollen 7 WE
- befinden sich in Gebäuden die abgerissen und neu bebaut werden sollen 0 WE
- sollen verkauft werden 0 WE

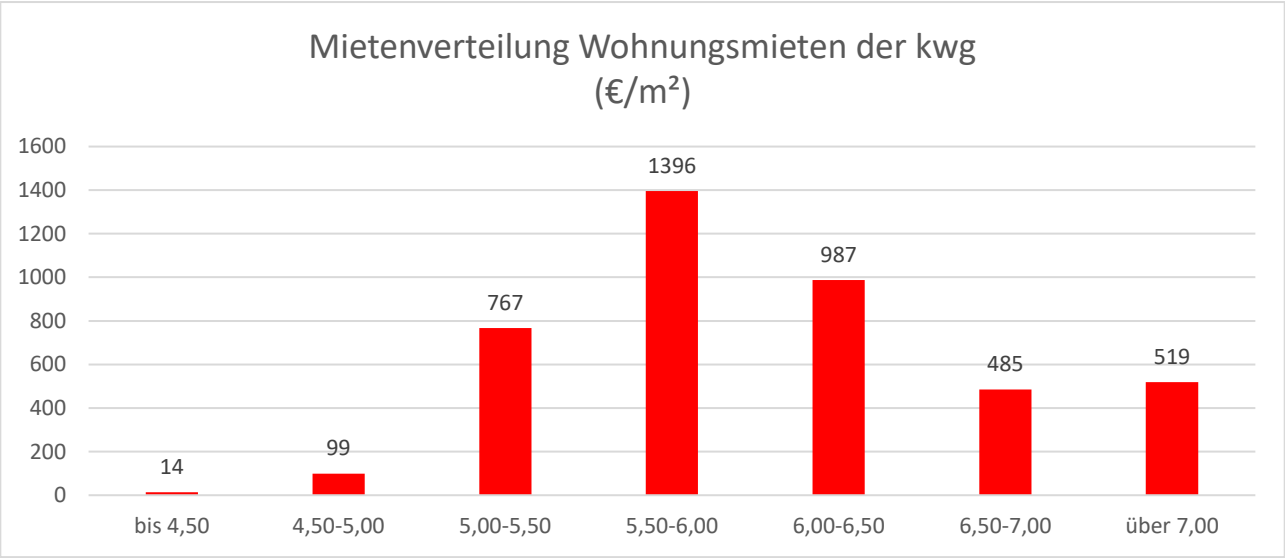
Die Entwicklung der durchschnittlichen Wohnungsmieten zum 31.12. des Jahres stellt sich wie folgt dar:

	2020 € / m²	2021 € / m²	2022 € / m²	2023 € / m²	2024 € / m²
Wohnungsmieten	5,48	5,66	5,81	6,01	6,23



Die Sollmieten für den Bestand der kwg sind in 2024 durch Mieterhöhungen und wertverbessernde Modernisierungen und die fertiggestellten Neubauten in Alfeld und Sarstedt um 3,7 % gestiegen. Diese Steigerung ist etwas höher als der bundesweite Anstieg der Kaltmieten von 2,2 %. Diese Differenz resultiert aus der Fertigstellung der Neubauten des RVZ und der Alten Post in Alfeld, sowie der Bleekstraße in Sarstedt. Anzumerken ist hier, dass die vermehrte Anzahl von geförderten Wohnungen den Anstieg der Kaltmieten durch Neubauvorhaben dämpft. Die nachfolgende Grafik stellt die Zusammensetzung der Mietsteigerungen der kwg in den vergangenen Geschäftsjahren dar. Hier zeigt sich, dass die Steigerungen der Mieten durch Mieterhöhungen (Erhöhung nach ortsüblicher Vergleichsmiete, II. Berechnungsverordnung und Neuvermietung) lediglich 0,09 €/m² ausmachen, was einer Steigerung von 1,5 % auf den Bestand entspricht. Damit liegt die Steigerung der Bestandsmieten unter Vernachlässigung der der Neubau- und Modernisierungstätigkeit bei 1,7 % und damit deutlich unter dem Bundesdurchschnitt.





Die Mieten der kwg per 31.12.2024 bewegen sich aber weiterhin auf einem moderaten Niveau. ca. 21 % der Wohnungen liegen im Preisniveau unter 5,50 €/m². 53 % sind im Preis niedriger als 6,00 €/m². Mehr als 75 % der Wohnungen liegen im Preis unter 6,50 €/m².
Im Vergleich liegt die Miete für niedrige Einkommen der im Rahmen der Wohnraumförderung in Niedersachsen bei 5,60-5,80 €/m². Diese Zahlen verdeutlichen, dass die kwg den Unternehmensauftrag zur Versorgung von breiten Schichten der Bevölkerung mit bezahlbarem Wohnraum sehr ernst nimmt und vollumfänglich erfüllt.

Klimaschutz und CO_2

Die kwg bekennt sich zu den Klimaschutzzielen der Bundesregierung und verfolgt das Ziel, die eigenen Klimaschutzaktivitäten strategisch an den bestehenden Zielen der Bundesregierung auszurichten. Zur Erreichung eines klimaneutralen Gebäudebestandes bei der kwg wurde in 2022 eine Klimaschutzstrategie auf Grundlage eines CO_2 Pfades entwickelt. Diese Klimaschutzstrategie wurde auch im Geschäftsjahr weiterverfolgt. Sie ist somit eine wichtige Grundlage, um entsprechende Aktivitäten und Maßnahmen für die Dekarbonisierung des Gebäudebestands bis 2045 zu entwickeln.

Um kontinuierlich bewerten zu können, ob die Zielmarke Klimaneutralität erreicht wird oder es möglicherweise Abweichungen vom Ziel Pfad gibt, ist vorgesehen, ein Monitoring zum Thema CO_2 Emissionen im Unternehmen zu implementieren. Die erforderlichen technischen Strukturen werden aktuell durch Einführung des Software-Tools „Mevivo-Eco“ geschaffen.

Weitere Tätigkeiten

Die GKHi Gesellschaft für kommunale Immobilien im Landkreis Hildesheim mbH wurde als Instrument der interkommunalen Zusammenarbeit gegründet. So kann die kwg ihre Kenntnisse aus der Gebäudewirtschaft und der Bau- und Planungstätigkeit zum Wohl Ihrer Gesellschafter anwenden. Neben der Geschäftsbesorgung für die Gesellschaft entwickelt und realisiert die kwg kommunale Projekte für die Gesellschafter der GKHi durch Wahrnehmung der Bauherrenaufgaben / Projektsteuerung. Die Tätigkeit für die GKHi hat im Jahr 2024 Betreuungserlöse i. H. v. 214 T€ erzielt.

Die ProjektBau Hildesheim GmbH & Co. OHG als 50 % Beteiligung der kwg unterstützt gemeinsam mit der gbg Immobilien GmbH Stadt und Landkreis Hildesheim bei ihren gemeinsamen Aufgaben, hier übernimmt die kwg die technische Geschäftsführung.

Umsatzerlöse

Entwicklung des Umsatzes der kwg

	2024 Mio. EUR	2023 Mio. EUR
Bewirtschaftungstätigkeit	29,21	27,45
Verkauf von Grundstücken	0,00	12,60
Betreuungstätigkeit	0,21	0,23
aus anderen Lieferungen und Leistungen	0,77	1,27
Insgesamt	30,19	41,55

Die Mietumsätze der Hausbewirtschaftung in 2024 sind im Vergleich zum Vorjahr gestiegen Die Steigerung resultiert u. a. durch Mieterhöhungen, Mietsteigerungen nach Modernisierungen und der Fertigstellung der Neubauvorhaben. Aktuell führt das Unternehmen auf Grund der Marktlage kein Bauträgergeschäft durch, daraus resultiert ein deutlicher Umsatzrückgang.

Mietverluste

	2024 TEUR	2023 TEUR
Erlösschmälerungen Mieten und Umlagen	538	421
Abschreibungen auf Mietforderungen	96	80
Veränderung der Wertberichtigung	-19	-12
Insgesamt	615	489

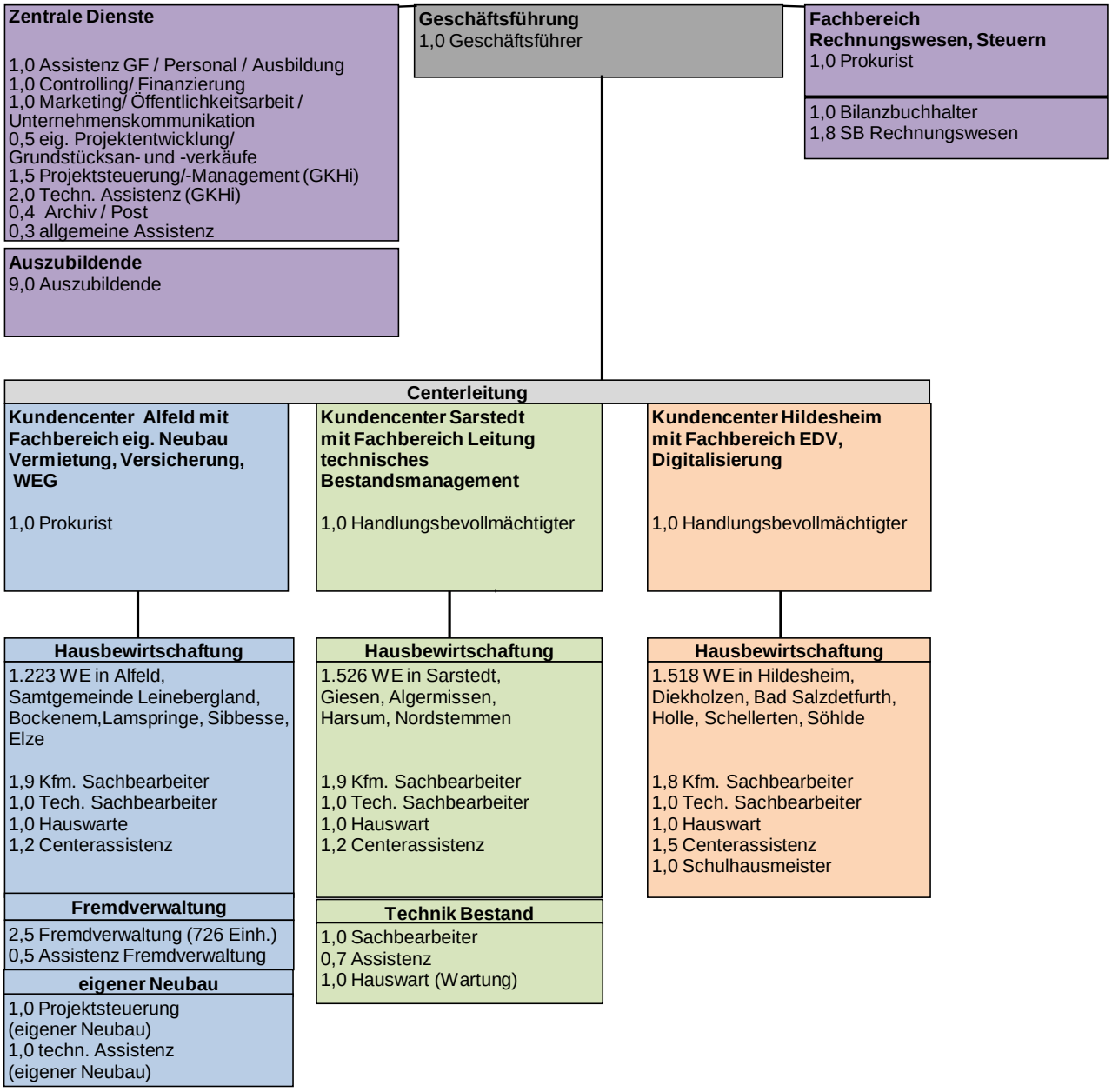
Die Anstrengungen zur Senkung des Leerstandes und die Professionalisierung im Bereich des Mahn- und Klagewesens tragen zum Unternehmenserfolg bei. Dieses gilt auch für die systematische Prüfung der dauerhaften Zahlungsfähigkeit der Kunden und ihrer Bonität, die langfristig zu einer Reduzierung der Abschreibung auf Mietforderungen beiträgt. Die Steigerung der Erlösschmälerungen resultieren im Wesentlichen aus den Neubauvorhaben, da diese in der Regel ab Zeitpunkt der Bezugsfertigkeit noch nicht vollständig vermietet sind.

Betriebsorganisation

Organisation

Die kundenorientierte Betriebsorganisation der kwg Hildesheim mbH ist im Geschäftsjahr von der Struktur unverändert geblieben. Weiterhin betreibt die kwg drei regionale Kundencenter. In seinem Kundencenter findet der Kunde der kwg alles, was für ihn wichtig ist. Nur die internen und zentralen Bereiche ohne direkte Relevanz für den Kunden sind in der Zentrale in Hildesheim konzentriert. Das nachfolgende Organigramm stellt den aktuellen Stand dar.

Organigramm der kwg



Personal

Die Geschäftsführung erwartet weiterhin, dass aufgrund der demographischen Entwicklung, insbesondere im Südkreis, der Druck von Seiten des Marktes zunehmen wird. Auch sorgen Gesetzesänderungen und zusätzliche Gesetzesvorschriften für einen erhöhten Arbeitsaufwand. Dazu kommen ein erhöhtes Angebot bzw. Bedarf des Kunden an dem Service. Dieser Entwicklung möchte das Unternehmen auch zukünftig mit einem verbesserten Service- und Beratungsangebot vor Ort begegnen. Ziel ist es, die Immobilien nachhaltig und mit hoher Qualität zu bewirtschaften. Dazu ist eine qualifizierte und motivierte Belegschaft das entscheidende Instrument.
Dieses Instrument wird durch verschiedene Bausteine hinterlegt:

- Die kwg arbeitet ständig daran, die fachliche und persönliche Qualifikation der Mitarbeiter zu verbessern. So bildet die kwg seit Jahren mit neun Auszubildenden deutlich über den eigenen Bedarf aus und kann ihren Personalbedarf qualitativ hochwertig aus eigenem Potential bedienen. Im Rahmen der Ausbildung bietet die Breite der Tätigkeit des Unternehmens die Möglichkeit, umfangreiches Wissen und Praxiserfahrung aus verschiedensten Bereichen rund um die Immobilie zu vermitteln. Die kwg bietet den Auszubildenden außerdem die Möglichkeit über ein Praktikum Erfahrungen im Ausland zu sammeln. 2024 hat ein Auszubildender seine Ausbildung erfolgreich vor der IHK Hannover abgeschlossen. Zur Nachwuchsgewinnung wird zunehmend auch der Kontakt zu potentiellen Bewerbern in Schulen und bei Auszubildendenmessen gesucht.

- Auch in externe und interne Fort- und Weiterbildung wurde permanent investiert. Mitarbeiter/innen haben Zugang zum Weiterbildungsangebot des vdw Niedersachsen / Bremen und nehmen dort an Weiterbildungsveranstaltungen teil.

- Wichtig ist auch die Gewinnung von Führungskräften in der Zukunft. Zum Erkennen von Potentialen werden hier mit den Auszubildenden Potentialanalysen/Development-Center durchgeführt. Die kwg setzt zur weiteren Qualifikation auf die GdW Ausbildungsreihen zur Qualifikation von Führungsnachwuchs mit dem Immobilienfachwirt, dem Bachelor of Arts (B.A.) Real Estate und dem Master of Arts (M.A.) Real Estate Management am EBZ Bochum. Eine Mitarbeiterin befindet sich im Studium zum B.A. Real Estate, sowie ein Mitarbeiter zum M.A. Real Estate Management. Die Wahl des Berufsschulstandortes Bochum soll eine Durchgängigkeit der Aus- und Weiterbildung fördern.

- Wichtig ist auch der Wissenstransfer innerhalb des Unternehmens, der durch regelmäßige Dienstbesprechungen auf Mitarbeiter- und Führungskräfteebene sichergestellt wird. So ist sichergestellt, dass im Unternehmen vorhandenes Know-how weitergegeben wird.

Mit all diesen Maßnahmen soll sichergestellt werden, dass die Mitarbeiter als wesentlicher Erfolgsfaktor des Unternehmens eingeordnet, qualifiziert und weiterentwickelt werden.

Die Verteilung der Altersgruppen in der Belegschaft des Unternehmens ist sehr gleichmäßig, sodass das Unternehmen demographisch sehr gut aufgestellt ist.
Risiken durch das überproportionale altersbedingte Ausscheiden besonders qualifizierter Mitarbeiter und den damit verbundenen Verlust von Know-how sind nicht zu befürchten. Die Anstrengungen der vergangenen Jahre in den Bereichen Ausbildung und Qualifizierung machen sich positiv bemerkbar.

Verwaltung

Die Verwaltungskosten haben sich gegenüber dem Vorjahr wie folgt verändert:

	2024 TEUR	2023 TEUR
Personalkosten ohne Altersversorgung	2.639	2.553
Sozialabgaben und Altersversorgung	321	405
sächliche Verwaltungskosten	1.745	1.167
Insgesamt	4.705	4.125

Die Steigerung des Personalaufwandes resultiert im Wesentlichen auf tariflich vereinbarten Lohn- und Gehaltssteigerungen, sowie Personalveränderungen. Die sächlichen Verwaltungskosten sind durch Einmaleffekte geprägt, z.B. das 75-jährige Firmenjubiläum, Umbaumaßnahmen in der Firmenzentrale und einer aktualisierten technischen Bestandsaufnahme (inklusive neuer Grundrisse) aller Wohnungen gestiegen. Für die kommenden Jahre erwartet die Geschäftsführung hier einen Rückgang auf das langjährige Niveau.

Vermögenslage der Gesellschaft

Die Vermögenslage der Gesellschaft stellt sich am 31.12.2024 wie folgt dar:

Vermögensstruktur

	2024		2023	
	TEUR	Anteil in %	TEUR	Anteil in %
Anlagevermögen	193.542	88,84	190.573	86,53
Umlaufvermögen	24.314	11,16	29.659	13,47
Bilanzsumme	217.856	100,00	220.232	100,00

Kapitalstruktur

	2024		2023	
	TEUR	Anteil in %	TEUR	Anteil in %
Eigenkapital	74.545	34,22	70.721	32,11
Fremdkapital	140.449	64,47	146.516	66,53
Rechnungsabgrenzungsposten	2.861	1,31	2.995	1,36
Bilanzsumme	217.856	100,00	220.232	100,00

Die Bilanzsumme und das Fremdkapital sind leicht gesunken, wohingegen das Anlagevermögen leicht gestiegen ist. Die Eigenkapitalquote ist trotz umfangreicher Bautätigkeit gestiegen. Dieses resultiert aus deutlich gesunkenen Barmittelbeständen und nicht abgerufenen Fremdkapitalmitteln.

Finanzlage

Die Kapitalflussrechnung wurde nach DRS21 erstellt.

	2024 TEUR
Finanzmittelbestand zum 01.01.	15.720,9
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	5.014,7
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-11.166,7
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-3.818,5
Finanzmittelbestand zum 31.12.	5.750,4

Die Mittelzuflüsse aus der laufenden Geschäftstätigkeit haben die Mittelabflüsse aus der Investitions- und Finanzierungstätigkeit nicht vollständig gedeckt. Der Differenzbetrag wurde aus dem Finanzmittelbestand entnommen.

Ertragslage

Die Ertragslage der Gesellschaft hat sich, nach Sparten gegliedert, wie folgt entwickelt:

	2024 TEUR	**2023 TEUR**	**Veränderung TEUR**
Bewirtschaftungstätigkeit	4.411,3	3.964,6	446,7
Bautätigkeit/ Modernisierung Anlagevermögen	-172,5	-243,1	70,6
Verkaufstätigkeit	-22,0	1.662,0	-1.684,0
Betreuungstätigkeit	16,5	58,1	-41,6
Sonstige ordentliche Geschäftstätigkeit	-87,9	195,0	-282,9
Betriebsergebnis	**4.145,4**	**5.636,6**	**-1.491,2**
Finanzergebnis	250,4	137,7	112,7
Neutrales Ergebnis	-302,9	148,6	-451,5
Jahresergebnis vor Steuern von Einkommen und Ertrag	**4.092,9**	**5.922,9**	**-1.830,0**
Steuern von Einkommen und Ertrag	0,0	-230,5	230,5
Jahresüberschuss	**4.092,9**	**5.692,4**	**1.599,5**

Das erhöhte Ergebnis der Bewirtschaftungstätigkeit resultiert im Wesentlichen aus zusätzlichen Mieterlösen, insbesondere aus Neubau und Mietanpassungen. Der Verlust aus der Bautätigkeit im Anlagevermögen ist geprägt von verrechneten Verwaltungskosten. Im Geschäftsjahr standen den Aufwendungen für Verkaufstätigkeit keine Verkaufserlöse gegenüber. In der Betreuungstätigkeit wurde ein positiver Ergebnisbeitrag erzielt. In der sonstigen ordentlichen Geschäftstätigkeit übersteigen die im Geschäftsjahr verrechneten Kosten die erzielten Erlöse, da die Projekterlöse zum Teil erst im Folgejahr realisiert werden.

Das Finanzergebnis hat sich auf Grund gestiegener Anlagezinsen positiv entwickelt. Das negative neutralen Ergebnis resultiert im Wesentlichen aus außerplanmäßigen Abschreibungen auf das Anlagevermögen, hier Abschreibung des Restbuchwertes einer abgebrochenen Gewerbeimmobilie in Schellerten.

Die wesentlichen Kennzahlen, die für die Unternehmensentwicklung von Bedeutung sind, fasst die folgende Tabelle zusammen:

	Ist 2024 TEUR	Plan 2024 TEUR	Ist 2023 TEUR
Umsatzerlöse aus Mieten	21.392	21.350	20.396
Instandhaltungsaufwendungen	6.174	6.226	6.405
Zinsaufwendungen	2.340	2.430	2.238
Jahresüberschuss	4.093	4.104	5.692

Der Jahresüberschuss liegt auf Höhe der Planung. Die wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens beurteilen wir positiv.

Kennzahlen

	2024 rd. EUR/m²	2023 rd. EUR/m²	2022 rd. EUR/m²	Betriebsvergleich 2023* rd. EUR/m²
Durchschnittliche Verschuldung	411	424	393	431

Die durchschnittliche Verschuldung in EUR je m² bezieht sich auf die Wohnfläche von Mietwohnungen zuzüglich der Nutzfläche von Gewerbeobjekten.

	2024 rd. EUR/m²	2023 rd. EUR/m²	2022 rd. EUR/m²	Betriebsvergleich 2023* rd. EUR/m²
Durchschnittlicher Gebäude- und Grundstücksbuchwerte	653	623	569	549

Der durchschnittliche Gebäude- und Grundstücksbuchwert in EUR je m² ermittelt sich aus den Gebäude- und Grundstücksbuchwerten im Verhältnis zu den Wohn- und Nutzflächen der eigenen Einheiten.

	2024	2023	2022	Betriebsvergleich 2023*
Mietenmultiplikator	8,78	8,59	8,08	8,19

Der Mietenmultiplikator zeigt das Verhältnis von Buchwerten des Immobilienbestandes zu Sollmieten (Wohnen und Gewerbe).

Die Steigerung der Buchwerte und des Mietenmultiplikators ist die Folge der umfangreichen Neubautätigkeit der vergangenen Jahre

	2024 (%)	2023 (%)	2022 (%)	Betriebsvergleich 2023* (%)
Eigenkapitalrentabilität vor Ertragssteuern	5,49	8,05	7,06	5,87

Die Eigenkapitalrentabilität vor Ertragssteuern zeigt das Verhältnis des Jahresergebnisses zum eingesetzten Eigenkapital.

*Der Betriebsvergleich der niedersächsische Wohnungsunternehmen (ohne Genossenschaften) vergleicht Wohnungsunternehmen der Größe zwischen 3001 und 6000 Wohneinheiten an ihren betriebswirtschaftlichen Kennzahlen

Risiko- und Chancenbericht

Risiken der zukünftigen Entwicklung

Unser Risikomanagementsystem erfasst das Controlling und regelmäßige interne Berichterstattung. Es ist darauf ausgerichtet, die dauerhafte Zahlungsfähigkeit sicherzustellen und das Eigenkapital zu stärken. Dazu werden in verschiedenen Beobachtungsbereichen Risikoindikatoren ermittelt und bewertet.

Zum internen Kontrollsystem gehören auch Regelungen zur Compliance. Neben den geltenden gesetzlichen Bestimmungen sind unternehmensinterne Richtlinien und Anweisungen Bestandteil des Compliance Management Systems. Unser Risikomanagement- als auch Compliance Management System werden regelmäßig überprüft und aktualisiert.

Aufgrund der aktuellen Marktlage besteht derzeit nur ein geringes Leerstandsrisiko. Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung kann dieses Risiko langfristig ansteigen. Dagegen ist die momentane Investitionstätigkeit unserer Gesellschaft in der Bestandserneuerung (Neubau und Modernisierung) auf eine marktgerechte Anpassung des Wohnungsbestandes für die Zukunft gerichtet. Wesentliche Tätigkeitsfelder sind dabei Maßnahmen zur Einsparung von Energie (Wärmedämmung und Erneuerung von Heizungsanlagen), Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnwertes sowie Maßnahmen zur Anpassung des Wohnungsbestandes an die demographische Entwicklung, d. h. die Beseitigung von Barrieren in und zu den Wohnungen. Im Bereich des Neubaus hat die kwg mit den Produktlinien ARGENTUM und kwg Comfort Produkte entwickelt, welche den Veränderungen am Wohnungsmarkt durch den demographischen Wandel Rechnung trägt.

Im Vorfeld von Investitionen werden regelmäßig Markt- und Standortanalysen durchgeführt, um die langfristige und nachhaltige Wirtschaftlichkeit zu gewährleisten.

Bei den langfristigen Fremdmitteln handelt es sich überwiegend um langfristige Annuitätendarlehen (Restlaufzeiten von 2-35 Jahren), die dinglich gesichert sind. Ein Zinsänderungsrisiko besteht im Wesentlichen im Hinblick auf zukünftige Refinanzierungen auslaufender Kredite. Aufgrund der in der Vergangenheit niedrigen Zinsen auch im langfristigen Bereich bestand die Strategie darin, die Darlehen bis zum Ende der Zinsbindungsfrist zurückgezahlt zu haben. Darlehen mit Zinsänderungsrisiko, d.h. mit Restvaluta am Ende der Zinsbindung, machen inzwischen mit nur noch einen Teil ca. 28 % des Darlehensportfolios der kwg aus. Darüber hinaus verfügt die kwg für weitere Investitionsmaßnahmen für ausreichende Beleihungsreserven.

Wesentliche Risiken aus Zahlungsstromschwankungen und Liquiditätsrisiken sind aufgrund regelmäßiger Mieteinzahlungen nicht erkennbar. Die Mieteinnahmen sind durch die Nutzungs- und Mietverträge gesichert. Preisänderungsrisiken bestehen im Rahmen der Investitionen in den Bestand und Neubautätigkeiten bei den Baukosten, die stetig steigen. Das Kostensteigerungsrisiko wird durch einen Kostenaufschlag bereits in der Planungsphase der Investitionen und durch ein Projektcontrolling minimiert. Regelmäßig wird mit den Bauvorhaben erst begonnen, wenn die wesentlichen Gewerke vergabereif sind.

Der abweichend vom Kerngeschäft betriebene Geschäftsbereich Verwaltung von Fremdbesitz und Projektsteuerung/ Geschäftsbesorgung für die GKHi hat aufgrund seines vergleichsweisen geringen Umfangs für das Risikomanagement nur eine untergeordnete Bedeutung.

Zur Verbesserung der Einkaufskonditionen werden regelmäßig Strom- und Gaskonditionen ausgeschrieben und im Sinne einer Kostensicherheit für zwei bis drei Jahre festgeschrieben. Die erzielten Ergebnisse reduzieren die Kosten für die Mieter der kwg spürbar und stellen einen Wettbewerbsvorteil dar. Allerdings ließen sich in den vergangenen Ausschreibungen auf Grund der allgemeinen Marksituation deutliche Kostensteigerungen nicht vermeiden.

Mit dem Auslaufen von Energielieferungsverträgen müssen Wohnungsunternehmen und ihre Mieter weiterhin mit einem deutlichen Preisanstieg und damit mit einem entsprechenden Anstieg der zu leistenden Vorauszahlungen an die Versorgungsunternehmen rechnen. Die Vorauszahlungen, die i. d. R. zunächst von den Wohnungsunternehmen vorfinanziert werden müssen, können unter Umständen zu Liquiditätsengpässen führen. Zudem könnte durch die deutlich erhöhte Bruttowarmmiete die Zahlungsfähigkeit einzelner Mieter (insbesondere Einpersonen- und Alleinerziehendenhaushalte in großen Wohnungen) übersteigen. Hieraus können Erlösausfälle resultieren. Gleichzeitig vermindern die so erhöhte Bruttowarmmiete und die inflationsbedingten Steigerungen der allgemeinen Lebenshaltungskosten den Spielraum für künftige Mieterhöhungen.

Die aktuelle Zinsentwicklung, die gestiegenen Preise am Bau sowie die negative Entwicklung der energetischen Bundesförderkulisse werden für die Zukunft den Neubau, insbesondere am freifinanzierten, deutlich erschweren.

Die Geschäftsführung beobachtet laufend die weitere Entwicklung zur Identifikation der damit verbundenen Risiken und reagiert bedarfsweise unter Zugrundelegung des Risikomanagementsystems des Unternehmens mit angemessenen Maßnahmen zum Umgang mit den identifizierten Risiken. Davon umfasst sind auch kurzfristige Maßnahmen zur Optimierung der Betriebsführung der Heizungsanlagen. Im Zusammenhang mit der Sicherstellung der Versorgungssicherheit im Energiesektor zeigt sich, dass der Pfad zu einer nachhaltigen

Transformation der Wirtschaft derzeit überdacht werden muss. Infolgedessen wird die kwg ihre Klimastrategie überarbeiten bzw. anpassen.

Die Klimaschutzgesetzgebung und die damit einhergehenden Anforderungen und Verpflichtungen für den Gebäudesektor bzw. die Wohnungswirtschaft stellen ganz erhebliche Herausforderungen auch für unser Unternehmen auf dem Weg zur Klimaneutralität dar. Es wurde bereits eine Bestandsaufnahme der Objekte zur Ermittlung der derzeitigen CO_2-Emissionen durchgeführt. Des Weiteren ist eine sukzessive Optimierung der unternehmenseigenen Klimaschutzstrategie, ausgerichtet an den technisch- wirtschaftlichen und finanziellen Gegebenheiten sowie den gesetzlichen und baurechtlichen Vorgaben, vorgesehen. Etwaigen Kosten- und Vermietungsrisiken gilt es dabei zu begegnen. Die Entwicklung des Portfolios unter den Gesichtspunkten Wirtschaftlichkeit, technischer Bestand und Klimaneutralität soll über das Softwaretool „MevivoEco“ laufend beobachtet und abgeglichen werden.

Auf Grund der konsequenten Modernisierungsstrategie der vergangenen Jahre, ist der überwiegende Teil der kwg-Gebäude als saniert zu bewerten. Lediglich ein geringer Teil ist unsaniert. Nur noch vereinzelt müssen umfangreiche Modernisierungen an der Gebäudehülle durchgeführt werden. Der Fokus zur Erreichung der Klimaziele bis 2030 liegt auf der Optimierung der Gebäudehüllen. Bis 2045 soll der Schwerpunkt in der Transformation zur CO2 neutralen Energieversorgung liegen. Da diese Maßnahmen den Großteil des Bestandes betreffen und die Kosten nicht abzusehen sind, ist dieses als ein nicht unerhebliches Risiko zu betrachten.

Zusammenfassend sind keine bestandsgefährdenden oder entwicklungsbeeinträchtigenden Risiken erkennbar, die zu einer ungünstigen Entwicklung im Unternehmen mit negativer Beeinflussung auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage führen könnten.

Chancen der zukünftigen Entwicklung

Auch für die Zukunft erwarten wir eine günstige Vermietungssituation mit punktuell leicht steigenden Mieten und zusätzlichen notwendigen Neubauwohnungen. Zusätzliche größere Wohnungsverkäufe, abgesehen von einigen Einzelobjekten, sind derzeit nicht geplant. Die Erstvermietungen der Neubauwohnungen verlaufen planmäßig.

Weitere Chancen werden bei Wirtschaftlichkeit durch Neubau wie auch energetische Modernisierungen und die Herstellung nachfragegerechter, d. h. vor allem demografiefester Grundrisse im Altbaubestand gesehen. Eine wesentliche Aufgabe der kwg bleibt dabei, den Bewohnern zu ermöglichen, so lange selbstbestimmt wie möglich zu leben. Die Bezahlbarkeit bildet aufgrund der erwarteten niedrigen Einkommen bei den älteren Menschen als einzige wachsende Bevölkerungsgruppe ein wesentliches Qualitätsmerkmal.

Neben baulichen Maßnahmen wird es eine vordringliche Aufgabe bleiben, stabile Nachbarschaften zu schaffen und zu erhalten. Neben den technischen Gesichtspunkten muss das Unternehmen dabei auch den sozialen Aspekten gerecht werden.

Die persönliche Betreuung der Mieter vor Ort ist ein wesentliches Qualitätsmerkmal. Um hierfür entsprechend Raum zu schaffen, wurden systematisch Organisationsabläufe hinterfragt und, soweit sinnvoll, vereinfacht bzw. gestrafft. Auch die Qualifikation des Personals spielt in diesem Zusammenhang eine wesentliche Rolle. Dieser kontinuierliche Prozess wird auch für die Zukunft ein wesentliches Merkmal zur Gewinnung von Wettbewerbsvorteilen sein.

Prognosebericht

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft entwickelt sich weiterhin positiv. Weder ist aufgrund der aktuellen Marktlage noch der erwarteten Entwicklung mit nennenswertem Leerstand zu rechnen. Die Ausfallrisiken aus Leerstandsverlusten und Forderungsausfällen sind insgesamt als gering einzuschätzen.

Für 2025 rechnen wir mit Mieterträgen von 22.223 TEUR, Instandhaltungsaufwendungen von 6.631 TEUR sowie Zinsaufwendungen von 2.503 TEUR. Die Geschäftsführung erwartet einen Jahresüberschuss für das Jahr 2025 in Höhe von 4.509 TEUR.

Die Phase der hohen Neubautätigkeit der kwg im Bereich des Anlagevermögens wird langsam reduziert. Weiterhin soll das Portfolio gezielt nachfrageorientiert entwickelt werden. Die Finanzierung dieser Neubaumaßnahmen sollte durch entsprechende Eigenkapitalanteile unterlegt sein, die der Gesellschaft zur Verfügung stehen sollten. Primär wird hier versucht auf zinsvergünstigte Mittel der öffentlichen Wohnraumförderung zurückzugreifen.

Quantitative Angaben zum weiteren Einfluss der unterschiedlichen geopolitischen Entwicklungen, auf die beobachteten Kennzahlen sind zum Zeitpunkt der Aufstellung des Lageberichts nicht verlässlich möglich.

Hildesheim, den 12.06.2025

kwg Kreiswohnbaugesellschaft Hildesheim mbH
Die Geschäftsführung
Matthias Kaufmann

Aufgliederung und Erläuterung der Posten des Jahresabschlusses nach den Angaben des Unternehmens (Vorjahreswerte in Klammern)

Bilanz zum 31.12.2024

Aktiva

Anlagevermögen

Immaterielle Vermögensgegenstände

Entgeltlich erworbene Werte und Lizenzen	€	101.348,66
	(€	112.914,09)

	€
Buchwerte am 01.01.2024	112.914,09
Zugang	
Lizenzen	22.354,80
Abschreibungen	
planmäßig	-33.920,23
Buchwerte am 31.12.2024	101.348,66

Sachanlagen

Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten	€	176.020.474,84
	(€	165.043.098,33)

	31.12.2024 €	31.12.2023 €
Grundstückskosten	24.986.312,29	23.905.151,77
Gebäudekosten	151.034.162,55	141.137.946,56
	176.020.474,84	165.043.098,33

	€	€
Buchwerte am 01.01.2024		165.043.098,33
Zugänge		
Ankauf	578.540,00	
Kosten Neubau	4.834.082,91	
nachträgliche Herstellungskosten	1.005.594,27	
aktivierte Eigenleistungen	16.151,10	6.434.368,28
Abgang		
Baukostenzuschüsse/Tilgungsnachlass		-4.198.434,36
Umbuchungen von		
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Geschäfts- und anderen Bauten	681.648,80	
Anlagen im Bau	12.026.587,01	
Bauvorbereitungskosten	290.732,86	
Geleistete Anzahlungen	3.128,69	13.002.097,36
Abschreibungen		
planmäßig	4.128.918,92	
außerplanmäßig	50.989,87	
Umbuchungen	80.745,98	4.260.654,77
Buchwerte am 31.12.2024		176.020.474,84

Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Geschäfts- und anderen Bauten

	€	11.709.693,56
	(€	10.148.676,22)

	€	€
Buchwerte am 01.01.2024		10.148.676,22
Zugang		
nachträgliche Herstellungskosten		3.334.933,42
Abgang		
aus Baukostenzuschuss		-1.365.736,65
Umbuchungen von		
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten		756.782,60
Umbuchungen auf		
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten		-681.648,80
Abschreibungen		
planmäßig	-346.916,77	
außerplanmäßig	-217.142,44	
Umbuchungen	80.745,98	-483.313,23
Buchwerte am 31.12.2024		11.709.693,56

Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten

	€	106.261,60
	(€	863.044,20)

	€
Buchwerte am 01.01.2024	863.044,20
Umbuchungen auf	
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Geschäfts- und anderen Bauten	-756.782,60
Buchwerte am 31.12.2024	106.261,60

Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung € 303.019,99
(€ 366.361,78)

	€
Buchwerte am 01.01.2024	366.361,78
Zugang	
Kauf Betriebs- und Geschäftsausstattung	34.075,97
Abgang	
Verkauf, Verschrottung	-499,66
Abschreibungen	
planmäßig	-96.918,10
Buchwerte am 31.12.2024	303.019,99

Anlagen im Bau € 5.054.179,79
(€ 13.538.374,40)

	€	€
Buchwerte am 01.01.2024		13.538.374,40
Zugänge		
Hildesheim, Am alten Wasserwerk 5	607.961,80	
Hohenhameln, Dehnenweg 21/23	656.991,93	
Schellerten, Berliner Straße 27 und 27A	2.277.438,67	3.542.392,40
Umbuchungen auf		
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten		-12.026.587,01
Buchwerte am 31.12.2024		5.054.179,79

Bauvorbereitungskosten € 191.880,31
(€ 447.646,05)

	€
Buchwerte am 01.01.2024	447.646,05
Zugang	
Planungskosten für u. a. verschiedene Bauvorhaben	78.568,13
Umbuchungen auf	
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten	-290.732,86
Abschreibungen	
außerplanmäßig	-43.601,01
Buchwerte am 31.12.2024	191.880,31

Geleistete Anzahlungen	€	5.114,23
	(€	3.128,69)

	€
Buchwerte am 01.01.2024	3.128,69
Zugang	5.114,23
Umbuchungen auf	
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten	-3.128,69
Buchwerte am 31.12.2024	5.114,23

Finanzanlagen

Beteiligungen	€	50.000,00
	(€	50.000,00)

Ausgewiesen wird die Beteiligung an der ProjektBau Hildesheim GmbH & Co KG.

Umlaufvermögen

Zum Verkauf bestimmte Grundstücke und andere Vorräte

Grundstücke ohne Bauten	€	157.666,92
	(€	157.666,92)
Grundstücke mit fertigen Bauten	€	909.182,14
	(€	909.182,14)

Unfertige Leistungen € 9.144.186,59
(€ 7.898.083,70)

✔	31.12.2024 €	31.12.2023 €
noch nicht abgerechnete Umlagen für		
Heizungs- und Betriebskosten	8.959.099,02	7.748.341,49
nicht umlagefähige CO2-Kosten	-62.179,56	-38.629,59
Wertberichtigung wegen Leerstand	-95.000,00	-92.000,00
	8.801.919,46	7.617.711,90
andere unfertige Leistungen aus nicht abgerechneten Heizkosten von Fremdabnehmern u. a.	342.267,13	280.371,80
	9.144.186,59	7.898.083,70

Andere Vorräte € 573.984,76
(€ 704.711,46)

Ausgewiesen werden Heizölvorräte.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Forderungen aus Vermietung € 30.604,35
(€ 45.086,96)

	31.12.2024 €	31.12.2023 €
Forderungen aus Vermietung	79.457,13	112.763,69
Wertberichtigungen	-48.852,78	-67.676,73
	30.604,35	45.086,96

Forderungen aus Verkauf von Grundstücken € 0,00
(€ 81.300,00)

Forderungen aus Betreuungstätigkeit € 12.263,85
(€ 570,07)

Forderungen aus anderen Lieferungen und Leistungen € 75.122,74
(€ 311.488,37)

Sonstige Vermögensgegenstände € 6.846.449,45
(€ 3.411.657,28)

	31.12.2024 €	31.12.2023 €
Forderungen aus/an		
Tilgungszuschüsse, -nachlässe und andere Zuschüsse	6.463.359,23	2.933.620,88
Finanzamt	153.568,75	0,00
Betriebskosten	908,10	859,17
Versicherungen	95.909,88	55.354,86
Hausgeldzahlungen	82.482,01	85.607,11
Instandhaltungsrücklage einer Tiefgaragengemeinschaft	6.656,67	7.906,17
Auslagenersatz	3.052,15	199.291,02
Sonstiges	40.512,66	129.018,07
	6.846.449,45	3.411.657,28

Flüssige Mittel und Bausparguthaben

Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten € 5.750.445,28
(€ 15.720.937,10)

	31.12.2024 €	31.12.2023 €
Guthaben bei Kreditinstituten	5.747.864,50	15.718.213,65
Kassenbestand	2.580,78	2.723,45
	5.750.445,28	15.720.937,10

Bausparguthaben € 813.818,36
(€ 417.825,92)

	€	€
Stand am 01.01.2024		417.825,92
Zugänge		
Einzahlungen	395.964,00	
Zinsen	63,07	396.027,07
Abgänge		
Entgelt	-18,00	
Kapitalertragsteuer und Solidaritätszuschlag	-16,63	-34,63
Stand am 31.12.2024		813.818,36

Passiva

Eigenkapital

Gezeichnetes Kapital	€	6.671.880,00
	(€	6.671.880,00)

Das Gezeichnete Kapital ist vollständig eingezahlt.

Kapitalrücklage	€	6.079.261,30
	(€	6.079.261,30)

Die Kapitalrücklage resultiert aus der zum 01.01.2008 erfolgten Verschmelzung mit der Kreiswohnungsbaugesellschaft mbH Alfeld/Leine. In 2023 wurden € 528.200,00 im Zuge der Erhöhung des Stammkapitals in die Kapitalrücklage von der Gesellschafterin Gemeinde Hohenhameln eingezahlt.

Gewinnrücklagen

Gesellschaftsvertragliche Rücklage	€	3.335.940,00
	(€	3.328.790,00)

Gemäß § 23 des Gesellschaftsvertrages ist bei der Aufstellung des Jahresabschlusses mindestens der zehnte Teil des Jahresüberschusses abzüglich eines eventuellen Verlustes der Gewinnrücklage zuzuführen, bis die Hälfte des Stammkapitals erreicht ist. Diese Rücklage darf nur wie eine gesetzliche Rücklage des Aktienrechts verwendet werden.

Bauerneuerungsrücklage	€	53.281.000,00
	(€	49.481.000,00)

Nach Beschluss des Aufsichtsrates vom 12.06.2025 wurden aus dem Jahresüberschuss 2024 € 3.800.000,00 in die Bauerneuerungsrücklage eingestellt.

Andere Gewinnrücklagen € 4.552.782,94
(€ 4.552.782,94)

Bilanzgewinn € 624.544,79
(€ 606.797,06)

	31.12.2024 €	31.12.2023 €
Gewinnvortrag	338.797,06	314.331,91
Jahresüberschuss	4.092.897,73	5.692.465,15
Einstellungen in Gewinnrücklagen	-3.807.150,00	-5.400.000,00
	624.544,79	606.797,06

Rückstellungen

Rückstellungen für Pensionen € 3.394.110,00
(€ 3.776.921,00)

	€	€
Stand 01.01.2024		3.776.921,00
Zugänge		
Zuführung	200.830,43	
Aufzinsung	32.326,00	233.156,43
Abgänge		
Inanspruchnahme	-200.830,43	
Auflösung	-415.137,00	-615.967,43
Stand 31.12.2024		3.394.110,00

Rückstellungen für Steuern € 0,00
(€ 249.194,00)

Rückstellungen für Bauinstandhaltung € 260.649,72
(€ 260.649,72)

Sonstige Rückstellungen € 500.055,17
(€ 1.520.943,82)

	01.01.2024 €	Inanspruch-nahme €	Auflösung €	Zuführung €	31.12.2024 €
Rückstellungen für					
Restkosten bei Verkaufsbauten	10.054,74	0,00	0,00	6.813,03	16.867,77
Archivierung	7.200,00	400,00	0,00	0,00	6.800,00
Gewährleistungs-verpflichtungen	82.696,40	2.841,82	17.534,58	328,01	62.648,01
Prüfungskosten	23.187,15	23.187,15	0,00	24.990,00	24.990,00
Abschlusskosten	35.483,00	35.483,00	0,00	36.491,99	36.491,99
Urlaubsverpflichtungen	34.344,10	34.344,10	0,00	47.052,40	47.052,40
Steuerberatungskosten	13.000,00	12.435,13	564,87	6.500,00	6.500,00
Schönheitsreparaturen	196.066,87	45.010,76	15.140,02	54.822,15	190.738,24
Altersteilzeit	11.822,68	12.001,77	0,00	179,09	0,00
öffentlich rechtliche Verpflichtungen	1.102.856,39	827.476,73	178.577,48	0,00	96.802,18
CO2-Kosten	4.232,49	6,35	0,00	6.938,44	11.164,58
	1.520.943,82	993.186,81	211.816,95	184.115,11	500.055,17

In den Zuführungen sind Aufzinsungen von € 2.570,17 und in den Inanspruchnahmen Abzinsungen von € 400,00 enthalten.

Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten € 110.728.268,64
(€ 113.827.678,20)

	31.12.2024 €	31.12.2023 €
Objektfinanzierungsmittel für das Anlagevermögen	110.663.792,89	111.822.456,39
rückständig fälliger Kapitaldienst	64.475,75	2.005.221,81
	110.728.268,64	113.827.678,20

	€
Stand am 01.01.2024	113.827.678,20
Zugang	
Neubau-, Modernisierungs- und Umfinanzierungsdarlehen	16.128.710,00
Abgang	-12.587.417,22
Tilgung	
planmäßig	-4.699.956,28
Veränderung kurzfristiger Verbindlichkeiten	-1.940.746,06
Stand am 31.12.2024	110.728.268,64

Verbindlichkeiten gegenüber anderen Kreditgebern € 7.464.659,59
(€ 7.598.654,10)

	31.12.2024 €	31.12.2023 €
Objektfinanzierungsmittel für das Anlagevermögen	7.464.659,59	7.551.379,10
rückständig fälliger Kapitaldienst	0,00	47.275,00
	7.464.659,59	7.598.654,10

	€
Stand am 01.01.2024	7.598.654,10
Tilgung	
planmäßig	-86.719,51
Veränderung kurzfristiger Verbindlichkeiten	-47.275,00
Stand am 31.12.2024	7.464.659,59

Erhaltene Anzahlungen € 9.963.139,02
(€ 9.343.043,91)

	31.12.2024 €	31.12.2023 €
Anzahlungen auf Betriebs- und Heizkosten von Mietern	9.550.331,58	8.946.543,43
Anzahlungen für Heizenergielieferungen von Dritten	412.807,44	396.500,48
	9.963.139,02	9.343.043,91

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

Verbindlichkeiten aus Vermietung € 4.834.498,89
(€ 4.566.865,90)

	31.12.2024 €	31.12.2023 €
Mietkautionen	4.415.470,98	4.179.091,75
Mietüberzahlungen	417.977,91	386.724,15
Mietsicherheiten aus gewerblicher Vermietung	1.050,00	1.050,00
	4.834.498,89	4.566.865,90

Verbindlichkeiten aus anderen Lieferungen und Leistungen € 3.115.153,52
(€ 5.254.730,29)

	31.12.2024 €	31.12.2023 €
Bau- und Instandhaltungsleistungen	3.106.706,71	4.686.774,08
Betriebskosten	2.596,55	377.178,94
sächliche Verwaltungskosten	5.850,26	190.777,27
	3.115.153,52	5.254.730,29

Sonstige Verbindlichkeiten € 188.613,10
(€ 117.345,76)

	31.12.2024 €	31.12.2023 €
Verbindlichkeiten aus Steuern	187.861,39	117.171,94
andere Verbindlichkeiten	751,71	173,82
	188.613,10	117.345,76

Rechnungsabgrenzungsposten

Andere Rechnungsabgrenzungsposten € 2.861.140,74
(€ 2.995.215,68)

	€	€
Stand am 01.01.2024		2.995.215,68
Tilgungen		
planmäßig	-130.813,80	
andere Sachverhalte	-3.261,14	-134.074,94
Stand am 31.12.2024		2.861.140,74

Ausgewiesen werden überwiegend forfaitierte Darlehen.

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01.01.2024 bis 31.12.2024

Umsatzerlöse aus Bewirtschaftungstätigkeit € 29.213.517,77
(€ 27.450.014,92)

	2024 €	2023 €
Sollmieten für		
Wohnungen	19.493.331,61	18.506.605,08
gewerbliche und sonstige Einheiten	1.872.936,08	1.781.272,12
Garagen und Abstellplätze	478.755,75	456.200,99
Erlösschmälerungen	-453.163,58	-347.949,07
	21.391.859,86	20.396.129,12
Umlagen		
Betriebskosten	7.899.988,99	7.121.748,50
Umlagenausfallwagnis	6.092,03	5.629,42
Erlösschmälerungen	-84.423,11	-73.492,12
	7.821.657,91	7.053.885,80
	29.213.517,77	27.450.014,92

Umsatzerlöse aus Verkauf von Grundstücken € 0,00
(€ 12.600.350,00)

Umsatzerlöse aus Betreuungstätigkeit € 213.501,26
(€ 233.764,28)

Ausgewiesen werden die Umsatzerlöse aus der Verwaltung von Eigentümergemeinschaften und aus Hausverwaltungen.

Umsatzerlöse aus anderen Lieferungen und Leistungen

€	768.963,78
(€	1.265.481,20)

	2024 €	2023 €
Wärmelieferungen an Dritte	351.827,38	323.367,00
Miete für Antennenstandorte	78.394,17	77.597,64
Vergütung für Kabel-TV-Anschlüsse	60.000,00	60.000,00
Architektenleistungen für Dritte	250.839,28	506.638,00
Geschäftsbesorgung	12.126,60	11.580,00
Gästewohnungen	0,00	2.102,79
Sonstiges	15.776,35	284.195,77
	768.963,78	1.265.481,20

Verminderung (-) oder Erhöhung des Bestandes an zum Verkauf bestimmten Grundstücken mit fertigen und unfertigen Bauten sowie unfertigen Leistungen

€	1.246.102,89
(€	-7.789.049,62)

	2024 €	2023 €
Bestandsänderungen bei		
Grundstücke mit unfertigen Bauten - Fremdkosten	0,00	2.294.253,50
Grundstücke mit unfertigen und fertigen Bauten - Verkauf	0,00	-10.786.244,39
Unfertige Leistungen	1.246.102,89	702.941,27
	1.246.102,89	-7.789.049,62

Andere aktivierte Eigenleistungen € 16.151,10
(€ 15.221,54)

	2024 €	2023 €
aktivierte eigene		
Architektenleistungen	8.877,77	8.366,80
Verwaltungsleistungen	7.273,33	6.854,74
	16.151,10	15.221,54

Sonstige betriebliche Erträge € 582.997,25
(€ 571.669,64)

	2024 €	2023 €
Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	532,77	40.106,67
Auflösung Sonstiger Rückstellungen	211.816,95	53.128,42
Eingänge auf in früheren Jahren abgeschriebene Forderungen	25.520,66	20.864,99
Fahrzeuggestellungen	26.720,77	35.406,50
Entschädigungen für unterlassene Schönheitsreparaturen	30.364,70	21.942,31
Auflösung von Wertberichtigungen zu anderen Forderungen	18.823,95	11.504,52
Skontoerträge	54.329,50	46.617,57
Zuschüsse (BAFA)	126.319,42	305.992,57
Ausbuchung von Verbindlichkeiten	5.113,87	7.578,99
andere betriebliche Erträge	83.454,66	28.527,10
	582.997,25	571.669,64

Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen

Aufwendungen für Bewirtschaftungstätigkeit € 15.432.503,40
(€ 14.520.079,84)

	2024 €	2023 €
Betriebs- und Heizkosten	9.121.278,31	7.949.847,89
Kosten für Instandhaltungsmaßnahmen		
laufende Instandhaltung und Schönheitsreparaturen	5.208.998,38	4.519.539,73
Modernisierungsaufwendungen	905.619,48	921.255,11
Zuführung Sonstige Rückstellungen	59.772,78	966.563,05
andere Aufwendungen für Bewirtschaftungs-tätigkeit	136.834,45	162.874,06
	15.432.503,40	14.520.079,84

Aufwendungen für Verkaufsgrundstücke € 21.998,08
(€ 2.414.602,09)

	2024 €	2023 €
Fremdkosten (einschließlich Zuführung zur Rückstellung)	0,00	2.294.253,50
Vertriebskosten	0,00	47.663,42
Zuführung Garantierückstellung	0,00	61.677,70
Betriebskosten für noch nicht verkaufte Objekte im Vorhaltezeitraum	15.260,31	937,83
Aufwendungen für in früheren Jahren übertragene Verkaufsobjekte	0,00	10.069,64
sonstige Aufwendungen für Verkaufsgrundstücke	6.737,77	0,00
	21.998,08	2.414.602,09

Aufwendungen aus Betreuungstätigkeit

€	2.672,69
(€	1.778,25)

Aufwendungen für andere Lieferungen und Leistungen

€	408.817,50
(€	440.856,15)

	2024 €	2023 €
Fremdkosten für Wärmelieferung an Dritte	343.197,38	295.875,06
Verwaltungskosten für eine Tiefgarage	2.142,00	2.142,00
Aufwendungen für eine Gästewohnung	807,82	4.573,71
Sonstiges	62.670,30	138.265,38
	408.817,50	440.856,15

Personalaufwand

Löhne und Gehälter

€	2.638.570,01
(€	2.552.793,20)

Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung

€	321.437,70
(€	404.856,71)

	2024 €	2023 €
soziale Aufwendungen	482.399,95	465.594,50
Aufwendungen für Altersversorgung	-160.962,25	-60.737,79
	321.437,70	404.856,71

Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen

€	4.918.407,34
(€	4.611.752,79)

	2024 €	2023 €
Immaterielle Vermögensgegenstände	33.920,23	49.170,13
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten (davon außerplanmäßig € 50.989,87, Vorjahr € 0,00)	4.179.908,79	3.906.001,81
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Geschäfts- und anderen Bauten (davon außerplanmäßig € 217.142,44, Vorjahr € 0,00)	564.059,21	373.543,61
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	96.918,10	83.322,63
Bauvorbereitungskosten (außerplanmäßig)	43.601,01	199.714,61
	4.918.407,34	4.611.752,79

Sonstige betriebliche Aufwendungen

€	2.117.408,41
(€	1.380.339,98)

	2024 €	2023 €
sächliche Verwaltungskosten	1.227.915,15	895.748,83
Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	499,66	599,78
Aufwendungen für Gemeinschaftspflege	46.322,75	56.622,96
Abschreibungen auf Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	180.528,45	80.365,05
Aufwendungen für unbebaute Grundstücke	2.081,29	1.455,32
Spenden	64.164,96	40.839,50
Beratungskosten und Gutachten	429.634,78	217.938,52
Steuerberatungskosten	6.500,00	6.500,00
Gerichts-, Anwalts- und Notarkosten	10.769,48	2.920,81
freiwillige soziale Aufwendungen	23.433,62	19.673,19
Künstlersozialkasse	9.708,91	22.280,41
sonstige Aufwendungen	115.849,36	35.395,61
	2.117.408,41	1.380.339,98

Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

€	250.674,11
(€	138.003,18)

	2024 €	2023 €
Zinserträge für Guthaben bei Kreditinstituten	249.956,93	136.422,46
Zinsen auf Forderungen	317,18	112,55
Erträge aus der Abzinsung von Rückstellungen	400,00	1.468,17
	250.674,11	138.003,18

Zinsen und ähnliche Aufwendungen

€	2.339.910,11
(€	2.238.468,54)

	2024 €	2023 €
Zinsen für Dauerfremdfinanzierungsmittel	2.277.288,98	2.164.081,38
Bürgschaftsgebühren	16.926,89	17.785,67
Zinsen für Mietkautionen	10.744,07	4.967,00
Aufzinsung Rückstellungen	34.896,17	51.634,49
sonstige Zinsaufwendungen	54,00	0,00
	2.339.910,11	2.238.468,54

Steuern vom Einkommen und Ertrag

€	0,00
(€	230.502,71)

Sonstige Steuern

€	-2.714,81
(€	-3.040,27)

Jahresüberschuss

€	4.092.897,73
(€	5.692.465,15)

Gewinnvortrag

€	338.797,06
(€	314.331,91)

Einstellungen in Gewinnrücklagen

€	-3.807.150,00
(€	-5.400.000,00)

Bilanzgewinn

€	624.544,79
(€	606.797,06)

Rechtliche Verhältnisse

Firma:	kwg Kreiswohnbaugesellschaft Hildesheim mbH
Sitz:	Hildesheim
Gründung:	03.05.1949
Registereintrag beim Amtsgericht:	Hildesheim unter HRB 102 vom 14.11.1949
Gesellschaftsvertrag:	Der seit dem 22.07.2008 wirksame Gesellschaftsvertrag wurde zuletzt durch Beschluss der Gesellschafterversammlung am 12.07.2022 geändert und am 26.01.2023 in das Handelsregister eingetragen.
Gegenstand des Unternehmens:	Die Gesellschaft errichtet, betreut, bewirtschaftet und verwaltet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen. Sie kann außerdem alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen, Grundstücke erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Gewerbebauten, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen.
Gezeichnetes Kapital:	Das Stammkapital beträgt € 6.671.880,00. Mit Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 12.07.2022 und Eintragung im Handelsregister vom 26.01.2023 wurde das Stammkapital um € 14.300,00 auf € 6.671.880,00 erhöht.

Gesellschafter:

Das Stammkapital verteilt sich auf die Gesellschafter wie folgt:

	€
Landkreis Hildesheim	3.889.620,00
Stadt Sarstedt	946.410,00
Gemeinde Nordstemmen	534.820,00
Stadt Bockenem	349.220,00
Gemeinde Harsum	309.340,00
Stadt Bad Salzdetfurth	255.650,00
Gemeinde Diekholzen	166.170,00
Gemeinde Söhlde	125.270,00
Gemeinde Giesen	18.410,00
Gemeinde Hohenhameln	14.300,00
Gemeinde Algermissen	12.280,00
Stadt Alfeld	11.800,00
Gemeinde Schellerten	10.230,00
Gemeinde Holle	7.160,00
Stadt Gronau	4.600,00
Gemeinde Freden	3.800,00
Stadt Elze	3.600,00
Gemeinde Lamspringe	3.000,00
Gemeinde Sibbesse	2.200,00
Flecken Duingen	1.900,00
Samtgemeinde Leinebergland	1.200,00
Flecken Eime	900,00
	6.671.880,00

Geschäftsführer:

Dipl.-Ing. Architekt/Dipl. Wohnungs- und Immobilienwirt (FWI) Matthias Kaufmann, Bad Salzdetfurth

Eine Befreiung nach § 181 BGB liegt vor.

Vertretung:

Die Gesellschaft wird durch den Geschäftsführer vertreten.

Einzelprokura:

Herrn Ralf Iggena, Hildesheim

Gesamtprokura:

Herrn Gerold Schäfer, Schellerten

Aufsichtsrat:

Der Aufsichtsrat besteht gemäß § 11 des Gesellschaftsvertrages aus 17 Mitgliedern:

a) der/dem jeweiligen Landrätin/Landrat oder ihrer/seinem Vertreterin/Vertreter im Amt

b) neun Mitglieder des Kreistages, die vom Kreistag des Landkreises Hildesheim bestellt werden

c) sieben von der Gesellschafterversammlung zu wählende Mitglieder

Diese müssen hauptamtliche Bürgermeisterinnen/Bürgermeister eines Gesellschafters oder dessen allgemeine Vertreterin/allgemeiner Vertreter im Amt sein, und zwar jeweils eine/einer aus den Städten Alfeld (Leine), Bad Salzdetfurth, Bockenem, Sarstedt und der Samtgemeinde Leinebergland sowie aus zwei weiteren Städten bzw. Gemeinden, die Gesellschafter der kwg Kreiswohnbaugesellschaft Hildesheim mbH sind.

Aufsichtsratsvorsitzender ist Herr Bernd Lynack. Hinsichtlich der weiteren Besetzung des Aufsichtsrates verweisen wir auf die Darstellung im Anhang des Jahresabschlusses.

Im Geschäftsjahr 2024 fanden vier Sitzungen statt. Wesentliche Themen und Beschlüsse waren:

- Zustimmung zum Jahresabschluss und Lagebericht 2023 und Gewinnverwendung
- laufende und geplante Neubaumaßnahmen, An- und Verkäufe sowie Modernisierungs- und Umbauvorhaben
- kurz- und mittelfristige Finanz- und Wirtschaftsplanung
- Personalangelegenheiten
- Wahl des Abschlussprüfers 2024 und Zustimmung zum Wirtschaftsplan 2025

Gemäß § 12 Abs. 4 des Gesellschaftsvertrages kann der Aufsichtsrat aus seiner Mitte Ausschüsse bilden.

Gesellschafterversammlung:	Im Berichtsjahr fand eine Gesellschafterversammlung statt. In der Gesellschafterversammlung am 18.06.2024 wurden folgende Beschlüsse gefasst: • Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2023 sowie Verwendung des Bilanzgewinns 2023 • Entlastung Geschäftsführung und Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 2023
Erlaubnis:	Die Gesellschaft hat mit Schreiben vom 19.01.1994 des Umwelt- und Ordnungsamtes der Stadt Hildesheim die Erlaubnis erhalten, Bauvorhaben gemäß § 34c Abs. 1 Ziffer 2 Buchstabe a) GewO als Bauherr im eigenen Namen für eigene oder fremde Rechnung vorzubereiten oder durchzuführen und dazu Vermögenswerte von Erwerbern, Mietern, Pächtern, Bewerbern um Erwerbs- oder Nutzungsrechte oder sonstigen Nutzungsberechtigten zu verwenden. Mit Datum vom 25.07.2011 erhielt die Gesellschaft zusätzlich nach § 34c Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 GewO die Erlaubnis zur Vermittlung des Abschlusses oder Nachweis der Gelegenheit zum Abschluss von Verträgen über Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte, gewerbliche Räume und Wohnräume. Mit Schreiben vom 03.04.2019 wurde die vorstehende Erlaubnis auf Antrag der Gesellschaft durch die Erlaubnis nach § 34c Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, 3a und 4 GewO ersetzt.
Offenlegung:	Der Jahresabschluss zum 31.12.2023 wurde am 15.11.2024 im Unternehmensregister veröffentlicht.

Steuerliche Verhältnisse:	Die Gesellschaft ist unbeschränkt steuerpflichtig und wird beim Finanzamt Hildesheim geführt. Die Steuererklärungen zum 31.12.2023 waren im Prüfungszeitraum abgegeben. Die Verlustvorträge zum 31.12.2022 betragen gemäß vorliegenden Bescheiden für Körperschaftsteuer: T€ 24.019,0 Gewerbesteuer: T€ 21.011,4 Die letzte Betriebsprüfung fand ab 07.01.2019 statt und umfasste die Veranlagungsjahre 2013 bis 2017. Nach dem uns vorliegenden Bericht ergaben sich keine Änderungen der Besteuerungsgrundlagen. Die Prüfung der Umsatzsteuer ergab eine Nachzahlung in Höhe von T€ 2,8. Mit Schreiben vom 29.09.2023 erging die Prüfungsanordnung für die Lohnsteueraußenprüfung für den Zeitraum 01.01.2020 bis 31.12.2022. Gemäß vorliegendem Bericht vom 02.02.2024 über die Außenprüfung ergab sich ein Nachzahlungsbetrag von T€ 0,7.

Betriebliche Kennzahlen

Kennzahlen zur Vermögens-struktur und Rentabilität		2020	2021	2022	2023	2024
Eigenkapitalquote Eigenkapital am 31.12. + 50 % SoPo mit RL-Anteil + 100 % SoPo Investitionszulagen / Bilanzsumme am 31.12.	%	32,9	31,7	31,3	32,1	34,2
Eigenkapitalrentabilität Jahresergebnis vor Ertragsteuern / Eigenkapital am 31.12. + 50 % SoPo mit RL-Anteil + 100 % SoPo Investitionszulagen	%	6,1	5,6	7,2	8,1	5,5
Gesamtkapitalrentabilität Jahresergebnis vor Ertragsteuern + Fremdkapitalzinsen + Veränd. RfB / Bilanzsumme am 31.12.	%	3,2	2,8	3,3	3,7	2,9
Cashflow nach DVFA/SG (vgl. Kapitalflussrechnung)	T€	7.493,9	7.816,7	8.634,4	9.965,2	8.628,5
Dynamischer Verschuldungsgrad Dauerfremdfinanzierungsmittel / Cashflow nach DVFA/SG	Jahre	13	14	13	12	14
Tilgungskraft Cashflow nach DVFA/SG / planm. Tilgung der Objektfinanzierungsmittel	Faktor	2,2	2,0	1,9	2,1	1,8
EBITDA Jahresergebnis vor Ertragsteuern + Fremdkapitalzinsen + Abschreibungen auf imm. Vermögensgegenstände und Sachanlagevermögen	T€	9.580,1	9.642,7	11.109,0	12.721,6	11.316,3
Ist-Annuität Kapitaldienst (Fremdkapitalzinsen + Tilgung auf Objektfinanzierungsmittel) / langfristige Objektfinanzierung zum 31.12.	%	5,9	5,8	6,2	5,8	6,0
möglicher Kapitaldienst EBITDA / langfristige Objektfinanzierungsmittel zum 31.12	%	10,3	9,4	10,2	10,7	9,6

Wohnungswirtschaftliche Kennzahlen		2020	2021	2022	2023	2024
Anzahl der Wohneinheiten	Anzahl	4.028	4.098	4.121	4.203	4.267
Anzahl der verwalteten Einheiten	Anzahl	4.184	4.255	4.288	4.377	4.439
Wohn- und Nutzfläche (stichtagsbezogen)	m²	268.085	275.815	276.284	281.358	287.691
Durchschnittliche monatliche Wohnungsmiete Jahressollmiete Wohnungen + Aufwendungszuschüsse / 12 Wohnfläche	€/m²	5,48	5,66	5,81	6,01	6,23
Mietausfallquote Abschreibungen auf Mietforderungen + Erlösschmälerungen (Sollm.) + Kosten für Miet- und Räumungsklagen Jahressollmiete + Aufwendungszuschüsse + Umlagen	%	1,6	1,5	1,3	1,5	2,3
Anteil der Erlösschmälerungen Erlösschmälerungen Jahressollmiete + Aufwendungszuschüsse	%	1,9	1,6	1,1	1,7	2,1
Fluktuationsquote Mieterwechsel (Auszüge) Wohnungen Anzahl der Wohneinheiten	%	10,9	11,3	10,7	9,7	10,5
Verwaltungskosten je Einheit Verwaltungskosten der Bewirtschaftungstätigkeit Anzahl der Mieteinheiten	€/Einh.	613	638	649	669	785
monatliche Instandhaltungskosten je m² Instandhaltungskosten / 12 Wohn- und Nutzfläche	€/m²	1,75	1,73	2,00	1,97	1,84

Anlage 5/3

		2020	2021	2022	2023	2024
Erhaltungsinvestitionen je m² Instandhaltungskosten + nachträgliche HK / Wohn- und Nutzfläche	€/m²	23,34	24,86	28,63	27,78	25,65
Durchschn. Buchwerte der Gebäude Buchwert der Gebäude / Wohn- und Nutzfläche	rd.€/m²	440	485	488	538	569
Durchschn. Buchwerte der Grundstücke und Gebäude Grundstücke mit Wohnbauten + Grundstücke mit Geschäfts- und anderen Bauten / Wohn- und Nutzfläche	rd.€/m²	521	565	569	623	653
Durchschnittliche Verschuldung Objektfinanzierungsmittel AV + Unternehmensfinanzierungsmittel (im Wohnungsbestand eingesetzt) / Wohn- und Nutzfläche	rd.€/m²	348	372	393	424	411
Anteil der Zinsen an Kaltmiete Fremdkapitalzinsen der Bewirtschaftungstätigkeit / Jahressollmiete + Aufwendungszuschüsse abzgl. Erlösschmälerung	%	11,7	10,8	10,9	10,6	10,8
Anteil der Kapitaldienste an Kaltmiete Kapitaldienst der Objektfinanzierungsmittel / Jahressollmiete + Aufwendungszuschüsse abzgl. Erlösschmälerung	%	31,4	31,9	34,5	33,8	33,2
Mietenmultiplikator Grundstücke mit Wohnbauten + Grundstücke mit Geschäfts- und anderen Bauten / Jahressollmiete abzgl. Erlösschmälerung + Mietzuschüsse	Faktor	8,0	8,4	8,1	8,6	8,8

Kapitalflussrechnung für 2024

	2024 T€	2023 T€
Jahresüberschuss	4.092,9	5.692,5
Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	4.918,4	4.611,7
Abnahme langfristiger Rückstellungen	-382,8	-299,5
Gewinn/Verlust aus Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens (Saldo)	0,0	-39,5
Cashflow nach DVFA/SG	8.628,5	9.965,2
Abnahme (Vorjahr Zunahme) der kurzfristigen Rückstellungen	-1.020,8	839,7
Veränderung der Grundstücke des Umlaufvermögens	0,0	8.492,0
Zunahme sonstiger Aktiva	-942,2	-2.194,0
Abnahme sonstiger Passiva	-3.302,7	-6.740,7
Zinsaufwendungen (+)/Zinserträge (-)	2.054,7	2.050,4
Ertragsteueraufwand (+)/-ertrag (-)	0,0	230,5
Ertragsteuerzahlungen	-402,8	-40,2
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	**5.014,7**	**12.602,9**
Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-22,3	-35,3
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	0,5	57,4
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-13.429,6	-19.910,9
erhaltene Zinsen	250,3	136,5
Einzahlungen aus Baukostenzuschüssen	2.034,4	1.901,2
Cashflow aus Investitionstätigkeit	**-11.166,7**	**-17.851,1**
Übertrag	-6.152,0	-5.248,2

	2024 T€	2023 T€
Übertrag	-6.152,0	-5.248,2
Einzahlungen aus Kapitalerhöhungen	0,0	542,5
Einzahlungen aus der Valutierung von Darlehen	16.128,7	18.552,5
planmäßige Tilgungen	-4.786,7	-4.731,1
außerplanmäßige Tilgungen	-12.587,4	-3.061,0
gezahlte Zinsen	-2.305,0	-2.186,9
gezahlte Dividenden	-268,1	-268,0
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	**-3.818,5**	**8.848,0**
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestands	**-9.970,5**	**3.599,8**
Finanzmittelbestand zum 01.01.	15.720,9	12.121,1
Finanzmittelbestand zum 31.12.	**5.750,4**	**15.720,9**

Erfolgsanalyse

	2024 T€	2023 T€	Veränderung T€
Bewirtschaftungstätigkeit			
Erträge			
Sollmieten	21.844,9	20.744,1	1.100,8
abzgl. Erlösschmälerungen	-453,2	-348,0	-105,2
	21.391,7	20.396,1	995,6
abgerechnete Umlagen abzgl. Erlösschmälerungen	7.821,8	7.053,9	767,9
Bestandsveränderungen	1.184,2	799,0	385,2
sonstige betriebliche Erträge	220,6	76,0	144,6
	30.618,3	28.325,0	2.293,3
Aufwendungen			
Instandhaltungskosten			
Fremdkosten	6.114,6	6.405,4	-290,8
Verrechnung Instandhaltung	241,7	238,2	3,5
	6.356,3	6.643,6	-287,3
Betriebskosten	9.048,9	7.949,7	1.099,2
Abschreibungen auf Sachanlagen	4.427,5	4.220,7	206,8
Verwaltungskosten	3.486,8	2.930,0	556,8
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.305,0	2.186,8	118,2
sonstige betriebliche Aufwendungen	129,2	108,2	21,0
sonstige Steuern	0,1	0,1	0,0
übrige Aufwendungen der Bewirtschaftungs-tätigkeit	453,2	321,3	131,9
	26.207,0	24.360,4	1.846,6
Ergebnis	**4.411,3**	**3.964,6**	**446,7**

	2024 T€	2023 T€	Veränderung T€
Verkaufstätigkeit			
Erträge			
Umsatzerlöse aus Verkauf von Grundstücken	0,0	12.600,4	-12.600,4
Aufwendungen			
Verrechnung Verwaltungskosten	0,0	27,5	-27,5
Bestandsveränderungen	0,0	8.492,0	-8.492,0
Aufwendungen für Verkaufsgrundstücke	22,0	2.414,6	-2.392,6
sonstige Steuern	0,0	4,2	-4,2
	22,0	10.938,3	-10.916,3
Ergebnis	**-22,0**	**1.662,1**	**-1.684,1**
Bautätigkeit/Modernisierung Anlagevermögen			
Erträge			
andere aktivierte Eigenleistungen	16,2	15,2	1,0
Aufwendungen			
Verrechnung Verwaltungskosten	188,7	258,3	-69,6
Ergebnis	**-172,5**	**-243,1**	**70,6**
Betreuungstätigkeit			
Verwaltungsbetreuung			
Erträge			
Umsatzerlöse aus Betreuung	213,5	233,8	-20,3
Aufwendungen			
Aufwendungen für andere Lieferungen und Leistungen	2,7	1,8	0,9
Verrechnung Verwaltungskosten	194,3	173,9	20,4
	197,0	175,7	21,3
Ergebnis	**16,5**	**58,1**	**-41,6**

	2024 T€	2023 T€	Veränderung T€
Sonstiger Geschäftsbetrieb			
Erträge			
Umsatzerlöse aus anderen Lieferungen und Leistungen	769,0	1.265,5	-496,5
Bestandsveränderungen	61,9	0,0	61,9
sonstige betriebliche Erträge u. a.	26,7	35,4	-8,7
	857,6	1.300,9	-443,3
Aufwendungen			
Aufwendungen für andere Lieferungen und Leistungen	408,8	440,9	-32,1
Personalaufwand	37,4	45,5	-8,1
sonstige Steuern	1,0	1,3	-0,3
Bestandsveränderungen	0,0	96,1	-96,1
Verrechnung Verwaltungskosten	416,2	487,1	-70,9
sonstige betriebliche Aufwendungen	82,1	35,0	47,1
	945,5	1.105,9	-160,4
Ergebnis	**-87,9**	**195,0**	**-282,9**
Finanzergebnis			
Erträge			
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	250,7	138,0	112,7
Aufwendungen			
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,3	0,3	0,0
Ergebnis	**250,4**	**137,7**	**112,7**

	2024 T€	2023 T€	Veränderung T€
Neutrales Ergebnis			
Erträge			
Erträge aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	0,1	40,1	-40,0
Auflösung von Rückstellungen	211,8	53,1	158,7
Zuschüsse	126,3	306,0	-179,7
andere Erträge	0,0	61,0	-61,0
	338,2	460,2	-122,0
Aufwendungen			
sonstige betriebliche und andere Aufwendungen	305,2	70,0	235,2
Abschreibungen (außerplanmäßig)	311,7	199,7	112,0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	29,7	51,3	-21,6
Sonstige Steuern	-5,5	-9,4	3,9
	641,1	311,6	329,5
Ergebnis	**-302,9**	**148,6**	**-451,5**
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			
Aufwendungen			
Körperschaftsteuer u. a.	0,0	230,5	-230,5
Ergebnis	**0,0**	**-230,5**	**230,5**

Betriebliche Kosten- und Leistungsrechnung

	2024 T€	2023 T€	Veränderungen T€	%
A. Der betrieblichen Kosten- und Leistungsrechnung zugrunde gelegte Kosten				
1. Personalkosten				
Personalaufwand	2.922,7	2.912,2	10,5	0,4
2. Sachkosten				
Abschreibungen	179,2	191,4	-12,2	-6,4
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.603,5	1.167,1	436,4	37,4
sonstige Steuern	0,7	0,8	-0,1	-12,5
	1.783,4	1.359,3	424,1	31,2
insgesamt zugeordnete Kosten	**4.706,1**	**4.271,5**	**434,6**	**10,2**

	2024 T€	2023 T€	Veränderungen T€	%
B. Zuordnung der Kosten				
Bewirtschaftungstätigkeit				
Betriebskosten	178,4	156,5	21,9	14,0
Instandhaltung	241,7	238,2	3,5	1,5
Verwaltungskosten	3.486,8	2.930,0	556,8	19,0
	3.906,9	**3.324,7**	**582,2**	**17,5**
Verkaufstätigkeit	0,0	27,5	-27,5	-100,0
Bautätigkeit/Modernisierung Anlagevermögen	188,7	258,3	-69,6	-26,9
Verwaltungsbetreuung	194,3	173,9	20,4	11,7
Sonstiger Geschäftsbetrieb	416,2	487,1	-70,9	-14,6
Gesamtsumme	**4.706,1**	**4.271,5**	**434,6**	**10,2**

Fragenkatalog zur Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG

1. Tätigkeit von Überwachungsorganen und Geschäftsleitung sowie individualisierte Offenlegung der Organbezüge

a) Gibt es Geschäftsordnungen für die Organe und einen Geschäftsverteilungsplan für die Geschäftsleitung sowie ggf. für die Konzernleitung? Gibt es darüber hinaus schriftliche Weisungen des Überwachungsorgans zur Organisation für die Geschäfts- sowie ggf. für die Konzernleitung (Geschäftsanweisung)? Entsprechen diese Regelungen den Bedürfnissen des Unternehmens bzw. des Konzerns?

Der Aufsichtsrat kann sich gemäß § 12 Abs. 3 des Gesellschaftsvertrages eine Geschäftsordnung geben. Derzeit gibt es keine Geschäftsordnung; Zuständigkeiten und Regeln ergeben sich aus dem Gesellschaftsvertrag.

Es existiert kein Geschäftsverteilungsplan für die Geschäftsführung, da nur ein Geschäftsführer bestellt ist.

Die Tätigkeit des Geschäftsführers regelt sich nach Gesetz und dem Gesellschaftsvertrag. Eine Geschäftsanweisung besteht nicht.

b) Wie viele Sitzungen der Organe und ihrer Ausschüsse haben stattgefunden und wurden Niederschriften hierüber erstellt?

Im Berichtsjahr hat der Aufsichtsrat vier Sitzungen abgehalten, an denen auch der Geschäftsführer teilgenommen hat.

Im Geschäftsjahr 2024 wurde eine Gesellschafterversammlung abgehalten.

Ordnungsgemäße Niederschriften hierüber haben uns zur Prüfung vorgelegen.

c) In welchen Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i. S. d. § 125 Abs. 1 Satz 5 AktG sind die einzelnen Mitglieder der Geschäftsleitung tätig?

Der Geschäftsführer ist auskunftsgemäß im Dezember 2024 in den Aufsichtsrat der NT Nordwestdeutsche Treuhand und der NT Immo GmbH gewählt worden.

d) Wird die Vergütung der Organmitglieder (Geschäftsleitung, Überwachungsorgan) individualisiert im Anhang des Jahresabschlusses/Konzernabschlusses aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung ausgewiesen? Falls nein, wie wird dies begründet?

Die Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder wird im Anhang nicht individualisiert ausgewiesen. Hinsichtlich der Geschäftsführerbezüge wird vom § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch gemacht. Erfolgsbezogene Komponenten und Komponenten mit Anreizwirkung bestehen nicht.

2. Aufbau- und ablauforganisatorische Grundlagen

a) Gibt es einen den Bedürfnissen des Unternehmens entsprechenden Organisationsplan, aus dem Organisationsaufbau, Arbeitsbereiche und Zuständigkeiten/Weisungsbefugnisse ersichtlich sind? Erfolgt dessen regelmäßige Überprüfung?

Es gibt einen Organisationsplan, aus dem im Zusammenhang mit den Stellenbeschreibungen für die Mitarbeiter der Organisationsaufbau, die Arbeitsbereiche und die Zuständigkeiten/Weisungsbefugnisse ersichtlich sind; er entspricht den Bedürfnissen der Gesellschaft.

b) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass nicht nach dem Organisationsplan verfahren wird?

Wir haben nicht festgestellt, dass danach nicht verfahren wird.

c) Hat die Geschäftsleitung Vorkehrungen zur Korruptionsprävention ergriffen und dokumentiert?

Es wurde diesbezüglich eine Betriebsvereinbarung mit den Mitarbeitern geschlossen. Weiterhin hat die Geschäftsführung in Vorjahren einen Compliance-Check für das Gesamtunternehmen durch einen Dritten durchführen lassen. Es soll regelmäßig eine Überprüfung durch eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft stattfinden.

d) Gibt es geeignete Richtlinien bzw. Arbeitsanweisungen für wesentliche Entscheidungsprozesse (insbesondere Auftragsvergabe und Auftragsabwicklung, Personalwesen, Kreditaufnahme und -gewährung)? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass diese nicht eingehalten werden?

Zur Auftragsvergabe und Auftragsabwicklung gibt es ausführliche Regelungen in den Stellenbeschreibungen der Mitarbeiter. Darüber hinaus wurden in der Aufsichtsratssitzung am 25.02.2014 Vergaberichtlinien verabschiedet. Anhaltspunkte, dass diese nicht eingehalten werden, haben sich nicht ergeben.

e) Besteht eine ordnungsmäßige Dokumentation von Verträgen (z. B. Grundstücksverwaltung, EDV)?

Die Verträge werden ordnungsgemäß dokumentiert. Die Aufbewahrung erfolgt in der jeweils zuständigen Abteilung.

3. Planungswesen, Rechnungswesen, Informationssystem und Controlling

a) Entspricht das Planungswesen - auch im Hinblick auf Planungshorizont und Fortschreibung der Daten sowie auf sachliche und zeitliche Zusammenhänge von Projekten - den Bedürfnissen des Unternehmens?

Die Gesellschaft verfügt über eine in 2024 überarbeitete mittelfristige Unternehmensplanung (Wirtschafts- und Finanzplan) bis 2029.

Das Planungswesen entspricht den Bedürfnissen der Gesellschaft.

b) Werden Planabweichungen systematisch untersucht?

Planabweichungen (Budgetabweichungen) werden regelmäßig systematisch untersucht und ausgewertet. Das betrifft vornehmlich die Instandhaltung, Modernisierung und den Neubau der Wohneinheiten.

c) Entspricht das Rechnungswesen einschließlich der Kostenrechnung der Größe und den besonderen Anforderungen des Unternehmens?

Im Berichtsjahr wurde nichts Gegenteiliges festgestellt.

d) Besteht ein funktionierendes Finanzmanagement, welches u. a. eine laufende Liquiditätskontrolle und eine Kreditüberwachung gewährleistet?

Es wurden keine gegenteiligen Feststellungen getroffen.

e) Gehört zu dem Finanzmanagement auch ein zentrales Cash-Management und haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die hierfür geltenden Regelungen nicht eingehalten worden sind?

Ein zentrales Cash-Management besteht nicht.

f) Ist sichergestellt, dass Entgelte vollständig und zeitnah in Rechnung gestellt werden? Ist durch das bestehende Mahnwesen gewährleistet, dass ausstehende Forderungen zeitnah und effektiv eingezogen werden?

Es wurden keine gegenteiligen Feststellungen getroffen. Einmal im Monat werden die Mietrückstände bei Dienstbesprechungen analysiert.

g) Entspricht das Controlling den Anforderungen des Unternehmens/Konzerns und umfasst es alle wesentlichen Unternehmens-/Konzernbereiche?

Es wurden keine gegenteiligen Feststellungen getroffen.

h) Ermöglichen das Rechnungs- und Berichtswesen eine Steuerung und/oder Überwachung der Tochterunternehmen und der Unternehmen, an denen eine wesentliche Beteiligung besteht?

Tochterunternehmen sowie wesentliche Beteiligungen an Unternehmen bestehen nicht.

4. Risikofrüherkennungssystem

a) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung nach Art und Umfang Frühwarnsignale definiert und Maßnahmen ergriffen, mit deren Hilfe bestandsgefährdende Risiken rechtzeitig erkannt werden können?

Die Geschäftsführung hat zur rechtzeitigen Erkennung wirtschaftlich und rechtlich bestandsgefährdender Risiken folgende Komponenten eines Risikofrüherkennungssystems eingerichtet:

- Datenerhebung zur Mietenentwicklung unter ständiger Marktbeobachtung und Ein- ordnung der Wohnungen in einer internen Mietpreisliste
- Erfassung der Leerstände unter Berücksichtigung von Ort, Lage, Zustand, markt- oder modernisierungsbedingter Ursachen
- Datenerhebungen zu den Mietrückständen, deren Entwicklung, Räumungsklagen
- Datenerhebung zur Entwicklung der Erlöse und Erlösschmälerungen
- Überwachung der Instandhaltungsausgaben unter Einsatz eines speziellen EDV-Moduls

Die Datenerhebung erfolgt monatlich getrennt für die drei von der Gesellschaft gebildeten regional verantwortlichen Kundencenter und wird sodann für das Gesamtunternehmen zusammengefasst.

Frühwarnsignale im Rahmen der oben angesprochenen Komponenten sind nicht ausdrücklich definiert. Die Erkenntnisse aus den angegebenen Auswertungen werden einmal monatlich in der großen Dienstbesprechung mit allen Sachbearbeitern sowie zweiwöchentlich mit den Leitern der Kundencenter im Rahmen der kleinen Dienstbesprechung erörtert.

Eine vorgenommene Portfolioanalyse bildet die Grundlage für ein Unternehmenskonzept und bietet u. a. Entscheidungshilfen zur gezielten Modernisierung einzelner Immobilien, zur Verbesserung von Mieterstrukturen und Wohnumfeld sowie für Abbruch oder Verkauf von Objekten.

b) Reichen diese Maßnahmen aus und sind sie geeignet, ihren Zweck zu erfüllen? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Maßnahmen nicht durchgeführt werden?

Die vorhandenen organisatorischen Maßnahmen reichen in Abhängigkeit von Größe und Komplexität der Gesellschaft aus. Die Maßnahmen sind geeignet, ihren Zweck zu erfüllen.

c) Sind diese Maßnahmen ausreichend dokumentiert?

Die Dokumentation des in der Gesellschaft implementierten Risikomanagements ist ausführlich und ausreichend.

d) Werden die Frühwarnsignale und Maßnahmen kontinuierlich und systematisch mit dem aktuellen Geschäftsumfeld sowie mit den Geschäftsprozessen und Funktionen abgestimmt und angepasst?

Die kontinuierliche und systematische Abstimmung und Anpassung der Frühwarnsignale erfolgt in Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Betätigung der Gesellschaft (Zinskonditionen, wirtschaftliche Entwicklungen, rechtliche Reformen).

5. Finanzinstrumente, andere Termingeschäfte, Optionen und Derivate

Der Einsatz von wesentlichen Finanzinstrumenten, wie den Darlehen zur Finanzierung des Immobilienvermögens, obliegt allein der Geschäftsführung. Schriftliche Regelungen sind insoweit nicht erforderlich.

Der Abschluss weiterer Geschäfte ist lt. Auskunft des Geschäftsführers nicht beabsichtigt. Schriftliche Regelungen zum Geschäftsumfang wurden nicht erstellt. Andere Termingeschäfte sowie der Erwerb von Optionen oder Derivaten haben bislang nicht stattgefunden; sie sind auch künftig nicht beabsichtigt. Damit stellt sich die Frage der Bildung von Bewertungseinheiten oder nach Hedge-Strategien derzeit nicht.

6. Interne Revision

Eine Abteilung "Interne Revision" wurde nicht eingerichtet. Die Funktion der internen Revision wird auskunftsgemäß vom Geschäftsführer sowie den Abteilungsleitern wahrgenommen.

Dem Geschäftsführer direkt zugeordnet ist die Stabsstelle "Finanzierung/Controlling/Statistik", welche Entscheidungshilfen aus diesem Bereich erarbeitet.

Aufgrund der Größe der Gesellschaft wird auch künftig kein Bedarf zum Aufbau einer internen Revision als eigenständige Stelle gesehen.

7. Übereinstimmung der Rechtsgeschäfte und Maßnahmen mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans

a) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die vorherige Zustimmung des Überwachungsorgans zu zustimmungspflichtigen Rechtsgeschäften und Maßnahmen nicht eingeholt worden ist?

Nach unseren Feststellungen wurde die vorherige Zustimmung des Aufsichtsrats zu zustimmungspflichtigen Rechtsgeschäften und Maßnahmen jeweils eingeholt.

b) Wurde vor der Kreditgewährung an Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans die Zustimmung des Überwachungsorgans eingeholt?

Im Berichtszeitraum waren keine Zustimmungen einzuholen.

c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass anstelle zustimmungsbedürftiger Maßnahmen ähnliche, aber nicht als zustimmungsbedürftig behandelte Maßnahmen vorgenommen worden sind (z. B. Zerlegung in Teilmaßnahmen)?

Unsere Prüfung hat keine Anhaltspunkte dafür ergeben, dass anstelle zustimmungsbedürftiger Maßnahmen ähnliche, aber nicht als zustimmungsbedürftig behandelte Maßnahmen vorgenommen worden sind.

d) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Geschäfte und Maßnahmen nicht mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans übereinstimmen?

Im Rahmen der Prüfung gemäß § 53 HGrG sowie im Rahmen der Abschlussprüfung für das Geschäftsjahr 2024 sind uns keine Geschäfte und Maßnahmen bekannt geworden, die nicht mit Gesetz, Gesellschaftsvertrag und bindenden Beschlüssen der Überwachungsorgane übereinstimmen.

8. Durchführung von Investitionen

a) Werden Investitionen (in Sachanlagen, Beteiligungen, sonstige Finanzanlagen, immaterielle Anlagewerte und Vorräte) angemessen geplant und vor Realisierung auf Rentabilität/Wirtschaftlichkeit, Finanzierbarkeit und Risiken geprüft?

Investitionen werden mit der nötigen Sorgfalt und unter Zugrundelegung ausreichender Unterlagen (z. B. Konkurrenzangebote, Gutachten) geplant. Sachgerechte Wirtschaftlichkeitsberechnungen werden bei Investitionen in Sachanlagen vor Realisierung aufgestellt. Die Finanzierbarkeit und eventuelle Risiken werden ebenfalls bei diesen Investitionen vor Realisierung geprüft.

b) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Unterlagen/Erhebungen zur Preisermittlung nicht ausreichend waren, um ein Urteil über die Angemessenheit des Preises zu ermöglichen (z. B. bei Erwerb bzw. Veräußerung von Grundstücken oder Beteiligungen)?

Anhaltspunkte, dass die Unterlagen/Erhebungen zur Preisermittlung nicht ausreichend waren, um ein Urteil über die Angemessenheit des Preises zu ermöglichen, haben wir während der Prüfung nicht festgestellt.

c) Werden Durchführung, Budgetierung und Veränderungen von Investitionen laufend überwacht und Abweichungen untersucht?

Es bestehen ausreichende Vorkehrungen, um die Abwicklung der in der Planung befindlichen Projekte laufend zu überwachen. Bei Änderungen werden die Wirtschaftlichkeitsberechnungen und die Finanzierung aktualisiert.

d) Haben sich bei abgeschlossenen Investitionen wesentliche Überschreitungen ergeben? Wenn ja, in welcher Höhe und aus welchen Gründen?

Wir verweisen auf unsere Ausführungen in Tz 69.

e) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass Leasing- oder vergleichbare Verträge nach Ausschöpfung der Kreditlinien abgeschlossen wurden?

Derartige Anhaltspunkte haben sich nicht ergeben.

9. Vergaberegelung

a) Haben sich Anhaltspunkte für eindeutige Verstöße gegen Vergaberegelungen (z. B. VOB, VOL, VOF, EU-Regelungen) ergeben?

Die Auftragsvergabe erfolgt nach von der Gesellschaft festgelegten und in der Betriebsanweisung 1/2014 "Vergaberichtlinie für die Kreiswohnbau Hildesheim GmbH" dokumentierten Grundsätzen. Verstöße gegen diese Regelungen haben wir nicht festgestellt.

b) Werden für Geschäfte, die nicht den Vergaberegelungen unterliegen, Konkurrenzangebote (z. B. auch für Kapitalaufnahmen und Geldanlagen) eingeholt?

Soweit die Aufträge nicht auf der Basis von Ausschreibungen oder Rahmenverträgen vergeben werden, werden Angebote eingeholt. Für Kleinaufträge und dringende Notfälle gelten Sonderregelungen.

Für die Prolongation von Darlehen, bei denen die Zinsbindung ausläuft, werden Angebote eingeholt. Geldanlagen werden ebenso behandelt.

10. Berichterstattung an das Überwachungsorgan

a) Wird dem Überwachungsorgan regelmäßig Bericht erstattet?

Der Aufsichtsrat wurde in regelmäßig stattfindenden Sitzungen in schriftlicher und mündlicher Form vom Geschäftsführer über den Gang der Geschäfte und die Lage der Gesellschaft unterrichtet.

b) Vermitteln die Berichte einen zutreffenden Einblick in die wirtschaftliche Lage des Unternehmens/Konzerns und in die wichtigsten Unternehmens-/Konzernbereiche?

Nach den eingesehenen Sitzungsunterlagen und -protokollen vermitteln diese Berichte einen zutreffenden Einblick in die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft.

Die Struktur der Gesellschaft ist im Berichtsjahr unverändert geblieben.

c) Wurde das Überwachungsorgan über wesentliche Vorgänge angemessen und zeitnah unterrichtet? Liegen insbesondere ungewöhnliche, risikoreiche oder nicht ordnungsgemäß abgewickelte Geschäftsvorfälle sowie erkennbare Fehldispositionen oder wesentliche Unterlassungen vor und wurde hierüber berichtet?

Nach unseren Feststellungen wurde der Aufsichtsrat über wesentliche Vorgänge angemessen und zeitnah unterrichtet. Überschreitungen der geplanten Baukosten wurden dem Aufsichtsrat gegenüber zeitnah erörtert.

Ungewöhnliche, risikoreiche/nicht ordnungsgemäß abgewickelte Geschäftsvorfälle, Fehldispositionen oder wesentliche Unterlassungen haben wir anlässlich unserer Prüfung nicht festgestellt.

d) Zu welchem Thema hat die Geschäfts-/Konzernleitung dem Überwachungsorgan auf dessen besonderen Wunsch berichtet (§ 90 Abs. 3 AktG)?

Eine entsprechende Berichterstattung wurde vom Aufsichtsrat nicht gefordert.

e) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Berichterstattung (z. B. nach § 90 AktG oder unternehmensinternen Vorschriften) nicht in allen Fällen ausreichend war?

Es gibt keinen Anhaltspunkt, dass die Berichterstattung nicht in allen Fällen ausreichend war.

f) Gibt es eine D&O-Versicherung? Wurde ein angemessener Selbstbehalt vereinbart? Wurden Inhalte und Konditionen der D&O-Versicherung mit dem Überwachungsorgan erörtert?

Eine D&O-Versicherung besteht. Der Abschluss der Versicherung ist auskunftsgemäß mit dem Aufsichtsrat abgestimmt. Ein Selbstbehalt ist nicht vereinbart.

g) Sofern Interessenkonflikte der Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans gemeldet wurden, ist dies unverzüglich dem Überwachungsorgan offengelegt worden?

Auskunftsgemäß haben sich keine Interessenkonflikte ergeben.

11. Ungewöhnliche Bilanzposten und stille Reserven

a) Besteht in wesentlichem Umfang offenkundig nicht betriebsnotwendiges Vermögen?

Es besteht kein offenkundig nicht betriebsnotwendiges Vermögen.

b) Sind Bestände auffallend hoch oder niedrig?

Die Bestände sind weder auffallend hoch noch niedrig. Der Bestand an Flüssigen Mitteln in Höhe von T€ 5.750,4 ist für Neubau- und Modernisierungsmaßnahmen vorgesehen.

c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Vermögenslage durch im Vergleich zu den bilanziellen Werten erheblich höhere oder niedrigere Verkehrswerte der Vermögensgegenstände wesentlich beeinflusst wird?

Es wurden keine Feststellungen getroffen, dass die Vermögenslage durch im Vergleich zu den bilanziellen Werten erheblich höhere oder niedrigere Verkehrswerte der Vermögensgegenstände wesentlich beeinflusst wird.

12. Finanzierung

a) Wie setzt sich die Kapitalstruktur nach internen und externen Finanzierungsquellen zusammen? Wie sollen die am Abschlussstichtag bestehenden wesentlichen Investitionsverpflichtungen finanziert werden?

Die Kapitalstruktur und Finanzierungsquellen setzen sich aus einer Eigenkapitalquote von 34,2 % (Vorjahr 32,1 %) und einer langfristigen Fremdkapitalquote von 59,2 % (Vorjahr 59,3 %) zusammen.

Hinsichtlich der Investitionsverpflichtungen wird auf die Anhangangabe zu den sonstigen finanziellen Verpflichtungen verwiesen.

b) Wie ist die Finanzlage des Konzerns zu beurteilen, insbesondere hinsichtlich der Kreditaufnahmen wesentlicher Konzerngesellschaften?

Die Gesellschaft gehört keinem Konzern an.

c) In welchem Umfang hat das Unternehmen Finanz-/Fördermittel einschließlich Garantien der öffentlichen Hand erhalten? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die damit verbundenen Verpflichtungen und Auflagen des Mittelgebers nicht beachtet wurden?

Es werden zum 31.12.2024 N-Bank Darlehen sowie KfW- und BAFA-Zuschüsse in Anspruch genommen. Für die Rettungswachen in Alfeld, Bockenem und Sehlem bestehen Mietfolgevereinbarungen des Landkreises Hildesheim. Für das regionale Versorgungszentrum in Alfeld besteht eine Mietfolgevereinbarung mit der Stadt Alfeld. Verstöße gegen Verpflichtungen und Auflagen sind nicht bekannt.

13. Eigenkapitalausstattung und Gewinnverwendung

a) Bestehen Finanzierungsprobleme aufgrund einer evtl. zu niedrigen Eigenkapitalausstattung?

Die Gesellschaft verfügt über eine angemessene Eigenkapitalausstattung, die zu keinen Finanzierungsproblemen führt.

b) Ist der Gewinnverwendungsvorschlag (Ausschüttungspolitik, Rücklagenbildung) mit der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens vereinbar?

Gegen die geplante Gewinnverwendung bestehen keine Bedenken.

14. Rentabilität/Wirtschaftlichkeit

a) Wie setzt sich das Betriebsergebnis des Unternehmens/Konzerns nach Segmenten/ Konzernunternehmen zusammen?

Die Gesellschaft ist in den Segmenten Bewirtschaftungstätigkeit, Verkaufstätigkeit, Bautätigkeit/Modernisierung Anlagevermögen, Verwaltungsbetreuung sowie Sonstiger Geschäftsbetrieb tätig. Einzelheiten sind aus unseren Bemerkungen in Abschnitt D III. sowie der Anlage 7 des Prüfungsberichts ersichtlich.

b) Ist das Jahresergebnis entscheidend von einmaligen Vorgängen geprägt?

Nein, das Jahresergebnis 2024 ist nicht von einmaligen Vorgängen geprägt.

c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass wesentliche Kredit- oder andere Leistungsbeziehungen zwischen Konzerngesellschaften bzw. mit den Gesellschaftern eindeutig zu unangemessenen Konditionen vorgenommen werden?

Soweit Leistungsbeziehungen mit Gesellschaftern bestehen, erfolgt die Abwicklung zu angemessenen Konditionen.

d) Wurde die Konzessionsabgabe steuer- und preisrechtlich erwirtschaftet?

Die Frage ist nicht einschlägig.

15. Verlustbringende Geschäfte und ihre Ursachen

a) Gab es verlustbringende Geschäfte, die für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren, und was waren die Ursachen der Verluste?

Wesentliche für die Vermögens- und Finanzlage bedeutende verlustbringende Geschäfte waren im Geschäftsjahr 2024 nicht zu verzeichnen.

b) Wurden Maßnahmen zeitnah ergriffen, um die Verluste zu begrenzen, und um welche Maßnahmen handelt es sich?

Die Gesellschaft beginnt auskunftsgemäß bereits nach dem Auftreten höherer Leerstände mit der Modernisierung der Wohnungen.

16. Ursachen des Jahresfehlbetrags und Maßnahmen zur Verbesserung der Ertragslage

a) Was sind die Ursachen des Jahresfehlbetrags?

Im Berichtsjahr wurde ein Jahresüberschuss erwirtschaftet.

b) Welche Maßnahmen wurden eingeleitet bzw. sind beabsichtigt, um die Ertragslage des Unternehmens zu verbessern?

Die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft ist weitgehend von der Mieten-, Kosten- und Zinsentwicklung abhängig; sie ist aufgrund der vorgegebenen mietpreisrechtlichen Vorschriften sowie der lediglich begrenzt abschätzbaren Kostenentwicklung der Bewirtschaftungs- und Baukosten nur im eingeschränkten Umfang beeinflussbar. Zu berücksichtigen ist ferner, dass die zur Kostendeckung erforderlichen Mietanhebungen auch am Markt realisiert werden müssen.

Um möglichen Erlösschmälerungen infolge von Leerständen entgegenzusteuern, werden zum Teil die frei werdenden Wohnungen modernisiert. Entscheidungen über die tatsächliche Durchführung und den Umfang der Maßnahmen werden unter Beachtung der Ergebnisse und Empfehlungen einer Portfolioanalyse getroffen. Wie in den mehrjährigen Planungen beschlossen, wurden bereits Häuser vom Markt genommen (Stilllegung, Abbruch) und zum Verkauf angeboten.

		Anzahl der Objekte								
		Whg	gew. Obj.	Tiefg./ Stellpl.	Baube-ginn	Fertigstel-lung ge-plant	Investitions-kosten gem. WB €	Fremdfin-anzierung gem. WB €	Zuschüsse €
Neubauten									
4065	Alfeld, Bahnhofstr. 9		17		26	Jan 22	Sep 24	6.428.810	3.934.000	858.750
50015	Hildesheim, Kaiserstr. 19			1	10	Mrz 23	Dez 24	4.381.515	2.500.000	1.328.958
50018	Hildesheim, Am alten Wasserwerk 5		22	2	28	Sep 24	Mrz 26	5.870.000	4.854.999	110.000
53001	Hohenhameln, Dehnenweg		15		19	Aug 24	Dez 25	3.090.394	2.551.835	75.000
82059	Sarstedt, Bleekstr 11, 13		48		48	Aug 22	Apr 24	12.098.390	9.327.800	2.445.728
83004	Schellerten, Berliner Str. 27 A - MFH		15		15	Nov 23	Jun 25	3.930.000	3.115.700	505.416
83005	Schellerten, Berliner Str. 27 - Ärztehaus			4	21	Jun 24	Dez 25	4.412.000	2.800.000	929.800
			117	7	167			40.211.109	29.084.334	6.253.652
Modernisierungen								Investitions-kosten gem. WB €	Fremdfin-anzierung gem. WB €	Zuschüsse €
43022	Gronau, Bekumer Str. 10/10a		12				Mai 25	435.500		44.400
43024	Gronau, Röntgenstr. 1		13				Mai 25	565.000		57.400
43014,17,18,	Gronau, Löwenbergser Str. 1, 2, 8,9,10		30				Jun 24	122.900		16.600
82007	Sarstedt, Stormstr. 3, 4		40				Jun 25	800.000		69.100
22002	Diekholzen, Gartenstr. 6/8		10				Jun 24	61.900		5.400
16006,5	Bodenburg, Schlesierstr. 1-3, 4		22				Jul 24	198.400		19.300
			127					2.183.700		212.200
			244	7	167			42.394.809	29.084.334	6.465.852

Allgemeine Auftragsbedingungen

für
Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

vom 1. Januar 2024

1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für Verträge zwischen Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im Nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer“ genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Steuerberatung, Beratungen in wirtschaftlichen Angelegenheiten und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich in Textform vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Dritte können nur dann Ansprüche aus dem Vertrag zwischen Wirtschaftsprüfer und Auftraggeber herleiten, wenn dies vereinbart ist oder sich aus zwingenden gesetzlichen Regelungen ergibt. Im Hinblick auf solche Ansprüche gelten diese Auftragsbedingungen auch diesen Dritten gegenüber. Einreden und Einwendungen aus dem Vertragsverhältnis mit dem Auftraggeber stehen dem Wirtschaftsprüfer auch gegenüber Dritten zu.

2. Umfang und Ausführung des Auftrags

(1) Gegenstand des Auftrags ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer übernimmt im Zusammenhang mit seinen Leistungen keine Aufgaben der Geschäftsführung. Der Wirtschaftsprüfer ist für die Nutzung oder Umsetzung der Ergebnisse seiner Leistungen nicht verantwortlich. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrags sachverständiger Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen Vereinbarung in Textform.

(3) Ändert sich die Sach- oder Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen.

3. Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Wirtschaftsprüfer alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen und weiteren Informationen rechtzeitig übermittelt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen und weiteren Informationen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden. Der Auftraggeber wird dem Wirtschaftsprüfer geeignete Auskunftspersonen benennen.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der weiteren Informationen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten Erklärung in gesetzlicher Schriftform oder einer sonstigen vom Wirtschaftsprüfer bestimmten Form zu bestätigen.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährdet. Dies gilt für die Dauer des Auftragsverhältnisses insbesondere für Angebote auf Anstellung oder Übernahme von Organfunktionen und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Sollte die Durchführung des Auftrags die Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers, die der mit ihm verbundenen Unternehmen, seiner Netzwerkunternehmen oder solcher mit ihm assoziierten Unternehmen, auf die die Unabhängigkeitsvorschriften in gleicher Weise Anwendung finden wie auf den Wirtschaftsprüfer, in anderen Auftragsverhältnissen beeinträchtigen, ist der Wirtschaftsprüfer zur außerordentlichen Kündigung des Auftrags berechtigt.

5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Soweit der Wirtschaftsprüfer Ergebnisse im Rahmen der Bearbeitung des Auftrags in gesetzlicher Schriftform oder Textform darzustellen hat, ist allein diese Darstellung maßgebend. Entwürfe solcher Darstellungen sind unverbindlich. Sofern nicht anders gesetzlich vorgesehen oder vertraglich vereinbart, sind mündliche Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers nur dann verbindlich, wenn sie in Textform bestätigt werden. Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrags sind stets unverbindlich.

6. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Arbeitsergebnisse oder Auszüge von Arbeitsergebnissen – sei es im Entwurf oder in der Endfassung) oder die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber an einen Dritten bedarf der in Textform erteilten Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, es sei denn, der Auftraggeber ist zur Weitergabe oder Information aufgrund eines Gesetzes oder einer behördlichen Anordnung verpflichtet.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers und die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber zu Werbezwecken durch den Auftraggeber sind unzulässig.

7. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlagen, Unterlassen bzw. unberechtigter Verweigerung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung kann er die Vergütung mindern oder vom Vertrag zurücktreten; ist der Auftrag nicht von einem Verbraucher erteilt worden, so kann der Auftraggeber wegen eines Mangels nur dann vom Vertrag zurücktreten, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens, Unterlassung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Ein Nacherfüllungsanspruch aus Abs. 1 muss vom Auftraggeber unverzüglich in Textform geltend gemacht werden. Nacherfüllungsansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z.B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse infrage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

8. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze (§ 323 Abs. 1 HGB, § 43 WPO, § 203 StGB) verpflichtet, über Tatsachen und Umstände, die ihm bei seiner Berufstätigkeit anvertraut oder bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer wird bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten die nationalen und europarechtlichen Regelungen zum Datenschutz beachten.

9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Leistungen des Wirtschaftsprüfers, insbesondere Prüfungen, gelten die jeweils anzuwendenden gesetzlichen Haftungsbeschränkungen, insbesondere die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Sofern weder eine gesetzliche Haftungsbeschränkung Anwendung findet noch eine einzelvertragliche Haftungsbeschränkung besteht, ist der Anspruch des Auftraggebers aus dem zwischen ihm und dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis auf Ersatz eines fahrlässig verursachten Schadens, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit sowie von Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen, gemäß § 54a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt. Gleiches gilt für Ansprüche, die Dritte aus oder im Zusammenhang mit dem Vertragsverhältnis gegenüber dem Wirtschaftsprüfer geltend machen.

Alle Rechte vorbehalten. Ohne Genehmigung des Verlages ist es nicht gestattet, die Vordrucke ganz oder teilweise nachzudrucken bzw. auf fotomechanischem oder elektronischem Wege zu vervielfältigen und/oder zu verbreiten.
© IDW Verlag GmbH · Tersteegenstraße 14 · 40474 Düsseldorf. 50341/1

Lizenziert für/Licensed to: Verband der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft in Niedersachsen und Bremen e. V. | 4309961 | AV00019777

(3) Leiten mehrere Anspruchsteller aus dem mit dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis Ansprüche aus einer fahrlässigen Pflichtverletzung des Wirtschaftsprüfers her, gilt der in Abs. 2 genannte Höchstbetrag für die betreffenden Ansprüche aller Anspruchsteller insgesamt.

(4) Der Höchstbetrag nach Abs. 2 bezieht sich auf einen einzelnen Schadensfall. Ein einzelner Schadensfall ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden.

(5) Ein Schadensersatzanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von sechs Monaten nach der in Textform erklärten Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde. Dies gilt nicht für Schadensersatzansprüche, die auf vorsätzliches Verhalten zurückzuführen sind, sowie bei einer schuldhaften Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie bei Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen. Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt.

(6) § 323 HGB bleibt von den Regelungen in Abs. 2 bis 5 unberührt.

10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Ändert der Auftraggeber nachträglich den durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschluss oder Lagebericht, darf er diesen Bestätigungsvermerk nicht weiterverwenden.

Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit in gesetzlicher Schriftform erteilter Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsausfertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte wesentliche Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfasst nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, dass der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Fall hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, dass dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen Vereinbarung in Textform umfasst die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

a) Ausarbeitung und elektronische Übermittlung der Jahressteuererklärungen, einschließlich E-Bilanzen, für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger für die Besteuerung erforderlichen Aufstellungen und Nachweise
b) Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern
c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden
d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern
e) Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger Vereinbarungen in Textform die unter Abs. 3 Buchst. d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Sofern der Wirtschaftsprüfer auch Steuerberater ist und die Steuerberatervergütungsverordnung für die Bemessung der Vergütung anzuwenden ist, kann eine höhere oder niedrigere als die gesetzliche Vergütung in Textform vereinbart werden.

(6) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer und Einheitsbewertung sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrags. Dies gilt auch für

a) die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z.B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer und Grunderwerbsteuer,
b) die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen,
c) die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlungen, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen und
d) die Unterstützung bei der Erfüllung von Anzeige- und Dokumentationspflichten.

(7) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzugs wird nicht übernommen.

12. Elektronische Kommunikation

Die Kommunikation zwischen dem Wirtschaftsprüfer und dem Auftraggeber kann auch per E-Mail erfolgen. Soweit der Auftraggeber eine Kommunikation per E-Mail nicht wünscht oder besondere Sicherheitsanforderungen stellt, wie etwa die Verschlüsselung von E-Mails, wird der Auftraggeber den Wirtschaftsprüfer entsprechend in Textform informieren.

13. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Ist der Auftraggeber kein Verbraucher, so ist eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

14. Streitschlichtungen

Der Wirtschaftsprüfer ist nicht bereit, an Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle im Sinne des § 2 des Verbraucherstreitbeilegungsgesetzes teilzunehmen.

15. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.

Lizenziert für/Licensed to: Verband der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft in Niedersachsen und Bremen e. V. | 4309961 | AV00019777

Prüfungsbericht

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2024

Volkshochschule (VHS) Hildesheim gGmbH, Hildesheim

Niedersächsische Revision und Treuhand GmbH
Steuerberatungsgesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Inhaltsverzeichnis

		Seite
1.	Prüfungsauftrag	1
2.	Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung	1
	2.1 Gegenstand der Prüfung	1
	3.2 Art und Umfang der Prüfung	2
3.	Feststellungen zur Rechnungslegung	3
	3.1 Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen	3
	3.2 Jahresabschluss	3
4.	Stellungnahme zur Gesamtausgabe des Jahresabschlusses	4
	4.1 Wesentliche Bewertungsgrundlagen und wesentliche Änderungen in den Bewertungsgrundlagen	4
	4.2 Sachverhaltsgestaltende Maßnahmen	5
	4.3 Feststellung zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses	5
5.	Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage	6
	5.1 Vermögenslage	6
	5.2 Ertragslage	7
7.	Wiedergabe des Bestätigungsvermerks	8

Anlagenverzeichnis

I. Jahresabschluss zum 31. Dezember 2024
II. Rechtliche, wirtschaftliche und steuerliche Verhältnisse
III. Aufgliederung und Erläuterung der Posten des Jahresabschlusses
IV. Allgemeine Auftragsbedingungen

1. Prüfungsauftrag

Durch Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 23. Oktober 2024 wurden wir zum Abschlussprüfer der Firma

Volkshochschule (VHS) Hildesheim gGmbH, Hildesheim

für das Geschäftsjahr 2024 gewählt. Die Geschäftsführung beauftragte uns demzufolge, den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2024 unter Einbeziehung der Buchführung zu prüfen.

Im Rahmen der Prüfung des Jahresabschlusses wurden wir beauftragt, weitergehende Aufgliederungen und Erläuterungen zu einzelnen Posten des Jahresabschlusses abzugeben. Wir haben diese ergänzenden Aufgliederungen und Erläuterungen in der Anlage IV dieses Prüfungsberichts dargestellt.

Dieser Prüfungsbericht entspricht den Grundsätzen des IDW-Prüfungsstandards: Grundsätze ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen (IDW PS 450).

Wir bestätigen gemäß § 321 Abs. 4a HGB, dass wir bei unserer Abschlussprüfung die anwendbaren Vorschriften zur Unabhängigkeit beachtet haben.

Für die Durchführung des Auftrages und unsere Verantwortlichkeit sind, auch im Verhältnis zu Dritten, die diesem Bericht als Anlage V beigefügten „Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften“ i.d.F. vom 01.01.2024 maßgebend und verbindlich. Die Höhe unserer Haftung bestimmt sich nach § 323 Abs. 2 HGB.

2. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung

2.1 Gegenstand der Prüfung

Wir haben den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung der Volkshochschule (VHS) Hildesheim gGmbH für das zum 31. Dezember 2024 endende Geschäftsjahr geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung des Jahresabschlusses nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften sowie die uns erteilten Aufklärungen und Nachweise liegen in der Verantwortung der Geschäftsführung der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung unter Einbeziehung der Buchführung und der uns erteilten Aufklärungen und Nachweise ein Urteil über den Jahresabschluss abzugeben.

Die Prüfung der Einhaltung anderer gesetzlicher Vorschriften gehört nur insoweit zu den Aufgaben der Abschlussprüfung, als sich aus diesen anderen Vorschriften üblicherweise Rückwirkungen auf den Jahresabschluss ergeben.

2.2 Art und Umfang der Prüfung

Bei der Durchführung unserer Jahresabschlussprüfung haben wir die Vorschriften des §§ 316 ff HGB und die vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) herausgegebenen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung beachtet. Unrichtigkeiten und Verstöße mit wesentlichen Auswirkungen auf den unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung aufgestellten Jahresabschluss sind mit hinreichender Sicherheit zu erkennen. Nachweise für die Angaben in Buchführung und Jahresabschluss werden schwerpunktmäßig durch Stichproben beurteilt. Im Rahmen der Prüfung werden die angewandten Bilanzierungs-, Bewertungs- und Gliederungsgrundsätze, die Einschätzung der Geschäftsführung sowie die Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses beurteilt. Unsere Prüfung bietet eine ausreichend sichere Grundlage für unser Prüfungsurteil.

Unsere Prüfungsplanung basiert auf einem risiko- und systemorientierten Prüfungsansatz und beinhaltet eine Prüfungsstrategie. Die Prüfungsstrategie wiederum wird auf Grundlage einer Risikoanalyse festgelegt, welcher folgende Prämissen zugrunde lagen:

- Verständnis des wirtschaftlichen Umfeldes, der Ziele und Strategien der Gesellschaft;
- Verständnis für diejenigen Risiken, welche zu falschen Angaben im Jahresabschluss führen können;
- Plausibilitätsüberlegungen und weitere analytische Prüfungshandlungen zum Zwecke der vorläufigen Risikoeinschätzung;
- Verständnis für die Auswahl der zur Anwendung gelangten Rechnungslegungsmethoden;
- Verständnis für die laufende Überwachung des wirtschaftlichen Erfolgs der Gesellschaft;
- Verständnis und Beurteilung des Internen Kontrollsystems der Gesellschaft.

Die Risikobeurteilung hinsichtlich einer wesentlichen Falschaussage im Jahresabschluss berücksichtigt sowohl Risiken auf Ebene des Jahresabschlusses als auch auf Ebene von wesentlichen Arten von Geschäftsvorfällen. Hierdurch sollten bedeutsame Risiken erkannt werden, deren Analyse einer gesonderten Betrachtung bedurften.

Ausgehend von dieser Risikobeurteilung erfolgten die Ableitung einzelner Prüfungsziele sowie die Entwicklung eines entsprechenden Prüfungsprogramms. Aufgabe des Prüfungsprogramms ist die Schwerpunktsetzung für jedes Prüfungsziel, der Prüfungsansatz sowie Art und Umfang von Prüfungshandlungen und die zeitliche und personelle Prüfungsplanung.

Basierend auf der Prüfungsstrategie und den Prüfungszielen haben wir folgende Schwerpunkte für die Prüfung festgelegt:

- Bewertung Forderungen
- Vollständigkeit der Rückstellungen

Die Prüfungshandlungen umfassten System- und Funktionsprüfungen, analytische Prüfungshandlungen sowie Einzelfallprüfungen.

Die Beurteilung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems ist wie folgt durchgeführt worden: Basierend auf der Prüfungsplanung ist eine Auswahl des Prüfungsgebietes erfolgt. Nach Definition der einzelnen Prüfungsziele wurden im Rahmen der Systemanalyse auch Funktionstests einzelner Kontrollfunktionen durchgeführt. Wir haben die Ergebnisse der Prüfung des internen Kontrollsystems im Hinblick auf die Risiken von Fehlaussagen des Jahresabschlusses sowie bei der Auswahl von Art und Umfang analytischer Prüfungshandlungen und von Einzelfallprüfungen berücksichtigt.

Einzelfallprüfungen haben u.a. durch Einholung von Bestätigungen Dritter (Kreditinstitute) stattgefunden. Soweit diese Prüfungshandlungen in Stichproben erfolgt sind, basierte die Auswahl der Stichproben auf den Erkenntnissen des Internen Kontrollsystems bzw. orientierte sich an den jeweiligen Prüfungszielen.

Unsere Prüfung haben wir in der Zeit von Juli bis August 2025 durchgeführt. Restarbeiten sowie die Ausfertigung des Berichtes haben wir anschließend in unserem Büro in Hannover vorgenommen.

Alle von uns erbetenen Aufklärungen und Nachweise sind uns erteilt worden. Die Geschäftsführung hat uns die Vollständigkeit der Buchführung, des Jahresabschlusses und des Lageberichts schriftlich in einer berufsüblichen Vollständigkeitserklärung bestätigt.

3. Feststellungen zur Rechnungslegung

3.1 Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen

Die Organisation der Buchführung ermöglicht die vollständige, richtige, zeitgerechte und geordnete Erfassung und Buchung der Geschäftsvorfälle. Der Kontenplan ist ausreichend gegliedert, das Belegwesen ist klar und übersichtlich geordnet. Die Belegfunktion ist erfüllt. Die EDV-gestützte Rechnungslegung gewährleistet die Sicherheit der für Zwecke der Rechnungslegung verarbeiteten Daten.

3.2 Jahresabschluss

Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung wurden ordnungsmäßig aus der Buchführung und den weiteren geprüften Unterlagen abgeleitet. Die für Kapitalgesellschaften geltenden Ansatz-, Ausweis- und Bewertungsvor-

schriften wurden einschließlich des Stetigkeitsgrundsatzes des § 252 Abs. 1 Nr. 6 HGB beachtet. Der Anhang enthält die vorgeschriebenen Angaben zu den einzelnen Posten von Bilanz bzw. Gewinn- und Verlustrechnung und gibt die sonstigen Pflichtangaben richtig und vollständig wieder. Die Angaben der Gesamtbezüge der Geschäftsführung sind nach § 286 Abs. 4 HGB unterblieben, da sich anhand dieser Angaben die Bezüge eines Geschäftsführers hätten feststellen lassen. Des weiteren nimmt die Gesellschaft die Erleichterungsvorschriften für mittelgroße Kapitalgesellschaften nach § 277 HGB für die Gewinn- und Verlustrechnung sowie nach § 288 HGB für den Anhang für den offenzulegenden Jahresabschluss in Anspruch.

4. Stellungnahme zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses

4.1 Wesentliche Bewertungsgrundlagen und wesentliche Änderungen in den Bewertungsgrundlagen

Die Gesellschaft hat im Anhang die angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden dargestellt. Änderungen der Bilanzierungs- und Bewertungsgrundlagen gegenüber dem Vorjahr haben sich nicht ergeben.

Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechte, die nach unserer Ansicht eine wesentliche Auswirkung auf den Jahresabschluss haben, sind wie folgt ausgeübt worden:

a) Bewegliches Anlagevermögen

Bewegliche Anlagengegenstände werden je nach Anlagenklasse linear oder degressiv abgeschrieben. Nach deutschem Handelsrecht sowie nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung wäre auch die ausschließliche Anwendung der degressiven oder der linearen Abschreibungsmethode zulässig, die degressive Methode führt in den ersten Jahren der Nutzungsdauer von Vermögensgegenständen des Anlagevermögens zu einer höheren Aufwandserfassung und somit tendenziell zu niedrigeren Jahresergebnissen.

Neben der Ausübung von Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechten gehören Annahmen über wertbestimmende Komponenten zu den Bewertungsgrundlagen. In diesem Zusammenhang erfordert die Bewertung von Vermögensgegenständen und Schulden die Einschätzung zukünftiger Entwicklungen bzw. Annahmen über die Realisierung wirtschaftlicher Werte in der Zukunft, die mit Risiken und Unsicherheiten verbunden sind. Dieser Zukunftsbezug führt zu Ermessenspielräumen, die die Geschäftsführung bei der pflichtgemäßen Ausübung ihrer Rechnungslegungsverpflichtung

auszufüllen hat. Ermessensausübungen können nur auf Plausibilität überprüft werden.

Annahmen über wertbestimmende Komponenten, die nach unserer Auffassung wesentliche Auswirkungen auf die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben, sind insbesondere bei den nachfolgenden Bilanzposten getroffen worden:

a) Bewertung der Forderungen

In Abhängigkeit vom Entstehungszeitpunkt der Forderungen aus Teilnehmergebühren bildet die Gesellschaft pauschale Wertberichtigungen auf überfällige Forderungen. Im Geschäftsjahr weist die Gesellschaft insofern Wertberichtigungen in Höhe von TEUR 191 (im Vorjahr: TEUR 190) aus.

b) Bewertung von Zuschüssen

Gemäß dem **Sozialdienstleister-Einsatzgesetz (SodEG)** wurden in 2020, 2021 und 2022 Zuschüsse von insgesamt TEUR 1.037 vereinnahmt. Hiervon wurde ein Betrag von TEUR 316,7 an Dienstleister weitergeleitet worden. Ob und in welcher Höhe eine Rückzahlung der nicht an Dritte weitergeleiteten Beträge an den Zuschussgeber erforderlich werden wird, kann aufgrund der unklaren Bescheidlage nicht ermittelt werden. Die Gesellschaft hat weiterhin eine Rückstellung in Höhe von TEUR 170 gebildet.

4.2 Sachverhaltsgestaltende Maßnahmen

Nach § 321 Abs. 2 Satz 4 HGB ist darauf einzugehen, welchen Einfluss sachverhaltsgestaltende Maßnahmen insgesamt auf die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben.

Sachverhaltsgestaltende Maßnahmen wurden im Berichtsjahr nicht vorgenommen.

4.3 Feststellung zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses

Der Jahresabschluss enthält mehrere notwendige – oben dargestellte - Ermessensspielräume, die auf die Notwendigkeit von Schätzungen zurückzuführen sind. Insbesondere bestehen Ermessensspielräume bei der Einschätzung von Marktentwicklungen, Wechselkursen und Zinssätzen.

In Gesamtwürdigung der zuvor beschriebenen Bewertungsgrundlagen und sachverhaltsgestaltenden Maßnahmen sind wir der Überzeugung, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.

5. Darstellung der Vermögens und Ertragslage

5.1 Vermögenslage

Die Gegenüberstellung der Bilanzposten zum 31. Dezember 2024 mit den Bilanzposten zum 31. Dezember 2023 zeigt die folgende Darstellung:

	31.Dezember 2024		31.Dezember 2023		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
A k t i v a						
Anlagevermögen						
immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	365	15,5	406	17,7	-41	-10,1
Finanzanlage	25	1,1	25	1,1	0	0,0
	390	16,6	431	18,8	-41	-9,5
Umlaufvermögen						
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	879	37,3	865	37,7	14	1,6
Forderungen im Verbundbereich	0	0,0	2	0,1	-2	-100,0
Sonstige Vermögensgegenstände	98	4,2	248	10,8	-150	-60,5
	977	41,5	1.115	48,6	-138	-12,4
Flüssige Mittel	965	41,0	750	32,7	215	28,7
	1.942	82,4	1.865	81,2	77	4,1
Rechnungsabgrenzungen	24	1,0	0	0,0	24	0,0
Vermögen	2.356	100,0	2.296	100,0	60	2,6

	31.Dezember 2024		31.Dezember 2023		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
P A S S I V A						
Eigenkapital						
Gezeichnetes Kapital	50	2,1	50	2,2	0	0,0
Kapitalrücklage	400	17,0	400	17,4	0	0,0
Zweckgebundene Rücklage	953	40,4	958	41,7	-5	-0,5
Bilanzgewinn	27	1,1	-5	-0,2	32	0,0
	1.430	60,7	1.403	61,1	27	1,9
Rückstellungen						
Sonstige	404	17,1	378	16,5	26	6,9
Verbindlichkeiten						
Lieferantenverbindlichkeiten	385	16,3	330	14,4	55	16,7
Verbindlichkeiten im Verbundbereich	0	0,0	2	0,1	-2	-100,0
Sonstige Verbindlichkeiten und Rechnungsabgrenzung	137	5,8	183	8,0	-46	-25,1
	522	22,2	515	22,4	7	1,4
Kapital	2.356	100,0	2.296	100,0	60	2,6

5.2 Ertragslage

Die nachfolgende Darstellung ist aus der Gewinn- und Verlustrechnung abgeleitet. Die angegebenen Verhältniszahlen basieren auf der Gesamtleistung.

	2024		2023		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Umsatzerlöse	3.875	52,8	3.318	47,3	557	16,8
Erhaltene Zuschüsse	3.386		3.627		-241	-6,6
sonstige Erträge	81	1,1	74	1,1	7	9,5
Gesamtleistung	**7.342**	**100,0**	**7.019**	**100,0**	**323**	**4,6**
Bildungsaufwand	-2.587	-35,2	-2.262	-32,2	-325	14,4
Personalaufwand	-3.677	-50,1	-3.654	-52,1	-23	0,6
Abschreibungen	-60	-0,8	-88	-1,3	28	-31,8
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.002	-13,6	-1.061	-15,1	59	-5,6
Betriebsergebnis	**16**	**0,2**	**-46**	**-0,7**	**62**	**-134,8**
Finanzergebnis	11	0,1	6	0,1	5	83,3
Jahresergebnis	**27**	**0,4**	**-40**	**-0,6**	**67**	**-167,5**

6. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks

Zu dem als Anlage 1 beigefügten Jahresabschluss zum 31. Dezember 2024 haben wir folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt, der hier wiedergegeben wird:

„Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Volkshochschule (VHS) Hildesheim gGmbH, Hildesheim

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Volkshochschule (VHS) Hildesheim gGmbH, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2024 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2024 bis zum 31. Dezember 2024 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2024 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2024 bis zum 31. Dezember 2024.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts" unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grund-

lage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung des gesetzlichen Vertreters für den Jahresabschluss

Der gesetzliche Vertreter ist verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner ist der gesetzliche Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die er in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt hat, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses ist der gesetzliche Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren hat er die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus ist er dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.

- beurteilen wir die Angemessenheit der von dem gesetzlichen Vertreter angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von dem gesetzlichen Vertreter dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.

- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von dem gesetzlichen Vertreter angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen."

Hannover, den 19. August 2025

NIEDERSÄCHSISCHE REVISION UND TREUHAND GMBH – NIERUT
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft

(Lykaitis)
Wirtschaftsprüfer

A n l a g e n

Bilanz zum 31. Dezember 2024

Aktiva

	31.12.2024		31.12.2023	
	EUR	EUR	EUR	EUR
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	611,00		1.140,00	
2. Geschäfts- und Firmenwert	0,00	611,00	0,00	1.140,00
II. Sachanlagen				
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	240.941,00		252.680,00	
2. Technische Anlagen und Maschinen	0,00		0,00	
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	113.359,00		144.475,00	
4. Geringwertige Wirtschaftsgüter	9.888,00	364.188,00	7.306,00	404.461,00
III. Finanzanlagen				
Anteile an verbundenen Unternehmen		25.000,00		25.000,00
		389.799,00		430.601,00
B. Umlaugvermögen				
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	878.689,22		865.279,15	
2. Forderungen gegen Gesellschafter	0,00		1.190,00	
3. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	0,00		785,40	
4. Sonstige Vermögensgegenstände	99.386,62	978.075,84	247.869,82	1.115.124,37
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		964.758,88		749.675,91
		1.942.834,72		1.864.800,28
C. Rechnungsabgrenzungsposten		23.925,00		211,67
		2.356.558,72		2.295.612,95

Passiva

	31.12.2024		31.12.2023	
	EUR	EUR	EUR	EUR
A. Eigenkapital				
I. Gezeichnetes Kapital	50.000,00		50.000,00	
II. Kapitalrücklage	400.000,00		400.000,00	
III. Zweckgebundene Rücklage	953.121,05		957.741,24	
IV. Bilanzgewinn	27.116,04	1.430.237,09	-4.620,19	1.403.121,05
B. Rückstellungen				
1. Sonstige Rückstellungen	404.000,00	404.000,00	378.100,00	378.100,00
C. Verbindlichkeiten				
1. Erhaltene Anzahlungen	0,00		0,00	
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,00		0,00	
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	385.343,11		330.297,02	
4. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	0,00		1.929,50	
5. Sonstige Verbindlichkeiten	16.623,74		34.520,36	
davon aus Steuern: TEUR 1 (i.V. TEUR 1)		401.966,85		366.746,88
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: TEUR 0 (i.Vj. TEUR 0)				
D. Rechnungsabgrenzungsposten		120.354,78		147.645,02
	-,--	2.356.558,72		2.295.612,95

Volkshochschule (VHS) Hildesheim gGmbH

Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2024

		2024	2023
		EUR	EUR
1.	Umsatzerlöse	7.260.698,08	6.945.184,51
2.	Sonstige betriebliche Erträge	81.744,53	73.752,85
		7.342.442,61	7.018.937,36
3.	Bildungsaufwendungen		
	a) Aufwendungen für Lehr- und Lernmittel sowie sonstige Projektkosten	-404.601,08	-373.671,00
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-2.182.488,68	-1.888.505,61
		-2.587.089,76	-2.262.176,61
4.	Personalaufwand		
	a) Löhne und Gehälter	-2.967.796,03	-2.963.320,54
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-709.580,94	-690.333,68
	(davon für Altersversorgung: -)		
		-3.677.376,97	-3.653.654,22
5.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-60.362,63	-87.900,25
6.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.001.981,02	-1.061.478,61
7.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	13.976,91	6.951,56
	(davon von verbundenen Unternehmen:)		
8.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-2.493,10	-599,42
	(davon von verbundenen Unternehmen:)		
9.	Jahresüberschuss	27.116,04	-39.920,19
10.	Ergebnisvortrag	-4.620,19	4.402,50
11.	Entnahme aus der zweckgebundenen Rücklage	4.620,19	35.300,00
12.	Einstellung in die zweckgebundene Rücklage	0,00	-4.402,50
13.	Bilanzgewinn	27.116,04	-4.620,19

Anhang zum Jahresabschluss zum 31. Dezember 2024

I. ALLGEMEINES

Die Volkshochschule (VHS) Hildesheim gGmbH, mit Sitz in Hildesheim, ist unter der Nummer HRB 3664 in das Handelsregister b des Amtsgerichtes Hildesheim eingetragen.

Sie hat den Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2023 nach den handelsrechtlichen Rechnungslegungsvorschriften gemäß §§ 238 ff HGB aufgestellt.

Änderungen in der Darstellungsstetigkeit haben sich nicht ergeben.

Für die Gewinn- und Verlustrechnung wurde das Gesamtkostenverfahren gemäß § 275 Abs. 2 HGB gewählt.

Die Gesellschaft ist eine kleine Kapitalgesellschaft i.S. des § 264 a i.V.m. § 267 Abs. 2 HGB.

II. BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSGRUNDSÄTZE

Die Grundsätze der Bilanzierung und Bewertung entsprechen denen der Vorjahre.

Die **immateriellen Vermögensgegenstände** des Anlagevermögens werden zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen (3 bis 8 Jahre), die nach der linearen Methode berechnet sind, ausgewiesen.

Die **Sachanlagen** wurden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten aktiviert. Bei der Bemessung der Herstellungskosten für Sachanlagegüter wurden angemessene Teile der notwendigen Material- und Fertigungsgemeinkosten eingerechnet. Die Abschreibungen wurden im Rahmen der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer planmäßig oder nutzungsbedingt vorgenommen. Bei den Gegenständen des beweglichen Anlagevermögens kam die lineare Abschreibungsmethode zur Anwendung.

Für Zugänge im Laufe des Wirtschaftsjahres wurden die Abschreibungen pro rata temporis vorgenommen. Im Berichtsjahr angeschaffte geringwertige Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens wurden wie in den Vorjahren voll abgeschrieben. Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten bis € 250,00 werden im Zeitpunkt der Anschaffung unmittelbar als Aufwand erfasst.

Die planmäßigen linearen Abschreibungen werden nach den voraussichtlichen Nutzungsdauern ermittelt.

Forderungen und **sonstige Vermögensgegenstände** wurden zu Nennwerten bilanziert. Erkennbaren Einzelrisiken wird durch angemessene Wertberichtigungen Rechnung getragen. Allgemeine Kreditrisiken und sonstige Wertminderungen werden durch Bildung von Pauschalwertberichtigungen berücksichtigt.

Für ungewisse Verbindlichkeiten und sonstige erkennbare Risiken wurden **Rückstellungen** in angemessener Höhe gebildet.

Verbindlichkeiten wurden mit Rückzahlungsbeträgen bilanziert.

III. Nachtragsbericht

Bis zum 21. August 2025 ergaben sich keine Ereignisse, die zu einer wesentlichen Änderung des Ausweises oder Wertansatzes der einzelnen Vermögensgegenstände und Schulden zum 31. Dezember 2024 geführt hätten.

IV. SONSTIGE ANGABEN

Der Gesamtbetrag der Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren beträgt EUR 0,00 (im Vorjahr EUR 0,00).

Mitarbeiterstruktur
Mitarbeiter (Jahresdurchschnitt): 80 (im Vorjahr: 80)

Geschäftsführung

Geschäftsführer/in der Gesellschaft ist:

Frau Christin Eschmann, Hildesheim, bis zum 13. Juni 2024
Herr Sebastian Kurtz, Hohenhameln, ab dem 13. Juni 2024

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat der Gesellschaft hatte im Geschäftsjahr die folgenden Mitglieder:

Herr Dr. Ulrich Kumme (Vorsitzender)

Herr Martin Vornkahl

Herr Malte Spitzer

Herr Walter Hansen

Hildesheim, den 13. August 2025

Sebastian Kurtz
Geschäftsführer

Entwicklung des Anlagevermögens

	Anschaffungs- und Herstellungskosten					Kumulierte Abschreibungen				Buchwert	
	01.01.2024	Zugänge	Umbuchungen	Abgänge	31.12.2024	01.01.2024	Zugänge	Abgänge	31.12.2024	31.12.2024	31.12.2023
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
I. Immaterielle Vermögensgegenstände											
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten	2.306,11	-	-	-	2.306,11	1.166,11	529,00	-	1.695,11	611,00	1.140,00
II. Sachanlagen											
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	311.375,00	-	-	-	311.375,00	58.695,00	11.739,00	-	70.434,00	240.941,00	252.680,00
2. Technische Anlagen und Maschinen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	279.083,43	12.145,44	-	-	291.228,87	134.608,43	44.613,44	-	179.221,87	112.007,00	144.475,00
4. Geringwertige Wirtschaftsgüter	37.100,00	7.415,19	-	3.120,33	41.394,86	29.794,00	3.481,19	3.120,33	30.154,86	11.240,00	7.306,00
	627.558,43	19.560,63	-	3.120,33	643.998,73	223.097,43	59.833,63	3.120,33	279.810,73	364.188,00	404.461,00
III. Finanzanlagen											
1. Beteiligungen	25.000,00	-	-	-	25.000,00	-	-	-	-	25.000,00	25.000,00
	25.000,00	-	-	-	25.000,00	-	-	-	-	25.000,00	25.000,00
	654.864,54	19.560,63	-	3.120,33	671.304,84	224.263,54	60.362,63	3.120,33	281.505,84	389.799,00	430.601,00

RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE UND STEUERLICHE VERHÄLTNISSE

1. Gesellschaftsvertragliche Grundlagen

1.1 Gesellschaftsvertrag, Firma, Sitz

Die Gesellschaft ist unter der Firma

Volkshochschule (VHS) Hildesheim gGmbH

im Handelsregister beim Amtsgericht Hildesheim in Abt. B unter Nr. 3664 eingetragen. Ein Handelsregisterauszug vom 13. August 2025 mit letzter Eintragung vom 30. April 2025 hat uns vorgelegen.

1.2 Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb einer Volkshochschule im Landkreis Hildesheim zur Förderung der außerschulischen Erwachsenen- und Jugendbildung

1.3 Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr beginnt am 1. Januar und endet am 31. Dezember eines Kalenderjahres.

1.4 Eigenkapital, Stimmrecht

Zum 31. Dezember 2024 verteilen sich die Kapitalanteile wie folgt auf die Gesellschafter:

	Gezeichnetes Kapital	Anteil am gezeichneten Kapital
	EUR	in %
Hildesheimer Volkshochschule e.V.	25.000,00	50,00
Landkreis Hildesheim Holding GmbH	25.000,00	50,00
	50.000,00	100,00

1.5 Geschäftsführung und Prokuren

Geschäftsführung

- Frau Christin Eschmann, Hildesheim (alleinvertretungsberechtigt) bis 13. Juni 2024
- Herr Sebastian Kurtz, Hohenhameln (alleinvertretungsberechtigt) ab 13. Juni 2024

Prokuren

- Herr Sebastian Kurtz, Hohenhameln (Einzelprokura) bis 13. Juni 2024

2. Steuerliche Verhältnisse

Die Gesellschaft ist veranlagt vom Finanzamt Hildesheim bis einschließlich 2019 (Steuer-Nr. 30/210/40030).

Der Bescheid für die Freistellung für 2019 zur Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer datiert vom 6. Oktober 2022.

Die Steuererklärungen für den Veranlagungszeitraum 2023 sind zum Finanzamt Hildesheim eingereicht.

Die steuerliche Außenprüfung hat bislang noch nicht stattgefunden.

Aufgliederung und Erläuterung der Posten des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2024

Bilanz Aktiva

A. Anlagevermögen

I. Immaterielle Vermögensgegenstände

Zusammensetzung:

Konzessionen, Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		EUR	611,00
	Vorjahr	EUR	1.140,00

Der Buchwert hat sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

	EUR	EUR
1. Januar 2024		1.140,00
Zugänge	-	
Umbuchungen	-	-
Abschreibungen	-529,00	
Abgänge	-	-529,00
31. Dezember 2024		611,00

Der Posten enthält erworbene Softwareprodukte.

II. Sachanlagen

Zusammensetzung

	31.12.2024	31.12.2023
	EUR	EUR
Bauten auf fremden Grundstücken	240.941,00	252.680,00
Betriebs- und Geschäftsausstattung	112.007,00	144.475,00
Geringwertige Wirtschaftsgüter	11.240,00	7.306,00
	364.188,00	404.461,00

1. Bauten auf fremden Grundstücken		EUR	240,941,00
	Vorjahr	EUR	252.680,00

Der Buchwert hat sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

	EUR	EUR
1. Januar 2024		252.680,00
Zugänge	-	
Umbuchungen	-	-
Abschreibungen	-11.739,00	
Abgänge	-	-11.739,00
31. Dezember 2024		240.941,00

2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		EUR	112.007,00
	Vorjahr	EUR	144.475,00

Der Buchwert hat sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

	EUR	EUR
1. Januar 2024		144.475,00
Zugänge	12.145,44	
Umbuchungen	-	12.145,44
Abschreibungen	-44.613,44	
Abgänge	-	-44.613,44
31. Dezember 2024		112.007,00

Die Zugänge des Berichtsjahres entfallen auf die folgenden Bereiche

	EUR
Ausstattung Geschäftsstelle (EDV, Möbel)	12.145,44
Ausstattung Unterrichtsräume Hildesheim	-
Ausstattung Unterrichtsräume Alfeld	-
Lehrmittel	-
	12.145,44

3. Geringwertige Wirtschaftsgüter		EUR	11.240,00
	Vorjahr	EUR	7.306,00

Der Buchwert hat sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

	EUR	EUR
1. Januar 2024		7.306,00
Zugänge	7.415,19	
Umbuchungen	-	7.415,19
Abschreibungen	-3.481,19	
Abgänge	-	-3.481,19
31. Dezember 2024		11.240,00

III. Finanzanlagen

1. Beteiligungen		EUR	25.000,00
	Vorjahr	EUR	25.000,00

Der Ausweis betrifft sämtliche Anteile an der „Gemeinnützige Gesellschaft für berufliche Bildung in Hildesheim mbH" (GGBHmbH).

B. Umlaufvermögen

I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Zusammensetzung

	31.12.2024	31.12.2023
	EUR	EUR
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	878.689,22	865.279,15
Forderungen gegen Gesellschafter	-	1.190,00
Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen	-	785,40
Sonstige Vermögensgegenstände	99.386,62	247.869,82
	978.075,84	1.115.124,37

1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		EUR	878.689,22
	Vorjahr	EUR	865.279,15

Zusammensetzung

	31.12.2024	31.12.2023
	EUR	EUR
Forderungen aus Teilnehmergebühren	1.057.772,33	1.042.374,79
Zweifelhafte Forderungen	12.116,89	12.404,36
Wertberichtigungen	-191.200,00	-189.500,00
	878.689,22	865.279,15

Die Forderungen aus Teilnehmergebühren werden nach ihren Entstehungszeiten gesondert ausgewiesen und nach ihrem Alter bis zu 100% wertberichtigt. Im Berichtsjahr wurden insofern EUR 1.700,00 Wertberichtigungen aufgelöst.

2. Forderungen gegen Gesellschafter		EUR	0,00
	Vorjahr	EUR	1.190,00

Die Forderungen gegen Gesellschafter betrafen Kostenverauslagungen.

3. Forderungen gegen verbundene Unternehmen		EUR	0,00
	Vorjahr	EUR	785,40

Der Ausweis betrifft das Verrechnungskonto mit der Gemeinnützige Gesellschaft für berufliche Bildung in Hildesheim mbH.

4. Sonstige Forderungen	EUR	99.386,62
Vorjahr	EUR	247.869,82

	31.12.2024	31.12.2023
	EUR	EUR
Fahrtkosten BAMF	25.078,91	22.633,21
NlfBE Zuschuss	22.225,00	14.064,44
Landkreis Hildesheim Guthaben Schulnutzung	17.271,10	
Zuschuss Universität Hildesheim	10.864,43	
Zuschuss N-Bank	9.735,78	100.336,21
Zuschuss Bernward Krankenhaus	4.717,14	5.280,00
Geleistete Anzahlungen	1.706,40	
Zuschuss Stadt Hildesheim		54.604,27
Energieversorger		25.900,46
Zuschuss Landkreis Hildesheim		19.683,44
Projektzuschüsse		
Zuschuss Erasmus		
übrige Forderungen	7.787,86	5.367,79
	99.386,62	247.869,82

III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten

Zusammensetzung:

	31.12.2024	31.12.2023
	EUR	EUR
Kassenbestand	3.540,02	3.013,60
Guthaben bei Kreditinstituten		
Sparkasse Hildesheim		
Konto 2000022	142.477,31	190.305,09
Konto 74709133 Tagesgeld	817.047,93	554.640,20
Volksbank e.G.Hildesheim-Lehrte-Pattensen		
Konto 40013 979 00	1.693,62	1.717,02
	964.758,88	749.675,91

C. Rechnungsabgrenzungsposten

Zusammensetzung

	31.12.2024	31.12.2023
	EUR	EUR
Pacht Pfaffenstieg		
Miete/ Pacht übrige		
Gebäudeversicherung	17.363,43	
Versicherungen übrige	1.808,92	
Jugendausstellung Weston	3.708,00	
Katholisches Ferienwerk Unterkunft 2023		
übrige Abgrenzungen	1.044,65	211,67
	23.925,00	211,67

Bilanz Passiva

A. Eigenkapital

I. Gezeichnetes Kapital		EUR	50.000,00
	Vorjahr	EUR	50.000,00
II. Kapitalrücklage		EUR	400.000,00
	Vorjahr	EUR	400.000,00
III. Zweckgebundene Rücklagen		EUR	953.121,05
	Vorjahr	EUR	957.741,24

	31.12.2024	31.12.2023
	EUR	EUR
Rücklage für Infrastruktur und Sanierung	117.800,00	117.800,00
Rücklage für Digitalisierung "VHS geht online"	170.000,00	170.000,00
Rücklage für Einrichtungsgegenstände	1.900,00	1.900,00
Betriebsmittelrücklage	663.421,05	668.041,24
	953.121,05	957.741,24

Der Bilanzverlust des vorhergehenden Geschäftsjahres in Höhe von TEUR 4 wurde gemäß des Gesellschafterbeschlusses durch die Entnahme aus der Betriebsmittelrücklage ausgeglichen.

IV. Bilanzgewinn		EUR	27.116,04
	Vorjahr	EUR	-4.620,19

	Stück	EUR
Stand am 1.Januar 2024/ Ergebnisvortrag		-4.620,19
Jahresergebnis 2024		27.116,04
Entnahme aus zweckgebundenen Rücklagen	4.620,19	
Entnahme aus der allgemeinen Betriebsmittelrücklage	-	4.620,19
Einstellungen in zweckgebundene Rücklagen		
Einstellung in die allgemeine Betriebsmittelrücklage	-	-
Bestand zum 31.Dezember 2024		27.116,04

B. Rückstellungen

1. Sonstige Rückstellungen		EUR	404.000,00
	Vorjahr	EUR	378.100,00

Zusammensetzung:

	Stand am 1.1.2024	Verbrauch	Auflösung	Zuführung	Stand am 31.12.2024
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Zuschüsse SodEG	172.000,00	1.300,00	-	-	170.700,00
Sozialversicherung für freiberufliche Dozenten	-	-	-	-	-
Zuschüsse	-		-	81.500,00	81.500,00
Urlaubsverpflichtungen	81.800,00	81.800,00	-	75.900,00	75.900,00
Überstunden	18.400,00	18.400,00	-	15.900,00	15.900,00
Noch zu erbringende Leistungen (Personalkosten)	45.900,00	45.900,00	-	-	-
Mietnebenkosten Sarstedt	30.000,00	-	-	-	30.000,00
Mietnebenkosten Grundschule Pfaffenstieg	30.000,00	-	-	-	30.000,00
	378.100,00	147.400,00	-	173.300,00	404.000,00

Gemäß dem **Sozialdienstleister-Einsatzgesetz (SodEG)** wurden in 2020, 2021 und 2022 Zuschüsse in Höhe von TEUR 1.037 vereinnahmt. Hiervon sind TEUR 316,7 an Dienstleister weitergeleitet worden. Ob und in welcher Höhe eine Rückzahlung der nicht an Dritte weitergeleiteten Beträge an den Zuschussgeber erforderlich werden wird, kann aufgrund der unklaren Bescheidlage nicht ermittelt werden.

Für Kurse, deren Veranstaltungszeitraum über den Bilanzstichtag hinaus reicht, werden **noch zu erbringende Leistungen** (in Form von Personalkosten) als Rückstellung berücksichtigt.

Für die **Mietnebenkosten Sarstedt** und **Grundschule Pfaffenstieg** liegen für vorangegangene Zeiträume noch nicht alle Nebenkostenabrechnungen vor.

C. Verbindlichkeiten

Zusammensetzung:

	31.12.2024	31.12.2023
	EUR	EUR
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	385.343,11	330.297,02
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	-	1.929,50
Sonstige Verbindlichkeiten	16.623,74	34.520,36
	401.966,85	366.746,88

Zu den Fristigkeiten der Verbindlichkeiten verweisen wir auf die entsprechenden Angaben im Anhang.

1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		EUR	385.343,11
	Vorjahr	EUR	330.297,02

	31.12.2024	31.12.2023
	EUR	EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Honorarkräften	284.683,67	254.381,49
Verbindlichkeiten gegenüber Lieferanten	100.659,44	75.915,53
	385.343,11	330.297,02

2. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern		EUR	0,00
	Vorjahr	EUR	1.929,50

Die Verbindlichkeiten bestahnden gegenüber der Landkreis Hildesheim Holding GmbH.

3. Sonstige Verbindlichkeiten		EUR	16.623,74
	Vorjahr	EUR	34.520,36

Die sonstigen Verbindlichkeiten haben zum Bilanzstichtag die folgende Zusammensetzung:

	31.12.2024	31.12.2023
	EUR	EUR
Verbindlichkeiten aus Steuern		
Lohn- und Kirchensteuer	-263,02	-
Umsatzsteuer	2.671,61	1.264,48
	2.408,59	1.264,48
Verbindlichkeiten im Rahmen der sozialen Sicherheit		
Verbindlichkeiten gegenüber Krankenkassen	-404,87	72,56
Berufsgenossenschaft	-	-
	-404,87	72,56
Übrige sonstige Verbindlichkeiten		
Löhne und Gehälter	-310,51	317,46
Rückzahlung Zuschüsse	2.028,00	-
Bernward Krankenhaus Elternschule	-	-
Landkreis Hildesheim: Personalkostenerstattung	4.927,40	10.930,52
Landesverband VHS Prüfungsgebühren	-	1.866,90
Erhaltene Kautionen	-	1.500,00
Schwerbehinderten-Abgabe	-	4.808,99
Sonstiges	7.975,13	13.759,45
	16.623,74	34.520,36

D. Rechnungsabgrenzungsposten

Zusammensetzung:

	31.12.2024	31.12.2023
	EUR	EUR
Teilnehmergebühren Folgejahre	12.712,60	5.550,40
Gutschein-Konto	5.980,60	6.494,10
Abgrenzung Zuschüsse	70.000,00	105.416,67
Übrige Abgrenzungen	31.661,58	30.183,85
	120.354,78	147.645,02

Gewinn- und Verlustrechnung

1. Umsatzerlöse		EUR	7.260.698,08
	Vorjahr	EUR	6.945.184,51

Zusammensetzung:

	2024	2023
	EUR	EUR
Teilnehmergebühren incl. Prüfungsgebühren, Lehrmittel und sonstige Gebühren	3.874.838,25	3.318.071,72
Zuschüsse		
Land Niedersachsen nach §6 NEBG	775.008,00	769.086,00
Landkreis Hildesheim Holding GmbH	1.195.000,04	1.173.070,54
Hildesheimer Volkshochschule e.V. Jahreszuschuss	300.000,00	300.000,00
sonstige Betriebskostenzuschüsse incl. Maßnahme/Projekt bezogene Spenden	1.115.851,79	1.384.956,25
	3.385.859,83	3.627.112,79
	7.260.698,08	6.945.184,51

Die Zuschüsse der Landkreis Hildesheim Holding GmbH setzen sich wie folgt zusammen:

	2024	2023
	EUR	EUR
Betriebskostenzuschuss	1.175.000,04	1.094.465,37
Mietzuschuss	-	75.000,00
Dezfizitausgleich/ Sonstiges	20.000,00	605,17
	1.195.000,04	1.170.070,54

2. Sonstige betriebliche Erträge		EUR	81.744,53
	Vorjahr	EUR	73.752,85

	2024	2023
	EUR	EUR
Einnahmen für die Überlassung von Räumen	72.792,75	58.620,73
Auflösung Wertbereichtung zu Forderungen	-	6.000,00
Einnahmen Mitarbeiterüberlassung	6.335,00	6.650,00
Einnahmen Sachleistungen	692,00	10,00
sonstige Einnahmen	1.924,78	2.472,12
	81.744,53	73.752,85

3. Bildungsaufwendungen		EUR	2.587.089,76
	Vorjahr	EUR	2.262.176,61
a) Aufwendungen für Lehr- und Lernmittel, Raumkosten sowie sonstige Projektkosten		EUR	404.601,08
	Vorjahr	EUR	373.671,00
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen		EUR	2.182.488,68
	Vorjahr	EUR	1.888.505,61
4. Personalaufwand		EUR	3.677.376,97
	Vorjahr	EUR	3.653.654,22
a) Löhne und Gehälter		EUR	2.967.796,03
	Vorjahr	EUR	2.963.320,54

	2024	2023
	EUR	EUR
hauptamtliche Mitarbeiter VHS	2.953.839,03	2.950.343,42
geringfügig Beschäftigte	24.716,50	23.530,31
Bundesfreiwilligendienst	-10.759,50	-10.553,19
	2.967.796,03	2.963.320,54

b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		EUR	709.58/,94
	Vorjahr	EUR	690.333,68

	2024	2023
	EUR	EUR
Gesetzliche soziale Aufwendungen	608.839,47	570.389,09
Berufsgenossenschaftsbeiträge	75.540,30	94.584,08
Beiträge zur VBLU Zusatzversorgung und sonstiger Altersvorsorge	25.201,17	25.360,51
	709.580,94	690.333,68

5. Abschreibungen auf Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		EUR	60.362,63
	Vorjahr	EUR	87.900,25

6. Sonstige betriebliche Aufwendungen EUR 1.001.981,02

Vorjahr TEUR 1.026.178,61

	2024	2023
	EUR	EUR
Druckkosten für Arbeitspläne, Plakate, Internetauftritt und Sonstiges	66.504,04	77.042,35
Miete und Mietnebenkosten	681.066,51	665.790,74
	-	-
Instandhaltung Inventar und Räume	31.849,09	7.866,03
Instandhaltung und Reparaturen EDV	17.567,00	25.692,98
Miete und Wartung Kopierer und Maschinen	48.880,90	29.527,78
Versicherungen	28.331,96	26.372,41
Beiträge	18.018,61	25.655,17
Werbekosten	7.408,89	6.567,80
Postgebühren	13.968,14	16.548,92
Telefon, Internet	33.190,81	40.044,97
Bürobedarf	785,15	4.128,62
Zeitungen und Fachliteratur	4.353,84	4.033,34
Rechts- und Beratungskosten	22.003,41	30.515,30
Reisekosten Mitarbeiter	5.010,32	5.693,29
Fortbildung Mitarbeiter	7.505,08	24.663,51
Kfz-Kosten	3.362,12	4.914,74
Anlagenabgänge	-	-
Gebrauchsgegenstände	973,23	1.750,79
Nebenkosten des Geldverkehrs	4.726,40	4.452,37
Qualitätstestierung und Evaluation	4.165,88	4.361,88
Wertberichtigung auf Forderungen	1.404,70	19.641,64
sonstige Kosten	904,94	913,98
	1.001.981,02	**1.026.178,61**

7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge EUR 13.976,91

Vorjahr EUR 6.951,56

	2024	2023
	EUR	EUR
Zinserträge aus Forderungseinzüge	1.569,18	1.509,66
Zinserträge Kreditinstitute	12.407,73	5.441,90
	13.976,91	6.951,56

8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen EUR 2.493,10

Vorjahr EUR 599,42

9.	Jahresergebnis		EUR	27.116,04
		Vorjahr	EUR	-4.620,19
10.	Entnahme aus zweckgebundenen Rücklagen		EUR	4.620,19
		Vorjahr	EUR	35.300,00
11.	Einstellungen in die zweckgebundenen Rücklagen		EUR	0,00
		Vorjahr	EUR	-4.402,50
12.	Ergebnisvortrag		EUR	-4.620,19
		Vorjahr	EUR	4.402,50
13.	Bilanzverlust/ Bilanz ewinn		EUR	27.116,04
		Vorjahr	EUR	-4.620,19